BSB Bayerische StaatsBibliothek

MDZ Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Boeckh, Katrin

Stalinismus in der Ukraine die Rekonstruktion des sowjetischen Systems nach dem Zweiten Weltkrieg

Wiesbaden 2007

2007.34266
urn:nbn:de:bvb:12-bsb00094761-1

Die PDF-Datei kann elektronisch durchsucht werden.

Katrin Boeckh

Stalinismus in der Ukraine

Die Rekonstruktion des sowjetischen Systems nach dem Zweiten Weltkrieg

Harrassowitz Verlag

Veröffentlichungen des Osteuropa-Institutes München
Reihe: Geschichte
Herausgeber: Martin Schulze Wessel und Hermann Beyer-Thoma
Band 71

Veröffentlichungen des Osteuropa-Institutes München
Reihe: Geschichte

Herausgeber: Martin Schulze Wessel
und Hermann Beyer-Thoma

Band 71

2007

Harrassowitz Verlag · Wiesbaden

Katrin Boeckh

Stalinismus in der Ukraine

Die Rekonstruktion des sowjetischen Systems nach dem Zweiten Weltkrieg

2007

Harrassowitz Verlag · Wiesbaden

Gedruckt mit Unterstützung der Fritz Thyssen Stiftung.

Redaktion: Katrin Boeckh und Hermann Beyer-Thoma.
Satz: Larissa Schulz.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Bibliographic information published by the Deutsche Nationalbibliothek
The Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data are available in the internet at http://dnb.d-nb.de

Informationen zum Verlagsprogramm finden Sie unter
http://www.harrassowitz.de/verlag

© Otto Harrassowitz GmbH & Co. KG, Wiesbaden 2007
Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen jeder Art, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Einspeicherung in elektronische Systeme.
Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.
Druck und Verarbeitung: Memminger MedienCentrum AG
Printed in Germany

ISSN 0078-687X
ISBN 978-3-447-05538-3

Inhaltsverzeichnis

Einleitung 11

Vorbemerkung 11
1. Zielsetzung der Arbeit 12
2. „Stalinismus": Begriffsklärung und Forschungsansätze 13
3. Leitende Fragestellungen 19
4. Die Ukraine nach dem Zweiten Weltkrieg: Literatur und Quellen 27
   4.1 Literaturdiskussion 27
   4.2 Quellenkritik 37

Erster Teil
Die Ukraine und der Zweite Weltkrieg: Vorgeschichte und Bilanz 47

1. Die Ukraine unter Stalin bis 1941 49
   1.1 Die Ukraine bis zum Ende der dreißiger Jahre 49
   1.2 Die sowjetische Besetzung Ost-Polens 1939, sowie der Nord-Bukowina und Bessarabiens 1940 63
2. Der „Große Vaterländische Krieg" 72
   2.1 Das Reichskommissariat Ukraine, Transnistrien und das Generalgouvernement 73
   2.2 Die Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg 88
3. Die Ukraine am Ende des Krieges 97
   3.1 Chruščev in der Ukraine 98
   3.2 Die Kriegsopfer 107
   Die Opfer der Kriegshandlungen 107
   Die Opfer der Kriegsfolgen: Minenopfer, Opfer von Seuchen und Krankheiten, Invalide 115
   3.3 Die neuen Gebiete der Sowjetukraine 122
   3.4 Die Beseitigung der materiellen Kriegsschäden 128

Zweiter Teil
Die Ukraine nach dem Zweiten Weltkrieg: Faktoren der Resowjetisierung und Restalinisierung 137

1. Partei und Staat 139
   1.1. Die Wiedererrichtung der sowjetischen Partei- und Verwaltungsstrukturen nach dem Krieg 139
   Die Besetzung der Partei- und Sowjetämter 141
   Besonderheiten des Partei- und Ämteraufbaus in der Westukraine 154
   Parteisäuberungen und Überprüfungen von Parteimitgliedern 165
   Der Mitgliederstand der VKP(b)U nach dem Krieg 175
   1.2. Kontrolle und Überwachung 182

1.2.1 Die Exekutive von Staatsterror und -kontrolle: NKVD und NKGB 182
1.2.2 Der Kontrollmechanismus zwischen Partei und Staat 198
Die Kontrolle untergeordneter durch übergeordnete Partei- und Staatsorgane..... 198
Die Konkurrenz nebengeordneter Organe..... 203
1.2.3 Die Überwachung der Bevölkerung: Informationsbeschaffung und -auswertung..... 208

2. Propagandistische Aufbauarbeit..... 218
2.1. Medien, Kultur und Bildung 220
2.1.1 Mediale Instandsetzung..... 224
2.1.2 Propaganda in der Sowjetukraine in den Grenzen vor 1939 229
Die Rückkehr der evakuierten Kulturgüter 229
Der Aufbau der Bildungseinrichtungen 232
2.1.3 Propagandaaufbau in der West-Ukraine 236

2.2 Die Aufarbeitung des Krieges..... 245
2.2.1 Kriegsbild und Partisanenmythos: Das staatliche Gedenken und Verdrängen des Krieges 247
Die Memoria und das Verdrängen des Krieges..... 249
Die Aufarbeitung des Krieges in der Ukraine..... 256
Partisanenerinnerungen..... 260
Sinn und Nachwirken des Stalinschen Kriegsbildes 264
2.2.2 Die Auflistung von Kriegsverbrechen und -schäden durch die „Außerordentliche Staatskommission“ 267
Die Ukrainische Republikskommission: Zielsetzung und Arbeitsweise 269
Inhaltliche Ergebnisse..... 274
Das Verschweigen der nationalen Zusammensetzung der NS-Opfer..... 284

3. Nationalitätenpolitik 291
3.1 Die Ukrainer zwischen Repatriierung und Repression..... 291
3.1.1 Die Repatriierung der ukrainischen Bevölkerung..... 293
Die Dimension der Repatriierung 293
Die Aufnahme der Repatriierten in der Sowjetukraine 304
Der Arbeitseinsatz von Repatriierten in ukrainischen Betrieben 313
Die freiwillige Repatriierung aus Frankreich und Bulgarien 319

3.2 Das militärische Vorgehen gegen den nationalukrainischen Widerstand 327
Aufbau, Struktur und Vorgehen der OUN/UPA nach 1944 331
Das sowjetische Vorgehen gegen die OUN/UPA 339
Sowjetische Selbstkritik am Vorgehen gegen die UPA 352
Bilanz und Weiterwirken des ukrainischen nationalen Kampfes 362

4. Massengewalt gegen nationale Minderheiten 368
4.1 Die „Evakuierung" von Minderheiten an den Staatsgrenzen 371
4.1.1 Der Bevölkerungsaustausch mit Polen ab 1944 371
Die Ansiedlung von Ukrainern aus Polen in der Ukraine 379
Die Umsiedlung von Polen aus der West-Ukraine 386
4.1.2 Der Bevölkerungsaustausch mit der Tschechoslowakei 1946 391
4.2. Juden und Deutsche in der Sowjetukraine 394
4.2.1 Die Juden: Assimilation oder Auswanderung 396
Die jüdische Frage, die Partei und Stalin 399
Schwierigkeiten für Juden im Alltag 405
Emigration als letzter Ausweg: jüdische Fluchtorganisationen in Lemberg 409
Die Abschiebung der Juden aus der Nord-Bukowina nach Rumänien 413
4.2.2 Die Deutschen: Deportation und Arbeitsmobilisierung 417
Die Deportationen 419
Sondersiedlung und Arbeitsarmee 424
Deutsche Zwangsmobilisierte in ukrainischen Betrieben 426
5. Integration und Verdrängung gesellschaftlicher Gruppierungen 432
5.1 Die Integration von Frauen und Kriegswaisen 434
5.1.1 Geschlechts-Genossinnen: sowjetische Frauenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg 434
Die Programmatik der sowjetischen Frauenpolitik nach 1944 in der Ukraine 439
Die Frauenorganisationen in der sowjetukrainischen Wirklichkeit 445
5.1.2 Kriegswaisen und Straßenkinder: *besprizornye* nach dem Zweiten Weltkrieg 451
Die Wanderungen der *besprizornye* 454
Die Maßnahmen der lokalen Behörden 464
Das NKVD und die Straßenkinder 470
5.2 Die „Regulierung" und „Liquidierung" der Religionsgemeinschaften 475
5.2.1 Die „Regulierung" von Religionsgemeinschaften 480
5.2.1.1 Die Registrierung der religiösen Gemeinden 480
5.2.1.2 Verdrängungsmechanismen bei einzelnen Glaubensgemeinschaften 482
Die Russische Orthodoxe Kirche 483
Die römisch-katholische Kirche 488
Die jüdischen Gemeinden 490
Freikirchen und Sekten 494
5.2.2 Die „Liquidierung" der Unionen von Galizien und der Karpaten-Ukraine 498
5.2.2.1 Die „Liquidierung" der Union von Galizien 498

Die Verhaftung führender Geistlicher 507
Die Diffamierung des unierten Klerus in der Öffentlichkeit 512
Widerstand unierter Geistlicher gegen die „Initiativgruppe“..... 515
Die Pseudosynode von Lemberg 1946: Durchführung und Kommentierung durch den NKVD..... 517
5.2.2.2 Die „Liquidierung“ der Union der Karpaten-Ukraine 521
Die Verstaatlichung von Kircheneigentum..... 524
Widerstand gegen die Kirchenenteignung 527
5.2.3 Schlussfolgerungen aus den Pseudo-Liquidierungen der Unionen..... 528

Dritter Teil
Zur Kontinuität und Ausformung des Stalinismus in der Ukraine nach dem Zweiten Weltkrieg..... 533

1. Staat und Partei als Herrschaftsträger 535
Die USSR innerhalb der sowjetischen Föderation 535
Der Parteiaufbau in der Nachkriegszeit 536
Der Aufbau der Verwaltung..... 537
2. Zur Lenkung der Gesellschaft im Stalinismus: Methoden der Herrschaftssicherung..... 539
Herrschaftssicherung durch Terror und Gewaltmaßnahmen..... 540
Propaganda..... 543
Die Mobilisierung der Gesellschaft 545
Die Unifizierung der Gesellschaft..... 547
Modernisierung 548
Nationalisierung und Denationalisierung: Die ukrainische Frage 549
Nationale Minderheiten..... 551

Anhang

1. Tabellen 555
2. Quellen- und Literaturverzeichnis 558
3. Ortsnamenkonkordanz..... 587
4. Glossar..... 588
5. Abkürzungen 592
6. Personenverzeichnis 593
7. Personen- und Ortsregister..... 597

Tabellen

1. Verluste der sowjetischen Armee und Marine im Krieg gegen Deutschland (22. 6. 1941 – 9. 5. 1945) und gegen Japan (9. 8. – 2. 9. 1945) ... 109
2. Bevölkerungszahlen der Ukrainischen Sowjetrepublik nach Gebieten in den Jahren 1941 und 1946 ... 111
3. Erste Sekretäre der Gebietskomitees und Vorsitzende der Exekutivkomitees der Gebiete in der Ukraine am 26. Juni 1946 ... 143
4. Verteilung der Grundorganisationen in den ukrainischen Gebieten ... 148
5. Komsomol-Organisationen der ukrainischen Gebiete am 1. Juli 1946 ... 150
6. Mitgliederzuwachs der Partei in der Stadt Odessa bis Januar 1945 ... 152
7. Parteieintritte im Gebiet Odessa bis 1947 ... 152
8. Anteil der lokalen Kader an Sowjetämtern in der Westukraine ... 161
9. Mitgliederstand der Partei nach ukrainischen Gebieten 1941 und 1946 ... 162
10. Aufnahme von Parteimitgliedern im Gebiet Drohobyč während des Krieges ... 163
11. Überprüfte Parteimitglieder, die auf besetztem Territorium verblieben waren (Gebiet Drohobyč, Stadt Boryslav, Okt. 1945 bis Nov. 1946) ... 170
12. Parteiausschlüsse im Gebiet Odessa 1945 (Mitglieder und Kandidaten) ... 172
13. Wachstum der KP(b)U und der KPdSU ... 176
14. Mitgliederzahlen der VKP(b)U 1941–1946 ... 177
15. Lebensalter der Parteimitglieder in der Ukraine 1946 ... 180
16. Prozentsatz der Ukrainer in der VKP(b)U ... 181
17. Nationalitätenverhältnisse des NKGB in ukrainischen Gebieten 1945 ... 193
18. Die Nationalität der sowjetischen NKGB-Mitarbeiter in den Jahren 1941 und 1950 ... 194
19. Bildungsniveau ukrainischer NKGB-Mitarbeiter ... 195
20. Bildungsniveau der sowjetischen NKGB-Mitarbeiter zum 1. Mai 1946 ... 196
21. Zahl der Deportierten und Repatriierten zum 1. Mai 1946 ... 313
22. Zahl der Rückkehrer in das Gebiet Lemberg bis 1948 ... 314
23. Getötete Aufständische in der Ukraine, in Weißrussland und im Baltikum (1946) ... 330
24. Zahl der OUN-Sondersiedler ... 349
25. Vergleichsstatistik der Gebiete zum Partisanenkampf im Zeitraum 10.–31. Januar 1945 ... 354

26. Opfer des Kampfes gegen die UPA im Jahr 1944 362
27. Opfer des Kampfes gegen die UPA im Jahr 1945 362
28. Opfer des Kampfes gegen die UPA im Jahr 1946 363
29. Stand des polnisch-ukrainischen Bevölkerungsaustausches im Oktober 1946 377
30. Anteil der Juden an der Bevölkerung der Sowjetunion, der Russischen und der Ukrainischen Sowjetrepublik in den Jahren 1939 und 1959 399
31. Anzahl der Deutschen in der Sowjetunion nach der Volkszählung 1939 418
32. Die deutschen Sondersiedler im Jahr 1953 423
33. Verteilung der arbeitsmobilisierten Deutschen in Betrieben der USSR nach Gebieten 427
34. Zahl der mobilisierten Deutschen in bestimmten Unternehmenszweigen (Januar 1945) 428
35. *Besprizornye* in ukrainischen Gebieten im Frühjahr 1945 456
36. Die Anzahl der russischen orthodoxen Kirchen in der Sowjetunion 1946 484
37. Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion am 2. April 1946 555
38. Chronologie der Deportationen von Völkern und Volksteilen 555
39. Die sowjetische Parteiführung im Januar und März 1946 556
40. Die sowjetische Regierung im Januar und März 1946 556
41. Bestand der Kirchen und Klöster der Russischen Orthodoxen Kirche 1946 in der Ukraine 557

Karten

1. Die Ukraine nach dem Zweiten Weltkrieg (erstellt von Dr. Ines Häusler) 135
2. Die territorialen Gewinne der Sowjetukraine 1939–1954 (erstellt von Dr. Ines Häusler) 135

Graphik

1. Gliederung der sowjetischen Staatssicherheit während des Zweiten Weltkrieges 186

Einleitung

Vorbemerkung

„Ukraine" bedeutet „Land an der Grenze", „Grenzland". Mit dieser etymologischen Erklärung beginnen viele historische Darstellungen zur Ukraine. Auch in der vorliegenden Untersuchung kommt der Grenze eine besondere Bedeutung zu: Einmal werden die neuen sowjetukrainischen Staatsgrenzen in der Nachkriegszeit beschrieben, von denen die Ukraine profitierte und durch die sie Gebiete hinzugewann. Außerdem geht es im politischen und übertragenen Sinn um Grenzen: zwischen der sowjetischen Herrschaft und der national-ukrainischen Bewegung, zwischen der Moskauer Staatsführung und der Kiever Regierung sowie zwischen dem kommunistischen Regime und den sowjetischen Bürgern.

Der Charakter der Grenzen innerhalb des Sowjetsystems war exklusiv. Eine Positionierung war nur diesseits oder jenseits möglich, nicht irgendwo auf dem Grenzpfad, und auch nicht abwechselnd auf dieser und auf jener Seite. Darin bestand ein Unterschied zu den historischen Grenzen in den von Ukrainern bewohnten Gebieten bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Diese profilierten sich als Grenzregion zwischen Ost und West in kultureller, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht. Die unter der Sowjetherrschaft gezogenen Außengrenzen hatten eine nahezu hermetische Absperrung des Landes zur Folge. Sie öffneten sich erst mit dem Ende der Sowjetunion 1991 wieder. In der Gegenwart erlangen sie langsam erneut die Qualität einer Grenzregion trotz, ihrer weiter bestehenden Bedeutung als Staatsdemarkation. Die Neugestaltung der europäischen Staatenwelt in der Zukunft wird der Ukraine eine verstärkte Bedeutung als Grenz- und Mittlergebiet insbesondere zu Russland zuweisen. Auch aus diesem Grund ist die Beschäftigung mit der näheren Vergangenheit der Ukraine von politischem Interesse.

Im Lauf der Arbeit an der Geschichte der Ukraine war ich auf viele Hilfestellungen angewiesen. Durch ein Stipendium der Fritz-Thyssen-Stiftung wurden die Archivreisen finanziert, ein Stipendium der Habilitationsförderung im Rahmen des Hochschul- und Wissenschaftsprogramms des Freistaats Bayern ermöglichte die volle Konzentration auf die letzte Arbeitsphase. Dafür bedanke ich mich ebenso herzlich wie für die wissenschaftliche Begleitung, die Prof. Dr. Frank Golczewski (Hamburg), Prof. Dr. Edgar Hösch (München), Prof. Dr. Peter Rehder (München) und Prof. Dr. Martin Schulze Wessel (München) übernahmen. Weiter gilt mein herzlicher Dank für viele praktische Hinweise Dr. Lyudmyla Boyarova (Charkiv), Prof. Dr. Thomas Bremer (Münster), Dr. Barbara Dietz (München), Dr. Andrej Doronin (Moskau), Karin Ehrhardt, M.A. (München), Reinhard Frötschner, M.A. (München), Prof. Dr. Horst Glassl (München), Peter Hilkes (Berlin), Dr. Götz Hillig (Marburg), Dr. Dieter Pohl (München), Benedikt Praxenthaler M.A. (Bonn), Prof. Dr. Gert Robel (München), Dr. Angelica Schwab (München), Dr. Roman Smolorz (Regensburg), Dr. Helena Srubar (Regensburg) sowie Dr. Oleh Turij (L'viv).

1. Zielsetzung der Arbeit

Die vorliegende Arbeit soll einen Beitrag zur Stalinismus-Diskussion liefern und untersuchen, in welcher Weise und Nachhaltigkeit sowie mit welchen Methoden sich die stalinistische Herrschaft in einer während des Zweiten Weltkriegs okkupierten Großregion wieder etablierte. Dabei stellte die Sowjetukraine, die im Zweiten Weltkrieg vom nationalsozialistischen Deutschland und im Süden von Rumänien besetzt war, eine überwiegend nicht-russische und nicht-zentrale Region der Sowjetunion dar, die spezielle ethnische Gegebenheiten aufwies und an der Grenze zum Westen eine besondere militärische Bedeutung für die Regierungszentrale in Moskau besaß. Nach der Rückeroberung durch die Rote Armee 1944 wurde sie wieder völlig der sowjetischen Herrschaft und Politik unterworfen. Diese bestimmte der Erste Sekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und Vorsitzende des Zentralkomitees Iosif Vissarionovič Stalin (1879–1953), der nach dem Krieg eine nicht mehr angreifbare Machtposition erreichte. Wie sein politisches System in der Ukraine wieder verankert wurde und welche Methoden und pragmatischen Überlegungen hier eine Rolle spielten, steht im Vordergrund der Arbeit, um zu Schlussfolgerungen auch über die Belastbarkeit und Flexibilität des Stalinschen Regimes nach den Umwälzungen des Zweiten Weltkrieges zu gelangen.

Die Themenstellung bietet mehrere innovative Ansätze. Einerseits wird die Stalinismus-Thematik unter dem ukrainischen Blickwinkel beleuchtet, der in der bestehenden Forschung bisher kaum – auch von ukrainischer Seite her nicht erschöpfend – bearbeitet wurde. Andererseits wird die Nachkriegszeit in den Mittelpunkt gerückt, was bisher ebenfalls zu kurz kam. Die übergroße Mehrheit der Untersuchungen zum Stalinismus bezieht sich auf den russischen – oft sogar nur auf den Moskauer – Bereich und auf die dreißiger Jahre, in denen sich das Stalinsche System etablierte und dessen Gewaltherrschaft einen ersten Terrorhöhepunkt erreichte.

Weiter rechtfertigt die Behandlung der Ukraine unter dem Aspekt des Stalinismus, dass hier gleichsam innerhalb der Tätergeschichte ein Bruch aufscheint: Ab 1938 fand die Stalinisierung der Ukraine unter der Ägide des ukrainischen Parteisekretärs Nikita Chruščev (1894–1971) statt. Nach dem Tod Stalins präsentierte sich dieser jedoch als „Entstalinisierer" und initiierte eine erste Abrechnung mit dem Stalinschen System, ohne seine eigene Beteiligung daran zu thematisieren. Chruščev sprach auf dem 20. Parteitag 1956 zwar ausführlich über die Verbrechen Stalins, gleichsam aber so, als ob diese außerhalb der Kompetenz der Partei und ihrer Führungsebene verübt worden wären. Der politische Handlungsspielraum, die Stärke bzw. die Schwäche der Position Chruščevs in der Ukraine sind daher ebenfalls eine genauere Untersuchung wert.

2. „Stalinismus": Begriffsklärung und Forschungsansätze

Das Phänomen „Stalinismus" beschreibt allgemein die Ausformung der sowjetischen Herrschaft unter und durch Stalin. Es entwickelte sich auf den politischen Grundlagen der Sowjetunion, in der Stalin die Kontrolle über alle öffentlichen Bereiche auf seine Person ausrichtete.[1] Anders als während der zwanziger Jahre fungierte in etwa ab dem „Parteitag der Sieger" 1934 nicht mehr die Partei, sondern der Autokrator Stalin mit Hilfe eines stark zentralisierten Regierungsapparats als Souverän über alle politisch relevanten Vorgänge im Land. Die wichtigsten Elemente des stalinistischen Systems sind folgendermaßen zusammenzufassen:

> „Stalinismus läßt sich am ehesten begreifen als ein gigantisches, ideologisch begründetes, die gesamte Gesellschaft veränderndes, aber primär ökonomisch orientiertes Modernisierungsexperiment [...[2]]. Er versucht sein Ziel durch extreme Zentralisierung der Macht in der Person des Diktators und von ihm abhängigen Gruppen innerhalb der Monopolpartei sowie durch rücksichtslose Konditionierung der Bevölkerung für diesen von der Macht selber nicht mehr zu trennenden Zweck bis hin zum Massenterror zu erreichen."[3]

Die historische Forschung näherte sich dem stalinistischen Regime bisher in verschiedenen Ansätzen:[4] Beginnend mit den interdisziplinären Interview-Projekten, die in den fünfziger Jahren Nachkriegs-Emigranten befragten, dominierten in den sechziger und siebziger Jahren politologische Studien, die das System unter dem Blickwinkel des Totalitarismus abhandelten. Dann übernahmen die Sozialhistoriker

1 Vgl. allgemein RONALD HINGLEY Stalin, Stalinismus, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, Band 6, Sp. 187–211. Als Einführung zur Herrschaft Stalins vgl. neben vielem anderen LÖWE Stalin. Der entfesselte Revolutionär; Utopie und Terror. Josef Stalin und seine Zeit. Hrsg. von Eva Maeder und Christina Lohm. Zürich 2003; RONALD GRIGOR SUNY Stalin and his Stalinism: power and authority in the Soviet Union, 1930–53, in: Stalinism and Nazism: Dictatorships in Comparison. Ed. by Ian Kershaw, Moshe Lewin. Cambridge 1997, S. 26–52.

2 Die Leerstelle im Zitat beschränkt Stalinismus auf „russischen Boden", was allerdings zu keiner Zeit zutraf – Stalins Herrschaft umfasste auch alle nicht-russischen Gebiete in der Sowjetunion einschließlich der Ukraine.

3 HILDERMEIER Die Sowjetunion 1917–1991, S. 143.

4 Ausführlich zu den Erklärungsansätzen und -modellen zum Stalinismus: SCHRÖDER Stalinismus „von unten"?, S. 133–141; HILDERMEIER Geschichte der Sowjetunion, S. 742–754; DERS. Interpretationen des Stalinismus, S. 665; PLAGGENBORG Die wichtigsten Herangehensweisen an den Stalinismus; DIETMAR NEUTATZ Stalinismus, in: Studienhandbuch Östliches Europa. Band 2. Hrsg. von Thomas M. Bohn und Dietmar Neutatz. Köln, Weimar, Wien 2002, S. 274–281. Zusammenfassend zur Revisionismus-Debatte ARCH J. GETTY, ROBERTA T. MANNING Introduction, in: GETTY, MANNING (Hrsg.), Stalinist Terror: New Perspectives, S. 1–18, hier S. 4–6, und die Beiträge von STEPHEN F. COHEN, ELEY GEOFF, PETER KENEZ, ALFRED G. MEYER sowie von SHEILA FITZPATRICK in: Russian Review 45 (1986) S. 375–413.

das Ruder, deren Thema der Beitrag der Gesellschaft zum Stalinschen Staat war. Die zwischen diesen beiden Positionen vor allem in den USA verlaufende Diskussion ist unter dem Schlagwort „Revisionismus versus Traditionalismus" zu subsumieren. Beide Modelle differieren insbesondere in der Beantwortung der Frage nach der Trägerschaft des Systems und der Rolle Stalins. Dabei vertraten die „Traditionalisten", also die Vertreter des älteren, totalitären Modells, das insbesondere während des Kalten Krieges propagiert wurde (darunter ROBERT CONQUEST, RICHARD PIPES, MARTIN MALIA und andere) die Ansicht, dass die Repression der Massen die Stabilität des Regimes garantierte, während die „Revisionisten" von der systemfestigenden Kraft der Herrschaftselite und der Mitläufer ausgingen.

Die Totalitarismus-Forschung und die „Revisionisten" erbrachten voneinander unabhängig bedeutende Ergebnisse für die Stalinismus-Diskussion. Konkret konzentriert sich erstere ursprünglich auf die Beschreibung der Staatsform, nicht jedoch der Gesellschaftsordnung.[5] Im einzelnen werden in der klassischen Totalitarismus-Diskussion der Sowjetunion unter Stalin folgende Charakteristika eines totalitär regierten Staates zuerkannt, die einander unterstützen und in Wechselwirkung zueinander stehen: eine ausgearbeitete, alle menschlichen Lebensbereiche umfassende Ideologie mit einer heilsbotschaftlichen Ausrichtung, ein streng hierarchisch aufgebautes Einparteiensystem, dem nur ein niedriger Prozentsatz der Gesamtbevölkerung angehört, das diktatorisch geleitet wird und das mit der Staatsbürokratie eng verflochten ist, ein von polizeilichen Kräften kontrolliertes und in Abhängigkeit von der Partei stehendes Terrornetz, das auch gegen willkürlich ausgewählte Feinde der Gesellschaft vorgeht und sich die moderne Psychologie und Wissenschaft zunutze macht, die Monopolisierung aller Massenmedien und Kampfwaffen in den Händen von Partei und Staat sowie eine zentral gelenkte Wirtschaft.[6]

Nach dem Ende der sozialistischen Herrschaft in Osteuropa erleben Totalitarismus-Theorien wieder eine steigende Bedeutung in der Kommunismusforschung[7]

5 Die klassische Darstellung zum Totalitarismus ist die Studie von HANNAH ARENDT The Origins of Totalitarianism. New York 1951. Das differenzierteste strukturtheoretische Interpretationsmodell stellt CARL FRIEDRICH, ZBIGNIEW BRZEZINSKI Totalitarian Dictatorship and Autocracy. Cambridge 1956, dar. Auf die Sowjetunion Stalins wurden ihre Thesen unter anderem angewandt von FAINSOD How Russia is Ruled; und ALEX INKELES, RAYMOND BAUER The Soviet Citizen. Cambridge 1959.

6 In Anlehnung an das Modell von Brzezinski und Friedrich zitiert nach GERD MEYER Sozialistische Systeme. Opladen 1979, S. 180–181.

7 Zum Comeback des Totalitarismusbegriffs nach dem Zusammenbruch des Sozialismus in Osteuropa vgl. KLAUS MÜLLER Totalitarismus und Modernisierung. Zum Historikerstreit in der Osteuropaforschung, in: Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus. Hrsg. von Achim Siegel. Köln, Weimar 1998, S. 37–79; zur Neuorientierung vgl. ECKARD JESSE Überlegungen zur weiteren Totalitarismusforschung, in: ‚Totalitarismus' und ‚Politische Religionen'. Konzepte des Diktaturvergleichs. Paderborn [usw.] 1996, S. 275–284. Zur Einordnung des Totalitarismus-Begriffs in die politischen Umgebung vgl. STEFFEN KAILITZ Der Streit um den Totalitarismusbegriff. Ein Spiegelbild der politischen Entwicklung, in: Präge-

und werden auch in einem komparatistischen Ansatz[8] erneut aufgegriffen. Dennoch bleiben Einwände dagegen bestehen. So werden die genannten Charakteristika nicht weiter operationalisiert und es wird daher eine Statik des Systems angenommen, die nicht zutrifft. Beispielsweise war die Stalinsche Kulturpolitik nicht immer geradlinig, strikt und streng, sondern erfuhr gerade während des Zweiten Weltkrieges Lockerungen. Die Frage nach Monolithismus und Unitarismus des Stalinschen Systems muss daher differenziert betrachtet werden. Weiter wird als zusätzliches Kriterium eines totalitären Staates die Abschaffung der persönlichen Freiheit außerhalb der normgebundenen politischen Macht genannt, so dass neben dem öffentlichen das Privat- und Alltagsleben der Bürger sowie ihre Meinungen und Handlungen vom totalitären Regime völlig durchdrungen werden.[9] Dem gegenüber wirkte aber das Stalinsche Regime trotz seines Herrschaftsanspruches nicht in alle privaten und nicht einmal in alle öffentlichen Bereiche flächendeckend hinein. Einzelne Nischen, in denen die Sowjetbürger zu einem gewissen Grad selbstbestimmt entschieden, blieben bestehen. Dazu wurden von der Kommandoebene ausgegebene Befehle durch untergeordnete Ebenen unterlaufen, so dass Herrschaftslücken entstanden. Außerdem konnten bestimmte Gruppierungen aus der Partei, der Verwaltung, den bewaffneten Kräften und aus dem NKVD in manchen Aspekten Einfluss auf die zentrale Führung ausüben bzw. lokal dominieren.

Im insbesondere ab den achtziger Jahren angelegten, soziologisch ausgerichteten „revisionistischen" Ansatz – neben ARCH GETTY und STEPHEN WEATCROFT gelten SHEILA FITZPATRICK und von marxistischer Seite MOSHE LEWIN als dessen Vertreter – ist Stalin nicht allein und voll verantwortlich für alle Exzesse seiner Herrschaft, sondern diese werden mehr oder weniger der sowjetischen Funktionärsebene aller Ränge zugeschrieben. Nicht nur der durch den Diktator ausgeübte Terror, sondern eine ganze Schicht und eine neue Elite trugen demnach die Herrschaft und Macht Stalins. Thematisch befassen sich die Untersuchungen dieser Ausrichtung mit gesellschaftlichen Veränderungen der Stalinzeit, mit dem Aufstieg sozialer Gruppen, mit Bevölkerungsbewegungen, den sozialen Folgen der großen Eingriffe wie der Industrialisierung und der Kollektivierung und ähnlichem. Die heftig diskutierte und diskutierende Forschungsschule lässt zu, dass Stalinismus nicht als vollkommen geschlossenes System charakterisiert wird und dass der stalinistischen Herrschaft auch

kräfte des 20. Jahrhunderts. Demokratie, Extremismus, Totalitarismus. [Hrsg. von] Eckhard Jesse, Steffen Kailitz. München 1997, S. 219–250; HANS-HENNING SCHRÖDER Der „Stalinismus" – ein totalitäres System? Zur Erklärungskraft eines politischen Begriffs, in: Osteuropa 46 (1996) S. 150–163.

8 So auf den italienischen Faschismus, den deutschen Nationalsozialismus und den sowjetischen Bolschewismus angewandt von KLAUS HORNUNG Das totalitäre Zeitalter. Bilanz des 20. Jahrhunderts. Berlin, Frankfurt/Main 1993.

9 Kritik an der Darstellung totalitärer Systeme zusammengefasst bei: WOLFGANG MERKEL Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Opladen 1999, S. 44–50.

Schwach- und Nullstellen zugeschrieben werden, in die sie nicht oder nicht völlig vordrang. Zudem wird hier die Gesellschaft nicht als rein passives Objekt der Politik verstanden; eine Reihe von Individuen besaß Ambitionen, Pläne und Möglichkeiten, innerhalb des Systems nach oben zu gelangen, und setzte sie auch um. Auffällig ist, dass der sozialgeschichtliche Diskussionsansatz allenthalben ohne theoretische Verankerung gepflegt wurde, und eine solche auch aus den vielen oft empirischen Studien nicht entstand. Dennoch ist ihm die Vertiefung der Erkenntnis zu verdanken, dass die Herrschaft Stalins der Sowjetgesellschaft nicht nur gewaltsam aufoktroyiert wurde, sondern auch Unterstützer und Mittäter fand, die nicht exkulpierbar sein dürfen.

Die neuerdings gestellte Forderung nach „Revision der Revision"[10] hat ihre Berechtigung. Beide Ansätze der Totalitarismus- und der Revisionismus-Forschung verengten den Blickwinkel für manche Aspekte des Stalinschen Staates. Denn durch die Verabsolutierung der Thesen a priori, das System sei einerseits starr, in jeder Beziehung totalitär und rein auf Terror basierend, bzw., wie die „revisionistische" Kritik lautet, nur auf dem „Stalinismus von unten" als das wesentliche systemstützende Element gegründet, wird das Ergebnis der Untersuchungen bereits vorweggenommen und die Interpretation danach teleologisch ausgerichtet.

Dies trifft auch zu auf den dritten, den kulturologischen Versuch, Stalinismus zu deuten, wie er von der „Neuen Kulturgeschichte" als neue Forschungsrichtung innerhalb der Stalinismus-Debatte seit den neunziger Jahren vorgeschlagen wird.[11] Der „cultural approach" erklärte Stalinismus und seine Exzesse als eine Folge der kulturellen Rückständigkeit der Sowjetunion, die über die Stalinschen Modernisierungsversuche überwunden werden sollte. Dabei wird der Begriff der Kultur sehr heterogen und breit aufgefasst. Themen wie das Alltagsleben, Diskurse, Bewusstseinslagen und mentale Prägungen beherrschen die Szene, Stalinismus wird sogar als „Zivilisation" und gesellschaftliches Integrationsmodell begriffen.[12] Problematischerweise wird dabei auf der normativen Bedeutung des Textes und des allgemeinen Diskurses rekurriert, der verabsolutiert und zum wahrheitsgetreuen Abbild der Wirklichkeit erklärt wird. Methodologisch ist dabei zu kritisieren, dass aus subjektiven Wahrnehmungsmustern objektive Entwicklungen abgeleitet werden und Geschichte als Ergebnis semiotischer und linguistisch-philosophischer Kategorien kon-

10 MANFRED HILDERMEIER Revision der Revision? Herrschaft, Anpassung und Glaube im Stalinismus, in: DERS. (Hrsg.), Stalinismus vor dem Zweiten Weltkrieg, S. 17–33; DERS. Interpretationen des Stalinismus, S. 664ff.

11 Zusammenfassung bei: SHEILA FITZPATRICK Introduction, in: Stalinism. New Directions. London 2000, S. 1–14. Zu inhaltlichen Ergebnissen vgl. DIETMAR NEUTATZ Der Stalinismus in der Neuen Kulturgeschichte, in: Neue politische Literatur 48 (2003) H. 1, S. 96–127.

12 STEPHEN KOTKIN Magnetic Mountain. Stalinism as a Civilization. Berkely 1995. Zur Kritik am Konzept Kotkins: IGAL HALFIN, JOCHEN HELLBECK Rethinking the Stalinist Subject: Stephen Kotkin's "Magnetic Mountain" and the State of Soviet Historical Studies, in: JBfGOE 44 (1996) H. 3, S. 456–463.

struiert wird. Gleichfalls ist der Stalinismus in den Kontext der sowjetischen Geschichte zu setzen; Ursachen, Herrschaftsinstrumente und ideologische Begründungen sind auch in der bolschewikischen Herrschaft allgemein zu suchen. Insgesamt haben alle drei Methoden grundlegende Erkenntnisse zum Stalinismus erbracht, dennoch bilden sie jede für sich nur Teilaspekte von Stalinismus ab.

Von bestimmten Grundlagen des Stalinschen Regimes gehen alle Forschungsansätze gemeinsam aus. Dazu gehört die zeitliche Dimension seines Bestehens. Stalin hatte die Position des Generalsekretärs der Partei 31 Jahre inne, von 1922 bis 1953, und damit annähernd genauso lang wie seine sechs Nachfolger Malenkov, Chruščev, Brežnev, Andropov, Černenko und Gorbačev zusammen. Die langfristige Sicherung der Macht erfolgte dadurch, dass Stalin, die wichtigsten Ämter im Staat einnahm und die höchsten politischen Gremien auf sich einschwor. Die ihn umgebende Führungsclique stand seinen Wünschen und Ansinnen aus Furcht, aus vorauseilendem Gehorsam oder aus Karrieresucht nicht im Wege, sondern förderte und initiierte sie sogar. Nachdem Stalin 1934 endgültig sein persönliches Regime abgesichert hatte, wurde das Politbüro, das, ohne selbst kontrolliert zu werden, die Befehlsgewalt über alle Bereiche in Staat und Alltag der Gesellschaft hatte, zur reinen Fassade für seine Herrschaftsausübung.[13] Die Kriegssituation schuf weitere Bedingungen, die Stalins Position noch weniger angreifbar machten. Bis Mai 1941 hatte er als Generalsekretär der Partei selbst keine Staatspositionen inne. Mit seiner „Ernennung" zum Regierungschef wurde der Rat der Volkskommissare das wichtigste Entscheidungszentrum, wenngleich sich die Partei und ihre Funktionäre an der Initiative und Ausführung von Anordnungen weiterhin beteiligten.

Wie gelang Stalin und seinen Helfern die Errichtung einer Autokratie? Zu den Grundzügen des Funktionierens des Systems gehörten die permanente Indoktrinierung der Bevölkerung mittels gleichgeschalteter Medien und die Propagierung der durch Stalins Vorstellung modifizierten bolschewistischen Ideologie. Weiter wurden staatliche Repressionen sowohl gegen soziale Gruppen als auch gegen individuelle, zu Volksfeinden erklärte Oppositionelle angewandt. Stalin stützte sich dabei auf die unter Lenin installierten Instrumente der ČEKA bzw. ihrer Nachfolgeorganisationen und perfektionierte so den permanenten Druck auf die Bevölkerung. Allein in der Russischen Föderativen Sowjetrepublik wurden in den Jahren zwischen 1921 und 1953 insgesamt über 40 Millionen Menschen wegen der verschiedensten Vergehen mit Bezug zum NKVD vor Gericht gestellt.[14] Die Gesamtzahl der Opfer der Stalinschen Repressionen ist aber trotz neuer Archivbelege schwer zu beziffern, zu hoch sind die menschlichen Verluste überhaupt, zu unübersichtlich das Strafsystem und

13 Die internen Vorgänge im Politbüro während der dreißiger Jahre wurden von CHLEWNJUK Das Politbüro, anhand der Protokolle nachvollzogen.

14 POPOV Gosudarstvennyj terror v sovetskoj Rossii, S. 28. Kritik an der Interpretation statistischer Quellen über die Opfer der dreißiger Jahre bei: NATAL'JA ARKAND'EVA ARALOVEC Poteri naselenija sovetskogo obščestva v 30-e gody: problemy, istočniki, metody izučenija v otečestvennoj istoriografii, in: Otečestvennaja istorija (1995) Nr. 1, S. 135–146.

zu unklar die Einordnung der aufgefundenen staatlichen Statistiken. Die Ende der achtziger Jahre veröffentlichten archivgestützten Aufstellungen gehen von einer ständig steigenden Belegung der Arbeitskolonien und -lager zwischen den dreißiger und fünfziger Jahren aus, beginnend mit einer halben Million im Jahr 1934 bis rund 2,5 Millionen im Jahr 1953. Schätzungsweise 12,25 Millionen Personen waren zwischen 1934 und 1947 interniert.[15] Dazu müssen noch 2,3 Millionen Spezialsiedler (*specposelency*; Zahl für das Jahr 1949) und gegen Kriegsende etwa 161.000 *speckontingenty* wie in Kriegsgefangenschaft geratene Rotarmisten gezählt werden.

Unter Stalinismus wird neben dem politischen System Stalins mit seinen praktischen Auswirkungen auch seine theoretische Motivierung verstanden, denn Stalin untermauerte seine Politik und seine staatsterroristischen Vergehen in einer Reihe von Werken mit ideologischen Begründungen. 1926 äußerte er sich zu „Fragen des Leninismus", 1938 folgte der „Kurze Lehrgang",[16] 1950 ließ er in der „Pravda" die „Linguistikbriefe"[17] und 1952 die „Ökonomischen Probleme des Sozialismus" veröffentlichen. Die marxistisch-leninistische Ideologie zum Staatsaufbau verdankt ihm einige Neuerungen.[18] Dazu gehört die Aussage, der Leninismus habe den Marxismus in überholten Positionen korrigiert und den neuen Verhältnissen der imperialistischen Phase des Kapitalismus angeglichen. Weiter propagierte Stalin ab Mitte der zwanziger Jahre die Theorie des „Sozialismus in einem Land", die den Aufbau des Kommunismus in die Staatsgrenzen eines einzigen Landes verweist. Damit wurde die These Lenins aufgegeben, die Oktober-Revolution in Russland werde eine Welt-Revolution auslösen und Russland sei der Ausgangspunkt für die Übernahme der Staatsmacht in den anderen kapitalistischen Ländern durch die sowjetischen Räte.[19] In enger Verbindung mit dem „Sozialismus in einem Land" stand die ab Mitte der dreißiger Jahre ausgegebene Devise des „Sowjetpatriotismus", nachdem zuvor jede Form von Patriotismus negativ besetzt war. Der Sowjetpatriotismus bildete nunmehr

15 BACON The Gulag at War, diskutiert die Ergebnisse der vorgelegten Zahlenangaben. Eine Tabelle für die einzelnen Jahre hier S. 24; vgl. weiter S. 27 sowie S. 31.

16 Der ausführliche Titel lautet: Istorija Vsesojuznoj Kommunističeskoj Partii (bol'ševikov). Kratkij kurs (Die Geschichte der Allunions-Kommunistischen Partei [der Bolschewiken]. Kurzer Lehrgang); sie war als offizielles Lehrbuch des Marxismus-Leninismus, dessen Autorenschaft Stalin zugeschrieben wird, bis zum Ende der Sowjetunion gültig; vgl. N. N. MASLOV «Kratkij kurs istorii VKP(b)» – ėnciklopedija i ideologija stalinizma i poststalinizma: 1938–1988 gg., in: Sovetskaja istoriografija. Red. Ju. N. Afanas'ev. Moskva 1996, S. 240–273.

17 In den „Linguistik-Briefen" kritisiert Stalin die Theorie des Sprachwissenschaftlers N. J. Marr, die Sprache gehöre im kommunistischen Gesellschaftsmodell zum Überbau, vielmehr sei sie – wie auch die Produktivkräfte – ein klassenindifferentes Werkzeug für alle Schichten der Gesellschaft. Vgl. W. W. NOWIKOW Die Arbeiten J. W. Stalins über die Sprachwissenschaften und die Fragen der sowjetischen Literaturwissenschaft. Berlin 1954.

18 Übernommen aus: RENÉ AHLBERG Stalinismus, in: Historisches Lexikon der Sowjetunion, S. 321–322.

19 E. H. CARR Socialism in One Country, 1924–1926. New York, London 1958.

eine Art sowjetische Nationalidee und verbreitete neben den Persönlichkeitskult Stalins die Liebe zur „sozialistischen Heimat" und zur „revolutionären Tradition".[20] Weiter verwarf Stalin die Marxsche Theorie, die Bedeutung des Staats nehme ab, je weiter sich ein Land dem Sozialismus angenähert habe, weil sich nur ein starker Staat gegen die „kapitalistische Einkreisung" erfolgreich zur Wehr setzen könne. Insbesondere die Säuberungen der dreißiger Jahre, die Deportation ganzer Völker und der Massenterror wurden damit motiviert, dass sich die Auseinandersetzungen der gesellschaftlichen Klassen mit fortschreitender Entfaltung des Sozialismus steigern würden, während Marx von einer Reduzierung dieser Konflikte ausgegangen war.[21]

Eine kritische Auseinandersetzung mit Stalin und seiner Selbstherrschaft begann bereits während seines Aufstiegs. Neben anderen zeitgenössischen Konkurrenten wurde Trockij für seine Opposition zu Stalin ermordet. Die nächste Offenlegung stalinistischer Verbrechen unter sowjetischem Vorzeichen in der UdSSR fand während der Tauwetterperiode unter Chruščev statt. Die Vorwürfe gegen die Staatsführung Stalins bestanden neben seinem Personenkult darin, dass er seine Entscheidungen dogmatisierte, Parteitage und ZK-Sitzungen nur verzögert einberief und sich den Grundsätzen der kollektiven Führung widersetzte. Bereits einige Jahre zuvor hatten die jugoslawischen Kommunisten unter Tito, der den Bruch mit der Sowjetunion riskiert hatte, Verfehlungen unter Stalin angekreidet. Der einstige „Liebling der Partei" und spätere Dissident unter Tito, Milovan Djilas, und andere jugoslawische Sozialisten kreideten Stalin an, er habe sich an die Spitze einer „neuen Klasse", der Bürokratie, gestellt, amoralische Herrschaftsmethoden eingeführt, den kommunistischen Grundsatz der Diktatur des Proletariats in seine eigene Diktatur umgewandelt und eine Tyrannei über den Geist errichtet.[22]

3. Leitende Fragestellungen

Die vorliegende Untersuchung versteht Stalinismus im umfassenden Sinn als ein autokratisches Regime, ein Herrschaftsprinzip und eine auf direktem und indirektem Zwang basierende Regierungsmethode. Die leitenden Fragestellungen ergeben sich aus den Kriterien der genannten Stalinismus-Definition: die Ideologie, die Verände-

20 GERHARD SIMON Sowjetpatriotismus, in: Historisches Lexikon der Sowjetunion, S. 305; ERWIN OBERLÄNDER Sowjetpatriotismus und Geschichte. Dokumentation. Köln 1967.

21 WOLKOGONOW Stalin, S. 689, formuliert zugespitzt, Stalin habe sich der Idee des Klassenkampfes als Rechtfertigung für den Kampf gegen seine Feinde bedient. Nach der Beseitigung der Großgrundbesitzer und Kapitalisten fand er als neue, zu vernichtende Klasse die Kulaken. Als dann offensichtlich keine Klassenfeinde mehr vorhanden waren, habe er die Formel aufgestellt, es werde sie immer geben.

22 Die Abrechnung Djilas' mit den Fehlern des Kommunismus in: MILOVAN DJILAS Die neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems. München 1963.

rungen der Gesellschaft, modernisierende Eingriffe, die Zentralisierung der Macht personifiziert in Stalin, die Monopolstellung der Partei, die Konditionierung und Mobilisierung der Bevölkerung und der Massenterror. Weniger untersuchte Fragen wie nach Propaganda und der Selbstdarstellung und -inszenierung des Systems werden ebenfalls berücksichtigt.[23]

Die Herrschaft Stalins nach dem Zweiten Weltkrieg gründete auf den in den zwanziger und dreißiger Jahren entwickelten politischen Instrumenten. Welche Ausprägungen der Stalinismus in der Ukraine vor dem Krieg besaß, ist daher einleitend voranzustellen. Im Vordergrund steht das Verhältnis zwischen der Ukraine und der Moskauer Regierungszentrale. Seit dem Zusammenschluss mit Sowjetrussland 1921 wurde die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik in den zwanziger und dreißiger Jahren immer stärker der Kontrolle der sowjetischen Zentrale unterworfen. Der Zweite Weltkrieg veränderte die inneren Verhältnisse der Ukraine weiter grundlegend. Zu seiner Vorgeschichte gehörte die sowjetische Expansion im Westen im Zuge des Hitler-Stalin-Paktes vom 23. August 1939, als 1939 Ostpolen, 1940 Bessarabien sowie die Nordbukowina und 1940 Estland, Lettland und Litauen von der Roten Armee besetzt wurden. Der kurze Krieg gegen Finnland brachte der Sowjetunion im Friedensvertrag von Moskau (12. März 1940) die Abtretung Vyborgs sowie von Teilen Kareliens mit einzelnen Inseln im Finnischen Meerbusen. Aus diesen Gebieten mussten sich die sowjetischen Truppen nach dem deutschen Angriff am 22. Juni 1941 wieder zurückziehen. Die Beeinträchtigungen und Zerstörungen, welche die Ukraine während der deutschen und rumänischen Okkupation 1941 bis 1944 erlitt, die Massendeportationen und der hohe Bevölkerungsverlust bildeten die Szenerie, auf der sich die Stalinsche Herrschaft nach dem Krieg neu etablierte. Gleichzeitig konnte sie unter veränderten Bedingungen an die Situation der Zwischenkriegszeit anknüpfen, so dass der Weltkrieg nicht nur als Verbindungsscharnier, sondern auch als Katalysator zur Beschleunigung und Intensivierung von Begonnenem zu werten ist.[24]

Die Kontinuität der Stalinschen Herrschaft in der Ukraine setzte Chruščev, seit 1938 Parteisekretär in Kiev, nach dem Krieg auch als Vorsitzender des Ministerrats fort. Sein Engagement für den Wiederaufbau des Systems belegt, dass er trotz seiner kurzzeitigen Ablösung von der Parteispitze von Anfang in der Ukraine ein verlässlicher Pfeiler des Stalinschen Regimes war. Chruščev wurde mit der Beseitigung der

23 Diese und weitere Forschungsdesiderate werden angemahnt von STEFAN PLAGGENBORG Stalinismusforschung: Wie weiter?, in: DERS. (Hrsg.), Stalinismus, S. 443–452; MANFRED HILDERMEIER Zur Einführung, in: DERS. (Hrsg.), Stalinismus vor dem Zweiten Weltkrieg, S. VII–X, hier S. IX. Weitere Forschungsansätze formuliert bei MARTIN SCHULZE WESSEL Religion – Gesellschaft – Nation. Anmerkungen zu Arbeitsfeldern und Perspektiven moderner Religionsgeschichte Osteuropas, in: Nordost-Archiv 7 (1998) H. 2, S. 353–364.

24 Der Aspekt der Kontinuität des Stalinregimes und der Fortsetzung seiner Restauration nach dem Zweiten Weltkrieg wird betont bei STEFAN PLAGGENBORG Grundzüge, in: Handbuch der Geschichte Russlands, Band 5, S. 29–35, hier S. 31.

Kriegsschäden betraut, dabei war die Bilanz des Krieges trotz der neu errungenen Gebiete für die Ukraine verheerend. Die Zahl der Kriegsopfer übertraf die offiziellen Angaben bei weitem. Dieser Begriff ist außerdem in einer breiteren Erfassung als bisher nicht nur auf die Kriegstoten anzuwenden, sondern auch auf die Betroffenen der Kriegsfolgen im weiteren Sinn, verursacht durch Seuchen, Krankheiten und durch nicht geräumte Minen.

Die Resowjetisierung und Restalinisierung als die wichtigsten Ziele der sowjetischen Herrschaft in der Ukraine nach dem Zweiten Weltkrieg stehen im Zentrum der vorliegenden Arbeit. Die Analyse konzentriert sich auf die Mittel und Methoden, mit denen das sowjetische System unter den spezifischen ukrainischen Bedingungen wiederhergestellt wurde. In vier größeren Komplexen – Partei und Staat, Nationalitätenpolitik, Integration bzw. Exklusion gesellschaftlicher Gruppen sowie Propagandapolitik – werden die wichtigsten Aspekte der Nachkriegspolitik in der Ukraine erfasst. Da sich die sowjetische Herrschaft nach außen hin vor allem durch die Partei- und Verwaltungsstrukturen manifestierte, wird zuerst der Wiederaufbau der Partei als Rückgrat für die sowjetische Machtetablierung und die Restituierung der bereits vor dem Krieg bestehenden Strukturen nachvollzogen. Am Erfolg bzw. Misserfolg der Resowjetisierung lassen sich Rückschlüsse auf die Flexibilität und Einsatzbereitschaft der Parteiorganisation nach dem Zweiten Weltkrieg ziehen. Der Vorgang, dass ein bereits vorher sowjetisches Gebiet erneut sowjetisiert werden musste, war bis dahin in der bolschewistischen Geschichte noch nicht vorgekommen, wenngleich er parallel zur Ukraine unter strukturellen Ähnlichkeiten in Weißrussland sowie im Baltikum und in Karelien stattfand.

Ein wirkungsvolles Kontrollsystem war wesentlicher Bestandteil und Garant der Sowjetherrschaft von der Machtergreifung Lenins bis zu ihrem Ende. Alle öffentlichen und privaten Einrichtungen unterlagen einer permanenten staatlichen Kontrolle – sowohl die Partei als auch die Bevölkerung, die Armee und sogar Stalins engste Mitarbeiter sowie die Überwachungsorgane selbst. Unter Stalin bildete die Überwachung der Bevölkerung in Verbindung mit Massenterror jedoch ein besonderes „Phänomen der politischen Kultur oder der Struktur von Herrschaft und Gesellschaft“[25]. Es wird daher am Beispiel der Ukraine untersucht, welche Aufgabenbereiche die staatlichen Überwachungsorgane – NKVD und NKGB – einnahmen und wie die Überwachungsmaschinerie über die Bevölkerung, die Partei und die militärischen Verbände nach dem Krieg funktionierte. Als unabdingbares Herrschaftsinstrument war die breite Propagierung der Ideologie sowie der Partei- und der Staatsziele in der Nachkriegs-Ukraine permanent anzutreffen. Staatliche Propaganda wurde in den teils neu etablierten Massenmedien und in verschiedenen Sphären des öffentlichen Lebens wie der Bildung und Kultur betrieben, um die Bevölkerung, die unter der faschistischen Propaganda der deutschen Besatzung gelebt hatte, wieder

25 MANFRED HILDERMEIER Zur Einführung, in: DERS. (Hrsg.), Stalinismus vor dem Zweiten Weltkrieg, S. VII–X, hier S. IX. Weitere Untersuchungen zu Gewalt unten in Anm. 86.

auf Linie zu bringen. Bildungseinrichtungen, Kunst und Kultur wurden auch zur Glorifizierung des militärischen Sieges herangezogen, um die Ukrainer hinter der sowjetischen Regierung zu einen. Der Modernisierungsschub, der zugleich durch den Ausbau des Schulwesens und kultureller Einrichtungen vor allem die Karpaten-Ukraine als „rückständiges" Gebiet erreichte, stand ebenfalls unter den ideologischen Vorgaben des Stalin-Staates, die nach einer liberaleren Phase ab 1946 das strikte großrussische Kulturdogma beinhalteten. Unter dem Zerrbild der Propaganda erfolgte nach dem Sieg über NS-Deutschland auch die Aufarbeitung des Krieges und die staatliche Konstruktion des Kriegsbildes. Dieses wurde geprägt durch die Überhöhung des Stalinschen Kriegseinsatzes. Zur Untersuchung der NS-Kriegsverbrechen wurde eine staatliche Kommission eingesetzt. Ihr oblag nicht nur die Feststellung der durch die Deutschen und ihre Verbündeten verursachten Schadenssumme, sondern gleichzeitig die Suche nach Kollaborateuren sowie die Bereitstellung von propagandistisch verwertbarem Material.

Die Nationalitätenpolitik bzw. die Politik Moskaus den einzelnen Republiken gegenüber war von jeher ein sowjetisches Herrschaftsinstrument, zeitweise verbunden mit der Anwendung von Terror und Gewalt in großem Stil. Als qualitatives Novum unter Stalin wird immer wieder auf das Ausmaß der Gewalt gegen Individuen und gegen Gruppen aufgrund pauschaler Verurteilungen und deren ideologische Rechtfertigung verwiesen sowie auf die willkürliche Durchsetzung dieser Gewalt, die nachgerade jeden treffen konnte. Allerdings wird selten eine Kontinuität des Terrors der Vorkriegszeit hergestellt;[26] als Kennzeichen des Spätstalinismus[27] nach dem Zweiten Weltkrieg wird sogar ein angebliches Nachlassen der staatlichen Gewalt angeführt.[28] Dies ist jedoch nur in gewisser Weise für den russischen Zentralbereich zu konstatieren. Die Realität in der Ukraine war eine andere, denn hier wurde die Bevölkerung nach dem Krieg besonderen Repressionen unterworfen, um Kollaborateure und antisowjetische Elemente aufzuspüren. Die neuen Opfer stalinistischer

26 Die Fortsetzung des stalinistischen Terrors der Zeit vor 1939/41 auch nach dem Krieg wird allerdings betont bei MARKUS WEHNER Stalinismus und Terror, in: PLAGGENBORG (Hrsg.), Stalinismus, S. 365–390; DERS. Stalinistischer Terror; MARTIN The Origins of Soviet Ethnic Cleansing.

27 Der Begriff „Spätstalinismus" wird in der Forschung uneinheitlich verwendet. Im folgenden wird damit die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Tod Stalins 1953 umschrieben.

28 So bei BABEROWSKI Wandel und Terror, S. 125, wonach der Massenterror nach der Absetzung Ežovs verebbt, ein Ende der Gewaltaktionen durch das Eingreifen Stalins und Ždanovs eingetreten und der Terror erst wieder in den späten vierziger Jahren über das Land hereingebrochen sei. Bei SUNY Stalin and his Stalinism, findet sich die Aussage, es sei nach dem Krieg nur zu „sporadic uses of repression and terror against individuals or groups" gekommen (S. 51). CARRÈRE D'ENCAUSSE A History of the Soviet Union 1917–1953. Vol. 2. Stalin, S. 168, spricht von den Nachkriegsjahren als den „Jahren des Schweigens" für die Masse der Sowjetbürger; bei KUROMIYA Freedom and Terror in the Donbas, firmieren die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg sogar als Zeit der „De-Stalinisierung" (S. 308), begründet durch die geringere Zahl an getöteten Terroropfern im Vergleich zur Vorkriegszeit.

Willkür wurden Repatriierte, ehemalige „Ostarbeiter" und Kriegsgefangene, die teils gegen ihren Willen in die Sowjetunion zurückverbracht wurden. Im Gegensatz zu diesen wurden die nach dem Krieg aus Frankreich und Bulgarien freiwillig einwandernden Ukrainer früherer Emigrationswellen mit großem Zeremoniell in der Ukraine aufgenommen.

Ein besonderes Territorium staatlicher Gewaltanwendung, die aber auf Gegengewalt traf, bildete die Westukraine, in der sich die Untergrundkämpfer der OUN/UPA militärisch gegen die Sowjetisierung zur Wehr setzten und sie erheblich verzögerten. Ein vergleichbar hartnäckiger, militanter Widerstand gegen die sowjetische Staatsgewalt war nach dem russischen Bürgerkrieg sonst nicht mehr zu beobachten. Anhand dieses speziellen Beitrages der Ukraine zum Stalinismus soll untersucht werden, welche Auswirkungen militärischer Widerstand gegen das Stalinsche Regime mit sich brachte und welche symptomatischen Schwächen des politischen Systems daran erkennbar wurden.

Der unter Stalin seit den dreißiger Jahren propagierte Sowjetpatriotismus war seinem Wesen nach nichts anderes als großrussischer Chauvinismus mit Begleiterscheinungen wie Antisemitismus und Xenophobie. Minderheiten wurden daher in der stalinistischen Sowjetunion nicht als solche wahrgenommen oder gefördert, sondern vielmehr zur Assimilation gezwungen oder Repressionen ausgesetzt, wie die Deportationen einer Reihe kleinerer Völker ab 1936 zeigen. In der Ukraine wurden die forcierten Bevölkerungsbewegungen nach dem Krieg fortgesetzt. Einige für die Ukraine typische Minderheiten, die in der westlichen Grenzregion kompakt lebenden Polen, Tschechen und Slowaken, die einem Bevölkerungsaustausch unterlagen und zur Abwanderung gezwungen wurden, werden herausgehoben, genauso wie die Juden und die Deutschen in der Ukraine. Erstere wurden trotz der schwierig zu bewältigenden Situation nach dem Holocaust und in Zusammenhang mit dem propagierten Sowjetpatriotismus dazu gezwungen, ihre nationale Identität aufzugeben, während letztere als Vergeltung für den Angriff NS-Deutschlands deportiert wurden, auch in ukrainischen Betrieben Zwangsarbeit leisten mussten und so für den Staat dienstbar gemacht wurden. Minderheiten wurde also insgesamt ein Platz zur Entfaltung innerhalb der Stalinschen Gesellschaft verwehrt.

Zwar setzte das System auf Gewalt als effektive Methode, um die sowjetische Bevölkerung gefügig zu machen, andererseits bot es aber auch Anreize, um spezielle Gruppierungen an die sowjetische Gesellschaft heranzuführen. Auch dabei griff man auf Instrumente der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg zurück, sichtbar an der Frauenpolitik und den Frauenräten in der Westukraine, die nach dem Weltkrieg speziell für Frauen eingerichtet wurden. Da jene einen schnellen und wirksamen staatlichen Zugriff auf Frauen sicherten, war die Aufstellung von Frauenorganisationen daher Bestandteil der Sowjetisierung der Westukraine. An diesem Beispiel lässt sich nachvollziehen, wie in dem autoritären Staat Stalins soziale Integrationsmechanismen wirkten, die es gesellschaftlichen Gruppen ermöglichten, sich mit dem Regime zu arrangieren. Massiver Druck hingegen wurde ausgeübt auf die vielen infolge des Krieges verwahrlosten und elternlosen Straßenkinder (*besprizornye*), die in der Uk-

raine besonders zahlreich waren. Ihnen begegnete der Stalinsche Staat mit Einweisung in staatliche Heime bis hin zu massiver Verfolgung, um sie wieder in die Gesellschaft einzugliedern.

Repressionen und gesellschaftliche Ausgrenzung erfuhren auch Kirchen und Religionsgemeinschaften, die nach dem Zweiten Weltkrieg keine Chance auf Weiterbestand innerhalb der sowjetischen Gesellschaft erhielten. Bereits kurz nach ihrer Machtübernahme 1917 hatten die Bolschewiken die als antisowjetisch betrachteten Kirchen rigoros aus dem Weg geschafft und so eine über Jahrhunderte hinweg in der Bevölkerung verwurzelte Institutionen nahezu völlig zerstört. Die Besonderheit nach dem Zweiten Weltkrieg in der Ukraine bestand darin, dass der Stalinsche Staat, resultierend aus der deutschen Besatzungspolitik hier wieder eine große Zahl an kirchlichen Gemeinden vorfand. Nirgendwo sonst in der Sowjetunion bestand zu dieser Zeit eine solche große Ansammlung unterschiedlicher kirchlicher Gemeinschaften. Durch den Vergleich der Repressionsmechanismen den einzelnen Religionsgemeinschaften gegenüber kann nachgewiesen werden, wie flexibel das sowjetische System gegen potentielle und tatsächliche Kritiker vorgehen und wie geschickt die Verfolgung von Gläubigen auch vor dem westlichen Ausland camoufliert werden konnte. Die meisten hier untersuchten Aspekte der Funktionsweise der Stalinschen Herrschaft finden sich bereits in der Zwischenkriegszeit. Sie stellen daher Kontinuitäts- und Kontingenzmerkmale für die Zeit nach dem Weltkrieg dar. Neu für das sowjetische Regime war die Erfahrung des Weltkrieges. Dieser hatte eine Scharnierfunktion zwischen der Zeit bis 1939 und jener nach Kriegsende. Bei manchen Aspekten der Stalinschen Herrschaft wirkte er sich besonders nachdrücklich aus – etwa bei der propagandistischen Selbstdarstellung der Partei und ihres Generalsekretärs und bei der Art des Staatsterrors.

Zur zeitlichen Eingrenzung des Themas wurde eine relativ kurze, aber entscheidende Zeitspanne ausgewählt, nämlich die Phase zwischen dem Abzug der Wehrmacht aus der Ukraine bzw. der sowjetischen Rückbesetzung und in etwa dem Jahr 1946, das sich in mehrfacher Hinsicht als Einschnitt der sowjetukrainischen politischen[29] Geschichte erweist: 1946 setzte die *Ždanovščina* ein als gewaltsame Wiedereinführung des großrussischen Kulturdogmas, 1946 begann das erste Jahr des neuen Fünfjahresplan, 1946 wurde der Beginn des Kalten Krieges angesetzt (als ein Symbol dafür gilt die Rede Churchills im März in Fulton/Missouri, in der er den USA ein militärisches Verteidigungsbündnis gegen die UdSSR anbot; hier wurde der Begriff

29 In sozialpolitischer Hinsicht markiert Zubkova den ersten Abschnitt der Nachkriegsgeschichte mit den Jahren 1945–1948 als „Jahre der Hoffnung"; vgl. ZUBKOVA Obščestvo i reformy, und andere Werke der Autorin. Die sich anschließenden Jahre stehen bei ihr unter dem Zeichen des verstärkten staatlichen Terrors; vgl. DIES. Obščestvennaja atmosfera posle vojny (1948–1952), in: Svobodnaja mysl' (1992) Nr. 9, S. 79–88.

„Eiserner Vorhang" aufgenommen[30]), 1946 suchte eine Hungerkatastrophe die Ukraine und weite angrenzende Gebiete heim und 1946 wurde die unierte Kirche in Galizien „liquidiert". Diese zeitliche Periodisierung von 1944 bis 1946 widerspricht dem traditionellen westeuropäischen Periodisierungsschema, das wegen der Kapitulation NS-Deutschlands das Jahr 1945 als Kriegsende bezeichnet und dann einen weiten Bogen bis zum Ende der Herrschaft Stalins 1953 schlägt. Die hier gewählten Jahre erweisen sich aber als zu entscheidend, um sie innerhalb der „Nachkriegs-Sowjetunion" aufgehen zu lassen. Dennoch werden sie, wenn die Themenstellung es erfordert, überschritten: die Liquidierung der unierten Kirche in der Karpaten-Ukraine folgte erst 1949, stand aber in einem engen inneren Zusammenhang mit den Vorgängen in Galizien. Andererseits wird die bis in die fünfziger Jahre währende Auseinandersetzung mit der OUN/UPA nicht über 1946 hinaus verfolgt. Nicht die militärischen Vorgänge, sondern das exemplarische Vorgehen der sowjetischen und ukrainischen Seite stehen hier im Vordergrund.

Über eine Stalinismus-Debatte hinaus werden im Weiteren immanent Problemlagen berührt, die für die ukrainische Nachkriegsgesellschaft typisch waren. So entsteht ein Bild der Gesellschaft, das wesentlich differenzierter ist als oftmals beschrieben wird. Die sich mit der Nachkriegs-Ukraine befassende Historiographie charakterisierte diese als bestehend aus zwei Parteiungen, die sich diametral gegenüberstanden: die kommunistische und die nationalistisch-ukrainische. Sie schließen einander gegenseitig kategorisch aus, lassen keine Grautöne zu und sind auf die gegenseitige Zerstörung ausgerichtet. „Solche Dichotomien wurden und werden vorwiegend von Propagandainstanzen vertreten, die damit die politische Entscheidung zu ihren Gunsten als die jeweils unhinterfragt ‚gute' darstellen wollen, zu der es nur eine ebenso unhinterfragte ‚böse' Alternative gebe."[31] Für die ukrainische Geschichte beansprucht sowohl die kommunistische als auch die nationalistisch-ukrainische Seite das Recht auf die Formulierung der endgültigen Wahrheit. Beide Seiten vergessen, dass es außer diesen Positionen auch Meinungen gab, die dazwischen lagen oder weder die eine noch die andere Seite favorisierten. Die vorliegende Arbeit liefert dafür stützende Argumente, indem auch Fragestellungen gewählt wurden, die sich nahe an das Alltagsleben halten wie Kirchenpolitik, Propaganda, Kultur und soziale Probleme. Auch wird die gesellschaftliche Sphäre noch weiter aufgefächert als sonst üblich, da auch Frauen und Kinder sowie nationale Minderheiten einbezogen werden.

30 Die Metapher des Eisernen Vorhangs ging auf ein Zitat des Reichspropagandaministers Goebbels in einem Artikel in „Das Reich" vom März 1945 zurück, in dem es hieß, dass die Sowjets ganz Ost- und Südosteuropa sowie den größten Teil des Reiches besetzen würden, wenn Deutschland den Bestimmungen von Jalta zufolge die Waffen niederlegen würde. Dann würde vor diesen gigantischen Gebieten ein Eiserner Vorhang heruntergelassen, hinter dem ein Massenschlachten von Völkern stattfinden würde; vgl. THOMAS Armed Truce, S. 504–505.

31 GOLCZEWSKI Ukraine – Bürgerkrieg und Resowjetisierung, S. 90.

Eine Reihe von für die ukrainische Nachkriegszeit relevanten Themen, für die weitere Studien vonnöten sind, muss in der vorliegenden Arbeit außer Acht bleiben. Darunter fallen Vorgänge außerhalb der Ukraine, so das besondere Verhältnis zwischen Polen und Ukrainern während des Krieges und danach (unter Ausnahme des Bevölkerungsaustausches zwischen Polen und der Sowjetukraine).[32] Auch der wirtschaftliche Wiederaufbau der Ukraine sowie die Wiederherstellung des normalen Alltagslebens durch die Instandsetzung von zerstörtem Wohnraum wird übergangen. Weiter beschränkt sich die Darstellung auf Gruppen und Großgruppen, das individuelle Handeln wird – abgesehen von der Person Stalins, wenngleich dieser nicht im luftleeren Raum agierte – hingegen nicht thematisiert, wie auch die personelle Zusammensetzung der Partei nicht weiter analysiert wird. Außerhalb des hier abgesteckten Rahmens liegt ferner, die Handlungen in den politischen Leitungsgremien in Moskau selbst zu untersuchen und die Wege der Entscheidungsfindung nachzuzeichnen. Daher bleibt oftmals unbeantwortet, wann und unter welchen Umständen Stalin und seine Mitarbeiter welche Befehle für die politischen Weichenstellungen in der Ukraine gaben. So wird die Untersuchung stärker konzentriert auf jene, die Objekte der Politik waren und ihr zum Opfer fielen; jene, die an der Kiever Machtausübung partizipierten – Ministerrat, Gebietsregierungen und weitere Vertreter politischer und Parteiämter –, werden nicht weiter differenziert. Auch kann nicht auf alle ukrainischen Territorien gleichmäßig eingegangen werden; nach ihrer Relevanz werden Großräume herausgegriffen: die Westukraine, der Osten und der Süden.

Bei einer Stalinismus-Diskussion am Beispiel der Ukraine bieten sich auf den ersten Blick noch weitere Fragestellungen an, die sich aber bei näherem Hinsehen als ungeeignet erweisen. Dazu gehört der Aspekt der „Peripherie".[33] Dieses bisher wenig untersuchte Thema lässt sich nur mit großen Bedenken auf die Ukraine anwenden, die weder das Prädikat der Rückständigkeit, das allenthalben mit der „Peripherie" einhergeht, noch das der Provinzialität oder das der politischen Bedeutungslosigkeit besitzt. Auch das politische Gewicht, das der Ukraine innerhalb der Sowjetunion zugemessen wurde und jenes anderer wie der zentralasiatischen Gebiete bei weitem übersteigt, belegt, dass das sowjetische Regime die Ukraine nicht als peripher betrachtete.

32 Die Diskussion des Mordens der UPA an Polen und der polnischen Partisanen an Ukrainern in der Westukraine/Ostpolen ist noch nicht beendet. Vgl. dazu etwa von polnischer Seite: Materiały III miedzynarodowego seminarium historycznego „Stosunki polsko-ukrainskie w latach II wojny światowej" Łuck, 20–22 maja 1998. Warszawa 1998 = Polska-Ukraina: Trudne pytania. T. 3; R. TORZECKI Polacy i Ukraińcy. Sprawa ukraińska w czasie II wojny światowej na terenie II Rzeczypospolitej. Warszawa 1993; WŁADISŁAW SIEMASZKO, EWA SIEMASZKO Ludobójstwo dokonane przez nacjonalistów ukraińskich na ludności polskiej Wołynia 1939–1945. Warszawa 2000.

33 Vgl. aber: JÖRG BABEROWSKI Stalinismus an der Peripherie: Das Beispiel Azerbajdžan 1920–1941, in: HILDERMEIER (Hrsg.), Stalinismus vor dem Zweiten Weltkrieg, S. 307–335; DERS. Der Feind ist überall. Stalinismus im Kaukasus.

In ihrem Inhalt und in ihrer Methode ist die Untersuchung weder als Beitrag zur totalitären oder zur „revisionistischen" noch zur kulturologischen Richtung angelegt. Schon von der Thematik her erscheint keine von ihnen für sich gesehen für die vorliegende Arbeit aussagekräftig genug. Daher wurde wie in der unlängst vorgelegten fundamentalen Beschreibung der Entstehung der Moskauer Metro[34] hier ein pragmatischer Zugang gewählt. Mit der Darstellung politischer, kultureller und sozialhistorischer Themenstellungen wird die innere Situation der Nachkriegs-Ukraine am ehesten begreifbar. Grundsätzlich wird in der vorliegenden Arbeit davon ausgegangen, dass Stalin selbstverständlich an den Schalthebeln der Macht und der politischen Verantwortung stand und sie nach eigenem Gutdünken benutzte. Ohne seine Willensbekundung und Initiative hätten keine massenhaften Verfolgungen in der Sowjetunion stattgefunden. Gleichzeitig waren diese aber ohne das Zutun der Umgebung des Diktators und der Parteifunktionäre auf allen Ebenen nicht durchführbar. Einige Fragestellungen betreten Neuland, vor allem jene nach den sozialen Kriegsfolgen, die weite Fassung des Begriffes der Kriegsopfer, die freiwillige Immigration in die Sowjetunion, aber auch kulturologische Zusammenhänge wie die propagandistische Nutzung der Kriegsdarstellung in der Ukraine und der „kleinen" Ukrainisierung in der Westukraine. Andererseits müssen ebenso Themen berücksichtigt werden, die bereits seit Jahrzehnten das historische Interesse besitzen: die unierte Kirche, die ukrainischen Untergrundkämpfer, die Angliederung der Westukraine an die Sowjetukraine. Die historiographische Herausforderung besteht in der Vernetzung dieser Themen, um die Nachkriegszeit auf der Grundlage nun zugänglicher archivalischer Quellen als eine in vielen Schichten komplexe und spezifische Epoche zu untersuchen.

4. Die Ukraine nach dem Zweiten Weltkrieg: Literatur und Quellen

4.1. Literaturdiskussion

Die klassischen Untersuchungen in deutscher Sprache zur Geschichte der Sowjetunion besitzen in mehrfach überarbeiteten Auflagen noch immer ihre Berechtigung.[35] Auf sie aufbauend und sie ergänzend erschienen nach dem Ende der Sowjetunion weitere Gesamtdarstellungen.[36] Durch ihre verschiedenen Schwerpunkte

34 DIETMAR NEUTATZ Die Moskauer Metro. Von den ersten Plänen bis zur Großbaustelle des Stalinismus (1897–1935). Köln, Weimar, Wien 2001.

35 GÜNTHER STÖKL Russische Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. 5. erw. Aufl. Stuttgart 1990; GEORG VON RAUCH Geschichte der Sowjetunion. Durchgesehen und ergänzt von Wolfgang Geierhos. 8. verbesserte und erweiterte Aufl. Stuttgart 1990.

36 ALTRICHTER Kleine Geschichte der Sowjetunion; HÖSCH Geschichte Rußlands; HILDERMEIER Die Sowjetunion; HAUMANN Geschichte Russlands; LUKS Geschichte Russlands und der Sowjetunion. Ebenfalls: Handbuch zur Geschichte Russlands, Band 5, sowie Rußland. Hrsg. und verf. von Carsten Goehrke, Manfred Hellmann, Richard Lorenz, Peter Scheibert. Frank-

und unterschiedlichen Argumentationen liefern sie zusammenfassende Bewertungen und Einblicke in die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung des bis 1991 größten europäischen Staates. Allein die Ukraine wie auch die weiteren Sowjetrepubliken finden in ihnen nur einen marginalen Platz. Dies ist ein Reflex auf die zentralistische Struktur der Sowjetunion, deren Mittelpunkt in Moskau, nicht in Kiev, Kišinev oder Riga lag.

Das Interesse westlicher Historiker an der Ukraine hat nach langen Jahren der geringen Beachtung mittlerweile – nach deren staatlicher Unabhängigkeit – zugenommen. Neue handbuchartig konzipierte Bände und geschichtliche Gesamtanalysen über die ukrainische Sowjetrepublik verfolgen ihr Verhältnis zum sowjetischen Staat bis zu dessen Zusammenbruch.[37] Gleichzeitig wurden in der Ukraine die ersten historischen Gesamtdarstellungen, die nicht mehr unter dem kommunistischen und sowjetischen Diktat standen, veröffentlicht.[38] Der Einstieg in Problemlagen und Charakteristika der nationalukrainischen bzw. sowjetukrainischen Geschichtsschreibung ist dadurch gewährleistet. Das vorliegende Thema findet hierin eine Einbettung und seinen historischen Hintergrund. Bei der zu berücksichtigenden Spezialliteratur müssen aber Einschränkungen vorgenommen und problematisierende Bemerkungen vorausgeschickt werden:

Grundsätzlich sind Darstellungen der kommunistischen Zeit kritisch zu bewerten. In ihnen wird das Bild geschildert, das die sowjetische Herrschaft von sich selbst entwarf, das indes nicht der Wirklichkeit entsprach. Der teleologische Anspruch der sowjetischen Historiographie verengte den Blickwinkel stark. So wurden manche Themen der Geschichte der Ukraine breit bearbeitet, andere aber vernachlässigt oder tabuisiert. Totgeschwiegen wurden aufgrund der sowjetischen Lenkung der Historiographie die Hungersnöte in der Ukraine, die ab den zwanziger Jahren bis in die vierziger Jahre im Zehnjahres-Rhythmus wüteten, soziale Aspekte wie der geringe Lebensstandard der Bevölkerung, die Deportationen von Völkern und von Individuen, die Säuberungen von Gesellschaft und Partei, religiöse Bindungen und die national-ukrainische Bewegung. Das Primat der Partei, die staatliche Ideologie und die Bewertung von Ereignissen aus dem Blickwinkel des Historischen Materialismus bildeten hingegen verpflichtende inhaltliche Vorgaben, an denen keine geschichtli-

furt am Main 1972 = Fischer Weltgeschichte Band 31; ROBEL Osteuropa unter der Herrschaft Stalins.

37 GOLCZEWSKI (Hrsg.), Geschichte der Ukraine; HAUSMANN, KAPPELER (Hrsg.), Ukraine: Gegenwart und Geschichte; KAPPELER Kleine Geschichte der Ukraine; MAGOCSI A History of Ukraine; SUBTELNY Ukraine. Geographie – Ethnische Struktur – Geschichte – Sprache und Literatur – Kultur – Politik – Bildung – Wirtschaft – Recht; GERHARD SIMON (Hrsg.), Die neue Ukraine. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (1991–2001). Köln, Weimar, Wien 2002.

38 HRYCAK Narys istoriï Ukraïny; F. G. TURČENKO, P. P. PANČENKO, S. M. TYMČENKO Novitnja istorija Ukraïny. Častyna druha. 1945–1995 roky. Kyïv 1995 [Lehrbuch für die 11. Klasse]; Istorija Ukraïny. L'viv 1996; Istorija Ukraïny. Navčal'nyj posibnyk. Kyïv 1997; Istorija Ukraïny. Kyïv 1997; Istorija Ukraïny: nove bačennja. Tom 1–2. Kyïv 1996; Ukraïna: druha polovyna XX stolittja. Narysy istoriï. Kyïv 1997.

che Darstellung vorbeikam. Dazu befand sich die ukrainische Geschichtsschreibung entfernt von den Zentren Moskau und Leningrad im Zustand der „Provinzialisierung“[39] und lief nur im Schatten der sowjetischen Historiographie mit; in der Gegenwart hat sie sich noch nicht ganz aus dieser Randlage befreit.

Auch die nach dem Ende der Sowjetunion aus der Optik der nationalen Geschichtsschreibung in der Ukraine und in der ukrainischen Diaspora in Kanada und den USA entstandenen Analysen müssen hinterfragt werden. Die ukrainische Historiographie im Exil sowie in der Ukraine nach 1991 neigte vielfältig dazu, die Rolle der ukrainischen Nationalbewegung und die damit verbundenen Kräfte zu verabsolutieren und die Bedeutung der Westukraine über das Maß herauszustellen, während die weniger ukrainisierte Ostukraine geringe Beachtung fand.

Das hier zu bearbeitende Thema ist in seiner Vorgeschichte angewiesen auf die Abhandlungen zum Zweiten Weltkrieg. Über diesen liegt eine Vielzahl von westlichen sowie neueren russischen und ukrainischen Darstellungen vor.[40] Die sowjetischen Werke orientieren sich in erster Linie an militärischen Vorgängen; die staatlichen Repressionen während des Krieges und die Kriegsverluste der sowjetischen Republiken, Kriegsgefangenschaft und Desertionen aus der Roten Armee werden wie soziale Auswirkungen der Kriegshandlungen ausgespart. Die neueste Darstellung zum Zweiten Weltkrieg aus exilukrainischer Feder orientiert sich zwar in erster Linie an den traditionellen militärischen Aspekten des Themas, bezieht aber bereits sozial- und kulturpolitische Fragestellungen ein.[41]

Die Nachkriegszeit der Ukraine hat bisher nur wenige Autoren gefunden. Speziell über die unmittelbaren Jahre nach Kriegsende gibt es bisher keine umfassende monographische Bearbeitung. Auch in den neuen Gesamt- und übergreifenden Darstellungen zur ukrainischen Geschichte wird der unmittelbaren Nachkriegszeit nur wenig Platz eingeräumt, zudem wird sie oftmals bis zum Tod Stalins zusammengefasst.[42] Zwei ältere Darstellungen zur ukrainischen Politik zwischen dem Kriegsende und den fünfziger bzw. sechziger Jahre geben einen Einstieg. LEWYTZKYJ[43] beschreibt die Ukraine 1944–1963 aus der sowjetischen Perspektive, das bedeutet, das Hauptaugenmerk liegt auf den Auseinandersetzungen mit Moskau, auf der erneuten Sowjetisierung sowie auf der ökonomischen Entwicklung. Die Vorgänge erschließen sich für den Autor aus Tageszeitungen und anderen Veröffentlichungen, jedoch nicht aus Archivmaterial, das seinerzeit nur streng begrenzt zugänglich war. BI-

39 VON HAGEN Does Ukraine Have a History, S. 663.

40 Vgl. die im Kapitel über den Zweiten Weltkrieg genannte Literatur. Als Photodokumentation: Kyïv 1941–1943.

41 HUNCZAK, SHTOHRYN (eds.), Ukraine. Zu den sozial- und kulturpolitischen Themen in diesem Band gehören die Positionen der Kirchen, die Situation der ukrainischen Theater sowie Literaturanalysen.

42 So bei KOSTJUK Stalinizm v Ukraïni, S. 412ff.

43 LEWYTZKYJ Die Sowjetukraine 1944–1963.

LINSKYS Werk[44] geht von der ukrainischen Sichtweise aus, ohne in eine exkulpierende Darstellung zu verfallen. Seine Untersuchung ist für die vorliegende Arbeit grundlegend, weil sie neben wichtigen interpolierten statistischen Daten eine große Bandbreite von Fragestellungen zusammenführt, die für die ukrainische Nachkriegszeit grundlegend waren, darunter die OUN/UPA, die unierte Kirche, Ukrainisierungs- und Russifizierungstendenzen, das Verhältnis zwischen Ukrainern und Polen bzw. Juden und anderes. Die jüngst von WEINER vorgelegte Arbeit geht weit über den Rahmen einer Regionalstudie zum Gebiet Rivne hinaus und deckt grundsätzliche Züge der Nachkriegsproblematik der Sowjetunion auf.[45]

Anders als in Russland, wo die Nachkriegszeit bereits in den Fokus der postsowjetischen Historiographie gekommen ist,[46] stehen in der Ukraine die Jahre nach dem Krieg weiter im Schatten der Erforschung der Kriegszeit. Die sowjetukrainische Historiographie hat eine besonders merkwürdige Darstellungsweise der Jahre nach 1944 produziert, nämlich als führerlose Zeit ohne die Erwähnung Stalins, Chruščevs und anderer politischer Verantwortlicher in hohen Positionen. Damit kommen weder der Persönlichkeitskult noch der als Sowjetpatriotismus camouflierte großrussische Chauvinismus zur Sprache, hingegen wird die Rolle der Partei als tragende Kraft permanent herausgehoben und die „Freundschaft der Völker" in der Sowjetunion betont.[47] Durch das Rekurrieren auf Leninschen Prinzipien und Zielen wird beinahe der Eindruck erweckt, die Sowjetunion befände sich zu dieser Zeit noch unter dessen Herrschaft.

Nach dem Ende der Sowjetunion bzw. der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik wurden Stalin und Chruščev unter Wertung ihrer politischen Taten wieder in die geschichtlichen Abhandlungen aufgenommen. Dazu haben sich hier manche vorher verschwiegene oder falsifizierte Themenkomplexe in den Vordergrund geschoben, vor allem die Sowjetisierung der Westukraine, die Niederringung der OUN/UPA sowie die Liquidierung der unierten Kirchen. Darüber sind in letzter Zeit Quellensammlungen erschienen.[48] Allerdings sind diese vor allem daran interessiert, nationalpolitisch relevante Themen hervorzuheben, die zuvor nicht behandelt werden durften. In eine Reihe von Fragen der Kriegs- und Nachkriegszeit ist mit dem

44 BILINSKY The Second Soviet Republic: The Ukraine after World War II.

45 WEINER Making sense of war.

46 ZUBKOVA Poslevoennoe sovetskoe obščestvo; DIES. Russia After the War.

47 Vgl. beispielsweise den 1979 erschienenen achten Band der Istorija ukraïns'koï RSR als offizielle Darstellung des „erstarkenden Sozialismus" von 1945 bis zu den fünfziger Jahren.

48 Zu den neueren Quellensammlungen gehören Nacional'ni vidnosyny v Ukraïni u XX st.: Zbirnyk dokumentiv i materialiv. Kyïv 1994; Kul'turne žyttja v Ukraïni. Tom 1. 1939–1953. Kyïv 1995; Tom 2. 1953–1966. L'viv 1996 (ein dritter Band ist in Vorbereitung); Nacional'ni procesy v Ukraïni: Istorija i sučasnist'. Dokumenty i materialy. Č. 1–2. Kyïv 1997; Desjat' buremnych lit; Čorna knyha Ukraïny. Zbirnyk dokumentiv, archivnych materialiv, lystiv, dopovidej, statej, doslidžen', ese. Hrsg. von Demokratyčna partija Ukraïny. Kyïv 1998; Litopys' neskorenoï Ukraïny. Dokumenty, materialy, spohady. Knyha I. L'viv 1993. Vgl. auch die diversen Quellenveröffentlichungen in UIŽ ab Beginn der neunziger Jahre.

Ende des Sowjetunion Bewegung geraten, so in das Schicksal einzelner Völker in der Sowjetunion wie der deportierten Polen aus dem besetzten Ostpolen, auch der Repatriierungen nach dem Krieg.[49]

Die Thematik der OUN/UPA wurde insbesondere von der ukrainischen Emigration beschrieben, die zum Teil in ihrer Tradition steht. Eine Vielzahl von Erinnerungen von Beteiligten sowie Abhandlungen und Dokumentensammlungen liegen vor. Problematisch ist, dass jene oftmals die Innensicht wiedergeben und auf sowjetische Quellen verzichten. Opfer des UPA-Terrors kommen vor einer Kommission der nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine zu Wort, die 1996–1998 zur Erforschung der OUN-UPA während des Zweiten Weltkrieges eingesetzt wurde.[50]

Ein genauerer Blick auf die bestehende Forschung zum Sowjetsystem und zum Stalinismus ergibt, dass die Ausgangslage für die vorliegende Studie, obwohl Werke über den Stalinismus in großer Zahl verfasst wurden, nicht sehr fundiert ist. Teilweise geht dies auf die hinterlassenen zeitgenössischen Quellen zurück. Stalin selbst wusste von der Gefahr, die von der Historiographie für die Einschätzung seiner Person und seiner Politik ausging. Er selbst diffamierte die nicht-bolschewistische historische Analyse als „Herumwühlen in zufällig zusammengestellten Papieren".[51] Aus gutem Grund hinterließ der Diktator kaum schriftliche Anweisungen und Befehle zu Terror- und Repressionsmaßnahmen an seine Mitarbeiter.[52] Die Spuren seiner eigenen Einflussnahme verwischte er, indem er in offiziellen Briefen seine Unterschrift mit dem Signum des ZK vertauschte oder seine Beschlüsse in solche des Politbüros umdeutete.[53] Unter seiner Herrschaft – und bis zum Ende der Sowjetunion – blieb der Zugang zu den Archiven grundsätzlich nur unter sehr strengen Bedingungen erlaubt, die Publikation historischer – wie anderer wissenschaftlicher – Werke stand unter strikte Zensur.

Im Westen wird die Debatte über das Bestehen und Funktionieren des Sowjetsystems seit Jahrzehnten geführt. Bereits in den fünfziger und sechziger Jahren entstanden eine Reihe von grundlegenden Publikationen zum inneren Aufbau der Sowjetunion, die bis heute keine Neuauflage erfuhren, auch wenn die geänderte Archivlage dies ermöglichen würde. Dazu gehören die soziologischen Darstellungen von INKELES,[54] die nach wie vor bedeutende Untersuchung von KOLARZ zu den Kirchen in

49 Hervorzuheben ist die zweisprachig ukrainisch-polnisch herausgegebene und ausführlich kommentierte Quellensammlung Pol'ška ta Ukraïna u trydcjatych-sorokovych rokach XX stolittja. Nevidomi dokumenty z archiviv special'nych služb. Tom 2. Pereselennja poljakiv ta ukraïnciv, 1944–1946. Varšava, Kyïv 2000 über den polnisch-ukrainischen Bevölkerungsaustausch.

50 Protystojannja. Zvernennja, zajavy, lysty hromads'kych orhanizacij, polityčnych partij, hromadjan Ukraïny do Komisij z vyvčennja dijal'nosti OUN-UPA.

51 SLUTSCH Macht und Terror in der Sowjetunion, S. 112.

52 Vgl. weiter über fehlende Archivbelege unten in der Quellendiskussion.

53 NAIMARK Cold War Studies and New Archival Materials on Stalin, S. 12.

54 ALEX INKELES Public Opinion in Soviet Russia. A Study in Mass Persuasion. Cambridge, Massachusetts 1951; DERS. Social Change in Soviet Russia. Cambridge, Massachusetts 1968.

der Sowjetunion,[55] die umfassende Darstellung Soviet Partisans in World War II,[56] FAINSODs Fallstudie zur sowjetischen Herrschaft in Smolensk[57] und die detaillierte Untersuchung zur Zusammensetzung der Kommunistischen Partei von RIGBY[58]. Zur Funktionsweise, Aufgabe und zum Aufbau des Parteiapparates und anderer sowjetischer Organe ist die Kenntnis der Untersuchungen von SCHAPIRO[59] noch immer wesentlich. Ein Teil der älteren Studien zeichnet sich zwar durch die zeitliche Nähe zum Thema aus, allerdings wurden mangels anderer Informationsmöglichkeiten manche der geschilderten Ereignisse nur aus den Erzählungen Dritter weitergegeben, die bewusst oder unbewusst verfälschend wirken.[60]

Eine Reihe von Stalin-Biographien und biographisch angelegten Werken auch neueren Datums stellt die Persönlichkeit des Diktators in die Umgebung seiner politischen Handlungen. Dabei stützt sich VOLKOGONOV,[61] ein ehemaliger Armeegeneral, der während der *perestrojka* Direktor des Instituts für Militärgeschichte des sowjetischen Verteidigungsministeriums wurde, auf ausführliche Archivunterlagen. Aus der sozialistischen Ecke argumentieren die klassischen Untersuchungen von DEUTSCHER, MEDVEDEV und anderen.[62] Von der auf drei Bänden angelegten Studie ROBERT TUCKERS umfassen die beiden erschienenen die Zeit bis 1941.[63] Die jüngste

55 KOLARZ Die Religionen in der Sowjetunion.

56 Die neuere Untersuchung von SLEPYAN "The people's avengers" legt den Schwerpunkt auf die politische Kultur der Partisanenbewegung.

57 FAINSOD How Russia is Ruled; DERS. Smolensk under Soviet Rule.

58 RIGBY Communist Party Membership in the U.S.S.R.

59 SCHAPIRO The Communist Party of the Soviet Union.

60 Beispielsweise erwähnt GALTER Rotbuch der verfolgten Kirche, S. 102, einen Protestbrief gegen die Kirchenverfolgungen an Molotov, der von 300 Priestern unterzeichnet worden sei; dieser Brief wurde zwar tatsächlich verfasst, jedoch belief sich die Anzahl der Unterzeichner nur auf 61, wie die Akten belegen (vgl. im Kapitel über die Auflösung der unierten Kirchen in der Ukraine). Somit wussten die Zeitgenossen im westlichen Ausland zwar allgemein von der Protestaktion der Priester, die genaue Anzahl war aber überhöht worden.

61 WOLKOGONOW Stalin. In seinen Werken stellt sich Volkogonov aber auch als ein Kind seiner Zeit dar. In einem Interview erklärte er 1988, die Hauptaufgabe seiner Zeit bestehe einerseits in der Befreiung vom Stalinismus, andererseits im Aufbau eines Sozialismus mit „Leninschem Gesicht" (SCHRÖDER Die Lehren von 1941, S. 115). Auch der Versuch der Rehabilitierung Stalins wird ihm unter anderem wegen der Aussage vorgeworfen, die Einstellung zu Stalin werde in Zukunft „ruhiger" werden, wenn keine Person seiner unmittelbaren Umgebung mehr lebe (MERCALOV, MERCALOVA Stalinizm i vojna, S. 8). Vgl. die Kritik an Volkogonov, der von der Omnipotenz des Systems ausgeht, bei VON HAGEN Stalinism and the politics of post-Soviet history, S. 296–297, Anm. 32.

62 ISAAC DEUTSCHER Stalin. Eine politische Biographie. Berlin (Ost) 1990; MEDVEDEV Let History Judge.

63 ROBERT TUCKER Stalin as a Revolutionary 1879–1929. A Study in History and Personality. New York, London 1973; DERS. Stalin in Power. The Revolution from Above, 1928–1941. New York, London 1990.

Biographie von LÖWE bezieht die Forschungsergebnisse der letzten zehn Jahre mit ein.[64]

In der Sowjetunion sind die ersten Anfänge einer Stalinismus-Analyse während des Chruščevschen Tauwetters zu orten.[65] Zwischen 1962 und 1966 erschienen eine Reihe von Publikationen über Stalin. Allerdings standen diese in den engen Grenzen der Parteivorstellungen, die keine wirkliche Aufarbeitung zuließ. Nach Chruščev wurden die Möglichkeiten für die Beschäftigung mit dem Stalinismus wieder eingeschränkt. Erst Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre begann, anknüpfend an den Diskurs der sechziger Jahre, eine unbelastetere und weniger restriktive Beschäftigung in der Sowjetunion mit dem Wesen und Ursprung des Stalinismus, mit dem Stalinschen System und seiner Machtausübung.[66] Zu jener Zeit wurde heftig und kontrovers darüber diskutiert, inwieweit Stalinismus eine Folge der sozialistischen Bewegung und des Leninismus war und ob es eine Alternative zur Stalinschen Herrschaftsmethode gab. Dies war deshalb auch eine heikle politische Frage, weil es noch um die künftige Ausgestaltung des Sozialismus während der *perestrojka* ging.[67] Dazu kam die vor allem in wissenschaftlichen Zeitschriften einsetzende Diskussion über die Auslegung von Totalitarismus. Dabei wurde aber die westliche Forschung zu Stalin von russischer Seite nur in Maßen rezipiert. Volkogonov, der selbst an der Quelle sitzt, moniert, sie basiere auf zu schwachem Archivmaterial; ein anderer Vorwurf lautet, sie sei zu „objektivistisch", weil die Forscher im Westen nicht selbst die sowjetische Tragödie erlitten hätten (Medvedev).[68]

In der Ukraine erschienen ebenfalls in der Zeit von *glasnost'* und *perestrojka* (ukr. *hlasnist'*, *perebudova*) die ersten Werke über Stalinismus.[69] Als eine der ersten Darstellungen ist die Serie von Artikeln im führenden Fachorgan „Ukraïns'kyj istoryčnyj žurnal" ab dem Jahr 1990 aus der Feder JURIJ ŠAPOVALS zu nennen.[70] Auch die theoretische Auseinandersetzung mit dem kommunistischen System unter sei-

64 LÖWE Stalin. Der entfesselte Revolutionär.

65 HÖSLER Sowjetische und russische Interpretationen des Stalinismus, S. 36–39.

66 MICHAIL E. ERIN Stalinismus in der gegenwärtigen russischen Geschichtsschreibung, in: Kultur im Stalinismus, S. 226–236.

67 Vgl. zur Geschichtsdebatte am Ende der Sowjetunion MARKUS WEHNER Auf der Suche nach der „Wahrheit"? Zum polemischen Streit sowjetischer Historiker und Publizisten über die 1920er Jahre und die Ursprünge des Stalinismus, in: Osteuropa 40 (1990) S. 1129–1144; HÖSLER Sowjetische und russische Interpretationen des Stalinismus, S. 66–67; VON HAGEN Stalinism and the politics of post-Soviet history.

68 O Staline i Stalinizme. Beseda s D. A. Volkogonovym i R. A. Medvedevym, in: Istorija SSSR (1989) Nr. 4, S. 89–108, hier S. 99, 100.

69 JURIJ I. ŠAPOVAL *U ti trahični roky. Stalinizm na Ukraïni*. Kyïv 1990; VIKTOR M. DANYLENKO, HEORHIJ V. KAS'JANOV, STANISLAV V. KUL'ČYC'KYJ Stalinizm na Ukraïni 20–30-ti roky. Kyïv 1991.

70 JU. I. ŠAPOVAL Stalinizm i Ukraïna, in: UIŽ ab 1990, Nr. 12. Der inhaltliche Schwerpunkt liegt auf den dreißiger Jahren.

nem Gründer Lenin hat, wenn auch verspätet und zögerlich, nun eingesetzt.[71] Das Augenmerk wird insbesondere auf die Schilderung der Repressionen gerichtet. Herauszuheben sind die Arbeiten von BILAS und BARAN; ein neuer Sammelband zum Terror in der Ukraine geht ausführlich auf das 19. und 20. Jahrhundert ein.[72] Ergänzt werden diese durch weitere Darstellungen der sowjetischen Repressionen aus ukrainischer und russischer Feder.[73] Wie diese nehmen auch weitere in letzter Zeit entstandene Veröffentlichungen neues Archivmaterial auf, so einige Spezialnummern der Zeitschrift „Cahiers du Monde russe".[74]

Unbestreitbar ist die Diskussion über das Wesen, die Bedeutung und die Beweggründe der Stalinschen Herrschaft und ihrer Träger in den letzten Jahrzehnten beträchtlich vorangekommen. Ein wesentlicher Grund war nicht zuletzt die erst seit 1991 existierende Möglichkeit, Archive in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion zu besuchen und für Untersuchungen heranzuziehen. Dennoch bestehen durch die Konzentration auf bestimmte inhaltliche Gebiete Forschungsdesiderate, wenn man sich nicht auf der zentralen Ebene in Moskau befindet, sondern in einer sowjetischen Republik wie der Ukraine:

1. So ist einzuwenden, dass sich die Stalinismus-Diskussion fast ausschließlich auf das ehemalige Russische Reich bezog und oft nicht klargemacht wurde, dass zwischen der sowjetischen und der russischen bzw. sowjetrussischen Gesellschaft zu differenzieren ist. Es wird sogar mit einer gewissen Selbstverständlichkeit nur von Sowjet-Russland gesprochen (noch weitergehend wird die Stalinismus-Forschung überhaupt als *das* Thema der Osteuropa-Historiographie und als mit dieser deckungsgleich apostrophiert, was diese Forschungsrichtung überbewertet). Die Ukraine und die ukrainische Frage ist kaum Teil der im Westen geführten Stalinismus-Debatte, abgesehen von exil-ukrainischen, politologischen Untersuchungen zum politischen System in der Sowjetukraine und der Darstellung von MARPLES, deren Akzent auf den Auseinandersetzungen im Politbüro liegt – ebenfalls noch ohne ukrainische Archivquellen.[75] Aus der Kiever Perspektive, ganz zu schweigen von jener in Minsk, Taškent, Tiflis oder anderer ehemaliger Sowjetrepubliken, erscheinen bestimmte Phänomene in einem ganz anderen Licht als in der russischen Zentrale. Der Unterschied zwischen den Auswirkungen der Politik im Zentrum selbst und in den politischen Nebenzentren sollte daher mehr Gewicht bekommen. In diesem Zusammenhang fällt auch auf, dass bisher eine Auseinandersetzung mit den nicht-

71 Vgl. beispielsweise IVAN BELEBECHA Ukraïna i komunizm. Charkiv 2000.

72 BILAS Represyvno-karal'na systema v Ukraïni; BARAN Ukraïna 1950–1960-ch rr.: evoljucija totalitarnoï systemy; Polityčnyj teror i teroryzm v Ukraïni.

73 So: BILOKIN' Masovyj teror jak zasib deržavnogo upravlinnja; STECOVSKIJ Istorija sovetskich repressij und andere.

74 Band 42 (2001) Nr. 2–4 über die Geschichte des sowjetischen Ministeriums für Staatssicherheit sowie Band 40 (1999) Nr. 1–2 über die neuen sowjetischen Archivquellen.

75 MARPLES Stalinism in Ukraine in the 1940s.

russischen Völkern während des Stalinismus kaum stattfindet,[76] abgesehen von der Darstellung der Deportation kleinerer Völker. Ausnahmen stellen aber die Arbeiten von KAPPELER,[77] SIMON,[78] MARTIN[79] (die beiden letzteren aus dem Blickwinkel der Stalinschen Nationalitätenpolitik) und SUNY[80] sowie KAISER[81] (aus der Perspektive der auch am Nationalismus zerfallenen Sowjetunion) dar, die darauf schließen lassen, dass an den noch bestehenden Forschungslücken auf diesem Gebiet weiter gearbeitet wird.

2. Ein anderes Problem der laufenden Stalinismus-Diskussion ist die fast ausschließliche Konzentration auf die dreißiger Jahre.[82] Der Grund dafür ist, dass in diese Zeit die Etablierung des Stalinschen Systems sowie die Eskalierung seiner Macht fällt. So befassen sich wichtige Arbeiten mit den wirtschaftlichen,[83] politischen[84] und sozialen[85] Prozessen in der Sowjetunion. Ein Schwerpunkt liegt auf den Säuberungen von Partei und Gesellschaft und dem Stalinschen Terror[86]. Auch in ukrainischen his-

76 Neu ist aber zum Stalinismus im Kaukasus BABEROWSKI Der Feind ist überall.

77 KAPPELER Rußland als Vielvölkerreich.

78 SIMON Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion.

79 MARTIN The Affirmative Action Empire.

80 SUNY The Revenge of the Past.

81 ROBERT J. KAISER The Geography of Nationalism in Russia and the USSR. Princeton, NJ 1994.

82 Vgl. die von HILDERMEIER, PLAGGENBORG, FITZPATRICK und anderen herausgegebenen Sammelbände zum Stalinismus, die einen Querschnitt der laufenden Forschungsvorhaben vorstellen, von denen aber kaum einer die Zeit nach 1939/41 thematisiert.

83 So ROBERT W. DAVIES The Soviet Collective Farm, 1929–1930. London, Basingstoke 1980 und DERS. The Socialist Offensive. The Collectivization of Soviet Agriculture, 1929–1930; MOSHE LEWIN Russian Peasants and Soviet Power. A Study of Collectivization. Evanston 1968; STEPHAN MERL Die Anfänge der Kollektivierung in der Sowjetunion. Übergang zur staatlichen Reglementierung der Produktions- und Marktbeziehungen im Dorf (1928–1930). Wiesbaden 1985; DERS. Bauern unter Stalin. Die Formierung des sowjetischen Kolchossystems, 1930–1941. Berlin 1990; LYNNE VIOLA The Best Sons of the Fatherland. Workers in the Vanguard of Soviet Collectivization. New York 1987.

84 Vgl. beispielsweise die Darstellungen von CHLEWNJUK Das Politbüro; OLEG V. CHLEVNJUK 1937-i: Stalin, NKVD i sovetskoe obščestvo. Moskva 1992.

85 Darunter HANS-HENNING SCHRÖDER Industrialisierung und Parteibürokratie in der Sowjetunion. Ein sozialgeschichtlicher Versuch über die Anfangsphase des Stalinismus (1928–1934). Berlin 1988; LYNNE VIOLA Peasant Rebels under Stalin. Collectivization and the Culture of Peasant Resistance. New York, Oxford 1996; SHEILA FITZPATRICK Stalin's Peasants. Resistance and Survival in the Russian Village after Collectivization. Oxford 1994; JAMES HUGHES Stalinism in a Russian Province. A Study of Collectivization and Dekulakization in Siberia. London, Basingstoke 1996.

86 Zur Diskussion des stalinistischen Terrors vgl. unter anderem: ROBERT CONQUEST Der Große Terror. Sowjetunion 1934–1939. München 1992; ARCH GETTY Origins of the Great Purges; DERS., MANNING (Hrsg.), Stalinist Terror; LEONID LUKS »Die Utopie an der Macht«. Zum bolschewistischen Terror unter Lenin und Stalin, in: Historisches Jahrbuch 119 (1999) S. 232–264; STEFAN PLAGGENBORG Gewalt und Militanz in Sowjetrussland 1917–1930, in: JBfGOE

torischen Zeitschriften wie „Ukraïns'kyj istoryčnyj žurnal", dem 1994 ins Leben gerufenen Periodikum „Z archiviv VUČK-HPU-NKVD-KHB" und dem ebenfalls neuen Organ „Naše mynule" ist diese Tendenz spürbar. Die Epoche nach dem Zweiten Weltkrieg wird, wenn überhaupt, dann als Anhängsel der dreißiger Jahre dargestellt. Obwohl sie von diesen nicht losgelöst gesehen werden kann, ist trotzdem zu fragen, ob nicht gerade der Nachkriegs-Stalinismus einen eigenen Wert für sich darstellt, der Motive der Zwischenkriegszeit wie die Methoden des Machterhalts variiert oder gar verändert hat. Verwunderlich ist, dass die Bedeutung speziell des Zweiten Weltkrieges in Bezug auf das System des Stalinismus bisher kaum untersucht wurde.[87] Die besondere Beachtung der dreißiger Jahre führt dazu, dass die Zeit nach 1945 als die am wenigsten erforschte Stalinsche Herrschaftsperiode zu gelten hat. Weder finden sich dafür zu den innenpolitischen oder wirtschaftlichen noch zu den sozialen Veränderungen Untersuchungen in ähnlicher Zahl und Bedeutung wie für die dreißiger Jahre.[88] Als Schwerpunkt wachsenden wissenschaftlichen Interesses ist der Kalte Krieg, also der außenpolitische Aspekt des Stalinismus, auszumachen.[89]

3. Nicht zuletzt ist zu monieren, dass bisher keine ausreichende Debatte über die Quellen zum Stalinismus geführt wurde. Zwar sind durch die Öffnung sowjetischer Archivbestände neue Einzelheiten und Zusammenhänge offenkundig geworden, die

44 (1996) S. 409–430; POPOV Gosudarstvennyj terror sovetskoj Rossii; BABEROWSKI Wandel und Terror; Stalin's Terror. High Politics and Mass Repression in the Soviet Union. Ed. by Barry McLoughlin, Kevin McDermott. Houndmills, Basingstoke, Hampshire, London 2003; JOHANNES BAUR „Großer Terror" und „Säuberungen" im Stalinismus. Eine Forschungsübersicht, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 45 (1997) H. 4, S. 331–348.

87 Eine bewertende Zusammenfassung der vor allem russischen Forschungen zu Stalin und dem Zweiten Weltkrieg wurde aber von MERCALOV, MERCALOVA Stalinizm i vojna, vorgelegt.

88 Vgl. aber die Darstellungen von ZUBKOVA; HAHN The Fall of Zhdanov; BOTERBLOEM Life and Death under Stalin.

89 NAIMARK Cold War Studies and New Archival Materials on Stalin. Zu den wichtigeren Arbeiten über den Kalten Krieg gehören VOJTECH MASTNY Moskaus Weg zum Kalten Krieg. Von der Kriegsallianz zur sowjetischen Vormachtstellung in Europa. München 1980 bzw. DERS. The Cold War and Soviet Insecurity. The Stalin Years. New York 1996; DAVID HOLLOWAY Stalin and the Bomb: The Soviet Union and Atomic Energy, 1939–1956. New Haven 1994; JOHN LEWIS GADDIS The United States and the Origins of the Cold War 1941–1947. New York 1972; DERS. We now know. Rethinking Cold War History. Oxford 1997; MCCAGG Stalin Embattled; WILFRIED LOTH Die Teilung der Welt. 1941–1945. München 1982; MARTIN WALKER The Cold War and the Making of the Modern World. London 1993; LLOYD C. GARDNER Spheres of Influence. The Partition of Europe from Munich to Yalta. Chicago 1993; FRANCESCA GORI (Hrsg.), The Soviet Union and Europe in the Cold War. 1943–1953. Basingstoke 1996; MELVYN P. LEFFLER A Preponderance of Power. National Security, the Truman Administration, and the Cold War. Stanford, Calif. 1992; Stalinskoe desjatiletie Cholodnoj vojny. Fakty i gipotezy. Izd. I. V. Gajduk, N. I. Egorova, A. O. Čubarjan. Moskva 1999. Vgl. weiter die neuen Periodica *Cold War International History Bulletin* des Wilson Center (Washington), *The Journal of Cold War Studies* (Harvard) und *Cold War History* (London).

zusammen mit vielen Arten von historischen Überrest- und Traditions-Quellen be- und verarbeitet werden – Tagebücher, Parteiberichte, Parteizeitungen, Memoiren –, doch in vielen Fällen wird ihre Aussagekraft und Verlässlichkeit überschätzt. Gerade die parteiinternen Berichte werden oftmals ungefiltert und ohne Herstellung ihres Zusammenhangs zitiert.

Durch diese genannten Erfordernisse entstehen Forschungslücken und -schwächen, die in der vorliegenden Arbeit kaum aufgearbeitet werden können. Grundsätzlich fehlt eine Reihe von wichtigen thematischen Analysen, so zur Lage der ukrainischen Parteiorganisation aus neuer, nach-kommunistischer Sicht. Andererseits verfügt die Stalinismus-Diskussion über breit erforschte Felder. Dazu gehört der Staatsterror, der die Gesellschaft seit der bolschewistischen Machtübernahme mit einem Höhepunkt in den dreißiger Jahren verfolgte und ein konstitutives Element der Stalinschen Herrschaft bildete.[90]

Ansatzpunkte, die bestehende Forschung weiterzutreiben, ergeben sich in mehreren Richtungen. Von großem Interesse wäre eine Analyse der kommunistischen Partei in der Ukraine insgesamt, aber auch auf regionaler Ebene. Damit könnte die bisherige sowjetische Hofberichterstattung in die zweite Reihe verwiesen werden, die jetzt trotz offensichtlicher Unzulänglichkeiten noch immer mangels anderer Möglichkeiten zitiert werden muss. Ein weiterer Schritt bestünde darin, die Ukraine strukturell mit anderen Ländern und Sowjetrepubliken in der Nachkriegszeit zu vergleichen; insbesondere bieten sich die baltischen Länder an, die nach ihrer ersten sowjetischen Besetzung 1940 nach dem Zweiten Weltkrieg ebenfalls einer Restalinisierung unterworfen waren. Kontrastive Untersuchungen dieser Art sind bisher selten unternommen worden.[91]

4.2. Quellenkritik

Der Forschung über die Sowjetunion wurde bis zum Fall des Eisernen Vorhangs nachgesagt, sie sei im Grunde gar nicht zu betreiben, weil ihr trotz der Vielfalt an veröffentlichten Propaganda-Materialien eine angemessene Quellengrundlage fehle.[92] Mit dem Ende der sowjetischen und sozialistischen Herrschaften in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa wurden aber nunmehr viele Archive im ehemaligen Ostblock zugänglich.[93] Einige osteuropäische Länder legten sich sogar liberalere Be-

90 Vgl. oben Anm. 86.

91 Eine Ausnahme ist ZUBKOVA Obščestvo iz vojny: russkie i nemcy v 1945 godu, welche die Verhältnisse in der Sowjetunion als Kriegsgewinner mit denen des Verlierers Deutschland vergleicht und dabei auf größere Gemeinsamkeiten als auf Unterschiede kommt.

92 SIMON Zeitgeschichtliche Phänomene, die es gar nicht gibt.

93 Zu den neuen Bedingungen der Benutzung ehemals sowjetischer Archive vgl. DIETRICH GEYER Perestrojka in der sowjetischen Geschichtswissenschaft, in: DERS. (Hrsg.), Die Umwertung der sowjetischen Geschichte, S. 9–31, hier S. 23–27, 31. Grundsätzliche Überlegungen zu

nutzungsvorschriften als westliche Archive zu. So existiert bisher in der Ukraine keine Sperrfrist für Akten; diese können vielmehr bis in die Gegenwart eingesehen werden.[94] Jedoch wurden längst nicht alle Bestände freigegeben. Unter Verschluss stehen nach wie vor in vielen ehemals sozialistischen Ländern die Akten der Geheimdienste und bestimmte Materialien aus Parteiarchiven. So wurde in Moskau von den im Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation etwa 80–100.000 lagernden Akten über sowjetische Parteiorgane nur ein sehr geringer Bruchteil freigegeben.[95] Außerdem ist in einigen Ländern bereits eine Rückwärtswendung zu bemerken wie in Russland, wo der Archivzugang wieder restriktiver gehandhabt wird als zu Beginn der neunziger Jahre.[96]

Die Öffnung von Archiven in Osteuropa hat nicht grundsätzlich Neues über die sozialistischen Länder ans Licht befördert. Vieles war auch ohne schriftliche Quellen über Zeitzeugen bekannt. Dennoch ist für die Bearbeitung historischer und politischer Themen der sowjetischen Geschichte in der Gegenwart die Recherche in den Archiven grundlegend, weil nur durch die hier aufzufindenden Akten die Einzelheiten der offiziellen Parteisicht fundiert nachgezeichnet und belegt, bisherige Nullstellen aufgefüllt werden können und der Mechanismus der Macht, der für die Sowjetunion und viele ost-, ostmittel-, und osteuropäischen Staaten charakteristisch war, aufgedeckt werden kann.

Für die vorliegende Analyse sind die Bestände ukrainischer Archive wesentlich. Dabei wurde neben der zentralen Kiever Perspektive auch die Gebiete einbezogen. Die Arbeit basiert im wesentlichen auf Akten aus Staats- sowie Parteiarchiven in Kiev, Odessa, Lemberg (hier befinden sich auch seit der Zusammenführung der beiden Gebiete die Akten des Gebiets Drohobyč) und Charkiv.[97] So werden die unterschiedlichen Bedingungen nach dem Krieg in der Westukraine – Lemberg – , in der Südukraine – Odessa – sowie in der Ostukraine – Charkiv – berücksichtigt. Je nach der konkreten Fragestellung sind die unterschiedlichen Archivorte verschieden stark aussagekräftig: Während beispielsweise in der religiös aktiveren Westukraine fun-

Grenzen und Möglichkeiten der Archivnutzung bei der Schwerpunkts-Diskussion über „Archivlandschaften – Geschichtswissenschaft in Post-Sowjetischer Zeit", in: JBfGOE 51 (2003) H. 1, S. 35–89.

94 Zur Archivsituation in der Ukraine: BENEDIKT PRAXENTHALER Zur Reorganisation und Modernisierung des ukrainischen Archivwesens, in: Osteuropa 48 (1998) H. 4, S. 373–381.

95 STECOVSKIJ Istorija sovetskich repressij, tom 2, S. 308.

96 Dies wird beispielsweise beobachtet bei diplomatischen und außenpolitischen Vorgängen nach dem Zweiten Weltkrieg, vgl. NAIMARK Cold War Studies and New Archival Materials on Stalin, S. 3. Dabei ist die Freigabe von heiklen Akten auch eine Waffe gegen politische Konkurrenten; vgl. VERA TOLZ, JULIA WISHNEVSKY The Russian Government Declassifies CPSU Documents, in: RFE/RL Research Report (26 June 1992) vol. 1, S. 8–11.

97 Zu den Archiven in der Ukraine liegt ein Führer vor vom Ende der achtziger Jahre von PATRICIA KENNEDY GRIMSTED Archives and Manuscript Repositories in the USSR. Ukraine and Moldavia. Book 1. General Bibliography and Institutional Directory. Princeton, New Jersey 1988.

diertes Material zur Kirchen- und Religionspolitik zu finden war, konnte Vergleichbares in der Süd- und Ostukraine kaum zutage gefördert werden. Dagegen sind die Unterlagen aus Charkiv über die Ansiedlung von Repatriierten und aus Odessa über die Niederlassung von Ukrainern außerhalb der sowjetischen Vorkriegsgrenzen grundlegend.

Akten der Moskauer Regierung erwiesen sich deshalb als bedeutsam, weil die Kiever Regierung der Allunions-Zentrale in Moskau weisungsgebunden und direkt unterworfen war. Jedoch waren bestimmte politische Felder nur von peripherem Interesse für den Gesamtstaat, wurden fast ausschließlich in Kiev beschlossen und sogar in die Gebiete und Rajons verlagert, andere waren aber stark und exklusiv von Moskau bestimmt. Zu letzteren gehörte in der unmittelbaren Nachkriegszeit der Kampf gegen die ukrainischen nationalen Partisanen. So ergänzt die im Staatsarchiv der Russischen Föderation (*Gosudarstvennyj Archiv Rossijskoj Federacii;* GARF) verwahrte „Osobaja Papka Stalina" (Besondere Akte Stalins)[98] wesentlich das Bild über das Vorgehen des NKVD gegen die OUN/UPA, das aus den Beständen der ukrainischen Gebiets-Archive erarbeitet worden war. Im Russischen Staatsarchiv für Sozial- und politische Geschichte (*Rossijskij Gosudarstvennyj Archiv Social'no-Političeskoj Istorii*; RGASPI) in Moskau wurden Materialien über die Zielsetzungen Stalins bei der Neuordnung der Ukraine – insbesondere der Westukraine – untersucht.

Die zugrundeliegenden Schriftstücke insbesondere aus den ukrainischen Archiven sind bisher kaum von der Forschung herangezogen worden; dies war auch deshalb nicht möglich, da der Zugang zu den Parteiarchiven bis vor einiger Zeit Ausländern und (ehemaligen) Sowjetbürgern fast durchwegs verwehrt und bestimmte Akten gar nicht herausgegeben wurden. Es ist daher unumgänglich, grundsätzliche Überlegungen zu dem verwerteten Archivmaterial anzustellen. Dabei werden auch die Charakteristika der verwendeten Schriftstücke – Ministerratsprotokolle, NKVD-Berichte, Statistiken, Korrespondenzen zwischen Ministerien sowie zwischen dem ZK in Kiev und Moskau miteinander und mit untergeordneten Behörden und dergleichen – vorgestellt.

Bei der Beurteilung der Glaubwürdigkeit von sowjetischen Schriftstücken und insbesondere bei der Interpretation von Parteiquellen spielen verschiedene Gesichtspunkte eine Rolle. Der Wahrheitsgehalt einzelner Parteiberichte ist in der Regel schwierig einzuschätzen. Oftmals gab es keine andere Quelle für ein Ereignis, so dass eine Abgleichung kaum möglich ist. Als Hilfskonstruktion bietet sich aber ein systemimmanenter Vergleich an. Dies bedeutet, dass die Plausibilität der Akten einerseits anhand der transportierten Informationen, andererseits anhand ihres Verfassers eruiert werden muss. Dieser schrieb grundsätzlich vor dem Hintergrund der

98 Dazu die veröffentlichte Archivbeschreibung: Archiv novejšej istorii Rossii. Tom 1. «Osobaja papka» I. V. Stalina. Iz materialov Sekretariata NKVD-MVD SSSR 1944–1953 gg. Katalog dokumentov. Pod red. V. A. Kozlova i S. V. Mironenko. Moskva 1994.

sowjetischen Ideologie und staatlichen Zielsetzung. Neben diese „objektive" staatliche Schreibweise tritt aber ein subjektives Element, denn gleichzeitig war der Verfasser versucht, sich gegenüber seinem Vorgesetzten ins beste Licht zu setzen. Je positiver er schrieb, desto höher stieg sein Ansehen, weil er damit den Eindruck vermittelte, er habe seine Aufgabe erfüllt. Gleichfalls sprach für ihn, wenn er kritisch formulierte und dadurch seine „bolschewistische Wachsamkeit" unter Beweis stellte. Dies alles mochte Tatsachen verdrehen, Nuancen verschieben, Wesentliches in den Hintergrund treten lassen, Statistiken zu nicht relativierbaren Zahlenkolonnen machen und oppositionelle Erscheinungen zum Verschwinden bringen, da sie nicht vorkommen dürfen, oder überbewerten, um die eigene Umsicht zu demonstrieren. Andererseits lässt es der bekannte politische Hintergrund der Quelle zu, diese leicht einzuordnen: es ist klar, was ihr Ziel war, es ist klar, welche Ideologie der Schreiber vertrat, es ist damit klar, in welche Richtung er immanent argumentierte. Diese Autorintention ist bei anderen historischen Zeugnissen nicht immer leicht herauszufinden. Und trotzdem ist es unumgänglich, die Intention des Schreibers zu klären, denn nur dann ist erkennbar, welche Informationen er bewusst oder unbewusst herausfilterte, und nur so ist die Art und Belastbarkeit der von ihm stammenden Quelle kalkulierbar.

Weiter ist vorauszusetzen, dass bestimmte Order und Befehle in den Akten nicht zu finden sind, weil sie nur mündlich weitergegeben wurden. So wurden beispielsweise – und dies ist besonders problematisch für die Stalinismus-Forschung – von Stalin in der *Stavka* und im GOKO[99] erlassene Befehle nicht schriftlich niedergelegt, sondern nur mündlich angewiesen. Die fehlende Existenz schriftlicher Anweisungen Stalins geht auch auf seine Methode zurück, Befehle telephonisch anzuordnen. Die Praxis, sich in brieflicher Form an Vorgesetzte zu wenden, aber Untergebenen telephonisch Anweisungen zu erteilen, war in der sowjetischen Bürokratie nicht unüblich. Weiter ließ Stalin, wie auch Berija kurz nach Stalins Tod, schriftliche Anordnungen beseitigen; Berichte über die Ausführungen der Anweisungen Stalins wurden vom NKVD vernichtet, 1955 ließ Chruščev Unterlagen Berijas sowie Materialien über Stalin und andere politische Führungsfiguren verschwinden.[100] Auch Molotov gab an, Chruščev habe alle Archivdokumente beseitigen lassen, die

99 Vgl. den Hinweis bei Chlewnjuk zur Praxis der dreißiger Jahre: Einem Beschluss des Politbüros vom 5. Mai 1927 zufolge wurde allen Einrichtungen und Kommissionen empfohlen, geheimzuhaltende Angelegenheiten in geschlossenen Sitzungen und ohne Berichterstatter behandeln zu lassen, dabei sollte der Vorsitzende das Protokoll ausfertigen. Sitzungen des Politbüros wurden in den dreißiger Jahren, nachdem es kaum Hinweise darauf gibt, in der Regel wohl nicht protokolliert (CHLEWNJUK Das Politbüro, S. 21). Zu *Stavka* und GOKO vgl. im Kapitel über den „Großen Vaterländischen Krieg".

100 NAIMARK Cold War Studies and New Archival Materials on Stalin, S. 6, WOLKOGONOW Stalin, Triumph und Tragödie, S. 691–693; CHLEWNJUK Das Politbüro, S. 31; ANDREA GRAZIOSI The new archival sources. Hypotheses for a critical assessment, in: Cahiers du Monde russe 40 (1999) Nr. 1–2, S. 13–64, hier S. 30–31 (auch über die Zerstörungen von KGB-Beständen in den Jahren 1990/1991).

er bezüglich Repressivmaßnahmen in der Ukraine unterzeichnet habe.[101] Besonders wichtige Dokumente wurden in nur einem Exemplar weitergegeben; sie besaßen nicht nur Angaben über den Grad ihrer Geheimhaltung („sekretno" [geheim], „sov. sekretno" [streng geheim] oder „sov. sekretno. Osoboj važnosti" [streng geheim, besonders wichtig]), sondern auch das Verbot für den Empfänger, sie zu kopieren, oder die Anweisung, nach Lektüre das Schriftstück zu zerstören.[102] Auch in der verwendeten Diktion konnte der eigentliche Hintergrund von Befehlen verklausuliert werden. Oft wurden harmlose Formulierungen (z.B. die Anweisung, es seien „Maßnahmen zu ergreifen") gewählt – man wusste aus Erfahrung, was diese Begriffe bedeuteten, oder man erfüllte sie aus eigener Machtbefugnis –, ohne dass der Zwangscharakter einer Maßnahme explizit aufgenommen wurde. Wenn er aber nicht im Wortlaut nachzuvollziehen ist, so ist er dennoch in jedem Fall als Hintergrundwissen anzusetzen. Ein unspektakulär klingender Bericht konnte auf diese Weise einen doppelten Boden besitzen.

Wenn aus den Parteiakten nichts unreflektiert übernommen werden kann, so machen die herangezogenen Bestände doch deutlich, wie stark die sowjetische Sichtweise vereinfachte und zu Schwarz-Weiß-Malerei und Simplifizierung bis zur Primitivierung führte. „Kritik" und „Selbstkritik" im leninistischen, institutionalisierten Sinn als Form der Selbstkontrolle wurde zwar betrieben, aber nicht zur objektiven Klärung einer Sachfrage, sondern weil die Partei es grundsätzlich forderte. Selbstkritik richtete sich aber nicht gegen die Führungsspitze, sondern zielte darauf ab, bürokratische Ineffizienz, die Vernachlässigung von Parteipflichten oder Verwaltungsaufgaben und die Abweichung von der Parteilinie aufzudecken.[103]

Die politischen Rahmenbedingungen in der Ukraine wurden durch die Beschlüsse des ukrainischen Zentralkomitees (ZK) und Ministerrats (SNK) in Kiev gesetzt, deren Protokolle für die relevante Zeit untersucht wurden. Das Schema des Aufbaus und Tenors bei wichtigeren Entscheidungen ist oftmals identisch: Erst wird die allgemeine Lage – in den seltensten Fällen positiv – charakterisiert, dann folgt eine Aufzählung von Fehlern und Unzulänglichkeiten, um in Anschluss daran die verschiedenen Ministerien zur Pflichterfüllung aufzufordern. Meist wird dazu eine auffällig kurze Frist eingeräumt, und auch die anzuwendenden Maßnahmen werden selten konkret aufgeführt, so dass die Erfüllung relativ schwer gewesen sein muss und der untergeordneten Ebene überlassen wurde. Hier und in darauf folgenden Kontrollberichten, die ein- oder mehrere Male erfolgen konnten, wurden oftmals die verantwortlichen Amtsinhaber namentlich genannt.

101 FELIKS ČUEV Molotov Remembers: Inside Kremlin Politics. Chicago 1993, S. 359.

102 POPOV Gosudarstvennyj terror v sovetskoj Rossii, S. 30. Vgl. auch die Aufstellung des OGPU, welche Schriftstücke als „streng geheim", „geheim" und „vertraulich" zu klassifizieren waren, in: JONATHAN BONE Soviet controls on the circulation of information in the 1920s and 1930s, in: Cahiers du Monde russe 40 (1999) Nr. 1–2, S. 65–90, hier S. 69–75.

103 FAINSOD How Russia is Ruled, S. 211.

Statistiken und Zahlenangaben nehmen – oft ohne Vergleichsgrößen – in vielen Berichten einen prominenten Platz ein. Eine unüberschaubare Menge an Bilanzen wurde beispielsweise von einer „Außerordentlichen Staatlichen Kommission" aufgestellt, um den durch die deutsche Besatzung in der Sowjetunion angerichteten Schaden an Mensch, Flora, Fauna, Eigentum und Kunstschätzen genau zu beziffern. Das in diesem Zusammenhang gesammelte statistische Material ist dermaßen reichhaltig, dass es in seiner Gesamtheit weder erfassbar noch auswertbar ist – es stellt sich zudem die Frage, ob dies in irgendeiner Weise sinnvoll ist. Dennoch können für das vorliegende Thema einzelne Aussagen daraus gewonnen werden. Statistiken wurden allgemein in der Sowjetunion bereits in den zwanziger Jahren in großer Zahl veröffentlicht, um soziale und ökonomische Prozesse zentral zu erfassen und planmäßig zu lenken. In den dreißiger Jahren wurden die publizierten Ergebnisse erst nach ihrer Sichtung veröffentlicht, so dass es ab dann nicht mehr möglich war, allein aus den vorgelegten Zahlen ihren Wert zu eruieren, zudem fehlten zunehmend auszeichnende Bemerkungen über die Berechnungen.[104] Grundsätzlich sind bei sowjetischen Statistiken, die eigentlich nicht anders als „westliche" Statistiken zu behandeln sind, weniger die veröffentlichten Zahlen anzuzweifeln, sondern die nicht veröffentlichten und bewusst verschwiegenen sowie die Unklarheit bei der Erhebung und weiter nicht genannte Faktoren und Umstände, welche die Ergebnisse der Erhebung beeinflussen. Die eklektische Auswahl der Zahlen machten sowjetische Statistiken daher angreifbar. Platte Fälschungen waren jedoch ebenso möglich. Politischer Druck führte dazu, dass „die örtlichen Organe falsche Meldungen über die Planerfüllung nach oben gaben"[105]; im Fall der Gesamtopferzahlen des Stalinismus, die wohl nie völlig exakt ermittelt werden können, wurden bewusst vom KGB zu niedrige Zahlen auch innerhalb des Staatsapparats verbreitet.[106]

Für den Historiker liegen die Informationen aus der Zusammenstellung von Zahlen und der Anhäufung von Zitaten in der Regel weniger in deren Inhalten und schon gar nicht in der großen Summe der beschriebenen Beobachtungen, sondern in Aussagen zwischen den Zeilen. Zum Beispiel: Welches Motiv durchzieht alle Angaben? Wieso wurde nach diesen oder jenen Konstanten gefragt, nicht aber nach naheliegenden anderen? Wie wurde eine Information eingeholt, welche Mittel wurden dafür aufgewendet? Während gerade von ukrainischen und russischen Historikern Zahlenangaben aus den Quellen oftmals kritiklos übernommen werden,[107] so

104 MERL Probleme des Umgangs mit den sowjetischen Statistiken der 20er und 30er Jahre, S. 78.

105 Ebenda, S. 80–83. Zitat S. 82.

106 Auch Chruščev wurden 1954 als ZK-Sekretär bewusst niedrige und fiktive Angaben über die politischen Häftlinge unter Stalin von seinem Innenministerium gemeldet; vgl. RENÉ AHLBERG Stalinistische Vergangenheitsbewältigung. Auseinandersetzung über die Zahl der GULAG-Opfer, in: Osteuropa 42 (1992) 11, S. 921–937, hier S. 932. Diese manipulierten Zahlen wurden in jüngster Zeit von russischen Historikern als Grundlage für eine gewisse Exkulpierung der Stalinschen Repressionen genommen.

107 Z. B. von ARZAMASKIN Založniki vtoroj mirovoj vojny, über die Zahlen von Repatriierten.

sind doch zu ihrer Erklärung unbedingt weitere Angaben erforderlich. Bei den statistischen Angaben kommt es auch auf die jeweiligen Größen an, ob sie als mehr oder weniger zutreffend gewertet werden können: So sind die Zahlen über die *besprizornye* im Land[108] sowie über von der Zentrale angeforderten, zu „mobilisierenden" Arbeiter sicherlich zutreffender als jene zu Mitgliedszahlen örtlicher kommunistischer Gruppen[109], in die Verstorbene, Emigrierte und Kinder zur Aufwertung der Statistik aufgenommen sein konnten. Hingegen erscheinen Angaben über die UPA in der Westukraine auf den ersten Blick plausibel.[110] Wenn sie zu hoch ausgefallen wären, würde den Verantwortlichen ein Mangel an Durchsetzungsvermögen vorgeworfen. Andererseits hätte eine zu geringe Zahl bedeutet, dass der militärische Nachschub verringert worden wäre.

Eine eigene Quellengattung unter dem verwendeten Material, die immer öfter in die historische Forschung Eingang findet, bilden die von Informanten des NKVD zusammengetragenen Stimmungsberichte.[111] Sie besitzen als über Jahrzehnte hinweg nicht zugängliche historische Quelle einen nicht zu unterschätzenden Wert. Dennoch dürfen sie ebenfalls nicht kritiklos zitiert werden.[112] Sie kamen zumeist zustande, wenn NKVD-Spitzeln „Landesfeinden" oder „antisowjetischen Elementen" nachspürten. Bei der Formulierung dieser Berichte bildet auch der Erwartungshorizont des Auftraggebers ein Kriterium für Stil und Inhalt; der Autor kam der Intention des Empfängers bewusst oder unbewusst nach und formulierte so Beobachtungen, mit denen er sich bei dem Adressaten in ein gutes oder wenigstens nicht nachteiliges Licht setzen konnte.[113] Dennoch vermitteln diese Stimmungsberichte, wo und zu welchem Zeitpunkt die Sowjetregierung Gefahren vermutete. Außerdem lassen sie – auch entgegen ihrer Repräsentativität – Rückschlüsse darauf zu, welche Meinungstendenzen in der Bevölkerung vertreten waren oder inwieweit die Sowjetbürger bereit waren, bestimmte Themen in einer Öffentlichkeit, die das enge familiäre Umfeld überschritt, zu diskutieren.

108 Vgl. im Kapitel über die *besprizornye* unten.

109 Weiter dazu die Beschreibung der Wiedererrichtung der Parteiorganisation unten.

110 Vgl. im Kapitel über den ukrainischen Widerstand nach dem Krieg unten.

111 Zu den Stimmungsberichten weiter im Kapitel über die Kontrolle und Überwachung der Bevölkerung unten.

112 Kuromiya moniert die unkritische Verwendung dieser Spitzelberichte durch westliche Historiker, die nicht in Betracht zögen, dass die staatlichen Organe angehalten waren, Feinde gleichsam überall aufzuspüren (KUROMIYA Workers under Stalin, S. 93). Diese Kritik auch bei VLADIMIR SHLAPENTOKH A Normal Totalitarian Society. How the Soviet Union Functioned and How It Collapsed. New York, London 2001, S. 127–128.

113 So berichtet ein ehemaliger Mitarbeiter Berijas, der die politische Stimmung unter der georgischen Intelligenz beschreiben sollte, dafür hätte er Georgien nicht bereisen müssen, sondern seinen Report in Moskau abfassen können, da er dazu angehalten worden war, zu Berijas Zufriedenheit und gegen seinen Rivalen Malenkov zu formulieren; vgl. J. KROTKOW Ich führte Berijas Befehl aus, in: VLADIMIR F. NEKRASSOW (Hrsg.), Berija. Henker in Stalins Diensten. Ende einer Karriere. Berlin 1992, S. 312–320, hier S. 313 und 316.

Bilden die Zitatensammlungen aus den Stimmungsberichten bereits eine Art gefilterte Zeugenaussagen, so besitzt auch die Einbeziehung von mündlichen Quellen, wie sie in der *oral history* herangezogen werden, einen gewissen Stellenwert im Folgenden. Erstaunlicherweise werden solche Materialien bei den meisten Arbeiten über die Sowjetunion und den Stalinismus kaum einbezogen. Mündliche Quellen klammern zwar Politisches oftmals aus, da dieses im „Wahrnehmungsraster des Alltagsbewusstseins" wegfällt, sind aber für die Alltagsgeschichte von großem Nutzen und dienen als „Ergänzung oder als Korrektiv in einer Arbeit, die hauptsächlich auf traditionellen Quellen beruht", als „zusätzliche Informationsquelle". Hingegen werden sie aber nicht zur „Konstituierung" des „Untersuchungsgegenstandes" verwendet;[114] sie begründen auch keine Forschungsmethode, sondern lediglich die Art und Weise, wie Material gesammelt wird. In der vorliegenden Arbeit wurde auf Interview-Sammlungen zurückgegriffen, beispielsweise des Regensburger Stadtarchivs, sowie auf veröffentlichte Interviews wie von Arbeitern im Donbas[115] und von Repatriierten.[116] Um den Themenkomplex Flucht und Vertreibung finden sich zudem neuere Kompilationen von Zeugenaussagen. Diese beziehen sich, anders als noch die auf die Sammlung von möglichst vielen Erlebnissen ausgerichtete Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Osteuropa,[117] nicht nur auf eine einzige Volksgruppe. So stellt die „Vertreibung aus dem Osten" das Schicksal deutscher und polnischer Vertriebener und Repatriierter nebeneinander und die russischsprachige Sammlung „Tak ėto bylo" verarbeitet das Schicksal kleinerer sowjetischer Völker, die unter Stalin deportiert wurden. Die Berichte der Umgesiedelten ergänzen wesentlich die Aussagen der offiziellen Quellen, in denen die Bevölkerungstransfers generell nur als eine Verschiebung von Menschenmassen und als Transportproblem betrachtet werden. Auch aus veröffentlichten Memoiren von Politikern, Militärangehörigen und sonstigen Betroffenen konnten Hintergrundinformationen herausgefiltert werden. Grundsätzlich ist bei hinterlassenen Erinnerungen von Parteigrößen und Funktionären der tatsächliche Informationsgehalt als nicht sehr spektakulär anzusiedeln, wenn sie noch unter sowjetischen Bedingungen zu Papier gebracht wurden und die Gefahr für die Autoren bestand, dafür zur Verantwortung gezogen zu werden.[118] Die Memoiren von Überläufern in den Westen können, trotz ih-

114 MARTIN SCHAFFER Plädoyer für Oral History, in: Vergangenheit in mündlicher Überlieferung. Hrsg. von Jürgen von Ungern-Sternberg und Hansjörg Reinau. Stuttgart 1988, S. 345–348, hier S. 348.

115 SIEGELBAUM, WALKOWITZ Workers of the Donbass Speak.

116 Vgl. die Literaturangaben im Kapitel über die Repatriierung.

117 Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. In Verbindung mit Adolf Diestelkamp, Rudolf Laun, Peter Rassow und Hans Rothfeld bearb. von Theodor Schieder. Hrsg. vom Bundesministerium für Vertriebene. Band 1–5. Bonn 1954–1961.

118 Kritik an Memoiren von hochrangigen Persönlichkeiten der Stalinschen Zeit bei CHLEWNJUK Das Politbüro, S. 22–23, 28ff.

res oftmals rechtfertigenden Charakters,[119] als Zeugenbeleg zitiert werden, vor allem, wenn es um anderweitig bestätigte Beobachtungen geht.

Die Schwierigkeit bei der Verwendung von Zeitzeugen in der historischen Forschung liegt grundsätzlich darin, dass sie zwar persönlich Anteil an der beschriebenen politischen Entwicklung hatten, aber aus verschiedenen Gründen wie der eigenen Involvierung ebenfalls nicht objektiv argumentieren. Auch das Erinnerungsvermögen kann die Darstellung und Beurteilung von lange vergangenen Ereignissen verändern und in ein anderes Licht stellen. Zeugenaussagen wurden in den vorliegenden Text daher nur als zusätzliche Informationsquelle eingebaut, die keine breiten Aussagen über die Gesamtdimension eines Vorganges geben kann. Ähnliches gilt auch für die schriftlich niedergelegten Zeugenaussagen, die Memoiren, die ebenfalls in die vorliegende Arbeit einbezogen wurden.[120]

Weniger ein Problem der existierenden Quellen, sondern eher des zugrunde gelegten Untersuchungszeitraums stellt die Unmöglichkeit dar, großräumige, themenrelevante Vorgänge zu quantifizieren, wie sie beispielsweise Migrationen bildeten. Dazu finden sich viele vereinzelte Zahlenangaben sowjetischer Behörden, die sich in der Regel aber auf einen kurzen Zeitabschnitt beziehen. Um nun eine Gesamtzahl nennen zu können, wäre es nötig, größere Aktenserien genauestens zu inspizieren. Völlig unmöglich ist es, Bewegungen zu quantifizieren, wenn sie von den Behörden selbst nicht genau bezeichnet werden, z.B. von Ukrainern aus Polen, die in der Südukraine angesiedelt worden waren und von dort in die Westukraine rücksiedelten. Nachdem es keine exakten Angaben über die Gesamtzahl der in der Südukraine angesiedelten Migranten gibt, kann nicht einmal annäherungsweise Auskunft über die Zahl der Weiterreisenden gegeben werden. Daher muss allein die Tatsache, dass überhaupt darüber Berichte existieren, genügen, um den Vorgang als nicht unbedeutsam zu charakterisieren. Bei Massenquellen wie beispielsweise den persönlichen Akten von Repatriierten, von Deportierten oder von Parteimitgliedern[121] ist die

119 Beispielsweise die – trotzdem sehr aufschlussreichen – Erinnerungen des hohen sowjetischen Funktionärs KRAVCHENKO Ich wählte die Freiheit.

120 In der vorliegenden Arbeit wurden unter anderem die Erinnerungen von CHRUŠČEV Vremja. Ljudi. Vlast'; DJILAS Gespräche mit Stalin; [ÈRENBURG] Die berühmten Ehrenburg-Memoiren; KAGANOVIČ Pamjatnye zapiski rabočego; SUDOPLATOW, SUDOPLATOW Der Handlanger der Macht verwendet. Bezeichnenderweise geben die Erinnerungen von P. E. ŠELEST ...Da ne sudimy budete. Dnevnikovye zapisi, vospominanija člena Politbjuro CK KPSS. Moskva 1995, sowie von Ščerbickij (VITALIJ VRUBLEVSKIJ Vladimir Ščerbickij: Pravda i vymysly. Zapiski pomoščnika: vospominanija, dokumenty, sluchi, legendy, fakty. Kyïv 1993) keinerlei Hinweise auf die Stalinschen Repressionen vor und nach dem Zweiten Weltkrieg. Auch der während des Krieges tätige Militär-Staatsanwalt M. P. PAVLOV Processy i sud'by. Vospominanija voennogo prokurora. Kiev 1992, übermittelt kaum politische Fakten, die über die ohnehin bekannten hinausgehen.

121 A. Z. VAKSER Personal'nye dela členov KPSS kak istoričeskij istočnik, in: Otečestvennaja istorija (1992) Nr. 5, S. 91–104; vgl. zu sowjetischen Serienquellen auch O. V. NAUMOV Massovye istočniki po istorii KPSS, in: Voprosy istorii KPSS (1989) Nr. 2, S. 102–115.

Verwendung im Einzelfall zu prüfen, wenn das Ergebnis einer Untersuchung nicht in Namenkolonnen liegen soll.

Weitere Quellengattungen bildeten Artikel aus zeitgenössischen ukrainischen Zeitungen. Im sowjetischen Propagandastaat, der alle Medien steuerte und zensierte, spiegeln sie die herrschende Ideologie wider und müssen daher „zwischen den Zeilen" gelesen werden. Die tatsächlichen Verhältnisse sind aber oftmals nur durch den Abgleich mit archivalischen Quellen möglich. So wurden in einem „Pravda"-Artikel vom 15. März 1947 die Zahlen der Kriegsgefangenen in der Sowjetunion falsifiziert: Demnach seien 890.532 deutsche Kriegsgefangene im März 1947 in der Sowjetunion interniert gewesen und 1.003.974 nach Deutschland zurückverbracht worden. Die der Wahrheit näheren Zahlen sind einem internen Bericht des MVD zu entnehmen: 988.287 deutsche Kriegsgefangene waren tatsächlich registriert und 785.961 waren zurückgeschickt worden.[122] Damit war in der Presse die reale Zahl der kriegsgefangenen Deutschen um etwa 100.000 verkleinert und jene der Repatrierten um über 200.000 vergrößert, um damit die Zahl der in Gefangenschaft Verstorbenen und der zu erwartenden Toten zu verschleiern.

Aus den genannten Besonderheiten der Quellen heraus wurden die zitierten Dokumente durch möglichst exakte Angaben über Adressaten und Empfänger, Datum und Inhalt besonders sorgfältig klassifiziert. Bei der Zitierweise von archivalischen Quellen wird die größtmögliche Information über die Art der Quelle geliefert. Über die Angabe des Archivs, des Fundorts und der entsprechenden Seiten hinaus, wie es oftmals – ohne große Aussagekraft für den Außenstehenden – zu finden ist, werden im folgenden Absender und Adressat, Datum und Ort sowie der im Text genannte Titel eines Berichtes aufgeführt. Bei der Zitierung der Dokumente wurde eine einheitliche Sprachregelung angestrebt. So finden sich Kommentare in eckigen Klammern, Datumsangaben wurden grundsätzlich deutsch wiedergegeben. Gelegentlich sind Briefkopf und Text eines Schriftstückes in unterschiedlichen Sprachen, ukrainisch bzw. russisch; in dieser Form wurde das Schriftstück auch zitiert. Der Unterzeichner eines Berichtes wurde in den Anmerkungen mit [Gez.] noch einmal hervorgehoben. Weitere Angaben wie handschriftliche Vermerke auf den Texten, die von Interesse schienen, werden gelegentlich ebenfalls in eckigen Klammern aufgeführt. Der Begriff *postanovlenie* (russ.) bzw. *postanova* (ukr.) in Verbindung mit dem ZK wurde durchgängig mit „Beschluss" übersetzt. Im Text wurde bei den Ortsnamen Kiev, Lemberg und Odessa die im Deutschen übliche Form gewählt, die übrigen Ortsbezeichnungen wurden in der modernen ukrainischen Form wiedergegeben.

122 Voennoplennye v SSSR, Dok. No. 3.92, hier S. 331.

Erster Teil.
Die Ukraine und der Zweite Weltkrieg: Vorgeschichte und Bilanz

1. Die Ukraine unter Stalin bis 1941

1.1. Die Ukraine bis zum Ende der dreißiger Jahre

Die Ukraine ist ein „junger" Nationalstaat. 1991 proklamierte sie ihre staatliche Unabhängigkeit, die kurz darauf durch ein Referendum bestätigt wurde. Wie viele andere neue Staaten Osteuropas versucht sie, ihre Staatlichkeit kulturell, sprachlich, ethnisch und historisch zu legitimieren.[1] Dies ist aber problematisch, da die Ukraine in ihrer Geschichte ein Defizit an staatstragenden Elementen aufweist. Es hat zwar eine Abfolge staatlicher Gebilde auf dem Territorium der heutigen Ukraine gegeben, diese aber besaßen alle keine volle Unabhängigkeit. Außerdem kann eine Kontinuität zu den vornationalen staatlichen Ansätzen in der Kiever Rus' als der ersten ostslavischen Herrschaftsbildung auf dem Gebiet der heutigen Ukraine, zum Fürstentum Galizien-Wolhynien als nächstem politischen Kristallisationspunkt im 13. Jahrhundert sowie zum Kosakenstaat im 17. Jahrhundert kaum angesetzt werden. Die Versuche in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, einen ukrainischen Staat zu etablieren, blieben Episoden:[2] Die von der Zentralen Rada proklamierte Ukrainische Volksrepublik (*Ukraïns'ka Narodna Respublika*, UNR), die am 25. Januar 1918 die „Unabhängigkeit" ausrief, wurde nur von den Mittelmächten anerkannt. Sie wich dem Regime des Het'man Pavel P. Skoropads'kyj (1873–1945). Nach dessen Sturz im Dezember 1918 blieb aber die restituierte UNR unter Leitung des „Ukrainischen Direktoriums" weiter erfolglos, in den Wirren des Bürgerkrieges eine staatliche Unabhängigkeit zu erreichen. Die Proklamation eines ukrainischen Staats in Lemberg, kurz nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion 1941, beendete die deutsche Okkupationsmacht nach wenigen Tagen durch die Verhaftung der Verantwortlichen. Das im Zweiten Weltkrieg etablierte „Reichskommissariat Ukraine" war nichts weiter als ein von der NS-Besatzung kontrolliertes Gebiet zur Ausbeutung ukrainischer Arbeitskräfte und Bodenschätze.

Keines dieser Gebilde mit mehr oder weniger staatsähnlichen Merkmalen verfügte über eine politische, territoriale und kulturelle Einheit. Auch ein gemeinsames Nationalbewusstsein fehlte den Einwohnern. Zwar beeinflusste die nationalukrainische Bewegung im 19. Jahrhundert im habsburgischen Kronland Galizien auch das

1 Zur Darstellung der nationalen Vergangenheit in den gegenwärtigen ukrainischen Geschichtsbüchern vgl. WILFRIED JILGE Nationale Geschichtsbilder in ukrainischen Geschichtslehrbüchern. Am Beispiel der Darstellungen der Kiever Rus', in: Osteuropa 50 (2000) H. 11, S. 1233–1253.

2 Zu den Versuchen einer ukrainischen Staatsbildung vgl. CAROLINE MILOW Die ukrainische Frage 1917–1923 im Spannungsfeld der europäischen Diplomatie. Wiesbaden 2002; RUDOLF A. MARK Das Problem einer ukrainischen Nationalstaatsbildung im 20. Jahrhundert, in: HAUSMANN, KAPPELER (Hrsg.), Ukraine: Gegenwart und Geschichte, S. 82–99, sowie DERS. Die gescheiterten Staatsversuche, in: GOLCZEWSKI (Hrsg.), Geschichte der Ukraine, S. 172–201.

russländische Gebiet mit ukrainischer Bevölkerung,[3] doch wurde sie von der sowjetischen Herrschaft alsbald in deren Bahnen gelenkt. Dabei förderte die Sowjetregierung vor allem in den zwanziger Jahren, später nur sporadisch und regional, Elemente des ukrainischen Nationalbewusstseins, wenn sie in ihrem Sinne waren.[4] Ein ukrainischer Staat innerhalb der sowjetischen Föderation mit weitreichender Selbstbestimmung blieb jedoch die sieben Jahrzehnte sowjetischer Herrschaft bis 1991 eine Fiktion. Denn bereits im Vertrag vom 28. Dezember 1920 gab die ukrainische Vertretung grundlegende Entscheidungsbereiche staatlicher Souveränität an Sowjetrussland ab; die ukrainische Sowjetrepublik proklamierte selbst am 30. Dezember 1922 zusammen mit der russischen, weißrussischen und der transkaukasischen Sowjetrepublik die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR).

Im marxistisch-leninistischen Verständnis war es für die sowjetischen Völker unumgänglich, die Phase des Nationalstaates als „Gehäuse der kapitalistisch-bürgerlichen Entwicklungsphase" zu durchlaufen. Im Unterschied zu später erwies sich daher die sowjetische Herrschaft während der zwanziger Jahre den Nationalitäten ihres Imperiums gegenüber als weniger repressiv, sondern unterstützte sie bei ihrer nationalen Selbstfindung und Entfaltung. Die gezielte Förderung nationaler Interessen sollte deren Träger für das Regime gewinnen. Unter dem Schlagwort der *korenizacija* („Einwurzelung") zielte die unter Lenin propagierte Nationalitätenpolitik ab auf die Verankerung des bolschewistischen Systems in den peripheren Gebieten des Reiches, die Errichtung des sowjetischen Parteiapparates und die Ausbildung nationaler Kader als politische Elite der nicht-russischen Territorien.[5] Die Implementierung der *korenizacija* in der Ukraine, die nicht in nationalistisches Fahrwasser abdriften durfte, wurde durch den loyalen Gefolgsmann Stalins Kaganovič gewährleis-

3 Die Nationalbewegung der Ukrainer im Russischen Reich und in der Habsburgermonarchie zeigte unterschiedliche Ausprägungen; vgl. ANDREAS KAPPELER Die ukrainische Nationalbewegung im Russischen Reich und in Galizien: Ein Vergleich, in: DERS. Der schwierige Weg zur Nation. Beiträge zur neueren Geschichte der Ukraine. Wien, Köln, Weimar 2003, S. 70–87 [vom Autor durchgesehener Nachdruck].

4 Zur Ukraine und den Ukrainern zwischen den beiden Weltkriegen vgl. STANISLAV V. KUL'ČYC'KYJ Komunizm v Ukraïni: Perše desjatyričča (1919–1928). Kyïv 1996; DERS. Ukraïna miž dvoma vijnamy (1921–1939). Kyïv 1999; PRAXENTHALER Die Sowjetukraine zwischen den Weltkriegen; JURIJ BORYS The Sovietization of Ukraine 1917–1923. The Communist Doctrine and Practice of National Self-Determination. 2. Aufl. Edmonton 1980; MAGOCSI A History of Ukraine, S. 523–571; WŁADISŁAW SERCZYK Die sowjetische und die ›polnische‹ Ukraine zwischen den Weltkriegen, in: GOLCZEWSKI (Hrsg.), Geschichte der Ukraine, S. 202–243; KAPPELER Kleine Geschichte der Ukraine, S. 187–214; Polityčna istorija Ukraïny, S. 206–338.

5 KUL'ČYC'KYJ Komunizm v Ukraïni (wie oben Anm. 4), S. 380. Zur *korenizacija* und ihrer Anwendung vgl. SUNY The Revenge of the Past, S. 100–112; JEREMY SMITH The Bolsheviks and the National Question, 1917–23. Houndmills [usw.] 1999, S. 108–143; GEORGE Y. SHEVELOV The Ukrainian language in the first half of the twentieth century (1900–1941). Its state and status. Cambridge, Mass. 1989, S. 109–140; PRAXENTHALER Die Sowjetukraine zwischen den Weltkriegen, S. 299–304; MARTIN The Affirmative Action Empire, S. 75–124.

tet, der ab 1925 in Kiev als Erster Parteisekretär eingesetzt war. Mittels der Ukrainisierung sollte in der Ukrainischen Sowjetrepublik (USSR) der Rückhalt für das staatliche System auf dem Land gesichert werden. So förderte die kommunistische Herrschaft in der Ukraine ab 1923 die ukrainische Sprache, die im Zarenreich unterdrückt worden war (der Gebrauch des „kleinrussischen Dialekts" war 1863 sowie 1876 bis 1905 rigoros eingeschränkt); sie wurde im Staatsdienst, im Bildungswesen sowie im Bereich der Kultur sogar zwingend vorgeschrieben. Als Folge wuchs die Zahl der ukrainischsprachigen Publikationen in der Ukraine sprunghaft an. Während beispielsweise 1913 nur 170 Bücher erschienen, waren es 1933 insgesamt 3.629;[6] die Ukrainisierung der Presse deckte 1932 bereits 87,5% der Zeitungen ab; Theater- und Kinovorstellungen sowie Radiosendungen in ukrainischer Sprache wurden gefördert.[7] Während die Ukrainisierung zu einer Konsolidierung der ukrainischen Nation und zur Herausbildung einer ukrainischsprachigen Elite führte, profitierte das System von der wachsenden Unterstützung der Ukrainer: In den Jahren 1922–1932 stieg ihr Anteil an der ukrainischen kommunistischen Partei von 24% auf 59%,[8] obwohl die atheistische sowjetische Politik auch traditionelle nationale Institutionen wie die Kirchen zerstörte. Die sich 1921 vom Moskauer Patriarchat für unabhängig erklärende Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche wurde zwar zeitweilig von den Bolschewiken unterstützt, dies bildete aber nur ein taktisches Manöver, um die Orthodoxe Kirche Moskauer Patriarchats zu schwächen.[9] Die ständig an Mitgliedern wachsende Kirche geriet Mitte der zwanziger Jahre in die Mühlen der Verfolgung. 1930 wurde sie schließlich verboten; viele ihrer Priester wurden erschossen.

Der Aufstieg Stalins, der 1922 zum Generalsekretär des Zentralkomitees der Partei ernannt wurde, vollzog sich zwar in Moskau, dennoch verdankte er sein Emporkommen auch einer Reihe von Bolschewiken in den nicht-russischen Republiken wie der Ukraine.[10] Diese bildete für ihn eine wichtige Außenstation, auch nachdem

6 SIMON Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion, S. 63; BYLINSKI The Second Soviet Republic, S. 175, mit weiteren Zahlenangaben.

7 SHEVELOV The Ukrainian language in the first half of the twentieth century (vgl. oben Anm. 5), S. 117.

8 SUNY The Revenge of the Past, S. 103. Allerdings war im Jahr 1927 der absolute Anteil der Ukrainer an der Parteimitgliedschaft noch immer bedeutend geringer als jener der Russen und Weißrussen, denn während Russen und Weißrussen 52,9% und 3,2% Bevölkerungsanteil in der Sowjetunion besaßen und mit 65% bzw. 3,2% in der Partei vertreten waren, stellten die Ukrainer mit 21,2% an der sowjetischen Bevölkerung nur 11,7% der Parteimitglieder (CARRÈRE D'ENCAUSSE A History of the Soviet Union 1917–1953. Vol. 2. Stalin, S. 4).

9 Vgl. KOLARZ Die Religionen in der Sowjetunion, S. 107–114. Zur Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche vgl. weiter BOHDAN R. BOCIURKIW The Rise of the Ukrainian Autocephalous Orthodox Church, 1919–22, in: Church, Nation and State in Russia and Ukraine. Ed. by Geoffrey Hosking. London 1991, S. 228–249; BILOKIN' Masovyj teror jak zasib deržavnogo upravlinnja, S. 252–258 (über das Kiever Bistum der Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche).

10 Stalins Konkurrenten konnten hingegen diese Unterstützung nicht aufweisen; vgl. BABEROWSKI Der Feind ist überall, S. 199.

seine politische Position zu Beginn der dreißiger Jahre kaum mehr angreifbar war. Ihre politische Leitung wurde einer konstanten Kontrolle unterzogen, bei Bedarf gemaßregelt und ohne zu zögern ausgewechselt. Handlungsfreiheit in den essentiellen politischen Bereichen wie Finanzen, Wirtschaft, Armee und Kultur bestand für das Kiever ZK nicht, die Politik in der Ukraine wurde vom Politbüro in Moskau bestimmt und von der willfährigen Führungsriege in Kiev durchgesetzt. Einige Jahre lang wurde diese von den sogenannten „Nationalkommunisten", die ihre nationale Überzeugung mit der sowjetischen Lehre in Einklang zu bringen versuchten, gestellt. Sie hatten sich von der unter Stalin als Volkskommissar für Nationalitätenfragen geprägten Devise „sozialistisch im Inhalt, national in der Form" vereinnahmen lassen und bewiesen ihm so lange ihre Loyalität, bis sie selbst in die Mühlen der Repression gerieten.[11]

Grundlegende Kursänderungen schlugen in der Ukraine voll durch und leiteten Entwicklungen ein, bevor diese im russischen Zentralgebiet initiiert wurden. Auffälligerweise zu jenem Zeitpunkt, an dem Stalin seine politische Macht weitgehend gesichert hatte, wurde 1932 eine Kehrtwendung in der Nationalitätenpolitik angeordnet und die *korenizacija* eingestellt. Die nationalitätenfreundliche Politik der zwanziger Jahre hatte die ethnischen Spannungen angeheizt und die nationalen Standpunkte verfestigt, ohne dem indigenen Nationalismus den Boden zu entziehen.[12] Ethnische Repressionen begleiteten daher die Anfang der dreißiger Jahre eingeleiteten Maßnahmen, um strukturelle Unzulänglichkeiten, die den Aufbau der Stalinschen Herrschaft hemmten, einzudämmen. Dazu gehörte, dass es der Partei bisher nicht gelungen war, ihrem Anspruch als Elite der Gesellschaft gleichzukommen, dass die Administration nur schwach ausgeprägt waren, dass die Bürokratie eine zu geringe Effizienz besaß und die Leistungskraft der Agrar- und Industrieproduktion zu niedrig war. Diesen Missständen begegnete die Stalinsche Herrschaft mit gewaltigen Umwälzungen, die das gesamte Land in eine chaotische Situation manövrierten und die ökonomischen und sozialen Gegebenheiten völlig umstülpten. Ausschlaggebend für die „Stalinsche Revolution von oben", die den „Sozialismus in einem Land" aufbauen sollte, waren die Industrialisierung und die Kollektivierung der Landwirtschaft.

Letztere wurde ab Februar 1929 forciert vorangetrieben, eine Verschärfung trat ein mit der 1930 vom ZK angeordneten „Liquidierung des Kulakentums als Klasse", die sich bis 1932 hinzog. Unter dem Schimpfwort „Kulak" (ukr. *kurkul*) wurden Bauern verstanden, die Arbeiter angestellt hatten, ein bestimmtes Wirtschaftseinkommen erzielten und/oder Maschinen vermieteten; diese Kriterien konnten flexibel

11 Über die ukrainischen Nationalkommunisten vgl. JAMES E. MACE Communism and the Dilemmas of National Liberation. National Communism in Soviet Ukraine, 1918–1933. Cambridge, MA 1983. Zum Nationalkommunismus in Aserbaidschan vgl. BABEROWSKI Der Feind ist überall, S. 223–241.

12 MARTIN The Origins of Soviet Ethnic Cleansing, S. 825–829.

ausgelegt werden und öffneten der willkürlichen Verwendung Tür und Tor.[13] Zusammen mit den Enteignungen wurde eine breite Deportationswelle der bäuerlichen Bevölkerung angeordnet. Im Verlauf der Jahre 1930/1931 wurden an die 1.680.000 Personen nach Sibirien, in den Norden der Sowjetunion in Lager oder Arbeitskolonien verschleppt.[14] Aus der Ukraine wurden 1930/31 insgesamt 63.817 bäuerliche Familien deportiert.[15] Die Enteignung und Exilierung der „Kulaken" zerstörten in der Ukraine die dörflichen Gemeinschaften und ersetzten sie durch staatliche Großbetriebe, Kolchosen und Sowchosen. Diese hatten die Versorgung der Stadtbevölkerung zu gewährleisten, die wegen der Landflucht der enteigneten Bauern stark anwuchs. Bis 1935 waren über 91% der landwirtschaftlichen Betriebe in der Ukraine kollektiviert. Die Kollektivierung wurde unter äußerstem Zwang durchgesetzt, der Aufbau der Kolchosen erwies sich angesichts des bäuerlichen Widerstandes als sehr mühsam.[16] Viele Bauern schlachteten lieber ihr Vieh, als es dem Staat zu überlassen, und betrieben auf den neuen Staatsgroßgütern Obstruktion; hier fehlte zudem das Know-how der exilierten, in der Landwirtschaft erfahrenen „Kulaken".

Auch die stark vorangetriebene Industrialisierung veränderte die ökonomischen Strukturen der Ukraine erheblich. Der erste, 1929 beschlossene Fünfjahresplan förderte den Aufbau der Schwerindustrie im Donec'k-Becken und am unteren Dnipro/Dnepr. 400 von 1.500 unionsweit geplanten Industriebetrieben wurden in der Ukraine errichtet. Dies hatte zur Folge, dass viele Landbewohner ihre Dörfer verließen und in die Städte und Industriegebiete wie den Donbas umsiedelten, was dessen wachsende Ukrainisierung nach sich zog. Im Donbas stieg so der 1926 bestehende Anteil von 51% Russen und 40% Ukrainern bereits im Jahr 1934 auf 41,5 bzw. 52,6%.[17]

Kollektivierung und Industrialisierung betrafen breite Bevölkerungsschichten. Diese ließen sich aber nur mit Druck und unter Gewaltanwendung mobilisieren und aus ihren traditionellen Lebens- und Arbeitsgewohnheiten vertreiben. Nicht von ungefähr fiel daher in die Zeit der „Dekulakisierung" und des ersten Fünfjahresplanes eine Revision des sowjetischen Strafvollzugs und der Aufbau des Lagersystems im Norden und Osten der Sowjetunion, in das Millionen von politischen und kriminellen Häftlingen zur Zwangsarbeit eingeliefert wurden. Die bolschewistischen

13 Zu den für „Kulaken" angelegten Kriterien, darunter die Beschäftigung von Lohnarbeitern zur Gewinnerzielung, der Wert der Produktionsmittel und der Verleih von Landmaschinen, vgl. bei MERL Bauern unter Stalin, S. 64–65.

14 Zahlen nach einer Kommission des Politbüros Ende der achtziger Jahre; vgl. CHLEWNJUK Das Politbüro, S. 84.

15 BILAS Represyvno-karal'na systema v Ukraïni, Kn. 1, S. 376.

16 Kolektyvizacija i Holod na Ukraïni 1929–1933. Zbirnyk dokumentiv i materialiv. Izd. Z. M. Mychailyčenko, E. P. Šatalina, S. V. B. Kulčyc'kyj. Kyïv 1992.

17 KUROMIYA Workers under Stalin, S. 87.

Zwangsarbeitslager, von denen die ersten bereits 1918 eingerichtet worden waren, erreichten unter Stalin ihre größten Ausmaße und ihre effizienteste Form.[18]

Naturgemäß wird ukrainischerseits der Repressionscharakter der Stalinschen Herrschaft hervorgehoben, ohne die ukrainische Beteiligung daran ausreichend einzubeziehen. Gleichzeitig wird Stalin eine Ukrainophobie unvergleichlichen Ausmaßes zugeschrieben, die zwar angesichts der unberechenbaren Misanthropie des Diktators logisch erscheint, sich aber mit seiner ebenfalls vorhandenen rationalen Denkweise nicht vereinen lässt. Diese veranlasste ihn immer wieder, auf die Ukrainer als zweitgrößtes slavisches Volk in der Sowjetunion zwar weniger als auf die Russen, aber doch immerhin mehr als auf andere sowjetische Völker Rücksicht zu nehmen. So ist zu überdenken, ob nicht die Stalin zugeschriebene Initiative für in der Ukraine wütende Hungersnöte andere Gründe hat als damit das ukrainische Volk auszulöschen. Die durch die Kollektivierung und durch eine Dürreperiode 1931 verstärkte Hungersnot in den Jahren 1932/33 kostete zwischen vier und sechs Millionen Menschen das Leben.[19] Das Regime in Moskau verstärkte die Lebensmittelknappheit noch, indem es Getreide zu Dumpingpreisen ins Ausland exportierte. Eine Forschungskontroverse wird noch immer darüber geführt, ob dieser als „Hungerholocaust" bezeichnete Vorgang von der sowjetischen Führung bewusst eingesetzt wurde, um den „nationalen Genozid" der Ukrainer herbeizuführen, oder ob er als eine allgemeine Folge der Kollektivierung zu sehen war, da er ja ebenfalls außerukrainische Gebiete im Kuban und im Nordkaukasus heimsuchte.[20] Außerdem herrschten

18 Die historische Untersuchung dieses Themenkomplexes steht noch in ihren Anfängen; behindert wird sie durch den bisher kaum möglichen Zutritt in die KGB-Archive. Eine erste Organisationsgeschichte des GULag legte STETTNER „Archipel GULag", vor. Dabei bezog sich die Bezeichnung „GULag" eigentlich nur auf die Hauptverwaltung der Lager des NKVD (*Glavnoe upravlenie lagerej*), wird in der Literatur aber vielfach auf das gesamte Lagersystem angewandt, obwohl Besserungsarbeitskolonien, Arbeitssiedlungen und Gefängnisse auch anderen sowjetischen Behörden unterstanden. Vgl. weiter: MICHAEL JAKOBSON Origins of the Gulag. The Soviet Prison Camp System 1917–1934. Lexington 1993; als Quellensammlung GULAG. (Glavnoe upravlenie lagerej). 1917–1960. Sost. A. I. Kokurin, N. V. Petrov. Moskva 2000. In Zusammenarbeit der Gesellschaft „Memorial" mit dem GARF entstand: Sistema ispravitel'no-trudovych lagerej v SSSR. 1923–1960. Spravočnik. Sost. M. B. Smirnov. Moskva 1998. Der GULag als sozial-ökonomisches Phänomen bei GALINA M. IVANOVA GULAG v sisteme totalitarnogo gosudarstva. Moskva 1997 (deutsch: Der Gulag im totalitären System der Sowjetunion. Berlin 2001); APPLEBAUM Der Gulag.

19 ANDREA GRAZIOSI „Lettres de Kharkov". La famine en Ukraine et dans le Caucase du Nord, à travers les rapports des diplomates italiens 1932–1934, in: Cahiers du Monde russe et soviétique 30 (1989) Nr. 1–2, S. 5–106, bietet Bulletins italienischer Diplomaten, die aus einer der kommunistischen Ideologie fernen Perspektive regelmäßig über die Vorgänge in der Ukraine und im Kaukasus berichteten.

20 Vgl. JAMES E. MACE Zur aktuellen Diskussion über die ukrainische Hungersnot von 1932/33, in: HAUSMANN, KAPPELER (Hrsg.), Ukraine: Gegenwart und Geschichte, S. 126–144, sowie STEPHAN MERL War die Hungersnot von 1932–1933 eine Folge der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft oder wurde sie bewußt im Rahmen der Nationalitätenpolitik herbeige-

Hungersnöte unter der sowjetischen Herrschaft bereits während des Bürgerkrieges 1918–1921, 1920–23,[21] dann weiter 1924, 1927 und 1928, letztere sollte immerhin durch eine von Moskau eingesetzte Kommission in ihren Auswirkungen gelindert werden.[22]

Während bereits in den zwanziger Jahren Schauprozesse und Verhaftungen von Regimegegnern stattfanden, wurden die dreißiger Jahre in der gesamten Sowjetunion zum Inbegriff staatlichen Massenterrors und stalinistischer Willkür. Früher als in Sowjetrussland begann die Massenverfolgung in der Ukraine. Hier waren vermeintliche Regimegegner deshalb schneller zu erfassen, weil die Überwachungsorgane bereits während der Ukrainisierung Unterlagen über Personen angelegt hatten, die der Idee eines ukrainischen Nationalstaates aufgeschlossen und damit dem Sowjetstaat feindlich gegenüber standen.[23] Die Opfer der Säuberungen waren auch auf

führt?, in: HAUSMANN, KAPPELER (Hrsg.), Ukraine: Gegenwart und Geschichte, S. 145–166. Dazu weiter: YAROSLAV BILINSKY Was the Ukrainian famine of 1932–1933 genocide?, in: Journal of genocide research (1999) 1, S. 147–156; ROBERT CONQUEST Ernte des Todes. Stalins Holocaust in der Ukraine. 1929–1933. Frankfurt/M. [u. a.] 1991. Die Hungerkatastrophe wurde sogar Thema einer Anhörung vor dem amerikanischen Kongress: Investigation of the Ukrainian Famine 1932–1933. Ed. Commission on the Ukraine Famine. Washington DC 1988. Die eingesetzte US-Kommission behauptete dabei, der Hunger sei als Akt eines Genozids absichtlich gegen die Ukrainer herbeigeführt worden. In der postsowjetischen Ukraine wird das Thema auch mit der Absicht der historisch-nationalen Selbstidentifikation ausführlich bearbeitet. Vgl. unter anderem: LIDIJA KOVALENKO 33-j holod. Narodna knyha-memorial. Kyïv 1991; OLEKSANDRA M. VESELOVA, VASYL' I. MAROČKO, OL'HA M. MOVČAN Holodomory v Ukraïni 1921–1923, 1932–1933, 1946–1947. Zločyny proty narodu. Kyïv 2000; IVAN SAMIJLENKO Socio-polityčne tlo holodovoho henocydu v Ukraïni. Komunizm – smertel'nyj voroh sela. Istoryčnyj narys. Kyïv 1998; MARYNA MUCHINA International Commission of Inquiry into the 1932–33 Famine in Ukraine. Upokorennja holodom zbirnyk dokumentiv. Kyïv 1993; STANISLAV V. KUL'ČYC'KYJ Holodomor 1932–1933 rr. v Ukraïni. Pryčyny i naslidky. Mižnarodna naukova konferencija, Kyïv, 9–10 veresnja 1993 r. Materialy. Kyïv 1995; RUSLAN JA. PYRIH, FELIKS M. RUDYC Holod 1932–1933 rokiv na Ukraïni očyma istorykiv, movoju dokumentiv. Kyïv 1990.

21 Vgl. dazu unter anderem den Dokumentenband Holod 1921–1923 rokiv v Ukraïni. Zbirnyk dokumentiv i materialiv. Kyïv 1993.

22 Vgl. MARK B. TAUGER Grain Crisis or Famine? The Ukrainian State Commission for Aid to Crop-Failure Victims and the Ukrainian Famine of 1928–29, in: Provincial Landscapes. Local Dimensions of Soviet Power, 1917–1953. Hrsg. von Donald J. Raleigh. Pittsburgh, Pa. 2001, S. 146–170.

23 JURIJ ŠAPOVAL Der russische Nationalismus und die Herrschaft Stalins, in: HILDERMEIER (Hrsg.), S. 291–305, hier S. 299; DERS. Die bolschewistische politische Polizei, S. 325; DERS. [SHAPOVAL, YURI] The GPU-NKVD as an Instrument of Counter-Ukrainization in the 1920s and 1930s, in: Culture, Nation, and Identity. The Ukrainian-Russian Encounter (1600–1945). Ed. by Andreas Kappeler, Zenon E. Kohut, Frank E. Sysyn, Mark von Hagen. Edmonton, Toronto 2003, S. 325–343. Diese Berichte kamen zur Anwendung, als im Zuge der von Mai bis Dezember 1935 anberaumten Überprüfung der Parteimitglieder das NKVD der Ukraine den Parteiorganen insgesamt 17.368 Dossiers über Kommunisten zur Verfügung stellte, was für

oberster Ebene immens und betrafen insbesondere „Nationalkommunisten". So wurden der Volksbildungskommissar Oleksandr Šums'kyj, der sich für eine Verstärkung der Ukrainisierung ausgesprochen hatte, der Schriftsteller Mykola Chvyl'ovyj, der für eine Westorientierung der ukrainischen kommunistischen Literatur plädiert hatte, und der Ökonom Mychajlo Volobujev, der für die Autonomie der ukrainischen Wirtschaft eintrat, als „nationale Abweichler" von der Parteilinie gebrandmarkt und nach Schauprozessen umgebracht oder in den Selbstmord getrieben.[24] Mykola Skrypnyk, der Mitbegründer der Ukrainischen Kommunistischen Partei und ukrainische Volksbildungskommissar, unterstützte Stalin in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren, später kritisierte er jedoch den wachsenden Ethnozentrismus der Partei. Das Schicksal der ukrainischen Nationalkommunisten teilte auch er. Nach seiner Absetzung beging er 1933 Selbstmord.[25]

In der Folgezeit wurden systematisch Ukrainer in Kulturinstitutionen als Träger der nationalen ukrainischen Kultur ihres Postens enthoben und verfolgt. Im Schauprozess gegen einen angeblich bestehenden „Bund zur Befreiung der Ukraine" (*Spilka vyzvolennja Ukraïny*) 1930 in Charkiv saßen führende Repräsentanten der ukrainischen Kultur und Wissenschaft auf der Anklagebank. Nationalukrainische, nicht-bolschewistische Vertreter, darunter Angehörige der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften sowie der Autokephalen Kirche, wurden beschuldigt, die Abtrennung der Ukraine von der Sowjetunion zu betreiben. 1933 beorderte Stalin Pavel P. Postyšev mit uneingeschränkten Vollmachten und mit einer größeren Zahl von Funktionären und Wissenschaftlern aus dem „Institut der Roten Professur" von Moskau nach Charkiv (die ukrainische Hauptstadt bis 1934), um alle noch vorhandenen nationalen Elemente in Schulen, Kulturinstitutionen und wissenschaftlichen Einrichtungen sowie weitere potentielle Oppositionelle zu entfernen.[26]

Die gesamtsowjetische Repressionswelle wurde 1934 durch die Ermordung des Leningrader Parteichefs Sergej Kirov ausgelöst, die Stalin, der verdächtigt wird, diesen Mord befohlen zu haben, zu einer Generalabrechnung mit seinen Gegnern veranlasste. Der sich anschließende, ausufernde Massenterror erfasste ab 1935 alle Gruppen der Bevölkerung, in den Jahren 1937/38 erreichte er einen Höhepunkt.[27]

den kurzen Zeitraum der Kontrollaktion außerordentlich viel war (vgl. CHLEWNJUK Das Politbüro, S. 197).

24 Sudoplatov zufolge wurde Šumskyj 1946, als er versuchte, in die Ukraine zurückzukehren, auf Regierungsanordnung hin ermordet, vgl. SUDOPLATOW, SUDOPLATOW Der Handlanger der Macht, S. 314, 440, 469, 487.

25 Skrypnyk, dem vorgeworfen worden war, er stehe an der Spitze der nationalistischen Abweichungen der ukrainischen kommunistischen Partei und unterstütze Elemente der Spionage und der Konterrevolution, wurde nach dem 20. und 22. Parteitag der KPdSU rehabilitiert; vgl. LIEBER, RUFFMANN (Hrsg.), Der Sowjetkommunismus, Band 2, S. 139–140.

26 Zu den Repressionen, die mit der Ankunft Postyševs in der Ukraine einsetzten, siehe auch die Lebenserinnerungen von KRAVTSCHIK Dornenwege, S. 41ff.

27 Angesichts der Verluste im Offizierskorps ist eher von einer „gezielten Enthauptung der Streitkräfte" als von einer „breiten Durchsäuberung auf allen Ebenen der militärischen Hierar-

Immense Kolonnen von „Volksfeinden" und „Konterrevolutionären" fielen der gewaltigen Verfolgung zum Opfer. Sie hatten in irgendeiner Weise die staatliche Machtfülle in Frage gestellt, wurden dessen verdächtigt oder bedrohten in irgendeiner Weise sonst das System oder seine Repräsentanten, und sei es nur durch ihre Existenz. Zu ihnen gehörten Großgruppen wie „Kulaken", Gläubige, Völker wie Polen, Deutsche, Juden und andere, aber auch Armeeangehörige und Zivilisten, die verdächtig waren, wurden verhaftet, deportiert und in Zwangsarbeitslager verbracht. In den Moskauer Schauprozessen 1936–1938 rechnete Stalin mit seinen politischen Gegnern ab – rechten „Abweichlern" wie M. Tomskij, A. Rykov, N. Bucharin und linken Oppositionellen wie L. Trockij und G. Zinov'ev.[28]

Die Motive für den Terror während der dreißiger Jahre sind vielschichtig und in einer Reihe von Erklärungen zu suchen. Es reicht aber nicht aus, sie der Inkompetenz und der Primitivität, dem Rechtsnihilismus und der Grausamkeit Stalins sowie systemischen Anforderungen oder einem dem Bolschewismus per se inhärenten Übel zuzuschreiben.[29] Terror war auch nicht die einzige regimestützende Maßnahme. Vielmehr stellte sich als charakteristisch heraus, dass Terror immer dann angewendet wurde, wenn sich die Herrschaft besonders sicher fühlte. Anhand von Kriminalstatistiken lässt sich nachweisen, wie auf jede Periode der Herrschaftssicherung zeitversetzt Terrorwellen folgten, sichtbar an einer extremen Steigerung von Gerichtsverfahren.[30] Sobald sich das System jedoch in einer unsicheren Lage wähnte, griffen andere Maßnahmen: Während der Kollektivierung der Landwirtschaft wurde der dadurch verursachten Hungersnot 1932/33 nicht mit Terror begegnet, sondern mit Zugeständnissen an die Kolchosbauern. Die durch den deutschen Angriff auf die Sowjetunion möglicherweise entstehende Gefahr eines Bauernaufstandes wurde durch gesteuerte Gerüchte über die Auflösung der Kolchosen beantwortet. Terror war daher die zielgerichtete Maßnahme in sicheren Zeiten. Die damit verbundene Erklärung des Systems, es fühle sich bedroht, muss jedoch als „ritualisierte [Form der] Anwendung der Repressionen" gedeutet werden.[31] Unbestritten ist, dass die Säuberungen den Despotismus Stalins ausbauten und ihn in eine nachgerade unangreifbare Position versetzten, die Widerstand gegen sein Regime schon im Keim ersticken sollten. Die turnusmäßige Liquidierung der bestehenden Elite und ihre Ersetzung durch eine neue Generation erleichterten Stalin ebenso wie die Ent-

chie" zu sprechen; vgl. ZEIDLER „Eine moderne Armee ist eine offensive Armee", S. 436. Als Nachrücker stiegen insbesondere im Spanischen Bürgerkrieg 1936–1939 eingesetzte jüngere Offiziere in der Roten Armee auf.

28 Zum Charakter der Schauprozesse gegen diese in den Jahren 1936–1938 und zur Rolle Stalins dabei vgl. VADIM ROGOVIN 1937. Moskva 1996.

29 MERCALOV, MERCALOVA Stalinizm i vojna, S. 277, 286.

30 POPOV Gosudarstvennyj terror v sovetskoj Rossii, S. 29–30.

31 STEPHAN MERL Bilanz der Unterwerfung – die soziale und ökonomische Reorganisation des Dorfes, in: HILDERMEIER (Hrsg.), Stalinismus vor dem Zweiten Weltkrieg, S. 119–145, hier S. 129.

fernung möglicher Oppositioneller und Rivalen die staatliche Führung in seinem Sinn.

Die Mehrzahl der Repressionsanordnungen stellten Beschlüsse des Politbüros dar, deren Autorenschaft nachweislich Stalin zuzuschreiben war, auf die aber Molotov, Vorošilov und Kaganovič ebenfalls entscheidend Einfluss hatten.[32] Stalin persönlich kam in sehr vielen Fällen die Initiative und Verantwortung für Verbannungen und die Todesstrafe an Delinquenten zu.[33] Außerdem wurden Verhaftungen auch aufgrund von Listen durchgeführt, die der NKVD Stalin vorlegte. Dieser markierte die Namen von zu Verhaftenden und erteilte Hinweise für die Durchführung von Untersuchungen.[34] In den Schauprozessen der dreißiger Jahre gab er Anweisungen dazu, welche Geständnisse prominente Häftlinge abzulegen hätten und wer erschossen werden müsse.[35] Bei der Anwendung von Strafmaßnahmen gegen einzelne Politiker herrschte zugleich ein breiter Konsensus innerhalb der führenden Kreise. Allerdings forderten Mitglieder des ZK in bestimmten Fällen ein weit rigoroseres Vorgehen als Stalin selbst.[36] Als Organisatoren der Repressionen gelten die Kommissare des NKVD Jagoda (1934–1936), Ežov (1936–1938; der Höhepunkt der Terrorwelle ist nach ihm als *Ežovščina* benannt) sowie Berija (1938–1953). Die ersten beiden fielen schließlich selbst den Säuberungen zum Opfer, Berija wurde nach Stalins Tod 1953 verurteilt und erschossen.

Insgesamt richtete sich der Terror gegen Parteimitglieder aller Ebenen, von einfachen Mitgliedern bis zu Wirtschaftsfunktionären und Angestellten des Staatsapparats, dann gegen Offiziere, Mitarbeiter im diplomatischen Dienst, Künstler und Wissenschaftler, gegen frühere „Kulaken", Vertreter von Kirchen, Mitglieder von antisowjetisch eingestellten Parteien, gegen „Trockisten", „Nationalisten", „Terroristen", „Volksfeinde", Diebe und Kriminelle.[37] Dabei zeigte sich, dass das Regime nicht in der Lage war, zwischen wirklichen und ungefährlichen Gegnern und zwi-

32 CHLEWNJUK Das Politbüro, S. 294. Die in der Ukraine sowie der gesamten Union geltenden wichtigsten Repressivbeschlüsse zusammengefasst bei: M. M. ŠYTJUK Evoljucija represyvno-karal'noï systemy v radjans'kij Ukraïni, in: UIŽ (2001) Nr. 3, S. 128–142.

33 Vgl. Schauprozesse unter Stalin 1932–1952. Zustandekommen, Hintergründe, Opfer. Berlin (Ost) 1990, S. 11; G. M. IVANOVA GULAG v sisteme totalitarnogo gosudarstva. Moskva 1997, S. 41–42.

34 Nach JEWGENIJA ALBAZ Geheimimperium KGB. Totengräber der Sowjetunion. München 1992, S. 79. Für die Jahre 1937–38 wurden 383 Stalin vorgelegte Listen mit den Namen von 44.000 Verhafteten aufgefunden, von denen 39.000 erschossen werden sollten. 362 dieser Listen waren von Stalin, 373 von Molotov, 195 von Vorošilov, 191 von Kaganovič und 177 von Ždanov unterzeichnet worden (WEHNER Stalinistischer Terror, S. 26).

35 Ebenda.

36 ARCH GETTY Afraid of Their Shadows, S. 170.

37 Zum Massenterror der dreißiger Jahre vgl. unter anderem: ROBERT CONQUEST Der Große Terror. Sowjetunion 1934–1938. München 1992; ARCH GETTY The Origins of the Great Purges; RITTERSPORN Stalinist Simplifications and Soviet Complications.

schen großen und kleinen Bedrohungen zu unterscheiden, was den Schluss zulässt, dass es mangelnde Selbstsicherheit durch Terror kompensierte.

Der angeordnete Terror erhielt eine nicht zu steuernde Eigendynamik und weitete sich auch deshalb aus, weil er benutzt wurde, um Konkurrenten oder sonstige missliebige Personen als „Volksfeinde" anzuzeigen und Bauern und Arbeiter unliebsame Vorgesetzte denunzierten, aber auch, weil man in purer Panik zum Selbstschutz andere meldete und dadurch „bolschewistische Wachsamkeit" demonstrierte. Dabei spielte eine Gemengelage aus Systemschwäche, der Agitation örtlicher bolschewistischer Repräsentanten, Denunziantentum, wirtschaftlichen Unzulänglichkeiten und nicht zuletzt die Bestrafung der vermeintlich Schuldigen eine Rolle für den Grad der Verfolgung, die regional und zeitlich variierten. Dass Täter auch Opfer werden konnten, war ein Merkmal dieser Entwicklung. Die Anzahl der während der Stalinherrschaft Verfolgten zu beziffern, ist eine kaum lösbare Aufgabe, der man sich nur über Schätzungen annähern kann. Volkogonov geht allein für die Jahre 1937–1938 von 4,5 bis 5 Millionen Repressierten aus, Medvedev setzt zwischen 5 und 7 Millionen an, eingeschlossenen jene, welche „nur" inhaftiert wurden.[38] Einer weiteren Schätzung zufolge verloren zwischen 1927 und 1938 etwa 7,9 Millionen Menschen in der Sowjetunion gewaltsam ihr Leben.[39]

In der Ukraine wurde während der „Großen Säuberungen" fast die gesamte politische Führungsschicht eliminiert. Stellvertretend für das Schicksal leitender Politiker in der Ukraine stehen Kosior, ein Pole, der fast zehn Jahre lang (1928–1938) der ukrainischen Parteiorganisation vorstand, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare von 1923–1934 Vlas Čubar (der erste ethnische Ukrainer in dieser Position), sowie Postyšev, die alle als langjährige Parteimitglieder und alte Bolschewiken durch Stalin zuerst eingesetzt und dann von der politischen Bühne wieder entfernt wurden. Čubar und Kosior hatten das Missfallen Stalins während der Hungersnot in der Ukraine 1932/33 erregt. Auch die wiederholte Entsendung von Kaganovič und Molotov als Kontrollinstanzen änderte nichts daran, dass Čubar und Kosior weiterhin Nachgiebigkeit vorgeworfen wurde und sie schließlich zusammen mit dem größten Teil der ukrainischen Führung in den dreißiger Jahren ausgewechselt wurden. Zwar stieg Čubar 1934 noch zum stellvertretenden Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare und des Rates für Arbeit und Verteidigung der UdSSR auf, doch wurde er nach einem Politbüro-Beschluss 1938 mit der Ernennung zum Leiter des Aufbaustabes eines Zellulose-Kombinats in Solikamsk aus der Zentrale entfernt. In Solikamsk wurde er verhaftet und kurz danach erschossen. Kosior wurde ebenfalls schrittweise seiner Ämter entledigt. 1933 war ihm während der tiefgehenden Krise nach der Kollektivierung und Hungersnot Postyšev zur Seite gestellt, de facto

38 O Staline i Stalinizme. Beseda s D. A. Volkogonovym i R. A. Medvedevym, in: Istorija SSSR (1989) Nr. 4, S. 89–108, hier S. 98.

39 V. V. CAPLIN Statistika žertv Stalinizma v 30-e gody, in: Voprosy istorii (1989) Nr. 4, S. 175–181, hier S. 181.

aber übergeordnet worden. 1938 wurde Kosior als stellvertretender Vorsitzender der Kommission für Staatliche Kontrolle nach Moskau geschickt. Wegen angeblicher Spionage im Dienst ausländischer Staaten und der Führung einer „Polnischen Militärorganisation" wurde er kurz danach verhaftet und 1939 erschossen.[40] Postyšev war in der Ukraine zum Zweiten Sekretär des Ukrainischen ZK sowie zum Mitglied des dortigen Polit- und Orgbüros ernannt worden und erhielt dann den Posten des Ersten Sekretärs des Kiever ZK. Gleichzeitig war er 1934–1937 Sekretär des Allunions-ZK und Kandidat des Politbüros. Weil er in der Ukraine eine Herrschaft der Selbstüberheblichkeit und des Machtkalküls entwickelte, wie es charakteristischerweise an Außenstellen der staatlichen Herrschaft zu finden war, war er für Stalin nicht länger tragbar. 1937 wurde er seiner Ämter entbunden und später erschossen. Die Familienangehörigen teilten das Los der Politiker: Die Ehefrauen Čubars, Kosiors und Postyševs wurden wie Postyševs ältester Sohn und die Brüder Kosiors (von denen einer Selbstmord beging), erschossen, Postyševs weitere Kinder kamen in Lager.

Der Hintergrund der Säuberung dieser hochstehenden Funktionäre war nur zum Teil in ihrem Verhalten zu finden. Alle drei hatten Stalin während seines Vorgehens gegen die „rechte" und „linke" Opposition in den dreißiger Jahren unterstützt. Auch der Verdacht des „Nationalkommunismus" bestand bei ihnen nicht. Der subkutane Vorwurf Stalins an sie lautete vielmehr, sie übten während des „Großen Terrors" zu wenig aggressive Repressionen aus und stünden daher nicht entschlossen genug an seiner Seite. Dies vergrößerte die Gefahr, sie könnten gemeinsam eine zu starke ukrainische Führungsriege bilden, die ihm möglicherweise Widerstand entgegensetzen würde. Damit gestand Stalin also indirekt den politischen Würdenträgern in der Ukraine die Möglichkeit zu, sich gegen die Zentralgewalt zu erheben und diese zu usurpieren (in dieser Einschätzung bewies er durchaus Weitsicht, denn seine beiden Nachfolger Chruščev und Brežnev begannen ihre Karrieren in den höchsten Ämtern der Sowjetunion in der Ukraine). Mit der Liquidierung fast der gesamten Parteihierarchie, des Politbüros und des Sekretariats wurde die Ukraine endgültig zur rein administrativen Einheit der Sowjetunion.

Bis 1938 verschwand praktisch die gesamte Führungsebene in Kiev, darunter das Politbüro, das Orgbüro und das Sekretariat des ZK zusammen mit den 17 Volkskommissaren in der Ukraine. Nur drei der 102 Mitglieder und Kandidaten des Kiever ZK überlebten die Verhaftung.[41] Im Lauf der vier Jahre 1934–1938 wurden 37% der Parteimitglieder, 168.000 Personen, gesäubert.[42] Die Todesrate in den Gefängnissen wird dabei auf etwa 2% (im Jahr 1936) und 6–7% (1937–1938) geschätzt.[43] Insgesamt waren bis Ende 1938 rund 5% der Bevölkerung der gesamten Sowjetuni-

40 JU. I. ŠAPOVAL Stalinizm i Ukraïna, in: UIŽ (1992) Nr. 6, S. 3–13, hier S. 5, 9.
41 SIMON Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion, S. 191.
42 MAGOCSI A History of Ukraine, S. 570.
43 ŠAPOVAL Die bolschewistische politische Polizei, S. 338.

on zeitweise in Haft.[44] Die Zahlen der in den Jahren 1937–1938 gewaltsam zu Tode Gekommenen differieren erheblich; sie liegen zwischen 600.000 und einer Million bzw. sogar bei sieben Millionen für die Zeit von 1935 bis 1941.[45] Der ukrainische Bevölkerungsverlust in den Jahren zwischen 1939 und 1959 wird insgesamt mit 9.737.000 Personen berechnet.[46] Der Höhepunkt der Verhaftungen lag in den Jahren 1937–1938. Die Statistik für die Ukraine lautet folgendermaßen:

1935	24.934 Verhaftete,
1936	15.717 Verhaftete,
1937	159.573 Verhaftete (= 0,56% der Gesamtbevölkerung der Ukraine),
1938	108.006 Verhaftete.

Die am häufigsten vorgebrachten Begründungen für Verhaftungen waren Mitgliedschaft in einer „antisowjetischen Partei" (wie bei den „Trockisten", „Rechten", Sozialrevolutionären, Menschewiken, Anarchisten, Kadetten, Monarchisten und anderen), „gegenrevolutionäre Tätigkeit" (darunter fiel die Mitgliedschaft in nationalen Organisationen), „Spionage" und „konterrevolutionäre Agitation". Die Anlässe zu einer Verhaftung konnten auch geringe Vergehen sein wie das Lesen ukrainischer nationalistischer Literatur, das Singen „antisowjetischer" Lieder oder das Erzählen ebensolcher Witze; Verbindungen ins Ausland reichten, um den Tatbestand der Spionage zu erfüllen. Allein über 24.000 Personen in der Ukraine wurden verhaftet wegen Nähe zu einem „breiten Untergrund eines ukrainischen nationalistischen Zentrums".[47] Auffälligerweise wurden die meisten der 1937 in der Ukraine verfolgten ethnischen Ukrainer als „Trockisten" (71,1%) und nur in 14,9% der Fälle wegen der Zugehörigkeit zu einer ukrainischen nationalen Verbindung verurteilt.[48] Die Mehrzahl der Urteile der Jahre 1937 und 1938 – insgesamt 122.237 – lautete auf Hinrichtung. Die übrigen Verurteilten erhielten Lager- und Haftstrafen.[49]

Am Ende des „Großen Terrors" hatte Stalin seine persönliche Macht auf Kosten des Politbüros und unter Ausschaltung Oppositioneller zielgerichtet gefestigt. Dabei

44 POHL Stalinistische Massenverbrechen, S. 331.

45 STECOVSKIJ Istorija sovetskich repressij, tom 1, S. 102, tom 2, S. 140 (demnach waren zwischen 1. Januar 1935 und 22. Juni 1941 insgesamt 19.840.000 „Volksfeinde" verhaftet worden, von denen sieben Millionen erschossen wurden).

46 SERHII PIROZHKOV Population Loss in Ukraine in the 1930s and 1940s, in: Ukrainian Past, Ukrainian Present. Ed. by Bohdan Krawchenko. Houndmills [usw.] 1993, S. 84–96, hier S. 93. Vgl. aber die grundsätzliche Kritik an der Bestimmung einer Gesamtzahl ukrainischer Repressionsopfer der dreißiger und vierziger Jahre bei: POHL Stalinistische Massenverbrechen, S. 336.

47 BILAS Represyvno-karal'na systema v Ukraïni, Kn. 1, S. 380.

48 V. M. NIKOL'S'KYJ Nacional'ni aspekti polityčnych represij 1937 r. v Ukraïni, in: UIŽ (2001) Nr. 2, S. 74–89, hier S. 83. Vgl. auch die territoriale und nationale Zusammenstellung der Opfer des Jahres 1937 bei VOLODYMYR NIKOL'SKYJ Statystyka polityčnych represij 1937 r. v Ukraïns'kij RSR, in: Z archiviv VUČK-HPU-NKVD-KHB (2000) Nr. 2/4, S. 103–112.

49 BILAS Represyvno-karal'na systema v Ukraïni, Kn. 1, S. 379.

wurden Beschlüsse immer seltener bei den etwa zweimal im Monat stattfindenden Politbüro-Sitzungen gefasst, sondern auf den informellen Treffen Stalins mit seinen Helfern.[50] 1938 verkündete die Staatsführung die Einstellung der Verfolgungen; ihr Mitorganisator Ežov wurde nun abgesetzt und ebenfalls gesäubert. Während unter seinem Nachfolger Berija als Leiter des gesamtsowjetischen NKVD die Massenmorde unionsweit zurückgingen, wurde der Terror nach der Angliederung der Westukraine 1939, Bessarabiens, der Nordbukowina, des Baltikums und Kareliens 1940 in diesen Gebieten aufrechterhalten.

Die Repressionen der dreißiger Jahre führten letztlich zu einer endgültigen Konsolidierung der Stalinschen Diktatur und minimalisierten den Einfluss der anderen Mitglieder des Politbüros. Dennoch bot der Terror einer Schicht von Aufsteigern Karrierechancen: Hunderttausende von Nachrückern – *vydvižency* – profitierten von den Säuberungen, wie dies unter anderen Umständen nicht möglich gewesen wäre; Bauern und Arbeiter erlangten auf diese Weise auch trotz begrenzter Bildung und Kompetenz leitende Positionen.[51] Damit entstand eine neue Führungsschicht, die ihre Stellung Stalin verdankte.

Neben den Deportationen, dem Massenterror und der Hungersnot erfuhr die sowjetische und sowjetukrainische Bevölkerung in den dreißiger Jahren eine wesentliche Verschlechterung ihrer Lebensqualität.[52] Waren in den zwanziger Jahren während der Neuen Ökonomischen Politik (NĖP) die Märkte noch relativ gefüllt gewesen, so musste man nun mit immer größeren Engpässen bei alltäglichen Konsumgütern und Grundnahrungsmitteln zurechtkommen. Stundenlanges Schlangestehen nach Notwendigem wurde genauso zur Regel wie Fahrten unterversorgter Landbewohner in entfernte Großstädte. Das 1929 eingeführte, staatlich gelenkte Vergabesystem von Massenprodukten wurde zwar 1935 aufgehoben, aber bereits mit Beginn des Krieges 1941 wieder eingeführt und bis 1947 aufrechterhalten. Nicht besser war die Wohnungssituation insbesondere in den Städten, die durch den Zuzug vom Dorf immer mehr Bewohner fassen mussten. Kommunalwohnungen pferchten Familien auf engsten Raum zusammen, so dass der durchschnittliche Lebensraum 1940 pro Person vier Quadratmeter betrug. Für Studenten und unverheiratete Arbeiter waren Schlafsäle die normalen Behausungen. Gleichzeitig waren die Städte auf die Versorgung der vielen zuziehenden Arbeiter nicht ausgerichtet. Die Wohnquartiere im Donbas litten unter unzureichender Ausstattung und wurden zu Typhus- und Dysentherie-Herden.[53] Die boomende Industriestadt Dnipropetrovs'k besaß bis 1933 kein Kanalisationssystem für seine fast 400.000 Bewohner, von denen viele ohne elektrisches Licht, fließendes Wasser und öffentliche Verkehrsmittel auskommen

50 CHLEWNJUK Das Politbüro, S. 98.

51 WILSON The Ukrainians, S. 146; FITZPATRICK Education and Social Mobility in the Soviet Union 1921–1934. Cambridge 1979, S. 239–249.

52 Zu den Lebensumständen in den Städten während der dreißiger Jahre vgl. FITZPATRICK Everyday Stalinism, S. 40–66.

53 KUROMIYA Workers under Stalin, S. 88.

mussten. Es war nicht verwunderlich, dass die Malaria grassierte und im Jahr 1933 daran 26.000 Menschen erkrankten.[54] Insgesamt besaß die sowjetische Gesellschaft durch die politischen Einwirkungen kaum Kohäsionskraft, sie war „atomisiert" und „strukturlos".[55] Die bolschewistischen Vorstellungen von einem Arbeiterparadies mit einem „neuen sowjetischen Menschen" waren bereits am Ende, als die Sowjetunion aktiv in den Zweiten Weltkrieg eintrat.

Noch bevor dies geschah, setzte die Militarisierung von Wirtschaft und Gesellschaft des Landes ein. So wurde 1940 fast ein Fünftel des Bruttoinlandprodukts für Verteidigungsausgaben bereitgestellt und die Aufrüstung vorangetrieben.[56] Auch in der sowjetischen Arbeitswelt wurde eine militärähnliche Ordnung eingeführt. Die ab 1932 gültigen Vorschriften blieben bis zu Stalins Tod bestehen. 1932 wurden die Arbeiter durch die zu führenden Arbeitsbücher praktisch an ihren Arbeitsplatz gebunden; 1935 wurden die Gewerkschaften von der Diskussion über die Arbeitsnormen ausgeschlossen.[57] Durch ein Gesetz vom 26. Juni 1940 wurde die Bewegungsfreiheit und die freie Wahl des Arbeitsplatzes, die bereits durch interne Pässe begrenzt worden waren, völlig aufgehoben, Verstöße gegen die Arbeitsdisziplin konnten sogar Lagerhaft nach sich ziehen.[58] Ab 19. Oktober wurden Arbeiter schließlich völlig der staatlichen „Mobilisierung" unterworfen, von oben ohne eigene Zustimmung in Arbeitsplätze eingesetzt und versetzt. Zudem wurde ohne Gehaltszulage der Arbeitstag von sechs auf sieben Stunden täglich heraufgesetzt und die Arbeitswoche von fünf auf sechs Tage erweitert.[59] Ein Dekret vom 26. Dezember 1941 beschloss die Zwangsmobilisierung der in der Rüstungsindustrie Arbeitenden. Soldaten gleichgestellt, wurden sie bei „Delikten" wie dem eigenmächtigen Verlassen eines Betriebes wie Fahnenflüchtige vor Militärtribunalen behandelt.[60]

1.2. Die sowjetische Besetzung Ostpolens (1939) sowie der Nordbukowina und Bessarabiens (1940)

Die Sowjetukraine umfasste in der Zwischenkriegszeit nicht alle von Ukrainern bewohnten Gebiete. Vielmehr lebten und leben in allen Nachbarländern der Ukraine ukrainische Minderheiten. Für die sowjetische Regierung war deren Existenz der Vorwand dafür, im Zuge des Hitler-Stalin-Paktes ab 1939 auf die benachbarten

54 FITZPATRICK Everyday Stalinism, S. 51.

55 Die sozialen Auswirkungen der sowjetischen Terrorpolitik untersucht BERND BONWETSCH Der Stalinismus in der Sowjetunion der dreißiger Jahre. Zur Deformation einer Gesellschaft, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1 (1993) S. 11–36, hier S. 35.

56 HARRISON The Soviet Union: the defeated victor, S. 272.

57 CARRÈRE D'ENCAUSSE A History of the Soviet Union 1917–1953. Vol. 2. Stalin, S. 24.

58 FILTZER Soviet Workers and Late Stalinism, S. 160.

59 Ebenda, S. 216; BONWETSCH Stalin, the Red Army an the 'Great Patriotic War', S. 185.

60 LUKS Geschichte Rußlands und der Sowjetunion, S. 375; FILTZER Soviet Workers and Late Stalinism, S. 161–162; DERS. Wirtschaft und Gesellschaft in der Nachkriegszeit, S. 111–112.

Staaten auszugreifen und sich dort Gebiete anzueignen. Die größte Gruppe außerhalb der Sowjetukraine lebte mit etwa 4,4 Millionen Ukrainern (nach offiziellen polnischen Angaben 1931, tatsächlich waren es etwa zwischen fünf und sechs Millionen[61]) in den *kresy wschodnie* (Ostgebiete) in Ostpolen, wo sie regional sogar die Mehrheit der Bewohner stellten. Deren Situation gestaltete sich vergleichsweise günstiger als jene der sowjetukrainischen Bevölkerung, die mit dem bolschewistischen Terror konfrontiert war. Wenngleich die Ukrainer in Polen einen gewissen Raum zur Entfaltung besaßen, wurden sie politisch generell zurückgedrängt. Zwar bestand in Polen die Möglichkeit, über ukrainische politische Parteien die nationalen Rechte der Ukrainer zu vertreten, doch wurde durch die Begünstigung des Polnischen als Staatssprache das Ukrainische in den Hintergrund geschoben. Während man den unierten Kirchen Aktivitäten erlaubte, wurden der orthodoxen Kirche in Polen, der rund zwei Millionen Ukrainer angehörten, eine Reihe von Kirchengebäuden entzogen und der römisch-katholischen Kirche zugeführt. 1924 musste sie auf polnischen Druck hin ihre Verbindungen zum Moskauer Patriarchat abbrechen und erklärte sich für autokephal. Ukrainer konnten sich in den ukrainischen *Prosvita*-Kulturvereinigungen und in der wissenschaftlich-kulturell ausgerichteten Ševčenko-Gesellschaft (*Naukove Tovarystvo im. T. Ševčenka*) engagieren, in der Politik hatten sie aber nur die Wahl, entweder mit den Polen oder gegen sie zu arbeiten. Die Mehrheit, die realistischerweise davon ausging, dass sich Hoffnungen auf einen ukrainischen Nationalstaat in nächster Zeit nicht erfüllen würden, wählte die Anpassung an die Gegebenheiten. Eine Minderheit begann aber, mit terroristischen Mitteln im Untergrund gegen den polnischen Staat aufzubegehren. Die 1929 gegründete Organisation Ukrainischer Nationalisten (*Orhanizacija Ukraïns'kych Nacionalistiv*, OUN), die in modifizierter Form als politische Kraft bis in die Gegenwart hinein aktiv ist, blieb bis Ende der dreißiger Jahre die stärkste nationalistische ukrainische Organisation in der Westukraine.[62] Ihrer Ideologie zufolge war sie, wie es in vielen Staaten Osteuropas zu dieser Zeit zu finden war, eine faschistoide Bewegung; sie vertrat unter anderem einen integralen Nationalismus. Durch Terroraktionen versuchte sie, die politische Situation in Polen zu destabilisieren, wurde dabei aber von der übrigen ukrainischen Bevölkerung nicht unterstützt. 1940 spaltete sich die Gruppierung in einen gemäßigten, stärker auf politische Auseinandersetzung ausgerichteten Flügel unter ihrem Anführer Mel'nyk[63] und in eine radikalere, militaristischere Fraktion um Bandera.[64]

Das Übergreifen auf polnische Gebiete war bereits in den zwanziger Jahren ein Ziel der sowjetischen Politik der Ukrainisierung gewesen. Denn ähnlich der OUN

61 KAPPELER Kleine Geschichte der Ukraine, S. 207; MAGOCSI Ukraine, S. 427–428.

62 Vgl. ausführlich im Kapitel über den Widerstand nach dem Krieg.

63 Vgl. V. YANIV Melnyk, Andrii, in: Encyclopedia of Ukraine, Vol. 3, S. 373–374.

64 Zur Person Banderas vgl. V. YANIV Bandera, Stepan, in: Encyclopedia of Ukraine, Vol. 1, S. 169; PETRO MIRČUK Stopan Bandera. Symvol revoljucijnoï bezkompromisovosty. N'ju-Jork 1961.

verfolgte auch die kommunistische Partei im sowjetischen Ostgalizien das Ziel, das polnische Galizien mit der USSR zu vereinen, wenn auch nach einer sozialistischen Revolution. Im Untergrund agierend, war sie 1923 in (eine autonome) Kommunistische Partei der Westukraine (KPZU) umbenannt und der KP Polens eingefügt worden. Diese sollte die ukrainische Bevölkerung auf polnischem Boden zum Umzug in die Sowjetukraine bewegen. 1924 versprach die Komintern sogar die mögliche Annexion aller mehrheitlich von Ukrainern bewohnten Gebiete.[65]

Neben der ukrainischen Bevölkerung in Polen befand sich eine kleinere, kompakt siedelnde Minderheit von 790.000 Ukrainern (laut rumänischen Angaben des Jahres 1920) in Rumänien, im Gebiet Akkerman, bei Chotyn in Bessarabien bzw. in der Südbukowina. Diese Ukrainer hatten unter der rigorosen Minderheitenpolitik Bukarests zu leiden. Sie wurden als ukrainisierte Rumänen betrachtet, die sich erneut an das Rumänentum assimilieren sollten; ukrainische Schulen mussten schließen. Bis 1928 wurde über die Bukowina sogar das Kriegsrecht verhängt. In der relativ liberalen Zeit bis zur Einführung der Militärdiktatur in Rumänien 1938 waren ukrainische Parteien dann eine Zeitlang erlaubt.

Die ebenfalls kleinere ukrainische Minderheit in der Tschechoslowakei belief sich auf etwa 455.000 Personen (Stand: 1921), von denen 370.000 im tschechischen und 85.000 im slowakischen Landesteil siedelten. Unter ihnen betrachteten sich jedoch die Rusynen als von den Ukrainern sprachlich und kulturell unabhängige Gruppe. Als „Podkarpatská Rus" (Karpaten-Ukraine) erhielt ihr Siedlungsgebiet, das bis 1918 zu Ungarn gehört hatte, einen besonderen politischen Status, der auch den nationalen Minderheiten der Ukrainer, der Ungarn und der Rusynen politische Parteien zugestand. Die NS-Außenpolitik veränderte hier aber bereits vor dem Zweiten Weltkrieg die territorialen Zugehörigkeiten. Im Ersten Wiener Schiedsspruch fielen im Oktober 1938 Teile der Karpaten-Ukraine mit der größten Stadt Užhorod wieder Ungarn zu. Mit der Aufteilung der Tschechoslowakei war die Karpaten-Ukraine auf sich gestellt. Nach dem Münchner Vertrag 1938 wurde unter Ministerpräsident Avhustyn Vološyn (1874–1945) ein autonomes karpaten-ukrainisches Staatsgebilde eingerichtet. Dieses erklärte sich nach der Abtrennung eines Teilgebietes an Ungarn 1939 für unabhängig, wurde aber kurz danach von Ungarn bis zum Ende des Krieges besetzt.

Der Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 mit seinem geheimen Zusatzprotokoll hatte die deutsche und die sowjetische Besatzung in breiten Teilen Ostmitteleuropas zur Folge. 16 Tage nach dem deutschen Angriff auf Polen am 1. September 1939 überschritt die Rote Armee die sowjetische und sowjetukrainische Landes-

65 Im Zuge der Šums'kyj-Affäre wurde die westukrainische kommunistische Partei jedoch aufgelöst. Während dieser Affäre hatte Šums'kyj heftige Kritik an Kaganovič geübt, der die Ukrainisierung nicht entscheidend voranbringe. Stalin stellte sich hinter Kaganovič, Šums'kyj wurde politisch aus dem Verkehr gezogen; vgl. MARTIN The Origins of Soviet Ethnic Cleansing, S. 842–843. Vgl. auch JANUSZ RADZIEJOWSKI The Communist Party of Western Ukraine, 1919–1929. Downsview, Ontario 1983.

grenze im Westen und besetzte die polnischen Gebiete östlich des San und des Bug. Dabei stieß sie kaum auf nennenswerten polnischen Widerstand. Bis zum 2. Oktober 1939 wurden an der ukrainischen Front insgesamt 392.334 Gefangene, darunter 16.723 Offiziere, genommen, an der weißrussischen 60.202 Gefangene, darunter 2.066 Offiziere.[66]

Die sowjetische Besetzung Ostpolens entwickelte sich zu einem Trauma für Polen, über das erst mit dem Ende der Sowjetunion offen diskutiert werden durfte. Als ein besonderes Verbrechen hebt sich die Ermordung von 14.700 polnischen Armeeangehörigen im Frühjahr 1940 heraus, die auf Befehl Stalins als Vorsitzenden des Politbüros durchgeführt und von Molotov, Vorošilov und Mikojan ebenfalls unterzeichnet war. Das Massengrab von 4.400 Polen wurde 1943 von der Wehrmacht in Katyn' in der Nähe von Smolensk entdeckt. Die sowjetische Regierung schob die Tat jahrelang auf die Wehrmacht; erst unter Gorbačev wurde die eigentliche Verantwortung öffentlich anerkannt.[67]

Die 22 Monate dauernde sowjetische Besatzung Ostpolens bzw. der Westukraine – bestehend aus Ostgalizien und den westlichen Teilen Wolhyniens und Polesiens – veränderten die soziale und politische Situation hier tiefgreifend.[68] Die Bevölkerungsmehrheit stellten hier nicht Polen, sondern Ukrainer. So hieß denn auch die offizielle Begründung der Besetzung am 17. September 1939, dass die verbrüderten Ukrainer – respektive Ukrainer in der Nordbukowina sowie Weißrussen in Westweißrussland – befreit werden müssten. Die Annexion der Westukraine durch die Sowjetunion wurde pseudo-demokratisch legitimiert. Eine unter direktem und indi-

66 Soviet Casualties and Combat Losses, S. 57. An beiden Fronten erlitt die Rote Armee im Jahr 1939 insgesamt 2.953 Verluste (Tote und Verwundete); ebenda, S. 58.

67 Die Prozesse gegen die Polen wurden, Archivunterlagen zufolge, „auf Initiative und unter Teilnahme Berijas" als NKVD-Leiter durchgeführt; J. SORJA Der Regisseur der Tragödie von Katyn, in: VLADIMIR F. NEKRASSOW (Hrsg.), Berija. Henker in Stalins Diensten. Ende einer Karriere. Berlin 1992, S. 216–228, hier S. 223 (aber leider ohne Archivsignaturen). Im Prozess gegen Berija 1953 fand Katyn' keine Erwähnung. Zu den Ereignissen von Katyn' vgl. weiter PARRISH The Lesser Terror, S. 53–67; Katynskaja drama. Kozel'sk, Starobel'sk, Ostaškov: sud'ba internirovannych pol'skich voennoslužaščich. Moskva 1991; W. MATERSKI Katyn: Documents and Materials from the Soviet Archives. Warsaw 1993; Katyń. Dokumenty zbrodni. Band 1–2. Warszawa 1995–1998; und vieles andere.

68 Als Überblick über die sowjetische Besetzung Ost-Polens bzw. der Westukraine ab 1939 vgl. unter anderem OREST SUBTELNY The Soviet Occupation of Western Ukraine, 1939–41: An Overview, in: Ukraine during World War II, S. 5–14; GROSS Revolution from Abroad; WANDA KRYSTYNA ROMAN Die sowjetische Okkupation der polnischen Ostgebiete 1939 bis 1941, in: Die polnische Heimatarmee, S. 87–109; ZBIGNIEW S. SIEMASZKO W sowieckim osaczeniu 1939–1943. Londyn 1991; The Soviet Takeover of the Polish Eastern Provinces. Ed. by Keith Sword. London 1991; ALBIN GŁOWACKI Sowieci wobec Polaków na Ziemiach Wschodnich II Rzeczypospolitej 1939–1941. 2. Aufl. Lodz 1998, S. 471; Okupacja sowiecka ziem polskich 1939–1941. Pod red. Piotra Chmielowca. Rzeszów, Warszawa 2005.

rektem Druck gewählte „Volksversammlung“[69] in Lemberg sprach sich unter NKVD-Kontrolle für die Eingliederung in die Sowjetunion aus. Der Oberste Sowjet der Sowjetunion „bestätigte“ die „Wiedervereinigung“ am 1. September und erklärte die neuen Westgebiete zum Bestandteil der Ukrainischen Sowjetrepublik. Eine gesetzliche Regelung sah vor, dass alle polnischen Staatsangehörigen am Tag der formalen Eingliederung in die Sowjetunion, also dem 1. November 1939, automatisch die sowjetische Staatsbürgerschaft erhielten. Dem waren auch jene unterworfen, die infolge des deutsch-sowjetischen Bevölkerungsaustauschs vom November 1939 bzw. vom September 1940 in die Westukraine bzw. in die ehemals rumänischen Gebiete kamen. Für die jungen Männer unter ihnen bedeutete dies die Einberufung in die Rote Armee.

Die territoriale Eingliederung in den Sowjetstaat erfolgte nach der Auflösung der polnischen Wojewodschaften in Galizien durch die Bildung der Gebiete Drohobyč (1959 an Lemberg angegliedert), Lemberg, Stanislav (1962 in Ivano-Frankivs'k umbenannt), Ternopil', Volyn' sowie Rivne. In den besetzten Territorien im Süden wurden die Gebiete Černivci und Akkerman (später Izmaïl, 1944 dem Gebiet Odessa angeschlossen) formiert.[70]

Die Sowjetisierung Galiziens lief in zwei Phasen ab; die erste reichte bis Januar 1940, die zweite folgte nach einer Pause ab Sommer 1940 bis Juni 1941. Während der ersten Phase wurde eine gewisse Nachsicht gegenüber der örtlichen ukrainischen Bevölkerung geübt, die der Herrschaftssicherung dienen sollte, während die Polen einer rigorosen Zurückdrängung unterworfen wurden. In dieser Zeit begann die Bildung von *sovety*, der Einsatz zahlreicher Parteimitarbeiter aus den östlichen Gebieten der Ukraine, der Umbau des Bildungswesens im sowjetischen Sinn, die Einschwörung aller öffentlichen Institutionen auf die Parteilinie, die Übernahme der bestehenden politischen Parteien durch die Bolschewiken, die Enteignung polnischer Grundbesitzer sowie die Beschlagnahmung von Großbetrieben und Banken. Gleichzeitig wurde, als Konzession an die ukrainische Bevölkerung und als antipolnische Maßnahme, eine Ukrainisierung des öffentlichen Lebens zugelassen; ukrainische Zeitungen durften erscheinen, ukrainische Schulen wurden geöffnet und die polnische Universität in Lemberg wurde ukrainisiert.

Die zweite Phase der Sowjetisierung ab Sommer 1940 war zum einen gekennzeichnet durch die forcierte Gleichschaltung des öffentlichen Lebens – durch die Uniformierung der staatlichen Strukturen und die präventive Ausschaltung der Op-

69 Zur Wahlkampagne sowie zur Einschüchterung von Wählern und Kandidaten durch sowjetische Organe vgl. GROSS Revolution from Abroad, S. 74–113. Die Parteihistoriographie verschweigt hingegen den Einsatz von Zwangsmitteln bei den Wahlen, berichtet aber über mehr als 50.000 Agitatoren, die auf die örtliche Bevölkerung propagandistisch einwirkten; vgl. M. P. TESLENKO Do istorii partinoho budivnyctva v zachidnych oblastjach Ukraïny, in: UIŽ (1969) Nr. 10, S. 44–49, hier S. 44.

70 Gleichzeitig wurde die Autonome Republik Moldau, 1924 als Bestandteil der USSR gegründet, in die neu erhobene Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik überführt.

position –, zum anderen durch die immer virulentere Gefahr der militärischen Auseinandersetzung mit Hitler-Deutschland. Die sowjetische Ordnung wurde auch aus diesem Grund mit einer größeren Rigorosität und Brutalität gegen die gesamte Bevölkerung durchgesetzt, sichtbar an der beginnenden Industrialisierung und Kollektivierung von Klein- und Mittelbetrieben. Die ersten Kollektivbetriebe wurden 1940 eingerichtet, bis Ende des Jahres bestanden 556 Kolchosen. Für die vollständige Kollektivierung reichte jedoch die Zeit nicht, bis Juni 1941 waren mit 2.866 Kolchosen nur 12,8% der landwirtschaftlichen Betriebe in der Westukraine kollektiviert.[71]

In Verbindung mit der Kollektivierung wurden einheimische, als potentiell sowjetfeindlich eingestufte Bevölkerungsteile in den Osten der Sowjetunion, nach Sibirien, Kasachstan und in die Autonome Republik Komi deportiert.[72] Den Vorgang leiteten der Stellvertretende Vorsitzende des sowjetischen Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten, Merkulov, und der Volkskommissar für Inneres in der Ukraine, Serov. Die Leitung lag in den Händen des Stellvertretenden Volkskommissars für Inneres in der Ukraine, M. Holyns'kyj, und den Leitern der Abteilung für Wege und Transporte des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten von Lemberg und Kovel', Kljepov und Utkin. Zur Koordination der Aktionen vor Ort wurden in den Gebieten spezielle „Trojkas" gebildet, die mit Nicht-Ukrainern besetzt waren.[73] Bis zum 1. April 1941 wurden sowjetischen Archivunterlagen zufolge insgesamt 210.559 Personen aus den sowjetisch besetzten Gebieten der Westukraine, Westweißrusslands und Litauens nach Archangel'sk, Sverdlovsk, Novosibirsk und in andere entlegene Gebiete in den Osten der Sowjetunion deportiert. Von Mai bis Juli kamen neben weiteren noch 9.595 Personen aus der Westukraine dazu.[74] Andere Zahlenangaben scheinen deshalb hoch, weil sie auch Arbeitsmobilisierungen, freiwillige Migrationen und Umzüge innerhalb der Region einschließen.[75] Polnische

71 MARPLES The Ukrainians in Eastern Poland under Soviet Occupation, S. 247; DERS. Stalinism, S. 35; Massenkampagnen wurden in der Westukraine erst 1948 und 1949 durchgeführt. 1951 war die Kollektivierung hier noch immer nicht vollendet.

72 Vgl. als Literaturüberblick zu den Deportationen von Polen in der Sowjetunion: Deportacje i przemieszczenia ludności polskiej w głąb ZSRR 1939–1945. Przegląd piśmiennictwa. Wybór i opracowanie Grażyna Doktór, Kazimierz Podhorski, Teresa Staliś. Pod redakcją Tadeusza Walichnowskiego. Warszawa 1989. Weiter zu den Deportationen von Polen ab 1939 in den Osten und Norden der Sowjetunion: WOŹNICZKA Die Deportation von Polen in die UdSSR; N. S. LEBEDEVA The Deportation of the Polish Population to the USSR, 1939–1941, in: Forced Migration in Central and Eastern Europe, 1939–1950. Ed. by Alfred J. Rieber. London, Portland, OR 2000, S. 28–45; V. S. PARSADANOVA Deportacija naselenija iz Zapadnoj Ukrainy i Zapadnoj Belorussii v 1939–1941 gg., in: Novaja i Novejšaja istorija (1989) Nr. 2, S. 26–44.

73 JU. A. KYRYČUK Teror i teroryzm u zachidnij Ukraïni, in: Polityčnyj teror i teroryzm v Ukraïni, S. 548–595, hier S. 583.

74 ZEMSKOV Specposelency, S. 156, 159.

75 V. S. PARSADANOVA Deportacija naselenija iz Zapadnoj Ukrainy i Zapadnoj Belorussii v 1939–1941 gg., in: Novaja i novejšaja istorija (1989) Nr. 2, S. 26–44. Zu hoch angesetzt sind

Studien geben zwischen 320.000 und 400.000 aus der Westukraine in die Sowjetunion verschleppte Personen an; bei der ersten Deportierungswelle rund 140.000, bei der zweiten rund 60.000, bei der dritten rund 80.000 und bei der vierten rund 40.000.[76] Neue Angaben, die realistisch einzuschätzen sind, gehen von 316.000–325.000 deportierten polnischen Staatsangehörigen aus.[77] Berija zufolge waren insgesamt 389.382 Personen polnischer Nationalität aus den besetzten polnischen Gebieten bis 1941 in die Sowjetunion deportiert worden.[78]

Die Opfer der ersten Welle vom 10.–13. Februar 1940 waren vor allem Militärangehörige, die nach dem sowjetisch-polnischen Krieg 1920 in Ostpolen angesiedelt worden waren, Verwaltungsbeamte sowie Waldbauern (letztere möglicherweise wegen ihrer guten Ortskenntnisse). Von der zweiten Deportation am 13. April 1940 waren insbesondere Armee- und Polizeiangehörige, Lehrer, Grundbesitzer („Kulaken"), Unternehmer und Geschäftsleute, Politiker, Juristen, Beamte, Bauern, ukrainische, weißrussische und jüdische Aktivisten sowie ehemalige Mitglieder der polnischen KP betroffen. Die dritte Deportationswelle ab 29. Juni 1940 erfasste Personen, die Verwandte im Ausland, im deutsch besetzten Teil Polens sowie in Lagern und Gefängnissen besaßen, die aus dem von den Deutschen okkupierten Teil Polens in die Westukraine geflohen waren (bei ihnen bestand Spionageverdacht), sowie Personen, denen polnischer Nationalismus vorgeworfen wurde.[79] Die letzte Deportation in der zweiten Junihälfte 1941 erfasste wieder Familienangehörige von bereits Verschleppten sowie Kinder aus Waisenhäusern. Generell deportiert wurden Personen, die den kurz vorher eingeführten sowjetischen Pass nicht besaßen, weil sie keinen Arbeitsplatz nachweisen konnten. Zu den Verschleppten gehörten neben Polen und Juden auch antibolschewistisch eingestellte Ukrainer. Der überragende Anteil der deportierten Juden war aus jenen Gebieten Polens, die von den Deutschen be-

auch die von der polnischen Exilregierung vorgelegten Zahlen, die von 400–500.000 Personen ausgehen (POHL Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien, S. 30).

76 Zahlen nach: WOJCIECH MATERSKI Martyrologia obywateli polskich na wschodzie po 17 września 1939 r., in: Zbrodnicza ewakuacja więzień i aresztów NKWD na kresach wschodnich II Rzeczypospolitej w czerwcu-lipcu 1941 roku. Materiały z sesji naukowej w 55. rocznicę ewakuacji więźniów w głąb ZSRR Łódź, 10 czerwca 1996 r. Warszawa 1997, S. 7–11, hier S. 8–9 (in Anm. 2 weitere Literaturangaben). Vgl. auch: GROSS Revolution from Abroad, S. 187–224; CIESIELSKI, HRYCIUK, SREBRAKOWSKI Masowe deportacje radzieckie, S. 24–54; BILAS Represyvno-karal'na systema v Ukraïni, Kn. 1, S. 133ff. Ein Teil der deportierten Polen – Bugaj nennt eine Zahl von 54.119 – wurde bis April 1944 freigelassen und kehrte in die Ukraine zurück, vgl. BUHAJ Deportaciï naselennja z Ukraïny, S. 38.

77 Przesiedlenie ludności Polskiej z Kresów Wschodnich do Polski, S. 11; nach Repressii protiv poljakov i pol'skich graždan. Moskva 1997, S. 120–121 (berechnet aufgrund von NKVD-Berichten).

78 Faksimile der Mitteilung Berijas an Stalin in: ZBIGNIEW S. SIEMASZKO Początki sowietyzacji (1939–1946). Londyn 2000, S. 276–280.

79 ZBIGNEW SIEMASZKO The Mass Deportations of the Polish Population to the USSR, 1940–41, in: The Soviet Takeover of the Polish Eastern Provinces, S. 217–235, hier S. 219–227, über die Personengruppen, die bei den einzelnen Deportationswellen erfasst wurden.

setzt waren, in die Sowjetunion geflohen. Allein von den im April 1941 in der sowjetischen Verbannung befindlichen 177.043 Spezialsiedlern stammten insgesamt 59.031 Juden aus Polen.[80]

Unter der sowjetischen Besetzung wurden alle polnischen und ukrainischen Kulturinstitutionen in der Westukraine aufgelöst. Die ukrainischen Kirchengemeinschaften, die unierte sowie die orthodoxe ukrainische Kirche, wurden wegen ihrer Popularität zwar noch nicht sofort verboten, aber ihr Landbesitz wurde enteignet, religiöse Publikationen wurden untersagt und kirchliche Schulen geschlossen.[81] Wie die anderen religiösen Gemeinschaften wurden die jüdischen Gemeinden durch die Repression der Religionsausübung, durch die Deportation von Rabbinern und durch überhöhte Steuerverpflichtungen massiv unter Druck gesetzt.[82]

Dafür, dass die sowjetische Herrschaft der Bevölkerung als eine Zeit schlimmer Verfolgung vor Augen blieb, sorgten auch die Verhaftungswellen sowie die Massenermordungen von rund 10.000 Gefängnisinsassen kurz vor dem Abzug der Roten Armee nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion, die in mehreren Städten, darunter Lemberg, Sambir, Luc'k und Stanislav, stattfanden.[83] Als eine Folge wurden in einigen Orten, darunter Boryslav, Drohobyč und Lemberg, Pogrome der örtlichen ukrainischen Bevölkerung gegen Juden ausgelöst unter dem Vorwand, damit gegen den „jüdischen Bolschewismus" vorzugehen.[84]

80 BUGAJ 20–50-e gody: Pereselenija i deportacii evrejskogo naselenija, S. 179.

81 DMYTRO ZLEPKO Aufbruch unter Blau-Gelb. Der Wandel vom sowjetischen zum ukrainischen Lemberg, in: Lemberg-Lwów-Lviv, S. 167–206, hier S. 170–171.

82 Vgl. BEN-CION PINCHUK Shtetl Jews under Soviet Rule. Eastern Poland on the Eve of the Holocaust. Cambridge, Massachusetts 1991.

83 Zu den Massenexekutionen während der Evakuierung der Gefängnisse vgl. Zbrodnicza ewakuacja więzień i aresztów NKWD na kresach wschodnich II Rzeczypospolitej w czerwcu-lipcu 1941 roku (wie oben Anm. 76); MYKOLA KUDELJA Pid muramy Luc'koï tjurmy. Spohady kolyšn'oho v'jaznja. Luc'k 2001. Vgl. auch die Listen der im Gebiet Ternopil' am 21. Juli 1941 durch das NKVD erschossenen Häftlinge in: Z archiviv VUČK-HPU-NKVD-KHB (1994) Nr. 1 [nicht paginiert] sowie die entsprechenden Listen aus einem Lemberger Gefängnis ebenda (1998) Nr. 1/2, S. 390–430. Die sowjetische Praxis, Gefängnisinsassen vor der Räumung einer Stadt hinzurichten, wurde nicht nur in der Westukraine exerziert. MEDVEDEV Let History Judge, S. 778, berichtet von den Exekutionen in Vorošylovhrad im Frühjahr 1942 vor dem sowjetischen Abzug, die auf Befehl eines Mitglieds des Militärkollegiums des obersten sowjetischen Gerichts vollzogen wurden. Auch in Minsk, Smolensk, Charkiv, Kiev, Dniprope-trovs'k, Zaporižžja, in den baltischen Staaten sowie in der Kabardino-Balkarischen ASSR fanden Häftlingserschießungen statt, vgl. CONQUEST Der Große Terror, S. 517–518. Bei KUROMIYA Freedom and Terror in the Donbas, S. 267, ein Verweis auf die Erschießung von Gefängnisinsassen in Stalino im Oktober 1941.

84 Bei diesen Pogromen hatten die heranrückenden deutschen Verbände ihre Hand im Spiel; die Leichenfunde in den Gefängnissen waren der Auslöser für die gleichzeitig in mehreren Orten entstehenden Massaker an Juden; vgl. POHL Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien, S. 54–67, sowie: SANDKÜHLER „Endlösung" in Galizien, S. 303–304; THOMAS HELD Vom Pogrom zum Massenmord. Die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung Lembergs im Zweiten Weltkrieg, in: Lemberg, Lwów, Lviv, S. 113–166, hier S. 121–125.

Das geheime Zusatzprotokoll des Hitler-Stalin-Paktes hatte das deutsche „Desinteresse" an Bessarabien und das sowjetische „Interesse" hinsichtlich der Region vermerkt. Dieses einlösend, arrondierte die sowjetische Regierung nach der Besetzung Galiziens die ukrainischen Grenzregionen im Süden, nachdem sie von Rumänien die Abtretung Bessarabiens – das von 1812 bis 1917 zum Russischen Reich gehört hatte – und der Nordbukowina gefordert hatte. Noch vor Ablauf eines Ultimatums mit einer kurzen Räumungsfrist wurden beide Gebiete am 28. Juni 1940 von der Roten Armee besetzt.[85] Am 2. August entschied der Oberste Sowjet der Sowjetunion per Dekret, die Territorien zu annektieren. Eine Volksabstimmung wie in Galizien und der Karpaten-Ukraine wurde hier nicht durchgeführt. Ein Teil des annektierten Gebietes fiel an die ukrainische Sowjetrepublik: der Südteil Bessarabiens mit Cetatea Albă (Bilhorod Dnistrovs'kyj) sowie Izmaïl; der nördliche Teil Bessarabiens sowie die Nordbukowina bildeten das Gebiet Černivci. Die zentralen Gebiete Bessarabiens wurden der Moldauischen Sozialistischen Sowjetrepublik zugeordnet, die aus der 1924 ins Leben gerufenen „Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik Moldau – vorher bei der Ukrainischen SSR – formiert wurde. Während der ein Jahr dauernden sowjetischen Besetzung kam es in den vorher rumänischen Gebieten zur Sowjetisierung ähnlich wie in Galizien durch die Enteignung von Privateigentum, die Teilkollektivierung der Landwirtschaft sowie die Ukrainisierung der Schulen. Gleichzeitig wurden jedoch alle traditionellen ukrainischen Organisationen aufgelöst und prominente Ukrainer entweder umgebracht oder in die Verbannung geschickt. Aus der Nordbukowina und dem Gebiet Chotyn fielen rund 11.000 Personen der staatlichen Verfolgung zum Opfer, über 1.400 davon wurden erschossen oder kamen in Lagern oder der Verbannung um.[86]

Im Juli 1941 zog die Rote Armee aus Bessarabien und der Nordbukowina wieder ab, beide Gebiete wurde während des Zweiten Weltkrieges Rumänien zugeschlagen. Die erneute rumänische Besatzung nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion wurde von einer Rumänisierung bestimmt, politische Gegner wurden physisch vernichtet.

85 EKKEHARD VÖLKL Rumänien. Vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Regensburg, München 1995, S. 124.

86 IRYNA MUSIJENKO Polityčni represiï na Pivničnij Bukovyni ta Chotynščini u 1940–1941 rr., in: Z archiviv VUČK-HPU-NKVD-KHB (2000) Nr. 2/4, S. 472–484.

2. Der „Große Vaterländische Krieg"

Operation „Barbarossa", der deutsche Angriff auf die Sowjetunion, begann am 22. Juni 1941.[1] Er traf das Land, trotz der Warnungen seines Aufklärungsdienstes, unvorbereitet. Erst mit Verspätung lief die allgemeine Mobilmachung an. Dabei unterschätzte Stalin die Kampfkraft der sowjetischen Verbände. Er ging davon aus, dass allein eine große Zahl an Soldaten bereits ausreiche, um den Angriff wirkungsvoll zurückzuschlagen.[2] Die Rote Armee war zwar bei steigendem Wehretat zwischen 1935 und 1938 auf 1,5 Millionen Soldaten angewachsen, 1941 betrug ihre Anzahl schon sechs Millionen, jedoch besaß sie nach den Säuberungen des Jahres 1937 nur eine junge, unerfahrene Offiziersebene. Neben einer großen Zahl von Kriegsfreiwilligen rekrutierten sich die sowjetischen Streitkräfte aus Strafgefangenen; rund 420.000 Lagerinsassen wurden auf Anordnung des Obersten Sowjets vom 12. Juli und 24. November 1941 für den Kriegsdienst vorzeitig entlassen.[3]

Während des Krieges zog Stalin als Partei- und ab dem 4. Mai 1941 als Regierungschef neben der politischen die militärische Führung an sich und übernahm als Oberster Befehlshaber der Streitkräfte in der am 23. Juni 1941 gebildeten *Stavka Verchovnogo Glavnokomandovanja*, kurz *Stavka*, dem militärischen Oberkommando, die Leitung.[4] Von der *Stavka* existieren zwar viele schriftliche Anordnungen, Berichte und anderes Material, ihnen sind aber keine Hinweise darüber zu entneh-

1 Zum Angriff auf die Sowjetunion unter anderem: Istorija Velikoj Otečestvennoj vojny Sovetskogo Sojuza. T. 2. Ijunja 1941g.-nojabrja 1942g. Moskva 1963; Der Angriff auf die Sowjetunion. Von Horst Boog [u.a.]. Frankfurt am Main 1991; GERD R. UEBERSCHÄR, WOLFRAM WETTE (Hrsg.), Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion. „Unternehmen Barbarossa" 1941. Überarbeitete Neuaufl. Frankfurt am Main 1991; Zwei Wege nach Moskau. Vom Hitler-Stalin-Pakt bis zum „Unternehmen Barbarossa". Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Bernd Wegner. München, Zürich 1991. Zusammenfassend zu den Kriegsereignissen in der Sowjetunion vgl. OVERY Russlands Krieg.

2 SUDOPLATOW, SUDOPLATOW Der Handlanger der Macht, S. 157. Vgl. weiter zur Reaktion der Sowjetunion auf den deutschen Angriff: KLAUS SEGBERS Die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg. Die Mobilisierung von Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft im Großen Vaterländischen Krieg 1941–1943. München 1987.

3 Während des Krieges wurden rund 975.000 Häftlinge in der Roten Armee eingesetzt, vor allem Verurteilte, die wegen „geringfügiger Vergehen" in Haft waren. Gleichzeitig kamen 1941/42 rund 43.000 polnische und 10.000 tschechoslowakische Häftlinge in nationale Einheiten der Roten Armee. Vgl. den Bericht über den GULag in den Kriegsjahren 1941–1944 in: GULAG. (Glavnoe upravlenie lagerej). 1917–1960. Sost. A. I. Kokurin, N. V. Petrov. Moskva 2000, S. 272–296, hier S. 275.

4 Mitglieder der *Stavka* waren neben Stalin sowie weiteren militärischen und politischen Funktionsträgern S. K. Timošenko, K. E. Vorošilov, V. M. Molotov, G. K. Žukov, S. M. Budënnyj und N. G. Kuznecov (vgl. BARBER, HARRISON The Soviet Home Front, S. 50–51). Als Beispiel für das hohe Ansehen, das die *Stavka* einschließlich Stalin als militärischer Befehlshaber in russischen Militärkreisen noch immer besitzt, vgl. JU. A. GOR'KOV I. V. Stalin i Stavka VGK, in: Voenno-istoričeskij žurnal (1995) Nr. 3, S. 20–25.

men, wie in diesem Gremium Strategien diskutiert wurden.[5] Entscheidungen wurden informell getroffen, die *Stavka* tagte überall dort, wo Stalin sie gerade einberief. Obwohl er seit dem Bürgerkrieg nur über geringes militärisches Wissen verfügte und verlässliche Militärführer wie B. M. Šapošnikov, G. K. Žukov und A. M. Vasilevskij neben sich hatte, richtete er sich nicht grundsätzlich nach deren Meinungen, so dass strategische und taktische Fehler auch auf sein Konto gingen.

Während des Krieges wurden die Staatsgeschäfte de facto vom Staatskomitee für Verteidigung (*Gosudarstvennyj komitet oborony*; GOKO) übernommen, das am 30. Juni 1941 angesichts der außerordentlichen Situation des Landes auf Beschluss des Präsidiums des Obersten Sowjet, des ZK der VKP(b) und des Rates der Volkskommissare einberufen worden war.[6] Es stand ebenfalls unter der Leitung von Stalin und dessen Stellvertreter Molotov. Weitere Mitglieder waren Vorošilov, Malenkov, Berija, und später Voznesenskij, Kaganovič, Mikojan sowie Bulganin. Während der vier Kriegsjahre stand insbesondere die Kriegswirtschaft im Mittelpunkt der Tätigkeit des GOKO; sie wurde in rund zwei Drittel der insgesamt während seines 50-monatigen Bestehens gefassten 9.971 Beschlüsse behandelt. Die Mitglieder des GOKO waren nicht identisch mit jenen des Politbüros, von dessen neun Mitgliedern Ždanov, Andreev, Chruščev und Kalinin nicht im GOKO saßen. Berija, Voznesenskij und Malenkov, im GOKO nach Stalin die leitenden Personen, waren nur Kandidaten für das Politbüro. Bevollmächtigte des GOKO in den Regierungen der Republiken und anderen Republiksinstitutionen dienten als verlängerter Arm für die Ausführung. Die Beschlusssitzungen des GOKO hatten keinen offiziellen Charakter, ihre Mitglieder wie auch jene der *Stavka* trafen sich vielmehr nach Bedarf, auch auf der Datscha Stalins. Protokolle oder andere schriftliche Anweisungen wurden nicht angefertigt, feste Tagesordnungen gab es ebenfalls nicht.[7] Die politischen Organe lenkte Stalin nach eigenen Vorstellungen. Anordnungen, die im Namen des GOKO und der *Stavka* erlassen wurden, waren seine Entscheidungen.

2.1. Das Reichskommissariat Ukraine, Transnistrien und das Generalgouvernement

Die Ukraine war wegen ihrer reichen Bodenschätze und ihrer landwirtschaftlichen Ressourcen ein wichtiges Kriegsziel Hitlers im Osten. Innerhalb von vier Monaten besetzte die Wehrmacht fast die gesamte Ukraine mit Ausnahme einiger östlicher

5 WOLKOGONOW Stalin, S. 612.

6 N. JA. KOMAROV Gosudarstvennyj Komitet Oborony postanovljaet... Dokumenty. Vospominanija. Kommentarii. Moskva 1990; A. A. PEČENKIN Gosudarstvennyj komitet oborony v 1941 godu, in: Otečestvennaja istorija (1994) Nr. 4–5, S. 126–142; P. N. KNYŠEVSKIJ Gosudarstvennyj komitet oborony: metody mobilizacii trudovych resursov, in: Voprosy istorii (1994) Nr. 2, S. 53–65; JURIJ GOR'KOV Gosudarstvennyj Komitet Oborony postanovljaet. (1941–1945). Cifry. Dokumenty. Moskva 2002.

7 PEČENKIN Gosudarstvennyj komitet oborony (vgl. oben Anm. 6), S. 126, 130–131.

Gebiete.[8] Die Sowjetunion musste alle ab 1939 annektierten Territorien wieder räumen. In der Ukraine hielten sich nur Odessa und der Brückenkopf Kiev noch eine Zeit. Es gelang der sowjetischen Regierung, etwa 3,8 Millionen Menschen aus der Ostukraine in den Osten der Sowjetunion zu evakuieren. Vorrang vor der Evakuierung der Bevölkerung hatte aber der Abbau von Industrieanlagen. Aus der Ukraine wurden fast 550 Großbetriebe und Fabriken, über 30 Industrieunternehmen und 23 wichtige Bau-Organisationen abtransportiert und überwiegend im Ural wieder errichtet, wo im weiteren die Ausrüstung für die Rote Armee hergestellt wurde. Der Ural wurde so zum Hauptarsenal für die Front.[9] Im Westen, wo keine Chance zur Evakuierung bestand, wandte die Rote Armee eine Taktik der verbrannten Erde an, um dem Feind keine Produktionsmittel zu überlassen und die Transportwege unbenutzbar zu machen. So wurden Eisenbahnschienen, Industrieanlagen und anderes Gerät zerstört; die Niedermetzelung von Gefängnisinsassen in der Westukraine vor dem sowjetischen Abzug verhinderte deren potentielle Befreiung. Im Osten des Landes, im Donbas, wurden Minen geflutet.

Der deutsche Vormarsch wurde anfangs von Teilen der ukrainischen Bevölkerung begrüßt. Viele hegten die Hoffnung, die neuen Herrscher würden die sowjetischen Missstände beseitigen und an Bauern Ackerboden verteilen. Diese Erwartungen wurden aber bald enttäuscht, die Ukrainer erhielten keinerlei politisches Mitspracherecht in ihrem Land und schon gar keinen Nationalstaat. Der Eroberung folgte die Aufteilung der Ukraine in mehrere unterschiedlich verwaltete Territorien. Am 1. August 1941 wurden die westukrainischen Gebiete Lemberg, Drohobyč, Stanislav und Ternopil' als Distrikt Galizien dem Generalgouvernement östlich des San zugeschlagen. Am 20. August ließ Hitler das Reichskommissariat Ukraine (RKU) proklamieren. Es umfasste 1942 die Generalbezirke Wolhynien, Žytomyr, Kiev, Nikolaev/Mykolaïv, Taurien (mit Melitopol') und Dnipropetrovs'k. Die Gebiete Černihiv, Sumy und Charkiv, Donec'k und die Krim blieben unter Militärverwaltung.

8 Zu Krieg und Besatzung in der Sowjetunion vgl. unter anderem ROLF-DIETER MÜLLER, GERD R. UEBERSCHÄR Hitlers Krieg im Osten 1941–1945. Ein Forschungsbericht. Darmstadt 2000; sowie DALLIN German Rule in Russia 1941–1945; Nemecko-fašistskij okkupacionnyj režim (1941–1944 gg.). Moskva 1965; WERTH Rußland im Krieg 1941–1945; OMER BARTOV The Eastern Front, 1941–45. German troops and the barbarisation of warfare. New York 1986; THEO J. SCHULTE The German Army and Nazi Policies in Occupied Russia. Oxford, New York, Munich 1989; Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938–1945). Berlin 1991–1992; PETER JAHN, REINHARD RÜRUP (Hrsg.), Erobern und Vernichten. Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941–1945. Berlin 1991. Zu Krieg und Besatzung in der Ukraine bzw. im Reichskommissariat Ukraine vgl. unten Anm. 30.

9 H. R. MUCHAMETDINOV Vyrobnyča dijal'nist' na Urali kolektyviv evakujovanych z URSR pidprijemstv, in: UIŽ (1990) Nr. 5, S. 39–45, hier S. 40. Die Evakuierung der sowjetischen Militärindustrie nach Sibirien und Zentralasien stellte einen Präzedenzfall und eine der größten Anstrengungen der sowjetischen Kriegsplanung dar, die der Sowjetunion die Produktion kriegswichtigen und -entscheidenden Geräts sicherte; vgl. FREDERICK KAGAN The Evacuation of Soviet Industry in the wake of 'Barbarossa': A key to the Soviet Victory, in: The Journal of Slavic Military Studies. Vol. 8 (June 1995) No. 2, S. 387–414.

Im Juli 1941 wurden die besetzten Gebiete Černivci und Izmaïl an Rumänien übergeben; aus dem Territorium zwischen Bug und Dnestr entstand am 30. August 1941 das rumänisch verwaltete Transnistrien.

Der Versuch einer ukrainischen nationalen Erhebung wurde innerhalb kurzer Zeit vereitelt. Am 30. Juni 1941 nämlich riefen Bandera-Aktivisten in Lemberg die „Wiederherstellung des ukrainischen Staates" aus und erklärten Jaroslav Stec'ko zum „Premierminister".[10] Diese Eigenmächtigkeit widersprach den deutschen Vorstellungen über die politische Gestaltung der Ukraine. Bandera-Anhänger in der Ukraine und in Deutschland wurden verhaftet und den Krieg über in Konzentrationslager gesteckt; Stec'ko und Bandera wurden nach Berlin verbracht und blieben bis zum September 1944 im KZ Sachsenhausen.[11] Insgesamt kamen unter der deutschen Besatzung 4.756 OUN-Mitglieder um; die meisten von ihnen im RKU.[12] Auf diese Weise wurde der Einfluss der Bandera-OUN (OUN-B) in Galizien geschwächt; allerdings gelang es auch dem Mel'nyk-Flügel (OUN-M) nicht, politisches Gewicht unter der deutschen Besatzung zu bekommen. Diese zog vielmehr gefügigere Kräfte zur Mitarbeit heran wie den Ukrainischen Nationalrat unter der Leitung des Metropoliten von Lemberg, Šeptyc'kyj, und des früheren Abgeordneten im österreichischen Parlament Kost' Levyc'kyj,[13] der aber nur für die ukrainische Bevölkerung im Distrikt Galizien zuständig war. Nach der Auflösung des Rats blieb als ukrainische Vertretung lediglich das Ukrainische Zentralkomitee unter Volodymyr Kubijovyč in Krakau. Auch in anderen okkupierten Städten wie Charkiv fanden sich kurzlebige ukrainische Komitees zusammen, die gegen die Absicht der Besatzer eine unabhän-

10 Vgl. den Wortlaut des „Aktes" bei SERHIJČUK [izd.], OUN-UPA v roky vijny, S. 239–240. Dabei ging es aber nicht um die „Unabhängigkeit" des proklamierten ukrainischen Staates, von der im „Akt" nicht die Rede war, sondern wohl um eine Art Marionettenstaat wie der kroatische Ustaša-Staat oder die Slowakei während des Krieges (vgl. BERKHOFF, CARYNNYK The Organization of Ukrainian Nationalists, S. 151). Die personelle Zusammensetzung der „Regierung" bei STEFAN L. RYCHTYCKYI OUN in 1940–41 and the Act of June 30, 1941, in: The Ukrainian Review (1980) Nr. 1, S. 45–53, hier S. 51. Vgl. weiter: Ukraïns'ke Deržavotvorennja. Akt 30 červnja 1941. Zbirnyk dokumentiv i materialiv. Red. J. Daškevyč, V. Kuk. L'viv, Kyïv 2001. Vgl. auch den Sammelband zu Ehren des 50. Jahrestages des „Aktes": Nacional'no-vyzvol'na borot'ba 20–50-ch rokiv XX st. v Ukraïni. Zbirnyk materialiv Peršoï mižnarodnoï naukovoï konferenciï. L'viv, 25–26 červnja 1991r. Kyïv, L'viv 1993.Ob der „Akt" auf große Unterstützung der Bevölkerung traf, ist kaum nachweisbar. Bandera-Anhänger spielen noch heute in der Ukraine eine wenn auch marginale Rolle. Unter der Leitung von Slava Stec'ko, der 2003 verstorbenen Witwe von Jaroslav Stec'ko, die aus dem Exil zurückkehrte, formierten sie sich unter dem Namen „Konhres Ukraïns'kych Nacionalistiv" als politische Partei, die für einen starken ukrainischen Nationalstaat eintritt.

11 WOLODYMYR KOSYK Germany and the Act of June 30, 1941, in: The Ukrainian Review (1991) S. 14–26, hier S. 25; LYSENKO, VRONS'KA Druha svitova vijna jak novyj vymir teroru, S. 651–652.

12 Ebenda, S. 654. Bei dieser Zahl ist jedoch nicht klar, ob die UPA-Mitglieder von deutschen oder sowjetischen Verbänden getötet wurden.

13 MAGOCSI A History of Ukraine, S. 627.

gige Ukraine zu errichten versuchten, aber entsprechend schnell wieder aufgelöst wurden.[14]

Die NS-Ideologie betrachtete in ihrer Rassentheorie alle Völker der Sowjetunion als „Untermenschen" und als „rassefremd" gegenüber der „germanischen Völkerfamilie". Indirekt legte sie eine Rang- und Stufenfolge der Wertigkeit einzelner Völker zugrunde, in der die Juden auf die unterste Ebene und über sie die Slaven – die Russen, und über diesen die Polen und Ukrainer – gestellt wurden. Die jüdische Bevölkerung wurde systematisch ermordet, während den etwas besser gestellten Slaven in abgestufter Weise die Perspektive des Überlebens und in engem Rahmen sogar zur aktiven Mitarbeit an der Besatzung eingeräumt wurde. In der Behandlung von Russen und Ukrainern fand sich zwar eine Reihe von Gemeinsamkeiten, aber es gab auch Unterschiede.[15] Angehörige beider Völker wurden in gleicher Weise zu Ämtern wie den Vorsitz in einem Kolchos, für den Einsatz in der bewaffneten Hilfspolizei und für ähnliche Tätigkeiten herangezogen. Auch in die Zwangsarbeit, die trotz aller Schikanen und Repressionen in der Mehrheit der Fälle eine Chance zum Überleben bot, wurden Russen wie Ukrainer deportiert, die Juden hingegen wurden davon nicht erfasst.

Dass die Ukrainer jedoch insgesamt besser behandelt wurden als die Russen, zeigte sich an mehreren Umständen. So ließen die Deutschen von den Kriegsgefangenen zwar ukrainische Rotarmisten frei, aber kaum russische. In der Zeit zwischen 22. Juni 1941 und 31. Januar 1942 wurden nach deutschen Angaben 280.108 in Gefangenschaft geratene sowjetische Soldaten freigelassen. Von diesen waren 270.095 Ukrainer, Russen befanden sich nicht unter ihnen.[16] Oftmals auch wurden versprengte ukrainische Rotarmisten nicht von den Deutschen gefangengenommen. Für Geiselerschießungen wurden zuerst Juden, dann Russen, und danach Ukrainer als Opfer ausgewählt.[17] Ukrainische Einheiten wurden außerdem seit dem Beginn des Ostfeldzuges zur Unterstützung der Wehrmacht herangezogen, die Russen in der Vlasov-Armee hingegen wurden erst 1945 noch kurz eingesetzt. Bereits am Einmarsch in die Sowjetunion waren die zwei Einheiten „Roland" und „Nachtigall" – etwa 600 Mann, gebildet aus der Bandera-Fraktion der OUN unter Leitung der deutschen Abwehr – beteiligt. Mit der Verhaftung der führenden Bandera-Anhänger wurden die Einheiten aufgelöst, dann aber als Schutzmannschafts-Bataillone zusammen mit deutschen Truppen gegen sowjetische Partisanen in Weißrussland ein-

14 KOVAL' Ukraïna v druhij svitovij i velykij vitčyznjanij vijnach, S. 130–131.

15 Zum Verständnis der Ukrainer innerhalb der NS-Elite vgl. RUDOLF A. MARK The Ukrainians as Seen by Hitler, Rosenberg and Koch, in: HUNCZAK, SHTOHRYN (eds.), Ukraine, S. 23–36.

16 KUDRYASHOV The Hidden Dimension, S. 242.

17 DIETER POHL Russians, Ukrainians, and German Occupation Policy, 1941–43, in: Culture, Nation, and Identity. The Ukrainian-Russian Encounter (1600–1945). Ed. by Andreas Kappeler, Zenon E. Kohut, Frank E. Sysyn, Mark von Hagen. Edmonton, Toronto 2003, S. 277–297, hier S. 281 und S. 283; TRUMAN ANDERSON Incident at Baranivka: German Reprisals and the Soviet Partisan Movement in Ukraine, October–December 1941, in: The Journal of Modern History 71 (September 1999) S. 585–623, hier S. 602.

gesetzt. 1943 wurde durch die Unterstützung des Ukrainischen Zentralkomitees die SS-Division Galizien mit 17.000 Soldaten aufgestellt. Weiter bestand gegenüber Ukrainern kein Fraternisierungsverbot wie gegenüber Polen, und auch Radiogeräte durften sie während der Okkupation behalten.[18] Im wissenschaftlichen Bereich fanden sich auf NS-deutscher Seite ebenfalls Vermittlungsversuche zu den Ukrainern, so durch das „Ukrainische Wissenschaftliche Institut" in Berlin;[19] außerdem studierten während des Krieges offiziell mehrere tausend ukrainische Studenten an Hochschulen im Reich (1944 waren es insgesamt 550).[20] 1943 erschien in dritter Auflage ein Lehrbuch der ukrainischen Sprache sowie ein ukrainisch-deutsches Wörterbuch, das bis heute (ohne eine dringend nötige Überarbeitung) mehrfach nachgedruckt wurde.[21] Dennoch wurden Ukrainer ebenfalls aus politischen Gründen in Konzentrationslager geschickt, oft jedoch nach ihrem Herkunftsland als „Polen" oder „Russen".[22]

Ein komplexes Thema, das noch tiefergehende und ukrainischerseits selbstkritische Untersuchungen erfordert, stellt das Ausmaß der Kollaboration der Bevölkerung in der Ukraine mit der deutschen Besatzung dar.[23] Zusammenarbeit von Ukrainern mit deutschen Behörden gab es zu allen Phasen der Okkupation in verschiede-

18 ANDERSON Incident at Baranivka (vgl. oben Anm. 17), S. 605.

19 Vgl. CARSTEN KUMKE Das Ukrainische Wissenschaftliche Institut in Berlin, in: JBfGOE 43 (1995) S. 218–253.

20 SUBTELNY Ukrainian Political Refugees, S. 12, S. 19 (Anm. 31). So wurde Larysa Krušel'nic'ka aus Lemberg 1944 als „Gaststudentin" an die Kunstakademie in Stuttgart geschickt; vgl. ihre Erfahrungen in Deutschland in: LARYSA KRUŠEL'NIC'KA Rubaly lis... (Spohady halyčanky). L'viv 2001, S. 168ff.

21 HELMUT SCHALLER Der Nationalsozialismus und die slawische Welt. Regensburg 2002, S. 244–245, S. 250–256, über deutsche und NS-deutsche Vorstellungen und Aktivitäten in bezug auf die besetzte Ukraine und die Ukrainer. Vgl. hier auch S. 103–110 die nationalsozialistischen Rassevorstellungen über die Völker im Osten.

22 VOLODYMYR LENYK Ukrainians in the Concentration Camps of Fascist Germany, in: The Ukrainian Quarterly 53 (1997) No. 3, S. 244–250, hier S. 245.

23 Dies trifft auf nahezu alle NS-besetzten Staaten Ost- und Südosteuropas zu. Grundlegend untersuchte DEAN Collaboration in the Holocaust, die Kollaboration in der besetzten Ukraine; klärend für die militärische Kollaboration: POHL Ukrainische Hilfskräfte beim Mord an den Juden; FRANK GOLCZEWSKI Organe der deutschen Besatzungsmacht: Die ukrainischen Schutzmannschaften, in: Die Bürokratie der Okkupation. Strukturen der Herrschaft und Verwaltung im besetzten Europa. Hrsg. von Wolfgang Benz, Johannes Houwink ten Cate, Gerhard Otto. Berlin 1998, S. 173–196; GOLCZEWSKI Die Kollaboration in der Ukraine. Aus polnischer Perspektive: RYSZARD TORZECKI Die Rolle der Zusammenarbeit mit der deutschen Besatzungsmacht in der Ukraine für deren Okkupationspolitik 1941 bis 1944, in: Okkupation und Kollaboration. 1938–1945. Hrsg. von Werner Röhr. Berlin 1994, S. 239–272. Als Lokalstudie: PENTER Die lokale Gesellschaft im Donbass. Vom militärhistorischen Standpunkt unter Bewahrung sowjetischer Mythifizierungen: M. I. SEMIRJAGA Kollaboracionizm. Priroda, tipologija i projavlenija v gody vtoroj mirovoj vojny. Moskva 2000. Zur Kollaboration im alltäglichen Leben: KUDRYASHOV The Hidden Dimension, besonders S. 250; ZARUBINSKY Collaboration of the Population in Occupied Ukrainian Territory, besonders S. 147–151.

nen Ausprägungen und aus unterschiedlichen Motivlagen, zu denen politische Nähe gehören, aber auch fehlen kann. Grundsätzlich ist es fragwürdig, Kollaboration als ukrainische Kollektivschuld aufzufassen, dennoch darf sie weder verschwiegen noch unterbewertet werden, denn ohne sie wäre die Kontrolle über die ukrainischen Gebiete während der Besatzung nicht möglich gewesen. Die Begrüßung der Wehrmacht bei ihrem Einmarsch in die Ukraine durch ukrainische Dorfbewohner wird oft als kollektive Kollaborationsbereitschaft ausgelegt. Dennoch ist dies eher als Zeichen ihrer Unsicherheit zu interpretieren; ähnlich wie 1939, als die Rote Armee bei ihrem Vormarsch in der Westukraine von festlich gekleideten Einwohnern, roten Fahnen und geschmückten Gebäuden empfangen wurde.[24] Nachdem sich das unpopuläre Sowjetsystem überstürzt zurückgezogen hatte, bestand für die ratlose ukrainische Bevölkerung kaum die Möglichkeit, sich auf die neue politische Situation vorzubereiten. Dabei hatte man noch die deutsche Okkupation von 1918 vor Augen, die als nicht sehr bedrückend im Gedächtnis zurückgeblieben war.[25] Außerdem blieb der ukrainischen Bevölkerung oft keine andere Möglichkeit, als ihren guten Willen zu demonstrieren, wenn die wehrfähigen Männer in die sowjetischen Truppen eingezogen waren und sie somit schutzlos einer deutschen Belagerung ausgeliefert war. Als weiterer Schritt, der zumindest auf den Willen zur Kooperation in bestimmten Grenzen schließen lässt, ist die Anstellung von Ukrainern in untergeordneten Tätigkeiten als Übersetzer, Chauffeure, Sekretärinnen und in Verwaltungsämtern (bis zur Rajons-Ebene, nicht darüber) zu sehen. Politische Kollaboration bestand zweifellos, wenn Ukrainer als Dorfälteste, bei den Schutzmannschaften und als Hilfspolizisten bei Erschießungskommandos, bei der Liquidierung der jüdischen Ghettos, bei der zwangsweisen Aushebung einheimischer Arbeitskräfte oder in kämpfenden Einheiten eingesetzt waren. Viele der jungen ukrainischen Männer, die als Hilfspolizisten aktiv waren, hatten vorher ab 1939 in der sowjetischen Miliz gedient.[26] Im Sommer 1942 standen 35.000 Ukrainer im Dienst deutscher Schutzmannschafts-Bataillone, etwa 14.000 Mann als ukrainische Schutzpolizei in Städten und etwa 55.000 Ukrainer als Hilfskräfte der Gendarmerie, so dass zu diesem Zeitpunkt von etwa 100.000 ukrainischen Hilfspolizisten auszugehen ist.[27]

Die Gründe für ihren Einsatz auf der Seite der Deutschen waren Opportunismus, die Ablehnung des sowjetkommunistischen Systems und die daraus folgenden Hoff-

24 Vgl. die Schilderungen bei GROSS Revolution from Abroad, S. 29–30.

25 KRAWCHENKO Social change, S. 155.

26 SNYDER The Reconstruction of Nations, S. 159.

27 Dazu kommen aber noch Hilfsformationen der deutschen Sicherheitspolizei; vgl. die Schätzungen bei POHL Ukrainische Hilfskräfte beim Mord an den Juden, S. 211. KOVAL' Ukraïna v druhij svitovij i velykij vitčyznjanij vijnach, S. 127, geht von 250.000 Hilfspolizisten in der besetzten Ukraine (=1% der Gesamtbevölkerung) aus. Die Angabe bei DEAN Collaboration in the Holocaust, S. 162, rund 25.000 Männer hätten sich in den ersten Monaten der deutschen Okkupation freiwillig für den lokalen Polizeidienst gemeldet, bezieht sich auf alle Gebiete im Osten unter deutscher Zivilverwaltung, also neben der Ukraine auch auf das Baltikum und Weißrussland.

nungen auf Besserung unter der deutschen Herrschaft, aber auch der Zwang, ohne deutschen Arbeitgeber materiell nicht überleben zu können. So erhielten beispielsweise ukrainische Hilfspolizisten höhere Lebensmittelrationen und waren von den Deportationen ukrainischer Arbeitskräfte ausgenommen.[28] Damit ist zu hinterfragen, ob eine Tätigkeit im Dienst der Deutschen zum eigenen Nutzen oder zur persönlichen Bereicherung, zum Schaden von anderen oder um das eigene Überleben und das der Familie zu sichern ausgeübt wurde. „Ökonomische Kollaboration" war oft ein Gebot der Stunde. Kollaboration im zivilen Bereich fand sich allerorten. Praktisch überall arbeiteten Einheimische mit den Deutschen freiwillig oder unter Druck zusammen. Bei der Judenverfolgung und -ermordung ist zu unterscheiden zwischen Ukrainern, die in den Einheiten der Hilfspolizei aktiv mithalfen, der großen Masse der Ukrainer, die sich indifferent verhielt, und jenen, die Juden unterstützten. Es wird geschätzt, dass es neben den aktiven Mittätern etwa Hunderte, wenn nicht Tausende ukrainischer Retter verfolgter Juden gab, von denen jeder „das Klischee des notorisch antisemitischen Ukrainers Lügen" straft.[29]

In eine Gesamtbeurteilung ukrainischer Verhaltensmuster während der Okkupation sind nicht minder die Besatzungsbehörden im Reichskommissariat Ukraine einzubeziehen.[30] Unter der brutalen Herrschaft von Reichskommissar Erich Koch wur-

28 GOLCZEWSKI Die Kollaboration in der Ukraine, S. 174–175.

29 FRANK GOLCZEWSKI Die Revision eines Klischees. Die Rettung von verfolgten Juden im Zweiten Weltkrieg durch Ukrainer, in: WOLFGANG BENZ, JULIANE WETZEL (Hrsg.), Solidarität und Hilfe für Juden während der NS-Zeit. Regionalstudien II. Ukraine, Frankreich, Böhmen und Mähren, Österreich, Lettland, Litauen, Estland. Berlin 1996, S. 9–82, hier S. 82. Immerhin wurden 1.609 Ukrainer (Stand des Jahres 2001) vom Staat Israel mit den Ehrentitel „Gerechte der Völker" bedacht, weil sie während des Krieges ihr Leben riskierten, um Juden zu retten (ebenda). Beispiele auch für die Rettung von Juden durch Ukrainer bei AHARON WEISS The Holocaust and the Ukrainian Victims, in: A Mosaic of Victims, S. 109–115, hier S. 111. Auf S. 113 der Hinweis, dass in Ostgalizien rund 100 Ukrainer von den Deutschen erschossen wurden, weil sie versucht hatten, Juden zu verstecken.

30 Fundierte Studien zum RKU gibt es bisher nur wenige. Die im Staatsarchiv Kiev lagernden Bestände „Rejchskomisariat Ukraïny. M. Rovno [Fond Koch]" (fond 3206) sowie „Štab impers'koho kerivnyka (rejchsljajtera) Rozenberga dlja schidnych oblastej, mm. Berlin, Kyïv" (fond 3676) waren in sowjetischer Zeit nicht allgemein zugänglich. Deren Auswertung wurden vor kurzem von BERKHOFF Harvest of Despair, unternommen. Vgl. auch seine Bibliographie: KAREL BERKHOFF Ukraine Under Nazi Rule (1941–1944): Sources and Finding Aids, in: JBfGOE 45 (1997) S. 84–103, 273–309. Über die besetzte Ukraine vgl. weiter POHL Schlachtfeld zweier totalitärer Diktaturen – die Ukraine im Zweiten Weltkrieg, sowie IHOR KAMENETSKY Hitler's Occupation of Ukraine (1941–1944). A Study of Totalitarian Imperialism. Wisconsin 1956; K. PAN'KIVS'KIJ Roky nimec'koï okupaciï (1941–1944). N'ju-Jork, Toronto 1965. Druho vyd. N'ju-jork, Pariž, Sidnej, Toronto 1983; Ukraine during World War II; mit Themenschwerpunkt Zweiter Weltkrieg: UIŽ 39 (1995) H. 3; BOHDAN KRAWCHENKO Soviet Ukraine under Nazi Occupation, 1941–1944, in: HUNCZAK, SHTOHRYN (eds.), Ukraine, S. 37–61; JURIJ SLIVKA Ukraïna v druhij svitovij vijni: Nacional'no-polityčnyj ta mižnarodno-pravovyj aspekti, in: Ukraïna. Kul'turna spadščyna, nacional'na svidomist', deržavnist' (1997). Vyp. 3–4, S. 3–31; GOLCZEWSKI Die Ukraine im Zweiten Weltkrieg; BOH-

den die Ukraine und ihre Bewohner zum Objekt der Ausbeutung für die deutschen „Herrenmenschen". Über das RKU wurde ein Netz ziviler Verwaltungsämter gezogen. Im Januar 1943 waren für die fast 17 Millionen Einwohner des RKU 25.000 reichsdeutsche Beamte zuständig.[31] Das Land sollte die deutsche Kriegswirtschaft unterstützen, indem es Agrarprodukte und -erzeugnisse, Bodenschätze und menschliche Arbeitskräfte stellte. Letztere wurden anfangs in Anwerbeaktionen für die Fahrt nach Deutschland gewonnen. Als aber die ersten negativen und abschreckenden Schilderungen der Freiwilligen eintrafen, wurden Ukrainer immer öfter und schließlich nur mehr unter Zwang in das Reichsgebiet deportiert, wo sie und andere Völker als „Ostarbeiter" in Betrieben und in der Landwirtschaft eingesetzt wurden.[32]

Für die in der Ukraine verbleibende Bevölkerung bedeutete die NS-Besatzung eine Zeit der enttäuschten Hoffnungen und der despotischen Willkürherrschaft. Ukrainer sollten als nahezu rechtlose, biologisch-rassisch minderwertige Arbeiter in keiner Weise eine Förderung erfahren. Zur Schulbildung war nur der Besuch von vier Klassen vorgesehen,[33] die Geburtenrate sollte niedrig gehalten werden. Als einzige kulturelle ukrainische Institution im RKU bestanden die Kirchen weiter. Dabei konnten alle kirchlichen Gemeinschaften einschließlich der Sekten, die unter der Sowjetherrschaft verfolgt worden waren, ihre Aktivitäten wieder aufnehmen. Auch die Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche, 1930 verboten, die Ukrainische Autonome Orthodoxe Kirche sowie die unierte Kirche eröffneten Kirchen und Gemeinden. Ihre Wiederbelebung nach den Jahren der sowjetischen Verfolgungen sollte als kostenneutrales Propagandamittel den Deutschen ein Mindestmaß an Loyalität der ukrainischen Einwohner sichern.[34] Dennoch war diesen die deutsche Zwangsherrschaft sichtbar vor Augen, denn in der Ukraine bestanden neben rund 300 Zwangsarbeiterlagern über 300 Ghettos;[35] in den Kriegsgefangenenlagern verhungerten viele Insassen elendig, weil sie von den deutschen Besatzungsbehörden keine Lebensmittel erhielten. Insgesamt war die NS-Okkupation für die Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung geprägt von drohender Zwangsarbeit, von durch Ra-

DAN KRAWCHENKO Soviet Ukraine under Nazi Occupation, 1941–4, in: Ukraine during World War II, S. 15–37.

31 TIMOTHY PATRICK MULLIGAN The Politics of Illusion and Empire. German Occupation Policy in the Soviet Union, 1942–1943. New York, Westport/Connecticut, London 1988, S. 64.

32 Zur Repatriierung der Ostarbeiter vgl. im entsprechenden Kapitel unten.

33 Als Zugeständnis an die ethnischen Ukrainer wurde in den Schulen der Russisch-Unterricht verboten; vgl. LENS'KA Fašists'ka škil'na politika na okupovanij teritorij Ukraïny, S. 81. Während des Krieges wurde allein in Kiev die Anzahl der Schulen zwangsweise auf ein Drittel reduziert (KOVAL' Fašistskaja politika duchnovnogo, moral'no-političeskogo podavlenija naselenija Ukrainy, S. 165). Weiter zum Thema: BLANKA JERABEK Das Schulwesen und die Schulpolitik im Reichskommissariat Ukraine 1941–1944. Im Lichte deutscher Dokumente. München 1991.

34 Zur Religionspolitik der deutschen Okkupation im RKU vgl. die Literaturangaben im Kapitel über die Kirchenpolitik.

35 Vgl. LYSENKO, VRONS'KA Druha svitova vijna (wie oben Anm. 11), S. 612.

tionierung künstlich herbeigeführter Lebensmittelknappheit – vor allem in großen Städten und Industriezentren wie Kiev und Charkiv herrschte Hunger[36] –, aber auch von deutschen Racheaktionen und Geiselerschießungen. Als besonders tragisch wurde die Hilflosigkeit empfunden, einerseits der deutschen Okkupation, andererseits den sowjetischen Partisanen gegenüberzustehen. Die Unterstützung einer Seite bedeutete die Bedrohung durch die andere. Viele Familien wurden Opfer beider. Einer permanenten Verfolgung waren die Juden in der Ukraine und den anderen deutschen Besatzungsgebieten ausgesetzt. Die Einrichtung von Ghettos, Zwangsarbeit, Massenerschießungen und Deportationen in Konzentrations- und Vernichtungslager in Polen führten zur Auslöschung eines großen Teils der jüdischen Bevölkerung in der Ukraine wie auch in den anderen besetzten Gebieten. Für die Sowjetunion in den Nachkriegsgrenzen wurde ein Bevölkerungsverlust von etwa 2,8 Millionen Juden errechnet.[37]

Die Situation in Transnistrien unter der rumänischen Besatzung war etwas anders gelagert. Bukarest hatte sich am deutschen Angriff auf die Sowjetunion beteiligt und die Nordbukowina sowie Bessarabien, das 1940 sowjetisch besetzt worden war, zurückerobert. Transnistrien wurde durch eine deutsch-rumänische Vereinbarung von Tighina (russ. Bendery in Bessarabien) vom 30. August 1941 Rumänien überlassen, das es aber nicht annektierte.[38] Deutsche Truppen waren hier nur in geringer Anzahl stationiert. Ein ziviler „gubernator", Gheorghe Alexianu, mit Sitz zunächst in Tiraspol, dann in Odessa repräsentierte die Verwaltung des Territoriums. Vom ethnischen Standpunkt her war die rumänische Herrschaft nicht zu legitimieren, denn nur rund 10% der 2,3 Millionen Einwohner waren „Moldauer". Dennoch wurde eine Rumänisierung Transnistriens begonnen, ein Ziel, das Bukarest bereits in der Bukowina und in Bessarabien ab 1918 verfolgt hatte. Insbesondere auf kulturellem Weg sollte dies geschehen. Dabei kam der Rumänischen Orthodoxen Mission eine

36 In Charkiv verzeichnete die Stadtverwaltung allein zwischen Januar und August 1942 insgesamt 11.185 Hungertote (GERLACH Kalkulierte Morde, S. 289–290). Zur Aushungerung von Städten unter deutscher Besatzung vgl. weiter DERS. Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg. Hamburg 1998.

37 Zum NS-Mord an den Juden in der Ukraine wurden einige neuere profunde Studien vorgelegt; darunter POHL Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien; DERS. Ukrainische Hilfskräfte beim Mord an den Juden; SANDKÜHLER »Endlösung« in Galizien; MARTIN DEAN The German Gendarmerie, the Ukrainian Schutzmannschaft and the ›Second Wave‹ of Jewish Killings in Occupied Ukraine: German Policing at the Local Level in the Zhitomir Region, 1941–1944, in: German History 14 (1996) S. 168–192; SHMUEL SPECTOR The Holocaust of Volhynian Jews. Jerusalem 1990; WENDY LOWER Nazi Empire-Building and the Holocaust in Ukraine. Chapel Hill 2005. Siehe auch die Sammlung von Berichten Überlebender von BORIS ZABARKO (Sost.), Živymi ostalis' tol'ko my. Svidetel'stva i dokumenty. Kyïv 1999. Vgl. weiter im Kapitel über die Juden in der Ukraine nach dem Holocaust unten.

38 Zu Verwaltungsaufbau und innerer Entwicklung Transnistriens vgl. VÖLKL Transnistrien und Odessa; Istorija Odesy, S. 401–414; ARKADY JOUKOVKSY Ukrainian Territories under Romanian Occupation during World War II, 1941–1942, in: HUNCZAK, SHTOHRYN (eds.), Ukraine, S. 153–170.

tragende Rolle zu, da sie rumänische Priester entsenden, Kirchen öffnen und Gottesdienste in rumänischer Sprache halten ließ.[39] Insgesamt war die rumänische Besatzung für die Bevölkerung etwas erträglicher als die deutsche. Dennoch wurde auch hier ein großer Teil der jüdischen Bevölkerung umgebracht; nach Transnistrien wurden die Juden aus Bessarabien und der Nordbukowina deportiert, um dann in Arbeitslagern zu Tode geschunden zu werden. Trotzdem bestand in Transnistrien eine größere Überlebenschance: Etwa 40% der Deportierten überlebten.[40]

Entgegen der Notwendigkeit, sich mit der deutschen Okkupation in welcher Weise auch immer zu arrangieren, fand sich die ukrainische Bevölkerung nicht geschlossen mit diesem Schicksal ab. Vielmehr schloss sich ein Teil den sowjetischen Truppen an oder versuchte, in der verworrenen Kriegssituation nationalukrainische Absichten durchzusetzen. Untergrund- und Partisanengruppen mit unterschiedlichen politischen Stoßrichtungen prägten daher ebenfalls die Zeit der Besatzung.

Der national-ukrainische Widerstandskampf nahm seinen Ausgangspunkt in Wolhynien und Polesien, wo die Ukrainische Aufstandsarmee (UPA) massiv gegen die lokale polnische Bevölkerung vorging. Der Massenmord an letzterer sollte eine ethnische Säuberung dieses Gebietes herbeiführen. Jene wurde von der deutschen Besatzung genauso geduldet wie die polnische Reaktion, denn die von der Armia Krajowa (AK) geleistete Gegenwehr kostete vielen Ukrainern das Leben. Die blutige Auseinandersetzung zwischen der AK und der UPA während des Zweiten Weltkrieges gehört zu den besonders kritischen Punkten der polnisch-ukrainischen Beziehungen. Bei den UPA-Aktionen in den Jahren 1943–1945 kamen zwischen 60–100.000 Polen um, die ukrainischen Opfer beliefen sich auf 15–20.000.[41] Erst später

39 VÖLKL Transnistrien und Odessa, S. 78–87; BOECKH Rumänisierung und Repression. Zur Mission unter den ansässigen Deutschen vgl. HERMANN BINDER Aufzeichnungen aus Transnistrien (September–Dezember 1942). München 1998.

40 DALIA OFER The Holocaust in Transnistria. A Special Case of Genocide, in: The Holocaust in the Soviet Union, S. 133–154, hier S. 134. Zum Holocaust in Transnistrien vgl. weiter KRISTA ZACH Rumänien, in: Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus. Hrsg. von Wolfgang Benz. München 1991, S. 381–409; RADU IOANID The Holocaust in Romania. The Destruction of Jews and Gypsies Under the Antonescu Regime, 1940–1944. Chicago 2000; Rumänien und der Holocaust. Zu den Massenverbrechen in Transnistrien 1941–1944. Hrsg. von Mariana Hausleitner, Brigitte Mihok, Juliane Wetzel. Berlin 2001.

41 Ukrainischerseits werden die Morde an den polnischen Zivilisten als Gegenreaktion auf die Operationen der Armia Krajowa dargestellt, obwohl deren Aushebung auf die UPA-Aktionen zurückgeht. Vgl. zur Problematik die kritische Einschätzung der Diskussion von SNYDER Die Heimatarmee aus ukrainischer Perspektive, in: Die polnische Heimatarmee, S. 549–561. Zu den ukrainisch-polnischen Kämpfen vgl. RYSZARD TORZECKI Polacy i Ukraińcy. Sprawa ukraińska w czasie II wojny światowej na terenie II Rzeczypospolitej. Warszawa 1993; ANDRZEJ LEON SOWA Stosunki polsko-ukraińskie 1939–1947. Kraków 1998; WŁADYSŁAW SIEMASZKO, EWA SIEMASZKO Ludobójstwo dokonane przez nacjonalistów ukraińskich na ludności polskiej Wołynia 1939–1945. T. 1–2. Warszawa 2000; GRZEGORZ MOTYKA Tak było w Bieszczadach. Walki polsko-ukraińskie 1943–1948. Warszawa 1999. Besonders herauszuheben sind die Arbeiten von I. I. IL'JUŠYN, der als einer der wenigen ukrainischen Histori-

wandte sich die UPA gegen die deutsche Besatzung, um schließlich unter sowjetischer Herrschaft einen Bürgerkrieg in der Westukraine zu organisieren.

Ukrainer ließen sich ebenfalls in der Vlasov-Armee rekrutieren. Von den bis Januar 1945 aufgestellten Einheiten mit 300.000 Mann waren 35–40% Ukrainer. Unter Leitung des sowjetischen Generals Vlasov, der 1941 in deutsche Kriegsgefangenschaft geriet, war diese Armee 1944 vom „Komitee zur Befreiung der Völker Russlands" (*Komitet osvoboždenija narodov Rossii*) aufgestellt worden, dessen Ziel in der politischen Selbstbestimmung der Völker Russlands bestand.[42] Dazu zählte zwar nicht die Errichtung eines ukrainischen Nationalstaates – eher eines russischen Staates –, dennoch war die Gegnerschaft zum Stalinschen System auch für Ukrainer Motiv genug, hier einzutreten.

Die größte Zahl bewaffneter ukrainischer Einheiten befand sich auf sowjetischer Seite; auch damit ist der Vorwurf der Kollektivkollaboration der Ukrainer zu entkräften. In den ersten zwei Wochen des Krieges meldeten sich in den ukrainischen Gebieten 185.000 Freiwillige an die Front.[43] Rund zwei Millionen Ukrainer dienten in der Roten Armee, darunter Marschall Andrej Ivanovič Erëmenko (1892–1970, Marschall der Sowjetunion 1955, Held der Sowjetunion 1944, Held der USSR 1970), der in der Schlacht um Stalingrad an der Front stand.[44] In manchen Abteilungen waren Ukrainer überrepräsentiert: Einer sowjetischen Untersuchung zufolge betrug der Anteil der Ukrainer in den Schützen-Divisionen der Roten Armee während des Krieges bis über 30% (im Juli 1944, nach der sowjetischen Rückeroberung der Ukraine), während der Anteil der Russen zur gleichen Zeit knapp über 50% lag. Mit

ker die Verantwortung der UPA in Wolhynien nicht bagatellisiert, vgl. DERS. Protystojannja UPA i AK (Armiï Krajovoï) v roky druhoï svitovoï vijny na tli dijal'nosti pol's'koho pidpillja v zachidnij Ukraïni. Kyïv 2001; DERS. Volyns'ka trahedija 1943–1944 rr. Kyïv 2003. Andererseits zur Verdrängung der Ukrainer aus Polen: TIMOTHY SNYDER To Resolve the Ukrainian Problem Once and for All. The Ethnic Cleansing of Ukrainians in Poland, 1943–1947, in: Journal of Cold War Studies 1 (1999) Nr. 1, S. 86–120. Zur OUN/UPA vgl. weiter ausführlich im Kapitel über den nationalukrainischen Widerstand nach dem Zweiten Weltkrieg unten.

42 Die Umsetzung der Kollaborationsbereitschaft Vlasovs und die Aufstellung russischer Einheiten scheiterten lange am Widerstand Hitlers; erst mit der drohenden militärischen Niederlage erhielt der General im September 1944 das Kommando über zwei Divisionen. Als jüngste Darstellung vgl. MATTHIAS SCHRÖDER Deutschbaltische SS-Führer und Andrej Vlasov 1942–1945. „Rußland kann nur von Russen besiegt werden": Erhard Kroeger, Friedrich Burchardt und die „Russische Befreiungsarmee". Paderborn, München 2001; vgl. auch JOACHIM HOFFMANN Die Tragödie der „Russischen Befreiungsarmee" 1944/45. Wlassow gegen Stalin. München 2003.

43 Rabočij klass SSSR nakanune i v gody Velikoj Otečestvennoj vojny, 1938–1945 gg. Moskva 1984, T. 3, S. 170. JURIJ NIKOLAJEC' Dezertyrstvo iz lav Červonoï Armiï v Ukraïni na počatkovych etapach Velykoï Vitčyznjanoï vijny, in: Z archiviv VUČK-HPU-NKVD-KHB (1997) Nr. 1–2, S. 169-176, verweist hingegen auf die Desertierungen aus der Roten Armee nach dem Fall von Kiev und auf die Massendesertierungen, die bis zum Ende des Jahres 1941 anhielten.

44 WILSON The Ukrainians. Unexpected Nation, S. 143.

16,56% Ukrainer bzw. 58,41% Russen an der sowjetischen Gesamtbevölkerung im Jahr 1939 waren die Ukrainer damit deutlich überrepräsentiert.[45] Wie viele rekrutierte Ukrainer allerdings nicht nur die sowjetische Heimat, sondern auch Stalin und seine Herrschaft verteidigten, ist nicht klar. Viele hofften jedenfalls auf eine Änderung der Dinge nach dem Krieg, oder aber sie zogen das sowjetische Übel, das sie bereits kannten, der unbekannten nationalsozialistisch-deutschen Bedrohung vor.[46]

Die Zusammenarbeit von Russen und Ukrainern in der Roten Armee verlief jedoch nicht ohne Spannungen, insbesondere beim Kampf um die Sowjetukraine. Djilas, der sich während des Krieges in der Sowjetunion an der Front aufhielt und sehr lobende Worte über die Russen im Feld fand, beobachtete: „Obwohl die Offiziere [...] das Verhalten der Ukrainer [in der Truppe] bemäntelten und beschönigten, verfluchte unser russischer Fahrer ihre Mütter, weil die Ukrainer nicht besser gekämpft hatten und die Russen sie jetzt befreien mußten."[47]

Bedeutsam war, schon wegen ihrer Ortskenntnisse, die Beteiligung von Ukrainern an den Partisanengruppierungen auf dem besetzten Gebiet.[48] Dabei war es für die sowjetischen Partisanen äußerst schwierig, Fuß zu fassen, da vor dem Angriff der Wehrmacht keine Vorbereitungen für einen Untergrundkampf getroffen worden waren. Anders als die sowjetische Historiographie formulierte, handelte es sich nicht um eine spontane Erhebung der ukrainischen Bevölkerung gegen die Deutschen. Der Zufluss für die Partisanen kam vielmehr erst langsam aus der bäuerlichen Bevölkerung, die enttäuscht war über die nicht erfüllten Versprechen der Deutschen, Land zu verteilen, und die angesichts der Massendeportationen von Zwangsarbeitern, der Gängelung und Terrorisierung der Zivilbevölkerung und der wirtschaftlichen Ausbeutung bei den sowjetischen Partisanen die Möglichkeit zum Widerstand suchte.

45 SIMON Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion, S. 214.

46 TARAS HUNCZAK Between Two Leviathans: Ukraine during the Second World War, in: Ukrainian Past, Ukrainian Present. Ed. by Bohdan Krawchenko. Houndmills [usw.] 1993, S. 97–106, hier S. 104.

47 DJILAS Gespräche mit Stalin, S. 66–67.

48 Eine auch sozialpolitische Aspekte berührende Untersuchung über die Partisanen- und Widerstandsbewegungen in der Sowjetunion stammt von SLEPYAN "The people's avengers". Noch immer wichtig mit Schwerpunkt auf den militärischen Ereignissen: Soviet Partisans in World War II. Zu den weißrussischen Partisanen vgl. WITALIJ WILENCHIK Die Partisanenbewegung in Weißrußland 1941–1944, in: Forschungen zur osteuropäischen Geschichte. Band 34. Wiesbaden 1984, S. 129–297. Vgl. ebenso LEONID D. GRENKEVICH The Soviet Partisan Movement 1941–1944. A Critical Historiographical Analysis. London, Portland, OR 1999 (argumentiert teilweise noch mit der sowjetischen Sicht der Partisanen); A. S. ČAJKOVS'KYJ Nevidoma vijna. (Partyzans'kyj ruch v Ukraïny 1941–1944 rr. movoju dokumentiv, očyma istoryka). Kyïv 1994. Von sowjetischer Seite: Partijnoe podpol'e. Dejatel'nost' podpol'nych partijnych organov i organizacii na okkupirannovoj sovetskoj territorii v gody Velikoj Otečestvennoj vojny. Moskva 1983; PANTELEJMON K. PONOMARENKO Vsenarodnaja bor'ba v tylu nemecko-fašistskich zachvatčikov 1941–1944. Moskva 1986.

Genaue Angaben über die Anzahl der Partisanen kann man kaum anführen, da sich ihre Zusammensetzung je nach Region und Zeitpunkt ständig veränderte. Die sowjetukrainische Berichterstattung bringt überhöhte Zahlen vor: Insgesamt seien auf dem Gebiet der Ukrainischen SSR 60 Partisanenverbände und 1.993 selbständige Einheiten mit 501.750 Mitgliedern eingesetzt gewesen. Weitere 103.462 Untergrundkämpfer hätten im Umkreis von Untergrundkomitees gewirkt.[49] Ein NKVD-Bericht bezeichnet hingegen für den März 1942 von 1.386 Partisaneneinheiten nur 148 zu Kriegsbeginn als einsatzbereit.[50] Neuerdings werden etwa 100.000 aktive Untergrundkämpfer in der Ukraine im Jahr 1943[51] bzw. zwischen 150.000 und 220.000 Partisanen in der Ukraine während des Krieges angegeben;[52] eine Massenerhebung stellten sie damit genauso wenig wie die UPA dar.

Die Möglichkeiten des Partisanenkampfes waren grundsätzlich beschränkt, da sich die Untergrundkämpfer nicht auf ein sicheres Rückzugsterritorium verlassen konnten und, statt frei und mobil zu agieren, feste Widerstandsnester unterhielten. Nur zeitweise gelangen ihnen Übergriffe auf dem flachen Land, beispielsweise die von der sowjetischen Historiographie gefeierten, aber ohne Resultat verbleibenden Vorstöße unter der Führung von Kovpak und Naumov. Keineswegs waren die sowjetischen Partisanen auf dem deutschen Okkupationsgebiet ubiquitäre Störfaktoren. In der Ukraine bestanden, nachdem deutsche Einheiten bereits die ersten Untergrundkämpfer aufgerieben hatten, lange Zeit nur einzelne Partisanengruppen im Gebiet von Sumy und Poltava sowie im Bogen des Dnipro mit den Städten Nikopol, Zaporižžja, Dnipropetrovs'k und Krivoj Rog. Eine kontinuierliche Kontrolle eines Gebietes durch Partisanen war nicht möglich, so dass die Ukraine insgesamt als größtes okkupiertes Gebiet während des Krieges relativ frei von Partisanen blieb.[53] Im Gegensatz dazu war die Partisanentätigkeit in den waldreichen Grenzgebieten zwischen der Ukraine und Weißrussland sowie Russland wesentlich effektiver.

Erst ab 1942 ist von einem konzentrierteren Vorgehen der Partisanen zu sprechen. Das Kommandozentrum über die Partisanen stand ab 1942 unter die Leitung von Pantelejmon K. Ponomarenko, dem Ersten Sekretär der Kommunistischen Partei Weißrusslands, dem die Partisanenabteilungen der Gebiete und Republiken unterstellt wurden. Im Juni wurde der ukrainische Partisanenstab am ZK in Moskau

49 Sovetskaja Ukraina v gody Velikoj Otečestvennoj Vojny, 1941–1945. Dokumenty i materialy. V 3 t. Kiev 1980, T. 3, S. 240–241.

50 Z archiviv VUČK-HPU-NKVD-KHB (2000) Nr. 1, S. 126–127.

51 KLOKOV O strategii i taktike sovetskich partizan, S. 47.

52 HRYCAK Narys istorii Ukraïni, S. 243. COOPER The Phantom War, S. 67, hält diese Zahl für zu hoch, selbst wenn sie indirekte Helfer der Partisanen einschließen sollte. O. A. ZARUBINSKY The 'Red' Partisan Movement in Ukraine During World War II: A Contemporary Assessment, in: The Journal of Slavic Military Studies 9 (1996) Nr. 2, S. 399–416, hier S. 414, geht ebenfalls nur von etwa 158.000 Partisanen in der Ukraine aus.

53 JOHN A. ARMSTRONG, KURT DEWITT Organization and Control of the Partisan Movement, in: Soviet Partisans in World War II, S. 73–139, hier S. 138–139; COOPER The Phantom War, S. 66.

unter der Leitung des NKVD-Generals T. Strokač eingerichtet, die Partisanenführer Kovpak, Saburov und Fedorov wurden aus den Wäldern um Brjansk in die rechtsufrige Ukraine beordert und Untergrundgruppierungen in den Gebieten Rivne, Kiev, Poltava, Černihiv und Sumy zusammengezogen.[54] Mitte 1943 konnten die in der Nordwestukraine konzentrierten Partisanen unter Kontrolle der vordringenden Roten Armee nach Westen vorstoßen.[55]

Je länger der Krieg anhielt, desto mehr Ukrainer meldeten sich zu den sowjetischen Partisanen freiwillig oder wurden zwangsrekrutiert. In diesen waren aber die Ukrainer mit etwa der Hälfte von allen (54%) unterrepräsentiert, während sich der Anteil der ethnischen Ukrainer an der ukrainischen Gesamtbevölkerung auf 80% belief. Russen, mit etwa 23% Anteil an der Partisanenbewegung, waren doppelt so hoch vertreten wie ihr Bevölkerungsanteil in der Ukraine (mit 10–13%). Weiter waren 6% Weißrussen, 2% Polen, 1% Juden und andere Nationalitäten an den sowjetischen Partisanen in der Ukraine beteiligt.[56]

Anders als die sowjetische Geschichtsschreibung vermittelt, war die Partisanenbewegung während des Krieges keine statische Einheit, die einzig dem Sieg der Partei zuarbeitete. Vielmehr stellte sie ein fluktuierendes Element dar: So ließen sich – insbesondere nach den sowjetischen Erfolgen 1943 – auch Personen rekrutieren, die vorher die deutsche Besatzung unterstützt hatten.[57] Auch kurz vor der Wiederbesetzung durch die Rote Armee ließen sich mancherorts noch „Partisaneneinheiten" als solche registrieren, tatsächlich kamen sie aber nicht mehr zum Einsatz.[58] Dass sich die sowjetischen Partisanen, ebenso wie die ukrainischen, bei ihrer Verpflegung an die Bevölkerung hielten und diese bei Bedarf beraubten, wird in der sowjetischen Historiographie mit der Aussage verwischt, die sowjetischen Partisanen hätten nur auf Kosten der deutschen Besatzer für ihren Unterhalt gesorgt. Dazu kam, dass die Partisanen nicht nur jene Bewohner der okkupierten Gebiete ermordeten, die sie für Verräter hielten, sondern oft auch deren Familien. Dies sicherte ihnen kaum die flächendeckende Unterstützung der Bevölkerung. Auch die kommunistische Überzeugung war keineswegs für alle das Motiv, zu den Partisanen zu gehen, denen NKVD-Angehörige zugeteilt wurden, um sie auf Linie zu bringen.[59]

Für die sowjetische Propaganda nach dem Krieg stellte die Partisanenbewegung in den okkupierten Gebieten der Sowjetunion gleichsam den verlängerten Arm der Partei dar. Daher war die Schilderung und Interpretation des Kampfes der Partisanen eine politische Angelegenheit. Die Propaganda kreierte daraus einen sowjetischen Partisanenmythos, der aus einer differenzierten und regional unterschiedlich

54 POHL Schlachtfeld zweier totalitärer Diktaturen – die Ukraine im Zweiten Weltkrieg, S. 354.
55 Soviet Partisans in World War II, S. 110–116, über die Organisation der Partisanen auf ukrainischem Gebiet.
56 SUBTELNY Ukraine, S. 476; HRYCAK Narys istorii Ukraïni, S. 244.
57 SLEPYAN "The people's avengers", S. 204–208.
58 Hinweise darauf bei ZARUBINSKY The 'Red' Partisan Movement (vgl. oben Anm. 52), S. 413.
59 OVERY Russlands Krieg, S. 229.

agierenden Bewegung eine einheitliche Masse machte und der ausnahmslos allen Partisanen ein gemeinsames Ziel unterschob, nämlich die Wiederherstellung der sowjetischen Herrschaft. Dabei wurde keinesfalls unterschieden zwischen den persönlichen politischen Einstellungen der Partisanen und den Beweggründen, die sie zum Eintritt in die Untergrundbewegung veranlassten. Auch die nationale Zusammensetzung der Einheiten wurde verschwiegen. In der Parteidarstellung leisteten die Partisanen Großartiges: „Jede Partisanenzone erschien als Vorposten der sowjetischen Regierung, als Brückenkopf des Partisanenkrieges. Hier konnte der Feind die operative Ausdehnung nicht kontrollieren, politischen Einfluss gewinnen und Basen für die ökonomische Ausbeutung und Diebstahl gründen."[60] Sogar dort, wo gerade erst zusammengestellte Untergrundorganisationen von den Besatzern schnell zerschlagen wurden, habe der Kampf nicht aufgehört, denn umgekommenen Teilnehmern des Widerstandes seien immer wieder neue sowjetische Patrioten gefolgt.[61]

Dabei sind die offiziell angegebenen Zahlen von im militärischen Widerstand eingesetzten Bolschewiken erstaunlich niedrig. Während zu Beginn des Krieges die Parteimitglieder in der Überzahl in den Partisanenverbänden waren, stellten sie in der Ukraine bald nur mehr einen geringen Bruchteil dar. Von rund 220.000 Partisanen waren lediglich rund 7%, 14.875, Mitglieder der Partei sowie 26.000 Komsomolzen; dem entspricht der Anteil der Partei-Mitglieder und der Komsomolzen an der übrigen männlichen Bevölkerung im wehrfähigen Alter.[62] In der okkupierten Westukraine beliefen sich die Angaben für Oktober 1942 auf nicht einmal 1.400 Kämpfer. Im Gebiet Volyn' waren insgesamt 150 Kommunisten eingesetzt, davon 120 in Partisaneneinheiten und 30 in Untergrundtätigkeiten, im Gebiet Drohobyč 150 (120 in Partisaneneinheiten und 30 im Untergrund), im Gebiet Lemberg 250 (180 in Partisaneneinheiten und 70 im Untergrund), im Gebiet Rivne 150 (120 in Partisaneneinheiten und 30 im Untergrund), im Gebiet Stanislav 100 (80 in Partisaneneinheiten und im 20 Untergrund), im Gebiet Ternopil' 150 (120 in Partisaneneinheiten und 30 im Untergrund) sowie im Gebiet Černivci 440 (80 in Partisaneneinheiten und 360 im Untergrund).[63] Nur wenige Parteifunktionäre waren unter den Partisanenführern zu finden, insbesondere als von Ende 1942 bis zu Beginn des Jahres 1944 viele Partisanenaktionen durchgeführt wurden. In der Regel wurden sie von Offizieren der Roten Armee kommandiert, während die Mannschaftsränge unter den Partisanen ukrainische Bauern bildeten, die im Operationsgebiet der Partisanen rekrutiert wurden.

60 ZINČENKO Sovety deputatov trudjaščichsja ukrainskoj SSR, S. 56.

61 KOVAL' Podvyh narodnyj, S. 55.

62 ARMSTRONG The Soviet Bureaucratic Elite, S. 131. Vgl. die Angaben bei SLEPYAN „The people's avengers", S. 190: Demnach betrug sogar sowjetischen Angaben zufolge die Anzahl der Parteimitglieder und -kandidaten in der Partisanenbewegung in der Ukraine nur 13,6%, die Zahl der Komsomolmitglieder war mit 19,9% höher.

63 SPR Nr. 26.

Die Bedeutung der sowjetischen Partisanen lag nicht darin, dass sie kriegsentscheidende Siege herbeiführten, was wegen der militärischen Überlegenheit der Deutschen bis zu ihrem Rückzug schlechterdings nicht möglich war, sondern dass sie in den besetzten Gebieten die Verbindung zur sowjetischen Herrschaft aufrechterhielten. Diese Funktion wird in der sowjetischen Historiographie immer wieder herausgestellt, auch um damit zu betonen, dass die Sowjetregierung ihren Anspruch und ihren Einfluss auf das okkupierte Territorium nie aufgegeben habe. Dennoch waren die Fronten nie eindeutig geklärt, denn es gab neben den nationalukrainischen und den sowjetischen Partisanen noch Verbände, die zwischen beiden lavierten. So fanden sich fahnenflüchtige Rotarmisten zusammen und gingen ihrerseits gegen die sowjetischen Partisanen vor, um ihrer eigenen drohenden Liquidierung zuvorzukommen. Die Deutschen nutzten diese Konstellation aus und bewaffneten sie.[64] Ferner agierten antisowjetische polnische Partisanengruppen und slowakische Abteilungen in der Westukraine.[65]

Der Krieg wendete sich mit der Niederlage der 6. Armee bei Stalingrad am 30. Januar 1943 zugunsten der Sowjetunion. Der Mythos der Unbesiegbarkeit der Wehrmacht war damit gebrochen, die Rote Armee begann ihren Vormarsch nach Westen. Während die deutschen Truppen immer weiter zurückwichen, wurde Ort für Ort von der Roten Armee eingenommen. Vorošylovhrad wurde am 14. Februar 1943 als erste ukrainische Stadt zurückerobert. Charkiv wurde am 16. Februar 1943 wieder sowjetisch, musste aber noch einen weiteren deutschen Vorstoß überstehen. Zu Beginn des Frühjahrs war der Donbas entsetzt, der Kampf um den Dnipro dauerte von August bis Dezember 1943. Kiev wurde am 6. November eingenommen. Anfang 1944 zogen sich die Deutschen vom rechten Dnipro-Ufer zurück, nachdem Korsun' (südlich von Kiev) am 17. Februar wieder an die sowjetischen Truppen gefallen war. Im Süden entschied die Eroberung Sevastopol's am 9. Mai die Vertreibung der deutschen und rumänischen Truppen aus Transnistrien. Im Juli war Galizien erreicht, Lemberg am Ende des Monats zurückerobert. Im September 1944 wurden die letzten Besatzungstruppen aus der Ukraine vertrieben. Die Karpaten-Ukraine, im Herbst 1944 sowjetisch besetzt, hatte vorher nicht zur Sowjetukraine gehört.

2.2. Die Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach dem Krieg und dem Sieg über NS-Deutschland und seine Verbündeten war die Sowjetunion nicht mehr der Staat, den sie in der Zwischenkriegszeit dargestellt hatte.[66] Ihr Selbstverständnis, ihr außenpolitisches Auftreten und ihre innere Verfas-

64 KUDRYASHOV The Hidden Dimension, S. 252.

65 HESSE Der sowjetische Partisanenkrieg 1941 bis 1944, S. 191.

66 Zur sowjetischen Nachkriegsgeschichte allgemein vgl. BONWETSCH Sowjetunion – Triumph im Elend; FIESELER Innenpolitik der Nachkriegszeit; ZUBKOVA Russia After the War; ALT-

sung hatten sich von Grund auf verändert. Der von Hitler begonnene und von Stalin gewonnene „Krieg der Weltanschauungen" führte zu einer Umorientierung der sowjetischen Staatsdoktrin, die nun nicht mehr die bolschewistische Revolution, sondern die gemeinsamen Anstrengungen des Sowjetvolkes und der Roten Armee unter der Führung des Generalissimus Stalin in den Mittelpunkt ihrer Legitimierung stellte.[67] Der Krieg bestätigte gleichfalls die hohe Mobilisierungskapazität des sowjetischen Wirtschaftssystems und zeigte, dass es für militärische Zwecke ebenso effektiv genutzt werden konnte wie für zivile Ziele. Somit war in sowjetischer Interpretation der Nachweis für die Gleichwertigkeit des sozialistischen Wirtschaftssystems mit jenem der „kapitalistischen Länder" erbracht. Trotz der immensen Menschenverluste und der Zerstörungen auf sowjetischem Boden verlieh der Triumph über Deutschland dem Stalinschen System Kohärenz und Durchsetzungsvermögen bis zu Stalins Tod 1953 und noch darüber hinaus. Dass die Sowjetunion mit ihren inneren Widersprüchen und ihren materiellen Unzulänglichkeiten noch fünf Jahrzehnte bestehen konnte, liegt auch am Sieg im Zweiten Weltkrieg.

Auf der mentalen Ebene hatte sich nach 1944 eine bedeutsame Änderung ergeben. Zwar blieben die meisten Menschen bei ihrer vor dem Krieg gewonnenen Einstellung: Wer vor dem Krieg bereits Zweifel hegte, besaß diese weiter, wer sich loyal verhielt, war es auch nach Kriegsende. Dennoch wurde klar, dass sich die Lebensverhältnisse nicht zum Besseren wenden würden, was eine beträchtliche Entfremdung zwischen System und Gesellschaft nach sich zog. Die enttäuschten Hoffnungen bargen die Gefahr einer ernsthaften politischen Krise. Jedoch führte die allgemeine Not nicht zu einem Aufstand. Zu groß war der allgemeine Wunsch nach Frieden und die Sehnsucht nach Ruhe. Dennoch kam Bewegung in die allgemeinen Denkmuster, ausgelöst durch die räumlichen Bewegungen der Soldaten und die Migrationen der Bevölkerung über die sowjetischen Grenzen hinweg, durch die Einblicke in die Lebensverhältnisse anderer und westlicher Länder und durch die Vermischung von Nationalitäten, von sozialen Schichten und von Stadt- und Landbevölkerung in der Armee, in den Orten der Evakuierungen und in anderen kriegsbedingten Situationen.[68]

Die Sowjetunion konnte als einziges europäisches Land durch den Krieg sein Territorium erweitern. Dabei waren die direkten sowjetischen Gebietsgewinne nach dem Zweiten Weltkrieg, die über die Zuweisungen des Hitler-Stalin-Paktes hinausgingen und in den alliierten, am 10. Februar 1947 in Paris unterzeichneten Verträgen mit den ehemaligen Kriegsgegnern Rumänien, Bulgarien, Finnland, Ungarn und Italien der Sowjetunion zugesprochen wurden, verhältnismäßig bescheiden. Sie er-

RICHTER Kleine Geschichte der Sowjetunion, S. 115–130; HÖSCH Geschichte Rußlands, S. 388–394; LUKS Geschichte Russlands und der Sowjetunion, S. 394–427; HAUMANN Geschichte Russlands, S. 584–590; HILDERMEIER Die Sowjetunion, S. 670–754.

67 Zum Paradigmenwechsel der sowjetischen Ideologie nach dem Zweiten Weltkrieg vgl. WEINER Making Sense of War, sowie im Kapitel über die Aufarbeitung des Krieges unten.

68 ZUBKOVA Obščestvo i reformy, S. 23, S. 37–44.

streckten sich auf das nördliche Ostpreußen, das 1946 als Gebiet (*oblast'*) Kaliningrad der Russischen Sowjetrepublik zugeschlagen wurde, auf große Teile Kareliens, auf das Baltikum, Ostpolen, die Nordbukowina, Bessarabien, auf das 1944 annektierte Tannu-Tuwa nahe der Äußeren Mongolei sowie auf die Karpaten-Ukraine, die im Juni 1945 von der Tschechoslowakei abgetreten werden musste. Dazu schuf sich die Sowjetunion als neue europäische Großmacht eine indirekte Einflusssphäre in jenen Ländern Ostmittel- und Südosteuropas, die sie auf dem Vorstoß nach Westen besetzt hatte.[69] Durch die Sowjetisierung dieser Staaten wurde der Satellitengürtel der von Moskau abhängigen Länder bis zum Jahr 1948 gefestigt. Finnland, das seine innere Verfassung behielt, wurde ein besonderes Territorium sowjetischer Einflussnahme, das unter dem umstrittenen Schlagwort „Finnlandisierung" firmierte.[70] Im fernen Osten wurden nach dem Krieg gegen Japan die Mandschurei und die Halbinsel Liaotung besetzt, die Südhälfte von Sachalin und der Kurilen kam an die Sowjetunion.

Trotz der Verständigung zwischen Moskau und den westlichen Verbündeten auf den alliierten Kriegs- und Nachkriegskonferenzen war bald klar, dass die Anti-Hitler-Koalition nur eine taktische Verbindung gewesen war, der nach dem Sieg über den gemeinsamen Feind wegen der politischen Unterschiede der Mitglieder kein Fortbestehen beschieden war. Dies zeigte sich am Vorgehen in den von der Roten Armee „befreiten" Ländern, aber auch an den nach dem Krieg noch bestehenden Konfliktherden wie Nordgriechenland und der Türkei, wo kommunistische Truppen an den laufenden Kämpfen beteiligt waren. Die Rede Churchills in Fulton, Missouri, im Februar 1946, in der er die Gefahr eines Eisernen Vorhangs von Stettin im Baltikum nach Triest an der Adria heraufbeschwor und sich für eine angloamerikanische Verbindung gegen die fortbestehende sowjetische Aggression aussprach, signalisierte den Beginn der ideologischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion und markierte den Beginn des Kalten Krieges.[71] Die Konfrontation mit der Sowjetunion brach mit der Warnung der USA im Sommer 1947 in der „Truman-Doktrin" auf, die den entschlossenen Widerstand gegen eine weitere kommunistische Machtausdehnung ankündigte, sowie mit dem sie untermauernden Marshall-Plan, der allen kooperationswilligen Staaten amerikanische Wirtschaftshilfe in Aussicht stellte.[72] Von

69 Die Sowjetisierung Ost- und Ostmitteleuropas anhand neuer russischer, britischer und amerikanischer Archivdokumente untersucht DONAL O'SULLIVAN Stalins „Cordon sanitaire". Die sowjetische Osteuropapolitik und die Reaktionen des Westens 1939–1949. Paderborn [usw.] 2003.

70 Vgl. zur Finnlandpolitik der Sowjetunion HERMANN BEYER-THOMA Kommunisten und Sozialdemokraten in Finnland 1944–1948. Wiesbaden 1990.

71 Bei THOMAS Armed Truce, S. 504ff. weiter zu den Hintergründen und zum Weg in den Kalten Krieg. Zur Diskussion über den genauen Zeitpunkt des Beginns des Kalten Krieges vgl. DONAL O'SULLIVAN Die Sowjetunion, der Kalte Krieg und das internationale System 1945–1953, in: Handbuch der Geschichte Rußlands, Band 5, S. 131–173, hier S. 150–152. Vgl. darüber hinaus die Literaturangaben oben im einleitenden Kapitel über den Forschungsstand.

72 HÖSCH Geschichte Rußlands, S. 392.

diesem distanzierten sich auf Druck Moskaus die Staaten Osteuropas. Der Leningrader Parteichef und enge Vertraute Stalins Ždanov bekräftigte in Verbindung mit der Bildung eines „Kommunistischen Informationsbüros" (Kominform) der kommunistischen Parteien Europas im September 1947 die von Stalin vorher bereits mehrfach formulierte These, dass die Sowjetunion bei der Teilung der Welt in zwei Lager die Vorreiterrolle der sozialistischen über die kapitalistischen und imperialistischen Staaten trage. In der Folge verstärkte Stalin die Kontrolle über die Partei und die Bevölkerung in seinem Land, die von jeglicher Sympathiebekundung für den Westen abgehalten werden sollte. Der „eiserne Vorhang" zwischen der westlichen und der sowjetischen Herrschaftssphäre war damit bereits gefallen, die Blockbildung zweier unvereinbarer staatlicher Systeme zementiert.

Das politische System der Sowjetunion konzentrierte sich auch nach dem Krieg auf die Person Stalins.[73] Am 4. September 1945 wurde das GOKO aufgelöst, die Ämter der Bevollmächtigten eingezogen und der Oberste Sowjet im Februar 1946 neu gewählt. Das Politbüro, das sich während des Kriegs nur unregelmäßig versammelt hatte, das Zentralkomitee, das nur einmal, im Januar 1944, zusammengetreten war, und die anderen führenden Regierungsorgane nahmen ihre Arbeit wieder auf. Doch hatten sich hier die Führungsgewichte verschoben. Im März 1946 wurden alle leitenden politischen Organe restrukturiert, darunter das Politbüro, das Orgbüro, das Parteisekretariat und der Ministerrat. Berija und Malenkov wurden volle Mitglieder des Politbüros, letzterer als Stellvertreter Stalins neben Ždanov.

Der Ämteranhäufung in der Hand Stalins entsprach die Entwertung der höheren Parteiorgane, derer sich der Diktator nach Belieben bediente. Seit dem letzten Parteitag im Jahr 1939 wurde bis 1952 kein Parteitag mehr einberufen (deren Mitglieder wurden von Stalin weitgehend liquidiert: Von 1.966 Delegierten des 17. Parteitages 1934 wurden allein 1.108 unter dem Vorwurf konterrevolutionärer Tätigkeit verhaftet). Das Plenum des Zentralkomitees trat zwischen den Jahren 1941 und 1952 nur zweimal zusammen, obwohl gelegentlich in seinem Namen Beschlüsse gefasst wurden. Offenbar traf sich auch das Politbüro, das bereits vor Kriegsbeginn nicht mehr eigenständig die Staatsführung besaß, sondern bestenfalls noch eine beratende Funktion ausübte, nicht mehr regelmäßig.[74] Der Oberste Sowjet hatte nur mehr eine repräsentative Aufgabe.

73 Zum politischen System und dem Personal auf der Leitungsebene nach dem Krieg vgl. unter anderem: HILDERMEIER Geschichte der Sowjetunion, S. 670–687; HAHN Postwar Soviet Politics, S. 35–44 (hieraus im folgenden viele Details; vgl. auch im Anhang die Zusammensetzung der sowjetischen Regierungen); DANILOV Izmenenija vysšich organov vlasti; JU. N. ŽUKOV Bor'ba za vlast' v rukovodstve SSSR v 1945–1952 godach, in: Voprosy Istorii (1995) Nr. 1, S. 23–39; YORAM GORLIZKI, OLEG KHLEVNIUK Cold Peace. Stalin and the Soviet Ruling Circle, 1945–1953. Oxford 2004, besonders S. 17–65.

74 SCHAPIRO The Communist Party of the Soviet Union, S. 510. Vgl. die Publikation der Tagesordnungspunkte: Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b). Povestki dnja zasedanij. Tom 3. 1940–1952. Katalog. Moskva 2001.

Trotz – oder gerade wegen – der immensen Machtfülle zog sich Stalin nach dem Krieg allmählich aus der aktiven Politik zurück, altersbedingt – 1945 war er 66 Jahre alt – und aus gesundheitlichen Gründen, da ein Schlaganfall im Oktober 1945 und eine lange Krankheit im Dezember 1946 ihre Spuren hinterließen. Die Innenpolitik wurde daher mehr als in der Zwischenkriegszeit von den zweiten Männern im Staat bestimmt, die um die Gunst Stalins konkurrierten, sich selbst gegenseitig belauerten und von Stalin selbst argwöhnisch beobachtet wurden. Als „Thronfolger" galt lange Molotov, sein Verhältnis zu Stalin war jedoch bereits gegen Ende des Krieges getrübt.[75] Dadurch traten in den Kriegsjahren die jüngeren Malenkov und Berija stärker hervor.[76] Ende 1945, Anfang 1946 galten Ždanov und Andreev, beide Sekretäre im ZK und Mitglieder im Politbüro, als Stalins Favoriten. Ersterer war als Sekretär des ZK für die Ideologie und Kultur zuständig, letzterer bekleidete das Amt des Landwirtschaftsministers. In der Hierarchie folgte dann Malenkov als dritter Sekretär, der die Parteiorganisation überwachte, wenngleich er nur Kandidat für das Politbüro war. Im Politbüro selbst saßen neben Stalin, Ždanov und Andreev als dessen Sekretäre die Stellvertreter Molotov, Mikojan und Kaganovič. Das Orgbüro als zweites Führungsgremium des ZK wurde durch die vier ZK-Sekretäre Stalin, Ždanov, Andreev und Malenkov dominiert. Die Regierungsorgane waren ebenfalls fest in den Händen dieses Personenkreises. Premier war Stalin, als seine Stellvertreter fungierten Molotov, Mikojan und Kaganovič. Im März 1946 veränderten sich die politischen Konstellationen wieder, weil nun Malenkov und Berija nach vorn geschoben wurden, während Andreev an Einfluss verlor. Ein neuer Ministerrat und eine neue Hierarchie in den Parteiorganen wurde vermeldet. Zur engeren Führungsgruppe um Stalin gehörten nach dem Krieg vornehmlich Berija, Malenkov, Bulganin, Chruščev und Molotov sowie Mikojan, Ždanov und Vorošilov.[77] Als zweite Garde trugen sie für alle Vorgänge im Land ebenfalls Verantwortung. Auch der Regierungs- und Ämterapparat erfuhr nach dem Krieg eine starke Aufblähung. Bestanden im Jahr 1937 noch 18 Ministerien bzw. Volkskommissariate, so betrug ihre Anzahl zehn Jahre danach bereits 58.[78] Der Ministerialbürokratie oblag die Aufgabe, den Wiederaufbau des Landes zu planen und zu organisieren, gleichzeitig wurde sie selbst stark aufgebläht.

Die Rückkehr zur innenpolitischen Normalität markierte die Aufhebung des Kriegsrechts am 21. September 1945, wenn es auch in den neuen sowjetischen Ge-

75 Der Grund war, dass Molotov Stalin zufolge in der Außenpolitik zu liberal war und den Westmächten zu große Konzessionen machte; NAIMARK Cold War Studies and New Archival Materials on Stalin, S. 8–9. Molotov führt seinen schwindenden Einfluss auf die Agitation anderer Politiker im Führungskreis um Stalin herum zurück sowie auf seine jüdische Frau; Molotov remembers, S. 315–316. Charakteristischerweise erhob Molotov Stalin gegenüber gelegentlich Widerspruch, was sonst kein anderer enger Mitarbeiter Stalins vermochte; vgl. CHLEWNJUK Das Politbüro, S. 336–337.

76 DANILOV Izmenenija vyssich organov vlasti v SSSR, S. 212, 216.

77 HILDERMEIER Geschichte der Sowjetunion, S. 672–673.

78 ALTRICHTER Kleine Geschichte der Sowjetunion, S. 125.

bieten unter Ausnahme Bessarabiens noch bis zum 4. Juli 1946 bestehen blieb.[79] Das wichtigste innenpolitische Ziel nach Kriegsende für die Sowjetunion lag in der wirtschaftlichen Erholung des Landes. Der fünfte Vierjahresplan 1946–1950 sah daher den Wiederaufbau der heimischen Wirtschaft vor. Vordringlich wurde dabei aber, wie in den dreißiger Jahren, die Schwerindustrie (auch durch den Wiederaufbau der zerstörten Produktionsstätten im Donbas) auf Kosten der Konsummittelindustrie und der Versorgungsgüter gefördert. Der militär-industrielle Komplex behielt auch nach dem Krieg eine große Bedeutung, die mit der atomaren Aufrüstung der USA und mit dem Koreakrieg noch wuchs.[80] So wurde die Militarisierung der sowjetischen Wirtschaft unter der Kontrolle Moskaus fortgeführt, ohne Rücksicht auf die Interessen der Sowjetrepubliken. Die Kommandostellen blieben in den Händen von Russen, die Rüstungsbetriebe waren durch die Evakuierungen während des Krieges in den Ural und damit auf russisches Territorium versetzt worden, wo sie auch nach dem Krieg nicht abgebaut wurden.

Während in Industriezweigen wie im Rohstoff-, Kohle- und Stahlsektor die Normen übererfüllt wurden, blieb die Produktion von Konsumgütern und damit der Lebensstandard niedrig. Der wirtschaftliche Wiederaufbau musste ohne die von Stalin lange erhoffte ausländische Hilfe gelingen, abgesehen von Krediten, die Schweden und Großbritannien einräumten. Um die Industrieproduktion zu steigern, wurden die Arbeitszeiten heraufgesetzt – wenn auch bei gleichzeitiger Lohnerhöhung: Ein durchschnittlicher Lohn in der Industrie kam 1940 monatlich auf 375 Rubel, 1944 waren es 573 Rubel[81] –, ferner wurden gewaltige Mobilisierungen der Arbeitskräfte unternommen. Allein in die Schächte des Donbas wurden an die 100.000 Arbeiter, vor allem aus der ländlichen Bevölkerung, geschickt.[82] Auch sozialistische Wettbewerbe wie in der Zwischenkriegszeit als Anreiz für die Arbeiter wurden wieder eingeführt und deren Gewinner als Helden und Verteidiger der Heimat gefeiert.[83] Dabei fand auch die *stachanovec*-Bewegung unter weniger spektakulären, aber stärker als in der Vorkriegszeit von oben gelenkten Anreiz-Mechanismen eine Neubelebung.[84] Der Vorkriegszustand war am schnellsten in der Industrieproduktion wieder hergestellt: 1947 war zwar das Niveau des Jahres 1940 noch nicht erreicht worden, im folgenden Jahr wurde es aber bereits übertroffen.

Weniger rasch erfolgte der Aufbau der Landwirtschaft. Die Kolchosen bedurften eines fast völligen Neuaufbaus. Sie besaßen nach dem Abzug der Deutschen kaum mehr Vieh und männliche Arbeitskräfte, Aufsichtspersonal stand nicht zur Verfü-

79 FIESELER Innenpolitik der Nachkriegszeit, S. 42.
80 HARRISON The Soviet Union: the defeated victor, S. 294.
81 LEWIS H. SIEGELBAUM Stakhanovism and the Politics of Productivity in the USSR, 1934–1941. Cambridge [usw.] 1988, S. 303.
82 ZINČENKO Dejatel'nost' organov sovetskoj vlasti na osvoboždennoj territorii USSR, S. 25.
83 DUSKIN Stalinist reconstruction, S. 101.
84 SIEGELBAUM Stakhanovism and the Politics of Productivity in the USSR, S. 305; DUSKIN Stalinist reconstruction, S. 107ff. Vgl. auch weiter unten über die Kriegsfolgen in der Ukraine.

gung und der Bestand an technischen Geräten war auf ein Minimum geschrumpft; außerdem hatten viele Kolchosbauern das Durcheinander und die Not der Zeit genutzt, um ihr privates Hofland zu vergrößern. Mit den dort erwirtschafteten Produkten entstand ein Barter-Handel, der während des Krieges von staatlicher Seite nicht unterbunden wurde, da er wesentlich dazu beitrug, die Versorgung der hungernden Bevölkerung zu unterstützen.[85] Ihren Zuverdienst mussten die Bauern bald nach dem Krieg wieder abgeben, als die private Hoffläche wieder verkleinert wurde. Die nach Kriegsende weit verbreitete Hoffnung auf eine Aufhebung der Kolchosen wurde enttäuscht.[86] Ende 1944 waren in der Ukraine wieder 27.340 Kolchosen aufgebaut.[87]

Einen bedeutsamen Einschnitt mit weitreichenden Folgen verzeichnete die sowjetische Kulturpolitik, als Andrej Ždanov der Liberalisierung der Kriegszeit ein Ende setzte und in den Jahren zwischen 1946 und 1948 unter der Bezeichnung *Ždanovščina* eine breit angelegte Säuberung der Literatur und Kunst durchführte.[88] Hintergrund war die propagandistische Kehrtwendung im Zuge des beginnenden Kalten Krieges, die den Westen, nach den Jahren des militärischen Schulterschlusses, nun als ideologischen Gegner hinstellte. Vor allem den angelsächsischen Mächten wurde unterstellt, sie würden mit wirtschaftlichen und militärischen Mitteln die Weltherrschaft anstreben. Die Kampagne gegen die „Kriecherei vor dem Westen" entfachte einen neuerlichen kulturpolitischen und ideologischen Terror. Er begann in der russischen Sowjetrepublik im August 1946, als das ZK die zwei Leningrader Zeitschriften „Leningrad" und „Zvezda" verurteilte, weil sie ideologisch zweifelhafte, „bürgerliche" Inhalte publiziere und sowjetische Werte herabsetze. Die ersten Ziele der Angriffe wegen „antisowjetischer und individualistischer Tendenzen" wurden die russischen Schriftsteller Anna Achmatova und Michail Zoščenko.

Weiter wurde zwischen 1946 und 1952 neben Anfeindungen gegen den „Formalismus" anderer Kunstrichtungen wie der Musik eine großrussische Umorientierung der sowjetischen Historiographie angeordnet. Nicht mehr länger die Schilderung des Klassenkampfes, sondern vielmehr die russische Vergangenheit sollte im Mittelpunkt der Forschung stehen. Dabei wurde der gemeinsame Ursprung des russischen, ukrainischen und weißrussischen Volkes in der Staatlichkeit der Kiever Rus', deren Einfluss auf die Entwicklung in Westeuropa und die Einheit der Völker der Sowjetunion im historischen Prozess betont.[89] Die sowjetischen Völker, so wurde propa-

85 BARBER, HARRISON The Soviet Home Front, S. 102.

86 FAINSOD How Russia is Ruled, S. 535–536; ALTRICHTER Kleine Geschichte der Sowjetunion, S. 118.

87 ZINČENKO Dejatel'nost' organov sovetskoj vlasti na osvoboždennoj territorii USSR, S. 39.

88 Zur *Ždanovščina*: HAHN Postwar Soviet Politics; WILLIAM D. SEIBERT Zhdanovism and Party Revival. Moderate Alternatives Under Stalin. Diss. Riverside, University of California 1992; ALTRICHTER Kleine Geschichte der Sowjetunion, S. 121–125; CARRÈRE D'ENCAUSSE A History of the Soviet Union 1917–1953. Vol. 2. Stalin, S. 157–164; ERWIN OBERLÄNDER Sowjetpatriotismus und Geschichte. Dokumentation. Köln 1967, S. 28–33.

89 CARRÈRE D'ENCAUSSE A History of the Soviet Union 1917–1953. Vol. 2. Stalin, S. 152–153.

giert, hätten keine getrennten Nationalgeschichten, sondern besäßen dieselbe Geschichte, deren Herzstück Russland darstelle. Die Zeit vor der Oktoberrevolution war zu schildern vor dem Hintergrund der wachsenden Freundschaft der Völker untereinander sowie zum russischen Volk, deren letztes Resultat die Russische Revolution war. Damit wurden die nicht-russischen Völker ihrer historischen Vergangenheit beraubt und gezwungen, sich historisch mit dem russischen Volk zu identifizieren, das für sie als primus inter pares, im Parteijargon als „älterer Bruder", stilisiert wurde.

Die Ukraine wurde – noch vor den Ereignissen in Leningrad im August 1946 – der Ausgangspunkt der Kampagne. Hier hatten Schriftsteller die Freiheit vor Zensur und Parteikontrolle gefordert und Historiker in ihren Veröffentlichungen versucht, sich von der Russifizierung der ukrainischen Geschichte zu lösen.[90] Bereits im Juli 1946 lancierte die Moskauer Propaganda-Abteilung in der sowjetischen Presse Artikel, in denen die Korrektur von Irrtümern bei der Darstellung der ukrainischen Geschichte gefordert wurde. In der „Pravda" wurde eine Verbindung zwischen ukrainischen Kadern und „nationalistischen Irrtümern" und den bei den Leningrader Zeitungen entdeckten Abweichungen hergestellt. Aus der Kiever Optik besaß die *Ždanovščina* eine andere Stoßrichtung als in der Zentrale: Während in jener die Ablehnung des westlichen Kultureinflusses und Liberalismus intendiert war, wurden die ukrainischen Kunstschaffenden auf die Konstruktion sowjetukrainischer Wirklichkeit in Einklang mit der russischen Vergangenheit eingeschworen. So konnten zwar Theaterstücke, Opern, Gemälde und andere künstlerische Werke veröffentlicht werden, diese hatten aber ideologisch korrekt die Ukraine als „kleineren Bruder" Russlands zu schildern und nur sowjetukrainische, nicht aber national-ukrainische Themen zu behandeln.[91] Bereits 1944 warf Stalin dem bekannten ukrainischen Regisseur Dovženko „kleingeistigen ukrainischen Nationalismus" vor, der gegen die Interessen des ukrainischen und des sowjetischen Volkes opponiere und deren Einheit schwäche.[92] Ab November 1946 wurde die ukrainische Presse wieder auf Moskauer Linie gebracht. Maksym Ryls'kyj, der Vorsitzende der ukrainischen Schriftstellervereinigung, wurde Mitte des Monats von seinem Posten entlassen, weil er zu patri-

90 HAHN Postwar Soviet Politics, S. 48–49.

91 SERHY YEKELCHYK Celebrating the Soviet Present. The Zhdanovshchina Campaign in Ukrainian Literature and the Arts, in: Provincial Landscapes. Local Dimensions of Soviet Power, 1917–1953. Hrsg. von Donald J. Raleigh. Pittsburgh, Pa. 2001, S. 255–275.

92 In der Folge wurde Dovženko, der unter anderem einen glorifizierenden Dokumentarfilm über die sowjetische Besetzung der Westukraine 1939 gedreht hatte (vgl. TAUBMANN Khrushchev, S. 130, 137), von der ukrainischen Parteiorganisation kritisiert und isoliert, seine Drehbücher wurden nicht mehr verfilmt und er wurde als künstlerischer Direktor des Kiever Filmstudios entlassen. Chruščev, der ihn vorher unterstützt hatte, verurteilte den Regisseur ebenfalls öffentlich, versuchte aber intern, die Kampagne gegen ihn abzumildern; vgl. TAUBMAN Khrushchev, S. 174–175, sowie weiter: GEORGE O. LIBER Alexander Dovzhenko. A Life in Soviet Film. London 2002, S. 200–202; O. ZAMLYNS'KA, M. PALIJENKO Oleksandr Dovženko, in: Istorija Ukraïny v osobach, S. 385–391.

otisch-ukrainisch erschien. Ende November wurde eine Kampagne gegen die Bekämpfung der „nationalistischen Abweichungen" in der ukrainischen Parteiorganisation und in den ukrainischen Kultureinrichtungen lanciert. Chruščev als Erster Sekretär des Kiever ZK musste Fehler bei der Auswahl der Kader für die ideologische Arbeit zugeben, nachdem diese durch das Moskauer ZK inspiziert worden waren. Letzten Endes bedeuteten die Angriffe auf die Kiever Zentrale eine Schwächung Chruščevs und seines Einflusses in Moskau. Auch nach dem Tod Ždanovs 1948 wurden der harte Kurs in der sowjetischen Kulturpolitik und der Kampf gegen „Objektivismus" und „formalistische Tendenzen" fortgeführt, der sich ab 1949 mit den Attacken gegen den „wurzellosen Kosmopolitismus" und „Zionismus" mischte.

Nach dem Kriegsende unternahm die Sowjetregierung also alles, um die Gesellschaft entschlossen vor inneren Feinden zu säubern, um die Bevölkerung für ihre Ziele zu mobilisieren, um durchsetzungskräftige administrative Strukturen wiederzuerrichten, außenpolitisch als europäische Großmacht zu agieren und die neue Position in jeder Hinsicht auszubauen und zu verteidigen. Der Situation innerhalb der Ukraine, der Sowjetrepublik mit der längsten Grenze nach Westen hin, war dabei mit entscheidend.

3. Die Ukraine am Ende des Krieges

Nach dem Ende des Krieges gegen NS-Deutschland – der Krieg mit Japan kündigte sich erst an – konnte in der Sowjetunion die Behebung der drängendsten Kriegsfolgen wie des Wohnungs- und Versorgungsmangels beginnen. Als Hauptschauplatz des Krieges im Osten litt die Ukraine unter immensen materiellen Zerstörungen. Außerdem stand hier die fast vollständige Erneuerung von Parteistrukturen und Verwaltungsbehörden an. In ideologischer Hinsicht waren besondere Anstrengungen zu unternehmen, da die ukrainische Bevölkerung der nationalsozialistischen Einflussnahme ausgesetzt gewesen war. Säuberungen betrafen in der Nachkriegszeit mehrere Großgruppen: aus dem Westen zurückgeholte „Ostarbeiter", Parteimitglieder, die ohne die formale Erlaubnis der Partei auf besetztem Gebiet zurückgeblieben waren, und Ukrainer, die in irgendeiner Weise im deutschen Dienst gestanden hatten. Potentielle und tatsächliche Regimegegner wurden nach einem Filtrations- und Überprüfungsverfahren, aber auch ohne dieses, in Lager gesteckt und in den Osten der Sowjetunion verbannt. Der Kirchenkampf wurde wieder aufgenommen, weil die Religionsgemeinschaften und Sekten während der Okkupation Zulauf bekommen hatten. Die neuen Gebiete im Westen wurden der Sowjetisierung unterworfen. Diese zog sich aber in die Länge, als die Sowjetmacht auf den militanten Widerstand der ukrainischen Untergrundbewegung traf.[1] Dass sich die ukrainische Bevölkerung insgesamt loyal verhielt und für den Arbeitseinsatz verfügbar war, sollte mittels Gewalt wie mittels propagandistischer Methoden sowie durch eine umfassende Politisierung des öffentlichen Lebens erreicht werden. Um sich die Zustimmung der Ukrainer zu sichern, wurden erstmals wieder national-ukrainische politische Elemente zugelassen. Während des Krieges wurde das Adjektiv „ukrainisch" den Bezeichnungen von sowjetischen Armeen und Fronten vorangestellt und der Bohdan-Chmel'nyc'kyj-Orden als militärische Auszeichnung geschaffen. Nach dem Zweiten Weltkrieg durfte die Ukraine eingeschränkt als völkerrechtliches Subjekt wirken. Sie wurde 1945 Gründungsmitglied der Vereinten Nationen, in denen sie neben Weißrussland und Russland einen Sitz erhielt. Damit war die Sowjetunion mit insgesamt drei Stimmen vertreten. Weshalb diese Vorzüge den wieder besetzten baltischen Ländern nicht ebenfalls eingeräumt wurden, hängt wohl damit zusammen, dass diese in der Nachkriegszeit noch viel zu umstritten waren, während die Ukraine im Westen kaum das Interesse politischer Kreise fand. Für die Sowjetregierung stellte die Ukraine das verlässlichere Territorium dar; sie konnte ihr daher eine gewisse außenpolitische Vertretungsfunktion einräumen. Kiev hatte jedoch strikt die

1 Allgemein zur Ukraine nach dem Zweiten Weltkrieg: GOLCZEWSKI Ukraine – Bürgerkrieg und Resowjetisierung, die auf sozialpolitische Kriegsfolgen konzentrierte Analyse von VRONS'KA V umovach vijny; weiter: WENDLAND Die ukrainischen Länder von 1945 bis 1993; SUBTELNY Ukraine, S. 481–495; KAPPELER Kleine Geschichte der Ukraine, S. 223–228; MAGOCSI A History of Ukraine, S. 638–651; BOECKH Kontinuität und Ende der sowjetischen Herrschaft.

Vorgaben des Politbüros zu exekutieren. Die 1949 eingeführten staatlichen Attribute der Ukraine – ein Wappen, eine Fahne und eine Republikhymne (mit einer Preisung Stalins) – symbolisierten aber nicht ihre Eigenständigkeit, sondern ihre Abhängigkeit als Sowjetrepublik.[2] Bei wichtigen politischen Vorgängen wie bei der Festlegung der ukrainischen Grenzen im Westen durfte die ukrainische Regierung nicht mitreden. Der verlässliche Vollstrecker von Stalins Vorgaben in Kiev blieb auch nach Kriegsende Chruščev, der hier eine für seine Karriere entscheidende Station verbrachte.

3.1. Chruščev in der Ukraine

Auf dem 20. Parteikongress im Februar 1956 sprach Chruščev in seiner sogenannten „Geheimrede", die kurz danach im ganzen Land und im Ausland bekannt war, vor den erstaunten Delegierten über die Verbrechen Stalins, über die durch ihn veranlasste Verfolgung von Politikern sowie vom Vorschlag Lenins kurz vor seinem Tod, Stalin als Generalsekretär der Partei abzulösen.[3] Chruščev machte Stalin für den Mord an Kirov 1934, für die hohen Verluste der Roten Armee während des Zweiten Weltkrieges und für die Massenrepressionen nach dem Krieg verantwortlich. Erstmalig nach seinem Tod wurden damit die Vergehen Stalins öffentlich gebrandmarkt. Gleichzeitig fehlte aber eine Reihe von Anklagepunkten. Chruščev verschwieg die Involvierung der Nomenklatur, deren Gefolgschaft er sich dadurch sicherte. Die Verbrechen gegen die Parteikader in den zwanziger und beginnenden dreißiger Jahren wurden ebenso wenig thematisiert wie Chruščevs eigene Verstrickung in die Verbrechen. An diesem Fakt bestanden nie Zweifel, dennoch wurde es von der sowjetischen Geschichtswissenschaft nicht oder nur verhalten kommentiert; Chruščevs Vergangenheit stand lange unter der verklärenden Optik seiner Enthüllungen auf dem 20. Parteikongress. Auch Medvedev lässt nur die Aussage zu, Chruščev habe zwar die Regeln von Stalins Spiel meisterlich erlernt, sei aber niemals zu einem wirklichen Stalinisten geworden.[4]

In der Zwischenzeit ist das Wissen über die Handlungen Chruščevs durch die Öffnung der Archive gewachsen. Es ist nun möglich, seinen Aktionsspielraum genauer auszuloten und den Grad seiner Verantwortung im konkreten Fall nachzuweisen. Jedoch bieten auch die Archivbestände über Chruščev keine lückenlose Überlieferung: Zum einen sorgte er selbst für die Vernichtung kompromittierender An-

2 Die Attribute der sozialistischen Sowjetrepublik behielten nach der Proklamation der ukrainischen Staatlichkeit 1991 eine gewisse Bedeutung für die neue Staatssymbolik; vgl. WILFRIED JILGE Kulturpolitik als Geschichtspolitik. Der „Platz der Unabhängigkeit" in Kiev, in: Osteuropa (2003) Nr. 1, S. 33–57; DERS. Exklusion oder Inklusion? Geschichtspolitik und Staatssymbolik in der Ukraine, in: Osteuropa (2003) Nr. 7, S. 984–994.

3 Vgl. die Dokumentensammlung Doklad N. S. Chruščeva o kul'te ličnosti Stalina na XX s-ezde KPSS. Dokumenty. Moskva 2002.

4 MEDVEDEV Khrushchev, S. 92.

ordnungen, zum anderen befindet sich ein Teil in einem geschlossenen Bestand im Präsidentenarchiv in Moskau, darunter seine Reden auf den ukrainischen Parteikongressen und Sitzungen des ZK.[5] Für seine Zeit in der Ukraine ergibt sich insgesamt das Bild eines Politikers, der sich nach dem Willen Stalins ausrichtete und diesen in relativer Skrupellosigkeit ausführte, ohne jedoch die Rigorosität und Brutalität, wie sie Kaganovič anhaftet, zu verkörpern. Er bewahrte sogar den Anschein der Bodenhaftung und erreichte eine nicht zu unterschätzende Popularität.[6] Die Ukraine, die er bis 1949 als politische Frontfigur leitete, war für ihn – mehr oder weniger zufällig – der Ort seiner Bewährung, an anderer Stelle hätte er sich ebenso engagiert für die Sache Stalins eingesetzt. Sein Lebenslauf und seine zügige Parteikarriere ließen bis zum Krieg keine Zweifel an seiner Loyalität aufkommen:

Geboren 1894 in dem Ort Kalinovka, *gubernija* Kursk in Russland, aus proletarischer Familie stammend, trat er 1918 in die Russische Kommunistische Partei (Bolschewiken) ein, ein Jahr später in die Rote Armee. Von Anfang an unterstützte er Stalin in seinem Ringen mit Trockij, Kamenev und Zinov'ev um die Nachfolge Lenins. Dafür wurde er 1925 belohnt mit dem Posten als Rajons-Parteisekretär von Petrovsk-Marinsk, Gebiet Stalino; im selben Jahr bekannte er sich als nichtstimmberechtigter Delegierter auf dem 9. Kongress der kommunistischen Partei der Ukraine in Charkiv und auf dem 14. Kongress der Allunions-Partei in Moskau zur Gefolgschaft Stalins. Im Oktober 1926 erlangte er den Vorsitz der Gebietsorganisation von Stalino und nahm, diesmal stimmberechtigt, am 10. Kongress der ukrainischen Parteiorganisation und am 15. Kongress der Allunions-Partei teil. Der entscheidende Schritt in Chruščevs Karriere vollzog sich nach kurzem Einsatz in Kiev mit dem Wechsel nach Moskau. Hier studierte er ab 1929 an der Industrie-Akademie, verbrachte aber die meiste Zeit mit Parteiaktivitäten als Sekretär der Parteiorganisation der Akademie, die er von Kritikern Stalins räumte. In dieser Eigenschaft kam er in Kontakt zu Stalins Frau, Nadežda Allilueva, die offenkundig ihren Mann auf Chruščev aufmerksam machte. Als Erster Parteisekretär des Bauman-Distrikts ab 1931 sowie darauf des Krasnaja-Presnaja-Distrikts in Moskau sorgte er zuverlässig für die Entfernung von Opponenten Stalins, wofür er 1932 zum Zweiten Sekretär des Parteikomitees der Stadt Moskau ernannt wurde. Vorgesetzte in dieser

5 SHAPOVAL The Ukrainian Years, S. 18–19; TAUBMAN Khrushchev, S. 120. In diesen Reden, von denen manche in Kopie in Kiever Archiven liegen, finden sich vehemente Aufrufe zur „gnadenlosen" Verfolgung von Spionen und Verrätern (ebenda).

6 Zur Position Chruščevs im System Stalins vgl. unter anderem JU. I. ŠAPOVAL M. S. Chruščev na Ukraïni. Kyïv 1990; BASIL DMYTRYSHYN Khrushchev, Nikita Sergeevich, in: The Modern Encyclopedia of Russian and Soviet History, Vol. 16, S. 191–202; KHRUSHCHEV Nikita Khrushchev; ROY MEDVEDEV Khrushchev. Garden City, New York 1983; A. N. PONOMAREV N. S. Chruščev: put' k liderstvu. Moskva 1990; WILLIAM J. TOMPSON Khrushchev. A Political Life. New York 1995; M. S. Chruščov i Ukraïna. Red. S. V. Kul'čyc'kyj. Kyïv 1995; VLADIMIR ŠEVELEV N. S. Chruščev. Rostov-na-Donu 1999; Nikita Khrushchev. Ed. by William Taubman, Sergei Khrushchev, Abbot Gleason. New Haven 2000. Das neueste und bisher beste Werk ist: WILLIAM TAUBMAN Khrushchev. The Man and his Era. New York 2003.

Stellung waren Kaganovič und Nadežda Krupskaja. Im folgenden Jahr ernannte Stalin ihn zum Zweiten Sekretär des Moskauer Regionalkomitees, bestätigte 1934 seine Mitgliedschaft im ZK der Allunions-Partei und beförderte ihn wieder ein Jahr darauf zum Ersten Sekretär des Moskauer Stadt- und Regionalkomitees. Die Stalinschen Umwälzungen in der Sowjetunion beeinflusste er zwar nicht unbedeutend, jedoch nicht aus der ersten Reihe heraus.

In den Listen der Besucher in Stalins Arbeitszimmer taucht Chruščev 1937 erstmals auf. In den folgenden Jahren steigerte sich sowohl die Anzahl seiner Treffen mit Stalin als auch die dabei verbrachte Zeit: Wurden 1937 nur 15 Besuche über 23 Stunden und 1938 insgesamt 18 Treffen über 44 Stunden registriert, so waren es 1940 insgesamt 34 Besuche mit einer Gesamtlänge von 71 Stunden.[7] Den „Großen Terror" erlebte er zuerst als Leiter der Moskauer Parteiorganisation. Im August 1937 reiste er zusammen mit Molotov und Ežov nach Kiev und zwang dort die drei Partei-Sekretäre zum Rücktritt. Im Januar 1938 trat er selbst als Erster Sekretär der KP(b)U an. Auf dem 18. Parteikongress im März 1939 wurde in das Politbüro gewählt. In der Position als ukrainischer Parteichef sorgte er für die entschlossene Durchsetzung Moskauer Vorgaben: die Russifizierung ukrainischer Schulen, die Verfolgung der ukrainischen Intelligenz und Künstler, die Säuberung der ukrainischen Gesellschaft während der düsteren Jahre der *Ežovščina* und die Einsetzung verlässlicher Kader. Unter der Ägide Chruščevs wurde auch die Sowjetisierung der Westukraine ab 1939 sowie der Nordbukowina und Bessarabiens ab 1940 begonnen, die deren Bewohnern die erste Konfrontation mit der repressiven Sowjetherrschaft bescherte. Durch seine Ämter auf Unionsebene und in der Ukraine war er bis zum Tod Stalins fest in dessen System eingebunden, obwohl er sich 1956 als Entstalinisierer inszenierte und die auch von ihm zu verantwortenden Opfer weder entschuldigte noch hinterfragte.

In der Ukraine fielen staatsterroristische Maßnahmen in den politischen Wirkungskreis Chruščevs. Mit seiner Ankunft in Kiev 1938 als Erster Sekretär der ukrainischen Parteiorganisation intensivierte sich hier der Kampf gegen „Anhänger des trockistischen Untergrunds"; viele von ihnen wurden erschossen, die Zahl der Todesurteile in der Ukraine stieg. Seinen Memoiren ist ein indirekter Hinweis darauf zu entnehmen, dass er NKVD-Listen mit Personen, die von den Organen verfolgt wurden, bewilligte.[8] Im letzten Jahr des „Großen Terrors" 1938 war er in Zusammenarbeit mit dem NKVD in eine Reihe von Anklagen gegen ukrainische Politiker involviert. Dazu gehörte die Inhaftierung von 18 der 31 Ersten und Stellvertretenden Vorsitzenden von Gebietskomitees und von weiteren Vorsitzenden von Exekutivkomitees der Gebiete und Rajons als „Volksfeinde" ab Februar 1938. Von 86 Mitgliedern und Kandidaten des ukrainischen ZK, die auf dem 14. Parteikongress

7 CHLEWNJUK Das Politbüro, S. 380–381.

8 NIKITA S. CHRUŠČEV Memuary Nikity Sergeeviča Chruščeva, in: Voprosy istorii (1990) Nr. 6, S. 90–91.

1938 gewählt worden waren, blieben nur drei auf ihrem Posten.[9] Zwischen 1938 und 1940 wurden in der Ukraine 167.565 Personen verhaftet, mit Chruščevs Einverständnis im Sommer 1938 auch 2.140 höhere Parteiaktivisten, die hingerichtet wurden oder in Lager kamen.[10] Zu ihnen gehörten Kosior und sein Bruder, die wegen angeblicher Leitung einer polnischen Truppenorganisation verurteilt wurden. Der frühere Sekretär der ukrainischen Parteiorganisation N. N. Popov und der frühere Volkskommissar für Innere Angelegenheiten V. A. Balyc'kyj wurden wegen Gründung eines „rechten trockistischen Zentrums" vor Gericht gestellt und weitere Politiker als „Volksfeinde" diffamiert.[11] Die außenpolitische Expansion im Zuge des Hitler-Stalin-Paktes trug Chruščev unbeirrt mit. Die sowjetische Besetzung Ostpolens 1939 stellte für ihn zeitlebens eine historische Notwendigkeit dar, um alle ukrainisch besiedelten Gebiete zusammenzufassen; die Sowjetisierung der Westukraine fand unter seiner Führung und Mitwirkung statt.

Chruščev hatte zwar bisher keinen Zweifel an seiner Regimetreue aufkommen lassen, war jedoch bis zum Zweiten Weltkrieg auch nicht in die erste Garde von Stalins Zöglingen aufgenommen worden: Er wurde kein Mitglied des GOKO, dennoch blieb er fester Bestandteil der Stalinschen Herrschaftsmaschinerie. Bei Kriegsbeginn hatte er die Evakuierung ukrainischer Arbeiter, Funktionäre und Betriebe aus der Ukraine durchzuführen, unter seiner Führung wurden Anlagen zerstört, die dem Feind von Nutzen sein konnten, und Gefängnisinsassen ermordet, bevor die Rote Armee vor der Wehrmacht abrückte. Bei der Organisation der sowjetischen Partisanen spielte Chruščev, der den Rang eines Generalleutnants erhielt, nur eine untergeordnete Rolle. Jedoch trat er als Stalins persönlicher Abgesandter an verschiedenen Kriegsfronten auf. In dieser Eigenschaft stellte er die Verbindung zwischen den Generälen und der *Stavka* her und kontrollierte die Kampfbereitschaft und Moral der Truppen an der Front. Misstöne entstanden, als ihm Stalin die Niederlage der Roten Armee in Charkiv 1942 zur Last legte. Die Scharte wurde aber ausgewetzt, als Chruščev als politischer Berater (Kommissar) an der Front in Stalingrad triumphierte. Insgesamt erlebte Chruščev den Krieg an vorderster Front, konfrontiert mit den Zerstörungen des Landes und den Entbehrungen der Zivilbevölkerung und unter persönlichem Opfer: Er verlor seinen ältesten Sohn Leonid.

Nach dem Krieg schien Chruščev zielbewusst seine politische Karriere fortzusetzen. Im Februar 1944 wurde er Vorsitzender des ukrainischen Rats der Volkskommissare (ab 1946 umbenannt in Ministerrat). Damit war er voll verantwortlich für den Wiederaufbau der zerstörten Ukraine, für die Wiederherstellung der landwirtschaftlichen und großindustriellen Betriebe, darunter der Donbas, und für die Mobilisierung einer großen Zahl von Arbeitskräften. In die Restauration der politischen Ordnung war Chruščev ebenfalls eingeschaltet, wenngleich die Entscheidungsträger in Moskau saßen. Ob Partisanenkampf, Umsiedlung von Polen, Ukrainern, Juden

9 NAUMOV Repression and Rehabilitation, S. 91.
10 Ebenda, S. 91–92.
11 SHAPOVAL The Ukrainian Years, S. 19.

sowie Tschechen und Slowaken, Liquidierung der unierten Kirchen oder die Bekämpfung der Hungersnot, die Befehle dafür gingen zwar von Moskau aus, Chruščev aber war ihr Koordinator und Organisator, er machte – in durchaus drastischer Sprache – Vorschläge für ihre Durchführung und wies untergeordnete Behörden an. Dabei beschränkte sich seine Entscheidungsfreiheit nicht nur auf wirtschaftliche Angelegenheiten. In der Auslotung des Spielraums bei der Umsetzung der Stalinschen Anordnungen liegt die Verstrickung Chruščevs in die stalinistischen Verbrechen begründet. Nur selten nutzte er seine Macht für Verfolgte wie für ukrainische Künstler. Dies zeugte zwar durchaus von Mut angesichts der politischen Umstände, allerdings ging er kein Risiko ein und ließ Schützlinge wie den ukrainischen Regisseur Dovženko fallen, als er Gegenwind aus Moskau spürte.

Eine ernste Konfrontation mit dem Moskauer Alleinherrscher, die zur partiellen Entmachtung Chruščevs führte, entstand im März 1947. Seine Absetzung als Parteisekretär wird von Chruščev selbst und auch allgemein[12] auf seine Haltung in der Agrarkrise und der Hungersnot in den Jahren 1946/47 zurückgeführt.[13] Eine Dürre im Sommer und staatliche Fehlplanungen hatten eine verheerende Lebensmittelknappheit und den Tod mehrerer Hunderttausender in der Ukraine, der Moldau und in den südlichen Regionen Russlands verursacht. Chruščev und andere Politiker machten Stalin auf die Ausmaße der Lebensmittelknappheit aufmerksam und unterbreiteten ihm die Bitte, Saatgut und weitere Unterstützung zu schicken. Chruščevs Version zufolge habe ihn Stalin in einem beleidigenden Telegramm als „zweifelhaften Typen" bezeichnet und ihn nach Moskau beordert. Er sei auf alles vorbereitet gewesen, selbst auf die Anklage als „Volksfeind". Dennoch habe er sich entschlossen, Stalin gegenüber vom Hunger in der Ukraine zu sprechen. Dies habe jenen noch mehr erzürnt. Er habe Chruščev als Schwächling, mit dessen Sentimentalität gespielt werde, bezeichnet und erklärt, er lasse sich hinters Licht führen, damit die staatlichen Reserven angegriffen werden müssten.[14] Daraufhin wurde er als Parteisekretär durch Lazar Kaganovič abgelöst.

Unabhängig von dieser Episode scheint das Misstrauen Stalins gegenüber Chruščev jedoch tiefer gegangen zu sein, denn Stalin verdächtigte ihn indirekt der ukrainischen Parteilichkeit. Bei seiner Berichterstattung über die Lage in der Ukraine waren Chruščev nämlich einige gravierende Fehleinschätzungen unterlaufen, die Stalin dazu veranlassen mussten, an der Verlässlichkeit seines Kiever Statthalters zu zweifeln. Wie noch zu zeigen sein wird, betonte der ukrainische Parteichef nämlich konsequent die sichere Position der Partei in der Ukraine und die Harmlosigkeit einer möglichen Opposition. Dies führte zu einem Fehlurteil über die unierte Kirche in Galizien, zu deren Liquidierung sich Stalin bereits entschlossen hatte, sowie zu einer Untertreibung des Ausgreifens der UPA, die nicht sofort endgültig ausgeschaltet

12 So von MEDVEDEV Khrushchev, S. 43.
13 JU. ŠAPOVAL Mykyta Chruščov, in: Istorija Ukraïny v osobach, S. 242–249, hier S. 247.
14 Die genauen Passagen in den Memoiren: CHRUŠČEV Vremja. Ljudi. Vlast', tom 4, S. 8–15.

werden konnte.[15] Ein weiterer Faktor, der den Argwohn Stalins geweckt haben mag, war ein „Chruščev-Kult"[16] nach dem Kriegsende in Kiev: Zeitungen druckten Bilder von ihm und Dankesbriefe an ihn ab, Plakate mit seinem Konterfei schmückten – neben jenen Stalins – die Stadt bei Festlichkeiten. Chruščev, der sich gern als „Mann des Volkes" gab, muss seine Darstellung nicht angeordnet haben, ließ sie aber zweifellos zu und war sich ihres propagandistischen Zwecks bewusst.[17] Weiter hatte Chruščev 1944 versucht, Stalin zu einer nochmaligen territorialen Vergrößerung der Ukraine zu bewegen, einmal auf Kosten Polens im Gebiet Chełm, dann auf Kosten Russlands durch die Übergabe der Krim (was Chruščev 1954 tatsächlich durchführte).[18] Zusammengenommen scheint für Stalin somit das Bild entstanden zu sein, Chruščev habe ein politisches Eigenleben begonnen und müsse daher redisziplinier werden. Während aber noch sein Vorgänger gesäubert worden war, behielt Chruščev teilweise seine Position und erhielt mit Kaganovič lediglich eine Kontrollinstanz an die Seite.

Kaganovič trat in der Ukraine eine zweite Amtszeit an, nachdem er bereits 1925–1928 Erster Parteisekretär der Ukraine war.[19] In dieser Eigenschaft hatte er 1928 Chruščev zum Leiter des Orgbüros des ukrainischen ZK berufen.[20] Die erneute Abordnung in die Ukraine bedeutete für Kaganovič eine Degradierung und war von Vorneherein als Übergangseinsatz und Test für Chruščev geplant, mit dem die Ukraine wieder auf Vordermann gebracht werden sollte.[21] Kaganovič wurde von jeher als „Ausputzer" bei zweifelhaften Situationen in Regionen, die stärker an die Zentrale in Moskau und an Stalin gebunden werden sollten, eingesetzt. Unter seinem Kommando begann in der Ukraine ein härteres Regime, das rigoros gegen alle Formen des „ukrainischen bourgeoisen Nationalismus" vorging. Auch Fehler und Un-

15 Vgl. näher in den Kapiteln über die unierte Kirche in Galizien und den Widerstand der UPA.

16 Dies die Bezeichnung bei MEDVEDEV Khrushchev, S. 41.

17 So ließ sich Chruščev während des Zweiten Weltkrieges ständig bei seiner Arbeit photographieren; dennoch stand die öffentliche Ehrung seiner Person in keinem Verhältnis zum Ausmaß des Stalinkults; vgl. TAUBMAN Khrushchev, S. 174, 187–188.

18 Ebenda, S. 186 (mit Archivbeleg eines Briefes Chruščevs an Stalin zu dieser Angelegenheit).

19 Zu dem langjährigen Mitarbeiter Stalins Kaganovič, der 1991 mit 98 Jahren verstarb, vgl. unter anderem seine Memoiren: LAZAR' MOISEEVIČ KAGANOVIČ Pamjatnye zapiski rabočego, kommunista-bol'ševika, profsojuznogo, partijnogo i sovetsko-gosudarstvennogo rabotnika. Moskva 1996; weiter: FELIKS ČUEV Tak govoril Kaganovič. Moskva 1992; Stalin i Kaganovič. Perepiska. 1931–1936 gg. Moskva 2002; sowie die kurzen Darstellungen von JU. I. ŠAPOVAL Lazar Kahanovyč. Kyïv 1994; DERS. Kahanovyč na Ukraïni, in: UIŽ (1990) Nr. 10, S. 117–129; weiter MATTHIAS VETTER Lasar Moisejewitsch Kaganowitsch 1893–1991. Biographische Skizze, in: Zeitgeschichte 22 (1995) S. 46–61.

20 Kaganovič kannte Chruščev seit 1917; bei seiner Berufung nach Charkiv, der damaligen ukrainischen Hauptstadt, war Chruščev Mitglied des Büros des Parteikomitees von Stalino gewesen (vgl. SHAPOVAL The Ukrainian Years, S. 14; TAUBMANN Khrushchev, S. 66).

21 MARPLES Stalinism in Ukraine in the 1940s, S. 96; ebenda, S. 82–96, über den Einsatz Kaganovičs in der Ukraine 1947.

zulänglichkeiten bei der Planerfüllung wurden als solcher ausgelegt.[22] Dabei führte Kaganovič im Auftrag Stalins einen Schlag gegen die ukrainische Intelligenz aus, insbesondere gegen die Schriftsteller. Eine Serie von Beschlüssen des ZK der KP(b)U hatte bereits 1945 das ukrainische Kulturleben attackiert, darunter der Beschluss vom September 1945 gegen das Satiremagazin „Perec'" (Pfeffer). Die Zeitschrift „Vitčyzna" (Vaterland) wurde im September 1946 angegriffen, dem Zeitpunkt, als auch Beschluss „Über das Repertoire der Dramen- und Operntheater der USSR und Maßnahmen zu ihrer Verbesserung" fiel.[23] Letzterer klagte den „ukrainischen bourgeoisen Nationalismus" an und monierte, dass die ukrainischen Theater während der letzten drei Jahre keine einzige Oper mit einem sowjetischen Sujet aufführen ließen.[24]

Die Kampagne wurde auf die Geschichtsschreibung ausgeweitet. „Ernsthafte Fehler und Irrtümer bourgeois-nationalistischen Charakters" entlarvte der Beschluss des ZK der KP(b)U „Über die politischen Fehler und die unzureichende Arbeit des Instituts für Geschichte der Ukraine an der Akademie der Wissenschaften der USSR" vom 29. August 1947. Die Arbeiten des früheren Direktors M. N. Petrovs'kyj mit dem Titel „Vozz'jednannja ukraïns'koho narodu v jedynij Ukraïns'kij deržavi" (Die Vereinigung des ukrainischen Volkes in einem einzigen ukrainischen Staat, 1944) und „Nezlamnyj duch velykoho ukraïns'koho narodu" (Der ungebrochene Geist des großen ukrainischen Volkes, 1943) seien „bourgeois-nationalistischen" Charakters und im Sinne des ukrainischen Historikers Hruševs'kyj verfasst.[25] In der gleichen Weise kritisiert wurden der vom Institut herausgegebene „Korotkyj kurs istorii Ukraïny" (Kurzer Kurs der Geschichte der Ukraine, 1941 erschienen), der 1942 in Ufa publizierte „Narys istorii Ukraïny" (Abriss der Geschichte der Ukraine) sowie der 1943 herausgegebene erste Band der „Istorija Ukraïny" (Geschichte der Ukraine).[26] Heftige Angriffe erfuhr auch der „Narys isto-

22 BILAS Represyvno–karal'na systema v Ukraïni, Kn. 1, S. 286; ŠAPOVAL U ti trahični roky, S. 130.

23 BARAN, DANYLENKO Ukraïna v umovach systemnoï kryzy, S. 42–43.

24 SERHY YEKELCHYK *Diktat* and Dialogue in Stalinist Culture: Staging Patriotic Historical Opera in Soviet Ukraine, 1936–1954, in: Slavic Review 59 (Fall 2000) no. 3, S. 597–624, hier S. 605.

25 Der ukrainische Historiker und Politiker Mychajlo Hruševs'kyj (1866–1934), unter Stalin verfolgt, führte die Ursprünge der modernen Ukraine auf die Kiever Rus' zurück. Die sowjetische Konzeption der geschichtlichen Entwicklung der Ukraine betrachtete hingegen die Ukraine als Teil des russländischen Imperiums und gab die Formulierung vor, die Kiever Rus' sei ein russländischer, kein ukrainischer Staat gewesen. Zur Rehabilitierung Hruševs'kyjs vgl. BOHDAN W. KLID The Struggle Over Mykhailo Hrushevs'kyi: Recent Soviet Polemics, in: Canadian Slavonic Papers 33 [March 1991] No. 1, S. 32–45, die Spezialausgabe von Archivy Ukraïny (1996) Nr. 1–3 zu Archivbeständen über Hruševs'kyj; NKVD-Berichte über die letzten zehn Lebensjahre Hruševs'kyjs dokumentiert in: VOLODYMYR PRYSTAJKO, JURIJ ŠAPOVAL Mychajlo Hruševs'kyj i GPU-NKVD. Trahične desjatylittja: 1924–1934. Kyïv 1996.

26 ŠAPOVAL U ti trahični roky, S. 131–132; BARAN, DANYLENKO Ukraïna v umovach systemnoï kryzy, S. 28.

rij ukraïns'koï literatury" (Abriss der Geschichte der ukrainischen Literatur), unter anderem, weil er nicht den „Kampf der Partei der Bolschewiken gegen die Volksfeinde, die Trockisten, Bucharinisten, gegen die ukrainischen bourgeoisen Nationalisten, die Šums'kisten, Chvyl'ovinisten und Skrypnykisten" darstelle, welche die „Literatur als Mittel dazu ausnutzten, um das ukrainische Volk vom großen russischen Volk abzusondern und die Sowjetukraine in eine Kolonie des deutschen Imperialismus umzuwandeln".[27]

Nicht nur die Intelligenz, sondern alle Parteimitglieder traf die Kampagne „gegen den Nationalismus als Hauptfeind der KP(b)U". Der Beschluss des ZK der KP(b)U über die Verbesserung der „ideen-politischen Erziehung" der Kader und über den Kampf gegen „bourgeois-ideologische Erscheinungen in der Ideologie" vom Mai 1947 zog eine breite Säuberung aller politischen Ämter nach sich. In sieben Monaten des Jahres 1947 wurden fast 38% der Sekretäre der Rajonkomitees, 64 % der Exekutivkomitees und zwei Drittel der Direktoren der MTS abgelöst. 312 Leiter von Kolchosen wurden zu Lagerhaft von drei bis zehn Jahren verurteilt, zwei wurden erschossen.[28]

Das Verhältnis zwischen Chruščev und Kaganovič in Kiev war nicht konfliktfrei, obwohl beide versuchten, dies nicht nach außen zu tragen. Dass Kaganovič in den zwanziger Jahren Chruščevs Karriere befördert hatte und nun beide auf derselben hierarchischen Stufe standen, machte die Situation nicht leichter. Eine schwere Krankheit Chruščevs – eine Lungenentzündung, die von Juni bis September anhielt – verhinderte zudem längere Zeit sein öffentliches Auftreten, so dass er mit den antiukrainischen Kampagnen Kaganovičs nicht direkt in Verbindung gebracht werden konnte.[29] Der Versuch, die Distanz zu halten, wird auch daran sichtbar, dass Kaganovič seine offiziellen Berichte nach Moskau sandte, ohne sie von Chruščev zeichnen zu lassen. Von Stalin deswegen kritisiert, antwortete Chruščev, es stehe nicht in seiner momentanen Kompetenz, Parteiangelegenheiten zu signieren.[30]

In ihren Lebenserinnerungen beurteilten beide Politiker ihre Meinungsverschiedenheiten in Kiev unterschiedlich. Kaganovič gab lediglich an, Chruščev, mit dem er vorher bereits zusammengearbeitet hatte, habe ihm erklärt, er sei zufrieden damit, dass er als Erster Sekretär des ZK nach Kiev gekommen sei. Kaganovič habe dies als aufrichtige Äußerung verstanden und „freundschaftlich" mit ihm zusammengearbeitet.[31] Chruščev hingegen betonte, sein Verhältnis zu Kaganovič in Kiev sei wegen dessen Vorgehen erstens gegen Juden – obwohl jener selbst jüdischer Abstam-

27 Auszug aus dem ZK-Beschluss vom 24. August 1946 in: Nacional'ni procesy v Ukraïni, č. 2, S. 406–409, hier S. 407. Zu den Attacken Kaganovičs auf die ukrainischen Historiker vgl. YEKELCHYK Stalin's Empire of Memory, S. 77–81.

28 V. M. DANYLENKO Borot'ba z „ukraïns'kym buržuaznym nacionalizmom", in: Polityčnyj teror i teroryzm v Ukraïni, S. 707–724, hier S. 709.

29 SHAPOVAL The Ukrainian Years, S. 36; DERS. Lazar Kahanovyč. Kyïv 1994, S. 36–37.

30 TAUBMANN Khrushchev, S. 204.

31 KAGANOVIČ Pamjatnye zapiski rabočego, S. 489.

mung war – und zweitens gegen die „ukrainischen Nationalisten" „unerträglich" belastet gewesen.[32] Er gibt zwar an, „alles getan zu haben, um den Druck von Kaganovič auf die Pseudonationalisten" abzuschwächen, aber die „politischen Fragen" (eingeschlossen die militärischen) seien in erster Linie in die Kompetenz der Parteiführung und des Sekretariats des ZK gefallen, an dessen Arbeit er als Vorsitzender des Ministerrates in Kiev nicht beteiligt gewesen sei. Damit entledigte sich Chruščev der Verantwortung für den blutigen Kampf gegen die UPA, obwohl seine Einbindung darin aktenmäßig zu belegen ist; ansonsten ist in seinen Erinnerungen fast nichts mehr über die OUN/UPA zu finden. Inwieweit Kaganovič bei seinem Einsatz in der Ukraine Stalins Rückendeckung besaß, ist schwer zu beurteilen; es gibt Anzeichen dafür, dass jedenfalls seine Kampagne gegen die ukrainische Historiographie nicht voll von Moskau unterstützt wurde und wegen der daraus resultierenden schwachen Teilnahme Kiever Historiker keinen Durchschlag brachten.[33] Kaganovič wurde bald abgelöst; ein Beschluss des ukrainischen ZK vom Dezember 1947 enthob ihn des Amtes des Ersten Parteisekretärs; als solcher ersetzte ihn wieder Chruščev. Dieser hatte durch die guten Ernteergebnisse des Jahres 1947, welche die Planziele übertrafen, das Vertrauen Stalins wieder gewonnen.

Dennoch blieb der repressive Charakter der Politik Kievs bestehen, denn die Beseitigung „antisowjetischer Erscheinungen" fand unter Chruščev eine Fortsetzung. Ein Beschluss des ukrainischen Obersten Sowjet vom Februar 1948 sah für Kolchosbauern, die ihre Arbeit nicht sorgfältig versahen und „antisozial" und „parasitär" auf Kosten ihrer Kolchose lebten, die Deportation vor; der Vorschlag dazu kam von Chruščev, um die Arbeitsdisziplin zu erhöhen. In der Folge wurden bis Juni 1950 aus der Ukraine 11.991 „Parasiten" exiliert, darunter Kranke und alte Leute, die nicht mehr arbeiten konnten, Kriegsversehrte und Personen, die wegen persönlicher Differenzen von anderen denunziert wurden.[34] Auch die Verfolgung nationalukrainischer Tendenzen hielt an; am bekanntesten ist das Verbot des Gedichtes „Ljubit' Ukraïnu" des Autors V. Sosjura 1951. Die Kampagne gegen „Kosmopoliten", der Juden und westlich orientierte Intellektuelle zum Opfer fielen, sowie die Exzesse gegen Kritiker des Biologen Lysenko 1948 wurden zwar von Stalin initiiert, aber von Chruščev ausgeführt und mitgetragen. Chruščev blieb verantwortlich für die innenpolitische Entwicklung der Ukraine, bis er im Dezember 1949 zum Ersten Parteisekretär des Moskauer Stadt- und Regionalkomitees befördert wurde.

Das von Moskau gewünschte harte Durchgreifen gegenüber jeder nationalukrainischen Äußerung nach dem Zweiten Weltkrieg bewirkte, dass in der Ukraine eine Atmosphäre des „geistigen Terrors"[35] aufrechterhalten und eine politische Op-

32 CHRUŠČEV Vremja. Ljudi. Vlast', tom 4, S. 18.

33 So die archivgestützte Argumentation von SERHY YEKELCHYK How the "Iron Minister" Kaganovich failed to discipline Ukrainian Historians: A Stalinist ideological campaign reconsidered, in: Nationalities Papers 27 (1999) Nr. 4, S. 579–604.

34 TAUBMANN Khrushchev, S. 207.

35 ŠAPOVAL U ti trahični roky, S. 131.

position wirkungsvoll unterdrückt wurde. Insgesamt hatte Stalin in Chruščev einen willigen und karrierebewussten Satrapen für die Ukraine gefunden, die mit diesem fest unter der Kontrolle Moskaus blieb. Chruščev selbst vermochte es, weiter unbehelligt in Kiev zu agieren, auch weil er zu den lokalen NKVD-Leuten, die jeden seiner Schritte beobachteten, ein gutes, sogar ein „Vertrauensverhältnis“[36] herstellte. Dass Chruščev nach dem Tod Stalins das Rennen um seine Nachfolge letztlich gewann, hängt auch damit zusammen, dass er nicht aus der ersten Reihe der Stalinschen Gefolgsleute kam und praktische politische Erfahrungen und persönliche Verbindungsstränge in der Ukraine besaß. Nach dem Krieg sicherte sich Chruščev die Loyalität einiger hoher Parteifunktionäre im ukrainischen Ministerium für Staatssicherheit, auf die er während der Übergangsphase nach Stalins Tod zurückgreifen konnte. Dazu gehörten die stellvertretenden Minister und ehemaligen Leiter der Staatssicherheit in der Ukraine Serov, Savčenko, Rjasnoj sowie Epišev, ebenfalls stellvertretender Minister, der in Odessa und Charkiv als Sekretär der Gebietskomitees für Personalfragen eingesetzt gewesen war.[37] Weitere ukrainische Politiker, denen Chruščev bei ihrer Karriere geholfen hatte und die später eine Rolle unter Chruščev als sowjetischer Staatsführer spielten, waren A. I. Kiričenko, L. R. Korniec und D. S. Korotčenko. In der Karriere L. I. Brežnevs spielte Chruščev eine Rolle: 1937 verhalf er ihm zu einem Posten in der Stadtverwaltung von Dnipropetrovs'k. Auf Chruščevs Empfehlung trat er 1946 als Erster Sekretär des Gebietsparteikomitees von Zaporižžja, 1947 von Dnipropetrovs'k an und wurde 1950 zum Ersten Sekretär des ZK der KP der Moldauischen SSR ernannt.[38]

3.2. Die Kriegsopfer

Die Opfer der Kriegshandlungen

Der Preis des Sieges über NS-Deutschland war immens. Zwar wurden offizielle Erhebungen der Opferzahlen unternommen, jedoch blieben diese bis in die Gegenwart ein Politikum. In ihre Zahl werden dabei traditionell nur die Opfer der direkten Kriegshandlungen, also im Feld gefallene, getötete, vermisste und gefangengenommene Soldaten, eingeschlossen. Unbeachtet bleiben die Opfer der mittelbaren und unmittelbaren Kriegsfolgen, die durch Selbstmord, Krankheit, Verwundungen und Unfälle umkamen, und weiter auch Zivilisten, die erst nach dem Krieg, aber kriegsbedingt umkamen. Die Berechnung der genauen Zahlen wird durch sich widersprechende Angaben in den zeitgenössischen deutschen und sowjetischen Quellen bzw. durch fehlende Statistiken der unmittelbaren Vorkriegszeit in der Sowjetunion er-

36 KHRUSHCHEV Nikita Khrushchev, S. 3.
37 SUDOPLATOW, SUDOPLATOW Der Handlanger der Macht, S. 404.
38 Vgl. SERGEI CHRUSCHTSCHOW Nikita Chruschtschow. Marionette des KGB oder Vater der Perestroika. Hrsg. von William Taubman. München 1991, S. 492.

schwert.[39] So wurde beispielsweise der Zensus des Jahres 1939, der 197,1 Million Einwohner der Sowjetunion angibt, erst in den neunziger Jahren veröffentlicht.[40] Bis 1959 gab es keine weitere Volkszählung mehr. Außerdem ist in sowjetischen Statistiken über die Kriegsopfer nicht klar, ob auch die Angehörigen von auf deutscher Seite kämpfenden Militäreinheiten mit russischen, ukrainischen und anderen sowjetischen Soldaten wie die UPA- und Vlasov-Truppen einbezogen werden. Zudem war die Zahl der Kriegsopfer eine propagandistisch bedeutsame Angelegenheit. Sie durfte nicht zu hoch angesetzt werden, weil dies als eine vermeintliche Schwäche ausgelegt werden konnte. Stalin gab nach vier Monaten Krieg 350.000 Tote, 378.000 Vermisste und 1.020.000 Verwundete an.[41] In einem Interview der „Pravda" am 13. März 1946 legte er sich auf eine Zahl von sieben Millionen toten Soldaten und Zivilisten fest; eine ähnliche Zahl wurde von der Sowjetregierung auch für die Verluste auf deutscher Seite vermutet. Damit sollte die Schwäche der Sowjetunion während des Krieges vor den Alliierten verborgen werden. Die Angabe steht auch in Zusammenhang mit der Rede Churchills in Fulton über eine sich anbahnende Trennung der Kriegsalliierten.[42] Sie wurde für Jahrzehnte zur führenden Größe, erfährt aber weiterhin ständig eine Korrektur nach oben.[43] Chruščev erhöhte als erster auf 20 Millionen, Gorbačev sogar auf 27 Millionen sowjetische Kriegstote.[44] Volkogonov geht von 26 bis 28 Millionen Kriegstoten aus, von denen mindestens zehn Millionen bei Kriegshandlungen starben.[45] Die höchste, aus dem Jahr 1989 stammende, russische Schätzung lautet 40 Millionen sowjetischer Todesfälle bis zum Jahr 1945, die sowohl militärische Opfer – etwa 15–20 Millionen – als auch Zivilisten, „Ostarbeiter", Repatriierte, im Holocaust ermordete Juden und in den stalinistischen Lagern Umgekommene umfasst.[46] Die hier zugrunde gelegte Berechnungsmethode erschließt das Bevölkerungsdefizit in der Sowjetunion nach dem

39 Ein zusammenfassender Überblick über den „Preis des Krieges" bei MERCALOV, MERCALOVA Stalinizm i vojna, S. 370–394.

40 Vsesojuznaja perepis' naselenija 1939 goda. Osnovye itogi. Sost. Ju. A. Poljakov. Moskva 1992. Zur Organisation der Volkszählung von 1939 vgl. V. B. ŽIROMSKAJA Vsesojuznye perepisi naselenija 1926, 1937, 1939 godov, in: Istorija SSSR (1990) Nr. 3, S. 84–103.

41 J. W. Stalin. Reden, Ansprachen, Tagesbefehle, S. 77–92: Rede vor dem Moskauer Sowjet am 6. November 1941, hier S. 80.

42 BONWETSCH »Ich habe an einem völlig anderen Krieg teilgenommen«, S. 152.

43 Eine Übersicht über die in den letzten Jahren angestellten Berechnungen auf sowjetischer und russischer Seite bei ERICKSON Soviet War Losses.

44 KUČEMKO, OLIJNYK Dejaki problemy istoriï Velykoï Vitčiznjanoï Vijny, S. 11; STECOVSKIJ Istorija sovetskich repressij, tom 1, S. 90. Diese Zahl geht zurück auf eine Untersuchung der Verwaltung für Bevölkerungsstatistik der Staatlichen Kommission für Statistik der UdSSR und des Zentrums für die Erforschung des Problems der Bevölkerung an der Staatlichen Moskauer Lomonossov-Universität des Jahres 1989; vgl. G. F. KRIVOŠEEV V pervych straženijach, in: Voenno-istoričeskij žurnal (1991) Nr. 2, S. 10–16, hier S. 12.

45 WOLKOGONOV Stalin, S. 683.

46 V. I. KOZLOV O ljudskich poterjach Sovetskogo Sojuza v Velikoj Otečestvennoj Vojne 1941–1945 godov, in: Istorija SSSR (1989) Nr. 2, S. 132–139, hier S. 138.

Krieg sowohl über die direkten Kriegsopfer als auch über Schätzungen des natürlichen negativen Bevölkerungswachstums während des Krieges.[47] Eine ausführliche Publikation von Statistiken über die gesamten sowjetischen Kriegsverluste der Jahre 1918 bis 1989, die unlängst erschienen ist und auch für den Zweiten Weltkrieg neue archivgestützte Berechnungen liefert,[48] geht von folgenden militärischen Verlusten aus:

Tabelle 1. Verluste der sowjetischen Armee und Marine im Krieg gegen Deutschland (22.6.1941–9.5.1945) und gegen Japan (9.8–2.9.1945)[49]

	Personen
bei militärischen Handlungen getötet	5.187.190
Verwundungen erlegen	1.100.327
verstorben infolge von Krankheiten, aufgrund eines Unfalls oder zum Tod Verurteilte	541.920
Vermisste, Kriegsgefangene[50]	4.455.620
insgesamt	11.285.057

47 Eine ähnliche Schätzung geht von 47–50 Millionen Menschenverlusten (ERICKSON Soviet War Losses, S. 257) bzw. minimal 47–48 Millionen aus (V. E. KOROL The Price of Victory: Myths and Reality, in: The Journal of Slavic Military Studies 9 [1996] Nr. 2, S. 417–426, hier S. 424).

48 Grif sekretnosti snjat. Poteri vooružennych sil SSSR v vojnach, boevych deistvijach i voennych konfliktach. Statističeskoe issledovanie. Izd. G. V. Krivošeev. Moskva 1993; Übersetzung unter dem Titel Soviet Casualties and Combat Losses in the Twentieth Century. Hier auf S. 83–280 eine Aufstellung über die sowjetischen Verluste während des Zweiten Weltkrieges. Das Buch ist aus der Perspektive des russischen Militärs verfasst. Der Hauptherausgeber Krivošeev ist Generaloberst und Kandidat der militärischen Wissenschaften. Die Rolle der Roten Armee wird grundsätzlich positiv dargestellt („Soon after the start of World War II, the Soviet government took the decision to send Soviet troops into Western Ukraine and Western Byelorussia"; ebenda, S. 57; „Soviet troops also helped Czechoslovakia and the Yugoslav Army to liberate their countries from Nazi occupation. In Austria, Norway and Denmark, too, the heroism of the Soviet soldier is remembered.", ebenda, S. 226; „People in the occupied countries closely followed events in the Soviet Union. They saw the Red Army as their liberators and therefore wished them success, […]", ebenda, S. 225). Die Ergebnisse der Aufstellungen sind dennoch bemerkenswert. Eines ist, dass die Verluste der Roten Armee auch nach dem Sieg von Stalingrad in den Jahren 1943–1945 nicht wesentlich geringer waren als 1941–1942 (ebenda, S. 98 u.a.). Außerdem werden die Verluste der sowjetischen Luftstaffel deutlich kritisiert, von denen die Hälfte auf die Disziplinlosigkeit der Besatzungen, schlechtes Pilotentraining sowie auf Konstruktionsfehler zurückging (ebenda, S. 259).

49 Soviet Casualties and Combat Losses, S. 86. Dabei werden die Verluste des Kriegs gegen Japan mit insgesamt 12.031 Personen angegeben (ebenda). Die Verluste von Grenz- und internen Truppen werden jedoch ausgenommen.

50 An anderer Stelle wird die Zahl der kriegsgefangenen sowjetischen Soldaten mit 4.559.000 angegeben (ebenda, S. 236).

Für die Ukraine sind die Zahlen ähnlich schwierig einzuordnen. Die Außerordentliche Kommission der Ukrainischen SSR, die für die Erhebung der Kriegsschäden verantwortlich war, geht im Jahr 1945 davon aus, es seien 4.496.574 Sowjetbürger (in der Ukraine) getötet worden, darunter 3.178.084 Zivilisten und 1.318.463 Kriegsgefangene; 2.023.112 Sowjetbürger wurden als „Ostarbeiter" deportiert.[51] Die kommunistische Historiographie rundet auf sechs Millionen Kriegstote in der Ukraine auf.[52] Der spätere Erste Parteisekretär der Ukraine Ščerbyc'kyj gab 1974 eine Zahl von 6.750.000 ukrainischen Kriegstoten an.[53] In der westlichen Historiographie wird die Anzahl der Kriegstoten in der Ukraine auf 5,3 bis 5,5 Millionen beziffert.[54]

Unbestreitbar waren die demographischen Verluste in der Ukraine verheerend. Die Bevölkerungszahlen von 1941 – noch ohne die Karpaten-Ukraine und die Krim, die erst 1954 an die Ukraine kam – wurden erst 1960 mit 42,1 Millionen wieder erreicht.[55] Die Schwierigkeit bei den Zahlen liegt auch darin, dass oft nicht angegeben wird, ob die Karpaten-Ukraine und die Krim ebenfalls einbezogen wurden; es ist auch unklar, ob die anzunehmende Geburtenrate mit berechnet wurde und ob es um Kriegsopfer allgemein oder um Tote geht. Ferner können bereits auf der Ebene der Gebiete die Zahlen gerundet und ungenau weitergegeben worden sein. Während die Außerordentliche Staatliche Kommission für die Erhebung der Kriegsschäden von 212.702 ermordeten Zivilisten im Gebiet Odessa ausging,[56] hieß es auf einer Parteiversammlung in Odessa 1945, unter der rumänischen Besatzung seien im Gebiet Odessa insgesamt 279.000 Sowjetbürger Opfer der Fremdherrschaft geworden, indem sie zu Tode gequält, getötet und ins Gefängnis gesteckt worden waren.[57] Es wird jedoch nicht differenziert, ob sie umgebracht oder, ohne ihr Leben zu verlieren, in sonstiger Weise Schaden erlitten hatten. Auffälligerweise rundete, und dies ist ein Beispiel für den sorglosen Umgang mit statistischen Angaben, die Gebiets-Versammlung der Partei im Jahr 1948 die Zahl der Opfer dann auf und erklärte sie allesamt zu Toten. Nun hieß es, dass in der Zeit der Okkupation des Gebiets Odessa insgesamt 280.000 Sowjetbürger erschossen und zu Tode gequält worden sind.[58] In

51 Nazi Crimes in Ukraine, S. 172. Ebenda (S. 13) höhere Zahlen der Kommission: über fünf Millionen Kriegstote in der Ukraine, darunter 3,8 Millionen Zivilisten und 1,5 Millionen Kriegsgefangene, sowie 2,4 Millionen „Ostarbeiter".

52 MAJSTRENKO Istorija komunistyčnoï partiï Ukraïny, S. 172.

53 Nach TARAS HUNCZAK The Ukrainian Losses during Word War II, in: A Mosaic of Victims, S. 116–127, hier S. 122.

54 SUBTELNY Ukraine, S. 479; MAGOCSI A History of Ukraine, S. 638; POHL Schlachtfeld zweier totalitärer Diktaturen – die Ukraine im Zweiten Weltkrieg, S. 361.

55 KRAWCHENKO Social Change, S. 171.

56 ŠEVJAKOV Žertvy sredi mirnogo naselenija v gody Otečestvennoj Vojny, S. 12.

57 DAOO FP 9-3-88, ark. 13.

58 DAOO FP 11-12-711. Die gesamte Akte umfasst „Protokol i rezoljucija YII [=7.] oblast'noj partijnoj konferencii 24.–26. 2. 1948". Die zitierten Zahlen auf ark. 39. Hier wird der Gesamtschaden an der Wirtschaft des Gebiets während des Krieges auf 22 Milliarden Rubel beziffert.

der Gegenwart wird die Anzahl der getöteten Odessiter mit 200.000 angegeben, jene der aus Odessa deportierten „Ostarbeiter" mit 77.000.[59]

Die Ermordung und Entwurzelung großer Teile der ukrainischen Einwohnerschaft durch Deportationen und Evakuierungen führten zu einer flächendeckenden Entvölkerung des Landes. Besonders hoch war der Verlust der städtischen Bevölkerung,[60] vor allem Kievs. Die folgende Tabelle zeigt darüber hinaus, dass die Gebiete in der West- und in der Ostukraine gleichermaßen betroffen waren:

Tabelle 2. Bevölkerungszahlen der Ukrainischen Sowjetrepublik nach Gebieten in den Jahren 1941 und 1946[61]

Gebiet	1941	1946	Reduzierung der Bevölkerung in Prozent auf
Kirovohrad	1.189.600	1.089.000	92%
Izmaïl	684.100	619.000	90%
Cherson	761.700	668.000	88%
Dnipropetrovs'k	2.312.200	1.956.000	85%
Kiev (Gebiet)	2.804.100	2.319.000	83%
Vinnycja	2.389.900	1.984.000	83%
Sumy	1.717.200	1.432.000	83%
Zaporižžja	1.442.600	1.202.000	83%
Mykolaïv	792.900	649.000	82%
Poltava	2.225.600	1.824.000	82%
Drohobyč	1.110.800	904.000	81%
Kam-janec'-Podil's'kyj	1.770.400	1.437.000	81%
Černihiv	1.783.600	1.419.000	80%
Černivci	874.700	695.000	79%

Auf der 10. Gebiets-Konferenz der Partei im Jahr 1952 wurde kein Wort mehr über die Verteidigung der Stadt während des Krieges und die Besatzung verloren (DAOO FP 11-12-711; hierin die Stenogramme der 10. Obkom-Konferenz in Odessa im Jahr 1952).

59 Istorija Odesy, S. 422. Der Bevölkerungsverlust insgesamt wird folgendermaßen beziffert: 1939 lebten über 601.600 Einwohner in der Stadt, 1944 nur mehr etwa 250.000. Bis Januar 1945 wuchs ihre Zahl um 35.000 (ebenda).

60 Weitere Angaben zum Verlust der Stadtbevölkerung in der Ukraine bei HUNCZAK The Ukrainian Losses during World War II, S. 123.

61 CDAHOU 1-23-3970, ark. 1-19, hier ark. 1-2. Im Jahr 1946 war der Tiefpunkt der Bevölkerungszahl aber bereits überschritten, für 1945 wird eine Gesamtzahl von 27.400.000 Bewohnern der Ukraine angegeben (Istorija ukraïns'koï RSR, t. 8, S. 29). Die in der Tabelle genannten Verlustzahlen sind wesentlich höher als die von der Außerordentlichen Staatlichen Kommission zur Erhebung der Kriegsopfer angesetzten 4.303.502; vgl. ŠEVJAKOV Žertvy sredi mirnogo naselenija v gody Otečestvennoj Vojny, S. 8–13.

Gebiet	1941	1946	Reduzierung der Bevölkerung in Prozent auf
Charkiv	2.617.700	2.042.000	78%
Žytomyr	1.725.400	1.350.000	78%
Volyn'	1.031.300	796.000	77%
Vorošylovhrad	2.017.600	1.528.000	76%
Odessa	1.804.200	1.373.000	76%
Lemberg	1.435.200	1.075.000	75%
Rivne	1.223.100	909.000	74%
Stanislav	1.462.300	1.086.000	74%
Stalino	3.323.600	2.392.000	72%
Ternopil'	1.575.800	1.132.000	72%
Kiev (Stadt)	890.000	613.000	69%
Karpaten-Ukraine	-----	724.000	-----
insgesamt	40.965.600	32.493.000	79%

In die Definition von Kriegsopfern müssen auch jene Personen einbezogen werden, die im Zuge des Krieges unter Zwang verschleppt wurden wie die „Ostarbeiter". Im Nürnberger Prozess bezeichnete die Sowjetunion ihre Zahl mit 4.978.735, die bis März 1946 auf 4,8 Millionen korrigiert wurde.[62] Die Anzahl der Ukrainer unter ihnen betrug rund 2,3 Millionen. Weiter waren etwa 3,9 Millionen Ukrainer bei dem deutschen Angriff in den Osten der Sowjetunion evakuiert worden,[63] dazu kamen noch die Opfer der sowjetischen Verfolgung nach Kriegsende. In einem offiziellen Lebenslauf musste das Kriegsschicksal noch Jahrzehnte nach Ende des Krieges gleichermaßen behandelt werden wie die Frage, ob man selbst oder Verwandte in Kriegsgefangenschaft geraten war, ob man während des Krieges auf besetztem Gebiet gelebt hatte oder als „Ostarbeiter" verschleppt worden war. In sowjetischer Sichtweise bedeutete dies, dass man von der Ideologie des Feindes automatisch infiziert worden war, was grundsätzlich mit der Absicht zu Kollaboration gleichgesetzt und als Vaterlandsverrat geahndet wurde.[64] Soldaten und Zivilisten waren von diesem „administrativen Terror"[65] gleichermaßen betroffen, oftmals wurden sie zuerst Opfer der NS-Herrschaft, dann der stalinistischen Repressionen.

Wie die „Ostarbeiter" gerieten die sowjetischen Armeeangehörigen zuerst in die Mühlen der Deutschen, dann in jene Stalins. Weil während des deutschen Vormarsches in großer Zahl Rotarmisten gefangengenommen wurden, erklärte Stalin diese bereits während des Krieges zu potentiellen Landesverrätern, die sich mit Absicht

62 BONWETSCH Sowjetische Zwangsarbeiter vor und nach 1945, S. 534.
63 MAGOCSI A History of Ukraine, S. 638.
64 STECOVSKIJ Istorija sovetskich repressij, tom 2, S. 232.
65 LYSENKO, VRONS'KA Druha svitova vijna jak novyj vymir teroru, S. 694.

ergeben hätten. Ein Befehl der *Stavka* mit der Nummer 270 vom 16. August 1941 gestattete die Bestrafung jedes sowjetischen Soldaten, der lebend in Gefangenschaft geraten war, wegen Landesverrats nach dem Kriegsrecht.[66] Dabei drohte nicht nur den Soldaten, sondern auch ihren Familien Haft, wie die Befehle Nummer 274 und 356 aussagten. Am 28. Juli 1942 verbot der Befehl Nummer 227 („ni šagu nazad", „Keinen Schritt zurück") den sowjetischen Truppen den Rückzug.[67] NKVD-Einheiten hinter den regulären Truppen erhielten den Auftrag, jeden, der sich von der Front zurückzog, zu erschießen.[68] Der Befehl sah vor, dass drei bis fünf gut bewaffnete Sperreinheiten („zagraditel'nye otrjady", „zagradotrjady", wörtlich „Verteidigungseinheiten") mit jeweils 200 Mann hinter den Truppen aufzustellen waren, die im Falle einer Panik und eines ungeordneten Rückzuges auf der Stelle „die in Panik Geratenen und die Feiglinge" erschießen sollten. Offizieren drohte die Versetzung in Strafbataillone („štrafnye batal'ony"), wenn ihre Einheiten zurückfielen.[69] Diese Strafbataillone, in denen kriminelle und politische Lagerhäftlinge eingesetzt waren, wurden unter NKVD-Kommando bei Selbstmordunternehmen wie dem Überqueren von Minenfeldern und als „Kanonenfutter" an der Front eingesetzt. Die Frist, zu der sie verurteilt werden konnten und die viele nicht überlebten, belief sich auf bis zu drei Monate. Begnadigt wurde, wer im Gefecht verletzt worden war oder eine Auszeichnung erhalten hatte. Schätzungen zufolge gehörte rund eine halbe Million sowjetischer Soldaten Strafbataillonen an.[70] Für sowjetische Kriegsgefangene und Deserteure gab es damit keine Gnade. Sowjetische Soldaten hatten nur die Wahl zwischen siegreichem Vorstoß oder Tod, wenn man nicht die eigene Familie in Lebensgefahr bringen wollte. Die genannten Anordnungen wurden den Soldaten am Tag ihres Bekanntwerdens sowie bei anderen Gelegenheiten vorgelesen, sie durften aber nicht gedruckt werden, wenngleich ihr Wortlaut in Zeitungen erwähnt wurde.[71] Erst 1988 wurden sie veröffentlicht.[72]

Die Zahl der sowjetischen Kriegsgefangenen lässt sich nur schwer beziffern. Im Dezember 1941 waren NS-Angaben zufolge 2,5 Millionen sowjetischer Soldaten gefangen genommen worden, im Dezember bereits 4 Millionen; insgesamt gab man

66 Prikaz Stavki Verchovnogo Glavnogo Komandovanija Krasnoj Armii No. 270, 16 avgusta 1941 goda, in: Voenno-istoričeskij žurnal (1988) Nr. 9, S. 26–28. Deutsche Übersetzung des Befehls Nr. 270 in: Osteuropa 39 (1989) S. 1035–1038.

67 Prikaz narodnogo komissara oborony Sojuza SSR No. 227 «28» ijulja 1942 g., in: Voenno-istoričeskij žurnal (1988) Nr. 8, S. 73–75.

68 Die Schilderung eines solchen Vorganges bei MARKOVNA Nina's Journey, S. 190. Insgesamt ist wenig über die Sperreinheiten publiziert worden; vgl. aber A. A. MASLOV How Were Soviet Blocking Detachments Employed?, in: The Journal of Slavic Military Studies 9 (1996) Nr. 2, S. 427–435.

69 STECOVSKIJ Istorija sovetskich repressij, tom 1, S. 87; TUMARKIN The Living & the Dead, S. 71; WOLKOGONOW Stalin, S. 623.

70 STECOVSKIJ Istorija sovetskich repressij, tom 1, S. 86.

71 BARBER The Image of Stalin in Soviet Propaganda, S. 43.

72 Vgl. oben Anm. 66 und 67.

5,2 bis 5,7 sowjetische Kriegsgefangene an, von diesen werden 3.300.000, also 57%, Todesverluste angenommen.[73] Sowjetischen Angaben zufolge fielen in den ersten sechs Monaten des Krieges 3,9 Millionen Soldaten in deutsche Kriegsgefangenschaft, von denen nur 1,1 Million am Leben blieb. Sowjetische militärische Quellen sprechen von insgesamt 4.559.000 sowjetischen Kriegsgefangenen, von denen 1.838.000 zurückkehrten, 2.723.000 kamen demzufolge in deutscher Kriegsgefangenschaft um.[74] Eine andere Angabe macht bis zum 1. März 1946, als die Massenrepatriierung beendet war, 1.569.572 in die Sowjetunion zurückkehrende Kriegsgefangene aus.[75] Allerdings wird auch darauf hingewiesen, dass Ende 1941 insgesamt 4,9 Millionen Mann in der Roten Armee und der Kriegsflotte rekrutiert waren, so dass die genannten Zahlen der sowjetischen Kriegsgefangenen überhöht erscheinen, weil kaum die gesamte Streitmacht in Kriegsgefangenschaft genommen worden sein konnte.[76]

Bei ihrer Rückkehr in die Heimat erwarteten die Überlebenden vielfach Haftstrafen. Repatriierte „Ostarbeiter" und Kriegsgefangene wurden vom NKVD verhört und überführte „Verräter" in Lager geschickt.[77] Personen, denen „antisowjetische Propaganda und Agitation" nachgewiesen wurde, verurteilte man zumeist nach Artikel 58 des sowjetischen Strafgesetzbuches. Dessen Absatz 3 wandte sich gegen Personen, die einen Staat, der gegen die Sowjetunion Krieg führte, unterstützten, und konnte daher gegen die Bewohner von okkupiertem Territorium angewandt werden. Dem Gesetz vom 19. April 1943 zufolge wurden sie mit einer Freiheitsstrafe zwischen 15 und 20 Jahren bis hin zum Tod durch Hängen bestraft. Ein Teil der repressierten Kriegsgefangenen wurde aufgrund des Beschlusses des Obersten Sowjets der Sowjetunion vom 7. Juli 1945 amnestiert.

Zu den Todesopfern kamen die immensen materiellen Schäden, welche die Sowjetunion zu verkraften hatte. Allein in der Ukraine wurden über 700 Städte und 28.000 Ortschaften ganz oder teilweise zerstört, rund zehn Millionen Einwohner waren nach dem Krieg obdachlos. In Kiev vegetierten 50.000 Personen in Hütten dahin.[78] 16.000 Industriekomplexe und 28.000 landwirtschaftliche Betriebe waren zerstört worden. Damit waren die Kriegsschäden in der Ukraine größer als in jedem

73 CHRISTIAN STREIT The Fate of the Soviet Prisoners of War, in: A Mosaic of Victims, S. 142–149, hier S. 142.

74 V. V. MUCHIN Sistemy i organy plenenija, učeta, obespečenija i èvakuacii sovetskich i nemeckich voennoplennych 1941–1945 gg. Vo frontovoj polose, in: Tragedija vojny – tragedija plena, S. 9–10. Die Tragik für die sowjetischen Kriegsgefangenen bestand darin, dass sich die Sowjetunion nicht an die Beitrittserklärung des Russischen Reiches zur Haager Konvention von 1907 gebunden sah und dass die Sowjetregierung dem Internationalen Roten Kreuz keine Hilfsleistungen für die sowjetischen Kriegsgefangenen zugestand.

75 STECOVSKIJ Istorija sovetskich repressij, tom 1, S. 93.

76 M. A. GAREEV O mifach starych i novych, in: Voenno-istoričeskij žurnal (1991) Nr. 4, S. 42–52, hier S. 46–47.

77 Zur Behandlung Repatriierter in der Sowjetunion vgl. das entsprechende Kapitel unten.

78 KOVAL' Ukraïna v druhij svitovij i velykij vitčyznjanij vijnach, S. 300.

anderen europäischen Land.[79] Der wirtschaftliche Schaden für die Ukraine wird mit 679 Milliarden Rubeln (nach dem Stand von 1941) und mit 42% des sowjetischen Gesamtschadens angegeben.[80]

Die Opfer der Kriegsfolgen: Minenopfer, Opfer von Seuchen und Krankheiten, Invalide

Das Ende der militärischen Auseinandersetzungen zwischen den sowjetischen und deutschen Truppen – der Kampf gegen die UPA ging bis in die fünfziger Jahre weiter – bedeutete nicht automatisch, dass keine Todesopfer mehr zu verzeichnen waren. Vielmehr gab es Tote als Opfer der Kriegsfolgen, die durch Krankheiten oder durch unkontrollierte Minenexplosionen umkamen. Auch sie zählen zu den Kriegsopfern. Besonders tragische Todesfälle, weil sie vielleicht durch größere Umsicht verhindert hätten werden können, sind jene, die nach dem Ende der militärischen Handlungen durch liegengebliebenes Kriegsgerät erfolgten; in der Ukraine waren dies immerhin mehrere Hundert. Ein großer Anteil von ihnen ging auf die Explosion von Landminen und auf weitere noch im Land verbliebene Sprengkörper zurück. In den während des Krieges okkupierten Sowjetrepubliken waren zwar Schulen eröffnet worden, in denen der Bevölkerung beigebracht wurde, wie der Boden von Minen zu räumen war.[81] Dennoch bot dies nicht ausreichend Schutz. Außerdem wurde die Anordnung des Kiever ZK, das bewohnte Gebiet und Ackerland nach nicht detonierten Minen zu durchkämmen und diese zu entschärfen, nicht zügig genug umgesetzt.[82] Von den insgesamt 329.000 Quadratkilometern, die bis 1945 zu erfassen waren, wurden bis Oktober des Jahres 304.000 Quadratkilometer entmint. 13 Gebiete hatten zu diesem Zeitpunkt die Entminung bereits völlig eingestellt. Andere Gebiete unterschätzten die von den Minen drohende Gefahr, was die Zahl der Minenopfer nach oben trieb. Allein 1945 wurden durch die Explosion von Minen, Granaten und anderen Sprengkörpern 467 Menschen getötet und 548 verletzt. Diese Unfälle waren besonders häufig im Gebiet Volyn', wo 58 Menschen getötet und 45 verletzt wurden; im Gebiet Zaporižžja wurden 36 Tote und 27 Verletzte registriert, in Ternopil' 31 Tote und ebenso viele Verletzte, in Sumy 31 Tote und 28 Verletzte, in Kam-janec'-Podil's'kyj 30 Tote und 24 Verletzte, in Charkiv 21 Tote und 69 Verletzte und in Kiev 21 Tote und 41 Verletzte. Ob es sich dabei um Minensucher handelte, die bei ihrer Arbeit umkamen, oder ob die Explosive zufällig detonierten,

79 SUBTELNY Ukraine, S. 480, weist darauf hin, dass auf jede in Frankreich oder der Tschechoslowakei zerstörte Ortschaft 250 in der Ukraine kamen.

80 ZINČENKO Dejatel'nost' organov sovetskoj vlasti na osvoboždennoj territorii USSR, S. 24.

81 MOSKOFF The Bread of Affliction, S. 218.

82 CDAHOU 1-6-836, ark. 32–37: Protokol No. 74 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy (16.–29. Oktober 1945), 28-op. (22. Oktober 1945): O predotvraščenii imejuščich mesto nesčastnych slučaev sredi naselenija ot min i drugich vzryvoopasnych stredstv i meroprijatijach po okončatel'nomu zaveršeniju rabot po razminirovaniju i očistke ot vzryvoopasnych predmetov territorii Ukrainskoj SSR.

ist nicht zu klären. Wahrscheinlich war die letzte der beiden Möglichkeiten die häufigere. Dafür spricht auch, dass oftmals Kinder gefährdet waren – in Sumy waren von 59 Opfern 48 Kinder. Am 11. August 1945 wurden in einem Pionierlager in einer Ortschaft Mušketevo des Gebiets Stalino sieben Erwachsene von einer Granatwerfer-Mine zerfetzt, sechs wurden verletzt. Auf dem Lagergelände wurden darüber hinaus sieben Minen, eine Luftbombe und ein nicht gezündetes Artilleriegeschoss aufgespürt.

In den sowjetischen Zeitungen war bei Berichten über Minensuchaktionen über Tote und Verletzte nichts zu lesen, lediglich Positivmeldungen wurden gedruckt. So sei vom Dorfsowjet von Novo-Mykolaev (Gebiet Rivne) zur Säuberung von verminten Brücken, Wegen und Feldern ein Spezialprogramm für ein Minenkommando durchgeführt worden, um das Arbeitsterrain der Kolchosen zu sichern. Seit Anfang Mai habe das Kommando „Hunderttausende" von Sprengkörpern entschärft.[83]

Die Opfer von Seuchen und Krankheiten sind ebenfalls als Kriegsopfer zu registrieren. Während der deutschen Besatzung war das ukrainische Gesundheitswesen zu großen Teilen lahmgelegt. Einesteils waren Krankenhäuser und Kliniken zerstört worden, andererseits wurde der ukrainischen Bevölkerung der Zugang dazu verboten und Medikamente und medizinisches Personal einzig der Besatzungsmacht zur Verfügung gestellt. Eine medizinische Grundversorgung war daher nach Kriegsende in der Ukraine nicht vorhanden. Erst langsam musste diese wieder aufgebaut werden, angesichts um sich greifender Seuchen, die auf mangelnde Hygiene und auf die völlig unzureichenden Wohnverhältnisse zurückzuführen waren. 1944 wurden in der Ukraine über 80.000 Fälle von Typhus-Erkrankungen und 285.000 Fälle von Masern registriert.[84] Ein Ministerrats-Beschluss vom Januar 1944 warnte vor Typhus, der in einer Reihe von Orten ausgebrochen war, und wies die Errichtung von Isolatoren und Desinfektionseinrichtungen in Krankenhäusern an.[85] Die Erhöhung der Bettenzahl und des Personals in Krankenhäusern, die Verteilung von Informationsliteratur und eine verstärkte Kontrolle durch Seuchen-Kommissionen, durch örtliche Bevollmächtigte und durch die Miliz sollte das weitere Ausgreifen von Epidemien verhindern. Auch die Leiter von Einrichtungen, in denen viele Personen zusammenlebten, wie beispielsweise Wohnheime, hatten vermehrt auf hygienische Verhältnisse zu achten. Das Gesundheitsministerium verschickte zur Bekämpfung der Seuchen „Epidemie-Brigaden" (*epidbrigady*) in betroffene Gebiete.

Die Verbreitung von Typhus stieg dennoch sprunghaft weiter an: Während im Dezember 1945 noch 1.109 Personen erkrankt waren, wurden im Januar 1946 be-

83 Min'ory na poljach, in: Rivnjans'ka komuna (12. Mai 1945) S. 2.

84 KOVAL' Ukraïna v druhij svitovij i velykij vitčyznjanij vijnach, S. 300.

85 RGASPI 17-44-1629, l. 19-22: Protokol No. 34 zasidannja RNK URSR i CK KP/b/U (5. Januar – 4. Februar 1944), 31-op.: Pro sanitarno-protyepidemični zachody po borot'bi z vysypnym ta čerevnym tifom (11. Januar 1944).

reits 1.538 Infizierte verzeichnet.[86] Flecktyphus fand sich vor allem in den Gebieten Stalino, Sumy, Poltava, Černihiv, Vinnycja, Černivci, Stanislav, Bauchtyphus kam in erster Linie in Charkiv, Stalino, Lemberg, Vinnycja, Sumy, Zaporižžja, Vorošylovhrad und Kiev vor. Am 31. Januar 1946 waren insgesamt 149.688 Menschen geimpft worden, in dem besonders betroffenen Gebiet Izmaïl waren 115.246 Impfungen durchgeführt worden. Das Volkskommissariat für Gesundheit entsandte den Bevollmächtigten Bykov zusammen mit einer Epidemie-Brigade aus Dnipropetrovs'k in das Gebiet Stanislav, auch in die Gebiete Černivci und Volyn' wurden Epidemie-Brigaden geschickt. In das Gebiet Kam-janec'-Podil's'kyj wurden zwei Ärzte des Kiever Instituts für Epidemiologie und Mikrobiologie und nach Rivne vier Ärzte des Charkiver Instituts für Epidemiologie und Mikrobiologie abgestellt. Entgegen ukrainischen Beobachtungen wurde die Westukraine aber nicht weniger als die Ost- oder Zentral-Ukraine medizinisch versorgt.[87]

Die angeordneten Maßnahmen wurden aber entweder nicht energisch genug betrieben, oder sie erwiesen sich als zu schwach, da sie nur die Symptome, nicht aber die Ursachen bekämpften, denn Anfang 1945 erging ein weiterer Ministerrats-Beschluss, weil sich Ende 1944 insbesondere Typhus in Stalino, Dnipropetrovs'k, Poltava, Odessa, Vinnycja, Kiev, Černihiv und Stanislav wieder stark verbreitet hatte.[88] Erneut wurden alle politischen und militärischen Funktionsträger auf Versäumnisse bei der Bekämpfung der Seuchenherde hingewiesen. Es gab nicht genug Banjas, Reinigungen und Desinfektionsstationen, die auch winterlichen Bedingungen standhielten. Kommissionen zur Seuchenbekämpfung hatten nicht ausreichend durchgegriffen, Erkrankte waren nicht rechtzeitig in Quarantäne genommen worden, Desinfektionen wurden zu spät veranlasst. Ein Problem war die Versorgung vieler Krankenstationen mit Heizmaterial und die Bereitstellung von Seife. Als Schnellhilfe wurden bis zum 25. Februar 1945 in den Gebieten 200 provisorische Epidemie-Brigaden gebildet. Regelmäßige Mitteilungen in den örtlichen Zeitungen und im Radio sollte die Allgemeinheit über medizinische Themen informieren. Ein besonderes Augenmerk erfuhren Institutionen und Gebäude, in denen viele Personen zusammenkamen, darunter Theater, Wohnheime, Internate und Schulen sowie Sammelpunkte für mobilisierte Arbeiter und für Übersiedler, in denen sogar „Sanitätspässe" für die zu verschickenden Kontingente ausgegeben werden sollten. Vor der

86 CDAHOU 1-23-3942, ark. 11–13: Sekretarju CK KP/b/U tov. D. S. Korotčenko. Spravka [über infektiöse Typhus-Erkrankungen in der USSR für den Zeitraum Dezember 1945 bis Februar 1946]. [Gez.] Degtjarev. [O. D.]

87 Bei POTICHNYJ Die Pazifikation der Ukraine, S. 179, der Verdacht, die Westukraine sei absichtlich unzureichend medizinisch gegen grassierende Typhuserkrankungen geschützt worden, um die aufsässige Bevölkerung zu bestrafen.

88 RGASPI 17-45-1969, l. 10-15: Protokol No. 56 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy (16.–28. Februar 1945), 3-op.: O meroprijatijach po likvidacii zabolevanij parazitarnymi tifami (16. Februar 1945).

Weiterfahrt von Arbeitsmobilisierten an einen neuen Arbeitsplatz sollten die Leiter der Züge die epidemische Lage inspizieren.

Die Karpaten-Ukraine zeichnete sich nach dem Krieg als Seuchenherd ab.[89] Von Januar bis Juli 1946 traten hier 2.181 Fälle von Flecktyphus auf. Nach einer Zusammenkunft Ende Juni 1946 in der Abteilung für Wissenschaft und Kultur wurde unter Teilnahme des Ministers für Gesundheitsschutz, Kononenko, und seinen Mitarbeitern erörtert, wie die westlichen Gebiete und besonders die Karpaten-Ukraine mit Ärzten und sanitären Kadern auszustatten seien. Das Gesundheitsministerium stellte daher 217 Ärzte in die Karpaten-Ukraine ab. Zusätzlich schickte man 100 Pharmazeuten sowie eine Spezialtruppe von Ärzten des Dermatologisch-hautvenerischen Instituts Charkiv, das monatelang vor Ort im Einsatz blieb.[90]

Im Gebiet Černivci wurde erst im Frühjahr 1946 ein Absinken der Typhus-Ansteckungen gemeldet. Während man im März noch 412 an Flecktyphus Erkrankte und drei Rückfälle registrierte, wurden im April 240 Infizierte und 47 Rückfälle verzeichnet. Aus anderen Gebieten waren insgesamt 33 Ärzte und 48 medizinische Mitarbeiter in das Gebiet Černihiv geschickt worden. Außerdem arbeiteten hier drei „Epidemie-Trupps" des ukrainischen Roten Kreuzes. Im April 1946 kamen der Minister für Gesundheitsschutz und weitere Vertreter seiner Behörde, um den Ernst der Lage zu prüfen, welche die unverzügliche Bereitstellung weiterer Mittel zur Bekämpfung der Epidemien erforderlich machte.[91]

Eine andere sich nach Kriegsende verbreitende Seuche war die von landwirtschaftlichen Nutztieren auf den Menschen übertragene Brucellose. Während 1944 in der USSR noch 30 Brucellose-Erkrankungen gemeldet wurden, gab es 1945 bereits 406 Fälle, mit Schwerpunkt im September und Oktober im Gebiet Zaporižžja. Alle Kranken wurden dort sowie in den Kliniken der Medizinischen Institute von Kiev, Charkiv, Odessa und Dnipropetrovs'k behandelt. Als Verstärkung der Brucellose-Station Dnipropetrovs'k wurden zwei entlassene Ärzte wieder eingestellt. Auch die Station in Odessa wurde um zusätzliches Personal ergänzt. Zur weiteren kurzfristigen Besetzung von Brucellose-Stationen, zur Prophylaxe und Bekämpfung der Krankheit sowie zu praktischen Hilfestellungen für örtliche Ärzte wurden 300 Personen abkommandiert.[92] Einem ZK-Beschluss des Jahres 1946[93] zufolge sollten alle

89 CDAHOU 1-23-3942, ark. 21–23: Sekretariju CK KP/b/U tov. Korotčenko D. S. [Gez.] Zav. otdelom upravlenija kadrov CK KP/b/U Šul'ga. Spravka na special'noe soobščenie Ministra gosudarstvennoj bezopasnosti USSR tov. Savčenko ob ėpidemičeskom sostojanii Zakarpatskoj oblasti. [Handschr.: 27. September 1946].

90 Ebenda, ark. 22.

91 CDAHOU 1-23-3942, ark. 16–20: Spravka na special'noe soobščenie Ministra gosudarstvennoj bezopasnosti USSR t. Savčenko ot 26 aprelja 1946 g. No-1448/s na imja D. S. Korotčenko, ob ėpidemičeskom sostojanii Černovickoj oblasti. [Gez.] Instruktor Upravlenii kadrov CK KP/b/U Bojko.

92 CDAHOU 1-23-3942, ark. 1–2: Ukraïns'ka radjans'ka socialistyčna Respublika. Narodnyj komisariat ochorony zdorov'ja. Spravka. [Gez.] Narodnyj komissar zdravoochranenija USSR Kononenko. [O. O.] 6. Februar 1946.

von Brucellose betroffenen Kolchosen und Betriebe überprüft werden. Arbeiter, die sich in Brucellose-Isolierstationen befunden hatten, sollten einer regelmäßigen „Desinfektion" unterzogen werden. An Brucellose erkrankte Tiere waren sofort zu isolieren und zu behandeln. Das zentrale Gesundheitsministerium erhielt die Aufgabe, Maßnahmen zur Personenprophylaxe einzuleiten. Bis zum 1. April 1946 waren sechs Sanitätsabteilungen speziell für den Kampf gegen Brucellose einzurichten und bis zum 1. Juni 1946 in den Kliniken 200 Ärzte und 600 Angestellte des mittleren medizinischen Personals zur Brucellose-Prophylaxe bereitzustellen.

Zu den schlimmsten Ereignissen der Nachkriegsgeschichte gehörte die aufgrund einer Dürre entstehende Hungerkatastrophe des Jahreswechsels 1946/47, die letzte der „sowjetischen" Hungersnöte nach 1921/23 und 1932/33.[94] Das Mitwirken Stalins zur gezielten Benachteiligung der Ukrainer kann nicht eindeutig belegt werden. Jedoch war die Katastrophe absehbar, denn ab Jahresbeginn 1946 hielten das ukrainische SNK und das ZK der KP(b)U die ukrainischen Gebiete ständig zu einer Ertragssteigerung bei der Weizenernte an.[95] Insgesamt waren etwa zehn Millionen Personen vom Hunger bedroht.[96] Die Angaben zu den Toten schwanken zwischen einer Million und 1,2 Millionen. In der Ukraine lag die Sterblichkeit 1947 zweimal höher als im Jahr zuvor.[97] Die Nahrungsmittelknappheit beschränkte sich aber nicht nur auf die Ukraine, sondern erfasste auch die westlichen Teile Russlands und die Moldauische Sowjetrepublik, wo 200.000 Tote angegeben wurden.[98] Mit dem Hunger in der Sowjetukraine nach dem Krieg verbreitete sich als typische Erkrankung die Dystrophie massenhaft. Im Mai 1947 waren insgesamt 507.700 Personen allein

93 CDAHOU 1-23-3942, ark. 6–9: Postanova RNK URSR i CK KP/b/U. Pro zachody po poperedžennju ta borot'bi z brucel'ozom. [Handschr.: 7. März 1946]

94 Vgl. etwa die Sammelbände Holod 1946–1947 rokiv v Ukraïni. Pryčyny i naslidky. Materialy Mižnarodnoï naukovoï konferenciï na vidznačennja 50-riččja narodnoï trahediï. Kyïv, N'ju-Jork 1998; *Holod v Ukraïni 1946–1947. Dokumenty i materialy*. Kyïv 1996, sowie I. M. MAKOVIJČUK, JU. H. PYLJAVEC' Holod na Ukraïni u 1946–1947 rr., in: UIŽ (1990) Nr. 8, S. 14–32; PETRO PANČENKO, OLEKSANDRA VESELOVA [pidhot.], Holod 1946–1947 rr.: svidčennja očevydciv, in: Z archiviv VUČK-HPU-NKVD-KHB (1994) Nr. 1, S. 158–162; für die gesamte Sowjetunion: V. F. ZIMA Golod v SSSR 1946–1947 godov. Proischoždenie i posledstvija. Moskva 1996; IVAN MEFODIEVIČ VOLKOV Zasucha, golod 1946–1947 godov, in: Istorija SSSR (1991) H. 4, S. 3–19.

95 Vgl. die SNK-Beschlüsse zum Hunger 1946/47 ab Februar 1946 in: UIŽ (1995) No. 6, S. 115–123, sowie in den darauf folgenden Nummern.

96 V. F. ZIMA Golod v Rossii 1946–1947 godov, in: Otečestvennaja istorija 1 (1993) S. 35–52, hier S. 35.

97 Von Januar bis Juni 1947 wurden in der Ukraine offiziell 130 Fälle von Kannibalismus registriert (BILAS Represyvno-karal'na systema v Ukraïni, Kn. 1, S. 346).

98 CHANNES CHOFBAUER, VIOREL ROMAN Bukovina, Bessarabija, Moldavija. Zabytaja zemlja meždu Zapadnoj Evropoj, Rossiej i Turciej. Černovcy 1996, S. 94.

in der RSFSR davon betroffen,[99] in der Ukraine wurden 3.203.145 Dystrophie-Kranke registriert, 101.637 starben daran.[100]

Während bei Epidemien hektische staatliche Aktivitäten unternommen wurden, traf dies bei der Versorgung der Kriegsinvaliden nicht zu. Dabei zählten diese zu den doppelten Opfern des Krieges. Einmal waren sie durch den Verlust von Körpergliedern für ihr Leben lang gezeichnet, zum anderen fielen viele von ihnen nach Kriegsende durch das soziale Netz, da sie oftmals keine angemessene materielle Unterstützung und gesundheitliche Rehabilitation erhielten. Weiter wurde ihnen die – mehr noch als den körperlich Unversehrten – zustehende Ehrung für ihren Einsatz für die Heimat versagt. Trotz ihrer immensen Anzahl schweigt die Historiographie weitgehend über sie und ihr Nachkriegsschicksal: Gegen Kriegsende waren es etwa zwei Millionen, davon 450.000 mit Arm- und Beinamputationen.[101]

Die soziale Vernachlässigung der Kriegsinvaliden nach 1945 mochte aus der allgemeinen materiellen Not entstanden sein, gleichzeitig passte aber der Anblick von Amputierten, Verstümmelten und Entstellten nicht in das Bild, welches das Stalinsche System vom glorreichen Sieg im „Großen Vaterländischen Krieg" entwarf. Die fehlende staatliche Unterstützung führte dazu, dass sich Invalide mit Schwarzhandel über Wasser hielten. So mussten sich viele Kriegsinvalide durch Kleinsthandel wie dem Verkauf von einzelnen Zigaretten ihren Lebensunterhalt erbetteln. Sie prägten in der Nachkriegszeit das Straßenbild der Sowjetukraine und in der Sowjetunion. Allein im Gebiet Odessa belief sich die Zahl der Invaliden am 1. Dezember 1946 auf 29.583.[102] Zur materiellen Unterstützung der Kriegsversehrten bestanden im Herbst 1944 in der Ukraine insgesamt 108 Invalidenhäuser.[103] Angeordnete Hilfsmaßnahmen wie die Verteilung von Kleidung, Schuhen und eine Rente erwiesen sich als unzureichend, weil die zuständigen Rajon-Sozialhilfestellen Rentenanträge von Invaliden zu langsam bearbeiteten. Mancherorts bestanden gar keine Kommissionen für die Rentenzuweisungen oder Renten wurden widerrechtlich gekürzt. Der

99 ZIMA Poslednij sovetskij golod, S. 55.

100 BILAS Represyvno-karal'na systema v Ukraïni, Kn. 1, S. 354.

101 ZUBKOVA Die sowjetische Gesellschaft nach dem Krieg, S. 370. Bei MEDVEDEV Let History Judge, S. 770, die Angabe von etwa zehn Millionen Kriegsinvaliden, jedoch ohne Nennung der Quelle. Weiter zu sowjetischen Kriegsinvaliden: BEATE FIESELER Arme Sieger. Die Invaliden des „Großen Vaterländischen Krieges" der Sowjetunion. 1941–1991. Köln, Weimar, Wien 2006. MARK EDELE hat 2004 seine Dissertation über Kriegsveteranen in der Sowjetunion unter dem Titel A "Generation of Victors"? Soviet Second World War Veterans from Demobilization to Organization, 1941–1956, am Department of History, University of Chicago, vorgelegt.

102 Von ihnen kamen 4.214 aus dem Offiziersrang, 25.369 waren Feldwebel und Mannschaftsränge; vgl. DAOO FP 11-12-129. Otčet o rabote obkoma KP(b)U za 1946 god. Hier ark. 92.

103 RGASPI 17-44-1637, l. 181–185: Protokol No. 45 zasidannja Politbjuro CK KP(b) Ukraïny (1.–15. September 1944), 26.-op.: Pro chid vykonannja postanova RNK URSR i CK KP/b/U vid 23 ljutoho 1944 roku "Pro trudove vlaštuvannja, vyrobnyče navčannja i material'no-pobutove zabezpečennja invalidiv Vitčyznjanoï vijny". (6. September 1944). Aus dieser sowie aus der Angabe von Anm. 102 oben die folgenden Informationen.

Invalidenstatus und der staatliche Anspruch auf Unterhalt konnten jedoch auch nach der jährlichen medizinischen Untersuchung entzogen werden: Im Gebiet Odessa geschah dies 1946 bei 1.317 Personen, die als geheilt betrachtet wurden.

Invalide wurden nach dem Krieg ebenso wie gesunde Demobilisierte auf Arbeitsplätze verteilt. Die Vermittlung von Arbeitsstellen für Kriegsversehrte erwies sich als besonders schwer in den Gebieten Charkiv, Stalino, Dnipropetrovs'k und Vorošylovhrad mit ihrer traditionellen Schwerindustrie, in der eine behindertengerechte Arbeit kaum zu finden war. Umschulungsmaßnahmen wurden nur langsam eingeleitet: Von 123.626 im August 1944 arbeitsfähigen Invaliden in der Ukraine befanden sich lediglich 2.514 in einer beruflichen Weiterbildung. Die Anzahl der Invaliden im Gebiet Odessa, die eine Umschulung durchliefen, wurde 1946 auf 1.552 beziffert und als unzulänglich charakterisiert. Die Weiterbildung scheiterte in vielen Fällen daran, dass nicht ausreichend Prothesen gebaut wurden. Von 8.600 beantragten Prothesen waren im ersten Halbjahr 1944 gerade 340 hergestellt worden. Die zögerliche Herstellung änderte sich nicht, so dass viele Versehrte lange auf Abhilfe warten mussten: 1946 wurden 1.932 Invalide prothetisch versorgt; der Arbeitsplan für 1947 sah 1.675 Prothesen vor. Zwar wies das ZK in Kiev die ukrainischen Gebiete an, sich verstärkt um diese Kriegsopfer zu kümmern, weiterbildende Schulen für sie zu eröffnen, ihnen Häuser zur Verfügung zu stellen und politische Arbeit unter ihnen zu betreiben. Aber erst im April 1946 wurde eine Konferenz der Leiter der Gebiets-Organisationen einberufen, um die Beschlüsse des ZK und des Ministerrats über die materielle und ideelle Versorgung der Invaliden des Krieges zu erörtern.

Noch aus anderen Gründen wurden Klagen geäußert, nämlich wegen „gewissenlos-bürokratischen Verhaltens gegenüber den Nöten von Offizieren, Invaliden des Großen Vaterländischen Krieges und den aus der Roten Armee Demobilisierten" durch die zuständigen Behörden.[104] Wie dem ukrainischen Ministerium für Staatssicherheit 1946 militärischerseits dargelegt wurde, werde den Familien von gefallenen Soldaten, von Waisen und von Demobilisierten in Černivci nicht ausreichend Sorge getragen.[105] Innerhalb von drei Monaten gingen bis April 1946 im Stadtsowjet von Černivci 211 Klagen ein, von denen zwar 188 im Verlauf von zwei Monaten geklärt wurden, die übrigen 23 aber noch nicht entschieden waren. Der Vorsitzende des Stadtsowjet Gricaj verzögere dies.

Trotz der Versuche, Invalide wieder in die Gesellschaft zu integrieren, wurden sie etwa zwei Jahre nach Kriegsende zusammengesammelt und in spezielle Kolonien in den Norden gebracht, wo sie unter ihresgleichen, unter schlimmen Lebens-

104 CDAHOU 1-23-3941, ark. 15: Osobyj sektor CK KP/b/U. Gez. zav. voennym otdelom CK KP/b/U Degtjarev.

105 CDAHOU 1-23-3941, ark. 6–14: Sekretarju CK KP/b/U tov. Korotčenko, D. S. Spravka. [Gez.] Zav. voennym otdelom Degtjarev. [O. D.]

bedingungen und separiert von der Gesellschaft ihr Lebensende erwarten sollten.[106] Damit waren keine Kriegskrüppel mehr auf den Straßen der sowjetischen Städte zu sehen. Die Kriegsinvaliden verschwanden aus der sowjetischen Öffentlichkeit ohne eine für die Betroffenen befriedigende Lösung. Die Sowjetregierung hatte kein Interesse an Personen, die nicht arbeitsfähig waren; sie entledigte sich ihrer durch Abschiebung.

3.3. Die neuen Gebiete der Sowjetukraine

Trotz der immensen Menschenverluste und Materialschäden gehörte eine positive Seite zur Bilanz der Nachkriegs-Ukraine: Durch die Rückbesetzung Galiziens, der Nordbukowina und Südbessarabiens umfasste das sowjetukrainische Territorium jetzt erstmalig alle mehrheitlich von Ukrainern bewohnten Gebiete.[107] Die Annexion der Karpaten-Ukraine 1944 verstärkte das ukrainische Element zusätzlich, wenngleich sich die hier siedelnden Rusynen als eigenständiges, von den Ukrainern unabhängiges Volk betrachten.[108] Bei den neuen sowjetischen bzw. sowjetukrainischen Gebieten handelte es sich um strategisch wichtige Ziele. Der Besitz Galiziens schob das sowjetische Territorium stärker nach Zentraleuropa hinein; mit der Eroberung Bessarabiens saßen die sowjetischen Truppen an der Donaumündung, und die Karpaten-Ukraine sicherte die Überwachung der Donauebene sowie den Zugang zur Tschechoslowakei, zu Polen, Ungarn und Rumänien. Damit verstärkte sich zugleich die Kontrolle über Ostmitteleuropa, das nach dem Weltkrieg zur indirekten Einflusssphäre der UdSSR wurde. Neben diesen militär-strategischen Gesichtspunkten waren die neuen sowjetischen Gebiete wegen der hier lagernden Bodenschätze bedeutend, vor allem Erdöl- und Erdgas im Raum Lemberg und Steinkohle im Lemberger bzw. Wolhynischen Steinkohlebecken.

Die Annexion der neuen Gebiete, ihre territorialen Eingliederung in die Sowjetunion und ihre Sowjetisierung verliefen nach demselben Schema. Die Entscheidun-

106 TUMARKIN The Living & the Dead, S. 98. Die Erzählung „Terpenie" von JURIJ NAGIBIN, abgedruckt in: Novyj mir 2 (1982) Nr. 2, S. 25–53, lokalisiert eine Kolonie von Kriegsinvaliden auf einer fiktiven Insel im Ladoga-See, Bogojar. Diese Erzählung rief bei Kritikern in der UdSSR lauten Protest wegen der Beschädigung des glorreichen sowjetischen Sieges im Weltkrieg hervor (vgl. VERA S. DUNHAM Images of the Disabled, Especially the War Wounded, in Soviet Literature, in: The Disabled in the Soviet Union. Ed. by William O. McCagg, Lewis Siegelbaum. Pittsburgh 1989, S. 151–164, hier S. 163). KRAVTSCHIK Dornenwege, S. 92–93, bestätigt die Unterbringung invalider Kriegsteilnehmer unter schlimmsten Bedingungen auf der Insel Valaam im Ladoga-See.

107 Vgl. die beiden Karten am Ende dieses Kapitels.

108 Allgemein zu den ukrainischen Grenzziehungen seit der Kiever Rus': DNISTRJANS'KYJ Kordony Ukraïny; O. I. ŠABLIJ (Hrsg.), Social'no-ėkonomičeskaja geografija Ukrainy. L'vov 1995, S. 66–71. Zu den ethnischen Veränderungen als Überblick: V. I. NAULKO Dynamika etničnoho skladu naselennja Ukraïny v XX stolitti, in: Ukraïns'kyj heohrafičnyj žurnal (1997) Nr. 2, S. 17–22. Zu den Rusynen vgl. allgemein die Schriften von PAUL ROBERT MAGOCSI.

gen darüber fällte einzig und allein das ZK in Moskau, Kiev war lediglich Weisungsempfänger. Dabei zeigte sich auch Stalins übervorsichtiges Vorgehen in der Außenpolitik, da er sich alle eroberten Territorien durch die Alliierten vertraglich bestätigen ließ.[109] Die Strategie, sich über starke Partner außenpolitisch abzusichern, hatte er schon durch den Pakt mit Hitler verfolgt. In den am 10. Februar 1947 in Paris unterzeichneten Verträgen mit den ehemaligen Kriegsgegnern Rumänien, Bulgarien, Finnland, Ungarn und Italien wurde die sowjetische Inbesitznahme der Karpaten-Ukraine, der Nordbukowina, Bessarabiens sowie Kareliens völkerrechtlich anerkannt.

Das sicherlich bedeutendste, da größte und bevölkerungsreichste neue Gebiet der USSR war Galizien bzw. Ostpolen, daher erklärt sich auch die relativ rasche Ordnung der neuen Besitzverhältnisse, die von der Sowjetregierung vorangetrieben wurde. Die Westverschiebung Polens zementierte die militärische Besetzung ihrer Ostgebiete durch die Sowjetunion endgültig, als die Rote Armee erstmalig am 4. Januar 1944 bei Sarny die sowjetisch-polnische Grenze vom 1. September 1939 überschritt. Am 11. Januar 1944 wurde eine sowjetische Erklärung über die Wiedererrichtung eines unabhängigen Staates Polen auf der von der Curzon-Linie bestimmten territorialen Grundlage veröffentlicht. Die Pläne über die Neugestaltung der sowjetischen Westgrenze bzw. die Westverschiebung Polens legte Stalin den Alliierten auf den Nachkriegskonferenzen wiederholt vor. Auf der Konferenz von Jalta (4.-11. Februar 1945) bestätigten Großbritannien und die USA schließlich die Curzon-Linie als künftige polnisch-sowjetische Grenze, wie es bereits auf der Teheraner Konferenz (28. November–1. Dezember 1943) zwischen den „Großen Drei" festgelegt worden war. Der polnisch-sowjetische Vertrag vom 6. Juli 1945 sah die Abtretung der polnischen Ostgebiete an die Sowjetunion vor. Am 16. August 1945 schloss die Sowjetunion mit Polen einen Grenzvertrag, der sich auf die Ergebnisse der Konferenz der Krim und auf die dort festgelegte Curzon-Linie berief, zusätzlich aber Polen einen schmalen Grenzstreifen überließ, östlich der Curzon-Linie bis zum westlichen Bug und dem Fluss Solokija, südlich dem Grenzort Krylov.[110] In einem späteren Vertrag vom 15. Februar 1951 wurde die Grenze zwischen Polen und der Sowjetunion noch einmal korrigiert durch den Austausch einer Fläche von 480 Quadratmetern um die Ortschaft Nižnyj Ustryk/Ustrzyki Dolne (Gebiet Drohobyč), die an Polen ging, und um das Gebiet Zabuž'e, dem westlichen Teil des Lemberger-Wolhynischen Becken, das der Ukraine zugeschlagen wurde. Als Begründung für den Austausch wurde die Verbesserung der ökonomischen Anbindungen der betroffenen Gebiete angegeben.[111]

109 LUX Geschichte Russlands und der Sowjetunion, S. 347.

110 Der Wortlaut des Vertrages abgedruckt in: SDD 12, S. 76–77.

111 JACEK ŚUSARCZYK Zmiany granic w dziejach Polski. Warszawa 1997, S. 101; ALEKSANDER KOCHAŃSKI Polska 1944–1991. Informator historyczny. Band 1. Warszawa 1996, S. 369. Ukrainischerseits wird bedauert, dass Polen auf diese Weise ein Erdölgebiet mit einer „entwickelten Infrastruktur" erhielt (DNISTRJANS'KYJ Kordony Ukraïny, S. 120).

Die sowjetische Inbesitznahme der Nordbukowina und Bessarabiens zog sich nach dem Krieg etwas hin. Im März 1944 wurde die Nordbukowina von der Roten Armee ein zweites Mal besetzt, im August 1944 Bessarabien. Beide Gebiete wurden im Vertrag von Paris 1947 zwischen den Alliierten und Rumänien der Sowjetunion zuerkannt und die am 28. Juni 1940 festgelegte Grenze zwischen Rumänien und der Sowjetunion bestätigt. Während die Nordbukowina als Gebiet (*oblast'*) Černivci zur Ukrainischen SSR kam, wurde Bessarabien einige Male administrativ umstrukturiert. Sein Nordteil mit Chotyn/Hoţin sowie der südliche Abschnitt Bessarabiens um Cetatea Albă/Bilhorod Dnistrovs'kyj (dem Budžak) und Izmaïl[112] wurde der Ukrainischen SSR zugeschlagen. Der Hauptteil Bessarabiens bildete die Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik.

Alle neuen sowjetukrainischen Territorien waren ethnische Mischgebiete, in denen eine ukrainische Mehrheit bzw. ein hoher ukrainischer Bevölkerungsanteil lebte. Außenpolitisch wurden die sowjetischen Annexionen damit begründet, dass diese unter der Fremdherrschaft der Rumänen, der Polen, der Tschechen bzw. Slowaken lebenden Ukrainer mit ihren Brüdern in der Sowjetukraine zusammengeführt werden sollten. Der gesamte Bevölkerungszuwachs mit den neuen Gebieten nach dem Zweiten Weltkrieg betrug etwa sieben Millionen Einwohner. Die galizischen Gebiete, die von Polen zur Sowjetunion kamen, besaßen rund 90.000 Quadratkilometer mit etwa 6,1 Million Einwohnern.[113] Die besetzte Nordbukowina kam auf eine Fläche von 8.000 Quadratkilometer mit 774.000 Einwohnern im Jahr 1959. Im Gebiet Černivci siedelten 518.189 Ukrainer, 79.790 Rumänen, 71.645 Moldauer, 51.268 Russen und 42.140 Juden.[114] Die zu vier Fünfteln aus Wald und Gebirge bestehende Karpaten-Ukraine mit einer Fläche von 12.600 Quadratkilometern war nur dünn besiedelt. Nach dem Krieg wohnten hier rund 800.000 Menschen, ihrer Nationalität nach überwiegend Ukrainer bzw. Rusynen; die größte Minderheit waren die Ungarn.[115] 1959 war die Einwohnerzahl auf 920.173 angestiegen, darunter 686.464 Ukrainer, 146.247 Ungarn, 18.346 Rumänen, 29.599 Russen, 12.289 Slowaken und 12.169 Juden.[116] Auch die Angliederung der Karpaten-Ukraine wurde, obwohl sich die ukrainischsprachige Bevölkerung hier großenteils nicht als ethnische Ukrainer, sondern als von diesen unabhängige Rusynen betrachtete, mit der Zusammenführung aller Ukrainer begründet. Dieses Gebiet war, anders als Galizien, die Nord-

112 Das Gebiet Izmaïl wurde 1954 in das Gebiet Odessa eingefügt.

113 BYLINSKY The Second Soviet Republic, S. 84.

114 Ebenda, S. 178.

115 CDAHOU 1-23-1902, ark. 1–114: Central'nyj komitet kommunističeskoj partii Zakarpatskoj Ukrainy. Kratkaja politiko-ėkonomičeskaja charakteristika Zakarpatskoj Ukrainy. Oktober 1945. Der ausführliche Bericht behandelt unter anderem die Parteilandschaft vor dem Krieg, die ungarische Okkupation sowie eine Charakterisierung der Kreise und Städte. Zu den größten Städten gehört Užhorod mit 35.000, Mukačevo mit 30.000, Chust mit 21.000 und Berehovo mit 19.000 Einwohnern.

116 Zahlen nach der Volkszählung von 1959: Itogi vsesojuznoj perepisi naselenija 1959 goda. Ukrainskaja SSR. Moskva 1963, S. 176.

Bukowina und Bessarabien, vor dem Zweiten Weltkrieg noch nicht sowjetisch besetzt gewesen. Die sowjetischukrainische Geschichtsschreibung formuliert, die Vereinigung der Karpaten-Ukraine mit der Ukrainischen Sowjetrepublik habe den „historischen Prozess der Vereinigung aller ukrainischer Gebiete in einem einzigen, ukrainischen, sowjetischen Staat" vollendet. Dieser Akt sei der „Ausdruck der Bruderschaft und Einheit aller Völker der sowjetischen Heimat" gewesen und hätte den „Triumph der klugen Leninschen Politik der KP und der Führung der Sowjetunion in der nationalen Frage" bedeutet.[117] Den Anspruch auf die Karpaten-Ukraine hatte Stalin bereits in der Zwischenkriegszeit geäußert. Entgegen einer Abmachung mit Prag verhinderte Stalin nach dem deutschen Rückzug den Einmarsch tschechoslowakischer Truppen unter sowjetischem Kommando in die Karpaten-Ukraine, so dass die Rote Armee als erste das Land besetzte.[118] Am 24. Oktober 1944 zog diese in Užhorod ein. Die weiteren Vorgänge zur Annexion der Region wiederholten jene, die in Galizien und den vorher rumänischen Gebieten bereits 1939/40 praktiziert wurden und den Anschein zu erwecken versuchten, es handele sich um eine demokratisch legitimierte und von der Mehrheit der Bevölkerung gebilligte Angliederung. Neu war allerdings, dass sich nach dem sowjetischen Einmarsch gleichsam „spontan" eine Kommunistische Partei der Karpaten-Ukraine bildete, deren Aufgabe darin bestand, eine Massenbewegung für den Anschluss des Gebiets an die Sowjetukraine herbeizuführen.[119] Die Kommunistische Partei der Karpaten-Ukraine, die sich als die „einzige reale Kraft im Land" betrachtete, „nahm daher die Regierung in ihre Hände";[120] eine „Narodna Rada" der Karpaten-Ukraine wurde gewählt, ähnlich dem in Galizien vorgelegten Muster. Die erste Sitzung dieses Volkskomitees, organisiert von Vertretern der kommunistischen Partei, fand am 26. November 1944 in Mukačevo statt.[121] Hier wurde der Austritt der Karpaten-Ukraine aus der Tschechoslowakei und die „Vereinigung mit ihrer großen Mutter, der Sowjetukraine" pro-

117 Istorija ukraïns'koï RSR, t. 8, S. 73.

118 Die Abmachung besagte, dass für die Befreiung von Gebieten, die bis 1938 zum tschechoslowakischen Staatsterritorium gehörten, tschechoslowakische Truppen eingesetzt werden sollten; diese mussten aber, um der Roten Armee Platz zu machen, in Richtung Ost-Slowakei abziehen; vgl. BASIL DMYTRYSHYN The legal framework for the Sovietization of Czechoslovakia 1941–1945, in: Nationalities Papers. Vol. 25 (1997) Nr. 2, S. 255–268, hier S. 261.

119 PAUL ROBERT MAGOCSI, IVAN POP Communist Party, in: Encyclopedia of Rusyn History and Culture, S. 71–73, hier S. 72.

120 SPR Nr. 38, hier S. 98.

121 Die Eingliederung der Karpaten-Ukraine in den Sowjetstaat ist in einigen Darstellungen beschrieben, deren Autoren jedoch keinen Zugang zu ukrainischen Archiven besaßen, so MAGOCSI The Shaping of a National Identity, S. 252–268; MARKUS L'incorporation de l'Ukraine subcarpathique à l'Ukraine soviétique; VINCENT SHANDOR Carpatho-Ukraine in the Twentieth Century. A Political and Legal History. Harvard 1997, S. 261–278 (der Autor war Repräsentant der karpaten-ukrainischen Regierung von Chust 1938–1939 in Prag).

klamiert.[122] Gleichzeitig wurde diese wie die Sowjetunion gebeten, die Karpaten-Ukraine in den Verbund der USSR aufzunehmen. Begründet wurde die Vereinigung mit der „inneren und geschichtlichen Verbundenheit des unter fremder Knechtschaft lebenden Volkes".[123] Mit dem üblichen Spiel der angeblich demokratisch legitimierten Volksversammlung wurde die tschechoslowakische Regierung vor vollendete Tatsachen gestellt. Als diese der Sowjetunion vorwarf, sie versuche, die Frage der Karpaten-Ukraine einseitig zu klären, hielt Stalin die Farce aufrecht und eröffnete Beneš, er könne es nicht verhindern, wenn die karpaten-ukrainische Bevölkerung ihren nationalen Willen bekunde.[124]

Der Vertrag über die Abtretung der Karpaten-Ukraine durch die Tschechoslowakei und ihre Angliederung an die Sowjetunion wurde am 29. Juni 1945 in Moskau zwischen der Tschechoslowakei und der Sowjetunion unterzeichnet.[125] Dem vorausgegangen waren in den Jahren zuvor Verträge, die der Sowjetunion wichtige Rechte bei der Sowjetisierung der Tschechoslowakei sicherten. Vereinbarungsgemäß verblieb nur die Region von Prešov bei der Slowakei und damit ein Keil des von Lemken bewohnten Gebietes, der sich mit einer Bevölkerung von – so ukrainische Angaben – 70.000 Personen entlang der Karpaten hinzog.[126] Die ratifizierten Verträge wurden am 30. Januar 1946 in Prag ausgetauscht.[127] Am 22. Januar 1946 wurde die *Zakarpats'ka oblast'* innerhalb der USSR proklamiert.

Die Integration der Westukraine in die USSR bzw. in die UdSSR stellte eines der sensibelsten Probleme der Nachkriegszeit für die sowjetische Regierung, handelte es sich doch um Grenzgebiete, die besonders umsichtiger Behandlung bedurften.[128] Auf die freiwillige Unterstützung der Bevölkerung konnte man zunächst nicht zählen. Die eineinhalb Jahre sowjetischer Okkupation 1939–1941 waren zwar ausrei-

122 Manifest Peršoho Z'ïzdy Narodnych Komitetiv Zakarpats'koï Ukraïny pro vozz'jednannja Zakarpats'koï Ukraïny z Radjans'koju Ukraïnoju, in: Radjans'ka Bukovyna 1 (1945) Nr. 1, S. 2.

123 Ebenda.

124 SF Nr. 34.

125 Der Vertragstext in: Sbornik dejstvujuščich dogovorov, soglašenij i konvencij, zaključennych SSSR s instrannymi gosudarstvami. Vyp. 11: Dejstvujuščie dogovory, soglašenija i konvencii, vstupivšie v silu meždu 22 ijunja 1941 goda i 2 sentjabrja 1945 goda. Moskva 1955, S. 31–34, sowie in: VANAT Volyns'ka akcija, S. 130–131.

126 DNISTRJANS'KYJ Kordony Ukraïny, S. 121.

127 Obmin ratyfikacijnymy hramotamy dohovoru miž radjans'kym Sojuzom i Čechoslovaččyiju pro Zakarpats'ku Ukraïnu, in: Prikarpat'ska Pravda Nr. 27 (456) (6. Februar 1946) S. 7. Ungarn gab im Friedensvertrag vom 30. Februar 1947 seine Ansprüche auf die Karpaten-Ukraine auf.

128 Zur Integration der westukrainischen Gebiete in das sowjetische System vgl. allgemein GERHARD SIMON Instrumente der Sowjetisierung in den annektierten westlichen Gebieten der Sowjetunion 1939–1950, in: Sowjetisches Modell und nationale Prägung. Kontinuität und Wandel in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg. Hrsg. von Hans Lemberg. Marburg 1991, S. 13–20; DERS. Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion, S. 243–251; LEWYTZKYJ Die Sowjetukraine, S. 27–44.

chend gewesen, um „den Widerstandswillen zu wecken, aber nicht genügend, um ihn zu zerstören".[129] Die rebellische OUN/UPA verzögerte die Sowjetisierung der Westukraine nach dem Zweiten Weltkrieg erheblich. Die Voraussetzungen für die Etablierung der Sowjetmacht hier mussten die sowjetischen Sicherheitsorgane erst schaffen. Allein im April 1946 wurden vom Ministerium für Staatssicherheit im Gebiet Lemberg 490 Prozesse geführt, während zur gleichen Zeit weitere 905 Personen zur Untersuchung anstanden.[130]

Zur inneren Sicherung der neuen Gebiete wurden die nationalen Minderheiten einer Verdrängungspolitik ausgesetzt: Konnationale der benachbarten Staaten – Polen, Slowaken und Tschechen, Rumänen sowie Juden – wurden durch einen Bevölkerungsaustausch dezimiert,[131] die übrigen Minderheiten wurden der Möglichkeit beraubt, ihre nationale und kulturelle Identität zum Ausdruck zu bringen. Zwischen 1944 und 1960 wurden 500.000 Rumänen in das Landesinnere der Sowjetunion deportiert; allein 1947, dem Jahr der Unterzeichnung des Friedensvertrages in Paris, 25.000 Rumänen aus Chişinău, Izmaïl und Cetatea Albă.[132] Hingegen erfuhren die Ukrainer in den neuen sowjetukrainischen Gebieten Förderung, um ihren Widerstand gegen die Sowjetisierung abzuschwächen. So erschienen nun ukrainische Zeitungen, in den Schulen wurde ukrainischsprachiger Unterricht eingeführt und Kultur- und Bildungsinstitutionen wurden etabliert: Užhorod erhielt im Dezember 1944 eine Universität und ein ukrainisches Theater; in Lemberg wurde 1951 eine Abteilung der ukrainischen Akademie der Wissenschaften eröffnet.

Während die Kollektivierung nur sehr langsame Fortschritte zeitigte, wurde in der unmittelbaren Nachkriegszeit bereits mit der Industrialisierung der Westukraine begonnen, insbesondere durch die Förderung von Erdöl und -gas im Gebiet Lemberg. Gleichzeitig wurden hier als industriellem Großzentrum Betriebe für Gerätebau, für den Maschinenbau, für die chemische Industrie, die Leichtindustrie, für Baumaterial und für die Metallverarbeitung ebenso wie Fabriken für Telegraphenapparaturen, für landwirtschaftliche Maschinen, zur Autoverladung und für Lampen errichtet.[133] In der Karpaten-Ukraine wurde die Holzgewinnung vorangetrieben.

Die in allen neuen Gebieten forcierte Industrialisierung hatte zur Folge, dass der Zustrom russischer Arbeiter und Fachkräfte anstieg. In den Jahren von 1944 bis 1949 siedelten sich rund 16.000 russische Facharbeiter, Ingenieure und Techniker

129 SIMON Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion, S. 206. Vgl. zur ukrainischen Untergrundbewegung im Kapitel zu Widerstand unten.

130 DALO P3-1-444, ark. 170–199: Sekretarju L'vovskogo oblastnogo komiteta KP/b/U tov. Grušeckomu. Dokladnaja Zapiska. O zakončennych i nachodjaščichsja v proizvodstve UMGB po L'vovskoj oblasti charakternych sledstvennych delach. [Gez.] Načal'nik upravlenija MGB L'vovskoj oblasti General-Lejtenant Voronin. „..." Mai 1946. Hier ark. 170.

131 Vgl. im Kapitel über die „Evakuierungen".

132 CHOFBAUÉR, ROMAN Bukovina, Bessarabija, Moldavija (vgl. oben Anm. 98), S. 95; VIOREL ROMAN Bucovina şi Basarabia. Omagiu istoricului la 60 de ani. Ed. Christiana Crăciun. [O. O.] 2002, S. 86.

133 BARAN, DANYLENKO Ukraïna v umovach systemnoï kryzy, S. 34.

allein in Lemberg an, weitere 9.500 russische Spezialisten wurden zur Durchführung der Kollektivierung in die westukrainischen Gebiete versetzt.[134] Bis Mitte 1946 wurden aus der Ostukraine und den anderen Sowjetrepubliken etwa 86.000 Partei- und Verwaltungsmitarbeiter sowie Facharbeiter aus Industrie, Landwirtschaft und anderen Bereichen in die Westukraine geschickt.[135] Dabei mag der Eindruck eines großen russischen Zustroms entstehen, da Russen bevorzugt an politische und wirtschaftliche Spitzenpositionen gesetzt wurden. Für eine „Russifizierung" der Westukraine blieb aber der russische Bevölkerungsanteil zu gering. Wenn man für 1946 etwa von acht Millionen Einwohnern in der Westukraine ausgeht,[136] so kam damit auf 100 Bewohner ein Zuwanderer. Auch konnte sich, anders als in der Zentral-, Süd- und Ostukraine, in der Westukraine das Russische als Sprache im öffentlichen Leben nicht durchsetzen. Es lässt sich durch die Gesamtheit der Bevölkerungsbewegungen nach dem Krieg lokal sogar eine Ukrainisierung feststellen: So stieg der Anteil der ukrainischen Bevölkerung der Stadt Lemberg von 29,9% im Jahr 1943 (62.700 Personen) auf 74% (492.200 Personen), zurückzuführen auf den erzwungenen Abzug der Polen, die 1943 noch 62,9% ausgemacht hatten. Gleichzeitig betrug der russische Anteil im Jahr 1979 mit 21,5% etwa ein Fünftel der Gesamtbevölkerung.[137] Die in die Karpaten-Ukraine einwandernden Russen waren unmittelbar nach dem Krieg vor allem Parteifunktionäre oder militärisches Personal. Kurioserweise war gerade ihnen die Ukrainisierung der lokalen rusynischen Bevölkerung zu verdanken.[138] Ihre Anzahl stieg bis zum Jahr 1959 auf 30.000;[139] mit 3,3% an der Gesamtbevölkerung der Karpaten-Ukraine bildeten sie hier somit eine Minderheit, aber in führenden politischen Positionen. Die Masseneinwanderung von Russen in die Ukraine war erst eine Erscheinung der sechziger und siebziger Jahre; zwischen 1959 und 1970 immigrierte rund eine Million Russen. Die Mehrheit von ihnen siedelte sich im Süden und im Donbas an. Gleichzeitig stieg die Zahl der gemischten, russisch-ukrainischen Ehen.[140]

3.4. Die Beseitigung der materiellen Kriegsschäden

Die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der UdSSR bildete in der Nachkriegszeit das vorrangige innenpolitische Ziel. Bereits 1943 wurde dafür

134 SIMON Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion, S. 251.
135 Istorija ukraïns'koï RSR, t. 8, S. 71.
136 Vgl. obige Tabelle mit dem Bevölkerungsstand der einzelnen Gebiete.
137 Zahlenangaben nach: A. FIGOL, V. KUBIJOVYČ, A. ZHUKOVSKY Lviv, in: Encyclopedia of Ukraine, vol. 3, S. 217–229, hier S. 223.
138 BOGDAN HORBAL, PAUL ROBERT MAGOCSI, IVAN POP Russians, in: Encyclopedia of Rusyn History and Culture, S. 403–405, hier S. 404.
139 V. KUBIJOVYČ, V. MARKUS, I. L. RUDNYTSKY, I. STEBELSKY Transcarpathia, in: Encyclopedia of Ukraine, vol. 5, S. 256–266, hier S. 264.
140 KRAWCHENKO Social change, S. 174–175.

ein spezielles Komitee am Ministerrat in Moskau eingerichtet, das den Wiederaufbau der Wirtschaftsbetriebe in den von den Deutschen geräumten Gebieten zentral leiten sollte.[141] Nicht nur durch die Zerstörungen von Großbetrieben während des Krieges, sondern auch durch die Evakuierungen nach dem deutschen Angriff hatten sich gravierende Folgen für die ukrainische Wirtschaft ergeben: Während des deutschen Vormarsches war ein großer Teil der Produktion nach Sibirien verlagert worden, wurde aber nach Kriegsende nicht mehr rückgeführt. Evakuierten Arbeitern vor allem des militärisch-industriellen Komplexes wurde durch einen Erlass 1945 die Rückkehr verweigert, um die Produktion aufrecht zu halten.[142] Auch zivile Schäden wurden nur zögerlich behoben. Obwohl in der Ukraine 40% der Bevölkerung durch die Kriegszerstörungen obdachlos wurden, investierte man nur 15% der sowjetischen Gelder zwischen 1946 und 1951 in den Wiederaufbau der Ukraine.[143] Die Rekonstruktion der ukrainischen Städte war bis in die fünfziger Jahre noch nicht beendet: Während Kiev und Poltava Mitte der fünfziger Jahre fast wieder hergestellt waren, standen in Kremenčuk am Dnipro noch viele Ruinen.[144]

Auch wenn die sowjetische Bevölkerung gehofft hatte, nach dem Krieg würden die Kolchosen aufgelöst – solche Gerüchte hielten sich beharrlich[145] – beabsichtigte Stalin dies keineswegs und ordnete noch während der laufenden Kriegshandlungen die Wiederherstellung der Kolchosen an. Der erste staatliche Beschluss datiert bereits auf den 23. Januar 1943, kurz nach dem sowjetischen Sieg bei Stalingrad. Allerdings fehlten für die anstehende Frühjahrsaussaat Maschinen ebenso wie Zugtiere, Landarbeiter und Saatgut. Vielerorts mussten Frauen die schwere Arbeit auf den Feldern mit der Hand übernehmen, wenn nicht behelfsweise Kühe zum Pflügen zur Verfügung standen. Im September und Oktober 1943 begann die Rückführung von in den Osten verbrachten landwirtschaftlichen Tieren.[146]

Der Wiederaufbau der zerstörten sowjetischen Territorien ging ohne größere Wirtschaftshilfen aus dem Ausland vor sich, abgesehen von Nahrungsmittel- und Medikamenten-Lieferungen der UN.[147] Auch demontierte deutsche Betriebe erhielt die Ukraine kaum, diese wurden vor allem nach Sibirien transportiert. Nur einige Druckereibetriebe aus Deutschland gelangten in die Ukraine. Im Juli 1945 wurden der Stadt Dnipropetrovs'k verschiedene Geräte einer Cottbuser Druckerei zugesagt. Eine Druckerei Miller aus Oranienburg sollte in die Stadt Stalino verbracht werden. Aus der Brandenburger Druckerei „Friedriech [sic] Kramer" waren neben 25 Ton-

141 FAINSOD How Russia is Ruled, S. 392.
142 ZUBKOVA Die sowjetische Gesellschaft nach dem Krieg, S. 377.
143 KRAWCHENKO Social Change, S. 178.
144 NOVE Economic History, S. 292. Zum regionalen Wiederaufbau sei exemplarisch verwiesen auf den Donbas in: A. M. MYCHNENKO Donbas v roky Velykoï Vitčyznjanoï vijny (1941–1945). Donec'k 2000, S. 61–110.
145 ZUBKOVA Die sowjetische Gesellschaft nach dem Krieg, S. 379.
146 Über die Wiederherstellung der Kolchos-Betriebe in den vorher okkupierten Gebieten vgl. MOSKOFF The Bread of Affliction, S. 211–219.
147 MEDVEDEV Khrushchev, S. 44.

nen Papier Geräte für Kiev vorgesehen.[148] Nach Kiev und Charkiv wurden Druckmaschinen aus Oppeln und Liegnitz geschafft.[149]

Ein großes Problem in der Nachkriegszeit stellte der Arbeitermangel in der Industrie und den Betrieben dar. Dieser wurde teilweise durch den Einsatz von Kriegsgefangenen ausgeglichen, ansonsten beschaffte sich der Staat Arbeitskräfte durch die „Mobilisierung" der Bevölkerung. Die Anwerbung von Arbeitskräften war nach dem Prinzip der Freiwilligkeit durchzuführen. Idealtypischerweise sollten örtliche Sowjetorgane, denen von den übergeordneten Stellen die Bereitstellung einer bestimmten Zahl von Arbeitern aufgetragen worden war, auf die zivile Bevölkerung zugehen, ihr den Nutzen und das Ziel dieser Pflicht nahelegen und sie so aus freien Stücken für den Arbeitseinsatz gewinnen. Die Rekrutierung von Arbeitern wurde in der Regel auch ohne Gewaltanwendung durchgeführt. Während des Krieges wurde aber die zwangsweise Aushebung bzw. „Arbeitsmobilisierung" (*trudovaja mobilizacija*) von Industriearbeitern verstärkt. Es wurde als Äquivalent für den Militärdienst betrachtet. Nach dem Krieg blieb dieses Instrument noch einige Jahre bestehen, insbesondere in Gegenden, in denen es schwer war, Arbeiter anzuwerben, beispielsweise in Sibirien und den annektierten Gebieten im Westen.[150] Hier weigerte sich die Bevölkerung, dem Ansinnen des Staates nachzukommen, was die lokalen Behörden veranlasste, rigoros durchzugreifen, wie im Gebiet Drohobyč im Frühjahr 1946. Hier überschritten Gebietskomitee und Rajonkomitees bei der Aushebung von Arbeitern in zwei Dörfern ihre Kompetenzen und wurden dafür sie vom ZK zur Verantwortung gezogen.[151] Der Vorwurf lautete, die Rajonkomitees hätten grobe Fehler begangen, indem sie nicht ausreichend Aufklärung unter der Bevölkerung betrieben, sondern sich auf die „nackte Administration" verlegt hätten. Die Rajonleiter hätten keine normalen Bedingungen für die Aushebung von Arbeitskräften geschaffen. Ferner habe das Gebietskomitee weit über das erforderliche Maß Arbeiter rekrutiert: Statt der für das zweite Quartal 1946 benötigten 744 Personen waren es 8.316.

Weitere Arbeitskräfte stellten die entlassenen Soldaten. Das Regime bemühte sich um ihren heimatfernen Einsatz, um den Informationsfluss über ihren Einsatz im Westen und die wirtschaftlichen Verhältnisse dort zu verringern. Ab Juni 1945 wurden die ersten demobilisiert, angefangen von den älteren Jahrgängen. Von 11.365.000 Armeeangehörigen bei Kriegsende wurden bis 1948 insgesamt 8,5 Mil-

148 CDAHOU 1-16-30, ark. 47–48: Proekt. Postanovlenie Soveta Narodnych komissarov USSR i Central'nogo komiteta KP/b/U. [Eingang: 21. Juli 1945].

149 CDAHOU 1-16-29, ark. 249–250: Postanovlenie soveta narodnych komissarov USSR i Central'nogo komiteta KP/b/U o vyvoze poligrafičeskogo oborudovanija iz g.g. Oppel'n i Lignic /Germanija/. Kiev, „…" April 1945.

150 DUSKIN Stalinist Reconstruction, S. 26.

151 CDAHOU 1-16-50, ark. 142–146: O narušenii sovetskich zakonov pri provedenii organizovannogo nabora rabočej sily v Dubljanskom i Dobromil'skom rajonach, Drogobyčskoj oblasti. [Handschr.: OB 93755op.] 19. September 1946.

lionen entlassen, in den letzten sieben Monaten des Jahres 1945 allein 4.845.000. Bis Ende 1946 kehrten 1,8 Millionen ehemaliger Soldaten in die Ukraine zurück, ein Jahr darauf waren es insgesamt 2,2 Millionen.[152] Die Bereitstellung von Arbeit, Wohnungen sowie Kleidung bereitete den Gebieten erhebliche Schwierigkeiten. Viele waren nicht darauf vorbereitet. Im Gebiet Žytomyr waren für rund 4.000 Soldaten keine Arbeitsplätze vorhanden, andererseits klagten Betriebe über fehlende Arbeitskräfte.[153] Die Mehrheit der entlassenen Soldaten wurde in Industriebetrieben eingesetzt.[154] Auf lange Sicht hin stellten insbesondere die ehemaligen Soldaten eine herrschaftsstabilisierende Schicht dar. Denn insbesondere Veteranen bildeten eine neue Elite niederer und höherer Ränge im Staatsdienst. Mit ihnen setzten sich Kräfte durch, die ihre Verbundenheit mit der Heimat dem System zur Verfügung stellten.

Auch aus dem Reservoir der ausländischen Kriegesgefangenen wurden Zwangsarbeiter rekrutiert; ihre Zahl war nach Russland in der Ukraine am höchsten.[155] Kriegsgefangenenlager unter NKVD-Kontrolle in der Ukraine befanden sich in den Städten Kiev, Zaporižžja, Korosten', Berdičev, Lysyčans'k (Gebiet Vorošylovhrad), Uman' (Gebiet Kiev), Kadievka (Gebiet Vorošylovhrad), Mykolaïv, Odessa, Černihiv, Kramators'k (Gebiet Stalino), Vinnycja, Krasnyj Luč (Gebiet Vorošylovhrad), Horlivka (Gebiet Stalino), Stalino, Dnipropetrovs'k, Ul'janivka (Gebiet Sumy) sowie in Poltava.[156] Den Zählungen der Kriegsgefangenenlager des GUPVI zufolge waren in den Jahren zwischen 1941 und 1945 insgesamt 3.120.944 Kriegsgefangene verschiedener Nationalität gemacht worden, die meisten im letzten Kriegsjahr. Auch wenn die Ordnung für die NKVD-Lager für Kriegsgefangene aus dem Jahr 1939 vorsah, dass der Umgang mit den Gefangenen nicht grob sein und ihre Menschen-

152 BARAN, DANYLENKO Ukraïna v umovach systemnoï kryzy, S. 28; Istorija ukraïns'koï RSR, t. 8, S. 29.

153 CDAHOU 1-6-840, ark. 8–11: Protokol No. 76 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy (1.–15. November 1945), 14-op.: Ob ustrojstve demobilizovannych iz dejstvujuščej armii po Žitomirskoj oblasti. 9. November 1945.

154 DUSKIN Stalinist Reconstruction, S. 17. Am 15. März 1946 befanden sich im Gebiet Odessa 78.249 Demobilisierte. 4.966 waren Offiziere, die übrigen 73.283 Soldaten gehörten zum Stab der Feldwebel und Gewöhnlichen. Die Mehrheit – 75.655 – wurde in Kolchosen, Betriebe und Fabriken geschickt (DAOO FP 11-12-218, ark. 15: Spravka o količestve demobilizovannych iz Krasnoj Armii oficerskogo, rjadovogo, seržantskogo sostava Odesskoj oblasti po sostojaniju na 15-e marta 1946 goda. [Gez.] Zam. zav. Otdelom kadrov Odesskogo obkoma KP/b/U Maksimenko).

155 Erinnerungen ehemaliger deutscher und österreichischer Kriegsgefangener liegen in großer Zahl vor. Neu sind Kooperationen Betroffener mit russischen Historikern; vgl. ERWIN PETER, ALEXANDER E. EPIFANOW Stalins Kriegsgefangene. Ihr Schicksal in Erinnerungen und nach russischen Archiven. Graz, Stuttgart 1997.

156 Voennoplennye v SSSR, Dok. No. 3.32, hier S. 211. In der Ukraine fielen bei einer Kontrolle während der ersten beiden Monate des Jahres 1946 die Lager Nr. 315 und 417 im Gebiet Dnipropetrovs'k besonders negativ auf (vgl. den Bericht über diese und weitere Kriegsgefangenenlager in der Sowjetunion ebenda, Dok. No. 3.47, hier S. 251–252.)

würde nicht verletzen dürfe,[157] verstarben bis 1945 in den GUPVI-Lagern 318.489.[158] Ein Teil der Kriegsgefangenen wurde entlassen, die meisten aber verblieben als Zwangsarbeiter in der Sowjetunion. Zum Stichtag 2. April 1946 befanden sich hier den Angaben von Innenminister Kruglov zufolge noch 2.048.541 Kriegsgefangene, darunter 1.578.987 Angehörige der von den Deutschen geführten Armee und 469.554 Japaner.[159] Die Mehrheit der Kriegsgefangenen wurde zur Zwangsarbeit in der RSFSR eingesetzt, von den anderen Sowjetrepubliken erhielt die Ukraine am meisten: Am 20. Februar 1946 befanden sich bei einer Gesamtzahl von 1.623.962 deutschen Kriegsgefangenen 803.802 in der Russischen Sozialistischen Sowjetrepublik, in der Ukraine 240.729.[160] In Kiev wurden deutsche Kriegsgefangene beim Aufbau zerstörter Gebäude und dem Abtragen von Schutt unter anderem in der Lavra, in der Universität und im Zentralen Botanischen Garten eingesetzt.[161]

Eine andere Gruppe von Arbeitskräften bildeten die „Spezialkontingente" (*speckontingenty*) aus verurteilten Repatriierten, aus Rotarmisten, die aus deutscher Kriegsgefangenschaft kamen, und aus deportierten Völkern wie Deutschen und Krimtataren. Ihrem Status nach waren sie nur formal frei, sie wurden aber zu Arbeiten gezwungen, die „zivile" Kräfte wegen ihrer Gefährlichkeit nicht annahmen, beispielsweise im Kohleabbau. Der Unterschied zu Zwangsarbeitern bestand darin, dass sie Lohn erhielten, wenn auch einen extrem niedrigen.[162]

Während der zentrale Wirtschaftsplan zuerst die Steigerung der Produktion der Schwerindustrie vorsah, wurden die Bedürfnisse der Arbeiter nachrangig behandelt. Dafür unternahm es ein großes Propaganda-Aufgebot, die Arbeiter zum Einsatz zu motivieren und sie zu immer energischeren Anstrengungen in ihren Betrieben anzutreiben. Die *stachanovec*-Bewegung und der „sozialistische Wettbewerb" wurden reaktiviert, kombiniert mit dem Aufruf, den militärischen Erfolg gegen NS-Deutschland durch einen zügigen Wiederaufbau des Landes weiterzutragen. Appelle der Sowjetregierung an die Bevölkerung, ihre Arbeitsleistungen zu erhöhen, erfolgten nach Kriegsende regelmäßig mit Verweis auf den militärischen Sieg. In der Öffentlichkeit führte dies zu ähnlichen Begeisterungs-Bekundungen wie während der ersten Jahre der Sowjetunion beim Bau des sozialistischen Staates. Bei der Rundfunkübertragung einer Rede Molotovs von einer Sitzung des Obersten Sowjets im

157 Ebenda, Dok. No. 3.3, hier S. 145.

158 Angaben ebenda, Dok. No. 3.33. Die Zahl der verstorbenen Kriegsgefangenen in Dok. No. 3.92.

159 Zahlen ebenda, Dok. No. 3.48 (hier über den Bestand zum 12. Mai 1945 Dok. No. 3.28, zum 30. Dezember 1945 Dok. No. 3.45 und zum 1. Januar 1949 Dok. No. 3.93). Weitere Angaben über die Kriegsgefangenen in der Sowjetunion im Anhang unten.

160 Von den weiteren wurden 75.029 nach Weißrussland, 58.160 nach Lettland, 45.002 nach Estland und 33.549 nach Litauen geschickt; ebenda, Dok. No. 6.55, hier S. 654.

161 Kyïv 1941–1943, S. 257.

162 Zu den *speckontingenty* vgl. FILTZER Wirtschaft und Gesellschaft in der Nachkriegszeit, S. 105.

November 1945 in Moskau, in der er auf die internationalen Erfolge und Verpflichtungen der Sowjetunion verwies, gelobte ein Arbeiter aus Charkiv eine persönliche Normsteigerung um 180%. Er begründete dies damit, dass die Rote Armee alle unterjochten Völker der Welt vom „verfluchten faschistischen Joch" befreit habe. Nun komme es den Arbeitern zu, viel zu leisten, um der Heimat und der Roten Armee das Nötige zu geben.[163]

Die freiwillige Normübererfüllung von *stachanovcy* wurde wie früher öffentlich herausgestellt. Man habe die letzten vier Jahre für die Front und für den Sieg gearbeitet. Die Arbeiter in der Heimat seien froh, dass auch durch ihre Mühe der Sieg geschmiedet werden konnte. In den Tagen von 10. bis 15. Mai habe der Schlosser Petrenko aus Charkiv seine Normerfüllung auf 400% angehoben.[164] In einer Fabrik wurde ohne Aufstellung eines Arbeitsplanes die Arbeit von den Werktätigen selbständig erledigt. Kolchosniki erklärten, der Sieg sporne sie zu einer „besseren Arbeit" zum Wohl ihrer Kolchose an, um die durch den Krieg geschlagenen Wunden zu heilen. Einzelne erhöhten ihre Arbeitsnorm freiwillig, wie eine Angestellte der Kolchose „Bol'ševik": Anstelle der planmäßig vorgesehenen vier Zentner Zuckerrüben erntete sie die doppelte Menge; eine Kollegin mästete anstelle der 33 vorgeschriebenen Schweine 51. Diese Liste der Zusatzleistungen, die durch die Beendigung des Krieges animiert worden waren, ließe sich beliebig verlängern. Es ist aber zu vermuten, dass die Arbeiter für den Mehraufwand auch ihre eigenen Vorräte angriffen, die sie sich während des Krieges zugelegt hatten (in der Hoffnung auf die Auflösung der Kolchosen hatten die Kolchosbauern ihr privates Hofland vergrößert, ohne dass dies aber später offiziell genehmigt wurde, so dass es durch einen ZK-Beschluss wieder an die Kolchosen zurücküberstellt werden musste[165]). In der sowjetischen Industrieproduktion war jedoch nach einer Steigerung während des Krieges ein Abfall der Produktivität zu verzeichnen, der erst 1949 eingeholt werden konnte.[166]

Während der Wiederaufbau der Schwerindustrie zügig voranschritt,[167] kam der betriebliche Aufbau auf kommunaler Ebene nur schleppend voran. Nach einem Beschluss des Kiever ZK vom September 1945 war der Plan für das laufende Jahr bis dahin im Gebiet Cherson nur mit 9,4% erfüllt worden, in Dnipropetrovs'k mit

163 DAChO 2-2-705, ark. 16–17ob.: Informacija ob otzyvach trudjaščichsja Char'kovskoj oblasti na doklad tov. Molotova ot 6 nojabrja 1945 goda. Peredano v CK KP/b/U po telefonu. 15. November 1945. Hier ark. 16. Weitere Beispiele für den „sozialistischen Wettbewerb" in: Istorija ukraïns'koï RSR, t. 8, S. 40–42.

164 DAChO 2-2-705, ark. 97–98ob.: Zav. Orginstruktorskim otdelom CK KP/b/U t. Zepenko. Informacija o moral'no-političeskoj nastroenii trudjaščichsja Char'kovskoj oblasti. 20. Oktober 1945. Hier ark. 97–98.

165 SCHAPIRO The Communist Party of the Soviet Union, S. 516.

166 HULICKA, HULICKA Soviet Institutions, the Individual and Society, S. 418.

167 BARAN, DANYLENKO Ukraïna v umovach systemnoï kryzy, S. 31ff.

15,7%, in Poltava mit 18,8%[168] – damit war das volle Plansoll für 1945 in den letzten drei Monaten des Jahres nicht mehr zu erreichen. Eine stärkere freiwillige Mobilisierung der Bevölkerung sollten Partei- und Massenarbeit sowie Diskussionen auf Parteiveranstaltungen erreichen. Propaganda wurde damit ein stärker als früher eingesetztes Mittel zur Lenkung der Massen.

Die materielle Not währte noch lange nach Kriegsende. Nicht nur Wohnraum und Lebensmittel, sondern auch Kleidung, Schuhe und Gegenstände des täglichen Bedarfs wie Zündhölzer und ähnliches fehlten. In vielen Wohnhäusern, Heimen, Schulen, Krankenhäusern, Verwaltungsgebäuden und kommunalen Unternehmen mussten Dächer, Zentralheizungen, Wasserleitungen und Kanalisationen repariert und Fenster verglast werden. Öfen und Rauchabzüge waren nicht funktionstüchtig. Für den ersten Nachkriegswinter waren keine Geräte zum Schneeschippen, zum Eishacken und zum Reinigen der Trambahn-Schienen vorbereitet. Der Trambahn-Verkehr in vielen Städten lief nicht mehr. Heizmaterialien wie Holz, Torf und Kohle fehlten, so dass Banjas, Wäschereien und Pumpstationen nicht einsatzfähig waren. Für Heizer und die Betreiber von Dampfkesseln wurde ein Prämiensystem für den sparsamen Umgang mit Heizmaterial eingeführt.[169]

Lebensmittelzuweisungen erfolgten seit 1941 über Bezugskarten, die jedoch kaum das lebensnotwendige Minimum garantierten. Ende 1943 wurde die Bevölkerung in den vorher besetzten Gebieten auf über ein Viertel der Gesamteinwohner der Sowjetunion mit 161,4 Millionen geschätzt, rund 43,6 Millionen Menschen. Von diesen waren 17,1 Millionen auf die staatliche Unterstützung angewiesen, 26,6 Millionen Bauern waren nicht unterhaltsberechtigt.[170] Zum 1. Januar 1945 wurden in der Ukrainischen SSR nur mehr 10,5 Millionen Personen über Bezugskarten versorgt.[171] Erst am 17. Dezember 1947 wurde das Bezugskarten-System eingestellt, nachdem der sowjetische Ministerrat und das ZK VKP(b) einen Beschluss über die Aufhebung dieses Systems und über eine Geldreform gefasst hatten. Dies führte zu einer Erhöhung der Preise auf Lebensmittel und andere Waren um ein Drittel.[172] Eine Währungsreform im Dezember 1947 wertete Ersparnisse und Geldrubel im Verhältnis 10:1 ab, allerdings behielten die Löhne der Arbeiter nominell ihren Wert.

168 CDAHOU 1-6-829, ark. 28–32: Protokol No. 71 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy (1.–15. September 1945), 23-op.: O chode podgotovki žiliščno-kommunal'nogo chozjajstva, škol, bol'nic i kul'turno-prosvetitel'nych učreždenij k zime 1945/46 g.

169 Ob dies allerdings zum Wohl der betroffenen Bürger war, die dann unter der Sparsamkeit der Heizer zu leiden hatten, ist anzuzweifeln.

170 MOSKOFF The Bread of Affliction, S. 209–210. Ebenda, S. 138–139, über die Kategorien der bezugsberechtigten Nahrungsmittelempfänger.

171 ZINČENKO Dejatel'nost' organov sovetskoj vlasti na osvoboždennoj territorii USSR, S. 35.

172 BARAN, DANYLENKO Ukraïna v umovach systemnoï kryzy, S. 31.

Karte 1: Die Ukraine nach dem Zweiten Weltkrieg (nach: MAGOCSI A History of Ukraine, S. 640)

Karte 2: Die territorialen Gewinne der Sowjetukraine 1939–1954 (nach: SUBTELNY Ukraine, S. 482)

Zweiter Teil.
Die Ukraine nach dem Zweiten Weltkrieg: Faktoren der Resowjetisierung und Restalinisierung

1. Partei und Staat

1.1 Die Wiedererrichtung der sowjetischen Partei- und Verwaltungsstrukturen nach dem Krieg

In der Sowjetunion hingen Politik und Wirtschaft sowie der größte Teil des privaten Lebens der Bürger von den Vorgaben der kommunistischen Partei ab. Der Lehre Lenins zufolge habe die sozialistische Revolution und der Aufbau des Sozialismus unter ihrer Leitung zu erfolgen. Ihr Führungsmonopol als „kampferprobte Vorhut des Sowjetvolkes" leitete sie daraus ab, dass sie einen Erkenntnisvorsprung besitze, weil sie allein über das am weitesten entwickelte gesellschaftliche Bewusstsein und die Einsicht in seine Erfordernisse verfüge. Sie vereine den fortschrittlichsten Teil der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der Intelligenz; unter ihrer Führung sei die Ausbeuterklasse in der Sowjetunion liquidiert worden und habe sich die moralische und politische Einheit der Sowjetgesellschaft gefestigt, wie die Präambel des Parteistatuts zum Ausdruck bringt.[1] Der Partei kam somit die Lenkung der sowjetischen Gesellschaft zu. Auch der Autokrator Stalin konnte nicht ohne die Partei regieren. Die Sicherung seiner Macht gelang ihm auch, weil er ihre oberste Hierarchie kontrollierte. Ohne die Partei wäre die Etablierung seiner Herrschaft auf regionaler und lokaler Ebene nicht gelungen.

Über die Gründe, die Sowjetbürger zum Parteieintritt animierten, lässt sich spekulieren. Freilich zeigte sich jedes Parteimitglied von der Richtigkeit der Ideologie von Marx, Engels und Lenin völlig überzeugt. Je näher die bolschewistische Machtergreifung noch war, je präsenter noch das Wirken Lenins vor Augen stand, desto stärker glaubten die Kommunisten tatsächlich an ihre Inhalte. Dieser vom revolutionären Enthusiasmus geprägte Typus des Parteimitgliedes verschwand aber nach dem Tod Stalins.[2] Die kommunistische Heilsbotschaft überzeugte angesichts der im Namen der kommunistischen Lehre unter Stalin begangenen Verbrechen immer weniger. Dennoch blieb die Parteimitgliedschaft für das persönliche Fortkommen unentbehrlich. Für eine Karriere in Wirtschaft, Politik, der Armee, in der Wissenschaft und in allen öffentlichen Ämtern war das *partbilet* die Voraussetzung. Dazu brachte ein immer ausgeprägteres Privilegiensystem – die Möglichkeit zu Auslandsreisen, die Zuteilung von Defizitgütern, der Zugang zu besseren Bildungseinrichtungen und Krankenhäusern, die Nutzung größerer Wohnungen, Datschen oder ähnliches – Sowjetbürger in die Abhängigkeit von der Partei. Die Glaubensbekenntnisse von Bolschewiken wurden damit zur Farce, weil rein materialistische Gründe für den

1 Über die Führungsrolle der Partei im Sozialismus vgl. MEYER Sozialistische Systeme, S. 37–38.

2 YURI GLAZOV To be or not to be in the Party. Communist Party Membership in the USSR. Dordrecht, Boston, London 1988, S. 16. Vgl. auch die Interview-Aussagen von Emigranten aus der Sowjetunion, wie beispielsweise in den am Osteuropa-Institut München durchgeführten Befragungen von Übersiedlern.

Eintritt sprachen. In der Not der Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit konnte eine Position in der Partei eine Verbesserung der elementaren Lebensumstände mit sich bringen, da man in den Genuss von Vergünstigungen kommen konnte, die anderen versagt waren. So hatten – sogar im besetzten Leningrad[3] – Funktionäre, während die übrige Bevölkerung hungerte, Zugriff auf Lebensmittel, auf Fahrzeuge und auf die Möglichkeit, ihre Familien vor dem anrückenden Feind zu evakuieren. Nach dem Krieg bedienten sich Funktionäre an amerikanischen Spenden.[4] Die Chance, sich das Überleben zu erleichtern, war damit nach dem Krieg ein besonderer Grund für den Parteieintritt, was sich in den stark steigenden Zahlen dieser Zeit widerspiegelt.

Von der Belastbarkeit der Partei hing ab, wie groß der Einfluss der Zentrale in Moskau auf die einzelnen sowjetischen Republiken war. Das Stalinsche Regime drängte daher nach dem Zweiten Weltkrieg die Partei, in den vormals besetzten Gebieten ihren Status als einzige, einigende und zukunftsweisende Kraft wieder herzustellen. Zeitgleich mit dem Aufbau der Partei hatte jener der Administration zu erfolgen; beide Stränge waren nicht voneinander zu trennen, da die Partei die Kandidaten für alle politischen und sonstigen Ämter stellte.[5] Mit ihrer Wiedererrichtung waren die Voraussetzungen für die Erneuerung der sowjetischen Strukturen in Wirtschaft, Kultur und allen anderen öffentlichen Sphären gegeben. Man begann daher unmittelbar nach dem deutschen Abzug mit der Reorganisation der zerstörten Strukturen und der Sammlung der Mitglieder. Dabei verzeichneten alle Territorien beträchtliche Verluste ihrer Führungskader und Mitglieder, von denen viele versprengt, getötet oder evakuiert worden waren. Die Erfassung der Parteimitglieder nach Kriegsende gestaltete sich schon organisatorisch als schwierig. Um nämlich die Identität der Kommunisten während der Besatzung zu schützen, waren die Mitgliederverzeichnisse in den Osten verschickt worden und mussten nach Kriegsende erst wieder mühsam gesammelt werden.[6]

Die sowjetukrainische Historiographie stellt den Wiederaufbau der Partei als Erfolgsgeschichte dar. Die Rekrutierung von Parteimitgliedern nach dem Krieg sei rasch vonstatten gegangen. Dies entsprach der Doktrin, dass es dem militärischen

3 MOSKOFF The Bread of Affliction, S. 181. In Moskau wurden neben sich absetzenden Führungskadern innerhalb von drei Tagen, von 16. bis 18. Oktober 1941, Spitzenfunktionäre aufgegriffen, die sich noch vor ihrer Flucht Geld und Wertsachen für 2,5 Millionen Rubel und über 100 Autos aneigneten; LÖWE Stalin, S. 319–320.

4 CDAHOU 1-6-840, ark. 8–11: Protokol No. 76 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy (1.–15. November 1945), 14-op.: Ob ustrojstve demobilizovannych iz dejstvujuščej armii po Žitomirskoj oblasti (9. November 1945).

5 FAINSOD How Russia is Ruled, S. 239–240. Chruščev zufolge war zwischen Partei- und Verwaltungsarbeit kein Unterschied zu treffen, da alles, was im Land geschehe, die Partei angehe.

6 Solche Listen aus der Zeit von Februar bis April 1942 in: DALO P3-1-103 (Opisi, spiski učetnych kartoček kommunistov Podkamenskogo, Ščireckogo, Bobrkskogo, Lopatinskogo rajonov, v gody Velikoj Otečestvennoj vojny nachodivšichsja na chranenii v Zapadno-Kazachstanskom, Novo-Sibirskom, Čkalovskom, Baškirskom Obkomach VKP/b/).

und ideologischen Feind nicht gelungen war, die Geschlossenheit der Partei in den Okkupationsgebieten zu durchbrechen. Als einziger Grund für die gesunkenen Mitgliederzahlen nach dem Krieg wird angegeben, sie seien auf die Kriegstoten zurückzuführen. Die Parteisäuberung der Nachkriegszeit wird ebenso wenig erwähnt wie die Tatsache, dass auch Parteimitglieder nach dem Krieg freiwillig im Westen blieben. Als einzige Besonderheit der Verhältnisse in der Westukraine tauchen der Terror der nationalukrainischen Untergrundbewegung und die Schädlichkeit der unierten Kirche auf, die den Parteiaufbau dort verzögert hätten. Die Zitierung von Phrasen und Parteiformeln überdecken die Komplexität und Vielschichtigkeit der Nachkriegs-Entwicklung: Die Autorität und führende Rolle der Parteiorganisationen sei gewachsen, habe die Verbindung mit den breiten Massen vertieft und die Auswahl der würdigsten Vertreter unter den Arbeitern, vor allem in der Arbeiterklasse, für die Reihen der Partei verbessert.[7] Einige der vorgelegten Zahlen lassen sich zwar tatsächlich archivalisch nachweisen – jedenfalls die positiven, negative werden unterschlagen –, dennoch ist zu bedenken, dass Parteistatistiken nach dem Krieg, genauso wie vorher, bekanntermaßen nicht immer zuverlässig waren. Sie beinhalteten oftmals aufgrund von Manipulationen Fehler und waren grundsätzlich leicht zu fälschen; dabei lag es im Interesse jedes Parteifunktionärs, eine möglichst große Mitgliederbasis nachzuweisen. Auf diese Weise wurden verstorbene wie ausgetretene Mitglieder oder andere „tote Seelen" weitergeführt. Somit bestand zu allen Zeiten die Gefahr, mit überhöhten Zahlen zu arbeiten, was aber mangels Kontrollmöglichkeiten kaum überprüft werden konnte. Auch die allgemeine Nachkriegssituation der Partei stellte sich keineswegs so positiv dar, wie sie von der sowjetischen Historiographie geschildert wird. Dies ist zwar angesichts der chaotischen Verhältnisse in der zerstörten Ukraine nicht verwunderlich, bedarf aber einer korrigierenden Beschreibung.

Die Besetzung der Partei- und Sowjetämter

Die Restrukturierung der Partei nach dem Ende der deutschen Okkupation musste innerhalb der Ukraine von drei verschiedenen Situationen ausgehen: in der Karpaten-Ukraine, die vor 1945 nicht zur Sowjetunion gehört hatte, handelte es sich um einen kompletten Neuaufbau, in der Westukraine ging es um den Aufbau der vorher zwar schon bestehenden, aber kaum verankerten sowjetischen Strukturen, und in der Zentral-, Ost- und Südukraine war die vorher Jahrzehnte lang bestehende Parteiorganisation zu erneuern. In allen drei Fällen war ein zügiger Fortschritt anzustreben, da allein die Partei und ihre Organe die Wiederherstellung der Herrschaft Stalins garantierten. Mit unterschiedlichen Mitteln und Methoden wurde dies erreicht: Einerseits wurden den Gebieten Hilfestellungen durch den Import verdienter Parteimitar-

7 Istorija ukraïns'koï RSR, t. 8, S. 74. Dass auch nicht mehr die Arbeiterklasse das Ziel der Mitgliederrekrutierung in der Nachkriegszeit war (vgl. im letzten Abschnitt dieses Kapitels), wird hier negiert.

beiter aus dem Osten geleistet, andererseits wurden insbesondere die unteren Ebenen der Partei und Verwaltung von den übergeordneten zum schnellen Vorgehen gezwungen. Dabei erfuhr das Kommandosystem innerhalb der Partei und der Verwaltung, gestützt auf Disziplin und Gehorsam, eine Stärkung. Die Restauration des in den dreißiger Jahren wirkenden „Kommandosozialismus" war somit ein prägendes Merkmal der sowjetischen Nachkriegsentwicklung.[8] In der Ukraine wie in den anderen vorher okkupierten Gebieten der Sowjetunion sorgte es für eine effektive Mobilisierung der Parteifunktionäre.

Bei der Organisierung der Parteistrukturen erwartete Moskau das schnellstmögliche Tempo und zeigte keinerlei Verständnis dafür, dass dies für die unteren Ebenen der Partei nicht einfach war. Der von der Zentralregierung auf die Republiksführung ausgeübte Druck war beträchtlich; er wurde von Kiev auf die Gebiete und von hier auf die Rajons weitergegeben. Damit wurde das Prinzip des Führer- und Zentralstaates in der Ukraine nach dem Krieg unverzüglich nach dem deutschen Rückzug wieder angewandt.

In der sowjetischen Presse wurde der organisatorische Aufbau in den wiedererrungenen Gebieten ausführlich abgehandelt. Ihr zufolge wurde mit der administrativen Neustrukturierung in Charkiv bereits nach der ersten sowjetischen Wiederbesetzung und in Stalino nach dessen Rückeroberung am 7. September innerhalb von wenigen Tagen begonnen.[9] Die höheren Funktionäre der Gebietskomitees seien innerhalb von kurzer Zeit wieder vor Ort gewesen. Im Gebiet Vorošylovhrad hätten sofort nach der Befreiung der ersten Rajons die Räte mit ihrer Arbeit begonnen.[10] Nach außen hin wurde also, was nicht verwunderlich ist, die schnelle Reaktivierung des Parteilebens betont und damit die Assoziation erweckt, der ideologische Feind und Kriegsgegner habe dem sozialistischen System nichts anhaben können.

1946 waren in der Ukraine 25 Gebietskomitees (*obkomy*), 82 Stadtkomitees (*gorkomy*), 82 Rajonkomitees (*rajkomy*) in Städten und 750 Rajonkomitees auf dem Land mit Funktionären besetzt.[11] Die Entscheidungsgewalt über die Einsetzung der Gebietskomitees, den wichtigsten Administrativorganen der Republiken, lag bei der Zentrale in Moskau, während die Kiever Republiksführung alle Stadt- und Rajonkomitees bestimmte, dafür aber ebenfalls Moskau gegenüber verantwortlich war. Bei den Gebietskomitees griff man auf bewährtes Personal zurück, da von 23 früheren Ersten Sekretären der Gebietskomitees neun ihre Posten und die anderen ähnliche Aufgaben bekamen.[12] Oftmals rückten Funktionäre, die früher bereits höhere Positionen hatten, in die Leitungsebene nach. Diese personelle Kontinuität garantierte der Partei loyale Kräfte, die sie in der Phase ihres Wiederaufbaus besonders

8 BARBER, HARRISON The Soviet Home Front, S. 110; HILDERMEIER Geschichte der Sowjetunion, S. 670.

9 ARMSTRONG The Soviet Bureaucratic Elite, S. 133–134.

10 ZINČENKO Dejatel'nost' organov sovetskoj vlasti na osvoboždennoj territorii USSR, S. 11.

11 CDAHOU 1-23-3970, hier ark. 7.

12 ARMSTRONG The Soviet Bureaucratic Elite, S. 134.

benötigte. Dass Mitglieder der Parteielite dem Krieg zum Opfer gefallen waren, erwies sich als besonders fatal. Nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion war nicht überall eine gezielte oder geschlossene Evakuierung regionaler und lokaler Parteiführer möglich. Sie mussten in einigen Orten ihre Flucht vor der heranrückenden Wehrmacht selbst organisieren. Obgleich sie über wesentlich bessere Transportmöglichkeiten als die übrige Bevölkerung verfügten, gelang mehreren hohen Funktionären die Flucht aus Kiev nur mit großer Mühe.[13] Die Verluste waren dann auch beträchtlich: In der Ukraine kamen insgesamt acht Erste Gebietskomitee-Sekretäre um (von Volyn', Drohobyč, Žytomyr, Kam-janec'-Podil's'kyj, Stalino, Mykolaïv, Stanislav und Sumy), die drei Vorsitzenden der Gebietsexekutivkomitees von Lemberg, Kiev und Charkiv sowie 13 weitere Sekretäre von Gebietskomitees.[14]

In den allermeisten Fällen waren die Ämter der Ersten Gebietskomitee-Sekretäre und der Vorsitzenden der Exekutivkomitees (*ispolkomy*) nach dem Krieg von zwei Personen besetzt, wie folgende Aufstellung belegt:

Tabelle 3. Erste Sekretäre der Gebietskomitees und Vorsitzende der Exekutivkomitees der Gebiete in der Ukraine am 26. Juni 1946[15]

Gebiete	Erste Sekretäre der Gebietskomitees	Vorsitzende der Exekutivkomitees
Cherson	Fedorov, A. F.	Pasenčenko-Demidenko, F. I.
Černihiv	Kuznecov, M. G.	Kostjučenko, S. F.
Černivci	Zelenjuk, I. S.	Kolikov, A. L.
Charkiv	Čuraev, V. M.	Vološin, I. M.
Dnipropetrovs'k	Najdenov, P. A.	Dement'ev, G. G.
Drohobyč	Oleksenko, S. A.	Kračuk, I. Ju.
Izmaïl	Tarasov, S. N.	Ananko, K. P.
Kam-janec'-Podil's'kyj	Ustenko, A. I.	Kovbasjuk, A. N.
Kirovohrad	Petrov, G. G.	Iščenko, V. P.
Kiev	Chruščev, N. S.	Olejnik, Z. F.
Lemberg	Grušeckij, I. S.	Kozyrev, N. V.
Mykolaïv	Filippov, I. M.	Borisov, P. M.
Odessa	Kiričenko, A. I.	Karabaev, K. S.
Poltava	Markov, V. S.	Martynenko, I. M.
Rivne	Begma, V. A.	Vasil'kovskij, P. I.

13 Ebenda, S. 126–127.

14 CDAHOU 1-23-3972, ark. 1–28. Die Liste der während des Krieges umgekommenen hohen Parteifunktionäre auf ark. 5–7. Es ist aber nicht ersichtlich, wie sie ihr Leben verloren, ob sie ermordet worden oder gefallen sind. Einige Funktionäre, die von Deutschen getötet wurden, sind namentlich erwähnt in LYSENKO, VRONS'KA Druha svitova vijna jak novyj vymir teroru, S. 644.

15 CDAHOU 1-23-3972, hier ark. 1–4 [die Namen der Funktionäre in russischer Schreibweise].

Gebiete	Erste Sekretäre der Gebietskomitees	Vorsitzende der Exekutivkomitees
Stanislav	Slon', M. V.	Ščerbak, F. K.
Stalino	Mel'nikov, L. G.	Struev, A. I.
Sumy	Ivanov, I. I.	Abramov, A. D.
Ternopil'	Kompanec, I. D.	Griško, G. E.
Vinnycja	Stachurskij, M. M	Burčenko, D. T.
Volyn'	Profatilov, I. I.	Rešetnjak, F. N.
Vorošylovhrad	Gaevoj, A. I.	Oreško, I. S.
Karpaten-Ukraine	Turjanica, I. I.	Turjanica. I. I.
Zaporižžja	Matjušin, F. S.	Ponomarenko, V. N.
Žytomyr	Spivak, M. S.	Rožančuk, N. M.

Eine Sonderstellung nahm die Karpaten-Ukraine ein, die Anfang 1946 der USSR als Gebiet angegliedert wurde. Hier wurde die Position des Vorsitzenden des Exekutivkomitees und des Ersten Partei-Sekretärs mit nur einem Mann, Ivan Ivanovič Turjanica, besetzt, der aus der Karpaten-Ukraine stammte. Allerdings bestand an seiner loyalen Ausrichtung kein Zweifel, war er doch bereits unter dem kommunistischen Regime Béla Kuns und in der tschechoslowakischen KP aktiv gewesen, bevor er in Charkiv studierte und während des Zweiten Weltkrieges in der Sowjetunion verblieb.[16] Der Idealfall eines verlässlichen Kommunisten mit Regionalkenntnissen an der Spitze der Gebiets-Leitung ermöglichte die Ämterdoppelung in einer Einzelperson. Allerdings wurde die Karpaten-Ukraine besonders abgesichert: Im Februar 1946 waren von den 14 Militärkommissaren acht Russen und sechs Ukrainer, die sich um die Partei verdient gemacht hatten. Alle waren Parteimitglieder und Träger hoher Kriegsorden.[17]

Die Mobilität innerhalb der leitenden Ämter in den Gebieten war beträchtlich. In den Jahren 1947 bis 1949 wurden von 26 Parteisekretären 19 versetzt. Dies geschah systematisch auch bei den Sekretären der anderen Regionen.[18]

Neben den Ersten Sekretären verfügten die Gebietskomitees in der Ukraine über weitere Sekretäre, so dass für die 25 Gebietskomitees insgesamt 125 Sekretärsposten besetzt werden mussten, von denen 1946 nur zwei vakant waren. Die ukrainische Nationalität stellte keinerlei Hindernis dar: Die Mehrheit von ihnen, 88 (71,6%), waren Ukrainer, die übrigen 35 (28,4%) Russen. Die Funktionäre waren überwiegend bereits zehn bis zwanzig Jahre in der Partei, in die sie zwischen 1926 und 1934 eingetreten waren.[19] Dies bedeutete, dass sie die Säuberungen der dreißi-

16 ARMSTRONG The Soviet Bureaucratic Elite, S. 108.

17 CDAHOU 1-23-3016, ark. 2, fortgesetzt auf ark. 5: Spisok okružnych voennych komissarov Zakarpatskoj oblasti, prikarpatskogo voenogo okruga. [Gez.] Načal'nik otdela Kadrov Polkovnik Kolombet, Načal'nik 2 otdelenija Podpolkovnik Karžavin. 18. Februar 1946.

18 MCCAGG Stalin Embattled, S. 358, Anm. 4.

19 CDAHOU 1-23-3972, hier ark. 8.

ger Jahre erlebt und überlebt hatten. Sie gehörten damit jener Generation an, welche die alte Garde ablöste, die nach der Oktoberrevolution in Ämter und Würden gekommen war. Die Mehrheit der Nachkriegs-Funktionäre war nach dem Tod Lenins in die Partei eingetreten und hatte den Aufstieg Stalins mitverfolgt. Die Ideale der bolschewistischen Revolution wurden ihnen somit nicht mehr während der Leninschen Herrschaft vermittelt, sie lagen ihnen nicht so nahe wie die von Stalin verbreiteten ideologischen Vorgaben. Für die praktische Politik bedeutete dies, dass sie als Handlanger des Systems verlässlicher waren. Dem Lebensalter nach war die Mehrheit zwischen 36 und 45 Jahren, die ältesten waren 50 Jahre.[20]

Der Bildungsstand der Gebietskomitee-Sekretäre war überdurchschnittlich hoch, über die Hälfte besaß eine höhere und mittlere Schulbildung. Aber auch geringe Schulbildung bedeutete kein Hindernis, das höchste politische Amt eines Gebiets anzutreten: Vier Personen lediglich verfügten über eine Elementar-Bildung; dies wurde jedoch durch besondere ideologische Festigkeit ausgeglichen.[21]

Während durch Ämterrotation die Leiter der Gebietskomitees nach Moskauer Diktat rasch eingesetzt wurden, gestaltete sich der Aufbau der unteren Parteihierarchie ab 1944 wesentlich langsamer und schwieriger. Eine erste interne Bestandsaufnahme der Parteistrukturen nach der Rückeroberung des Gebiets Charkiv erbrachte eine ernüchternde Bilanz. Der Mitgliederstand der Partei war erheblich zurückgegangen, da die Kommunisten zusammen mit anderen Einwohnern in die östlichen Gebiete der Sowjetunion evakuiert worden waren oder noch in der Roten Armee dienten. Andere Parteimitglieder waren umgekommen. Viele Kommunisten kehrten außerdem nach ihrer Evakuierung oder Flucht nicht mehr oder nicht sofort zurück. Nur in wenigen Fällen war das gesamte Personal einzelner Rajonkomitees verblieben, oft gab es bloß noch deren Erste Sekretäre.[22] So waren in einem Rajon von ehedem 27 Mitgliedern des Rajonkomitees lediglich sieben vor Ort, von den früher neun Mitgliedern des Büros des Rajonkomitees nur mehr eines. Die Parteiorganisation eines anderen Rajon umfasste zu Kriegsbeginn 590 Kommunisten. Nach der Okkupation wurden hier nur mehr 130 Kommunisten registriert. In der Stadt Izjum (südöstlich von Charkiv) waren von den 41 Mitgliedern des Stadtkomitees lediglich fünf vor Ort. Auch der Bestand der einfachen Parteimitglieder war erheblich zurückgegangen. Die Parteiorganisation von Izjum hatte bis zum Krieg über mehr als 1.400 Kommunisten verfügt.[23] Nun waren jedoch nur mehr 198 Kommunisten vor Ort. In der Stadt bestanden nach dem Krieg nur zehn Grundorganisationen – die untersten territorialen Einheiten im Parteiaufbau – mit insgesamt 124 Mitgliedern und

20 CDAHOU 1-23-3972, hier ark. 9.

21 Ebenda.

22 CDAHOU 1-16-48, ark. 15–35: Sekretarju CK KP/b/U tov. Koročenko D. S. O posledstvijach nemecko-fašistskoj okkupacii i o rabote partijnych organizacii v rajonach Char'kovskoj oblasti, osvoboždennych ot nemeckich zachvatčikov. [Gez.] Zlenko, zav. orginstruktorskim otdelom CK KP/b/U. 29. Mai 1942. Hier ark. 20.

23 Vgl. ebenda, ark. 22.

Kandidaten. Die anderen 74 waren als Einzelpersonen, also in keiner Grundorganisation, registriert, obwohl das Parteistatut die Zugehörigkeit jedes Mitgliedes zu einer solchen vorsah. Eine Fabrik in Izjum zählte im Januar 1942 insgesamt 26 Kommunisten und hätte damit die für eine Grundorganisation mindestens erforderlichen Mitglieder drei aufgewiesen, deren Aufstellung aber erst mit Verzögerung Ende März erfolgte. Andererseits wurden, bedingt durch die chaotischen Umstände während des Krieges, Mitglieder doppelt verbucht, was zu falschen Angaben der Parteigröße führte. Im Petrovskij rajon (Gebiet Charkiv) befanden sich 130 Kommunisten auf der Liste, von denen 69 gleichzeitig als Einzelpersonen auf der Liste des Rajonkomitees (ohne Registrierung in einer Grundorganisation) standen. Ähnlich verhielt es sich in der Stadt Izjum, wo von 198 Mitgliedern und Kandidaten 74 auch als Einzelpersonen auf der Liste des Stadtkomitees standen.

Zur Wiederherstellung geordneter Verhältnisse sah das ZK in Kiev vor, die Parteistruktur von unten her wieder aufzubauen, neue Mitglieder anzuwerben und eine Säuberung des vorgefundenen Parteiapparates vorzunehmen. Die Gebietskomitees der befreiten Gebiete wurden angehalten, unverzüglich Rajonkomitees in einer Größenordnung von fünf bis sieben Mitgliedern zu gründen und ihren Bestand nicht später als drei Tage nach der Befreiung des Rajons dem ZK zur Bestätigung vorzulegen. Die Rajon- und Stadtkomitees sollten wiederum Grundorganisationen aufstellen. Gebiets-, Rajon- und Stadtkomitees sollten in kurzer Zeit ihren Apparat mit Personen vervollständigen, die sich in der Parteiarbeit ausgezeichnet hatten, insbesondere mit Arbeiterinnen, die sich während des Krieges um die Partei verdient gemacht hatten. Zur weiteren Verstärkung der kommunistischen Kräfte sollten parteilose Arbeiter, Kolchosarbeiter und Angehörige der Intelligenz als Aktivisten herausgefiltert werden, um sowjetische Behörden, Unternehmen, Fabriken, Kolchosen, Schulen und Krankenhäuser aufzubauen.

Am unteren Ende der Kette von Befehlsempfängern, die den Wiederaufbau der Partei voranbringen mussten, standen die für die Sammlung der einfachen Parteimitglieder verantwortlichen Rajonorganisationen. Sie hielten die Verbindungen zu den Grundorganisationen in den Betrieben, Kolchosen, Sowchosen und in den Maschinen- und Traktorenstationen (MTS). Das Kiever ZK kritisierte ihr Vorgehen allerdings nachdrücklich und brachte sie damit noch unter größeren Zugzwang: Sie würden die Parteiorganisationen nachlässig und langsam aufbauen, viele Kommunisten nicht registrieren und nicht dafür sorgen, dass diese aktiv am Parteileben teilnähmen. Außerdem würden viele Parteiorganisationen von den Rajonkomitees nicht genügend Unterstützung erhalten, daher könnten sie nur auf niedrigem Niveau arbeiten. Ein Beschluss des Kiever ZK, der auf Juni 1942 datierte, stellte in dieser Hinsicht in den Gebieten Charkiv und Stalino, aus denen die Deutschen kurzzeitig zurückgedrängt worden waren, beträchtliche Mängel fest.[24] Diese Vorwürfe lagen in

24 CDAHOU 1-16-48, ark. 8–14: O rabote partijnych organizacij v rajonach Char'kovskoj i Stalinskoj oblastej, osvoboždennych ot nemeckich okkupantov. Postanovlenie CK KP/b/U. Proekt [handschriftlich: OB-24, 14-op., 3. VI. 1942].

den speziellen Bedingungen der Zeit, als der Krieg noch nicht beendet war, und waren in der überhasteten Verpflichtung, die Reihen wieder zu füllen, begründet. Durch das Fehlen wichtiger Führungsleute stiegen nämlich in vielen Rajons Mitglieder aus unteren Positionen auf. Für die Qualität der Arbeit im Sinne der Partei war dies kaum förderlich, denn die Ausbildung der Funktionäre und ihre Bereitschaft, sich mit den Zielen der Partei zu identifizieren, war früher wesentlich größer gewesen als jetzt. Das ZK zeigte sich daher mit dem Engagement in den Grundorganisationen wenig zufrieden und machte die Rajonkomitees dafür verantwortlich. Diese würden Genossen mit geringer Routine in Führungspositionen einsetzen. Mancherorts fänden keine Parteizusammenkünfte statt. Auch um Parteizugänge kümmere man sich zu wenig: In einigen Rajons ging über lange Zeit kein einziger Aufnahmeantrag ein. In einer Reihe von befreiten Rajons würden verlässliche Bolschewiken zu zögerlich auf Führungsaufgaben vorbereitet. So gab es im Rajonkomitee Slavjansk, Gebiet Stalino, keinen Zweiten Sekretär und keinen Kader-Sekretär; im Rajonkomitee Savinsk, Gebiet Charkiv, fehlte unter anderem ein Zweiter Sekretär. Das ZK forderte nachdrücklich, die bolschewistische Sorgfalt der Kommunisten, der Komsomolzen und der gesamten Bevölkerung vor allem in den frontnahen Rajons zu erhöhen. In einigen Rajons sei man zu nachlässig bei der Kontrolle des Personals. Völlig falsch würden die Sekretäre einiger Rajonkomitees in den befreiten und in den frontnahen Rajons vorgehen, keine Untergrund-Parteiorganisationen aufstellen und die örtliche Bevölkerung nicht auf die Beobachtung von möglicherweise eintreffenden Saboteuren vorbereiten.[25]

Das Unterfangen nahm mehr Zeit in Anspruch, als das ZK zulassen wollte: Ein ZK-Beschluss vom 1. November 1943 drängte abermals auf die Wiederherstellung der Parteistrukturen in den befreiten Gebieten und auf die Verbesserung ihrer Führungen.[26] Am 1. April 1944 wurden erneut Mängel und Schwächen in den Gebieten Dnipropetrovs'k, Charkiv, Stalino, Kiev und anderen angemahnt.[27]

Wie zu allen anderen Zeiten wurde auch in der Kriegs- und Nachkriegssituation der Propaganda eine große Bedeutung zugemessen. Allerdings stellte das ZK auch dabei Unzulänglichkeiten fest. Es würden keine politischen Informationen weitergegeben, da es an systematischer politischer Agitation fehle, Agitatoren seien kaum im Einsatz – dass viele von ihnen an der Front waren, stellte kein Argument für das ZK dar. Weiter gebe es keine Referate und Vorträge für die Kolchosarbeiter, die führenden Arbeiter eines Rajons würden selbst kaum Agitationsarbeit betreiben.

Abgesehen vom großen Mitgliederverlust, der jedoch als vorübergehend zu betrachten war und tatsächlich schnell wieder aufgeholt wurde, war die Lage der Partei in den rückeroberten Gebieten der Ukraine nicht so dramatisch, wie es das Kiever ZK formulierte. Denn in der Zentral-, Ost- und Südukraine war nach dem Krieg die Gefahr nicht sehr hoch, dass die Partei ihre Vorrangstellung verlieren könnte,

25 Ebenda, ark. 11.
26 RIGBY Communist Party Membership, S. 263.
27 ZINČENKO Sovety deputatov trudjaščichsja ukrainskoj SSR, S. 70.

weil es keine andere konkurrierende Kraft im öffentlichen Leben gab, während in der Westukraine die ukrainische Nationalstaatsidee wesentlich stärker verwurzelt war. Der Druck, der während der sich nach Westen verschiebenden Front vom Kiever ZK auf die Gebiete und die darunter liegenden Ebenen ausgeübt wurde, resultierte einerseits aus der noch vorhandenen Angst darüber, dass die Deutschen noch nicht geschlagen waren, andererseits war es ein Mittel, mit dem Kiev die regionalen Parteiorgane an sich band, zum Dritten wurden dadurch die von Moskau ausgehenden Forderungen an die unteren Ebenen weitergegeben. Kiev fungierte also als vermittelnde Instanz zwischen der Zentrale in Moskau und den Gebieten im Land, schraubte aber seinerseits die Erwartungen an diese nach oben.

Um ihre Bedeutung zu betonen und dadurch ihren Einfluss zu stärken, bestand für die ukrainische Parteiorganisation die Notwendigkeit, dem ZK in Moskau gegenüber die Parteistatistik sehr dynamisch und effektiv aussehen zu lassen. Eine Möglichkeit dazu war die Angabe einer hohen Anzahl von Grundorganisationen.[28] Als Mindestzahl mussten in diesen nur drei Genossen eingeschrieben sein, die Obergrenze war mehrere hundert. Insgesamt waren die Zahlen der Grundorganisationen in der Ukraine nach dem Krieg stark zurückgegangen. Hatten sie 1941 noch 33.275 betragen, so wurden im Januar 1946 nur mehr 20.413 registriert, die aber ein halbes Jahr später immerhin wieder auf 29.685 angewachsen waren. Von diesen besaßen aber nur 5.522 mehr als 15 Mitglieder,[29] so dass die meisten Grundorganisationen relativ klein waren. Die Mehrheit der Grundorganisationen befand sich in den traditionellen bolschewistischen Zentren im Osten, die auch nach Kriegsende die meisten Parteimitglieder verzeichneten.[30] Im Einzelnen verteilten sich die Grundorganisationen in den Gebieten folgendermaßen (dabei wurden keine Angaben über die Mitgliederzahlen der einzelnen Grundorganisationen gemacht):

Tabelle 4. Verteilung der Grundorganisationen in den ukrainischen Gebieten[31]

Gebiet	am 1.06.1941	am 1.07.1946
Kiev	3.539	3.216
Stalino	3.382	2.509
Charkiv	3.193	2.647
Dnipropetrovs'k	2.924	2.196
Vorošylovhrad	2.217	1.800
Odessa	2.011	1.584
Poltava	1.988	1.989
Zaporižžja	1.826	1.307

28 Diese Tendenz der Partei in der Ukraine zeigte sich daran, dass zwischen 1941 und 1949 die Zahl der Parteiorganisationen hier auf das Vierfache stieg, während sie sich auf Unionsebene nur verdoppelte (vgl. SCHAPIRO The Communist Party of the Soviet Union, S. 517).

29 CDAHOU 1-23-3970, ark. 7.

30 Vgl. die Tabelle mit dem Mitgliederstand der Partei in den ukrainischen Gebieten unten.

31 CDAHOU 1-23-3970, ark. 9.

Gebiet	am 1.06.1941	am 1.07.1946
Vinnycja	1.629	1.817
Sumy	1.406	1.581
Kam-janec'-Podil's'kyj	1.314	1.165
Mykolaïv	1.253	681
Žytomyr	1.252	1.053
Černihiv	1.194	1.254
Kirovohrad	1.092	1.031
Lemberg	591	621
Ternopil'	393	328
Drohobyč	389	327
Stanislav	386	346
Volyn'	350	257
Černivci	327	435
Rivne	347	312
Izmaïl	272	264
Cherson	---	731
Karpaten-Ukraine	---	234
insgesamt:	33.275	29.685

Neben der Besetzung der politischen und der Verwaltungspositionen in der Ukraine war auch die kommunistische Jugendbewegung, der Komsomol, wieder aufzubauen. Die Komsomol-Verbindungen hatten nicht nur die Aufgabe, die Jugendlichen ideologisch zu schulen und sie auf die Ideale des bolschewistischen Staates einzuschwören, sondern sie organisierten auch landwirtschaftliche Arbeitsbrigaden für die Ernteeinbringung und -verarbeitung und für die Hilfe in Betrieben und in der Industrie. Diese kostenfreie Wirtschaftskraft konnte sich der Staat in der Nachkriegszeit mit ihrem Arbeitskräftemangel nicht entgehen lassen. Die Verpflichtung der Komsomolzen auf die Ausführung des vierten Fünfjahresplanes betonte auch der Erste Sekretär des ukrainischen Komsomol V. S. Kostenko bei einem Komsomol-Kongress im Dezember 1946.[32] Dabei waren unionsweit die Mitgliederzahlen der Komsomol-Organisation nach dem Krieg rückläufig. Zwar stiegen sie während des Krieges stark an und erreichten im Oktober 1945 insgesamt 15 Millionen, bis März 1949 sanken sie aber wieder auf das Vorkriegsniveau von etwas über neun Millionen, was auf die Enttäuschung über die unverändert repressive Politik Stalins zurückgeführt wird.[33] Die Besetzung der Komsomol-Leitung in der Ukraine nach dem Krieg war Chruščev vorbehalten. Allerdings schlug sein Versuch fehl, frühere

32 Istorija ukraïns'koï RSR, t. 8, S. 121.

33 Erst nach einer großangelegten Rekrutierungskampagne unter der Nachkriegs-Generation stieg die Zahl der Komsomolzen wieder auf 16 Millionen (SCHAPIRO The Communist Party of the Soviet Union, S. 527–528; FAINSOD How Russia is Ruled, S. 291).

Komsomol-Führer zu reaktivieren, da von zwölf, die ihm genannt wurden, 1943 keiner mehr am Leben war.[34]

Besonders in der Westukraine wurden die Organisationen nur zögerlich aufgestellt. Im Februar 1945 bestanden im Gebiet Ternopil' nur 70 Dorf-Komsomol-Organisationen, in Rivne lediglich 53, aus weiteren westukrainischen Gebieten wurden ebenfalls niedrige Zahlen gemeldet.[35] Als Grund erkannte das ZK, dass die Agitation unter der Dorfbevölkerung, insbesondere unter der Jugend, durch nachlässige Parteiführer nur schwach war. Im folgenden Jahr wurden dann für Februar bereits positive Nachrichten vorgebracht: Zu diesem Zeitpunkt waren in der Westukraine schon 6.472 Komsomol-Grundorganisationen eingerichtet worden, davon 2.361 auf dem Land (mit einer Gesamtzahl von 5.259 Dörfern). 67.927 Jugendliche waren als Mitglieder aufgenommen worden.[36] Wie die Aufnahmebedingung angewandt wurde, wonach ein Anwärter die Empfehlung von zwei Komsomolzen, die mindestens ein Jahr lang Mitglied waren, oder von einem Parteimitglied benötigte, ist nicht bekannt. Viele Komsomolzen gab es in den großen Gebieten im Osten wie Charkiv, Dnipropetrovs'k, Stalino, zudem in Kiev und Odessa; in der Westukraine konnte die staatliche Jugendbewegung aber nur allmählich Fuß fassen:

Tabelle 5. Komsomol-Organisationen der ukrainischen Gebiete am 1. Juli 1946[37]

Gebiet	Komsomol-Grundorg.	Zahl der Komsomolzen	Durchschnittl. Mitgliederzahl
Rivne	1.039	9.088	9
Stanislav	1.029	9.590	9
Ternopil'	1.091	9.918	9
Volyn'	1.271	12.952	10
Karpaten-Ukraine	423	4.110	10
Drohobyč	869	9.228	11
Kam-janec'-Podil's'kyj	2.737	33.570	12
Žytomyr	2.846	35.126	12
Kirovohrad	2.779	37.037	13

34 TAUBMAN Khrushchev, S. 172–173. Der Komsomol-Verband war unter Chruščev als Erstem Parteisekretär in der Ukraine 1938 gesäubert worden; JU. I. ŠAPOVAL Stalinizm i Ukraïna, in: UIŽ (1992) Nr. 6, S. 3–13, hier S. 5.

35 CDAHOU 1-16-29, ark. 138–154: Postanovlenie CK KP/b/U o chode vypolnenija postanovlenija CK KP/b/U ot 10.1.1945 g. „Ob usilenii bor'by s Ukrainsko-nemeckimi nacionalistami v zapadnych oblastjach USSR". 26. Februar 1945, hier ark. 144.

36 SPR Nr. 41.

37 CDAHOU 1-23-3970, ark. 18. Vgl. auch die Angaben zum Gebiet Lemberg, wo im April 1940 insgesamt 209 Grundorganisationen mit 2.819 Komsomolzen bestanden, darunter allein 100 in der Stadt Lemberg mit 1.524 Komsomolzen (SPR Nr. 9, hier S. 29), sowie die Zahlen für die Gebiete Černivci, Volyn' und Stanislav, die im November 1944 über 100 Grundorganisationen und 922 Mitglieder (Černivci), 184 Grundorganisationen und 1.674 Mitglieder (Volyn') sowie über 635 Mitglieder (Stanislav) verfügten (SPR Nr. 34, hier S. 85–86).

Gebiet	Komsomol-Grundorg.	Zahl der Komsomolzen	Durchschnittl. Mitgliederzahl
Izmaïl	714	9.035	13
Lemberg	1.229	16.562	13
Vinnycja	3.428	43.324	13
Černihiv	2.972	41.141	14
Poltava	3.920	53.158	14
Černivci	841	12.232	15
Odessa	3.279	50.767	15
Sumy	2.709	40.119	15
Cherson	1.620	27.729	17
Mykolaïv	1.573	26.100	17
Kiev	4.871	85.911	18
Zaporižžja	2.406	45.056	19
Charkiv	3.756	80.996	22
Dnipropetrovs'k	3.465	77.314	22
Vorošylovhrad	2.799	64.662	23
Stalino	3.672	102.089	28

In Gebieten, die bereits vor dem Weltkrieg zur Sowjetukraine gehört hatten, fiel der Parteiaufbau deshalb leichter, weil man hier bereits rund dreißig Jahre Parteierfahrung besaß. Dennoch bestanden hier dieselben Schwierigkeiten bei der Sammlung alter und der Anwerbung neuer Parteimitglieder wie in der Westukraine, und auch die Kontrolle der Gebiets-Organe durch das ZK in Kiev war nicht nachlässiger als in den neuen ukrainischen Gebieten. Jedoch war ein Unterschied bei der Mitgliederrekrutierung während des Krieges zu beobachten, wenn, wie in Odessa samt Hinterland, das Gebiet nicht von den Deutschen, sondern von den mit ihnen verbündeten Rumänen, okkupiert war. Als Besonderheit zeigte sich hier, dass auch während der Besatzung die Zahl der aufgenommenen Mitglieder erheblich höher war als in den Vorjahren, aber auch in Relation zum Mitgliederstand der ukrainischen Partei insgesamt, der während des Krieges erheblich zurückgegangen war.[38] Allein in der Stadt Odessa verzeichnete die Partei während des Krieges 922 Neuzugänge:

38 Vgl. am Ende des Kapitels die Zahlen der ukrainischen Parteimitglieder nach Kriegsende.

Tabelle 6. Mitgliederzuwachs der Partei in der Stadt Odessa bis Januar 1945[39]

	Mitglieder	
bis 1917	14	
1917–1920	321	
1921–1923	96	
1924–1927	687	
1928–1930	592	
1931–1940	1.566	[dieser Abschnitt umfasste zehn Jahre]
1941–1944	922	
insgesamt	4.198	

Mit den Kandidaten kam man im Januar 1945 auf eine Gesamtzahl von 5.247 Parteiangehörigen.[40] Die Nationalitätenstatistik spiegelt die örtlichen Besonderheiten Odessas wider, da die Mehrheit von ihnen – 1.989 – Russen waren (38%), 1.549 waren Ukrainer (29%), 1.444 Juden (28%) und 265 Angehörige anderer Nationalitäten (5%). Die große Zahl an Russen und Juden war auf deren hohen statistischen Anteil zurückzuführen: Bei einer Gesamtbevölkerung des Gebiets Odessa im Jahr 1926 von 1.264.200 Personen wurden 50,2 Ukrainer, 16,2 Russen und 16,1 Juden verzeichnet.[41] Parallel zur Entwicklung in der Stadt stiegen auch die Mitgliederzahlen im Gebiet während des Krieges. Die meisten Mitglieder waren hier in den Jahren 1941 bis 1946 aufgenommen worden; in dieser Zeit hatte sich offiziellen Angaben zufolge die Mitgliederzahl der Partei im Gebiet Odessa mehr als verdoppelt:

Tabelle 7. Parteieintritte im Gebiet Odessa bis 1947[42]

bis 1917	22
1930	4.620
1939–1940	6.400
1941–1946	14.771
Januar–Februar 1947	16.190
insgesamt	42.003

Nach dem Abzug der Rumänen stiegen die Mitgliederzahlen weiter. Allein in der Stadt Odessa wurden am 1. Mai 1947 insgesamt 20.944 Mitglieder registriert. Selbstkritisch war die Gebiets-Organisation der Partei aber nicht zufrieden mit dieser Entwicklung. 1945 wurde auf einer Parteikonferenz erklärt, viele untere Parteiorganisationen arbeiteten höchst unbefriedigend. So umfasste die Parteiorganisation

39 DAOO FP 9-3-88: „IX Odesskaja gorodskaja partijnaja konferencija. 14.–16. 1. 1945". Hier ark. 17.

40 Ebenda, ark. 24.

41 Zahl nach BILINSKY The Second Soviet Republic, S. 57.

42 DAOO FP 11-12-129: Otčet o rabote obkoma KP(b)U za 1946 god. Hier ark. 45–46.

der Fabrik „Krasnyj signal" nur acht Partei-Mitglieder und zwei Kandidaten. Parteiversammlungen würden hier nur selten und ohne Vorbereitung durchgeführt. Die Kommunisten besäßen keine Parteiempfehlungen (*partporučenija,* die Voraussetzung für den Eintritt), arbeiteten nicht an der „Erhöhung ihres politischen Niveaus", eine Kontrolle der Durchführung der Parteibeschlüsse gebe es nicht.[43]

Ein typisches Phänomen der Kriegszeit bei der Besetzung von Parteiämtern auf mittlerer und unterer Ebene wurde nach Kriegsende korrigiert: Während des Krieges kamen nämlich Parteimitglieder in Positionen, für die sie keine Vorkenntnisse mitbrachten. Allein von den 11.030 Dorfsowjet-Vorsitzenden, die in den Jahren zwischen 1941 und 1945 in der Ukraine eingesetzt wurden, hatten 8.370 (75%) keine entsprechende berufliche und parteipolitische Erfahrung.[44] Die Ausbildung dieser Neuzugänge wurde daher nach Kriegsende nachgeholt und Schulungsmöglichkeiten für Vorsitzende und Sekretäre von Dorfsowjets sowie andere Funktionäre eingerichtet. Das ZK beschloss am 27. September 1944, für ein Kontingent von 700 Personen eine einjährige Parteischule in Kiev einzurichten, an der die Leiter der Partei- und Sowjetkader ausgebildet werden sollten.[45] Weiter war an der Schule eine Komsomol-Abteilung für 150 Komsomolzen zu gründen. Zum Unterrichtsbeginn am 15. März 1945 sollten die Gebietskomitees dem ZK eine Auswahl von möglichen Schülern vorlegen. Dem Lehrpersonal und den Schülern wurden einige Privilegien eingeräumt. Für die 78 Lehrer der Einrichtung gab es 15 Wohnungen. Den Besuchern war außerdem eine Mensa vorbehalten; darüber hinaus erhielten die Schüler besondere Lebensmittelmarken und ein monatliches Stipendium von 1.500 Rubel an der Parteischule und 700 Rubel an der Komsomol-Abteilung.

Für die Unterweisung der Funktionäre auf niederer Ebene waren die Gebiete zuständig, in denen ebenfalls Parteischulen gegründet wurden wie 1946 im Gebiet Lemberg mit 200 Ausbildungsplätzen, je hundert für die Partei- und die Propaganda-Abteilung.[46] Bei der nationalen Zusammensetzung der schließlich 204 Schüler überwog der ukrainische Anteil mit zwei Dritteln: In der Parteiabteilung teilten sich 105 Parteimitglieder und zwei Kandidaten auf 74 Ukrainer, 31 Russen und zwei andere Nationalitäten auf; in der Propaganda-Abteilung standen 70 Ukrainer 27 Russen gegenüber. In Lemberg wurden ferner mehrtägige und mehrmonatige Kurse für das „Arbeiteraktiv" organisiert. 967 Funktionäre, darunter 345 Vorsitzende von Dorfsowjets, besuchten diese. An sechsmonatigen Kursen nahmen 28 Personen teil,

43 Ebenda, ark. 21–22.

44 ZINČENKO Sovety deputatov trudjaščichsja ukrainskoj SSR, S. 74, 75.

45 RGASPI 17-45-1968, l. 55–57: Protokol No. 53 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy (18.–31. Januar 1944), 31-op.: Ob organizacii godičnoj respublikanskoj partijnoj školy pri CK KP/b/U (26. Januar 1945).

46 DALO P3-1-426, ark. 95–97: CK VKP/b/ Upravlenie propagandy i agitacii Tov. Kuznecovu. Spravka o načale raboty mežoblastnoj partijnoj školy pri L'vovskom Obkome KP/b/U. [Gez.] Sekretar' L'vovskogo obkoma KP/b/U Mazepa. Zu den Parteischulen in der Sowjetunion vgl. INKELES Public Opinion in Soviet Russia, S. 60ff.

die nach Beendigung als Leiter von Rajon-Exekutivkomitees eingesetzt wurden. 19 Personen wurden zu einem Kurs auf Republikebene nach Kiev geschickt. Speziell für die Parteimitarbeiter in der Westukraine wurden dreimonatige Kurse in Charkiv abgehalten, die 755 aus der örtlichen Bevölkerung stammende Kader schulten.[47] Insgesamt wurden 225 Rajon-Parteischulen in der Westukraine eingerichtet, die rund 38.000 Agitatoren ausbildeten.[48] Die weitere Schulung von Kaderpersonal wurde in den Gebieten selbst durchgeführt, an deren Exekutivkomitees zweimonatige Kurse für die Rajon-Ebenen abgehalten wurden, in den Rajons fanden zehntägige Kurse und ständige Seminare für das Personal von Dorfsowjets statt.[49]

Zur parteipolitischen Unterweisung von Sowjetkadern wurden die Lehrpläne und Vorschläge für die Stundengestaltung nach der Parteihierarchie abgestuft. In allen stand aber die Person Stalins als politischer Führer der Sowjetunion und sein Wirken während des Krieges im Zentrum. Die höchsten Sowjetkader mussten Vorträge absolvieren über die Geschichte der VKP(b), über den „Großen Vaterländischen Krieg", über die Geschichte der Heimat, über den dialektischen und historischen Materialismus, über politische Ökonomie, über internationale Beziehungen und über Literatur.[50] Weniger theoretisch und anspruchsvoll war der Unterricht für die mittlere Schiene der Sowjetkader an den Abendparteischulen der Rajons, die über acht Monate hinweg zweimal wöchentlich Unterricht für jeweils vier Stunden abhielten.[51] Die unteren Sowjetkader, der Komsomol- und der Gewerkschaftskader,[52] hatten insgesamt 210 Stunden mit ähnlichen Inhalten zu absolvieren.

Besonderheiten des Partei- und Ämteraufbaus in der Westukraine

Der Parteidiktion zufolge fasste die kommunistische Partei in der Westukraine nach dem Ende der deutschen Okkupation schnell wieder Fuß. So habe die Lemberger Parteiorganisation nach der Befreiung des Gebietes die „Werktätigen mobilisiert", einen „tiefgreifenden sozialistischen Umbau" umgesetzt; in diesem Kampf sei sie „rasch angewachsen", auch mit „Unterstützung des Moskauer und Kiever Zentralkomitees der Partei".[53] Schwierigkeiten der Reorganisation werden nicht benannt. Dabei verlief der Aufbau der sowjetischen Strukturen in der Westukraine deshalb

47 ZINČENKO Sovety deputatov trudjaščichsja ukrainskoj SSR, S. 76.
48 SANDERS Extraordinary Crimes in Ukraine, S. 274.
49 ZINČENKO Dejatel'nost' organov sovetskoj vlasti na osvoboždennoj territorii USSR, S. 16.
50 RGASPI 17-44-1640, l. 107–116: V pomošč' političeskomu obrazovaniju partijnych, sovetskich kadrov i intelligencii. (Beilage zum Protokoll des ZK KP(b)U Nr. 47, 36.-op.).
51 Ebenda, l. 117–126: Primernyj učebnyj plan večernich rajonnich partijnych škol dlja srednego zvena partijno-sovetskich kadrov. (Beilage zum Protokoll des ZK KP(b)U Nr. 47, 36.-op.).
52 Ebenda, l. 127–139: Primernyj učebnyj plan politškoly dlja nizovogo zvena partijnych, sovetskich, komsomol'skich i profsojuznych kadrov na 1944–45 učebnyj god. (Beilage zum Protokoll Nr. 47, 36.-op.).
53 V. F. DOBRYK L'vivs'ka oblasna partijna orhanizacija, in: Ukraïns'ka Radjans'ka Encyklopedija, Tom 6. Kyïv 1981, S. 269.

schon zögerlicher als in den zentral- und ostukrainischen Gebieten, weil man hier kaum auf frühere Organisationen zurückgreifen konnte. In den „alten" sowjetukrainischen Regionen erleichterte die Rückkehr der evakuierten Parteimitglieder aus dem Osten den Wiederaufbau der Partei wesentlich. In der Stadt Odessa waren beispielsweise bereits im Juni 1944 von 1.225 rückgeführten Personen 83 sofort in leitenden Positionen von Stadtkomitee und Rajonkomitees eingesetzt.[54] In die Westukraine waren zwar während des Krieges verdiente Parteimitglieder zur Formierung einer Untergrundbewegung entsandt worden;[55] Parteidarstellungen zufolge handelte es sich dabei um 150 Gruppen mit über 2.000 Personen.[56] Auch waren bereits während der ersten sowjetischen Besetzung 1939–1941 Parteiorganisationen ins Leben gerufen worden – das Gebiet Ternopil' verfügte im Dezember 1939 über rund 1.000 Mitglieder, das Gebiet Lemberg besaß im Oktober/November 1939 insgesamt 1.434 Mitglieder[57] –, doch hatten Krieg und Besatzung diesen Bestand stark reduziert. Ein weiteres Problem bestand darin, dass man trotz des großen Bedarfs kaum auf örtliche Kräfte zurückgreifen konnte. Noch 1946 stellten in der Westukraine erst 14% der eingesetzten Arbeiter die örtlichen Kader.[58] Auch waren die Berechnungen der nötigen Mitarbeiter durch die Zentralregierung fehlerhaft und zu niedrig. Für die Besetzung der führenden Positionen beispielsweise des Gebietskomitees Drohobyč, fehlten 1944 insgesamt 326 Arbeiter (251 für Partei- und 75 für Komsomolämter), für den Oktober 1944 waren nur 449 zugelassen und im Dienst.[59]

Der Aufbau der lokalen Administration in der Westukraine erfolgte schließlich so wie während der ersten sowjetischen Besetzung 1939–1941, nämlich durch den Transfer von Parteifunktionären aus den östlichen Gebieten der Sowjetukraine und der Sowjetunion.[60] Jene Funktionäre, die bereits 1939–1941 in die Westukraine geschickt worden waren, wurden zurückbeordert.[61] Außerdem rief der Rat der Volks-

54 DAOO FP 11-11-125, ark. 30–32: Sekretarju Odesskogo obkoma KP/b/U po Kadram tov. Najdeku. Spravka. „O sostojanii komplektovanija rukovodjaščich partijno-komsomol'skich, sovetskich i chozjajstvennych kadrov po gor. Odesse". [Gez.] Sekretar' Odesskogo gorkoma KP/b/U po kadram Čajkin. 4. Juni 1944. Hier ark. 30.

55 ARMSTRONG The Soviet Bureaucratic Elite, S. 128.

56 KOVAL' Podvyh narodnyj, S. 55. ZINČENKO Sovety deputatov trudjaščichsja ukrainskoj SSR, S. 50, spricht nur von 800 Personen.

57 MARPLES The Ukrainians in Eastern Poland under Soviet Occupation, S. 243.

58 BILAS Represyvno-karal'na systema v Ukraïni, Kn. 1, S. 166.

59 SPR Nr. 33, hier S. 83.

60 Allein im Dezember 1939 wurden 760 Parteifunktionäre aus der Ostukraine in das Gebiet Lemberg und 942 in das Gebiet Stanislav versetzt; vier der sechs Ersten Parteisekretäre der ehemaligen polnischen Gebiete hatten in der ostukrainischen Parteibürokratie Funktionen besessen (ARMSTRONG The Soviet Bureaucratic Elite, S. 112). Eine sowjetische Quelle nennt für den April 1940 eine beträchtliche Zahl ukrainischer Parteimitarbeiter in der Administration: Von 6.822 Personen in führenden Verwaltungsämtern seien 4.909 Ukrainer. Diese „neuen Leute" hätten sich in der Praxis als hervorragende Organisatoren der bolschewistischen Sache erwiesen (SPR Nr. 9, hier S. 28).

61 TKAČOV Pol's'ko-ukraïns'kyj transfer naselennja, S. 29.

kommissare in Kiev im Herbst 1944[62] alle Gebietskomitees der Zentral-, Ost- und Südukraine dazu auf, 1.356 „Partei- und Sowjetarbeiter" der Kaderabteilung am ZK zur Verfügung zu stellen. Weiter waren 3.718 Arbeiter für die Industrie, die Landwirtschaft, den Handel und andere Berufszweige der Westukraine von den entsprechenden Volkskommissariaten abzustellen. Die Voraussetzung für die Kandidaten war, dass sie die ukrainische Sprache beherrschten und praktische Fähigkeiten nachweisen konnten. Über die zeitliche Dauer des Einsatzes in der Westukraine wurde nichts gesagt. Zur Unterstützung der abkommandierten Parteiangestellten und ihrer Familien wurden die westukrainischen Gebiete in einem Ministerrats-Beschluss angehalten, ein einmaliges Sondergehalt auszufolgern, sie mit Proviant und Bedarfsartikeln zu versorgen und ihnen Wohnraum zur Verfügung zu stellen.[63]

Bei der Abordnung von Kadern aus der Ostukraine wurden die Ressentiments zwischen russisch sprechenden Ostukrainern und ukrainisch sprechenden Westukrainern ausgenutzt, die sich gegenseitig als „fremd", wenn nicht sogar als feindlich bezeichneten. Die Ankömmlinge mussten daher mit dem Misstrauen der lokalen Bevölkerung rechnen, die diese als von außen eindringende Repräsentanten der Kollektivierung und Industrialisierung wahrnahm.[64] Ganze Gebiets- und Rajon-Verwaltungen in der Westukraine wurden mit Kommunisten aus dem Osten besetzt.[65] Allein die Karpaten-Ukraine erhielt 2.877 Kader zur Verstärkung ihrer Parteiorganisation.[66] In den Jahren von 1939 bis 1956 hatten von insgesamt 42 Ersten Parteisekretären der westlichen Gebiete mindestens 21 in der Ostukraine Parteierfahrung.[67] Insgesamt waren bis zum 10. April 1945 aus den östlichen Gebieten der Ukraine 49.000 führende Partei- und Verwaltungsmitarbeiter in die westlichen Gebiete transferiert worden.[68]

Den importierten Parteifunktionären oblag es nicht nur, örtliche Kader zu ersetzen, sondern sie erfüllten gleichzeitig das Sicherheitsbedürfnis des Regimes nach verlässlichen Leuten. Sichtbar war dies im Gebiet Drohobyč, das einerseits deshalb

62 RGASPI 17-44-1641, l. 44–46: Protokol No. 48 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy (16. – 31. Oktober 1944), 55-op.: O dopolnitel'nom otbore partijnych, sovetskich i chozjajstvennych rabotnikov dlja zapadnych oblastej USSR (25. Oktober 1944).

63 RGASPI 17-44-1630, l. 40: Protokol No. 35 zasidannja RNK URSR I CK KP/b/U (5. Februar–3. März 1944), 66-op. Pro material'nu dopomohu mobilizovanym v zachidni oblasti URSR partijnym i radjans'kym pracivnykam i їch sim'jam. (21. Februar 1944).

64 Dies berichtete auch ein Ingenieur aus Saratov, der nach dem Krieg in die Ukraine kam; vgl. ELENA IARSKAIA-SMIRNOVA, PAVEL ROMANOV At the Margins of Memory. Provincial Identity and Soviet Power in Oral Histories, 1940–53, in: Provincial Landscapes. Local Dimensions of Soviet Power, 1917–1953. Hrsg. von Donald Raleigh. Pittsburgh, Pa. 2001, S. 299–329, hier S. 309.

65 DALO P5001-2-100 beinhaltet Listen mit Arbeitern, die 1944 aus den östlichen Gebieten der Sowjetunion in das Gebiet Drohobyč gekommen waren. Leider ist darin nicht ersichtlich, wie lange sie Dienst in der Westukraine verrichteten.

66 ZINČENKO Sovety deputatov trudjaščichsja ukrainskoj SSR, S. 76.

67 ARMSTRONG The Soviet Bureaucratic Elite, S. 112.

68 ZINČENKO Dejatel'nost' organov sovetskoj vlasti na osvoboždennoj territorii USSR, S. 18.

als gefährdet galt, weil es eine Grenzregion darstellte, andererseits, weil hier ein großer Teil der Einwohner Polen waren. Bereits im April 1944 verfügte dieses Gebiet über eine fast vollständig besetzte Funktionärsebene mit Mitarbeitern aus den östlichen Gegenden der Sowjetunion:[69] 84 Parteiarbeiter, darunter der Sekretär des Gebietskomitees, dessen Stellvertreter, die Leiter verschiedener Gebietskomitee-Abteilungen, Sekretäre von Stadt- und Rajonkomitees und deren Angestellte, Zeitungsredakteure, 20 Komsomolmitarbeiter, darunter sieben Sekretäre der Gebiets-, Rajon- und Stadtkomitee-Ebene sowie technisches und anderes Personal, 239 Sowjetarbeiter, darunter der Vorsitzende des Gebiets-Exekutivkomitees, dessen Stellvertreter (ein Sekretär des Gebiets-Exekutivkomitees war noch nicht bestimmt), weitere Leiter von Stadt- und Rajonkomitees sowie Instruktoren, Inspekteure, Referenten, Buchhalter, Lehrer und Ärzte, 52 Wirtschaftsfunktionäre wie die Leiter von Betrieben und Direktoren von MTS sowie insgesamt 396 aus der Roten Armee Demobilisierte. Die Wiedererrichtung der Kolchosen[70] stand vorerst noch nicht im Mittelpunkt: Es wurden nur ein Kolchosvorsitzender und zwei Kolchosarbeiter aus den östlichen Regionen importiert.

Ähnlich wie die Gebiets-Behörden wurden auch die Rajon-Verwaltungen besetzt. Eine Liste der aus dem Osten der Sowjetunion stammenden Funktionäre im Staro-Samborskij rajon, Gebiet Drohobyč, führt die Namen von 129 Personen auf, die alle der Partei bzw. dem Komsomol angehörten.[71] Als Einsatzstelle wurden ihnen praktisch sämtliche Positionen mit mehr oder weniger großer Bedeutung zugewiesen: als Sekretäre des Rajonkomitees, Rajon-Staatsanwälte, Leiter von Banken, Lehrer, Schuldirektoren, Post-Agenten, NKVD-Leiter und -Sekretäre, Leiter der Propaganda- und weiterer Abteilungen, als Milizionäre und als Buchhalter. Im Rajon Drohobyč standen ab August 1944 allein 47 leitende Funktionäre aus den östlichen Landesteilen im Dienst.[72] Auch von ihnen waren die meisten Partei- bzw. Komsomolmitglieder, acht waren Kandidaten. Mit der gezielten Entsendung dieser als loyal betrachteten Kräfte war für Moskau die Absicherung des neuen Gebiets gewährleistet. Die Ankömmlinge scheinen sich von der Versetzung Vorteile in ihrer weiteren parteiberuflichen Laufbahn erhofft zu haben. Oftmals waren sie noch nicht sehr lange

69 DALO P5001-2-100, ark. 1–1a: Spravka o količestve pribyvših iz vostočnych oblastej SSSR partijnych, sovetskich i chozjajstvennych rabotnikov po Drogobyčskoj Oblasti po sostojaniju na 20 aprelja 1944 g. [Gez.] Upolnomočennyj Drogobyčskogo Obkoma KP/b/U [Unterschrift nicht lesbar]. Diese Liste nennt als Herkunftsort der aufgeführten Personen sowohl die Ostukraine als auch Fernost und Sibirien sowie Gebiete östlich der Ukraine; die in Anm. 72 genannte Liste bezieht sich auf Funktionäre aus der Ostukraine.

70 Zu den Ergebnissen der Kollektivierung in der Westukraine vgl. in der Einleitung oben.

71 DALO P5001-2-100, ark. 88–91: Spisok. Tovariščej, kotorye pribili s vostočnych oblastej na rabotu v Staro-Samborskij rajon, Drogobyčskoj oblasti. [Gez.] Sekretar' Staro-Samborskogo RK KP/b/U Nud'ga.

72 DALO P5001-2-100, ark. 27–28: Spysok robitnykiv Drohobyčs'koho rajony prybuvšych na partijnu i radjans'ku robotu iz schidnych oblastej Ukraïny. [Gez.] Sekretar Drohobyčs'koho Rajkomu KP/b/U Kotenko. 20. September 1944.

Parteimitglieder und mussten sich ihre Verdienste erst noch erwerben. So waren in der Stadt Stryj, im äußersten Westen der Ukraine, im September 1944 aus dem Osten 84 Funktionäre eingesetzt, die zum größten Teil erst ab 1939 Parteimitglieder waren.[73] Daneben kam eine Welle spezialisierter Techniker in die Westukraine, alleine zwischen 1946 und 1948 insgesamt 14.000 Arbeiter sowie 2.000 Ingenieure und Techniker aus anderen Sowjetrepubliken nach Lemberg.[74]

Bekanntermaßen bestand für sowjetische Repräsentanten in der Westukraine durch Anschläge der ukrainischen Untergrundbewegung eine echte Gefahr für Leib und Leben. Von den im Mai 1944 an die Westukraine gelieferten 3.000 Waffensätzen[75] erhielten die Gebiete Ternopil' und Lemberg je 500, Drohobyč 450, Volyn', Rivne und Stanislav je 400, Černivci 200 und Izmaïl 150. Die übrigen 1.000 Sätze blieben beim ZK; damit wurden die Mitarbeiter des Partei-Apparates, die für längere Zeit in die westlichen Gebiete fuhren, ausgerüstet. Für die vom NKVD zu verteilenden Waffen bestand eine genaue Nomenklatur. Das Recht auf Waffen erhielten demnach die Sekretäre von Gebiets-, Stadt- und Rajonkomitees sowie ihre Stellvertreter, die Vorsitzenden der Gebiets-Exekutivkomitees und ihre Stellvertreter, weitere Angestellte von Stadtkomitees und Rajonkomitees sowie die Rajon-Staatsanwälte.

Die Parteiorganisation der Stadt Drohobyč, die am 1. Januar 1945 insgesamt 579 Mitglieder und 151 Kandidaten in 38 Grundorganisationen meldete,[76] umfasste ein Jahr später, zum 1. Februar 1946, bereits 868 Mitglieder und 236 Kandidaten in 66 Grundorganisationen. Auf den ersten Blick mag diese Steigerung respektabel erscheinen, allerdings war sie nicht auf Neueinschreibungen, sondern auf eine große Zahl von aus dem Osten zugezogenen Funktionären zurückzuführen. Von den zwischen 1945 und Januar 1946 aufgenommenen 60 Mitgliedern und 36 Kandidaten kamen nur ein Mitglied und neun Kandidaten aus der örtlichen Bevölkerung.

Die Hilfe durch Funktionäre aus dem Osten wurde nicht als Dauerzustand betrachtet. Vielmehr sollten bald vermehrt örtliche Kader in sowjetische Ämter eingesetzt werden. Ein ZK-Beschluss vom 10. Juli 1945 ordnete die Auswahl und Vorbereitung von Kadern aus der westukrainischen Bevölkerung an. Dies erwies sich aber auch in Bezug auf untergeordnete Positionen als sehr schwierig und zog eine Maßregelung der betreffenden Gebiete sowie erneute ZK-Beschlüsse nach sich, als relativ wichtige Posten frei blieben. Der Zustand der Organe des MVD in den Gebieten

73 DALO P5001-2-100, ark. 23–24: Viddilu kadriv Obkomu KP/b/U m. Drohobyč. [Gez.] Sekretar po kadram Strijs'koho MK KP/b/U Korneev. September 1944.

74 VEDENEEV, LYSENKO Projavy teroru i teroryzmu v protystojanni radjans'koï vlady, S. 744.

75 CDAHOU 1-16-48, ark. 54–55: Postanovlenie CK KP/b/U o raspredelenie oružija dlja vooruženija partijno-sovetskogo aktiva, rabotajuščego v zapadnych oblastjach USSR. [Handschr.: Ob 32/369 op. 10.5.44 g.].

76 DALO P5001-7-63, ark. 1–2: Spravka. O sostojanii vnutripartijnoj raboty Drogobyčskoj gorodskoj partijnoj organizacii. [Gez.] Zav. Orginstruktorskim otdelom Drogobyčskogo GK KP/b/U Skopin. [O. D.]

Rivne, Stanislav und Ternopil' wurde im April 1946 Gegenstand eines ZK-Beschlusses,[77] weil dort eine Anzahl von Arbeitsplätzen bei der Miliz, bei den Standesämtern und den Feuerwehren nicht besetzt war. In Ternopil' fehlten 561, in Rivne 486 und in Stanislav 378 Angestellte. Jene aber, die übernommen worden waren, hatten keine Unterweisung im Rahmen von Lehrgängen und Kursen durchlaufen. In Rivne waren von 488 Mitarbeitern 207 eingesetzt worden, ohne vorher geschult worden zu sein, in Stanislav von 583 Personen 370 und in Ternopil' 300 von 610 Mitarbeitern. Schlimmer noch: Eine bedeutende Anzahl wurde als ungebildet bzw. als wenig gebildet bezeichnet. Auffällig war auch die hohe Fluktuation innerhalb des MVD. Allein im Lauf des Jahres 1945 wurden in den drei Gebieten über 900 MVD-Mitarbeiter wieder entlassen. Gründe dafür finden sich in den Akten nicht; Kontinuität in der Arbeit war damit aber nicht gegeben. Als Konsequenz rief das ZK die Sekretäre der Gebietskomitees dazu auf, bei der Auswahl der jeweiligen Personalbestände größere Sorgfalt walten zu lassen, die personellen Lücken innerhalb von zwei Monaten durch Kontingente aus der örtlichen Bevölkerung zu schließen sowie innerhalb von drei Monaten ihre berufsbezogene und parteipolitische Vorbereitung durchzuführen.

Allmählich kamen auch für die Besetzung leitender Funktionen auf der Rajon-Ebene örtliche Mitarbeiter in Frage. Die politischen Biographien der Kandidaten wurden dabei einer strengen Kontrolle unterzogen. Dies war exemplarisch der Fall bei fünf Anwärtern auf das Amt des Vorsitzenden des Rajon-Exekutivkomitees in fünf Rajons des Gebiets Lemberg.[78] Die vom Kader-Verantwortlichen des Gebietskomitees Vorgeschlagenen stammten ausnahmslos aus den betreffenden Rajons, in denen sie Ämter in der Verwaltung besaßen. Dass vier von ihnen Ukrainer waren – beim fünften ist diese ebenfalls anzunehmen –, bildete kein Hindernis für ihre Ernennung. Ein entscheidendes Kriterium für ihre Amtsfähigkeit war allerdings ihr Verhalten während des Krieges. Der Kandidat für den Vorsitz des Rajon-Exekutivkomitees von Javoriv, Lopača, war freiwillig an die Front gegangen, genauso wie der Bewerber für den Ponikoveckij rajon, Kožan. Fehlender militärischer Einsatz konnte durch Parteischulung ausgeglichen werden – durch Kurse für Parteimitarbeiter in Charkiv wie bei dem Anwärter für den Vorsitz des Rajon-Exekutivkomitees des Olesskij rajon, Šturmak, des Kameno-Busskij rajon, Organista; und des Šireckij rajon, Zmij. Auch jahrelange Parteizugehörigkeit war nicht nötig, im Gegenteil: Kožan war parteilos, Zmij und Lopač besaßen erst seit 1945 den Partei-Ausweis. Ukrainer wurden also bei der Besetzung relativ wichtiger politischer Stellen nicht deshalb benachteiligt, weil sie Angehörige eines des Separatis-

77 *CDAHOU* 1-16-31, ark. 92–95: Postanovlenie CK KP/b/U. O podbore i vospitanii kadrov iz mestnogo naselenija v organach Ministerstva vnutrennich del Rovenskoj, Stanislavskoj i Ternopol'skoj oblastej. (Handschr.: PB [Politbjuro-Sitzung] 88/44-op., 6. 4. 1946).

78 DALO P3-1-309, ark. 73–74: Spravka o vozmožnom vydviženii mestnych tovariščej na rabotu predsedateljami rajipolkomov. [Gez.] Zav. sektorom sovetskich kadrov OK KP/b/U Ževago. [O. D.]

mus und Nationalismus verdächtigen Volkes waren. Die sowjetische Regierung stützte sich im Gegenteil gerade mit voller Absicht zur Systemstabilisierung auf die indigene Bevölkerung, sobald in erworbenen Gebieten ihre Herrschaft gesichert schien.

Untergeordnete Posten in der Administration erhielten sogar Angehörige von Völkern, die in der Sowjetunion der Nachkriegszeit zurückgedrängt werden sollten. So wurden für die Kreditinspektion und die Buchhaltung der Staatsbank im Gebiet Lemberg auch Polen und Juden ausgebildet, obwohl beide Völker dem Bevölkerungsaustausch nach dem Zweiten Weltkrieg unterlagen. Ihre persönliche Loyalitätserklärung dem Sowjetstaat gegenüber war wichtiger als die Tatsache, dass sie einer der Sowjetregierung unerwünschten Nationalität angehörten. Die Ausbildung zu diesen Positionen war durchaus aufwendig und umfasste Vorbereitungskurse, ein monatliches Stipendium sowie die Unterbringung und die Bereitstellung von Lehrmitteln.[79] Die Mehrheit der Teilnehmer von zwei 1945 durchgeführten Kursen waren freilich den lokalen Gegebenheiten zufolge Ukrainer, insgesamt 46, daneben hatten acht Russen sowie je ein Pole und ein Jude die Schulung absolviert.

Auch in anderen Gebieten wurden Ukrainer in administrativen und Parteiämtern berücksichtigt: Eine Aufstellung über einen Kurs zur Vorbereitung der Parteiarbeit, der am 28. April 1946 in Odessa beendet wurde, verzeichnete 99 Absolventen.[80] 34 von ihnen waren als Vorsitzende von Dorfsowjets angelernt worden. Auf unterer Ebene waren Ukrainer mit 27 Absolventen überproportional hoch vertreten, neben sechs Russen und einem Juden. In den Kaderpositionen von Partei, Komsomol, Sowjetämtern, Industrie, Handel, Justiz, Landwirtschaft und Kultur im Gebiet Odessa waren von 942 Personen, die im Juni 1944 im Dienst standen, die Mehrheit, 557, Ukrainer, 320 waren Russen und 30 waren Juden (der Rest bestand aus anderen Nationalitäten).[81]

In den neuen ukrainischen Gebieten kam im Juni 1946 rund die Hälfte der Angestellten der Gebiets-, Stadt-, Rajon- und Dorfsowjets aus örtlichen Kadern. Der höchste Prozentsatz an lokalen Kadern war mit 89,8% in der Karpaten-Ukraine zu finden, da hier erstens keine Erfahrung mit dem Sowjetsystem bestand und dieses damit auf geringere Ablehnung traf und zweitens ein allgemeiner Mangel an Arbeitsplätzen bestand. Die niedrigsten Zahlen lokaler Kader waren in den Gebieten Lemberg, Černivci und Izmaïl zu verzeichnen:

79 DALO P3-1-309, ark. 79–80: Sekretarju po kadram L'vovskogo obkoma KP(b)U t. Burlaka F. P. [Gez.] Upravljajuščij L'vovskoj Oblastnoj Kontoroj Gosbanka Fonov, Načal'nik Sektora Kadrov Vlasov. Informacija o podgotovke kadrov po L'vovskoj Oblastnoj Kontore Gosbanka. 11. August 1945.

80 CDAHOU 1-23-2517, ark. 19: Komunistyčna partija (bil'šovikiv) Ukraïny. Odes'kyj oblastnyj komitet. 6. Mai 1946.

81 DAOO FP 11-11-125, l. 1–10: Spravka o podbore, rasstanovke i rabote kadrov po oblasti na 5/VI–1944 god. [Gez.] Zam. Zav. Odelom kadrov Odesskogo obkoma KP/b/U Maksimenko. 23. April [oder Juni; widersprüchliche Datumsangabe] 1944. Hier l. 1. Vgl. auch die Nationalitätenangaben oben unter Anm. 41.

Tabelle 8. Anteil der lokalen Kader an Sowjetämtern in der Westukraine[82]

Gebiet	Benötigte Arbeiter	Angestellte Arbeiter	davon aus der örtlichen Bevölkerung	
			absolut	prozentual
Karpaten-Ukraine	3.448	3.124	2.806	89,8%
Ternopil'	9.614	8.805	5.967	67,8%
Rivne	6.730	5.586	3.676	65,8%
Volyn'	8.580	7.626	4.888	64,1%
Stanislav	7.087	5.971	3.682	61,7%
Drohobyč	8.492	7.768	4.754	61,2%
Lemberg	8.379	7.747	4.139	53,5%
Černivci	4.528	4.433	2.123	47,9%
Izmaïl	2.625	2.526	1.096	43,3%

Zahlen aus dieser Tabelle werden in einer offiziellen Parteidarstellung zwar als Beleg für die Beteiligung der örtlichen Bevölkerung an der Parteiarbeit abgedruckt,[83] jedoch ohne die beiden letzten – und ungünstigen – Positionen Černivci und Izmaïl; außerdem wird der Zeitpunkt der Erfassung mit „Ende 1945" um ein halbes Jahr nach vorn verlegt. In den höheren Parteiämtern blieb der Anteil der Westukrainer indes gering. Noch 1953 beklagte das ZK in Moskau, dass von 311 Parteiposten nur 18 mit lokalen Kadern besetzt waren.[84] Nach dem Tod Stalins änderte sich die Einstellung gegenüber dem Import von Funktionären aus den östlichen Gebieten der Ukraine und wurde vom ZK sogar als fehlerhafte Praxis bezeichnet.[85]

Die Rekrutierung der Parteimitglieder ging in den einzelnen ukrainischen Gebieten mit unterschiedlicher Geschwindigkeit voran. Für die Gebiete im Osten war es schwieriger, den Vorkriegsstand wieder zu erreichen, weil dieser im Vergleich zu den westlichen Gebieten ein höheres Niveau gehabt hatte. Die Gebiete im Westen, die erst 1939 bzw. 1944 an die Sowjetunion gefallen waren, nehmen daher in der Statistik wesentlich günstigere Plätze ein:

82 CDAHOU 1-23-3972, hier ark. 13.

83 ZINČENKO Sovety deputatov trudjaščichsja ukrainskoj SSR, S. 77.

84 Lavrentij Berija. 1953, S. 47.

85 Als weitere Verfehlungen der Herrschaft Stalins wurden die Umstellung des Unterrichts in den westukrainischen Schulen auf die russische Sprache, die Errichtung des Kolchossystems, schwere Irrtümer bei der Kaderauslese sowie bei der Durchführung der Nationalitätenpolitik der Partei aufgeführt; LIEBER, RUFFMANN (Hrsg.), Der Sowjetkommunismus, Band 2, S. 134.

Tabelle 9. Mitgliederstand der Partei nach ukrainischen Gebieten 1941 und 1946[86]

Gebiet	Parteimitglieder am 1. Juni 1941	Parteimitglieder am 1. Juli 1946	Prozentsatz am Vorkriegsstand
Mykolaïv	19.345	9.672	50,0
Stalino	83.092	50.981	61,4
Vorošylovhrad	49.595	31.552	63,6
Dnipropetrovs'k	57.140	38.227	66,9
Charkiv	66.871	45.203	67,6
Zaporižžja	29.145	19.787	67,9
Odessa	34.450	25.281	73,4
Volyn'	4.482	3.688	82,3
Žytomyr	15.979	13.941	87,2
Kam-janec'-Podil's'kyj	14.417	12.811	88,9
Kiev	62.164	55.588	89,4
Kirovohrad	14.369	13.011	90,5
Ternopil'	4.639	4.204	90,6
Stanislav	4.573	4.287	93,7
Drohobyč	4.794	4.546	94,8
Poltava	26.266	25.422	96,8
Rivne	3.884	4.037	103,9
Sumy	20.269	21.110	104,1
Černihiv	14.425	15.223	105,5
Vinnycja	20.040	21.884	109,2
Izmaïl	2.834	3.454	121,9
Lemberg	8.286	10.869	131,2
Černivci	3.477	6.189	178,0
Cherson	---	8.887	---
Karpaten-Ukraine	---	2.622[87]	---
Insgesamt	564.536	452.476	80,2

86 CDAHOU 1-23-3970, ark. 4. Wieso eine offizielle Parteidarstellung für 1946 nur 320.300 Kandidaten und Mitglieder angibt (Istorija ukraïns'koï RSR, t. 8, S. 25, 108, ohne Quellenangabe), ist unklar, belegt aber einmal mehr die Unzuverlässigkeit sowjetischer Parteidaten.

87 Diese Angabe widerspricht einer Aussage vom 25. Oktober 1945, der zufolge die Anzahl der Parteimitglieder in der Karpaten-Ukraine 4.715 betrug, von denen 3.728 Ukrainer waren, 239 Russen, 123 Juden, 150 Slowaken, 424 Ungarn, 32 Rumänen, zehn Tschechen und neun anderer Nationalität (CDAHOU 1-23-1902, ark. 114: Statističnyj zvit po okrugam zakarpats'koï Ukraïny na členiv KPZU stanom na 25/10–1945 roku. [Gez.] Zav. orginstrukturs'kogo viddilu CK KPBU Kozub). Eine offizielle Parteidarstellung führt 4.279 Parteimitglieder in der Karpaten-Ukraine gegen Ende des Jahres 1945 an (Istorija ukraïns'koï RSR, t. 8, S. 73, ohne Quellenbeleg).

Innerhalb der Ukraine waren die neuen, westukrainischen Gebiete der gesamtsowjetischen Entwicklung etwas weiter voraus als jene, die vor dem Krieg sowjetukrainisch waren. So war beispielsweise im Gebiet Drohobyč der Anteil der Angestellten und der „technischen Intelligenz" höher als im ukrainischen Durchschnitt. Die örtliche Parteiorganisation verzeichnete am 1. September 1946 insgesamt 4.958 Kommunisten (3.710 Mitglieder und 1.243 Kandidaten),[88] darunter 2.758 (55,5%) Angestellte, 643 Arbeiter mit einer technischen Ausbildung, aber nur 1.216 Arbeiter und 336 Bauern. Die Erläuterung der Gebietsverwaltung, dass während des Krieges die Autorität der Bolschewiken in allen Schichten des Sowjetvolkes unermesslich gestiegen und die Verbindung der Partei zu den Massen der Werktätigen gestärkt worden sei, mag nur oberflächlich darüber hinwegtäuschen, dass Arbeiter und Bauern zusammen lediglich knapp über 30% der Parteimitglieder ausmachten. Auch die Anzahl der Mitglieder, die während des Krieges aufgenommen wurden, war höher als im Landesdurchschnitt: Im Gebiet wurden während des Krieges und kurz danach 3.169 Personen aufgenommen, 1.960 als Mitglieder, 1.209 als Kandidaten. Genau machten die „jungen Kommunisten" 63,9% der Gesamtzahl der Kommunisten in den Parteiorganisationen des Gebiets aus:[89]

Tabelle 10. Aufnahme von Parteimitgliedern im Gebiet Drohobyč während des Krieges

Aufnahmejahr	Vollmitglieder	Kandidaten	insgesamt
1941	190	12	202
1942	285	70	355
1943	360	179	539
1944	401	108	509
1945 (bis Mai)	351	280	631
Juni 45 bis September 1946	373	560	933
„junge Kommunisten" insgesamt	1.960	1.209	3.169

Von der Rückeroberung des Gebiets bis zum 1. September 1946 wurden in die Gebiets-Organisation 1.065 Personen aufgenommen (422 als Mitglieder, 643 als Kandidaten). Aus der örtlichen Bevölkerung kam aber nur ein Bruchteil: In die Parteiorganisation waren aus dieser 196 Personen (15 als Mitglieder, 181 als Kandidaten) und in den Komsomol 277 Personen aufgenommen worden (38 als Mitglieder, 239 als Kandidaten).

88 DALO P5001-7-90, ark. 35–42: Spravka. O roste partii, partijno-organizacionnoj i partijno-političeskoj rabote s vnov' vstupivšimi v VKP/b/ po Drogobyčskoj partijnoj organizacii. [Gez.] t. Gorobcu, I. G. [O. D.]

89 Tabelle ebenda, ark. 35 und 36.

Wie gering die Resonanz in der Westukraine bei der Werbung um die Aufnahme in die Partei war, lässt sich den Angaben der unteren administrativen Ebenen am besten entnehmen. So berichtete die Parteiorganisation des Stadtkomitees Boryslav, Gebiet Drohobyč, über ihren Mitgliederstand Ende 1946 von 42 Kandidaten.[90] Von ihnen waren seit 1939 fünf, seit 1944 vier, seit 1943 zehn, seit 1944 insgesamt 17 und seit 1945 sechs Personen registriert. 1944/45 waren neun von ihnen als Mitglieder aufgenommen worden, von diesen kamen aber nur drei aus der örtlichen Bevölkerung. Die Frage der schwachen Rekrutierung aus der örtlichen Bevölkerung erklärte das Stadtkomitee damit, dass es in der Partei keine Mitglieder gebe, die Empfehlungen aussprechen könnten, da sie kaum ein Jahr in Boryslav arbeiteten. Dies mag tatsächlich ein Hinderungsgrund gewesen sein, denn dem Parteistatut zufolge musste ein Kandidat, um in die Partei aufgenommen zu werden, die Empfehlung dreier Parteimitglieder besitzen, die selbst mindestens drei Jahre Mitglied waren und denen der Kandidat mindestens ein Jahr lang von der Arbeit her bekannt war.[91] Dennoch wurde diese Vorschrift bei Bedarf – wie schon während des Krieges – flexibel ausgelegt und konnte umgangen werden. Zu ihrer Entschuldigung waren die Vertreter des Stadtkomitees Boryslav bemüßigt, darauf hinzuweisen, dass eine „Tendenz zur Partei unter den Parteilosen" in den Betrieben spürbar sei. Viele Arbeiter würden offene Parteiveranstaltungen besuchen – so seien auf einer Versammlung eines erdölverarbeitenden Betriebs „15–40" Parteilose gewesen, bei einer anderen waren es „10–25". Der unzureichende Zuwachs an Kandidaten wird ferner damit begründet, dass es im Stadtkomitee keine Abteilung gebe, die sich ausschließlich dem Ausbau der Grundorganisationen als den kleinsten Einheiten der Partei widmen könne.[92] Nach außen hin und an übergeordnete Stellen wurden also nur partei-strukturelle Gründe für das geringe Interesse vorgebracht, grundsätzliche Einwände gegen das bolschewistische System wurden als Hinderungsgrund für den Eintritt nicht genannt. Insgesamt blieben die aus der östlichen Ukraine und aus anderen sowjetischen Regionen in die Westukraine importierten Funktionäre über lange Jahre hinweg und sogar bis zu dessen Zusammenbruch eine wesentliche Stütze des sowjetischen Systems.[93] Der Erste Sekretär des ZK der kommunistischen Partei der Ukraine, Kiričenko, erklärte auf dem ZK-Plenum der KPdSU, das im Juli 1953 den Fall Berija erörterte, die Vertreter der Intelligenz in Galizien sprächen voller

90 DALO P5001-7-90, ark. 70–70ob.: Sekretarju Drogobyčkogo obkoma KP/b/U Tov. Oleksenko. Spravka. O rezul'tatach proverki po Borislavskomu Gorkomu KP/b/U po voprosam rosta partii i raboty s kandidatami partii. [Gez.] Instruktor orgotdela Bajbara; Zav. sektorom partstatistiki obkoma KP/b/U Myš'jakova. [Datum der gesamten Akte: 1.1.46–29.12.46.]

91 SCHAPIRO Partei und Staat in der Sowjetunion, S. 86.

92 Zu den Aufgaben der Grundorganisationen gehörte unter anderem die Aufnahme neuer Mitglieder, die Schulung in der kommunistischen Lehre und die Unterstützung übergeordneter Parteiorganisationen (FAINSOD How Russia is Ruled, S. 231).

93 Der Fall Berija, S. 204.

Hochachtung von diesen Menschen, die dort eine großartige Arbeit beim Aufbau des neuen sowjetischen Lebens leisteten.[94]

Parteisäuberungen und Überprüfungen von Parteimitgliedern

Zu den Gepflogenheiten der kommunistischen Partei in der Sowjetunion gehörte die Selbstreinigung von „unwürdigen Elementen"; solche Säuberungen (*čistki*) wurden bereits ab 1919 wiederholt durchgeführt. Jedes Parteimitglied musste sich bei seinem Eintritt zu einem periodischen Screening und einer individuellen Überprüfung bereit erklären. Mitglieder, welche diese nicht bestanden, wurden entweder ausgeschlossen oder in den Kandidatenstatus zurückversetzt. Ab den zwanziger Jahren fanden jeweils von Moskau angeordnete Säuberungen regelmäßig auf lokaler wie auf Unionsebene statt.[95] Ihr Ziel bestand darin, die Partei von unzuverlässigen, inkompetenten und illoyalen Elementen zu befreien; die Folge war, dass sie dadurch ein gefügiges Instrument der Zentrale blieb. Unter Stalin arteten Parteiprüfungen und -säuberungen zu Kampagnen aus und entwickelten sich zu einer regelrechten Jagd auf Parteimitglieder, denen tatsächliche und konstruierte Verfehlungen nachgewiesen wurden; in der Folge griffen sie auf die gesamte Gesellschaft über. Während größere Säuberungen bereits in den Jahren 1921 und 1926–27 stattfanden, kulminierten sie vor dem Zweiten Weltkrieg zwischen 1929 und 1931, 1933 und 1934 sowie 1935 und 1938. Während der Verfolgungen der dreißiger Jahre wurde die Bezeichnung „Säuberung" zum Synonym für den Terror zwischen 1933 und 1939 insgesamt.

Obgleich auf dem 18. Parteitag 1939 beschlossen worden war, keine Parteisäuberungen mehr durchzuführen und der Begriff offiziell nicht mehr verwendet wurde, fand das Instrument aber weiter Anwendung.[96] Die mit den Säuberungen verbundene Absicht bestand neben der Eliminierung von sogenannten Volksfeinden in der Einschüchterung der Bevölkerung durch Terror als Herrschaftsinstrument. Die Opfer, deren Zahlen vor dem Zweiten Weltkrieg in die Millionen gingen, waren dabei als „Saboteure, Diversionisten, Spione und Terroristen" beschuldigte „antisowjeti-

94 Auf eine ähnliche Problematik wie in der Westukraine traf die Sowjetregierung im Baltikum. Parallel zur Westukraine war auch dieses ein strategisch wichtiges Gebiet, das ebenfalls das Ziel russischer Spezialarbeiter wurde. Zur Sowjetisierung des Baltikums vgl. unter anderem E. JU. ZUBKOVA Sovetskij faktor v Baltijskom regione: Kadrovaja politika kak mechanizm sovetizacii (1944–1947 gg.), in: Stalin. Stalinizm. Sovetskoe obščestvo. Sbornik statej k 70-letiju doktora istoričeskich nauk, professora V. S. Lel'čuka. Moskva 2000, S. 194–211.

95 Vgl. ARCH GETTY Origins of the Great Purges, S. 38; BERTHOLD UNFRIED Rituale von Konfession und Selbstkritik: Bilder vom stalinistischen Kader, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung (1994) S. 148–164. Weitere Verweise auf Untersuchungen zu den Säuberungen der dreißiger Jahre im einleitenden Kapitel über die Ukraine vor dem Zweiten Weltkrieg.

96 Zu den Parteisäuberungen nach dem Zweiten Weltkrieg allgemein vgl. SUBKOWA Kaderpolitik und Säuberungen in der KPdSU.

sche Elemente", die sich als Bolschewiken getarnt hinter Parteiausweisen verstecken würden. Stalins pathologischer Verfolgungswahn blieb während des Krieges und danach Motiv und Hintergrund für Parteisäuberungen, die das vorher besetzte sowjetische Territorium in besonderem Maß betrafen. Sie begannen im Zuge des sowjetischen Vorrückens nach Westen und folgten der Front. Der Auslöser dazu war, dass bei der Restrukturierung der Partei in den „befreiten" Gebieten Parteimitglieder aufgefallen waren, die nicht geflüchtet oder evakuiert worden waren. Schätzungsweise handelte es sich dabei um rund ein Fünftel der Parteimitglieder.[97] Sie hatten gegen die Vorschrift verstoßen, dass Parteimitglieder das besetzte Gebiet verlassen mussten, wenn sie nicht die ausdrückliche Erlaubnis der Partei zum Bleiben besaßen. Ihnen wurde vorgeworfen, sie hätten sich in irgendeiner Weise mit dem Feind fraternisiert und versuchten nun, infiziert mit der gegnerischen Ideologie, den Kampf gegen den Staat von innen heraus zu führen. Die Anschuldigung, Parteimitglieder wären für die Besatzung tätig gewesen, kann nicht von der Hand gewiesen werden, obwohl Kommunisten gleichzeitig einer besonderen Verfolgung ausgesetzt waren. Die deutsche Besatzung versuchte aber andererseits gezielt, diese wegen ihrer Orts- und Personenkenntnisse für sich zu gewinnen.[98] Oftmals wurden daher die Leiter von Kolchosen nicht abgesetzt, sondern als Ortsälteste übernommen.

Erstmalig wies der ZK-Beschluss vom 3. Juni 1942 eine Überprüfung jener Parteimitglieder an, die in den Gebieten Charkiv und Stalino auf besetztem Gebiet zurückgeblieben waren.[99] Im Petrovskij rajon handelte es sich um 37 Kommunisten, im Volčanskij rajon (Gebiet Charkiv) um 28 Kommunisten, von denen sich einige als „Verräter" erwiesen hätten. Nach dem deutschen Abzug war, wie das ZK monierte, keine sorgfältige Kontrolle dieser Kommunisten erfolgt. Den Rajonkomitees wurde vorgeworfen, sie würden der Stärkung ihrer Reihen zu wenig Aufmerksamkeit schenken. Das ZK ordnete daher an, jedes freiwillig auf besetztem Gebiet zurückgebliebene Parteimitglied solle sorgfältig überprüft und sein Verhalten auf Sitzungen der Rajonkomitees und der Stadtkomitees besprochen werden. Die Reihen der Partei seien dabei „entschlossen von Feiglingen, Angstmachern, Deserteuren und Verrätern" zu säubern. Diese erste Bestandsaufnahme der Partei nach dem Abzug der Wehrmacht führte weiter zur Erkenntnis, dass möglicherweise noch mehr Mitglieder während des Krieges der Partei Schaden zugefügt haben könnten. Verdächtig machte der Umstand allein, dass sie nicht geflohen waren. Jedes Parteimitglied hätte seine Heimat und seinen Wohnort vor den Okkupanten unverzüglich ver-

97 KOVAL' Ukraïna v druhij svitovij i velykij vitčyznjanij vijnach, S. 293. In der sowjetischen Historiographie wird dieser Umstand übergangen. Hier heißt es zwar, einige Tausend Kommunisten seien auf dem Okkupationsgebiet verblieben, jedoch in Untergrund-Abteilungen organisiert (vgl. TRAKTUEV Vosstanovlenie partijnych i sovetskich organov, S. 72).

98 Beispiele bei KUDRYASHOV The Hidden Dimension, S. 251.

99 Vgl. CDAHOU 1-16-48, ark. 8–14: O rabote partijnych organizacij v rajonach Char'kovskoj i Stalinskoj oblastej, osvoboždennych ot nemeckich okkupantov. Postanovlenie CK KP/b/U. Proekt [handschriftlich: OB-24, 14-op., 3. VI. 1942].

lassen müssen, weil allein der Kontakt mit der Besatzungsmacht und der NS-Ideologie als „Verrat" an der Heimat ausgelegt wurde. Ein ähnlicher Gedanke lag auch den Überprüfungen der in den Westen Geflohenen und Repatriierten zugrunde, die ebenfalls a priori der „Kollaboration" bezichtigt wurden.

Die Parteisäuberung wurde schließlich in allen vorher besetzten Gebieten in großem Stil durchgeführt. Sie betraf alle Parteimitglieder, Kandidaten und Komsomolzen und wurde als ein schematischer Vorgang gehalten, der sich in der Überprüfung der Akten auch durch Zeugenbefragungen niederschlug. Angesiedelt war er zunächst auf der Ebene der Stadt- und Rajonkomitees, kontrolliert durch die jeweiligen Gebietskomitees. Bis November 1944 wurden in der Ukraine 57.442 Parteimitglieder als „Kollaborateure" geführt,[100] schätzungsweise 100.000 wurden zwischen 1944 und 1945 ausgeschlossen.[101] Eine Einspruchsmöglichkeit bestand für sie selbstverständlich nicht.

Im Unterschied zu den Parteisäuberungen vor dem Zweiten Weltkrieg war jene nach dem Krieg nicht mehr mit dem Verlust der Freiheit oder des Lebens verbunden, sondern hatte nur das Einziehen des Parteiausweises, meist auch der Arbeitsstelle[102] und das Einbüßen des Ansehens innerhalb der sowjetischen Umgebung zur Folge. Genauere Untersuchungen über die Art der „Kollaboration" der ausgeschlossenen Parteimitglieder hatten jedoch weitere Strafmaßnahmen zur Folge.[103] Auch bezog sich die Säuberung ausschließlich auf Parteimitglieder, eine Ausweitung darüber hinaus wie im Terrorjahr 1937, als sich Beschuldigte durch die Belastung anderer zu retten versuchten und die Verfolgungen eskalierten, fand nicht statt. Die Säuberungen ab 1944 lösten auch keine Massenhysterie wie in den dreißiger Jahren aus,[104] ihre Ergebnisse und Folgen wurden jedoch der Öffentlichkeit in der Presse demonstrativ mitgeteilt. So meldeten die „Pravda" vom 23. August 1946 und die „Pravda Ukraïny" vom 25. August 1946, von der Säuberung seien republikweit die Hälfte des Führungspersonals der Gebietskomitees und des ZK-Apparates, 38% der Sekretäre von Rajon-Komitees, 64% der Leiter der Rajon-Exekutivkomitees und 66% der Direktoren von MTS betroffen.[105]

100 ZARUBINSKY Collaboration of the Population in Occupied Ukrainian Territory, S. 149.

101 KRAWCHENKO Changes in the National and Social Composition of the Communist Party of Ukraine, S. 46.

102 KOZLOV Denunciation in Soviet Governance, S. 127–128, über einen Angestellten bei einem Staatsanwalt, der während des Krieges auf besetztem Gebiet lebte und später seine Beteiligung am Widerstand nicht nachweisen konnte. Er wurde aus der Partei ausgeschlossen und verlor seine Arbeit.

103 KOVAL' Ukraïna v druhij svitovij i velykij vitčyznjanij vijnach, S. 293–294.

104 BRZEZINSKI, ZBIGNIEW The Permanent Purge: Politics in Soviet Totalitarism. Cambridge, Mass. 1956, S. 148–149.

105 MAJSTRENKO Istorija Komunistyčnoï partiï Ukraïny, S. 191; WEINER Making Sense of War, S. 87 (hier der Verweis auf die „Pravda"-Artikel).

Erst unter Chruščev wurden über 16.000 der nach dem Krieg Gesäuberten rehabilitiert.[106] Der Makel, während des Kriegs in unmittelbarer Nähe des Feindes gelebt zu haben, haftete den ausgeschlossenen Parteimitgliedern in den Jahrzehnten nach Stalin weiter an. Er bestand als Teil der Parteimoral und sogar der privaten Moral der Bürger bis zum Ende der Sowjetunion. Wie alles, was als Beschädigung des Ansehens der Partei betrachtet wurde, blieb er ein Tabu innerhalb der sozialistischen Geschichtsschreibung. In der nachstalinistischen Berichterstattung der Sowjetunion fand die Säuberung der vierziger Jahre daher keine Erwähnung. Sie wurde einfach verschwiegen. Die Resultate, die sich den Akten entnehmen lassen, sind auch wenig schmeichelhaft, weil sie das offizielle Bild der heldenhaften kommunistischen Partisanentätigkeit und des glorreichen Widerstandes demontieren.

Vom Vorwurf der Illoyalität waren die einfachen Parteimitglieder am stärksten betroffen, die sich davon kaum befreien konnten. Ein Zwischenergebnis aus dem Gebiet Odessa, das auf den 1. Mai 1945 datiert, kann dies verdeutlichen:[107] Zu diesem Zeitpunkt waren 2.459 Parteimitglieder und 956 Kandidaten im Gebiet registriert – diese Anzahl änderte sich aber mit jedem Monat, da immer mehr Mitglieder in ihre Heimat zurückkamen. Für 1.869 Mitglieder bzw. 642 Kandidaten bestanden Anträge auf Überprüfung ihrer Haltung zur Partei während der Okkupation. Von ihnen waren durch Stadt- und Rajonkomitees 1.092 Mitglieder bzw. 380 Kandidaten überprüft und 1.017 bzw. 361 aus der Partei ausgeschlossen worden. Das Gebietskomitee hatte weitere 408 Mitglieder sowie 161 Kandidaten kontrolliert. 407 Mitglieder und alle Kandidaten wurden aus der Partei ausgeschlossen. Das Verhalten der Kommunisten wurde anhand eines Fragenkataloges eingeschätzt: Die Frage, wieviele von ihnen ihre Parteidokumente vernichtet hatten, bejahten 1.834 Mitglieder und 725 Kandidaten. Ebenso ernüchternd waren die Ergebnisse bei der Aufstellung, wieviele Kommunisten sich Partisanenabteilungen angeschlossen hatten: Es waren nur 87 Mitglieder und 16 Kandidaten. Der individuelle Widerstand war etwas besser vertreten, denn 122 Mitglieder und 32 Kandidaten waren in Untergrundorganisationen tätig gewesen. Bei der Polizei der Besatzungsmacht und der Gestapo waren insgesamt 1.397 Parteimitglieder und 472 Kandidaten registriert gewesen. Nur 171 Kommunisten und 103 Kandidaten – so jedenfalls die vorliegende Liste – hatten bei verschiedenen Befragungen ihre Parteizugehörigkeit geleugnet. Wieviele der auf dem besetzten Gebiet verbliebenen Kommunisten dienten in feindlichen Truppenformationen (beispielsweise als Hilfswillige)? 273 Mitglieder und 174 Kandidaten. 13 Parteimitglieder und sechs Kandidaten waren freiwillig mit den Deutschen abgezogen.

106 Reabilitacija, S. 91.

107 DAOO FP 11-11-339, ark. 17: Spravka o kommunistach ostavavšichsja na vremenno okkupirovannoj territorii na 1-e maja 1945 g. [Einige weitere Monatsberichte sind ebenfalls in dieser Akte zu finden.] Der Mitgliederstand in Odessa belief sich im Jahr 1946 auf 25.281 (vgl. die Tabelle oben zum Mitgliederstand der Partei in der Stadt).

Im April 1946 wurden dann bereits in einem ZK-Beschluss auf Unzulänglichkeiten der Parteiorganisation von Vinnycja und Dnipropetrovs'k hingewiesen, die – ohne genauer genannt zu werden – in Zusammenhang mit Kommunisten standen, die während des Krieges auf dem okkupierten Territorium verblieben waren. Dies bildete den Ausgangspunkt für eine Überprüfung des Personals im Gebiet Odessa über das Verhalten der Mitglieder der Kommunistischen Partei während des Krieges. Diese hatten 3.747 Kommunisten – Mitglieder und Kandidaten – registriert, die während der Okkupation im Gebiet Odessa verblieben waren. 3.632 waren hinsichtlich ihrer „Parteilichkeit" zu überprüfen.[108] Am 1. Januar 1947 hatten die Rajonkomitees, Stadtkomitees und das Gebietskomitee 1.990 Kommunisten überprüft; 641 weitere waren in den folgenden Monaten für die Stadtkomitees bzw. Rajonkomitees und 941 für das Gebietskomitee vorgesehen.

Die neuen ukrainischen Westgebiete wurden bei der Überprüfung der Parteimitglieder wie die zentralen und östlichen Regionen des Landes behandelt. Auch hier wurde mit kleineren Abweichungen ein bestimmtes Frageschema – ersichtlich in der untenstehenden Tabelle – zugrunde gelegt. Als Kriterium für den Parteiausschluss wurde nach dem „Verrat" an der Partei gefragt, der durch die Leugnung der Parteizugehörigkeit vor deutschen Behörden und die Vernichtung des Parteiausweises begangen wurde. Unter welchen Umständen dies geschah und ob ansonsten Lebensgefahr für die Betroffenen bestanden hätte, wurde bei der Befragung nur in sehr seltenen Fällen berücksichtigt.

Zur Analyse der Vorgehensweise der Behörden seien Zwischenergebnisse westukrainischer Bezirke herausgegriffen, die aus dem Gebiet Drohobyč als größere und der Stadt Boryslav als kleinere Einheit vorliegen (in der untenstehenden Tabelle addieren die Angaben aus Drohobyč die jeweiligen Vormonate hinzu, während die Boryslaver Statistiken nur jeweils die Ergebnisse eines einzigen Monats beinhalten). Im Gebiet Drohobyč waren bis zur Okkupation 4.621 Kommunisten registriert; die Parteimitglieder beliefen sich am 1. Oktober 1945 auf 3.093.

108 DAOO FP 11-12-137, ark. 21: Sekretarju CK KP/b/U tovarišču D. S. Korotčenko. [Gez.] Sekretar' Odesskogo obkoma KP/b/U A. Kiričenko. Informacija o chode vypolnenija rešenija CK KP/b/U ot 19–20 aprelja 1946 goda „O nedostatjach v Dnepropetrovskoj i Vinnickoj oblastnych partijnych organizacijach v rassmotrenii personal'nych del kommunistov, stavšisja na vremenno okkupirovannoj territorii". 4. Mai 1946. Sowie: DAOO FP 11-12-129. Otčet o rabote obkoma KP(b)U za 1946 god. Zitat ark. 61.

Tabelle 11. Überprüfte Parteimitglieder, die auf besetztem Territorium verblieben waren (Gebiet Drohobyč, Stadt Boryslav, Okt. 1945 bis Nov. 1946)

	Gebiet Drohobyč			Stadt Boryslav	
	Oktober 1945[109]	März 1946[110]	Juli 1946[111]	Juni 1946[112]	November 1946[113]
Auf dem besetzten Gebiet registrierte Parteimitglieder	112	143	163	10	7
Anträge auf Überprüfung		143	163	10	7
Aus der Zahl der überprüften Anträge ausgeschlossen:					
- von *rajkom* und *gorkom* ausgeschlossen		49	68	1	2
- vom *obkom*		34	39		
Wieviele Kommunisten zerstörten ihre Parteidokumente?		89	99	10	7
Wieviele Kommunisten waren in Partisaneneinheiten?		10	10	2	2
Wieviele Kommunisten arbeiteten individuell im Untergrund?		8	8	1	[3][114]

109 DALO P5001-6-130, ark. 273–280: G. Moskva. KRK pri SN VKP/b/ Tov. Škirjatovu. Informacija o chode rassmotrenija del obkoma KP/b/U kommunistov ostavšichsja na okkupirovannoj nemcami territorii. [Gez.] Sekretar' Drohobyčskogo obkoma KP/b/U Gorobec. [Kopie.] 26. Oktober 1945.

110 DALO P5001-7-94, ark. 14: Spravka o kommunistach ostavavšichsja na okkupirrovannoj [sic] territorii na I-e marta 1946 goda. [Gez.] Zav. Orginstruktorskim otdelom obkoma KP/b/U [Unterschrift nicht lesbar].

111 DALO P5001-7-94, ark. 139: Spravka o kommunistach ostavavšichsja na okkupirovannoj territorii na I ijulja 1946 goda. [Gez.] Zav. Orginstruktorskim otdelom obkoma KP/b/U Buruškin.

112 DALO P5001-7-94, ark. 92: Spravka o kommunistach, ostavavšichsja na okkupirovannoj territorii, sostajavšich na partijnom učete v 1941 godu v Borislavskom Gorkome KP(b)U. Po sostojaniju na 1 ijunja 1946 goda. [Gez.] Sekretar' Borislavskogo GK KP(b)U Danilenko.

113 DALO P5001-7-94, ark. 208: Spravka o kommunistach, ostavavšichsja na okkupirovannoj territorii, sostajavšich na partučete v 1941 godu v Borislavskom Gorkome KP(b)U na 1 nojabrja 1946 goda. [Gez.] Sekretar' Borislavskogo GK KP(b)U Danilenko.

	Gebiet Drohobyč			Stadt Boryslav	
	Oktober 1945[109]	März 1946[110]	Juli 1946[111]	Juni 1946[112]	November 1946[113]
Wieviele Kommunisten waren am Arbeitsamt registriert und hatten ihre Parteizugehörigkeit verneint?[115]		9	9	–	–
Wieviele Kommunisten waren bei Polizei und Gestapo registriert?		14	14	2	2

Die Resultate in der Westukraine bestätigen die Beobachtungen in der Ost- und Südukraine. Auffällig und überall gleichermaßen hoch war die Zahl der vernichteten Mitgliedsausweise, die deren Inhaber sofort als Gegner der deutschen Okkupation entlarvt und in Gefahr gebracht hätten. Der Ausschluss aus der Partei wurde in etwa zwei Dritteln der überprüften Fälle ausgesprochen, davon wurden jedoch jene Parteimitglieder, die glaubhaft eine Partisanen- bzw. Untergrundtätigkeit nachweisen konnten, ausgenommen, wenn sie sich sonst nichts hatten zuschulden kommen lassen.

In Lemberg war die Situation der Parteiorganisation nach dem Krieg nicht weniger chaotisch. Hier war die absolute Zahl der Parteiausschlüsse deshalb gering, weil nur mehr ein kleiner Teil der Mitglieder zurückgekehrt war und Parteimitarbeiter, die zwischen 1939 und 1941 aus den „alten" sowjetischen Gebieten importiert worden, dort verblieben. Am 1. Juni 1941 registrierte die Partei noch 7.570 Mitglieder einschließlich Kandidaten, im Juni 1945 lagen aber über 5.012 von ihnen keine Informationen mehr vor.[116] Von den übrigen waren 36 Todesfälle bekannt, 361 waren eingezogen und 1.933 evakuiert worden, 213 blieben auf dem okkupierten Territorium. So wurden nur 80 von ihnen durch Rajon- und Stadtkomitees überprüft und

114 Im Original fehlerhaft mit „1" angegeben, obwohl insgesamt ein VKP(b)-Mitglied und zwei Kandidaten als Angehörige des Untergrundes aufgeführt werden.

115 Im deutschen Besatzungsgebiet in der Sowjetunion bestanden im Juli 1943 insgesamt 114 Arbeitsämter. Die Registrierung hier war für Einheimische obligatorisch. Das Sowjetregime betrachtete die Meldung bereits als Bereitschaft zur „Kollaboration"; vgl. MÜLLER Die Rekrutierung sowjetischer Zwangsarbeiter, S. 249, Anm. 16; ZARUBINSKY Collaboration of the Population in Occupied Ukrainian Territory, S. 149.

116 DALO P3-1-301, ark. 2–3: Spravka o dviženii sostava L'vovskoj oblastnoj partorganizacii s I ijunja 1941 goda po I ijunja 1945g. [Gez.] Zav. orginstruktorskim otdelom L'vovskogo obkoma KP/b/U I. Bogorodčenko. [Handschr. 16. VIII. 45.] Die Lemberger Parteiorganisation besaß 1946 insgesamt 10.869 Mitglieder (vgl. die entsprechende Tabelle oben über den Mitgliederstand der Partei in den ukrainischen Gebieten 1941 und 1946).

48 aus der Partei ausgeschlossen; nach einer zweiten Prüfung durch das Gebietskomitee folgten weitere zehn Ausschlüsse.

In den „alten" sowjetischen Gebieten der Ukraine lag die Anzahl der Parteiausschlüsse ungleich höher, wie die Verhältnisse im Gebiet Odessa zeigen:

Tabelle 12. Parteiausschlüsse im Gebiet Odessa 1945 (Mitglieder und Kandidaten)

	April[117] Mitgl./Kand.	Mai[118] Mitgl./Kand.	September[119] Mitgl./Kand.	Oktober[120] Mitgl./Kand.
Insgesamt registrierte Kommunisten	2.458/952	2.459/956	2.497/1.019	2.501/1.033
Anträge auf Überprüfung der Parteiloyalität	1.873/629	1.869*/642	1.910/723	1.942/742
Aus der Anzahl der überprüften Anträge:				
- von *rajkom* und *gorkom* ausgeschlossen	975/334	1.017/361	1.223/487	1.302/520
- vom *obkom* ausgeschlossen	364/119	407/161	708/266	781/300
Wieviele Kommunisten zerstörten ihre Parteidokumente?	1.859/733	1.834/725	1.845/778	1.853/787
Wieviele Kommunisten waren in Partisaneneinheiten?	82/14	87/16	89/20	81*/15*
Wieviele Kommunisten arbeiteten individuell im Untergrund?	100/20	122/32	100*/22*	103/18*

117 DAOO FP 11-11-339, ark. 13: Spravka. [... Kommunisti ostavavšiesja] na vremenno okkupirovannoj territorii na 1-e aprelja 1945g.

118 DAOO FP 11-11-339, ark. 17: Spravka. [... Kommunisti ostavavšiesja] na vremenno okkupirovannoj territorii na 1-e maja 1945g.

119 DAOO FP 11-11-339, ark. 36: Spravka. [... Kommunisti ostavavšiesja] na vremenno okkupirovannoj territorii na 1/1X–1945g.

120 DAOO FP 11-11-339, ark. 39–40: Spravka. [... Kommunisti ostavavšiesja] na vremenno okkupirovannoj territorii na 1/X–45g.

	April[117] Mitgl./Kand.	Mai[118] Mitgl./Kand.	September[119] Mitgl./Kand.	Oktober[120] Mitgl./Kand.
Wieviele Kommunisten waren bei Polizei und Gestapo registriert?	1.389/140	1.397/472	1.388/501	1.392/496*
Wieviele Kommunisten leugneten ihre Parteizugehörigkeit bei verschiedenen Registrierungen?	149/90	171/103	177/108	180/112
Wieviele der auf dem okkupierten Territorium verbliebenen Kommunisten wurden in die Armee berufen?	277/175	273/174*	291/208	308/198*
Wieviele Kommunisten zogen freiwillig mit den Deutschen ab?	10/5	13/6	39/24	18*/12*

* Die bei den vorliegenden Zahlen in einigen Fällen ersichtliche Reduzierung der Anzahl lässt sich mit der Parteimobilität erklären – Kandidaten wurden als Mitglieder übernommen – und mit dem Wegzug von Mitgliedern aus Odessa; Rechenfehler sind ebenfalls nicht auszuschließen.

Die Parteiausschlüsse hatten in den ehemals besetzten Gebieten Massencharakter, Ausnahmen wurden kaum zugelassen, beispielsweise wenn Parteimitglieder überzeugend nachweisen konnten, dass sie in höchster Notlage ihre Partei verraten hatten. Dies war der Fall bei dem 1903 geborenen Prokofij Onufrievič Krabec.[121] Er war als Angehöriger einer Partisanenabteilung in den Wäldern des Gebiets Černihiv bei der Sprengung einer Eisenbahnbrücke mit seinem Trupp ergriffen und in einem Dorf in das Gefängnis gesperrt worden. Aus Furcht, sein Parteibuch könne in die Hand des Feindes fallen, vernichtete er es. In der gleichen Nacht gelang der Gruppe die Flucht und sie fand wieder Anschluss an die Partisanen. Nach Überprüfung seiner Akte beließen das zuständige Rajon- und Gebietskomitee Krabec die Rechte eines Parteimitgliedes; er wurde sogar als Erster Sekretär eines Rajonkomitees eingesetzt.

121 Vgl. oben Anm. 109.

In der Karpaten-Ukraine, die vor 1945 nicht Teil der Sowjetunion war, wurde die Säuberung ebenfalls durchgeführt. Vom Gebietskomitee wurden dabei bis zum 20. Juni 1946 insgesamt 2.104 Akten kontrolliert, 1.324 Mitgliedern wurden die Parteidokumente zurückgegeben, 725 Personen wurde die Herausgabe verweigert.[122]

Wie die Parteimitglieder wurden auch überall die Komsomolakten überprüft. Im Gebiet Ternopil' waren von im Dezember 1944 registrierten 616 Mitgliedern des Komsomol 203 während der Okkupation zurückgeblieben; 44 von ihnen wurden aus der Organisation ausgeschlossen.[123]

Auf Unionsebene betrug die Zahl der von 1. Januar 1939 bis zum 1. Juli 1951 aus der Partei Ausgeschlossenen und Ausgeschiedenen 1.258.806 Personen, davon 730.093 Mitglieder und 528.713 Kandidaten. Während der Nachkriegsjahre war der Anteil der Ausschlüsse besonders hoch und betrug:

1942 1,7%,
1943 1,4%,
1944 1,7%,
1945 1,8%,
1947 2,2%,
1948 3,0%,
1949 2,6% und
1950 2,0%.[124]

Insgesamt wurden aus der sowjetischen Parteiorganisation zwischen 1945 und 1953 mehr als eine halbe Million Mitglieder ausgeschlossen; die meisten in den Jahren 1948 (168.000) und 1953 (175.000); dies waren insgesamt etwa 3% aller Mitglieder, was auch bei späteren Säuberungen nicht überschritten wurde.[125] Die Gründe für den Parteiausschluss waren in der Mehrheit der Fälle – bei 38% – Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre Korruption, moralische Verkommenheit, Diebstahl, Rowdytum oder Trunkenheit. Der Vorwurf, während des Krieges das okkupierte Gebiet nicht verlassen zu haben, traf in dieser Zeit noch auf 30% der Ausschlüsse zu. 11% der ausgeschlossenen Mitglieder wurde vorgeworfen, ihren Mitgliedsbeitrag nicht bezahlt, den Parteiausweis verloren und das Parteileben vernachlässigt zu haben, 9% hatten die Partei- und Arbeitsdisziplin verletzt, 5% hatten gegen Vorschriften für landwirtschaftliche Kollektivbetriebe oder gegen die „kommunistische Würde" verstoßen, ein halbes Prozent war mit Staatsverrat konfrontiert, 1,6% mit weiteren politischen Anklagen wie antisowjetischer Agitation, Verschweigen der sozialen Herkunft und fehlender „bolschewistischer Wachsamkeit", ebenso

122 Vgl. CDAHOU 1-23-3971, ark. 9–10: Sostav partorganizacii Zakarpatskoj oblasti.
123 SPR Nr. 36.
124 Zahlen nach Angaben der Abteilung der Partei-, Gewerkschafts- und Komsomol-Organe des ZK der KPdSU vom 27. September 1951, in: SUBKOWA Kaderpolitik und Säuberungen in der KPdSU, S. 261–269, hier S. 268.
125 Ebenda, S. 195–196.

viele mit militärischen Vergehen wie Fahnenflucht, Kriegsdienstverweigerung und ähnlichem.

Die Parteisäuberung nach Krieg und Besatzung war eine von vielen präventiven Schutzmaßnahmen des Stalinschen Staates. Nach dem Sieg über den äußeren Feind, Hitler-Deutschland, verstärkte man nun die Bekämpfung des internen Gegners. Dabei wurden die in den dreißiger Jahren verbreitete Angst vor „Verschwörungen" und die Hysterie der Zwischenkriegszeit, die Sowjetunion werde durch Feinde im Äußeren und Inneren eingekreist, wieder virulent.[126] Wie in vielen anderen Situationen überschätzte auch hier die Sowjetherrschaft die Gefahr, die Infiltration durch ausländische Mächte habe ehemals loyale Sowjetbürger „umgedreht" und sie gegen ihre Regierung aufgewiegelt, wenn dies überhaupt nicht nur ein Begründungsmuster nach außen hin war. Letzten Endes deutete auch dies darauf hin, dass die Stalinsche Herrschaft nicht in der Lage dazu war, sich argumentativ mit einem Feind auseinander zu setzen, sondern Autorität und Gewalt dafür einsetzte. Außerdem wurden durch die Parteisäuberungen die wirklichen Gründe für wirtschaftliche und andere Missstände auf Sündenböcke abgeladen, ohne die Ursachen selbst zu bekämpfen. Somit konnte man bei der Durchführung auch auf die Unterstützung der Partei selbst zählen.

Anders als bei der Beseitigung der innerparteilichen Opposition in den dreißiger Jahren, die den Parteiapparat seiner führenden Köpfe beraubte, ging man nach dem Krieg aber nicht mehr davon aus, dass die vermeintlichen Gegner physisch vernichtet werden sollten. Die Opfer der Säuberung wurden auf andere Weise geschädigt. Sie wurden ihrer Parteiämter enthoben und verloren ihr parteipolitisches Ansehen. Für die weitere Karriere der Betroffenen hatte dies weitreichende Folgen: Die Angabe, sich während des Krieges auf okkupiertem Territorium befunden zu haben, war nicht nur für die Erlangung von Parteiämtern, sondern auch bei anderen Anlässen, die eine Vorlage des Lebenslaufes erforderten (z.B. eine berufliche Bewerbung oder Beförderung) noch bis in die neunziger Jahre ein schwerwiegender Makel, den man nach Möglichkeit verschwieg.

Der Mitgliederstand der VKP(b)U nach dem Krieg

In der sowjetischen Geschichtsschreibung erscheint nichts von den Schwierigkeiten, die bei der Neustrukturierung der Partei in der Ukraine nach Kriegsende entstanden. Die veröffentlichten Statistiken verweisen vielmehr darauf, dass nach der rigorosen Dezimierung des Bestandes der Partei während des Krieges diese bald wieder aufholte und ihre Mitglieder rasch zurückgewann. Noch ein weiterer Aspekt ist nicht erkennbar, weil er die Ukraine aufgewertet hätte: Im Vergleich mit der Gesamtsitua-

126 Zur allgemeinen Verschwörungsangst in der Sowjetunion der dreißiger Jahre unter der Bevölkerung, aber auch unter den Führungseliten („a consciously cultivated spy mania") vgl. GÁBOR TAMÁS RITTERSPORN The omnipresent conspiracy: On Soviet imagery of politics and social relations in the 1930s, in: ARCH GETTY, MANNING (Hrsg.), Stalinist Terror, S. 99–115.

tion der Partei in der Sowjetunion nach dem Krieg wird nämlich deutlich, dass die ukrainische Parteiorganisation einige Tendenzen vorwegnahm, denen die Gesamtpartei erst einige Zeit später folgte.[127] Dabei wies der unionsweite Mitgliederstand der Partei während der gesamten Herrschaft Stalins Schwankungen auf, zurückzuführen auf Einwirkungen der zentralen Politik. Während die Mitgliederzahlen bis zu den dreißiger Jahren konstant anstiegen, gingen sie in der Zeit des „Großen Terrors" der dreißiger Jahre beträchtlich zurück, um dann zu Kriegsbeginn wieder aufzuholen. Hier zeigten sich noch keine gravierenden Abweichungen zwischen dem Mitgliederstand der gesamten und der ukrainischen Parteiorganisation. Während des Krieges und kurz danach aber verlief die Entwicklung beider nicht mehr parallel, denn die ukrainische Partei erreichte durch die Kriegsereignisse einen Tiefpunkt wie noch nie vorher. Die folgende Tabelle stellt die ukrainische und die sowjetische Parteiorganisation in bestimmten Jahren einander gegenüber und markiert den Mitgliederabfall in Kriegszeit in der Ukraine, während die Gesamtzahlen der Partei, die ja auch die ukrainischen Angaben umfassen, stiegen:

Tabelle 13. Wachstum der KP(b)U und der KPdSU[128]

Jahr	KP(b)U	KPdSU		
	Vollmitglieder	Vollmitglieder	Kandidaten	insgesamt
1918	4.301	390.0000	-------	390.000
1922	73.804	410.430	117.924	528.354
1933	555.433	2.203.951	1.351.387	3.555.338
1936	241.330	1.489.907	586.935	2.076.842
1940	505.706	1.982.743	1.417.232	3.399.975
1945	164.743	3.965.530	1.794.839	5.760.369
1954	795.559	6.402.284	462.579	6.864.863
1959	1.159.207	7.622.356	616.775	8.239.131
1966	1.961.408	11.548.287	809.021	12.357.308

Den größten Zuwachs verzeichnete die Unionspartei während des Krieges: Von 1. Juli 1941 bis 1. Januar 1946 wurden 5.319.297 Kandidaten und 3.615.451 Mitglieder aufgenommen.[129] Die Verbreiterung der Parteibasis nach dem Krieg auf etwa sechs Millionen Mitglieder vergrößerte den Anteil der „passiven" und „formalen" Parteimitglieder, die keinerlei Rechte und Partizipation an der Macht hatten, sowie der höhere und niedere Ämter bekleidenden Nomenklatur. Das Verhältnis zwischen

127 Im folgenden wird meist darauf verzichtet, einzelne sowjetische Darstellungen zu zitieren; anstelle dessen wird vor allem das Werk von RIGBY Communist Party Membership, herangezogen, das sich in vielen Aussagen auf sowjetische Einschätzungen stützt.

128 Gesamtzahlen ebenda, S. 52–53. In den Parteiberichten und Mitgliederzählungen werden Kandidaten, obwohl sie formal noch keine Mitglieder sind, als solche geführt. Die Parteimitglieder werden als „Kommunisten" bezeichnet.

129 Zahlen nach den Angaben aus Anm. 124 oben, hier S. 261.

ersterer und letzterer wird auf 8:1 geschätzt. Dabei hatten rund 750.000 „höhere Parteimitarbeiter" bereits die Säuberungen unter Ežov 1938 überlebt.[130] Für ihr Verhalten war diese Zeit, in der sie dem Schrecken der Verfolgung und der ständigen Bedrohung ausgesetzt waren, prägend; sie konnte sich in einem besonderen Dogmatismus und striktem Beharren auf der Parteidisziplin äußern.

In den kritischen ersten beiden Kriegsjahren war die Verlustrate unter den Parteimitgliedern höher als unter der Zivilbevölkerung. Zur Jahresmitte 1944, als 86% des ukrainischen Territoriums und 612 der 746 Rajons wieder in sowjetischen Händen waren, registrierte man am Stichtag 1. Juni nur mehr 60.218 Mitglieder und 14.975 Kandidaten.[131] Damit überstieg der Menschenverlust unter den Parteimitgliedern proportional jenen der Zivilbevölkerung: Während in der Ukraine kriegsbedingt die Einwohnerzahl um die Hälfte zurückging – die Bevölkerung betrug am 1. Juli 1941 insgesamt 41.657.000 und am 1. April 1944 nur mehr 21.990.000 – waren die Verluste der VKP(b)U, die auf 10% ihres Mitgliederbestandes reduziert wurde, also unverhältnismäßig hoch.

Ein Teil des Mitgliederverlustes während des Krieges in der Ukraine war auf Folgen der Kriegsereignisse zurückzuführen: 45.598 Mitglieder waren auf dem okkupierten Gebiet getötet, 15.179 Kommunisten, die ihr Parteibuch behalten hatten, waren bei der Gestapo registriert.[132] Dies bedeutete ihre Überwachung, die Ableistung von Zwangsarbeit und weitere Verfolgung, konnte aber auch die Beschäftigung in öffentlichen Ämtern während der Okkupation nach sich ziehen.[133]

Ein weiterer Teil des Mitgliederverlustes war auf die noch während des Krieges begonnene Parteisäuberung zurückzuführen: Immerhin wurden nach Prüfung der Unterlagen über ein Drittel der Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen.[134] Mit den Vorstößen der Roten Armee nach Westen und den militärischen Erfolgen stiegen ab 1943 die Zahlen der Mitglieder in der VKP(b)U wieder:

Tabelle 14. Mitgliederzahlen der VKP(b)U 1941–1946:[135]

Datum	Mitglieder insgesamt	Vollmitglieder	Kandidaten
Juni 1941	564.536	397.326	167.210
Oktober 1943	5.615		
November 1943	16.818		
Januar 1944	55.931		
Juli 1944	115.595		

130 RUTYČ KPSS u vlasti, S. 411–413.

131 CDAHOU 1-23-3937, ark. 7 und 8.

132 Die Zahl von rund 15.000 Parteimitgliedern und Kandidaten, die auf dem besetzten Gebiet der Ukraine verblieben, wird in der offiziellen Parteidarstellung bestätigt (Beleg bei: KRAWCHENKO Social Change, S. 242, Anm. 335).

133 Vgl. in diesem Kapitel den Abschnitt über die Parteisäuberungen.

134 Ebenda.

135 CDAHOU 1-23-3970, hier ark. 3; RIGBY Communist Party Membership, S. 264.

Datum	Mitglieder insgesamt	Vollmitglieder	Kandidaten
Januar 1945	164.743	125.014	39.729
Januar 1945	164.743		
Juli 1945	195.764		
Januar 1946	320.307	245.473	74.834
Juli 1946	452.476	353.928	98.548

Trotz der Verfolgung von Parteimitgliedern in den besetzten Gebieten wurden während des Krieges Neumitglieder aufgenommen, wenn auch nur wenige, mit schwacher Qualifikation und geringem ideologischen Wissen. Die Bestimmungen für die Aufnahme in die Partei waren zu Beginn des Krieges erheblich gelockert worden. So konnte jeder Soldat, der sich im Kampf bewährt hatte, nach einer nur dreimonatigen Kandidatenzeit als Mitglied aufgenommen werden; gleichzeitig wurden Bewerber auch ohne diese Voraussetzungen aufgenommen.[136] Der Leiter der Hauptabteilung der politischen Verwaltung der Roten Armee, L. Z. Mechlis, erlaubte am 28. Juni 1941 die Aufnahme von Kandidaten, auch wenn sie durch ein Mitglied, das sie weniger als ein Jahr kannte, empfohlen wurden; ein ZK-Beschluss vom 19. August 1941 über die beschleunigte Prozedur des Parteieintritts gestattete die Verkürzung des Kandidatenstatus auf drei Monate.[137] Ein massives Hindernis für den Parteieintritt lag vor, wenn jemand während der deutschen Okkupation auf dem besetzten Gebiet gelebt hatte, selbst wenn er damals noch ein Kind gewesen war. Gleiches galt, wenn man sich in deutscher Kriegsgefangenschaft befunden oder ein Elternteil in deutschem Dienst gestanden hatte, z. B. als Ortsältester (*starosta*). Solche Personen mussten ebenfalls wie Juden und Krimtataren, die das *partbilet* anstrebten, ihre hundertprozentige bolschewistische Überzeugung energisch darlegen; sie hatten oftmals nur über Protektion die Möglichkeit zur Aufnahme.[138] Die Vorschriften für den Beitritt wurden dort besonders nachlässig ausgelegt, wo ein Mangel an Kadern bestand. Insbesondere in den neuen Gebieten in der Ukraine, im Baltikum und in Weißrussland, aber auch in anderen Regionen der Sowjetunion wurden Parteimitglieder gleichsam zwangsrekrutiert. Auf diese Weise kamen dennoch ehemalige „Volksfeinde" wie „Kulaken" und ehemalige Dorfälteste, aber auch Diebe und andere Kriminelle in den Besitz des Parteibuches.[139]

Die Rückkehr der evakuierten Parteimitglieder aus dem Osten stärkte zusätzlich die Basis der Partei. Im Januar und Februar 1943 wurden rund 9.000 ukrainische Parteimitglieder aus Kasachstan, Usbekistan, Baschkirien sowie aus den Gebieten Sverdlovsk, Novosibirsk, Orenburg, Kujbyšev, Čeljabinsk und Omsk wieder in ihre

136 WERTH Rußland im Krieg, S. 629.

137 V. G. PERVYŠIN Ljudskie poteri v Velikoj Otečestvennoj vojne, in: Voprosy istorii (2000) Nr. 7, S. 116–122, hier S. 117–118.

138 GLAZOV To be or not to be in the Party (wie oben Anm. 2), S. 21.

139 SUBKOWA Kaderpolitik und Säuberungen in der KPdSU, S. 193, S. 242–246.

ostukrainischen Wohnorte rückgeführt.[140] Bis April 1945 waren etwa 49.000 ukrainische Arbeiter aus dem Osten zurückgekehrt, etwa die Hälfte von ihnen waren Parteimitglieder.[141] Durch die beginnende Demobilisierung in der zweiten Hälfte des Jahres 1945 kamen weitere 125.000 Mitglieder hinzu, so dass die ukrainische Parteiorganisation bis Januar 1946 etwa drei Viertel des Vorkriegsstandes aufgeholt hatte. Im Juli 1946 waren 82% des Vorkriegsstandes erreicht, bis 1952 umfasste die ukrainische Parteiorganisation wieder 765.000 Personen ohne Kandidaten. Bei einer geschätzten Bevölkerungszahl von rund 40,5 Millionen in der Ukraine machten die Parteimitglieder damit rund 1,9% aus.[142]

Auch der soziale Hintergrund der Mitglieder veränderte sich nach dem Krieg in der Ukraine schneller als in der Unionsorganisation. So war die Partei während des Krieges vom Prinzip der Elitepartei abgekehrt und hatte sich einer breiteren Masse geöffnet, insbesondere den Soldaten der Roten Armee, um deren Bindung an die Staatsmacht zu verstärken und den Kampfgeist der Truppe zu steigern.[143] Gegen Ende des Krieges standen über 3,5 Millionen Mitglieder in den Reihen der Armee und Flotte.[144] Auch wurde ab Mitte der dreißiger Jahre das klassische bolschewistische Ideal, das von einem mehrheitlichen Anteil an proletarischen und bäuerlichen Mitgliedern ausging, aufgegeben und eine „neue technische Intelligenz" (eine „sowjetspezifische", aus dem Proletariat stammende Intelligenz, die in Technik und Industrie eingesetzt war) aufgenommen.[145] Durch die Masseneintritte der Soldaten verstärkte sich das bäuerliche Element wieder. Von ihnen wurde aber ein Teil nach dem Krieg unter der Begründung des ungenügenden Kenntnisstandes der kommunistischen Lehre bald entlassen. In den folgenden Jahren legte die Parteiführung wieder Wert auf die Intelligenz. Bei deren Aufnahme zu Lasten der Arbeiter war die ukrainische Parteiorganisation nach dem Krieg der Gesamtpartei voraus: So betrug in der Ukraine nach dem Krieg der Anteil der Arbeiter 33,2% (106.268 Personen) und jener der Bauern 15,9% (50.828 Personen), während die Angestellten mit 50,9% (163.216 Personen) bereits über die Hälfte der Gesamtzahl stellten.[146] In der sowjetischen Gesamtorganisation belief sich der Anteil der Angestellten im Jahr 1947 noch auf 48,3%, jener der Bauern fiel auf 18% und jener der Arbeiter auf

140 RIGBY Communist Party Membership, S. 264.

141 Ebenda.

142 Die Zahlen für Kiev lauten dabei 100.000 Parteimitglieder, für Charkiv 80.000, für Stalino 75.000 und für Dnipropetrovs'k 60.000 (FAINSOD How Russia is Ruled, S. 272).

143 Der Beschluss, die Parteibasis wieder zu verbreitern, fiel bereits im Jahr 1939 (RUTYČ KPSS u vlasti, S. 408). Zur Aufnahme von Mitgliedern während des Krieges vgl. RIGBY Communist Party Membership, S. 250–272.

144 RUTYČ KPSS u vlasti, S. 409.

145 FITZPATRICK Stalin and the Making of a New Elite; SCHAPIRO The Communist Party of the Soviet Union, S. 528; HULICKA, HULICKA Soviet Institutions, the Individual and Society, S. 80; FAINSOD How Russia is Ruled, S. 262.

146 CDAHOU 1-23-3970, ark. 5.

33,7%.[147] Bezogen auf die Bildung ihrer Mitglieder hinkte die KP(b)U der sowjetischen Organisation allerdings hinterher. Die Mehrheit der Mitglieder in der Nachkriegs-Ukraine verfügte nur über eine niedrige Bildung (64,1%; 205.384 Personen), rund ein Viertel (25,4%, 81.321 Personen) hatte immerhin eine mittlere Bildung, 10,5% (33,602) besaßen eine höhere Bildung.[148] Damit lag die ukrainische Partei unter dem sowjetischen Durchschnitt, der zur selben Zeit 57,4% mit höherer, mittlerer und unvollendeter mittlerer Bildung auswies.[149]

Die Mitgliederrekrutierung während des Krieges und danach führte zu einer bedeutenden Verjüngung der KPdSU. Zwei Drittel der gesamtsowjetischen Mitglieder waren unter 35 Jahre alt (1947 war etwa die Hälfte der Mitglieder erst während des Krieges oder kurz danach aufgenommen worden). Ähnlich verhielt es sich bei den ukrainischen Parteimitgliedern, die meist zwischen 30 und 50 Jahre alt waren. Im Einzelnen sah das Lebensalter der Mitglieder folgendermaßen aus:

Tabelle 15. Lebensalter der Parteimitglieder in der Ukraine 1946[150]

Alter	Anzahl	Prozentsatz
bis 20 Jahre	2.264	0,7%
20–30 Jahre	98.321	27,9%
30–40 Jahre	128.948	40,3%
40–50 Jahre	76.183	23,8%
50–60 Jahre	20.080	6,2%
älter als 60 Jahre	3.511	1,1%

Gleichauf zog die ukrainische Partei mit der Unionsorganisation beim Frauenanteil, der – bedingt durch die höhere gesellschaftliche und soziale Verantwortung der Frauen und ihre Arbeitsverpflichtung während des Kriegseinsatzes vieler Männer – in der Sowjetunion nach dem Kriegsende anstieg. In der Unionsorganisation betrug er bereits während des Krieges 14,9% (Januar 1941), um dann 17% im Januar 1945 und 20% im Juli 1950 zu erreichen.[151] Von den in der Ukraine im Juli 1946 verzeichneten 452.467 Parteimitgliedern waren 80.439 Frauen (17,8%). Auch bei der Anzahl der Neueintritte während der Jahre 1941 bis 1945 verhielten sich beide Organisationen ähnlich. Die Anzahl der Parteimitglieder, die in den betreffenden Jah-

147 KAPLAN The Impact oft World War II on the Party, S. 160.
148 CDAHOU 1-23-3970, ark. 5.
149 KAPLAN The Impact oft World War II on the Party, S. 161.
150 CDAHOU 1-23-3970, hier ark. 5–6.
151 Gleichzeitig wurden sie häufiger in mittleren Positionen eingesetzt: 40.370 Frauen waren im Januar 1945 als Sekretäre von Grundorganisationen und 951 als Sekretäre von Distrikt-, Stadt-, Region-, Provinz-, Territorial- und Republikskomitees eingesetzt, im Januar 1950 betrug die erste Zahl bereits 47.106 bzw. die zweite 1.386 (FAINSOD How Russia is Ruled, S. 269–271).

ren in der Ukraine eintraten, betrug 60%, und auch die sowjetische Organisation verzeichnete zwei Drittel der Neumitglieder während des Krieges.[152]

Von der Nationalität her überwogen in der ukrainischen Parteiorganisation im Jahr 1946 die Ukrainer mit 56,3% bzw. 180.293 Personen die 29,8% Russen (95.509 Personen), 10,3% Juden (33.007 Personen) sowie die übrigen 3,6% (11.498 Personen).[153] Allerdings führten Krieg und Nachkriegszeit zum ersten Mal zu einer Stagnation der Zunahme der ukrainischen Parteimitglieder, deren Anteil sich prozentual folgendermaßen erhöhte:

Tabelle 16. Prozentsatz der Ukrainer in der VKP(b)U[154]

1920: 23%	1950: 59%
1922: 23%	1960: 62%
1927: 52%	1971: 65%
1933: 60%	1980: 66%
1937: 57%	1988: 67%
1940: 63%	1990: 67%

Das Absinken des Anteils der Ukrainer zwischen 1940 und 1950 steht gegen die territoriale Vergrößerung der Ukraine um die neuen Gebiete im Westen, in denen die kommunistische Partei aber wenig Zuspruch fand. Somit unterlagen die Mitgliedschaftsanträge von Ukrainern also entweder stärkerer Kontrolle oder es meldeten sich weniger Ukrainer für die Mitgliedschaft. Allerdings veränderte der Zustrom russischer Arbeitskräfte in die Ukraine nach dem Krieg ebenfalls die nationalen Verhältnisse innerhalb der Partei.

Während der Vorgang der Evakuierung 1941 in einem allgemeinen Chaos vonstatten gegangen war, wurde der Wiederaufbau der Partei auf dem vorher besetzten Territorium, ein Präzedenzfall, zielgerichtet angesteuert. Das Prinzip des Handelns bestimmten dabei ZK-Anweisungen aus Moskau, die an die Republik und von dieser an die Gebietsführungen weitergegeben wurden. Weil die oberen Instanzen einen erheblichen Zeit- und Erfolgsdruck aufbauten, mussten die untergeordneten Organe bei aller Mühe innerhalb kurzer Zeit Ergebnisse vorlegen. Leistungsträger dieser Aufbauarbeit waren auch Ukrainer, die in der Partei zu einem nicht geringen Anteil Karriere machten; daneben fanden sich Ukrainer als „einfache" Mitglieder dazu bereit, die Prinzipien des Sowjetstaates unter Stalin mitzutragen.

Für die regional differierenden Parteistrukturen in der Ukraine erwies sich die gegenüber der Moskauer Zentrale zu vertretende Politik als Integrationsfaktor, weil

152 KAPLAN The Impact oft World War II on the Party, S. 160.

153 CDAHOU 1-23-3970, hier ark. 5.

154 Storinky istoriï Kompartiï Ukraïny: Zapytannia i vidpovidi. Kyïv 1990, S. 484–485; KRAWCHENKO Changes in the National and Social Composition of the Communist Party of Ukraine, S. 43.

sie unter Bündelung aller Kräfte ihre Interessen gegen jene Gebiete, die im Krieg nicht besetzt waren, vorbringen musste. Im Frühjahr 1945 wurde dies bei den Verhandlungen zwischen den ehemaligen Kriegsgebieten und den nicht besetzten Territorien über Finanzierungshilfen deutlich, als erstere den großen Industrieregionen in der zentralen und östlichen Gebieten der Sowjetunion gegenüberstanden. Die Debatte im Obersten Sowjet ging dabei um die Entscheidung, die zerstörten Territorien wieder aufzubauen oder auf deren Kosten die Entwicklung der östlichen Regionen stärker voranzutreiben. Auf der 11. Sitzung des Obersten Sowjet der UdSSR wurde im April 1945 das Staatsbudget für die Ukrainische SSR für das Jahr 1945 mit einer Summe von 9.124 Millionen Rubel festgelegt, was das letzte Vorkriegsbudget für 1941 um 830 Millionen, um fast 10%, überstieg. Der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der Ukraine, L. R. Korniec', betonte in seiner Ansprache, die Erteilung einer solchen Summe unter den Kriegsbedingungen zeuge von der „ungeheueren Aufmerksamkeit der bolschewistischen Partei und der sowjetischen Regierung für die Nöte der Sowjetukraine".[155] Dabei hätte der Erfolg größer sein können, denn die Ukraine erhielt im gesamt-sowjetischen Haushalt für das Jahr 1945 nur ein Drittel der für die RSFSR vorgesehenen Mittel.[156] Somit zeigten sich die Interessen der Zentrale einmal mehr als durchsetzungsstärker im Vergleich zu jenen Regionen, die zwar nicht an der Peripherie, aber eben auch nicht im Zentrum des politischen Geschehens lagen.

1.2 Kontrolle und Überwachung

1.2.1 Die Exekutive von Staatsterror und -kontrolle: NKVD und NKGB

Die Überwachung der Bevölkerung sowie die Anwendung von Terror – als latente und ständige Drohung des physischen und psychischen Eingreifens in das Leben der Bürger – und Gewalt – als deren konkrete Umsetzung – sichern jede diktatorische Herrschaft. Von seinen Anfängen an setzte sich auch das sowjetische System damit durch; Staatsterror und -kontrolle fanden unter Stalin einen Höhepunkt.[157] Wenn

155 ZINČENKO Dejatel'nost' organov sovetskoj vlasti na osvoboždennoj territorii USSR, S. 41–42, Zitat S. 42.

156 Leningrad musste mit einem Drittel der für Moskau bestimmten Summe auskommen, während es aber noch immer vier Mal mehr als die industriellen Zentren im Ural und im Wolgagebiet erhielt; MCCAGG Stalin Embattled, S. 124–125.

157 Über die Institutionalisierung von Gewalt und ihre Ausübung vgl. PLAGGENBORG Stalinismus als Gewaltgeschichte. Gewalt wird hier verstanden als Instrument des Terrors, das keine vordergründigen Prämissen und keine Spezifik beinhaltet und historisch und kulturell bedingt ist, während Terror einer Semantik unterliegt, ein Movens impliziert und zielgerichtet meist von oben angewandt wird (ebenda, S. 75; ähnlich in STEFAN PLAGGENBORG Gewalt im Stalinismus. Skizzen zu einer Tätergeschichte, in: HILDERMEIER [Hrsg.], Stalinismus vor dem Zweiten Weltkrieg, S. 193–208).

Überzeugungsarbeit und Propaganda nicht griffen, blieben die Androhung und Anwendung von Gewalt ein wirkungsvolles Mittel zur Zähmung von politisch Unerwünschten und Verdächtigen. Das zerstörerische, aber gleichzeitig systemerhaltende Element der stalinistischen Gewalt- und Überwachungskultur bestand darin, dass ihr jeder Bürger in jeder Position zu jeder Zeit zum Opfer fallen konnte, unabhängig davon, ob er sich nun tatsächlich eine strafrechtlich relevante Schuld zukommen hatte lassen oder nicht. Eine dadurch erzeugte Atmosphäre der allgemeinen Furcht und des Misstrauens prägte Leben und Alltag der Sowjetbürger, führte zu einer Perversion üblicher Verhaltensweisen aus Angst vor Bestrafung oder als Vorverteidigung und verhinderte das Entstehen eines sich auf positiven sozialen Werten gründenden Gemeinwesens. Der Ausübung von Repressionen ging die flächendeckende Beobachtung der gesamten Gesellschaft einschließlich der Partei und der Verwaltung des Landes voraus, die das willkürliche Eingreifen des Staates erst ermöglichte.

Als ausführendes Organ von Kontrolle und Terror fungierten die Truppen des Innenministeriums (NKVD, ab 1946 MVD) und des Ministeriums für Staatssicherheit (NKGB, ab 1946 MGB).[158] Sie waren aus dem GPU bzw. OGPU hervorgegangen, ihrerseits die Nachfolgeorganisation der von Lenin errichteten ČEKA. Unter Stalin wurden Aufgaben und Größe dieser Überwachungsinstitution erheblich ausgeweitet. Während der NKGB für Spionage, Grenzschutz, die Verfolgung von Straftaten und die politische Kontrolle der Bevölkerung zuständig war, nahm der NKVD insbesondere polizeiliche Aufgaben wahr. Hierarchisch aufgebaut, unterstanden dem Unionsministerium Komitees des NKVD und NKGB in den Republiken, Kreisen, Gebieten, Großstädten und in den Grenztruppen. Beide Kommissariate verfügten über einen gewaltigen Apparat an Mitarbeitern und Agenten. Die NKGB-Truppen be-

158 Eine in die Tiefe gehende Gesamtdarstellung zu NKVD und NKGB, ihren Vorläuferorganisationen ČEKA und OGPU sowie ihren Nachfolgeorganisationen fehlt bisher. Westliche Arbeiten über die Zeit des Zweiten Weltkrieges und danach beschränken sich auch wegen der Unzugänglichkeit der Archive und wegen der schwer zu beschaffenden Hintergrundinformationen oft auf die Spionagetätigkeit des KGB im Ausland. Dennoch informativ: PARRISH The Lesser Terror. Quellengestützte Erkenntnisse im Band 42 (2001) 2–4 der Cahiers du Monde Russe unter dem Titel La police politique en Union soviétique, 1918–1953. Zu Struktur, Aufgaben und wichtigsten Leitungsfiguren vgl. Lubjanka. VČK-OGNU-NKVD-NKGB-MGB-MVD-KGB sowie die Biographien führender NKVD-Mitarbeiter in: N. V. PETROV, K. V. SKORKIN Kto rukovodil NKVD 1934–1941. Spravočnik. Moskva 1999. Bis zum Jahr seiner Verhaftung 1938 reichen die Erinnerungen des NKVD-Mitarbeiters MICHAIL ŠREJDER NKVD iznutri. Zapiski Čekista. Moskva 1995. Siehe zu NKVD und NKGB in den Jahren 1939–1945 WOLIN, SLUSSER (eds.), The Soviet secret police, S. 18–21, sowie V. P. ARTEMIEV, G. S. BURLUTSKY Internal Activities of the Soviet Organs of State Security After World War II, ebenda, S. 322–337. Journalistische Veröffentlichungen ehemaliger Mitarbeiter geben wenigstens über die Atmosphäre innerhalb der sowjetischen Sicherheitsorgane Auskunft (vgl. beispielsweise IGOR' ATAMANENKO Sekretnye operacii Lubjanki. Moskva 1999; der Autor war Oberstleutnant der Reserve im KGB und zuständig für Gegenspionage und Übersetzungen).

standen im August 1945 aus über 900.000 Mann, die Zahl der Angestellten des Innenministeriums belief sich im Januar 1946 auf rund eine Million.[159] Der NKVD wurde auf Beschluss des Obersten Sowjets mehrmals umstrukturiert. Die NKVD-Führung hatte ab 1938 Berija inne, der im Dezember 1945 – dies bedeutete eine reale Schwächung der Position Berijas im Stalinschen Staatsgefüge[160] – wegen „Überlastung durch zentrale Aufgaben" durch Kruglov bis 1956 ersetzt wurde.[161]

Die Kriegssituation führte zu einer Differenzierung der Aufgaben. Nachdem „in Verbindung mit dem Übergang der Friedenszeit in eine Kriegssituation"[162] im Juli 1941 die Spaltung in NKGB und NKVD vorerst rückgängig gemacht wurde, teilte der Oberste Sowjet der UdSSR am 14. April 1943 – wie die Graphik unten darstellt – das sowjetische Innenministerium erneut auf in einander nebengeordnete Stellen des NKVD, NKGB sowie die Abteilung Smerš. Die Gründe für die Trennung waren wohl im Organisatorischen zu suchen, da der NKVD mit mehreren hunderttausend Mitarbeitern für eine Behörde zu groß geworden war,[163] oder sie waren auf das beginnende Misstrauen Stalins gegenüber Berija zurückzuführen, wie Mikojan vermutete.[164] Dem NKGB wurde die Aufklärungsarbeit im Ausland, der Kampf gegen „Spione, Diversanten und Terroristen" und gegen „antisowjetische Elemente" innerhalb der Sowjetunion sowie die „Bewachung der führenden Kader der Partei und der Regierung" als Tätigkeitsfelder zugewiesen.[165] Smerš, ein Akronym für „smert' špionam" (Tod den Spionen),[166] wurde durch einen sowjetischen Ministerratsbeschluss vom 19. April 1943 als *Glavnoe upravlenie kontrrazvedki (GUKR) „Smerš" NKO SSSR* (Hauptabteilung für Gegenspionage des Volkskommissariats für Verteidigung der UdSSR) sowie als *Upravlenie kontrrazvedki (UKR) „Smerš" NK VMF* (Verwaltung für Gegenspionage des Volkskommissariats der Militärkriegsflotte) gebildet.[167] Smerš unterstand direkt Stalin als Volkskommissar für Verteidigung und

159 NEKRASOV Trinadcat' „železnych" narkomov, S. 266.

160 DANILOV Izmenenija vysšich organov vlasti v SSSR, S. 216.

161 Zu Berija als Mitverantwortlichen für den Staatsterror liegen eine Reihe von Biographien vor, darunter ANTON V. ANTONOV-OVSEENKO Berija. Moskva 1999; KNIGHT Berija; im sowjetischen Argumentationsmuster steht ALEKSEJ TOPTYGIN Neizvestnyj Berija. Sankt-Peterburg 2002. Als Quellen: Der Fall Berija; Lavrentij Berija. 1953; BERIJA Moj otec – Lavrentij Berija.

162 So Wortlaut der Anordnung des Präsidiums des Obersten Sowjet der Sowjetunion vom 20. Juli 1941 in KOROVIN Istorija otečestvennych organov bezopasnosti, S. 164.

163 KNIGHT Berija, S. 124. Am 30. Dezember 1945 wurden für den NKVD 993.072 Mitarbeiter in den verschiedenen Abteilungen sowie 680.280 Soldaten in den bewaffneten Einheiten genannt (Lubjanka. VČK-OGNU-NKVD-NKGB-MGB-MVD-KGB, S. 47).

164 Der Fall Berija, S. 212.

165 KOROVIN Istorija otečestvennych organov bezopasnosti, S. 54–55.

166 Zu Smerš, über das nur wenig Untersuchungen vorliegen, vgl. PARRISH The Lesser Terror, S. 111–145; ROSSI Spravočnik po GULagu, S. 364; KOROVIN Istorija otečestvennych organov bezopasnosti, S. 55–57; ROBERT STEPHAN Smersh: Soviet Military Counter-Intelligence during the Second World War, in: Journal of Contemporary History 22 (1987) S. 585–613.

167 Vgl. Lubjanka. VČK-OGNU-NKVD-NKGB-MGB-MVD-KGB, S. 34, 40.

agierte als staatliche Maschinerie unabhängig – als „Staat im Staat" –. Die Aufgaben von Smerš war die Überwachung der sowjetischen Streitkräfte, die Bekämpfung von Spionage-, diversionistischer sowie terroristischer Tätigkeit und der Kampf gegen antisowjetische Kräfte in den Reihen der Roten Armee und der Flotte, die Sicherung der Front vor dem Eindringen antisowjetischer Elemente, die Entlarvung von Landesverrätern und die Überprüfung von sowjetischen Soldaten, die sich in Kriegsgefangenschaft befunden hatten.[168] Smerš lieferte auch die Vorarbeiten für die Verfolgung von Offizieren und Generälen der Roten Armee.[169] Selbst an der Front standen die Soldaten unter der Aufsicht und Beobachtung von Smerš.[170] Die Organisation wurde ebenfalls zur Sicherung der während des Krieges okkupierten Gebiete eingesetzt. Im Zuge der Repatriierung, während der die betroffenen Sowjetbürger durch Smerš-Mitarbeiter filtriert wurden,[171] betrieben diese Spionage über die militärische Stärke der Westalliierten in deren Besatzungszonen.[172] Im außersowjetischen Gebiet war Smerš eingeteilt in die Abteilung für die Überwachung der Fronttruppen, in eine „Operative Abteilung" zur Suche nach Agenten, eine Geheimabteilung zur Beobachtung internationaler „verdächtiger Entwicklungen", in eine Abteilung für Untersuchungsverfahren, in die Justiz-Abteilung zur Verurteilung von Gefangenen, in eine Wirtschafts- sowie eine Kaderabteilung.[173] Im Frühjahr 1946 wurde Smerš, in den Jahren 1943 bis 1946 geleitet von Abakumov, in das MGB rückgegliedert; dies hing damit zusammen, dass Stalin sein Amt als Volkskommissar für Verteidigung abgab, das er während des Krieges bekleidet hatte, und dass Abakumov am 4. Mai 1946 zum Minister für Staatssicherheit ernannt wurde und Merkulov ablöste.[174] Die Aufgaben von Smerš gingen damit vollständig auf das MGB über, und die Bezeichnung verschwand.

168 Vgl. den Auszug aus der Anordnung des sowjetischen Ministerrats vom 19. April bzw. 31. Mai 1943 in: KOROVIN Istorija otečestvennych organov bezopasnosti, S. 169–173.

169 I. I. KUZNETSOV Stalin's Minister V. S. Abakumov, 1908–54, in: The Journal of Slavic Military Studies. Vol. 12 (March 1999) No. 1, S. 149–165, hier S. 153–156.

170 Obwohl die Soldaten daher in privaten Gesprächen politische Themen mieden, hinderte sie dies aber nicht daran, Stalin „mehr zu vertrauen als ihren Kommandeuren"; ZUBKOVA Obščestvo i reformy, S. 23.

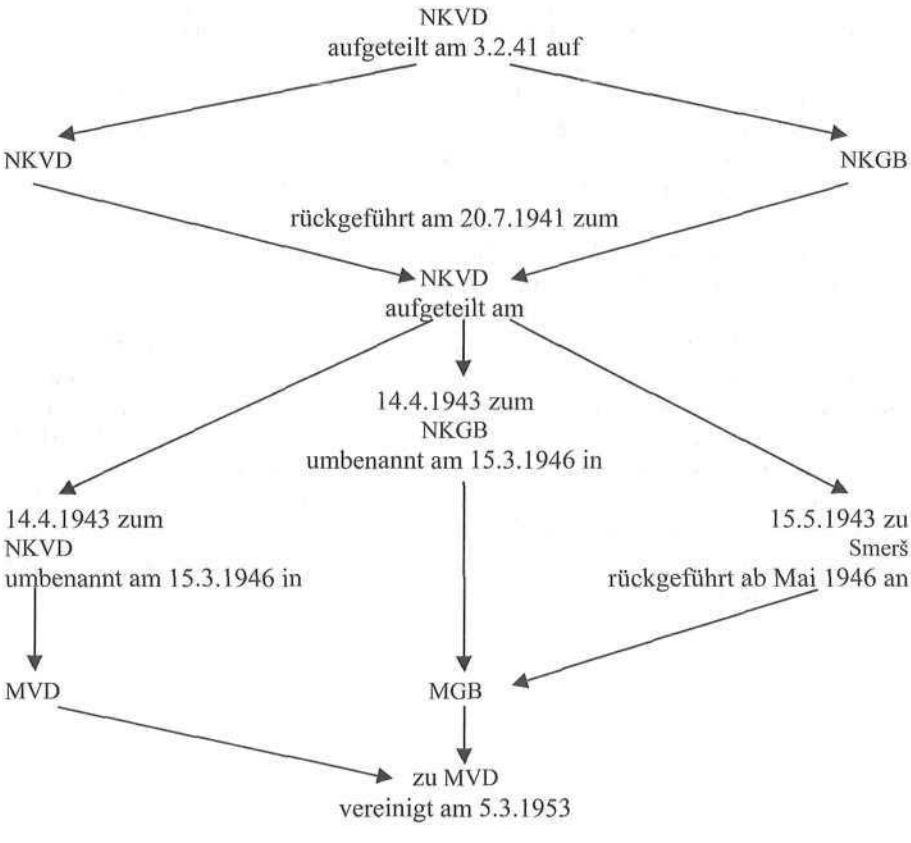
171 Vgl. dazu im Kapitel über Repatriierungen.

172 ELLIOTT Pawns of Yalta, S. 139–140.

173 Nach BORYS LEWYTZKYJ Die rote Inquisition. Die Geschichte des sowjetischen Sicherheitsdienste. Frankfurt a. M. 1967, S. 209.

174 Merkulov wurde 1945 von Malenkov des Versuchs verdächtigt, das ZK unter die Kontrolle des NKGB zu stellen, wurde aber von Berija aus der Schusslinie genommen. Später wurde Merkulov stellvertretender Minister des MVD und 1953 zusammen mit Berija hingerichtet (A. G. MALENKOV O moem otce Georgii Malenkove. Moskva 1992, S. 52).

Graphik 1. Gliederung der sowjetischen Staatssicherheit während des Zweiten Weltkrieges[175]



Als Aufwertung des Sicherheitsdienstes war die formale Gleichstellung seiner Führung mit dem Offizierskorps der Roten Armee im Juli 1946 zu verstehen. Berija wurde in deren Folge zum Marschall der Sowjetunion ernannt, die Leiter des MGB, Abakumov, und des MVD, Kruglov, erhielten den Rang eines Armeegenerals bzw. Generaloberst, während schon 1940 einige hohe NKVD-Funktionäre in den Generalsrang versetzt worden waren.[176] In der Ukraine besaß das Amt des Volkskommissars bzw. Ministers der Staatssicherheit 1943–1949 Serhij Romanovyč Savčenko,

175 Nach PARRISH The Lesser Terror, S. 360, und Lubjanka. VČK-OGNU-NKVD-NKGB-MGB-MVD-KGB.

176 ZEIDLER „Eine moderne Armee ist eine offensive Armee", S. 420.

ralsrang versetzt worden waren.[176] In der Ukraine besaß das Amt des Volkskommissars bzw. Ministers der Staatssicherheit 1943–1949 Serhij Romanovyč Savčenko, der dann in führende Positionen des Zentralapparats von MGB/MVD aufrückte.[177] Die Repressionsmaßnahmen in der Ukraine nach dem Krieg liefen unter seiner Mitsprache ab.[178]

Für Stalin bedeutete die Beherrschung der Sicherheitsorgane in großem Maß die Verkörperung seiner Macht und eine wirkungsvolle Verteidigung gegen die „inneren Feinde der Revolution", die „Agenten der Kapitalisten aller Länder", deren sich die Sowjetunion als „von kapitalistischen Staaten umgeben" bediene und sogar bedienen müsse, um die Revolution zu sichern.[179] Er stützte sich vor allem auf den NKVD als Instrument des Terrors, der Repression und der Kontrolle, auch wenn der NKGB ebenfalls Gewaltaktionen auf seinen Befehl hin ausführte.[180] Markanterweise bestand zwischen Stalin und Berija, obwohl Stalin gegen diesen später ebenfalls Argwohn entwickelte, eine relativ enge Verbindung:[181] Berija war von Anfang an Mitglied des Politbüros, wenn auch ohne Stimmrecht, und die Korrespondenz zwischen Berija und Stalin war besonders ausführlich.[182] Berija war nicht nur die Exekutive der Befehle Stalins, sondern auch Initiator und Drahtzieher von Verbrechen

176 ZEIDLER „Eine moderne Armee ist eine offensive Armee", S. 420.

177 Vgl. die kurze Biographie Savčenkos in: VOLODYMYR ČYSNIKOV Kerivnyky orhaniv Deržavnoï Bezpeky radjans'koï Ukraïy (1918–1953 rr.). Materialy do biohrafičnoho dovidnyka, in: Z archiviv VUČK-HPU-NKVD-KHB (2000) Nr. 2/4, S. 363–373, hier S. 371.

178 Zum Aufbau der ukrainischen Staatssicherheit vgl. OLEH BOŽKO Osoblyvi viddily v systemi orhaniv Deržavnoï Bezpeky 1918–1946 rr., in: Z archiviv VUČK-HPU-NKVD-KHB (2000) Nr. 2/4, S. 337–361, sowie ebenda (2001) Nr. 2, S. 281–315, und die Biographien von Geheimdienstmitarbeitern während der dreißiger Jahre in: JURIJ ŠAPOVAL, VOLODYMYR PRYSTAJKO, VADYM ZOLOTAR'OV ČK–GPU–NKVD v Ukraïni: Osoby, fakty, dokumenty. Kyïv 1997.

179 So aus einer Rede Stalins vom 5. November 1927, in: LIEBER, RUFFMANN (Hrsg.), Der Sowjetkommunismus, Band 2, S. 46–47, Zitate S. 47.

180 Dazu gehörte beispielsweise die Einrichtung von Lagern im Norden der Sowjetunion für viele Tausende „antisowjetische Elemente" (NEKRASOV Trinadcat' „železnych" narkomov, S. 259, 270).

181 KNIGHT Berija, S. 228. Vgl. auch WOLKOGONOW Stalin, S. 649: „Stalin kam ohne Berija nicht aus. [...] [Berija] war für [Stalin] Inquisitor, Exekutor und Informant.

182 BARBER, HARRISON The Soviet Home Front, S. 53. Berija wurde wegen seines Einsatzes während des Krieges mit offiziellen Ehrungen überhäuft. So wurde er stellvertretender Premierminister im Februar 1941, erhielt fünf Lenin-Orden, den Suvorov-Orden Erster Klasse, zwei Orden des Roten Banners, sieben Medaillen der UdSSR, Orden des Roten Banners von Georgien, Aserbaidschan und Armenien; im Juni 1941 wurde er zum Mitglied des GOKO ernannt, im Mai 1944 zum stellvertretenden Vorsitzenden, 1943 zum Helden der Sozialistischen Arbeit und im Juli 1945 zum Marschall der Sowjetunion. Von den Regierungspositionen her stand er entsprechend hoch: Seit 1934 war er Mitglied des Zentralkomitees der Partei, 1939 wurde er zum Kandidat für die Mitgliedschaft im Politbüro ernannt, 1946 erhielt er diese.

wie Deportationen von Völkern und Verhaftungen von Sowjetbürgern.[183] So kommt ihm, mehr noch als anderen, eine Mitverantwortung am Terror der Stalinschen Herrschaft zu, wenngleich sein Sohn ihn in vielem exkulpiert und darauf verweist, dass Historiker Quellen falsch interpretierten, dass seinem Vater Gerüchte angedichtet würden und dass viele sowjetische Funktionäre ihre Positionen Berija persönlich verdankten.[184] Berija, der eine immense Macht auf sich konzentriert hatte, wurde nach dem Tod Stalins verhaftet und erschossen. Gleichzeitig beschloss das Plenum des ZK der KPdSU, der sowjetische Ministerrat und das Präsidium des Obersten Sowjet der UdSSR noch am offiziellen Todestag Stalins, dem 5. März 1953, MGB und MVD wieder in ein gemeinsames Ministerium, das MVD, zusammenzuführen.

Um zur Sicherung des Regimes staatsfeindliche Aktionen zu entlarven und „antisowjetisch" eingestellte Sowjetbürger zu überführen, wandten NKVD und NKGB legale und illegale Methoden an, die von Druck über Erpressung und Folter reichten. Ihre Mitarbeiter bespitzelten Sowjetbürger, legten Millionen von Personaldossiers an und führten Verhaftungen durch. Zur Strategie ihres Vorgehens gehörte ihr unangekündigtes Erscheinen – Verhaftungen wurden mitten in der Nacht durchgeführt, weil dann der Protest der Delinquenten schwächer und das Aufsehen geringer war; Bestandteil ihrer Verhörmethoden war direkter und indirekter Druck ebenso wie psychische und physische Folter. Bereits der Ruf ihrer Brutalität und das Odium ihres plötzlichen Auftauchens verbreiteten unter der sowjetischen Bevölkerung Schrecken und waren Bestandteil der Einschüchterungstaktik des Regimes. Innerhalb des sowjetischen Lagersystems, bestehend aus Besserungsarbeitskolonien, Arbeitssiedlungen und Gefängnissen, stand die Hauptverwaltung der Lager (*Glavnoe upravlenie lagerej*; GULag) unter NKVD-Leitung. Damit besaß dieser Zugriff auf und Verfügungsgewalt über einen großen Teil der Häftlinge. Auch an der Front während des Krieges wurden die Repressionen nicht eingestellt. Generäle, Leiter militärischer Einheiten und Soldaten wurden wegen „militärischer Verschwörung", wegen „Feigheit", wegen „Spionage" für die Gegenseite und wegen „Pflichtvernachlässigung" vom NKVD verhaftet, vor Kriegsgerichte gestellt – in der Regel vor eine „Trojka", der als außergerichtliches Instrument das Recht zur Verurteilung von „Volksfeinden" zustand[185] – und deportiert oder zum Tode verurteilt. Viele dieser

183 Vgl. auch die Rolle Berijas bei der Deportation von Völkern innerhalb der Sowjetunion im Kapitel über Evakuierungen.

184 BERIJA Moj otec – Lavrentij Berija, S. 179–180.

185 „Trojkas" wurden vom Rat der Volkskommissare am 5. November 1934 zur Bekämpfung „sozial gefährlicher" Elemente gegründet. Sie bestanden auf der Ebene der Republiken, Gebiete und Kreise und setzten sich aus je einem Vertreter der Staatsanwaltschaft, der Partei und der Sicherheitsbehörden zusammen. Ein GOKO-Beschluss berechtigte sie auch zur strengsten Bestrafung von „gegenrevolutionären Verbrechen und solchen gegen die administrative Ordnung der UdSSR". Die meisten der von NKVD, NKGB und Smerš untersuchten Fälle kamen vor Trojkas. Am 1. September 1953 wurden die Trojkas auf Beschluss des Obersten Sowjets aufgelöst (PARRISH The Lesser Terror, S. 118; STETTNER „Archipel GULag", S. 110–112).

Anklagen standen auf unsicherem Boden oder waren erfunden.[186] Als Handlanger der Mächtigen waren die Mitarbeiter der „Organe" verantwortlich für Verbrechen ungeheuren Ausmaßes: Zwischen 1921 und 1954 wurden mit ihrer Hilfe 3.777.380 Personen wegen „konterrevolutionärer Verbrechen" verurteilt, darunter 642.980 zum Tod, 2.369.220 zu Lager- und Gefängnishaft für mindestens 25 Jahre und 765.180 Personen zu Verbannung.[187]

Das äußere Erscheinungsbild der NKVD- und NKGB-Truppen war geprägt von absolutem Gehorsam dem Staat gegenüber, von straffer innerer Ordnung und von gezieltem und überraschendem Vorgehen. Das „čekistische" Vorbild, in den neunziger Jahren unter Andropov wiederentdeckt, wurde sorgsam gepflegt und immer wieder mit Varianten bereichert, um die Bevölkerung bereits durch die mögliche Drohung mit dem NKVD in Schach zu halten und a priori von möglichen regimeschädlichen Aktionen abzuhalten. Dieser ständige immanente und allgegenwärtige Druck verfehlte seine Wirkung nicht. Zu Ende der dreißiger Jahre, in denen die exzessiven Säuberungen allen Sowjetbürgern drohend vor Augen standen, war die sowjetische Gesellschaft von der permanenten Furcht vor Verfolgung und Verhaftung gelähmt; aus Angst schwieg in der Ära von Ežov und seiner Nachfolger jede Opposition. Das Stalinsche Terrorsystem befand sich auf seinem Höhepunkt.[188]

Eine Änderung trat mit dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion ein. Jetzt wurden alle militärischen und sonstigen Kräfte für die Verteidigung des Landes gebündelt, verurteilte Militärangehörige und Intellektuelle wurden teilweise rehabilitiert, der Kampf gegen den „Feind im Inneren" wurde durch den Kampf gegen den äußeren Feind abgelöst, und die Funktionen des NKVD wurden verlagert. Die NKVD-Truppen übernahmen Kampfeinsätze auch an der Front in Grenz- und internen Einheiten (*vnutrennie vojska*), die direkt dem Hauptquartier und Stalin unterstellt waren, sowie Aufgaben wie die Befragung von Rotarmisten, die aus deutscher Gefangenschaft oder aus einer Einkesselung entkommen waren. Ferner waren NKVD-Mitarbeiter bei der Organisation der sowjetischen Partisanenbewegung in den besetzten Gebieten, bei der Evakuierung von Industriebetrieben, bei der Überwachung von Hochsicherheits-Anlagen sowie bei der Bereitstellung von Zwangsarbeitern und der Durchführung der Deportation von sowjetischen Minderheiten eingesetzt.[189]

186 PARRISH The Lesser Terror, S. 80–95, führt die Namen und Schicksale einiger höherer Militärführer der Roten Armee an.

187 Zahlen nach: NEKRASOV Trinadcat' „železnych" narkomov, S. 272, sowie STECOVSKIJ Istorija sovetskich repressij, tom 2, S. 140.

188 Dieser beinhaltete gleichzeitig, dass auch der Sicherheitsapparat einer permanenten Kontrolle und Säuberungen unterlag. Er befand sich damit in der vollen Verfügungsgewalt Stalins. Zur „totalitären Angst" vgl. STECOVSKIJ Istorija sovetskich repressij, tom 2, S. 202–203.

189 Vgl. die Spezialausgabe zu den Organen der ukrainischen Staatssicherheit während des Zweiten Weltkrieges von Z archiviv VUČK-HPU-NKVD-KHB (2000) Nr. 1; BARBER, HARRISON The Soviet Home Front, S. 52. BORYS LEWYTZKYJ Die rote Inquisition. Die Geschichte des

Die Angst der Zivilbevölkerung in den nicht besetzten Gebieten vor Repressivmaßnahmen des Systems schwand mit Kriegsbeginn sichtbar, weil der Druck der Stalinschen Verfolgungsmaschinerie nachließ, so dass tragischerweise gerade während des Krieges ein Gefühl der Erleichterung und der Freiheit entstand, wie es in den Jahren und im Jahrzehnt zuvor verloren gegangen war. In der russischen Geschichtsschreibung wird argumentiert, die ersten Kriegsjahre 1941–1942 hätten eine spontane und Millionen Menschen umfassende Destalinisierung eingeleitet: Während die Beraubung der Menschen ihrer souveränen Rechte das Wesen des Stalinismus ausmache, habe der Kampf um das Leben, dessen Einsatz der Tod im Krieg war, der sowjetischen Bevölkerung wenigstens vorübergehend die Möglichkeit gegeben, sich und ihr Schicksal neu zu ordnen.[190] Diese „relative Freiheit" weckte zwar die Hoffnung darauf, sie werde auch nach dem Krieg anhalten, doch vergebens. Mit dem Kriegsende wurde die strikte Kontrolle über die Bevölkerung wiederhergestellt. In der Ukraine umfasste das Aufgabennetz des NKVD nach dem Krieg fast dieselben Behörden wie vorher: die Verwaltung für den Kampf gegen das „Banditentum", die Verwaltung für Angelegenheiten der Kriegsgefangenen und Internierten, die Verwaltung der Miliz, die Verwaltung für Brandwache, die Gefängnisverwaltung, die Verwaltung für die ITL und ITK, die Verwaltung für die örtliche Luftabwehr, die Verwaltung für die Staatsarchive, die Verwaltung für die Straßen, die Wirtschaftsverwaltung, die Erste Spezialabteilung (für die operative Verfolgung durch NKVD-Organe), die Zweite Spezialabteilung (analog für die Milizorgane des NKVD), das Sekretariat, die Abteilung für Gegenaufklärung Smerš, die Kaderabteilung, die Abteilung für den Kampf gegen die *besprizornye* und die aufsichtslosen Kinder, die Verwaltung für Nachrichtenwesen, die Finanzverwaltung, die Inspektion für Transportmiliz sowie ein staatlicher Baumontagetrust des NKVD.[191] Die staatliche Überwachung reichte somit nicht nur wieder in alle wichtigen öffentlichen Bereiche hinein, sondern der NKVD wurde nun in erster Linie dazu herangezogen, in den vorher besetzten Gebieten für Gewaltverbrechen verantwortliche sowjetische Bürger und „innere Feinde" zu überführen. Die unter NS-Besatzung indoktrinierte Bevölkerung sollte nach sowjetfeindlichen Elementen durchsucht und von ihnen gesäubert werden. In der Erwartung, dass die Säuberung des zeitweilig besetzten Gebietes einen Anstieg der Verfahren gegen sowjetische Kollaborateure nach sich ziehen werde, wurde die Bestrafung in diesen Fällen durch ein Dekret geregelt. Dieser nach seinem Entstehungsjahr benannte „Ukaz 43"[192] „Über die Maßnahmen zur Be-

sowjetischen Sicherheitsdienste. Frankfurt a. M. 1967, S. 198–199; KNIGHT Beria, S. 121–124.

190 M. JA. GEFTER Destalinizacija, in: DERS. Iz tech i ėtich let. Moskva 1991, S. 418–423, hier S. 418.

191 BILAS Represyvno-karal'na systema v Ukraïni, Kn. 1, S. 257–258.

192 Näheres zum „Ukaz 43" und seine Anwendung bei ANDREAS HILGER, NIKITA PETROV, GÜNTHER WAGENLEHNER Der „Ukaz 43": Entstehung und Problematik des Dekrets des Präsidiums des Obersten Sowjets vom 19. April 1943, in: ANDREAS HILGER, UTE SCHMIDT, GÜN-

strafung deutsch-faschistischer Verbrecher, schuldig der Tötung und Misshandlung der sowjetischen Zivilbevölkerung und gefangener Rotarmisten, sowie von Spionen und Vaterlandsverrätern aus den Reihen der Sowjetbevölkerung und deren Unterstützer", die einzige gesamtsowjetische Strafvorschrift für Kriegs- und Völkerrechtsverbrechen, sah zwei Arten der Bestrafung vor: Deutsche, italienische, rumänische, ungarische sowie finnische Verbrecher, denen Mordtaten und Misshandlungen an der Zivilbevölkerung und an gefangenen Rotarmisten nachgewiesen wurden, sowie Spione und Vaterlandsverräter unter den Sowjetbürgern waren mit der Todesstrafe durch Erhängen zu bestrafen, zivile Helfer aus der einheimischen Bevölkerung sollen verbannt oder zur Zwangsarbeit zwischen 15 und 20 Jahren verurteilt werden. Mit der Untersuchung und Aburteilung wurden Feldgerichte auf Divisionsebene beauftragt. Urteilssprüche waren vom Divisionskommandeur zu bestätigen und unverzüglich zu vollstrecken. Das Erhängen des Verurteilten sollte zur Abschreckung in aller Öffentlichkeit durchgeführt werden. Dieser Gerichtsbarkeit wurde unter Exekutive von NKVD und NKGB auch die national-ukrainische Widerstandsbewegung in der Westukraine unterworfen.[193] Zur Begründung verwies die Parteipresse darauf, dass „der Feind in diesen Gebieten das Gift rassistischer Theorien ausgestreut" habe, „durch welches Ukrainer gegen Russen, Weißrussen gegen Litauer, Esten gegen Russen aufgehetzt" würden. Der „deutsch-ukrainische Nationalismus" müsse „restlos ausgemerzt werden", bevor die ukrainische Wirtschaft wiederhergestellt werden könne.[194]

Der Tatbestand der Kollaboration Einheimischer wurde noch während des Krieges rigoroser verfolgt als von Okkupanten begangene Kriegsverbrechen. Allein im Jahr 1942 wurden 15.743 Sowjetbürger wegen Beihilfe für den Feind von sowjetischen Militärtribunalen verurteilt.[195] Oftmals wurden Verdächtige – Übersetzer, Chauffeure, Bürgermeister, Dorfälteste, Vlasov-Anhänger und andere „antisowjetische Elemente", darunter freilich auch NS-Kriegsverbrecher und Kollaborateure[196] – gleich an Ort und Stelle ohne Gerichtsverfahren hingerichtet. Entlastende Faktoren wie die Rettung einheimischer Juden durch Dorfälteste bildeten dabei kein Hinder-

THER WAGENLEHNER (Hrsg.), Sowjetische Militärtribunale. Band 1. Die Verurteilung deutscher Kriegsgefangener 1941–1953. Köln, Weimar, Wien 2001, S. 177–209; MANFRED ZEIDLER Stalinjustiz contra NS-Verbrechen. Die Kriegsverbrecherprozesse gegen deutsche Kriegsgefangene in der UdSSR in den Jahren 1943–1952. Kenntnisstand und Forschungsprobleme. Dresden 1996, S. 16–18. Abdruck und deutsche Übersetzung des Ukaz 43 in: Der Nationalsozialismus vor Gericht. Die alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten 1943–1952. Hrsg. von Gerd R. Ueberschär. Frankfurt am Main 1999, S. 279–284.

193 Vgl. zum sowjetischen Vorgehen gegen die UPA im entsprechenden Kapitel sowie weiter unten über die Konkurrenz sowjetischer Organe.

194 Die Zeitung „Bol'ševik" zitiert in: WERTH Rußland im Krieg, S. 629.

195 Vgl. HILGER, PETROV, WAGENLEHNER Der „Ukaz 43" (wie oben Anm. 192), S. 181.

196 Allein in der Westukraine ist von Tausenden Kollaborations-Verfahren auszugehen, die ohne rechtstaatliche Grundlage geführt wurden; Misshandlungen von Verhörten sind nachweisbar; vgl. POHL Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien, S. 390–391.

nis.[197] Von 1. Juli 1943 bis 1. Mai 1945 wurden vom NKVD in den befreiten sowjetischen Gebieten 77.152 Personen verhaftet, darunter 14.254 aus der Roten Armee desertierte Soldaten, 10.048 Mitarbeiter der deutschen Polizei, 6.223 Überläufer, 6.187 „Banditen", 4.338 Dorfälteste und andere;[198] ungeachtet der auch durch den NKVD getöteten ukrainischen Aufständischen.

Der Sinn des Vorgehens des NKVD bestand weniger in der Vollstreckung staatlicher Rache denn in der Verbreitung von Terror innerhalb der Bevölkerung. Dies erklärt seine Rigorosität und Brutalität, die Todesstrafe durch öffentliches Hängen wurde von den NKVD-Truppen prompt und erbarmungslos vollzogen. Abschreckung durch sinnlose Gewaltanwendung war auch der Hintergrund für Massenvergewaltigungen einheimischer Frauen auf vorher besetztem Gebiet, durch NKVD-Angehörige.[199]

Insgesamt war der NKVD als Organ des Terrors am Aufbau des Stalinschen Regimes nach dem Krieg in der Ukraine wesentlich beteiligt. Als verlängerter Arm des Staates und zuständig für die Kontrolle über die innere Ordnung erwies er sich als höchst zuverlässiges Instrument. Dies hatte Auswirkungen auf seine innere Organisation. Während die Verwaltungsbehörden der ukrainischen Gebiete nach dem Kriegsende zunehmend Wert darauf legten, Ortsansässige in die Arbeit einzubinden,[200] wurde genau dies bei NKVD und NKGB vermieden. Für deren Funktionieren bildete die Distanz zur Bevölkerung eine wesentliche Grundlage, so dass Kader aus entfernten Gebieten im Osten der Sowjetunion herangezogen wurden. Über den inneren Zustand des NKGB in einigen ukrainischen Gebieten liegen Beschreibungen vor, da dieser kurz nach dem Ende der Kriegshandlungen einer Befragung durch die Kaderabteilung am ZK in Kiev unterzogen wurde. Die zu meldenden Angaben bezogen sich auf die Zusammensetzung der NKGB-Organe und waren durch Statistiken zu belegen, in denen das Alter der Mitarbeiter, die Dauer ihrer Parteizugehörigkeit, ihre schulische Bildung, ihre Nationalität, die Länge ihres Diensteinsatzes (*čekistskij staž*) und Strafen, die über NKGB-Mitglieder verhängt worden waren, aufgeführt werden mussten. Die Nationalitätenverhältnisse innerhalb des NKGB

197 WEINER Making Sense of War, S. 178, berichtet über einen ehemaligen Dorfältesten, der sogar mit sowjetischen Partisanen in Verbindung stand und bei der Rettung eines jüdischen Mädchens half, aber dennoch exekutiert wurde.

198 VLADIMIR NEKRASSOW Das Finale der Macht. (Nach Akten des Gerichtsprozesses), in: VLADIMIR F. NEKRASSOW (Hrsg.), Berija. Henker in Stalins Diensten. Ende einer Karriere. Berlin 1992, S. 454–490, hier S. 470 (ohne Archivangaben).

199 Über die Gewaltexzesse der NKVD-Truppen an der einheimischen Bevölkerung in der Sowjetunion liegen Augenzeugenberichte vor, die allerdings keine Quantifizierung herstellen lassen; beispielsweise von MARKOVNA Nina's Journey, S. 219–223. Hier wird erzählt von der Rückkehr von NKVD-Truppen in die Stadt Feodosija am Schwarzen Meer, die kaum eine Frau unbehelligt ließen, den jüdischen Dorfältesten, den Stadtbürgermeister, Übersetzer, hier siedelnde Tataren, rund 200 junge Frauen und weitere unter Kollaborationsverdacht Stehende umbrachten. Diese Brutalität dürfte kein Einzelfall gewesen sein.

200 Vgl. im Kapitel über den Aufbau der Parteistruktur nach dem Krieg.

sind besonders aufschlussreich, weil sich in ihnen das Bestreben widerspiegelt, in der Ukraine im Zuge des Sowjetpatriotismus bzw. des dadurch verdeckten Großrussismus nach dem Krieg Russen zu fördern, außerdem wurden in der Ukraine gezielt Angehörige nicht-slavischer Minderheiten wie der Kaukasusvölker eingesetzt. Über die NKGB-Organisationen verschiedener Gebiete wurden für 1945 folgende Angaben gemacht:

Tabelle 17. Nationalitätenverhältnisse des NKGB in ukrainischen Gebieten 1945

	Russen	Ukrainer	Juden	übrige Nationalitäten
Žytomyr[201]				
86 Parteimitglieder	49	25	5	2 Weißrussen, 2 Mordwinen, 1 Georgier, 1 Ossete, 1 Armenier
27 Kandidaten	14	11	1	1 Mordwine
37 Komsomolzen	23	11	1	1 Tatar, 1 Mordwine
Vinnycja[202]				
65 Parteimitglieder	39	19	5	2 Armenier
27 Kandidaten	12	11	3	1 Weißrusse, 1 Tatare
32 Komsomolzen	22	7	3	
Kam-janec'-Podil's'kyj[203]				
93 Parteimitglieder und Kandidaten	45	26	9	5 Mordwinen, 2 Weißrussen, 2 Tschuwaschen, 1 Georgier, 1 Tatare, 1 Mari-Angehöriger, 1 Ossete
30 Komsomolzen	21	2	4	1 Armenier, 1 Kasache

201 CDAHOU 1-23-3872, ark. 5–13: Spravka. [Gez.] Sekretar' partbjuro UNKGB Skorochod. Žitomir.

202 CDAHOU 1-23-3872, ark. 1–3: Zam. zav. otdelom upravlenija kadrov CK KP/b/U tov. Šikovu, Kiev. [Gez.] Sekretar' partbjuro Partorganizacii upravlenija NKGB po Vinnickoj oblasti, Nosenko. Vinnica, 9. Juni 1945.

203 CDAHOU 1-23-3872, ark. 21–28: Zam. zav. otdelom upravlenija kadrov CK KP/b/U tov. Šikovu. [Gez.] Sekretar' partbjuro UNKGB Klimovskij. 7. Juni 1945.

	Russen	Ukrainer	Juden	übrige Nationalitäten
Kirovohrad[204]				
88 Parteimitglieder und Kandidaten	45	35	7	1 Moldauer
39 Komsomolzen	20	13	2	1 Tadschike, 1 Weißrusse, 1 Komi-Angehöriger, 1 Tatare
Zaporižžja[205]				
102 Parteimitglieder und Kandidaten	56	36	10	
34 Komsomolzen	26	4	3	1 Karelier
Sumy[206]				
91 Parteimitglieder und Kandidaten	48	34	6	3 Weißrussen
35 Komsomolzen	13	13	6	1 Georgier, 1 Armenier, 1 Kasache

In der Ukraine setzte sich damit die Tendenz fort, die sich auf sowjetischer Ebene zeigte. Hier veränderten sich die nationalen Verhältnisse nach dem Krieg gravierend:

Tabelle 18. Die Nationalität der sowjetischen NKGB-Mitarbeiter in den Jahren 1941 und 1950[207]

Nationalität	1. Januar 1941	30. November 1950
Russen	66%	77,1%
Ukrainer	16%	11%
Weißrussen	2,7%	1,9%
Georgier	1,3%	1%
Armenier	1,8%	1,3%
Juden	4%	1,5%

204 CDAHOU 1-23-3872, ark. 29–34: Zamestitelju zavedujuščego otdelom upravlenija kadrov CK KP/b/U tov. Šikovu. [Gez.] Sekretar' partbjuro partorganizacii upravlenija NKGB po Kirovogradskoj obl. Lejtenant Gos. Bezopasnosti Fadeev. 12. Juni 1945.

205 CDAHOU 1-23-3872, ark. 15–20: Svedenija o količestvennom i kačestvennom sostave partijnoj i komsomol'skoj organizacii UNKGB po Zaporožskoj oblasti. [Gez.] Sekretar' partorganizacii UNKGB Zaporožskoj oblasti Tereščenko. 9. Juni 1945.

206 CDAHOU 1-23-3872, ark. 35–51: Svedenija o količestvennom i kačestvennom sostave partorganizacii Upravlenija NKGB po Sumskoj oblasti. [Gez.] Sekretar' partbjuro UNKGB po Sumskoj oblasti Indik. 8. Juni 1945.

207 PETROV Les transformations du personnel des organes de sécurité soviétiques, S. 395.

Auffällig war, dass der Anteil der Ukrainer, Weißrussen, Georgier, Armenier und Juden sank, während jener der Russen stark anstieg. Im Jahr 1950 waren kleine Völker, insbesondere Kaukasier, allenfalls im Promille-Bereich vertreten: Aserbaidschaner mit 0,4%, Kasachen (0,8%), Usbeken (aber auch Letten und Litauer) (jeweils 0,3%), weiter Esten (0,2%) sowie Turkmenen, Tadschiken, Kirgisen, Karelier und Finnen, Moldauer (jeweils 0,1%).[208] Auf der zentralen Ebene des NKVD war die Russifizierung noch deutlicher sichtbar: 1940 waren hier bereits von 3.573 Personen 84% Russen, während es 1937 noch 65% waren.[209]

In der Ukraine erwies sich die Heranziehung vor allem russischsprachiger „Tschekisten" als Nachteil, denn diese verstanden in der Regel kein Ukrainisch. Wie der ZK-Sekretär Kiričenko im Juli 1944 berichtete, beherrschten im Gebiet Stanislav nur 27 NKGB-Mitarbeiter das Ukrainische, in Volyn' 52, während es in Stalino 141, in Charkiv 261 und in Vorošylovhrad 208 waren.[210] In der überwiegend ukrainischsprachigen Westukraine waren diese Personen nur beschränkt einsatzfähig.

Die Dauer der Parteizugehörigkeit war ein Indiz für die Staatsloyalität der Mitglieder. Dabei hatten die meisten NKGB-Mitarbeiter von der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg profitiert, als die ehemalige Kaderpartei ihre engen Zutrittsgrenzen aufhob, denn die meisten waren während der letzten beiden Vorkriegsjahre eingetreten. Auf Unionsebene besaßen von den NKGB-Mitarbeitern im Jahr 1946 etwa 45% das *partbilet*, 11,7% waren Kandidaten, 23,7% waren im Komsomol, während immerhin 19,6% – vor allem Mitarbeiter in wirtschaftlichen Zweigen – keine Parteizugehörigkeit aufwiesen.[211] Im Leitungspersonal des NKGB waren aber 98% Parteimitglieder. Vom Bildungsstand her waren im NKGB eindeutig Personen mit geringer Bildung in der Mehrheit:

Tabelle 19. Bildungsniveau ukrainischer NKGB-Mitarbeiter

	Kam-janec'-Podil's'ky	Kirovohrad	Sumy
Höhere Bildung	5	8	13
Mittlere Bildung	39	76	45
Elementarbildung	49	53	31
gramotnye (=Kenntnisse im Lesen und Schreiben)			2

208 Ebenda.

209 Die zweitgrößte Gruppe stellten dann die Ukrainer mit 6% im Jahr 1940 (221 Personen; 1937 waren es noch 10,5% bzw. 2.509 Personen gewesen); vgl. BILOKIN' Masovyj teror jak zasib deržavnogo upravlinnja, S. 313.

210 LYSENKO, VRONS'KA Druha svitova vijna jak novyj vymir teroru, S. 696.

211 PETROV Les transformations du personnel des organes de sécurité soviétiques, S. 394.

Auf sowjetischer Ebene zeigte sich im Jahr 1946 hingegen, dass die NKGB-Mitarbeiter ein höheres Bildungsniveau besaßen, da die Zahl der Absolventen mit mittlerer Bildung größer war:

Tabelle 20. Bildungsniveau der sowjetischen NKGB-Mitarbeiter zum 1. Mai 1946[212]

	1. Mai 1946
Höhere Bildung	3,7%
Nicht abgeschlossene höhere Bildung	2,2%
Mittlere und nicht abgeschlossene mittlere Bildung	60%
Elementarbildung	34,1%

Ein bestimmter Schulabschluss war von den sowjetischen Überwachungsorganen erst vorgeschrieben, als ein Beschluss des ZK in Moskau am 20. August 1946 eine mittlere Bildung für MGB-Mitarbeiter forderte.[213] Bis dahin mussten sie aber eine spezielle Schulung absolvieren. So hatte in Kirovohrad ein Teil von ihnen Schulungskurse belegt: 17 hatten die Höhere NKGB-Schule der UdSSR (*Vyšaja škola NKGB SSSR*) absolviert, 13 hatten Republiksschulen des NKGB und 33 Kurse für das „operative Personal" besucht. Die marxistisch-leninistische Unterweisung, der die NKGB-Mitarbeiter unterworfen waren, sah allerorts denselben Kanon vor: Kurse über das Werk Stalins zum „Großen Vaterländischen Krieg"[214] und den „Kratkij kurs istorii VKP(b)" (Kurzer Kurs der Geschichte der kommunistischen Partei). Die weiteren Schulungsmöglichkeiten hingen von den örtlichen Initiativen ab. In Zaporižžja war die grundlegende Lernmethode die selbstständige Lektüre; nur wenige Mitglieder des NKVD wurden in Kursen unterrichtet. Zur Überprüfung des Gelernten wurden Konferenzen abgehalten. In Kam-janec'-Podil's'kyj wurden Lektionen zu „internationalen und anderen Themen" sowie *besedy* (Gespräche) und *politinformacii* (politische Informationen) in größerer Anzahl angeboten. Das NKGB in Kirovohrad hob sich durch besonderes Engagement heraus. Es stellte seinen Mitgliedern eine Bibliothek mit 2.500 Büchern zur Verfügung, führte einmal monatlich Seminare für Propagandisten durch und besprach Anordnungen und Vorträge Stalins, die in der Presse publiziert worden waren. Ein Kurs von Kommunisten mit fortgeschrittenen Kenntnissen las Klassiker des Marxismus-Leninismus wie Lenins „Čto delat'" (Was tun?). Einmal monatlich diskutierten alle NKGB-Mitarbeiter über die internationale Lage und Themen wie die „Die ukrainisch-deutschen Nationalisten als die schlimmsten Feinde des ukrainischen Volkes". Zusätzlich hatte der Leiter der NKGB-Verwaltung den Mitarbeitern, die von zehn Uhr morgens bis ein Uhr nachts Arbeitszeit hatten, einen Samstagabend zur Weiterbildung zur Verfügung gestellt. Als Besonderheit war in Sumy eine Parteischulung mit einem 200-stündigen

212 Ebenda, S. 393.
213 Ebenda, S. 394.
214 Zu diesem Werk Stalins vgl. im Kapitel über die Aufarbeitung des Krieges.

Programm durchgeführt worden, das von 35 Personen absolviert wurde. Auch den Frauen der NKGB-Mitarbeiter wurden Kurse zur laufenden Politik angeboten. Für die Mitarbeiter des NKGB-Gefängnisses wurde Unterricht in Arithmetik und Grammatik der russischen Sprache abgehalten. Die Aufzählung dieser Unterrichtsaktivitäten darf insgesamt nicht vergessen lassen, dass sie nichts aussagten über die tatsächlichen Kenntnisse der Teilnehmer und über den regelmäßigen Besuch der Veranstaltungen, den die Parteidisziplin erzwang.

Der NKVD hatte eine exemte Stellung außerhalb von Partei und Gesellschaft. Während es aber in den dreißiger Jahren ebenfalls Säuberungen unterlag, erfolgten solche tiefen Eingriffe nach dem Krieg nicht mehr. Eine Kontrolle erfolgte nunmehr nur durch sich selbst. Ein besonders aufschlussreicher Punkt ist dabei der letzte Bestandteil der Mitarbeiterbefragung, die Darlegung von Verbrechen und Dienstvergehen der Mitarbeiter. Diese wurden in nicht geringer Menge vermeldet und wiesen ein großes Spektrum auf. So wurden in Kirovohrad zwischen November 1944 und Mai 1945 immerhin zwölf Vergehen von NKVD-Mitarbeitern gemeldet, in Sumy im selben Zeitraum sechs, in Vinnycja im ersten Quartal 1945 und den folgenden zwei Monaten 15. Die Auflistung belegt, dass der NKVD keineswegs eine disziplinierte Truppe darstellte, sondern dass dienstliche Vergehen an der Tagesordnung waren. Dazu zählte der harmlose Verlust des Dienstausweises, eine spätere Rückkehr von Dienstreisen und Verspätung bei der Arbeit und das Nicht-Bezahlen des Mitgliedsbeitrages an die Parteikasse; Trunkenheit und Rowdytum kehrten periodisch wieder. Schwere Verstöße nicht nur gegen die Parteigrundsätze und -moral, sondern auch gegen die internen Regeln des NKVD waren der Missbrauch der Dienstposition, die ungesetzliche Verwendung von Dienstautos, die Missachtung der „čekistischen Sorgfalt" und die Verbreitung von Dienstgeheimnissen, aber auch Mord. So hatte in Vinnycja im vierten Quartal 1944 ein betrunkener Hauptmann der Staatssicherheit einen Kolchosarbeiter getötet. Die meisten Vorfälle wurden, nachdem sie auf administrativem Weg verfolgt worden waren, auf Sitzungen des örtlichen Parteibüros zur Sprache gebracht, um auf die anderen Mitarbeiter erzieherisch einzuwirken und sie vor ähnlichen Vergehen zu warnen. Die Strafen wurden nach der Schwere des Vergehens bemessen. Trunkenheit hatte eine Maßregelung, einen Verweis oder eine strenge Verwarnung zur Folge, schwerere Delikte führten zur Festnahme und zu gerichtlicher Verfolgung. Es bestand auch die Praxis, NKVD-Mitarbeiter in ein Strafbataillon an die Front zu schicken, was den relativ sicheren Tod bedeutete.[215]

215 Zu den Strafbataillons vgl. im Kapitel über die Kriegsopfer in der Ukraine.

1.2.2 Der Kontrollmechanismus zwischen Partei und Staat

Die Kontrolle untergeordneter durch übergeordnete Partei- und Staatsorgane

Die sowjetische Herrschaft entwickelte im Lauf ihres Bestehens ein ausgeklügeltes System, mit dem nicht nur die Bevölkerung, sondern auch der eigene Apparat überwacht wurde. Eines der Prinzipien war laut Parteistatut die Kontrolle der untergeordneten Organe durch übergeordnete, so dass ein mehr oder weniger straffes System der direkten Überwachung bestand. So überwachte in der Ukrainischen Sowjetrepublik das Kiever ZK als oberstes ukrainisches Regierungsgremium die Gebiets-Verwaltungen und -Parteiorgane, die wiederum die Rajon-, Stadt- und Dorfsowjets kontrollierten. Über allen stand das ZK in Moskau und an der Spitze das Politbüro als Ausgangspunkt aller Befehlsketten. Daneben existierten weitere Strukturen, die vor allem Moskau, aber auch Kiev ein direktes Eingreifen auf allen unteren Ebenen ermöglichten. Der Weg der Informationsübermittlung erfolgte dabei über Berichte von untergeordneten an übergeordnete Kaderabteilungen, die einige Jahre nach dem Kriegsende fest institutionalisiert worden waren. So sagte der Sekretär des ZK der KPdSU A. A. Kuznecov in einer Rede am 14. Juli 1947, die Entgegennahme der Berichte der Gebietsparteileitungen und Behörden erfolge jetzt nicht mehr sporadisch, sondern habe Eingang in das Arbeitssystem gefunden und in die Führungstätigkeit (der Kaderverwaltung des ZK der KPdSU) in Bezug auf die Kader der jeweiligen Gebietsparteikomitees und Ämter.[216] Dazu kamen unregelmäßige Kontrollen, die das Kiever ZK, neben den durch den NKVD angestellten Untersuchungen, auf allen Ebenen erhob.

Für die Umsetzung der Vorgaben des Politbüros war in der Ukraine die Republikführung zuständig – diese befand sich mit Chruščev als Erstem Parteisekretär sowieso auf der Linie des Unions-ZK. Gleichzeitig kontrollierte Moskau aber auch direkt die ukrainischen Gebiete, bei denen die Hauptverantwortung für die praktische Durchführung des Wiederaufbaus lag. Stalin, der sich persönlich die Besetzung der Sekretäre der Gebietskomitees vorbehielt,[217] regierte in den Gebieten am Kiever ZK vorbei. Dabei setzte er seine Interessen durch, auch ohne die Regierung in Kiev einzubeziehen. Der regelmäßigen Berichterstattung aus den Gebieten, die durch deren Ersten Parteisekretär erfolgte, wurde in Kiev große Beachtung geschenkt, schon auch deshalb, weil diese nach Moskau geschickten Mitteilungen nicht nur den Zustand der Gebiete, sondern auch des Kiever ZK und seiner Durchsetzungskraft reflektierten.

In der Nachkriegszeit war das wichtigste Thema in den Berichten der erneute Landesaufbau und der wirtschaftliche Fortschritt. In der Regel achteten die Gebiets-Vertreter – zumeist verfassten die Sekretäre des Gebietskomitees die Berichte – auf

216 SUBKOWA Kaderpolitik und Säuberungen in der KPdSU, S. 238.

217 Ein Beispiel ist die Besetzung des Sekretärs des Gebietskomitees von Gor'kij 1940, das bei RIGBY Die Gebietssekretäre der RSFSR, S. 7–8, angeführt wird.

eine im Parteisinn ausgewogen und kritisch erscheinende Darstellung der Situation. Sie stellten viele positive neben wenige negative Entwicklungen und betonten als Quintessenz schon im Interesse der Erhaltung ihrer Position die Erfolge ihrer Arbeit. Dabei versuchte der Berichterstatter, ein „normales" sowjetisches Leben zu schildern, das seinen Gang gehe und dem Sowjetstaat zur Ehre gereiche, gleichzeitig hatte er durch eine – oft milde – Kritik an Versäumnissen seine „bolschewikische Wachsamkeit" zu demonstrieren. Eine solche Berichterstattung aus dem Gebiet Charkiv zeigt, dass man hier das Chaos des Krieges hinter sich gelassen hatte und den Aufbau des sozialistischen Staates voranbrachte. Der Sekretär des Gebietskomitees von Charkiv, Čuraev, entwarf im Juli 1944 zum Stand der Partei- und Propagandaarbeit ein positives Bild:[218] In „allen" Rajons würden „Parteiaktive" bestehen und Parteiversammlungen durchgeführt. In „allen" Kolchosen würden Beschlüsse über die Ernte und die Aufteilung der Arbeit getroffen; die Frühjahrsernte sei „überall" innerhalb weniger Tage erfolgt. An den *voskresniki*, den Sonntagen, an denen freiwillig Arbeit geleistet wurde, hätten 7.500 Personen teilgenommen. Die Rajonkomitees unternähmen „Anstrengungen", um die politische Massenarbeit zu verbessern. Die Arbeit der Rajonkomitees und der Jugendorganisationen sei durch den Komsomol „bedeutend" verbessert worden. Als besonders engagiert wird die Traktoristen-Kolchose „Zavety Il'iča" („Vermächtnis [Vladimir] Il'ič [Lenins]") im Ševčenkovskij rajon hervorgehoben, die täglich ihre Norm mit 160–170% übererfülle. Die Komsomol-Kolchose „Svobodnyj trud" („Freie Arbeit") habe zu Ehren des 25. Jubiläums des Komsomol einen „Komsomol-Pflug" organisiert. Ob das ZK allerdings an Einzelheiten wie den folgenden interessiert war, die ohne irgendeinen Informationswert keinerlei verallgemeinernde Schlüsse zuließen, ist zweifelhaft: Die Parteiorganisation des Dorfes „Dar Nadeždy" („Gabe der Hoffnung") im Cachnovščanskij rajon habe im Plenum den Beschluss gefasst, bis zum 1. Juni – der Bericht selbst wurde Ende Juli verfasst – das landwirtschaftliche Inventar zu reparieren, die Agitationsarbeit zu verstärken, systematisch Wandzeitungen zu publizieren, die Brache bis zum 26. Juni aufzuheben und dafür alle Einsatzkräfte der Kolchose zu mobilisieren. Der Sinn und Zweck dieser mikrokosmischen Einblicke bestand darin, dem ZK eine aktive, progressive und produktive Szenerie vorzuführen, und außerdem darin, der Berichtspflicht nachzukommen. Dass es auch Fehler und Versäumnisse im Gebiet gab, wurde zwar zugegeben, dies war aber lediglich Rhetorik, um sich den Anschein der Objektivität zu geben. Als ein solcher negativer Fall – einer von wenigen – wurde die Parteiorganisation eines Dorfs im Volčanskij rajon genannt, in der nur „unsystematisch und ohne Plan" gearbeitet werde und deren örtliche Kolchose nur eine schwache Propagandaarbeit leiste.

218 RGASPI 17-8-364, l. 29–39: Charkivs'kyj oblasnyj komitet KP(b)U. M. Charkiv. Zavedujuščemu organizacionno-instruktor otdelom ZK VKP7b/ tov. Šambergu. Partijnaja informacija o sostojanii organizacionnoj i partijno-massovoj raboty v Charkovskoj oblasti. [Gez.] Sekretar' Char'kovskogo obkoma KP/b/U V. Čuraev. 22. Juli 1944.

Trotz der euphemistischen Berichterstattung aus den Gebieten gelang es dem ZK in Kiev immer wieder, dort Verfehlungen aufzudecken. Die Verantwortlichen wurden in schwerwiegenden Fällen vor das ZK zitiert und mussten hier Rechenschaft ablegen. So fand am 9. Juli 1945 eine längere Sitzung des Politbüros statt, in der vier Vorgänge auf Gebiets-Ebene nacheinander diskutiert wurden, bei denen die Vernachlässigung der Parteiarbeit nachhaltig kritisiert wurde.[219] Auf der Tagesordnung standen das Gebietskomitee Charkiv, das Gebietskomitee Kirovohrad, die Gebietskomitees Volyn' und Ternopil' sowie die Stadt Lemberg. Letzterer wurde eine unzureichende Auseinandersetzung mit der „Intelligenz" vorgeworfen.[220] Somit waren sowohl ost- wie gleichermaßen (neue) westukrainische Partei- und Sowjetverbände Gegenstand der Kritik der Kiever Regierung, wenngleich die Ausgangspositionen nach dem Krieg in der West- und Ostukraine wenig Ähnlichkeit miteinander aufwiesen und die einzelnen Gebietskomitees mit jeweils anders gelagerten Schwierigkeiten zu kämpfen hatten. Dem Protokoll der Sitzung zufolge war das Aufgebot der Entscheidungsträger, der geladenen Redner und der Diskutanten beträchtlich, was die Bedeutung des Verhandlungsgegenstandes betont. Neben den Politbüro-Mitgliedern Chruščev, Korotčenko, Grečucha und Manuïl'skij waren weitere 41 ranghohe politische Vertreter ständig anwesend, darüber hinaus erschienen insgesamt 22 Sachverständige für die einzelnen Tagespunkte.

Die Protokolle sind identisch aufgebaut: Zuerst wurde ein Referat des jeweiligen Gebietskomitee-Sekretärs sowie des entsprechenden „Organisators der Organisationsabteilung am ZK" zur allgemeinen Lage des Gebiets gehalten, was dann vom Politbüro positiv bewertet wurde mit der stereotypen Floskel: „...das ZK erkennt an, dass die [jeweilige] Parteiorganisation bedeutende Erfolge bei der Errichtung der Industrie und Landwirtschaft sowie der kulturellen Institutionen erreicht hat." Mit dieser Feststellung konnte sich die Kiever Führung gegenüber Moskau gleichzeitig in ein günstiges Licht setzen. Dann jedoch, und dies stellte den größeren Teil der Beratung dar, stellte man „gravierende Fehler und Mängel" der Gebiets-Verwaltung fest, die präzise aufgeführt wurden, um nachfolgend Anweisungen zur Behebung anzuführen. Alle Sekretäre der Gebiets-Exekutivkomitees versuchten verständlicherweise, ihr Gebiet in einem positiven Licht erscheinen zu lassen, und kaprizierten sich daher auf einige positive Resultate ihrer Politik. Der Sekretär des Gebietskomitees Charkiv, der oben genannte Čuraev, der sein Gebiet genau ein Jahr zuvor

219 RGASPI 17-45-1977, l. 94–123: Protokol No. 67 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy (9. Juli 1945). (Enthält die vier Fälle Charkiv, Kirovohrad, Volyn'/Ternopil' sowie Lemberg.)

220 Die Intelligenz der Westukraine stand im Ruche, auch durch ihren Besuch von österreichisch-ungarischen, polnischen, deutschen und rumänischen Schulen ehedem weiter den Geiste der „bourgeoisen Ideologie" zu vertreten, ihre Rolle in der Sowjetunion nicht einnehmen zu wollen und sich dem staatlichen und kulturellen Aufbau der Sowjetunion zu widersetzen (SPR Nr. 32, hier S. 79). In ZK-Beschlüssen wurde wiederholt darauf hingewiesen, sie müsse vom Einfluss der „ukrainisch-deutschen und polnisch-nationalistischen Ideologie" befreit werden (vgl. Litopys UPA. Nova serija. Tom 2, S. 168–169).

in lobenden Worten gezeichnet hatte, verwies darauf, dass in die örtlichen Maschinenbaufabriken 283 Millionen Rubel investiert, aber Produkte für 302 Millionen Rubel hergestellt worden waren und dass alle 65 MTS, 2.029 Kolchosen und 115 Sowchosen renoviert worden seien. In Kirovohrad seien 1.717 Kolchosen, alle 64 MTS und 25 Sowchosen wiederaufgebaut worden, die eine durchschnittliche Ernte von 12,4 Zentner bei einer Planvorschrift von 9,2 Zentner erwirtschaftet hätten; ein Kraftwerk sei in Bau gegangen. Die Vertreter aus Volyn' und Ternopil' erklärten, sie hätten bedeutende Erfolge unter der Bevölkerung durch Propaganda erzielt. Der Sekretär des Gebietskomitees Lemberg betonte den besonders hohen Anteil der Intelligenz bei der Aufdeckung der aufrührerischen Aktionen der „ukrainischen und polnischen Nationalisten".

Prinzipiell erkannte das ZK an, dass in Teilbereichen Erfolge erzielt worden waren. Auf diese Weise wurde formell die politische Ehre der Sekretäre der Gebiets-Exekutivkomitees aufrechterhalten und sie wurden durch die folgende heftige Kritik nicht vollkommen demontiert, aber doch so gemaßregelt, dass sie weiterhin Kiev gegenüber loyal und sogar vorauseilend gehorsam sein mussten. Die Kritik lautete dann grundsätzlich, die Gebiete hätten die wichtigsten Teilbereiche des öffentlichen Lebens vernachlässigt: Der wirtschaftliche Aufbau werde nicht rasch genug vorangebracht, die Kolchosen und Betriebe seien zu wenig produktiv, die Parteiarbeit werde vernachlässigt und die Parteiorganisationen seien unvollständig besetzt. Das Gebietskomitee von Charkiv wurde ermahnt, für einen schnelleren Wiederaufbau der Industrieproduktion in vielen Branchen zu sorgen und die Atmosphäre der Selbstzufriedenheit, die sich nach dem Kriegsende eingestellt habe, durch eine beschleunigte Arbeitsmobilisierung auch von älteren und invaliden (!) Kriegsteilnehmern zu beenden. Außerdem seien – neben anderen Verfehlungen der Parteiarbeit – von den 20.235 Parteimitgliedern 5.469 an einer Weiterbildung in der marxistisch-leninistischen Theorie nicht interessiert. In Kirovohrad waren nur knapp 72% des Produktionsplanes für die Industrie erfüllt, in über 16% der Kolchosen und mancherorts sogar in 30% wurde das erforderliche Minimum an Arbeitstagen nicht erbracht. Die Parteiorganisationen waren mit nur 80 von nötigen 193 Instruktoren der Stadtkomitees und Rajonkomitees und nur 33 von 50 Instruktoren der Gebietskomitees personell unterbesetzt. Die Vertreter des Gebietsexekutiv-Komitees der westukrainischen Gebiete Volyn' und Ternopil' wurden angewiesen, den Bauern genauer zu erklären, wieso ihnen von der Sowjetmacht Land „übergeben" werde (dies war verklausuliert die Vorbereitung für die Kollektivierung und den Aufbau der Kolchoswirtschaft); auch sollten die bisher wenig systematische Massenpropaganda und die auf „niedrigem politischen Niveau stehenden" Zeitungen verbessert werden. Dem Lemberger Gebietskomitee wurde erklärt, es habe unter der Intelligenz die marxistisch-leninistische Weltanschauung noch nicht gänzlich durchgesetzt, ein Teil sei noch immer von der nationalistisch-ukrainischen Ideologie beeinflusst. Es würden zu wenige Vorträge über Geschichte, Philosophie, Literatur und Kunst sowie über die „führende Rolle der russischen Wissenschaft und Kultur" gehalten.

Insgesamt zeigt diese sehr ausführliche Politbüro-Sitzung, dass das Kiever ZK über die Schwachpunkte in den einzelnen Gebieten genau Bescheid wusste. Zwischen den „alten" und den „neuen" ukrainischen Gebieten wurde dabei nicht differenziert. Auch durch die positive Berichterstattung der Gebietskomitees ließ sich weder das ZK in Moskau noch jenes in Kiev in ihrem Urteil und in ihrer Verurteilung von Fehlern und Unzulänglichkeiten täuschen. Die Nachkriegssituation des Juli 1945 war jedenfalls keine Entschuldigung für auftretende Produktionsmängel oder andere Unzulänglichkeiten, im Gegenteil sollte allgemein die Bevölkerung wieder an „normale" Zeiten gewöhnt und zum Landes- und Parteiaufbau aufgerufen werden. Des Weiteren wurde der Druck, den die ukrainische Republikführung selbst aus Moskau erhielt, nach unten weitergegeben. Die ukrainischen Gebiete standen somit unter der doppelten Einflussnahme der Zentralkomitees in Kiev und Moskau, letzteres wiederum als oberstes Weisungsorgan.

Parallel zu dieser Machtausübung griff das ZK in Kiev nicht nur auf Gebiets-Ebene ein, sondern reagierte auch auf Verstöße in den Rajons, so dass diese sowohl von den Gebieten wie auch von der Republikführung koordiniert wurden. Beispielsweise wurden am 28. April 1945 in einem ZK-Beschluss „grobe Verletzungen der sowjetischen Gesetzlichkeit" im Rajon Javoriv, Gebiet Lemberg, zur Sprache gebracht.[221] Dazu stellte das ZK fest, dass der Erste Sekretär des Rajonkomitees von Javoriv, Ivašenko, nicht ausreichende Maßnahmen gegen die Verletzung der sowjetischen Gesetze durch einige NKVD-Mitarbeiter ergriffen hatte. Es sei keine Kontrolle über die Arbeit der Abteilungen von NKVD und NKGB erfolgt. Im Fadenkreuz stand der frühere Leiter des NKVD von Javoriv, Rudkovskij. Die „von ihm ausgehenden Signale des moralischen Verfalls" seien nicht erkannt worden. Das ZK forderte daher, das Lemberger Gebietskomitee sollte darüber wachen, dass die Partei- und Sowjet-Mitarbeiter, die Organe des NKVD und des NKGB sowie die Staatsanwaltschaft die Rechte der sowjetischen Bürger sorgfältiger schützten. Es solle einsehen, dass jede Art ihrer Verletzung die allgemeine Verwirrung durch die Volksfeinde, die „ukrainisch-deutschen Nationalisten", verstärke und den Kampf gegen sie schwäche. Als Strafe erhielten der Erste Sekretär des Rajonkomitees, sein Stellvertreter und weitere Angestellte eine Rüge.

Als Berufungsinstanz wirkte das Kiever ZK auch im Falle des unrechtmäßigen Vorgehens des Sekretärs eines Rajonkomitees im Gebiet Vinnycja, der einen invaliden Kolchosarbeiter aus seiner Wohnung vertrieben und ihm sein persönliches Eigentum abgenommen hatte. In anderen Rajons erhielten Kolchosarbeiter, die nicht zur Arbeit erschienen waren, unverhältnismäßig hohe Strafen durch die Kolchosverwaltungen. Erst ein ZK-Beschluss verschaffte den Geschädigten Hilfe und be-

221 CDAHOU 1-6-814, ark. 57–59: Protokol No. 65 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy (16.–30. Juni 1945), 86-op. (28. Juni 1946): O rešenii L'vovskogo obkoma KP/b/U ot 28 aprelja 1945 goda „O grubejšich izvraščenijach sovetskoj zakonnosti v Javorskom rajone".

strafte die Verantwortlichen für die Übertretung ihrer Befugnisse.[222] Hieran zeigte sich die Möglichkeit des Zugriffes durch das ZK bis auf die unterste Verwaltungsebene, die Dorfsowjets, und sogar bis in einzelne Kolchosen hinein. Unterstützt durch den Einsatz des NKVD, konnten die Befehle, die von der Staatsspitze – Moskau – ausgingen, in der Nachkriegszeit in der Ukraine somit wirkungsvoll durchgesetzt werden. Der Krieg und die Besetzung hatten diese Praxis nur kurzzeitig unterbrochen.

Die Konkurrenz nebengeordneter Organe

Die sowjetische Herrschaft besaß zu keinem Zeitpunkt eine monolitisch-einheitliche, streng hierarchisierte innere Struktur. Zwar war der gesamte Partei- und Verwaltungs-Apparat auf die Spitze ausgerichtet, Stalin war spätestens seit Ende der dreißiger Jahre als Führungsfigur aller leitenden Organe der Sowjetregierung uneingeschränkter Herrscher über Politik, Heer und Verwaltung. Allerdings versuchten auch auf der zweiten Ebene und auf allen anderen Ebenen darunter einzelne Führungspersonen, Ministerien und Abteilungen, ihre eigenen Ansprüche und Interessen meist auf Kosten anderer durchzusetzen, wenngleich dies nach außen hin, falls überhaupt etwas nach außen drang, immer unter der Fahne des Sozialismus und mit Berufung auf kommunistische Ziele geschah. Felder solcher Rivalitäten ergaben sich immer in Territorien, in denen sich die staatliche Macht erst etablieren musste und sie noch keine festen Strukturen errichten konnte, in denen die Kompetenzverteilung noch nicht klar war und in denen noch die Chance bestand, die zugeteilte Machtposition zum eigenen Nutzen zu verwenden. Ein solcher Kristallisationspunkt politischer Interessen fand sich nach dem Zweiten Weltkrieg in der Westukraine, wo die Aufteilung der Herrschaft zwischen den einzelnen Ministerien noch nicht geklärt war. Die hier stationierten Repräsentanten der Staatsmacht hatten zwar die Aufgabe, das Gebiet zu sowjetisieren, gleichzeitig verfolgten sie aber die Absicht, ihre eigene Position zu stärken und die örtlichen Gegebenheiten für sich auszunutzen.[223] Dies geschah planvoll, in der vollen Absicht, aber auch aus der sich bietenden Gelegenheit heraus. Begünstigend für eine solche Entwicklung wirkte die hohe Anzahl und Diversität der politischen Vertreter. Zu ihnen gehörten die normale Sowjetverwaltung (Gebiets-, Rajon- und Stadtkomitee-Verwaltungen), die Angehörigen der Armee sowie die zivilen und militärischen Mitarbeiter von NKVD und NKGB. Neben der großen Ansammlung von militärischem Personal förderte die von Gewalt ge-

222 CDAHOU 1-6-908, ark. 12–16: Protokol No. 84 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy, 34-op. (1. Februar 1946): O narušenijach socialističeskoj zakonnosti v kolchozach Kirovogradskoj, Zaporožskoj i Vinnickoj oblastej.

223 Eine ähnliche Parallelität der Verteilung von Machtbefugnissen wird auch bei der Partisanenbewegung in den besetzten sowjetischen Gebieten während des Krieges festgestellt, wo die Partei, die Rote Armee und der NKVD Kommandostrukturen errichteten und die Herrschaft über die Partisanen jeweils für sich beanspruchten (SLEPYAN "The people's avengers", S. 57).

prägte soziale Atmosphäre und die Entfernung zu Moskau das Konkurrenzdenken der einzelnen Organe untereinander.

Kompetenzüberschreitungen und daraus resultierende innerbehördliche Auseinandersetzungen fanden auf allen Ebenen in Partei und Verwaltung statt. Gemeinsam war ihnen, dass dies in der Regel an der zivilen Bevölkerung ausging, die sich kaum zur Wehr setzen konnte, weil sie sich sonst den Vorwurf der „antisowjetischen Tätigkeit" einhandelte. Dennoch wurden Fälle, in denen die Bevölkerung willkürlich behandelt wurde, gerichtlich verfolgt, weil sie durch die Behörden selbst angezeigt wurden. Die Anklage lautete dabei oftmals stereotyp „Verbrechen gegen die sowjetische Gesetzlichkeit"; der in dieser Formulierung liegende immanente Vorwurf lautete, und dies war den sowjetischen Gesetzen grundsätzlich eigen, dass die überführten Verbrecher in erster Linie gegen das Sowjetsystem verstoßen hatten und erst an zweiter Stelle gegen Leben oder Eigentum anderer.

Eine der internen Frontstellungen sowjetischer Behörden verlief in der Westukraine zwischen dem NKVD und den regulären Truppen der Roten Armee, sichtbar an den Klagen des ersteren gegen letztere, die bei der nächsthöheren Instanz, dem ZK in Kiev, vorgebracht wurden. 1945 meldete der Leiter des ukrainischen NKVD Rjasnoj eine auffällige Häufung von Fällen „unmoralischen und verbrecherischen Verhaltens", die Militärangehörigen vor allem in dörflichen Gegenden zur Last gelegt wurden.[224] Die Verantwortung wurde dem Kommando der Lemberger Truppen und der Karpaten-Ukraine angelastet, welche die nötige Ordnung nicht herstellen konnten.[225] Die Delikte waren keineswegs geringfügig, denn darunter fielen Diebstähle, Raub, Plünderungen, Vergewaltigungen und Mord. Der Umstand, dass Zivilpersonen zu Schaden gekommen waren, wurde allerdings weniger bedauert als die Tatsache, dass die Vorgänge insbesondere von „antisowjetischen Elementen" gezielt gegen die sowjetische Herrschaft „missbraucht" würden. Damit war gemeint, dass die ukrainischen „Nationalisten" dadurch Argumente bekamen, um die Bevölkerung gegen die Sowjetisierung aufzubringen. Eine unvollständige Statistik für die Westukraine im Jahr 1945 gab an, von 1.109 Verbrechen aller Art (darunter Mord, illegale Verhaftungen, Prügel und Raub) seien 696 von NKVD- und NKGB-

224 CDAHOU 1-23-3905, ark. 1–7: Narodnyj komissariat vnutrennich del Ukrainskoj SSR sekretarju central'nogo komiteta KP/b/U tovarišču Chruščevu N. S. [Gez.] Narodnyj komissar Vnutrennich Del USSR General-Lejtenant Rjasnoj. 24. August 1945. Vgl. auch bei ŠAPOVAL Chruščev i Zapadnaja Ukraina, S. 85.

225 Djilas beobachte in Jugoslawien ebenfalls eine Reihe von Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung durch die sowjetischen Truppen. Verantwortlich dafür sei „die gleichgültige, um nicht zu sagen wohlwollende Einstellung der Sowjetführer und sowjetischen Kommandostellen zum Verbrechen, wie sie sich in ihrer Weigerung offenbarte, es anzuerkennen, und in den Protesten, die sie erhoben, wann immer man ihnen davon Mitteilung machte." (DJILAS Gespräche mit Stalin, S. 118). Stalin habe Vergewaltigungen und Diebstähle durch sowjetische Soldaten mit den Worten verteidigt, dass man verstehen könne, wenn ein Soldat, der Tausende von Kilometern durch Feuer und Tod gegangen sei, an einer Frau seine Freude habe und eine Kleinigkeit mitgehen ließe (ebenda, S. 123).

Mitarbeitern und von Angehörigen der Truppen begangen worden.[226] Chruščev engagierte sich in dieser Frage nicht übermäßig und ordnete lediglich an, es sollten Maßnahmen dagegen ergriffen werden.[227] Erfolg hatte dies freilich wenig. Während der Monate von April bis Juli 1946 waren in den westukrainischen Gebieten 203 Gesetzesverstöße registriert worden, die Angaben für die Monate von August bis November 1946 lauteten folgendermaßen:[228]

Anzahl der Verstöße:	193	
davon durch NKVD/MVD-Angehörige:	123	
davon durch NKGB/MGB-Angehörige:	64	
davon durch Truppen:	6	
Die Delikte waren:		
illegale Untersuchungsmethoden	76	(38,7%)
illegale Durchsuchungen und Diebstahl	34	(17,3%)
Erschießungen und Verletzungen	18	(9,3%)
Raub und Vergewaltigung	9	(4,7%)
Brandstiftung	5	(3,6%)
andere	51	(26,4%)

Allein im ersten Quartal des Jahres 1946 wurden von den Justizorganen in der Westukraine 51 Fälle behandelt und 71 Personen verurteilt.[229] Im folgenden Quartal wurden 133 Delikte verfolgt und 187 Beteiligte verurteilt.[230] 27 von ihnen gehörten dem NKVD an, die übrigen dem NKGB und den Truppen des NKVD. Der Anteil der Offiziere war mit 58 relativ hoch, 18 kamen aus dem Feldwebelstand, die übrigen 111 aus den Mannschaftsrängen. Die Arten der Vergehen waren weit gestreut: Sie reichten von Brandstiftung (drei Fälle), über ungesetzliche Zurückhaltungen und Durchsuchungen (15), Diebstahl (zehn) bis zu Plünderungen, mutwilligen Zerstörungen und Vergewaltigungen (72), zu Erschießungen und Körperverletzungen (44). Weitere 43 Vergehen wurden nicht näher bezeichnet. Die 133 vorgebrachten

226 Litopys UPA. Nova serija. Tom 5, S. 70–79, hier S. 72. Erfasst wurden die Gebiete Izmaïl, Černivci, Rivne, Volyn' für das ganze Jahr 1945 und die Gebiete Stanislav und Drohobyč für November und Dezember 1941.

227 CDAHOU 1-23-3905, ark. 8: Komandujuščemu vojskami Char'kovskogo voennogo okruga Generalu Armii Tjulenevu. [Gez.] N. Chruščev. 27. August 1945. Diese Anordnungen wurden an die Kommandierenden der Militärbezirke Charkiv, der Karpaten-Ukraine, von Odessa Kiev und Lemberg geschickt (ebenda, ark. 10–13).

228 Litopys UPA. Nova serija. Tom 5, S. 262–268, hier S. 263

229 CDAHOU 1-23-3645, ark. 13–24: Obzor po delam o narušenii sovetskoj zakonnosti v zapadnych oblastjach U.S.S.R. za 1-j kvartal 1946 goda. [O. O., o. D.]

230 CDAHOU 1-23-3645, ark. 3–11: Obzor po delam narušenii sovetskoj zakonnosti voennoslužaščimi vojsk MVD i rabotnikami organov MVD i MGB za 2 kvartal 1946 v zapadnych oblastjach USSR. [Gez.] Predsedatel' voennogo tribunala V/MVD Ukrainskogo okruga – polkovnik Justicii Sytenko. [Am 29. August 1946 an Korotčenko abgeschickt].

Fälle wurden von einem Kriegstribunal verhandelt. Die Strafmittel bestanden in der großen Mehrheit in Freiheitsentzug von bis zu zehn Jahren: bis zu zwei Jahren Gefängnis wurden zwei Angeklagte verurteilt, acht erhielten drei bis vier Jahre, 115 fünf bis neun Jahre und 43 bis zu zehn Jahre. Einem NKVD-Angehörigen, der im betrunkenen Zustand im Gebiet Rivne einem Siebzigjährigen in den Kopf schoss, wurde für zehn Jahre die Freiheit entzogen, ein Milizionär im Gebiet Ternopil' bekam dasselbe Strafmaß, weil er einen Bürger, von dem er erfolglos Wodka verlangte, erschossen hatte. Weitere zwei Angeklagte erhielten eine Bewährungsstrafe, vier eine Disziplinarstrafe und zehn sogar die Todesstrafe, darunter zwei NKVD-Angehörige aus dem Gebiet Ternopil', die betrunken von einem Zivilisten Wodka gefordert hatten, ihn zusammengeschlagen, dessen Frau angeschossen und eine weitere Frau vergewaltigt hatten.

Die durch NKVD-Angehörige in der Westukraine begangenen Vergehen gegen die „sowjetische Gesetzlichkeit" wurden Chruščev über Jahre hinweg gemeldet; sie provozierten eine ebenso lange Konfrontation zwischen der ukrainischen Staatsanwaltschaft und dem sowjetischen Ministerium für Staatssicherheit. So brannten Operativgruppen des NKVD die Häuser von Zivilisten ab, töteten Personen und schädigten sogar die Familien von Armeeangehörigen.[231] Noch 1949 wurde Chruščev über die „grobe Verletzung der sozialistischen Gesetzlichkeit" durch die Spezialtruppen des MGB informiert, von denen insbesondere die Zivilbevölkerung betroffen war.[232] Dieser Streit war nicht in erster Linie eine Auseinandersetzung um die Sachangelegenheit, sondern mehr noch ging es um die Kompetenzen und den Machtvorrang in der Westukraine. Dabei ließ es sich die Staatsanwaltschaft nicht nehmen, immer wieder – auch zur eigenen Rechtfertigung – darauf hinzuweisen, dass durch diese kriminellen Handlungen das Ansehen der Sowjetmacht beschädigt und das Vorgehen gegen die UPA erschwert werde.

Auch das ZK in Kiev befasste sich mit den Vorwürfen ungesetzlichen Verhaltens. Es forderte in einer Anordnung vom 21. März 1945 die Aufklärung von „Fakten grober Verletzung der sowjetischen Gesetze in den westlichen Gebieten der USSR". Das Ergebnis wurde im Juli 1945 dem ZK-Sekretär in einem 19seitigen Bericht vorgelegt.[233] Dieser stellte fest, dass die Organe des NKVD, des NKGB, die Grenztruppen und die Inneren Truppen des NKVD eine Reihe von Verletzungen der sowjetischen Gesetzlichkeit begangen hatten, darunter Morde, Körperverletzung, ungesetzliche Verhaftungen, Brandstiftung, bewaffnete Überfälle und Diebstahl. So wurden im Gebiet Stanislav 68 Angehörige der Organe und der Truppen des NKVD innerhalb von fünf Monaten des Jahres 1945 strafrechtlich zur Verantwortung gezogen. Im Gebiet Drohobyč wurden im selben Zeitraum 35 Personen strafrechtlich

231 Vgl. beispielsweise den Bericht in: Litopys UPA. Nova serija. Tom 2, S. 133–136.

232 BILAS Represyvno-karal'na systema v Ukraïni, Kn. 1, S. 174.

233 CDAHOU 1-23-2410, ark. 117–136: Sekretarju CK KP/b/U Tovarišču Kiričenko A. I. Dokladnaja zapiska. [Gez.] Člen soveta pomošči zapadnym oblastjam Ukrainy Strokač. L'vov, 6. Juli 1945.

und 85 Personen disziplinarisch verfolgt.[234] Eine solche Tendenz war in allen Gebieten der Westukraine sichtbar. Viele der Verbrechen ließen auf ein erhöhtes Gewaltpotential der Täter schließen: NKVD-Mitarbeiter hatten bei einem Überfall in einem Dorf Lebensmittel und andere Dinge erbeutet, ein anderer NKVD-Angestellter hatte in betrunkenem Zustand das Feuer auf einen Festzug eröffnet und damit den Tod eines Teilnehmers und die Verletzung eines weiteren Teilnehmers verursacht. Angehörige eines Jagdbataillons hatten grundlos Häuser in Brand gesteckt und einige Tage darauf einen Lehrer auf offener Straße erschossen. Auch brutale Verhörmethoden kamen zur Sprache. In einem Fall wurden zwei Frauen geschlagen und vergewaltigt, eine Schwangere wurde mit Fäusten in den Bauch traktiert. Der Mörder eines Postboten wurde zu sieben Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Ein Räuber, der mit vorgehaltener Waffe von einem Polen 1.100 Rubel sowie einen Liter Alkohol erpresste, wurde zu acht Jahren verurteilt, sein Komplize zu sechs Jahren. Oft wird erwähnt, dass Verbrechen unter Alkoholeinfluss ausgeführt wurden. Die Täter selbst kamen aus allen Rängen, angefangen vom einfachen Soldaten bis hin zum Revierbevollmächtigen des NKGB und zum Inspektor der Versorgungsgruppe der Milizleitung der Stadt Lemberg. Alle wurden einem Kriegstribunal übergeben, zuständig waren die Genossengerichte der Roten Armee, die Gerichte des Feldwebel- und Offiziersstabes und die Gerichte des Ehrenoffiziersstabes. Der Volkskommissar für Innere Angelegenheiten der USSR wies die NKVD-Leiter der Gebiete an, auf strengere Strafen für Rechtsverletzungen zu achten. Ferner wurden qualifizierte Untersuchungsrichter für eine Frist von zwei Monaten aus den östlichen Gebieten in den Westen abkommandiert und in jedem Gebiet Angestellte aus anderen Abteilungen für die Beschleunigung der Untersuchungen abgestellt. Auf diese Weise waren zu dieser Zeit 66 Personen in den westlichen Gebieten der Ukraine eingesetzt, die Rechtsüberschreitungen klären und verfolgen sollten.

Ein Fall von Bereicherung durch staatliche Beamte kam bis vor Berija und hatte die Einschaltung des Kiever Ministerrates zur Folge. Der Erste Sekretär des Rajonkomitees von Deražjansk (Gebiet Rivne) hatte ausnahmslos alle arbeitsfähigen Bewohner samt Mütter von Säuglingen zum Brennholzsammeln herangezogen und mit Unterstützung des Rajon-Staatsanwaltes ohne rechtliche Grundlage Privatbesitz von Bauern wie Uhren und Anzüge konfisziert. Eine in den Kreml' geschickte anonyme Mitteilung über diese Missstände zog die Einsetzung einer speziellen Kommission zur Klärung der Fakten nach sich.[235] Diese wurde aufgrund eines ZK-Beschlusses vom 29. November 1945 gebildet. Zu ihren Mitgliedern gehörte unter anderem ein Staatsanwalt der Untersuchungsabteilung der Staatsanwaltschaft der USSR.[236] Die Kommission kam zu dem Schluss, dass die geäußerten Vorwürfe teils zu Recht, teils zu Unrecht erhoben worden waren. Es sei tatsächlich „früher" vorgekommen, dass

234 Ebenda, ark. 118.

235 CDAHOU 1-23-2410, ark. 280–282: Moskva-Kreml', tov. Berija. [O. D.]

236 CDAHOU 1-23-2410, ark. 285–286: Moskva, NKVD SSSR tovarišču Berija L. P. [Gez.] Sekretar' CK KP/b/U, N. S. Chruščev.

bei der Organisierung der Kolchosen das Prinzip des freiwilligen Beitritts verletzt, Drohungen und Einschüchterungsversuche sowie Marodierungen seitens kämpfender Bataillone und einzelner Arbeiter zugelassen worden waren, aber darauf hätten die Rajonkomitees entsprechend reagiert. So sei am 8. April 1945 der frühere stellvertretende Vorsitzende des Rajon-Exekutivkomitees wegen Aneignung von Eigentum, das bei „Banditen" konfisziert worden war, aus der Partei ausgeschlossen und vor Gericht gestellt worden. Weitere Klagen, die vorgebracht worden waren, so die ungesetzliche Mobilisierung von Arbeitskräften für Waldarbeiten, das Verprügeln von Bauern, Brandstiftung, Beschlagnahmung von Eigentum und Vieh der Bauern, hätten sich – laut dem Bericht – nicht bestätigt.

1.2.3 Die Überwachung der Bevölkerung: Informationsbeschaffung und -auswertung

Die Sowjetmacht war zu allen Zeiten daran interessiert zu erfahren, wie ihre Politik und einzelne Ereignisse von der Bevölkerung aufgenommen wurden. Die These, dass die sowjetischen Spitzenfunktionäre zur Zeit Stalins auf die Meinung der Bevölkerung in der Regel keine Rücksicht nahmen,[237] traf weder in der unmittelbaren Nachkriegszeit noch zu einer anderen Zeit zu. Vielmehr wurde ihre Meinung bewusst flächendeckend gesammelt, um daraus Erkenntnisse über das weitere Vorgehen zu ziehen. Durch das permanente Einholen von Individualmeinungen versuchte die Regierung, sich ein Bild über die allgemeine Stimmung im Land anlässlich eines bestimmten Ereignisses zu verschaffen. Die Informationserhebung erfolgte auf informellem Wege. Dafür wurden NKVD-Mitarbeiter auf die Straßen und unter die Leute geschickt, um deren Ansichten zu bestimmten Themen sowie Stimmungen und Gerüchte einzufangen. Während des Krieges trat diese Informationstätigkeit etwas in den Hintergrund, danach erhielt sie wieder Bedeutung, da die Staatsmacht noch nicht sicher davon ausgehen konnte, die volle Kontrolle über die Bevölkerung wiederhergestellt zu haben. Als allgemeine Erwartungen der Bevölkerung zu dieser Zeit wurden die Religions- und Gedankenfreiheit, eine Verringerung der Arbeitsbelastung, höhere Nahrungsmittelrationen, das Ende der Kollektivbetriebe und die Legalisierung des privaten Handels herausgefiltert.[238]

Die zuständigen Stellen waren eher an Inhalt und Sachaussagen der Spitzelberichte interessiert, als daran, einzelne Bürger, die eine nicht-parteiloyale Meinung geäußert hatten, dingfest zu machen. Es stand im Vordergrund zu erfahren, welche Schritte welche Wirkung hervorgerufen hatten, um dadurch eine eventuelle taktische Änderung der Politik oder – zumeist – verstärkte Propagandamaßnahmen einzuleiten. Ein Beleg dafür, dass es um den Inhalt der Aussagen und nicht um die zitierte Person ging, ist darin zu sehen, dass oftmals die Namen der Sprecher nur an-

237 SCHAPIRO Partei und Staat in der Sowjetunion, S. 89.
238 ZUBKOVA Stalin i obščestvennoe mnenie, S. 276–280.

gedeutet werden. Auch werden diese nur kurz über ihre Alters- und/oder Berufsangabe charakterisiert. Es kommt auch vor, dass die zitierten Sprecher überhaupt nicht genannt werden, und dass nur eine Reihung von Fragen oder Aussagen aufgelistet wird.

Eine weitere Möglichkeit, Informationen einzuholen, bestand darin, die Sowjetbürger zu Denunziationen zu veranlassen.[239] Einer Bestimmung des Strafgesetzes der RSFSR, den Artikeln 58-1c, 58-1d und 58-12, zufolge waren sie zur Anzeige von „Verrat" bzw. „Konterrevolutionärer Tätigkeit" bei einer Haftstrafe von zwischen sechs Monaten und zehn Jahren sogar verpflichtet. So bezichtigten während der Kollektivierung Millionen von Denunzianten Mitbürger „der bürgerlichen Abstammung [...] oder des Kontakts zu Konterrevolutionären" aus niedrigen Motiven wie „Neid um Posten oder Privilegien, Rache für erlittene Kränkungen". Zudem musste, „wer auf bestimmten Posten saß, [...] von scheinbar belanglosen Vorfällen Meldungen machen, weil er sonst selbst Gefahr lief, wegen der Vertuschung ‚konterrevolutionärer Akte' belangt zu werden".[240] Dazu wurden Denunziationen zu allen Zeiten von der sowjetischen Bevölkerung genutzt, um sich unliebsamer Konkurrenten zu entledigen.[241] Sie waren ein Mittel für die breite, politisch nicht partizipierende Masse, eine gewisse Macht auszuüben.[242] Denunziation als Form der Komplizenschaft der Bevölkerung mit dem stalinistischen System trug wesentlich zur Förderung der staatlichen Willkür bei.[243]

Diese Mechanismen funktionierten auch nach dem Zweiten Weltkrieg. Zur Meldung von Verdächtigen wurden spezielle rote Briefkästen des NKVD aufgestellt;[244] die Untersuchungen wurden vom NKGB vorgenommen.[245] Jeder konnte jeden anzeigen, wenn er ihn für verdächtig hielt, wenn er ihm persönlich im Weg stand oder

239 Über die Informationsbeschaffung des sowjetischen Geheimdienstes vgl. weiter GRIGORIEV Investigative Methods of the Secret Police.

240 STEPHAN MERL Kollektivierung und Bauernvernichtung, in: GEYER (Hrsg.), Die Umwertung der sowjetischen Geschichte, S. 103–132, hier S. 108.

241 Dies geschah beispielsweise bei Leningrader und Moskauer Theatern, an denen notorisch anonyme Anzeigen gestellt wurden (FITZPATRICK Signals from Below, S. 109), bei unliebsamen Wohnungsnachbarn, Ehepartnern, Vorgesetzten und ähnlichen Konkurrenten (JEWGENIJA ALBAZ Geheimimperium KGB. Totengräber der Sowjetunion. München 1992; S. 79; hier wird geschätzt, jeder zweite Erwachsene habe in irgendeiner Weise mit dem NKVD zusammengearbeitet).

242 FITZPATRICK Signals from Below, S. 120.

243 JÖRG BABEROWSKI „Die Verfasser von Erklärungen jagen den Parteiführern einen Schrecken ein": Denunziation und Terror in der stalinistischen Sowjetunion 1928–1941, in: FRISO ROSS, ACHIM LANDWEHR (Hrsg.), Denunziation und Justiz. Historische Dimensionen eines sozialen Phänomens. Tübingen 2000, S. 165–197.

244 So beobachtet von WERTH Rußland im Krieg, S. 420, in Charkiv; für diese Stadt auch erwähnt bei GRIGORIEV Investigative Methods of the Secret Police, S. 195. Üblicherweise befanden sich solche Briefkästen bei den Eingängen zu den Gebäuden von NKGB und NKVD (KOZLOV Denunciation and Its Functions in Soviet Governance, S. 148).

245 Ebenda, S. 125.

wenn er sich im vorauseilenden Gehorsam selbst schützen wollte. Angezeigt wurde alles: von Trunksucht und Ehebruch bis zu Korruption, Bestechung und Aneignung von staatlichem Eigentum; die Art der Eingaben nach dem Krieg hatte sich nicht geändert seit der Zeit vor dem Krieg.[246] Der Manipulation war damit Tür und Tor geöffnet; der Zersplitterung der Gesellschaft wurde weiter Vorschub geleistet. Jeder stand in Gefahr, sich dem Misstrauen seines Nachbarn auszuliefern und dafür staatliche Verfolgung zu erleiden; andere entledigten sich dadurch ihrer Konkurrenten oder rächten sich für alte Streitigkeiten.[247] Unsicherheit, Angst und der Rückzug in die private Umgebung waren die Folge, was aber keinen wirkungsvollen Schutz darstellte.

Exposés über die allgemeine Meinung der Sowjetbürger wurden nicht wahllos angelegt, sondern immer dann, wenn sie erforderlich waren. Beispielsweise wurden die Reaktionen der Bevölkerung auf die Hauptereignisse des Krieges überprüft, genauso wie ihre Haltung gegenüber Deutschland und Hitler, die Wirkung der Auflösung der Komintern 1943, die allgemeine Einstellung zu den Kollektivwirtschaften, die Haltung der Sowjetbevölkerung zu den Wahlen zum Obersten Sowjet im Februar 1946,[248] zu den Deportationen der Familien von UPA-Mitgliedern in der Westukraine,[249] zur Verlängerung des Bezugskartensystems[250] und ähnliches. Vor allem politische Großereignisse also wurden in ihrer Wirkung verfolgt.

Zur Informationspolitik des sowjetischen Systems gehörte die gezielte Desinformation der Bevölkerung, die über viele Ereignisse während des Krieges und danach aus den Medien nichts, nur vage Andeutungen oder falsche Informationen erhielt. Dazu zählte neben wichtigen politischen Vorgängen wie den Prozessen innerhalb des GOKO (dem während des Krieges faktisch regierenden Organ) und des Politbüros auch die militärische Lage. So betonte Stalin in einer Rede kurz nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion, am 3. Juli 1941, die besten Divisionen des Feindes und die besten Teile seiner Luftwaffe seien schon zerschmettert und hätten auf den Schlachtfeldern ihr Grab gefunden,[251] während die Rote Armee aber gleichzeitig auf dem Rückzug war.[252] Auch über die Bedenken, Zweifel und Hoffnungen der Sowjetbürger informierten sich die Überwachungsorgane. Dazu gehörten in erster Linie in Zusammenhang mit militärischen Ereignissen stehende Fragen, wie beispielsweise, ob die Sowjetunion nicht den Verbündeten im Krieg gegen Japan hel-

246 Ebenda, S. 123, 125.

247 Bei WEINER Making sense of war, S. 186, Beispiele solcher Denunziationen aus persönlichen Rachemotiven.

248 BORDIUGOV The Popular Mood in the Unoccupied Soviet Union, S. 57–58.

249 BURDS Gender and policing in Soviet West Ukraine, S. 295, Anm. 50.

250 DACHO p2-2-10/7, ark. 6–6ob.: O otzyvach trudjaščichsja po rešeniju Prezidiuma Verchovnogo Soveta Sojuza SSR o prodlenii kartočkoj sistemy na chleb do 1947 g.

251 J. W. Stalin. Reden, Ansprachen, Tagesbefehle, S. 71–76: Rede, gehalten am 3. Juli 1941, hier S. 71. Abdruck auch in: LIEBER, RUFFMANN (Hrsg.), Der Sowjetkommunismus, Band 1, S. 401–402.

252 HAHN Postwar Soviet Politics, S. 42–43.

fen müsse und wann die Soldaten der Roten Armee entlassen würden, aber auch die Rückkehr des Alltags: Die Bevölkerung wollte wissen, wann die in andere Städte verschickten Arbeiter zurückkehren könnten, wann das Lebensmittelkartensystem aufgehoben und ob die tägliche Arbeitszeit nun verkürzt werde. In Zusammenhang mit Deutschland interessierte sie, welche Regierung das Land jetzt führe, ob es Entschädigungsleistungen für den angerichteten Schaden entrichten müsse, wo sich Hitler derzeit verstecke und wo und durch wen er verurteilt werde.[253] Die Frage der Wiedergutmachung wurde einige Monate nach Kriegsende konkreter gestellt: Wie hoch werde sich die von Deutschland zu leistende Summe belaufen, die auf der Berliner Konferenz ausgehandelt wurde? Wieso würden so wenig deutsche Kriegsgefangene auf dem Gebiet der Sowjetunion zu Wiederherstellungsarbeiten herangezogen?[254]

Eine Folge des Verschweigens von Informationen in den gesteuerten Massenmedien war, dass Gerüchte eine große Bedeutung erhielten. Oft besaßen sie ein mehr oder weniger großes Körnchen Wahrheit. Gerüchte waren deshalb für die sowjetischen Organe bedeutsam, weil sie die während des Krieges ohnehin instabile öffentliche Sicherheit gefährden konnten. Die Verbreitung irreführender Gerüchte, durch welche die Bevölkerung in Aufregung versetzt wurden, konnte daher, so ein Beschluss des Präsidiums des Obersten Sowjet der UdSSR, mit Haftstrafen von zwei bis fünf Jahren geahndet werden.[255] Im Juli 1941 kam es in Leningrad zu Verhaftungen und sogar zu Exekutionen von Sowjetbürgern, weil sie Gerüchte weitergegeben hatten.[256] Gerüchte wurden aber auch gezielt eingesetzt und forciert, um die politische Situation im Sinn der Sowjetregierung zu manipulieren. Beispielsweise wurden nach dem Abdruck der Fulton-Rede Churchills und ihrer Interpretation in der „Pravda" landesweit Panikreaktionen der Bevölkerung gemeldet. Aus Angst vor einem neuen Krieg stürmten die Bürger die Läden zu Hamsterkäufen, die Preise für Lebensmittel verdoppelten und verdreifachten sich. In einem Interview in der „Pravda" einige Tage später versuchte nun Stalin keineswegs, die Lage zu beruhigen, sondern hielt immanent das Bild der drohenden Kriegsgefahr aufrecht. Wie in den Vorkriegsjahren sollte die Bevölkerung in dieser Spannung leben.[257] So nahm sie eher Abstand davon, auf eine Verbesserung der Verhältnisse zu hoffen und zu drängen, und war sogar entschlossener, neue Opfer für den Staat zu bringen.

253 DAChO 2-2-705, ark. 54–57: Partijnaja informacija ob otklikach i nastroenijach trudjaščichsja Char'kovskoj oblasti v svjazi s okončaniem Velikoj Otečestvennoj vojny. 2. Juni 1945, hier ark. 57.

254 DAChO 2-2-705, ark. 16–17ob: Informacija ob otzyvach trudjaščichsja Char'kovskoj oblasti na doklad tov. Molotova ot 6 nojabrja 1945 goda. Peredano v CK KP/b/U po telefonu. 15. November 1945. Hier ark. 16.

255 K. B. TOMAN Dni velikich bedstvij v soznanii sovremennikov, in: AFANAS'EV Drugaja vojna, S. 296–312, hier S. 302.

256 BARBER, HARRISON The Soviet Home Front, S. 66.

257 ZUBKOVA Stalin i obščestvennoe mnenie v SSSR, S. 282; WOLKOGONOW Stalin, S. 689.

Besonders groß war nach dem Krieg das Informationsbedürfnis bezüglich der neuen sowjetischen Gebiete in der Westukraine. Hier lassen sich weitere Züge der sowjetischen Informationspolitik beobachten. Exemplarisch herausgegriffen wird die Überwachung der Reaktionen der Westukrainer auf die gewaltsame Auflösung der unierten Kirche in Lemberg, als die Bespitzelung der Bevölkerung durch NKVD-Agenten einen Höhepunkt erlebte. Deren Berichte über die „Reaktionen der Bevölkerung des Lemberger Gebiets in Bezug auf den Übertritt der unierten Religion zur Orthodoxie" und über die „feindliche Haltung der Unierten" wurden durch den Sekretär des Lemberger Gebiets-Komitees I. Mazepa an Chruščev, Litvinov und den Sekretär des ZK für die westlichen Gebiete der Ukraine, Stojancev, nach Kiev gesandt. In vielen darin enthaltenen Zitaten brachten Bauern, Vertreter der Intelligenz und Arbeiter ihre Zufriedenheit mit dem Übertritt zum Ausdruck.[258] Der sowjetischen Interpretation zufolge hieß dies, die Liquidierung der unierten Kirche finde breite Zustimmung; der Schluss aber, dass die Bevölkerung sich aus Angst vor Bestrafung nicht öffentlich dagegen aussprach, wurde nicht gezogen.

Ab der offiziellen Auflösung in einer „Pseudosynode" 1946 in Lemberg[259] wurden die Reaktionen der Bevölkerung besonders sorgfältig überwacht. Aktenweise finden sich NKVD-Berichte über die von wahllos herausgegriffenen Personen bei Gesprächen geäußerten Meinungen, von den Spitzeln aus dem Gedächtnis niedergeschrieben. Dabei scheint es, als ob die informellen Mitarbeiter versucht hätten, von jedem einzelnen Bürger der Westukraine ein Statement zu erhalten. Seitenlange Sammlungen von wörtlichen Zitaten aus dem Mund von Gesprächsteilnehmern sind keine Seltenheit. Wichtig war dabei, eine möglichst große Zahl regimegefälliger Ansichten zu erhalten. Zitat wurde an Zitat gereiht, ohne dass diese Aussagen weiter analysiert wurden. Typisch ist dabei, dass zwar immer die Namen der Zitierten und ihr Wohnort sowie Angaben zu ihrer sozialen Herkunft aufgeführt wurden; ob dies aber ausgereicht hätte, um die betreffenden Personen im Rückgriff noch einmal zu identifizieren und sie haftbar zu machen, ist angesichts der vagen Angaben jedenfalls bei größeren Orten zu bezweifeln. Es stand hier die Information über die politische Wirkung im Vordergrund, nicht die Prüfung der Staatstreue der einzelnen Bürger.

Die staatliche Überwachung galt aber nicht nur der Bevölkerung, sondern auch speziell jene Personen, die an der Liquidierung der Union im Staatsauftrag maßgeblich beteiligt waren. So blieb das Regime im Bilde darüber, ob es sich weiterhin auf sie verlassen konnte. Dem Initiator der Auflösung, dem unierten Lemberger Priester Kostel'nyk, wurde besondere Aufmerksamkeit zuteil. Er wurde als sehr selbstbewusst und von sich selbst überzeugt dargestellt: Er halte Makarij, den orthodoxen Erzbischof von Lemberg und Ternopil', für einen „heiligen Dummkopf, für geistig beschränkt und nicht besonders klug", wie Kostel'nyk ausgesagt habe. Seine eigene

258 Vgl. z. B. die Akte DALO P3-1-426.

259 Vgl. die entsprechenden Abschnitte im Kapitel über die Auflösung der unierten Kirche in Galizien unten.

Position schätzte er sogar überheblich ein: Er verkündete zwar, die Arbeit der Initiativgruppe sei beendet, behauptete aber gleichzeitig, die Initiativgruppe sei er selbst, und er bleibe er. Zum Glück höre Makarij auf ihn, auch die Minister für Kult am ZK in Moskau schenkten ihm Gehör; folglich werde er auch weiterhin die erste Geige spielen.[260] Diese Informationen konnten nur von einem Spitzel aus der engsten Umgebung des Priesters gekommen sein. Die über Kostel'nyk eingeholten Informationen wurden ihm schließlich zum Verhängnis; er erschien den Behörden immer mehr als Gefahr. Er endete, wie mehrere seiner Mitarbeiter, durch Mord, der dem NKVD angelastet wird.

Die Berichte der NKVD-Mitarbeiter waren keine objektive Darstellung, sie neigten zu Verfälschung, Verdrehung und Umwertung der tatsächlichen Verhältnisse. Dies zeigte sich an einem Stimmungsbericht aus der Zeit kurz nach der Lemberger Pseudosynode, der eine angebliche allgemeine Zufriedenheit mit den Ereignissen beschrieb.[261] Darin wird behauptet, die Bevölkerung der Westukraine sei willig zum Übertritt zur Orthodoxie und mit der „Synode" einverstanden. Die Union sei der Bevölkerung schon immer fremd gewesen, aber auch die Priester seien mit einer neuen Einstellung von der Synode nach Hause zurückgekehrt. Eine Anhäufung von wörtlichen Zitaten sollte dies belegen: Eine Bäuerin behauptete, dass man früher orthodox gewesen sei, aber „die Polen" hätten das geändert. Gott sei jedoch derselbe geblieben. Der Beschluss der „Synode" sei gut, die Union solle auf ewig beendet werden. Die Spitzel filterten jene Stimmen heraus, die scheinbar zu ihren Gunsten sprachen, weil sie dann den übergeordneten Stellen suggerieren konnten, die Situation sei unter Kontrolle. Negative Meinungen über den „Übertritt" der Unierten in die orthodoxe Kirche wurden in den Berichten nur wenige zitiert. Sie erfüllten eine Alibifunktion als „kritische Stimmen", die einen Bericht glaubhafter machten. Als negatives Urteil wurde beispielsweise der Sohn eines unierten Priesters zitiert, der die Vereinigung als sehr schnell und unter Druck durchgeführt charakterisierte.

Die sowjetische Historiographie berücksichtigte diese (wenigen) kritischen Einschätzungen in keiner Weise.[262] Dabei ist wesentlich wahrscheinlicher, dass die Zahl der Kritiker des Übertritts höher war als jener, die ihn willkommen hießen, ganz abgesehen von Personen, die keine Meinung zu den Ereignissen hatten, weil sie nicht kirchlich gebunden waren. Wäre die unierte Kirche nicht stärker in der Bevölkerung verwurzelt gewesen als die Staatsmacht annahm, so hätte sie kaum nach den Jahrzehnten im Untergrund eine so massive Renaissance in den neunziger Jahren erlebt.

260 Ebenda, ark. 15.

261 DALO P3-1-499, ark. 13–16: Sekretarju CK KP/b/U tov. Chruščevu N. S. Informacija. [Gez.] Sekretar' Obkoma KP/b/U Grušeckij. [O. D., nach der Pseudosynode.] Zur Bewertung der Stimmungsberichte vgl. auch die Quellenkritik in der Einleitung.

262 So KOVAL' Fašistskaja politika duchnovnogo, moral'no-političeskogo podavlenija naselenija Ukrainy, S. 193.

Auffällig, aber nicht überraschend, waren inhaltliche Verfälschungen bei der Informationsübermittlung nach oben. Wurden also bereits auf unterster Ebene die Berichte beschönigt, so manipulierte auch der übergeordnete Empfänger und Weitervermittler den Inhalt zu seinen Gunsten. Im Vergleich zwischen Aktenbeständen der Republiks- und der Gebiets-Ebene sprachen letztere oft eine sehr viel deutlichere und kritischere Sprache. Die Meldungen nach Kiev hingegen fielen sehr viel positiver aus, als die in den Gebieten aus den Rajons gesammelten Informationen zuließen. Und diese Beobachtung trifft weiter auf einer höheren Stufe zu: Selbst die Republiksführung und Chruščev persönlich stellten die Vorgänge in der Ukraine gegenüber Stalin so dar, dass sie nicht gegen sie selbst verwendet werden konnten. Daher wurde die politische Situation in der Ukraine in beschönigenden und verharmlosenden Worten charakterisiert. Dies mag mit zu Fehleinschätzungen und -entscheidungen in Moskau geführt haben, wie an der Politik gegenüber der ukrainischen Aufstandsbewegung OUN/UPA zu sehen war. Chruščev gab nämlich nach der militärischen Rückeroberung der Westukraine in verschiedenen Stellungnahmen verharmlosende Bewertungen der Zahl und Stärke der ukrainischen Untergrundkämpfer und der regionalen politischen Situation.[263]

Inhaltlich fällt weiter auf, dass Partei- und Spitzelberichte oftmals eine große Menge an Bilanzen, Statistiken, Listen oder Aufzählungen beinhalteten, z.B. von Personen, Kolchosen, Gebäuden, Veranstaltungen oder Zitaten. Bei manchen Aspekten schien die Anhäufung von Zahlenkolonnen die einzige Antwort auf abzuarbeitende Fragen zu sein. Bei den Mengenangaben ist eine steigende Tendenz immer wieder bemerkbar. Die Bolschewiken gingen offenbar davon aus, dass Zahlenangaben umso „besser" waren, je höher sie griffen. Die Quantität demonstrierte den „moralisch höheren" Wert. Vorgesetzte Stellen schienen zufrieden gewesen zu sein, wenn sie lesen konnten, ein Wissenschaftler habe eine bestimmte Menge von Aufsätzen veröffentlicht und eine Anzahl von Vorträgen gehalten, es sei in einem Rajon eine gewisse Zahl von Parteiversammlungen oder ähnliches durchgeführt worden und es sei eine bestimmte Zahl von Bänden der Werke von Marx in einer Bibliothek vorhanden. Das Moskauer ZK war es aber nicht; Lazar Kaganovič als Mitglied des Zentralkomitees beklagte sich bereits 1935 darüber, dass viele Organisationen all ihren revolutionären Geist in die Erstellung von Graphiken legten, welche die Anzahl der abgehaltenen Konferenzen und die Zahl der Besucher zeigten, aber häufig die Wirkung der durchgeführten Agitation nicht berücksichtigten.[264] An der Anhäufung von Zahlen in den sowjetischen Behördenberichten hat sich aber nichts geändert.

Kompliziert ist die Ermessung des Wahrheitsgehaltes statistischer Angaben. Wenn nämlich beispielsweise bei Informationen über ukrainische Partisanen in der Westukraine die Zahlenangaben zu groß ausgefallen wären, hätte man den Verant-

263 Vgl. dazu genauer im Kapitel über den militärischen Widerstand der UPA.
264 INKELES Public Opinion in Soviet Russia, S. 99.

wortlichen einen Mangel an Durchsetzungsvermögen vorgeworfen. Andererseits hätte eine zu geringe Zahl zur Folge gehabt, dass der militärische Nachschub entsprechend reduziert worden wäre. Analog wird bei Auswertungen von sowjetischen Statistiken zur GULag-Belegung darauf hingewiesen, dass die Zahlen wohl absichtlich erhöht wurden, um eine Steigerung der Budgetzuweisungen zu erhalten. Andererseits können sie aber verkleinert worden sein, um sich geringere Produktionsauflagen zu sichern.[265] Der Sinn der Zahlenkolonnen und der Aufzählungen ist schwer zu erfassen, da diese meistens ohne Bezugsgröße verwendet wurden, z.B. ohne Angaben aus dem Vormonat oder -jahr. Ein Vergleich war in der Regel also nicht möglich, genauso wenig wie eine Interpretation. Zahlen signalisierten aber Aktivität, Wachstum und Bewegung; darin lag der eigentliche Grund ihrer Auflistung.

Ein weiteres Charakteristikum der sowjetischen Spitzelberichte ist ihr Sprachstil und die Verwendung von Formulierungen, die eine spezifische Bedeutung in der sowjetischen Sprache besaßen, da sie auf die ideologische Einbettung verwiesen. Die „bolschewikische Sprache" als milieuspezifischer Ausdruck mit festgelegten Wörtern und Begriffen, die von Parteikadern erlernt werden mussten, war ein rhetorisches Mittel, das kanongemäß anzuwenden war.[266] In der Nachkriegszeit waren typische Ausdrücke häufig anzutreffen, die teils neu in Gebrauch kamen, teils aber Rückgriffe auf bestehendes Vokabular waren. Besonders oft wurde die Beseitigung eines für sowjetische Verhältnisse nicht tragbaren Umstandes durch den Begriff „Liquidierung" umschrieben; darunter fiel beispielsweise die Beseitigung des Analphabetentums, des Problems der *besprizornye* und die Zwangsauflösung der unierten Kirchen. Sehr flexibel anzuwenden war der Ausdruck „Arbeit", der sich auf eine Reihe von Aktivitäten erstreckt, die im Sinne des Staates zu erledigen waren, so die „massen-politische Arbeit" (gemeint ist Propaganda), die parteipolitische Arbeit und die Lohnarbeit allgemein. „Maßnahmen" waren grundsätzlich gegen alle Unzulänglichkeiten „anzuwenden"; der in der Parteisprache Geschulte wusste, dass darunter auch Zwangsmaßnahmen verstanden wurden. Dass sich das Individuum in der Sowjetunion der Allgemeinheit zu beugen hatte, wird an generalisierenden Formulierungen wie dem „Aktiv" als Umschreibung für die (engagierte, nicht zwingend die gesamte) Belegschaft eines Betriebes, einer Parteiorganisation oder eines Dorfes deutlich. Weiter wurden für die Bewältigung des Alltags in der Nachkriegszeit wie bereits in den dreißiger Jahren der Terminus „Kampf" und seine Wortfamilie inflatio-

265 ARCH GETTY, RITTERSPORN, ZEMSKO Victims of the Soviet Penal System, S. 1046.

266 STUDER, UNFRIED Der stalinistische Parteikader, S. 17. Allgemein zur totalitären Sprache: JOHN WESLEY YOUNG, Totalitarian language. Orwell's Newspeak and its Nazi and communist antecedents. Charlottesville, London 1991; Totalitäre Sprache – Langue de bois – Language of Dictatorship. Hrsg. von Ruth Wodak, Fritz Peter Kirsch. Wien 1995. Zur offiziellen sowjetischen Ausdrucksweise in der frühen Sowjetunion vgl. MICHAEL S. GORHAM Language Culture and the Politics of Voice in Revolutionary Russia. DeKalb 2003; zur besonderen Lexik der Staatssicherheit in der DDR vgl. CHRISTIAN BERGMANN Die Sprache der „Stasi". Ein Beitrag zur Sprachkritik. Göttingen 1999.

när verwendet. Das Sowjetvolk wurde einer „Mobilisierung" unterzogen, aber nicht im militärischen, sondern im übertragenen Sinn: jener von Arbeitskräften, freiwillig und unfreiwillig, jener aller Kräfte der Bevölkerung für den „Kampf" an der Heimatfront, für den Wiederaufbau zerstörter Städte, aber auch gegen die ukrainischen Aufständischen. Die Ausschließlichkeit sowjetischer Weltsicht kommt zum Ausdruck in der Verwendung entgegengesetzter Wortpaare, die positiv und negativ besetzt waren, oftmals in Verbindung mit den Vorsilben „anti-" und „un-".[267] Sie ließen, genauso wie dies im Sowjetsystem der Fall war, nur die Wahl zwischen systemloyal und -feindlich. „Antisowjetisches" Verhalten war gleichzusetzen mit Staatsverrat und wurde als solcher geahndet; ein moralisches Verdikt wurde durch die Umschreibung „ungesund" ausgedrückt. Diese findet sich beispielsweise bei den Beziehungen zwischen Kolchosbauern, aber auch unter Einwanderern in die Sowjetunion, die eine „ungesunde Atmosphäre" verbreiten. „Antisanitär" war die euphemistische Umschreibung für hoffnungslos verdreckte Waisenhäuser. Für die Kriegsgegner, die Deutschen, setzte sich endgültig das Attribut „faschistisch" in verschiedenen Wortverbindungen durch; „nationalsozialistisch" durfte wegen des Bezuges zum Sozialismus nicht verwendet werden.[268] Insgesamt entlarvt die Lexik des Parteijargons durch ihre Generalisierungen ihren Inhalt in vielen Fällen als Aktionismus. Vielfach wird deutlich, dass die Konkretisierung der nächstunteren Ebene überlassen wurde, der man damit auch die Verantwortung zuschob.

Zusammenzufassend zeigte das sowjetische Regime nach dem Krieg wieder ein vitales Interesse am Denken der Bevölkerung, besonders in den neuen Gebieten. Positiv konnte dieser Umstand als ein „demokratischer" Zug interpretiert werden, denn die Regierung berücksichtigte ja die Meinung des Volkes. Der große Unterschied zu demokratischen Staaten in der Informationsbeschaffung bestand aber darin, dass in der Sowjetunion die Erhebungsmethoden wie auch die eingeholten Erkenntnisse und schließlich ihre Auswertung den Sicherheitsorganen allein zukam. Die Ergebnisse der Informationserhebungen – sei es auf Personen oder auf allgemeine Ereig-

267 YOUNG Totalitarian language (wie oben Anm. 266), S. 176–178, 247–248.

268 Der Terminus „faschistisch" wurde in der Sowjetunion in den zwanziger Jahren für jede Art von Staatsfeind verwendet, sogar für Sozialdemokraten. Während des Aufstiegs Hitlers in den dreißiger Jahren erhielt der Begriff einen neuen Inhalt. Seine Verwendung verschwand nach der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes 1939, NS-Deutsche wurden als Mitglieder der national-sozialistischen deutschen Arbeiterpartei bezeichnet. 1941 wurde er zusammen mit dem Attribut „Angreifer" in der Presse wiederbelebt (STITES Soviet Russian Wartime Culture, S. 174; V. A. NEVEŽIN Metamorfozy sovetskoj propagandy v 1939–1941 godach, in: Voprosy istorii [1994] Nr. 8, S. 164–171, hier S. 166). Die Bezeichnung „faschistisch" für NS-Deutschland hat sich bis heute in der Literatur erhalten, wenngleich sie inhaltlich eine Verharmlosung des NS-Systems bedeutet, das mit dem Faschismus italienischer Prägung gleichgesetzt wird. Zur kommunistischen Auseinandersetzung mit dem Faschismus vgl. allgemein LEONID LUKS Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie. Die Auseinandersetzung der Komintern mit Faschismus und Nationalsozialismus 1921–1935. Stuttgart 1985.

nisse bezogen – konnten zudem, mussten aber nicht, auf die zitierten Bürger zurückfallen, die dadurch in die Mühlen der staatlichen Repressionen gerieten. Stimmen und Stimmungen der sowjetischen Bevölkerung wurden durch das Regime in seinem Bedürfnis nach Absicherung und Kontrolle der Gesellschaft exzessiv eingeholt. Eine Folge davon bestand darin, dass die Einzelinformationen kaum mehr überschaubar waren und von ihren Auftraggebern nicht mehr im Detail erfasst werden konnten. Stalin und Molotov verwendeten diese daher nur selektiv unter Berücksichtigung ihrer eigenen Absichten.[269]

Dennoch blieb die informelle Erkenntniserhebung in der Sowjetunion der Nachkriegszeit ein wesentlicher Bestandteil des Funktionierens des staatlichen Regimes. Allein die Tatsache, dass die Bevölkerung der Überwachung überall und jederzeit unterworfen war, veranlasste sie aber dazu, kritische Ansichten für sich zu behalten und Außenstehenden zu misstrauen.

269 HIROAKI KUROMIYA Workers under Stalin: The Case of the Donbas, in: HILDERMEIER (Hrsg.), Stalinismus vor dem Zweiten Weltkrieg, S. 79–97, hier S. 93.

2. Propagandistische Aufbauarbeit

Politische Propaganda war in der Sowjetunion eine wichtige Erscheinung im öffentlichen Leben. Während in pluralistischen Gesellschaften unterschiedliche Propagandaträger und freie Medien wirken, wurde die geschlossene sowjetische Gesellschaft mit staatlicher Propaganda konfrontiert, wann immer das Regime – und nur dieses – sie anordnete. Propaganda im marxistisch-leninistischen Sinn bedeutete eine „besondere Art der sozialen Betätigung und der grundlegenden Funktion, welche die Verbreitung von Wissen, Ideen, künstlerischen Werten und anderen Informationen darstellt zum Zwecke der Formulierung bestimmter Ansichten, Vorstellungen, emotionaler Zustände und über diese die Gewinnung von Einfluss auf das Verhalten der Leute".[1] Neben der Verbreitung der ideologischen Inhalte kam bereits unter Lenin, dann verstärkt unter Stalin, das Element des *kul't ličnosti* (Personenkult) und die übersteigerte Verherrlichung der Führungsfigur hinzu.

Propaganda dient immer auch der Selbstdarstellung. Darüber hinaus lag die besondere Aufgabe sowjetischer Propaganda darin, zwischen Staat und Gesellschaft zu vermitteln, über die momentanen Staatsziele zu informieren, die Argumente dafür in verständlicher Form und schlaglichtartig in die Öffentlichkeit zu bringen und deren mentale Bejahung der Parteiaktivitäten herbeizuführen. Propaganda in der Sowjetunion war indirekt funktionell verzahnt mit staatlicher Gewalt. Wo Propaganda nicht überzeugte, wurde Zwang eingesetzt. Bürger, die sich den verbreiteten Ansichten nicht beugten, wurden unter Druck umerzogen. Propaganda war somit Zwangs-, Herrschafts- und geistiges Terrorinstrument mit gewaltlosen Mitteln.

In der unruhigen Zeit nach dem Ende des Krieges bediente sich die Sowjetregierung verstärkt der Propaganda als Form der Herrschaftssicherung, um die Bevölkerung zu indoktrinieren und auf Linie zu bringen. Jedoch entstand während der Nachkriegszeit eine Neuausrichtung der Propaganda und ihrer Träger. Die neuen Themen bildeten nun die Glorifizierung der Rolle Stalins im Krieg und die Betonung der gestiegenen internationalen Bedeutung der UdSSR. Mit dieser manipulativen Herrschaftsstrategie sollte die sowjetische Gesellschaft, durch Krieg, Besatzung und Frontdienst erschüttert und zersplittert, hinter ihrem großen Führer und Vater der Nation wieder vereint werden. Gleichfalls sollte die Vereinheitlichung der West- und Ostukraine vorangetrieben werden. Allerdings wurden in der Westukraine weitere spezielle Anstrengungen unternommen, um die dortige Bevölkerung an die Sowjetherrschaft zu binden. Ebenfalls der propagandistischen Selbstdarstellung des Regimes nach dem Zweiten Weltkrieg diente die Aufarbeitung der NS-Kriegsverbrechen auf sowjetischem Boden. Diese zielte direkt auf die Wirkung im Ausland ab, denn anhand ihrer Ergebnisse konnten Reparationsforderungen vor den Alliierten erhoben und gerechtfertigt werden.

1 Osnovy kommunističeskoj propagandy. Učebnoe posobie dlja universitetov marksizma-leninizma, škol i seminarov partijnogo aktiva. Moskva 1978, S. 5.

Schwer fassbar ist, wie weit die stalinistische Propaganda reichte. Zeitzeugen sprechen von einer „Stalin-Hypnose" und einem „wahnhaften Zustand", der die sowjetische Bevölkerung in den dreißiger Jahren erfasst und zu einer völlig verzerrten Wahrnehmung der Wirklichkeit geführt habe.[2] Die hysterischen Reaktionen der Bevölkerung auf die Nachricht vom Tod Stalins zeugen ebenfalls davon, dass sein Persönlichkeitskult einen durchschlagenden Effekt hatte. Tatsache ist außerdem, dass sich die sowjetische Bevölkerung der Propaganda kaum entziehen konnte, und dass sie keine Möglichkeit besaß, angesichts der staatlichen Medienhoheit noch weitere Informationsquellen heranzuziehen; dies ist auch ein Grund dafür, dass Gerüchte eine große Verbreitung fanden und zur inoffiziellen Meinungsbildung beitrugen. Inwieweit man der staatlichen Propaganda Glauben schenkte, blieb jedem einzelnen vorbehalten.

Eine andere Situation ergab sich bei Ausländern, die in die UdSSR kamen. Bereits in den dreißiger Jahren waren westliche Künstler und Publizisten, des Russischen unkundig und von der Idee des Sozialismus begeistert, zu organisierten Rundreisen in die Sowjetunion eingeladen worden, um ihnen das sowjetische Leben vorzuführen. Zurückgekehrt in den Westen, verfassten sie, begeistert von der Schnelligkeit des ökonomischen Aufbaus, kritiklose Schilderungen und beeinflussten so das Bild der Sowjetunion im Ausland.[3] Auch nach dem Zweiten Weltkrieg zeigte die Propaganda des Regimes Wirkung. Aus Unwissenheit oder aus bewusster Ignoranz der Verhältnisse in der Sowjetunion, aber auch angesichts des Widerstandes gegen die deutsche Okkupation und angesichts der sowjetischen Opfer wurden in der westlichen Öffentlichkeit die Stalinschen Errungenschaften und die „Wunder des Sowjetkommunismus" hervorgehoben.[4]

Als effektives Herrschaftsinstrument zur Beeinflussung der Bevölkerung innerhalb der Sowjetunion, aber auch mit einem größeren Wirkungsradius über die Landesgrenzen hinaus, kam Propaganda in der Nachkriegszeit stärker als vor dem Krieg zum Einsatz.

2 LUKS Zum Stalinschen Antisemitismus, S. 25.

3 So pries Lion Feuchtwanger, der im Terrorjahr 1937 die Sowjetunion besucht hatte, in seinem Reisebericht die Zufriedenheit und das Glück der sowjetischen Arbeiter und Bauern, zeigte Verständnis für die Schauprozesse, glaubte den absurden Anklagen und Urteilen und lobte den schlichten und ehrlichen Stalin, der nichts anderes als eine sozialistische Demokratie verwirklichen wolle (vgl. LION FEUCHTWANGER Moskau 1937. Ein Reisebericht für meine Freunde. Amsterdam 1937). Sidney und Beatrice Webb, Vertreter der sozialistischen Bewegung Großbritanniens, reisten 1936 in die Sowjetunion und loben sie als „neue Zivilisation" (SYDNEY WEBB Soviet Communism: a new civilisation. London 1937). OSKAR MARIA GRAF (Reise in die Sowjetunion 1934. Darmstadt 1974) zeigte sich ebenfalls sehr angetan vom sowjetischen Fortschritt. Weiter zu prominenten „Mitläufern" Stalins aus dem Westen: WALTER LAQUEUR Stalin. Abrechnung im Zeichen von Glasnost. München 1990, S. 249–255.

4 So auch beobachtet von KRAVCHENKO Ich wählte die Freiheit, S. 512 und S. 574–581.

2.1 Medien, Kultur und Bildung

Neben den Massenmedien, den Bildungseinrichtungen, den staatlichen Verbänden und allen weiteren gesellschaftlichen Vereinigungen wurde das kulturelle Leben zur propagandistischen Beeinflussung gleichgeschaltet. Individuelle Ausdrucksmöglichkeiten und künstlerische Freiheiten wurden dem ideologischen Diktat unterworfen, das durch die „neue", bolschewistische Kunstrichtung, den Sozialistischen Realismus, ausgedrückt werden sollte.[5] Dieser verlangte die Inspirierung der Kunst durch die sozialistischen Bedingungen und die getreue Wiedergabe der Wirklichkeit. Weiter musste sie „objektiv", typisch und volksnah sein. Als weiteres Grundprinzip des Sozialistischen Realismus wurde die Parteilichkeit – *partijnost'* – ausgegeben, also die Forderung nach der Einheit von Partei und Kunst. Kunst und Kultur wurden somit unter den Primat der Ideologie gestellt; im Stalinismus war ihre besondere Aufgabe darüber hinaus die Verherrlichung des *vožd'*.[6] Kunst wurde mit einem neuen Sinn versehen: der Verherrlichung des staatlichen Systems und seiner Führer. Kultur wurde ausschließlich zur politischen Propagandakultur.

Künstler erhielten erst nach einer ideologischen Kontrolle durch staatliche Kulturorganisationen wie den 1932 gegründeten Schriftsteller-Verband Aufträge und die Erlaubnis zur Veröffentlichung ihrer Werke.[7] Nur was die Zensurbehörde erlaubte, durfte gedruckt, gespielt, aufgeführt und ausgestellt werden.[8] Kunst- und Kulturschaffenden, die sich nicht den staatlichen Vorgaben unterwarfen und die – sofern dies möglich war – individuelle Inhalte und Methoden umsetzten, wurde ihre Existenzgrundlage entzogen; als „Volksfeinde" und „Parasiten" diffamiert, wurden sie aus dem offiziellen Kunstleben ausgeschlossen und Repressionen und Verfolgungen unterworfen.[9]

Während des Zweiten Weltkrieges wurden die Inhalte von Kultur und staatlicher Propaganda vermehrt darauf ausgerichtet, die Massen zum Einsatz für die Heimat

5 Zu den Forderungen des Sozialistischen Realismus vgl. HANS GÜNTHER Die Verstaatlichung der Literatur. Entstehung und Funktionsweise des sozialistisch-realistischen Kanons in der sowjetischen Literatur der dreißiger Jahre. Stuttgart 1984; SHEILA FITZPATRICK The Cultural Front. Power and Culture in Revolutionary Russia. Ithaca, London 1992, S. 216–237.

6 Zu stalinistischen Eingriffen in kulturellen Bereichen vgl. den Sammelband Kultur im Stalinismus sowie The Culture of the Stalin Period. Ed. by Hans Günther. Houndmills [usw.] 1990; insbesondere IGOR GOLOMSTOCK Problems in the Study of Stalinist Culture, ebenda, S. 110–121.

7 BEYRAU Intelligenz und Dissens, S. 122–135 zu staatlichen Kulturorganisationen.

8 Zur Geschichte und Ausprägung der sowjetischen Zensur von Kunst und Kultur vgl. unter anderem MARTIN DEWHIST, ROBERT FARRELL (eds.), The Soviet Censorship. Metuchen, NJ 1973; M. GORJAEVA Političeskaja cenzura v SSSR 1917–1991. Moskva 2002.

9 Zu Reaktionen und (Über)Lebensstrategien sowjetischer Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler vgl. DIETRICH BEYRAU Geiseln und Gefangene eines visionären Projekts: Die russischen Bildungsschichten im Sowjetstaat, in: HILDERMEIER (Hrsg.), Stalinismus vor dem Zweiten Weltkrieg, S. 55–77, besonders S. 66ff.

zu mobilisieren.[10] Dabei veränderte sich der kulturelle Stil graduell und begann, stärker die Gefühle der Bevölkerung zu reflektieren, was vor dem Krieg nur inoffiziell und halboffiziell möglich gewesen war: „[I]t was emotional, personal, relaxed, earthy, natural, spontaneous, autonomous, expressive, and honest about death, suffering, heroism, and hate. Wartime culture reflected the partial relegitimation in Soviet public culture of personal life, intimate feelings, interior authenticity, and even quasi religiosity that had been muted during the 'optimistic' thirties."[11] Gleichzeitig durften nun patriotische Werke verfemter Autoren, die sich wie Anna Achmatova und Ol'ga Berggol'c bisher mit allen Konsequenzen dem staatlichen Diktat entzogen hatten, veröffentlicht werden.

Nach dem Krieg fand die staatliche Propaganda schnell wieder zu ihrem früheren Stil, ihren Inhalten und Ausdrucksmöglichkeiten zurück, mehr noch, sie wurde nachdrücklicher als vor dem Krieg betrieben, da es galt, die „faschistische" Ideologie aus dem öffentlichen Bewusstsein zu tilgen. In die vorher besetzten Gebiete wurden zur Säuberung der Bibliotheken Zensoren aus Moskau entsandt. Bis zum 1. Juli 1946 hatten sie in der Ukraine insgesamt 93.000 Bücher, die von „feindlicher Literatur verseucht" waren, konfisziert.[12] Zugleich war der Wiederaufbau propagandistischer Strukturen eine der vordringlichsten Maßnahmen für die (Re-)Integration der Bevölkerung. Eine Bestandsaufnahme der wichtigsten Propagandaeinrichtungen in der Ukraine – Presse, Radio, Kino und Theater – zeigte nach dem deutschen Abzug 1944 gewaltige Verluste.[13] Bezogen auf eine Fläche von 83% der befreiten Gebiete (612 von 746 ukrainischen Rajons) war der Bestand der Druckereien durch Zerstörungen stark zurückgegangen: 1941 wurden in der USSR 43 Druckereien auf Republiks- und Gebietsebene, 53 städtische und 681 Rajon-Druckereien verzeichnet; 1944 waren es nur noch 25 Republiks- und Gebietsdruckereien, 48 städtische und 143 Rajon-Druckereien. Entsprechend weniger Zeitungen konnten erscheinen. Während 1941 noch 16 Republiks-Zeitungen, 29 Gebiets-Zeitungen und 1.534 städtische und Rajon-Zeitungen sowie 85 Zeitschriften gedruckt wurden, waren es 1944 nur noch acht Republiks-Zeitungen, 20 Gebiets-Zeitungen, 402 Stadt- und Rajons-Zeitungen, weitere zehn Zeitungen mit „hohen Auflagen" und vier Zeitschriften. Von 16 Verlagen bestanden noch vier. Nicht viel besser war die Situation der „Radiofizierung". 1941 existierten neun Radiostationen, nach dem Krieg waren es nur mehr drei, da diese von den deutschen Besatzern bevorzugt zerstört wurden. Von ehedem 33 Radiostudios gab es noch zehn. Die 1.327 Kinos des Jahres 1941 waren auf 279 reduziert worden, von den 1.914 „beweglichen Kinos" existierten noch 44, von den vier Kinostudios war keines mehr übrig.[14] In der USSR hatten bis zum

10 STITES Soviet Russian Wartime Culture, S. 173–174.
11 Ebenda, S. 175.
12 GORJAEVA Političeskaja cenzura v SSSR (vgl. oben Anm. 8), S. 291–292.
13 CDAHOU 1-23-3937.
14 Zur Nutzung des Kinos als neues Medium vgl. EBERHARD NEMBACH Stalins Filmpolitik. Der Umbau der sowjetischen Filmindustrie 1929 bis 1938. St. Augustin 2001.

Krieg 131 Theater bestanden. 46 von ihnen waren evakuiert worden, von denen 14 nach ihrer Rückkehr wieder geöffnet waren. Weitere 14 befanden sich auf der Heimreise, bei 18 stand der Umzug noch aus. Die Verantwortung für die Propaganda – wie für alle anderen öffentlichen Felder – beanspruchte die Parteiführung. Sie formulierte Ziele und Aufgaben der kommunistischen Erziehung und ihrer Verbreitung, sie organisierte den „propagandistischen Prozess in Abhängigkeit von ihren inneren strukturellen Komponenten" und „mit dem ganzen System der erzieherischen Arbeit sowie mit den objektiven Grundlagen ihres Funktionierens". Ferner koordinierte sie die „Handlungen der Partei-, der staatlichen und der gesellschaftlichen Organisationen" und bereitete die Ausbildung der Propaganda-Kader vor.[15] Die Vorgaben für die Republiken lieferte die Propaganda-Abteilung am ZK in Moskau. Verantwortliches Organ für die Propaganda der ukrainischen Sowjetrepublik war die „Verwaltung für Propaganda und Agitation beim ZK der KP(b)U", die durch einen ZK-Beschluss im September 1945 aus der „Abteilung für Propaganda und Agitation am ZK der KP(b)U" entstanden war. Sie bildete nach der Kader-Abteilung die wichtigste Abteilung am ZK und wachte über alle Aktivitäten in den Bereichen Bildung, Wissenschaften, Medien, Erziehung, kurz: in allen Sparten, die Einfluss auf die öffentliche Meinung hatten. Hier wurden die Struktur und die personelle Besetzung der wichtigsten Ämter festgelegt.[16] Als Leiter der Verwaltung fungierte der ZK-Sekretär K. Z. Litvin, dem ein erster Stellvertreter und Leiter der Abteilung für Propaganda, I. D. Nazarenko, und ein weiterer Stellvertreter, A. T. Čekanjuk, der gleichzeitig der Presseabteilung vorstand, zur Seite gestellt wurden. Neben dem Sekretariat bestand die insgesamt 119 Angestellte umfassende Verwaltung aus sieben Abteilungen: der Abteilung für Propaganda, für Druckerzeugnisse, für Agitation, für Kultur, für Literatur und Kunst, für die Vorbereitung der Parteikader sowie für Wissenschaft, die großenteils in einzelne Sektoren untergliedert waren. Mit 59 Personen war die Abteilung für Propaganda die größte. Ihr gehörten zwei Sektoren an – für „mündliche Propaganda" und für die Lehre des Marxismus-Leninismus an den VUZy –, fünf „propagandistische Gruppen", eine Lektorengruppe (bestehend aus einem Leiter und 18 Lektoren) sowie eine Gruppe von Konsultanten mit neun Mitgliedern. Die vier Sektoren der Abteilung für Druckerzeugnisse befassten sich mit Verlagen und Zeitschriften, mit der Republikspresse, mit der Gebiets- und Rajonspresse, mit Polygraphie und Formularen. In der Abteilung für Agitation war ein Sektor ausgerichtet auf „mündliche Agitation" und ein anderer auf „Presse und visuelle Agitation". Die Sektoren für Kultur- und Bildungsinstitutionen, für „Radiosendungen und Radiofizierung" sowie für Kino bildeten die Abteilung für Kultur. Die Abteilung für Literatur und Kunst war in diese zwei Sektoren unterglie-

15 Osnovy kommunističeskoj propagandy (wie oben Anm. 1), S. 325.

16 RGASPI 17-45-1979, l. 212–214: Protokol No. 71 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy (5.–15. September 1945), 50-op.: O sozdanii Upravlenija propagandy i agitacii CK KP/b/U (15. September 1945) sowie die Beilage auf l. 335–338.

dert. Insgesamt war also die Propaganda-Verwaltung hoch spezialisiert und auf sämtliche Felder der Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit ausgerichtet.

Um politische Botschaften in die Bevölkerung zu tragen, wurden, neben der Instrumentalisierung von Kunst, Kultur und Massenmedien, zwei Wege verfolgt: jener der Propaganda und jener der Agitation als spezieller mündlicher Propaganda. Dabei präsentierte laut der klassischen Definition Plechanovs, die Lenin übernahm, ein Propagandist wenigen Personen viele Ideen, ein Agitator hingegen nur eine oder wenige Ideen vor einer Anzahl von Leuten.[17] Im Gegensatz zu Zeitungen, Radio und Fernsehen stellte der Agitator als Vermittler der Information bzw. der Thesen der Partei einen direkten Bezug des Rezipienten zur Partei her, was oft durch regelmäßige Sitzungen in kleinen Zirkeln intensiviert wurde. Anders als die Massenmedien war er ein persönliches und damit weit wirkungsvolleres Medium, das direkt auf das Publikum reagieren konnte.[18] Agitatoren unterstützten auch die Wirkung der Massenmedien. So waren zur Auslegung einer über Radio übertragenen Rede von Molotov im November 1945 in einem Rajon von Charkiv allein 314 Agitatoren im Einsatz.[19] In den Nachkriegsjahren stieg die Bedeutung der Agitatoren stark. Während 1946 etwa drei Millionen im Einsatz waren, agitierten 1956 etwa sieben Millionen; bei rund 215 Millionen Sowjetbürgern kam etwa ein Agitator auf 30 Einwohner.[20] Waren in der Ukraine im Jahr 1945 noch rund 500.000 Agitatoren eingesetzt, vergrößerte sich ihre Zahl bis 1948 auf 800.000.[21]

Die sowjetische Bevölkerung war durch Propaganda und Agitation einer permanenten Beeinflussung ausgesetzt, die sie kaum ausblenden konnte. Gleichzeitig wurde jeder politische oder sonstige Missstand staatlicherseits auch auf fehlende oder falsch eingesetzte Propaganda zurückgeführt. Bei Maßnahmen zum Kampf gegen die OUN/UPA, gegen das Analphabetentum und bei antireligiösem Vorgehen wurden gleichzeitig immer auch propagandistische Aktionen veranlasst. Diese waren entweder an ein allgemeines Publikum gerichtet oder wurden auf bestimmte Zielgruppen konzentriert. So wurde für Jugendliche bestimmte Propaganda von Jugendlichen vermittelt. Im November 1944 arbeiteten im Gebiet Volyn' 1.500 jugendliche Agitatoren, die meisten waren Komsomolzen.[22] Im Gebiet Černivci waren zur gleichen Zeit 556 jugendliche Agitatoren und 790 Lektoren (*čytci*), im Gebiet Stanislav 1.429 Agitatoren am Werk. Ihre Themen waren Ereignisse an der Front, das sowjetische Leben, der Kampf „junger Patrioten gegen die deutsch-faschisti-

17 INKELES Public Opinion in Soviet Russia, S. 39.

18 Ebenda, S. 67ff. sowie S. 121ff. über die Aufgaben der sowjetischen Agitation und der Agitatoren; DERS. Social Change in Soviet Russia, S. 275.

19 DAChO 2-2-705, ark. 16–17ob: Informacija ob otzyvach trudjaščichsja Char'kovskoj oblasti na doklad tov. Molotova ot 6 nojabrja 1945 goda. Peredano v CK KP/b/U po telefonu. 15. November 1945. Hier ark. 16.

20 KALNINS Der sowjetische Propagandastaat, S. 67.

21 Ukraïna: druha polovyna XX stolittja, S. 9.

22 SPR Nr. 34, hier S. 88.

schen Okkupatoren und die ukrainisch-deutschen Nationalisten". Die in der Sowjetunion in Grenzlagern aufgenommenen Repatriierten wurden ebenfalls sofort nach ihrer Rückkehr zur Indoktrination mit sowjetischer Propaganda konfrontiert. Nach ihrer Weiterverschickung in die ukrainischen Gebiete waren die dortigen Propaganda-Abteilungen für ihre Unterweisung zuständig. So wurden für die in den Monaten März bis Juni 1945 in der Stadt Odessa über den „punkt repatriacii" ankommenden über 6.000 Bürger, die aus dem „faschistischen Netz" gekommen waren, „20 der besten Propagandakader" abgestellt, um den Übersiedlern massenpolitische Arbeit angedeihen zu lassen.[23] Dazu zog man auch das Lehrpersonal der Institute und des Lehrstuhls für die Grundlagen des Marxismus-Leninismus heran. Die „Roten Ecken" waren mit Zeitungen und Büchern ausgestattet, die „Punkte" mit Radioempfängern. Während Propagandisten und Agitatoren sofort nach dem Ende der militärischen Handlungen einsatzbereit waren, beanspruchte die Instandsetzung von Propagandaeinrichtungen erheblich mehr Zeit, da viele entweder zerstört oder zusammen mit ihrem Personal evakuiert worden waren. Am schnellsten gelang der Aufbau des Pressewesens.

2.1.1 Mediale Instandsetzung

In der Nachkriegs-Ukraine wie auch in den anderen Gebieten der Sowjetunion blieben Zeitungen das wichtigste Massenmedium mit einer größeren Verbreitung als Radio oder Fernsehen.[24] Die Presse wurde von der Partei als „unveräußerlicher Bestandteil der allgemeinen Parteiarbeit" und als „effektives Mittel zur Verwirklichung der Führung des kommunistischen Aufbaus"[25] betrachtet. Zeitungen waren leicht herzustellen, zu verbreiten und zu kontrollieren. Freier Journalismus war in der Sowjetunion nicht möglich, sämtliche Blätter unterlagen der staatlichen Zensur. Die Aufgabe der sowjetischen Presse bestand nicht darin, die individuellen Meinungen der Herausgeber geschweige denn beliebige Informationen zu verbreiten. Vielmehr sollte sie erzieherisch auf den „neuen sowjetischen Menschen" einwirken und der Popularisierung der Ideologie dienen, deren einziges Thema der Bau, Fortbestand und Fortschritt der Sowjetunion darstellte, wozu Informationen entweder verbreitet oder unterschlagen wurden. Themen, Inhalt und Zielsetzung waren damit vorgegeben. Während des Krieges verbreiteten die Zeitungen zudem wegen der Militärzen-

23 DAOO FP 11-11-389, ark. 43–43ob.: Central'nyj komitet KP/b/U. Otdel propagandy i agitacii. Informacija o provodimoj massovo-političeskoj rabote o repatriirovannym iz fašistskogo plena naseleniem. [Gez.] Sosnovskij, Sekretar' Odesskogo Obkoma KP/b/U po propagande i agitacii. 31. Mai [1945].

24 CHARLES S. SAMPSON The Formative Years of the Soviet Press: An Institutional History, 1917–1924. Ph.Diss., University of Mass. 1970, zur Entwicklung der frühen sowjetischen Presse. Zu Aufgaben und Inhalten der sowjetischen Presse vgl. weiter INKELES Public Opinion in Soviet Russia, S. 157ff.; KALNINS Der sowjetische Propagandastaat, S. 168ff.

25 Osnovy kommunističeskoj propagandy (wie oben Anm. 1), S. 213.

sur – nicht anders als der Gegner – gezielt falsche Meldungen. So hieß es nach Kriegsbeginn trotz des sowjetischen Zurückweichens, die Rote Armee würde dem Feind schwere Verluste zufügen.[26] Als Ende 1941 Minsk fiel, verbreitete das sowjetische Informationsbüro, aus dem offiziell alle militärischen Nachrichten für die Veröffentlichung bezogen wurden, Siegesmeldungen.[27] Die Opferzahlen des Krieges und des deutschen Vormarsches wurden untertrieben.

Die sowjetische und ukrainische Bevölkerung wurde in der Nachkriegszeit konsequent auch mit kostenlosen Massenblättern versorgt. Druckereien in der Westukraine, die sich nach dem Krieg noch in privater Hand befanden, wurden beschlagnahmt. Davon waren insbesondere kirchliche Einrichtungen betroffen, die ihre Publikationen einstellen mussten. 1945 erschienen in der Ukraine bereits wieder 879 Zeitungen mit einer Auflage von 2,7 Millionen Exemplaren.[28] Für die Ausbildung von propagandistisch geschultem Personal in der Ukraine dekretierte das ukrainische ZK die Eröffnung einer Republiksschule für Propagandisten in Kiev.[29] Hier sollten die Kader für Zeitungen ausgebildet werden; vorgesehen war ein Kontingent von 600 Schülern. Im Juli 1946 wurde die „Hauptleitung Literatur und Verlagswesen" am ukrainischen Ministerrat gegründet, die oberste Kontrollinstanz für alle Publikationen und sonstigen Veröffentlichungen.[30]

Zeitungen wurden als wichtigstes Medium auch in der Westukraine von höchster Stelle in Kiev besonders genau kontrolliert. Ein Beschluss des ZK der KPdSU vom September 1944 ging kritisch auf die Presselandschaft der Westukraine ein.[31] Demnach hatte die Kaderabteilung des ZK eine Auswahl „politisch vorbereiteter und fähiger" Journalisten vorzunehmen, die als Redakteure und Redaktionssekretäre eingesetzt werden sollten. Die Gebiets-Exekutivkomitees sollten dafür sorgen, dass die Rajon-Zeitungen regelmäßig zweimal pro Woche erschienen, und die Arbeitspläne der Zeitungsredakteure systematisch verfolgen. Zur inhaltlichen Verbesserung des sozialistischen Allgemeinwissens wurden die Republiks- und Gebiets-Zeitungen angewiesen, wenigstens einmal pro Woche Vorträge und Materialien über laufende politische Fragen, über die marxistisch-leninistische Theorie und die Geschichte der UdSSR und USSR abzudrucken.

Auch wenn selbst überregionale Blätter wie „Radjans'ka Ukraïna" nach dem Krieg kaum einen Umfang von vier Seiten überschritten, erschienen sie fast täglich

26 BARBER, HARRISON The Soviet Home Front, S. 60.

27 BROOKS Thank you, comrade Stalin!, S. 161.

28 Istorija ukraïns'koï RSR, t. 8, S. 136.

29 RGASPI 17-45-1968, l. 57: Protokol No. 53 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy (18.–31. Januar 1944), 32-op.: Ob organizacii godičnoj respublikanskoj školy propagandistov pri CK KP/b/U.

30 BARAN, DANYLENKO Ukraïna v umovach systemnoï kryzy, S. 50.

31 RGASPI 17-44-1640, l. 31–39: Protokol No. 47 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy (1.–15. Oktober 1944), 36-op.: O merach po vypolneniju postanovlenija CK VKP/b/ ot 27.1X.1944 goda „O nedostatkach v političeskoj rabote sredi naselenija zapadnych oblastej USSR". (7. Oktober 1944). Hier l. 35–36.

einschließlich sonntags. Inhaltlich waren die Zeitungen meist eintönig, kaum informativ und wenig unterhaltsam. Neben den üblichen Berichterstattungen über Parteiveranstaltungen und parteirelevante Vorgänge bemühte man sich, die kulturellen Errungenschaften und wirtschaftlichen Fortschritte des Sowjetstaates zu beschreiben. Der Informationsgehalt der sowjetukrainischen Presse war gering. Dies lag auch an der langen Liste von Tabu-Themen wie oppositionelle Bewegungen, Verbrechen, Militärisches, Zerstörungen während des Krieges, Grenzverläufe und -verhandlungen auf europäischer Ebene. Die Zensoren des Gebiets Odessa verhinderten 1945 die Veröffentlichung von „Staats- und Kriegsgeheimnissen" in der regionalen Presse in immerhin 93 Fällen.[32] Kritik am sowjetischen System war ebenfalls in keiner Weise zulässig. Dafür erschienen langatmige Artikel über Leben und Wirken von Lenin und Stalin (letzterer insbesondere in seiner Eigenschaft als „Generalissimus"),[33] über dem Regime genehme russische und ukrainische Schriftsteller wie Taras Ševčenko und Lesja Ukraïnka, aber auch über Helden der altrussischen Geschichte wie Aleksandr Nevskij, der wegen seines Sieges über die Ritter des Deutschordensstaates am Peipus-See 1242 als Propagandafigur während des Zweiten Weltkrieges wieder populär wurde.[34] Berichte über die fortschreitende Sowjetisierungskampagne in der Westukraine wurden flankiert von Stellungnahmen örtlicher Intellektueller, Kriegsveteranen, Bauern und Arbeitern, die in der Sowjetisierung einen Fortschritt für sich und ihr Land erkannten. Artikel mit überörtlichem Interesse wurden aus zentralen Zeitungen wie „Izvestija" und „Pravda" übernommen und erschienen oft gleichzeitig in verschiedenen Zeitungen.

Der im Westen andauernde Krieg tauchte in den Zeitungen kaum auf. Kriegsberichte gab es wenig, der Frontverlauf wurde verständlicherweise nicht bekannt gegeben. Aufgrund der Geheimhaltung militärischer Vorgänge kam es in mehreren Orten zu Beschwerden darüber, dass die Bevölkerung in Unkenntnis gehalten werde. 1944 waren relativ häufig Berichte über die Lage in Jugoslawien, in geringerem Umfang über andere künftig sozialistische Staaten zu lesen. Gleichzeitig wurde die Leserschaft ständig dazu angehalten, für die Versorgung der Roten Armee zu sorgen. Ein permanenter Slogan lautete: „Každyj pud chleba – èto snarjad po vragu!" (Jedes Pud Weizen ist ein Geschoss auf den Feind!).

Über die Inhalte der Zeitungen wachte das ukrainische ZK. Dieses beauftragte die örtlichen politischen Organe mit der Kontrolle der Presse. Die Aufgaben der städtischen und Rajon-Zeitungen bestanden dem ZK zufolge in erster Linie darin, die Massen mit konkreten, naheliegenden und verständlichen Fakten aus dem örtlichen Leben politisch zu erziehen und sie zur Erfüllung der vor der Stadt und dem Rajon stehenden Aufgaben und für die tägliche Stärkung der „sozialistischen Hei-

32 DAOO PF 11-11-402, ark. 2–9: Otčet o rabote Odesskogo Obllita za vremja s 1 janvarja po 20 dekabrja 1946 goda. [Gez.] Nacal'nik Odesskogo Obllita A. Gordienko. Hier ark. 6.

33 Zur Selbstinszenierung Stalins vgl. im Kapitel über die Kriegsaufarbeitung.

34 Diese Anleihen an der russischen Geschichte wurden im Zuge des Sowjetpatriotismus ab Mitte der dreißiger Jahre verstärkt propagiert (vgl. dazu im Kapitel über die Kriegsaufarbeitung).

mat" zu „organisieren". Daher wurden die Exekutivkomitees der Gebiete, Rajons und Städte angewiesen, monatlich die Arbeitspläne der Redaktionen und bis zum 1. Dezember 1945 die Redakteure und die verantwortlichen Sekretäre der Zeitungen zu bestätigen, monatlich mindestens zwei Sekretäre von Stadt- und Rajon-Exekutivkomitees über ihre Führung und Hilfestellungen für Zeitungen anzuhören und Konferenzen mit Lesern oder „Arbeiter- und Bauern-Korrespondenten" zu veranstalten.[35] Die politische Situation der Ukraine nach dem Krieg und die neue Position der Sowjetunion als europäische Großmacht diktierten die Vorstellungen über die zu beschreibenden Ereignisse. Die Bedeutung Stalins stand dabei über allem anderen. Die Redakteure hatten die Sowjetbürger über die Rede Stalins zum Sieg über Japan in Kenntnis zu setzen, systematisch Artikel über die „Stalinsche Freundschaft der Völker", über die Quellen der Kraft und Macht des Sowjetstaates, der heldenhaften Roten Armee und der Flotte, über die Stärke des sowjetischen Aufbaus und des Sowjetpatriotismus sowie über die führende Rolle der Partei Lenins und Stalins im Kampf gegen die Feinde der sozialistischen Heimat zu verfassen. Gleichzeitig verlangte das ZK von den Zeitungsredakteuren, die Anstrengungen des Getreideanbaus, der Herbsternte und dem Pflügen im Herbst propagandistisch zu fördern, Artikel zu drucken über die Betriebe, über die Planerfüllung der Volkswirtschaft und Kultur der Republik, über Fragen der Theorie und Geschichte der Partei, der UdSSR und der Ukraine, den Kampf für die Stärkung der Arbeitsdisziplin und die Erhöhung der Produktivität in der Industrie, im Transport und in der Landwirtschaft und besonders in den Kolchosen.

Die Presse besaß aber nicht nur einen Informationsauftrag für das Volk, sondern auch die Aufgabe, dessen Interessen „nach oben hin" zu melden, denn die Aufmerksamkeit der örtlichen Sowjetdeputierten sollte für die Befriedigung der sozialen Belange der Arbeiterschaft und für die Vorbereitung auf den Winter geschärft werden.[36] Empfohlen wurde, die Menge der Artikel über führende Partei- und Sowjet-Angestellte, Wirtschaftsführer, Ingenieure, Agronomen und progressive Arbeiter in Industrie, Landwirtschaft und Verkehr, in Wissenschaft, Kunst und Kultur zu steigern sowie die Erfahrung der fortschrittlichen Kräfte zu popularisieren, um damit die kulturelle und technische Gestaltung der Sonntagsnummern zu verbessern. Verspätungen im Druck der Zeitungen waren strengstens zu vermeiden. Die propagandistische Wirkung der Presse wurde permanent durch das ZK überprüft und korrigiert. Mit dem Erscheinungsbild verschiedener ukrainischer Zeitungen aller Ebenen war das ZK nach dem Krieg unzufrieden, hob aber auch einige Zeitungen mit einem propagandistisch wertvollen Inhalt heraus und bezog damit dezidiert Stellung dazu, wie die sowjetische Berichterstattung zur Nachkriegszeit zu gestalten sei.[37] So habe

35 CDAHOU 1-6-829, ark. 37–44: Protokol No. 71 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy (5.–15. September 1945), 30-op.: O voskresnych nomerach respublikanskich, oblastnych, gorodskich i rajonnych gazet Ukrainy za 26 avgusta i 2 sentjabrja 1945 goda.

36 Ebenda, ark. 42.

37 Vgl. oben Anm. 35.

„Radjans'ka Ukraïna" positiv von der Getreideproduktion und der Herbstaussaat und von Themen wie den Perspektiven der Erdölindustrie in der Karpaten-Ukraine, der Produktion von Konserven in Cherson und ähnlichem berichtet. Ein Artikel über „Die verantwortungsvolle Aufgabe der politischen Massenarbeit" und ein Beitrag über die Arbeit unter den Repatriierten wurden besonders herausgehoben. Die fehlende Darstellung der Geschichte der Partei und der sowjetischen Heimat wurde gerügt. Die Zeitung „Pravda Ukrainy" behandelte ähnliche Themenstellungen, nämlich den Gang der Getreideproduktion und die Aussaat. Überzeugend sei die Darstellung „Die Stachanov-Arbeit der Kolchosarbeiter unserer Heimat". Weiter wurde über das Parteileben und die Pflicht der Kolchosarbeiter, ihren Weizen rechtzeitig an den Staat abzuliefern, und über internationale Politik unter der Überschrift „Über die Arbeitslosigkeit in den kapitalistischen Staaten" informiert. Vermisst wurden Beiträge über das Repertoire von Kinos und Theatern. Beide Zeitungen waren außerdem mit mehrstündiger Verspätung erschienen. Das Fazit zu den Zeitungen „Vil'na Ukraïna" (Lemberg) und „Vorošilovgradskaja Pravda" fiel hingegen fast uneingeschränkt positiv aus. Erstere publizierte neben Themen wie der Ernte in der Rubrik „Parteileben" einen Artikel über die „politische Massenarbeit unter der Intelligenz der Stadt Lemberg" und einen Beitrag zur Geschichte des Buchdruckes in Lemberg. In der Sonntagsnummer von „Socialistyčna Charkivščina" wurden eine ausführliche geographische Beschreibung des Gebiets und ein Artikel über Atomenergie hervorgehoben. Wenig Gnade fand „Radjans'ke Podillja" aus Kamjanec'-Podil'skyj, die statt am 26. August erst zwei Tage später erschienen war. Verspätung wurde auch bei den Gebiets-Zeitungen „Kievskaja Pravda", „Naddniprjans'ka Pravda" (Cherson) und „Zorja Poltavščina" (Poltava) gerügt. Aus der Menge der städtischen und Rajon-Zeitungen wurde „Makeevskij rabočij" aus Makeev als am interessantesten eingestuft. Deren zweite Seite – mehr waren es wohl insgesamt nicht – war den Kriegshelden aus Makeev gewidmet. Als „langweilig" erachtet wurden einige städtische Zeitungen. Bei „Bil'šovic'ka zirka" fiel ins Gewicht, dass der Frage der Getreideproduktion nur ganze zwölf Zeilen gewidmet worden seien. „Za socialistyčnu peremohu" habe nur sehr oberflächlich das Leben des Rajons beschrieben und die Unzulänglichkeiten der Kolchos- und MTS-Stationen „zahnlos" kritisiert. Inhaltlich nicht viel besser wurde „Komuna stepu" aus Geničesk beurteilt. Die Zeitung lenke vom Kolchosleben ab und ignoriere gar den Kampf um Arbeitsdisziplin.

Insgesamt kam es im ukrainischen Zeitungswesen nach dem Krieg zu einem West-Ost-Gefälle, da Zeitungen in der Westukraine zuverlässiger und häufiger an den Leser gebracht wurden. Dies ist aber eigentlich nicht verwunderlich, denn hier wurden besondere Anstrengungen zur Indoktrinierung der Bevölkerung unternommen. Die Versorgungsrate mit Zeitungen im Gebiet Lemberg war hoch: Im Mai

1946 erschienen hier insgesamt eine städtische und 28 Rajon-Zeitungen mit einer Auflage von 54.500 Exemplaren und zwei Ausgaben wöchentlich.[38]

2.1.2 Propaganda in der Sowjetukraine in den Grenzen vor 1939

Die Rückkehr der evakuierten Kulturgüter

Die Situation der kulturellen Einrichtungen in den zuvor okkupierten sowjetischen Gebieten glich nach dem Krieg jener der Bevölkerung. Kunstschätze, Museumsbestände und Theaterausstattungen waren wie die Menschen bei Kriegsbeginn in aller Eile nach Osten evakuiert worden; während der Besetzung waren neben Museums- und Kunstgegenständen auch Bibliotheken und Archivbestände von deutschen Stellen verschleppt worden.[39] Die evakuierten ukrainischen Kulturgüter lagerten nach dem Krieg oft Tausende Kilometer von ihrem Herkunftsort entfernt. 50 Kisten aus dem Historischen Museum Kiev beispielsweise befanden sich in Čeljabinsk und Ufa, Exponate aus dem Museum für westliche und östliche Kunst sowie aus dem Museum für russische Kunst in Pensa, Saratov und Ufa. In Aktjubinsk und Orenburg waren Bestände des Historischen Museums von Dnipropetrovs'k zwischengelagert, das Heimatmuseum von Poltava hatte 18 Kisten nach Ufa, Tjumen' und Sverdlovsk abtransportieren lassen. Die Staatsgalerie von Charkiv hatte wie die Kiever Ševčenko-Galerie und das gleichnamige Museum wertvolle Gegenstände nach Krasnojarsk geschickt, von wo sie weitergeleitet worden waren. Bestände aus Museen in Odessa waren nach Ufa und aus der Gemäldegalerie Sevastopol' nach Tomsk gelangt.[40] Die Evakuierungen waren chaotisch verlaufen. Oft fehlten Verpackungsmaterial, Transportmittel und Bestandslisten, manche Züge erreichten ihren Bestimmungsort nicht, kamen aber überraschend in anderen Städten an, wo für ihre Unterbringung nichts vorbereitet war. Sowjetischen Angaben des Jahres 1944 zufolge waren nur 26 von 174 ukrainischen Museen teilweise oder ganz evakuiert worden. Die Gesamtzahl der ukrainischen Kunstwerke vor dem Krieg gab das sowjetische Kulturministerium mit drei Millionen an. Dies scheint aber überhöht angesichts der Zahl von 12.000 bzw. 30.500 Exponaten, die laut dem ukrainischen Kunstkomitee evakuiert worden waren.[41]

Nach dem Krieg mussten die Kunstgegenstände wieder an ihren Ursprungsort zurückgebracht werden. Dies geschah nicht planlos, sondern auf Veranlassung des ZK

38 KŽ 1, Nr. 145.

39 GABRIELE FREITAG, ANDREAS GRENZER Der nationalsozialistische Kunstraub in der Sowjetunion, in: EICHWEDE, HARTUNG (Hrsg.), »Betr.: Sicherstellung«, S. 20–66, hier S. 41–47.

40 ANDREAS GRENZER Die Reaktion: Sowjetische Evakuierungen und Sicherungsmaßnahmen, in: EICHWEDE, HARTUNG (Hrsg.), »Betr.: Sicherstellung«, S. 124–140, hier S. 131–133; vgl. weiter: PATRICIA K. GRIMSTED The Fate of Ukrainian Cultural Treasures During World War II. The Plunder of Archives, Libraries and Museums under the Third Reich, in: JBfGOE 39 (1991) S. 53–80.

41 GRENZER Die Reaktion (wie oben Anm. 40), S. 133.

und des Ministerrats in Kiev, die für die evakuierten Güter individuell die Rückkehr anwiesen. Dabei wurde nicht abgewartet, bis sich die Situation in der Heimat entspannt hatte, sondern die Kunstschätze sollten keinen Augenblick länger als nötig in der Evakuierung verbleiben. Zum einen war die Gefahr ihres Verlustes umso größer, je länger die Güter unterwegs waren. Andererseits bedeutete die Rückkehr der zum nationalen Erbe gehörenden Gegenstände ein ernsthaftes Zeichen für die Bevölkerung, dass man zur Normalität und zum Alltag zurückgekehrt sei und dass das Erbe der Vorfahren den „Barbarensturm" überlebt habe. Insgesamt ist jedoch erstaunlich, dass Theater, Schulen, Kinos, Museen und andere öffentliche Institutionen so schnell und so früh wieder zur Arbeit angehalten wurden. Bereits im April 1944 beschloss der Ministerrat,[42] den „Bildfonds aus Museen der Ukraine" zurückzuholen. Für Mai/Juni 1944 wurden daher die Bestände verschiedener Kiever Museen wie des Museums für ukrainische Kunst, für russische Kunst, für westliche und östliche Kunst sowie des Kunstmuseums Poltava und zweier Museen aus Odessa aus der Stadt Ufa zurück nach Charkiv verbracht. Die Schätze des Kunstmuseums Dnipropetrovs'k, die während des Krieges in Aktjubinsk Schutz gefunden hatten, konnten ebenfalls im Frühjahr 1944 ihre Heimreise wieder antreten.

In einem ähnlichen Vorgang orderte man Theaterrequisiten zurück. Per Ministerrats-Beschluss wurde im Juli 1944 das ukrainische staatliche Theater der Roten Revolution aus der Stadt Kujbyšev nach Odessa zurückgebracht.[43] Aus Alma Ata sollte das Ukrainische Dramatische Theater „imeni Leninskij komsomol'" in die Stadt Pervomajs'k, Gebiet Odessa, zurückgeführt werden. Das Gebiets-Exekutivkomitee hatte dabei Quartiere für die Arbeiter, Möbel und eine Kantine vorzubereiten. Um den Theaterbetrieb alsbald wieder aufzunehmen, mussten jedoch noch Zerstörungen vor Ort behoben werden.

Die Versorgung der Ostukraine mit Theatern wurde ebenfalls in ZK-Beschlüssen festgelegt. Die Errichtung von Kinos bzw. deren Wiederaufbau regelte ein ZK-Beschluss vom 30. Juni 1944. Die Umsetzung im Gebiet Charkiv[44] sah vor, einzelnen Rajons die Grundausstattung wie Elektrostationen und stationäre Apparate zuzuteilen, zerstörte Kinogebäude zu renovieren und den jeweiligen Rajonabteilungen zur Nutzung für 15 bis 20 Tagen monatlich zu übergeben. Als Spezialisten waren mindestens 30 Kinomechaniker in der zweiten Jahreshälfte 1944 auszubilden, um die Ausstattung aller Rajonzentren des Gebiets mit Kinos bis spätestens Januar 1945 zu vollenden. Nach dem Krieg war es außerdem noch immer üblich, mobile Kinoapparate – *peredviški* – einzusetzen und Kinofilme in Klubs oder Schulen vorzufüh-

42 RGASPI 17-44-1632, l. 5–6: Protokol No. 37 zasidannja RNK URSR i CK KP/b/U, 5-op.: Pro reevakuaciju kartinnych fondiv chudožnich muzeïv Ukraïny (1. März 1944).

43 RGASPI 17-44-1633, l. 46: Protokol No. 38 zasidannja RNK URSR i CK KP/b/U (5.–31. Mai 1944), 97-op.: Pro reevakuaciju teatriv Odes'koï oblasti (22. Mai 1944).

44 DAChO 2-2-250, ark. 1–55: Protokol No. 106 zasidannja Charkivs'koho Obkomu KP(b)U vid 2.10.1944 r., hier ark. 11–12: Pro kinofikaciju rajcentriv oblasti. /Dopov. tov. Čurajev/. 2. Oktober 1944.

ren. In der Westukraine wurde eine spezielle Ausbildung für die Angestellten angeboten:[45] 957 „kinematographische Arbeiter" waren in Kurzkursen anzulernen, 120 Finanzarbeiter für Theater und ähnliche Unternehmen in zweimonatigen Kursen auszubilden. Auch 4.000 Radio- und Fernmeldespezialisten wurden benötigt. In den Ensembles in der Ukraine war freilich nicht daran zu denken, ohne weiteres wieder Routine einkehren zu lassen. Vielmehr wurde bereits vor der Rückkehr aller Künstler unter vielen Improvisationen mit Aufführungen begonnen. Die Theater mussten versuchen, den Spagat zwischen ihren künstlerischen Ansprüchen, geringem Budget und der staatlichen Forderung nach qualitativ hochwertigen und der Partei dienenden Aufführungen zu überbrücken. Außerdem erschütterten interne Spannungen die Künstler, unter denen sich die Evakuierten und die während der Okkupation Verbliebenen gegenüber standen. Stellvertretend für viele Bühnen im Land mag die Situation im Gebiet Odessa sein:[46] Hier wurde der Theaterbetrieb bereits in den ersten Tagen nach der sowjetischen Rückeroberung wieder aufgenommen,[47] so dass im Februar 1945 sieben Theater geöffnet hatten:[48] das berühmte Opern- und Ballett-Theater, das Ukrainische Dramentheater, das Theater der Roten Armee, des Theater des Jungen Zuschauers, das Puppentheater, das Russische Drama und das Theater der Musikalischen Komödie. Das Gebiet verfügte darüber hinaus über 33 Kinos. Alle Bühnen wurden von der Propaganda-Abteilung kontrolliert. Für das Jahr 1944 zählte man 1.643.000 Besucher in der Stadt und 245.000 auf dem Land, insgesamt also 1.894.000.

Weil die Theater auch unter der rumänischen Herrschaft ihren Betrieb weiter geführt hatten, unterlag das Theaterleben strikter staatlicher Kontrolle.[49] Die Leiterin des Kultur- und Bildungssektors der Abteilung für Agitation und Propaganda am Gebiets-Exekutivkomitee verfasste im Juni 1945 eine interne Beurteilung über die Theater Odessas, die sich vor allem an der Parteiloyalität orientierte.[50] Die von ihr aufgedeckten „Missstände" – auch in künstlerischer Hinsicht – wurden in der Presse freilich nicht erwähnt. Zum Opern- und Ballett-Theater Odessas schrieb sie, es führe dasselbe Repertoire wie zur Zeit der Okkupation auf. Eine Reihe der Vorstellungen verlaufe auf niedrigem Niveau, was vor allem der schlechten Kommunikation zwi-

45 RGASPI 17-45-1969, l. 16–28: Protokol No. 56 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy (16.–28. Februar 1945), 7-op.: O meroprijatijach po podgotovke massovych kadrov dlja zapadnych oblastej USSR (16. Februar 1945).

46 Über den Wiederaufbau von Schulen und Theatern in Odessa nach dem Zweiten Weltkrieg vgl. Istorija Odesy, S. 425.

47 Teatram Odessy - bol'ševistskoe rukovodstvo, in: Bol'ševistskoe znamja. Organ Odesskogo Oblastnogo i Gorodskogo komitetov KP(b)U (13. Januar 1945) Nr. 9 (1323) S. 3.

48 DAOO FP 11-11-390, ark. 17–22: Spravka o sostojanii agitacionno-propagandistskoj raboty v *Odesskoj oblasti na I-e fevralja 1945g. [Keine Unterschrift, kein Datum.] Hier ark. 20–21.*

49 Istorija Odesy, S. 407.

50 DAOO FP 11-11-390, ark. 100–107: Spravka o rabote Odesskich teatrov. [Gez.] Zav. sektorom kul't.-prosvet. učreždenii otdela agitacii i propagandy obkoma KP/b/U V. Maksimova. Odessa, 6. Juni 1945.

schen der Theaterleitung und den Schauspielern zugeschrieben wurde; manche erschienen bei Aufführungen betrunken. Bei der Besetzung wurde das Fehlen männlicher Chorsänger, Ballett-Tänzer sowie Orchestermusiker bemängelt, die wohl mehrheitlich noch eingezogen waren. Ein interner Konflikt bestand im Antagonismus zwischen jenen Ensemble-Mitgliedern, die während der Okkupation evakuiert worden waren, und jenen, die in Odessa geblieben waren. Letztere wurden als „ideologisch verdorben" beargwöhnt. Einige Schauspieler verlangten offen vom Gebiets-Exekutivkomitee, Künstler, die nicht evakuiert worden waren, aus ihren Reihen auszuschließen. Ob dahinter ein politisch motivierter Gegensatz oder der Versuch, konkurrierende Kollegen loszuwerden, stand, ist nicht ersichtlich.

Das Gesamtergebnis der Untersuchung wurde bei allen Theatern Odessas ein niedriges erzieherisches Niveau der Schauspieler kritisiert, die „nicht an der Formierung ihrer politischen Weltsicht arbeiteten". Zu den Leistungsmängeln gehörten ein ungenügend vorbereitetes Repertoire und zu geringe Anforderungen an die Künstler, von denen einige Schauspieler gleichzeitig für Firmen arbeiteten, um ein zweites Gehalt zu bekommen. Es bleibt festzuhalten, dass der Staat nach dem Krieg von den Theaterensembles rasch die Aufnahme ihrer Arbeit verlangte. Dabei wurde geringer künstlerischer Anspruch genauso in Kauf genommen wie eine zweifelhafte Vergangenheit unter rumänischer Okkupation.

Der Aufbau der Bildungseinrichtungen

Neben dem Aufbau der Schwerindustrie und der Landwirtschaft konnte sich die sowjetische Herrschaft einen wesentlichen Fortschritt bei der Massenbildung zugute halten. Insbesondere ab dem Ende der zwanziger Jahre wurde ein von den Städten auf das Land übergreifender „Kulturfeldzug" einschließlich des Kampfes gegen das Analphabetentum initiiert. Gleichzeitig schaltete sich die Partei immer stärker in das Bildungswesen ein.[51] 1930 wurde die allgemeine Grundschulpflicht in der Sowjetunion eingeführt.[52] Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges konnten die kriegsbeschädigten Schulen in den vorher besetzten Gebieten relativ rasch wieder in Funktion gesetzt werden. Schon in Schuljahr 1943/44 standen in der Ukraine 12.800 Schulen für 1,7 Millionen Kinder offen. Am 1. September 1945 besuchten insgesamt 4,7 Millionen ukrainischer Schüler 26.751 Schulen. So waren am Ende des Krieges 90% der ukrainischen Schulen in Betrieb.[53]

Die Inhalte der schulischen Bildung und Erziehung in der Sowjetunion wurden von der Partei vorgegeben. In der Erziehung galt wie in der Kunst das Prinzip der Parteilichkeit, das die Schule unausweichlich an die Politik band. Eines ihrer päda-

51 OSKAR ANWEILER Geschichte der Schule und Pädagogik in Rußland vom Ende des Zarenreiches bis zum Beginn der Stalin-Ära. 2. durchgesehene Aufl. Berlin 1978, S. 341–345. Siehe auch LARRY E. HOLMES The Kremlin and the Schoolhouse. Reforming Education in Soviet Russia, 1917–1931. Bloomington, Indianapolis 1991, S. 109–140.

52 LIEBER, RUFFMANN (Hrsg.), Der Sowjetkommunismus, Band 2, S. 403–404.

53 KOVAL' Podvyh narodnyj, S. 123.

gogischen Ziele bestand in der Vermittlung der bolschewistischen Moralvorstellungen für den neuen sowjetischen Menschen, der sich neben der Einhaltung einer gesunden Lebensführung bereitwillig in den Dienst von Partei und Staat stellte.[54] Schulen, Hochschulen und alle anderen Ausbildungseinrichtungen sowie der gesamte Wissenschafts- und Lehrbetrieb waren im sowjetischen System permanenter staatlicher Durchleuchtung unterworfen.[55] Lehrer, Professoren und der zu verbreitende Unterrichtsstoff wurden ständig daraufhin überprüft, ob sie der Parteidoktrin entsprachen. Dass diese die Lehrinhalte festsetzte, auch wenn sie wissenschaftlich nicht fundiert waren und sogar im Widerspruch zu sicheren Erkenntnissen standen, ist ersichtlich an den für verbindlich erklärten Theorien des Agro-Biologen Trofim Denisovič Lysenko (1898–1976), der behauptete, erworbene Eigenschaften könnten über das Erbgut weitergegeben werden,[56] und bei der Verwerfung der Einsteinschen Formeln bis zum Kiever Physikerkongress 1959.

Nach dem Krieg mussten die Bildungseinrichtungen insbesondere den Triumph über NS-Deutschland, die tragende Rolle Stalins dabei und erneut die nachdrückliche Verbreitung des Sowjetpatriotismus vermitteln.[57] Der ukrainische Ministerrat befahl ferner dem Bildungsministerium die Herstellung neuer Schulbücher, die in allen ukrainischen Schulen ab dem Schuljahr 1946/47 verwendet werden sollten.[58] Russisch war als obligatorische Unterrichtssprache in allen nicht-russischen Schulen bereits 1938 durch einen Regierungserlass festgelegt worden, was jedoch durch bürokratische und finanzielle Hindernisse nur teilweise umgesetzt wurde.[59] In der

54 Zu den Prinzipien des bolschewistischen Moralkodexes, an den sich alle Parteimitglieder zu halten hatten und der auf dem 22. Parteitag der KPdSU schriftlich festgelegt wurde, vgl. DIETER KEGLER Das Ethos der russischen Pädagogik. Studien zum Erziehungsbegriff in Rußland seit Pirogov. Sankt Augustin 1991, S. 110; zur Moral des von den Bolschewiken propagierten homo novus ebenda, S. 107–118.

55 Vgl. CHRISTOPH MICK Wissenschaft und Wissenschaftler im Stalinismus, in: PLAGGENBORG (Hrsg.), Stalinismus, S. 321–361.

56 Zusammenfassend zum „Wirken" Lysenkos vgl. BEYRAU Intelligenz und Dissens, S. 102–117; CHRISTOPH MICK Wissenschaft und Technologie, in: Handbuch der Geschichte Russlands. Band 5, S. 907–970, hier S. 915–919.

57 Dieser war in den dreißiger Jahren in den Schulen vorgeschrieben worden, um die Identifikation der Sowjetbürger mit ihrem großen Land zu fördern. Er diente als Vorstufe und Voraussetzung für die Liebe zu Stalin und zur Partei, zur Verschleierung der politischen Machtverteilung – die de facto in den Händen Stalins lag, aber laut Propaganda auf die gesamte Arbeiterklasse aufgeteilt wurde –, zur Erzeugung von Hass auf innere und äußere Feinde des Staates und zur Mobilisierung für staatliche Aufgaben; GUNDULA HELMERT Schule unter Stalin 1928 bis 1940. Über den Zusammenhang von Massenbildung und Herrschaftsinteressen. Berlin 1994, S. 34–37.

58 RGASPI 17-45-1969, l. 145–148: Protokol No. 57 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy (1.–15. März 1945), 2-op.: Ob učebnikach po ukrainskomu i russkomu jazykam dlja načal'nych škol USSR (1. März 1945).

59 Zur Anwendung dieses Erlasses vgl. PETER A. BLITSTEIN Nation-Building or Russification? Obligatory Russian Instruction in the Soviet Non-Russian School, 1938–1945, in: SUNY, MARTIN (eds.), A State of Nations, S. 253–274.

Nachkriegs-Ukraine wurde das Ukrainische als Unterrichtssprache dadurch unterhöhlt, dass die Lehrbücher gleichermaßen russisch und ukrainisch zu verfassen waren, und bei einem Alternativangebot russisch als lingua franca von den Schülern bevorzugt wurde. Allerdings sollten die Sprachlehrbücher in „lexikalischer und stilistischer Hinsicht die Verwandtschaft der beiden Brudersprachen" darstellen, wobei auf „kindgerechtes folkloristisches Material", auf das „große Erbe der klassischen ukrainischen und russischen Literatur" und auf Werke sowjetischer Schriftsteller zurückzugreifen war.

So gründlich wie Lehrmittel und Unterrichtsstoff wurden nach dem Krieg die Lehrer und die Bildungseinrichtungen in der Ukraine auf die staatliche Linie eingeschworen. Wie sich dies vor Ort äußerte, soll am Beispiel des Gebiets Odessa nachvollzogen werden. Bereits kurz nach der sowjetischen Rückeroberung wurde hier noch im Oktober 1944 der Lehrbetrieb in 16 VUZy, in 13 wissenschaftlichen Instituten sowie in den 23 Technika Odessas aufgenommen. Eine feierliche Veranstaltung für Studenten und Professoren in der Oper am 2. Oktober 1944 ging dem Unterrichtsbeginn voraus.[60] Zum Jahresbeginn 1947 waren in Odessa für 16.314 Studenten 18 VUZy geöffnet, 37 Technika unterwiesen 12.220 Studenten. Zudem waren in der Stadt 13 wissenschaftliche Forschungsinstitute und weitere 14 wissenschaftliche Institutionen tätig.[61] Im Gebiet Odessa waren im September 1944 insgesamt 1.290 Schulen geöffnet;[62] 1.143 ukrainische, 97 russische und 44 „moldauische" (also rumänischsprachige). Die Kriegsfolgen waren hier unmittelbar zu spüren. Viele Gebäude mussten repariert werden; für die Schüler und insbesondere für Waisen und Kinder von Frontsoldaten waren Schulspeisungen, Kleidung und Schuhe zur Verfügung zu stellen. Dabei leisteten auch Kolchosen Hilfe. Außerdem musste der Unterricht von Schulen, die noch von militärischen Einheiten besetzt waren, in andere Gebäude verlegt werden. Dennoch erhielten die Schüler am ersten Schultag nach sowjetischer Tradition sogar Geschenke.

Die Abteilung für Propaganda und Agitation am Gebietskomitee erachtete in Odessa die marxistisch-leninistische Erziehung der Kader der Intelligenz als sehr wichtig, weil ein beträchtlicher Teil dieser auf dem okkupierten Territorium geblieben war.[63] Die Unterweisung der Kader wurde in zwei Stufen durchgeführt: Zunächst wurden Konferenzen mit Vorträgen „Über die militärpolitische und internationale Lage der UdSSR", „Über die Verbrechen der deutsch-rumänischen Usurpatoren" und „Über die heldenhaften Siege der Roten Armee" abgehalten; danach wurde

60 Pravda Ukrainy Nr. 135 (7515) (4. Oktober 1944) S. 1.

61 DAOO FP 11-12-129. Otčet o rabote obkoma KP(b)U za 1946 god. Hier ark. 77.

62 DAOO FP 11-11-156, ark. 38–38ob.: Otčet o prevedenoj rabote v avguste mesjace Otdela škol Odesskogo obkoma KP/b/U. [Gez.] Zav. Otdelom škol Odesskogo obkoma KP/b/U Razumovskij. Odessa, 19. September 1944.

63 DAOO FP 11-11-389, ark. 41–42: [An:] Gor. Moskva - CK VKP/b/ Upravlenie propagandy i agitacii. Po voprosu o rabote s intelligenciej v gor. Odesse i Odesskoj oblasti. [Gez.] Sekretar' Odesskogo Obkoma KP/b/U po propagande i agitacii Sosnovskij. 28. Mai 1945.

in kleineren Gruppen Lehrpraxis geübt. Der zweite Teil umfasste die systematische und vertiefte Arbeit mit der marxistisch-leninistischen Theorie und Philosophie sowie der Geschichte der UdSSR. Ferner wurden in jedem städtischen Rajon ständige Seminare zur Lektüre des Stalinschen Werkes „Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion“[64] und für andere Lehraktivitäten gegründet.

Die Indoktrinierung der Intelligenz wurde auf vielfältigen Wegen verfolgt: Am „Dom učenych“ in Odessa wurde ein Seminar eingerichtet, an dem Lehrer in den Werken Stalins unterrichtet wurden. Gleichzeitig wurde auf Themenabenden und Konferenzen der Jubiläen einzelner Künstler gedacht, darunter der Schriftsteller Čechov sowie Repin, Skovoroda, Majakovskij und Krylov. In die propagandistische Tätigkeit fiel auch die politische Unterweisung der Künstler der Opern und Theater Odessas.

Als besonders positives Beispiel für die „Arbeit mit der Intelligenz“ wurde in einem Rajon ein Lehrerseminar mit 80 Teilnehmern gewürdigt, das die Lektüre eines Stalin-Werkes vollendet, einen Zyklus wissenschaftlich-populärer Unterrichtsstunden gehört habe und dann zur Unterweisung im „Kratkij kurs istorii VKP(b)“ überging. Für andere Gruppen der Intelligenz – Ärzte, Krankenschwestern, Ingenieure und technisches Personal – wurden ebenfalls zyklisch Lektionen angeboten.

An MTS und medizinischen Instituten wurden Politikzirkel („politkružki“) unterhalten. Kleinere Lektorengruppen mit sieben bis 15 Teilnehmern existierten in einer Reihe von Rajons. Die Lektoren, Lehrer, Ärzte, Agronomen und andere Dozenten, traten auch vor einem größeren Auditorium in den Klubs der Rajons und Kolchosen auf. In einigen Rajons gab es „politškoly“ (Politische Schulen) für die „Dorfintelligenz“. In diesen Institutionen arbeiteten, auf das gesamte Gebiet Odessa gesehen, 1.448 Lehrer, die während der Frühjahrsaussaat 1945 auf Kolchosen und in Arbeitsbrigaden eingesetzt waren; Agitatoren mussten also mobil einsetzbar sein. Beklagt wurde, dass die Unterweisung der Dorf-Intelligenz vor allem deshalb Schwierigkeiten bereite, weil zu wenig politische Literatur vorhanden sei.

Für Lehrer wurden spezielle Veranstaltungen unter Teilnahme des Leitenden der Propagandaabteilung und der Sekretäre der Rajon-Komsomolabteilungen durchgeführt.[65] Auf einer solchen Veranstaltung, die von 16. bis 18. August 1944 stattfand, waren beispielsweise Vorträge über „Die internationale Lage“ und „Grundlegende Züge der russischen klassischen Philosophie“ zu hören. Nachdem auch der Leiter der Partei- und Komsomolorganisation sowie Professoren und weitere Mitarbeiter der VUZy anwesend waren, wurde das „politische Niveau“ der Veranstaltung als sehr hoch bezeichnet.

64 Zu diesem Werk vgl. im Kapitel über die Aufarbeitung des Krieges.
65 Vgl. oben Anm. 62.

2.1.3 Propagandaaufbau in der Westukraine

In der Westukraine hatte die großangelegte staatliche Propaganda unter der Bevölkerung neben der Überzeugungsarbeit die Terrormaßnahmen, mit der das Regime die Sowjetisierung vorantrieb, zu unterstützen. Dabei war die westukrainische Bevölkerung von den Vorteilen der Sowjetherrschaft erst zu überzeugen, wobei funktionierende propagandistische Strukturen erst zu schaffen waren. Eine „Hinwendung des Präsidiums des Obersten Sowjets der Volkskommissare der USSR und des Zentralkomitees der KP(b)U an die Bevölkerung der westlichen Gebiete der Ukraine" vom November 1944, in der die Einwohner der Westukraine gleichsam begrüßt wurden und ihnen eine Vision des sowjetischen Lebens nahegebracht wurde, erhielten die Gebiete Lemberg, Rivne, Volyn', Drohobyč, Stanislav, Ternopil' und Černivci in Form einer Broschüre mit einer Auflage von 50.000 Exemplaren zusammen mit 10-20.000 politischen Plakaten.[66] Die Exekutivkomitees der Gebiete wurden angehalten, den Text über Agitatoren zu verbreiten. Er bestand aus einer 15-seitigen Rede, das eigentliche Thema kam dabei erst in der zweiten Hälfte zur Sprache. Die Argumentation verlief geradlinig, die Sprache war einfach und von Wiederholungen geprägt. Als rhetorisches Stilmittel wurde durchgängig die Schwarz-Weiß-Zeichnung der gegenwärtigen Situation der Westukraine verwendet. Dabei wurde der Adressat immer stärker in die Erfolge der Sowjetherrschaft einbezogen. Am Schluss sollte ihm klar geworden sein, dass er auf der Seite der Sowjetunion stand und er sich gegen deren Feinde zur Wehr zu setzen hatte, weil er nur mit ihr eine Zukunft besaß. Bereits die Anrede „Liebe Brüder, Ukrainer und alle Bürger, die das Territorium der westlichen Gebiete unserer heimatlichen Ukraine bewohnen" sorgte für einen persönlichen Bezug der Zuhörer zur neuen politischen Herrschaft.[67] Stalin wird in den ersten vier Absätzen gleich dreimal erwähnt, erst beim letzten Mal wird auch Lenin hinzugefügt. Als Gegner der Sowjetunion werden die deutschen Okkupanten, von denen die ruhmreiche Rote Armee die ukrainische Erde befreit habe, aber auch das zaristische Russland genannt, das alle Arbeiter geknechtet habe. Den „ewigen Traum der Völker von einem freien, unabhängigen, glücklichen und wohlhabenden Leben" habe aber erst die Oktoberrevolution 1917 erfüllt. Nach dieser Einleitung folgte ein Schnellkursus zu den Lehren des Marxismus-Leninismus, der litaneiartig erklärte, dass Bauern, Arbeiter und die Intelligenz unter der Herrschaft

66 RGASPI 17-44-1641, l. 274–289: Protokol No. 50 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy, 1-op.: Ob obraščenii Prezidiuma Verchovnogo Soveta, Soveta Narodnych Komissarov USSR i Central'nogo Komiteta KP/b/U „K naseleniju zapadnych oblastej USSR". (27. November 1944). Ebenda, l. 267–289: Text der Hinwendung als Beilage.

67 Die Anrede „Brüder" war für sowjetische Verhältnisse ungewöhnlich. Stalin hatte sie schon einmal kurz vorher in einer außerordentlichen Situation benutzt, nämlich bei seiner ersten Rundfunkrede nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion, und damit die Aufmerksamkeit der Zuhörer geweckt. Auch in den Zeitungen hieß es: „Kameraden! Bürger, Brüder und Schwestern! Kämpfer unserer Armee und Flotte. Ich wende mich an Euch, meine Freunde!" (BROOKS Thank you, comrade Stalin! S. 161).

der Bourgeoisie ein hartes Leben fristeten. Für ein menschenwürdiges Leben müsse die Macht in den Händen der Arbeiter konzentriert werden, diese sollten über alle materiellen Güter verfügen und eine „nationale Würde" erhalten. All dies sei innerhalb der Sowjetunion, der „freiwilligen Vereinigung von 16 freien und gleichberechtigten Republiken, die jedem Volk sein staatliches Leben ermöglichten", der Fall. Das Motiv der nationalen Unabhängigkeit, für die Ukrainer von eminenter Wichtigkeit, wurde im Weiteren besonders hervorgehoben. Alle Völker würden in ihrer Muttersprachen unterrichtet, die Sowjetunion sei „national in der Form, sozialistisch in ihrem Inhalt" (dies war ein Rückgriff auf die längst aufgegebene Politik der *korenizacija* der zwanziger Jahre), dabei sei die Freundschaft der freiwillig vereinten Völker eine Grundlage des Staates. Eine Einschränkung wird jedoch gemacht: Das „russische Volk als älterer Bruder in der befreundeten Familie der Völker" helfe unaufhörlich allen „bei der Blüte der Volkswirtschaft, der Wissenschaft, der Kunst und der Kultur".

Im Text hieß es, das ukrainische Volk der Westukraine habe in einer Volksversammlung vom 26. bis zum 28. Oktober 1939 einstimmig für die Angliederung an die UdSSR gestimmt und somit der Jahrhunderte langen Teilung des ukrainischen Volkes ein Ende bereitet.[68] Damit wurde auf das eigentliche Thema der Darlegung hingeführt, den Kampf gegen die „ukrainisch-deutschen Nationalisten", die sich der Sowjetisierung widersetzten. Diese versprächen den Ukrainern einen „unabhängigen Staat", in Wirklichkeit seien sie aber „Agenten des deutschen Faschismus" und wollten die Ukrainer von ihrem Bruder, dem russischen Volk, und den anderen sowjetischen Völkern trennen. Ihr Ziel bestehe darin, den Deutschen den ukrainischen Wohlstand, das Land, die Fabriken und Betriebe zu übergeben. Außerdem sei ein „ukrainischer Staat" sowieso hinfällig, denn dieser bestehe ja als Sowjetrepublik bereits. Diese Begründung erhellte, weshalb im Text vorher so ausführlich auf die Fiktion der staatlichen Eigenrechte der Ukraine innerhalb der Sowjetunion eingegangen worden war. In einem ausführlichen Appell wurden dann die Ukrainer, die sich auf die Seite der deutschen Agenten in den Organisationen der „OUN, der UPA, der Banderisten, Mel'nikovisten und anderer Nationalisten" gestellt hatten, dazu aufgerufen, ihr Land auf der Seite der Roten Armee zu verteidigen. Sie sollten die Wälder verlassen und in ihre Dörfer zu ihren Vätern, Müttern, Frauen und Kindern zurückkehren. Dafür wurde ihnen Amnestie angeboten, andernfalls drohe ihnen und ihren Helfern die ganze Härte des Gesetzes.

Mit dieser Drohung wird zum Schluss auf die Kollektivierung der Landwirtschaft in der Westukraine übergeleitet, die zu dieser Zeit noch am Anfang stand: Die Kolchosen hätten schon im laufenden Jahr eine gute Ernte erzielt. Dennoch stehe man noch vor großen Problemen: Die deutschen Okkupanten hätten die Bauern in den Ruin getrieben, so dass es jetzt vieler Anstrengungen bedürfe, um die Wunden des

68 Zur Annexion der Westukraine vgl. im Kapitel über die Ukraine nach 1918.

Krieges zu heilen. Die Vorzüge der Kolchosen würden alle Bauern dazu veranlassen, freiwillig einzutreten.

Insgesamt dürfte die Rede trotz des national-ukrainischen Pathos und des Versprechens auf wirtschaftliche Stabilität in den Augen von Westukrainern deshalb nicht gewirkt haben, weil die Zuhörer von den tatsächlichen Umständen der sogenannten nationalen Staatlichkeit unter sowjetischen Verhältnissen und vom Verlust an Eigentum wussten, der für freie Bauern mit dem Eintritt in eine Kolchose verbunden war. Der Text dürfte auch deshalb eine zwiespältige Wirkung hervorgerufen haben, weil die Gewaltherrschaft zwischen 1939 und 1941 keineswegs vergessen war. Daher ist anzunehmen, dass er seinen Zweck eher verfehlte als erreichte.

Im Wissen um die Widerstände innerhalb der Bevölkerung griff die Sowjetregierung auf ein propagandistisches Mittel zurück, das bereits in der Ukraine der zwanziger Jahre angewandt worden war: Als eine Besonderheit wurde in der Westukraine eine regionale „Ukrainisierung" durchgeführt. Die mit der Sowjetisierung einhergehenden Maßnahmen, die von der Bevölkerung in weiten Teilen abgelehnt wurden, sollten nicht noch durch eine Russifizierung belastet werden. Gleichzeitig sollte den ansässigen Einwohnern vermittelt werden, sie würden nun, wenngleich innerhalb der Sowjetunion, in eine Art „ukrainischer Nationalstaat" einbezogen. Damit wurde die sowjetukrainische Idee dem nationalukrainischen Gedanken der OUN/UPA entgegen gesetzt. Mit dieser Maßnahme bewies das Sowjetregime gleichzeitig einen Pragmatismus, der über eine propagandistische Zielsetzung hinausging. Die Ukrainisierung zeigte sich behördenintern wie im öffentlichen Leben. Beispielsweise wurde der Schriftverkehr der Behörden aus und nach Kiev in ukrainischer Sprache geführt, während mit den „alten" sowjetukrainischen Gebieten weiterhin russisch korrespondiert wurde. Sichtbar war die Ukrainisierung bei den Zeitungen. Sie wurden, während fast alle anderen Zeitungen in der Ukraine russischsprachig blieben, in der Westukraine in ukrainischer Sprache gedruckt. Damit war die Ukraine in der Nachkriegszeit eine Ausnahme innerhalb der Sowjetunion, wo die Zahl der in nicht-russischen Sprachen erscheinenden Zeitungen erheblich abnahm.[69] Ab Januar 1944 wurde sogar das Organ des ZK, „Sovetskaja Ukraina", in „Pravda Ukraïny" umbenannt.[70] Zeitungen wie „Radjans'ka Bukovyna" und andere wurden ebenfalls fast ausschließlich ukrainisch gedruckt. Vor allem in der Westukraine wurden 1944 und 1945 viele Zeitungen gegründet. Zeitungen in Minderheiten-Sprachen gab es nur in Ausnahmefällen, z.B. die im Gebiet Černivci rumänisch publizierte „Bucovina Sovetică" mit einer Auflage von 4.000 Exemplaren.[71] In der Karpaten-Ukraine erschienen mit Rücksicht auf die russischen Bewohner russische und ukrainische Zeitungen gleichermaßen.

69 INKELES Public Opinion in Soviet Russia, S. 146.

70 RGASPI 17-44-1629, l. 33–34: Protokol No. 34 zasidannja RNK URSR i CK KP/b/U (5. Januar – 4. Februar 1944), 51-op.: Pro nazvu respublikans'koï hazety rosijskoju movoju (19. Januar 1944).

71 KŽ 1, Nr. 167.

Der kulturelle Anspruch der Sowjetregierung wurde der Bevölkerung bereits kurz nach Kriegsende durch die flächendeckende Eröffnung von Kinos und Theatern vor Augen geführt. So waren für Ternopil', Stanislav, Luc'k, Izmaïl und weitere westukrainische Städte Kinos mit mehreren hundert Plätzen vorgesehen. Einige Orte kamen erstmals in den Genuss von Filmvorführungen. 1945/46 wurden die Gebäude für die Theater in Ternopil', Rivne und Stanislav wieder hergestellt. Lemberg erhielt 1945 ein Opern- sowie ein Kinder- und Jugendtheater.[72]

In der Westukraine gab es traditionell eine große Zahl an kulturellen Vereinigungen, 1945 allein im Gebiet Lemberg 399 Chöre, Theatergruppen und Musikensembles mit insgesamt 5.007 Mitgliedern, dazu 357 Einzelkünstler.[73] Sie mussten sich wie alle anderen nicht-politischen Verbindungen in der Sowjetunion staatlich registrieren lassen. Damit standen sie unter der Kontrolle der sowjetischen Organe, in deren Dienst sie auch wirken mussten. Von Januar bis Mai 1945 hatten diese Künstler über 7.000 Konzerte veranstaltet, an denen rund 1.500.000 Zuhörer teilnahmen. Die Hälfte von ihnen gehörte dem „diensthabenden Teil der Roten Armee und Spitälern" an.[74] Das Repertoire der Künstler pflegte die einheimische Kunst, kam aber zugleich auch den sowjetischen Interessen nach: Es umfasste unter anderem huzulische, ukrainische, polnische und russische Volkstänze, Märsche, eine „Kantate an Stalin", Kriegslieder, aber auch Werke von Čajkovskij, Mozart und Beethoven.

Die Westukraine profitierte von der Öffnung neuer Bildungseinrichtungen. Allein in Lemberg wurden – neben einer Filiale der Akademie der Wissenschaften der Ukraine – in den ersten fünf Jahren nach dem Krieg 14 VUZy eingerichtet (1939 hatten nur vier bestanden) sowie 32 Technika; 1.077 Schulen wurden von 170.000 Schülern besucht.[75] In der Westukraine wurde das Lehrpersonal aus dem Osten des Landes – wie auch die meisten Partei- und Verwaltungsmitarbeiter – importiert. Für die Versetzung in die Westukraine sollten die ostukrainischen Gebietskomitees bis zum 20. August 1944 insgesamt 4.850 Lehrer für die erste bis zehnte Klasse auswählen.[76] Jedes Gebiet hatte Lehrpersonal abzugeben, wobei die meisten – 600 – aus Poltava kommen sollten, weitere 500 aus Vinnycja; während aus Charkiv nur 100 und aus Cherson lediglich 150 angefordert wurden. Offenkundig spielte dabei die Entfernung zum neuen Einsatzort eine Rolle. Für die Zahl der Lehrer, die in die westukrainischen Gebiete kamen, war deren Einwohnerzahl ausschlaggebend: 700

72 Vgl. Anm. 31, hier l. 38–39.

73 DALO R-221-2-20, ark. 67–73: Zvit pro stan chudožn'oï Samodijal'nosti po L'vivs'kij oblasti na I travnja 1945 r. [Gez.] Direktor L'vis'koho oblasnoho budynku narodnoï tvorčosti Stelenko. [Kopie]

74 Ebenda, ark. 68.

75 VEDENEEV, LYSENKO Projavy teroru i teroryzmu v protystojanni radjans'koï vlady, S. 744.

76 RGASPI 17-44-1636, l. 49–50: Protokol No. 43 zasidannja Politbjuro CK KP(b) Ukraïny, 48-op.: Pro vidradžennja učiteliv do zachidnych oblastej URSR (2. August 1944). Ebenda, l. 191: Plan vidboru včiteliv dlja zachidnych oblastej URSR.

wurden in das Gebiet Volyn', je 600 in die Gebiete Rivne, Lemberg, Ternopil' und Drohobyč, 450 nach Izmaïl, 400 nach Černivci und 300 in die Stadt Lemberg geschickt. Erst ein halbes Jahr später war vorgesehen, insgesamt 1.350 Lehrer für die unteren vier Klassen auch aus der örtlichen Bevölkerung der Westukraine heranzuziehen.[77] Zudem waren die Sommerferien zu nutzen, um weitere 8.852 Pädagogen auszubilden, von denen 702 als Leiter und Inspektoren der städtischen und Rajonämter für Volksbildung eingesetzt werden sollten. 230 waren als Direktoren für Mittelschulen, 1.720 als Direktoren für unvollständige Mittelschulen, 2.000 als Leiter für Grundschulen, 2.100 als Lehrer für Grundschulen und 2.100 als Lehrer für die fünften bis zehnten Klassen vorgesehen. Dafür wurden Monatskurse an den Universitäten Lemberg und Černivci sowie an den Instituten für Lehrer an Mittelschulen eingerichtet.

Federführend in der Planung der Agitationsarbeit war die Politische Abteilung der Inneren Truppen (*vnutrennie vojska*) des NKVD, die den politischen Organen und Parteiorganisationen Anweisungen über die Durchführung erteilte,[78] so am 16. März 1945, die politische Arbeit unter der örtlichen Bevölkerung zu organisieren, und am 21. März, die Agitation in den Städten und Dörfern der Westukraine zu verstärken. An der Wirkung der Propaganda hatte der NKVD keinen Zweifel: Von Herbst 1944 bis Frühjahr 1945 wurden auf diese Weise 1.405 Referate, 116 Vorträge (*lekcii*), 2.848 Gruppen- und über 37.000 Einzelgespräche geführt, 2.336 Bürgerversammlungen sowie 220 Meetings organisiert. Ferner wurden mit Hilfe der Roten Armee 42 Konzerte aufgeführt. Insgesamt hoffte man, Hunderttausende damit angesprochen zu haben. Auch im propagandistischen Vorgehen gegen die UPA sahen sich die *vnutrennie vojska* bestätigt.[79] Der Erfolg der durchgeführten Aktionen – Propagandaartikel in Zeitungen, Diskussionen, Versammlungen und die Verbreitung von Losungen an Häuserwänden – zeige sich an den Zahlen der „Banditen", die sich freiwillig stellten: Am 1. Juli 1945 seien es 28.147 gewesen, ferner seien bis zum selben Zeitpunkt 2.696 Personen, die sich der Einberufung in die Rote Armee entzogen hatten, aus den Wälder und Unterschlüpfen hervorgekommen. Als weiterer Beleg für den Erfolg werden Einzelbeispiele vorgebracht wie jener Fall, als in einem Dorf des Stepan'skij rajon zwei Mädchen vor der örtlichen Garnison erklärt hätten: „Genossen, wir wollen euch helfen. Wir werden gemeinsam mit euch gegen die Banditen kämpfen." Dazu werden noch wenige weitere Zitate – auffälligerweise

77 RGASPI 17-45-1969, l. 16–28: Protokol No. 56 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy (16.–28. Februar 1945), 7-op.: O meroprijatijach po podgotovke massovych kadrov dlja zapadnych oblastej USSR (16. Februar 1945), hier l. 22.

78 CDAHOU 1-23-2410, ark. 151–158, hier ark. 151: Sekretarju CK KP(b) U tov. Korotčenko. Dokladnaja Zapiska o massovoj političeskoj rabote Vnutrennich vojsk NKVD Ukrainskogo Okruga sredi mestnogo naselenija Zapadnych oblastej Ukrainskoj SSR. [Gez.] Načal'nik Vnutrennich vojsk NKVD ukrainskogo okruga General-Lejtenant Marčenkov i [ego] zam., Polkovnik Prokof'ev. Kiev, 23. Juli 1945.

79 Ebenda.

nur von Frauen – angeführt, welche die „guten russischen Menschen" lobten, weil sie in der Roten Armee dienten und immer zu helfen bereit seien. Sie hätten erwartet, dass die Russen noch schlechter wären als die „verdammten Banditen", jetzt seien sie aber vom Gegenteil überzeugt. Die Rote Armee würde ihnen in der Wirtschaft und im Leben helfen. Ferner hätten einige Bewohner Verstecke von Aufständischen verraten, die daraufhin erfolgreich liquidiert worden seien. Ein so mutiges Vorgehen der Einwohnerschaft gegen die Banditen sei früher nicht beobachtet worden; es sei wohl einzig auf die propagandistische Aufklärung zurückzuführen und belege das Vertrauen des Volkes sowie die mächtige Kraft der sowjetischen Herrschaft.

Auch die Frühjahrsaussaat und Getreidelieferungen wurden zur Agitation genutzt. Bei diesen Gelegenheiten spielte der Umstand eine Rolle, dass sich jedes Mal eine größere Menge zusammenfand, auf die man einwirken konnte. Weitere Aktionen bestanden darin, die Werke Stalins öffentlich vorzulesen und zu interpretieren. So trug ein Instruktor in einer Rajonschule regelmäßig Lektionen aus dem Buch Stalins „O Velikoj Otečestvennoj vojne Sovetskogo Sojuza" vor und unterwies Jugendliche in aktuellen Fragen.

Glaubhaft ist die von den Überwachungsorganen getroffene Feststellung, dass es in der Bevölkerung nach dem Abzug der Deutschen ein großes Interesse nach sowjetischen Zeitungen gab und dass diese oft buchstäblich bis zum Auseinanderfallen gelesen wurden.[80] Es bestand tatsächlich ein großes Informationsbedürfnis. Allerdings klaffte ein großer Graben zwischen den Fakten, die für die Bevölkerung von Interesse waren, und jenen, welche tatsächlich in der Presse beschrieben wurden. So schickten die Bewohner entlegener Karpatendörfer häufig Delegationen in sowjetische Garnisonen, um Informationen über die politische Lage zu erhalten. Viele wollten wissen, ob die Armee jene Bürger bestrafe, die nicht in aufständischen Banden organisiert seien, sondern sich in den Wäldern – zu ergänzen ist: vor der Einberufung zum Militärdienst – versteckt hielten. Würden die Kommunisten Gläubige verfolgen? Würden auch Huzulen in die Rote Armee einberufen? Der Stand an der Front war ebenfalls unklar. Man wollte erfahren, ob die Rote Armee die Deutschen besiegt habe und nach Berlin vorgerückt sei, wann der Krieg zu Ende sei und unter wessen Herrschaft die Westukraine dann käme, und schließlich, ob ein Krieg gegen Japan begonnen habe. Alleine, auf die wenigsten dieser Fragen waren in den Zeitungen Antworten zu finden.

Während die Propaganda in Galizien und der Nord-Bukowina vor allem auf die Verdrängung der UPA und auf die Sowjetisierung abzielte, war die Stoßrichtung in der Karpaten-Ukraine vorerst eine andere. Hier ging es überhaupt erst darum, neben den neu zu errichtenden sowjetischen Partei- und Administrationsstrukturen die Voraussetzungen für propagandistische Arbeit von Massenmedien zu schaffen. So wurde im Juli 1945 durch einen Beschluss des ukrainischen Ministerrats und des ZK

80 Vgl. Anm. 78 oben.

eine Verwaltung für Druck- und Verlagswesen, wie sie in den anderen Landesteilen bestand, in der Karpaten-Ukraine gegründet, dieser wurden alle Druckereien des Gebietes nach ihrer Enteignung übergeben.[81] Für das Radio- und Telefonwesen sowie für die Versorgung mit Presseerzeugnissen in der Karpaten-Ukraine ließ das Volkskommissariat für Finanzen einen Betrag von 600.000 Rubel anordnen.[82] Die Abteilung für Propaganda und Agitation beim ZK wurde angewiesen, bis zu sieben Propagandaspezialisten für zwei Monate in die Karpaten-Ukraine zu entsenden. Das ukrainische Handelsministerium hatte bis zum 20. Juli 1945 in die Karpaten-Ukraine verschiedenes Material zu verschicken, darunter 1.000 Meter rotes Leinen für Spruchbänder.

Als propagandistische Grundausstattung wurde eine Reihe von sowjetischen Zeitungen in die Karpaten-Ukraine geschickt. Insgesamt sollten 15.700 Exemplare von ukrainischen Republiks-Zeitungen, 3.400 Zeitschriften, 1.510 Zentralzeitungen und 1.025 Zeitschriften, die speziell für die Karpaten-Ukraine angefertigt wurden, entsandt werden. Zum Jahresende 1945 sollten 1.000 komplette Bestände der „Pravda" zur Verfügung stehen. 40.000 Broschüren mit massenpolitischer Propaganda und künstlerischer Literatur in ukrainischer Ausgabe, 5.000 Porträts von Parteiführern, 30.000 Spruchbänder, Plakate und Texte mit Noten ukrainischer Lieder, 5.000 Kalender und weitere Literatur für die Karpaten-Ukraine waren zu beschaffen. Der Umstand, dass Parteiliteratur in russischer wie ukrainischer Ausgabe angefordert wurde, sollte dazu beitragen, die Bewohner der Karpaten-Ukraine flächendeckend ideologisch zu missionieren. Die Klassiker der Partei durften dabei nicht fehlen. Bis Ende 1945 waren 80.000 Exemplare politischer, künstlerischer und Fachliteratur in die Karpaten-Ukraine einzuführen, darunter 1.000 zweibändige Ausgaben der Werke Lenins, 1.000 Exemplare der Werke von Marx und Engels in zwei Bänden sowie 2.000 Exemplare des „Kurzen Kurses der Geschichte der VKP(b)". Gebiets-, Stadt-, Rajon- und Dorfbibliotheken der Karpaten-Ukraine sollten ebenfalls vervollständigt werden. Mit Unterstützung aus Kiev wurde das regelmäßige Erscheinen der beiden Zeitungen „Zakarpats'ka Ukraïna" und „Zakarpats'ka Pravda" in die Wege geleitet.

Für die Radiopropaganda wurden bis Ende 1945 insgesamt 21 Radiostationen und 10.000 Lautsprecher beschafft. Auch die Verwaltung für kinematographische Angelegenheiten stellte für die Karpaten-Ukraine zehn stationäre Kinoapparate und weiteres Filmequipment sowie mehrere Dutzend Filmkopien für die Kinotheater der Karpaten-Ukraine zur Verfügung. Eine Brigade von hochqualifizierten Kinofilmern wurde mit der Organisation der Kinos in der Karpaten-Ukraine betraut, eine Studiobrigade hatte Dokumentarfilme zu drehen.

Der völlige Umbau des Schulsystems in der Karpaten-Ukraine erforderte Eingriffe in die Organisation des Unterrichts, in die Lehrerschaft sowie in die Lehrinhalte.

81 CDAHOU 1-16-30, ark. 49–50: Postanova RNK URSR ta CK KP/b/U. Pro orhanizaciju polihrafičnoï bazy ta vydavnyčoï spravy v Zakarpats'kij Ukraïni. [Eingang: 21. Juli 1945].

82 CDAHOU 1-16-30, ark. 51–52: O pomošči Zakarpatskoj Ukraine v dele Radiofikacii, Telefonizacii i Snabženii pečat'ju. [Eingang: 21. Juli 1945].

Ein ZK-Beschluss vom 28. November 1945 „Ob uluščenii raboty škol Zakarpatskoj oblasti" (Über die Verbesserung der Arbeit der Schulen der Karpaten-Ukraine) legte die allgemeine Schulpflicht für Kinder von 7–15 Jahren fest und verpflichtete die Behörden, den Unterricht in der Muttersprache der Kinder zu halten, also russisch, ukrainisch und ungarisch. Dies war kein Novum, da es bisher ukrainische, tschechische, slowakische, ukrainische und russische Schulen gegeben hatte – letztere waren von Emigranten aus der Sowjetunion gegründet worden, die vor der kommunistischen Herrschaft in die Karpaten-Ukraine ausgewichen waren.

Bereits im November und Dezember 1944, noch bevor die Karpaten-Ukraine an die Sowjetunion abgetreten worden war, wurden sowjetische Lehrpläne eingeführt.[83] Latein blieb auf den Lehrplänen, Religion war noch eine Zeitlang Pflichtfach. Ukrainisch und Russisch setzten sich langsam als Unterrichtssprachen durch. Im Juli und August 1945 wurden zweimonatige Kurse zur Lehrerfortbildung durchgeführt, zu deren Leitung das ukrainische Bildungsministerium Pädagogen entsandt hatte. Rund 1.000 Lehrern wurde hier das sowjetische Bildungssystem nähergebracht, bis im Juli 1945 eine Umorganisierung der Schulen des Gebiets nach dem sowjetischen Vorbild durchgeführt wurde. Dabei war ein zweijähriges Übergangsprogramm vorgesehen.

Die Anfang der dreißiger Jahren in der tschechoslowakischen Karpaten-Ukraine bestehenden 483 Volksschulen und 21 vierjährige Schulen[84] wurden im Schuljahr 1945/46 auf 559 Volksschulen, 182 sieben- und 17 zehnjährige Mittelschulen aufgestockt, die rund 112.000 Schüler besuchten. Dazu kamen zehn Technika, bis 1944 hatten in der Karpaten-Ukraine nur sechs bestanden. 1945 wurde die Staatliche Universität in Užhorod eröffnet, die 168 Studenten unterwies. Ferner waren in der Karpaten-Ukraine 34 Abendschulen eröffnet worden, die 711 Personen besuchten. Allerdings wirkte sich die allgemeine Armut ebenso negativ auf die Schulbildung aus wie die Verbreitung von Krankheiten, die weiten Entfernungen von den Dörfern in die Städte, welche die Schüler zurücklegen mussten, sowie die schlechten – oder gar nicht vorhandenen – Schulgebäude und das Fehlen von Bibliotheken mit „künstlerischer, vaterländischer Literatur".

Die Förderung der sowjetischen Theaterkunst in der Karpaten-Ukraine hatte ein ZK-Beschluss im Oktober 1945 zum Inhalt.[85] So wurden die Gastspiele des staatlichen Drama- und Musiktheaters in Užhorod bis zum 1. Januar 1947 verlängert. Die beim ZK für Kunst zuständigen Komitees ließen hier ein weiteres ukrainisches The-

83 CDAHOU 1-23-2865, ark. 17–102: Komunistyčna partija (bilšovykiv) Ukraïny. Zakarpats'kyj oblasnyj komitet. Otdel škol. Otčet o rabote škol Zakarpatskoj oblasti za 1945–46 god. [Gez.] Zavedujuščij otdelom škol Zakarpatskogo obkoma KP/b/U Gončarenko. Užhorod, 26. Juli 1946.

84 Polityčna istorija Ukraïny, S. 336.

85 CDAHOU 1-6-836, ark. 56–57: Protokol No. 74 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy (16.–29. Oktober 1945), 53-op.: O meroprijatijach po razvitiju teatral'nogo iskusstva v Zakarpatskoj Ukraine.

ater für Musik und Drama errichten und das örtliche Kino renovieren. Im Frühjahr 1946 wurden bereits Vorstellungen gegeben. Im April liefen Unterhaltungsfilme, ein Drama über Stalingrad und ein Film über einen polnischen Partisanen.[86] Das musikalisch-dramatische Theater der Karpaten-Ukraine begann im Frühjahr 1946 mit der Vorbereitung eines neuen Repertoires.[87]

Die Zeitungen erwiesen sich als sehr flexibel in der Adaptierung der lokalen Gegebenheiten: Die 1946 in der Karpaten-Ukraine gegründete russischsprachige Zeitung „Ukraina" verfolgte die Zielsetzung, die neue Ära möglichst eingängig darzustellen und die bäuerliche Bevölkerung von den sozialistischen Zielen zu überzeugen. Neben überregionalen Berichten fanden sich hier viele kleine Abschnitte über das neue sowjetische Leben. Das zentrale publizistische Stilmittel bestand darin, personale Beziehungen zwischen den Lesern und dem Thema herzustellen, indem die Namen von Orten und Personen genannt und emotional beschrieben wurden. Gleichzeitig wurden Fremdwörter vermieden und einfache Sätze formuliert. Einige Beispiele belegen dies: Die Bildungsleistungen der Sowjetunion wurden mit den Hinweis darauf veranschaulicht, dass sich in einem Dorf bei Mukačevo ein Kreis von Bauern versammele, die gemeinsam ihr Analphabetentum „liquidieren" wollten. Den Unterricht leite der Lehrer Ševardak, der schon 24 Personen das Alphabet beigebracht habe. „Man sollte sehen können, mit welcher Freude die Bauern nach Beendigung der Erwachsenenschule Zeitungen und Bücher lesen."[88] Unter der Überschrift „Neues aus dem Dorf Beregi" erfährt der Leser, dass sich hier im Jahr 1946 viel ereignet habe.[89] Früher habe es hier nicht einmal einen Arzt gegeben. Nur wenn ein Kranker von Natur aus kräftig war, habe er überleben können, wenn aber nicht, habe er auch an einer nichtigen Krankheit sterben können. Seit dem ersten Jahr der sowjetischen Herrschaft gebe jedoch eine Ambulanz, die zu einem „Krankenhaus mit einer Geburtsabteilung" umgebaut worden sei, sowie den qualifizierten Arzt Feredi. Auch über Neuzuzug wird berichtet: 34 Familien von Kriegsteilnehmern hätten im Dorf Häuser errichtet. Neu sei, dass die Bauern an die örtliche Kooperative ihre landwirtschaftlichen Produkte verkaufen könnten. In letzter Zeit hätten sie 21.000 Eier, 10.000 Kilogramm Kartoffeln, 2.600 Liter Milch sowie tierisches Fett geliefert. Die Kooperative habe den Bauern zu Staatspreisen eine Manufaktur, Schuhe und Seife für 111.000 Rubel überlassen. Die rurale Bevölkerung der Karpaten-Ukraine sollte also durch eine Kombination aus Argumenten und emotionalen Motiven für die sowjetischen Umwälzungen und die Kollektivierung gewonnen werden.

86 Novye filmy, in: Zakarpatskaja Ukraina 1 (6. April 1946) S. 3.
87 Novye postanovki Zakarpatskogo teatra, in: Zakarpatskaja Ukraina 1 (6. April 1946) S. 3.
88 T. IŽBOLDINA Krest'jane likvidirujut svoju negramotnost', in: Zakarpatskaja Ukraina 1 (8. Mai 1946) S. 3.
89 Novosti iz sela Beregi, in: Zakarpatskaja Ukraina 1 (6. April 1946) S. 6.

Radios waren vor dem Zweiten Weltkrieg in der Sowjetunion weit weniger verbreitet als in den westeuropäischen Ländern.[90] Insbesondere in den ländlichen Gebieten war die Verteilung von Radioempfängern gering. Nach dem Krieg wurde die Produktion von Radiogeräten gesteigert; 1946 war der Vorkriegsstand der über Radio erreichten Bevölkerung aufgeholt. Noch 1947 jedoch besaß die Mehrheit der Kolchosen keine Empfangsstationen, so dass diese Form der Propaganda für sie weitgehend ausfiel. Um dennoch die bestehenden Möglichkeiten auszunutzen, ging man dazu über, Sendungen in Gruppen anzuhören, was der sowjetischen Vorstellung von Agitation ohnehin entgegenkam.[91]

Die verstärkte Verbreitung des Rundfunks wurde als eine besondere „Errungenschaft des Sozialismus" in der Sowjetunion gefeiert. Auch wurde die Vergrößerung des Rundfunknetzes selbst zum Inhalt von Propaganda, mit dem die Bevölkerung in den neuen sowjetischen Gebieten für das Sowjetsystem gewonnen werden sollte. So berichtete A. Poljakov als Direktor des Radionetzes der Karpaten-Ukraine über den Stand der „Radiofizierung" der Bevölkerung:[92] Während der ungarischen Okkupation der Karpaten-Ukraine sei die Verbreitung von Radiogeräten gering gewesen. Radioempfänger hätten sich nur Grundbesitzer, Kapitalisten und Kaufleute leisten können. Nunmehr arbeiteten in der Karpaten-Ukraine insgesamt 24 „Radioknoten" (*radiouzlov*, ein solcher Knoten versorgte auf dem Drahtweg die mit Empfangsgeräten ausgestatteten „Radiopunkte", welche Sendungen verstärkt an die Hörer weiterleiten[93]). Über das ganze Gebiet verteilt wurden 500 „Radiopunkte" in den Wohnungen der Werktätigen und Bauern eingerichtet. 32 starke Straßenlautsprecher sorgten für Übertragungen aus Kiev, Lemberg und Stanislav, aber auch aus Moskau und anderen sowjetischen Städten. Das Radio sollte auch in weit entfernte Winkel der Karpaten-Ukraine vordringen, daher war für das Jahr 1946 die Installation zusätzlicher 14 Radioknoten geplant (zum Vergleich: Lettland besaß 1955 rund 3.000 Radioknoten).

2.2 Die Aufarbeitung des Krieges

Der Zweite Weltkrieg war in der Sowjetunion nicht nur eine Realität, die direkt oder indirekt den überwiegenden Teil der Bevölkerung betraf. Vielmehr wurde er als solche sofort nach seiner Beendigung politisch aufgegriffen und verwertet. Die von den sowjetischen Organen unverzüglich eingeleitete Aufarbeitung wurde, wie alle anderen relevanten politischen Felder, von Stalin gesteuert. Unter Aufarbeitung des Krieges verstand er zweierlei: einmal die Erhebung der Opferzahlen und der materiellen Zerstörungen, ausgeführt von einer staatlichen Kommission, zum anderen die

90 INKELES Public Opinion in Soviet Russia, S. 247ff. über die Radiopropaganda.
91 Ebenda, S. 283.
92 A. POLJAKOV Radio Zakarpat'ja, in: Zakarpatskaja Ukraina 1 (8. Mai 1946) S. 2.
93 KALNINS Der sowjetische Propagandastaat, S. 151ff., über die sowjetische Radiotechnik.

Lenkung der öffentlichen Erinnerung an den Krieg, in deren Mittelpunkt er seine Person stellte. In keinem Fall war das Ziel die Herstellung von Gerechtigkeit für die Opfer und die umfangreiche Aburteilung der Täter. Vielmehr stand eine innen- und eine außenpolitische Funktion im Zentrum des Interesses: Die immensen Opferzahlen und Verluste sollten die überragende sowjetische Leistung bei der Niederringung Hitler-Deutschlands demonstrieren, um die Forderungen nach Kompensationen möglichst hoch anzusetzen. In der Innenpolitik konnte der Sieg über den ideologischen Gegner außerdem ebenso funktionalisiert werden wie die Glorifizierung Stalins als größter sowjetischer Kriegsheld. Zusätzlich sorgte das von ihm gelenkte Gedenken an den Krieg dafür, dass Fehler, die von ihm selbst als Oberkommandierenden der bewaffneten Einheiten zu verantworten waren, keine öffentliche Beachtung erhielten.

Dies erklärt auch, warum die Aburteilung deutscher Kriegsverbrecher, die sich noch auf sowjetischem Gebiet befanden, nicht sonderlich spektakulär stattfand – ein merkwürdiger Gegensatz zur Kriegszeit, als die Propaganda die Deutschen kollektiv dämonisierte. Zwar wurde ein Teil der deutschen Kriegsgefangenen gerichtlich verurteilt – bisher wurden rund 34.000 Fälle archivalisch nachgewiesen[94] – auffälligerweise wurden aber kaum Schauprozesse gegen NS-Kriegsverbrecher geführt.[95]

94 Vgl. ANDREAS HILGER, UTE SCHMIDT, GÜNTHER WAGENLEHNER Einleitung, in: DIES. (Hrsg.), Sowjetische Militärtribunale. Band 1. Die Verurteilung deutscher Kriegsgefangener 1941–1953. Köln, Weimar, Wien 2001, S. 7–21, hier S. 11. Stalin ging nicht davon aus, dass es nötig sei, alle Kriegsgefangenen in der Sowjetunion zu verurteilen. In Teheran äußerte er die Idee, 50.000 Offiziere und militärische Spezialisten erschießen zu lassen, dann vertrat er die Ansicht, einige zehntausend deutsche Offiziere 20 Jahre länger in Gefangenschaft zu behalten, von denen einige natürlich verurteilt werden müssten (ANDREAS HILGER Faustpfand im Kalten Krieg? Die Massenverurteilungen deutscher Kriegsgefangener 1949/50 und die Repatriierung Verurteilter 1950 bis 1956, ebenda, S. 211–271, hier S. 217).

95 Öffentliche Verfahren fanden gegen 94 Angeklagte statt, die meisten von ihnen deutsche Kriegsgefangene, darunter aber auch einheimische „Kollaborateure". 77 wurden zum Tod verurteilt und öffentlich hingerichtet (vgl. GERD R. UEBERSCHÄR Sowjetische Prozesse gegen deutsche Kriegsgefangene, in: Der Nationalsozialismus vor Gericht. Die alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten 1943–1952. Hrsg. von Gerd R. Ueberschär. Frankfurt am Main 1999, S. 240–261, hier S. 247). In Kiev wurden 1946 bei einem Schauprozess gegen 15 höhere Wehrmachtsoffiziere fast alle zum Tod verurteilt, zwei erhielten eine 20- bzw. 15-jährige Lagerstrafe. (Das Urteil des Kriegstribunals des Kiever Militärbezirks vom 28. Januar 1946 in CDAHOU 1-23-3957, ark. 51–60. Vgl. auch die Dokumentation des Prozesses in Kyïvs'kyj proces. Dokumenty ta materialy. Upor. L. M. Abramenko. Kyïv 1995.) Den Reichskommissar der Ukraine, Koch, der sich durch besondere Brutalität hervortat, traf ein mildes Schicksal. 1950 von den Alliierten an Polen übergeben, wurde ihm erst nach neun Jahren der Prozess gemacht, aber nur wegen der von ihm als Gauleiter von Ostpreußen in Polen zu verantwortenden Kriegsverbrechen, seine Tätigkeit als Reichskommissar der Ukraine wurde nicht verhandelt. 1959 wurde er zum Tode verurteilt, jedoch nicht hingerichtet. Bis zu seinem Tod 1986 lebte er im Gefängnis Barczewo in Polen, ohne dass die Sowjetunion einen Auslieferungsantrag stellte (KRAWCHENKO Social change and national consciousness, S. 299–300, Anm. 88). Vgl. auch die bei PARRISH The Lesser Terror, S. 127–130, aufgeführten NS-

Eine Erklärung dafür war der befürchtete Ansehensverlust des Regimes, das so öffentlich hätte zugeben müssen, dass es auf dem okkupierten Gebiet seinen Einfluss verloren hatte. Das offizielle und unmittelbar nach Kriegsende konstruierte Bild des Krieges verlieh der sowjetischen Führung vielmehr höchste Ehren.

2.2.1 Kriegsbild und Partisanenmythos: Das staatliche Gedenken und Verdrängen des Krieges

Die sowjetische Regierung kreierte ihre eigene Interpretation der Kriegsereignisse, die sie auf den defensiven Akt der Verteidigung des Vaterlands beschränkte. Die Existenz des geheimen Zusatzprotokolls des Hitler-Stalin-Pakts wurde geleugnet, um das Zusammenwirken mit NS-Deutschland in Vergessenheit geraten zu lassen.[96] Der Beginn des Weltkrieges wurde mit dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion angesetzt; das Vorrücken der Roten Armee ab September 1939 in Polen, dann 1940 im Baltikum und in Rumänien wurde ausgeblendet; es handelte sich hierbei auch nicht um sowjetische Territorien. Statt des international üblichen Begriffes „Zweiter Weltkrieg" bürgerte sich die Bezeichnung „Großer Vaterländischer Krieg" (russ. *Velikaja Otečestvennaja Vojna,* ukr. *Velyka Vitčyznjana vijna*) ein. Er ging zurück auf einen Artikel in der „Pravda" mit der Überschrift „Der Große Vaterländische Krieg des Sowjetvolkes", der zwei Tage nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion am 23. Juni erschien.[97] Darin wurde an den Angriff Napoleons auf Russland und den „Vaterländischen Krieg" 1812 erinnert; im Jahr 1938 gedachte eine groß angelegte Kampagne des 125. Jahrestages der Schlacht von Borodino. Die Bezeichnung „Großer Vaterländischer Krieg" stellte einen direkten Bezug zum russischen und „russländischen" Volk und den von Stalin Mitte der dreißiger Jahre eingeführten Sowjetpatriotismus her, der vom großrussischen Chauvinismus überwölbt wurde.[98] Die sowjetische bzw. russische und auch im Ukrainischen verwendete Bezeichnung für den Zweiten Weltkrieg verband damit mehr als jede andere Benennung des Krieges in Europa die eigene nationale Vergangenheit mit dem Erleben

Kriegsverbrecher, die in sowjetischer Hand wie einfache Kriegsgefangene behandelt wurden, wie Gustav Braun, verantwortlich für die Entwicklung der Gaskammern in Auschwitz, und Heinz Pannwitz, Leiter der Gestapo in der Tschechoslowakei. Allgemein zur Verurteilung deutscher Kriegsgefangener in der Sowjetunion: REINHARD MAURACH Die Kriegsverbrecherprozesse gegen deutsche Gefangene in der Sowjetunion. Hamburg 1950.

96 Erst 1989 gab die Sowjetunion die Existenz des Zusatzprotokolls zum sowjetisch-deutschen Abkommen von 1939 zu; vgl. BERND BONWETSCH, MARC JUNGE Die Vertuschung der deutsch-sowjetischen Geheimabkommen von 1939 – eine unendliche Geschichte, in: Osteuropa 43 (1993) S. 132–138.

97 TUMARKIN The Living & the Dead, S. 61.

98 Vgl. ERWIN OBERLÄNDER Sowjetpatriotismus und Geschichte. Dokumentation. Köln 1967.

des Krieges und hob sie in eine speziell sowjetische Erfahrung und einen „mythischen Status“[99].

Die propagandistische Verarbeitung des Sieges begann sofort nach dem Triumph über NS-Deutschland. Vom Ende des Krieges erfuhr die sowjetische Bevölkerung einen Tag nach der Kapitulation Hitler-Deutschlands aus dem Radio. Stalin wandte sich am 9. Mai 1945 in einer Rede, die im ganzen Land übertragen wurde, an das Volk. Das lang ersehnte Ereignis löste öffentliche Begeisterungsstürme und spontane Freudenfeiern aus. Der Sieg wurde offiziell vorrangig Stalin und der Roten Armee zugesprochen, denen in Reden überschwänglich gedankt wurde. Die Zeitungen waren am Tag des Sieges und danach voll von Berichten über den Heroismus der sowjetischen Truppen und über die Verdienste Stalins. Auch das Zusammenspiel zwischen Roter Armee, Partei und sozialistischem System wurde im Zuge des militärischen Triumphes herausgehoben.

In der Stalinschen und nach-Stalinschen Propaganda bekam der Zweite Weltkrieg eine besondere ideologische Bedeutung. Ihm wurde eine integrative Funktion für alle Gesellschaftsbereiche zugewiesen, wie sie bisher die bolschewistische Revolution sowie die Industrialisierung und Modernisierung getragen hatten.[100] In den vierziger Jahren hatten viele Sowjetbürger die Ereignisse der Revolution bereits vergessen oder verdrängt oder waren enttäuscht über ihre tatsächlichen Ergebnisse. Der Propagandaeffekt des Sieges 1945 bestand darin, dass ein großer Teil der sowjetischen Bevölkerung daran beteiligt war. Er konnte somit als ein supraideologisches Element eingesetzt werden, die Verbindung zwischen Partei und Sowjetvolk auf eine neue, Identität stiftende Basis stellen und ihr einen neuen Sinn verleihen. Gleichzeitig wurde der Triumph im Zweiten Weltkrieg ein neuer Teilbereich der Legitimierung des Systems. Jahrzehntelang, bis zum Ende der Sowjetunion 1991 und darüber hinaus, bis in der Gegenwart, behielt und besitzt er seinen Stellenwert und wird auch jetzt noch von den ehemaligen Sowjetbürgern als positives Element der sowjetischen Vergangenheit gepflegt.[101]

Stalin ging in seiner Selbstinszenierung nach dem Zweiten Weltkrieg zu seinem Vorteil selektiv vor. Demnach gedachte man zwar in großem Rahmen des Sieges und der Sieger, gleichzeitig wurden aber Vorgänge, die dem offiziellen Bild geschadet hätten, in den Hintergrund gedrängt, genauso wie die Leiden ziviler Kriegsbetroffener, die nicht an der Front eingesetzt waren. Dem Lavieren zwischen der Betonung positiver und dem Verdrängen negativer Umstände unterlag auch das po-

99 MARK VON HAGEN From 'Great Fatherland War' to the Second World War: new perspectives and future prospects, in: Stalinism and Nazism: Dictatorships in Comparison, S. 237–250, hier S. 238.

100 Die Bedeutung des Zweiten Weltkrieges untersucht WEINER Making sense of war, exemplarisch an den Vorgängen nach Kriegsende im Gebiet Rivne.

101 STEFAN CREUZBERGER „Ich war in einem völlig anderen Krieg ...“. Die sowjetische und russische Historiographie über den „Großen Vaterländischen Krieg“, in: Osteuropa 48 (1998) H. 5, S. 505–518, hier S. 518.

litische Urteil über die Rolle der Ukraine im Krieg: Einerseits wurde erwähnt, dass Ukrainer als „sowjetisches Brudervolk" am Sieg beteiligt waren, andererseits wurden die antisowjetisch agierenden Partisanen der OUN/UPA als „Kollaborateure" verurteilt.

Die Memoria und das Verdrängen des Krieges

Der Stalin-Kult, der durch den Zweiten Weltkrieg Förderung erfuhr, geht auf die Zwischenkriegszeit zurück. Erstmalig wurde Stalin anlässlich seines 50. Geburtstages 1929 eine Führer-Panegyrik zuteil, initiiert durch die Abteilung für Agitation und Propaganda des Zentralkomitees im Auftrag des Orgbüros.[102] Stalin ließ sich auf die Lobpreisungen ein. Nach außen hin bescheiden auftretend, trug er den Kult um seine Person mit, wie seine handschriftlichen Korrekturen in politischen Reden und Publikationen zeigen.[103] Gegen Ende der dreißiger Jahre stand der Stalin-Kult auf seinem Höhepunkt. „Die Glorifizierung der Größe seiner Weisheit, seines Wissens, seines Mutes und seiner Stärke, seines einzigartigen Beitrags für die Entwicklung des Marxismus-Leninismus und seiner historischen Leistung beim Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion waren in allen Sphären des öffentlichen Lebens vorhanden";[104] der Kult band das Volk an Stalin als Alleinherrscher und ersetzte sein fehlendes Charisma durch eine künstliche Theatralisierung seiner Persönlichkeit.

Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde – auch mit Rücksicht auf die Alliierten – stärker auf patriotische als auf marxistisch-leninistische Themen abgestellt, die mit Stalins Namen verknüpft wurden. Stalin präsentierte sich zwar als Führer des Sowjetstaates und der Partei und sprach von der „Partei Lenins [und] Stalins", stellte zugleich jedoch seine Verbindung zur Heimat (*rodina*) heraus. Mit dem Sieg bei Volgograd, dem Wendepunkt des Kriegs, fand die Erwähnung von Stalins militärischem Genie Eingang in die sowjetische Presse; Wortverbindungen wie „Stalinsche Strategie", „Stalinsches Militärschuldenken", „Stalinsche Schläge" (1944 als das Jahr der „zehn Stalinschen Schläge") wurden in der öffentlichen Diktion vermehrt verwendet.[105]

102 ENNKER Politische Herrschaft und Stalinkult, S. 152, 163.

103 Dabei milderte er in den Texten anderer allzu große Lobeshymnen auf seine Person, strich sie aber nicht; vgl. NORMAN M. NAIMARK Cold War Studies and New Archival Materials on Stalin, in: The Russian Review 61 (January 2002) S. 1–15, hier S. 12.

104 BARBER The Image of Stalin in Soviet Propaganda, S. 38.

105 Allerdings erschien Stalin während des Krieges und danach auf kaum einem Plakat, das zur Verteidigung der Heimat und zum Eintritt in die kämpfenden Kräfte aufrief, während Hitler oft karikiert und abgebildet wurde; vgl. Agitprop im Krieg gegen das ›Großdeutsche Reich‹. Sowjetische Plakate 1941–1946 aus dem Staatlichen Historischen Museum Moskau = Deutsches Historisches Museum. Magazin 1 (1991) Heft 4; BONNELL Iconography of Power, S. 252.

Für Stalin war der Krieg die Bestätigung eines etablierten Systems, dessen Mittelpunkt er selbst war, was er immer nachdrücklicher betonte. Im Juni 1945 nahm er neben der vom Obersten Sowjet der UdSSR verliehenen Auszeichnung „Held der Sowjetunion" den Titel „Generalissimus" an; angesichts seines militärischen Laientums nahm sich dies grotesk aus.[106] Seine erste militärische Apotheose nach dem Krieg fand auf der Siegesparade auf dem Roten Platz in Moskau am 24. Juni 1945 statt, während der 57.600 deutsche Kriegsgefangene im Triumphzug an Stalin vorbei durch Moskau getrieben[107] und Hunderte von deutschen Fahnen auf den Stufen des Leninmausoleums vor Stalin niedergelegt wurden. In den folgenden Jahren wurde die Statue Stalins als Kriegsheld auf Hunderte von Sockeln gehoben; seine Kriegskunst in Propagandafilmen, -liedern und -schriften gerühmt. Auf Bildern wurde Stalin als Militärführer und als Triumphator – an seinem Arbeitsplatz im Kreml', in Uniform als „Generalissimus", bei der Siegesparade in Moskau – glorifiziert.[108]

Der Sieg wurde Stalin zum Mittel, um den Terror der dreißiger Jahre in seinem Land zu überdecken. Daher stellte er sich in eine enge Verbindung zu den Siegen der Roten Armee; diese wurden als direkte Folge von „Anordnungen" Stalins bekannt gegeben, als ob sie gleichsam unter seinem unmittelbaren Kommando erfolgt wären.[109] Stalins militärisches Genie und seine Gabe der Vorsehung wurden gepriesen, er ließ sich als „Organisator des Sieges" feiern. Der Sieg über Hitler-Deutschland wurde in der „Pravda" als „naša pobeda" (unser Sieg) und gleichzeitig als „Stalinskaja pobeda" (Sieg Stalins) bezeichnet und zementierte damit die Verbindung Stalins zum Volk.[110] „Wo Stalin ist, ist auch der Sieg!", hieß eine während des Krieges verbreitete Losung, die vor den Wahlen zum Obersten Sowjet im Januar 1946 wieder aufgenommen wurde. Stalin wurde sogar zum lebenden Idol mit der Fähigkeit, lange vor Ende des Krieges den Lauf der Ereignisse prophezeit zu haben.[111] Bis zum Tod Stalins wurde in den Medien lanciert, er habe den Krieg vorher gesehen, die nötigen ökonomischen Voraussetzungen für den Sieg geschaffen und

106 BROOKS Thank you, comrade Stalin! S. 199; ZEIDLER „Eine moderne Armee ist eine offensive Armee", S. 424. Vgl. auch die Reaktion Stalins auf das Angebot, den Titel „Generalissimus" zu erhalten, die in einer charakteristischen Mischung aus gespielter Bescheidenheit, überragendem Selbstbewusstsein und beleidigter Ablehnung der Ehrung bestand, bei SIMONOV Glazami čeloveka moego pokolenija, S. 405–406.

107 Deren Marschordnung wurde vom NKVD genau festgelegt; vgl. JU. M. DEGTJAREV (Hrsg.), Nemcy na ulicach Moskvy: god 1944-j, in: Otečestvennye archivy (1997) Nr. 4, S. 39–48.

108 Vgl. die Abbildungen in: IGOR GOLOMSTOK Totalitarian Art in the Soviet Union, the Third Reich, Fascist Italy and the People's Republic of China. London 1990, S. 221, 310, 311, 334–335 sowie S. 188 (Text S. 187).

109 BARBER The Image of Stalin in Soviet Propaganda, S. 41–43; BROOKS Thank you, comrade Stalin! S. 186–194.

110 Nach ZUBKOVA Obščestvo i reformy, S. 30.

111 Ebenda, S. 32, 34.

die Welt von der nationalsozialistischen Tyrannei erlöst.[112] Die Wirkung dieser Propaganda ist schwer einzuschätzen. Zwar hieß es, dass sie offizielle Kreise sehr beeindruckte,[113] jedoch ist fraglich, ob bei der Bevölkerung die Freude über das Kriegsende nicht größer war als über die Worte und Taten Stalins.

Stalin wurde auch zum ersten „Historiker" des Krieges. Er blieb bis zu seinem Tod „beinahe der einzige Autor [...], der vor einer breiteren Öffentlichkeit an den Krieg erinnerte"[114] – und seine eigene staatsmännische Klugheit herausstellte. Ohne eine offizielle Kriegshistoriographie zuzulassen – eine 1941 zusammengestellte Kommission für die Geschichte des „Großen Vaterländischen Krieges" brachte ebensowenig eine Publikation zustande wie die Nachfolgeorganisation am Institut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften, die am 15. Januar 1942 eingesetzt worden war[115] –, wurden die öffentlichen Äußerungen und Reden des Obersten Kommandierenden unter dem Titel „Über den Großen Vaterländischen Krieg" zusammengefasst und in einer millionenfachen Auflage auch in Übersetzungen veröffentlicht. In einer vergleichbaren Stückzahl erschien bis zum Tod Stalins keine weitere Darstellung zum Krieg mehr, so dass die sowjetische Öffentlichkeit auf der Suche nach Erkenntnis über die Kriegsvorgänge auf das Werk Stalins angewiesen war.

Stalin nutzte den Sieg auch, um sich endgültig von seinem Vorgänger und dem idealisierten Staatsgründer Lenin abzusetzen. Dabei lag der Stalinkult im Leninkult begründet: Stalin wurde ab 1929 als „zweiter Lenin" apostrophiert, mit Lenin „aufgrund vergleichbarer Führungsqualitäten" identifiziert[116] und als „genialer Fortsetzer des großen Lenin" gerühmt (in diesem Slogan war wohlgemerkt Stalin der Genius); die Medien verbreiteten, Stalin sei „Lenin heute".[117] Das Gedenken an den mythisierten Lenin war in der Sowjetunion der dreißiger Jahre noch immer sakrosankt, was für Stalin, der keine anderen Götter neben sich duldete, ein permanentes Ärgernis gewesen sein muss. Obwohl er sich ab 1933 immer entschiedener nach vorne schob,[118] hatte er bei den Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der Oktober-Revolution 1937 noch eine Position neben Lenin,[119] nach dem „Großen Vaterländischen Krieg" gelang ihm endlich die Überwindung des Staatsgründers.

112 BROOKS Thank you, comrade Stalin! S. 195.

113 BARBER The Image of Stalin in Soviet Propaganda, S. 45–46.

114 BONWETSCH »Ich habe an einem völlig anderen Krieg teilgenommen«, S. 149. Dagegen durften einige Partisanenkommandeure ihre Erinnerungen veröffentlichen; vgl. unten Anm. 160.

115 D. L. BRANDENBERGER, A. M. DUBROVSKIJ Itogovyj partijnyj dokument soveščanija istorikov v CK VKP(b) v 1944 g. (Istorija sozdanija teksta), in: Archeografičeskij ežegodnik za 1998 god. Moskva 1999, S. 148–163; WEINER Making sense of war, S. 20, Anm. 25.

116 Zum Beginn des Stalinkultes und der Gleichsetzung der beiden bolschewistischen Führer vgl. REINHARD LÖHMANN Der Stalinmythos. Studien zur Sozialgeschichte des Personenkultes in der Sowjetunion (1929–1935). Münster 1990, S. 64–69.

117 ROSSI Spravočnik po GULagu, S. 390.

118 ENNKER Politische Herrschaft und Stalinkult, S. 173.

119 So wurde in dem 1937 gezeigten Film „Lenin im Oktober" eine enge Verbindung zwischen Lenin und Stalin konstruiert; vgl. PETRONE Life has Become More Joyous, Comrades,

Bei den Feierlichkeiten anlässlich des 21. Todestages von Lenin am 21. Januar 1945 wurde die Überhöhung Stalins über Lenin deutlich. Die offiziellen Feiern waren vom 19. bis 22. Januar 1945 angesetzt, in der zweiten Januarhälfte wurden auf unterer Ebene weitere Veranstaltungen abgehalten. Die Parteiorganisationen wurden angewiesen, in der Presse, bei Lesungen und auf Versammlungen an das Leben und Werk Lenins zu erinnern und seine Rolle als Führer der Partei sowie als Gründer des sowjetischen Staates und der marxistischen Wissenschaft darzustellen; es wurde jedoch zusätzlich Wert darauf gelegt, den Sieg der Sowjetunion zu feiern.[120] Alle „Werktätigen" sollten darauf hingewiesen werden, dass sich der sowjetische Staat unter Führung Stalins im „Großen Vaterländischen Krieg" gegen die „deutsch-faschistischen Okkupanten" als „unerschütterlichster und fortschrittlichster Staat auf der ganzen Welt" erwiesen habe. Der Roten Armee sei unter dem Banner Lenins und der Führung Stalins der Triumph über die deutschen Truppen gelungen. Die „leninistisch-stalinistische Ideologie", die Gleichheit aller „Rassen und Nationen" und die „Ideologie der Völkerfreundschaft" hätten den vollen Sieg über die Ideologie des bestialischen Nationalismus und des Rassenhasses der „Hitleristen" davongetragen. Vorträge in Betrieben, Kolchosen, MTS und Sovchosen stellten weniger Lenin als seinen Nachfolger Stalin und dessen Glorie heraus. In der Rhetorik der Nachkriegszeit wurde nicht nur Lenin in den Hintergrund gedrängt, sondern auch die Partei. Stalin selbst minimierte ihre Bedeutung. In seiner Ansprache zum Kriegsende vom 9. Mai 1945 an das Volk, die am 10. Mai 1945 in der „Pravda" abgedruckt wurde, erwähnte er sie auffälligerweise mit keinem Wort. Ruhm und Ehre sprach er darin nur der „heldenhaften Roten Armee", dem „Siegervolk" und den „gefallenen Helden" zu.[121] Parallel dazu schwanden die Bezüge auf die Partei in der Bildpropaganda wie den Postern.[122] Dennoch wurden in der Nachkriegszeit erstmals individuelle Kriegshelden erhöht, denen in einem gewissen Maß ein Anteil an den Lorbeeren des Sieges zugestanden wurde. Viele dieser Heldenfiguren kreierte man aber erst durch die Memoration ihrer Kämpfe nach dem Krieg. Das offizielle Kriegsbild orientierte sich dabei an ihren militärischen Einsätzen bzw. an ihrer Konfrontation mit der Besatzungsmacht, an ihrer Inhaftierung, Folterung und Hinrichtung. Die Sowjetunion war nur interessiert an Personen, die sich aktiv in den Dienst der Landesverteidigung gestellt hatten – und nun tot waren. Kriegshelden waren da-

S. 163–165. Damit sollte die bedeutungslose Rolle Stalins bei der bolschewistischen Machtergreifung im wörtlichen Sinn überspielt werden (vgl. dazu ROBERT M. SLUSSER Stalin in October: The Man Who Missed the Revolution. Baltimore, London 1990, S. 228–229 über ein angeblich revolutionsentscheidendes, von der sowjetischen Historiographie aber erfundenes Treffen zwischen Stalin und Lenin im Oktober 1917, und S. 249 bilanzierend, Stalin habe am leitenden Gremium der Bolschewiken nicht teilgenommen).

120 RGASPI 17-45-1968, l. 26-28: Protokol No. 54 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy (18.–31. Januar 1945), 3-op.: O provedenii Leninskich dnej po USSR (19. Januar 1945).

121 Der Redetext in: STALIN Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion, S. 217–219; LIEBER, RUFFMANN (Hrsg.), Der Sowjetkommunismus, Band 1, S. 404–405.

122 BONNELL Iconography of Power, S. 255.

bei nicht immer nur Männer; auch junge Mädchen wie die Partisanin Zoja Kosmodem'janskaja, deren Märtyrertod der Film „Zoja" (1944) propagierte,[123] wurden zum staatlich verordneten Idol einer Jugendgeneration. Frauen avancierten zu heldenhaften Protagonistinnen in sowjetischen Kriegsfilmen.[124] Die ab dem Zweiten Weltkrieg auf Plakaten und als Großstatue dargestellte abstrakte Figur der „Mutter Heimat" personifizierte das sowjetische Vaterland und rief zu dessen Schutz und Verteidigung auf.[125]

Für Stalin war die öffentliche Erinnerung an den Krieg eine temporäre Angelegenheit. Er begrenzte sie auf die erste Zeit nach dem Sieg. Zwar wurde – unter seiner stark zu vermutenden Einflussnahme – vom Präsidium des Obersten Sowjet im Jahr 1945 der 9. Mai als arbeitsfreier Siegestag festgesetzt, aber 1948 wieder zum Arbeitstag erklärt, wenngleich er als Feiertag beibehalten wurde. Unionsweit wurde er erst 1965 wieder als arbeitsfrei zugelassen. Zudem verhinderte Stalin jeglichen weiteren Versuch, den „Großen Vaterländischen Krieg" in der Erinnerung anderer wach zu halten, und unterband die Veröffentlichung von Memoiren sowie die historiographische Auseinandersetzung.[126] Erst in Chruščevs „Tauwetter" konnten Erinnerungen von Militärangehörigen und Partisanen gedruckt werden,[127] bis Ende der achtziger Jahre eine tatsächliche Aufarbeitung der militärischen Ereignisse einsetzte.[128] Mit dem Publikationsverbot unter Stalin wurde eine Aufarbeitung der Kriegsereignisse verhindert. Diese hätte nämlich bedeutet, dass auch die verheerenden sowjetischen militärischen Misserfolge ans Licht getreten wären, die zu einem gro-

123 Zoja Kosmodem'janskaja (1923–1941) schloss sich als Komsomolzin den sowjetischen Partisanen an, wurde von den Deutschen ergriffen und gehängt. Kurz nach ihrem Tod wurde sie durch die Berichterstattung eines „Pravda"-Reporters in Überhöhung ihrer Vita zum Symbol für außerordentlichen Mut und Selbstaufopferung. 1942 wurde sie posthum zur „Heldin der Sowjetunion" erhoben; sie ist auf dem Novodevičij-Friedhof in Moskau begraben (vgl. Narodnaja geroinja. Sbornik materialov o Zoe Kosmodem'janskoj. Moskva 1943; TUMARKIN The Living & the Dead, S. 76–78; E. S. SENJAVSKAJA Psichologija vojny v XX veke. Istoričeskij opyt Rossii. Moskva 1999, S. 231–232). Zum sowjetischen Spielfilm „Zoja" vgl. KENEZ Cinema and Soviet Society, S. 177–178. Zur Destruktion des Zoja-Mythos vgl. ROSALINDE SARTORTI On the Making of Heroes, Heroines, and Saints, in: Culture and Entertainment in Wartime Russia, S. 176–193, hier S. 188–190.

124 KENEZ Cinema and Soviet Society, S. 177–178.

125 BONNELL Iconography of Power, S. 256. Zur „rodina-mat'" als nationales und privates Symbol vgl. LISA A. KIRSCHENBAUM "Our City, Our Hearts, Our Families": Local Loyalties and Private Life in Soviet World War II Propaganda, in: Slavic Review 59 (2000) S. 825–847.

126 LAZAREV Russian Literature on the War, S. 31. Die Veröffentlichung der Erinnerungen von Partisanenführern (vgl. Literaturangaben unten in Anm. 160) bildeten aber eine Ausnahme. Zur Zensur der Memoiren sowjetischer Militärführer vgl. WOLKOGONOW Stalin, S. 639–641.

127 LAZAREV Russian Literature on the War, S. 32; BONWETSCH Der „Große Vaterländische Krieg" und seine Geschichte, S. 168–169.

128 BERND BONWETSCH Stalin und der „Große Vaterländische Krieg", in: Osteuropa-Archiv (Mai 1989) S. A199–217; DERS. Stalin und der „Große Vaterländische Krieg" – die Diskussion geht weiter, in: Osteuropa-Archiv (September 1989) S. A451–459.

ßen Teil in Stalins Verantwortung als oberster Militärführer fielen. Die Fehler Stalins waren insbesondere in der Anfangsphase des Krieges sowie in den ersten beiden, für die Sowjetunion sehr tragisch verlaufenen Kriegsjahren anzusetzen.[129] Dazu zählte der Befehl Stalins vom 28. Juli 1942 („Keinen Schritt zurück!"), dem zufolge jeder sich zurückziehende Soldat ohne Befehl erschossen wurde, sowie der Befehl Nr. 270 vom 16. August 1941, mit dem kriegsgefangene Soldaten als „eidbrüchige und landesverräterische Deserteure" von ihren Kommandeuren erschossen werden sollten und ihre Familienangehörigen ebenfalls verhaftet werden konnten.[130] Daher schickten Offiziere, denen im Fall eines Rückzugbefehls die Versetzung in „Strafbataillone" drohte, ihre Soldaten eher sinnlos ins Feuer, als einen taktisch gerechtfertigten Befehl zum Rückzug zu geben. Viele sowjetische Soldaten wurden erschossen, weil sie sich in Kriegsgefangenschaft begeben wollten oder weil sie an Angriffen teilnahmen, die von sowjetischen Kommandanten nur deshalb angeordnet wurden, damit sie an Feiertagen wie dem 23. Februar, dem Tag der Roten Armee, am 1. Mai oder am 7. November stattfanden.[131]

Eine weitere, auf Stalins Initiative zurückgehende Fehlleistung bestand im Einsatz eines militärisch wenig erfahrenen Führungsstabs, da von den Säuberungen 1937/38 ein großer Teil der Offiziere der Roten Armee betroffen waren, deren Sachverstand dann während des Krieges fehlte.[132] Drei Viertel der Offiziere hatten ihren Posten bei Kriegsbeginn erst ein Jahr vorher angetreten.[133] Andere Fehlentscheidungen Stalins gefährdeten auch die militärische Gesamtlage,[134] so bei der Verteidigung der Stadt Kiev 1941. General Žukov, der Stalin zweimal um den Befehl zum Rückzug ersuchte, um die sowjetischen Armeen zu schonen, wurde dies untersagt, woraufhin die sowjetischen Truppen der südwestlichen Front eingekreist

129 Strategische und taktische Fehleinschätzungen Stalins in MERCALOV, MERCALOVA Stalinizm i vojna, S. 291–297.

130 Vgl. auch im Kapitel über das Kriegsende in der Ukraine. Dabei besaß die Sippenhaft in Russland eine lange Tradition. Soldaten, die ohne Gegenwehr in feindliche Gefangenschaft gerieten, waren schon während des Ersten Weltkrieges stigmatisiert. Die Androhung von Sippenhaft und die Bestrafung der „Verräter" nach dem Ende des Krieges war bereits in dieser Zeit Rhetorik innerhalb der russischen Streitkräfte; vgl. DIETRICH BEYRAU Projektionen, Imaginationen und Visionen im Ersten Weltkrieg: Die orthodoxen Militärgeistlichen im Einsatz für Glauben, Zar und Vaterland, in: JBfGOE 52 (2004) H. 3, S. 402–420, hier S. 412.

131 TUMARKIN The Living & the Dead, S. 59; SLEPYAN "The people's avengers", S. 366–367. Gleichzeitig mischten sich aber auch Vertreter der *Stavka* in Vorgänge an der Front ein, ohne selbst über militärische Kenntnisse zu verfügen, und trugen so zu Niederlagen bei (BONWETSCH Stalin, the Red Army an the 'Great Patriotic War', S. 200).

132 Zur Rehabilitierung der bis 1941 repressierten Militärangehörigen in den letzten Jahren der Sowjetunion vgl. SCHRÖDER Die Lehren von 1941.

133 LUKS Geschichte Rußlands und der Sowjetunion, S. 365.

134 MEDVEDEV Let History Judge, S. 747–770, über die taktischen Fehler Stalins, der in den ersten Kriegsmonaten um keinen Preis von einer Offensiv-Strategie abkommen wollte. Ebenda, S. 757–758, über die Verteidigung Kievs, S. 767–768 über die missglückte Rückeroberung Charkivs. WOLKOGONOV Stalin, S. 584–586 über Kiev, S. 588–590 über Charkiv.

und gefangengenommen wurden. Dieser Sieg erleichterte den deutschen Vorstoß nach Osten, die Möglichkeit eines Angriffes auf Moskau stieg erheblich. 1942 geriet sowjetische Truppenteile bei dem Versuch, Charkiv wieder einzunehmen, in die Gefahr, von deutschen Panzer-Divisionen umzingelt zu werden. Alarmiert von General Bagramjan versuchte Chruščev telephonisch, Stalin davon zu überzeugen, den Angriff abzusagen. Dem anwesenden Mikojan zufolge habe Stalin dies mit der Begründung abgelehnt, Chruščev verstehe davon nichts. Die zum Rückzug gezwungene Rote Armee bot den Deutschen die Chance, in Richtung auf den Kaukasus vorzustoßen. Die Opfer beider Aktionen waren immens. Bei der Verteidigung von Kiev von 7. Juli bis 26. September 1941 – dem „Kiever Kessel" – fielen 616.304 Soldaten, 84.240 wurden verwundet.[135] Der sowjetische Angriff auf Voronež und Charkiv (13. Januar – 3. März 1943) forderte 55.475 Tote und 98.086 Verwundete, die Verteidigung von Charkiv (4. – 25. März 1943) 45.219 Gefallene und 41.250 Verwundete.[136]

Für diese und weitere strategische und taktische Fehlentscheidungen, die Stalin als Oberster Hauptkommandeur (*Verchovnyj Glavnokomandujuščij*) mit höchster militärischer Befehlsgewalt traf, hielt ihn die Mehrheit der Bevölkerung – so Zeitzeugen[137] – für nicht verantwortlich. Das NKVD sammelte Berichte mit Zitaten aus der Bevölkerung, in denen der Tenor vorherrschte, Stalin wisse von den Missständen und der Not der Menschen nichts.[138] Die Propaganda zeigte ihre Wirkung; die Bevölkerung glaubte Stalin und sie glaubte an ihn, wenigstens in der Öffentlichkeit. Zweifler hielten sich mit Kritik angesichts drohender Bestrafung zurück. Genauso wie die Schrecken der dreißiger Jahre durften alle diese Zusammenhänge nach dem Krieg nicht öffentlich erwähnt werden. Sie bildeten ein Tabu, dessen Nennung das Bild des „Generalissimus" beschädigt hätte. Dazu entmythologisierte Stalin die Kriegshelden bereits wenige Monate nach dem Sieg und entledigte sich der obersten Militärführer, weil sie in der Gunst des Volkes zu hoch gestiegen waren. Der Diktator hatte nicht die Absicht, seine „Meriten" längerfristig zu teilen. Ähnlich wie in den dreißiger Jahren entzog er den führenden Generälen und hohen Offizieren, denen der Sieg im Krieg zu verdanken war, ihre Posten (als Vorwand diente eine konstruierte Militärverschwörung): Marschall Žukov, der bei der Bevölkerung besonders beliebt war, und Admiral Kuznecov wurden entlassen,[139] weitere Admiräle und

135 Soviet Casualties and Combat Losses, S. 114.

136 Ebenda, S. 130–131.

137 STEPAN A. MIKOYAN Barbarossa and the Soviet Leadership. A Recollection, in: Barbarossa. The Axis and the Allies, S. 123–133, hier S. 128–129.

138 ZUBKOVA Stalin i obščestvennoe mnenie, S. 279.

139 Žukov, der zum Kommandeur des Militärbezirks Odessa degradiert wurde und später eine unbedeutende Position im Ural erhielt, führt seine Rettung vor der Liquidierung auf den Einspruch Stalins zurück, der sich den Plänen Berijas und Abakumovs widersetzte (SIMONOV Glazami čeloveka moego pokolenija, S. 378). 1953 wurde er rehabilitiert, unter Chruščev aber 1957 vorzeitig in den Ruhestand geschickt.

Generäle in Gefängnisse oder Lager geschickt.[140] Allerdings konnte Stalin nun nicht mehr riskieren, die Delinquenten für immer verschwinden zu lassen; sie wurden „nur" aus den Augen der Öffentlichkeit entfernt. Insgesamt fielen den Säuberungen zwischen 1939 und 1953 wenigstens hundert Generäle zum Opfer.[141]

Die Aufarbeitung des Krieges in der Ukraine

In der Ukraine als von Deutschland und Rumänien besetztem Gebiet kam dem öffentlichen und offiziellen Gedächtnis des Krieges nach dessen Ende eine besondere Rolle zu.[142] Hier sollten die Feiern des sowjetischen Sieges als Integrationsfaktor wirken, um die Republik in die Sowjetföderation zurückzuführen und ihr die sowjetische Identität zurückzugeben. Die Feierlichkeiten zur Befreiung der Ukraine, ausführlich in den Medien abgehandelt, wurden ein wichtiger Anlass für die Sowjetregierung, sich in der Ukraine vor einer breiten Öffentlichkeit darzustellen und propagandistisch auf die eigenen Verdienste zu verweisen.[143]

Dabei ist der politische Charakter sämtlicher sowjetischer Feierlichkeiten zu bedenken, welche die sowjetische Bevölkerung in einem Gemeinschaftserlebnis zusammenführen und ihre Verbindung zum Staat emotional vertiefen sollten. Daher wurden nicht nur der Ablauf der Staatsakte und Paraden genau organisiert, sondern auch die Teilnehmer im Vorfeld zum Besuch aufgefordert und sogar unter Druck zum Kommen veranlasst. Der Sieg stellte einen neuen Inhalt für öffentliche Kundgebungen dar, die bisher an Jubiläen (wie jenem der Oktober-Revolution), an Jahrestagen (wie dem 1. Mai) und national-kulturellen Ereignissen stattgefunden hatten. Während vor dem Zweiten Weltkrieg eher die städtische Bevölkerung und die mit dem System Sympathisierenden davon erfasst wurden,[144] war nach dem Krieg,

140 MEDVEDEV Let History Judge, S. 782–783; PARRISH The Lesser Terror, S. 177–195. Zum Nachkriegsschicksal sowjetischer Generäle weiter: A. A. MASLOV Tried for Treason Against the Motherland: Soviet Generals Condemned after Release from German Captivity, in: The Journal of Slavic Military Studies. Vol. 13 (June 2000) No. 2, S. 86–138; DERS. Forgiven by Stalin – Soviet Generals Who Returned From German Prisons in 1941–45 and Who Were Rehabilitated, ebenda, vol. 12 (June 1999) No. 2, S. 173–219.

141 PARRISH The Lesser Terror, S. 84. Es wird geschätzt, dass durch staatliche Maßnahmen drei Mal mehr sowjetische Offiziere umkamen als im Kampf gegen Deutschland (LAZAREV Russian Literature on the War, S. 34).

142 Den „Kampf um das historische Gedächtnis des ukrainischen Volkes" an den Zweiten Weltkrieg während der sowjetischen Zeit fasst FEDIR PIHIDO-PRAVOBEREŽNYJ „Velyka Vitčyznjana Vijna". Spohady ta rozdumy očevydcja. Kyïv 2002, S. 208–224, zusammen.

143 RGASPI 17-44-1640, l. 42–44: Protokol No. 47 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy (1.–15. Oktober 1944), 40.-op.: Ob oznamenovanii dnja osvoboždenija territorii Sovetskoj Ukrainy ot nemeckich zachvatčikov (10. Oktober 1944). Ebenda, l. 141–144: Plan podgotovki i provedenija prazdnovanija osvoboždenija Sovetskoj Ukrainy ot nemeckich zachvatčikov po g. Kievu i oblastjam Ukrainy [Beilage des Beschlusses].

144 PETRONE Life has Become More Joyous, Comrades, S. 204.

an dem sich Stadt wie Land, Alt und Jung, Funktionär und Zivilist beteiligt hatten, eine weit größere Breitenwirkung vorhanden.

Weniger Brot, aber dennoch Spiele wurden anlässlich des Kriegsendes in der Ukraine geboten. Die Veranstaltungen begannen am 5. September 1944 und zogen sich – mit einem Höhepunkt am 14. und 15. Oktober – in den nächsten Monat hinein. An diesen Tagen beriefen die Parteiorganisationen in den ukrainischen Städten und Dörfern Versammlungen ein, auf denen den Massen die „historischen Siege der Roten Armee" als „Resultat des Sieges des Sozialismus im Land, der Gründung einer mächtigen Industrie und Landwirtschaft, der permanenten Stärkung der moralisch-politischen Einheit des Sowjetvolkes unter der Führung der Partei Lenins und Stalins und als Resultat der allseitig wachsenden Macht der Sowjetordnung" vorgeführt wurden. Das Verhältnis zwischen dem ukrainischen und russischen Volk wurde im Sinne der „Völkerfreundschaft" entwickelt, die unter dem russischen Primat seit Mitte der dreißiger Jahre beschworen wurde. Letzteres manifestierte sich während des Krieges, als Stalin wiederholt das Beispiel von historischen Kriegshelden wie Aleksandr Nevskij, Dmitrij Donskoj, Kuz'ma Minin, Dmitrij Požarskij, Aleksandr Suvorov und Michail Kutuzov aufführte. In dieser Reihe wurden auch der Fürst Danylo von Halyč und der Kosakenhet'man Bohdan Chmel'nyc'kyj genannt.[145]

Nach dem Krieg wurde betont, dass die sowjetische Freundschaft vor allem durch den russischen Einsatz bewiesen worden sei: Die Befreiung der Sowjetukraine vom Joch der deutschen Eindringlinge sei nur gelungen dank der Stalinschen Völkerfreundschaft, dank der Einheit der Völker im Kampf gegen den gemeinsamen Feind, dank der Hilfe, die das „große russische Volk" dem ukrainischen Volk erwiesen habe, sowie dank der weisen Leitung der bolschewistischen Partei und des Führers und Genossen Stalin. Ein weiteres inhaltliches Element der Mythisierung des Krieges bestand in der Betonung der territorialen ukrainischen Einheit, die

145 Ein bezeichnendes Zitat Stalins, in denen er die heldenhafte Vergangenheit Russlands und der russischen Nation beschwor, ist beispielsweise die Rede vor der Parade der Roten Armee in Moskau am 7. November 1941: „[...] Möge euch in diesem Krieg das heldenmütige Vorbild eurer großen Vorfahren beseelen – Alexander Newskis, Dmitri Donskois, Kusma Minins, Dmitri Posharskis, Alexander Suworows, Michail Kutusows!" (LIEBER, RUFFMANN [Hrsg.], Der Sowjetkommunismus, Band 1, S. 403–404, Zitat S. 404); sowie die Rede beim Empfang der Befehlshaber der Truppen der Roten Armee im Kreml' am 24. Mai 1945, in der Stalin seinen oft zitierten Toast auf das Wohl des russischen Volkes aussprach, dessen Vertrauen zur Sowjetregierung sich als der entscheidende Faktor für den historischen Sieg über den Faschismus erwiesen habe (ebenda, S. 405; STALIN Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion, S. 222–223). Zum russischen Nationalbolschewismus unter Stalin vgl. weiter GENNADIJ BORDJUGOV Umorientierung der Staatsideologie und Kulturpolitik in den 30er und 40er Jahren, in: Kultur im Stalinismus, S. 29–38. Zu Aleksandr Nevskij, der während des Zweiten Weltkrieges eine der wichtigsten historischen Figuren der sowjetischen Propaganda wurde, vgl. FRITHJOF BENJAMIN SCHENK Aleksandr Nevskij. Heiliger – Fürst – Nationalheld. Eine Erinnerungsfigur im russischen kulturellen Gedächtnis (1263–2000). Köln 2004.

durch die Vereinigung aller von Ukrainern bewohnten Gebiete herbeigeführt worden war. Dies wurde ebenfalls als Verdienst Stalins hervorgehoben.[146]

Der Stalinkult fand seinen Ausdruck auf der feierlichen Sitzung der Partei- und Gesellschaftsorganisationen am 14. Oktober 1944 in Kiev, bei der ein Vortrag über „Die befreite Sowjetukraine" und die Lesung eines „Brief-Poems" mit dem Titel „Slovo velykomu Stalinu vid ukraïns'koho narodu" (Ein Wort an den großen Stalin vom ukrainischen Volk) die Tagesordnung bestimmten. Für die Dekoration Kievs wurden 17.500 Parolenbänder, 1.200 Stalin-Portraits, aber nur 600 Portraits von Lenin, Molotov und anderen Politikern sowie 3.500 weitere Plakate verteilt. Zudem fanden verschiedene sportliche Wettkämpfe statt: Im Dynamo-Stadion in Kiev wurde ein Leichtathletik-Wettbewerb zwischen den Mannschaften von Dynamo-Kiev und Moskau ausgetragen, landesweit der traditionsreiche „Cup der Ukraine" im Fußball, und auf dem Dnipro trafen sich die Landesmeister im Rudern und Segeln. Die Sportveranstaltungen dürften nach den entbehrungsreichen Jahren bei der Bevölkerung besonders gut angekommen sein. Das Bedürfnis nach Zerstreuung und Ablenkung wurde kostengünstig und publikumswirksam über Sport und Spiel befriedigt.

Die Zeitungen berichteten ausführlich über die Veranstaltungen. In Werken, Betrieben und Kolchosen der USSR hätten zahlreiche Kundgebungen stattgefunden, in denen das ukrainische Volk die Befreiung der Ukraine, „seinen besten Freund, den Führer und Lehrer, den großen Stalin, den Organisator und Anführer im Kampf der Völker gegen die Hitler-Horden" feierte.[147] Spruchbänder in der geschmückten Stadt Kiev trugen – auffälligerweise ukrainische – Aufschriften wie: „Chaj žive vyzvolena vid nimec'kych zaharbnykiv vil'na Radjans'ka Ukraïna!" (Es lebe die von den deutschen Okkupanten befreite freie Sowjetukraine!), „Chaj žive Červona Armija – naša vyzvolitel'ka!" (Es lebe die Rote Armee, unsere Befreierin!) sowie „Slava velykomu Stalinu!" (Ruhm dem großen Stalin!). Bei seiner Rede in einem Kiever Theater vor Partei-, Sowjet- und gesellschaftlichen Organisationen verwies Chruščev darauf, dass die Rote Armee das ukrainische Volk, das er wiederholt explizit ansprach, gerettet habe.[148]

Die Bedeutung der sowjetischen Nationalfeiern lag darin, die ukrainische Bevölkerung politisch neu auszurichten und das sozialistische Gemeinschaftsgefühl herzustellen. Der sowjetische Anspruch, einen „freien ukrainischen Staat" geschaffen zu haben – gemeint war die Sowjetukraine –, und die Verknüpfung Stalins mit Le-

146 Vgl. die Textbeispiele bei AMIR WEINER The Making of the Dominant Myth: The Second World War and the Construction of Political Identities within the Soviet Polity, in: Russian Review 55 (1996) S. 638–660, hier S. 659–660.

147 Prazdnik osvoboždenija Ukrainy, in: Pravda Ukrainy (15. Oktober 1944) Nr. 203 (7523) S. 2.

148 Ebenda.

nin als Vollstrecker von dessen Vermächtnis wurden in der Ukraine immer wieder thematisiert.[149]

Die Ehrung von Ukrainern als Helden wie als Kriegsopfer hatte zwei Seiten. Zwar erhielten über 2,5 Millionen ukrainische Soldaten militärische Orden, davon über 2.200 eine Auszeichnung als „Helden der Sowjetunion", 27 bekamen diese doppelt, einer dreifach.[150] Dennoch durfte kein Volk als militärisch besonders engagiert herausragen. Stalin wählte daher die Bezeichnung „Krieg des Volkes", die keine Nation bevorzugte. So erklärte er 1943 in einem Tagesbefehl, der Krieg gegen die Deutschen sei ein wirklich allgemeiner „Volkskrieg aller Völker" in der Sowjetunion.[151] Naturgemäß wurden die Aktivitäten der OUN/UPA als staatsfeindlich dargestellt, weil sie sich der Sowjetisierung widersetzte und nationale Eigenständigkeit forderte. Die ukrainische Untergrundbewegung wurde mit Bedacht nach dem Krieg noch immer in eine enge Verbindung zum NS-Regime gestellt, das aber für die OUN/UPA nur ein Mittel zum Zweck gewesen war. Mit dieser Charakterisierung, die am Kern der national-ukrainischen Bewegung vorbeiging, war es möglich, die gesamte Ukraine und deren Einwohner bei Bedarf an ihre Verfehlungen zu erinnern, unter Druck zu setzen und so auf die Linie Moskaus zu bringen.

Des Zweiten Weltkrieges wurde auch nach dem Tod Stalins in der ganzen Sowjetunion beharrlich gedacht. Erinnerungsskulpturen wurden noch Jahrzehnte später aufgestellt.[152] Die angeblich größte Statue der Welt, die „Mutter Heimat" über dem Volgograder Kriegsmemorial, wurde 1967 enthüllt. 1972 wurde in Kiev das „Ukrainische Staatsmuseum der Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges" im ehemaligen Klovskij-Schloss eröffnet. Seit 1981 erinnert das insgesamt 102 Meter hohe Monument der „Rodina-Mat'" (Mutter Heimat) als Mittelpunkt eines Museumskomplexes an die Helden des Krieges.[153] Nicht zufällig befindet es sich in exponierter Lage, in der Nachbarschaft des Kiever Höhlenklosters, dem geistigen Mittelpunkt der Ukraine, am Ufer des Dnipro. Einigen ukrainischen Städten wurde die Auszeichnung „gorod-geroj" (Heldenstadt) zuteil: Odessa und Sevastopol' im Jahr 1945, Kiev 1961 und Kerč 1973. Allein in der Sowjetukraine wurden über 27.000 Monumente zur Erinnerung an den Weltkrieg errichtet. In vielen ukrainischen Städ-

149 BROOKS Thank you, comrade Stalin! S. 197. Der Mythos, Stalin habe das Vermächtnis Lenins umgesetzt, war ein fester Bestandteil des Stalinkultes, der nicht der Wirklichkeit entsprach, denn tatsächlich hatte sich Lenin in seinem Testament für die Absetzung Stalins als Parteisekretär ausgesprochen.

150 KOVAL' Podvyh narodnyj, S. 132.

151 J. W. Stalin. Reden, Ansprachen, Tagesbefehle, S. 134–140: Tagesbefehl zum 1. Mai 1943, Befehl des Obersten Befehlshabers Nr. 195, hier S. 137.

152 Über Kriegsdenkmäler in der UdSSR allgemein vgl. FRANK KÄMPFER Sowjetische Memorialkultur. Büsten, Male, Kulthandeln, in: DERS. Propaganda. Politische Bilder im 20. Jahrhundert, bildkundliche Essays. Hamburg 1997, S. 174–196, hier S. 178–188.

153 Als knappe Beschreibung der ausgestellten Kriegsgeräte: ALAIN DUPOUY Le Musée de la Deuxième Guerre Mondiale de Kiev. Le Musee [sic] de la Defense [sic] d'Odessa. Musee [sic] de la Bataille de Korsoun-Chevtchenkovskii. Grenoble 1987.

ten existieren bis heute einige Tausend Denkmäler und Gedenkstätten einschließlich der „večnyj ogon'" (Ewiges Feuer; ukr. „vičnyj vohon'") zu Ehren der Gefallenen.

Nach Stalin verschwand die strenge Zentralperspektive der Erinnerung. So zeigten fast alle in den sechziger Jahren geprägten Medaillen zu Ehren der 25-jährigen Befreiung ukrainischer Städte sowjetische Symbolik, in der Regel Kriegsgerät, das Gesicht oder die Figur eines Soldaten, das „ewige Feuer" oder den Sowjetstern. Die Medaille der 25. Wiederkehr der Befreiung der Stadt Chmel'nyc'kyj trägt auf der Rückseite ein Porträt Chmel'nyc'kyjs mit der Bulava in der Hand.[154]

Partisanenerinnerungen

Die Steuerung der Kriegsaufarbeitung durch Stalin bedeutete nicht, dass keine Versuche unternommen worden wären, Berichte über die Kriegsereignisse zusammenzutragen. Vielmehr war es Kaganovič als Erster Parteisekretär in der Ukraine, der in der ersten Hälfte des Jahres 1947 Darstellungen örtlicher Partisaneneinheiten sammeln ließ, in denen beschrieben wurde, mit welchen Methoden, aber auch unter welchen Schwierigkeiten die sowjetischen Widerstandskämpfer im Untergrund gegen die Besatzungsmacht vorgingen, wie Partisanen entdeckt, verraten, von den Besatzungsbehörden verfolgt, ergriffen und ermordet wurden und welche Opfer sie zu beklagen hatten. Vielfach wurden dabei Namen von Parteimitgliedern genannt, ihre Taten sowie die Umstände ihres oft gewaltsamen Todes, und, sofern möglich, ihr Schicksal nach der Gefangennahme. Welchen Zweck Kaganovič mit den Berichten verfolgte, ist nicht klar, zur Veröffentlichung kamen sie nicht. Möglicherweise plante er, seinen Frontalangriff auf die ukrainische Kultur und Wissenschaft abzufedern,[155] indem er die Verdienste der Ukraine während der Okkupation untersuchen ließ.

Diese frühen, inoffiziellen Stellungnahmen weisen einige gemeinsame Charakteristika auf. Am auffälligsten ist, dass sie, in zeitlicher Nähe zum Krieg verfasst, in den Urteilen über ihren Gegner noch nicht so festgelegt waren wie dies die Partei in den folgenden Jahren bestimmte, und dass die Sprache auffälligerweise wenig „bolschewistisch" geprägt ist. Dies bedeutet, dass die Berichte offensichtlich ohne Zensur verfasst wurden und dass ihr Ziel darin bestehen sollte, die Erlebnisse aus der Perspektive der Betroffenen zu schildern. Sichtbar ist das daran, dass nicht auf die Verdammung der deutschen Besatzer im Vordergrund steht – diese werden oftmals gar nicht erwähnt –, vielmehr sind die Gegner in den eigenen Reihen das Ziel der Verurteilungen. Die ukrainische Bevölkerung wird in den Berichten nicht kollektiv dem Vorwurf der Kollaboration ausgesetzt; die Hintergründe für die Zusammenarbeit mit den deutschen Besatzern werden – und dies ist bemerkenswert – sogar differenziert betrachtet. Als am 9. Juli 1941 die Stadt Žytomyr von den Deutschen be-

154 JU. A. BARSTEJN Pam'jatni medali, prysvjačeni podijam Velykoï Vitčyznjanoï vijny, in: UIŽ (1990) Nr. 5, S. 64–72, S. 65, 66.

155 Vgl. dazu im Kapitel über das Kriegsende.

setzt wurde, brachten sie „ukrainisch-deutsche Nationalisten" als Helfershelfer mit,[156] jedoch wird dieser Umstand fast entschuldigend damit begründet, dass die Deutschen diese als Werkzeug benutzen wollten, um die übrige ukrainische Bevölkerung auf ihre Seite zu bringen. Weiter wird, was von einem gewissen Verständnis zeugt, sogar erwähnt, dass sich „Kulaken" in den Dienst der Gestapo und der deutschen Polizei gestellt hatten, weil sie in der „Vergangenheit Repressionen unterworfen waren". Dass es den Deutschen eher auf dem Land als in den Städten gelang, die Bevölkerung auf die ihre Seite zu bringen, da ihr eine „freie und unabhängige Ukraine" und privates Eigentum an Grund und Boden versprochen wurde, zeigte sich im Rajon Žytomyr. Mit diesen Formulierungen lässt sich belegen, dass die offizielle Verurteilung von Kollaboration in den ersten Nachkriegsjahren noch nicht die von der Regierung gewünschte Wirkung zeigte und selbst von Angehörigen des Militärs noch nicht übernommen worden war, was wohl auch auf die Hilfestellungen zurückzuführen ist, die den Partisanen von der Bevölkerung zukam. So wurden in Izmaïl Fallschirmspringer der Roten Armee von Bauern aufgenommen und längere Zeit versorgt, aus rumänischer Haft entkommene Soldaten versteckt und sogar über die Frontlinie zu sowjetischen Einheiten zurückgebracht sowie sowjetische Späher unterstützt. Die spontane Unterstützung des Widerstands stellte für die Bevölkerung ein hohes Risiko dar. Wenn solche Helfer rumänischen Einheiten in die Hände fielen, hatten sie Folter zu gewärtigen. Einige Überlebende bedankten sich später persönlich bei ihren Rettern mit Geschenken.

Offen wird in den Berichten dargelegt, dass die Untergrundorganisationen teils völlig zusammenbrachen, weil ihnen die Okkupanten schnell die führenden Köpfe entzogen. So begann die Verfolgung der Parteimitglieder in Žytomyr unmittelbar nach dem deutschen Einzug am 9. Juli 1941. Einige Tage später wurden 19 von ihnen öffentlich erschossen, zwei gehängt. Die Leiter des Stadtkomitees wurden von der Gestapo gefasst, einigen gelang jedoch die Flucht. Nachdem die Koordination des sowjetischen Widerstandes lahmgelegt worden war, zerstreute sich dieser und konnte erst allmählich reorganisiert werden. Ein Teil der für die Partisanentätigkeit eingesetzten Parteimitarbeiter verweigerte sich dieser Aufgabe. Von den im Gebiet Izmaïl für die Untergrundarbeit zuständigen 64 sowjetischen Funktionären zogen 48 freiwillig zusammen mit Truppenteilen der Roten Armee ab, so dass nach der Okkupation durch rumänische und deutsche Truppen nur mehr 16 Personen aus ihrem Kreis verblieben.[157]

Unzuverlässige Führungskräfte waren ebenfalls ein Hindernis für Partisanenaktionen. In Kiev, wo 3.600 Untergrundkämpfer einschließlich der 500 Mitglieder des

156 CDAHOU 1-22-228, ark. 1–259: Otčet Žitomirskogo obkoma KP/b/U o dejatel'nosti podpol'nych partijnych organizacij i partizanskich otrjadov Žitomirskoj oblasti v period Velikoj Otečestvennoj vojny /ijul' 1941-janvar' 1944 gg./, hier ark. 33–37 und ark. 41–42.

157 CDAHOU 1-22-251, ark. 5–13: Kommunističeskaja Partija (bol'ševikov) Ukrainy. Izmail'skij oblastnoj komitet. Sekretarju Central'nogo Komiteta KP/b/ Ukrainy tovarišču Kaganoviču L. M. [Gez.] Sekretar' Izmail'skogo obkoma KP/b/U S. Tarasov. Izmaïl, 2. April 1947.

Untergrund-Gebietskomitees und der Untergrund-Rajonkomitees eingesetzt waren, verhielt sich der neue Sekretär der Untergrund-Stadtkomitees von Kiev, Ivkin, in „vielen" Fällen unangemessen. Es kam so weit, dass sich die Untergrundkämpfer bei jeder Aktion wegen ihm in Lebensgefahr begaben. Der stellvertretende Sekretär des Stadtkomitees, Chochlov, der Verdacht geschöpft hatte, wurde von Ivkin vergiftet. Als Mai 1942 ein Gesandter Chruščevs eintraf, teilte ihm Ivkin gegen den Willen des Stadtkomitee-Büros schon am ersten Abend Interna mit und übergab ihm Geld. Durch den sorglosen Ivkin kam Rozanov, der frühere Kader-Sekretär des Stalinsker Rajonkomitees, bekannt als Trinker, in die Führung des Untergrundkomitees des Stalinsker Rajons. Rozanov verschwand, weitere wurden verhaftet. Durch die Aufdeckung einer Untergrund-Druckerei und dadurch, dass geheime Wohnungen nicht gewechselt wurden, waren Partisanen ebenfalls gefährdet. In Izmaïl wurden viele dieser konspirativen Wohnungen ebenso wie Verbindungsweg, Namen von Kommunisten und Codes schon in den ersten Tagen der Okkupation enttarnt. Die Parteimitglieder im Untergrund konnten daher keine Verbindung halten, besaßen keinen Geheimcode und keine Treffpunkte mehr, gerieten in Zerwürfnisse und wurden daher alle schon kurz nach dem rumänischen Einmarsch gestellt, hingerichtet oder inhaftiert. Permanente Schwierigkeiten, Verbindungen aufzubauen und zu halten, wurden in den Berichten offen thematisiert. Sogar zwischen Führungskräften brachen die Kontakte ab, ebenso zwischen den Organisationen auf Rajon- und Stadtebene. Verbindungen zur Zentrale konnten kaum hergestellt werden. Eineinhalb Jahre lang war das Kiever Untergrundkomitee ohne Verbindung zum ZK, mittellos und ständig auf der Flucht vor der Gestapo.

Insgesamt ist in den unter Kaganovič gesammelten Berichten seitens der Partisanen wohl der Wille spürbar, die Okkupanten von Anfang an mit Widerstand zu konfrontieren.[158] Die Umsetzung dieser Absichten scheiterte jedoch in den ersten Monaten an organisatorischen Unzulänglichkeiten. In allen Berichten ging es ausschließlich um den sowjetischen bewaffneten bzw. propagandistischen Widerstand. Auffällig ist, dass insbesondere Jugendliche Konzeptionen zur Gegenwehr entwickelten, wenngleich diese kaum realisiert wurden. Vom Partisanenmythos, der sich in den folgenden Jahren entfaltete, ist in den zwei Jahre nach Ende des Krieges verfassten Berichten wenig zu spüren. In ihnen kommt deutlich zum Ausdruck, wie wenig

158 Eine andere Botschaft vermitteln Memoiren von Partisanen auf nicht sowjetischer Seite. Sie bringen zur Sprache, dass Untergrundkämpfer auch aus Opportunismus kämpften und dass jene, die sich freiwillig dafür entschieden, in ihren Methoden auch brutal und gnadenlos waren und sich von blindem Hass treiben ließen. So tötete ein polnischer Untergrundkämpfer, wie er schreibt, „gewöhnlich jeden Ukrainer", den er vorfand, und wechselte auf die sowjetische Seite, die er dann nicht aus politischen Gründen wieder verließ, sondern deswegen, weil er persönlich bedroht war (LOTIK, PREECE Nine Lives, Zitat S. 73; „Agent for the NKVD", S. 132–157). Das Buch schildert ferner Mordlust und Sadismus einzelner Partisanen und die eskalierenden bewaffneten Konflikte zwischen Polen und Ukrainern. Hingegen blenden die Erinnerungen der UPA-Partisanin SAVCHYN PYSKIR Thousands of Roads, den Aspekt der Gewalt am Gegner auffälligerweise fast völlig aus.

Möglichkeiten es für Untergrundkämpfer gab, auf sich allein gestellt großangelegte Aktionen durchzuführen. Erfolge der Partisanen waren spärlich gesät und beschränkten sich oft auf den propagandistischen Bereich: Während des Einsatzes der Untergrundkomitees in Kiev wurden fünf Flugblätter mit einer Auflage von 8.000 Stück gedruckt, Komsomolzen brachten zwei in 7.000 Exemplaren heraus. Zwei Mordanschläge gelangen: Auf Beschluss des Stadtkomitees wurden ein Professor namens Revuckij und seine Frau ermordet, die einen antibolschewistischen Aufruf an die Kiever Intelligenz verfasst hatten; durch das Komsomol-Komitee wurden der „Provokateur" Žorž Martynov und seine Frau für den Verrat einer geheimen Druckerei am 23. April 1942 ermordet. Auseinandersetzungen innerhalb der Partisanengruppen entstanden, wenn lokale Gruppen von außerhalb Verstärkung erhielten und das Kommando nicht abgeben wollten.[159]

Wesentlich glorifizierendere Inhalte besaßen später veröffentlichte Werke. Noch in den vierziger und zu Anfang der fünfziger Jahren erschienen die Erinnerungen einiger bedeutender Partisanenführer wie Kovpak, Fedorov, Saburov, Veršigora, Naumov und anderer.[160] Spätere Erlebnisberichte betonten das permanent gute Verhältnis zwischen der Bevölkerung und den sowjetischen Partisanen und die unter ihnen gelebte Völkerfreundschaft.[161] Partisanen wurden zu literarischen Helden, ihre Opferbereitschaft für das sowjetische Heimatland und ihre tollkühnen Aktionen zur Schädigung und Vernichtung feindlicher Kräfte füllten nach dem Krieg die Seiten von Romanen. Die Helden waren dabei einfache Arbeiter, die sich und ihr Leben in den höheren Dienst an der Sowjetunion stellen und sich selbst noch in der Stunde ihres gewaltsamen, von den deutschen Besatzern herbeigeführten Todes mutig dazu bekannten. Der Feind ist in der Regel unerbittlich, Verräter werden aber auch in den eigenen Reihen gefunden, oft dargestellt als leichtsinnige Menschen mit antisowjeti-

159 Dies wird von anderer Seite bestätigt. So soll der nach dem Krieg verklärte Widerstand der Partisanen von Odessa in den Katakomben durch einen permanenten Bruderkrieg beendet worden sein; dabei hätten sich der Anführer der Gruppe aus Odessa und der aus Moskau kommenden Verstärkung gegenseitig umgebracht (vgl. CHRISTOPHER ANDREW, WASSILI MITROCHIN Das Schwarzbuch des KGB: Moskaus Kampf gegen den Westen. Berlin 1999, S. 145–148; ohne Archivbelege).

160 S. KOVPAK Vid Putvlja do Karpat. Moskva 1949; A. F. FEDOROV Podpol'nyj obkom dejstvuet. Moskva 1949; D. MEDVEDEV Sil'nye duchom. Moskva 1951; P. VERŠIGORA Ljudi s čistoj sovest'ju. Moskva 1952; A. SABUROV Za liniej fronta. (Partizanskie zapiski). Moskva 1953; M. I. NAUMOV Chinel'skie pochody. Moskva 1954; A. ŠIJAN Partizanskij kraj. Kiev 1946; M. ŠEREMET V partizan'skich zagonach. Kiev 1947; M. GLIDER S kinoappparatom v tylu vraga. Moskva 1946; T. HNEDAŠ Z partyzanamy Fedorova. Kyïv 1948 (diese Angaben aus: KLOKOV Vsenarodnaja bor'ba v tylu nemecko-fašistskich okkupantov, S. 15, Anm. 4).

161 So etwa der Georgier DAVID BAKRADSE Herren der Wälder. Erlebnisse eines Partisanen. Berlin 1956, der in den Reihen Kovpaks kämpfte (vgl. S. 67: „Die Bewohner der ukrainischen und belorussischen Dörfer und Siedlungen [...] brachten uns Brot, Kartoffeln, Fleisch, trieben uns Rinder zu. Und so war es überall, wo wir hinkamen."; S. 58: „[Das ukrainische Volk] glaubte an die Hilfe seines Bruders, des großen russischen Volkes, an die freundschaftliche Hilfe aller Brudervölker der Sowjetunion.").

schen Zügen. Durch die Verbreitung von Partisanen-Literatur wurde betont, dass die okkupierten Gebiete immer in Verbindung zur Sowjetregierung standen; durch dieses Schrifttum wurde außerdem das Erbe der sozialistischen Märtyrer verteidigt und gefestigt. Dennoch mussten die ideologischen Vorschriften bei der Schilderung des Partisanenlebens eingehalten werden. Der 1945 von A. A. Fadeev verfasste Roman „Molodaja Gvardija" (Die Junge Garde) über den Widerstand von Jugendlichen im Krasnodon, der 1946 mit dem Stalinpreis ausgezeichnet wurde, geriet 1947 heftig in die Kritik, weil er den individuellen Widerstand zu sehr betone und die Rolle der Partei bei der Lenkung der Partisanenbewegung unterbewerte. Erst 1951 erschien das Werk in umgearbeiteter Form wieder.[162]

Sinn und Nachwirken des Stalinschen Kriegsbildes

Das „negative Gedächtnis"[163] Stalins an den Zweiten Weltkrieg hatte nur ein paar Jahre Bestand. Zu Lebzeiten des Diktators blieb es bei der Mythisierung Stalins, was von schwerwiegenden militärischen Fehlern während des Krieges ablenkte. Die Entstalinisierung während des Chruščevschen Tauwetters beendete nicht nur den Personenkult, sondern auch die Glorifizierung Stalins. Stalin verlor, obwohl die militärischen Fehlleistungen ebenfalls nicht öffentlich kritisiert wurden, nun auch seinen Nimbus als genialer Führer der Roten Armee. Anders war es mit der Betonung der Leistung der Partei und der Überlegenheit des sozialistischen Systems gegenüber dem kapitalistischen. Die Partei wurde wieder aufgewertet und erhielt ihre

162 Die „Junge Garde" war eine Gruppe junger Partisanen, die sich ohne nennenswerte Beteiligung der Parteikräfte im Krasnodon zusammenschlossen; fast alle Mitglieder wurden von den Deutschen erschossen. Nach der sowjetischen Rückeroberung wurden die Beteiligten zu Kriegshelden stilisiert. Fadeev und andere sowjetische Funktionäre unterstützen diese Version. Überlebende der Gruppe durften nicht aussagen. Erst in den neunziger Jahren brachten Akten zutage, dass der angebliche Anführer und andere Mitglieder Diebe und Spekulanten waren; vgl. KUROMIYA Freedom and Terror in the Donbas, S. 290–293. Zur Interpretation der dramatischen Schilderung von Fadeev im Rahmen des sozialistischen Realismus vgl. KATERINA CLARK The Soviet Novel. History as Ritual. Chicago, London 1985, S. 160–176. Der sowjetische Widerstand im Don wird von OUN-Angehörigen erheblich in Zweifel gezogen; es seien in der gesamten Zeit der deutschen Okkupation im Donbas nur zwei prosowjetische Flugblätter verteilt worden, während etwa 500 OUN-Angehörige hier zu finden gewesen seien (nach HRYCAK Narys istorij Ukraïni, S. 248; Kritik an der Version von Fadeev auch bei JEVHEN STACHIV Kriz' tjurmy, pidpillja j kordony. Povist' moho žyttja. Kyïv 1995, S. 135–136).

163 Mit „negativem Gedächtnis" umschreibt Koselleck in Bezug auf die nationale Vergangenheitsdarstellung in Deutschland nach 1945 sowohl, „dass der Inhalt, der darin gespeichert wird, abstößt, unwillkommen ist, verächtlich und verachtenswert", als auch, dass „das Gedächtnis sich der Erinnerung sperrt, sich weigert, das Negative überhaupt zur Kenntnis zu nehmen: also verdrängt oder so der Vergangenheit überantwortet und der Vergessenheit ausliefert" (REINHARD KOSELLECK Formen und Traditionen des negativen Gedächtnisses, in: NORBERT FREI, VOLKHARD KNIGGE [Hrsg.], Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord. München 2002, S. 21–32, hier S. 21).

Verdienste als „Organisator und Führer des Kampfes" der sowjetischen Bevölkerung gegen die „faschistischen Okkupanten" zurück.[164] In seiner Rede am 20. Parteikongress im Februar 1956 erklärte Chruščev, nicht Stalin, sondern die Partei, die Sowjetregierung, die heroische Rote Armee, ihre talentierten Führer und tapferen Soldaten sowie die gesamte sowjetische Nation hätten den Sieg im „Großen Vaterländischen Krieg" bewerkstelligt. Gleichzeitig wurde nach Stalins Tod mehr und mehr die Rolle der Zivilbevölkerung gewürdigt und „die Fiktion eines spontanen Volkskampfes gegen die Deutschen" konstruiert.[165] Man sprach nun nicht mehr nur von einem „Partisanenkampf" und einer „Partisanenbewegung", sondern vom „Volkswiderstand" (*narodnoe soprotivlenie*).

Insgesamt wurde der sowjetische Sieg im Kampf der Ideologien auch nach 1953 immer wieder herausgestellt. Dies führte zu einer Festigung und Legitimierung der Sowjetregierung und des Sowjetsystems über Dekaden hinweg, weil sich viele Sowjetbürger damit identifizierten und auch sich selbst als Teil dieses Triumphes verstanden. Die Erinnerung an den Krieg wurde auch Bestandteil des sowjetischen Erziehungsprinzips. Noch Jahrzehnte später wurden ehemalige Partisanen und Veteranen des Zweiten Weltkrieges zu Veranstaltungen geladen, auf denen sie ihre Kriegserlebnisse vor Publikum vortrugen und damit die Erinnerung an den Krieg an die folgenden Generationen weitergaben.

Eine Reihe von Mythen, ideologisch bedingten Bewertungen und Sprachschablonen bestanden lange nach Stalin weiter.[166] Noch in den neunziger Jahren wurde die Rolle der Partei für den Wiederaufbau nach dem Krieg in der führenden historischen Zeitschrift der Ukraine in simplifizierenden Worten unter Auslassung sämtlicher negativer Erscheinungen hervorgehoben. So heißt es in einem Artikel der Rubrik „Hilfe für den Geschichtslehrer", die Kommunistische Partei hätte in den schweren Nachkriegsjahren alles veranlasst, um die vorhandenen Ressourcen auf die Befriedigung der Bedürfnisse des Volkes auszurichten. Besondere Aktivitäten habe dabei die Arbeiterklasse entwickelt. Die Menschen hätten Tag und Nacht gearbeitet und dabei weder auf die Zeit noch auf ihre Erschöpfung geachtet. Die Jugend habe Komsomol-Brigaden zur Stoßarbeit gebildet. Kritisiert wird nur vorsichtig, dass während der „ungesetzlichen Repressionen des Apparates von Berija" Abertausende Menschen in der Westukraine in Zwangslager deportiert wurden, was die Rahmenbedingungen für die Durchführung der Kollektivierung in der Westukraine schuf. Bedauert wurde ferner, dass viele Aktivisten und auch die ersten Kolchosarbeiter in der Westukraine Opfer des blutigen Terrors von OUN und UPA wurden.[167]

164 Stellvertretend für viele sowjetischen Publikationen nach dem Tod Stalins zum Thema: KLOKOV Vsenarodnaja bor'ba v tylu nemecko-fašistskich okkupantov, S. 12–38 (hier auch viele weitere Literaturbelege).

165 BONWETSCH Der „Große Vaterländische Krieg" und seine Geschichte, S. 175.

166 HOFFMANN Der Zweite Weltkrieg in der sowjetischen Erinnerungskultur, S. 136–138.

167 KOVAL' Ukraïns'ka RSR u period vidbudovy i rozvytku narodnoho hospodarstva. Zitate auf S. 81, 82, 84, 86.

Der offiziellen Kriegserinnerung in der Sowjetunion stand die inoffizielle, individuelle und private entgegen, für die in der Öffentlichkeit kein Platz war. So demonstrierten auf der einen Seite die hochdekorierten, gefeierten Veteranen stolz ihre Verdienste, während die Mütter, Frauen, Kinder und weiteren Verwandten von Gefallenen keine öffentliche Erwähnung fanden. Erst später wagten manche, auf ihr Schicksal aufmerksam zu machen. Noch in den achtziger Jahren trugen alte Frauen bei offiziellen Siegesfeiern wie der Siegesparade am 9. Mai Schilder mit Bildern von Angehörigen, die seit Jahrzehnten vermisst waren.[168] Unabhängig davon, ob sie sich tatsächlich noch Informationen über deren Schicksal erhofften, wirkte ihr Auftreten auch als stiller Protest gegen die öffentlichen Jubelfeiern.

Die offizielle Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg wurde aber nicht nur zur Zeit der Sowjetunion, sondern auch nach ihrem Ende funktionalisiert, obgleich der militärische Triumph nicht mehr als ideologischer Sieg über den „Kapitalismus" firmiert.[169] Nunmehr soll die offizielle Erinnerung an den Krieg angesichts der Schwierigkeiten der Systemtransformation indirekt darauf verweisen, dass man in der Vergangenheit bereits Krisen zu bewältigen vermochte. Die post-sowjetische Ukraine hält den Tag des Sieges am 9. Mai (neben dem Tag der Frau am 8. März sowie den Feiertagen am 1. und 2. Mai als weitere sowjetische Feiertage) aufrecht. Die „Ukrainisierung" des sowjetischen Kriegsmythos, die Jahrzehnte betrieben wurde und die Vereinigung aller ukrainisch bewohnten Gebiete unter sowjetischer Herrschaft als Errungenschaft betonte, zeigte in der zeitlichen Perspektive Wirkung: Die Frage, ob sich die Ukraine als Sieger und nicht etwa als Verlierer des Krieges betrachtet, wird in der post-sowjetischen Historiographie bejaht.[170] In dieser Hinsicht wurde die sowjetische Geschichtsschreibung über den Zweiten Weltkrieg kaum einer Umdeutung unterzogen, so dass alte Wertungen und Mythen Bestand hatten. In den post-sowjetischen Diskussionen in der Ukraine über die Aufarbeitung des Krieges kommen nun aber, und das ist das Neue, sowohl die Positionen der Veteranen der Roten Armee als auch die Ansichten der antisowjetischen Kräfte wie der OUN/UPA zu Wort.[171] Gleichzeitig werden die jüdischen Opfer des Holocaust, die im sowjetischen Heldengedenken keine Erwähnung fanden, nun mit Denkmälern geehrt und Fehler der eigenen Militärführung, die zu unnötigen Opfern führten, thematisiert. Obwohl der Sieg nach wie vor auch mit militärischen Ehren zelebriert

168 CATHERINE MERRIDALE War, death, and remembrance in Soviet Russia, in: War and Remembrance in the Twentieth Century. Cambridge 1999, S. 61–83, hier S. 78–79.

169 Schwerpunktmäßig haben die JBfGOE 54 (2006) H. 1 die kollektive Erinnerungskultur in der Ukraine nach dem Zweiten Weltkrieg zum Thema. Vgl. insbesondere den Beitrag von WILFRIED JILGE The Politics of History and the Second World War in Post-Communist Ukraine (1986/1991–2004/2005), ebenda S. 50–81.

170 Vgl. beispielsweise die Beiträge in Do 50-riččja peremohy.

171 VON HAGEN Does Ukraine Have a History, S. 672. Als Beispiel für die Erinnerung von Veteranen an militärische Ereignisse: Spohady – zapovity veteraniv. Kyïv 2000.

und die Bedeutung der Roten Armee weiterhin gewürdigt wird, finden Stalin und die Partei keine Erwähnung mehr.

2.2.2 Die Auflistung von Kriegsverbrechen und -schäden durch die „Außerordentliche Staatskommission"

Feiern zu Ehren des Sieges und der Stalinkult stützten und sicherten in der chaotischen Nachkriegszeit die staatliche Macht. Dem öffentlichen Bild des Krieges standen aber die immensen Kriegsschäden gegenüber. Um deren Ausmaß festzustellen und um eine sichere Kalkulationsgrundlage für die Reparatur zu erstellen, initiierte die sowjetische Regierung eine groß angelegte Bestandsaufnahme, verbunden mit einer breit organisierten Suche nach Kriegsverbrechern. Kollaborateure sollten entlarvt und bestraft werden, um regimefeindliche Elemente bereits während des Wiederaufbaus der Partei- und Verwaltungsstrukturen zu eliminieren. Eine weitere Motivation für diese Sammlung von Daten und Angaben bestand darin, sie propagandistisch zu verwerten: Den Alliierten sollte das überragende Ausmaß an materiellen und menschlichen Schäden demonstriert werden, um dafür möglichst hohe Ausgleichs- und Reparationsleistungen fordern zu können.[172] Dabei gehörte es von Anfang an zur Strategie Stalins, das Ausland darauf aufmerksam zu machen, dass die Sowjetunion die Hauptlast des Krieges gegen NS-Deutschland trug. Dies ließ er immer wieder in den diplomatischen Schriftverkehr einfließen, um während des Krieges eine zweite Front, westliche Hilfe für sein Land sowie Unterstützung für territoriale Forderungen zu erreichen.[173] Auch mit Blick auf das Ausland veröffentlichte die sowjetische Presse Berichte über die Zerstörungen und den Vandalismus der Deutschen; ausländischen Journalisten wurden demolierte Kulturdenkmäler vorgeführt.

Die Erhebung der Kriegsschäden wurde einer „Außerordentlichen Staatlichen Kommission für die Feststellung der Schäden und der Verbrechen, die von den deutschen faschistischen Eindringlingen und ihren Helfershelfern begangen wurden" (russ. *Črezvyčajnaja Gosudarstvennaja komissija po učetu uščerba i zlodejanij, pričinennych nemecko-fašistskimi zachvatčikami i ich soobščnikami*) übertragen,

172 Stalin schlug zunächst vor, Deutschland solle Industriegüter im Wert von 20 Milliarden US-Dollar liefern, die Hälfte davon an die Sowjetunion. Die Westalliierten lehnten dies ab, begrenzten, ohne eine Gesamtsumme zu benennen, die Entnahme von Reparationen auf die eigenen Besatzungszonen und konzedierten lediglich Lieferungen an die Sowjetunion und an Polen aus den westlichen Besatzungszonen im Umfang eines Viertels der entbehrlichen Industrieproduktion (vgl. MICHAEL G. MÜLLER Reparationen, in: Historisches Lexikon der Sowjetunion, S. 269). Neben dem Zugewinn für den Wiederaufbau in der Sowjetunion verfolgte die Sowjetregierung mit ihren Reparationszahlungen das Ziel, Deutschland so zu schwächen, dass es zu keinem weiteren militärischen Schlag gegen die Sowjetunion mehr in der Lage sein würde; vgl. JÖRG FISCH Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg. München 1992, S. 59.

173 LÖWE Stalin, S. 322.

die mit Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR am 2. November 1942 in Moskau gegründet wurde. Durch ihre hochkarätigen Mitglieder demonstrierte die Sowjetregierung, dass sie eine gleichsam „unabhängige" Institution mit der Erstellung der Schadensbilanz und der Feststellung der Kriegsverbrechen betraut hatte.[174] Den Vorsitz der Kommission erhielt Nikolaj Michajlovič Švernik, Vorsitzender des Sowjetischen Rates der Gewerkschaften seit 1930. Der Arzt Nikolaj Nilovič Burdenko, Vorsitzender der Spezialkommission zur Untersuchung des Massakers von Katyn', gehörte ebenso zu ihren Mitgliedern wie der Leiter der Leningrader Parteiorganisation und Sekretär des Zentralkomitees Andrej Ždanov, der Schriftsteller Aleksej N. Tolstoj, die Fliegerin Valentina Stepanova Grizodubova, der Biologe Trofim Denisovič Lysenko, der Spezialist für Hydrotechnologie Boris Evgen'evič Vedeneev sowie der Historiker Evgenij Viktorovič Tarlė und der Jurist und Völkerrechtler Il'ja Pavlovič Trajnin, beide Akademiemitglieder. Außerdem war der Metropolit der Russischen Orthodoxen Kirche von Kiev und Galizien, Nikolaj, in die Kommission aufgenommen worden.

Der Kommission hatte die Aufgabe, die Schäden, die während des Krieges an der heimischen Wirtschaft und Bevölkerung verursacht worden waren, genau zu berechnen. Im einzelnen sollte sie Belege für kriminelle Vergehen des Feindes hinsichtlich der Ermordung von „friedlichen Bürgern" und der Deportationen von Zivilisten nach Deutschland sammeln, dann die Schäden an Gebäuden, der Agrarproduktion, den Kolchosen, den Kooperativen und anderen Organisationen, an Industrieanlagen und an der Infrastruktur sowie die Zerstörungen kultureller Einrichtungen wie Bibliotheken und Museen auflisten und die Kosten für die Evakuierung von Sowjetbürgern und Betrieben errechnen.[175] Die dabei gewonnenen Erkenntnisse über die Meinungen und das Verhalten der sowjetischen Bevölkerung unter deutscher Besatzung waren ebenfalls bedeutsam. NKVD, NKGB und Smerš konnten durch sie „Volksfeinde" dingfest machen. Darunter wurden Deserteure aus der Roten Armee, ehemalige „Ostarbeiter" sowie Personen verstanden, die in irgendeiner Weise im Dienst der Besatzungsmacht gestanden hatten, und sei es nur im Rahmen von Putz- oder Chauffeur-Tätigkeiten. Überführte Personen entgingen kaum einer Verhaftung. Auf die bei dieser Gelegenheit angelegten Hunderttausenden Dossiers zu Einzelpersonen konnten die Behörden bei Bedarf zurückgreifen.

Die politische Funktion der Schadensberechnung stand von Anfang an fest. Der Plan war, dass die Sowjetregierung bereits dann, wenn sie mit Deutschland Friedensverhandlungen führte, auch feste Vorstellung über die Kompensierung der Verluste präsentieren sollte.[176] Charakteristischerweise wurde bei den betroffenen Denkmälern oft nicht registriert, wann und wie diese in Mitleidenschaft gezogen

174 Auffälligerweise waren keine NKVD-Vertreter in der Kommission auf höchster Ebene (wohl aber in den unteren). Für PARRISH The Lesser Terror, S. 127, ist dies der Beleg dafür, dass Stalins Interesse an den NS-Verbrechen „rein akademisch" gewesen sei.

175 SANDERS Extraordinary Crimes in Ukraine, S. 72.

176 KOSLOW Wie und mit welchem Ziel Stalin seine Kulturverluste im Krieg zählte, S. 146.

worden waren. Dennoch ist es der Kommission zu verdanken, dass sie die Sowjetregierung darauf hinwies, historische Denkmäler restaurieren bzw. wieder aufbauen zu lassen. Die Protokolle der Befragungen bilden eine erste Bestandsaufnahme der Verhältnisse in der Ukraine und in anderen vorher okkupierten Gebieten der Sowjetunion nach dem Krieg; sie sind damit als historische Quelle von besonderer Bedeutung.[177] Sie sollten bei Darstellungen der Okkupationszeit stärker als bisher vergleichend zu den Akten der deutschen Besatzungsbehörden herangezogen werden, da sie Opferzahlen, geographische Angaben und weitere Einzelheiten zu Aktionen der Deutschen enthalten. Im Folgenden werden einzelne Berichte stichpunktartig unter bestimmten Fragestellungen herangezogen.

Die Ukrainische Republikskommission: Zielsetzung und Arbeitsweise

Die zentrale Kommission in Moskau verfügte über untergeordnete Kommissionen in den Republiken, die wiederum Kommissionen in den einzelnen Gebieten und Rajons einsetzten. In der Ukraine wurde Anfang 1943 eine Außerordentliche Republikskommission (ukr. *Nadzvyčajna komisija*) am Ministerrat gegründet.[178] Sie forderte von den einzelnen ukrainischen Gebieten, Rajons, Städten und Dörfern die dort recherchierten Listen und Ergebnisse an und reichte sie zusammengefasst nach Moskau weiter. Um in den Gebieten die Sammlungen und die Bearbeitung der von den Gebietskomitees eingehenden Materialien zu organisieren und um die Verbindung zur Außerordentlichen Kommission herzustellen, wurde im Mai 1943 eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen; ihr Leiter war der stellvertretende Vorsitzende des staatlichen Wirtschaftsplanungsamtes (*Gosplan*) am ukrainischen Ministerrat, Rudnickij. Dies unterstreicht den volkswirtschaftlichen Aspekt, da Moskau auf Daten aus den Republiken für die Wirtschaftspolitik angewiesen war. Zu der am 27. April 1943 ernannten, siebenköpfigen Kommission gehörten neben einem Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der USSR zwei Staatsanwälte der USSR, zwei ZK-Mitglieder und ein Mitglied des ukrainischen Ministerrates.[179]

Die Aufgaben der ukrainischen Republikskommission waren genauso festgelegt wie die Methodik, mit der Akten anzulegen waren, um eine einheitliche Erfassung für die gesamte Sowjetunion zu gewährleisten.[180] Die Kommission hatte sich um eine möglichst breite aktenmäßige Zusammenstellung der Verbrechen zu kümmern.

177 In einer Reihe von Merkmalen sind sie den Meldungen der deutschen Einsatzgruppen ähnlich, die über die Verbrechen in den besetzten Ostgebieten berichten.

178 CDA 3538-1-1, ark. 14–16: Dokladnaja zapiska ob organizacii raboty po učetu i rassledovaniju zlodejanij i pričinnenogo uščerba nemecko-fašistskimi zachvatčikami i ich soobščnikami na territorii USSR. [Gez.] Zam. nač. Upravlenija gosarchivami NKVD USSR Pavljuk. Kiev, 7. September 1944. Hier ark. 14.

179 CDA 3538-1-1, ark. 1: Komunistyčna partija (bil'šovykiv) Ukraïny. Central'nyj komitet. [Gez.] L. Kornijec'. 27. April 1943.

180 CDA 3538-1-3, ark. 21: O rabote respublikanskoj komissii po ustanovleniju i rassledovanju zlodejanii nemecko-fašistskich zachvatčikov. [O. D., o. O.]

Für Schwerverbrechen waren Fachgutachten einzuholen und medizinisches Personal sowie Photo-Korrespondenten beizuziehen. Ferner sollten die an den Verbrechen schuldigen Deutschen aufgeführt und Angaben darüber eingeholt werden, welchem Truppenteil sie angehörten und wer ihr Kommandeur war. Einheimische Mittäter sollten ebenfalls genannt werden. Bei Deportationen von Sowjetbürgern nach Deutschland waren deren Anzahl sowie die Namen der für die Verschleppung Verantwortlichen festzuhalten. Außerdem sollten Briefe aus der deutschen „Knechtschaft" gesammelt werden. Dass es tatsächlich nicht nur darum ging, die Verluste und Schäden der deutschen Okkupation aufzulisten, sondern auch darum, sie propagandistisch zu verwerten, wird deutlich aus der Anweisung, die Presse solle Material veröffentlichen, das für die „Demaskierung der Faschisten und aller Feinde" geeignet war.

Mit der Befreiung des größten Teiles der linksufrigen Ukraine unterbrach die Gruppe ihre Arbeit. Am 12. November 1943 wurde erneut eine Arbeitsgruppe der Republikskommission bei der Verwaltung der Staatlichen Archive des NKVD der Ukraine einberufen. Sie sollte ebenfalls Material über die begangenen Verbrechen sammeln und bearbeiten sowie den örtlichen Kommissionen praktische Hilfe leisten. Die Führung oblag dem stellvertretenden Leiter des NKVD der USSR, Pavljuk. Von diesem Zeitpunkt an war die gesamte Arbeit des Materialsammelns bei der Verwaltung der staatlichen Archive konzentriert und nur von einer Person geleitet, lediglich zeitweise unterstützt durch Mitarbeiter der Zentralen Archive. Die staatliche Personalkommission hatte entgegen dem Beschluss des Ministerrats die personelle Aufstockung der Gruppe abgelehnt. Mit wenig Personal mussten nun die aus den Gebieten eingesandten Unterlagen überprüft und formalisiert nach Moskau geleitet werden. Ab Ende 1943 ging man auf Veranlassung des Vorsitzenden der Außerordentlichen Kommission, Švernik, dazu über, alle Berichte direkt nach Moskau zu übersenden; der Republikskommission wurden nur mehr Kopien der Akten und Mitteilungen sowie grundlegende Dokumente geschickt.[181] Damit wurde die Auswertung endgültig Moskau überlassen, den Republikskommissionen blieb nur die Weiterleitung der Dokumente. Ab Januar 1944 wurden die Gebietsarchive, die nur langsam vorankamen, um Material für die Außerordentliche Kommission in Moskau gebeten.[182]

Der Aufwand für die Befragungen war beträchtlich. In Städten, Dörfern und Rajons wurden Kommissionen eingesetzt, die bereits kurz nach dem Abzug der Deutschen die Bevölkerung über ihre Kriegserfahrung befragten. Im Gebiet Volyn', wo

181 CDA 3538-1-1, ark. 14–16: Dokladnaja zapiska ob organizacii raboty po učetu i rassledovaniju zlodejanij i pričinnenogo uščerba nemecko-fašistskimi zachvatčikami i ich soobščnikami na territorii USSR. [Gez.] Zam. nač. Upravlenija gosarchivami NKVD USSR Pavljuk. Kiev, 7. September 1944.

182 Vgl. den geringen Briefverkehr in: CDA 3538-1-8.

1946 insgesamt 796.000 Einwohner lebten,[183] waren 1.329 Kommissionen im Einsatz, im Gebiet Vorošylovhrad (1946: 1.528.000 Einwohner) 30.156 Personen, im Gebiet Mykolaïv (1946: 649.000 Einwohner) 2.640 Kommissionen, alleine 486 mit über 15.000 Mitarbeitern in der Stadt Mykolaïv.[184] Unter welchen Gesichtspunkten diese rekrutiert wurden, ist den Akten nicht zu entnehmen. Grundsätzlich dürfte das Personal von den Arbeitsstellen in Partei und Verwaltung für die Tätigkeit in den Kommissionen freigestellt worden sein. Die Kommissionen waren meist mit örtlichen NKVD-Vertretern, Repräsentanten politischer Ämter und oft mit orthodoxen Priestern besetzt. Beispielsweise bestand die Kommission der Stadt Nikopol' aus dem Leiter, der zugleich stellvertretender Vorsitzender des Stadt-Exekutivkomitees war, aus einem Vertreter der Einwohnerschaft der Stadt, aus einem Vertreter des NKGB und des NKVD, dem Direktor eines Heimatkunde-Museums (als „wissenschaftlicher Arbeiter"), einem Staatsanwalt der Stadt, einem *protoierej* der Russischen Orthodoxen Kirche des Rajons Nikopol' und einem weiteren Priester. Oftmals gehörte auch ein Arzt zu einer lokalen Kommission.[185]

Ein permanentes Problem für die Kommissionen war fehlendes Schreibpapier. Die Bitte um Papiernachschub ist ein ständig wiederkehrendes Motiv in den Korrespondenzen. Der Mangel war derart gravierend, dass man teilweise von den Besatzern hinterlassene Blätter verwendete – so wurden Verhöre und Zeugenberichte auf deutsche Propagandaplakate geschrieben. Beispielsweise findet sich ein Bericht aus dem Gebiet Zaporižžja darüber, dass Deutsche einen Chutor zerstört und fünf junge Leute nach Deutschland deportiert hatten, ausgerechnet auf der Rückseite eines deutschen Propaganda-Plakates wieder, das in ukrainischer Sprache mit folkloristisch anmutenden Abbildungen für den Arbeitseinsatz im „Reich" warb.[186]

Ein Zwischenbericht der Republikskommission beklagte im März 1944,[187] dass sie noch immer nicht über das versprochene Personal verfüge und nur mit Unterstützung von zeitweise herangezogenen Mitarbeitern des Zentralen Historischen Archivs der Stadt Charkiv ihren Aufgaben nachkommen könne.[188] Bisher hatte man

183 Die Angaben zu den Bewohnerzahlen hier und im folgenden aus der Tabelle im Kapitel über das Kriegsende in der Ukraine.

184 SANDERS Extraordinary Crimes in Ukraine, S. 84–85.

185 CDA 4620-3-268, ark. 57–61: Akt. Iz materialov Črezvyčajnoj Gosudarstvennoj Komissii. 22. März 1944.

186 CDA 3538-1-55, ark. 6: Protokol doprosa svidetelja. [Ort: Krasnoarmejskij rajon, Zaporožskij oblast'].

187 CDA 3538-1-5, ark. 6–7: Dokladnaja zapiska o rabote rabočej gruppy Respublikanskoj komissii po učetu zlodejanij i ubytkov pričinennych nemeckami zachvatčikami. Zamestitelju predsedatelja SNK USSR tov. Korniec L. P. [Gez.] Zam. nač. Upravlenija gosarchivami NKVD USSR Pavljuk. Kiev, 13. März 1944.

188 In Charkiv nahmen die Archive nach dem Ende der deutschen Okkupation relativ schnell wieder ihre Arbeit auf. Am 1. Dezember 1943 wurde auf der Basis des „Zentralen Archivs der Revolution" und des „Zentralen Archivs der Arbeit" das „Zentrale Staatliche Archiv der Oktoberrevolution und des sozialistischen Aufbaus der USSR" gegründet. 1945 standen hier 29

Akten aus 28 Rajons des Gebiets Vorošylovhrad für die Weitergabe in die Außerordentliche Kommission vorbereitet, Kopien von Akten der Gebiete Charkiv und Vorošylovhrad erstellt und einen bevollmächtigten Vertreter in die Gebiete Poltava und Dnipropetrovs'k abkommandiert. Allerdings war die Vervielfältigung von Instruktionen der Außerordentlichen Kommission wegen des Papiermangels nicht möglich. Nachdem die methodische Führung und die praktische Hilfe für die Gebietskommissionen bei der Kommission in Moskau lag, blieb der Republikskommission jetzt nur mehr die Aufgabe, die Fakten summarisch zusammenzustellen und die Ortskommissionen mit den Instruktionen und Formblättern der Außerordentlichen Kommission zu versorgen. Die Republikskommission musste daher so umstrukturiert werden, dass sie nunmehr über einen verantwortlichen Sekretär, einen weiteren Sekretär und einen technischen Arbeiter verfügte. Diese sollten die allgemeinen Fakten zusammenstellen, um sie Spezialisten an den zentralen Institutionen zukommen zu lassen. Dann hatten sie die Vervielfältigung der Instruktionen und Formulare der Außerordentlichen Kommission und ihre Weiterleitung an die Ortskommissionen zu veranlassen, die Verbindung zur Leitung der Außerordentlichen Kommission und ihren Vertretern in der Ukraine zu halten und von den Gebietskommissionen regelmäßig Informationen über den Stand der Bearbeitung einzufordern, um mindestens zweimal im Monat einen Bericht darüber vorzulegen.

Um die Verschickung der Berichte zu beschleunigen, beschloss der ukrainische Ministerrat die Bildung einer „operativ-redaktionellen Gruppe an der Republikskommission zur Bilanzierung des Schadens".[189] Sie sollte mit der Außerordentlichen Kommission der UdSSR zusammenarbeiten und bis zum 1. Juli 1945 Material vorbereiten. Die Kommissionen standen permanent unter Zeitdruck. Ein Beschluss des Rats der Volkskommissare der UdSSR setzte eine dreimonatige Frist ab der Befreiung eines okkupierten Gebietes fest, um eine Schadensbilanz aufzustellen. Ein Jahr nach der sowjetischen Rückeroberung der meisten ukrainischen Gebiete hatten aber nur Vorošylovhrad, Stalino, Poltava und teilweise die Gebiete Kiev und Charkiv Bilanzen vorgelegt. Dieser Zustand war für die ukrainische Führung nicht hinnehmbar, und Chruščev hielt im September 1944 die Vorsitzenden aller Gebietskommissionen zur Beschleunigung ihrer Arbeit an.[190] Als Abschlussdatum wurde der 20. September 1944 genannt.

Mitarbeiter im Dienst, sieben von ihnen hatten auch während der Besatzung ihre Arbeit ausgeübt; vgl. L. V. JAKOBLJEVA Dijal'nist' archivnych ustanov Charkova pid čas nacysts'koï okupaciï (listopad 1941 r. – serpen' 1943 r.), in: Archivy Ukraïny (1996) Nr. 1–3, S. 51–59, hier S. 59.

189 CDA 3538-1-1, ark. 23–25: Postanovlenie SNK USSR i CK KP/b/U. O razrabotke itogov uščerba, pričinennogo narodnomu chozjajstvu USSR nemecko-fašistskimi zachvatčikami. [O. O., o. D.]

190 CDA 3538-1-3, ark. 35: [Vordruck:] Predsedatelju Oblastnoj komissii Sodejstvija Črezvyčajnoj Gosudarstvennoj komissii po učetu uščerba i zlodejanij, pričinennych nemecko-fašistkimi zachvatčikami i ich soobščnikami. [Gez.] Predsedatel' Soveta narodnych komissarov Ukrainskoj SSR N. S. Chruščev. September 1944.

Insgesamt sammelte die Kommission 250.000 Augenzeugenberichte über die Verfolgung der Zivilbevölkerung unter der NS-Herrschaft, rund vier Millionen Aussagen bezogen sich auf die materiellen Zerstörungen.[191] Die Ergebnisse der Kommission flossen in die Berechnung der von Deutschland zu leistenden Reparationen ein.[192] Einzelberichte der Kommission und ihrer Untergruppen bildeten die Grundlage für die Anklage bei den Nürnberger Prozessen, unter anderem für die sowjetische Lüge, das Verbrechen von Katyn' sei von deutschen Soldaten und nicht von sowjetischer Seite begangen worden. In Nürnberg wurden auch Falschmeldungen über die Zerstörungen in den besetzten sowjetischen Gebieten präsentiert, unter anderem über den Katharinenpalast bei Leningrad, der im Mai 1942 von der sowjetischen Luftwaffe in Brand geschossen worden war, sowie über angebliche Originale von Rubens, Ribera und anderen Malern in Rostov am Don, die aber nachweislich Kopien waren. Die sowjetischerseits vorgebrachten Zahlen von 427 ausgeraubten Museen und 564.700 verlorenen Kunstwerken waren ebenfalls als Täuschung zu betrachten, da die Kommission während der Nürnberger Prozesse über keine exakten Verlustaufstellungen verfügte.[193]

Als Endergebnis wurde der Gesamtschaden für die UdSSR am 12. September 1945 auf 679 Milliarden Rubel angesetzt; die Ukraine war als größtes Besatzungsgebiet besonders betroffen: Während die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik dem Bericht zufolge einen Schaden von 249 Milliarden Rubel erlitten hatte, wurden 285 Milliarden Rubel als Schadenssumme der USSR genannt,[194] 40% des nationalen Vermögens der Ukraine.[195] Weiter hieß es, der Schaden der Weißrussischen SSR betrage 75 Milliarden Rubel, jener der Lettischen SSR 20 Milliarden Rubel, jener der Litauischen SSR 17 Milliarden Rubel, jener der Estnischen SSR 16 Milliarden Rubel, jener der Moldauischen SSR elf Milliarden Rubel und jener Karelo-Finnlands sechs Milliarden Rubel. Diese Summen, so der offizielle Bericht, setzten sich nur aus dem durch direkte Vernichtung entstandenen Schaden an Vermögenswerten zusammen, insbesondere an staatlichen Betrieben und Kollektivwirtschaften. Verschwiegen wird jedoch, dass ein Teil der Zerstörungen durch die sowjetischen Truppen auf ihrem Rückzug vor der vorrückenden Wehrmacht als Maßnahme der verbrannten Erde verursacht wurde.

191 Diese Zahlen nach Nazi Crimes in Ukraine, S. 363. 40.000 Akten der Kommission befinden sich im GARF; vgl. REDLICH War, Holocaust and Stalinism, Anm. 3, S. 105.

192 POLJAN Deutsche Häftlinge in der UdSSR, S. 340.

193 KOSLOW Wie und mit welchem Ziel Stalin seine Kulturverluste im Krieg zählte, S. 163–164.

194 Aus der Mitteilung der Außerordentlichen Staatlichen Kommission zur Ermittlung und Untersuchung der Untaten der faschistischen deutschen Okkupanten und ihrer Komplizen und des Schadens, den sie Staatsbürgern, Kollektivwirtschaften, gesellschaftlichen Organisationen, staatlichen Betrieben und Einrichtungen der UdSSR zugefügt haben. 12. September 1945, in: Verbrecherische Ziele – verbrecherische Mittel! Dokumente der Okkupationspolitik des faschistischen Deutschlands auf dem Territorium der UdSSR (1941–1944). Moskau 1963, S. 413–419.

195 MAJSTRENKO Istorija komunistyčnoï partiï Ukraïny, S. 172.

Inhaltliche Ergebnisse

Die Ergebnisse der Kommissionen stellten die ersten systematischen Erfassungen der Kriegsschäden in der Sowjetunion überhaupt dar. Dabei wurde anhand von Zeugenaussagen eine breite Basis an Informationen und Daten erstellt. Dennoch ist zu unterscheiden zwischen den Listen der materiellen Zerstörungen und den personenbezogenen Aussagen. Erstere spiegelten eher objektiv erfassbare Größen wider, während letztere naturgemäß eher subjektiv geprägt waren. Oberflächlich betrachtet, mögen die Berichte zwar als sachliche Auseinandersetzung erscheinen, doch „die schreckliche Realität des Zwanges war nur unter der Oberfläche verborgen".[196] Dafür sorgten NKVD-Mitarbeiter, die sowohl in leitenden Positionen der Kommissionen saßen als auch Befragungen durchführten. Sie waren bereits an Maßnahmen des Massenterrors der dreißiger Jahre beteiligt gewesen und fahndeten auch jetzt wieder nach „Volksfeinden". Ihre Anwesenheit flößte den Befragten von vornherein Angst ein, so dass diese ihre Aussagen aus Selbstschutz möglicherweise danach richteten, was die Fragesteller hören wollten. Dazu kommt, dass nicht die Protokolle und stenographierten Zeugenaussagen selbst, sondern die Zusammenfassungen der einzelnen Kommissionen nach oben weitergegeben wurden. Deren Formulierungen lassen darauf schließen, dass sie korrigiert und wenigstens dem offiziellen Sprachgebrauch angepasst wurden. So sind an ihrer Diktion Züge der üblichen Begrifflichkeit der Partei zu erkennen: Während nämlich die Augenzeugen oftmals „Gestapo-Angehörige", „Offiziere" und „deutsche Faschisten" nennen, werden diese Ausdrücke in den Zusammenfassungen durch die Parteisprache ersetzt, beispielsweise durch „Barbaren", „Monster", „Banditen", „faschistische Eroberer" (dies wird zum Topos, *fašistskie zachvatčiki*). Erstaunlicherweise bleiben die direkten Opfer der Besatzung oftmals sachlich und halten sich mit Vorwürfen zurück, während die Organe die Behördensprache imitieren, die Berichte im Nachhinein auf Parteilinie bringen und damit den ursprünglichen Charakter der Zeugenaussagen verändern.[197]

Die offizielle Parteidiktion findet sich auch bei der ersten Untersuchung des Verwaltungsaufbaus des Reichskommissariats Ukraine. Ein 27-seitiger Bericht über die Vorgänge in der Stadt und im Gebiet Rivne wohl aus dem Jahr 1944 wurde einigen Vernehmungsprotokollen beigefügt.[198] Hier heißt es zutreffend, während der deutschen Okkupation habe die Macht unmittelbar in den Händen des „zügellosen Despoten" und „bösartigen Feindes der freiheitsliebenden Völker, Rosenberg", gelegen. Das ukrainische Volk habe „das Gesinde der deutschen Parasiten" in Gestalt der „Kreislandwirte", der „Gebietskommissare", der „Generalkommissare" und ih-

196 SANDERS Extraordinary Crimes in Ukraine, S. 310.

197 Ebenda, S. 91–92.

198 CDA 3538-1-57, ark. 1–27: Akt o razrušenijach, grabežach i massovych ubijstvach nemecko-fašistskim zachvatčikami i ich soobščnikami sovetskich graždan v gor. Rovno i Rovenskoj oblasti.

rer Helfershelfer mit dem „größten Räuber und Unterdrücker, dem Reichskommissar Koch", am Halse gehabt. Im Bestreben, die Kräfte des ukrainischen Volkes, seiner Nationalkultur und Tradition, die sich auf der Freundschaft mit anderen sowjetischen Völkern und in erster Linie mit dem großen russischen Volk gründete, zu lähmen und zu zerstören, hätten die deutschen Eroberer eine Politik der Spaltung des ukrainischen Volkes geführt und das Territorium der Ukraine in eine Reihe von Generalkommissariaten zerschlagen. Weiter habe die Gestapo, Gendarmerie und Polizei mit ihren Strafexpeditionen Millionen unschuldiger sowjetischer Bürger gequält. Allein über 50.000 Bewohner der Stadt Rivne seien während der Okkupation umgebracht worden. Dies ergab sich, so der Bericht weiter, auch aus der Öffnung von in Rivne und Umgebung gefundenen Massengräbern, aus denen über 100.000 Leichen exhumiert wurden. Medizinische Untersuchungen ließen Rückschlüsse auf den Zeitpunkt der Exekution zu.[199] So fanden im Dorf Sosenka die ersten Massenhinrichtungen in der zweiten Hälfte des Jahres 1941 und die letzten zu Jahresbeginn 1944 statt.

Neben der volkswirtschaftlichen Absicht wurde mit der Beweissammlung der propagandistische Zweck verfolgt, die Verbrechen der Deutschen publik zu machen, nicht um der Opfer willen, sondern um dadurch die Ziele der sowjetischen Politik zu fördern und um die Erinnerung an die Opfer des stalinistischen Terrors zu verdrängen. Auch bei anderen Gelegenheiten wurden sowjetische Agitatoren immer wieder dazu angehalten, auf vorhandene Materialien über Morde, Plünderungen und Zerstörungen, die von den deutschen Besatzern verübt wurden, zurückzugreifen und sie als Propagandamittel einzusetzen.[200] Dafür spricht ebenfalls, dass Massengräber öffentlich ausgehoben und Berichte darüber durch Presse und Agitatoren verbreitet wurden.[201] Der Eindruck, dass die propagandistische Verwertung der von den Deutschen begangenen Verbrechen nicht weniger wichtig war als deren Dokumentation und Aufklärung, drängt sich angesichts der Filmaufnahmen bei der Exhumierung von Angehörigen auf. Ein Augenzeugenbericht über die Öffnung eines jüdischen Massengrabes bei Feodosija beschreibt die verzweifelte Suche einer Jüdin nach ihrer Tochter, was von NKVD-Mitarbeitern gefilmt wurde:

> „The NKVD cameramen, favoring her out of all others, zeroed in with their cameras on the grief-stricken woman while she continued to lament. [...] One of the men filming the scene shouted to her after a while, 'Easy! Easy, woman! Don't put on so much. [...]'. [...] The woman, utterly lost in her sorrow, unaware of surroundings or film makers, continued to lament. The cameraman shouted once more, this time not hiding his annoyance, 'Don't open your mouth so wide!

199 In Rivne begann der Völkermord an den Juden am 6. November 1941, als NS-Berichten zufolge rund 15.000 Juden ermordet wurden (POHL Ukrainische Hilfskräfte beim Mord an den Juden, S. 215).

200 Vgl. im Kapitel über den Aufbau der Parteiorganisation in der Ukraine im Abschnitt über die Besetzung der Partei- und Sowjetämter nach dem Kriegsende.

201 SANDERS Extraordinary Crimes in Ukraine, S. 261.

> It looks like hell! [...]' Not getting through to the oblivious woman, the film crew deserted her, turning their camera eye on us. The young woman's anguished screams and tears affected us so that we could not move, or speak, or cry.
> 'Weep!' the cameraman yelled in our direction. 'Weep, you bastards! Don't stand there like paralysis struck you! Tears! I must have tears!' he commanded, exasperated with our lack of compliance. 'You! Jew haters! Came here to gape? Cry!' he ordered once more. 'Can't you squeeze out a tear? Hitler lovers! Wanted to have the Jews killed, didn't you?' He shook his fist in our direction."[202]

Über das Ausmaß der Aktenberge gibt ein Bericht des Gebiets und der Stadt Kiev Aufschluss, den diese im April 1944 der Republikskommission als Endbilanz vorlegten.[203] Der im Gebiet angerichtete Schaden wurde in über 2.500 Akten dokumentiert. Dabei belegten 108 Akten die Gesamtsumme von 35.682.000 Rubeln für Beschädigungen von Einrichtungen der Stadt Kiev, 122 Akten gingen von einer Summe von 118.926.000 Rubeln an Schäden an Schulen aus, 434 Akten berechneten 543.499.000 Rubel Schaden am Wohnraum der Stadt und weitere 135 Akten bezifferten die für die Einwohner entstandenen Schäden auf 16.049.000 Rubel. Insgesamt kam man durch diese Statistik auf 714.157.000 Rubeln. Allerdings verzögerte sich die weitere Schadensberechnung aus Papiermangel. Die Ausfertigung der Akten über die Verbrechen der deutschen Okkupanten an sowjetischen Bürgern ergab eine Zahl von über 193.000 getöteten Zivilisten und Kriegsgefangenen aus der Stadt Kiev. An der Fortsetzung der Listen über die mehr als 8.073 nach Deutschland verschleppten Kiever wurde noch gearbeitet. Zu den Schäden auf dem Land waren aus neun Rajons 410 Akten zusammengestellt worden, die eine Summe von rund vier Milliarden Rubeln für Zerstörungen an Kolchosen angaben. Alle diese der Gebietskommission übereigneten Akten wurden den Rajons zurückgegeben, um dort Ausfertigungsfehler korrigieren zu lassen.

Ein vorläufiger Endbericht im Februar 1944 fasste die Bilanz des Schreckens auf dem Territorium der Ukraine zusammen:[204] Ein Höhepunkt der Morde an „sowjetischen Bürgern" – darunter wurde auch die massenhafte Ermordung von Juden subsummiert – fand mit über 30.000 Opfern in der Stadt und im Gebiet Charkiv statt, in

202 MARKOVNA Nina's Journey, S. 230–231. SANDERS Extraordinary Crimes in Ukraine, S. 288, beurteilt die Kampagne als eine „kalkulierte Manipulation der Beweislage".

203 CDA 3538-1-28, ark. 1–3: Kievskaja Oblastnaja i Gorodskaja Komissija Sodejstvija Črezvyčajnoj Gosudarstvennoj komissii. Zamestitelju predsedatelja respublikanskoj komissii sodejstvija črezvyčajnoj gosudarstvennoj komissii, tov. Korniec, L. R. [Gez.] Sekretar' Kievskoj oblastnoj i gorodskoj komissii Sodejstvija Z. Serdjuk. 5. April 1944.

204 CDA 3538-1-27, ark. 13–15: Spravka o zlodejanijach i nanesenom uščerbe nemecko-fašistskich zachvatčikach na territorii USSR. [An:] Central'nyj komitet kommunističeskoj partii /Bol'ševikov/ Ukrainy tov. Šujskomu, G. P. [Gez.] Zam. nač. Upravlenija Gosarchivami NKVD USSR Pavljuk. Kiev, 24. Februar 1944.

Dnipropetrovs'k wurden über 20.000 Einwohner getötet, 35.000 Rotarmisten fielen, in der Stadt Mariupol' verzeichnetet man 60.000 Tote und in Kiev fast 100.000 Tote, in Babyn/Babij Jar alleine 80.000. In die deutsche „Knechtschaft" (*robstvo*, der Ausdruck bildete in den Berichten einen Topos) wurden aus der Stadt Charkiv über 100.000 Einwohner deportiert, aus der Stadt Stalino 125.000, aus der Stadt Mariupol' über 70.000, aus dem Rajon Kaganovič (bei Vorošylovhrad) rund 6.000 Einwohner und aus der Stadt Dnipropetrovs'k über 135.000. Verheerend war auch die Statistik der Zerstörung von Schulen und anderer kultureller Institutionen. Von den 157 Schulen, die vor dem Krieg in Kiev einschließlich dem Vorort Darnic'ja bestanden, waren 35 völlig zerstört und 100 beschädigt, da sie als Pferdeställe, Kasernen, Lager sowie Polizei- und Gestapo-Gebäude benutzt wurden. Die 165 Kindergärten der Stadt wurden allesamt geschlossen. Von 39 städtischen Bibliotheken wurden 15 völlig zerstört. Auch das Zentrale Archiv alter Akten, aus dem wertvolle Dokumente nach Deutschland gebracht worden waren, wurde vernichtet. Im Gebiet Vorošylovhrad waren 520 Schulen zerstört, aus den zwölf am 10. September 1943 befreiten Rajons des Gebiets Dnipropetrovs'k waren 307 Gebäude der ursprünglich 515 Schulen zerstört bzw. beschädigt. Fast alle 32 Schulen der Stadt Poltava waren zerstört; ebenso die dortige „Zentrale wissenschaftliche Bibliothek". Aus dem Gebiet Stalino wurden 91 zerstörte Klubs gemeldet, von den 13 heimatkundlichen Museen bestand nur mehr eines. Viel konkreter als diese allgemeinen und gerundeten Zahlen sind aber die Ergebnisse, die aus den einzelnen Gebieten gemeldet wurden.

Die Praxis der Deportation[205] wird im Bericht der Kommission der Stadt Nikopol' näher beschrieben: Hier waren während der deutschen Besatzung über 8.000 sowjetische Bürger in der Stadt ermordet und 4.045 Einwohner nach Deutschland deportiert worden. Ab 1941 wurden Gruppen von arbeitsfähigen Ukrainern aus Lagern der Stadt zum Bahnhof gebracht und in Güterwaggons getrieben. Die Waggons wurden fest verschlossen und durch scharfe Eskorten bewacht, von den Verwandten der Gefangenen wurde keiner vorgelassen. Noch bis Januar 1944 wurden Deportationen nach Deutschland durchgeführt. Insgesamt waren während der zweieinhalb Jahre der Okkupation 10.000 sowjetische Jugendliche aus dem untersuchten Gebiet ins Deutsche Reich verbracht worden. Es wird eine Anzahl deutscher Verantwortlicher genannt, einheimische Mitbeteiligte an den Verbrechen der Deutschen sind jedoch nur in Ausnahmefällen namentlich zu finden.

Alle in den Berichten verwendeten Zahlen über die Zerstörungen an Gebäuden erscheinen kolossal; angesichts der immensen Schäden ist dies begreiflich. Dennoch

205 Vgl. Anm. 185. Allgemein zur Deportation der Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion: GERLACH Kalkulierte Morde, S. 996–1007; ROLF-DIETER MÜLLER Die Zwangsrekrutierung von »Ostarbeitern« 1941–1944, in: WOLFGANG MICHALKA (Hrsg.), Der Zweite Weltkrieg. München, Zürich 1989, S. 772–783; DERS. Die Rekrutierung sowjetischer Zwangsarbeiter für die deutsche Kriegswirtschaft, in: ULRICH HERBERT (Hrsg.), Europa und der »Reichseinsatz«. Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945. Essen 1991, S. 234–250.

waren die Betroffenen besonders daran interessiert, die Schäden sehr hoch anzusetzen. Gleichzeitig können deshalb Fehlangaben entstanden sein, weil Zerstörungen aufgenommen wurden, die bereits vor der Besetzung datierten. Insgesamt wurden in der Ukraine 16.150 Industriebetriebe, 27.810 Kollektivwirtschaften, 872 Sowchosen und 1.300 MTS ruiniert. Die industriellen und kulturellen Zentren von Kiev, Charkiv, Donec'k, Černihiv, Poltava, Zaporižžja und anderen Städten lagen in Trümmern. Es wird eine Gesamtzahl von über zwei Millionen zerstörten Gebäuden und über 540.000 Nebengebäuden genannt.[206] Die dafür errechneten Schadenssummen wurden nach erstellten Preislisten angegeben. Die Rubelbeträge, die sich hier wie in allen anderen Berichten auf die Zeit vor der Währungsreform am 14. Dezember 1947 beziehen, wurden wie die Schätzungen von deportierten Personen in der Regel gerundet. In der Stadt Rivne wurden während des Krieges 845 Wohnhäuser zerstört, wofür eine Schadenssumme von 460.950.000 Rubeln angesetzt wurde. Für die 104 zerstörten Läden und Restaurants wurden 5.553.000.000 Rubel berechnet, für die vier Hotels 2.900.000 Rubel. Die Schäden an Gebäuden für kulturelle, kommunale und soziale Zwecke wurden mit 480.749.000 Rubeln angegeben.[207] Ein Bericht vom Mai 1944[208] über die Schäden an Bürgern, Kolchosen, Betrieben und Fabriken des Gebiets Stalino zählt auf, dass 355 Schulgebäude zerstört und 673 beschädigt worden waren; 371 Krankenhäuser, Polikliniken und Ambulanzen waren nicht mehr einsatzfähig. Der Sachschaden in den Kolchosen, in denen Wohnhäuser, Klubs, Kinderhorte und Scheunen zerstört, Vieh geschlachtet und Maschinen beschädigt worden waren, betrug die horrende Summe von 10.706.160.300 Rubeln. Unter Einschluss der beeinträchtigten staatlichen Unternehmen des Gebietes gab man einen Gesamtschaden von 30.707.926.285 Rubeln an. An Sachschaden im Gebiet Poltava wurde bis zum 20. Mai 1944 eine Summe von 29.826.637.700 Rubeln veranschlagt.[209]

Die Schäden an industriellen Anlagen waren ebenfalls sehr hoch. So war das Energiezentrum Zaporižžja von den Deutschen geplündert und zerstört worden. Damit waren die gesamte Industrie der Region, die kommunale Wirtschaft und die

206 Nazi Crimes in Ukraine, S. 14.

207 CDA 3538-1-58, ark. 2: U.S.S.R. Rovens'kyj Oblvykonkom. [Gez.] Holova vykonkomu oblrady Deputativ Trudjaščych Vasyl'kivs'kyj. Radnarkomu URSR tov. Korniec' L. P. 17.–20. April 1944.

208 CDA 3538-1-32, ark. 1–5: Postanovlenie črezvyčajnoj gosudarstvennoj komissii. [Gez.] Sekretar' Stalinskogo obkoma KP/b/U Š. Mel'nikov, u.o. predsedatel'ja ispolkoma Stalinskogo oblsoveta Deputatov trudjachščichsja A. Struev. 15. Mai 1944.

209 CDA 3538-1-48, ark. 1: Sekretarju obkoma KP/b/U tov. Markovu. [Gez.] Otvet. Sekretar' Obl. Komissii Dm. Stepanov. [Oblast' Poltava] 20. Mai 1944. Es wurden auch exakte Angaben zu den Menschenverlusten gemacht: Aus den 33 Rajons einschließlich der Stadt Kremenčuk waren 98.211 Menschen nach Deutschland deportiert worden. Die Zahl der ermordeten sowjetischen Bürger wurde auf 193.298 beziffert.

kulturellen Institutionen der Stadt in Mitleidenschaft gezogen worden.[210] In dem darüber vorliegenden Bericht kommen auch die deutschen Firmen zur Sprache, die von den deutschen Raubzügen profitierten. Besondere Gewinne hätten die vor Ort vertretene metallurgische Gesellschaft „Vostok" und eine Aktiengesellschaft für Buntmetall in Deutschland erzielt, aber auch deutsche Firmen wie Junkers, Bosch, Jumo, Telefunken und andere hatten unter Anweisung des Wirtschaftskommandos aus Zaporižžer Betrieben hochwertigen Stahl, Ferrochrom, Ferrosilizium, Profilmetall, Roheisen, Chrom, Mangan, Eisenbahn-Eisen, Anthrazit, Koks, Kohle und weitere Bodenschätze sowie Geräte wie Transformatoren und Elektromotoren abgezogen.[211] Die Deutschen hätten ferner einen Plan für die Demontage von Firmen und Fabriken vorbereitet, um sie komplett nach Deutschland zu verladen. Dieser Plan wurde aber durch das Eingreifen der Roten Armee verhindert, woraufhin die Deutschen zur Zerstörung der Fabriken und Unternehmen übergingen.

Die Mehrheit der Berichte gibt den Zustand einer Region bezogen auf den Moment des Kriegsendes wieder. Hingegen ist der aus der Stadt Kam-janec'-Podil's'kyj vorgelegte Report[212] anschaulicher und eindringlicher in seiner Schreckensbilanz, da er die Vorkriegssituation mit der Lage nach dem Krieg vergleicht. Vor dem Krieg hatte die Gesamtzahl der Einwohner der Stadt 55.000 betragen, im April 1944 zählte man nur mehr 15.000, davon waren 4.000 aus anderen Gebieten gekommen. Insgesamt waren 23.000 ermordet worden, davon 15.000 einheimische Juden und 8.000 Angehörige anderer Nationalitäten.[213] Ferner waren während der Okkupation 17.500 Personen evakuiert, in die Rote Armee eingezogen worden oder geflohen. In die Aufarbeitung durch die Kommissionen wurden auch ukrainische Gebiete einbezogen, die während des Krieges unter der Herrschaft deutscher Verbündeter standen. So belief sich der Schadensbericht der von den Ungarn okkupierten Karpaten-Ukraine auf 3.356.203.745 Rubel, Angaben über Todesopfer fehlen

210 CDA 4620-3-268, ark. 1–20: Soobščenie Črezvyčajnoj Gosudarstvennoj Komissii. O razrušenijach, pričinnenych nemecko-fašistskimi zachvatčikami promyšlennosti, gorodskomu chozjajstvu i kul'turno-prosvetitel'nym učreždenijam goroda Zaporož'e.

211 Die Bedeutung der Wirtschaftspolitik bei der NS-Besatzungspolitik im Osten untersucht unter anderem ROLF-DIETER MÜLLER Von der Wirtschaftsallianz zum kolonialen Ausbeutungskrieg, in: HORST BOOG [u. a.], Der Angriff auf die Sowjetunion. Frankfurt am Main 1991, S. 141–245; DERS. Das Scheitern der wirtschaftlichen »Blitzkriegsstrategie«, ebenda, S. 1116–1226. Den Zusammenhang zwischen den Wirtschaftsinteressen der NS-Besatzung und der deutschen Vernichtungspolitik stellt GERLACH Kalkulierte Morde, exemplarisch heraus. Vgl. auch DERS. Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg. Hamburg 1998.

212 CDA 3538-1-50, ark. 1–2: Sprava o sostojanii goroda Kamenec-Podol'ska, posle osvoboždenija ego ot nemeckich okkupatorov. [Gez.] Predsedatel' Gorispolkoma [Name unleserlich], Sekretar' Gornarkoma Mamičev. 13. April 1944.

213 Die Zahl von 23.600 Ende August 1941 ermordeten Juden in Kam-janec'-Podil's'kyj auch bei GERLACH Kalkulierte Morde, S. 606, Anm. 606.

hier.[214] In dem Bericht, der viel emotionaler verfasst ist und stilistisch aus dem üblichen Rahmen der Schadensauflistungen fällt, wird wie selbstverständlich davon ausgegangen, dass die Karpaten-Ukraine zu Recht zur Sowjetunion gehört. Aus dem Gebiet Odessa, während des Krieges unter rumänischer Besatzung, wurde ein Gesamtschaden von 427.956.400 Rubel gemeldet.[215] In den 27 Rajons waren 253.054 Menschen Opfer der Gewaltherrschaft geworden – ob dies allerdings identisch ist mit der Zahl der Toten, geht aus dem Bericht wie aus vielen anderen nicht hervor. Die im Dezember 1944 vorgelegten Zahlen waren außerdem noch nicht endgültig, da die Arbeit der örtlichen Kommission fortgesetzt wurde.

Das ukrainische kulturelle Leben, das in eingeschränktem Maß während der deutschen Okkupation belebt werden konnte, erfuhr gleichzeitig durch die Verhaftung und Ermordung von Wissenschaftlern sowie durch den Diebstahl und die Vernichtung kultureller Güter einen besonderen Aderlass. Nicht nur die zentralen Sammlungen in Kiev, sondern auch kleinere Museen in den Regionen wurden beraubt.[216] Insgesamt wurde angeführt, aus ukrainischen Museen und Kunstsammlungen seien über 130.000 Kunstwerke entwendet worden; dazu kamen noch 13.000 Gemälde, 500 Skulpturen, 53.000 Graphiken und 70.000 Werke dekorativer Kunst als Verluste von Kunstgalerien.[217]

In Lemberg begann die Verhaftung und Ermordung von Ärzten, Professoren und anderen Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur und Technik nach der deutschen Einnahme der Stadt. Ihren Namen zufolge – die Nationalität wird verschwiegen – waren sie vor allem Polen und Juden; in den ersten Monaten der deutschen Besetzung wurden über 70 von ihnen ermordet.[218] Die Lemberger Kommission, die über die Verhaftung von bekannten Wissenschaftlern durch die Gestapo berichtete,[219] hielt es für wichtig zu erwähnen, dass sich diese Wissenschaftler, die schon an der Errichtung der sowjetischen Herrschaft 1939–1941 mitgewirkt hatten, zugunsten der „Faschisten" geäußert hatten. Daher sei jedes politische Motiv, auf das sich die

214 CDA 4620-3-267, ark. 8–13: Črezvyčajnaja komissija po ustanovleniju žertv i material'nych ubytkov, pričinnenych vengersko-nemeckimi okkupantami na territorii Zakarpatskoj Ukrainy. Narodnoj Rade Zakarpatskoj Ukrainy v Užgorode. [Gez.] Predsedatel' Črezvyčajnoj Komissii - člen NRSU [keine Unterschrift]. Mukačevo, 8. Juni 1945.

215 CDA 4620-3-292, ark. 38: V Ukrainskuju Respublikanskuju Komissiju Sodejstvija v rabote Črezvyčajnoj Gosudarstvennoj Komissii, tov. N. S. Chruščevu. [Gez.] Predsedatel' Odesskoj Oblastnoj Komissii Sodejstvija [...] A. G. Kolybanov, otvetstvennyj Sekretar' Odesskoj Oblastnoj Komissii G. A. Gurtovoj. 9. Dezember 1944. Zu den Kriegsopfern in Odessa vgl. auch im Kapitel über das Kriegsende in der Ukraine oben.

216 Vgl. Die Zusammenstellung der aus dem Wolhynischen Heimatmuseum in Luc'k geraubten Gegenstände in: SERHIJ KOT, OLEKSIJ OŠURKEVYČ Volyns'kyj Krajeznavčyj Muzej. Dolja kul'turnych skarbiv Ukraïny pid čas druhoï svitovoï vijny: archivy, biblioteky, muzeï. Vypusk 1. Kyïv, Bremen 1996.

217 Nazi Crimes in Ukraine, S. 181.

218 Ebenda, S. 208–210.

219 CDA 4620-3-290, ark. 30–36: 1944. Iz soobščenija črezvyčajnoj gosudarstvennoj komissii o zlodejanijach nemecko-fašistskich zachvatčikov na territorii L'vovskoj oblasti.

deutschen Besatzer hätten berufen können, völlig ausgeschlossen. Um ihren Plan der Kolonisierung der sowjetischen Ukraine durchzusetzen, hätten sie sich folglich schnell bemüht, den „denkenden Teil des Volkes und die besten Vertreter ihrer Intelligenz" auszulöschen, die fähig gewesen wären, die Massen zum Fortschritt zu führen und ihr Bewusstsein im Sinne des Hasses auf den Faschismus zu erziehen.

Im 1946 zusammengestellten, nicht veröffentlichten Band der mehrteiligen Photodokumentation „Dokumenty obvinenija" mit dem Titel „Zerstörung von Kulturdenkmälern" wurden neben den Schäden in Leningrad und am Schloss Peterhof nur wenige Zerstörungen in der Ukraine aufgeführt, darunter Gebäude in Charkiv.[220] Insgesamt wurde hier wie bei anderen offiziellen Publikationen und internen Berichten der Kommission dezidiert auf die russische Kultur und nur in geringerem Maß auf andersnationale Kulturgüter Bezug genommen.[221] Erstaunlicherweise kommen aber trotz des nach dem Krieg wieder eingeschlagenen offenen antikirchlichen Kurses der Sowjetregierung in den Ergebnissen der Kommission auch die Beschädigungen kirchlicher Gebäude zur Sprache. So wurden in einem Band von „Dokumenty obvinenija" über die Kriegsschäden auf dem Gebiet der Sowjetunion unter der Überschrift „Zerstörungen russischer orthodoxer Kirchen" ebensolche in der Ukraine aufgeführt,[222] darunter eine Kirche im Dorf Petropavlovs'k im Gebiet Dnipropetrovs'k, eine Kirche von Sevastopol', und zwei in Černihiv. In die Erhebungen wurden Schäden an ihren wertvollen Inneneinrichtungen einbezogen.[223] Insgesamt wurde in der Ukraine die Zerstörung von 467 orthodoxen Kirchen, 53 römisch-katholischen Kirchen, 159 Synagogen und 69 weiteren, religiös genutzten Gebäuden angeführt.[224] Dabei war aber nicht klar, ob diese oder ein Teil von ihnen nicht bereits unter sowjetischer Herrschaft geschleift worden waren. Der propagandistische

220 CDAHOU 1-23-3113: Meždunarodnyj Voennyj Tribunal (Hrsg.), Dokumenty obvinenija. Razrušenie Pamjatnikov Kultury. (1946). Weitere dieser Photodokumentationen über die deutschen Kriegsverbrechen während des Zweiten Weltkrieges beziehen sich auf die Ermordung der Juden. Ein Album zeigt die Gräuel von Auschwitz (1-23-3110), in Lemberg (1-23-3111) und die Ermordung von Juden in Polen (1-23-3112).

221 KOSLOW Wie und mit welchem Ziel Stalin seine Kulturverluste im Krieg zählte, S. 142.

222 Die Photodokumentation Dokumenty obvinenija. Razrušenija Russkich pravoslavnych chramov, herausgegeben durch das Meždunarodnyj Voennyj Tribunal, befindet sich im CDAHOU unter der Signatur 1-23-3114.

223 So wurde der Schaden an Dingen zum religiösen Gebrauch in der Stadt Cjurupinsk, Gebiet Cherson, auf eine Million Rubel geschätzt; der Schaden an drei zerstörten Kirchen wurde mit fast zwei Millionen Rubeln angesetzt (Nazi Crimes in Ukraine, S. 148). Insgesamt seien, so die *Črezvyčajnaja komissija*, in der Sowjetunion 1.670 orthodoxe Kirchen, rund 200 römisch-katholische Kirchen und weitere 1.000 religiöse Gebäude beschädigt oder zerstört worden (Religija i cerkov', in: Velikaja Otečestvennaja Vojna. 1941–1945. Ėnciklopedija, S. 607–608). Allerdings wurden dabei auch die unter der Sowjetherrschaft während der Zwischenkriegszeit zerstörten Kirchen einbezogen; die kirchliche Politik während der deutschen Besatzung in der Ukraine erlaubte in weiten Teilen eine religiöse Betätigung der Bevölkerung, sofern sie nicht politisch ausgenutzt wurde.

224 Nazi Crimes in Ukraine, S. 180.

Zweck dieser Schilderung wird deutlich, wenn es heißt, die deutschen Eindringlinge hätten die religiösen Gefühle der Bevölkerung verletzt. Die Soldaten hätten die kirchlichen Gebäude mit Kopfbedeckungen betreten, sich Priestergewänder anzogen, Pferde und Hunde in Kirchen gehalten und Feldbetten dort aufgestellt.[225] Die Betonung solcher Vorgänge ist vor dem Hintergrund des vorübergehend kirchenoffenen Kurses der Sowjetregierung während des Krieges zu sehen.

Als ein „Bollwerk des russischen orthodoxen Glaubens und der russischen Volkskultur" wurde das Kiever Höhlenkloster dargestellt, das als Wahrzeichen der ukrainischen Kultur auch unter der Sowjetherrschaft anerkannt war, wenngleich diese die religiöse Bedeutung des Klosterensembles negierte. Hier war während der Besetzung Kievs die Uspenskij-Kathedrale aus dem 11. Jahrhundert teilweise zerstört worden, ohne dass bis heute geklärt werden konnte, wer der Urheber war.[226] Verschiedene Zeugenaussagen wurden für die Untersuchung herangezogen: Ein Protokoll vom Januar 1946 über die Vernehmung des angeklagten Generalleutnants der Polizei, Scheer, gab Aufschluss über die Kriegszerstörungen auf dem Territorium des Höhlenklosters.[227] Scheer berichtete, acht Tage vor seiner Ankunft in Kiev sei ein großer Turm der Lavra gesprengt worden. Er selbst habe sich einige Tage später davon überzeugt, dass dieser Turm nicht mehr stand. Er habe die Spuren einer Sprengung gesehen, eine Kirche in Ruinen – offenbar jene, die von Großfürst Svjatoslav 1075–1089 errichtet worden war. Man habe ihm mitgeteilt, das Motiv für die Sprengung sei der Besuch des Präsidenten des NS-Marionettenstaates Slowakei Jozef Tiso in Kiev gewesen, sowjetische Partisanen hätten sie einige Zeit nach seiner Ankunft verübt. Diese Version habe er nicht geglaubt, sondern vielmehr vermutet, dass die Sprengung angesetzt worden sei, um die Partisanen der Tat zu beschuldigen. Er habe es aber nicht für möglich gehalten, dass die Partisanen eines ihrer nationalen und kulturellen Denkmäler, wie es die Lavra darstellte, zerstören würden. Außerdem seien auf dem Gelände der Lavra Posten eines Polizeibataillons aufgestellt worden. Nach dem Abzug dieses Bataillons aus Kiev sei die Bewachung der Lavra, in der sich noch Wertgegenstände befanden, Scheer übergeben worden, und er habe sie bis Mitte 1942 von Polizeikräften bewachen lassen. Er hatte ferner Leute des „Kommandos Rosenberg"[228] beobachtet, die monatelang große Kisten fort-

225 Ebenda. Dies war aber sicher kein generelles Verhalten von Wehrmachtsangehörigen, denn viele deutsche Soldaten berichten, dass ihnen gerade die Religion an der Front Trost bot.

226 Vgl. TITUS D. HEWRYK The lost architecture of Kiev. New York 1982, S. 51–53.

227 CDA 4620-3-325, ark. 170–171: 17.–28. Januar 1946. Iz protokola sudebnogo zasedanija voennogo tribunala vojsk NKVD ukrainskogo okruga po delu nemeckich voennych pristupnikov. Pokazanie podsudimogo Šeera o razrušenii Kievo-Pečerskoj Lavry. [Vorgelegt von] Archiv Komissii po istorii Otečestvennoj vojny AN USSR. Fond kopij materialov Črezvyčajnoj Gosudarstvennoj Komissii. /g. Kiev/. Photodokumente über die Zerstörungen in der Lavra in: Kyïv 1941–1943, S. 140–141, 192–194. Zum Kiever Prozess vgl. auch oben Anm. 95.

228 Der Einsatzstab Rosenberg trug ebenso wie das Sonderkommando Künsberg als Arbeitsstab des Auswärtigen Amtes die Verantwortung für den unter der deutschen Okkupation durchge-

schafften. Es sei ihm gesagt worden, Museumsgegenstände würden nach Berlin gebracht – es habe sich dabei wahrscheinlich um die Bestände des „Gottlosen-Museums" in der Lavra gehandelt.[229] Wer für die Sprengung auf dem Gelände der Lavra verantwortlich war, ist bis heute nicht eindeutig geklärt.[230] In einem zusammenfassenden Bericht[231] hieß es, die „deutschen Faschisten" hätten die Lavra am 1. November 1941 teilweise zerstört. Bis zum September 1942 plünderten sie Museen, Bibliotheken und Kirchen des Klosterkomplexes vollständig. Von September 1942 bis April 1943 hätten sie weitere – nicht genannte – Kirchen zerstört. Die Namen der Kommandeure seien nicht bekannt, ebenso wenig die Zahl und die Namen der eingesetzten Soldaten. Die Restaurierung der ukrainischen Kulturdenkmäler nach dem Krieg lag nicht allein bei der Verwaltung der Architekturangelegenheiten beim Ministerrat der USSR, denn es wurden Spezialisten des Moskauer Instituts für Architektur zu einer Bestandsaufnahme herangezogen. Diese gaben im August 1944 Empfehlungen für die Renovierung von bedeutenden Denkmälern wie der Pokrovskij- und Uspenskij-Kathedrale auf dem Gelände des Höhlenklosters und der Universität in Kiev ab.[232] Weitere wichtige Denkmäler und Gebäude in Kiev, die große Zerstörungen erlitten hatten, waren die Sophienkathedrale neben weiteren am größten Boulevard in der Innenstadt, dem Chreščatyk. 1945 bewilligte der ukrainische Ministerrat eine Million Karbowanzen (gleichzusetzen mit Rubeln) für die Restaurierung von 30 Architekturdenkmälern. Dies war aber nur ein geringer Teil jener Summe, die für eine vollständige Wiederherstellung sämtlicher ukrainischer Kulturgüter aufgebracht hätte werden müssen.[233]

führten Kunstraub in der Sowjetunion; vgl. ULRIKE HARTUNG Raubzüge in der Sowjetunion. Das Sonderkommando Künsberg 1941–1943. Bremen 1997.

229 GABRIELE FREITAG, ANDREAS GRENZER Der nationalsozialistische Kunstraub in der Sowjetunion, in: WOLFGANG EICHWEDE, ULRIKE HARTUNG (Hrsg.), »Betr.: Sicherstellung«, S. 20–66, hier S. 35–36.

230 Indizien sprechen für ein deutsches Sprengkommando, wie es von sowjetischer Seite jahrzehntelang behauptet worden war (POHL Schlachtfeld zweier totalitärer Diktaturen – die Ukraine im Zweiten Weltkrieg, S. 348). Vgl. hingegen die Aussage, dass noch vor dem Abzug der Roten Armee aus Kiev und vor dem Einmarsch der Wehrmacht der Chreščatyk und Gebäude in zentralen Straßenzügen wie die Sofienkathedrale sowie die Uspenskij-Kathedrale in der Lavra vermint wurden. Dazu erschien in der postsowjetischen ukrainischen Publizistik eine Reihe von Hinweisen; vgl. die Literaturangaben bei KYRYLO TRETJAK Kyïv. Putivnyk po zrujnovanomu mistu. Kyïv 2001, S. 161 (hier auf S. 120–158 Hinweise zu einzelnen zerstörten Gebäuden der Kiever Innenstadt).

231 CDA 4620-3-325, ark. 118–120: 20. September 1944. Akt o uščerbe i ubytkach, pričinnenych nemecko-fašistskimi zachvatčikami istoriko-kul'turnomu zapovedniku „Kievo-Pečerskaja Lavra". [Vorgelegt von:] Archiv Komissii po istorii Otečestvennoj vojny AN USSR. Fond kopij materialov Črezvyčajnoj Gosudarstvennoj Komissii. /g. Kiev/. Vgl. auch Nazi Crimes in Ukraine, S. 198.

232 S. I. KOT Vidbudova pam'jatok architektury na Ukraïni v 1943–1945 rr., in: UIŽ (1990) Nr. 4, S. 100–107, hier S. 104–105.

233 Ebenda, S. 106–107.

Das Verschweigen der nationalen Zusammensetzung der NS-Opfer

Auffällig, aber nicht weiter verwunderlich, ist die Verallgemeinerung der Volkszugehörigkeit der NS-Opfer als „sowjetische Bürger" und das Verschweigen ihrer Nationalität. Dadurch sollte das „sowjetische Volk" als homogene Einheit erscheinen und verhindert werden, dass ein Volk als besonders verdienstvoll herausragt, was nur den Russen als dem „großen Brudervolk" vorbehalten sein sollte. So wird in der sowjetischen Kriegsaufarbeitung nicht festgehalten, dass die Mehrheit der nach Deutschland deportierten Zwangsarbeiter Ukrainer waren. Diese standen in den Vorstellungen der NS-Ideologie bezüglich ihrer Rasse auf einer höheren Stufe als die Russen, mit denen in der NS-Ideologie der Inbegriff des Bolschewiken schlechthin verbunden war. Auch über die schlimmste Konsequenz der deutschen Rassenideologie, die systematische Ermordung von Juden und Roma, wird in Berichten der Unions- und der ukrainischen Republikskommission nichts geschrieben. Von sieben im Jahr 1943 veröffentlichten Berichten der Kommission über die NS-Verbrechen werden nur in einem Fall ausnahmsweise Juden erwähnt.[234] Anhand der veröffentlichten Akte über die Verbrechen in Babij/Babyn Jar konnte nachgewiesen werden, wie das ZK in Moskau die Kommissionsmitglieder anwies, anstelle von „Juden" die Bezeichnung „friedliche Sowjetbürger" zu verwenden. Zu den Verantwortlichen gehörten neben anderen der Leiter der Verwaltung Propaganda und Agitation, Georgij Aleksandrov, Molotov, der ZK-Sekretär Aleksandr Ščerbakov als Vorgesetzter Aleksandrovs, Chruščev und der Stellvertreter Molotovs, Andrej Vyšinskij.[235] Auch in der Akte der Außerordentlichen Staatlichen Kommission über Auschwitz durfte nur über „Häftlinge aller Nationalitäten" gesprochen werden.[236] Bei den Berichten ist aber zu differenzieren zwischen den Kommissionen auf oberer Ebene – der Union, der Republiken und Gebiete – und auf unterer Ebene – den Rajons und Städten. Während nämlich in letzteren – wenn auch nicht in allen – die jüdischen Opfer noch genannt werden (Roma werden nirgends erwähnt), übersetzte die übergeordnete Ebene dies gleichsam in den offiziellen sowjetischen Sprachgebrauch und umschrieb alle Opfer als „sowjetische Bürger".

In Berichten aus Rajons und Städten, in denen von jüdischen Opfern der NS-Herrschaft die Rede ist, werden grausame Details ihrer Ermordung geschildert. Sie bilden die ersten sowjetischen Belege für die Durchführung des Holocaust überhaupt. Ein Beispiel dafür stammt aus der Stadt Melitopol', Gebiet Zaporižžja.[237] Das

234 KOSTYRČENKO Tajnaja politika Stalina, S. 226.

235 BESYMENSKI Was das Sowjetvolk vom Holocaust wußte, S. 78–80.

236 Ebenda, S. 81–86.

237 CDA 4620-3-268, ark. 68–69, hier zit. ark. 68: Stenogramma vospominanij gr. Ponizovskoj Evgenii Dosifeevny o zlodejanija nemeckich fašistov v g. Melitopole, Zaporožskoj oblasti. 19. Januar 1946. Die Außerordentliche Staatliche Kommission ermittelte schließlich für Melitopol' 4.000 Todesopfer unter der Zivilbevölkerung (ŠEVJAKOV Žertvy sredi mirnogo naselenija v gody Otečestvennoj Vojny, S. 11).

Gedächtnisprotokoll einer Zeugin nennt den 8. Oktober 1941 als Termin, an dem die rund 8.000 Juden der Stadt zur Registrierung aufgerufen wurden. Nach zwei Tagen wurden sie im Hof einer Mühle zusammengetrieben und von dort zu einem Panzerabwehrgraben bei der Berdjansker Brücke geführt und erschossen. Die Anwohner bei der Brücke hätten erzählt, dass in der Nacht starkes Schießen zu hören war. Nach dessen Ende habe man Stöhnen gehört und die Erde habe sich über den Erschossenen bewegt. Nach diesen Ereignissen habe der Massenarrest von Kommunisten begonnen. Es werden auch die vier Namen jener genannt, die von den Deutschen hingerichtet wurden. In diesem Bericht wird durch die Anordnung – erst das Leiden der mehreren Tausend namenlosen Juden, dann der hingerichteten Kommunisten – kenntlich gemacht, wer in den Augen der Zeugin die schwerere Last an der deutschen Besatzung trug. Es kommt auch zur Sprache, dass Kinder aus gemischten Familien ebenfalls verfolgt wurden und dass Mütter, die sich nicht von ihnen trennten, mit ihnen zusammen erschossen wurden.[238] Für das Verstecken von Juden und Kommunisten drohte ebenfalls die Erschießung. Die Verhaftungen und Erschießungen dauerten bis zum Abzug der Deutschen an. Es werden noch weitere grausame Details der Judenvernichtung zu Papier gebracht: In Poltava, wo die Außerordentliche Staatliche Kommission insgesamt 20.237 Tote unter der zivilen Bevölkerung erfasste,[239] schilderten Überlebende die Massenerschießungen und Vorfälle bei Gestapo-Verhören.[240] So wurden am 23. November 1941 die jüdischen Bewohner der Stadt versammelt und umgebracht, nachdem ihnen vorher ihr Eigentum abgenommen worden war. In der Stadt wurden über 8.000 Juden und darüber hinaus fast sämtliche Juden des Gebiets ermordet. An Wänden, an denen Exekutionen durchgeführt worden waren, wurden Inschriften mit den Namen Ermordeter aufgefunden, z.B.: „Hier wurden am 22. September 1941 300 Menschen ermordet. Aus Korosten' in dem Gebiet Žytomyr sind: Šerman Ėlik, Glozman Moiša, Gerzbejn Fišel', Il'ič Michel', German David.". Die Verantwortung für die Massaker lag zwar bei den Deutschen, dass aber auch Ukrainer an der Durchführung mitwirkten, wird ebenfalls erwähnt, allerdings nur in Ausnahmen. So beschreibt die Stadtkommission von Borslav in der Westukraine,[241] dass während der Besatzung insgesamt 13.000 Men-

238 Vgl. ebenda, ark. 69.

239 ŠEVJAKOV Žertvy sredi mirnogo naselenija v gody Otečestvennoj Vojny, S. 12.

240 CDA 3538-1-48, ark. 6–12: Vypiska iz soobščenija Poltavskoj Oblastnoj Komissii ob ustanovlenii i rassledovanii zlodejanij nemecko-fašistsich zachvatčikov i ich soobščnikov i o pričinennom imi uščerbe graždanam, kolchozam i gosudarstvennym predprijatija i učreždenijam oblastnogo podčinenija. [Wohl 1944]. Dem Bericht ist als Gesamtzahl der Opfer zu entnehmen, dass während der zweijährigen Okkupation im Gebiet Poltava 221.895 Menschen (152.270 Männer, 58.369 Frauen und 11.256 Kinder) umgebracht und 156.629 nach Deutschland deportiert wurden. Für Poltava ist der erste Einsatz überhaupt eines fahrbaren Gaswagens als Mordinstrument im November 1941 nachgewiesen (vgl. GERLACH Kalkulierte Morde, S. 764).

241 CDA 4620-3-260, ark. 101–104: Akt No 14 Borislavskoj gorodskoj komisii o čudovicnych pytkach i massovom istreblenii nemecko-fašistskimi palačami evrejskogo naselenija.

schen jüdischer Nationalität umgebracht worden seien, organisiert durch die Direktiven der faschistischen Führer. An dem Pogrom hätten aber auch ukrainische und polnische Nationalisten aktiv teilgenommen. Sie trieben die Juden auf die Straße, schlugen sie und führten sie zum früheren NKVD-Gebäude. Dort wurden sie von Deutschen erschossen. Am Pogrom vom 28. September 1941, als Juden und Kommunisten gleichermaßen gejagt wurden, nahm auch die ukrainische Polizei der Stadt Drohobyč teil. 700–900 Menschen wurden in der Polizeistation gesammelt und geschlagen. Teils wurden sie dann in einer Ortschaft Tustanovič, teils in den Außenbezirken von Boryslav erschossen. Neben diesem werden noch weitere Pogrome gegen Juden mit ukrainischer Beteiligung geschildert. Die ambivalente Stellung der Ukrainer als Opfer der Deutschen, aber auch als von ihnen herangezogene Mittäter kommt in den Berichten immer wieder, wenngleich auch nicht im Vordergrund stehend, vor. Die Mittäterschaft von Ukrainern, der Verrat von versteckten Juden und die ihnen verweigerte Unterstützung wogen umso schwerer, als sich viele Juden gerade von ihren ukrainischen Nachbarn in besonderer Weise Hilfe erhofft hatten.[242]

Genauer aufgeführt werden auch die Verantwortlichen des Konzentrationslagers für sowjetische Zivilisten in der Stadt Lemberg.[243] Es wurde auf Befehl des Gouverneurs des „Distriktes Galizien", Wächter,[244] und des Generalmajors der SS und Polizei Katzmann,[245] der auch alle anderen KZ der Westukraine verwaltete, im November 1941 am Ende der Janovska Straße in Lemberg als Todeslager, von den Deutschen verharmlosend „Lager für Zwangsarbeiter" genannt, gegründet. Die Insassen waren Frauen, Männer und Kinder verschiedener Nationalitäten: Russen, Juden, Ukrainer, Polen, Franzosen, Tschechen, Jugoslawen, Belgier, Italiener, sogar Amerikaner. Das Lager stand unter der Leitung des SS-Hauptsturmführers Fritz Gebauer.[246] Weitere Kommandanten des Lagers wurden ebenfalls in dem Bericht benannt.

Die ausdrückliche Erwähnung der jüdischen Opfer auf der Ebene der Stadtkommissionen und ihr Verschweigen durch die Gebietskommissionen, welche die Anga-

242 V. ŠUBINSKIJ, V. LUKIN Katastrofa: po stranicam «ustnoj istorii». Medžibož i Letičevskij lager', in: Istorija Evreev na Ukraine i v Belorussii, S. 171–184, hier S. 178.

243 CDA 4620-3-286, ark. 74–84: 1944g. Iz soobščenija Črezvyčajnoj gosudarstvennoj Komissii o massovom uničtoženii nemeckimi palačami sovetskogo mirnogo naselenija v Janovskom lagere smerti g L'vova.

244 Otto Gustav Freiherr von Wächter war ab Januar 1942 Gouverneur des Distriktes Galizien. Ihm gelang nach dem Krieg die Flucht; 1949 starb er in Rom. Biographische Anmerkungen bei: SANDKÜHLER »Endlösung« in Galizien, S. 448–449; POHL Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien, S. 422.

245 Friedrich Katzmann war 1941–1943 SS- und Polizeiführer im Distrikt Galizien. Nach dem Krieg konnte er seine Identität verbergen. Er starb 1957 in Darmstadt. Biographische Anmerkungen in: SANDKÜHLER »Endlösung« in Galizien, S. 426–429; POHL Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien, S. 416.

246 Biographische Hinweise zu Gebauer in POHL Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien, S. 413.

ben aus den Städten und Rajons zusammenfassten, wird deutlich am Beispiel der Stadt und des Gebiets Kam-janec'-Podil's'kyj. Der Bericht der Stadt gibt die Zahl der ermordeten jüdischen Bevölkerung folgendermaßen an: Von 23.000 ermordeten Menschen waren 15.000 (einheimische) Juden und 8.000 Angehörige anderer Nationalitäten,[247] denn in Kam-janec'-Podil's'kyj wurden nicht nur einheimische Juden ermordet, sondern auch Juden aus Ungarn, der Tschechoslowakei und Polen. Die Zahl der in der Stadt Kam-janec'-Podil's'kyj umgebrachten ungarischen und tschechoslowakischen Juden wurde in einem Protokoll[248] mit 13.000 angegeben. Demzufolge sagte eine Zeugin, eine Jüdin aus Nagyvárad (Süd-Siebenbürgen), die nach dem Holocaust die Ukraine nicht verlassen hatte, aus, sie sei im Juni 1941 mit dem Zug mit weiteren Juden aus Ungarn und der Tschechoslowakei nach Kam-janec'-Podil's'kyj verbracht worden. Am 26. August 1941 sollten sich alle Juden der Stadt versammeln, um nach Novyj Gorod gebracht zu werden. In einer Kaserne wurden am 27. August alle erschossen. Die Zeugin wurde gerettet, weil sie, ihr Mann und ihr Sohn bei der Aussonderung von Personen nichtjüdischer Herkunft angaben, keine Juden zu sein, und freikamen. Eine weitere Zeugin, eine Einwohnerin von Kam-janec'-Podil's'kyj, schilderte, dass am 28. August 1941 bei den polnischen Vorwerken über 10.000 Menschen erschossen wurden.[249] An diesem Tag seien Bewohner der Stadt zu außerhalb liegenden Höhlen getrieben und dort exekutiert worden. In der Stadt habe man sich erzählt, es seien an diesem Tag allein über 12.000 ermordet worden.

Der Hintergrund aller dieser Vorgänge war, dass die ungarische Regierung ab Ende Juli 1941 Juden aus der Karpaten-Ukraine abgeschoben hatte, die in Kam-janec'-Podil's'kyj das Los der ortsansässigen Juden teilten und zum großen Teil von der deutschen Besatzung an den Tagen des 27. und 28. August 1941 umgebracht wurden.[250] Die Schätzungen der Zahlen der ermordeten Juden in den sowjetischen Protokollen (einheimische Juden: 15.000, Juden von außerhalb: 8.000 bzw. 13.000) differieren nicht nur untereinander, sondern sie weichen auch von den entsprechenden NS-Angaben ab, die 23.600 ermordete Juden, darunter rund 14.000 aus der Karpaten-Ukraine, während der beiden Augusttage weitermelden.[251] Während die Kommission der Stadt Kam-janec'-Podil's'kyj auf das Schicksal der jüdischen Einwoh-

247 Vgl. oben Anm. 212.

248 CDA 4620-3-270, ark. 35-37: 1944g. Iz soobščenija Črezvyčajnoj gosudarstvennoj Komissii o zverskom ustreblenii nemeckimi palačami vengerskich evreev v gor. Kamenec-Podol'ske.

249 CDA 4620-3-270, ark. 23–34: 1944g. Iz Soobščenija Črezvyčajnoj gosudarstvennoj Komissii o massovom uničtoženii nemeckimi palačami sovetskogo mirnogo naselenija v Kamenec-podol'skoj oblasti.

250 Zum Massaker von Kam-janec'-Podil's'kyj Ende August 1941, das vor Babij Jar größte in seinem Ausmaß, vgl. POHL Schauplatz Ukraine: Der Massenmord an den Juden, S. 140–143.

251 Ebenda, S. 142. Die abweichenden Zahlen sind einerseits durch die eingeschränkte Möglichkeit von Zeitzeugen, sich einen umfassenden Überblick über das Gesamtgeschehen zu verschaffen, zu erklären, andererseits durch die anzunehmende Tendenz der deutschen Militärstellen, durch hohe Zahlen ihre Effizienz zu beweisen.

ner genau Bezug nahm, wurden sie von der übergeordneten Kommission des Gebiets Kam-janec'-Podil's'kyj bereits allgemein „Sowjetbürger" dargestellt. Sie schilderte, in den Dörfern und Städten des Gebiets Kam-janec'-Podil's'kyj seien über 478.000 „sowjetische Bürger" ausgerottet und 112.000 Personen deportiert worden. Die Massenerschießungen sowjetischer Bürger in dem Gebiet seien planmäßig, grausam und mit System, sogar nach bestimmten Wochentagen, durchgeführt worden.[252]

Trotz des genannten Beispiels der Stadt Kam-janec'-Podil's'kyj – es gibt noch eine Reihe weiterer – lassen sich aber auch Berichte aus Rajons finden, die ebenfalls wie die jüdische jede andere Nationalität der Opfer unerwähnt ließen. So vermerkt eine Schilderung aus dem Krasnoarmejskij Rajon im Gebiet Zaporižžja[253] pauschal, dass „Sowjetbürger" oder einfach „Menschen" während der Okkupation umgebracht wurden. Hier wurden nach dem zweiten Einmarsch der Deutschen am 25. Februar 1943 – der erste war im Oktober 1941 – jeden Tag früh am Morgen, damit es die anderen Einwohner nicht beobachten konnten, jeweils 20–25 Menschen in den *Aronovskij sad* (im nordöstlichen Grenzgebiet des Rajons) verbracht, wo vier riesige Höhlen ausgegraben worden waren, in die sie lebend – vermutlich waren die Schüsse der Mörder nicht bei allen tödlich – gestoßen wurden. Zwei Tage lang habe ihre Agonie angedauert. Auf diese Weise seien rund 300 Einwohner des Rajons umgebracht worden. Dass es sich hier mit großer Wahrscheinlichkeit um die brutale Ermordung von Juden handelt, lässt sich nur aus der geschilderten Systematik und der Art der Durchführung schließen.

Grundsätzlich wurden also Einzelheiten über Massenerschießungen und Verfolgungen von Juden in der Ukraine in den Berichten der Rajon- und Stadtkommissionen vermerkt, allerdings finden sich auch andere Darstellungen dieser Ebenen, welche die Opfer generell als „Sowjetbürger" betitelten.[254] Selbst in Kommissionen mit jüdischen Mitgliedern wurde die jüdische Volkszugehörigkeit der Opfer nicht angeführt.[255] Die Vereinheitlichung der sprachlichen Varianten erfolgte spätestens auf der Ebene der Gebietskommissionen bzw. der Republikskommission in Kiev. Diese gossen alle Zeugenaussagen in die geltende Sprachform, die jüdische Volkszugehö-

252 CDA 4620-3-270, ark. 23–34: 1944g. Iz Soobščenija Črezvyčajnoj gosudarstvennoj Komissii o massovom uničtoženii nemeckimi palačami sovetskogo mirnogo naselenija v Kamenec-podol'skoj oblasti.

253 CDA 3538-1-55, ark. 2–3: Akt o zverskich rasstrelach i izdevatel'stvach nad mirnym žiteljami rabočego poselka krasnoarmejskoe i krasnoarmejskogo raiona, zaporožskoj oblasti, sostavlennyj po zajavlenijam mestnych žitelej. 5. Oktober 1943. Andererseits beschreibt ein weiterer Bericht aus der Stadt Zaporižžja die Ermordung der jüdischen Bevölkerung (Nazi Crimes in Ukraine, S. 142).

254 Zu Zeugenaussagen über die Ermordung von Juden vgl. SANDERS Extraordinary Crimes in Ukraine, S. 158–169.

255 So in den Berichten der Außerordentlichen Kommission der Stadt und des *uezd* (Kreis) Gajsin (bei Vinnycja) untersucht von V. ŠUBINSKIJ Sobytija Cholokosta v materialach Gajsinskogo gorodskogo archiva, in: Istorija Evreev na Ukraine i v Belorussii, S. 167–170.

rigkeit wurde dabei ebenso wie die ukrainische, russische und jede andere verschwiegen.

Die Gründe für das absichtliche Ignorieren des Leidens der Juden unter deutscher Okkupation sind nicht monokausal zu erklären. Zum einen spielte eine persönliche antisemitische Haltung vernehmender Staatsangestellter eine Rolle, zum anderen beugten sie sich der staatlichen Sprachregelung, die sich eingebürgert hatte, vorausgesetzt, sie war zu ihnen durchgedrungen, was kurz nach Kriegsende in den Provinzen nicht überall möglich war. Dies erklärt auch, weshalb die Kommissionen auf den unteren Ebenen die jüdischen Opfer und andere nationale Gruppen explizit erwähnten und dies von den übergeordneten korrigiert wurde. In der sowjetischen Geschichtsschreibung fand das Thema des Holocaust – und nicht einmal diese Bezeichnung – kaum Erwähnung. Im Gegenteil wurden, wenn überhaupt darüber berichtet wurde, Sachverhalte verfälscht und verdreht. So wurden noch Ende der achtziger Jahre Vorwürfe wiederholt, die während der Antizionismus-Kampagne Stalins gegen die „Zionisten" formuliert worden waren und die jeglicher Berechtigung entbehrten. So hieß es, zionistische Kreise hätten die Massenvernichtung der osteuropäischen Juden gefördert, sie gehörten jener Schicht an, welche die Entwicklung der schlimmsten Form des Antisemitismus provoziert habe, weil sie praktisch nichts zur Verhinderung der Massenmorde getan hätte. Zweifellos wäre die Zahl der Juden, die den Faschisten entkamen, größer, wenn nicht eine „zionistisch-nazistische Abmachung" bestanden hätte.[256] Mit anderen Worten hielt also die spätsowjetische Historiographie den Juden die Beteiligung an ihrer eigenen Vernichtung vor. Die Stalinsche Antisemitismus-Kampagne fand somit noch Jahrzehnte später ihren Niederschlag.

Die von der *Črezvyjčajnaja Gosudarstvennaja Komissija* vorgelegten Berichte erschienen in vielen Publikationen. Sie folgen denselben Grundsätzen wie die internen Berichte. So versammelte die erste Veröffentlichung der Kommission – „Dokumenty obvinjajut", 1943 – Meldungen, die aus einem politischen Grund publiziert werden sollten, während der Holocaust keinen Niederschlag fand.[257]

Letztlich waren es nicht nur die tatsächlich unermesslichen Kriegsopfer auf sowjetischer Seite, sondern auch ihre wirkungsvolle Darstellung durch die Sowjetregierung, welche die Westmächte dazu veranlasste, den Forderungen Stalins nach Wiederherstellung der sowjetischen Grenzen von 1941 – also einschließlich der im Hitler-Stalin-Pakt errungenen Gebiete – nachzukommen. Churchill stimmte dem gegen den Widerstand seiner eigenen Partei zu, auch Truman beugte sich wie andere ame-

256 M. V. KOVAL', T. S. PERŠINA K istorii patriotičeskich dviženij sovetskich ljudej na okkupirovannoj fašistami territorii Ukrainy, in: Obščestvenno-političeskaja žizn' trudjaščichsja Ukrainy v gody Velikoj Otečestvennoj vojny, S. 203–229, insbesondere S. 212–227. Zitat S. 226.

257 NORA LEVIN The Jews in the Soviet Union since 1917: Paradox of Survival. Vol. 1. New York, London 1988, S. 424.

rikanische Politiker schließlich dem Argument, die Sowjetunion müsse für ihre immensen Verluste entschädigt werden.[258]

258 BROOKS Thank you, comrade Stalin! S. 206.

3. Nationalitätenpolitik

3.1 Die Ukrainer zwischen Repatriierung und Repression

Nationalitätenpolitik bildete immer ein Instrument zur Durchsetzung politischer Vorstellungen Stalins.[1] Entscheidend für die dabei angewandten Methoden war die Aussicht auf Erfolg der angestrebten Ziele. Nationalitätenpolitik konnte daher repressiv wie konstruktiv wirken und je nach dem betroffenen Volk dessen Anliegen fördern oder aber auf die Abdrängung einer ganzen Ethnie abzielen. Die Ukrainer, das zweitgrößte slavische Volk in der Sowjetunion nach den Russen, erfuhren unter Stalin sowohl Förderung wie Repression. Dabei sind drei Phasen zu unterscheiden, die bei den anderen Sowjetvölkern eine Entsprechung fanden:

Zu Beginn der bolschewistischen Herrschaft erlebte die ukrainische Kultur eine Förderung. Während seiner Amtszeit als Volkskommissar für Nationalitätenfragen 1917–1922 und noch danach wurde unter Stalin durch die Politik der *korenizacija* die öffentliche Verwendung der ukrainischen Sprache in der USSR vorangetrieben wie nie zuvor. Dahinter stand die Absicht, die Ukrainer – auch über die Landesgrenzen hinaus in Polen, Rumänien und der Tschechoslowakei – mithilfe eines „national engineering"[2] für den Aufbau des Sowjetimperiums zu gewinnen. Nach der Beendigung der *korenizacija*, die eine Konsolidierung des ukrainischen Nationalgefühls bewirkte, drehte sich das Rad in die entgegengesetzte Richtung. In den dreißiger Jahren, der zweiten Phase der sowjetischen Nationalitätenpolitik, wurden die ukrainischen „Nationalkommunisten", die sich für die ukrainische Beteiligung am sowjetischen System einsetzten, und andere Exponenten ukrainischer Interessen zusammen mit weiteren „Volksfeinden" gesäubert. Als potentielle Bedrohung für das Regime wurden sie präventiv von der politischen Bühne entfernt. Eine Wendung brachte der deutsche Angriff auf die Sowjetunion, mit dem die dritte Phase der Stalinschen Nationalitätenpolitik einsetzte, die in der Ukraine gleichzeitig Förderung wie Repression mit sich brachte: Gefördert wurde die ukrainische Identität in gewissem Rahmen deshalb, weil das Regime auf die ukrainische Unterstützung bei der Zurückschlagung des Angreifers nicht verzichten konnte. Die sowjetische Propa-

1 Zur sowjetischen Nationalitätenpolitik in der Ukraine: YEKELCHYK Stalin's Empire of Memory. Zusammenfassend zur sowjetischen und stalinistischen Nationalitätenpolitik: SIMON Nationalismus und Nationalitätenpolitik; UWE HALBACH Nationalitätenfrage und Nationalitätenpolitik, in: Handbuch der Geschichte Russlands. Band 5, S. 659–786; KAPPELER Rußland als Vielvölkerreich, S. 300–318; JEREMY SMITH The Bolsheviks and the National Question, 1917–23. Houndmills [usw.] 1999; GRAHAM SMITH Nationalities Policy from Lenin to Gorbachev, in: DERS. (Hrsg.), The Nationalities Question in the Soviet Union. London 1990, S. 1–20; HENRY R. HUTTENBACH (Hrsg.), Soviet Nationality Policies. Ruling Ethnic Groups in the USSR. London 1990; JEREMY R. AZRAEL (Hrsg.), Soviet Nationality Policies and Practices. New York [usw.] 1978; SUNY, MARTIN (Hrsg.), A State of Nations.

2 JEREMY SMITH The Bolsheviks and the National Question, 1917–23. Houndmills [usw.] 1999, S. 240.

ganda richtete sich gleichzeitig an das „große russische Volk" wie an die „Freundschaft der Völker".[3] Neben Helden der russischen Geschichte wie Aleksandr Nevskij, Dmitrij Donskoj, Kuz'ma Minin und Dmitrij Požarskij, Aleksandr Suvorov und Michail Kutuzov wurden die Kosaken und Bohdan Chmel'nyc'kyj aus der ukrainischen Geschichte militärische Vorbilder. Nach Chmel'nyc'kyj wurde sogar ein militärischer Orden benannt. Nach dem Ende des Weltkrieges setzte die Verfolgung nationalukrainischer Erscheinungen im Zuge der *Ždanovščina* ein.[4] Die weitere Repression wurde damit begründet, dass die ukrainische Bevölkerung während der Okkupation der NS-Ideologie ausgesetzt gewesen war und sich möglicherweise von ihr hatte infizieren lassen, so dass diese „antisowjetischen Elemente" aufgespürt und bestraft werden mussten: „Kollaborateure" welcher Art auch immer wurden entweder zum Tod verurteilt oder deportiert, zurückkehrende „Ostarbeiter", von denen die Mehrheit Ukrainer waren, sowie kriegsgefangene Rotarmisten erhielten ebenfalls Haftstrafen mit Zwangsarbeit. Die Motive für dieses Vorgehen war Vergeltung für illoyales Verhalten, die prophylaktische Bestrafung, aber auch wirtschaftliches Interesse. Gleichzeitig wurden aber Symbole ukrainischer Staatlichkeit zugelassen, wenngleich diese innerhalb der Sowjetunion nur eine Fiktion war: Die Ukraine erhielt ein eigenes – wenn auch machtloses – Außenministerium,[5] ein Staatswappen, eine Fahne sowie eine eigene sowjetische Hymne und als Gründungsmitglied wie Weißrussland und Russland einen Sitz in der UNO, was der Sowjetunion hier insgesamt drei Stimmen verschaffte.

Ungeachtet dieser repräsentativen Zugeständnisse blieb nach 1944/45 die Basis für die Politik den Ukrainern wie auch allen anderen sowjetischen Völkern gegenüber die permanente Kontrolle und die Ausübung von Repressionen. Die politische Kultur in der Sowjetunion war auch nach dem Zweiten Weltkrieg weiter geprägt durch die ständig drohende und tatsächliche Anwendung von Gewalt. Repressive Maßnahmen bildeten willkürliche Verhaftungen, Folter, Gefängnis- und Lagerhaft, Deportationen sowie die Todesstrafe. Sinn und Hintergrund der Repressionen lagen in der Aufrechterhaltung des Systems, das die Gewalt dann beendete, wenn sie sich gegen das Regime selbst richtete und überhand nahm, wie beispielsweise nach der „Großen Säuberung" der dreißiger Jahre. Gewalt war „die Bedingung des Überlebens des revolutionären Staates", der ohne sie von der politischen Bühne gefegt worden wäre.[6] Wegen der periodischen Wiederkehr sowie wegen seiner phänome-

3 Zur Ambiguität der sowjetischen Propaganda während des Krieges und den Debatten unter den sowjetischen Historikern darüber vgl. DAVID BRANDENBERGER "It Is Imperative to Advance Russian Nationalism as the First Priority." Debates within the Stalinist Ideological Establishment, 1941–1945, in: SUNY, MARTIN (Hrsg.), A State of Nations, S. 275–299.

4 Vgl. dazu im Kapitel über das Kriegsende in der Ukraine.

5 V. A. HRYNEVYČ Utvorennja Narkomatu oborony URSR u 1944 r.: z istoriï odnijeï polityčnoï hry, in: UIŽ (1991) Nr. 5, S. 29–38.

6 PLAGGENBORG Stalinismus als Gewaltgeschichte, S. 110.

nologischen Abwandlungen wird der Terror als strukturelles Merkmal des Stalinismus aufgefasst, dem eine nicht zufällige Dynamik zugeschrieben wird.[7]

Diese zeigte in der Ukraine der Nachkriegszeit eine spezielle Ausprägung, die zwischen Vergeltung dafür, dass die Ukrainer während des Krieges unter NS-Okkupation gestanden hatten – in stalinistischer Logik war dies gleichzusetzen mit Landesverrat – und politischer Pragmatik entlang der Staatsraison lag. Daher war der von Berija kolportierte Vorschlag vom 22. Juni 1944, alle Ukrainer, die während des Krieges unter der deutschen Besatzung gelebt hatten, ins Exil zu schicken,[8] von Vornherein zum Scheitern verurteilt. Chruščev behauptete zwar in seiner Rede vor dem 20. Parteitag, die Ukrainer seien der Deportation als Volk nur deshalb entkommen, weil sie zu viele gewesen seien und kein Ort für sie zur Verfügung stand. Diese Aussage ist aber nicht wörtlich zu nehmen; vielmehr ist sie zu sehen im Kontext der Demaskierung Stalins, den Chruščev für alle Verbrechen im Land persönlich haftbar machte. Gleichzeitig unterstrich Chruščev den Mythos, Stalin sei ein notorischer Feind des ukrainischen Volkes gewesen. Sich selbst stilisierte er damit zu dessen Fürsprecher. Weder die eine noch die andere These entspricht der Wirklichkeit. Stalin setzte das ukrainische Volk zwar hinter das russische, dieses aber als *secundus inter pares* immer noch vor alle anderen slavischen und nicht-slavischen Sowjetvölker. Allerdings wurden immer wieder ukrainische Bevölkerungsteile mit „Volksfeinden" zwangsumgesiedelt, darunter während der dreißiger Jahre „Kulaken" und nach dem Zweiten Weltkrieg OUN/UPA-Angehörige. Nach dem Zweiten Weltkrieg stellten die Ukrainer zudem einen wesentlichen Teil jener Bevölkerung, die aus dem Westen in die Sowjetunion repatriiert wurde und hier NKVD-Durchleuchtung und möglicher Bestrafung unterworfen war.

3.1.1 Die Repatriierung der ukrainischen Bevölkerung

Die Dimension der Repatriierung

Während des Zweiten Weltkrieges kam ein Teil der sowjetukrainischen Zivilbevölkerung als Zwangsarbeiter nach Deutschland. Bis 1941 hatten sich an die 100.000 Ukrainer aus dem Generalgouvernement freiwillig für den Arbeitsdienst anwerben lassen, solange die Arbeitsbedingungen noch besser für sie waren und sie kulturelle Vereinigungen unterhalten konnten.[9] Die meisten Ukrainer waren dann aber unter Zwang als „Ostarbeiter" aus der besetzten Sowjetunion deportiert worden. Zu den zivilen Arbeitskräften traten die Kriegsgefangenen, von denen ebenfalls ein Teil als Zwangsarbeiter eingesetzt wurde, sowie an die 120.000 Ukrainer, die ihre Heimat im Sommer 1944 vor der Roten Armee verlassen hatten.[10] Nach Kriegsende lebten

7 SIEGEL Die Dynamik des Terrors im Stalinismus, S. 1–12.
8 ALIEVA (Hrsg.), Tak êto bylo, 3. Band, S. 140–141.
9 SUBTELNY Ukrainian Political Refugees, S. 10.
10 Ebenda, S. 13.

sie in Deutschland und Österreich in Lagern für *displaced persons* (DPs), die von der „United Nations Relief and Rehabilitation Administration" (UNRRA)[11] errichtet worden waren, oder in Privatunterkünften ohne staatsrechtlichen Status. Diese Sowjetbürger in ihre Heimat zurückzuführen, sie zu „repatriieren", unabhängig davon, ob es ihrem persönlichen Wunsch entsprach oder nicht, war bereits vor Kriegsende das erklärte Ziel der Sowjetregierung. Sie konnte schon aus Prestigegründen nicht zulassen, dass sich Hunderttausende Sowjetbürger im Ausland befanden; weit wichtiger war aber, dass die für den Wiederaufbau dringend benötigten Arbeitskräfte ins Land zurückgeholt werden sollten.

Die wissenschaftliche Aufarbeitung der Repatriierung ist noch nicht abgeschlossen; dabei finden sich eher Untersuchungen zu den Kriegsgefangenen als zu den „Ostarbeitern".[12] In Westeuropa befassten sich bis vor einiger Zeit nur wenige Autoren mit den sowjetischen Zwangsarbeitern, denn die Thematik zwingt nicht nur in Deutschland, sondern auch die Westalliierten dazu, das eigene Vorgehen kritisch zu hinterfragen.[13] Wohl wurden über den Zwangseinsatz im Deutschen Reich grundlegende Studien vorgelegt,[14] diese enden aber in der Regel mit der Befreiung der Zwangsarbeiter. In der Sowjetunion war die Repatriierung kein öffentliches und wissenschaftliches Thema. Noch in der spätkommunistischen Literatur ging man zwar davon aus, dass der Hintergrund der Massenrepatriierungen richtigerweise die Mobilisierung von Arbeitskräften für die darniederliegende Wirtschaft war,[15] allerdings wird unterschlagen, dass diese Rückkehr nicht immer auf freiwilliger Basis geschah: „In die Heimat kehrten auch allmählich diejenigen Menschen zurück, die von den Faschisten nach Deutschland verschleppt worden waren, sowie Kriegsgefangene."[16] Dass für viele Repatriierte die Rückkehr mit beruflichen oder sonstigen

11 Die 1943 gegründete UNRRA hatte die Aufgabe, die großen Mengen vertriebener, deportierter, flüchtender und versprengter Menschen zu versorgen. In Deutschland war sie den militärischen Stellen untergeordnet und agierte nur auf der Ebene der Verwaltung der DP-Lager. 1947 stellte sie in Deutschland ihre Tätigkeit ein, abgelöst durch die International Refugee Organization (IRO) (vgl. JACOBMEYER Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer, S. 33–35, 53–54).

12 Zu den sowjetischen Kriegsgefangenen unter anderem BONWETSCH Die sowjetischen Kriegsgefangenen zwischen Stalin und Hitler; STREIT Keine Kameraden; STREIM Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener; DERS. Sowjetische Gefangene in Hitlers Vernichtungskrieg; DERS. Das Völkerrecht und die sowjetischen Kriegsgefangenen.

13 Die Auslieferung sowjetischer Kriegsgefangener an die Sowjetunion und an den NKVD durch Großbritannien und die USA wird dargestellt von BETHELL Das letzte Geheimnis, und von TOLSTOY Die Verratenen von Jalta.

14 Europa und der „Reichseinsatz"; HERBERT Fremdarbeiter; SPOERER Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz (alle Publikationen beziehen sich auf Zwangsarbeiter aus West- wie Osteuropa); JACOBMEYER Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer; GOEKEN Von der Kooperation zur Konfrontation.

15 KOVAL' Ukraïns'ka RSR u period vidbudovy i rozvytku narodnoho hosudarstva, S. 81.

16 Ebenda.

Zurücksetzungen und sogar mit Zwangsarbeit endete, wurde ebenfalls verschwiegen.

Für die Behandlung der Repatriierten in der Sowjetunion und deren lebenslange Prägung durch die Zeit in NS-Deutschland liegen neuere Darstellungen vor.[17] In Deutschland steigt nun neben dem wissenschaftlichen auch das öffentliche Interesse an den früheren Zwangsarbeitern aus dem Osten, sichtbar an der wachsenden Zahl auch populärer Publikationen über individuelle Lebensschicksale.[18]

Eine große Schwierigkeit bereitet die zahlenmäßige Erfassung der Repatriierten, da verschiedene Stellen unterschiedliche Angaben vorlegten: NS-Angaben zufolge betrug die Anzahl der aus der Sowjetunion deportierten „Ostarbeiter" zum Stichtag 30. September 1944 im Deutschen Reich 2.174.644, davon 1.112.137 (51,1%) Frauen.[19] Der Gesamtanteil der sowjetischen zivilen Arbeitskräfte an allen ausländischen Zwangsarbeitern war mit 36,4% (im Jahr 1944) am höchsten, dazu kamen 18,5% Polen, 0,4% Ungarn, 1,6% Kroaten und Jugoslawen, 0,6% Slowaken neben 10,8% Franzosen, 3,4% Belgiern, 4,8% Italienern und 4,3% Niederländern.[20] Die Anzahl der weiblichen Arbeitskräfte aus dem Osten zusammen überstieg wesentlich jene der Zwangsarbeiterinnen aus dem Westen. 1945 gab die sowjetische Seite die Zahl der verschleppten Sowjetbürger mit 6.979.470 an, davon 4.978.735 Zivilpersonen und 2.000.735 Kriegsgefangene.[21]

17 ZEMSKOV K voprosu o repatriacii sovetskich graždan 1944–1951; DERS. Repatriacija sovetskich graždan (Zemskov steht deshalb in der Kritik, weil er mit zu niedrig angesetzten Zahlenangaben die Schreckensherrschaft Stalins abschwächt; vgl. AHLBERG Stalinistische Vergangenheitsbewältigung, S. 927ff.); POLJAN Žertvy dvuch diktatur; DERS. Deportiert nach Hause; DERS., ZAJONČKOVSKAJA Ostarbeiter in Deutschland und daheim; ŠEVJAKOV Repatriacija sovetskogo mirnogo naselenija; ARZAMASKIN Založniki vtoroj mirovoj vojny. Für die Repatriierung in Weißrussland liegt eine ausführliche Dokumentation vor: Belorusskie ostarbajtery. Der ungewöhnliche Versuch einer kulturgeschichtlichen Annäherung an die „Ostarbeiter": Preodolenie rabstva. Fol'klor i jazyk ostarbajterov 1942–1944. Moskva 1998.

18 Vgl. unter anderem: WERNER Kiew–München–Kiew; Mariupol–Herford und zurück; ANNEKATREIN MENDEL Zwangsarbeit im Kinderzimmer. „Ostarbeiterinnen" in deutschen Familien von 1939 bis 1945. Gespräche mit Polinnen und Deutschen. Frankfurt a. M. 1994; SUSANNE KRAATZ Verschleppt und vergessen. Schicksale jugendlicher „OstarbeiterInnen" von der Krim im Zweiten Weltkrieg und danach. Heidelberg 1995; HEUSLER Zwangsarbeit in der Münchner Kriegswirtschaft; Zwangsarbeit in Berlin 1940–1945. Erinnerungsberichte aus Polen, der Ukraine und Weißrussland. Hrsg. von Berliner Geschichtswerkstatt. Berlin 2000; ROMAN SMOLORZ Zwangsarbeit im „Dritten Reich" am Beispiel Regensburgs. Regensburg 2003. Leider gehen die meisten Publikationen nur kurz auf die Repatriierung ein.

19 HERBERT Fremdarbeiter, S. 272.

20 Ebenda, S. 271–272.

21 Diese Zahl berichtete der Leiter der sowjetischen Repatriierungsbehörde Golikov; vgl. POLIAN Deportiert nach Hause, S. 45, Anm. 144; auch bei ZEMSKOV K voprosu o repatriacii sovetskich graždan 1944–1951, S. 26. Deutsche Angaben sprechen nur von 1,4 Millionen Arbeitskräften, die aus dem militärischen Operationsgebiet deportiert worden waren, davon rund 920.000 aus der Ukraine (Zahl nach ROLF-DIETER MÜLLER Die Rekrutierung sowjetischer Zwangsarbeiter für die deutsche Kriegswirtschaft, in: Europa und der „Reichseinsatz",

Die Ukraine war von den Deportationen während des Krieges und der Repatriierung stärker als andere sowjetische Republiken betroffen; die Ukrainer stellten mit etwa einem Drittel die meisten Zwangsarbeiter im „Reich". Ihr Anteil an den Repatriierten übertraf jenen der Russen; unter den zum 1. März 1946 registrierten 4,4 Millionen sowjetischen Repatriierten waren 1.650.343 Ukrainer und 1.631.861 Russen (dann folgten 520.672 Weißrussen und 50.396 Litauer).[22] Die Ukraine war die erste Übergangs- und speziell die Ostukraine mit ihrer Schwerindustrie oft Zielstation für die Repatriierten. Die Einrichtung von Lagern, die Durchleuchtung Hunderttausender sowie ihre Unterbringung in Betrieben stellte daher einen Vorgang dar, der die allgemeine Situation der Nachkriegsukraine mitbestimmte.

Insgesamt wurden bis März 1946 sowjetischen Angaben zufolge zwischen 4,2 und 4,4 Millionen Sowjetbürger repatriiert, darunter 1,55 Millionen Kriegsgefangene und 2,65 Millionen Zivilisten, bis Anfang 1952 waren es rund 4,3 Millionen.[23] In die Ukraine kehrten zwischen 1942 und 1950 insgesamt 1.850.000 „Ostarbeiter" zurück. Der sowjetischen Repatriierungsbehörde zufolge verweigerten zum 1. Januar 1952 noch 451.561 sowjetische Staatsbürger im Ausland die Rückkehr, die meisten von ihnen waren Ukrainer – 144.934 (32%); dann kamen die baltischen Völker (109.214 bzw. 24,2% Letten, 63.401 bzw. 14% Litauer sowie 58.924 bzw. 13% Esten), 31.704 Russen (7%) sowie Weißrussen mit 2,2% (9.856 Personen).[24] Der Höhepunkt der Repatriierung lag zwischen Mai und Oktober 1945, als über zwei Millionen Personen allein aus den drei westlichen Besatzungszonen rückgeführt wurden. Ab März 1946 ebbte die Welle der zurückgebrachten Sowjetbürger erkennbar ab, aber noch bis Anfang der fünfziger Jahre kamen jährlich einige Tausend Repatriierte in die UdSSR.

Der Rücktransport der sowjetischen Staatsangehörigen wurde am 4. Oktober 1944 vom Ministerrat der UdSSR beschlossen. An die Spitze der neu gegründeten Leitung des Bevollmächtigten des Ministerrats der UdSSR für die Repatriierung („Upravlenie upolnomočennogo SNK SSSR po delam repatriacii") mit Sitz in Moskau stand Generaloberst F. I. Golikov. Im Abkommen von Jalta vom 11. Februar 1945 ließ sich die Sowjetregierung die Repatriierung aller sowjetischen Staatsbürger in den von den Westmächten verwalteten Besatzungszonen zusichern, die vor dem 3. September 1939 auf sowjetischem Staatsgebiet gewohnt hatten oder die nach dem

S. 234–250, hier S. 234). Zur Problematik der Berechung der Todesfälle in deutscher Gefangenschaft vgl. STREIT Keine Kameraden, S. 20.

22 Zahlen aus: ZEMSKOV K voprosu o repatriacii sovetskich graždan 1944–1951, S. 35.

23 BONWETSCH Sowjetische Zwangsarbeiter vor und nach 1945, S. 539. Bei ZEMSKOV K voprosu o repatriacii sovetskich graždan 1944–1951, S. 28–29; ebenda, S. 35, die Angabe von 4,4 Millionen; auch bei POLJAN Žertvy dvuch diktatur, S. 527. Der sowjetische Bevollmächtigte für die Repatriierung sprach für den 1. Februar 1946 von einer Gesamtzahl von 5,2 Millionen in die Sowjetunion repatriierten Menschen, davon 1,8 Millionen frühere Kriegsgefangene und 3,4 Millionen Zivilisten (nach ZUBKOVA Obščestvo iz vojny: russkie i nemcy v 1945 godu, S. 94). Diese Zahl bezieht auch Personen ein, die innerhalb der Sowjetunion repatriiert wurden.

24 ARZAMASKIN Založniki vtoroj mirovoj vojny, S. 93–94, 107.

11. Februar 1945 (dem Tag der Unterzeichnung des Vertrages von Jalta) gefangengenommen worden waren. Ein am 22. Mai 1945 in Halle unterzeichnetes Abkommen zwischen den alliierten und den sowjetischen Repatriierungsbehörden konkretisierte die Übergabe der Repatriierten.[25] Dennoch blieben für die Sowjetregierung wichtige Punkte offen: die Frage von gemischt-nationalen Ehen, in denen ein Partner nicht die sowjetische Staatsbürgerschaft besaß, die Repatriierung der Balten, Westukrainer und Westweißrussen, die ja nicht auf dem Gebiet der Sowjetunion vor 1939 gelebt hatten und damit dem Vertrag von Jalta nicht unterlagen, und auch der bedeutsame Fall, dass Sowjetbürger nicht zurückkehren wollten. Von der Repatriierung wurden schließlich mit nicht-sowjetischen Staatsbürgern verheiratete Frauen, deren Kinder sowie ehemalige Bewohner Bessarabiens und der Nord-Bukowina, die sich für die rumänische Staatsbürgerschaft entschieden hatten, ausgenommen.

Die Westmächte ließen den Wunsch der Sowjetregierung, alle sowjetischen Staatsangehörigen im Sinne des Abkommens von Jalta zu repatriieren, anfänglich ohne Widerspruch zu. Sie unterstützten sogar deren Rücktransport. So brachten Amerikaner Zwangsarbeiter aus Süddeutschland in die Tschechoslowakei und übergaben sie dort sowjetischen Behörden.[26] Großbritannien schiffte allein bis Ende Juni 1945 über 32.000 sowjetische Kriegsgefangene nach Murmansk und Odessa aus.[27] Die Westalliierten waren durchaus interessiert daran, die Repatriierten alsbald aus ihren Besatzungszonen zu entlassen, da sie sich damit ihrer Versorgung entledigte, andererseits dafür versprengte britische und amerikanische Militärangehörige zurückkehren konnten.[28]

Wie hoch das Bestreben unter den Repatriierten war, die Rückkehr zu verweigern, lässt sich nicht prozentual angeben.[29] Es ist aber davon auszugehen, dass, je

25 Abdruck des Abkommens von Halle bei POLJAN Žertvy dvuch diktatur, S. 389–390, vgl. dazu auch JACOBMEYER Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer, S. 63–64; ARZAMASKIN Založniki vtoroj mirovoj vojny, S. 26–28, S. 67–69; POLIAN Deportiert nach Hause, S. 96–98; ŠEVJAKOV Repatriacija sovetskogo mirnogo naselenija, S. 204–205.

26 StAR, ZWA/Bericht Ukr 3, Bericht Ukr 6 (Slipčenko, Didyk).

27 BETHELL Das letzte Geheimnis, S. 97. Gleichzeitig wurden über Odessa mehr als 36.000 alliierte Kriegsgefangene, die aus deutschen Lagern in Polen und Ostdeutschland befreit worden waren, von Februar bis Juni 1945 auf britischen Schiffen in ihre Heimat gebracht; vgl. RICHARD FOREGGER Soviet Rails to Odessa, British Ships to Freedom, in: The Journal of Slavic Military Studies. Vol. 8 (Dezember 1995) No. 4, S. 844–860.

28 Bis September 1945 hatten die Sowjetbehörden insgesamt 732.378 Personen an die Westalliierten überstellt, davon 20.949 Amerikaner, 23.744 Briten, 291.903 Franzosen, 32.789 Belgier, 30.958 Holländer, 1.308 Luxemburger und 1.040 Norweger (ARZAMASKIN Založniki vtoroj mirovoj vojny, S. 28). A. A. ŠEVJAKOV «Tajny» poslevoennoj repatriacii, in: Sociologičeskie issledovanija (1993) Nr. 8, S. 3–11, hier S. 7, berichtet (allerdings ohne archivalischen Beleg) von 22.555 Amerikanern, 24.541 Briten und 313.113 Franzosen, die bis zum 1. Januar 1947 von den sowjetischen Behörden in ihre Heimat zurückgeschickt wurden.

29 Über die gewaltsame Repatriierung in die Sowjetunion, die von den Westmächten unterstützt wurde, vgl. ELLIOTT Pawns of Yalta, S. 102–132; EPSTEIN Operation Keelhaul. Eine

früher die Repatriierung erfolgte, dies umso eher freiwillig geschah; Verweigerer wurden erst zu einem späteren Zeitpunkt oder gar nicht erfasst. Außerdem traten weibliche Zivilarbeiter die Rückkehr widerspruchsloser und auch oft deswegen gerne an, weil sie in der Heimat ihre Familie zu treffen hofften und nicht zu befürchten glaubten, als Militärangehörige filtriert zu werden. Eine in München eingesetzte Zwangsarbeiterin gibt an: „Wir waren frei, wir konnten kostenlos mit der Straßenbahn fahren, die Stadt ansehen. Wir wollten nur nach Hause. Man informierte uns, dass wir hier leben könnten, sie brachten auch Lebensmittel. Aber wir sagten: ‚Nein, wir wollen zu unseren Familien nach Hause.'"[30] Anders verhielt es sich bei den Kriegsgefangenen, die gewärtigen mussten, als „Vaterlandsverräter" bestraft zu werden, denn allein die Tatsache, dem Feind in die Hand gefallen zu sein, setzte sie dem Verdacht der „Kollaboration" aus. Ihre Rückführung verlief daher oft unter verschiedensten Formen des Drucks und unter massiver Gewaltanwendung; in den Sammellagern entzogen sich sowjetische DPs auch durch Selbstmord dem Rücktransport.[31] Eine Möglichkeit, der Repatriierung zu entgehen, bestand darin, sich vom ukrainischen Roten Kreuz eine Bestätigung als „staatenlos" ausstellen zu lassen.[32] Damit konnte man von der sowjetischen Repatriierungsbehörde nicht mehr belangt werden. Für das sowjetische Regime bedeutete die Weigerung von Sowjetbürgern, in ihre Heimat zurückzukehren, eine Blamage vor den westeuropäischen Staaten.

Verantwortlich für die Organisation der Rückführung waren die Offiziere der sowjetischen Repatriierungsbehörde, die Zugang zu den DP-Lagern der Westalliierten hatten und die dort vorgefundenen Sowjetbürger mit Propaganda, aber auch unter Gewaltandrohung und -anwendung zur Heimreise bewegten. Während der Rücktransport sowjetischer Bürger aus den von der Roten Armee besetzten Gebieten Deutschlands und Österreichs relativ hindernisfrei vonstatten ging, begegneten die sowjetischen Behörden in den westalliierten Zonen mindestens ab der Jahresmitte 1945 Einwänden der britischen und amerikanischen Besatzungsbehörden, die sich immer häufiger weigerten, den sowjetischen Repatriierungskommissionen Informationen über DPs zu geben, ihnen Zivilisten auszuliefern, und ihnen schließlich den Zugang zu den Lagern in den Westzonen untersagten. Es ist auch davon auszugehen, dass der Widerstand der hier aufgefundenen zu Repatriierenden stärker war, da sie über bessere Informationsmöglichkeiten verfügten und sie sich ein klareres Bild über ihr zu erwartendes Schicksal machen konnten. Tatsächlich befanden sich noch Ende 1946 in den UNRRA-Lagern der Alliierten, aber auch in Arbeitsstellen in Deutschland sowjetischen Schätzungen zufolge 50.000 Sowjetbürger ukrainischer

zwangsweise Rückführung traf beispielsweise die auf deutscher Seite kämpfenden russischen Kosaken und die Angehörigen der Vlasov-Armee.

30 WERNER Kiew–München–Kiew, S. 32.

31 Zur sowjetischen Zwangsreparation vgl. JACOBMEYER Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer, S. 123–152; GOEKEN Von der Kooperation zur Konfrontation, S. 316.

32 GESTWA „Es lebe Stalin", S. 80.

Nationalität, die der Repatriierung unterworfen waren.[33] Dies waren hauptsächlich geflohene Einwohner der westlichen Rajons der USSR oder Personen, die während des Krieges in deutschen militärischen Abteilungen, der Polizei oder in Unternehmen gearbeitet hatten und nun befürchteten, wegen antisowjetischer Tätigkeit zur Verantwortung gezogen zu werden.

Grundsätzlich lag der Repatriierung der DPs das Prinzip der Staatsangehörigkeit zugrunde. Die Ukrainer in den DP-Lagern besaßen ihrer Herkunft zufolge entweder die sowjetische Staatsangehörigkeit (wenn sie aus der Sowjetukraine stammten), die polnische (aus Ostpolen/der neuen Westukraine), die rumänische (aus der Bukowina und Bessarabien) oder die tschechoslowakische (aus der Karpaten-Ukraine). Dem zufolge wurden sie in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt und nach Polen zurückkehrende Ukrainer in die Sowjetukraine weitergeleitet. Eine „ukrainische Staatsangehörigkeit" erkannten die Westmächte erst 1947 an.

Die größte Ansammlung von nicht repatriierten Ukrainern befand sich ukrainischen Angaben zufolge mit 73.646 Personen im August 1947 in der amerikanischen Besatzungszone, in der britischen Zone waren es 34.987, in der französischen 9.992; dabei lebte rund ein Sechstel nicht mehr in Lagern.[34] Die Ukrainer fielen in den Sammellagern in Deutschland wegen ihrer Organisiertheit auf. Sie waren mit hoher Wahrscheinlichkeit die ersten, die mit Hilfe ihrer kirchlichen Einrichtungen[35] Selbsthilfegruppen, „Ukrainische Komitees" und ein „Zentrales Hilfskomitee", gründeten, um sich, sofern dies überhaupt möglich war, eine politische Stimme zu verschaffen und der drohenden Rückkehr entgegenzuwirken. Die Führung übernahmen dabei oft Bandera-Aktivisten und Angehörige der OUN, deren Ziel in der Proklamation einer unabhängigen Ukraine bestand. Dabei klangen die „alten nationalistischen Ideen der OUN [...] aus der DP-Perspektive gewiß ganz veraltet und sonderbar verwirrt, konnten sich aber offenbar gerade in dieser Situation mit der irrealen Lebensfähigkeit ausstatten, die für Emigranten-Organisationen und ihre Ideologie so bezeichnend ist."[36] Immerhin erreichten sie die Zusammenlegung in eigene ukrainische Lager, wodurch die westalliierten Besatzungsbehörden verhindern wollten, dass sie auch andere Nationalitäten von der Repatriierung abhielten. Ein großes Lager mit rund 3.000 ukrainischen DPs befand sich in der Sommerkaserne in Augsburg. Hier wurde die zentrale Vertretung der ukrainischen Emigration eingerichtet und die Ukrainische Freie Universität nahm hier ihre Arbeit wieder auf.[37]

33 CDAHOU 1-23-2614, ark. 119–121: Sekretarju CK KP/b/U tovarišču Chruščevu N. S. [Gez.] Upolnomočennyj Soveta Ministrov SSSR po delam repatriacii General-Polkovnik Golikov. [Gedruckter Vermerk: Prošu vnesti predloženie. 23. XII 46. N. Chruščev.]

34 Zahlen nach: JACOBMEYER Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer, S. 79.

35 Zur Situation der unierten ukrainischen Repräsentanten und Organisationen in Deutschland vgl. BERNADETTA WOJTOWICZ Geschichte der Ukrainisch-Katholischen Kirche in Deutschland vom Zweiten Weltkrieg bis 1956. Wiesbaden 2000.

36 JACOBMEYER Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer, S. 78.

37 STEPAN MUDRYK-MEČNYK Služba Bezpeky Revoljucijnoï OUN u borot'bi z NKVD-NKGB-MGB-KGB. Ternopil' 1994, S. 82. Vgl. auch POLIAN Deportiert nach Hause, S. 121–122.

In der Propaganda der sowjetischen Repatriierungsbehörden hieß es, das Vaterland erwarte seine Bürger unter dem Motto „Domoj, na rodinu!" (Nach Hause, in die Heimat!), und man betonte die Vergebung alter Vergehen, sogar der Kollaboration mit den Deutschen.[38] Trotz der Schwierigkeit der Nachrichtenübermittlung gelangten aber Informationen über die Filtrationsverfahren zu den Ukrainern nach Deutschland, denn wie der Bevollmächtigte der sowjetischen Repatriierungsbehörde Golikov feststellte, sei die Weigerung vieler, in die Sowjetunion zurückzukehren, auf in den Lagern geschürte Gerüchte zurückzuführen. Die in Deutschland „in profaschistischen Komitees und Gesellschaften Verbliebenen" würden unter den sowjetischen Bürgern antisowjetische Propaganda betreiben und irrige Vorstellungen über die Lage in der USSR verbreiten. Abhilfe könne nur zielgerichtete Gegenpropaganda schaffen. Golikov teilte Chruščev mit, dafür sei es erforderlich, Zeitungen, Zeitschriften, politische und künstlerische Literatur in ukrainischer Sprache zu verteilen und ukrainische Kinofilme vorzuführen.[39] Ukrainischsprachige Broschüren sollten die Rückgliederung in die Ukraine und Briefe von aus Deutschland, Österreich und anderen Ländern Zurückgekehrten ihr neues Leben in der UdSSR beschreiben. Diese sollten über sowjetische Mittelsmänner unter Ukrainern verteilt werden. Auch Spitzelmethoden fanden Anwendung: Es wurde, kontrolliert von den „entsprechenden Organen", ein Briefaustausch organisiert zwischen den Repatriierten aus den alliierten Zonen und ihren Verwandten und Bekannten, die noch im Ausland zurückgeblieben waren, in denen über ein Wiedersehen und über die Organisierung von Arbeit und den übrigen Lebensumständen korrespondiert wurde. Ob dem muttersprachlichen Propagandamaterial über den anfänglichen Überraschungseffekt hinaus Erfolg beschieden war, ist zu bezweifeln. Angesichts der traumatischen Angstvorstellungen vieler ukrainischer Flüchtlinge nimmt sich dieses Mittel eher als Missgriff aus, der noch dazu viel zu spät eingesetzt wurde. Es sollte jene Ukrainer, die Ende 1946 noch nicht zurückgekehrt waren, überzeugen, die, wenn sie es wirklich gewünscht hätten, schon längst die Heimreise angetreten hätten. Außerdem wurde die Agitation vielfach skeptisch betrachtet. So ist davon auszugehen, dass offizielles Propagandamaterial eher abschreckend und kontraproduktiv wirkte, insbesondere wenn die sowjetische Sache allzu beschönigend dargestellt wurde. Dennoch wollte die sowjetische Regierung auf Werbemaßnahmen großen Stils als gewaltloses Mittel der Rückführung nicht verzichten.

„Ostarbeiter" wurden wie Kriegsgefangene vom Sowjetregime grundsätzlich als „Kollaborateure" betrachtet, allein aufgrund der Tatsache, dass sie dem Feind in die Hände gefallen waren, was im sowjetischen Verständnis nur mit deren Einverständnis gelingen konnte. Der Beschluss des GOKO vom 27. Dezember 1941 legte fest, sie sollten einer Überprüfung in den 22 Speziallagern des NKVD unterzogen werden, um „Vaterlandsverräter" herauszufiltern. Ihre Vergehen bestanden darin, eine

38 ELLIOTT Pawns of Yalta, S. 147.

39 Dabei war es nicht ungewöhnlich, spezielle Werbung für nationale Verbände einzusetzen, auf Armenier beispielsweise zielte ebenfalls ein eigener Film ab (vgl. ebenda).

Gestapo-Haft überlebt zu haben (aus sowjetischer Sicht war dies nur möglich über „Kollaboration"),[40] keine Sabotage in deutschen Betrieben begangen zu haben oder in irgendeiner Weise sonst vermeintlich gegen die Sowjetunion agiert zu haben. Außerdem bestand die Gefahr, dass sie, infiziert durch die gegnerische Ideologie, diese in der Sowjetunion weiter propagierten, beispielsweise durch Berichte über die Lebensweise der freien Bauern in Westen, was angesichts der kollektivierten Landwirtschaft in der Sowjetunion nach dem Weltkrieg tatsächlich eine soziale Sprengkraft unter der Bevölkerung entwickeln und die Losung von der Überlegenheit des Sozialismus vor dem Kapitalismus in zweifelhaftem Licht erscheinen lassen konnte. Ungeachtet der offiziellen Erklärung, die „grundlegende Masse der sowjetischen Personen, die sich in der deutschen Sklaverei befunden hatten, [sei] der sowjetischen Heimat treu" geblieben,[41] wurden die Repatriierten, befanden sie sich in sowjetischem Gewahrsam, in Filtrationslagern bereits auf ostdeutschen bzw. auf sowjetisch besetztem Gebiet vom NKVD, NKGB und der Spionageabwehr Smerš[42] verhört. Allein die Konfrontation mit Mitarbeitern dieser Organisationen löste bei Repatriierten Ängste aus.[43]

Die Filtrationsverfahren, die alle zurückgekehrten Repatriierten und Deportierten, Zivilisten wie Armeeangehörige, durchliefen, stellen einen komplexen Vorgang dar, der in seiner gesamten Dimension schwer zu überschauen ist.[44] Erkennbar ist aber, dass repatriierte Kriegsgefangene in „Sammel- und Weiterleitungsstellen" (*sborno-peresyl'nye punkty,* ukr. *zbirno-peresyl'ni punkty*) der Armee kamen, um erneut eingezogen zu werden; Offiziere wurden in Speziallager des NKVD geschleust, ebenso

40 StAR, ZWA/Bericht Ukr 3 (Slipčenko). Diese ehemalige Zwangsarbeiterin gab beim Verhör an, sie sei in Gestapo-Haft gesessen. Verdächtig war, dass sie dabei nicht erschossen worden war, so dass sie in der sowjetischen Logik auf jeden Fall eine Verräterin sein musste. Als Strafe erhielt sie zehn Jahre Zwangsarbeit; erst nach Stalins Tod wurde sie rehabilitiert.

41 ZUBKOVA Obščestvo iz vojny: russkie i nemcy v 1945 godu, S. 94.

42 Zur Organisation Smerš vgl. im Kapitel über Überwachung und Kontrolle.

43 „What a word – SMERSH! No one could understand the full meaning of this word unless one imbibed the Russian language together with one's mother's milk. […] The heretofore terror-inspiring name – NKVD – simply paled by comparison."; MARKOVNA Nina's Journey, S. 350–351.

44 Die Akten, die sich in den KGB-Archiven der ukrainischen Gebiete befinden, sind der Forschung zwar mittlerweile zugänglich, stellen aber einen unübersehbaren Fundus dar, der eine spezielle Auswertung erfordert. Die Akten der Repatriierten in regionalen und zentralen Archiven der ehemaligen Sowjetunion werden auf rund 3,5 Millionen geschätzt (BONWETSCH Sowjetische Zwangsarbeiter vor und nach 1945, S. 544–545). Allein im Gebiet Charkiv wurden im Jahr 1993 insgesamt 111.067 Akten Repatriierter von der Verwaltung des Sicherheitsdienstes an das örtliche Staatsarchiv übergeben (allerdings sind davon 17.504 abgängig); vgl. TANCJURA Okupacijnyj režym v Ukraïni, S. 55. In den Akten ist unter anderem vermerkt, woher der Repatriierte kam, in welchem Sammel- bzw. Filtrationslager er aufgenommen wurde, was das Ergebnis seiner Filtration war, in welchem Arbeitsbataillon er eingesetzt war, wann er in den Arbeitskader übernommen wurde und weiteres. Vgl. zur formalisierten Anlage der Akten und zu ihren Inhalten Belorusskie ostarbajtery, No. 171.

wie im deutschen Heer Dienende, Vlasov-Anhänger, Polizeiangestellte, Bewohner grenznaher Gebiete und weitere, die Grund zum Misstrauen gaben.[45] Zivilpersonen wurden in Sammel- und Weiterleitungspunke sowie in *proveročno-fil'tracionnye punkty* (Überprüfungs- und Filtrierstellen) des NKVD nahe den Staatsgrenzen überstellt. Wehrpflichtige Männer wurden von hier aus in Reservetruppen eingezogen, die übrigen an einen ständigen Wohnort geschickt; Waisen kamen in staatliche Kinderheime. Über die auch als „Prüf- und Filtrationslager" (*proveročno-fil'tracionnye lagerja*, PFL) bezeichneten Lager besteht noch erheblicher Forschungsbedarf. Diese PFL wurden erstmals errichtet, um sowjetische Soldaten, die sich während des sowjetisch-finnischen Krieges aus Gefangenschaft befreien konnten, auf ihre Sowjettreue zu überprüfen. Die mit dem deutsch-sowjetischen Krieg eingerichteten PFL unterstanden der NKVD-Zentralebene; sie wurden 1947 aufgelöst.[46]

Die Zustände in den schnell errichteten Aufnahme- und Filtrationslagern waren verheerend. Weder gab es ausreichend Wohnraum für die Ankommenden, noch genug Heizmaterial, Wasser, Lebensmittel und Kleidung.[47] Der oft mehrere Wochen dauernde Aufenthalt in den überfüllten Lagern war für die Repatriierten eine Zeit der Ungewissheit, in der über ihr Schicksal entschieden wurde, ohne dass sie dies beeinflussen konnten. Ihre Behandlung erinnerte an jene von Verbrechern: Ihre Fingerabdrücke wurden genommen und sie standen unter Beobachtung.[48] Die Isolierung von der übrigen Bevölkerung sollte gewährleisten, dass nicht zu viele Informationen über die Gesellschaftsverhältnisse im Westen durchsickerten.

Zum 23. Dezember 1944 bestanden 15 Filtrationslager, davon zwei in der Moldauischen SSR (Kišinev, Bolgrad), drei in der Weißrussischen SSR (Brest, Volkovysk und Grodno), in der Ukrainischen SSR bestanden Lager in Černivci, Mostys'ka und Chyriv (Gebiet Drohobyč), in Rava-Rus'ka und Javoriv (Gebiet L'viv), im Gebiet Volodymyr-Volyns'kyj; in der Litauischen SSR waren es die Lager Vysoko-Litovsk und Druženy, in Karelien in Sortavala; eines befand sich im Gebiet Leningrad (Vyborg).[49] Letzteres erwies sich als produktivstes, als hier Ende Januar 1945 von insgesamt 110.680 in der gesamten UdSSR filtrierten Repatriierten 45.305 abgefertigt wurden. Von diesen wurden etwa die Hälfte, 53.610, an ständige Wohnsitze weitergeschickt, 7.068 Personen im wehrpflichtigen Alter erhielten den Einberufungsbefehl, 43.831 kamen zur weiteren Überprüfung in Speziallager des NKVD. Aus diesen wiederum waren „deutsche Helfershelfer" und „Vaterlandsverräter" herauszufinden. Die Ausbeute war Ende Januar 1945 nicht sonderlich hoch: Von

45 ZEMSKOV K voprosu o repatriacii sovetskich graždan 1944–1951, S. 30–31.

46 ROSSI Spravočnik po GULagu, S. 321–322 (hier aber nur der Hinweis, es seien ehemalige Rotarmisten in die PFL gekommen, nicht auch „Ostarbeiter"); STETTNER „Archipel GULag", S. 203–205. Hier zu weiteren Speziallagern für sowjetische Kriegsgefangene auf S. 205–206.

47 KOVAL' Ukraïna v druhij svitovij i velykij vitčyznjanij vijnach, S. 195–196.

48 StAR, ZWA/Bericht Ukr 8 (Danilevskaja).

49 ARZAMASKIN Založniki vtoroj mirovoj vojny, S. 47, Anm. 130.

110.680 Überprüften wurde ganzen 194 Personen dieser Vorwurf nachgewiesen.[50] Die Untersuchung, die Beweisführung und die Überführung der Filtrierten erfolgte durch Abgleich ihrer Aussagen und durch Zeugenaussagen.[51] Zu den überführten Personen gehörten Ukrainer, die während der Besatzung der deutschen Polizei angehörten und an Kriegsverbrechen beteiligt waren, Russen in russischen Truppenteilen der Wehrmacht wie die Vlasov-Armee, Juden, die als ROK-Angehörige sowjetische Kriegsgefangene beaufsichtigten (auffälligerweise werden Juden hier separat genannt), Gestapo-Agenten sowjetischer Staatsangehörigkeit, Russen in der rumänischen Feldgendarmerie, Überläufer, Verräter militärischer Geheimnisse, allgemein Helfer bei Massakern an sowjetischer Bevölkerung, Agenten der deutschen Gendarmerie und Spitzel unter den sowjetischen Kriegsgefangenen.[52] Für die Repatriierten ergab sich vereinfacht folgendes Bild: „Die Verräter [kamen] nach Kolyma, die Invaliden heim und die übrigen in den Krieg mit Japan."[53]

Als Resultat der Filtration wurden im März 1946 von 4,2 Millionen sowjetischen Repatriierten rund 58% in ihre Herkunftsorte entlassen (die vor dem Zweiten Weltkrieg und während diesem deportierten Deutschen, Krimtataren, Kalmücken, Ingermanländer und Tschetschenen wurden in „Sondersiedlungen" eingewiesen), 19% wurden in die Rote Armee einberufen, 14% kamen in Arbeitsbataillone des Volkskommissariats für Verteidigung, 6,5% in *speckontingenty* des NKVD und 2% blieben in den Sammel- und Durchgangspunkten, um in sowjetischen Truppeneinheiten eingesetzt zu werden.[54] Damit wurde ein großer Teil der Repatriierten nicht geradewegs in den GULAG eingeliefert, wie dies lange Zeit in Westeuropa vorherrschende Meinung war, sondern die Mehrheit kam in ihre früheren Wohnorte, die meisten in die Ukraine.[55] Ihre Anzahl betrug am 1. August 1946 insgesamt 1.145.484, von denen rund ein Zehntel in das Gebiet Kiev kam.[56]

50 GARF r-9401-2-92, l. 206–207: GOKO – tovarišču Stalinu I. V. [,] SNK SSSR – tovarišču Molotovu V. M. [,] CK VKP (b) tovarišču Malenkovu G. M. [Gez.] Narodnyj Komissar Vnutrennich Del Sojuza SSR (L. Berija). 24. Januar 1945.

51 Vgl. etwa einen Zeugenbericht: „Die Glaubwürdigkeit wurde aus meinem Bericht und dem Papier geprüft, das sie mir in Deutschland bei der Abreise gegeben hatten."; vgl. NOLTE (Hrsg.), Häftlinge aus der UdSSR in Bergen-Belsen, S. 143; „[...] Sie befragten fast 20 Zeugen. Meine Aussage wurde mit den Aussagen anderer verglichen. Es wurde alles gegenübergestellt. Ob man nicht log oder freiwillig mit den Deutschen gearbeitet hatte." (Ebenda, S. 146).

52 Vgl. oben Anm. 50 sowie GARF r-9401-2-92, l. 6–8: GOKO – tovarišču Stalinu [,] SNK SSSR – tovarišču Molotovu [,] CK VKP (b) tovarišču Malenkovu. [Gez.] Narodnyj Komissar Vnutrennich Del Sojuza SSR (L. Berija). 2. Januar 1945 und GARF r-9401-2-68, l. 136–137: GOKO – tovarišču Stalinu I. V. [,] SNK SSSR – tovarišču Molotovu V. M. [,] CK VKP (b) tovarišču Malenkovu G. M. [Gez.] Narodnyj Komissar Vnutrennich Del Sojuza SSR (L. Berija). 14. Dezember 1944.

53 StAR, ZWA/Bericht Ukr 5 (Vlaščenko).

54 ZEMSKOV K voprosu o repatriacii sovetskich graždan 1944–1951, S. 36.

55 Vergleichszahlen – wohl für das Jahr 1945 – bei ARZAMASKIN Založniki vtoroj mirovoj vojny, S. 63: RSFSR: 723.400 Repatriierte angesiedelt, USSR: 732.855, Weißrussische SSR:

Die Aufnahme der Repatriierten in der Sowjetukraine

Für die Aufnahme der Repatriierten in Sammellager, ihre Verbringung an einen Wohnort und den ganzen Reiseverlauf in der Ukraine war der bürokratische Aufwand beträchtlich. Die Behörden mussten dafür eine größere Maschinerie in Bewegung setzen. Die Befehlsstruktur bei diesem Vorgang unterschied sich nicht von anderen Aktionen, die in Verbindung mit Kriegsereignissen standen. Die Schaltzentrale war der GOKO in Moskau, die Kiever Regierung fungierte als Befehlsempfänger und ausführendes Organ. Einflussmöglichkeiten auf den Vorgang der Repatriierung hatte sie nicht, war aber für den Transport der Repatriierten – in der Regel auf dem Schienenweg –, den Empfang und die Verteilung auf Arbeitsstellen zuständig. Die Schritte dafür legte das ZK in Kiev fest, ohne am Anfang die zu erwartenden Schwierigkeiten voll zu erfassen. Es kam daher im Verlauf des Jahres 1945 zu einer ganzen Serie von Beschlüssen, die jeweils vorhergehende präzisierten. Dabei wurden in der Regel keine konkreten Maßnahmen angeordnet, sondern nur Zielvorgaben für Behörden formuliert, die dann auf sich selbst gestellt waren.

Der Beschluss des GOKO über die „Organisation der Aufnahme der in die Heimat zurückkehrenden sowjetischen Bürger, die von den Deutschen gewaltsam entführt worden waren, sich aber auch aus verschiedenen Gründen außerhalb der Grenzlinie zwischen Polen und der UdSSR befanden" erging am 24. August 1944; die betreffenden Sowjetrepubliken hatten ihn dann umzusetzen.[57] In der Ukraine verabschiedeten der Rat der Volkskommissare und das ZK einige Tage später, am 31. August, einen entsprechenden Beschluss. Auf dieser Grundlage wurde eine Abteilung für Repatriierungsangelegenheiten (*Otdel po delam repatriacii*) beim ukrainischen Ministerrat eingerichtet. Ein Beschluss des Ministerrats vom 6. Januar 1945 „Über die Aufnahme und arbeitsmäßige Unterbringung der repatriierten sowjetischen Bürger" legte die Einrichtung von „Sammel- und Weiterleitungsstellen" (*priemno-raspredelitel'nye punkty*) entlang der neuen Staatsgrenze im Westen auf sowjetischer Seite fest. Sechs Sammellager in Kovel', Lemberg, Rava-Rus'ka, Volodymyr-Volyns'kyj, Sambir und Kolomyja entstanden. Im Landesinneren wurden „Weiterleitungsstellen" (*pryjmal'no-pozpodil'ni punkty*) eröffnet, darunter in Dnipropetrovs'k, Sumy, Žytomyr und Odessa (hier auch im ehemaligen deutschen Dorf

578.354, Estnische SSR: 1.943, Litauische SSR: 30.213, Lettische SSR: 47.086, Moldauische SSR: 69.271.

56 Eine Tabelle über die Verteilung der in die ukrainischen Gebiete zurückgeschickten Repatriierten bei ZEMSKOV Repatriacija sovetskich graždan, S. 4–5 (für die Ukraine: S. 5).

57 Ebenda, S. 13. Die genannten Beschlüsse auch erwähnt im Situationsbericht über den Fortgang der Repatriierungen in CDAHOU 1-23-2614, ark. 16–37: Sovet Narodnych Komissarov. Sekretarju CK KP/b/U tovarišču Korotčenko D. S. [Gez.] Zamestitel' Predsedatelja Soveta Narodnych Komissarov USSR I. Senin. [Kiev,] 22. Januar 1946.

Lustdorf[58]). Insgesamt bestanden 45 Empfangslager in der Ukraine. In fast allen Gebieten gab es entweder Weiterleitungsstellen (im Landesinneren) oder Sammel- und Weiterleitungsstellen (an den westlichen Grenzen), darunter drei im Gebiet Stalino (Jasynuvataja, Volnovacha, Krasnyj Liman), zwei im Gebiet Poltava (Poltava, Lubny), zwei im Gebiet Lemberg (Javoriv, Rava-Rus'ka), zwei im Gebiet Stanislav (Chyriv, Mostys'ka) sowie in Venova (Gebiet Charkiv), Zaporižžja, Sumy, Vorošylovhrad, Berdičev (Gebiet Žytomyr), Znam-janka (Gebiet Kirovohrad), Dnipropetrovs'k, Odessa, Myronivka (Gebiet Kiev), Nežin (Gebiet Černihiv), Zdolbuniv (Gebiet Rivne), Volodymyr-Volyns'kyj, Belhorod (Gebiet Izmaïl), Mykolaïv, Cherson sowie Šepetivka (Gebiet Kam-janec'-Podil's'kyj).[59] Personen, die nicht nach Hause entlassen, sondern in Lager geschickt, zur Zwangsarbeit verurteilt oder deportiert wurden, kamen in Überprüfungs- und Filtrierstellen wie Chyriv (hier war auch eine Unterstützungsstelle für aus Polen evakuierte Ukrainer) und Rava-Rus'ka. Weitere dieser speziellen Lager befanden sich in Volodymyr-Volyns'kyj, Mostys'ka und Odessa.[60] Die Filtrationslager standen zuerst direkt unter Aufsicht des NKVD, durch Beschluss des Kommissars des Inneren Kruglov vom 22. Januar 1946 wurden sie dem Gulag zugeordnet.[61] Der Apparat der Repatriierungsbehörde wurde bereits 1946 auf die Hälfte reduziert und dann kontinuierlich auf allen Ebenen abgebaut, bis er 1953 aufgelöst wurde.[62]

Die Verfahren in den Sammellagern gerieten angesichts der steigenden Zahlen von Repatriierten bis zum Sommer 1945 erheblich ins Stocken. Ein Beschluss des GOKO vom 16. Juni 1945 verfügte daher, dass die Sammellager entlastet und die Repatriierten schneller in die Heimat weiter geleitet werden sollten. Seine Umsetzung regelte der Beschluss des Kiever ZK im Juni 1945.[63] Darin forderte das ZK die Sekretäre der Gebietskomitees und die Vorsitzenden der Exekutivkomitees der Gebiete Volodymyr-Volyns'kyj, Drohobyč, Lemberg und Stanislav dazu auf, jede mögliche Hilfestellung für die Organisation von Eisenbahnknoten wie Kovel', Volodymyr-Volyns'kyj, Lemberg, Rava-Rus'ka, Sambir und Deljatin als Sammelstelle für den Empfang und die zeitweise Verwahrung der Repatriierten zu leisten. Der weitere Ablauf der Reise lässt sich aus den Beschlüssen des Kiever ZK rekonstruieren. Diese delegierten die Verantwortung für die Ankommenden an die Gebiete in

58 Lustdorf erwähnt als Sammel-Verteilungspunkt Nummer 186 in: CDAHOU 1-23-2616, ark. 13–20: Sekretarju Central'nogo Komiteta KP/b/ Ukrainy tovarišču Korotčenko D. S. [Gez.] Zamestitel' Predsedatelja Soveta Ministrov USSR I. Senin. 11. November 1946. Hier ark. 17.

59 Belorusskie ostarbajtery, No. 35, hier S. 106–107.

60 Vgl. unten Anmerkung 71, ark. 28 und 29 (Erwähnung der Lager).

61 Belorusskie ostarbajtery, No. 164.

62 ARZAMASKIN Založniki vtoroj mirovoj vojny, S. 85–87. So wurden die Filtrationslager Mostys'ka und Volkovysk im Dezember 1945 geschlossen (Belorusskie ostarbajtery, No. 163).

63 CDAHOU 1-6-814, ark. 23: Protokol No. 65 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy (16.–30. Juni 1945), 38-op.: Ob organizacii priema vozvraščajuščichsja na rodinu repatriiruemych sovetskich graždan i bystrejšego napravlenija ich v mesta žitel'stva.

den Grenzregionen. Die ZK-Beschlüsse wurden gefasst, ohne die humanitäre Situation der Repatriierten ausreichend zu berücksichtigen. Ebenfalls falsch eingeschätzt wurde die Situation in den Sammellagern vor Ort und in den endgültigen Ansiedlungsorten, wo die Gebiets-Behörden für die Unterbringung verantwortlich waren. Wie in einer Planwirtschaft oft zu beobachten, versandeten die oben ausgegebenen Befehle in den unteren Ebenen, denen jedoch im Fall der Repatriierungen kaum ein Vorwurf gemacht werden konnte. Denn in der Nachkriegsukraine besaßen die Gebiete ohne die größere Unterstützung der Regierung kaum die finanziellen und personellen Möglichkeiten, neben der Beseitigung der Kriegsfolgen zusätzliche Aufgaben wie die Betreuung der Repatriierten zu übernehmen.

Erstmalig im Juli 1945 wurde erkannt, welche Strapaze der Transport für die Betroffenen darstellte.[64] Deshalb wurden tatsächlich einige Verbesserungen eingeführt, um das Los der Ankömmlinge zu erleichtern. Dazu gehörte, dass die an bestimmten Knotenpunkten für die Ankommenden Verantwortlichen namentlich bestimmt wurden. Die an ihre endgültigen Wohnorte zu verschickenden Repatriierten, vertreten durch die jeweils Ältesten einer Gruppe, eines Waggons und eines Zuges, erhielten nun bessere medizinische Hilfe, Essen und Geld- oder Sachhilfe im Falle besonderer Bedürftigkeit; für Waisen wurden spezielle Züge ausgerüstet. Die Beförderung unterlag jetzt einer regelmäßigen Kontrolle, dabei stand aber die propagandistische Einweisung im Vordergrund, eine große Sorge galt der politischen Umerziehung der Repatriierten. Die Unterweisung in der sowjetischen Staatslehre zum frühestmöglichen Zeitpunkt, an dem sich die Repatriierten auf sowjetischem Terrain befanden, stellte sicher, dass sich diese der Eigenheiten des Systems bewusst wurden und sie schnell auf die Staatslinie gebracht wurden, von der sie sich, so die offizielle Auffassung, entfernt hatten. Kritische Stimmen sollten a priori nicht aufkommen. Für die Integration der Repatriierten war dies von großer Bedeutung, da sie, in den Augen des Sowjetregimes, infiziert durch den ideologischen Gegner die sowjetische Bevölkerung durch feindliches Gedankengut in Unruhe versetzen konnten. Die politische Unterweisung wurde als entscheidend für die Akkulturierung der Repatriierten erachtet. Während viele ZK-Beschlüsse meist nur die Zielsetzung einer Maßnahme formulierten und die Ausführungsorgane benannten, nicht aber die dafür nötigen Organisationsstufen, wurde für die propagandistische Unterweisung der Repatriierten ein genauer Maßnahmenkatalog aufgestellt.[65] Darunter fiel eine Instruktionsveranstaltung für die betreffenden Agitatoren am 9. Juli 1945 und die Bildung von „Agitpunkten" in den Sammellagern der Repatriierten, die mit Spruchbändern

64 RGASPI 17-45-1977, l. 34–36: Protokol No. 66 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy (1.–9. Juli 1945), 36-op.: O vstreče i otpravke na rodinu repatriirovannych graždan SSSR (2. Juli 1945).

65 RGASPI 17-45-1977, l. 221–222: Meroprijatija po vypolneniju rešenija Politbjuro CK KP/b/U „O vstreče i otpravke na rodinu repatriirovannych graždan SSSR". Priloženie k p. 30-op. prot. PB No 68. Dieses Protokoll Nr. 68 der Ministerratssitzung vom 10. bis 31. Juli 1945 ebenda l. 143: O rabote sredi reaptriirovannogo [recte: repatriirovannogo] naselenija (14. Juli 1945).

und Plakaten sowie mit 20 Bibliotheken ausgestattet waren. Ferner wurden mobile Kinos, Radios und Zeitungsvitrinen sowie Schauspieltruppen zur Unterhaltung in die Lager gebracht und Konzerte sowie Kinovorstellungen angeboten. Die Themen, mit denen sie in den Zwischenlagern und in den Orten ihrer Ansiedlung über Vorträge, Versammlungen, Zeitungslesungen und ähnliches konfrontiert wurden, bildeten allgemein staatspolitische Fragen der Sowjetunion und tagespolitische Aspekte wie die Bewertung des Sieges über Hitler-Deutschland. 310 Agitatoren waren dafür bis zum Jahr 1946 im Einsatz.[66]

Immer wieder wurden die Partei- und Sowjet-Organisationen dazu aufgefordert, die sowjetische Propaganda unter den Repatriierten zu verstärken und die Rückkehrer von neuem an die Rechte der Sowjetbürger und zur aktiven Teilnahme am Arbeits- und gesellschaftspolitischen Leben heranzuführen. Wie der ZK-Beschluss vom 22. August 1945 feststellte, ergab eine Kontrolle der Abteilung für Propaganda und Agitation des ZK, dass die politische Arbeit unter den repatriierten Sowjetbürgern kaum ausreichend erfüllt wurde.[67] Viele Partei- und Sowjetarbeiter verstünden nicht, dass sich die repatriierten Sowjetbürger lange Zeit unter dem „deutschen Joch" befunden hatten und der systematischen Beeinflussung der faschistischen und der „bourgeois-reaktionären Propaganda" ausgesetzt waren. Den Repatriierten wurde vorgehalten, sie stünden in einer tiefen moralischen Schuld vor dem Vaterland, gegen das sie sich gleichsam vergangen hätten. Dieser Vorwurf war die Grundlage für die Forderung an die Rückkehrer, durch Arbeitsengagement ihre Verfehlung abzubüßen: Die Repatriierten waren darauf hinzuweisen, dass der sowjetische Staat während des Krieges eine unermüdliche Sorge um die in die deutsche Gefangenschaft gezwungenen Sowjetbürger gezeigt habe. Jetzt ermögliche er ihnen die Rückkehr und ihre Unterbringung in Arbeitsstellen. Diese Schuld könnten die Repatriierten durch ihren Arbeitseinsatz abgelten. Den Repatriierten war daher das „sozialistische Verständnis von Arbeit" und die „strengste Achtung der staatlichen und Kolchos-Disziplin" vorzuführen. Potentiell brisant wurde die Situation, wenn Repatriierte an ihrem endgültigen Bestimmungsort mit der dortigen Bevölkerung zusammentrafen, was unter letzterer zu großer Unruhe führen konnte. Dennoch wurde empfohlen, die Repatriierten sollten nicht isoliert leben, sondern zusammen mit der übrigen Bevölkerung Veranstaltungen besuchen. Das ZK war in diesen Anweisungen von der Realität weit entfernt und ging von einer fiktiven Bedrohung des Systems durch die zu integrierenden Repatriierten aus, statt deren Systemkritik durch eine Sicherung ihrer materiellen Umstände abzuschwächen.

Die Versorgung und Unterbringung der Repatriierten blieb ein organisatorisches Problem. Bis zum 15. September 1945 hatten sich 122.422 Repatriierte mit sowjetischer Staatsbürgerschaft in den Sammellagern an den Grenzen eingefunden, diese

66 Vgl. zur Propaganda in den weißrussischen Lagern: Belorusskie ostarbajtery, No. 33, 62, 122.

67 RGASPI 17-45-1979, l. 22–27: Protokol No. 70 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy (21. August – 4. September 1944), 26-op.: Ob organizacii politiko-vospitatel'noj raboty sredi repatriirovannych sovetskich graždan (22. August 1945).

Zahl stieg aber täglich weiter.[68] In Lemberg bestand mit 33.087 Insassen das größte Lager, dazu kamen 2.474 Menschen in Sambir, 1.113 in Rava-Rus'ka und 546 in Kolomyja. Weitere 13.547 Repatriierte befanden sich in Kovel' und 27.037 in Volodymyr-Volyns'kyj. Auf diese Dimensionen war man nicht vorbereitet:[69] So hatten einerseits die unzulänglichen Unterbringungsmöglichkeiten in Gebäuden und Baracken, aber auch das anhaltend regnerische Wetter dazu geführt, dass in Volkovysk und Lemberg Dysenterie und Typhus ausbrachen. Die Situation in den Grenzlagern war nun vor Einsetzen des Herbstregens und des Winters sehr schwierig. Das ZK schob die Verantwortung für die Missstände den Gebieten zu

Obwohl die Kiever Beschlüsse nun weit pragmatischere Inhalte besaßen, wurden weder die einreisenden Repatriierten schneller aus den Grenzlagern weiterbefördert – im Oktober 1945 befanden sich noch immer 58.194 Repatriierte in den Grenzlagern –, noch wurde ihre Unterbringung verbessert. Der Leiter der Repatriierungsabteilung am ukrainischen Ministerrat Zozulenko wies daher das ZK an, die nach wie vor völlig unzureichenden Lebensbedingungen für die Repatriierten zu beheben, indem sie mit Wohnraum, Heizmaterial und sanitären Anlagen versorgt sowie beschleunigt weitergeleitet werden sollten.[70] In Volodymyr-Volyns'kyj, Lemberg, Drohobyč und Stanislav waren aber kaum Reparaturen an Wohngebäuden für Repatriierte vorgenommen worden; in Kovel' und Rava-Rus'ka hinkte der Bau von Baracken und „Erdhütten" (*zemljanki*) den Bedürfnissen hinterher. In den Weiterleitungsstellen von Odessa und Lemberg waren noch keine derartigen Einrichtungen geschaffen worden. In Vinnycja, Odessa, Lemberg und Rivne verfügte man über keine ausreichenden Räume in Privathäusern; in anderen Gebieten verzögerte sich die Reparatur und Versorgung mit Heizmaterial in den Weiterleitungsstellen. Der darauf folgende ZK-Beschluss vom Oktober 1945 präzisierte die Forderungen.[71]

Generell verbesserten sich die Transporte der Repatriierten trotz in Kiev erkannter Missstände und der Behebungsversuche nicht wesentlich. So wurden laut einem Abschlussbericht nur insgesamt 85.355 Menschen der Prozedur einer Entlausung unterworfen, bei 20.400 Menschen wurden Typhus, Dysenterie, Grippe, Diphtherie, Tuberkulose, Krätze, sogar Malaria festgestellt. 9.253 der Erkrankten erhielten eine medizinische Grundversorgung, 1.920 wurden in Krankenhäuser eingewiesen. In

68 CDAHOU 1-6-829, ark. 58–60: Protokol No. 71 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy (5.–15. September 1945), 48-op.: O merach po otpravke repatriirovannych sovetskich graždan s pogranično punktov k mestam ich žitel'stva.

69 Die idealtypische Ausstattung der Sammellager, wie sie von ARZAMASKIN Založniki vtoroj mirovoj vojny, S. 51, beschrieben wird, war in der Wirklichkeit nicht anzutreffen.

70 CDAHOU 1-6-829, ark. 109–110: Materialy k protokolam No. 74 (der ZK-Beschluss dazu zitiert unten in Anm. 71).

71 CDAHOU 1-6-836, ark. 27–30: Protokol No. 74 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy (16.–29. Oktober 1945), 26-op.: O podgotovke k priemu i otpravke k mestu postojannogo žitel'stva repatriirovannych sovetskich graždan v period oseni i zimy 1945/46 g.

den Lagern wurden 104 Todesfälle registriert, 71 davon waren Kinder, die infolge der Reise starben.[72]

Der Zwischenstop in den übervölkerten Sammellagern in den Grenzregionen bestärkte den trostlosen Eindruck auf die Repatriierten. In diesen Lagern wurde die Bestimmung der Repatriierten festgelegt und ihr Weitertransport veranlasst. Eine solche Verschickung lässt sich für ein Lager Nummer 304 bei Lemberg dokumentieren. Hier verlief die Registratur der Ankommenden immer nach demselben Schema. Vermerkt wurden Familien-, Vor- und Vatersname, Geburtsjahr und -ort, der letzte Wohnort vor der Okkupation oder bis zur Einberufung in die Rote Armee, die Nationalität, der Beruf, die Parteizugehörigkeit (unter den Ankommenden war kein einziges Parteimitglied), die Dauer der „Gefangenschaft" im Westen sowie der Ort (damit war die Zeit ihres Aufenthaltes zumeist in Deutschland, aber auch in anderen westeuropäischen Ländern gemeint) und die zuletzt ausgeübte Funktion bzw. berufliche Tätigkeit. Die Lagerinsassen wurden in Schüben weitergeleitet. Eine größere Verschickungsaktion verlief im September 1946, Datum der ersten Verschickung war der 18., jenes der letzten Verschickung der 30. September.[73] Die Zielgebiete lagen in der gesamten Sowjetunion einschließlich sibirischer Regionen. Die Dauer des Aufenthaltes außerhalb der Sowjetunion und die Tätigkeit im Ausland waren kein Punkt, der über den weiteren Verbleib der Personen in der Sowjetunion entschied. Als Tendenz bestätigt sich aber, dass Repatriierte bevorzugt wieder in jenen Gegenden angesiedelt wurden, in denen sie vor Verlassen der Sowjetunion gewohnt hatten, es sei denn, sie kamen als „belastet" in Zwangsarbeitslager. Als Regel ist festzustellen, dass Ukrainer und Russen zumeist in ihre früheren Wohnorte zurückgeschickt wurden; die Volksdeutschen kamen automatisch in „Sondersiedlungen" nach Sibirien und Kasachstan. Die beschönigende Umschreibung dafür lautete, sie wurden „in andere Gebiete der UdSSR" gebracht. In den meisten Fällen handelte es sich dabei um die Verschickung von Einzelpersonen, selten von Familien. Für die Bestimmungsgebiete wurden Listen mit zwei bis zwanzig Personen zusammengestellt, so dass kein Ort zu viele Ansiedler auf einmal bekam. Das zu erreichende Gebiet wurde nach der Ankunft der Lagerinsassen entschieden. Beispielsweise kamen Lagerinsassen in das Gebiet Drohobyč und Kaliningrad, in die Usbekische Sowjetrepublik bzw. in das Gebiet Kursk[74] und nach Moldawien[75] (drei Personen mit russischer, ukrainischer und „moldauischer" Nationalität). Vier Ukrainer, die aus Lemberg stammten, konnten in das Gebiet Lemberg zurückkehren.[76] 13 Personen wur-

72 Vgl. unten Anm. 83, ark. 98.

73 DALO R-221-2-915 beinhaltet auf 184 Seiten: Spisok voennoplennych i graždan osvoboždennych vojskami Krasnoj Armii i napravlennych na rodinu v 1946 godu.

74 Die Liste der in das Gebiet Drohobyč verschickten Lagerinsassen ebenda auf ark. 1, auf ark. 2 jene für das Gebiet Kaliningrad, auf ark. 4 jene für Usbekistan, auf ark. 5 für das Gebiet Kursk.

75 Ebenda, ark. 9.

76 Ebenda, ark. 23.

den in das Gebiet Kiev geschickt, wo sie vor dem Krieg gewohnt hatten.[77] Es handelte sich dabei um elf Ukrainer, einen Russen sowie dem – schwer lesbaren – Namen „Franz Petrovič Fomboc" zufolge um einen Volksdeutschen, der in Jugoslawien (Vojvodina) geboren war.

Eine Gruppe von 14 Personen fuhr am 26. September 1946 in das Altajer Gebiet ab;[78] dabei handelte es sich mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit um Deportierte. Darunter befand sich der Deutsche „Raingart Pavlov. Zajler" (Rainhart Pavlovič Seiler?), geboren 1918 in Kiev, dessen letzter sowjetischer Aufenthaltsort Tomsk im Altajer Gebiet war, zwischen 1942 und 1945 befand er sich in Österreich. Eine vierköpfige Familie „Daršt" deutscher Nationalität, die 1943 in der Tschechoslowakei aufgegriffen worden war – die 1904 geborene Mutter sowie drei Kinder der Geburtsjahrgänge 1925, 1927 und 1929 – befand sich ebenso darunter wie vier weitere Deutsche. Insgesamt 21 Personen waren für die Weiterfahrt in die Moldauische SSR bestimmt: darunter zwölf Moldauer (aus Kišinev bzw. Bender), zwei Russen und ein Jude.[79] Sechs Letten aus Riga kamen nach Lettland zurück.[80] Am 28. September 1946 wurde ein Russe aus dem Gebiet Stalingrad in die ASSR Dagestan verschoben.[81] Weitere Verschickungsaktionen aus dem Lager Nummer 304 sind für Oktober 1946, November 1946 sowie für Juli 1947 aktenkundig.[82] Längere Listen waren für die Moldauische SSR aufgestellt worden. Im Mai 1946 flaute die Welle der Repatriierungen ab. Ab Januar waren in der USSR bereits 37 der 45 Empfangslager geschlossen.[83] Auch der Personalbestand in den acht verbliebenen Lagern wurde auf 44 Personen reduziert und die in den Repatriierungsabteilungen angestellten Mitarbeiter auf eine Anzahl von nur mehr 15 beschränkt.

Der Integration der Repatriierten – und damit auch sich selbst – stellte der Vorsitzende der Repatriierungsabteilung Zozulenko ein gutes Zeugnis aus.[84] Die Stimmung der angekommenen Repatriierten sei in der übergroßen Mehrheit gut. Alle dankten der Partei und den Führern der Roten Armee, insbesondere Stalin persönlich, für ihre „Befreiung aus dem deutschen Joch". Darüber hinaus seien die Repatriierten aber auch selbst politisch aktiv und würden auf Veranstaltungen auftreten und die zerstörte Wirtschaft mit aufbauen helfen. Unter den jugendlichen Repatriier-

77 Ebenda, ark. 28–28ob.
78 Ebenda, ark. 75–75ob.
79 Ebenda, ark. 81–82.
80 Ebenda, ark. 84.
81 Ebenda, ark. 108.
82 DALO R-221-2-913 für Juli 1947 (auf 169 Seiten), DALO R-221-2-912 für November 1946 (223 Seiten) und DALO R-221-2-914 für Oktober 1946 (242 Seiten).
83 CDAHOU 1-23-2614, ark. 88–107: Ukrainskaja Sovetskaja Socialističeskaja Respublika. Sovet Ministrov. Sekretarju Central'nogo Komiteta KP/b/ Ukrainy tov. Korotčenko D. S. O prieme i trudostrojstve repatriirovannych sovetskich graždan v Ukrainskoj SSR po sostojaniju na 1 maja 1946 goda. [Gez.] Zavedujuščij Otdelom po delam repatriacii pri Sovete Ministrov USSR Zozulenko. 23. Mai 1946.
84 Ebenda.

ten sei ferner eine starke Tendenz zum Eintritt in die Komsomol-Bewegung spürbar, zudem schlössen sich Repatriierte in den seltensten Fällen der ukrainischen Untergrundbewegung an. Diese beschönigenden Aussagen lagen von der Wirklichkeit weit entfernt. Dennoch waren Repatriierte durch ihren „Vaterlandsverrat" stigmatisiert und mussten dies durch angepasstes Verhalten kompensieren. Schon vor diesem Hintergrund ist klar, dass sie möglichst unauffällig zu leben versuchten und wenig nach außen auftraten. Sie richteten daher relativ wenig Bitten und Forderungen an die Repatriierungsbehörden. Diese bezogen sich dann auf die Suche nach Familienangehörigen, die Übersiedlung in andere Gebiete, die Erstellung von offiziellen Dokumenten (4.513 Fälle), die Frage nach der Aufnahme einer Ausbildung, die Bitte um materielle Unterstützung oder um einen Arbeitsplatz und um die Entlassung aus Arbeitsbataillonen. Allerdings wagte die Mehrheit der Anfragenden (2.289) auch, sich über erlittenes Unrecht zu beschweren und um Wiedergutmachung nachzusuchen. Sie verlangten die Rückgabe von Häusern oder von Eigentum, klagten über rücksichtsloses Verhalten ihnen gegenüber, über Arbeitsplatzverweigerung lediglich aus dem Grund, weil sie sich in Deutschland aufgehalten hatten, über die Berechnung von Renten sowie über ihnen vorenthaltene medizinische Unterstützung. Die Tatsache, dass dies überhaupt unternommen und in den Akten vermerkt wurde, relativiert die Vorstellung, die Repatriierten seien eine rechtlose Masse gewesen oder hätten durchweg die Empfindung gehabt, sie seien es – wenngleich nicht zu erwarten war, dass sie ihr Recht tatsächlich durchsetzen konnten.

Für die Gebiete selbst entstand durch die Ankunft der Repatriierten eine zwiespältige Lage: Einerseits konnten sie dadurch einen Zuwachs der dringend benötigten Arbeitskräfte verzeichnen, andererseits mussten sie diesen aber zunächst ein Dach über den Kopf, eine Grundausstattung sowie Nahrungsmittel zuweisen. Dies war jedoch bereits für die übrige Bevölkerung schwierig. In den Gebieten reagierte man daher auf die Ankunft und die zu erwartende Rückkehr von Tausenden Zwangsarbeitern zögerlich. Aus dem Gebiet Charkiv waren nach der offiziellen Statistik nach dem Krieg 161.000 Personen in das Reich deportiert worden, im Sommer 1945 waren erst 12.000 aus Deutschland zurückgekommen. Nachdem aber ein Ansteigen der Zahl der Rückkehrer zu erwarten stand, diskutierten die Sekretäre der Rajonkomitees und die Vertreter der Stadtkomitees die Erfahrungen mit den Repatriierten, denen man mit einer gewissen Zurückhaltung und einer vorsichtig-abwartenden Haltung begegnete.[85] Man ging davon aus, dass in nächster Zukunft über vier Millionen Menschen in die Ukraine zurückkommen würden, und es war anzustreben, dass „dieses Volk so werden solle, wie es sein solle"[86]. In politischer Hinsicht betrachtete man die Repatriierten als Sowjetbürger, die der Stalinschen Verfassung unterlagen und deren Rechte besaßen, aber auch deren Pflichten erfüllen

85 *DAChO 69-1-583, ark. 128–130: Stenogramma soveščanija sekretarej rajkomov KP(b)U i predsedatelej rajispolkomov pri sekretare Char'kovskogo gorkoma KP(b)U po voprosu: O rabote sredi repatriirovannych ot 13 avgusta 1945.*

86 Ebenda, ark. 130.

mussten. Nachdem sie jedoch durch die ideologische Infizierung durch den Kriegsfeind dagegen verstoßen hatten, hielt man es für angebracht, mit ihnen analog zu jener Bevölkerung, die während der Okkupation unter deutscher Besatzung verblieben war, zu verfahren, was in der Praxis eine strenge Überprüfung durch die Sicherheitsorgane bedeutete. Andererseits war den lokalen politischen Vertretern klar, dass sie durch die Repatriierten einen Zuwachs an dringend benötigten Arbeitskräften erhalten würden, die sie durch eine angemessene Unterbringung fördern mussten. Daher übten sie auch Kritik an örtlichen Unternehmen, von denen die Repatriierten keineswegs immer mit offenen Armen aufgenommen wurden. Gleichfalls wurde bemängelt, dass die „Verteilungsstellen" an den Staatsgrenzen, in denen die Repatriierten den Gebieten zugeteilt wurden, die Betriebe überforderten, indem sie ihnen oftmals zu große Kontingente mit mehreren hundert Personen auf einmal zuwiesen. Allerdings war ja genau dies die Absicht der übergeordneten Ebenen, die Repatriierten möglichst schnell in ihre Siedlungsorte zu schleusen, da die Sammellager die Repatriierten keineswegs über längere Zeit beherbergen konnten. Als problematisch wurde das Unruhepotential erkannt, das durch bestimmte Aussagen der Repatriierten die Bevölkerung erreichte, weil die Repatriierten leicht Gerüchten Glauben schenkten und sie weitergaben.

Die Überlegungen der Parteivertreter in Charkiv erfolgten nicht zu früh. Bereits im Dezember 1945 war die Zahl der angekommenen Repatriierten auf 39.364 gestiegen.[87] Zwei Drittel von ihnen (27.018) waren Frauen, 9.928 waren Männer, 2.418 waren Kinder. Von letzteren wurden 98 in Kinderkrippen und -heime untergebracht, 303 Kinder über acht Jahren in Schulen. Den übrigen Kindern bzw. Jugendlichen wurden wie den Erwachsenen Arbeitsstellen zugeteilt; 13.613 Personen kamen in die Industrie, 18.631 Personen in die Landwirtschaft. Zum größten Problem entwickelte sich, wie in allen anderen Gebieten ebenfalls, die Wohnungsfrage. Nur ein Teil der Repatriierten (994 Personen) kam in Heimen unter, lediglich 319 Familien wurde eine Wohnung zur Verfügung gestellt; Behelfsunterbringungen leisteten Betriebe und Kinderheime. Viele Repatriierte beschwerten sich darüber, dass sie ihre früheren Wohnungen nicht wieder erhielten. Mit der Erfüllung der Arbeitsnorm durch die Repatriierten zeigten sich die Betriebe zufrieden, besonders wenn die Normen übertroffen wurden. Allerdings störten manche Repatriierte den betriebsinternen Frieden, indem sie „teils eine antisowjetische Stimmung" verbreiteten. So verweigerten einige den Besuch von Propagandaveranstaltungen mit der Begründung, sie würden sowieso in den Osten deportiert; ein Repatriierter lehnte die Annahme von Sachgütern aus amerikanischen Geschenklieferungen als zu ärmlich ab, andere erklärten das Leben „hier in Russland" als schlecht im Vergleich zu Deutschland, wieder andere verweigerten die Arbeit, weil sie in nächster Zukunft

87 DAChO 2-2-705, ark. 25–26: [An:] Zav. Orginstruktorskogo otdela t. Šambert. Informacija o sostojanii priema i ustrojstva repatriirovannych graždan po Char'kovskoj oblasti po sostojaniju na 5. XII-1945 g. [Gez.] Sekretar' Char'kovskogo obkoma KP/b/U Maksimov.

den Rücktritt Stalins, die Auflösung der Kolchosen, die Verteilung von Land und ein Leben „wie in Amerika" erwarteten.

Der Arbeitseinsatz von Repatriierten in ukrainischen Betrieben

Durch die Deportationen während des Krieges und die nachfolgende Fluchtbewegung nach Westen verlor die Sowjetunion mehr Bewohner, als sie durch die Repatriierung ausgleichen konnte, denn die Zahl der Rückkehrer reichte nicht an den Vorkriegsbestand heran. Ein vorläufiger Abschlussbericht des Leiters der Repatriiertenabteilung am ukrainischen Ministerrat Zozulenko vom 1. Mai 1946 kommt zu dem Ergebnis, etwa die Hälfte der deportierten Sowjetbürger sei repatriiert worden und fast alle seien in den Arbeitsprozess rückgegliedert worden:[88]

Tabelle 21. Zahl der Deportierten und Repatriierten zum 1. Mai 1946

2.298.623	offiziell registrierte, nach Deutschland deportierte Sowjetbürger, davon:
1.104.813	in die USSR repatriiert (686.314 Frauen, 384.586 Männer, 40.110 Kinder bis 14 Jahren, 26.585 Personen über 55 Jahren)
235.901	in Industriebetrieben eingesetzt,
651.151	in der Landwirtschaft eingesetzt,
29.724	in weiteren Betrieben und Unternehmen eingesetzt,
15.185	in die Rote Armee einberufen,
37.000	Übersiedler aus dem Gebiet Černivci nach Rumänien,[89]
30.578	Angehörige der repatriierten deutschen Bevölkerung, deportiert
38.585	(vorläufig) nicht an eine Arbeitsstelle geschickt

Die Differenz zwischen Deportierten und Repatriierten kommt auch dadurch zustande, dass in die Zahl der Deportierten die unter der NS-Herrschaft getöteten Juden aufgenommen wurden.[90] Auffällig ist die große Anzahl der repatriierten Frauen, die doppelt so hoch wie jene der Männer war, entsprechend ihrem Anteil am Kontingent der „Ostarbeiter". Die Mehrheit der Repatriierten wurde einer Arbeitsstelle zugeführt. Der Grund für die Zurückstellung einiger zehntausender Repatriierter war, dass sie entweder erst kürzlich eingetroffen waren, noch keine Arbeit gefunden

88 Vgl. oben Anm. 83.

89 Vgl. zu den Übersiedlern aus Černivci nach Rumänien im Kapitel über Juden als Minderheit.

90 So berichtet ein Angestellter der Repatriierungsbehörden in Grodno im Mai 1946: „Von 41.000 Personen, die aus dem Gebiet Grodno in die deutsche Sklaverei gezwungen worden waren, kehrten 8.350 Menschen zurück. Man muss sagen, dass diese Zahl (41.000) etwas überhöht ist, es wurden hier 23.000 Juden der Stadt Grodno eingeschlossen, die getötet worden waren. In Grodno zählte man aber 20.000 Juden. Man muss keine weiteren Repatriierten mehr in unserer oblast' erwarten." (Belorusskie ostarbajtery, No. 172, hier S. 486).

hatten oder krank oder erschöpft waren oder kleine Kinder hatten. Neben mehreren Hundert Kindern[91] kehrten 27.855 Jugendliche zurück, die in Schulen geschickt wurden.

In den neuen ukrainischen Westgebieten geriet die Statistik der Heimkehrer in ein besonderes Ungleichgewicht. Deren Zahl war noch geringer als in den übrigen Gebieten der Ukraine, weil die Bewohner der Westukraine im Vertrag von Jalta von der Repatriierung ausgenommen worden waren. Die kriegszeitlichen Deportationen konnten hier durch Repatriierungen nach dem Krieg daher kaum ausgeglichen werden. Allein für das gesamte Gebiet Lemberg wurden bis zum 1. Januar 1948 folgende Zahlen an zurückgekehrten Deportierten genannt:[92]

Tabelle 22. Zahl der Rückkehrer in das Gebiet Lemberg bis 1948

132.205	während des Krieges deportierte Personen
27.430	Rückkehrer (14.164 Männer)
5.051	in der Industrie eingesetzt
18.160	in der Landwirtschaft eingesetzt

Damit war also nur ein Sechstel der deportierten Bevölkerung zurückgekehrt. In manchen Gegenden war diese Tendenz noch auffälliger. So gab der Dorfsowjet Tousk, Touskij rajon, Gebiet Lemberg, an, dass von 1.059 während des Krieges deportierten Personen bis Oktober 1945 nur 35 zurückgekehrt seien.[93] Der Arbeitskräftemangel wurde später durch eine sowjetische Binnenwanderung aufgefangen.

Wehrpflichtige Repatriierte wurden in besonderer Weise für den Arbeitsprozess nutzbar gemacht. Am 18. August 1945 beschloss der GOKO, sie in den sogenannten „Arbeitsbataillonen" des Volkskommissariats für Verteidigung den anderen Volkskommissariaten als Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen. Die Aufstellung dieser Bataillone erfolgte bereits in den Sammel- und Weiterleitungsstellen. Hier wurden wehrpflichtige Jahrgänge zusammengestellt, um als mobil einsetzbare Arbeitseinheiten nach Bedarf in Betriebe oder für Projekte – beispielsweise zum Bau von Straßen im Ural oder in den östlichen Gebieten der Sowjetunion – abgestellt zu werden.[94] Die Arbeitsplätze der Repatriierten in den Arbeitsbataillonen wurden von den

91 Vgl. auch im Kapitel über die *besprizornye*.

92 DALO R-221-2-917, ark. 78: Svedenja. O količestve graždan SSSR, nasil'st[venno] ugna[nnych] faš[istami] zachvatčikami v period vremennoj okkupacii L'vovskoj oblasti vozvrati[všichsja] na rodinu i pereselencev iz drugich stran po sostojaniju na 1-e Janvarja 1948 goda. [Gez.] Zav. otdelom repat[riacii] L'vovskogo oblispolkom N. Bizjaev. [O. D.]

93 DALO R-221-2-917, ark. 109: Svedenja o količestve graždan SSR internirovannych, nasilst'venno uvezennych nemeckimi zachvatčikami v period vremennoj okkupacii Touskogo r-na L'vovskoj oblasti i vozvrativšichsja na rodinu po sostojaniju s 1/IX po 1/X-45 g. [Gez.] Predsedatel' rajispolkoma [Unterschrift nicht lesbar].

94 Über die Aufstellung von Arbeitsbataillonen in der Weißrussischen Sowjetrepublik vgl. Belorusskie ostarbajtery, No. 144.

den Repatriierungsbehörden festgelegt und auf die Bedürfnisse lokaler Betriebe, Industrieanlagen und Bergwerke abgestimmt.[95] Die Repatriierten wurden vor allem im Kohleabbau und der Metallurgie eingesetzt, wo schwere physische Arbeit zu verrichten war. In einigen Schächten von Stalino und Vorošylovhrad betrug ihr Anteil 25 bis 40%.[96] Die Gesamtzahl der zum Februar 1946 in Arbeitsbataillonen mobilisierten Personen belief sich auf 578.616 in der Kohle- und Metallindustrie sowie in sonstigen Branchen. Die Beurteilung der Arbeitsproduktivität der Repatriierten durch die Repatriierungsabteilungen an den Gebietssowjets fiel außerordentlich gut aus: Es wurde festgestellt, dass die Repatriierten in der Regel „gewissenhaft" ihre Arbeit versahen und in Industrie und Landwirtschaft eine hohe Produktivität zeigten; 40.172 seien *stachanovcy*, 82.396 *udarniki* (Stoßarbeiter).[97] Viele erfüllten ihre Arbeitsnormen überdurchschnittlich. Ein Repatriierter, der als Dreher in der Stadt Charkiv arbeitete, schaffte demnach gar eine Normerfüllung von 630%, ein Schmied von 708%. Die Presse berichtete, unter den im Gebiet Charkiv eingesetzten 4.500 Repatriierten befänden sich über 1.000 *stachanovcy*.[98]

Auffälliges Arbeitsengagement von Repatriierten ist auf mehrerlei Gründe zurückzuführen. Einerseits gab es Vergünstigungen durch Übererfüllung des Plansolls. Dies konnte auch die Versetzung an einen besseren Arbeitsplatz bedeuten. Ein weiterer Grund war die Angst, nach außen hin als unzuverlässig aufzutreten und so Anlass zur Bestrafung zu bieten. Es ist von Ukrainern, die sich nach Kriegsende in Deutschland aufhielten, bekannt, dass sie jahrelang unter traumatischen Verfolgungszuständen leiden konnten. Insbesondere bei Ukrainern, die in irgendeiner Weise der deutschen Besatzung geholfen hatten, trat dieses Phänomen auf, da sie bei ihrer Entdeckung mit rigoroser Bestrafung rechnen mussten. Es scheint daher logisch, dass auch bei Repatriierten nach der Rückkehr in die Sowjetunion die Angst vor einer Konfrontation mit dem Regime und dessen Zwangsmitteln der Anlass war, durch möglichst angepasstes Verhalten jeden Verdacht von sich von vornherein abzulenken. Für den Leiter der Repatriiertenabteilung am Ministerrat gab es einen Grund, auf die angebliche Produktivität der Repatriierten in aller Ausführlichkeit hinzuweisen: So konnte er belegen, dass die staatlich aufgewandten Mühen in Zusammenhang mit den Repatriierungen ihren Sinn erfüllt hatten, da „erfolgsorientierte" Arbeitskräfte in den Arbeitskreislauf eingefügt worden waren. Die Repatriiertenabteilung hatte mithin ihre Aufgabe erledigt.

95 Vgl. oben Anm. 83.

96 CDAHOU 1-23-3952, ark. 2–17: Sekretarju CK KP/b/U tovarišču Chruščevu N. S. Spravka o rezul'tatach proverki trudovogo ispol'zovanija i žiliščo-bytovych uslovij repatriirovannych graždan v sostave rabočich batal'onov v Vorošilovgradskoj, Dnepropetrovskoj, Zaporožskoj i Stalinskoj oblastjach. [Gez.] Zav. otdelom Upravlenija kadrov CK KP/b/U Stecenko [O. O., Juni 1946].

97 Vgl. oben Anm. 83, ark. 91–96.

98 So ein Artikel vom 23. Oktober 1946 in der „Izvestija" und vom 26. Oktober 1946 in der „Pravda", abgedruckt in: Belorusskie ostarbajtery, No. 177 bzw. No. 178.

Demgegenüber stand die Feststellung, dass infolge von schlechter Arbeitsorganisation sehr viele Repatriierte die Norm nicht erreichten. In einem Schacht erfüllten von 260 Bergleuten nur 33 die Norm, weil zu wenige Werkzeuge vorhanden waren. Fernbleiben von der Arbeit wurde mit dem Fehlen von Spezialkleidung und -schuhen begründet.[99] Die Lebensbedingungen für die Repatriierten waren extrem schlecht: In einigen Fabriken gab es in den Schlafunterkünften nur Pritschen; Kissen und Strohmatratzen fehlten ebenso wie Möbel und Waschbecken, wenn es in den chronisch überbelegten Zimmern überhaupt Wasser gab. Speziell für den Bergbau benötigte Seife bekam man selten; die Reinigung der Wäsche war schlecht organisiert. Auch Essgeschirr war nicht ausreichend vorhanden. Diese kaum erträgliche Lage wurde in vielen Betrieben beobachtet, wie die Resultate von 1945 und 1946 vom ZK der VKP(b) angewiesenen Inspektionsreisen ergaben.[100] In einer Autofabrik in Dnipropetrovs'k wurden 220 Repatriierte im feuchten und dreckigen Keller eines zerstörten Hauses entdeckt, wo sie ohne Matratzen auf dem nackten Boden schlafen mussten.[101] In dem Trust „Nikopol'stroj" war die Rate der Erkrankungen und der Arbeitsunfähigkeit unter den Repatriierten besonders hoch. In zwei Arbeitsbataillonen wurden innerhalb eines Monats 12.000 Arbeitsausfälle registriert. In der Stadt Šost, Gebiet Sumy, befanden sich auf dem Gelände der Kinofabrik die Kasernen der Arbeitsbataillone in einem „antisanitären" Zustand, die Menschen nächtigten ebenfalls am Boden. Wäsche gab es nicht, die Bataillone waren völlig verlaust. Ähnliche Fälle wurden in anderen Unternehmen der Gebiete Stalino, Vorošylovhrad, Sumy, Odessa, Zaporižžja und Dnipropetrovs'k verzeichnet. Dazu kam, dass Repatriierte unter ihrem Status, de facto als Gefangene unter NKVD-Kontrolle, litten und wegen ihres „Vergehens" angefeindet wurden. Als „Vaterlandsverräter" und „Kollaborateure" beschimpft, zogen sie sich die Gegnerschaft der normalen Belegschaft zu, wenn sie die Arbeitsnormen überschritten, weil dies die Anforderungen an alle steigerte.

Insgesamt ergaben Kontrollen des ZK, dass trotz der Stoßarbeiter unter den Repatriierten die Produktivität der Bataillone geringer als erwartet war. Dahinter stand auch die Erkenntnis, dass unfreie Arbeiter, obwohl sie billige Arbeitskräfte für die Unternehmen waren, einen erheblichen Aufwand an Bürokratie und Bewachung erforderten, der in keinem Verhältnis zu ihrer Arbeitsleistung stand.[102] Schrittweise wurde daher die Entlassung der Rekrutierten aus den Bataillonen angeordnet. Zuerst sollten sie nach einem Beschluss des Jahres 1945 innerhalb von zwei bis drei Monaten überprüft und dann in die bestehenden Arbeiterkader der Industrie übergeben

99 Vgl. oben Anm. 96, ark. 7.

100 ZUBKOVA Obščestvo i reformy, S. 37.

101 DALO P3-1-445, ark. 15: Komunistyčna partija (bil'šovikiv) Ukraïny. Central'nyj komitet. Kyïv. Sekretarju L'vovs'kogo obkoma KP/b/U tov. Gruševckomu I. S. [Gez.] Sekretar' CK KP/b/U D. Korotčenko.

102 FILTZER Soviet Workers and Late Stalinism, S. 36.

werden. Allerdings zog sich die Erledigung durch NKVD/MVD in die Länge.[103] Der Grund dafür lag im schlampigen Vorgehen der Behörden und der Bevollmächtigten. Verzögert verlief auch die Verteilung von Pässen und von Militärdokumenten, die laut NKVD-Befehl vom 8. September 1945 mit der Überprüfung der Repatriierten einhergehen sollte. Solange die Papiere nicht ausgestellt waren, befanden sich die Repatriierten in einem rechtsfreien Raum und konnten nicht entlassen werden. Alles dies ließ die Unzufriedenheit unter ihnen erheblich anwachsen. Für die sowjetische Verwaltung war an der Überprüfungsaktion positiv, dass eine beträchtliche Anzahl von „Helfershelfern der Deutschen und andere antisowjetische Elemente" entdeckt wurde. 598 Personen wurden festgenommen und über 3.700 in Lager verbracht.

Eine Direktive des Generalstabs der UdSSR vom 12. Juli 1946 bestimmte schließlich die Auflösung der Arbeitsbataillone und ihre Überführung in die bestehenden Industriekader. Der Ministerrat der UdSSR beschloss am 30. September 1946, den vorher in den Bataillonen Rekrutierten alle Rechte, aber auch Pflichten und Steuern aufzuerlegen, die für Arbeiter galten. Jedoch wurde ihr eingeschränkter Bewegungsradius aufrechterhalten, da die Repatriierten zwar nicht einem bestimmten Wohnort wie die „specposelency" zugewiesen wurden, sie aber ihren Arbeitsplatz nicht verlassen durften. Bei Verstößen drohte ihnen eine Lagerstrafe von fünf bis acht Jahren, die im Mai 1948 auf zwei bis vier Monate verringert wurde.[104]

Bei der großen Zahl der Repatriierten ging die Auflösung der Arbeitsbataillone nur langsam voran. Von den im August 1945 insgesamt 200.000 Repatriierten in der ukrainischen Kohle- und Metallindustrie waren im Mai 1946 noch 185.229 tätig, die Mehrzahl in der Ostukraine: in Stalino 86.556, in Vorošylovhrad 60.554, in Dnipropetrovs'k 22.120 und in Zaporižžja 9.011.[105]

Die Übernahme der Repatriierten in die Arbeiterkader ging formal vor sich, indem die Prüfungsorgane den Unternehmensleitungen die Listen jener Repatriierten übergaben, welche die Überprüfung bestanden hatten. Viele Repatriierten erfuhren von der Übernahme in den normalen Kader nichts, auch änderten sich für sie dadurch die Arbeitsbedingungen nicht. Viele wussten aber nicht, ob sie am selben Arbeitsplatz bleiben oder an einen anderen versetzt würden. Allenthalben kam es zu widersprüchlichen Einteilungen. Einige Firmenleiter weigerten sich, Repatriierte als Arbeitskräfte zu übernehmen, da zu befürchten stand, sie würden nach einer nächsten Überprüfung wieder abgezogen. Der Versuch, Repatriierte für längere Zeit freiwillig an ein Unternehmen zu binden, scheiterte an der Bürokratie. Es wurden sogar materielle Anreize dafür geschaffen, um diese Arbeitskräfte insbesondere beim Kohleabbau zu erhalten: Repatriierten wurden Anleihen zur Verfügung gestellt, die für den Bau eines Hauses und für die wirtschaftliche Versorgung genützt werden sollten. Insgesamt stellt sich das Nachkriegsschicksal der Repatriierten differenziert

103 Vgl. oben Anm. 96, ark. 4–6.
104 ZEMSKOV Repatrijacija sovetskich graždan, S. 10.
105 Vgl. oben Anm. 96, ark. 3.

dar: Während einem Teil die Rückgliederung in Familie, Arbeit und die frühere Umgebung gelang, wurden andere ihre Vergangenheit nicht mehr los. Sie wurden als Verräter bezeichnet und hatten Schwierigkeiten bei der Arbeitsvermittlung, da sie bei der Einstellung und in bestimmten Abständen am Arbeitsplatz einen Lebenslauf verfassen und die Zwangsarbeit angeben mussten, sie waren einer abfälligen Behandlung durch Nachbarn, Schwierigkeiten beim Eintritt in eine Hochschule, bei ihrer beruflichen Karriere, beim Eintritt in die Partei und bei Auslandsreisen ausgesetzt.[106] Der Vorwurf des „Vaterlandsverrats" wurde also sowohl von Behörden als auch von der Bevölkerung vorgebracht. Vor allem, wenn sie freiwillig nach Deutschland gegangen waren, wurden die Repatriierten von den früheren Nachbarn unfreundlich aufgenommen. Überall verfolgte sie „wie ein Schatten der schwarze Fleck, in Deutschland gewesen zu sein".[107] Noch Jahrzehnte danach war dies ein wunder Punkt in ihrer Biographie: „Mein Leben war immer von Angst bestimmt, auch nachher. Das ist, als ob innen etwas in Fesseln ist, und du kannst nicht frei und entspannt leben. Etwas hält dich immer. [...] Da war immer ein Gefühl von Schuld."[108] Ihr Kriegsschicksal verbargen viele mühselig. Auch die Familien hatten nicht immer Verständnis: „[...] wenn Gäste kamen, sagte [mein Mann] immer: ‚Du weißt besser, wie es in Deutschland ist.' Er zeigte mir so seine Verachtung."[109] Die Verleugnung ihrer „Vergangenheit" konnte noch Jahre später zu langjährigen Haftstrafen führen. Und sogar jetzt noch, als ehemalige Zwangsarbeiter nach Deutschland eingeladen wurden, hieß es, dass sie, wenn sie nicht „ehrenhalber" in Deutschland gewesen wären, sie wohl kaum dorthin wieder eine Einladung erhalten hätten.[110] Als Muster ist zu erkennen, dass Repatriierte aber auf dem Land weniger oder keinen Verfolgungen ausgesetzt waren, während Repatriierte dann, wenn sie eine ein berufliches Vorwärtskommen, eine Karriere oder bessere Ausbildung anstrebten, darin behindert werden konnten.[111]

Somit bestand bei der Verurteilung der Repatriierten in der Nachkriegszeit eine Kongruenz zwischen der Meinung der Gesellschaft und der Politik, die weiter ging als in anderen politischen Fragen, weil sie auch das Verhalten von Familienangehörigen untereinander, also auch den privaten Raum, betraf. Für die Gesellschaft hatten sich die Repatriierten diskreditiert, indem sie in Kontakt mit dem Feind getreten waren. Eine Befreiung aus diesem moralischen Vergehen gab es kaum.

106 BONWETSCH Sowjetische Zwangsarbeiter vor und nach 1945, S. 542; POLJAN, ZAJONČKOVSKAJA Ostarbeiter in Deutschland und daheim, S. 558; Mariupol-Herford und zurück, S. 180–181.

107 WERNER Kiew-München-Kiew, S. 112.

108 Ebenda, S. 36.

109 Ebenda, S. 65.

110 StAR, ZWA/Bericht Ukr 10 (Sobko).

111 JENS BINNER Die Repatriierung und das Leben in der Sowjetunion, in: NOLTE (Hrsg.), Häftlinge aus der UdSSR in Bergen-Belsen, S. 205–225, hier S. 213–221; POLJAN, ZAJONČKOVSKAJA Ostarbeiter in Deutschland und daheim, S. 556–561.

Die Rehabilitation der Repatriierten ließ Jahrzehnte auf sich warten. Der Eintrag des Repatriantenstatus wurde erst 1992 aus amtlichen Fragebögen und Personalakten getilgt. In der Russischen Föderation wurden 1995 auf Beschluss des russischen Präsidenten die Rechte jener wieder hergestellt, die als Kriegsgefangene oder Zivilisten repatriiert worden waren. In der Ukraine ist ähnliches bisher nicht in die Wege geleitet worden.

Die freiwillige Repatriierung aus Frankreich und Bulgarien

Die Rückholung kriegsbedingt im Westen lebender Ukrainer erfasste auch Auswanderer früherer Emigrationswellen – Auswanderer der Zarenzeit und Bürgerkriegsemigranten der zwanziger Jahre –, die nun freiwillig in die Sowjetunion zurückkehrten, motiviert durch die Propaganda der Repatriierungsbehörden.[112] Die gesetzliche Grundlage für die Aufnahme der Emigranten, die nicht unter das Abkommen von Jalta fielen, bildeten Erlasse des Präsidiums des Obersten Sowjet. So wurde am 14. Juni 1946 die Übernahme von in Bulgarien lebenden Personen einschließlich ihrer Kinder geregelt, die bis zum 7. November 1917 Untertanen des Russischen Reiches waren oder die sowjetische Staatsbürgerschaft verloren hatten. Diese konnten sie erneuern, wenn sie sich bis zum 1. Oktober 1946 an die sowjetische Mission in Bulgarien wandten.[113] Ein ähnlicher Erlass wurde für in Frankreich, in Jugoslawien, Japan und der Tschechoslowakei lebende frühere Bewohner des Russischen Reiches bzw. der Sowjetunion formuliert.[114] Viele Rückkehrer aus Frankreich waren in der französischen *Résistance* engagiert gewesen und erachteten es dann als Pflicht, ihrem ehemaligen Vaterland beim Wiederaufbau zu helfen.[115]

Die Ukraine war von dieser Migration deshalb betroffen, weil viele Zuwanderer über sie einreisten – bis zum Juni 1948 wurden aus Frankreich 6.991 und 1.310

112 Die Ermunterung zur Re-Immigration war bereits ein Prinzip sowjetischer Politik der zwanziger Jahre gewesen, wenngleich ohne durchschlagende Wirkung. Damals wurden mit Finnland und Polen Verträge über die Rückkehr von Auswanderern geschlossen; rund 12.000 Finnen und weit mehr Polen setzten die Vereinbarung um; MARTIN The Origins of Soviet Ethnic Cleansing, S. 832.

113 Abdruck in: SDD 12, S. 194–195 (für Bulgarien), S. 195–196 (für Frankreich), S. 196 (für Jugoslawien), S. 196–197 (für Japan), S. 197–198 (für die Tschechoslowakei). Vgl. auch die Meldung in „Sovetskaja Belorussija" vom 1. Juli 1945 über den Austausch sowjetischer und französischer Staatsbürger, abgedruckt in: Belorusskie ostarbajtery, No. 75.

114 Einen ähnlichen Vorgang der Anwerbung von Arbeitern im Ausland gab es auch in Polen, das sich nach dem Zweiten Weltkrieg um die Rücksiedlung von polnischen Bergleuten aus Frankreich, Belgien und Deutschland bemühte (vgl. ROMAN PAUL SMOLORZ Der real existierende Sozialismus am Beispiel des polnischen Bergbaus 1945–1956. Marburg 2002, S. 139–147).

115 KRAVTSCHIK Dornenwege, S. 86–89, berichtet über das Schicksal eines Reemigranten aus Frankreich, der aus Idealismus in die Sowjetunion einwanderte. Bei einem Fluchtversuch aus Verzweiflung über die unzureichenden Lebensbedingungen wurde er gefasst und zu 20 Jahren strenger Lagerhaft verurteilt.

Reemigranten aus Bulgarien registriert[116] –, ein größerer Teil wurde hier angesiedelt. Die Zuwanderer kamen entweder mit dem Schiff nach Odessa oder sie erreichten die Sowjetunion mit der Eisenbahn, dann fanden sie sich in der Regel im Grenzlager Kovel' wieder, wo sich ihre Wege mit den übrigen Repatriierten kreuzten. Bei der Behandlung durch die sowjetischen Behörden waren aber gravierende Unterschiede zwischen beiden Gruppen festzustellen, beginnend bei den organisierten Empfangsfeiern für die freiwilligen Rückkehrer bis zur stärkeren Berücksichtigung beruflicher Wünsche. Auch im Selbstbewusstsein und Auftreten differierten die beiden Gruppen. Die freiwilligen Rückkehrer nahmen öfter die Möglichkeit, Einwände auf dem Beschwerdeweg zu äußern, wahr; dabei beriefen sie sich auf die Versprechungen der Propaganda. Dennoch war ihren Protestversuchen nur wenig Erfolg beschieden, denn die Sowjetregierung war grundsätzlich wenig kompromissbereit, wenn es darum ging, die maximale Arbeitskraft unter minimalem Aufwand zu sichern. Zwar setzte sie Agenten im Ausland in Bewegung, um ehemalige Sowjetbürger wieder zurückzulocken, trieb auch einigen Aufwand bei der Begrüßung und Erstausstattung der freiwilligen Zuwanderer. Dann aber konnte die sowjetische Regierung einigermaßen sicher davon ausgehen, dass sie nicht wieder den Rückweg über die Grenzen einschlagen würden. Somit waren von diesem Zeitpunkt an keine weiteren Anstrengungen mehr nötig, um den Einwanderern entgegenzukommen. Ihre oftmals aus idealistischen Gründen getroffene Entscheidung für die Sowjetunion erwies sich als unumkehrbar; eine Rückkehr wurde ihnen wie allen anderen Immigranten strikt verwehrt.

Die Einwanderung aus Frankreich war zahlenmäßig höher zu veranschlagen als jene aus Bulgarien: Ende November 1946 betrug die Zahl der aus Frankreich in die Ukraine Repatriierten 483, weitere 171 gingen nach Weißrussland;[117] bis 1948 wurden in der Ukraine 2.753 angesiedelt.[118] Mit den Migranten aus Frankreich verband sich für die Sowjetregierung ein höheres politisches Prestige, da es sich um Migranten aus einem westlichen, „kapitalistischen" Land handelte.[119] Ihrer Bedeutung gemäß wurde zu ihrer Betreuung eine immerhin fünfzehnköpfige Regierungskommission einschließlich der stellvertretenden Ministerin für Bildung der USSR, A. M. Fi-

116 ZEMSKOV Repatriacija sovetskich graždan, S. 8.

117 CDAHOU 1-23-2616, ark. 39: Svedenija o graždanach Ukrainskoj nacional'nosti, pribyvšich iz Francii v USSR, po postojaniju na I nojabrja 1946 goda. [Gez.] Zav. otdelom po delam repatriacii pri Sovete Ministrov USSR Zozulenko. Von den aus Frankreich Repatriierten – 362 Ukrainer, 80 Weißrussen, 36 Polen, vier Russen und ein Franzose – wurde die Mehrheit (278) in das Gebiet Stalino geschickt. Der Grund dafür war augenscheinlich ihre berufliche Ausrichtung: 150 von ihnen, offenbar die Mehrheit der Männer, waren Bergleute, 49 waren Hausfrauen, 64 hatten keinen Beruf.

118 ZEMSKOV Repatriacija sovetskich graždan, S. 8.

119 Zu unterscheiden ist diese Repatriierung von der Rückführung sowjetischer Kriegsgefangener, die in Frankreich für die Wehrmacht kämpften, dort den Alliierten in die Hand gefallen waren und ebenfalls in die Sowjetunion zurückverbracht wurden. Deren Schicksal wurde sofort nach ihrer Ankunft in der Sowjetunion vom NKVD entschieden.

lippova, aufgestellt.[120] Auch das Engagement, mit dem in Frankreich Werbung für die Übersiedlung betrieben wurde, ist im Fall Bulgariens nicht zu erkennen: Bereits am 10. November 1944 wurde in Paris eine sowjetische Repatriierungskommission eröffnet.[121] Aufgrund von zwei ZK-Beschlüssen vom 13. und 21. August 1946 wurden zehn Agitatoren ernannt, die sich nach Frankreich begeben sollten. Ferner wurde eine dreiköpfige Kinomechaniker-Brigade für Frankreich aufgestellt.[122] Vier ukrainische Flugblätter („Ein brüderlicher Gruß den Sowjetbürgern, die in ihre Heimat zurückgekehrt sind", „Das ukrainische Volk grüßt flammend die ukrainischen Brüder, die aus Frankreich zurückkehren", „Es lebe die sozialistische Volksrepublik Ukraine als untrennbarer Teil der Sowjetunion" sowie „Es lebe die Sowjetunion, die Heimat der progressiven Wissenschaft und Kultur") und je tausend Plakate mit der Botschaft: „Die Sowjetunion – die Heimat des sozialistischen Bauernstaates" und „Die Sowjetunion – ein mächtiger Industriestaat" sollten wie mehrere Tausend Broschüren und Plakate in Frankreich verteilt werden. Außerdem wurden die bereits in die Sowjetunion Übergesiedelten zu Werbebriefen an die Verwandten in Frankreich veranlasst. So sprachen sich Repatriierte in der Stadt Makeevka in einem offenen Brief an Verwandte und Freunde in Frankreich für eine schnelle „Rückkehr" aus und verwiesen darauf, dass ihr Arbeitseinsatz zum Aufbau des Landes beitrage.

Hatte sich der ZK-Beschluss vom 13. August 1946 mit der „Vorbereitung der Ukrainischen SSR auf die Aufnahme und Arbeitsorganisierung" dieser Zuwanderer befasst, so wurde von 4. bis 5. September 1946 vom Ministerrat eine Konferenz der stellvertretenden Vorsitzenden der Gebiets-Exekutivkomitees einberufen, um die Situation der Repatriierten in den einzelnen ukrainischen Gebieten zu überprüfen. Wiederum von 15. September bis 1. Oktober 1946 wurde durch den Ministerrat und durch die eingesetzten Agitatoren eine Untersuchung durchgeführt, inwieweit die Gebiete für die Aufnahme von Repatriierten aus Frankreich gerüstet waren und ob sie dort in den Arbeitsprozess eingegliedert werden konnten.[123] Das Ergebnis war, dass es aufgrund der Kriegsschäden in einigen Gebieten bei der Unterbringung der Repatriierten zu Schwierigkeiten kam. Denn insgesamt waren am 1. Oktober 1946 von den für repatriierte Familien erforderlichen 7.400 Wohnungen lediglich 2.744 und von den erforderlichen 4.100 Gemeinschaftswohnungen für Einzelpersonen nur 3.830 vorbereitet worden. Damit teilten die freiwilligen Repatriierten aus Frankreich, wenn sie vor Ort angekommen waren, das Schicksal aller Repatriierten. Als eine Konsequenz der unzureichenden Vorbereitungen schlug der Stellvertretende

120 CDAHOU 1-6-927, ark. 16–17: Protokol No. 93 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy (15.–30. Juni 1946), 29-op.: O sostave komissii pravitel'stva USSR po repatriacii ukrainskogo naselenija s territorii Francii (22. Juni 1946).

121 POLJAN Repatriacija sovetskich graždan iz Francii, S. 182.

122 Vgl. unten Anm. 123.

123 CDAHOU 1-23-2616, ark. 13–20: Sekretarju Central'nogo Komiteta KP/b/ Ukrainy tovarišču Korotčenko D. S. [Gez.] Zamestitel' Predsedatelja Soveta Ministrov USSR I. Senin. [Kiev], 11. November 1946.

Vorsitzende des Ministerrates der USSR dem ZK vor, die „Masseneinwanderung" von Repatriierten bis zum Juli/August 1947 aufzuschieben, um bis dahin verstärkt Wohnraum für sie vorzubereiten. Über die Unterbringung der aus Frankreich kommenden Repatriierten liegen Angaben aus dem Gebiet Lemberg vor.[124] Auf 31 Listen wurden die Übersiedler mit Namen, Geburtsjahr, ihrer Nationalität, dem Beruf und Aufenthaltsort in Frankreich, ihrem Wohnort vor ihrer Ausreise ins Ausland, dem Jahr der Emigration sowie dem erneuten Ansiedlungsort in der Sowjetunion erfasst. Aus diesen Zusammenstellungen können einige Charakteristika der Rückwanderung aus Frankreich abgeleitet werden. Es handelte sich bei ihnen um ganze Familiengruppen. Die Auswanderung nach Frankreich war insbesondere in den zwanziger und dreißiger Jahren erfolgt, wobei ein Schwerpunkt ab Mitte der zwanziger, dann wieder ab Anfang der dreißiger Jahre lag. Nur in wenigen Ausnahmefällen waren die Ukrainer erst während des Zweiten Weltkrieges nach Frankreich gekommen. Als berufliche Tätigkeit werden immer wieder handwerkliche Tätigkeiten angegeben, vor allem Arbeiter und Müller. Als Wohnort in Frankreich war der Raum Paris ein Schwerpunkt. Was die Zuweisung in die Lemberger Rajons angeht, so findet sich kein Prinzip, außer dass es sich in der Regel um Gruppen von rund zwanzig bis fünfzig Personen handelte.[125]

Die erste Gruppe von Repatriierten aus Frankreich – sie war am 23. August 1946 mit dem Zug im Lager Kovel' angekommen – betrug nur 23 Personen. Die nächste Gruppe belief sich schon auf 622 Repatriierte. Sie landeten am 2. September 1946 im Hafen von Odessa. Ein Bericht des Gebietskomitees Odessa[126] über die Feierlichkeiten bei der Ankunft gibt Aufschluss darüber, wie theoretische Auflagen tatsächlich umgesetzt wurden. Es wird deutlich, welche Mühe sich die Sowjetukraine gab, sie willkommen zu heißen, und sich in den ersten Tagen von ihrer besten Seite zeigte. Die Strukturen des Arbeiter- und Bauernstaates wurden den Neuankömmlingen bereits vorgeführt, kaum dass sie das Schiff verlassen hatten, da in diesem Augenblick ein Parteimeeting begann. Vertreter des Stadtkomitees, des Exekutivkomitees der Stadt, von Gewerkschaften und der Roten Armee traten auf, um die Repatriierten zu begrüßen. Ob von Agitatoren veranlasst oder auf Eigeninitiative, die Repatriierten fanden sich jedenfalls mit den Erfordernissen der sowjetischen Wirklichkeit schnell zurecht. Denn in der von vier Ankömmlingen vorbereiteten Antwort drückten diese ihre tiefe Dankbarkeit gegenüber der Partei, gegenüber der sowjeti-

124 In DALO R-221-2-908v befinden sich auf den 69 Seiten des Aktes die Listen für die aus Frankreich kommenden Ukrainer, die im Gebiet Lemberg untergebracht werden sollten.

125 Dazu müssen noch 141 Angekommene gezählt werden, die 1946 registriert wurden; DALO R-221-2-159, ark. 2: Spisok rozpodilu po rajonach oblasti kvartir dlja rozmiščennja repatriïrovanych z Franciï hromadjan ukraïns'koï nacional'nosti. [O. D., ohne Unterschrift]. Somit ergibt sich eine Mindestzahl von 904 Zuwanderern aus Frankreich, die im Gebiet Lemberg untergebracht wurden.

126 CDAHOU 1-23-2616, ark. 21–24: Komunistyčna partija (bil'šovykiv) Ukraïny. Odes'kyj oblastnyj komitet. Sekretarju CK KP/b/U tovarišču Korotčenko D. S. [Gez.] Sekretar' odesskogo obkoma KP/b/U A. Kiričenko. Kiev, 4. Dezember 1946.

schen Regierung sowie gegenüber Stalin, Molotov und Chruščev persönlich aus für die Sorge um sie und für die Möglichkeit, in die Heimat zurückzukehren. Die Texte wurden Vertretern der Presse überreicht.

Nach der Entladung des Schiffes wurden die Übersiedler mit Autos in das Transitlager Ljustdorf/Lustdorf bei Odessa, ein von seinen deutschen Bewohnern 1944 verlassenes Dorf,[127] verbracht, wo politische Plakate ausgehängt worden waren. Hier wurden sie mit Papirossy, Zündhölzern, Toilettenseife und Früchten beschenkt, Dinge, die in der Nachkriegsukraine sicherlich nicht jedem erschwinglich waren. Die weitere Versorgung erfolgte normgemäß, drei Mahlzeiten am Tag, für Kinder – aber nur für diese – gab es Weißbrot. Der insgesamt zwölftägige Aufenthalt in Lustdorf diente dem Ziel, die Zuziehenden zu akklimatisieren und sie in der sozialistischen Lehre zu schulen. Dafür erhielten sie erstmals sowjetische Zeitungen. Weiter wurden Propagandafilme gezeigt, Konzerte und sowie politische Vorträge und Diskussionen abgehalten. Da nicht alle Ankömmlinge des Russischen oder Ukrainischen mächtig waren, wurden einige Diskussionen in französischer Sprache durchgeführt. An 206 mittellose Familien wurde eine finanzielle Unterstützung ausbezahlt werden. Vor ihrer Abreise aus dem Lager und ihrer endgültigen Ansiedlung, die nicht im Rajon Odessa lag, verfassten die Repatriierten noch Dankesbriefe an Stalin, Molotov und an die Lagerverwaltung. Die ersten Tage in der Sowjetunion verliefen für die Immigranten also sorglos, in den politischen Institutionen vor Ort waren aber Misstöne zu vernehmen. So äußerte das Gebietskomitee von Odessa Kritik am Exekutivkomitee der Stadt und an dessen Vorsitzenden, die erst mit Verzögerung bereit dazu waren, den Repatriierten Hilfestellungen zu gewähren.

Wenn die in schönen Worten geschilderten Vorgänge beim Empfang der ersten Übersiedler aus Frankreich auch nur teilweise die mit dem Zuzug entstehenden organisatorischen Schwierigkeiten überdecken können, so wurden diese beim Empfang der nächsten in Odessa ankommenden Übersiedler offensichtlich. Die für die Repatriierten zuständigen lokalen Vertreter hatten für ihre Ankunft am 1. Dezember 1946 einen aufwändigen Plan ausgearbeitet.[128] Nach dem Anlegen des Dampfers „Karl Marks" im Hafen sollten die Immigranten, ihr Gepäck und Vieh noch auf dem Schiff überprüft werden. Auf einem Meeting – vorgesehen waren dafür ein Phototermin sowie der Auftritt eines Orchesters – würden Repräsentanten des Stadtsowjets, des Verbandes der Fischer und der Fischereikolchosen auftreten. Hierauf waren

127 Viele Deutsche aus Lustdorf gelangten ab 1944 auf einem Treck erst nach Serbien, von hier in den Warthegau, den sie auf der Flucht vor der Roten Armee verließen, um sich im Raum Hannover anzusiedeln. Ein Teil von ihnen konnte dort verbleiben, während andere repatriiert und in Sondersiedlungen im Osten der Sowjetunion gezwungen wurden (vgl. ANATOLE BOND Deutsche Siedlung am Schwarzen Meer Lustdorf bei Odessa. Marburg 1978, S. 49–53).

128 DAOO r-2000-3-164, ark. 26: Plan priema i otpravki po oblastjam rasselenija krest'jan-rybakov, pribyvajuščich iz Bolgarii v porjadke repatriacii na Ukrainu parochodom „Karl-Marks" 1-go dekabrja 1946 g. [Gez.] Zavedyv. Oblastnym Otdelom po Delam Repatriacii pri Ispolkome Oblsoveta deputatov trudjaščichsja M. Dacenko, Načal'nik Otdela Repatriacii pri Voennom Sovete OdVO - Gvardiipolkovnik Domoživro.

die Menschen zu registrieren und Listen der Repatriierten und ihrer Habe zusammenzustellen. Sie konnten dann von Bord gehen und über Transportzüge in die Gebiete geschickt werden. Die Umsetzung dieses Planes scheiterte jedoch. Nach der Ankunft des Schiffes am 1. Dezember 1946 kam nur der Sekretär des Exekutivkomitees des Stadtsowjets zur Begrüßung, das Meeting fiel aus.[129]

Noch peinlicher verlief die Ankunft des Schiffes „Rossija", das Ukrainer und Weißrussen aus Frankreich nach Odessa brachte. Auch hierfür hatte man einen großangelegten Plan in zwei Varianten aufgestellt, der im Prinzip dem bereits genannten ähnlich, jedoch noch ausführlicher war.[130] So waren bei dem angesetzten Meeting Banner und Porträts Stalins auszuhängen, außerdem sollten neben Vertretern des Stadtsowjets Repräsentanten der Gewerkschaften, *stachanovcy* der Verkehrsbetriebe sowie die Intelligenz der Stadt auftreten. Tatsächlich war aber bei der Ankunft der „Rossija" in der Nacht von 2. auf 3. Dezember 1946 kein Mensch in den Hafen gekommen, erst am 4. Dezember erschienen politische Vertreter.[131] Das von ihnen durchgeführte Meeting zog sich aber in die Länge, da kein Redner vorbereitet war und alle frei sprachen. Vom Vertreter der Intelligenz hieß es, er habe lange und phrasenhaft referiert. Besonders unangenehm fiel der Repräsentant der Parteiorganisationen und Arbeiter des Hafens, Genosse Muljarčuk, auf, da er „viel, ohne Zusammenhang und völlig ungeschult" gesprochen habe.

Die weitere Unterbringung erfolgte in Lagern um Odessa, deren Anzahl im Januar 1947 immerhin 186 betrug.[132] Während des vorübergehenden Aufenthaltes in Odessa, von wo aus die Repatriierten in ihre endgültigen Bestimmungsorte weiterverteilt wurden, musste das Stadtkomitee für eine tägliche Dienstverpflichtung von qualifizierten Gesprächsleitern sorgen.[133] Daneben waren künstlerische und politi-

129 DAOO r-2000-3-164, ark. 30–32: V Odesskoj Oblastnoj komitet KP/b/U. Spravka. [Gez.] Zavedyv. Oblastnym Otdelom po Delam Repatriacii pri Ispolkome Oblsoveta deputatov trudjaščichsja M. Dacenko, Upolnomočennyj Soveta Ministrov USSR Vasilenko. [o. D.], hier ark. 30.

130 DAOO r-2000-3-164, ark. 27–29: [Gez.] Zavedyv. Oblastnym Otdelom po Delam Repatriacii pri Ispolkome Oblsoveta deputatov trudjaščichsja M. Dacenko, Načal'nik Otdela Repatriacii pri Voennom Sovete OdVO – Gvardiipolkovnik Domožirov. Plan priema i otpravki po oblastjam graždan ukrainskoj i belorusskoj nacional'nostej i reèmigrantov, pribyvajuščich iz Francii, parochodom „ROSSIJA" – 1-go dekabrja 1946 g.

131 DAOO r-2000-3-164, ark. 30–32: V Odesskoj Oblastnoj komitet KP/b/U. Spravka. [Gez.] Zavedyv. Oblastnym Otdelom po Delam Repatriacii pri Ispolkome Oblsoveta deputatov trudjaščichsja M. Dacenko, Upolnomočennyj Soveta Ministrov USSR Vasilenko. [o. D.], hier ark. 31–32.

132 DAOO r-2000-3-164, ark. 55–57: [Gez.] Načal'nik Otdela Repatriacii pri Voennom Sovete OdVO – Gvardiipolkovnik Domožirov. 31. Januar 1947.

133 DAOO p-2000-3-164, ark. 5–10: Postanovlenie ispolkoma Odesskogo Oblastnogo Soveta deputatov trudjaščichsja i Oblastnogo Komiteta KP/b/U gor. Odessa. O prieme i trudovom ustrojstve graždan ukrainskoj nacional'nosti, pribyvajuščich v porjadke repatriacii iz Francii na Ukrainu. [Gez.] Predsedatel' Ispolkoma oblsoveta deputatov trudjaščichsja K. Karavaev, Sekretar' Odesskogo obkoma KP/b/U A. Kiričenko. August 1946 [ohne Tagesdatum].

sche Literatur sowie Filme zu besorgen. Auch ein Plan für die Zuteilung von Arbeitsplätzen in den Betrieben Odessas und den Sowchosen im Gebiet wurde aufgestellt. Dieser sah vor, dass 16 Betriebe insgesamt 6.790 Repatriierte übernehmen sollten. Ein Plan des folgenden Jahres für die arbeitsmäßige Unterbringung der Repatriierten geht von weiteren 1.715 Repatriierten aus, die in den Sowchosen des Gebiets eingesetzt werden sollten.[134] Über die für die Betriebe entstehenden Schwierigkeiten, ein solches Kontingent an Kräften ohne Übergangszeit aufzunehmen, ihnen eine adäquate Arbeit zu geben und sie gegebenenfalls anlernen zu lassen, findet sich im Beschluss des Gebietskomitees wohlweislich kein Hinweis.

Etwas anders gelagert waren die Verhältnisse bei den Einwanderern aus Bulgarien. Viele waren russischer Herkunft und hatten als Altgläubige Russland verlassen.[135] Welche Gründe nach dem Zweiten Weltkrieg diese Familien dazu veranlassten, aus Bulgarien in die Ukraine bzw. in die Sowjetunion einzuwandern, ist nicht pauschal zu sagen. Für manche Zuwanderer mag auch hier ihre kommunistische Überzeugung ausschlaggebend gewesen sein. So waren unter einer aus Bulgarien stammenden Gruppe von 59 Familien immerhin 16 Mitglieder der Kommunistischen Partei Bulgariens. Bei anderen war es die Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation, denn sie erklärten, schlechter als in Bulgarien könne es ihnen gar nicht gehen. Manche Jugendliche wollten auch die Möglichkeit zur beruflichen Bildung in der Sowjetunion nutzen: Sie äußerten den Wunsch, Lesen und Schreiben sowie einen Beruf zu lernen.

Die Verteilung auf endgültige Siedlungsgebiete verlief starr. Wenn man einmal einer bestimmten Region zugeteilt war, bestand keine offizielle Möglichkeit mehr, den Wohnort zu wechseln. Die Unterbringung und Eingliederung der Repatriierten hing von den Gegebenheiten vor Ort ab. Eine Gruppe von 59 Familien – 69 Männer, 63 Frauen und 53 Kinder – traf am 16. November 1946 im Gebiet Mykolaïv ein, wo sie vor allem Arbeitsplätze in der Landwirtschaft erhielt.[136] Die Männer, von Beruf Fischer, erklärten sich bereit dazu, im Frühjahr und im Sommer auch auf dem Feld zu arbeiten. In beiden Kolchosen wurden jedem Haushalt feste Häuser mit Vorgärten zugeteilt, die jedoch noch renoviert werden mussten. Grundnahrungsmittel wie Mehl erhielten die Familien notwendigerweise sofort. Einen Monat nach ihrer An-

134 DAOO p-2000-3-164, ark. 59–64: Postanovlenie Ispolkoma Odesskogo oblastnogo Soveta deputatov trudjaščichsja i oblastnogo Komiteta KP/b/U gor. Odessa. O prieme, rasselenii i trudovom ustrojstve graždan Ukrainskoj nacional'nosti, pribyvajuščich v porjadke repatriacii iz Francii na Ukrainu. [Gez.] Predsedatel' Ispolkoma oblsoveta deputatov trudjaščichsja K. Karavaev, Sekretar' Odesskogo obkoma KP/b/U A. Kiričenko. Februar 1947 [kein Tagesdatum auf Kopie]. In der Akte befinden sich noch weitere Dokumente über die Unterbringung der Repatriierten in Betrieben des Gebiets bis zum Jahr 1948.

135 ZEMSKOV Repatriacija sovetskich graždan, S. 8.

136 CDAHOU 1-23-2617, ark. 4–5: Komunistyčna partija (bil'šovykiv) Ukraïny. Mykolaïvs'kyj oblasnyj komitet. [An:] CK KP/b/U zavedujuščemu sel'chozotdelom tovariščU Vavšavskomu, B. Ja. [Gez.] Zav. sel'chozotdelom Nikolaevskogo obkoma KP/b/U Pinčuk. Kiev, 18. Dezember 1946.

kunft wurde die Mehrheit der Familien von den Kolchosen als Kolchos-Mitglieder aufgenommen; damit dürfte auch ihr mitgebrachtes Vieh – zehn Pferde und 17 Kühe – zum großen Teil sozialisiert worden sein. Wie die Immigranten darauf reagierten, ist nicht überliefert, es wird aber von offizieller Seite bestätigt, dass alle Repatriierten, wie es hieß, „gerne" die Kolchos-Versammlungen besuchten. Ähnlich sah die Situation im Gebiet Cherson aus, wo in den Fischereikolchosen in sechs Rajons ebenfalls aus Bulgarien 100 repatriierte Familien angesiedelt wurden, die Mehrheit von ihnen Fischer.[137] Dennoch ergaben sich spezifische Probleme: Fischerei-Kolchosen waren nicht in der Lage, die Pferde, Schafe und Kühe der Repatriierten mit Futter zu versorgen; im Unterricht traten Schwierigkeiten auf, da einige Kinder der Neuankömmlinge nur schwach lesen und schreiben konnten; die Schulbücher in russischer Sprache waren ebenfalls nur schwer für sie zu benutzen.

In den Berichten der Gebiets-Organisationen über die Eingliederung der aus Frankreich und Bulgarien Ankommenden ist der Haupttenor in der Regel ihre Parteiloyalität und ihre willige Unterordnung. Bereits in den Sammellagern Odessa und Kovel' wurden sie der propagandistischen Indoktrinierung ausgesetzt, sie wurden auf die sowjetische Ideologie und auf die gegenwärtigen Losungen eingeschworen. Der Erfolg dieser Bemühungen wurde dann in den üblichen Topoi in den Berichten nach Kiev herausgestellt: Bei den meisten Repatriierten sei die „politische Stimmung" gut, sie seien der Partei, dem Staat und dem Genossen Stalin persönlich dankbar für den gastfreundlichen Empfang und die Unterbringung; alle seien aufrichtig froh über ihre Rückkehr in die Heimat. Dennoch blieb nicht aus, dass die Repatriierten nach den ersten Tagen und Wochen ihrer Ankunft, die sie möglicherweise auch wegen der sowjetischerseits veranstalteten Feierlichkeiten in euphorischer Stimmung erlebt hatten, allmählich begriffen, dass Propaganda und Wirklichkeit nicht deckungsgleich waren. Der Schritt zum offenen Protest, zumeist gegen die Unterbringung, war daher nicht weit. So äußerten zwei Repatriierte den Wunsch, in die Westukraine zurückgeschickt zu werden. Sie wollten nicht als Schlosser und in der Landwirtschaft tätig sein, sondern lieber in einem Betrieb in der Stadt arbeiten und in der Nähe ihrer Verwandten leben. Nicht reibungslos blieb auch die Eingliederung in den Kolchosbetrieb, wo Kolchosarbeiter gegen die Neuankömmlinge hetzten.

Ausgehend von den Verhältnissen in ihrem Herkunftsland waren Repatriierte aus Frankreich schneller unzufrieden mit der vorgefundenen Situation. So bekamen die sowjetischen Behörden im Gebiet Stalino eine „ungesunde Stimmung" zu spüren, da die eingetroffenen 59 Familien und 18 Einzelpersonen mit ihrer Arbeit in einem Trust nicht zufrieden waren. Während einer Agitationsveranstaltung erklärte die Repatriierte Andrušina, in Frankreich habe man ihnen Zeitungen und Zeitschriften gegeben, in denen alles ideal dargestellt worden sei. Sie seien aber betrogen worden.

137 CDAHOU 1-23-2617, ark. 1–3: Komunistyčna partija (bil'šovykiv) Ukraïny. Cherson'skyj obkom. Sel'chozotdel ZK KP/b/U. [Gez.] Zav. Sel'chozotdelom Chersonskogo obkoma KP/b/U A. Utechin. Cherson, 6. Dezember 1946.

In Frankreich hätten sie schöne Wohnungen, einen Arbeitsplatz, Weißbrot und Fleisch gehabt. Dort sei es ihnen gut gegangen, hier ginge es aber schlecht. Eine andere Repatriierte, Dyrko, erklärte, sie sei nicht glücklich darüber, dass sie in die Heimat zurückgekehrt sei. Hier sei alles schlecht, es gebe nicht einmal Fliesen. Die Repatriierte Bezdel' äußerte, auf den Märkten sei alles teuer, und sie „vergingen hier".

Mit der Ankunft am endgültigen Wohnort verwischten sich nach einiger Zeit die Unterschiede zwischen Repatriierten und freiwilligen oder weniger freiwilligen Übersiedlern. Im Gebiet Lemberg kümmerten sich die zuständigen Behörden wenig um den Empfang und die Zuteilung von Wohnungen und Arbeitsplätzen an die Repatriierten aus Frankreich.[138] Im Zoločivs'kij rajon[139] wurden die Gruppen durch die Behörden im Jahr 1947 nicht mehr unterschiedlich behandelt, alle wurden gleichermaßen vernachlässigt. Die Repatriierten wurden nicht registriert und keiner kümmerte sich um Arbeit für sie. Die zwischen 1946 und 1947 in den Rajons und Dörfern angesiedelten Reemigranten aus Frankreich befanden sich in einer schwierigen materiellen Lage. Viele hatten trotz Berufsausbildung keine Arbeit sowie keine Möbel, so dass sie in schmutzigen Zimmern auf dem Boden schliefen.

3.2. Das militärische Vorgehen gegen den nationalukrainischen Widerstand

Die bolschewistische Herrschaft war bestrebt, politischen Widerstand schon im Ansatz zu unterdrücken. Dafür suchte sie systematisch und unsystematisch nach potentiellen Oppositionellen und schaltete sie mit allen verfügbaren Mitteln aus. Die allgemeine Auffassung in der Historiographie lautete lange, zu einer wirkungsvollen politischen oder sonstigen Opposition unter Stalin sei es nicht gekommen. Aus der Sicht der älteren, klassischen Totalitarismus-Konzeption stellte sich das Thema Widerstand per se nicht, da man von der umfassenden Beherrschung durch den Staat ausging. Mittlerweile wird aber herausgehoben, dass Widerstand gegen das Stalinsche System durchaus aufkam, vor allem unter spezifischen Bedingungen wie zu Ende der zwanziger Jahre, dass Widerstand durch den Terror der Stalinzeit geradezu herausgefordert wurde: „Indem der Stalinsche Apparat an jedes Mitglied der Gesell-

138 DALO R-221-2-917, ark. 30–32: Postanova. Vykonkomu L'vivs'koï Oblasnoï Rady deputativ trudjaščich vid ... lypnja 1947 roku. M. L'viv. Pro prijomam, rozmiščennja ta trudovlaštuvannja rejemihrantiv repatriirovannych z Franciï hromadjan ukraïns'koï nacional'nosti, ta repatriirovanych inšich krajn v rajonach L'vivs'koï oblasti. [Gez.] Holova vykonkomu L'vivs'koï oblasnoï Rady deputativ trudjaščich M. Kozyriv, Sekretar' vykonkomu L'vivs'koï oblasnoï Rady deputativ trudjaščich M. Dril'. [Handschr.: II/VII-47; Kopie.]

139 DALO R-221-2-916, ark. 92–93: Zast. Holovy vykonkomu oblrady deputativ trudjaščich K. Bojko. Sekretar vykonkomu oblrady deputativ trudjaščich M. Dryl'. Postanova vykonkomu L'vivs'koï oblasnoï Rady deputativ trudjaščich vid 9 červnja 1948 roku pro stan vykonannja vykonkomkamy Zoločivs'koï mis'krady i rajrady postanovy vykonkomu oblasnoï rady deputativ trudjaščich vid I. VIII. 47 r. pro robotu sered radjans'kich hromadjan, repatrijovannych iz Franciï, Nimeččyny i inšych kraïn.

schaft immer rigidere Forderungen stellte, dehnte er den Rahmen nonkonformistischen Verhaltens aus."[140] Widerstand als Aspekt der Stalinismus-Diskussion wurde bisher jedoch wenig berücksichtigt.[141] Dazu kommt, dass er definitorisch nicht eindeutig festgelegt ist, sondern als ein sehr weiter Begriff ausgehend von „accomodation, adaption, acquiescence, apathy, internal emigration" sogar bis zu „opportunism, and positive support"[142] verstanden wird, was problematisch ist.

Tatsächlich waren die Formen des Widerstands gegenüber dem sowjetischen Staat und seinen Vertretern mannigfaltig: Bauern protestierten gegen die Kollektivierung und gegen Enteignungen ihres Hab und Guts, sie überfielen staatliche Getreidespeicher und Bäuerinnen demonstrierten gegen die Abgabe von Kühen.[143] Widerstand war abhängig von lokalen Bedingungen. In den nicht-russischen Gebieten war Resistenz gegen die Kollektivierung größer als im russischen Kernland; in ukrainischen Dörfern herrschte zu Beginn der dreißiger Jahre ein Zustand, der nachgerade einem Bürgerkrieg gleichkam.[144] Nicht militanter Widerstand kam von Gläubigen, die gegen die Kirchenverfolgungen, die Schließungen von Kirchen und die Verhaftung von Geistlichen protestierten. Schließlich entstand Widerstand sogar dort, wo Sowjetbürger, ihrer bürgerlichen Rechte beraubt, scheinbar unter der totalen Kontrolle des Staates standen: in den Untersuchungszellen und Straflagern, wo Häftlinge Protestschreiben an das ZK richteten, in Hungerstreiks traten, Sabotageakte verübten und die Arbeit verweigerten. Bisher wurden verschiedene Aufstände in den Straflagern in der Nachkriegszeit beschrieben,[145] tatsächlich sind aber schon während des Krieges mehrere hundert aufständische Gruppierungen in den Lagern ausgehoben worden. In den Jahren 1941–1944 waren es 603 solcher organisierter Verbindungen mit 4.640 Personen. Der nationale Aspekt spielte hierbei eine große Rolle, denn die Beteiligung nicht-russischer Nationalitäten war hoch. Die Anführer

140 VATLIN ALEKSANDR Terror und Widerstand unter den Bedingungen des Totalitarismus – die sowjetische und die deutsche Erfahrung, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 5 (2001) H. 1, S. 271–294, hier S. 275.

141 Angemahnt von JÖRG BABEROWSKI Arbeit an der Geschichte. Vom Umgang mit den Archiven, in: JBfGOE 51 (2003) H. 1, S. 36–56, hier S. 51–52.

142 Vgl. LYNNE VIOLA Introduction, in: Contending with Stalinism, S. 1–16, hier S. 1.

143 Als Beispiel für ökonomischen Widerstand vgl. JEFREY J. ROSSMAN A Workers' Strike in Stalin's Russia. The Vichuga Uprising of April 1932, in: Contending with Stalinism, S. 44–83; ELENA A. OSOKINA Economic Disobedience under Stalin, ebenda, S. 170–200; JAMES HARRIS Resisting the Plan in the Urals, 1928–1956. Or, Why Regional Officials Needed "Wreckers" and "Saboteurs", ebenda, S. 201–227.

144 Vgl. die Berichte bei ANDREA GRAZIOSI Collectivisation, révoltes paysannes et politiques gouvernementales à travers les rapports du GPU d'Ukraine de février-mars 1930, in: Cahiers du Monde russe 35 (1994) Nr. 3, S. 437–631.

145 VATLIN Terror und Widerstand (vgl. oben Anm. 140), S. 286; M. CRAVERI, N. FORMOZOV La résistance en Gulag. Grèves, révoltes, évasions dans les camps de travail soviétiques de 1920 à 1956, in: Communisme 42–44 (1995) S. 197–209; ANDREA GRAZIOSI The great strikes of 1953 in Soviet labor camps in the accounts of their participants. A review, in: Cahiers du Monde russe et soviétique 33 (1992) S. 419–446.

waren zumeist wegen antisowjetischer Tätigkeit verhaftete Balten, mobilisierte Deutsche sowie ehemalige Armeeangehörige.[146] Während des Krieges wurden außerdem 13.254 Häftlinge wegen Sabotage strafrechtlich verfolgt, bis zum 1. Juli 1942 wurden 46.000 Fluchtversuche registriert.[147]

Der Widerstand wirkte je nach den politischen Gegebenheiten; nicht immer war er erfolglos. Manche staatliche Verordnungen wurden tatsächlich etwas abgemildert, wenn der Druck „von unten" zu sehr anstieg und die Gefahr bestand, das System in seiner Gesamtheit zu destabilisieren. Dieses war also in der Lage, auf Gegenströmungen ebenso mit taktischem Rückzug wie mit Unterdrückung zu reagieren, letztere blieb aber das effektivste Gegenmittel. Politische Opposition unter Stalin war nahezu aussichtslos, sie wurde gewaltsam niedergehalten. Protest gegen die Kirchenverfolgungen wurde durch atheistische Propaganda sowie durch Repressionen und indirekten Druck erstickt. Die Organisatoren der Aufstände in den Lagern Noril'sk im Jahr 1944, in Tagil 1942, in einem ITL in Omsk 1944, im Lager Nord-Ural' 1943 und anderen wurden verhaftet und verurteilt.[148] Bei der Niederschlagung der Häftlingsrevolten vom Winter 1942 in Vorkuta und im Sommer 1952 in Noril'sk kamen mehrere hundert Häftlinge ums Leben.

Widerstand im Staat Stalins blieb eine punktuelle Angelegenheit, die nicht zur Massenbewegung anwuchs. Jedoch entstand im Zuge des Zweiten Weltkrieges und in Verbindung mit der Annexion der Westukraine eine neue Qualität von Widerstand, als sich die ukrainische nationale Untergrundorganisation militärisch gegen das bolschewistische Regime erhob. Sie blieb die einzige größere militärische und sich über Jahre hinziehende Widerstandsbewegung unter Stalin.[149] Dass es gerade in der Westukraine nach dem Weltkrieg zu einer solchen Erscheinung kam, lag daran, dass in Galizien die OUN (*Orhanizacija Ukraïns'kych Nacionalistiv*) bereits zu polnischer Zeit im Untergrund agiert und mit Waffengewalt versucht hatte, einen ukrainischen Nationalstaat zu erzwingen. Die gegen die Sowjetisierung in Litauen, aber auch in Lettland auftretenden Partisanen (die „Waldbrüder") sowie die Untergrundkämpfer in Weißrussland nach 1944 besaßen zwar ebenfalls eine gewisse Schlag-

146 Vgl. den Bericht an Berija über die Tätigkeit des GULAG in den Jahren 1941–1944 in: GULAG. (Glavnoe upravlenie lagerej). 1917–1960. Sost. A. I. Kokurin, N. V. Petrov. Moskva 2000, S. 272–296, hier S. 286–287.

147 Ebenda, S. 288. Eine Gulag-Statistik gibt für 1933 insgesamt 45.755 entflohene Häftlinge an, von denen 28.370 wieder aufgegriffen wurde (APPLEBAUM Der Gulag, S. 421).

148 Ebenda, S. 286–287. Vgl. auch YEVHEN HRYCYAK The Norilsk Uprising: Short Memoirs. Munich 1984.

149 Einschränkend sei auf den ebenfalls militärischen Widerstand der „Basmači" gegen die Sowjetisierung Mittelasiens bis Mitte der zwanziger Jahre hingewiesen, der von einer antisowjetischen, panislamischen und pantürkischen Bewegung getragen wurde. Vgl. RICHARD LORENZ Die Basmatschen-Bewegung, in: Die Muslime in der Sowjetunion und in Jugoslawien. Identität – Politik – Widerstand. Hrsg. von Andreas Kappeler, Gerhard Simon, Georg Brunner. Köln 1989, S. 235–256; RICHARD PIPES The Formation of the Soviet Union. Communism and Nationalism 1917–1923. Rev. ed. Cambridge, Mass. 1964, S. 178–184, 255–260.

kraft,[150] gingen aber nicht mit vergleichbarer Energie vor. Statistiken über die Aktivitäten von „Aufständischen" finden sich in den MVD-Berichten; aufgeführt sind im folgenden die durch das sowjetische Militär getöteten Widerstandskämpfer im Baltikum, in Weißrussland und in der Ukraine:

Tabelle 23. Getötete Aufständische in der Ukraine, in Weißrussland und im Baltikum (1946)[151]

	Ukrainische SSR	Weißrussische SSR	Litauische SSR	Lettische SSR	Estnische SSR
März	8.360	3	145	21	30
April	4.237	16	151	19	24
Mai	826	10	126	26	30
Juni	1.263	4	203	28	21
September	340	6	201	33	7
Oktober	539	5	176	36	3
Dezember	425	14	139	35	9

Die UPA (*Ukraïns'ka Povstans'ka Armija*, „Ukrainische Aufstandsarmee") ist in zweierlei Hinsicht bemerkenswert: Erstens agierte sie mit nur geringer ausländischer Hilfe[152] und zweitens gelang es ihr, sich relativ lange gegen die Sowjetmacht zu halten. Die nach 1944 erneut einsetzende Sowjetisierung – die Umwandlung des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens nach den Vorgaben der Partei – schien der nach nationaler Unabhängigkeit strebenden Organisation Anhänger zuzutreiben, unabhängig davon, ob die Idee einer souveränen Ukraine in der Nachkriegszeit überhaupt realisierbar war. Die Kollektivierung der Landwirtschaft, die Enteignung von Produktionsmitteln, die Ausschaltung politischer Gegner, die ideologische Indoktrinierung, die Einführung des Sowjetsystems und die allgegenwärtige Herrschaft der kommunistischen Partei wurden von einem Teil der Bevölkerung jedenfalls nicht als unabänderlich hingenommen und führten dazu, dass die ukrainischen Aufständischen Unterstützung fanden. Weil sie aber auch gewaltsam Soldaten und Lebensmittel aushoben, lässt sich dennoch kaum feststellen, wie tief die von der

150 Vgl. ANATOL LIEVEN The Baltic Revolution. Estonia, Latvia, Lithuania and the Path to Independence. Sec. ed. New Haven, London 1994, S. 87–92; ROMUALD J. MISIUNAS, REIN TAAGEPERA The Baltic States. Years of Dependence 1940–1990. Exp. and updated ed. London 1993, S. 83–85; TILLMANN TEGELER Der litauische Partisanenkampf im Lichte sowjetischer Akten. München 2001 = Osteuropa-Institut München. Mitteilungen. Band 44.

151 Zahlen aus: GARF 9401-2-135, l. 285–296; 9401-2-136, l. 1–13; 9401-2-137, l. 173–185; 9401-2-138, l. 131–142; 9401-2-139, l. 265–275; 9401-2-139, l. 401–414; 9401-2-168, l. 91–101.

152 Bei BURDS AGENTURA, S. 115, der Hinweis, die OUN/UPA sei bereits ab 1943 durch Großbritannien und die USA unterstützt worden. Ausmaß und Art dieser Hilfe werden aber nicht näher beschrieben.

OUN vertretene nationalukrainische Idee tatsächlich in der Westukraine verankert war.

Die sowjetische Reaktion auf die OUN/UPA bestand nicht nur in Terror. Vielmehr schlug man zwei Wege gleichzeitig ein: den gewaltsamen – der bewaffnete Kampf gegen die UPA hielt bis in die fünfziger Jahre an – und den propagandistischen, der durch Agitation und Anreize zur Mitarbeit am Aufbau von Staat und Verwaltung und damit zum sozialen Aufstieg aufrief. Propagandaaktionen, mit denen man der Bevölkerung, die noch kurz vorher der NS-Herrschaft ausgesetzt war, die ideologischen Vorgaben und das Sowjetsystem flächendeckend nahe bringen wollte, sollten einen grundlegenden Stimmungswandel herbeiführen. Dieser Versuch erwies sich aber als zu schwach. Nur das militärische Vorgehen versprach nachhaltigen Erfolg, wenngleich die an die Örtlichkeiten gewohnten ukrainischen Partisanen die sowjetischen Truppen vor neue Aufgaben stellten. Das Profil des landesinternen Gegners entsprach kaum jenem der bisher bekämpften deutschen Truppen und ihrer Verbündeten.

Aufbau, Struktur und Vorgehen der OUN/UPA nach 1944

Der bewaffnete Widerstand gegen die sowjetischen Truppen in der Westukraine ging zurück auf die 1929 gebildete „Organisation Ukrainischer Nationalisten" (OUN). Ihr Ziel war die Durchsetzung der ukrainischen Eigenstaatlichkeit mittels einer nationalen Revolution. Die Ideologie der OUN wurde von Dmytro Doncov (1883–1973) geprägt, dessen politische Vorbilder faschistische und nationalsozialistische Regierungen bildeten, der jedoch kein Mitglied der OUN war.[153] Totalitäre Elemente wie eine führende Partei, eine starke Hierarchisierung und integraler Nationalismus bildeten die Grundlagen der Bewegung. Während der Zwischenkriegszeit agierte die OUN in Polen unter der Leitung von Andrij Mel'nyk illegal im Untergrund. Der Zuspruch der Ukrainer in Polen für die OUN war jedoch nicht übermäßig. Da die meisten von ihnen als Bauern auf den Höfen von Großgrundbesitzern arbeiteten, zogen sie sozialistische und kommunistische Ideen wegen deren Vorstellungen über die Verteilung von Grund und Boden viel mehr an; die polnische KP wurde so stark von Ukrainern und Weißrussen dominiert, dass Moskau dagegen vorging.[154] Nationalismus indes, wie ihn die OUN propagierte, fand wenig Zuspruch in einer Umgebung, in welcher der persönliche Radius kaum über die Dorfgrenzen hinausging und in der weniger die Volkszugehörigkeit als die gesellschaftliche Position eine Rolle spielte. Die OUN in Polen wurde nie eine Massenbewegung; sie blieb die Angelegenheit weniger Ukrainer, die in Städten wohnten und der Intelligenz angehörten.

153 MYCHAILO SOSNOVS'KYJ Dmytro Doncov. Političnyj portret. Z istorij rozvytku ideolohij ukraïns'koho nacionalizmu. N'ju Jork, Toronto 1974, S. 375. Weiter über die Anfänge der OUN in den zwanziger Jahren und über Doncov: MOTYL The Turn to the Right.

154 SNYDER The Reconstruction of Nations, S. 146; S. 152–153.

Im Februar 1940 spaltete sich die OUN im Streit über Ziele und Methoden; der radikalere Flügel folgte im April 1941 Stepan Bandera (1909–1959).[155] Die Ausgangsorganisation behielt den Namen OUN bei, die Gruppe um Bandera nannte sich zunächst OUNSD („OUN-samostiïnykyv-deržavnykyv"), dann OUN-r („OUN-revoljucioneriv"). Später wurden die Fraktionen nach ihren Leitern als OUN-B (für Bandera) und OUN-M (für Mel'nyk) bezeichnet. Unter dem Zwang der Ereignisse und mit Blick auf die Westalliierten entfernte sich die OUN aus taktischen Gründen allmählich von ihrer „totalitären Erbschaft"[156]. So betonten die Beschlüsse der dritten großen Versammlung der OUN-B von 21. bis 25. August 1943 stärker soziale Fragen. Hier heißt es, die OUN kämpfe für einen unabhängigen, vereinten ukrainischen Staat, für das Recht jedes Volkes auf einen Staat, für die Befreiung aller Völker von imperialistischen Mächten und die Errichtung einer gerechten politischen und sozialen Ordnung. Darunter verstand man unter anderem die Verteilung des Landes von Grundbesitzern, Klöstern und Kirchen an die bäuerliche Bevölkerung, die Etablierung großer industrieller Staatsbetriebe und kleinerer kollektiver Industriebetriebe, die freie Berufswahl, die Zulassung von Gewerkschaften, die Gleichberechtigung für Frauen, freie Berufs- und Ausbildungsmöglichkeiten, Gedanken- und Religionsfreiheit, das Recht für nationale Minderheiten auf kulturelle Entfaltung und anderes; erst weiter hinten im Forderungskatalog stand die Gleichheit aller Bürger der Ukraine sowie ein nicht näher definierter „hoher moralischer Standard".[157]

Die sowjetische Propaganda-Formel, die Anhänger der OUN/UPA seien Helfershelfer der Deutschen und „ukrainisch-deutsche Nationalisten", entspricht zum Teil den Tatsachen, wenn auch die Zusammenarbeit mit den Deutschen für die UPA nur Mittel zum Zweck war.[158] Ukrainische Kreise in Deutschland versuchten ab den dreißiger Jahren, deutsche Dienststellen bezüglich des Schicksals der Ukraine zu beeinflussen; zwei ukrainische Wehrmachtsbataillone („Roland", „Nachtigall") beteiligten sich am Angriff auf die Sowjetunion; Ukrainer traten freiwillig in die SS-Division „Galizien"[159] und in deutsche Einheiten ein und fanden sich bereit zur Mit-

155 Zur Person Banderas vgl. die Literaturangaben im Kapitel über die Ukraine bis 1941.

156 HRYCAK Narys istoriï Ukraïni, S. 249; PETER J. POTICHNYJ, YEVHEN SHTENDERA Introduction, in: Political Thought of the Ukrainian Underground, S. xi–xxvi, hier S. xvi. Zeitgleich führte die UPA in Wolhynien aber einen Massenmord an der polnischen Bevölkerung durch.

157 Voller Wortlaut in: Political Thought of the Ukrainian Underground, S. 333–353, besonders S. 343–345. Zur genaueren Vorgeschichte der OUN, die Entstehung der UPA 1943 und die Kontaktversuche mit dem Westen muss auf die bestehende Literatur verwiesen werden.

158 Apologetisch zur Behandlung der ukrainischen Frage durch die NS-Politik: WOLODYMYR KOSYK L'Allemagne national-socialiste et l'Ukraine. Paris 1986.

159 Über die Aufstellung, Ausbildung und den Einsatz der SS-Division „Galizien" zusammenfassend BASIL DMYTRYSHYN The SS Division Galicia, 1943–1945, in: HUNCZAK, SHTOHRYN (eds.), Ukraine, S. 209–229. Im Juli 1944 wurde die Division bei ihrem ersten Fronteinsatz fast völlig aufgerieben; zu ihrem weiteren Schicksal vgl. WOLFDIETER BIHL Ukrainer als Teil der Streitkräfte des Deutschen Reiches im Zweiten Weltkrieg, in: Österreichische Osthefte 29 (1987) S. 28–55, hier S. 50–55. Die Rolle und Bedeutung der SS-Division „Galizien" ist hef-

hilfe bei der Erschießung von Juden. Dass die deutsche Besatzung jedoch kein Interesse an den Zielen der OUN/UPA besaß, wurde deutlich, nachdem die OUN-B am 30. Juni 1941 nach der Besetzung Lembergs durch die Wehrmacht einen ukrainischen „Staat" ausrief. Diese Eigenmächtigkeit wurde mit der Verhaftung Banderas und vieler seiner Mitstreiter bestraft, die in deutsche Konzentrationslager kamen.

Ernsthafte Anstrengungen, ukrainische Strukturen in der West- und bisher sowjetischen Zentral- und Ostukraine zu begründen, unternahm die OUN in den Monaten von Juli bis September 1941, als die deutsche Verwaltung nach dem Rückzug der sowjetischen Herrschaft installiert wurde.[160] Dafür wurden etwa 8.000 OUN-Anhänger (bei einer Gesamtmitgliederzahl von etwa 20.000) in *pohidni hrupy* (Expeditionsgruppen) in ukrainische Dörfer gesandt, um hier Anhänger zu rekrutieren und nationale ukrainische Institutionen und Strukturen zu aktivieren.[161] Auch die Ukrainische Autokephale Orthodoxe und Ukrainische Autonome Orthodoxe Kirche konnten in dieser Zeit wieder Fuß fassen. OUN-Propaganda war in einer Reihe ostukrainischer Gebiete wie Zaporižžja, Dnipropetrovs'k, Kirovohrad, Sumy und Charkiv neben Kiev, Odessa, Žytomyr und Poltava präsent. Für ihre politischen Vorstellungen konnte die OUN dort zwar Anhänger gewinnen, doch die große Masse der Ukrainer blieb davon unberührt.[162] Das Zentrum der Bandera-Aktivitäten verlagerte sich von Lemberg nach Kiev, um sich wegen der Verfolgung durch die Deutschen dann nach Polen zurückzuziehen.[163]

Strategisch ging die OUN davon aus, die deutschen und die sowjetischen Truppen würden sich in ihren gegenseitigen Kämpfen so aufreiben, dass es gelingen könnte, einen ukrainischen Staat zu errichten.[164] Im Windschatten der deutschen Okkupation sollte die ukrainische Revolution erreicht werden, dafür wurde im Früh-

tig umstritten. Die ukrainische Historiographie neigt oftmals dazu, sie als unabhängiges nationales Korps innerhalb der SS zu glorifizieren und ihre Mitbeteiligung an NS-Kriegsverbrechen herunterzuspielen. Vgl. die neuesten (apologetischen) Arbeiten von TARAS HUNCZAK On the Horns of a Dilemma. The Story of the Ukrainian Division Halychyna. New York, Oxford 2000; ANDRIJ BOLJANOVS'KYJ Dyvizija „Halyčyna". Istorija. L'viv 2000, tendenziös antiukrainisch: EDWARD PRUS SS Galizien. Patrioci czy zbrodniarze? Wrocław 2001, siehe die Besprechung dazu von FRANK GOLCZEWSKI in: JBfGOE 51 (2003) H. 1, S. 113–118.

160 Über die Verankerung der national-ukrainischen Gruppen während des Zweiten Weltkrieges in verschiedenen ukrainischen Städten vgl. ARMSTRONG Ukrainian Nationalism, S. 194–210.

161 Knapp zu den *pohidni hrupy*: WENDY LOWER Nazi Empire-Building and the Holocaust in Ukraine. Chapel Hill 2005, S. 38–40.

162 Ebenda, S. 218. Vgl. die bitteren und kritischen Briefe von Angehörigen von Opfern des UPA-Terrors an die in den neunziger Jahren einberufene staatliche Kommission zur Erforschung der OUN/UPA, abgedruckt in: Protystojannja. Zvernennja, zajavy, lysty hromads'kych orhanizacij, polityčnych partij, hromadjan Ukraïny do Komisij z vyvčennja dijal'nosti OUN-UPA.

163 SERHIJČUK [izd.], OUN-UPA v roky vijny, S. 55–62, hier S. 56–57.

164 VOLODYMYR KOSYK The Ukrainian national resistance movement, 1941–1944, in: The Ukrainian Review (1985) Nr. 4, S. 17–30, hier S. 24.

jahr 1943 eine „Ukrainische Aufstandsarmee" (*Ukraïns'ka Povstans'ka Armija*, UPA) aufgestellt.[165] Die offizielle Begründung für ihre Aushebung lautete, sie solle die ukrainische Bevölkerung vor NS-Übergriffen und Gewaltakten der sowjetischen Partisanen schützen. Die Kräfte dafür stellten ukrainische Polizisten, die in Massen aus dem deutschen Dienst desertierten; auch Fahnenflüchtige der SS-Division „Galizien" wurden aufgenommen.[166]

Ihren Namen übernahm die UPA von einer anderen militärischen Formation: von der ersten national-ukrainischen Partisanengruppe, die im Nordwesten der Ukraine in Polissja/Polesien agierte. Diese Militärformation hatte Taras Bul'ba-Borovec' ursprünglich unter dem Namen „Polis'ka Sič" mit deutscher Beteiligung als Polizeieinheit ausgehoben, um diese Region von der Roten Armee zu „säubern".[167] In ihr waren an die 3.000 Mann gegen sowjetische Militär- und NKVD-Einheiten und Partisanen eingesetzt.[168] Borovec' verweigerte die Vereinigung mit der OUN und führte eigene Truppen unter der Bezeichnung „Ukraïns'ka Narodna Revoljucijna Armija" (UNRA) mit etwa 5.000 Mitgliedern, bis er im Herbst 1943 von den Deutschen verhaftet wurde. Erst dann gelang der OUN-B die endgültige Übernahme der Bul'ba-Einheiten; diese hatten sich ihr bis zum 8. September 1943 mit ihren Waffen anzuschließen, ab dann würden sie „mit Gewalt" dem Oberkommando der UPA untergeordnet.[169] Die Formationen wurden dem vormaligen Anführer der Abteilung „Nachtigall", Roman Šuchevyč (Pseudonym: „Taras Čuprynka"), unterstellt. Als Feinde

165 Zum Kampf der UPA liegt eine Reihe von Darstellungen und Dokumentensammlungen vor. Vgl. darunter: Litopys UPA; Litopys UPA. Nova serija; Desjat' buremnych lit; PETRO MIRČUK Narys istorij OUN 1920–1939. München, London, New York 1968; LEV REBET Svitla i tini OUN. Mjunchen 1964; PETRO SODOL' Ukraïns'ka Povstanča Armija 1943–49. Dovidnyk. N'ju-Jork 1994; MYKOLA LEBED' UPA: Ukraïns'ka Povstans'ka Armija. Drohobyč 1993 (der Autor war Nachfolger Banderas und für viele UPA-Aktionen verantwortlich); Political Thought of the Ukrainian Underground: 1943–1951; JU. KYRYČUK Narysy z istorij ukraïns'koho nacional'no-vyzvol'noho ruchu 1940–50-ch rokiv XX stolittja. L'viv 2000; unkritisch: KENTIJ Narys borot'by OUN-UPA v Ukraïni; V. KUČER OUN-UPA v borot'bi za nezaležnu Ukraïnu. Kyïv 1997. Viele argumentieren im national-ukrainischen Sinn und verteidigen den UPA-Terror auch gegen polnische Zivilisten als defensiven Akt zugunsten der indigenen ukrainischen Bevölkerung. ŠAPOVAL OUN i UPA na tereni Pol'šči erkennt die UPA-Verbrechen an Polen an, allerdings seien diese geschehen „zum Schutz der Rechte und des Lebens der örtlichen authochtonen ukrainischen Bevölkerung" im Lemkengebiet, dem Gebiet von Chełm, am unteren San und in Pidlasien; hier S. 15.

166 SNYDER Die Heimatarmee aus ukrainischer Perspektive, S. 555.

167 Vgl. die Erinnerungen von TARAS BUL'BA-BOROVEC' Armija bez deržavy. Slava i trahedija ukraïns'koho povstans'koho ruchu. Spohady. Kyïv, Toronto, N'ju-Jork 1996 (Neudruck der Ausgabe Vinnipeg 1981). Zu seiner Rolle während des Krieges: V. V. DZ'OBAK Otaman Taras Bul'ba-Borovec'. (Štrychy do polityčnoho portreta). Kyïv 1995; DERS. Taras Borovec' i „Polis'ka Sič", in: Z archiviv VUČK-HPU-NKVD-KHB (1994) Nr. 1, S. 124–139 [fortgesetzt in der folgenden Ausgabe].

168 KLOKOV O strategii i taktike sovetskich partizan, S. 25.

169 Litopys UPA. Nova serija. Tom 2, S. 131. Vgl. weiter zur Auseinandersetzung zwischen den Bul'bisten und der OUN bei HRYCAK Narys istorij Ukraïni, S. 247ff.

wurden die „Moskauer Imperialisten", die „Deutschen und ihre Agenten, die polnischen Imperialisten" bekämpft, Ungarn, Rumänen, Slowaken, Litauer und die anderen „unter deutschem Terror in der Ukraine zum Kampf gezwungenen Völker" sollten jedoch nicht angegriffen werden.[170] Als besonderes Verdienst sah es die UPA an, in ihren Reihen auch jüdische Kämpfer und insbesondere jüdische Ärzte und Krankenschwestern rekrutiert zu haben[171] – dies waren auch Zwangsrekrutierungen –, während sie gleichzeitig in ihrer Ideologie antisemitische wie andere gegen Nicht-Ukrainer gerichtete Züge vertrat.[172] Vom Grundsatz des integralen Nationalismus wich man in der Praxis ab, denn auch Russen und Weißrussen waren aufgerufen, sich der UPA anzuschließen.[173] Selbst Georgier fanden sich in ihren Reihen,[174] Aserbaidschaner, Usbeken, Tscherkessen, Osseten und Armenier,[175] die Mehrheit waren jedoch mit Abstand Ukrainer. Blutige Auseinandersetzungen lieferte sich die UPA ab Ende 1943 mit der polnischen Zivilbevölkerung und der polnischen Untergrundarmee, der *Armia Krajowa* (AK), um Wolhynien als zentrales Gebiet ihrer jeweiligen staatlichen Vorstellungen.[176] Eine taktische Zusammenarbeit der UPA mit der AK gegen die sowjetischen Truppen begann gegen Ende des Krieges in einigen Regionen.[177]

Die sowjetische Bezeichnung für die ukrainischen Untergrundkämpfer lautete neben „ukrainisch-deutsche Nationalisten" auch „Banden", ihre Aktionen wurden mit „Bandentätigkeit" umschrieben. Zutreffend ist die damit die Guerilla-Technik der UPA charakterisiert. Mit dieser konnte sie aber ihren Krieg nicht gewinnen. Für

170 Litopys UPA. Nova serija. Tom 2, S. 35–36, hier S. 35.

171 LEV SHANKOVSKY Ten years of the UPA struggle (1942–1952), in: The Ukrainian Review (1985) Nr. 1, S. 18–27, hier S. 20.

172 Zu den antisemitischen Strömungen innerhalb der OUN vgl. BERKHOFF, CARYNNYK The Organization of Ukrainian Nationalists, S. 152–156; POHL Nationalsozialistische Judenverfolgung, S. 48–49, S. 407, S. 374–377; WEINER Making Sense of War, S. 241–146; 258–269. Vgl. weiter EDWARD PRUS Holocaust po Banderowsku czy Żydzi byli w UPA? Wrocław 1995. Ab 1943 distanzierte sich die OUN von der Ermordung der Juden unter Beteiligung ukrainischer Hilfspolizisten; allerdings waren zu diesem Zeitpunkt bereits die meisten Juden in der Ukraine umgebracht worden (vgl. DIETER POHL Ukrainische Hilfskräfte beim Mord an den Juden, in: Die Täter der Shoah. Fanatische Nationalsozialisten oder ganz normale Deutsche? Hrsg. von Gerhard Paul. Göttingen 2002, S. 205–234, hier S. 222).

173 Vgl. die Aufrufe der UPA in: SERHIJČUK [izd.], OUN-UPA v roky vijny, S. 316–317 und S. 370–373 sowie den programmatischen Text von O. HORNOVY Our attitude toward the Russian people, in: Political Thought of the Ukrainian Underground, S. 319–330, der betont, die UPA kämpfe nicht gegen das russische Volk, sondern gegen die „russischen Imperialisten".

174 Chruščev berichtet im März 1944, im Gebiet Rivne hätten sich zehn Georgier auf Seiten der UPA ergeben; SERHIJČUK [izd.], OUN-UPA v roky vijny, S. 134–144, hier S. 137.

175 Litopys UPA. Nova serija. Tom 2, S. 328–329, hier S. 328.

176 Vgl. zu diesem blutigen Konflikt im Kapitel über den Zweiten Weltkrieg oben.

177 I. I. IL'JUŠYN Protystojannja UPA i AK (Armiï Krajovoï) v roky druhoï svitovoï vijny na tli dijal'nosti pol's'koho pidpillja v zachidnij Ukraïni. Kyïv 2001, S. 255–256; GRZEGORZ MOTYKA, RAFAŁ WNUK Pany i rezuny. Współpraca AK-WiN i UPA 1945–1947. Warszawa 1997.

die Vertreibung der Sowjetherrschaft aus der Westukraine waren die Aufständischen zu schwach ausgerüstet, zu gering organisiert, nur teilweise von der Bevölkerung getragen und der Übermacht der sowjetischen Truppen nicht gewachsen. Andererseits unterschätzte Moskau die Schlagkraft der Ukrainer; denn damit, dass sich ihr Widerstand bis in die fünfziger Jahre hinziehen würde, hatte man nicht gerechnet.

Nach eigenen Angaben besaß die UPA am Ende der deutschen Okkupation der Ukraine mindestens 50.000 Soldaten.[178] Manche Autoren sprechen sogar von 100.000 UPA-Mitgliedern. Realistischer ist eine Zahl von 30–40.000 am Höhepunkt ihres Wirkens zwischen Ende 1943 und dem Beginn des Jahres 1944.[179] Die Gründe dafür, warum man sich der UPA anschloss, waren individuell unterschiedlich gelagert. Sicherlich spielte bei den meisten der Widerstand gegen die Sowjetisierung die größte Rolle. Inwieweit die Bildung einer souveränen Ukraine tatsächlich unterstützt und als realisierbares Konzept betrachtet wurde, ist nicht feststellbar. Als Reaktion auf politische Veränderungen erfuhr die Organisation jedenfalls Zulauf. So verstärkten sich ihre Reihen in den polnisch-ukrainischen Grenzgebieten in Verbindung mit dem forcierten Bevölkerungsaustausch mit Polen. Weiter war die UPA auch ein Anlaufpunkt, wenn sich junge Männer der Wehrpflicht in der Roten Armee entziehen wollten und sich als einzige Möglichkeit die Flucht in die Wälder bot. Neben den aktiven Kämpfern verfügte die UPA über Sympathisanten, Helfer und ähnliche „nicht-operative" Verbindungsleute, auf die sie in wirtschaftlicher und sonstiger Hinsicht angewiesen war. Es ist nicht von einem festen Netz an Anhängern auszugehen, sondern von lockeren Verbindungen, die sich unter Druck von außen wieder auflösen konnten, aber auch ebenso schnell wieder zusammenfanden, nicht unerheblich auch unter Zwang. Auch deshalb ist stark zu bezweifeln, dass breite Kreise unter der Einwohnerschaft der Westukraine tatsächlich hinter dem Vorgehen der UPA standen. Die Perspektivlosigkeit ihres Vorgehens, ihre Raubzüge und auch der Druck der sowjetischen Organe, der wegen ihrer Aktionen auf die Zivilbevölkerung ausgeübt wurde, waren die gängige Motive dafür, warum sich Einwohner der Westukraine auch gegen die UPA stellten.[180]

Der Aufbau der UPA orientierte sich an territorialen Einheiten. Im März 1944 registrierte das sowjetische Innenministerium eine sechs Bataillone umfassende, in den nördlichen Rajons der Gebiete Rivne und Volyn' agierende nördliche Gruppe, eine südliche Gruppe (fünf bis sechs Bataillone in den südlichen Rajons von Rivne und den nördlichen Rajons des Gebiets Ternopil'), eine östliche Gruppe (drei bis vier Bataillone in den östlichen Rajons des Gebiets Rivne und in den westlichen Rajons des Gebiets Žytomyr) und eine westliche Gruppe unbekannter Größe in Teilen

178 SHANKOVSKY Ten years of the UPA struggle (vgl. oben Anm. 171), S. 26.
179 SUBTELNY Ukraine, S. 474.
180 Vgl. die Aussagen von Westukrainern in: Litopys UPA. Nova serija. Tom 5, S. 232–233.

der westlichen und südlichen Rajons des Gebiets Volyn'.[181] Diese Gruppen waren in weitere Einheiten und Unterabteilungen aufgeteilt: Die Bataillone (*kureni*, Sing.: *kuren'*) umfassten 300 bis 400 Mann, wobei sich ein *kuren'* wieder aus „Scharen" (*čety*) bzw. „Zügen" (*vzvody*) mit jeweils zehn bis 15 Personen zusammensetzte. Unterstützt wurden sie durch den Untergrund-Geheimdienst der OUN, die *služba bezpeki* (SB).[182] Kommandanten und Kampfgruppen trugen Pseudonyme und Decknamen. Das Zentrum zur Herstellung von OUN-Untergrundliteratur für die ganze Ukraine wurde das während des Krieges rumänisch besetzte Odessa.[183]

Die UPA-Gruppen verteilten sich nicht gleichmäßig über die Westukraine. Einer internen sowjetischen Aufstellung vom 20. Januar 1946 zufolge[184] operierten sie mit 90 Gruppen und insgesamt 1.136 Soldaten am dichtesten im Gebiet Lemberg; im Gebiet Černivci befanden sich mit drei Gruppen und 30 Kämpfern am wenigsten. Im Gebiet Ternopil' agierten 57 Gruppen mit 462 Mitgliedern, im Gebiet Drohobyč waren es 55 Gruppen bzw. 572 Mitglieder, im Gebiet Rivne 46 Gruppen bzw. 652 Mitglieder, im Gebiet Stanislav 41 Gruppen bzw. 541 Mitglieder sowie im Gebiet Volyn' 30 Gruppen bzw. 445 Mitglieder. Schwächer war die Unterstützung für die UPA in der Karpaten-Ukraine und in der Bukowina, wo eine größere Zahl von ethnischen Minderheiten siedelte, die nicht die nationalen Ziele der Ukrainer teilten. In der Bukowina agierte eine „Bukovyns'ka Ukraïns'ka Samooboronna Armija" als Unterabteilung der UPA mit nach eigenen Angaben über 2.000 Soldaten Anfang 1945.[185] Insgesamt rechnete Moskau Anfang 1946 mit 322 UPA-Gruppierungen und 3.838 darin rekrutierten Soldaten. Diese Zahl beruhte aber auf einer Schätzung und war sicherlich zu tief angesetzt. Ebenfalls zu den aufständischen Kräften wurden von den sowjetischen Organen jene Männer in der Westukraine gezählt, die dem

181 Vgl. auch die Landkarte in: KOVAL' Ukraïna v druhij svitovij i velykij vitčyznjanij vijnach, S. 305, sowie SHANKOVSKY Ten years of the UPA struggle (wie oben Anm. 171), S. 26.

182 GARF 9401-2-64, l. 170–172: Gosudarstvennyj komitet oborony. [T]ovarišču Stalinu I. V. [,] tovarišču Molotovu V. M. [Gez.] Narodnyj komissar vnutrennich del Sojuza SSR (L. Berija). 14. März 1944.

183 Die Propaganda der OUN kam wegen ihrer Abneigung zu den Deutschen auch unter rumänischen Soldaten an; vgl. Istorija Odesy, S. 411.

184 CDAHOU 1-16-31, ark. 56: Svodka o chode bor'by s banditizmom za 20-oe JANVARJA 1946 g.

185 MARIANA HAUSLEITNER Die Rumänisierung der Bukowina. Die Durchsetzung des nationalstaatlichen Anspruchs Großrumäniens 1918–1944. München 2001, S. 439–441, zu ukrainischen antikommunistischen Gruppen in der Bukowina nach dem Krieg. Weitere Angaben zum sowjetischen Vorgehen gegen die UPA im Gebiet Černivci in: Litopys UPA. Nova serija. Tom 5, S. 68–69 [1946]; 356–357 [1947]; Statistiken ebenda, S. 160; 185; 202; 333; 377; 413; 456; 502 (daraus erhellt, dass das Bandenaufkommen in Černivci von allen ukrainischen Gebieten unter Ausnahme der Karpaten-Ukraine am geringsten war). Vgl. auch die Beschreibungen seitens ehemaliger UPA-Anhänger in: JU. D. FERENČUK Bukovyns'ki Karpaty u vogni povstannja. Spohady i svidčennja pro bojovi dії UPA v hirs'kych rajonach Černivec'koї oblasti. Černivci 2001.

Einberufungsbescheid in die Rote Armee nicht nachkamen. Sie wurden ebenfalls in den sowjetischen Statistiken zum UPA-Kampf aufgeführt.

1944 änderte die UPA ihre militärische Vorgehensweise und verlegte sich stärker auf die Untergrundtaktik und den Kampf in kleineren individuellen Einheiten. Obwohl gleichzeitig die sowjetische Gegenwehr durch den Einsatz der Aufklärung effektiver wurde und bis Anfang der fünfziger Jahre der Widerstand weitgehend gebrochen war, entkamen 1947/48 rund 10.000 Kämpfer über tschechoslowakisches Gebiet nach Westdeutschland. Bis Mitte der fünfziger Jahre waren die letzten Einheiten der UPA aufgerieben, während ihre Vertreter im westlichen Ausland im Windschatten des Korea- und eines möglicherweise eintretenden dritten Weltkrieges neuerliche Chancen für den „nationalen Befreiungskampf des ukrainischen Volkes gegen das russische Imperium" propagierten.[186]

Die Vorgehensweise der UPA war jener ihrer Gegner nicht unähnlich: Echte und vermeintliche Verräter wurden ebenso wie Familienangehörige ermordet, der Name ihrer Familie sollte an ihrem Wohnort nicht mehr genannt werden. Der Wortlaut war drastisch: „Jeder, der der stalinistischen Clique hilft, wird im Blut des (ukrainischen) Volkes ertränkt", formulierte eine OUN/UPA-Instruktion vom Oktober 1946.[187] Auch Familienangehörige von „Verrätern" wurden nicht geschont.[188] Um unter Folter keine Geheimnisse verraten zu können, sollten sich UPA-Kämpfer nicht lebend in sowjetische Gefangenschaft begeben. Viele zogen es vor, sich einer Festnahme bis zum Tod zu widersetzen oder Selbstmord zu begehen.

Dass sich die UPA auch mittels Terror Unterstützung sicherte, belegen sowjetische Berichte, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren und so als durchaus realistische Einschätzung eingestuft werden können. So zeigt eine Auflistung über die von den „ukrainisch-deutschen Nationalisten" ermordeten Bürger im Žovkivs'kij rajon, Gebiet Lemberg, eine bedrückende Lage.[189] Für den Zeitraum zwischen Anfang 1942 und August 1946 wurden 34 Überfälle auf die Zivilbevölkerung registriert, bei denen Personen erschlagen, erschossen oder in ihren Häusern verbrannt wurden. Es handelte sich um gezielte Überfälle von UPA-Einheiten auf nicht genehme Personen, die als sowjetfreundlich galten, Frauen und Kinder eingeschlossen. Eine typische Aktion war die Verschleppung und Folterung der Lehrerin Marija Mikolaevna Polusutok im März 1945, deren zerstückelte Leiche in einem Wald entdeckt wurde. Eine Liste von Ermordeten, die sich auf das gesamte Lemberger Ge-

186 STEPAN BANDERA Vijna v Koreï i nacional'no-vyzvol'na polityka, in: DERS. Perspektyvy Ukraïns'koï Revoljuciï. Kyïv 1999, S. 188–194.

187 Zitiert nach: BURDS Gender and policing in Soviet West Ukraine, S. 300.

188 BURDS AGENTURA, S. 105. In der Zeit zwischen Februar 1944 bis Dezember 1946 wurden rund 6.250 Ukrainer als „Verräter" von der UPA ermordet (ebenda, S. 109).

189 DALO P3-1-517, ark. 39–42: Spisok hromadjan Žovkivs'koho rajony L'vivs'koï oblasti, zamordovanych ukraïns'ko-nimec'kymy nacionalystamy. [Gez.] Zav. oblapartchivom L'vivs'koho obkoma KP b U Rostislava. 3. März 1947.

biet bezog, beinhaltete 345 Personen vor allem aus Dörfern.[190] Schilderungen solcher Verbrechen prägen den Bericht, der allerdings auch keinen Hinweis darauf liefert, dass die sowjetischen Behörden Misshandlungen der Bevölkerung zu verhindern suchten. Chruščev berichtete Stalin in einem Brief, unter anderem seien in einem Dorf des Gebiets Lemberg in der Nacht zum 25. Oktober 1944 von der UPA drei Familien niedergemetzelt und der Sekretär des Dorfsowjets aufgehängt worden. In einem anderen Dorf sei ein Lehrer mit Messerstichen verletzt worden und Hilfeleistungen seien untersagt worden. Nicht einmal die Frau des Gequälten habe den Mut dazu gehabt; erst die Mitarbeiter einer Rajonorganisation hätten ihn in ein Krankenhaus gebracht. Am 29. Oktober waren 19 sowjetische Funktionäre eines Dorfes im Gebiet Černivci getötet worden.[191]

Das sowjetische Vorgehen gegen die OUN/UPA

Für die Sowjetregierung waren die ukrainischen „Nationalisten" nichts Neues, Stalin hatte ihre Organisation bereits in den dreißiger Jahren in der westlichen Emigration beobachten lassen. Der Mord an Jevhen Konovalec', einer der führenden Figuren der OUN, im Jahr 1938 durch das NKVD ging auf die Anweisung Stalins zurück.[192] Nach dem Krieg lag die Verantwortung für den Kampf gegen die UPA bei der obersten Staatsspitze, dem GOKO, das von Berija regelmäßige Berichte über den Fortgang erhielt. Nach der Auflösung des GOKO wurden sie an Stalin, Molotov und Malenkov adressiert. Anfang 1944 beauftragte das GOKO sowohl den NKVD als auch Chruščev als Vorsitzenden des ukrainischen Ministerrats, in den Gebieten Rivne, Volyn' und Ternopil' NKVD-Einheiten mit je 50.060 Mann aufzustellen.[193] Fünf weitere NKVD-Brigaden wurden in der Ukraine stationiert. NKGB und NKVD der UdSSR sollten aus den Reihen der NKVD- und NKGB-Soldaten, die in den östlichen Gebieten der Sowjetunion eingesetzt waren, aber bereits in der Westukraine operiert hatten, und aus jenen, die noch nicht in der Ukraine gewesen waren, aber die ukrainische Sprache beherrschten, ein größeres Kontingent entsenden: 2.000 Mann „operative Truppen" des NKGB, davon 200 als Leiter von Rajon-Einheiten, sowie 790 NKVD-Mitarbeiter, davon 120 als Leiter von Rajon-Einheiten. Neben diesen wurde auch die lokale Bevölkerung gegen die UPA eingesetzt. Unmit-

190 DALO P3-1-517, ark. 43–54: Spisok hromadjan Žovkivs'koho rajony L'vivs'koï oblasti, zabytych ukraïns'ko-nimec'kymy nacionalystamy. [Gez.] Zav. oblapartchivom L'vivs'koho obkoma KP b U Rostislava. 3. März 1947. Zur Ermordung von sowjetfreundlichen Zivilisten durch spezielle UPA-Strafeinheiten vgl. weiter BURDS Gender and policing in Soviet West Ukraine, S. 307–310. Weitere Belege für die Terrorisierung der westukrainischen Bevölkerung durch die UPA bei BURDS AGENTURA, S. 102–109.

191 Vgl. unten Anm. 239.

192 Ausgeführt wurde der Mordanschlag am 23. Mai 1938 von Sudoplatov; vgl. seine Schilderung in: SUDOPLATOW, SUDOPLATOW Der Handlanger der Macht, S. 53–60.

193 BILAS Represyvno-karal'na systema v Ukraïni, Kn. 2, S. 547–548 (Dok. 1; ohne Datumsangabe; Terminus ante quem ist der 20. März 1944).

telbar nach der sowjetischen Wiederbesetzung der westlichen Gebiete wurden alle Männer im wehrfähigen Alter bis 30 Jahren eingezogen und filtriert. Militärisch besonders geeignete Männer wurden in kämpfende Truppenteile überführt, die anderen für Instandsetzungsaufgaben mobilisiert. Insgesamt wurden ab Sommer 1944 etwa 750.000 Soldaten aus der Westukraine für die Rote Armee rekrutiert. Viele wurden schlecht ausgerüstet und ausgebildet direkt an die Front geschickt.[194]

Als geheime Unterabteilung des NKVD der UdSSR war die „Staatliche Verwaltung für den Kampf mit dem Banditentum" (GUBB, ukr. *Holovne upravlinnja z borot'by z bandytyzmom*) auf NKVD-Anordnung vom 1. Dezember 1944 gebildet worden. Sie war zuständig für die Ausarbeitung von militärischen Operationen gegen die Aufständischen, für Sabotage-Aktionen und die Organisierung von Spezialgruppen.[195] Sowohl die ukrainische Republiksregierung wie der NKVD/MVD und NKGB/MGB der UdSSR setzten Truppen gegen die UPA ein: Berija jene des Unions-NKVD und Chruščev die dem Kommando der Roten Armee unterstehenden. Zudem wies Berija im Dezember 1944 Rjasnoj und Savčenko als Volkskommissare des ukrainischen NKVD und NKGB an, mit eigenen Einheiten den UPA-Kampf in Lemberg und Drohobyč zu übernehmen.[196] Den Stab für den Kampf gegen die UPA mit Sitz in Rivne leitete Rjasnoj. Die Koordinierung aller sowjetischen Truppen, die gegen die OUN/UPA eingesetzt wurden, lag in den Händen von Generalleutnant T. A. Strokač, dem stellvertretenden Minister für Innere Angelegenheiten der Ukrainischen SSR, der während des Krieges den ukrainischen Partisanenstab geführt hatte. Eine Anordnung Berijas und Merkulovs vom 9. Oktober 1944 über Maßnahmen für einen verstärkten Kampf gegen den ukrainischen Untergrund teilte diese noch einmal territorial auf. Dabei wurde Rjasnoj unter Hilfestellung Savčenkos und des Leiters der Grenztruppen des ukrainischen NKVD Burmak mit der Leitung der operativen Arbeit der NKGB-NKVD-Verwaltungen der Gebiete Lemberg, Stanislav, Drohobyč und Černivci betraut. Dem Stellvertreter von Rjasnoj, Strokač, wurden in der selben Funktion die NKVD- und NKGB-Leitungen der Gebiete Rivne, Volyn' und Ternopil' übertragen, unterstützt durch den Leiter der Staatssicherheit, Jenisenko, und den stellvertretenden Minister der inneren Truppen des NKVD, Marčenko.[197]

Damit standen der UPA mehrere sowjetische militärische Formationen unter unterschiedlichem Kommando gegenüber. Als am wenigsten zuverlässig erwiesen sich die Truppen der Roten Armee, die zwar während des Zweiten Weltkrieges gegen die Wehrmacht gekämpft hatten, aber nicht alle willens waren, gegen Ukrainer vorzugehen, vor allem nicht, wenn sie selbst Ukrainer waren. Sie wurden schließlich ab 1946 nicht mehr direkt gegen die UPA eingesetzt, sondern fungierten gleichsam als Besatzungstruppen. Die Hauptlast des militärischen Vorgehens wurde Sondertrup-

194 ARMSTRONG Ukrainian Nationalism, S. 175–176; MARPLES Stalinism in Ukraine, S. 59.

195 BILAS Represyvno-karal'na systema v Ukraïni, Kn. 1, S. 258.

196 Litopys UPA. Nova serija. Tom 2, S. 116–117. Aus sowjetischer Sicht der Kampf gegen die OUN/UPA bei BILENKO Na ochrane tyla strany, S. 175–194.

197 BILAS Represyvno-karal'na systema v Ukraïni, Kn. 1, S. 263.

pen des NKVD/MVD zugewiesen.[198] Sie waren als „Operativgruppen" des NKVD, des NKGB und der Miliz, als Abteilungen von Smerš, als interne Truppen und bei der Bewachung von Brücken, Fabriken und Eisenbahnanlagen sowie als Spezialeinheiten für Such- und Sabotageaktionen (*istrebitel'nye batal'ony*) eingesetzt. Diese hatten bereits während des Krieges unter dem Kommando des NKVD in den deutsch besetzten Territorien der Sowjetunion als mobile Partisanenverbände zur Bekämpfung von „Spionen und Saboteuren" operiert. Im Juli 1945 wurden die *istrebitel'nye batal'ony* auf 35.000 Mann aufgestockt und 4.000 im Gebiet Volyn', 6.000 im Gebiet Lemberg, 5.000 im Gebiet Drohobyč, 7.000 im Gebiet Stanislav, 4.000 im Gebiet Rivne, 7.000 im Gebiet Ternopil' und 2.000 im Gebiet Černivci eingesetzt.[199]

Die Anwerbung freiwilliger Soldaten für den Dienst in der Westukraine bereitete den Behörden erhebliche Schwierigkeiten. Eine Freiwillige erinnerte sich später an ihren Einsatz in der Stadt Stryj, dass man hier auch nach Kriegsende ständig den Tod vor Augen hatte und dass jeden Tag Miliz- und Parteiangehörigen und Komsomolzen beerdigt wurden.[200] Den NKVD-Mitarbeitern wurde der unbeliebte Dienst in der Westukraine und der Kampf gegen die OUN schmackhaft gemacht, indem sie in regelmäßigen Abständen mit Orden und Medaillen ausgezeichnet wurden. Allein im August 1945 schlug Berija in einem Bericht an Stalin 848 NKVD-Angehörige dazu vor.[201] Sie hätten zwischen 1943 und 1945 insgesamt 1.765.579 Strafhandlungen aufgedeckt, darunter 537.994 Fälle von Unterschleiß staatlichen Eigentums, rund 2.000 aufständische „Banden" ausgehoben, Geld und Waren von über 800 Mio. Rubel und Goldwaren im Wert von 628.518 Rubel, 86,7 Kilo Gold, 36.000 Tonnen Handelswaren und 433.500 Waffen beschlagnahmt und 178.500 Deserteure sowie 128.000 Männer, die den Militärdienst verweigerten, gefasst.

Im August 1944 beschloss das ZK der KP(b)U, die gesamte Partisanendivision des zweimaligen Helden der Sowjetunion, S. A. Kovpak, mit voller Ausrüstung dem ukrainischen NKVD für die Westukraine zur Verfügung zu stellen.[202] Kovpak hatte sich 1943 als sowjetischer Partisanenführer Lorbeeren erworben, als er einen später gefeierten Vorstoß aus dem Gebiet Sumy in die rechtsufrige Ukraine, in die Westukraine bis in die Karpaten unternommen hatte; seine Einheit war dabei aber von den Deutschen aufgerieben worden.[203]

Für einen erfolgreichen Feldzug reichten die sowjetischen Kräfte aber noch immer nicht aus. Ab Anfang 1945 ließ der NKGB in allen Rajons sogenannte „Spezi-

198 POTICHNYJ Die Pazifikation der Ukraine, S. 175–176.

199 Litopys UPA. Nova serija. Tom 2, S. 237–238.

200 ALEXIJEWITSCH Der Krieg hat kein weibliches Gesicht, S. 143.

201 GARF r-9401-2-98, l. 236–262: Gosudarstvennyj komitet oborony – tovarišču Stalinu I. V. [Gez.] Narodnyj Komissar Vnutrennich Del Sojuza SSR (L. Berija). 18. August 1945.

202 Litopys UPA. Nova serija. Tom 2, S. 87–88.

203 COOPER The Phantom War, S. 68. Vgl. seine eigene Darstellung: S. A. KOVPAK Ot Putivlja do Karpat. Moskva 1946.

aleinheiten" (*specgruppy*) bilden, die verkleidet als ukrainische Aufständische Gewalttaten begangen und Zivilisten ermordeten, um die Bevölkerung von der UPA abzuschrecken. Diese Einheiten bestanden aus Angehörigen der lokalen Bevölkerung und aus Überläufern der UPA. Die Aufnahme von ehemaligen UPA-Mitgliedern war jedoch ein zweischneidiges Schwert, denn es war ihnen nur schwer zu glauben, dass sie wirklich mit der ukrainischen Aufstandsbewegung gebrochen hatten. Chruščev empfahl daher, ihnen nur eine bestimmte Aufgabe zu stellen und sie nach deren Erledigung zu entlassen.[204] Im Juni 1945 bestanden insgesamt 156 solcher Spezialtruppen mit 1.783 Mitgliedern, 1946 waren es 3.593 Einheiten mit 63.000 Mitgliedern.[205]

Neben dem Militär setzte die Sowjetregierung auch massive Propaganda gegen die UPA ein. Ein ZK-Beschluss vom 24. November 1944 forderte die Verteilung von ideologischen Schriften, Lehrerbildung und Informationen für die Bevölkerung über die laufenden politischen Ereignisse, Vorträge, Agitation, die Publikation von Zeitungen, die Organisation der Zeitungslektüre für Analphabeten, die Einrichtung von Bibliotheken und Schulen sowie ähnliche Maßnahmen, mit denen die sowjetische Ideologie verbreitet werden sollte.[206] Bei Veranstaltungen auf Gebiets- und Rajonebene, durch welche die Bevölkerung auf die Staatsziele eingeschworen werden sollte, kam die Sprache immer wieder auf die Aufständischen. So lautete ein Vortragsthema einer von 10. bis 11. November 1944 in Lemberg stattfindenden Versammlung: „Die ukrainisch-deutschen Nationalisten als die schlimmsten Feinde des ukrainischen Volkes" – dies war ein Standardvortrag, der auf einer Reihe weiterer Veranstaltungen gehalten wurde.

Schon im Herbst 1944 war klar, dass die sowjetische Propaganda in der Westukraine in der bisherigen Form kaum Erfolg zeitigen würde. Ein ZK-Beschluss beanstandete, die Bürger würden nicht über die Ereignisse an der Front, das internationale Leben und die Grundlagen der Sowjetordnung informiert, die Jugend werde unzureichend politisch unterrichtet und die Intelligenz nicht zu parteipolitischem Engagement herangezogen.[207] Am schlimmsten seien jedoch die Nachlässigkeiten der Parteiorganisationen bei der Entlarvung der „faschistischen Ideologie und der dem Volk gegenüber feindlichen Tätigkeit der Agenten der deutschen Okkupatoren, der ukrainisch-deutschen Nationalisten". Daher wurden die obersten ukrainischen Parteiführer in die Gebiete geschickt, Chruščev nach Lemberg, Korotčenko nach Volyn', Kiričenko nach Rivne, Grečucha nach Stanislav und Manuïl'skyj nach Černivci, um dort gegen die OUN aufzutreten. Alle verfügbaren Massenmedien wurden

204 Dok. No. 62, in: UIŽ (1995) No. 5, hier S. 102.
205 SHAPOVAL The war after the war, S. 54–56.
206 Litopys UPA. Nova serija. Tom 2, S. 92–103.
207 RGASPI 17-44-1640, l. 31–39: Protokol No. 47 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy (1.–15. Oktober 1944), 36-op.: O merach po vypolneniju postanovlenija CK VKP/b/ ot 27.IX.1944 goda „O nedostatkach v političeskoj rabote sredi naselenija zapadnych oblastej USSR". (7. Oktober 1944).

zur Propaganda gegen die UPA eingesetzt; die Abteilung für Propaganda und Agitation am ZK hielt regelmäßig Seminare in der Westukraine. Zur Vorbereitung von Sowjetkadern auf höhere und niedere Positionen wurden mehrmonatige Kurse, Abendschulen, Politschulen und andere Lehrangebote eingeführt. Nachdrücklich wurde die Gründung von Komsomol-Organisationen vorangetrieben.

Um die UPA-Mitglieder zu diffamieren, wurden sie als „Helfershelfer und Kollaborateure" während der NS-Okkupation und als „Henker des ukrainischen Volkes, als Kettenhund der deutschen Usurpatoren, die normale Lebensbedingungen verhinderten" bezeichnet. In einer Adresse des Obersten Sowjets der Ukraine, des Rats der Volkskommissare der USSR und des ZK vom 27. November 1944 hieß es, die Einwohner der Westukraine sollten die Verbindung zu den Mitgliedern der ukrainischen „Banden" abbrechen und künftig „ehrbarer" Arbeit nachkommen.[208] Die Schuld vor der sowjetischen Herrschaft und vor dem ukrainischen Volk werde allen vergeben, die ihre Verbindungen abbrächen. Dafür stellte die ukrainische Regierung UPA-Kämpfern mehrmals, so am 27. November und am 19. Mai 1945, eine Amnestie in Aussicht; bis 1949 folgten wenigstens weitere vier Amnestieangebote, bis zu denen sich die Mitglieder von „ukrainisch-deutschen nationalistischen Banden" den Behörden freiwillig stellen sollten.[209] Dafür, dass ihnen die Teilnahme an antisowjetischen Organisationen verziehen werde, müssten sie sich aber „durch aufrechte Arbeit bei dem Sowjetstaat, bei ihrem Volk und ihrer Heimat" entschuldigen. Dies sei die letzte Möglichkeit, mit einer Verwarnung davon zu kommen. Danach gebe es für alle nur mehr die strengste Bestrafung. Die gängige Praxis bei der Umsetzung der Amnestie war anfangs, dass jene, die sich stellten, in ihre Dörfer zurückkehren mussten, um deutlich zu machen, dass sie tatsächlich begnadigt worden waren; andere wurden als Spione in die „Banden" zurückgeschickt. Beide Vorschläge wurden aber kaum wahrgenommen, da UPA-Führer an früheren Mitgliedern grausam Rache nahmen. In vielen Fällen tötete die UPA nicht nur die Fahnenflüchtigen, sondern bedrohte auch deren Familienangehörige. Jene, die mit der UPA brechen wollten, befanden sich also in einer ausweglosen Situation: Einerseits erkannten sie die Hoffnungslosigkeit ihres Kampfes, andererseits fürchteten sie die Rache anderer UPA-Mitglieder. Dennoch stellten sich nach sowjetischen Angaben bis zum November 1944 innerhalb eines halben Jahres 11.977 Untergrundkämpfer.[210]

Da die meisten Überläufer unverzüglich, ohne dass ihre Heimatdörfer davon erfuhren, in die Armee geschickt werden wollten, wurden die Formalitäten der Am-

208 CDAHOU 1-16-29, ark. 29–31: Prikaz načal'nika UNKVD po L'vovskoj oblasti. [Gez.] Načal'nik upravlenija NKVD L'vovskoj oblasti Gruško. L'vov, Januar 1945.

209 Zvernennja do robitnykiv, seljan i intelihenciï zachidnych oblastej Ukraïny, in: Litopys UPA. Nova serija. Tom 2, S. 155–159, auch in: Radjans'ka Bukovina Nr. 99 (19. Mai 1945). Der Beschluss ist unterzeichnet von Chruščev als Vorsitzendem des Rates der Volkskommissare der USSR, von Korotčenko als Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei der Ukraine und von Grečucha, dem Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet der USSR.

210 Vgl. unten Anm. 239. Weitere Angaben zu den Überläufern in den Tabellen unten.

nestie bald geändert. Die UPA-Deserteure sollten daher nur auf eigenen Wunsch in ihr Dorf zurückkehren, ansonsten eine Arbeit antreten. Die NKVD-Mitarbeiter hatten die Geheimhaltung des Überlaufens zu garantieren. Dies wurde auf Versammlungen den Bauern mitgeteilt, damit sie wiederum „Bandenmitglieder" darüber informierten. Eine weitere Schwächung der UPA sollte dadurch erreicht werden, dass Kommandanten, die sich gestellt hatten, in den Rajons ihres Wirkens auf Versammlungen auftraten und zur Desertion aufriefen. Die „ehemaligen Banditen", die der sowjetischen Seite aktiv halfen, sollten unter staatlichen Schutz gestellt werden.[211]

Diese Maßnahmen zeitigten einen gewissen Erfolg: Während einer militärischen Operation von 10. bis 20. Februar 1945 im Gebiet Lemberg stellten sich 1.638 „Banditen" und Militärdienstverweigerer.[212] Von Mai bis August 1945 gaben 8.497 „Banden"-Mitglieder auf, dazu kamen noch 12.584 Deserteure und Wehrdienstverweigerer.[213] Es zeigte sich, dass eine weitere Zahl von bisher Schwankenden folgte, wenn sich einmal ein Gruppenmitglied oder der Kommandant zur Aufgabe entschlossen hatte. Im Gebiet Ternopil' kam der Kommandant ebenfalls, nachdem seine Hundertschaft nach einem massenweisen Austritt zerfallen war. Der Versuch der UPA, eine neue Gruppe in dieser Region aufzustellen, schlug fehl; schließlich desertierte auch der nachfolgende Anführer. Dennoch war die Amnestie in vielen Fällen nur ein Trick, um die Überläufer festzusetzen, denn UPA-Angehörige wurden, selbst wenn sie sich mit Berufung auf die Amnestie stellten, inhaftiert und zusammen mit ihren Familien bestraft[214] oder sogar durch den NKVD/MVD umgebracht.[215]

Parallel zum militärischen Kampf versuchte die Sowjetregierung, UPA-Aktivisten über eine Bevölkerungszählung, die das ZK der KP(b)U im Januar 1945 anordnete, zu entlarven.[216] In der Zeit von Januar bis 15. Februar mussten sich alle Einwohner über 15 Jahren an ihren Wohnorten melden. Auch sollten alle übrigen lebenden Familienmitglieder erfasst werden, unabhängig von ihrem derzeitigen Aufenthaltsort. Dazu hatten sich das Familienoberhaupt und die weiteren Familienmitglieder mit ihren Papieren einzufinden. Die Identität Abwesender musste durch Dokumente belegt werden. Wenn sich ein Familienmitglied in einer „Bande" befand oder sich vor der Einberufung in die Rote Armee versteckt hielt, hatte das Familienoberhaupt mit Gegenzeichnung zu bestätigen, er werde den Gesuchten für die Registrierung bei der Rajonmiliz herbeischaffen. Gelang dies nicht, wurde die gesamte

211 Ebenda.

212 GARF r-9401-2-93, l. 59–62: Moskva, NKVD SSSR tovarišču Berija L. P. Iz L'vova. [Gez.] NKVD USSR – Rjasnoj. 22. Februar 1945.

213 GARF r-9401-2-98, l. 204–206: Narodnomu Komissaru Vnutrennich Del Sojuza SSR tovarišču L. P. Berija. [Gez.] Narodnyj Komissar Vnutrennich Del USSR – Rjasnoj. August 1945.

214 BERIJA Moj otec – Lavrentij Berija, S. 203.

215 Litopys UPA. Nova serija. Tom 2, S. 238–244, hier S. 239.

216 Vgl. oben Anm. 208, S. 30; POTICHNYJ Die Pazifikation der Ukraine, S. 178. Die Registrierung wurde auch in den ZK-Beschluss vom 10. Januar 1945 aufgenommen; vgl. unten Anm. 218.

Familie voll zur strafrechtlichen Verantwortung bis hin zur Aussiedlung gezogen. Sich freiwillig Stellende wurden ebenfalls registriert, dann aber eingezogen bzw. an einen festen Wohnort weitergeschickt.

Während die UPA-Aktivisten im Kampf zum Äußersten entschlossen waren, gingen auch die sowjetischen Truppen gegen die ukrainischen Partisanen schonungslos vor. Im Jahr 1945 fanden fast täglich mehrstündige Kämpfe in direkter Nähe von bewohnten Ortschaften statt. Auf die Unterstützung der lokalen Bevölkerung waren die UPA-Kämpfer freilich angewiesen, ob sie diese nun freiwillig bekamen oder sie sich mit Gewalt verschafften, daher ließen sie sich oft in nicht allzu großer Entfernung von Bauernhöfen in Wäldern, Verstecken und Erdhöhlen nieder. Bei der Aushebung solcher Quartiere durch die sowjetischen Truppen war in der Regel eine hohe Zahl von ukrainischen Opfern zu beklagen. So wurde am 21. Januar 1945 am Friedhof eines Dorfes des Bogorodčanskij rajon, Gebiet Stanislav, eine Gruppe von Untergrundkämpfern durch NKVD-Truppen in einer vierstündigen Schlacht vollständig vernichtet; 96 „Banditen" wurden getötet, nur ein einziger wurde lebendig gefasst. Am selben Tag fanden 43 „Banditen" in einem Kampf bei einem Dorf im Gebiet Rivne den Tod; lediglich vier Mitglieder wurden lebend festgesetzt. Am 20. Januar 1945 fielen im Gebiet Stanislav bei einer NKVD-Operation 64 „Banditen", zwei wurden gefasst. Von 8. bis 9. Januar wurde eine ukrainische Aufstandsgruppe in ihrem Winterlager in einem Waldmassiv bei einem Dorf im Gebiet Drohobyč aufgerieben: Bei drei Gefangenen verloren 215 Aufständische ihr Leben. In einem dreitägigen Gefecht von 15. bis 17. Januar wurden bei einem Dorf im Gebiet Drohobyč 148 „Banditen" getötet, nur 25 wurden lebend gefangen.[217] Die Kampfmethode des NKVD war durch die massive Überlegenheit an Material – einschließlich von Flugzeugen – und Soldaten geprägt und auf die vollständige Vernichtung des Gegners ausgerichtet. Die Zahl der gefallenen NKVD-Soldaten war bei allen Gefechten deutlich niedriger als jene der ukrainischen Aufständischen.

Trotz des phasenweise massiven Vorgehens der Sowjetmacht zog sich der Kampf gegen die Aufständischen in die Länge. Immer wieder musste das Kiever ZK neue Anweisungen erteilen. Die ukrainische Republikführung erledigte die „Bandenbekämpfung" ähnlich wie die anderen drängenden Kriegsfolgen: nach dem Schema der Planwirtschaft. Dies bedeutete, dass das ZK ein Ziel bestimmte und die Ausführung den Gebieten übertrug. So erließ das Kiever ZK am 10. Januar 1945 den Beschluss „Ob usilenii bor'by s ukrainsko-nemeckimi nacionalistami v zapadnych oblastjach USSR" (Über die Verstärkung des Kampfes gegen die ukrainisch-deutschen Nationalisten in den westlichen Gebieten der USSR),[218] der am 26. Februar bekräftigt wurde. Die dort genannten Fristen für die Niederschlagung der UPA-Aufständischen gingen von der unrealistischen Forderung aus, dies sollte noch im Verlauf des Winters geschehen. Die Verantwortung dafür wurde den Leitern der

217 GARF r-9401-2-92, l. 220–225: Moskva, NKVD SSSR – tovarišču Berija. Iz L'vova. [Gez.] NKVD Ukrainskoj SSR – Rjasnoj. 23. Januar 1945.

218 Litopys UPA. Nova serija. Tom 2, S. 119–124; Desjat' buremnych lit, S. 195–201.

Parteiorganisationen und der NKGB- und NKVD-Organe der Westukraine übertragen.

Neben der Intensivierung der politischen Propaganda sollten immer stärker die Einheimischen in den Kampf gegen die UPA einbezogen werden. So wurden in den Dörfern Selbstschutz-Einheiten aus lokaler Bevölkerung ausgehoben, die bei Anbruch der Dunkelheit alle Personen, die sich noch im Freien aufhielten, vor den Dorfsowjet führen sollten. Außerdem sollten die Gebiets- und Rajonkomitees sowie die NKVD-Organe aus der örtlichen Bevölkerung *istrebitel'nye batal'ony* aufstellen. Das NKVD hatte unverzüglich mit deren Kampfausbildung zu beginnen, die Rajonkomitees wurden angehalten, Leiter für die politische Arbeit aus dem „Parteiaktiv" zu wählen. Weiter empfahl das ZK einen verstärkten Einsatz von Lockvögeln.[219]

Die Lage in der Westukraine war indes angesichts des hartnäckigen Widerstandes keineswegs zufriedenstellend. Der ZK-Beschluss vom 26. Februar 1945[220] beschreibt zwar, dass von 10. Januar 1945 bis 23. Februar 1945 in der Westukraine mehr als 26.000 „Banditen" in Gefangenschaft geraten waren, über 11.000 waren getötet worden. Zu langsam ging aber die Einwohner-Registrierung voran. Im Februar 1945 waren im Gebiet Volyn' von 1.516 Siedlungen erst 798 aufgenommen worden, in Ternopil' von 937 erst 693, in Stanislav von 695 erst 520. In einer Reihe von Dörfern waren weder Miliz- noch Selbstschutztruppen aufgestellt worden; in manchen Dörfern gab es noch nicht einmal Dorfsowjets. Die Agenten wurde als wenig brauchbar bezeichnet, da sich unter ihnen Verräter befanden. Zur endgültigen Niederringung der „Banden" wurde der derzeitige Moment als günstig bezeichnet, da nun viele Anführer vernichtet worden seien und sich die UPA-Mitglieder im Zustand der Panik befänden. Daher sollten die Sekretäre der Gebietskomitees der Westukraine und die NKVD- und NKGB-Vertreter innerhalb einer – als illusionär zu bezeichnenden – dreitägigen Frist konkrete Pläne für einen endgültigen Schlag gegen die UPA vorlegen. Die Taktik der UPA, die vor allem in Terrorakten und Diversion im Untergrund bestehe und offene Kämpfe meide, erfordere eine neue Gegentaktik: Neu aufzustellende mobile Spezialabteilungen sollten auch kleine Banden verfolgen, unabhängig davon, in welches Rajon oder in welches Gebiet diese auswichen; *istrebitel'nye batal'ony* aus der örtlichen Bevölkerung sollten unterstützend eingesetzt werden; die Familien der „Banditen" und ihrer Helfer, wie die Kulaken, Geschäftsleute und andere, sollten stärker verfolgt und ausgesiedelt werden. Als

219 CDAHOU 1-16-31, l. 78–89: Postanovlenie CK KP/b/U. Itogi vyborov v verchovnyj sovet SSSR v zapadnych oblastjach Ukrainy i dal'nejšie zadači partijnych organizacij. [Handschr.: PB 85/18-op., 21.2.1946].

220 CDAHOU 1-16-29, ark. 138–154: Postanovlenie CK KP/b/ U o chode vypolnenija postanovlenija CK KP/b/U ot 10.1.1945 g. „Ob usilenii bor'by s Ukrainsko-nemeckimi nacionalistami v zapadnych oblastjach USSR". 26. Februar 1945. (Auch in: Litopys UPA. Nova serija. Tom 2, S. 136–145; Desjat' buremnych lit, S. 238–247.)

Frist für die endgültige Liquidierung der „Banden" wurde der 15. März 1945 festgelegt.

Die Beschlüsse des ZK sprachen ab Sommer 1945 nur mehr von den „Resten der ukrainisch-nationalistischen Banden in den westlichen Gebieten der USSR", ohne dass allerdings die UPA liquidiert worden wäre. So stellte der ZK-Beschluss vom 24. Juli 1945 (*Postanovlenie o likvidacii ostatkov band ukrainsko-nemeckich nacionalistov v zapadnych oblastjach USSR*)[221] fest, dass die Parteiorganisationen der westlichen Gebiete der USSR, NKVD und NKGB zur Erfüllung der ZK-Beschlüsse vom 10. Januar und 26. Februar große Anstrengungen im Kampf gegen die „ukrainisch-deutschen Nationalisten" vollbracht hätten, dessen Resultat die Sprengung fast aller wichtigen „Banden" sei. Die Moral der „Nationalisten" sinke, einige OUN-Führer seien zu Kreuze gekrochen. Dennoch müsse man den Druck steigern, da einige NKGB- und NKVD-Leiter der Gefahr allzu unbekümmert entgegenträten und entweder zauderten oder zu selbstzufrieden seien, um sie vollständig zu liquidieren. Auch werde die Anweisung des ZK nicht erfüllt, die „Banden" durch spezielle, bewegliche Abteilungen zu verfolgen und Helfershelfer zu bestrafen. Daher setzte das ZK fest, die Gebiets- und Rajonkomitees sowie NKVD und NKGB der Rajons hätten bis zum 25. August 1945 Pläne auszuarbeiten, um die Aufständischen endgültig zu schlagen. Ferner sollten Kampftruppen mit den besten Kommandeuren und Politagitatoren aufgestellt werden, die individuell eine bestimmte „Bande" liquidieren sollten, unabhängig davon, in welches Gebiet sie vordringen würde. Ein Kommandeur, der die Verfolgung einer „Bande" verzögere oder aus Feigheit verweigere, solle vor Gericht gestellt werden. Die Gebietskomitees waren gehalten, dem ZK alle zwei Wochen über die Resultate ihrer Operationen zu berichten.

Die in den ZK-Beschlüssen mehrfach geforderte gerichtliche Verfolgung der Untergrundkämpfer besaß zwei Ziele gleichermaßen: die Bestrafung der Aufständischen und die Warnung der übrigen Bevölkerung davor, sie zu unterstützen. Den UPA-Mitgliedern wurde nach ihrer Gefangennahme der Prozess auf der Grundlage des Kriegsrechts gemacht. Im November 1944 schlug Chruščev Stalin den Einsatz von Militär-Feldgerichten des NKVD vor.[222] Zur Abschreckung sollten diese Gerichte die Angeklagten nicht durch Erschießen, sondern – wie Kriegsverbrecher – durch Erhängen hinrichten lassen, nach Möglichkeit in den Dörfern, in denen die Angeklagten ihre Verbrechen verübt hätten. Die Feldgerichte erschienen Chruščev auch als geeignetes Mittel, um die Aburteilung zu beschleunigen. Die Kriegstribunale verzögerten nämlich die Abarbeitung der Akten der gefangengenommenen „Nationalisten". Manche Angeklagte verbrachten bis zu ihrem Prozess drei oder vier Monate in Haft. Weiter schlug Chruščev vor, an den Gebiets-Verwaltungen des

221 CDAHOU 1-16-30, ark. 67–76: O likvidacii ostatkov band ukrainsko-nemeckich nacionalistov v zapadnych oblastjach USSR. Postanovlenie CK KP/b/U. 24. Juli 1945; auch in: Litopys UPA. Nova serija. Tom 2, S. 169–174, sowie in: Desjat' buremnych lit, S. 313–319.

222 CDAHOU 1-23-1062, ark. 6–18: CK VKP/b/ – tovarišču STALINU I. V. [Gez.] N. Chruščev. 15. November 1944.

NKVD eine spezielle Trojka aus dem Sekretär des Gebietskomitees, dem Leiter der Gebiets-Verwaltung des NKVD und dem Gebiets-Staatsanwalt zu bestellen. Diese Trojki, die schon in den dreißiger Jahren eingerichtet worden waren, sollten das Recht erhalten, über die „ukrainisch-deutschen Nationalisten" zu richten und die Todesstrafe über sie auszusprechen. Dieser Vorschlag Chruščevs wurde nicht umgesetzt. Statt dessen beschloss das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR im Dezember 1944 auf Antrag Berijas die Entsendung zweier Kriegskollegien des Obersten Gerichts der Sowjetunion als Militär-Feldgerichte in die Westukraine, eines von ihnen für die Verfahren des NKVD und des NKGB der Gebiete Lemberg, Drohobyč, Stanislav und Černivci, das andere für die Verfahren in den Gebieten Rivne, Volyn' und Ternopil'. Nach Kriegsrecht konnten sie die OUN-Kämpfer mit Verbannung und dem Tod bestrafen.[223]

Die öffentlich Hinrichtung gefasster „Bandenmitglieder" (wie auch anderer Sowjetbürger, die wegen Kollaboration verurteilt worden waren; dabei führte man Kollaborationsprozesse nur vereinzelt öffentlich) sollte die Verurteilten erniedrigen und auf die Zuschauer abschreckend wirken.[224] Dem Publikum sollte klar gemacht werden, wie entschlossen der Staat mit Regimegegnern umging. Auch Schauprozesse sollten die Bevölkerung von der UPA fernhalten. Am 15. Mai 1944 erbat Chruščev vom ZK in Moskau die Erlaubnis, einen solchen gegen fünf „ukrainisch-deutsche Nationalisten" in der Stadt Rivne durchzuführen. Einer von ihnen habe 26 Menschen umgebracht, der zweite gab den Mord an 13 und der dritte an 15 Menschen zu. Dieser Prozess sollte unterstreichen, dass die „Nationalisten" die wahren Feinde des ukrainischen Volkes seien.[225]

Die Aburteilung traf aber nicht nur die aktiven UPA-Kämpfer, sondern wurde auf ihre Familien ausgeweitet. Diese wurden seit Beginn des Kampfes gegen die UPA als Sondersiedler (*specposelency*) deportiert. Damit sollte der gesamte Hintergrund der national-ukrainischen Bewegung bestraft, in eine fremde Umgebung gesetzt und neutralisiert sowie den Aufständischen der Boden entzogen werden. Zugleich hatten die Deportierten schwere physische Arbeiten zu leisten; sie wurden vor allem in der holzverarbeitenden Industrie eingesetzt. Ihr Eigentum wurde eingezogen, nur das Notwendigste durften sie in die Verbannung mitnehmen.[226] Bis zum 1. März 1945 waren 6.365 Familien (16.522 Personen) deportiert und in Archangel'sk und Ir-

223 GARF r-9401-2-68, l. 55: GOKO tovarišču Stalinu I. V. [Gez.] Narodnyj Komissar Vnutrennich Del Sojuza SSR (L. Berija). 2. Dezember 1944; ebenda, l. 56: Postanovlenie Prezidiuma Verchovnogo Soveta Sojuza SSR. [Gez.] Predsedatel' Prezidiuma Verchnovnogo Soveta Sojuza SSR (Kalinin). Sekretar' Prezidiuma Verchovnogo Soveta Sojuza SSR (Gorkin). Dezember 1944.

224 WEINER Making Sense of War, S. 176. Die Beschreibung des öffentlichen Hängens von UPA-Mitgliedern etwa bei REDLICH Together and Apart in Brzezany, S. 142, 144, 150.

225 DBL Nr. 28.

226 Vgl. die Anordnung des ukrainischen Ministerrats und des ZK KP(b)U vom 15. Oktober 1947 über die weitere Verwendung des eingezogenen Eigentums der OUN-Familien in: BILAS Represyvno-karal'na systema v Ukraïni, Kn. 2, S. 541–544 (Dok. 20).

kutsk, in der ASSR Komi, in Krasnojarsk, in den Gebieten Kirov, Molotov und Tjumen' angesiedelt worden.[227] Jeden Monat wurden mehrere hundert Personen aus der Westukraine verschleppt; ein Höhepunkt der Aktionen lag in den Jahren 1945, 1947 und 1949.[228] Im April 1945 wurden durch Sonderverfahren (*Osoboe Soveščanie*) 868 Familienmitglieder von UPA-Rekruten gerichtlich verfolgt und zu Verbannung verurteilt;[229] im Mai 1945 waren es 507 und im Juni 1945 wieder 648 Familienangehörige.[230]

Es ist nicht erstaunlich, dass die meisten OUN-Sondersiedler Frauen waren, da sich die Männer entweder noch in einer militärischen Formation befanden oder im Kampf gefallen waren. Von den im Oktober 1946 in der Verbannung registrierten 29.351 „OUN-Helfern" waren nur 5.526 Männer, 14.069 waren Frauen und 9.756 Kinder unter 16 Jahren – nicht-volljährige Kinder teilten das Los ihrer Eltern.[231] Insgesamt befanden sich zu diesem Zeitpunkt 2.463.940 Personen in den Sondersiedlungen.[232] Die Zahlen der als UPA-Angehörige deportierten Sondersiedler lauteten folgendermaßen:

Tabelle 24. Zahl der OUN-Sondersiedler[233]

1949	96.191 Personen
1950	143.141 Personen bzw. 50.453 Familien
1953	171.566 Personen (bei insgesamt 2.694.197 Sondersiedlern)

227 BUGAJ „Pogruženy v ėšelony i otpravleny k mestam poselenij ...", Dok. 34, S. 156. Weitere Gruppen, die unter Stalin aus der Westukraine deportiert wurden, waren die „Kulaken" (ab Ende der vierziger bis Anfang der fünfziger Jahre; 1951 waren aus der Westukraine 1.445 deportiert worden, aus dem Gebiet Izmaïl kamen 1948 insgesamt 1.153), Kolchosarbeiter, die sich nicht in das Kolchosleben einfügen wollten und „parasitär" lebten, Soldaten der Einheiten des polnischen Generals Anders (diese waren in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre aus Großbritannien repatriiert worden) und Zeugen Jehowas (1951 betrug ihre Zahl 9.389).

228 Tabelle bei: BILAS Represyvno-karal'na systema v Ukraïni, Kn. 1, S. 189.

229 GARF r-9401-2-94, l. 387: Gosudarstvennyj komitet oborony tovarišču Stalinu I. V. [Gez.] Narodnyj Komissar Vnutrennich Del Sojuza SSR (L. Berija). 10. April 1945.

230 GARF r-9401-2-96, l. 194: Gosudarstvennyj komitet oborony Sojuza SSR tovarišču Stalinu I. V. [Gez.] Narodnyj Komissar Vnutrennich Del Sojuza SSR (L. Berija). 29. Mai 1945; ebenda, l. 214: Gosudarstvennyj komitet oborony tovarišču Stalinu I. V. [Gez.] Narodnyj Komissar Vnutrennich Del Sojuza SSR (L. Berija). 6. Juni 1945.

231 Vgl. die Instruktion über die Durchführung der Deportation der Familien der UPA-Kämpfer in: BILAS Represyvno-karal'na systema v Ukraïni, Kn. 2, S. 502–506 (Dok. 1).

232 ALIEVA (Hrsg.), Tak ėto bylo, Band 1, S. 293 (Spravka Otdela specposelenij NKVD SSSR o količestve specposelencev na oktjabr' 1946 goda. 18. März 1944).

233 Zahlen nach BILAS Represyvno-karal'na systema v Ukraïni, Kn. 2, S. 545 (Dok. 22); POHL The Stalinist Penal System, S. 123; V. N. ZEMSKOV Zaključennye, specposelency, ssyl'noposelency, ssylnye i vyslannye. (Statistiko-geografičeskij aspekt), in: Istorija SSSR (1991) Nr. 5, S. 151–165, hier S. 155. BURDS Gender and policing in Soviet West Ukraine, S. 295, berichtet, die Massendeportationen der Familien von UPA-Angehörigen hätten im Frühjahr 1946 eingesetzt, nachdem Chruščev seine Zustimmung gegeben hatte. Tatsächlich wurden aber, wie in der Tabelle ersichtlich ist, bereits ab 1944 Hunderte von Familien deportiert.

Im Zuge des Tauwetters wurden 1956 zwar an die 60.000 UPA-Deportierte entlassen, durften sich aber nicht wieder in der Westukraine ansiedeln, sondern wurden in die Ostukraine versetzt.[234] Auch die im September 1955 durchgeführte Amnestie für Personen, die während des Krieges mit den Deutschen zusammengearbeitet hatten, ermöglichte längst nicht allen Ukrainern die Rückkehr aus den Lagern.

Obwohl der Sowjetregierung bewusst war, dass nach dem deutschen Rückzug ein neuer – wenn auch schlecht ausgerüsteter – militärischer Gegner zu überwinden war, und sie diesem massive Kräfte entgegen setzte, kam sie mit der völligen Niederwerfung nicht sonderlich voran. Verantwortlich dafür war sicher nicht die aufgefahrene militärische Stärke, sondern vielmehr eine Reihe von Missverständnissen in der Kommunikation und das unkoordinierte Vorgehen einzelner Kommandanten sowie die unzureichende Ortskenntnis der Truppen, deren geringe Ausbildung auf einen Partisanenkampf, aber auch ungenaue Informationen über den Gegner, seine Stärke, Logistik, Waffen und seine Rückzugsregionen. Diese Angaben hingen ab von ihrer korrekten Aufnahme vor Ort, denn die einzelnen Gebiete hatten in regelmäßigen Abständen über die Situation der UPA nach Kiev zu berichten. Dass die Informationen aber nicht zuverlässig waren, fiel bei einer internen Kontrolle und einem Vergleich der vorgelegten Statistiken auf. So hatte der Sekretär des Gebietskomitees von Ternopil' am 24. Januar 1945 die momentane Anzahl der Untergrundkämpfer in seiner Region auf 960 beziffert, am folgenden Tag jedoch mit 2.903 festgelegt, während am Tag danach 3.877 genannt wurden.[235] Nachdem bis Ende Januar 690 Personen gefangengenommen worden waren und sich 437 freiwillig stellten, hätte sich die Anzahl um 1.127 auf 2.750 verringern müssen. Jedoch legte das Gebietskomitee am 1. Februar die Zahl von 5.620 Untergrundkämpfern vor. Demnach manipulierten die einzelnen Gebietskomitees nach eigenen Vorstellungen die Zahlen der Gegner und verbargen dies nicht einmal. Ungeachtet der Schwierigkeit, die Stärke des Gegners im Untergrund tatsächlich anzugeben, gaukelte die Meldung von Zahlen Objektivität vor. Dass es sich um geschätzte Zahlen handelte und handeln musste, wird nirgendwo angemerkt. Die Folge war jedoch nicht, dass Chruščev darauf hin eine besondere Vorsicht bei der Bezifferung der militärischen Stärke des Gegners walten ließ, sondern vielmehr darin, dass er diese ohne Vorbehalt nach Moskau übermittelte.

Spätestens als Chruščev im September 1944 eine detailliertere Beschreibung der UPA-Einheiten in den Gebieten Rivne und Volyn' an Stalin schickte,[236] muss ihm klar gewesen sein, dass es sich bei den Widerstandskämpfern um keine zu vernachlässigende Größe handelte. Derzeit seien in beiden Gebieten 34 „Banden" ausge-

234 SHAPOVAL The war after the war, S. 70–71.

235 CDAHOU 1-16-29, ark. 83–90: Sekretarjam obkomov i rajkomov KP/b/U, načal'nikam oblastnych upravlenij NKVD i NKGB zapadnych oblastej USSR. [Gez.] Sekretar' CK KP/b/U N. Chruščev. 3. Februar 1945. [Handschr.: PB 55/6-op.]; hier ark. 86–87. Auch in: Litopys UPA. Nova serija. Tom 2, S. 126–129, hier S. 127–128.

236 DBL Nr. 20.

macht worden. Es werden der Stellvertreter Banderas, Maksym Ruban, sowie Šuchevyč als militärische Führer genannt; weiter werden operative, politische und vorbereitende Abteilungen, Verbindungsabteilungen, Sanitäts- und Wirtschaftseinheiten sowie ein Sicherheitsdienst aufgeführt. Damit wird indirekt die UPA als gut strukturierte Armee charakterisiert, die territorial verteilt agierte. Ihre Tätigkeit bestehe in Überfällen auf sowjetische Militärangehörige und auf prosowjetisch eingestellte Bevölkerung. Trotz dieser genauen Beschreibungen erweist sich aber die Chruščevsche Berichterstattung als unpräzise bei der Quantifizierung der gegnerischen Stärke, die er unterschätzte und tendenziell zu niedrig ansetzte. Im März 1944 berichtete er, die Mobilisierung von Rekruten in der Westukraine gehe rasch und ohne Widerstand in der Bevölkerung, die sogar „gerne" käme, vonstatten. Dies belege, dass die Attacken der OUN oftmals übertrieben dargestellt würden.[237] Er sei überzeugt, dass die Sowjetunion schnell Ordnung in diese Gegend bringen werde. Auch das angeforderte Kriegsmaterial scheint viel zu gering, wenn man weiß, wie lang sich der ukrainische Widerstand hinzog: 250 automatische Gewehre waren bewilligt worden, während in den ersten zwei Monaten 1945 den Aufständischen bereits 773 Maschinengewehre abgenommen worden waren.[238]

Den Eindruck der Unterschätzung des Gegners gab Chruščev auch anlässlich seiner Reise nach Lemberg und Rivne von 28. Oktober bis 5. November 1944 in einem Bericht an Stalin weiter.[239] So habe sich die „Bandenaktivität" durch die verstärkte NKVD-Tätigkeit und die Propaganda verringert. Während es im August noch 418 „Bandenübergriffe" waren, zählte man im Oktober nur mehr 338. Die weiteren Beobachtungen über UPA-Mitglieder können durchaus in Einzelfällen so zugetroffen haben, dennoch sind sie kaum generalisierbar: Er habe eine Reihe festgenommener „Banditen" befragt, sowohl einfacher, wie auch führender Ränge, und von ihnen erfahren, dass die Stimmung in den „Banden" schlecht sei und dass viele Abteilungen kurz vor der Auflösung stünden. Die überwiegende Mehrheit der Truppen stellten unter Zwang mobilisierte Bauern, die nur mit Terror diszipliniert werden könnten. Ein weiterer Bericht Chruščevs an Stalin vom November 1944 ist ebenfalls voll des Lobes über die Fortschritte der kommunistischen Herrschaftsübernahme in der Westukraine, ohne die Aktionen von OUN/UPA als besonders gefährlich zu charakterisieren.[240] Auch bei der Beurteilung der polnischen Einwohner der Westukraine gab Chruščev Fehleinschätzungen weiter: Wie er Stalin mitteilte, sei bei der Befreiung Lembergs, das mehrheitlich von Polen bewohnt war, die Rote Armee von der Bevölkerung, die sich „zutiefst dankbar für die Befreiung" zeigte, „freundschaftlich

237 DBL Nr. 15. Vgl. zur optimistischen Beurteilung des UPA-Kampfes auch bei ŠAPOVAL Chruščev i Zapadnaja Ukraina, S. 83.

238 Vgl. oben Anm. 220, hier ark. 139.

239 CDAHOU 1-23-1062, ark. 6–18: CK VKP/b/ – tovarišču STALINU I. V. [Gez.] N. Chruščev. 15. November 1944.

240 CDAHOU 1-23-1060, l. 19–23: [Chruščev an Stalin, kein Titel] 15. November 1944.

empfangen" worden.[241] Damit schien auch von den Polen der Westukraine keine militärische Gefahr auszugehen. In welchem Maß Chruščev bewusst oder unbewusst den Widerstand in der Westukraine – ob von national-ukrainischer oder polnischer Seite her – herunterspielte, ist schwer zu beurteilen. Tatsächlich erwuchs ihm aber aus der positiven Bewertung der Lage ein politischer Vorteil, weil er damit Stalin zumindest im Augenblick seine Durchsetzungskraft vermeintlich demonstrieren konnte. Keineswegs ist davon auszugehen, dass Chruščev die Ukrainer und die Ukraine verteidigte. Er äußerte zwar immer wieder seine Sympathie für sie, aber nur, solange sie sich als staatsloyal erwiesen.

Die Unterschätzung der Widerstandsbewegung durch Chruščev hatte zur Folge, dass auch Moskau in dieser Angelegenheit nicht sofort entsprechend nachdrücklich reagierte. Chruščev änderte seine Formulierungen erst allmählich, als er immer wieder durch sowjetische Militärangehörige über die antisowjetische Haltung der Bevölkerung informiert wurde.[242] Dass die Größenordnung der UPA durch die lokalen Behörden unterschätzt wurde, erkannte Kiev erst nach einiger Zeit. Noch bis ins Jahr 1946 hinein ging man davon aus, sie könne binnen weniger Wochen eliminiert werden. Dies jedoch war ein folgenschwerer Irrtum.

Sowjetische Selbstkritik am Vorgehen gegen die UPA

Die Ausgangstaktik der UPA bestand darin, sowjetische Truppenteile und Parteivertreter durch einzelne und überraschende Übergriffe aufzureiben und sich dann rasch wieder zurückzuziehen. Im offenen Kampf war sie zahlen- und ausrüstungsmäßig völlig unterlegen. Trotz empfindlicher Verluste gelangen ihr Anfang 1946 Erfolge durch eine Änderung ihrer Taktik. Sie setzte nicht mehr ausschließlich auf den Partisanenkampf, sondern ihre Mitglieder ließen sich in die Reihen der *istrebitel'nye batal'ony* aufnehmen und fügten diesen von innen heraus Schaden zu.[243] So wurden im März 1946 in einem Dorf des Gebiets Stanislav der Kommandant eines Bataillons, seine Familie und acht „Dorfaktivisten" von einer Gruppe eingeschleuster „Banditen" ermordet, die mit Waffen fliehen konnten. Ein Soldat, der von der UPA

241 DBL Nr. 35.

242 DBL Nr. 8, 9. Bei der Weitergabe von Fehlmeldungen über die Stärke des Gegners war Chruščev dennoch kein Einzelfall, sondern dies scheint während des Krieges gängige Praxis gewesen zu sein, die auch Stalin ausübte. Er ging vor allem in den ersten beiden Kriegsjahren von einer unterlegenen Wehrmacht aus und trieb die Rote Armee trotz der Warnungen der militärischen Aufklärung zu Vorstößen an (MOSHE LEWIN Stalin in the mirror of the other, in: Stalinism and Nazism, S. 107–134, hier S. 126; BONWETSCH Stalin, the Red Army and the 'Great Patriotic War', S. 206). In seiner Überzeugung war Stalin so dickköpfig, dass seine Generäle ihn nicht wahrheitsgemäß über die tatsächliche Kampfkraft der Gegner unterrichten wollten (ebenda, S. 204). Dies führte zu Fehlentscheidungen, da Stalin auch in ausweglosen Situationen nicht einmal einen taktischen Rückzug seiner Truppen zuließ.

243 CDAHOU 1-16-50, ark. 44–50: Postanovlenie CK KP/b/U „Ob usilenii političeskoj raboty, povyšenii bol'ševistskoj bditel'nosti i boevoj vyučki v istrebitel'nych batal'onach zapadnych oblastej USSR". [Handschriftlicher Vermerk:] Chruščov [sic] „za" 4. 4. 46.

angeworben worden war, ermordete in ihrem Auftrag einen Bataillonskommandaten im Juni 1946. Ähnliche Vorfälle wurden im März und April aus den Gebieten Stanislav, Rivne und Drohobyč gemeldet. Dazu kam, dass die ukrainische Aufstandsarmee zu dieser Zeit wieder Hoffnung auf die Hilfe des Auslands setzte, als sich eine Gruppe führender ukrainischer Politiker in einem Brief an Churchill wandte und auf den Kampf der Ukrainer gegen die Sowjetunion hinwies, kurz nachdem dieser in Fulton seine Rede über die Teilung Europas gehalten hatte.[244]

Das ZK, das im April 1946 mit einem Beschluss auf die vermehrten Aktionen gegen die militärischen Kräfte in der Westukraine reagierte, schob die Ursache für das Vordringen der „Banditen" darauf, dass die politische Arbeit innerhalb der sowjetischen Truppen nicht in zufriedenstellender Weise durchgeführt wurde. Deren „bolschewistische Wachsamkeit und Disziplin" sei schwächer geworden, so dass sich „Banditen" einschleichen konnten. Die Verstärkung der Agententätigkeit unter den Soldaten sollte eine verbesserte Kontrolle bewirken, pro Bataillon wurden wenigstens zwei bis drei „geheime Mitarbeiter" eingesetzt. Die Bataillone wurden auf ihre politische Zuverlässigkeit hin überprüft und frühere „Bandenmitglieder" ausgesondert. 175 von allein im April und Mai 1946 im Gebiet Lemberg überprüften 1.124 Personen wurden Verbindungen zu den Aufständischen nachgewiesen.[245] Politische Unterweisung und die Verteilung von Propagandamaterial sollten die Loyalität der Soldaten weiter stärken. Als materieller Anreiz für den Kampfgeist wurde das ukrainische Handelsministerium angewiesen, dem Innenministerium spezielle Fonds mit Handelswaren über eine Summe von 100.000 Rubel zu überlassen, die für im Kampf gegen die UPA erprobte Soldaten als Sachprämien ausgesetzt wurden.

Von einer Umstrukturierung der militärischen Kräfte in der Westukraine erwartete sich das ZK in Kiev ebenfalls eine Verbesserung der Lage. Daher wurden alle Angelegenheiten in Zusammenhang mit dem „Bandenkampf" den MVD-Organen entzogen und allein dem MGB überantwortet, als auf Befehl des sowjetischen Innenministers Kruglov Operativtruppen des zentralen Apparates des MVD in die Westukraine disloziert wurden; Anfang 1947 kamen zusätzlich über 35.000 Soldaten zum Einsatz.[246] Daraus zeichnete sich jedoch kein Erfolg ab. Vielmehr konnten sich die Untergrundkämpfer erneut sammeln und den sowjetischen Einheiten bis zum Frühjahr 1947 Verluste zufügen. Insbesondere in den Gebieten Černivci, Stanislav und Drohobyč verübten sie terroristische Übergriffe. Das ZK machte in einem Beschluss vom April 1947 die Parteiorganisationen der Westukraine und die MGB-Verwaltung der Gebiete dafür verantwortlich, dass deren schwach vorbereitete Aktionen ohne Resultate geblieben seien.[247] Das ZK verlangte daher von den Ge-

244 KENTIJ Narys borot'by OUN-UPA v Ukraïni, S. 33.

245 BILAS Represyvno-karal'na systema v Ukraïni, Kn. 1, S. 277.

246 BARAN, DANYLENKO Ukraïna v umovach systemnoï kryzy, S. 21.

247 CDAHOU 1-16-31, ark. 24–27: Postanovlenie CK KP/b/U. Ob usilenii bor'by s ostatkami band ukrainsko-nemeckich nacionalistov v zapadnych oblastjach USSR. [Handschr.: PB 124/32 {ot} 5. IV-1947g.]

bietskomitees, dem ukrainischen Ministerium für Staatssicherheit und den Leitern des MGB, alle Kräfte aufzubieten, um dies zu ändern. Wie kurzfristig man dabei dachte, ist daran ersichtlich, dass hier als Frist für die „Liquidierung der verklammerten Banditengruppen und der führenden Zentren der OUN von unten nach oben" eineinhalb bis zwei Monate genannt werden. Innerhalb dieser Zeit sollten durch Propaganda „in jedem Dorf um die Parteiorganisationen und die Organe der sowjetischen Macht eine breite Schicht von Klein- und Mittelbauern zusammengeschmiedet" und für den Kampf gegen die „kulakischen Elemente" und „ihre bewaffneten Banden, die ukrainisch-deutschen Nationalisten" aktiviert werden. Der Minister für Staatssicherheit, Savčenko, und die ersten Sekretäre der Komitees der westlichen Gebiete sollten alle zehn Tage über den Verlauf des Kampfes gegen die „Nationalisten" Rechenschaft ablegen. ZK-Beschlüsse dieser Art mit vielen der genannten Formulierungen finden sich ab Mitte der vierziger Jahre wiederholt. Gebetsmühlenartig werden hier immer die sowjetischen Truppen als Schuldige für den schwachen Widerstand gegen die UPA genannt, der durch effektiveres Vorgehen und durch Agitationsarbeit gebrochen werden sollte.

Die Erfolgsstatistik im Kampf gegen die Partisanen hing vom Ehrgeiz und der Ausstattung der jeweiligen Gebiete und der Intensität der Vorstöße gegen die Aufständischen ab sowie von der Anzahl ihrer Kräfte in den einzelnen Regionen. Einige Gebiete wie Lemberg und Drohobyč – hier konzentrierten sich die UPA-Truppen – zeigten sich besonders erfolgreich, während die Resultate in Volodymyr-Volyns'kyj, Černivci und Ternopil', wo weniger ukrainische Aufständische agierten, entsprechend geringer waren:[248]

Tabelle 25. Vergleichsstatistik der Gebiete zum Partisanenkampf im Zeitraum 10. – 31. Januar 1945

Gebiet	getötete	gefasste	sich stellende Aufständische
Lemberg	771	4.732	4.335
Drohobyč	876	1.729	3.677
Stanislav	944	1.323	1.155
Volodymyr-Volyns'kyj	(keine Angaben)	400	636
Černivci	(keine Angaben)	198	604
Ternopil'	(keine Angaben)	461	438

Militärische Schwäche beim Vorgehen gegen die UPA schob die ukrainische Regierung wie immer auf untergeordnete Stellen. Das ZK in Kiev stellte eine Reihe von Gründen fest, weshalb den ukrainischen Aufständischen nicht effektiv genug zuge-

248 Vgl. CDAHOU 1-16-29, ark. 83–90: Sekretarjam obkomov i rajkomov KP/b/U, načal'nikam oblastnych upravlenij NKVD i NKGB zapadnych oblastej USSR. [Gez.] Sekretar' CK KP/b/U N. Chruščev. 3. Februar 1945. [Handschr.: PB 55/6-op.], hier ark. 84–85.

setzt wurde. Im Gebiet Stanislav wurde moniert, dass sich viele Rajon-Abteilungen des MVD und MGB passiv und zögerlich verhalten würden. So wurden im Kolomijskij rajon, wo man bis zu 60 „Banditen und OUN-Mitglieder" vermutete, in zwei Monaten nur zwei „Banditen" getötet und elf gefangen. Pläne zu einem gemeinsamen Vorgehen zwischen NKVD/MVD und NKGB/MGB existierten nicht, obwohl regelmäßig Treffen von Sekretären der Gebietskomitees, von NKVD- und NKGB-Leitern und anderer veranstaltet wurden, an denen Chruščev persönlich teilnahm und heftig gegen die ukrainische Untergrundbewegung argumentierte; von Januar bis Oktober 1945 allein auf acht solcher Veranstaltungen.[249] Klagen kamen darüber, dass Rajonkomitees ihre gesamten Aktivitäten auf die Beschaffung von Brot verlagerten, aber keine Hilfestellungen im Kampf gegen die Aufständischen leisteten.

Während es keine Kritik an der Anzahl der sowjetischen Truppen insgesamt gab, wurden doch interne Schwächen der Formierungen offensichtlich. Zwischen den Leitungen des NKVD/MVD und des NKGB/MGB bestanden Unstimmigkeiten, so dass keine gemeinsamen Aktionen durchgeführt wurden. In einem Fall verfolgte der MGB der Stadt Kam-janec'-Podil's'kyj eine angebliche Gruppe ukrainischer Partisanen, die eine getarnte Spezialeinheit des MGB des Gebiets Ternopil' war. Bei einem Gefecht zwischen beiden wurden zwei Offiziere getötet sowie 16 Offiziere und Soldaten verletzt.[250]

Die sowjetischen Militäroperationen wurden ferner nicht genug vorbereitet und von nur „zweitklassigen Leuten" durchgeführt. Im Gebiet Lemberg zeichneten sich 1946 die NKVD- und NKGB-Mitarbeiter nach Meinung des ZK in Kiev durch Zaudern und eine nachsichtige Haltung angesichts der „ukrainisch-deutschen Nationalisten" aus.[251] Militärische Aktionen gegen diese wurden nur spärlich durchgeführt, so in den Monaten von 1. November 1945 bis zum 1. Januar 1946 im Vynnykovs'kyj rajon nur sechs Operationen, im Maherivs'kyj rajon nur neun und im Hlynjans'kyj rajon nur zehn. Von den in derselben Zeit zusätzlich durch reguläre Truppen durchgeführten 2.204 Aktionen blieben 1.529 ergebnislos. Viele militärische Einsätze verliefen deshalb im Sand, weil die Verantwortlichen die Aktionen schlecht vorbereiteten, zögerlich durchführten und im Kampf unschlüssig agierten. Oftmals wurde die Taktik des passiven Schutzes angewandt und nur dann zum Angriff übergegangen, wenn sich „Banden" zeigten. Durch diese Situation bestand für die UPA mithin die Möglichkeit, sich regional zu erholen und Kräfte zu sammeln. Das Fehlschlagen militärischer Operationen erklärte sich auch mit der mangelnden Geheimhaltung der Vorbereitungen, so dass diese ukrainischen Partisanen bekannt wurden. Oft erlangte ein großer Kreis von Personen davon Kenntnis. Man forderte daher, die Mitwisser auf ein Minimum zu reduzieren. NKGB und NKVD sollten ih-

249 ŠAPOVAL Chruščev i Zapadnaja Ukraina, S. 84.

250 BILAS Represyvno-karal'na systema v Ukraïni, Kn. 2, S. 469–477 (Dok. 61), hier S. 476.

251 CDAHOU 1-16-31, ark. 22–28: Postanovlenie CK KP/b/U. O chode podgotovki k vyboram v verchovnyj sovet SSSR v L'vovskoj oblasti. [Handschr.: 22.1.1946].

ren Apparat sorgfältig prüfen, insbesondere das technische Personal aus der örtlichen Bevölkerung.

Die sowjetische Propaganda verlor stark an Glaubwürdigkeit, wenn nach außen drang, dass MVD und MGB ohne gesetzliche Grundlage Zivilisten festhielten, denen UPA-Zugehörigkeit vorgeworfen wurde. Damit überschritten sie deutlich ihre Kompetenzen und entzogen dem immer wieder plakativ betonten sowjetischen Ansinnen, auf gesetzlicher Grundlage zu agieren, den Boden. Die Verstöße gegen die „sowjetische Gesetzlichkeit" häuften sich mit fortschreitender Konfrontation. 1945 wurden noch 237 gemeldet, in den ersten fünf Monaten des folgenden Jahres waren es bereits 965. Darunter fiel die Verhaftung von 89 Jugendlichen im Gebiet Stanislav im November 1945, die unter der konstruierten Begründung, sie hätten eine „UPA-Jugendverbindung" organisiert, ein halbes Jahr im Gefängnis verbringen mussten.[252] Insbesondere die Spezialeinheiten des MGB griffen immer wieder Zivilisten auf, folterten sie und erzwangen auf diese Weise Geständnisse und Informationen über die ukrainischen Aufständischen. Zwar wurden derlei Verstöße vom Militärstaatsanwalt verfolgt und – wenn auch längst nicht alle – vor Gericht gebracht, doch versuchten MGB und MVD, solche Vorkommnisse geheim zuhalten.[253] Wiederholt wiesen ZK-Beschlüsse die Behebung der „Verletzungen der sowjetischen Gesetzlichkeit" an; ihre Verfolgung durch den Republiks-Staatsanwalt Rudenko sollte nicht länger als 15 Tage betragen.[254] Dies richtete indes wenig aus. Die Bevölkerung der Westukraine war den Übergriffen und Repressalien der sowjetischen Organe weiterhin schutzlos ausgeliefert.

Die am Misslingen einer Aktion gegen die UPA Schuldigen wurden in den meisten Fällen nicht zur Verantwortung gezogen, war dies dennoch der Fall, wurden sie streng bestraft: Als am 8. August 1947 im Strilkivs'kyj rajon, Gebiet Drohobyč, aus dem Hinterhalt mehrere Parteifunktionären erschossen und fünf Personen verwundet worden waren,[255] machte ein Beschluss des Politbüros einige Tage nach dem Attentat nicht etwa die UPA-Kämpfer dafür verantwortlich, sondern beschuldigte frontal die MGB-Abteilung des Rajons, nicht ausreichend auf den Kampf mit dem Untergrund vorbereitet gewesen zu sein. Der Leiter des MGB des Gebiets wurde bezichtigt, trotz seines Wissens über die Widerstandsgruppe im Rajon keine entschlossenen Maßnahmen eingeleitet zu haben, sondern sich auf administrative Maßregelun-

252 Dass dies ein konstruierter Vorwand war, wird ausdrücklich vom ZK KP(b)U so bezeichnet; vgl. Litopys UPA. Nova serija. Tom 2, S. 238–244, hier S. 239.

253 Vgl. den Bericht eines Militärstaatsanwalts ebenda, S. 355–362.

254 Ebenda, S. 146–151, hier S. 148. Weitere ZK-Beschlüsse gegen die „brutalen Verletzungen der sowjetischen Gesetze" unter anderem ebenda, S. 160–162 (19. Mai 1945), S. 309–311 (28. Januar 1948), S. 539–548 (terminus ante quem: 31. März 1954) und S. 549–554 (16. April 1954).

255 CDAHOU 1-16-32, ark. 339–341: Postanovlenie No. [ ] Central'nogo Komiteta KP/b/U. „[ ]" avgusta 1947 g. O merach v svijazi s ubijstvom ounovskimi banditami pervogo sekretarja Strelkovskogo RK KP/b/U Drogobyčskoj oblasti tov. DUDKO P. S. i drugich. [Handschr.: PB/4312-3 25. VIII-1947.]

gen verlegt zu haben. Zur Strafe wurde der NKVD-Rajonleiter seines Postens enthoben und vor Gericht gestellt, dem Leiter des MGB des Gebiets wurde wie dem Sekretär des Gebietskomitees ein Verweis erteilt.

Auch an der personellen Zusammensetzung der *istrebitel'nye batal'ony* hegte Kiev bald berechtigte Zweifel, die schon daher rührten, dass sich viele ihrer Mitglieder durch die „Verletzung der sowjetischen Gesetzlichkeit" und durch Trunksucht hervortaten. Weiter besaßen die Bataillone nicht immer die vom MVD angegebene Stärke. Eine Überprüfung in einem Rajon brachte zutage, dass von fünf Bataillonen mit insgesamt 103 Mitgliedern faktisch nur 23 Mann zur Verfügung standen. Von den 418 Angehörigen der Bataillone eines anderen Rajons waren 85 mit dem Schutz kleiner Industriebetriebe beschäftigt, die anderen waren untätig. Für die Mitglieder eines weiteren Bataillons desselben Rajons waren keine Unterkünfte vorhanden; ihre Waffen wurden in Wohnungen aufbewahrt.[256]

Fehlerhafte Ausrüstung lähmte ebenfalls die Kampfkraft. Auch an lebensnotwendigen Gegenständen bestand Mangel. So wurden in einigen Rajons Waren verkauft, obwohl sie für die Soldaten bestimmt waren. Möglich wurde dies, weil die Rajonkomitees keine Kontrollen durchführten. Andernorts erhielten die Soldaten keine warme und unbeschädigte Kleidung. Ende April wurde eine „Reinigung von fremden Elementen" innerhalb der *batal'ony* durchgeführt. Im Verlauf dieser Aktion ergab sich bei den bis zum 20. April 1946 im Gebiet Lemberg bestehenden 466 *istrebitel'nye batal'ony* mit insgesamt 8.574 Mitgliedern,[257] dass 14 *batal'ony* mit insgesamt 132 Mitgliedern aufgelöst wurden, weil sie zu wenig Mitglieder hatten bzw. weil diese nicht als vertrauenswürdig galten. Anstelle dessen wurden 27 neue Bataillone aufgestellt mit 290 Personen aus dem „unteren bäuerlichen Aktiv" und Personen, die Opfer der UPA geworden waren. In einer Überprüfung des Personals dieser Bataillone wurden aber 103 Leute der Verbindung zur OUN verdächtigt und 1.009 Personen als nicht vertrauenswürdig betrachtet; 161 Personen waren entweder zu alt, krank oder aus ähnlichen Gründen nicht geeignet. So bestanden zum 1. Mai 1946 auf dem Territorium des Gebiets insgesamt 479 *istrebitel'nye batal'ony* mit 7.659 Mitgliedern.

Auch die politische Unterweisung und die Kampfausbildung der Gruppen des Selbstschutzes auf dem Land waren unzureichend; zuständig dafür waren die örtlichen Parteiorganisationen.[258] In einem Dorf des Pomorjans'kyj rajon, Gebiet Lem-

256 CDAHOU 1-16-31, ark. 173–184: Postanovlenie CK KP/b/U. O chode bor'by s ostatkami band ukrainsko-nemeckich nacionalistov v Stanislavskoj oblasti. [Handschr.: PB 112/38 ot 21/XII-46 goda.]

257 DALO 3-1-436, ark. 81–87: Sekretarju L'vovskogo oblastnogo komiteta KP/b/U Tov. Gruševckomu. Spravka. O vypolnenii organizacionnych i agenturno-operativnych meroprijatij po ukrepleniju istrebitel'nych batal'onov v rajonach L'vovskoj oblasti. [Gez.] Načal'nik upravlenija MVD L'vovskoj obl. Komissar milicii 2-go Ranga Gruško. Gor. L'vov. „..." Mai 1946.

258 CDAHOU 1-16-31, ark. 22–28: Postanovlenie CK KP/b/U. O chode podgotovki k vyboram v verchovnyj sovet SSSR v L'vovskoj oblasti. [Handschr.: 22.1.1946].

berg, war die Selbstschutzgruppe zersetzt worden; sie betrieb Plünderungen, gegen die UPA ging sie nicht vor. In einem anderen Dorf war eine 16-köpfige Selbstschutzgruppe von ukrainischen Partisanen entwaffnet worden.

Der Einsatz von Agenten verlief ebenfalls unbefriedigend. Viele von ihnen wurden nach kurzer Zeit wieder entlassen. Im Gebiet Stanislav wurden innerhalb von drei Monaten durch MVD und MGB zwar 735 Agenten angeworben, jedoch im selben Zeitraum 449 von ihrer Arbeit ausgeschlossen. Bei der Auswahl der Agenten wurde offensichtlich wenig Sorgfalt angewandt, denn viele fanden kaum Zugang zu UPA-Gruppierungen. Dies hatte zur Folge, dass man sich weniger auf die Aussagen der Agenten als auf jene gefangener UPA-Mitglieder verlassen musste. Außerdem nahm man aufgrund von Enttarnungen oft einen fliegenden Wechsel an Mitarbeitern vor, deren Zahl daher ständig schwankte. Der Bestand an solchen „verdeckten" Zuträgern – im Fachjargon „agentury" – betrug zum 1. August 1945 insgesamt 1.172 und wurde im Verlauf des August mehr als verdoppelt.[259] Am 1. September waren 2.450 Personen als „informelle Mitarbeiter" tätig, von denen die übergroße Mehrheit, 2.177, als Informanten eingesetzt waren, 244 als Agenten und 29 als „rezidenty", also als Personen, die von Berufs wegen Kontakt zu vielen anderen Menschen pflegen, darunter Ärzte, Postboten, sogar Priester. Dabei drängte man auf eine Verstärkung der „agentury" und ihrer Ausbildung und forderte regelmäßige Treffen und Kontrolle durch den NKVD. Die Tätigkeit von Agentur-Mitarbeitern trug zu einem großen Teil dazu bei, dass die Sowjetherrschaft die UPA schließlich überwand.

Dass Vorgaben aus Kiev in den Provinzen nur langsam umgesetzt wurden, stand ebenfalls in der Kritik. Erst zwei Monate nach einem entsprechenden ZK-Beschluss wurde im Gebiet Stanislav damit begonnen, Betriebe „von feindlichen Elementen zu säubern". Gegenüber den UPA-Mitgliedern, die sich angeblich freiwillig stellten, mahnte man ebenfalls zu Recht zur Vorsicht. Viele von ihnen kämen ohne Waffen im Herbst an, nur um zu überwintern, neue Kräfte zu sammeln und um Verbindungen herzustellen, um dann im Frühjahr erneut in den Untergrund abzutauchen. Jeder dieser Fälle müsse daher sorgfältig geprüft werden.

Die staatliche Propaganda gegen die UPA wurde nach Ansicht des ZK generell vernachlässigt. Sie wurde als zu gering kritisiert. Vielerorts gelang es nicht, das „reaktionäre Wesen der ukrainisch-deutschen Nationalisten" zu entlarven, so dass man keine „endgültige Entwurzelung der nationalistischen Ideologie" erreiche. In einer Reihe von Rajons gab es keine „Agitationskollektive", und die Intelligenz der Westukraine wurde in der Einschätzung Kievs nur schwach zur politischen Arbeit herangezogen. Zeitungen veröffentlichten zu wenig Berichte über die ukrainische Untergrundtätigkeit. Parteimitglieder, die Bevölkerung und Intelligenz wurden dazu aufgerufen, jeden Tag ihren politischen Einsatz mehr zu verstärken.

259 CDAHOU 1-23-2410, ark. 176–180: Spravka. Načal'nik Otdelenija UBB NKVD USSR Kapitan Dobrinskij. Luck, 17. [Tag nicht leserlich] September 1945, hier ark. 178.

Eine Änderung im Vorgehen setzte im Winter 1945/46 ein, als in Zusammenhang mit den Wahlen für den Obersten Sowjet der UdSSR am 10. Februar 1946 die Westukraine „pazifiert" und in einem Großaufgebot sowjetischer Truppen[260] vom nationalistischen Widerstand „gesäubert" werden sollte. Zeitgleich wurden in die Dörfer des UPA-gefährdeten Territoriums kleinere NKVD-Einheiten mit je 25–500 Soldaten verlegt, von denen ein Teil vor Ort stationiert blieb, der andere Teil als mobile Einheiten die Wälder in der Umgebung durchkämmte. Diese ukrainischerseits als „Große Blockade" bezeichnete Kampagne von Dezember 1945 bis April 1946 schwächte die UPA stark. Durch die fehlende Nahrungsmittelversorgung, die Aushebung vieler Verstecke und die niedrigen Temperaturen verlor sie an die 40% ihrer Kämpfer.[261] Allein bis Februar 1946 wurden in 15.562 Operationen insgesamt 4.200 Mitglieder des ukrainischen Untergrundes gefasst und über 9.400 ihrer Helfer enttarnt.[262] Die sowjetischen Behörden gingen zwar davon aus, dass die UPA mit dieser Aktion als kämpfende Einheit zerschlagen worden sei,[263] endgültig war dies aber noch nicht gelungen. In der Folge wurden ab 1946 keine großen Einsätze mehr gegen den Untergrund durchgeführt.

Einen nächsten Schritt zur Bezwingung des ukrainischen Untergrundes vollzog Kaganovič, der zur Lösung des „westukrainischen Problems" vorübergehend Chruščev als Parteisekretär ablöste. Er kritisierte in einem ZK-Beschluss vom Juni 1947 die Resultate der bisherigen Sowjetisierung der Westukraine und machte Chruščev für das Weiterbestehen der UPA verantwortlich.[264] Dieser Beschluss ist nicht nur wegen seiner Länge und der Bandbreite der Einzelpunkte auffällig, sondern auch, weil zu Beginn der Kotau vor Moskau gemacht wird, was in den Beschlüssen davor nicht zu finden war: Nach der Befreiung von den „deutsch-faschistischen Okkupanten" hätten die westukrainischen Partei- und Sowjetorganisationen unter der Leitung des Zentralkomitees der VKP(b), der Sowjetregierung und des Genossen Stalin persönlich eine bedeutende politische und wirtschaftliche Arbeit geleistet. Dieser positiv formulierte Umstand wird aber dann ins Gegenteil umgedreht und die unzulängliche politische Lage in der Westukraine geschildert, wofür die örtlichen Organe

260 Erhöht erscheint die bei LEV ŠANKOVS'KYJ Istorija ukraïns'koho vijs'ka. Druhe dopovnene vydannja. Kyïv 1991, S. 132, genannte Zahl von 585.000 sowjetischen Soldaten. Ein Bericht von Merkulov und Kruglov an Stalin gab im Januar 1946 nur über 64.000 im Kampf gegen die UPA eingesetzte NKVD-Truppen an (Nacional'ni procesy v Ukraïni, č. 2, S. 405–406), zu denen jedoch noch die regulären Einheiten der Roten Armee gerechnet werden müssen.

261 P. SODOL Ukrainian Insurgent Army, in: Encyclopedia of Ukraine, Vol. 5, S. 392–395, hier S. 394.

262 SHAPOVAL The war after the war, S. 59.

263 KENTIJ Narys borot'by OUN-UPA v Ukraïni, S. 14.

264 CDAHOU 1-6-32, ark. 50–96: Postanovlenie CK KP/b/U i Soveta Ministrov USSR. Ob uluč-šenii političeskoj i chozjajstvenoj raboty vo L'vovskoj, Stanislavskoj, Drogobyčskoj, Ternopol'skoj, Rovenskoj, Volynskoj i Černovickoj oblastjach USSR. [Gez.] Predsedatel' Soveta Ministrov Ukrainskoj SSR N. Chruščev, Sekretar' Central'nogo komiteta Kommunističeskoj Partii /Bol'ševikov/ Ukrainy L. Kaganovič. [Handschr. PB 132/1-3 {,} 20 VI 47g.]

verantwortlich gemacht werden. Die Wortwahl war dafür äußerst negativ: Es seien ernsthafte Fehler in der Arbeit der westukrainischen Partei- und Sowjetorganisationen aufgetreten, wodurch keine völlige Liquidierung der „ukrainisch-deutschen Nationalisten" erreicht worden sei. Es sei nicht darauf reagiert worden, dass die UPA zu einer neuen Taktik übergegangen sei und sie nun in kleinen Gruppen kämpfe. Auch sei der Einfluss der „Kulaken" auf dem Dorf, die Basis der „Agenten des Faschismus", noch nicht gebrochen.

Ungewöhnlich auch für die Kiever ZK-Beschlüsse war die Betonung der Parteiformeln, die den Eindruck hervorriefen, der ZK-Beschluss vertrete nun anders als die bisherige Politik in der Westukraine die einzig richtige Position. So wird darauf verwiesen, dass Arbeiter, Bauern und Intelligenz der westlichen Gebiete der USSR nicht dieselbe bittere Schule des Klassenkampfes und der politischen Erziehung genossen hätten, welche die „arbeitende Klasse und die werktätige Bauernschaft" der übrigen Ukraine im Kampf gegen die „Kapitalisten, Gutsbesitzer und Kulaken" in den Jahren der Oktoberrevolution und des Bürgerkrieges, in den Jahren der Stalinschen Fünfjahrespläne, in der Periode der Industrialisierung und der Kollektivierung der Landwirtschaft erlebt hätten. Die westlichen Gebiete der USSR wurden durch die Rote Armee befreit und ihre Bevölkerung erhalte nun alle Wohltaten und Rechte der Sowjetbürger ohne ihr eigenes Zutun am Kampf. Die Einsicht, dass die Westukraine nicht am Aufbau der Sowjetunion beteiligt gewesen war und daher nachzuholen hatte, worin ihr die anderen ukrainischen Gebiete voraus waren, wurde hier zum ersten Mal nachdrücklich geäußert.

Die nächste sowjetische Offensive schwächte den Widerstand der UPA entscheidend. Während dieser wurde deren Rückzugsgebiet im polnisch-ukrainischen Grenzraum zerstört, als eine von langer Hand geplante polnisch-sowjetische Militäraktion gegen die noch etwa 200.000 Ukrainer in Polen eingeleitet wurde. Als propagandistisch wirksamer Auslöser diente dabei der Überfall der UPA auf eine polnische Einheit am 28. März 1947, bei welcher der polnische General Karol Świerczewski getötet wurde.[265] Die Operation richtete sich gegen die ukrainische Bevölkerung im Lemkengebiet, im Gebiet Chełm und in Pidlasien nahe der neuen Grenze zur Ukraine, die dem polnisch-sowjetischen Bevölkerungsaustausch nach dem Krieg entgangen war. Im Frühjahr 1947 wurde sie im Zuge der drei Monate dauernden *Akcja Wisła* (Aktion Weichsel) in die von den Deutschen geräumten Siedlungen im Westen Polens verschleppt und ihre Dörfer wurden zerstört, so dass von ihrer Seite her keine Hilfestellungen mehr für die UPA kommen konnte.[266] Bei 170 getö-

265 HOFMANN Die Nachkriegszeit in Schlesien, S. 396–397.

266 Zur „Aktion Weichsel" vgl. unter anderem JE. MISYLO Operacija <<Wisla>>. L'viv 1994; Akcija "Visla". Dokumenty. Vpor. i red. Jevhen Misylo. L'viv, N'ju Jork 1997 (Übersetzung aus dem Polnischen); Deportacïï ukraïnciv ta poljakiv; BILAS Represyvno-karal'na systema v Ukraïni, Kn. 1, S. 233–237; OUN i UPA na tereni Pol'šči; F. SIKORSKI Kabewiacy w akcji „Wisła". Warszawa 1989; K. PUDLO Łemkowie. Proces wrastania w środowisko Dolnego Śląska 1947–1985. Wrocław 1987; M. TRUCHAN Ukraïnci v Pol'šči pislja druhoï svitovoï vij-

teten polnischen Soldaten[267] fielen ukrainischen Angaben zufolge 3.000 UPA-Angehörige, 150.000 Ukrainer wurden deportiert; fast 4.000 Ukrainer wurden in das Internierungslager für Zwangsumsiedler Jaworzno bei Auschwitz verbracht, wo ein Teil von ihnen umkam.[268]

Die sowjetische Historiographie behauptet zwar, die Hauptkräfte der ukrainischen Aufständischen seien bereits bis Ende des Jahres 1945 eliminiert worden,[269] doch beschrieb ein ZK-Beschluss vom 20. Juni 1947 erneut „ernsthafte Schwierigkeiten, die begründet waren im Ergebnis der Wühltätigkeit der Faschisten und der Treulosigkeit der Verräter des ukrainischen Volkes".[270] 1948 zeichnete sich allmählich ab, dass die UPA den sowjetischen Aktionen immer weniger entgegensetzen konnte. Ihr letzter Übergriff auf das benachbarte Ausland fand im Sommer 1949 auf rumänisches Gebiet statt.[271] Ende der vierziger Jahre erlebte die Aufstandsarmee erhebliche Rückschläge auch durch das Fehlen von Waffen und Nahrungsmitteln sowie durch die schwindende Unterstützung der Bevölkerung. Nachdem in vielen Orten die Verbindungen zwischen den Einheiten zerschlagen und die Truppen dezimiert worden waren, kamen keine koordinierten Aktionen mehr zustande. Einige zehntausend ukrainische Partisanen konnten sich der sowjetischen Verfolgung durch Rückzug entziehen. Über 50.000 von ihnen gelang in den Jahren zwischen 1945 und 1948 die Flucht über die Slowakei oder Polen nach Österreich oder Deutschland.[272] Der nächste Schlag gegen die UPA war der Tod ihres Oberkommandierenden Roman Šuchevyč 1950 bei einem Gefecht nahe Lemberg. Dennoch hielten sich vereinzelte UPA-Einheiten sogar noch über den Tod Stalins hinaus, bis am 24. Mai 1954 der Nachfolger Šuchevyčs, Vasyl Kuk, vom NKVD gefangen wurde. Mit dem offenkundigen Ende der organisierten bewaffneten Opposition in der Westukraine war nunmehr auch der Widerstand gegen die Kollektivierung gebrochen. Dennoch wurden noch in den Jahren 1954–1959 in der Westukraine 156 terroristische Aktionen, 94 Brände von Kolchosengebäuden und über 5.500 Fälle der Verbreitung antisowjetischer Literatur registriert, was der UPA zugeschrieben wurde.[273]

ny 1944–1984. N'ju Jork 1990; R. DROZD Droga na Zachód. Osadnictwo ludności ukraińskiej na ziemiach zachodnich i północnych Polski w ramach akcji "Wisła". Warszawa 1997.

267 ŠAPOVAL OUN i UPA na tereni Pol'šči, S. 225.

268 Polityčna istorija Ukraïny, S. 366; Akcija "Visla". Dokumenty [wie oben Anm. 266], S. 400, Anm. 3; HOFMANN Die Nachkriegszeit in Schlesien, S. 404. Im August 1990 verurteilte der polnische Senat die Aktion Wisła, die 150.000 Personen ihre Heimat und ihr Eigentum kostete, als verbrecherische Operation gegen das ukrainische Volk (BILAS Represyvno-karal'na systema v Ukraïni, Kn. 1, S. 251).

269 ZINČENKO Dejatel'nost' organov sovetskoj vlasti na osvoboždennoj territorii USSR, S. 18.

270 Litopys UPA. Nova serija. Tom 2, S. 277–281, hier S. 280.

271 KENTIJ Narys borot'by OUN-UPA v Ukraïni, S. 62.

272 KOVAL' Ukraïna v druhij svitovij i velykij vitčyznjanij vijnach, S. 306.

273 KENTIJ Narys borot'by OUN-UPA v Ukraïni, S. 90.

Bilanz und Weiterwirken des ukrainischen nationalen Kampfes

Insgesamt zeichnete das sowjetische Vorgehen gegen die UPA keinesfalls eine Kette von Erfolgen aus, vielmehr führte eine Reihe von Rückschlägen immer wieder zum Einsatz neuer Truppen und zu einer Änderung der Taktik, mit der man sich an den Untergrundkampf der UPA anzupassen versuchte. Für die Auseinandersetzung mit der UPA waren die ersten Nachkriegsjahre entscheidend. Dabei zeigte sich auch, dass die Sowjetmacht nicht mit genug Nachdruck gegen die „Banden" auftrat, sondern ihre Widerstandskraft allenthalben unterschätzte. Die folgenden Tabellen geben genauer Aufschluss über die sowjetische Bilanz der Jahre 1944–46:

Tabelle 26. Opfer des Kampfes gegen die UPA im Jahr 1944[274]

Durchgeführte Operationen	6.495
Getötete Untergrundkämpfer	57.405
Gefasste Untergrundkämpfer	50.387
Sich stellende Untergrundkämpfer	15.990
Ausgesiedelte Familien/Personen	4.744/13.320
Gefasste Wehrdienstverweigerer	43.376

Verluste auf sowjetischer Seite:	tot/verletzt/vermisst und entführt:
NKVD- und NKGB-Mitarbeiter	221
Offiziere der Roten Armee und des NKVD	157
Untere Ränge von Roter Armee und NKVD	1.880
Angehörige der *istrebitel'nye batal'ony*	40
Parteifunktionäre	904
Zivilisten	1.953

Tabelle 27. Opfer des Kampfes gegen die UPA im Jahr 1945[275]

	Verluste auf sowjetischer Seite (Soldaten und Parteifunktionäre)		
	Gefallene	Verwundete	Vermisste
Januar	129	147	10
Februar	170	197	37
März	170	242	2
April	92	118	8
Mai	54	50	5
Juni	77	54	–
insgesamt	692	808	62

274 Zahlen nach: BILAS Represyvno-karal'na systema v Ukraïni, Kn. 2, S. 604 (Dok. 16).
275 Nach ebenda, S. 608.

Tabelle 28. Opfer des Kampfes gegen die UPA im Jahr 1946[1]

	Jan.[2]	Feb.	März	April	Mai	Juni	Sept.[3]	Okt.	Dez.[4]
Operationen gegen die UPA:									
Getötete UPA-Mitglieder	578	2.168	1.802	1.024	826	631	340	539	425
Gefasste UPA-Mitglieder	867	6.490	5.949	3.014	782[5]	575	333	313	401
Sich stellende UPA-Mitglieder	60	906	609	199	79	57	70	111	251
Deserteure und Wehrdienst-verweigerer	168	2.605	1.436	563	104	21[6]	7	30	101
Verluste auf sowjetischer Seite:									
NKVD-NKGB-Mitarbeiter:									
tot / verletzt/	12/5	5/1	6/1	19/–	30/	10/5	17/2	12/6	14/3
vermisst / entführt		–/1		4/–	–/2	–/1	–/3	–/4	–/1

1 Zahlen aus den von dem sowjetischen Innenminister Kruglov an Stalin geschickten Berichten über die „Liquidierung der Banden in der Westukraine" in: GARF 9401-2-134, l. 444–459; 9401-2-135, l. 285–296; 9401-2-136, l. 1–13; 9401-2-137, l. 173–185; 9401-2-138, l. 131–142; 9401-2-139, l. 265–275; 9401-2-139, l. 401–414; 9401-2-168, l. 91–101.

2 Die Zahlen beziehen sich nur auf die Zeit von 1. bis 10. Januar 1946.

3 Bei den Zahlen für September wurden „Banditen" und „Teilnehmer am antisowjetischen Widerstand" in der Tabelle zusammengefasst.

4 Bei den Zahlen für Dezember wurden „Banditen" und „Teilnehmer am antisowjetischen Widerstand" in der Tabelle zusammengefasst.

5 Dazu kommen noch 54 „Vaterlandsverräter, Terroristen und andere antisowjetische Elemente".

6 Dazu wurden noch fünf Helfershelfer der Deutschen gefasst.

	Jan.[2]	Feb.	März	April	Mai	Juni	Sept.[3]	Okt.	Dez.[4]
Rotarmisten:[7]									
tot / verletzt/	21/10	9/4	5/6	4/1	26/11	16/10	20/8	6/2	4/4
vermisst / entführt		–/1	–/2		–/1	–/3	–/2	–/–	
istrebitel'nye batal'ony:									
tot / verletzt/	12/–[8]	2/–	10/2	33/11	54/8	24/8	35/10	20/6	27/9
vermisst / entführt			–/2	–/4	–/31	–/1	–/2	–/4	
Partei-Mitarbeiter:									
tot / verletzt/	12/–	4/1	6/–	15/3	56/16	37/6	10/10	44/2	37/6
vermisst / entführt	2/2	0/6	–/2	–/4	–/12	–/9	–/5	–/7	–/4
Verluste der Bevölkerung:									
tot / verletzt/	36/5	29/–	48/3	131/7	118/21	135/6	192/28	154/27	176/25
vermisst / entführt			–/3	–/10	–/13	–/14	–/10	–/13	–/9

7 In diese Angaben fallen die Zahlen der Offiziere und Soldaten der Roten Armee sowie die Offiziere von MVD, da diese in den Quellen nicht getrennt von jenen der Roten Armee aufgeführt werden.

8 Die Angabe bezieht sich ausschließlich auf Kämpfer örtlicher Formationen.

In den Tabellen bzw. den sowjetischen Statistiken erscheinen die Wehrdienstverweigerer in Zusammenhang mit der UPA, weil sie sich ebenfalls in Wäldern verbargen und sich Kämpfe mit den sowjetischen Truppen lieferten. Geht man davon aus, dass die sowjetischen Operationen tatsächlich in der angeführten hohen Zahl durchgeführt wurden und sie nicht nur einen Versuch darstellten, Aktionismus zur Verbesserung der Statistik vorzuspiegeln, so ergibt sich, dass das sowjetische Vorgehen nicht besonders erfolgreich verlaufen sein kann, da man etwa im Jahr 1945 pro Aktion durchschnittlich etwa zehn UPA-Kämpfer ausschaltete: Im Schnitt wurden vier getötet, vier gefangengenommen, zwei stellten sich freiwillig. Diese Tendenz bestätigt eine von Strokač unterzeichnete Aufstellung aus dem Jahr 1945. Der zufolge waren innerhalb von 21 Monaten ab Juli 1944 insgesamt 26.685 Operationen gegen die OUN/UPA durchgeführt worden, 75% ohne Resultat. Höher waren die ukrainischen Opfer, wenn die „Aufständischen" selbst angriffen. Von ihnen wurden im Vergleichszeitraum 6.128 Operationen durchgeführt. Dabei kamen 98.846 Untergrundkämpfer um, 104.990 wurden festgenommen, 48.880 stellten sich.[276] Auf sowjetischer Seite waren dabei 9.621 Soldaten gefallen, 1.343 waren verletzt worden, 2.456 waren verschollen. Dies erlaubt den Schluss, dass die UPA in ihren Verstecken relativ sicher saß, sobald sie sich aber dem offenen Kampf stellte, wurde sie verwundbar und konnte der sowjetischen Übermacht nur unterliegen. Auffällig ist weiter an den obigen Angaben, dass sich an vielen Zeitpunkten die Zahlen der getöteten und gefangen genommenen UPA-Mitglieder stark annähern. Dies belegt einmal mehr die sowjetische Absicht, die ukrainische Aufstandsarmee völlig zum Verschwinden zu bringen und ihre Mitglieder trotz der Amnestieangebote mitnichten zu begnadigen, zugleich wird daran der zähe und erbitterte Widerstandswille, mit dem die UPA vorging, deutlich.

Andererseits nahm eine nicht geringe Anzahl von UPA-Kämpfern das Angebot der Amnestie wahr, insbesondere nach dem Erfolg der „Großen Blockade" von Dezember 1945 bis April 1946. Signifikant hoch war während dieser Zeit die Anzahl der ukrainischen Überläufer; ein Höhepunkt lag im Februar 1945. Nach diesen Monaten sank die Zahl der gefangenen und getöteten UPA-Angehörigen wieder stark, während gleichzeitig die Zahlen der auf sowjetischer Seite getöteten Soldaten und der zivilen Toten stieg. Dies bedeutete, dass der bewaffnete militärische Widerstand trotz der „Großen Blockade" wieder eine gewisse Schlagkraft erreichte.

Insgesamt stellte die UPA eine größere Gefahr für die sowjetische Herrschaft in der Westukraine dar. Neueren ukrainischen Angaben zufolge wurden bei den von ihr in den Jahren 1944–1955 durchgeführten rund 14.500 Anschlägen und Terrorakten mindestens 30.000 Personen – Zivilisten und Militärangehörige – getötet.[277] Allein im Gebiet Lemberg kamen von der Hand Aufständischer 220 Vorsitzende von Dorfsowjets und deren Stellvertreter um.[278]

276 KOVAL' Ukraïna v druhij svitovij i velykij vitčyznjanij vijnach, S. 305–306.
277 KENTIJ Narys borot'by OUN-UPA v Ukraïni, S. 94.
278 ZINČENKO Dejatel'nost' organov sovetskoj vlasti na osvoboždennoj territorii USSR, S. 17.

Der bewaffnete Konflikt zwischen UPA und sowjetischer Herrschaft behinderte die Sowjetisierung der Westukraine einige Jahre. Aber auch nach dem offiziellen Ende der UPA-Aktivitäten hielten die Anschläge und Sabotageakte gegen sowjetische Einrichtungen an. Die Westukraine blieb damit in der Nachkriegszeit ein Schwachpunkt im staatlichen System, das sich hier nur formal, nicht aber ideologisch durchzusetzen vermochte. Die trotz des massiven Gegendrucks der Staatsgewalt anhaltende Resistenz ist mit mehreren Faktoren zu begründen. Dazu zählt, dass die Westukraine erst gut 20 Jahre nach Gründung der UdSSR von dieser inkorporiert wurde. Der Druck innerhalb des polnischen Staates auf die Ukrainer als Minderheit verstärkte deren nationales Selbstbewusstsein. Dieselbe Wirkung entfaltete die Sowjetisierung. Die Ablehnung des sowjetischen Systems hielt große Teile der Bevölkerung in ihrem Widerstand gegen die Moskauer Herrschaft aufrecht, die sich hier nie völlig etablieren konnte. Die Resistenz der Westukrainer wurde zudem durch das Bestreben nach Eigenstaatlichkeit begründet; dies bedeutet aber nicht automatisch die Unterstützung der UPA und ihrer Methoden.

Im Laufe der Zeit wandelte sich der militärische Widerstand gegen die sowjetische Herrschaft in zivilen Ungehorsam. In ukrainischen Hochschulen hielt sich das Ukrainische, die Übernahme des Russischen in den Lehrbetrieb wurde als Russifizierung abgelehnt. Kolchosen verzeichneten geringe Produktionsergebnisse. Allein in drei Monaten des Jahres 1953 wurden von der Zensur 195.000 Privatbriefe abgefangen, in denen Westukrainer das Regime kritisierten.[279] Auch die Liquidierung der unierten Kirche 1946/1949 trieb diese in den Untergrund. Zwar verlor der Einsatz der UPA an Wirkung, dennoch wurde ihre Mythisierung zu einer regionalen Identifikationskraft, mittels der sich in der Westukraine ein nationalukrainisches und antisowjetisches Selbstbewusstsein verstärkte, das auch der russifizierten Ost- und Südukraine feindlich gegenüber stand. Nach dem Ende der UPA kam es innerhalb der Sowjetunion zu keinem weiteren militärischen Aufstand mehr, der vergleichbare Dimensionen wie in der Westukraine aufwies. Der Brennpunkt Galizien blieb bis zum Ende der Sowjetunion bestehen, die hier agierenden Elemente trugen zu einem beträchtlichen Teil zum Ende der Sowjetherrschaft in der Ukraine 1991 bei.

Auch auf Moskauer Regierungsebene behielt das sowjetische Vorgehen gegen die UPA nach dem Tod Stalins eine Bedeutung, die über die ukrainische Politik hinausreichte. Als Malenkov zu Stalins Nachfolger ernannt wurde, versuchte Berija seine Position zu stärken, indem gerade er sich für eine Liberalisierung, eine Amnestie und eine stärkere Berücksichtigung nationaler Kader in den Unionsrepubliken einsetzte. Aus einer von ihm vorgelegten Aufstellung geht hervor, dass von 1944 bis 1953 in der Westukraine insgesamt nahezu 500.000 Personen verhaftet, getötet und deportiert worden waren.[280] Von ihnen wurden:

279 Lavrentij Berija. 1953, S. 47.

280 RGASPI 82-2-897, l. 143–150: V prezidium CK KPSS tovarišču Molotovu V. M. [Gez.] L. Berija. 16. Mai 1953. Hier l. 144.

103.003 verhaftet unter der Anschuldigung, dem antisowjetischen nationalistischen Untergrund anzugehören (davon wurden 82.930 zu Lager- und Gefängnishaft verurteilt);

31.464 verhaftet unter der Anschuldigung der Spionage, der Diversion, der Schädlingstätigkeit, terroristischer Absichten, antisowjetischer Agitation, der Hilfe und der Teilnahme bei Strafhandlungen der „deutsch-faschistischen Okkupanten" in der Westukraine (davon wurden 26.787 zu Lager- und Gefängnishaft verurteilt);

153.259 getötet als Mitglieder von Spionage- und Terrorgruppen des nationalistischen Untergrunds;

203.737 aus der Ukrainischen Sowjetrepublik als „Banden-Helfer" deportiert.

Gleichzeitig vollzog Berija eine politische Kehrtwendung und propagierte die Bewahrung von Gesetz und Ordnung.[281] In einer Reihe von Memoranden an das Präsidium des Obersten Sowjet verurteilte er die Russifizierung Weißrusslands, des Baltikums und der Westukraine und die Besetzung der meisten hohen politischen Positionen mit Russen.[282] Zugleich postulierte er Zugeständnisse an die nichtrussischen Sowjetrepubliken und vertrat die Ansicht, dass der Kampf mit dem „nationalistischen Untergrund" nicht nur auf dem Weg der Massenrepressionen geführt werden könne. Nach der Verhaftung und Hinrichtung Berijas zog das ZK in Moskau die Zügel bei der militärischen Verfolgung der UPA wieder an und ermahnte den ukrainischen Ministerrat, hart gegen die ukrainischen Aufständischen vorzugehen.

Im Unterschied zu den vielen anderen totalitären Strömungen der Zwischenkriegszeit, die neben der Ideologie Doncovs in anderen europäischen Ländern entstanden, konnte sich der Gedanke der ukrainischen nationalen Eigenständigkeit im Sinne Banderas bis in die Gegenwart bewahren. Der Grund dafür war, dass ein Teil ihrer Anhänger im Westen (in Deutschland, Kanada und den USA) weiter dafür eintrat, aber auch, dass er sich allmählich von totalitären Elementen löste und damit eine politische Anpassungsfähigkeit bewies.

281 Berija begann eine vorsichtige Rehabilitierung Stalinscher Opfer und ordnete das Verbot der Folter während einer gerichtlichen Untersuchung sowie die Bestrafung der Fälschung von Untersuchungsergebnissen an. Weiter informierte er Parteikreise über NKVD-Verbrechen, so dass er trotz der von ihm verantworteten Verbrechen in der historiographischen Bewertung als „erster nach-Stalinscher Reformer" bezeichnet wird (vgl. NAUMOV Repression and Rehabilitation, S. 97).

282 TAUBMAN Khrushchev, S. 247.

4. Massengewalt gegen nationale Minderheiten

Während des Stalinschen Regimes wurde Gewalt nicht nur gegen Individuen, sondern auch, und dies war ein Charakteristikum dieser Terrorpolitik, gegen soziale und nationale Gruppen und Großgruppen angewendet. Vollzugsorgane waren hierbei das Innenministerium (NKVD) und die Trojka-Gerichte, denen nach der Verhaftung von Verdächtigen die Urteilsfindung vorbehalten blieb.[1] Der staatliche Massenterror unter Stalin begann mit der kollektiven Verurteilung und Deportation ganzer Gruppen und Völker während der Kollektivierung. Mit der Verschleppung Hunderttausender Kulaken ab dem Ende der zwanziger Jahre wurde eine ganze Gesellschaftsschicht – im marxistisch-leninistischen Verständnis: „Klasse" – gewaltsam aus der sozialistischen Gemeinschaft entfernt. Mit dem Krieg zeichnete sich ein inhaltlicher Wandel dieser Praxis ab, als nämlich kompakt siedelnde ethnische Verbände Opfer von Massendeportationen wurden. Der innere Zusammenhang zwischen beiden Vorgängen bestand darin, dass zu Beginn des Krieges vermehrt „Kulaken" aus den sibirischen Arbeitslagern in die Armee einberufen wurden; ihren Platz nahmen nun ethnische Minderheiten ein.

Die Verschleppungen von Volksteilen begann bereits 1936 mit Polen, Koreanern und Balten aus den Regionen an den Grenzen, 1937 wurden Koreaner, aber auch Kurden aus Aserbaidschan und Armenien nach Kasachstan deportiert, 1938 wurden Iraner aus dem Grenzgebiet zum Iran nach Zentralasien verschleppt. Die Motivation für die Deportationen änderte sich, als die Volksdeutschen nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion unter dem Verdacht der potentiellen Kollektivkooperation nach Kasachstan und Sibirien verbracht wurden. Damit ging die Sowjetregierung erstmalig auch gegen ganze Völker vor. 1943/44 wurden die Kalmücken, Balkaren, Karatschaier, Inguschen, Tschetschenen, Krimtataren und Mescheten deportiert; weiter Kirgisen, Bulgaren, Armenier und Griechen aus der Krim, Kurden, Chemschilen sowie eine große Anzahl von Moldauern und Balten.[2] Bis zum Tod Stalins folgten Litauer, Letten und Esten und Armenier.

1 Allein für die Terrorjahre 1937/38 wurden in Akten rund 2,5 Millionen Verhaftungen, 1,9 Millionen Lagerhäftlinge sowie 681.692 Exekutionen nachgewiesen (GETTY, RITTERSPORN, ZEMSKOV Victims of the Soviet Penal System, S. 1022). Vgl. weiter die statistischen Angaben der Lagerhäftlinge in den Jahren 1934–1953 und der Gefängnisinsassen 1939–1948 bei V. N. ZEMSKOV Zaključennye, specposelency, ssyl'noposelency, ssylnye i vyslannye. (Statistiko-geografičeskij aspekt), in: Istorija SSSR (1991) Nr. 5, S. 151–165, hier S. 152–153.

2 Die Vorgänge der Deportationen sowjetischer Völker unter Stalin werden durch neues Archivmaterial genauer beschrieben; vgl. insbesondere die Darstellungen von N. F. BUGAJ, darunter: K voprosu o deportacii narodov SSSR v 30–40-ch godach. Die klassische Arbeit über die Aussiedlung sowjetischer Völker ist NEKRICH The Punished People. Eine Zusammenstellung der Deportationen sowjetischer Minderheiten bei POHL Ethnic Cleansing in the USSR. Eine Sammlung von Augenzeugenberichten und sowjetischen Beschlüssen bei ALIEVA (Hrsg.), Tak èto bylo. Vgl. weiter: MARIE Les peuples déportés d'Union Soviétique, sowie

Die Umsiedlungen waren staatsterroristische Aktionen. Die Betroffenen – Kinder, Kranke und alte Leute gleichermaßen – wurden von NKVD-Einheiten überfallartig zum Verlassen ihrer Häuser gezwungen. Das Ziel ihrer Reise nach der Verladung in Zügen wurde ihnen nicht mitgeteilt. Bereits der Transit kostete vielen Deportierten das Leben. Die unwirtlichen neuen Wohngebiete, in denen sie ohne materielle Unterstützung unter freiem Himmel und fern jeder Zivilisation ausgesetzt wurden, taten ein Übriges.[3] In den „Spezialsiedlungen" (*specposelenija*) in Kasachstan und Sibirien (im Altaigebiet, im Gebiet Krasnojarsk, Novosibirsk und Omsk), deren Existenz in die Zeit der Zwangskollektivierung und der Deportation der Kulaken zurückreicht, waren die Deportierten dem restriktiven Regime des NKVD unterworfen; sie mussten sich einmal monatlich in den NKVD-Büros melden und durften ohne die Erlaubnis des NKVD-Kommandanten ihre Siedlung nur in den engen Grenzen von ein paar Kilometern verlassen.[4]

Großflächig angelegte Terrormaßnahmen wie die Deportationen ganzer Völker forderten nach außen hin glaubhafte Begründungen. In der Presse wurden die Umsiedlungsaktionen damit erklärt, dass die betroffenen Völker mit den Deutschen zusammenarbeiten würden oder während der Besatzung kollektiv kollaboriert hätten. Die „Izvestija" vom 26. Juni 1946 publizierte einen Beschluss des Präsidiums des Obersten Sowjet der RSFSR über die Deportation der Tschetschenen, Inguschen und Tataren und begründete dies mit deren „Staatsverrat"; außerdem gab die Zeitung die Auflösung der Tschetscheno-Ingusischen Autonomen Republik und die Umwandlung der Autonomen Republik Krim in das Gebiet Krim bekannt.[5]

KAPPELER Rußland als Vielvölkerreich, S. 308–309. Siehe auch die Aufstellung der deportierten Völker im Anhang.

3 Von den 191.044 Krimtataren erreichten 7.889 (5%) ihre Ansiedlungsgebiete nicht, von 40.900 Balkaren 3.494 (8%) und von 93.139 Kalmücken 2%. Die Sterblichkeitsziffer wird im Jahr 1949 von den ausgesiedelten Kaukasusvölkern (Tschetschenen, Inguschen, Balkaren und Karatschaiern) mit 24,7% (insgesamt 144.704 Personen), bei den Deportierten von der Krim mit 19,3% (44.125), bei aus Georgien Deportierten mit 15,7% (14.895) und bei Kalmücken mit 17,3% (16.017) angegeben (TOLZ New Information about the Deportation of Ethnic Groups, S. 168). Einige deportierte Völker hatten Ende der fünfziger Jahre ihre Vorkriegszahl noch nicht wieder herstellen können (vgl. die Aufstellung in: ALAIN BLUM Naître, vivre et mourir en URSS 1917–1991. Paris 1994, S. 115).

4 Vgl. zu medizinischen Verhältnissen, Arbeit, Propaganda und den Lebensumständen in den Spezialsiedlungen: N. F. BUGAJ (Hrsg.), 40–50-e gody: Posledstvija deportacii narodov. (Svidetel'stvujut archivy NKVD-MVD SSSR), in: Istorija SSSR (1992) Nr. 1, S. 122–143. Die ersten Erleichterungen für die Spezialsiedler folgten erst im Juli 1954 in einem Beschluss des sowjetischen Ministerrats (NEKRICH The Punished People, S. 118–119, 129).

5 CARRÈRE D'ENCAUSSE A History of the Soviet Union 1917–1953. Vol. 2. Stalin, S. 151; SIMON Nationalismus und Nationalitätenpolitik, S. 231. Danach wurden diese Völker nicht mehr öffentlich erwähnt. In der Großen Sowjetenzyklopädie im Band über die UdSSR aus dem Jahr 1947 wurden sie nicht weiter geführt unter den in der Sowjetunion lebenden Völkern, nach dem Krieg besaßen sie keine Vertreter im Nationalitätensowjet mehr (ebenda).

Der Vorwurf der Kollektivkollaboration bestimmter Völker wurde in der Nachkriegszeit häufig geäußert, eingedenk der litauischen, lettischen, estnischen, türkischen, tatarischen, kosakischen, armenischen, aserbaidschanischen, kalmückischen, kaukasischen, weißrussischen, ukrainischen, aber auch russischen bewaffneten Formationen innerhalb der Wehrmacht.[6] In der Historiographie wird er als Motiv für die Deportationen übernommen,[7] obwohl verschiedene Fakten gegen einen pauschalen Kollaborationsverdacht der gesamten Völker sprechen. So kämpften Angehörige der deportierten Völker auf sowjetischer Seite gegen die deutsche Besatzung; eine Reihe erhielt militärische Auszeichnungen, darunter als „Helden der Sowjetunion". Dabei konnte der Anteil der Soldaten in den sowjetischen Truppen höher sein als jener in den deutschen Formationen, beispielsweise bei Krimtataren, die bei den sowjetischen Partisanen mit 16% und in deutschem Dienst mit nur 10% vertreten waren. Weiter fehlen Belege dafür, dass vor der deutschen Besetzung tatsächlich Verrat betrieben wurde; sogar bei den Deutschen in der Sowjetunion ist dies nicht bewiesen.[8] Freilich waren die Deportationen auch präventive Strafaktionen. Der tiefere Grund für die Zwangsverschleppungen lag aber darin, dass alle betroffenen Völker Gebiete nahe den Grenzen der Sowjetunion bewohnten, die durch ihre Aussiedlung und die Ansiedlung von Russen gesichert werden sollten. So war die Deportation der Krimtataren und der Muslime aus dem Kaukasus in Zusammenhang mit den sowjetisch-türkischen Spannungen während des Zweiten Weltkrieges zu sehen, die Kalmücken wurden als gefährlich in Bezug auf chinesische Ambitionen und die Koreaner in Bezug auf japanische Aspirationen betrachtet.[9] Durch die Verschleppung der Tschetschenen und Inguschen, deren Autonome Republik während des Krieges nur in einem Randgebiet deutsch besetzt gewesen war, pazifierte die Sowjetregierung die durch antisowjetische Revolten erschütterten Gebiete.

Die Initiative für diese Aktionen wird nicht nur der Staatsspitze und Stalin angelastet, sondern örtlichen Parteiorganisationen, die den Vorwurf Stalins, ihre Region würde unzureichend gegen die Deutschen Widerstand leisten, auf die Volksgruppen

6 Insgesamt wird die Zahl ihrer Soldaten von NS-deutscher Seite mit 748.000 angegeben; vgl. A. V. OKOROKOV Antisovetskie voinskie formirovanija v gody Vtoroj mirovoj vojny. Monografija. Moskva 2000, S. 90. Dazu kommen aber die lokal eingesetzten „Hilfswilligen", die einheimischen Angehörigen von Polizeieinheiten und andere. Die Angaben über die Zahlen aller auf Seiten der Wehrmacht unter Waffen stehenden Sowjetbürger während des Zweiten Weltkrieges schwanken zwischen 200–300.000 und 1,5 Millionen; vgl. N. A. KIRSANOV, S. I. DROBJAZKO Velikaja otečestvennaja vojna 1941–1945 gg.: Nacional'nye i dobrovol'českie formirovanija po raznye storony fronta, in: Otečestvennaja istorija [2001] Nr. 6, S. 60–75, hier S. 68.

7 KAPPELER Rußland als Vielvölkerreich, S. 308; BUGAJ K voprosu o deportacii narodov SSSR, S. 136.

8 Ebenda, S. 136, 137.

9 NEKRICH The Punished People, S. 103.

abwälzten, sowie Berija, der Stalin in dieser Frage beeinflussen konnte.[10] Ein Motiv, weshalb Berija die Deportationen forcierte, wird auch dem Umstand zugeschrieben, dass die Truppen des NKVD dafür eine große Zahl an Auszeichnungen und Belohnungen erhielten.[11]

Nationalitätenpolitik war seit jeher ein wichtiges Instrument sowjetischer Grenzpolitik. Während man in den zwanziger Jahren jedoch versuchte, durch die Gewährung großzügigerer Minderheitenrechte die sowjetischen Grenzregionen auch für Finnen, Polen und Rumänen in ihren Mutterländer attraktiv zu gestalten, um deren Immigration zu fördern,[12] wurden die Grenzgebiete nach dem Zweiten Weltkrieg gesichert, indem die dort ansässigen Minderheiten in die benachbarten Mutterländer abgedrängt wurden. In der beschönigenden Parteisprache hieß dieser Vorgang „Evakuierung". Er betraf Tschechen, Polen sowie Juden in der Westukraine. Juden und Deutsche wurden ebenfalls mit bestimmten Methoden aus der sowjetischen Gesellschaft verdrängt.

4.1. Die „Evakuierung" von Minderheiten an den Staatsgrenzen

4.1.1. Der Bevölkerungsaustausch mit Polen ab 1944

Die ethnische Zusammensetzung der neuen ukrainischen Gebiete im Westen war zwar während des Krieges unter deutscher Okkupation einer enormen Veränderung unterworfen – Polen und Ukrainer waren als Zwangsarbeiter deportiert und Juden ermordet worden, der ukrainisch-polnische Konflikt hatte Todesopfer unter der Zivilbevölkerung zur Folge –, dennoch bestand die ethnische Gemengelage nach der sowjetischen Inbesitznahme 1944 weiter. Die Sowjetregierung betrachtete insbesondere die Polen auf dem sowjetischen Territorium als gefährlich, da sie als Angehörige einer nicht-sowjetischen Nation, als bürgerlicher „Klassenfeind" und somit als antisowjetisch eingestuft wurden. Gleichzeitig wurde befürchtet, dass auf sowjetukrainischem Gebiet eine polnische Irredenta wirksam werden könnte. Diese potentielle Destabilisierung der Gesellschaft sollte ein staatlich angeordneter Bevölkerungstransfer mit Polen beheben, der de facto die von der UPA begonnene Vertreibung von Polen aus der Westukraine fortsetzte. Der Vertrag über einen gegenseitigen Bevölkerungsaustausch zwischen der Regierung der USSR und dem „Polnischen Komitee zur Nationalen Befreiung", am 9. September 1944 geschlossen,[13]

10 Ebenda, S. 96–97; KNIGHT Beria, S. 126–127; TOLZ New Information about the Deportation of Ethnic Groups, S. 165–166.

11 Ebenda, S. 165; PARRISH The Lesser Terror, S. 105; KNIGHT Beria, S. 127.

12 MARTIN The Origins of Soviet Ethnic Cleansing, S. 830–832.

13 Text in: Repatriacja czy deportacja. Tom 1, S. 30–38; Dokumenty i materiały do historii stosunków polsko-radzieckich. Tom 8: styczeń 1944–grudzień 1945. Warszawa 1974, S. 221–227. Die näheren Umstände des Vertragsschlusses bei VYNNYČENKO Ukraïna 1920–1980-ch, S. 64ff.; zu den polnisch-ukrainischen Bevölkerungsverschiebungen nach dem Zweiten Welt-

wurde auffälligerweise nicht von der Sowjetregierung, sondern von Kiev unterzeichnet. Damit konnte Moskau auf die ukrainische Republikführung verweisen, wenn sich die Alliierten gegen den Vertrag ausgesprochen hätten – immerhin datiert er vor der Konferenz von Jalta vom 4. bis 11. Februar 1945, welche die polnische Westverschiebung festlegte.[14] Demnach sollten ethnische Ukrainer aus Ostpolen in die Sowjetukraine und umgekehrt ethnische Polen bzw. Bürger polnischer Staatsangehörigkeit aus den Westgebieten der Ukraine nach Polen verbracht werden. Betroffen waren alle Einwohner ukrainischer, weißrussischer, russischer und – gesondert aufgeführt – rusynischer Nationalität, die noch in Polen, in den Gebieten Chełm, Hrubieszów, Tomaszów Lubelski, Lubaczów, Jarosław, Przemyśl, Lesko, Zamość, Krasnystaw und Biłgoraj wohnten, sowie Polen und Juden in der Westukraine, die bis 17. September 1939 die polnische Staatsbürgerschaft besaßen. „Evakuierung" hieß der Bevölkerungsaustausch deshalb, weil die polnische Bevölkerung der sowjetischen Ansicht zufolge vor den ukrainischen Aufständischen in der Westukraine „in Sicherheit" gebracht werden sollte.[15] Dass es sich – wie bei den Repatriierungen – um Deportationen handelte, die zu einem großen Teil gegen den Willen der Betroffenen durchgeführt wurden, kommt in dieser Bezeichnung nicht zum Ausdruck.[16]

Das eigentliche Ziel, die Herstellung homogener ethnischer Verhältnisse, wurde in den Wortlaut des Vertragstextes nicht aufgenommen, und überhaupt wichen die schriftlichen Formulierungen von der späteren Umsetzung in der Praxis erheblich ab. In erster Linie traf dies auf den Charakter der „Evakuierung" zu, der vertragsgemäß nur jene Personen unterlagen, die ihren Wunsch dazu äußerten. Laut Art. 1 war die Evakuierung „freiwillig", direkter und indirekter Zwang wurde damit ausgeschlossen. Die Realität, wie unten zu schildern ist, sah aber anders aus, und auch die vertragsgemäß vorgesehenen Landzuweisungen für die Übersiedler standen nur

krieg vgl. weiter den Sammelband Polska i Ukraina po II wojnie światowej; sowie die Dokumentenbände Pol'ška ta Ukraïna u trydcjatych-sorokovych rokach XX stolittja. Tom 2; Deportacii. Zachidni zemli Ukraïny kincja 30-ch – początku 50-ch rr. Tom 2. Ein fast identischer Vertrag zwischen Polen und der weißrussischen Sowjetrepublik sowie Polen und der litauischen Sowjetrepublik wurde am 9. bzw. am 22. September 1944 geschlossen.

14 JURIJ SLYVKA Peršopryčyny ta heopolityčni cili pereselens'kych akcij, in: Deportacii ukraïnciv ta poljakiv, S. 9–12, hier S. 11.

15 TKAČOV Pol's'ko-ukraïns'kyj transfer naselennja, S. 34.

16 In einer weiteren Übereinkunft vom 6. Juli 1945 wurde die Abschiebung von Personen polnischer und jüdischer Nationalität mit bis zum 17. September 1939 bestehender polnischer Staatsbürgerschaft aus der Sowjetunion nach Polen vereinbart; polnischerseits wurde die Ausreise von Russen, Ukrainern, Weißrussen, Rusynen und Litauern aus Polen in die Sowjetunion garantiert (vgl. den Wortlaut in PU 2, Nr. 63). Insgesamt 247.460 Menschen wurden darunter bis November 1946 nach Polen verbracht; ein großer Teil kam aus den mittelasiatischen sowjetischen Republiken zurück, wohin Polen und Juden aus Polen 1940–41 und 1944–45 aus den sowjetisch besetzten Gebieten Ostpolens, Pommerns und Schlesiens deportiert worden waren; vgl. BUGAJ 20–50-e gody: Pereselenija i deportacii evrejskogo naselenija, S. 181–184.

auf dem Papier. Die auf dem Territorium der USSR Anzusiedelnden sollten nämlich „in Übereinstimmung mit ihren Wünschen oder in der Kolchoswirtschaft" unterkommen oder aber ein Landstück in der Größe erhalten, wie sie es bis zu ihrer „Evakuierung" besessen hatten, maximal jedoch 15 Hektar pro Familie. Davon sollten auch Landlose profitieren. Entsprechend waren Siedler in Polen zu behandeln. Dass es sich aber nicht um Eigentum, sondern nur um Land zur Nutzung handelte, war den Betroffenen sicher nicht bekannt. Als Frist für die Dauer der Evakuierung wurde die Zeit von 15. Oktober 1944 bis 1. Februar 1945 vereinbart. Leicht wurde den Übersiedlern der Umzug nicht gemacht, denn die Ausfuhr von Gegenständen war auf sehr wenige Dinge wie Kleidung, Bettwäsche, Nahrungsmittel, Geschirr und anderes beschränkt. Zurückgelassenes Eigentum sollte aber vertragsgemäß registriert und sein Wert am neuen Wohnort ersetzt werden (Art. 3). Für die Durchführung der Übersiedlung und die Interessensvertretung der Übersiedler wurden auf beiden Seiten Bevollmächtigte bestimmt. Aufenthaltsorte für die Hauptbevollmächtigten wurden Lublin und Luc'k, die polnischen Rajonbevollmächtigten waren stationiert in Kovel', Volodymyr-Volyns'kyj, Luc'k, Rivne, Dubno, Kremjanec', Brody, Rava-Rus'ka, Lemberg, Sambir, Drohobyč, Stryj, Chodoriv, Stanislav, Ternopil', Zoločiv, Kamjanka-Buz'ka und Čortkiv und für die ukrainische Seite in Włodawa, Chełm, Hrubieszów, Tomaszów Lubelski, Lubaczów, Jarosław, Przemyśl, Lesko, Zamość, Krasnystaw, Biłgoraj auf polnischem Gebiet.[17]

Die Organisation der Umsiedlungsmaßnahmen oblag Chruščev und der ukrainischen Regierung, die dafür einen nicht geringfügigen Apparat an Beamten zur Verfügung stellen musste.[18] Zwei ZK-Beschlüsse legten die Kontrollinstanzen für den Gang der „Evakuierung" fest. Als Verantwortliche wurden am 28. September 1944 V. F. Starčenko für den ukrainischen Ministerrat und S. P. Tereščenko für das ZK eingesetzt,[19] letzterer jedoch am 15. November 1944 ohne Angabe von Gründen mittels eines ZK-Beschlusses durch D. S. Korotčenko ersetzt.[20] Am 23. September wurde eine „Verwaltung am SNK der USSR für die Evakuierung und Ansiedlung polnischer und ukrainischer Bevölkerung" (*Upravlenie pri SNK USSR po delam ėvakuacii i rasselenija pol'skogo i ukrains'kogo naselenija*) eingerichtet, die mit

17 Przesiedlenie ludności Polskiej z Kresów Wschodnich, Dok. 21, hier S. 82.

18 Die Berichterstattung Chruščevs über die Evakuierungsaktion an die sowjetische Regierung war wie in anderen wichtigen politischen Fragen der Zeit von euphemistischen Umschreibungen sowie Halb- und Unwahrheiten geprägt. So verstieg er sich zu der Behauptung, die überwiegende Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung in Polen versuche, so schnell wie möglich die Ausreise in die Sowjetunion durchzusetzen, auf dem ukrainischen Territorium wolle sie „nur in Kolchosen" untergebracht werden (vgl. PU 2, Nr. 26, hier S. 270).

19 CDAHOU 1-6-737, ark. 45: Protokol No. 46 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy (16.–30. September 1944), 39-op.: Pro kontrol' za chodom evakuacii ukraïns'kogo naselennja z terytorij Pol'šči i pol's'kych hromadjan z terytorij URSR (28. September 1944).

20 CDAHOU 1-6-745, ark. 50–51: Protokol No. 49 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy (2.–15. November 1944), 52-op.: O kontrole za chodom ėvakuacii ukrainskogo naselenija s territorii Pol'ši i pol'skich graždan s territorii USSR (15. November 1944).

Unterabteilungen in den einzelnen Gebieten für die Abwicklung der Übersiedlung verantwortlich war. Das Personal dafür bestimmte ebenfalls der Ministerrat am 23. September 1944.[21] Die Gebietskomitees von Charkiv, Dnipropetrovs'k, Poltava, Sumy, Černihiv, Vinnycja und Žytomyr sollten überprüfte Mitarbeiter nennen, die bis zum 27. September 1944 angewiesen werden sollten, die Dienstreise nach Polen und in die westlichen Gebiete der USSR anzutreten. Auffälligerweise wurden in den Kader der für die Übersiedlung verantwortlichen sowjetischen Bevollmächtigten, der schließlich 375 Personen umfasste, 287 Ukrainer aufgenommen und nach Polen geschickt.[22] Die Beteiligung ethnischer Ukrainer war einerseits ein Instrument, um die Übersiedler leichter zum Abzug zu bewegen, andererseits ist daran ersichtlich, dass die Sowjetregierung keine grundsätzlichen Einwände gegen Ukrainer in ihrem Dienst hatte.

Die ukrainischen Siedler wurden auf polnischem Territorium in bestimmten Orten gesammelt und dann mit Zügen in die Ukraine transportiert, überwacht durch die sowjetischen Sicherheitsorgane. Nach einer Anweisung Berijas richtete das NKVD der UdSSR je elf „Kontroll- und Passierstellen" (*kontrol'no-propuskni punkty*) in der Ukraine und in Weißrussland ein. Gleichzeitig wurde das ukrainische wie das weißrussische NKVD angewiesen, „Überprüfungs- und Filtrationsstellen" (*perevirkovo-fil'tracijni punkty*) zu eröffnen, und zwar neben fünf Stellen in Weißrussland weitere in Ljuboml', Volodymyr-Volyns'kyj, Rava-Rus'ka, Mostys'ka, Javoriv und Chyriv in der Ukraine. Diese standen unter Aufsicht des NKGB; für die Überprüfung der Übersiedler wurden in den Lagern Kommissionen aus je einem Vertreter des NKGB, NKVD und von Smerš gebildet, die wehrpflichtige Männer und ehemalige Soldaten der Roten Armee aufspürten, die in deutscher Gefangenschaft gewesen waren, sowie als antisowjetisch verdächtige Personen.[23]

Der Beschluss des Obersten Sowjets der UdSSR vom 10. November 1945 legte fest, dass polnische und jüdische Volksangehörige, die aus der Sowjetunion nach Polen übersiedelten, mit dem Passieren der Grenze die sowjetische Staatsangehörigkeit verloren. Im Gegenzug erhielten aus Polen übersiedelnde russische, ukrainische, weißrussische, rusynische und litauische Volksangehörige bei ihrer Ankunft in der UdSSR die sowjetische Staatsangehörigkeit. Die vertraglich festgelegte Dauer der Registrierung der nach Polen emigrierenden Sowjetbürger sollte am 31. Dezember 1945 und die Frist bis zu ihrer Abfahrt am 15. Juni 1946 enden; doch ließ sich dies genauso wenig einhalten wie die Beschränkung der Bereitstellung von Zügen

21 CDAHOU 1-6-737, ark. 31: Protokol No. 46 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy (16.–30. September 1944), 21-op.: Pro dobir pracivnykiv dlja provedennja evakuaciï ukraïns'koho naselennja z terytoriï Pol'šči i pol's'kych hromadjan z terytoriï URSR (23. September 1944).

22 Vgl. den Bericht in: Deportaciï. Zachidni zemli Ukraïny kincja 30-ch – počatku 50-ch rr. Tom 2, S. 168.

23 BILAS Represyvno-karal'na systema v Ukraïni, Kn. 1, S. 208–210.

auf die Zeit zwischen 1. November 1945 und 15. Juni 1946.[24] Die Übersiedlung, deren Durchführung immerhin mehrere Tausend Personen erforderte, aber auch die sich erst vor Ort ergebenden Hindernisse und Störfaktoren sprengten die staatlichen Vorstellungen über den Ablauf bei weitem.

Um die Umsiedlung voranzutreiben, wies ein ukrainischer Ministerrats-Beschluss im März 1945 die Eröffnung von drei weiteren Sammelpunkten in Polen an.[25] Eine weitere Verladestelle wurde im Mai 1945 am Grenzort Chyriv zu Polen eröffnet.[26] Hier trat sowieso eine Verzögerung der Zugfahrt durch die Umstellung von Schmalauf die sowjetische Breitspur ein. Bei dieser Gelegenheit erhielten die Übersiedler „humanitäre Hilfe" durch eine Mensa, eine Ambulanz und eine Veterinärstation für mitgebrachte Tiere. Stroh war hier ebenfalls auszugeben, um damit die Züge für die Menschen auszulegen.

Bei den Ukrainern in Polen stießen die sowjetischen Umsiedlungspläne zunächst auf verhaltenes Interesse, das sich bald aber in vehemente Ablehnung wandelte. Den Charakter der Freiwilligkeit verlor der Bevölkerungsaustausch etwa im Juli 1945, um dann in eine reine Zwangsmaßnahme zu münden.[27] Zuerst setzte die Sowjetregierung Repatriierungskommissionen ein, die, gestützt auf Art. 1 des Vertragstextes, den Umsiedlern Maschinen und Land in der Größe, wie sie es zuvor besessen hatten, versprachen. Dies zeigte bei Landlosen und bei Bauern, die durch Kriegszerstörungen geschädigt worden waren, eine gewisse Wirkung. Allerdings stand den meisten Ukrainern in Polen noch immer die Zeit der sowjetischen Okkupation Ostgaliziens 1939 und die sich anschließende Sowjetisierung vor Augen, was das Misstrauen gegenüber Moskau wach hielt. Die Werbemaßnahmen verliefen daher ohne die gewünschten Ergebnisse, so dass bald unterschiedliche Formen des Drucks bis hin zur physischen Gewalt angewandt wurden. Ukrainer wurden von der Landreform ausgeschlossen und zur Zahlung von Steuern verpflichtet; ukrainische Schulen im Gebiet Lublin wurden geschlossen.[28] An den eingeleiteten militärischen Aktionen beteiligten sich auf polnischer Seite die Volksarmee, die Bürgermiliz sowie das Korps der Inneren Sicherheit des Innenministeriums. Deren Terror-Aktionen unter sowjetischem Kommando sollten die Auswanderung der ukrainischen Bevölkerung

24 GARF r-9401-2-100, l. 481–482: Tovarišču Stalinu I. V. [Gez.] (L. Berija). 15. November 1945.

25 RGASPI 17-45-1969, l. 152–153: Protokol No. 57 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy (1.–15. März 1945), 4-op.: O sozdanii dopol'nitel'nych punktov rajonnogo upolnomočennogo po ėvakuacii ukrainskogo naselenija v Jaslenskom, Gorlickom i Novo-Sončinskom uezdach Krakovskogo voevodstva (1. März 1945).

26 RGASPI 17-45-1975, l. 83–84: Protokol No. 62 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy (3.–15. Mai 1945), 79-op.: Ob organizacii punkta peresadki i peregruzki na stancii Chyrov, Drogobyčskoj oblasti, dlja ėvakuiruemogo ukrainskogo naselenija iz Pol'ši i otpuske produktov pitanija ėvakuiruemym, postradavšim ot voennych dejstvij (13. Mai 1945).

27 Einzelheiten zu den drei Phasen des Bevölkerungsaustausches bei BILAS Represyvno-karal'na systema v Ukraïni, Kn. 1, S. 213ff.

28 HOFMANN Die Nachkriegszeit in Schlesien, S. 393.

forcieren. Truppen umzingelten ukrainische Dörfer und zwangen die Anwohner, ihre Habe für die Übersiedlung zusammenzupacken. Unter militärischer Aufsicht wurden die Ukrainer in den Sammelpunkten in Züge verladen. Darüber hinaus verübte die Armia Krajowa Überfälle auf ukrainische Dörfer, um die Siedler zu vertreiben. Die Militärmaßnahmen wurden aggressiver, je näher der letzte Termin für den mehrfach verschobenen Bevölkerungsaustausch am 15. Juni 1946 rückte.[29] Der Höhepunkt der Übersiedlung, gemessen an den Zahlen der Zuwanderer, lag in den Monaten März bis Juni 1945 sowie im Mai 1946.[30]

Der weitere Verlauf der „Evakuierung" verlief chaotisch und oft zum Schaden der Umsiedler. Polnische Soldaten und Offiziere nahmen ihnen Vieh und anderes Eigentum ab, so dass viele mittellos in der Ukraine ankamen. Dass der Bevollmächtigte für die „Evakuierung" am Ministerrat der USSR beim zuständigen Kommandanten des Lubliner Militärbezirkes vorstellig wurde und letzterer für die Rückgabe der entwendeten Güter sorgte, war eine Ausnahme. Dazu bestand für die Übersiedler während ihrer Reise die Gefahr, durch Konnationale ihr Leben zu verlieren. Denn auf das Konto der OUN/UPA gingen neben antisowjetischer Propaganda militärische Versuche, die Ukrainer an der Abwanderung zu hindern. Bei Angriffen auf Bahnhöfe und Sammelstellen wurden etliche Ukrainer getötet. Angeheizt durch die in sowjetischen Augen „demagogische Gegenagitation der OUN" entstand in den ukrainischen Dörfern eine „aufrührerische Atmosphäre".[31] Polnische Verwaltungsstellen wurden überfallen, die polnische Bürgermiliz ging gegen ukrainische „Banden" vor. NKVD-Truppen, die zur Organisierung der Umsiedlung nach Polen abkommandiert worden waren, wurden ebenfalls Ziel militärischer Anschläge, bei denen auch Zivilisten ihr Leben verloren.[32] Für das brutale sowjetische Vorgehen stand die Zerstörung des von Ukrainern bewohnten Ortes Zavadka Moročivs'ka im Distrikt Sanok und die Ermordung seiner Einwohner nach Gefechten mit UPA-Truppen; ukrainische Emigranten prägten für diesen Vorfall das Attribut „ukrainisches Lidice".[33]

Es kam vor, dass abziehende Siedler auf Migranten trafen, die ihr Haus übernehmen sollten. Während sich die früheren Hausbewohner zur Weiterfahrt in die neuen polnischen Westgebiete rüsteten und ihre Habseligkeiten ausräumten, trugen die Nachfolger, Ukrainer aus Polen, bereits ihre Gegenstände in die Häuser:

29 Ebenda, S. 394–395.

30 Vgl. den Bericht in: Deportacii. Zachidni zemli Ukraïny kincja 30-ch – počatku 50-ch rr. Tom 2, S. 174.

31 GARF r-9401-2-98, l. 384–386: Iz L'vova. Moskva, NKVD SSSR – tovarišču Berija L. P. [Gez.] Rjasnoj. 9. September 1945. Vgl. weiter die Schilderungen von sowjetischer Seite in: Deportacii. Zachidni zemli Ukraïny kincja 30-ch – počatku 50-ch rr. Tom 2, S. 182–193.

32 Ein Augenzeugenbericht eines UPA-Überfalls während einer Übersiedlungsaktion in Ostpolen in: Vertreibung aus dem Osten, S. 457 (Bericht Nr. 37, verfasst von Helena Kożuszko). Weiter dazu TKAČOV Pol's'ko-ukraïns'kyj transfer naselennja, S. 98–122.

33 WALTER DUSHNYCK Death and Devastation on the Curzon Line. The Story of the Deportation from Ukraine. New York 1948, S. 15–22 über Zavadka Moročivs'ka.

„Nur mit Mühe konnten wir Trauer und Wut zurückhalten, dass schon jetzt fremde Füße die Schwelle unseres Hauses überschritten. Aber man wusste ja, dass diese ukrainischen Ankömmlinge genauso wie wir zur Umsiedlung und zur Inbesitznahme von Dingen, die nicht ihr Eigentum waren, gezwungen worden waren. In diesen Szenen spürte man etwas von der teuflischen, böswilligen Regie, die dahintersteckte. Aber ich erinnere mich, dass es die Erwachsenen in dieser Atmosphäre der Trauer und des elegischen Abschieds dennoch fertigbrachten, ihren ukrainischen Nachfolgern die Hand zu reichen und ihnen Glück unter unserem Dach zu wünschen."[34]

Die USSR war von den „Evakuierungen" am stärksten betroffen, da hier die Mehrheit der Polen aus- und der größte Anteil der Ukrainer aus Polen angesiedelt wurde, jedoch wurde der Bevölkerungsaustausch auch mit Weißrussland und Litauen durchgeführt, obwohl hier die Anzahl der aus und nach Weißrussland und Litauen übersiedelnden polnischen und ukrainischen Volkszugehörigen wesentlich geringer war. Zum Oktober 1946, mit dem aber der Bevölkerungstransfer noch nicht vollständig beendet war, legte Innenminister Kruglov Stalin folgende Zahlen über die Ausreise von Polen aus der Ukraine und von Ukrainern aus Polen vor:[35]

Tabelle 29. Stand des polnisch-ukrainischen Bevölkerungsaustausches im Oktober 1946

In Polen (mehrheitlich ukrainische Übersiedler):
497.682 registrierte, der Übersiedlung unterworfene Personen
483.529 Ausreiseanträge (Juli 1946)
482.108 tatsächliche Übersiedlungen

In der Ukrainischen Sowjetrepublik (mehrheitlich polnische Übersiedler):[36]
872.217 registrierte, der Übersiedlung unterworfene Polen
859.906 Ausreiseanträge
789.982 tatsächliche Übersiedlungen nach Polen

34 Bericht Nr. 30 (zur Übersiedlung von Polen aus dem Raum Lemberg) von Stanisław Ziemba, in: Vertreibung aus dem Osten, S. 384–409, hier S. 393.

35 GARF r-9401-2-139, l. 296–303: Tovarišču Stalinu I. V. [,] Tovarišču Voznesenskomu N. A. [,] Tovarišču Berija L. P. [,] Tovarišču Ždanovu A. A. [Gez.] Ministr Vnutrennich Del SSSR (S. Kruglov). 31. Oktober 1946; die Zahlen für Juli 1946 unter: GARF r-9401-2-138, l. 278–283: Tovarišču Stalinu I. V. [,] Tovarišču Molotovu V. M. [,] Tovarišču Berija L. P. [,] Tovarišču Ždanovu A. A. [Gez.] Ministr Vnutrennich Del SSSR (S. Kruglov). 23. Juli 1946. Fortlaufende Statistiken über den Gang der Abschiebung der früheren polnischen Staatsbürger nach Polen in PU 2, Nr. 47, 52, 55, 58, 62, 74, 80, 89, 93, 97, 103, 113, 169, 177 sowie über die „Evakuierung" der ukrainischen Bevölkerung in die USSR ebenda Nr. 157, 178.

36 Bei CIESIELSKI, HRYCIUK, SREBRAKOWSKI Masowe deportacje radzieckie, S. 54, werden nur 266.000 Personen genannt, die bis 1949 aus der Sowjetunion nach Polen evakuiert wurden.

In der Weißrussischen Sowjetrepublik (mehrheitlich polnische Übersiedler):
535.284 registrierte, der Übersiedlung nach Polen unterworfene Personen
496.240 Ausreiseanträge
281.152 tatsächliche Übersiedlungen

In der Litauischen Sowjetrepublik (mehrheitlich polnische Übersiedler):
376.396 Ausreiseanträge von Übersiedlern nach Polen (Juli)
169.341 tatsächliche Übersiedlungen

In Polen (mehrheitlich weißrussische und litauische Übersiedler):
136.622 für die Übersiedlung nach Weißrussland registrierte Personen
35.961 Anträge für die Ausreise in die Sowjetunion gemeldet
56 für Litauen registrierte Litauer

Auffällig ist die Differenz zwischen jenen, die vertragsgemäß der Übersiedlung unterlagen, und denen, die tatsächlich übersiedelten. In Polen verweigerten 15.573 Personen die Ausreise in die Sowjetunion. Sowjetischerseits wurden sie als „wohlhabend" und „antisowjetisch eingestellt" charakterisiert. Ein Teil entzog sich der „Evakuierung", indem er sich als Polen ausgab, in die polnischen Westgebiete umsiedelte und den römisch-katholischen Glauben annahm. In Weißrussland war die Zahl jener, die eine Übersiedlung verweigerten, von 10.657 Personen im Juli, die nicht evakuiert worden waren, im Oktober auf 100.661 gestiegen.

Von den zwischen 1944 und 1947 insgesamt 497.682 Personen, die aus Polen in die Ukrainische Sowjetrepublik abgeschoben wurden,[37] waren die meisten ukrainischer Nationalität – 439.135 –, weiter befanden sich 23.846 Russen, 18.759 Rusynen, 126 Weißrussen und 243 andere Volksangehörige unter ihnen. Die Mehrheit der Übersiedler stand im arbeitsfähigen Alter (129.586 Männer und 168.887 Frauen zwischen 14 und 56 Jahren). Somit durften die sowjetischen Behörden mit einem Zuwachs an Arbeitskräften für die örtlichen Betriebe rechnen, wenngleich die Zahl der evakuierten Polen wesentlich höher lag. Allerdings konnte diese Bilanz wieder ausgeglichen werden, da nach dem Krieg etwa 100.000 Polen aus Polen zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportiert wurden,[38] darunter Polen aus den abgetretenen polnischen Ostgebieten, Angehörige der Armia Krajowa und weitere Zivilisten, die vom NKVD verhaftet worden waren. Ein entscheidender Schritt gegen die Ukrainer in Polen wurde im Zuge der Akcja Wisła vorgenommen, die der UPA und ihren Sympathisanten den Boden entzog.[39]

37 Vgl. Nacional'ni procesy v Ukraïni, č. 2, S. 390–391.
38 Zahl nach WOŹNICZKA Die Deportation von Polen in die UdSSR, S. 548.
39 Auch mit Hilfe der römisch-katholischen Kirche, die 1934 in Polen eine Apostolische Nuntiatur für die Lemkenregion in Polen schuf, konnte ein Teil der (unierten) Lemken vor der Vertreibung im Zuge der Akcja Wisła gerettet werden (vgl. MARIUSZ RYŃCA Administracja Apostolska Łemkowszczyzny w latach 1945–1947. Kraków 2001, speziell über das Nachkriegsschicksal der Lemken in Polen).

Die Ansiedlung von Ukrainern aus Polen in der Ukraine

Das Muster der Kompetenzverteilung bei der Evakuierungsaktion war das in einer Planwirtschaft übliche Verfahren der Verteilung von oben nach unten. So beauftragte das Moskauer ZK die Kiever Regierung mit deren Durchführung und die wiederum die ukrainischen Gebiete mit der Organisation des Transports der Evakuierten und ihrer Unterbringung vor Ort. Die Entscheidung über die Ansiedlungsorte behielt sich aber Kiev vor. Dies wurde auch gegen den Wunsch der Gebiete so strikt eingehalten, dass im Oktober 1945, als eine kleinere Zahl von Evakuierten von örtlichen ukrainischen Behörden eine Ansiedlungsgenehmigung für Rivne erhielt, sogar ein ZK-Beschluss ihre Niederlassung hier verhinderte mit der Begründung, die örtlichen Behörden seien nicht berechtigt, aus Polen „evakuierte" Familien eigenmächtig aufzunehmen.[40]

Die Unterbringung in den Gebieten fiel in die Verantwortung der Vorsitzenden der Gebiets-Exekutivkomitees und in den Rajons in den Aufgabenbereich der Rajons-Exekutivkomitees. Zu deren Unterstützung sollten die Exekutivkomitees der Gebietssowjets jeweils einen „Sektor für die Ansiedlung der aus Polen evakuierten ukrainischen Bevölkerung" mit vier Mitarbeitern bilden.

Zu den Vorbereitungen der Umsiedlungsaktion gehörte eine Umfrage unter den einzelnen ukrainischen Gebieten, wie viele Übersiedler aus Polen hier aufgenommen werden konnten und wie viele Wohnmöglichkeiten vorhanden waren.[41] Die Gebietskomitees mussten für den Empfang, die Registrierung und für den Transport des Gepäcks der Repatriierten, für ihre wohnliche Unterbringung und für Heiz- und Baumaterial sorgen. Die im Umsiedlungsvertrag genannte Landzuteilung für die Übersiedler war entgegen der vertraglichen Abmachung unabhängig von ihrem bisherigen Besitztum zu interpretieren. Die Gebietskomitees erhielten die Anweisung, die in den jeweiligen Rajons geltenden Obergrenzen für die private Landnutzung zugrunde zu legen; in einigen Rajons der Gebiete Volyn', Stanislav und Rivne war die Obergrenze bisher lediglich 15 Hektar.

Die erste Reaktion der Gebiets-Organisationen auf die Ansiedlung von Emigranten war zunächst ablehnend.[42] Sie wandten durchaus realistisch ein, dass nicht ge-

40 CDAHOU 1-6-836, ark. 1–2: Protokol No. 74 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy (16.–28. Oktober 1945), 1-op.: O nezakonnoj vydače ispolkom Rovenskogo gorsoveta deputatov trudjaščichsja razrešenija na pravo v-ezda v g. Rovno sem'jam ukrainskogo naselenija, ėvakuirovavšimsja iz Pol'ši v vostočnye oblasti USSR.

41 RGASPI 17-44-1641, l. 55: Protokol No. 48 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy (16.–31. Oktober 1944), 75-op.: O praktičeskich meroprijatijach po ėvakuacii ukrainskogo naselenija s territorii Pol'ši i pol'skich graždan s territorii Ukrainskoj SSR (25. Oktober 1944). Ebenda l. 147–149: Beilage mit dem Text der Anfrage an die Vorsitzenden der Gebiets-Exekutivkomitees und der Sekretäre der Gebietskomitees.

42 CDAHOU 1-23-2618, ark. 6–12: Spravka o zemlepol'zovanii i nagruzke zemli v obrabotke na trudosposobnogo v kolchozach Chersonskoj, Nikolaevskoj, Zaporožskoj i Odesskoj oblasti. [Gez.] Ministr zemledelija USSR G. Tutenko. 5. April 1946.

nug Baumaterial zur Verfügung stand, um neue Häuser zu errichten; außerdem war ein bedeutender Teil der bisher aus Polen Angekommenen noch immer nicht ausreichend untergebracht. Trotz dieser Bedenken sprach sich das ukrainische Ministerium für Landverteilung einige Zeit später dafür aus, eine größere Zahl von Familien in der Südukraine anzusiedeln.[43] 1.000 Haushalte sollten in das Gebiet Cherson, 2.000 in das Gebiet Mykolaïv, 1.800 in das Gebiet Zaporižžja, 1.500 in das Gebiet Odessa und 2.300 in das Gebiet Izmaïl verbracht werden. Der Grund war, dass dort viel Ackerland brach lag, zurückzuführen auf das Sinken der Zahl der arbeitsfähigen Bevölkerung, von der ein Teil durch die Kriegsereignisse zwangsweise das Land verlassen hatte. Daher meldete das Gebiet Černivci Bedarf an Zuwanderern an und das dortige Gebiets-Komitee bat das ZK um die Ansiedlung von 500–600 aus Polen emigrierten Familien.[44] Nachdem nämlich aus Černivci rumänische Staatsangehörige ausgesiedelt worden waren, gab es in den Rajons 768 freie Wohneinheiten und 2.043 Hektar Ackerland, außerdem waren die früheren deutschen Kolonien Alexanderdorf (russ. Aleksandr-dorf) und Katharinendorf (Ekaterin-dorf) vollkommen unbewohnt. Die gezielte Ansiedlung von Ukrainern bildete hier auch ein Mittel für die Ukrainisierung des Gebiets.

Die in der Regel in der Landwirtschaft tätigen Ukrainer aus Polen waren ungeachtet aller Schwierigkeiten vor Ort der Kiever Regierung willkommen, um die Kolchosen, die durch den Krieg Arbeitskräfte verloren hatten, wieder aufzufüllen. Während aber anfangs jene im Osten und Süden des Landes – dies war in der ersten Zeit auch oft der Ansiedlungswunsch der Übersiedler[45] – bevorzugt wurden, blieb die Westukraine zunächst unbeachtet. Hier musste der Aufbau von Kolchosen noch vorangebracht werden, zudem war die Nähe zu Polen Grund für den Verdacht, die Ukrainer könnten zu ihren früheren Bekannten und Freunden jenseits der Grenze weiter Kontakt halten. Bald wurden „Evakuierte" jedoch vermehrt auch in die Westukraine geschickt. Im Frühjahr 1945 waren 30.000 Familien aus Polen für die Ansiedlung in Volyn', Rivne, Drohobyč, Lemberg, Stanislav und Ternopil' avisiert.[46] Im Oktober 1946 waren schließlich ein Drittel der in die USSR transferierten ehemaligen polnischen Staatsbürger im Osten der Ukraine (159.241 Personen) und zwei Drittel in den Westgebieten (322.868 Personen) untergebracht.[47] 173.860 ka-

43 CDAHOU 1-23-2618, ark. 3–5: Spravka k voprosu pereselenija iz Černigovskoj, Vinnickoj i Žitomirskoj oblastej v južnye oblasti USSR. [Gez.] Zav. sel'chozotdelom ZK KP/b/U Varšavskij. 5. Oktober 1946.

44 CDAHOU 1-23-2618, ark. 13: Komunistyčna Partija (bil'šovykiv) Ukraïny. Černivec'kyj oblasnyj komitet. Sekretarju CK KP/b/U tovarišču Korotčenko D. S. [Gez.] I. Zelenjuk, Sekretar' Černovickogo obkoma KP/b/U. 19. April 1945.

45 BILAS Represyvno-karal'na systema v Ukraïni, Kn. 1, S. 217.

46 RGASPI 17-45-1975, l. 10–11: Protokol No. 62 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy (3.–15. Mai 1945), 10-op.: O rasselenii i chozjajstvennom ustrojstve v zapadnych oblastjach USSR 30.000 semejstv ukrainskogo naselenija, evakuiruemogo s territorii Pol'ši (5. Mai 1945).

47 Vgl. oben Anm. 35, hier l. 300.

men in das Gebiet Ternopil', 56.865 in das Gebiet Lemberg, die anderen in die Gebiete Volyn', Drohobyč, Stanislav und Rivne. In der Ostukraine wurden die Ankömmlinge gleichmäßiger verteilt. Die meisten wurden im Gebiet Zaporižžja angesiedelt. Auffälligerweise sollte mit ihnen aber nicht das Arbeiterpotenzial im Donbas aufgefüllt werden.

Die Ukrainer aus Polen wurden insbesondere in der Westukraine einer aufmerksamen Kontrolle durch NKGB/MGB unterzogen. Davon zeugen dessen Berichte über die Situation vor Ort. Das staatliche Misstrauen den Übersiedlern gegenüber stieg in den Grenzregionen besonders, als Verbindungen zwischen ihnen und der ukrainischen Untergrundorganisation beobachtet wurden. So berichtet der Leiter des MGB des Gebiets Drohobyč im Mai 1946 darüber, dass dem Plan des ukrainischen Ministerrates zufolge bisher insgesamt 5.477 ukrainische Familien, 19.149 Personen, im Gebiet angekommen waren.[48] Sie hätten unverzüglich in den dörflichen Gegenden, jedoch nicht in den Grenzrajons, Unterbringung und Arbeit erhalten. 3.829 Familien hätten die Häuser ausgewanderter polnischer Bürger erhalten. Ein „reaktionär gesonnener Teil" der Ukrainer aus Polen habe den Kontakt mit der UPA dazu benutzt, um antisowjetisch tätig zu werden. Manche Übersiedler würden sich direkt nach ihrer Ankunft mit der UPA in Verbindung setzen, sie mit Lebensmitteln unterhalten und sich ihr aktiv anschließen. Eine Gruppe habe begonnen, ihre illegale Rückwanderung nach Polen vorzubereiten.

Dass immer wieder Engpässe bei der Beschaffung von Wohnraum für die aus Polen ankommenden Ukrainer gemeldet werden, ist aus der Statistik allein nicht zu erklären, denn die Zahl der zuziehenden Ukrainer war geringer als jene der abziehenden Polen. Berichte, in denen beide Größen nebeneinander gestellt werden, sind selten zu finden, aber eine Statistik für den Stichtag 1. Dezember 1945 bestätigt dies für das Gebiet Lemberg.[49] Die Gesamtzahl der polnischen Bevölkerung hier betrug zu diesem Zeitpunkt 175.207 Personen. Insgesamt hatten 181.775 Personen einen Ausreiseantrag gestellt – dass die Zahlen höher sind als die polnische Bevölkerung, mag an den Mischehen liegen. Tatsächlich hatten aber nur 129.163 Personen die Ausreise angetreten. In derselben Zeit waren mit 29.798 Personen aus Polen sehr viel weniger Ukrainer im Gebiet angekommen. Die Kiever Regierung überließ alle Maßnahmen für ihre Unterbringung den unteren Behörden. Als im Oktober 1944 ein Ministerrats-Beschluss erstmalig die Unterbringung von 717 aus Polen evakuierten ukrainischen Familien dekretierte, waren die Anweisungen darüber noch sehr

48 DALO P5001-7-49, l. 7–12: Sekretarju Drogobyčskogo obkoma KP/b/U tov. Oleksenko. Dokladnaja zapiska o rasselenii i trudoustrojstve ukraincev-pereselencev iz Pol'ši. [Gez.] Načal'nik upravlenija MGB po Drogobyč. Oblasti Majstruk.

49 DALO R-221-2-25, l. 110: Vedomost' ob evakuacii pol'skogo naselenija i rasselenii ukrainskogo, pribyvšego iz Pol'ši po L'vovskoj oblasti. [Gez.] Gurzo, Zav. otdela rasselenija.

ungenau.[50] Die Übersiedler sollten in Dorfgruppen bis zum 1. November in Kolchosen der Gebiete Zaporižžja, Cherson, Dnipropetrovs'k und Mykolaïv verbracht werden. Das weitere Prozedere war nur insoweit geregelt, als es hieß, bis zum 3. November hätten Kolchosen Wohn- und Wirtschaftsräume für die Ankömmlinge sowie Züge und Transportfahrzeuge bereitzustellen. Die Ausführungen wurden den Kräften vor Ort überlassen, die dies in einer kurzen Zeitspanne zu erledigen hatten. In der Nachkriegszeit, in der kaum Unterkunfts- und Transportmöglichkeiten vorhanden waren, verursachte dies enorme Schwierigkeiten.

Mit zunehmendem Fortgang der Übersiedlungen aus Polen wurden, auch weil immer mehr über den Vorgang der Migration bekannt wurde, die staatlichen Vorgaben präziser, wenngleich mit einer ständig steigenden Zahl an Übersiedlern immer schwerer zu befolgen. Der Ministerrats-Beschluss vom 17. November 1944, in dem es bereits um 10.877 ukrainische Familien ging, die untergebracht werden sollten, gab erstmalig genauere Anweisungen.[51] Dabei wurden höchst idealtypische Annahmen zugrundegelegt, die davon ausgingen, dass einerseits die Einwanderer ihre geschlossene Ansiedlung in den östlichen Gebieten befürworten würden und dass andererseits die örtliche Bevölkerung sie widerspruchslos aufnehmen würde – realiter wurden aber die Kolchosmitglieder nicht nach ihrer Zustimmung gefragt, wenn es um die Aufnahme von Übersiedlern ging.

Oftmals beeinträchtigte ihre Ankunft das Kolchosleben nicht gering.[52] So wurde privates Hofland vergeben, das sich innerhalb des gemeinsamen Ackerlandes befand, was aber dessen Anbaufläche verringerte. Der erforderliche Wohnraum war ebenfalls oft nicht rechtzeitig bezugsfähig, die Einquartierung bei Kolchosmitgliedern rief „in einer Reihe von Fällen ungesunde Beziehungen zwischen den in einem einzigen Haus Lebenden hervor".[53] Vielerorts wurden die neuen Kolchosarbeiter nicht vertraut gemacht mit der Verfassung des Kolchosartels, mit den Arbeitsnormen und mit der Verteilung der Einnahmen, so dass sich viele Übersiedler darüber beklagten, dass sie nicht wüssten, warum sie überhaupt in einer Kolchose arbeiteten. Für sie war es außerdem schwierig, ein ausreichendes Auskommen zu verdienen, wenn sie sich um für sie grundlegende Angelegenheiten wie den Hausbau kümmern mussten und nicht die Möglichkeit hatten, die Norm eines Arbeitstages, von dem der Verdienst abhing, zu erfüllen.

50 RGASPI 17-44-1641, l. 57–58: Protokol No. 48 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy (16.–31. Oktober 1944), 81-op.: O razmeščenii v oblastjach USSR 717 semej /chozjajstv/ èvakuiruemogo s territorii Pol'ši ukrainskogo naselenija (28. Oktober 1944).

51 RGASPI 17-44-1642, l. 15–16: Protokol No. 50 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy (16.–31. November 1944), 8-op.: O rasselenii v oblastjach Ukrainskoj SSR 10.877 semej /chozjajstv/, èvakuiruemych s territorii Pol'ši (17. November 1944).

52 RGASPI 17-45-1977, l. 173–177: Protokol No. 68 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy (10.–31. Juli 1945), 54-op.: O chozjajstvennom ustrojstve èvakuirovannogo iz Pol'ši ukrainskogo naselenija v Dnepropetrovskoj oblasti (23. Juli 1945).

53 Ebenda, l. 174; die weiteren Zitate l. 175.

Als „Evakuierte", die geködert durch das Versprechen auf Landzuteilung ihre Unzufriedenheit mit dem kollektiven Grundeigentum äußerten, interpretierten dies die sowjetischen Behörden als regimekritisch: Der „Sowjetmacht feindlich gesinnte Elemente", die mit dem „Gefühl für Privateigentum einzelner Übersiedler" spielten, hätten begonnen, provokative Gerüchte zu streuen, die auf die Diskreditierung der Kolchosen gerichtet waren.

Die Konflikte, die zwischen den Ansiedlern und der Kolchosbevölkerung auftraten, ohne dass Strategien zur Neuorganisation, geschweige denn zur Integration der Ankömmlinge vorlagen, dürfte das größte Problem für die Betroffenen auf allen Seiten dargestellt haben. Mangelnde Flexibilität der Organisationen vor Ort, die materielle Not der Nachkriegszeit und die nicht vorhandenen Pläne zu einem stringenten Vorgehen erschwerten die Übersiedlungsaktion in ihrer gesamten Dimension und ließen kaum mehr als provisorische Lösungen zu, solange die betroffenen Betriebe, die an der untersten Stelle der Befehlsempfänger standen, nicht eigenständige und individuelle Auswege fanden.

Die Bevölkerung erfuhr durch die Presse kaum etwas über die Ukrainer aus Polen. In den lokalen Zeitungen erschienen meist nur lakonische Erwähnungen der Ansiedlung. So hieß es beispielsweise in einer kurzen Erwähnung, dass im April 1945 der dritte Transportzug mit ukrainischen Übersiedlern – diesmal aus der Region Chełm in Polen – das Rajon Ovidiopol' erreicht habe. Insgesamt seien 93 Familien in der Umgebung der Stadt angesiedelt worden.[54] Dass dies allerlei Schwierigkeiten mit sich brachte und dass die Übersiedler mit ihrer neuen Situation wenig einverstanden waren, wurde der Öffentlichkeit vorenthalten, so dass diese, wenn überhaupt, ein äußerst lückenhaftes Bild von der Repatriierung bekam. Auch die Gründe für die Repatriierung und ihre zahlenmäßigen Gesamtdimensionen waren in keiner Zeitung nachzulesen.

Beschwerden der „Evakuierten" wurden von den Behörden zwar entgegengenommen, aber nicht weiterverfolgt oder gar behoben. Im Gebiets-Archiv von Odessa, nicht jedoch in übergeordneten Archiven, finden sich viele Beschwerdebriefe – eine authentische Quelle für ihre Situation. Aus ihnen geht lebhaft hervor, mit welchen bürokratischen und sonstigen Schwierigkeiten die Einwanderer täglich zu kämpfen hatten, beginnend mit unzureichenden Möglichkeiten der Unterbringung bis hin zu Abwehrreaktionen der ansässigen Bevölkerung, welche die Neuankömmlinge als Konkurrenz um Wohnungen empfand. Grundsätzlich wurde nicht nur die Abwanderung an sich von den Übersiedlern als Unglück empfunden, sondern auch die Verteilung auf ihnen unbekannte Orte. So verfasste eine Gruppe aus Chełm bei Lublin, die im Gebiet Odessa untergebracht worden war, einen Brief an den „lieben

54 Ukrainskie pereselency iz Pol'ši, in: Bol'ševistskoe znamja. Organ Odesskogo Oblastnogo i Gorodskogo komitetov KP(b)U Nr. 69 (1383) (8. April 1945) S. 4.

Michail Ivanovič Kalinin", den Vorsitzenden des Obersten Sowjet.[55] Sie schrieb darin, dass es sie, nachdem sie von der Roten Armee befreit worden war, mit ganzer Seele zu ihren Verwandten in der Ukraine gezogen habe, und sie sich daher zur Ansiedlung in das Gebiet Odessa, in das Dorf Bol'šie Akarži, registrieren ließ. Sie sei nach ihrer Abfahrt aus Polen aber nicht dorthin gelangt. Vielmehr sei sie in einer Ortschaft im Gebiet Odessa abgeladen und unter freiem Himmel ihrem Schicksal überlassen worden. Sie habe kleine Kinder bei sich, ihr Eigentum liege im Schmutz herum, die Übersiedlungskommission des Gebiets gewähre ihnen keine Hilfe bei der Weiterfahrt. Kalinin wurde nun gebeten, den Ministerrat der Ukraine und die Behörden von Odessa anzuweisen, ihnen die Erlaubnis zu erteilen, zu ihren Verwandten nach Akarži weiterzufahren. Drei Übersiedler wünschten, in das Gebiet Volyn' umzuziehen, da sie bei der Eisenbahn der Stadt Pervomajsk nicht ausreichend versorgt würden, in Wärterhäuschen lebten und keine Nahrung und Unterkunft für ihr Vieh hätten.[56] Sie erinnerten daran, dass es ein Ministerrats-Beschluss für unumgänglich erachte, den Arbeitern Wohnungen am Arbeitsplatz und entsprechende Bedingungen einzuräumen.[57] 26 Übersiedler aus Polen gaben an, nach ihrer Ankunft baufällige Wohnungen bekommen zu haben, die sie selbst renovieren mussten.[58] Dabei hätten sie sich bitter an ihre früheren, verlassenen Häuser erinnert. Ihre wirtschaftliche Lage sei von Mangel geprägt, außerdem müssten sie horrende Summen für die Miete aufbringen. Sie seien nicht gewohnt an das hier herrschende Arbeitssystem und die Unterbringung, die sie wegen der „polnischen-faschistischen Banden" hatten wählen müssen.

Viele Übersiedler sahen sich bald nach ihrer Ankunft in der Ukraine getäuscht von den Versprechungen, die ihnen zuvor die Evakuierungsbehörden gemacht hatten, insbesondere über die angebliche Verteilung von Land. Eine erneute Umsiedlung wurde, wie in Schreiben von „Evakuierten" in der Südukraine immer wieder zum Ausdruck kommt, als Lösung der Anpassungsprobleme betrachtet. Die Westukraine schien als besonders lohnendes Ziel, da man wusste, dass von hier Polen ausgesiedelt worden waren. Von ihnen ging das Gerücht, sie hätten schöne Häuser und sonstiges Besitztum zurückgelassen, das nun auf neue Eigentümer warte. Außerdem wollten sich viele „Evakuierte" nicht in das Kolchosleben einfügen, sondern

55 DAOO r-2000-3-87, l. 61: Otdelu po Delam Evakuacii pri SNK USSR, tov. Ivanovu. Ot gruppy pereselencev g. Cholm Ljublinskoj obl., nyne nachodjaščichsja semej na st. Kolosovka Odesskoj oblasti. (Kopija)

56 DAOO r-2000-3-87, l. 234: Predsedatelju Ispolkoma Odesskogo Oblsoveta deputatov trudjaščichsja tov. Gorlovu. [Gez.] Načal'nik upravlenija pri SNK USSR po delam ėvakuacii B. Ivanov. 15. August 1945.

57 DAOO r-2000-3-87, l. 473: Predsedatelju Ispolkoma Baltskogo Rajsoveta Deputatov trudjaščichsja. [Gez.] Zam. Načal'nika Upravlenija pri Sovete Narodnych Komissarov po delam ėvakuacii i rasselenija ukrainskogo i pol'skogo naselenija, Ruseckij. 12. Oktober 1945.

58 DAOO r-2000-3-87, l. 262: Do Oblasnogo pereselenčeskogo komitetu v Odesse [sic]. Ot ėvakuirovannych pereselencev-ukraincev iz Pol'ši v Cebrikovskij r-n, s. Cebrikovo, Odessk. Obl. Prošenie. S. Cebrikovo. Kopija. [O. D.] 1945 [26 Unterschriften].

in Eigenregie Höfe bewirtschaften. Die gravierende Nahrungsknappheit 1946/47 und die daraus entstehende Versorgungsschwierigkeit war ein weiterer Grund für die Abwanderung. Bereits 1945 wird der illegalen Abwanderungsbewegung ein „Massencharakter" attestiert.[59] Die Zahl jener, die tatsächlich die Reise in die Westukraine antraten und damit die staatlichen Planungen unterliefen, betrug für das Jahr 1946 im Gebiet Lemberg insgesamt 946 Familien aus den Gebieten Zaporižžja, Dnipropetrovs'k, Cherson, Odessa und Vorošylovhrad sowie rund 200 Familien aus dem Gebiet Ternopil'.[60] Sie erklärten ihren Umzug damit, dass sie in den genannten Gebieten nur schlechte Möglichkeiten zur Ansiedlung und Versorgung vorgefunden hätten, so dass sie sogar unter freiem Himmel hatten leben müssen. Eine Überprüfung der Übersiedler im Rajon Balta ergab, dass anstelle der registrierten 225 Familien 97 vor allem in die Westukraine weitergewandert waren.[61] Oftmals waren es Erzählungen von Verwandten, die Übersiedler dazu veranlassten, ihre Zelte abzubrechen. Eine Familie Graus bereitete sich zur Abfahrt aus in einer Kolchose der Region Balta in das Gebiet Ternopil' vor, von wo ein Bruder des Familienoberhauptes brieflich mitgeteilt hatte, dass es „hier schön sei, keine Kolchosen gebe", man solle alles verkaufen und kommen. Eine andere Familie folgte der Mitteilung einer Schwester, die ein schönes Haus und acht Hektar Land in guter Lage erhalten habe. Die MTS-Station Balta bedauerte besonders die Abreise von zwei „prämierten" Mitarbeitern in die Westukraine, die erklärten, ihnen sei die Arbeit zu schwer. Die Abziehenden scheinen nicht mit Gewalt zurückgehalten worden zu sein. Dennoch ersparten sich manche eine direkte Konfrontation mit den Behörden und verschwanden mitten in der Nacht mit unbekanntem Ziel.

Auch Evakuierte aus Polen fanden dorthin zurück. Über 4.000 Ukrainer kehrten bis zum März 1945 illegal nach Polen zurück und berichteten den Volksgenossen über die widrigen Bedingungen in den sowjetischen Kolchosen.[62] Ihr Ansinnen, ehemaliges Eigentum und die polnische Staatsbürgerschaft zu erhalten, wurde mit Verweis auf die fehlende gesetzliche Basis zurückgewiesen.[63]

Im September 1947 besaß die Verwaltung für die „Evakuierung" und Ansiedlung an der ukrainischen Regierung keine Informationen über den Verbleib von etwa einem Fünftel der registrierten Übersiedler (von 100.307 registrierten Familien war der Aufenthaltsort von 22.315 unbekannt).[64] Die Unterbringung der anderen zog sich lange hin. 1947 hatten allein in den westlichen Gebieten der Ukraine 21.470

59 PU 2, Nr. 181, hier S. 922.

60 CDAHOU 1-23-3940, ark. 40–42: [An] Kiev - CK KP/b/U, tov. Korotčenko D. S. [Gez.] Sekretar' L'vovskogo obkoma KPbU I. Grušeckij [O. O.]. 11. Juni 1946, hier ark. 42.

61 DAOO r-2000-3-84, l. 22–26: Sekratarju Odesskogo obkoma KP/b/U tov. Najdeku. [Gez.] Upolnomočennyj obkoma KP/b/U G. Libin. Dokladnaja zapiska o chozjajstvenno-bytovom ustrojstve pereselencev-ukraincev v Baltskom rajone. [O. D.]

62 BILAS Represyvno-karal'na systema v Ukraïni, Kn. 1, S. 220.

63 PU 2, Nr. 179.

64 PU 2, Nr. 184, hier S. 944.

Familien noch keinen Wohnraum.[65] So blieben die Übersiedler in der Nachkriegszeit über Jahre hinweg ein ungelöstes soziales Problem. Durch ihre selbständigen Migrationen unterliefen sie zudem die streng eingeschränkte Bewegungsfreiheit der Arbeitskräfte und entzogen sich der Arbeitsmobilisierung.

Die Umsiedlung von Polen aus der Westukraine

Im Vertrag zwischen der sowjetischen und der polnischen Regierung vom September 1944 war auch die „Evakuierung" von Polen aus der Sowjetunion festgelegt worden. Am 29. November 1945 erließen der ukrainische Ministerrat und das ZK KP/b/U einen Beschluss, der die „Ordnung der Übersiedlung von früheren polnischen Staatsangehörigen polnischer und jüdischer Nationalität nach Polen" und ihre Entlassung aus der sowjetischen Staatsangehörigkeit regelte. Bis April 1944 war ein Teil der ab 1939 aus dem sowjetisch besetzten Ostpolen nach Sibirien deportierten polnischen Staatsbürger (neben Polen waren dies Juden, Ukrainer und Weißrussen) in ihre Heimat verbracht worden. 1944 befanden sich von 389.382 Polen, die bis 1941 aus den vorher polnischen Gebieten in Polen und Weißrussland deportiert worden waren, insgesamt noch 221.000 in der Sowjetunion.[66] Sie waren zwar bis auf 341 nach einem Beschluss des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 12. August 1941 amnestiert worden, verblieben aber in den meisten Fällen in Haft, Verbannung, den Spezialsiedlungen und Kriegsgefangenen-Lagern.[67] 29.700 Polen, die aus der Verbannung in Sibirien und Kasachstan im August und September 1944 entlassen wurden, kamen zu ihrer großen Enttäuschung vorerst nicht nach Polen, sondern in die Ukraine, vorzugsweise in den Süden und Osten des Landes.[68]

Vielen Polen, die seit Generationen in der nun sowjetischen Westukraine lebten, fiel, ebenso wie den Ukrainern in Polen, der Entschluss zur Abwanderung nach Polen schwer.[69] Sie richteten ihre Hoffnungen anfangs noch darauf, dass Großbritannien und die USA von der Sowjetregierung die Abgabe Ostpolens verlangten, und

65 Ebenda, S. 948.

66 Faksimile der Mitteilung Berijas an Stalin in: ZBIGNIEW S. SIEMASZKO Początki sowietyzacji (1939–1946). Londyn 2000, S. 276–280. Die Zahl der Polen, die in den Jahren zwischen 1939 und 1941 allein in GUPVI-Lagern einsaßen, wurde mit 130.242 angegeben, von denen bis 1945 fast alle entlassen waren (Angaben aus Voennoplennye v SSSR, Dok. No. 3.40). Der größte Teil von ihnen, 42.400, wurde als frühere Einwohner der westlichen Gebiete der Ukraine dorthin zurückgeschickt, 42.492 wurden in die deutsch okkupierten Gebiete Polens, 25.115 zur Aufstellung einer polnischen Armee in den Iran entlassen, 15.131 behielt der NKVD in seiner Verfügungsgewalt.

67 Vgl. unter anderem den Lebensbericht von KAZIMIERZ BUCZEK Z Podola przez Syberię i Donbas. Krosno 1996. Der Autor musste 1940–1946 in der Sowjetunion Zwangsarbeit leisten.

68 PU 2, Nr. 1 (mit einer Tabelle über die ukrainischen Gebiete, in welche die Polen geschickt wurden). Nr. 7 enthält Klagen über ihre schlechte Unterbringung.

69 Polnische Reaktionen auf den Vertrag bei: PU 2, Nr. 5, 8, 21, 29 und andere.

vertrauten auf die polnische Exilregierung in London, die eine Umsiedlung der Polen für unnötig erklärte. Andere hielten den sowjetisch-polnischen Vertrag sogar für eine Finte, wonach jeder aussiedlungswillige Pole unverzüglich nach Sibirien deportiert würde. Realistischere Einschätzungen gingen davon aus, dass diesseits wie jenseits der neuen sowjetischen Westgrenze ein sowjetisches System etabliert werde, so dass es egal sei, wo man lebe. Umzugswillige führten hingegen an, in Polen könnten sie ungehindert offiziell ihre polnische Muttersprache sprechen; die polnische Regierung werde allen Zuziehenden Unterstützung zukommen lassen; auch sei die Gefahr durch OUN/UPA-Übergriffe geringer.

Nach der Konferenz von Jalta im Februar 1945, welche die Curzon-Linie als neue polnisch-sowjetische Grenze beschloss, blieb keine Hoffnung mehr auf Wiederherstellung der polnischen Vorkriegsgrenzen. Im Frühjahr 1945 setzte daher eine Abwanderungswelle von Polen ein, verstärkt durch direkten und indirekten Druck verschiedener Seiten: durch (sowjetisch geduldete) Überfälle ukrainischer Räuberbanden und UPA-Einheiten auf Polen sowie durch Drohungen von NKVD-Angehörigen. Weitere Motive für die Auswanderung war die Angst vor der Einberufung in die Rote Armee, vor Verhaftung und Deportation nach Sibirien, aber auch der Druck durch die vorzeitige Einquartierung von Personen, die erst nach dem Abzug der Umsiedler hätten einziehen sollen.[70] Konnte man sich nicht zur Abwanderung entschließen, schritt der NKVD ein. Allein Anfang Januar 1945 wurden in Lemberg 772 Polen verhaftet, darunter 14 Professoren, sechs Ärzte, 21 Ingenieure und fünf Priester.[71] Auch die Drohung der Arbeitsmobilisierung in den Donbas veranlasste Polen zur Ausreise;[72] in manchen westukrainischen Rajons wurde nämlich verstärkt auf die polnische Bevölkerung zurückgegriffen, wenn Arbeitskräfte für die Schwerindustrie der Ostukraine zu mobilisieren waren.[73] Weil sie durch die Aussiedlung Unterstützung außerhalb der polnischen Grenzen verlor, leistete die Armia Krajowa Widerstand und verbreitete Gerüchte über schlechte Lebensbedingungen in Polen. Sowjetische Agenten wurden daher vermehrt gegen „polnische Nationalisten" eingesetzt und verhafteten Angehörige der Armia Krajowa, die „antisowjetische Tätigkeit" betrieben und Behörden für den Bevölkerungsaustausch unterwan-

70 „Wach auf, mein Herz, und denke", S. 423.

71 VOLODYMYR SERHIJČUK Protydija poljakiv deportacijam z Ukraïny (1944–1946 rr.), in: Deportacij ukraïnciv ta poljakiv, S. 29–32, hier S. 31 (archivgestützte Angabe). Zeitzeugen und Betroffene hatten allerdings den subjektiven Eindruck, dass die Zahl der Verhafteten wesentlich höher war; vgl. den Bericht von MARIA KULCZYŃSKA Lwów-Donbas 1945. Warszawa 1988, die (S. 6) von rund 17.300 Verhafteten zwischen dem 3. und 8. Januar 1945 in Lemberg spricht. Mindestens 1.600 Verhaftete allein in der Nacht vom 3. Januar 1945 werden genannt bei ZYGMUNT SOBIESKI Reminiscences from Lwow, 1939–1946, in: Journal of Central European Affairs (January 1947) S. 351–374, hier S. 269.

72 Przesiedlenie ludności Polskiej z Kresów Wschodnich, Dok. 24, hier S. 85.

73 TKAČOV Pol's'ko-ukraïns'kyj transfer naselennja, S. 32, 49; vgl. auch den in Anm. 71 oben genannten Bericht von Kulczyńska.

derten.[74] Polnische Priester riefen ebenfalls dazu auf, nicht nach Polen auszuwandern. Viele wurden dafür deportiert.[75]

Die Mehrheit der polnischen Übersiedler kam aus den Gebieten Lemberg und Ternopil', weiter aus Drohobyč, Stanislav, Rivne und Volyn'.[76] Die Umstände der Übersiedlung nach Polen waren chaotisch, so dass diese in der Erinnerung der Betroffenen als höchst einschneidendes und tragisches Ereignis zurückblieb.[77] Der Verlust der Heimat, die gewaltsame Trennung von Familienangehörigen und Freunden sowie die Auflösung dörflicher Gemeinschaften waren nur einige Aspekte dieser Aktion, die vieles der Geduld, der Improvisation und der Verantwortung der Übersiedler überließ. Obwohl die sowjetischen und polnischen Behörden Aufrufe zur Übersiedlung veröffentlichten,[78] erfuhr die Bevölkerung immer erst kurz vor ihrer bevorstehenden Abfahrt von dieser. Die Registrierung wurde, wie in Art. 14 des Übersiedlungsvertrages festgelegt, in der Tagespresse bekannt gegeben. So hatten sich im Januar 1946 im Gebiet Stanislav Polen und Juden mit ehemals polnischer Staatsangehörigkeit in bestimmten Rajons innerhalb von fünf Tagen bei einer genannten Stelle zur Registrierung für die Abfahrt nach Polen anzumelden.[79] Das Visum, die vom Generalbevollmächtigten des Polnischen Komitees unterzeichnete Evakuierungserklärung, war nur einen Monat lang gültig, die Zuweisung der Übersiedler an Eisenbahnzüge war nicht transparent, und ein festgesetzter Ausreisetermin konnte sich ständig verschieben, so dass Ausreisende unter freiem Himmel nächtigen mussten, Krankheiten und Hunger grassierten und viele Kinder dabei starben.[80] Proviant musste vor der Reise besorgt werden; während der sogar mehrwöchigen Fahrt in Eisenbahnwaggons, zumeist mit Stroh ausgelegten Viehwägen, gab es kaum Verpflegung. Die Züge wurden während der Fahrt beschossen und ausgeraubt: „Die Russen durchsuchten [an der neuen sowjetisch-polnischen Grenze] die Wagen, angeblich nach Waffen. Bei dieser Gelegenheit raubten sie alles, was da war: von Kostbarkeiten – wenn jemand noch etwas versteckt hatte, bis zu sämtli-

74 PU 2, Nr. 34, 54.

75 PU 2, Nr. 29, hier S. 290.

76 Vgl. die Statistiken für die einzelnen ukrainischen Gebiete im Westen in PU 2, Nr. 93 und 97.

77 Bericht Nr. 11 (zur Übersiedlung von Polen aus dem Raum Wilna) von Alicja Michałowska, in: Vertreibung aus dem Osten, S. 145–157, hier insbesondere S. 148–149; Bericht Nr. 13 von Bolesław Rowiński (zur Übersiedlung von Polen aus dem Huzulenland bei Stanislav), ebenda, S. 167–182, insbesondere S. 168–169; Bericht Nr. 23 von Wanda Witter (zur Übersiedlung von Polen aus dem Memelgebiet), ebenda, S. 297–313, besonders S. 298ff.

78 Bericht Nr. 29 zur Übersiedlung von Polen aus dem Wilnaer Gebiet von Mieczysław Tankielun, in: Vertreibung aus dem Osten, S. 370–383, hier S. 371.

79 Vid rajonnoho predstavnika urjadu URSR ta rajonnoho upovnobaženoho pol's'koï respubliky do evakuaciiï pol's'kych hromadjan po Stanislavs'kij oblasti, in: Prikarpat'ska Pravda Nr. 4 (433) (5. Januar 1946) S. 4.

80 Vgl. die von der sowjetischen Zensur zurückgehaltenen Briefe polnischer Umsiedler bei TKAČOV Pol's'ko-ukraïns'kyj transfer naselennja, S. 51–53.

chen Dokumenten."[81] Im Übergangslager Chełm saßen Übersiedler mit kleinen Kindern lange Zeit unter freiem Himmel fest, ohne von den Behörden Unterstützung zu erhalten;[82] dies war kein Einzelfall.

Zwar konnten die „Evakuierten" Wünsche über die bevorzugte Region ihrer Ansiedlung in Polen äußern, doch blieben diese in der Regel unberücksichtigt, so dass die Fahrt eine Reise ins Ungewisse wurde. Die endgültigen Wohngebiete waren meist jene, die von der vertriebenen deutschen Bevölkerung in Polen geräumt wurden, nämlich Stettin, Danzig, Posen, Breslau und Allenstein.[83] Die Hoffnung auf Rückkehr hielt viele „evakuierte" Polen aufrecht: „Man gab auch viele Dinge an die Ukrainer aus der Familie und dem Bekanntenkreis ab, um dies wiederzuerhalten, wenn wir zurückkehren würden."[84] Allerdings war die Rückkehr schon aus formalen Gründen nicht mehr möglich. Der Grenzübertritt war nämlich für die Umsiedler gleichzeitig mit dem Verlust aller sowjetischen Dokumente einschließlich von Arbeitszeugnissen verbunden, so dass einzig die Evakuierungsunterlagen ihre Identität nachwiesen.[85]

Für die Ausreise bestanden keine formalen bürokratischen Hindernisse, es wurden praktisch alle Antragsteller zugelassen. So erhielten von einer Gebiets-Kommission, die insgesamt 376 Meldungen von Familien mit 359 Kindern überprüfte, alle 1.182 Personen, die einen Antrag gestellt hatten, ihre Ausreisepapiere.[86] Dass keiner der Bewerber abgelehnt wurde, zeigt einmal mehr das gesteigerte Interesse an der ethnischen Stabilisierung und Geschlossenheit der Westgebiete der Sowjetunion. Über den Fortgang der „Evakuierung" polnischer Bevölkerung aus der Westukraine nach Polen liegen für den Stichtag 1. August 1946 statistische Angaben auch für die einzelnen ukrainischen Gebiete vor.[87] Insgesamt waren zu diesem Zeitpunkt 350.226 auf dem Territorium der Westukraine lebende polnische Familien bzw. 873.478 Bürger polnischer Nationalität erfasst worden. Von ihnen waren 301.755 Familien bzw. 859.905 Personen als ausreisewillig registriert worden, von

81 „Wach auf, mein Herz, und denke", S. 424.

82 PU 2, Nr. 51, hier S. 386.

83 Die sozialgeographische Studie von MATHIAS WAGNER „Wir waren alle Freunde". Die Neuformierung dörflicher Gesellschaft in Masuren seit 1945. Münster [usw.] 2001 kommt bei der Untersuchung über die Akkulturation der vor fünf Jahrzehnten aus den sowjetischen Gebieten angesiedelten Polen in einem masurischen Dorf zum Ergebnis, dass hier bis heute keine homogene Gemeinschaft entstanden sei.

84 Bericht Nr. 10 zur Übersiedlung von Polen aus der Umgebung von Lemberg von Czesław Rajca, ebenda, S. 127–142, hier S. 135.

85 SHLOMI The Reception and Settlement of Jewish Repatriants, S. 88.

86 CDAHOU 1-23-2615, ark. 7–9: Charkivs'kyj oblasnyj komitet KP(b)U. [Gez.] Sekretar' Char'kovskogo obkoma KP/b/U Maksimov. [An] CK KP/b/U, zam. zav. sel'chozotdelom t. Terešenko. Charkov, 7. Januar 1946.

87 CDAHOU 1-23-2615, ark. 34–36: Sekretarju Centralnogo Komiteta KP/b/U tov. Korotčenko D. S. [Gez.] Zam. glavnogo predstavitelja pravitel'stva USSR po evakuacii pol'skich graždan I. Zacharii. Luck, 1. August 1946.

denen wiederum 272.544 Familien bzw. 789.982 Personen nach Polen weitergeleitet wurden. Aus der Gesamtzahl der in der Westukraine festgestellten Polen wurde 13.573 Personen die Ausreise verweigert. 28.338 waren nicht „evakuiert" worden, weil sich ein Teil von ihnen geweigert hatte, eine schriftliche Erklärung dafür abzugeben (17.163 Personen), andererseits waren 8.463 Menschen aus dem Rajon verschwunden, ohne sich bei den Behörden abzumelden. 2.712 Leute waren entweder verstorben oder verhaftet worden.

Das Ziel der Verdrängung der polnischen Bevölkerung bestand realistischerweise nicht darin, diese bis auf den letzten Mann des Landes zu verweisen. Die Sowjetregierung ging zwar davon aus, die Mehrheit der Polen abzuschieben, ein kleinerer Teil wurde jedoch weiter geduldet. Im Oktober 1946, etwa gegen Ende des Bevölkerungsaustausches, befanden sich noch 79.951 Polen in den westlichen und 141.280 Polen in den östlichen Gebieten der Ukraine, insgesamt 221.231.[88] Die Gebiete mit der höchsten polnischen Population waren 1946 Lemberg mit 27.111, Drohobyč mit 27.485, Kiev mit 33.000, Žytomyr mit 43.000 und Kam-janec'-Podil's'kyj mit 50.000 Polen. Diese wurden allerdings auf ihr staatsloyales Verhalten sicherheitsdienstlich von 1.079 sowjetischen Agenten überwacht.[89] Auch die Möglichkeit, sich in das System einzubinden, bestand. So wurden Polen bei der Besetzung von Verwaltungsämtern zugelassen,[90] des Weiteren wurden sie zum Militärdienst herangezogen. Dem Einberufungsbescheid kamen sogar relativ viele nach, prozentual mehr als Ukrainer. So unterlagen am 31. August 1944 im Gebiet Drohobyč dem Einberufungsbefehl 41.987 (73%) Ukrainer und 15.356 (27%) Polen; 33.914 (80%) Ukrainer und 14.607 (94%) Polen folgten ihm.[91]

Der Abzug großer Teile der polnischen Bevölkerung veränderte die ethnischen Verhältnisse in der Westukraine erheblich. Spürbar war dies nachdrücklich in Lemberg, das jahrhundertelang mehrheitlich von Polen bewohnt gewesen war:

> „Ganz gewöhnliche Einwohner sowie ganze Institutionen hatten die Stadt verlassen, es verschwanden ihre berühmten Menschen, Professoren und Künstler, die gesamte Intelligenz einer Großstadt. Allmählich wandelte sich auch ihr Antlitz. In ihrer gewohnten äußeren Gestalt wurde sie von Tag zu Tag anders, fremder. Nichtpolnische Schriftzüge und Schilder waren zu sehen, und die Atmosphäre auf den Straßen und Märkten änderte sich. Der bisher untrennbar mit ihr verbundene Witz, Humor und Optimismus war in den ewig überfüllten Straßenbahnen, an den Ständen der Marktfrauen und in den Läden abhanden gekom-

88 PU 2, Nr. 180. Daraus auch die folgenden Zahlen.

89 Ebenda.

90 Vgl. die entsprechenden Passagen im Kapitel über den Aufbau von Partei und Verwaltung.

91 CDAHOU 1-23-823, ark. 16–24: Sekretarju CK KP/b/U tov. N. S. Chruščevu. Dokladnaja zapiska ob itogach mobilizacii v Krasnuju Armiju voennoobjazannych roždenija 1908–1926 gg. i o chode bor'by s nacionalističeskimi bandami v Drogobyčskoj oblasti. 9. September 1944. Hier ark. 16.

men. Sogar die gerissenen Lemberger Spitzbuben hatte es irgendwo andershin verschlagen. Das Vakuum nach der Abreise so vieler Polen wurde von Ukrainern und Russen ausgefüllt."[92]

In einer neuerlichen Repatriierungsaktion in den Jahren 1955–1959 wurde ein weiteres Viertel Million Polen, die sich als Deportierte des Jahres 1941, als Rotarmisten oder als Häftlinge noch in der Sowjetunion befanden, nach Polen verbracht.[93]

4.1.2 Der Bevölkerungsaustausch mit der Tschechoslowakei 1946

Auch mit der Tschechoslowakei wurde am 10. Juli 1946 vertraglich ein Bevölkerungsaustausch festgelegt, der besonders die Bewohner der neuen ukrainischen Gebiete betraf: Tschechen und Slowaken in Wolhynien und in der Karpaten-Ukraine, aber auch in anderen Gebieten sollten ebenso für eine tschechoslowakische Staatsangehörigkeit optieren können wie Ukrainer, Weißrussen und Russen, die noch auf tschechoslowakischem Territorium lebten, für eine sowjetische.[94] Der Bevölkerungsaustausch war bereits im sowjetisch-tschechoslowakischen Vertrag vom 29. Juni 1945 über die Abtretung der Karpaten-Ukraine an die Sowjetunion vorgesehen.[95] Die politische Brisanz dieser organisierten Migration war niedrig, sichtbar an dem für die Durchführung verantwortlichen Gremium: eine gemischte tschechoslowakisch-sowjetische Kommission mit drei Mitgliedern auf jeder Seite und ständigem Sitz in Moskau, unterstützt durch bis zu zehn Bevollmächtigte auf beiden Seiten auf Rajonebene, deren Hauptrepräsentanten in Prag bzw. in Luc'k angesiedelt waren. Der Charakter dieses Bevölkerungsaustausches war ein anderer als jener mit Polen, denn die vor allem in Wolhynien lebende tschechische Minderheit war an der Übersiedlung durchaus interessiert und folgte dem Aufruf der tschechoslowakischen Regierung an die Auslandstschechen in Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Polen und Österreich zur Rückkehr nicht ungern.[96]

92 Vgl. oben Anm. 34, S. 391.

93 Vgl. MAŁGOZATA RUCHNIEWICZ Tzw. Repatriacja ludności polskiej z ZSRR w latach 1955–1959, in: Dzieje najnowsze 31 (1999) Nr. 2, S. 171–177; CIESIELSKI, HRYCIUK, SREBRAKOWSKI Masowe deportacje radzieckie, S. 54.

94 Abdruck in: JAROSLAV VACULÍK Reemigrace a usídlování volyňských Čechů v letech 1945–1948. Brno 1984, S. 183–187, sowie in: VANAT Volyns'ka akcija, S. 135–141.

95 Vgl. Artikel 2 des zum sowjetisch-tschechoslowakischen Vertrag gehörenden Protokolls vom 29. Juni 1945 in: Sbornik dejstvujuščich dogovorov, soglašenij i konvencij, zaključennych SSSR s instrannymi gosudarstvami. Vyp. 11: Dejstvujuščie dogovory, soglašenija i konvencii, vstupivšie v silu meždu 22 ijunja 1941 goda i 2 sentjabrja 1945 goda. Moskva 1955, S. 31–34, hier S. 33, sowie in: VANAT Volyns'ka akcija, S. 132–133. Als letzter Meldetermin für die Optanten wurde hier noch der 1. Januar 1946 genannt, der dann im gegenseitigen Einverständnis auf den 31. März 1946 verschoben wurde.

96 Die Schilderung der Vorgänge von tschechischer Seite in: VACULÍK Poválečná reemigrace, S. 56–82.

Übersiedler hatten das Recht, Familienangehörige mitzunehmen. In erster Linie sollten Familienmitglieder von Soldaten der Roten Armee und der tschechoslowakischen Armee berücksichtigt werden. Bevorzugt wurden ferner Witwen und Waisen von gefallenen Soldaten sowie Arbeitsunfähige, Kranke, Invalide, Alte, alleinstehende Frauen, verwaiste Kinder und auf staatliche Unterstützung Angewiesene. Diese soziale Komponente, die im polnisch-sowjetischen Vertrag nicht zu finden war, hatte für die Sowjetunion den Vorteil, dass gerade Menschen, die nicht mehr arbeitsfähig und somit „ökonomische Zuschussmasse" waren, aus der sowjetischen Staatsangehörigkeit entlassen werden sollten. Die Optierung und die jeweilige Übersiedlung war – wie beim polnisch-sowjetischen Austausch zwar betont, aber nicht eingehalten – in freiwilliger Entscheidung der Betroffenen zu vollziehen. Tatsächlich wurde kein physischer Druck auf die ausreisenden Tschechen und Slowaken ausgeübt, diese waren vielmehr großenteils selbst motiviert, die Sowjetunion zu verlassen. Ein Grund dafür bestand darin, dass sie in Wolhynien in die Konflikte zwischen Ukrainern und Polen hineingezogen wurden und dass sich vor allem die bäuerliche Bevölkerung auch durch die Vertreibung der Deutschen und Ungarn aus der Tschechoslowakei Erleichterungen beim Aufbau einer neuen Existenz erhoffte.[97] Andererseits wurden Übersiedlungswillige auf tschechoslowakischer Seite mit Versprechen auf eine bessere Zukunft zur Abwanderung gelockt.[98] Die meisten Übersiedlungsberechtigten der Tschechoslowakei lebten auf slowakischem Territorium: Die Bevölkerungszählung 1930 hatte hier eine Anzahl von 91.079 Einwohner russischer und ukrainischer Nationalität ergeben, während auf dem übrigen tschechoslowakischem Staatsgebiet weitere 11.174 siedelten.[99]

Dem Muster des polnisch-ukrainischen Bevölkerungsaustausches folgend wurde landlosen Bauern als Anreiz für die Auswanderung bzw. Einwanderung der Besitz von Land in Aussicht gestellt. Dementsprechend wollte die tschechoslowakische Regierung Bauern aus dem sowjetischem Gebiet auf landwirtschaftlichen Gütern in den westlichen Regionen des Landes unterbringen; die Siedlungskommission am tschechoslowakischen Landwirtschaftsministerium ließ größere Objekte in den Kreisen Planá, Mariánské Lázně/Marienbad und Karlový Vary/Karlsbad, Tachov, Žlutice und Cheb/Eger reservieren.[100] Liegenschaften in diesen Regionen wie auch in der Slowakei[101] wurden durch die Vertreibung der ansässigen Deutschen frei.

97 Ebenda, S. 218.

98 In den sechziger Jahren erklärten die ehemals freiwillig in die Sowjetunion Übergesiedelten, sie seien seinerzeit von sowjetischen Funktionären dazu überredet worden. Keiner hätte geglaubt, dass Kommunisten Kommunisten misstrauen müssten. Sie seien vor die Wahl gestellt worden, entweder auszuwandern oder ihre kulturelle Identität zu verlieren. Das Ziel der tschechoslowakischen Regierung sei gewesen, die ukrainische Kultur in der Slowakei zu zerstören (VANAT Volyns'ka akcija, S. 204).

99 Ebenda, S. 22.

100 VACULÍK Poválečná reemigrace, S. 57.

101 VANAT Volyns'ka akcija, S. 12.

Sowjetischerseits wurde präzisiert, dass Bauern aus der Tschechoslowakei entweder entsprechend ihrem Wunsch in Kolchosen untergebracht würden, oder dass ihnen Land zugeteilt würde für den Eigenbedarf in einer Größenordnung, die nicht geringer war als die Fläche, die sie bis zur Übersiedlung bestellt hätten, jedoch nicht mehr als 15 Hektar pro Haushalt. Darüber hinaus wurden die übersiedelnden Haushalte in den Jahren 1946 und 1947 sowohl in der Sowjetunion als auch in der Tschechoslowakei von allen Steuern und Versicherungszahlungen befreit. Die beiden Regierungen vereinbarten, dass sie ihren bäuerlichen Zuwanderern – nur von diesen war die Rede –, zur Ausstattung Darlehen einräumen würden.

Ein Erlass des Obersten Sowjet der UdSSR vom 31. Oktober 1946 legte fest, dass unter den Bevölkerungsaustausch fallende Tschechen und Slowaken bei Grenzübertritt – wie die Polen – die sowjetische Staatsbürgerschaft verlieren sollten, während Personen russischer, ukrainischer und weißrussischer Nationalität nach Grenzüberschritt die sowjetische Staatsbürgerschaft erhielten.[102]

Im Juli 1947 erklärte der sowjetische Innenminister Kruglov die Aktion für beendet. Dem Abschlussbericht zufolge waren von 34.122 Tschechen und Slowaken aus der USSR 33.077 in die Tschechoslowakei übergesiedelt.[103] Die meisten stammten aus dem Gebiet Rivne (19.476); aus Volyn' kamen 7.695, aus Žytomyr 4.328 und 1.578 aus Kam-janec'-Podil's'kyj. Nachdem die Gesamtzahl der Übersiedler noch im März 14.896 betragen hatte, müssen die meisten im Frühsommer 1947 angekommen sein, wobei sich speziell die Abwanderung aus Volyn' verdoppelt hatte. Die Differenz zwischen Ausreisewilligen und Ausreisenden kam durch das Ausreiseverbot des MGB für 112 Personen zustande, außerdem gaben 757 Personen ihre Abwanderungsabsicht auf, 176 verstarben nach ihrer Registrierung.

Die Anzahl der aus der Tschechoslowakei einwandernden Ukrainer und Russen belief sich schließlich auf 11.672 Menschen. 8.360 von ihnen wurden im Gebiet Rivne, 3.312 im Gebiet Volyn' angesiedelt.[104] Damit wurden die beiden Gebiete mit den größten Abwanderungszahlen durch – wenngleich viel weniger – Zuziehende wieder versorgt. Bei diesen Zuwanderern handelte es sich vor allem um besitzlose Familien, die sich eine Verbesserung ihres Lebensstandards erhofften, aber angesichts unzureichender Wohnbedingungen (viele Häuser wurden mehrfach belegt), angesichts der genossenschaftlich ausgerichteten Arbeit in den Kolchosen, angesichts der Ablehnung der lokalen Bevölkerung, angesichts der allgemeinen Not

102 Abdruck des Erlasses in: SDD 12, S. 198.

103 GARF r-9401-2-170, l. 130–131: Tovarišču Stalinu I. V. [,] Tovarišču Molotovu V. M. [,] Tovarišču Berija L. P. [Gez.] Ministr Vnutrennych Del SSSR (S. Kruglov). 1. Juli 1947. Eine weitere Aufgliederung dieser Zahlen bei VACULÍK Reemigrace a usídlování volyňských Čechů (vgl. oben Anm. 94), S. 199–200.

104 Mit Verweis auf Archivbelege aus dem CDAHOU bei VANAT Volyns'ka akcija, S. 43–44, die niedrigere Zahl von 5.816 der bis zum 20. März 1947 in der Sowjetukraine ankommenden Einwanderer aus der Tschechoslowakei, von denen 2.169 in Volyn' und 3.647 in Rivne angesiedelt wurden.

während der Hungersnot 1946/47 und angesichts der militärischen Konflikte mit der UPA in ihren neuen Siedlungsgebieten bitter enttäuscht wurden. Ihr bald vorgebrachter Wunsch, wieder in die Tschechoslowakei rückzusiedeln, wurde von den sowjetischen Behörden jahrzehntelang zurückgewiesen; Reoptanten wurden wegen „antisowjetischer Tätigkeit" verhaftet.[105] Insgesamt verlor die Sowjetunion durch diesen Bevölkerungsaustausch mehr Einwohner als sie gewann, brachte aber die ethnische Homogenisierung der Westukraine weiter voran.

In den Jahren 1946–1948 wanderten schließlich insgesamt 5.509 Personen aus der Karpaten-Ukraine auf tschechoslowakisches Gebiet aus, dazu kam das ganze, 1.253 Einwohner umfassende Dorf Lekart.[106]

4.2. Juden und Deutsche in der Sowjetukraine

Die Sowjetunion strebte ab den dreißiger Jahren ein möglichst hohes Maß an Homogenität ihres nationalen Bestandes an. Für die größeren Nationalitäten des Landes bedeutete dies, dass sie die „Freundschaft der Völker" zu pflegen und die Hegemonie der Russen anzuerkennen hatten. Innerhalb dieser Grenzen blieb ihr Bestand im Wesentlichen unangetastet. Anders verhielt es sich mit den nationalen Minderheiten, auf die beträchtlicher staatlicher Druck ausgeübt wurde. Das Generalmotiv der Stalinschen Politik lautete, Minderheiten zurückzudrängen und sie im öffentlichen Leben nicht mehr sichtbar zu machen, damit sie keine politischen Forderungen etwa nach kultureller Autonomie stellen konnten. Dies geschah bei einzelnen ethnischen Minderheiten mit unterschiedlichem Nachdruck und verschiedenen Methoden; dabei machte sich die Politik Stimmungslagen der Mehrheits-Bevölkerung zunutze: Xenophobische Grundströmungen in der Gesellschaft stützten direkt und indirekt die regimegesteuerten Kampagnen, sichtbar vor allem am antisemitischen Kurs nach dem Zweiten Weltkrieg.

Deutsche und Juden weisen trotz aller Unterschiede des Kriegs- und Kriegsfolgeschicksals Gemeinsamkeiten in ihrer sozialen Situation und ihrer Verankerung im sowjetischen System auf.[107] Dazu gehört, dass sie sich durch ihre Sprachen –

105 VANAT Volyns'ka akcija, S. 198. Erst nach dem Ende der sozialistischen Herrschaft durften Reoptanten in die Slowakei zurückkehren; zwischen 1993 und 1998 belief sich ihre Anzahl auf 1.194 Personen; vgl. ebenda, S. 119; ŠTEFAN KRUŠKO, IVAN POP Optanty, in: Encyclopedia of Rusyn History and Culture, S. 344–346.

106 VANAT Volyns'ka akcija, S. 15.

107 Vergleiche zwischen Deutschen und Juden in der Sowjetunion zieht Meir Buchsweiler in seinen Darstellungen immer wieder heran (vgl. beispielsweise in: BUCHSWEILER Rußlanddeutsche im Sowjetsystem); auch von Pinkus wurden Arbeiten zu beiden Minderheiten vorgelegt. Zur politischen und rechtlichen Situation beider Minderheiten vor allem in den siebziger und achtziger Jahren vgl. Die Minderheiten in der Sowjetunion und das Völkerrecht. Hrsg. von Georg Brunner, Allan Kagedan. Köln 1988.

deutsch und jiddisch – ebenso wie durch ihre Religionszugehörigkeit – das Judentum sowie bei den Deutschen das Lutheranertum, der Katholizismus oder das Mennonitentum – von ihrer slavischen Umgebung unterschieden und von dieser durch ihre eigene Kultur und Traditionen distinktiv wahrgenommen wurden. Außerdem besaßen sie Auslandskontakte – Juden über verwandtschaftliche Beziehungen, Deutsche über die Außenpolitik des Deutschen Reiches –, was unter der Herrschaft Stalins grundsätzlich verdächtig war. Dennoch gelangten Angehörige beider Gruppen sogar in höhere staatliche Positionen.

Beide Minderheiten wurden durch das sowjetische Regime verfolgt, Deutsche ab 1941, die den Holocaust überlebenden Juden ab Kriegsende. Besonders die Situation letzterer war diffizil: Einerseits erfuhren sie nach dem Krieg eine neue Welle des traditionellen Antisemitismus der Bevölkerung, andererseits verhinderte die Politik, dass sie nach den Jahren des Leidens ein neues jüdisches Selbstbewusstsein entwickelten. In den ersten Jahren nach Kriegsende wurde gleichzeitig angestrebt, über die Verbreitung der Idee, auf der Krim einen jüdischen Staat für Juden aus der ganzen Welt zu schaffen, finanzielle Förderung durch ausländische jüdische Kreise zu erreichen.[108] Die Juden in der Sowjetunion bildeten damit eine Zeitlang einen außenpolitisch funktionalisierbaren Faktor für die Sowjetregierung, waren aber zugleich Repressionen ausgesetzt.

Das Schicksal der Sowjet-Deutschen ist vor dem Hintergrund der Kriegsereignisse zu sehen. Die Deportationen der Deutschen begannen unter dem Verdacht der Kollaboration kurz nach dem Angriff der Wehrmacht auf die Sowjetunion. Ein großer Teil von ihnen wurde zur Zwangsarbeit in Arbeitslager geschickt. Ein Teil der Juden hingegen – die Juden, die in den neuen sowjetischen Gebieten siedelten – sollte durch eine aktive Förderung ihrer Aussiedlung aus dem Land gedrängt werden. Jene, die bleiben wollten, wurden vor die Alternative gestellt, sich unter Verlust ihrer jüdischen Identität der Mehrheitsbevölkerung anzupassen, oder in die jüdische autonome Republik Birobidžan auszuweichen, die, 1937 im fernen Osten gegründet, Juden aus Zentralrussland fernhalten sollte. Vermutungen, dass die sowjetischen Juden ebenfalls deportiert werden sollten, was nur durch den Tod Stalins abgewendet wurde, können bisher nicht archivalisch belegt werden.

Auch wenn sich strukturelle Ähnlichkeiten in der Politik gegenüber beiden Gruppen zeigten, darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Juden während der Okkupation einem systematischen Genozid ausgesetzt waren und einen immensen Bevölkerungsverlust erlitten hatten. Daher ist es besonders tragisch, dass die antisemitische Welle in der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg die Vorstufe zu

Weitere Teilaspekte des jüdischen Lebens in der Nachkriegsukraine behandeln die Kapitel über die Politik den einzelnen Religionsgemeinschaften gegenüber und die Aufarbeitung der Kriegsverbrechen.

108 Bei SUDOPLATOW, SUDOPLATOW Der Handlanger der Macht, S. 325, der Hinweis, Stalin habe sich über die Einrichtung eines jüdischen Marionettenstaats auf der Krim oder in Palästina Kredite in Höhe von zehn Milliarden Dollar erhofft.

den antijüdischen Kampagnen Stalins am Ende der vierziger Jahre bildete und erneut schwerwiegende Diskriminierungen mit sich brachte.

4.2.1 Die Juden: Assimilation oder Auswanderung

In der Sowjetunion bildete neben Moskau und Leningrad die Ukraine einen jüdischen Siedlungsschwerpunkt, weil sich hier der Ansiedlungsrajon erstreckte, das einzige Territorium, in dem Juden in der Zarenzeit das Wohnrecht besaßen.[109] Das Verhältnis zwischen der jüdischen und ukrainischen Bevölkerung blieb über die Jahrhunderte hinweg nicht ohne Reibungen, antijüdische Ausfälle waren immer wieder zu beklagen.[110] Durch die sowjetische Besetzung Ostpolens/Westgaliziens 1939 und der weiteren Territorien im Westen kamen traditionsreiche Gemeinden unter Moskauer Herrschaft. Nach dem Zweiten Weltkrieg gestaltete sich die Situation der sowjetischen Juden höchst komplex: Einerseits litten sie unter den traumatischen Erfahrungen des Holocaust, andererseits sahen sie sich konfrontiert mit der Politik der Sowjetregierung, die wieder offen an den antisemitischen Kurs der dreißiger Jahre anknüpfte.

Die Zahl der Juden in der Sowjetunion, die den nationalsozialistischen Massenmord überlebt hatten, kann nur geschätzt werden. Neuere Forschungen gehen davon aus, dass in der Sowjetunion innerhalb der Grenzen vom Juni 1941 rund 2,8 Millionen von 5,1 Millionen Juden ermordet wurden, als Opfer des Holocaust, militärisch bedingt in kämpfenden Einheiten und als Zivilisten.[111] Allein die Zahl in der Sowjetunion in den Grenzen von 1939 der getöteten Juden wird mit rund 970.000 ange-

109 Zur Situation der Juden im Russischen Reich vgl. MANFRED HILDERMEIER Die jüdische Frage im Zarenreich. Zum Problem der unterbliebenen Emanzipation, in: JBfGOE 32 (1984) H. 3, S. 321–357; zur Lage zwischen bolschewistischer Revolution und Zweitem Weltkrieg vgl. unter anderem HEINZ-DIETRICH LÖWE, FRANK GRÜNER Die Juden und die jüdische Religion im bolschewistischen Russland, in: CHRISTOPH GASSENSCHMIDT, RALPH TUCHTENHAGEN (Hrsg.), Politik und Religion in der Sowjetunion 1917–1941. Wiesbaden 2001, S. 167–205. Frank Grüner legte 2005 seine Dissertation zum Thema „Juden und Sowjetstaat, 1941–1953" vor.

110 Zum ukrainisch-jüdischen Verhältnis vgl. PETER J. POTICHNYJ, HOWARD ASTER (eds.), Ukrainian-Jewish Relations in Historical Perspective. Edmonton 1988; SHIMON REDLICH Together and apart in Brzezany. Poles, Jews, and Ukrainians, 1919–1945. Bloomington [u. a.] 2002. Über Juden als Feindbild der russischen Bevölkerung vgl. unter anderem SARAH DAVIES "Us Against Them". Social identity in Soviet Russia, 1934–41, in: FITZPATRICK (ed.), Stalinism. New Directions, S. 47–70, hier S. 52–54.

111 ROBEL Sowjetunion, S. 560. Eine ähnliche Zahl bei KUPOVECKY Estimation of Jewish losses in the USSR, S. 35. Weiter zur Ermordung der Juden unter der NS-Herrschaft in der Ukraine: POHL Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien; DERS. Schauplatz Ukraine: Der Massenmord an den Juden; SANDKÜHLER »Endlösung« in Galizien.

geben.[112] Dem Holocaust entgangen waren lediglich Juden, die nach der Teilung Polens zwischen Deutschland und der Sowjetunion 1939 in den Osten der Sowjetunion evakuiert oder deportiert worden waren,[113] die sich der Roten Armee oder Partisaneneinheiten[114] angeschlossen hatten oder sich verstecken bzw. aus Konzentrationslagern befreit werden konnten. Durch den Massenmord an den Juden war auch das Ende der jüdischen Kultur und Religion in der Sowjetunion nahezu besiegelt. Für die überlebenden Juden war es äußerst schwierig, angesichts des Verlusts von Verwandten und Freunden, der materiellen Not und der Ambiguität des sowjetischen Systems ihnen gegenüber, in ein den Umständen entsprechend „normales" Leben zurückzufinden.[115] In dieser Zwangslage erinnerten sich auch assimilierte Juden wieder an ihre Wurzeln. Die nationale Rückbesinnung der sowjetischen Juden nach dem Holocaust beeinflusste mit zeitlicher Verzögerung zwei Kampagnen, die Stalin seit Ende der vierziger Jahre initiierte, oder löste sie gar aus: die „Antizionismus-Kampagne" 1948 und die „Ärzte-Verschwörung" 1952, denen eine beträchtliche

112 SERGEI MAKSUDOV The Jewish Population Losses of the USSR from the Holocaust. A Demographic Approach, in: The Holocaust in the Soviet Union. Studies and Sources on the Destruction of the Jews in the Nazi-Occupied Territories of the USSR, 1941–1945. Ed. by Lucjan Dobroszycki, Jeffrey S. Gurock. Armonk, New York, London, England 1993, S. 207–213.

113 Es wird geschätzt, dass durch die sowjetischen Deportationen aus der 1939 besetzten Westukraine rund 30.000 Juden umkamen, etwa 100.000 wurden durch ihre Verschleppung in die Sowjetunion aber vor den NS-Lagern gerettet (SANDKÜHLER »Endlösung« in Galizien, S. 62). Eine Todesrate von 25–30% der deportierten Juden auch bei GROSS Revolution from Abroad, S. 269. Nach der Amnestie der aus Ostpolen bis 1941 deportierten Personen polnischer Nationalität ließen sich im Zuge ihrer Einbürgerung in die Sowjetunion insgesamt 81.217 unter der jüdischen Volkszugehörigkeit registrieren; vgl. den Bericht Berijas an Stalin als Faksimile in: ZBIGNIEW S. SIEMASZKO Początki sowietyzacji (1939–1946). Londyn 2000, S. 276–280.

114 In sowjetischen Einheiten trafen jüdische Partisanen jedoch auch auf Ablehnung und antijüdisches Verhalten der anderen Untergrundkämpfer; so geschildert von JACK KAGAN, DOV COHEN Surviving the Holocaust with the Russian Jewish Partisans. London, Portland, OR 1998, S. 70–71; LJUBA I. ABRAMOWITSCH Jüdischer Widerstand gegen den Genozid 1941–1944 in Weißrußland, in: „Der Fremde im Dorf". Überlegungen zum Eigenen und zum Fremden in der Geschichte. Rex Rexheuser zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Hans-Jürgen Bömelburg, Beate Eschment. Lüneburg 1998, S. 357–366, hier S. 366; DOV LEVIN Unique characteristics of Soviet Jewish Soldiers in the Second World War, in: The Shoah and the war. Ed. by Asher Cohen, Yehoyakim Cochavi, Yoav Gelber. New York [usw.] 1992, S. 233–244, hier S. 239–240; SLEPYAN "The people's avengers", S. 270–271. TEMKIN My Just War, erlebte sowohl betont antijüdisches wie betont freundliches Verhalten von Rotarmisten und ukrainischer Bevölkerung. Vgl. auch die verschiedenen Beiträge über die Beteiligung von Juden an Partisaneneinheiten in der Ukraine in: Katastrofa i opir ukraïns'koho jevrejstva (1941–1944). Narysy z istoriï Holokostu i Oporu v Ukraïni. Kyïv 1999, S. 286–417.

115 Zur Situation der Überlebenden des Holocaust vgl. unter anderem ZVI GITELMAN A Century of Ambivalence. The Jews of Russia and the Soviet Union, 1881 to the Present. New York, Toronto 1988, S. 222–223.

Anzahl jüdischer Persönlichkeiten zum Opfer fielen.[116] Gleichzeitig stehen diese Vorgänge mit der sowjetischen Außenpolitik in Verbindung, welche ab dem Frühjahr 1947 die Gründung Israels zunächst aktiv unterstützte, um den britisch-amerikanischen Einfluss im Nahen Osten zu schwächen.[117] Nachdem sich dies als nicht durchsetzbar erwies, nahm die Sowjetregierung aber eine antiisraelische Haltung ein, die das antijüdische Vorgehen innerhalb der Sowjetunion zusätzlich motivierte. Dem Zionismus, nun als antisowjetisch und als von den USA gesteuert betrachtet, wurde der Kampf angesagt. Während also in der unmittelbaren Nachkriegszeit der traditionelle Antisemitismus sowie das allgemeine Vorgehen gegen nationale Minderheiten antijüdische Maßnahmen begründeten, waren ab Ende der vierziger Jahre der jüdische Nationalismus und Zionismus die Schlagworte für antijüdische Kampagnen.

Eine weitere, langfristige Folge des Holocaust war die Verlagerung des jüdischen Siedlungsschwerpunkts bis zum Ende der fünfziger Jahre aus der Ukraine in die Russische Sowjetrepublik: Während 1939 rund 1.533.000 Juden in der Ukraine siedelten, die knapp über die Hälfte der gesamten jüdischen Bevölkerung in der Sowjetunion sowie fast 5% der Bevölkerung der Ukraine ausmachten, lebten nach dem Zweiten Weltkrieg – verfügbar sind die Ergebnisse der ersten sowjetischen Volkszählung nach dem Krieg 1959 – die meisten sowjetischen Juden in der RSFSR:

116 Mehrere neuere Publikationen stellen die antijüdischen Kampagnen nach dem Zweiten Weltkrieg in ihren Mittelpunkt; vgl. LOUIS RAPOPORT Hammer, Sichel, Davidstern. Judenverfolgung in der Sowjetunion. Berlin 1992; VAKSBERG Stalin Against the Jews; KOSTYRCHENKO Out of the Red Shadows; BORSCHTSCHAGOWSKI Orden für einen Mord. Vgl. auch Gosudarstvennyj antisemitizm v SSSR ot načala do kul'minacii 1938-1953. Sost. G. V. Kostyrčenko. Moskva 2005.

117 Zur sowjetischen Israel-Politik vgl. unter anderem YAACOV RO'I Soviet policy in the Middle East: The case of Palestine during World War II, in: Cahiers du Monde russe et soviétique 15 (1974) Nr. 3–4, S. 373–408. Der Sammelband eines russisch-israelischen Redaktionskollegiums Sovetsko-izrail'skie otnošenija. Sbornik dokumentov. Tom 1. 1941–1953. Kn. 1–2. Moskva 2000, hier Kn. 1. 1941–maj 1949, enthält bisher mehrheitlich nicht veröffentlichte Dokumente aus russischen und israelischen Archiven zur sowjetischen Israelpolitik der Kriegs- und Nachkriegszeit.

Tabelle 30. Anteil der Juden an der Bevölkerung der Sowjetunion, der Russischen und der Ukrainischen Sowjetrepublik in den Jahren 1939 und 1959[118]

	1939			1959		
	Anzahl	%	% an gesamter jüdischer Bevölkerung	Anzahl	%	% an gesamter jüdischer Bevölkerung
UdSSR:						
Gesamtbevölkerung	170.467.000	100		208.826.650	100	
Juden	3.020.000	1,77	100	2.267.814	1,09	100
RSFSR:						
Gesamtbevölkerung	108.800.000	100		117.534.305	100	
Juden	984.000	0,87	31,39	875.307	0,74	38,60
USSR:						
Gesamtbevölkerung	30.960.000	100		41.869.046	100	
Juden	1.533.000	4,95	50,76	840.311	2,00	37,05

Die jüdische Frage, die Partei und Stalin

Die These, nach dem Weltkrieg sei in der Sowjetunion erneut eine Welle des Antisemitismus entstanden, ist deshalb falsch, weil dieser bei Russen, Ukrainern und Polen, bei Parteifunktionären und Bürgern, latent immer vorhanden war. Antisemitismus nach dem Weltkrieg hatte verschiedene neue Ursachen: Einmal war er eine grundsätzliche Erscheinung in Zeiten der allgemeinen Not und der Krise; in der Ukraine befürchtete die Bevölkerung zudem, dass sie die früher von Juden besetzten beruflichen Positionen und bewohnten Häuser wieder zurückgeben musste.[119] Außerdem bestand bereits seit der Zarenzeit ein ukrainisch-jüdischer Gegensatz, der sich immer wieder in Pogromen entlud. Von lokalen Funktionären wie Parteimitarbeitern, Milizangehörigen und Staatsanwaltschaften wurde eine antijüdische Grundhaltung ebenfalls getragen.

Die Frage, ob Stalin ein überzeugter Antisemit war, wird von Zeitzeugen und der Forschung unterschiedlich beantwortet. Seine Einstellung basierte auf einer Mischung verschiedener Motive.[120] Eine frühe Prägung ging zurück auf seine Jugend-

118 Zahlen nach: PINKUS, FRANKEL The Soviet Government and the Jews 1948–1967, S. 24–25. Weitere statistische Angaben zur Verteilung der jüdischen Bevölkerung in der Sowjetukraine bei: ALTSHULER Soviet Jewry since the Second World War, S. 74, 76–77, 79, 82–83, 85–87.

119 PINKUS, FRANKEL The Soviet Government and the Jews 1948–1967, S. 85.

120 Aspekte der Stalinschen Politik gegenüber Juden nach dem Weltkrieg werden unter anderem untersucht in: LUKS (Hrsg.), Der Spätstalinismus und die „Jüdische Frage" sowie in: DERS.

zeit als Parteimitglied im Untergrund, als er sich mit jüdischen Mitstreitern wie Kamenev und Sverdlov konfrontiert sah, die wegen ihrer höheren Bildung seinem Minderwertigkeitskomplex Nahrung gaben. Auch nach der Revolution blieben die meisten Rivalen Stalins um den Vorrang in der Partei Juden: An der Parteispitze standen neben Sverdlov, dem zweiten Mann nach Lenin, Lev Trockij, der Begründer der Roten Armee, Zinov'ev und Kamenev.[121] Stalins Ringen um die Vorherrschaft in der Partei gestaltete sich somit als Kampf gegen die jüdische Führungselite. Obwohl den Repressionen der dreißiger Jahre eine Reihe von jüdischen Repräsentanten in der Armee und in öffentlichen Positionen zum Opfer fiel, brandmarkte der offizielle Kurs der Partei in diesen Jahren Antisemitismus als Verfehlung, ungeachtet des Widerspruchs, dass die offizielle Politik der Synagogenschließungen und der Forderung nach Assimilierung ebenfalls antijüdisch waren. Die von der Partei gelenkte Meinung lehnte generell ab, dass Stalin ein Antisemit sei, weil er es als Bolschewik nicht sein durfte. Folgerichtig war er von der Weltrevolution und der Einheit der Proletarier aller Länder, unabhängig von Rasse und Nationalität, überzeugt und daher über jeden Antisemitismus-Verdacht erhaben, zumal er selbst als Georgier einer Minderheit entstammte und als Spezialist für nationale Fragen automatisch für die nationale Gleichberechtigung stand.[122] Während Stalin in dieser Zeit und später nach außen den Schein der Neutralität aufrecht erhielt, lassen Äußerungen im engen Kreis Chruščev und Milovan Djilas[123] gegenüber die Schlussfolgerung zu, dass er eine antisemitische Einstellung nur kaschierte.

Dennoch wäre es falsch, in dieser Frage den Stalinschen Pragmatismus zu vergessen. Denn dieser ließ Juden in seiner Entourage durchaus zu, vorausgesetzt freilich, sie zeigten sich ihm ergeben wie Außenminister Litvinov und Lazar Kaganovič, der fast drei Jahrzehnte lang hohe Positionen besetzte und aus seiner antisemitischen Überzeugung keinen Hehl machte.[124] Gleichzeitig dienten die antijüdischen Repressionen der Konturierung des ideologischen Feindbildes in der Sowjetunion. Stalins Politik gegenüber Juden war in gleicher Weise abhängig von den außenpolitischen Umständen: Während des Zweiten Weltkrieges hätte eine offen antisemitische Politik den Widerspruch der alliierten Westmächte hervorgerufen. Im Gegenteil versuchte Stalin während des Krieges, wieder auf die jüdische Karte zu setzen: 1941 wurde das „Jüdische antifaschistische Komitee in der UdSSR" (*Evrejskij Anti-*

Zum Stalinschen Antisemitismus. Vgl. weiter LIUDMILA DYMERSKAYA-TSIGELMAN Die Doktrin des Stalinschen Antisemitismus. Zur Entstehungsgeschichte, ebenda, S. 29–52.

121 VAKSBERG Stalin Against the Jews, S. 17–19.

122 Ebenda, S. 15–17; DJILAS Gespräche mit Stalin, S. 196–197.

123 PINKUS, FRANKEL The Soviet Government and the Jews 1948–1967, S. 103–104; MILOVAN DJILAS Jahre der Macht. Im jugoslawischen Kräftespiel. Memoiren 1945–1966. München 1992, S.178–179.

124 MEDVEDEV All Stalin's Men, S. 132. Zu Lazar Kaganovič, der 1991 im Alter von 98 Jahren starb, vgl. ebenda, S. 113–139, sowie VAKSBERG Stalin Against the Jews, S. 51–58. Litvinov verlor 1939 wegen des Umschwenkens der sowjetischen Außenpolitik seinen Posten als Außenminister.

fašistskij Komitet v SSSR, JAFK[125]) ins Leben gerufen, das nach außen hin die sowjetischen Juden vertreten, tatsächlich aber auf seinen propagandistischen Rundreisen die Unterstützung der Juden insbesondere in den USA gewinnen sollte. Als sich die führenden Köpfe des JAFK jedoch zu sehr engagierten, wurden sie im Zuge der ab 1948 geführten „Antizionismus-Kampagne" kurzerhand verhaftet und wie viele JAFK-Mitglieder umgebracht.[126]

Einen nicht zu unterschätzenden Faktor für die Haltung gegenüber Juden bildete auch die innere Verfassung Stalins. Dabei sind Entwicklungsstufen in seiner Persönlichkeit auszumachen: sein anfängliches Misstrauen steigerte sich bei ihm über eine Mischung von Angst und Hass, Abneigung und Verachtung zu einem wahnhaften, ja paranoiden Antijudaismus, der von althergebrachten Stereotypen wie von einer „internationalen jüdischen Verschwörung" genährt wurde, welche auf die Versklavung und Zerstörung der nicht-jüdischen Welt abziele.[127] Dennoch ist zu fragen, ob die Ursachen der Stalinschen Xenophobie – frühe Prägung, politische Rücksichten und psychischer Defekt – nicht nur die Haltung gegenüber den Juden, sondern auch viele oder gar alle politischen Handlungen Stalins bestimmten.

An der Anordnung antijüdischer Maßnahmen wurde Stalin auch von seiner engeren Umgebung nicht gehindert, weder von Kaganovič, noch von Molotov und Vorošilov, die beide jüdische Ehefrauen hatten. Auf der unteren Parteiebene trafen sie auf bereitwillige Vollstrecker, da auch Parteifunktionäre und -mitglieder eine traditionelle Abneigung gegen Juden pflegten. Diese war zum Teil zurückzuführen auf die Konkurrenzsituation, da die Juden einen relativ hohen Anteil an Parteimitgliedern stellten, weil die kommunistische Partei angesichts von jahrhundertelanger Ausgrenzung für Juden als egalitäre Bewegung eine hohe Attraktivität aufwies: In der Ukraine hatte 1940 der jüdische Anteil 13,4% betragen,[128] 1946 war er auf

125 Zur Geschichte des JAFK unter anderen: ARNO LUSTIGER Rotbuch: Stalin und die Juden. Die tragische Geschichte des Jüdischen Antifaschistischen Komitees und der sowjetischen Juden. Berlin 1998; BORSCHTSCHAGOWSKI *Orden für einen Mord*; VAKSBERG *Stalin Against the* Jews, S. 112–140; KOSTYRČENKO Tajnaja politika Stalina, S. 236ff., 351ff.

126 Das JAFK richtete 1943 einen Brief an Stalin mit der Bitte, eine jüdische Sowjetrepublik auf der Krim einzurichten, da sie nicht mehr in ihre alte Heimat zurückkehren könnten (der Brief ist paraphrasiert in: VAKSBERG Stalin Against the Jews, S. 122–123). Das Projekt, das von jüdischer Seite in der Sowjetunion und in den USA viel diskutiert wurde, diente Stalin zur Untermauerung der Bitte nach westlichen Krediten (SUDOPLATOW, SUDOPLATOW Der Handlanger der Macht, S. 331). Der NKVD hatte über das JAFK-Mitglied Itzig Feffer, der NKVD-Agent war, Zugang zur Führung des JAFK (vgl. SUDOPLATOW, SUDOPLATOW Der Handlanger der Macht, S. 330). Bei der Verfolgung der JAFK-Mitglieder wurde das Krim-Projekt, für das sich das JAFK eingesetzt hatte, als Begründung für die Anklagen wieder aus der Schublade gezogen (BORSCHTSCHAGOWSKI Orden für einen Mord, S. 138–161). Das Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR rehabilitierte 1955 die Opfer des JAFK-Prozesses, was aber nicht veröffentlicht wurde. Erst 1989 folgte die endgültige und öffentliche Rehabilitierung (FIESELER Innenpolitik der Nachkriegszeit, S. 69, mit Quellen- und Literaturangaben).

127 PINKUS, FRANKEL The Soviet Government and the Jews, S. 88.

128 RIGBY Communist Party Membership in the U.S.S.R, S. 373.

10,3% (33.007 Personen) gefallen,[129] lag aber immer noch viel höher als der Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung in der Ukraine.[130]

Juden waren daher auch in der Partei mit Ablehnung konfrontiert. Dennoch äußerten sie keinen lauten Widerspruch, da das allgemeine Klima nach dem Zweiten Weltkrieg von so heftigem Misstrauen geprägt war, dass Juden oder sonstige Kritiker eine offene Diskussion fürchten mussten. Die Zunahme des Antisemitismus innerhalb der Parteiorganisation von Kiev beklagte ein anonymer Brief an das ZK in Kiev.[131] Erklärt wurde diese Erscheinung nicht mit der Einstellung der Bevölkerung oder Partei, sondern damit, dass vom Faschismus zurückgelassene Agenten den Hass auf die Juden schüren würden. Außerdem vermeide es eine große Zahl des Führungspersonals in den Unternehmen und Betrieben, Juden in führende Ämter zu übernehmen. Offenbar vergäßen viele Arbeiter, dass die kommunistische Partei ihre Mitglieder im Geiste des Internationalismus erziehe und dass der Begründer des Marxismus, Karl Marx, Jude war. Die Partei solle den Kampf gegen den Antisemitismus aufnehmen. Damit er sich nicht noch mehr ausweite, sollten in Kiev Parteisitzungen über das Vorgehen gegen ihn durchgeführt werden. Die Opfer des Faschismus seien in erster Linie Juden gewesen; einige Tausend Arbeiterfamilien seien bis auf den letzten Mann ausgelöscht worden – offenbar wusste der Briefschreiber noch nicht über das tatsächliche Ausmaß des Holocaust Bescheid. Diktion und Inhalt des Briefes legen die Vermutung nahe, dass es ein jüdischer Parteigenosse war, der auf den Missstand aufmerksam machen wollte – dies erklärt auch, warum er seinen Namen verschwieg. Ferner spiegelt das Rekurrieren auf Marx den bis zu den dreißiger Jahren vertretenen ideologischen Standpunkt der Partei wider, von dem Stalin aber abgerückt war und den er durch seine eigenen Inhalte ersetzte. Dabei wurde in der ideologischen Sichtweise der sowjetischen Nationalitäten die russische unter dem Schlagwort des Sowjetpatriotismus in den Vordergrund geschoben und ihr eine Führungsrolle eingeräumt, während jede andere nationale Äußerung eines nicht-russischen Volkes als staatsfeindlich eingestuft wurde. Somit traf das nach dem Krieg steigende jüdische Zusammengehörigkeitsgefühl schon von vornherein auf die Kritik des großrussischen Chauvinismus, der dies als „jüdischen Nationalismus" deklarierte.

Dies war bereits während des Krieges in parteiinternen Berichten spürbar, die neben den vorgebrachten Argumenten auch eine allgemeine und steigende Ablehnung der Juden in höheren Positionen vermittelten. So informierte am 17. August 1942, als deutsche Truppen auf Stalingrad vorrückten, die Hauptabteilung für Propaganda und Agitation des ZK die ZK-Sekretäre Malenkov, Ščerbakov und And-

129 CDAHOU 1-23-3970, hier ark. 5.

130 Siehe die obenstehende Tabelle. Zum Vergleich: In der gesamten Sowjetunion besaß die Partei im Jahr 1941 genau 176.884 jüdische Mitglieder (bei einer Gesamtzahl von 3.872.465 Partei-Mitgliedern); 1946 waren es 202.878 (Gesamtzahl der Mitglieder: 5.513.649); vgl. KOSTYRCHENKO Out of the Red Shadows, S. 56.

131 CDAHOU 1-23-1394, ark. 5 [anonymer Brief, o. D.]

reev darüber, dass Russen in vielen Kultur-Institutionen eine nationale Minderheit seien, während die Juden die Oberhand hätten. In der Folge wurde die Führungsschicht in vielen Einrichtungen durch russisches Personal ersetzt; gleichzeitig wurde Juden die diplomatische Laufbahn und der Eintritt in akademische Institutionen stark erschwert.[132] Jüdischen Studenten wurde die Aufnahme in Universitäten untersagt.[133]

Die Sowjetregierung konfrontierte die Juden nach dem Krieg mit einer weiteren schmerzlichen Erfahrung, nämlich der bewussten Verdrängung des Holocaust aus der öffentlichen Diskussion. Grundsätzlich waren die an den Juden während der deutschen Besatzung begangenen Verbrechen der sowjetischen Bevölkerung bekannt, wenn sie im Okkupationsgebiet die Verfolgungen, die Errichtung von Ghettos und die Ermordung der jüdischen Nachbarn in direkter Nähe erlebte. Die übrige Sowjetbevölkerung aber wurde durch die sowjetische Presse über den Holocaust und dessen rassistische Begründung praktisch nicht informiert.[134] Einzig das Organ des Jüdischen Antifaschistischen Komitees, „Ejnikejt", veröffentlichte Augenzeugenberichte über Massaker an Juden, die aber von der nicht-jüdischen Bevölkerung nicht zur Kenntnis genommen wurden.[135] Nach dem Krieg durfte im Gedenken an die NS-Opfer die Tatsache, dass ein Teil von ihnen als Juden wegen ihrer „Rasse" ermordet wurde – von 27 Millionen Opfern waren 2,8 Millionen Sowjetjuden –, nicht erwähnt werden, sondern es wurde immer eine verallgemeinernde Formulierung wie „friedliche Sowjetbürger" gewählt. Die offizielle Terminologie unterschied nur zwischen „Faschisten" und „Antifaschisten", Opfergruppen wurden dabei nicht gesondert ausgewiesen. „Antifaschisten" implizierte dabei das ehrenvolle Gefallensein im Gegensatz zum rassistisch motivierten Genozid. Ebenfalls keine öffentliche Erinnerung fand ein so grauenhaftes Verbrechen wie der Massenmord in der Schlucht Babij Jar (ukr. Babyn Jar) in Kiev, wo einem NS-„Ereignisbericht" zufolge zwischen dem 22. und 30. September 1941 insgesamt 33.771 Juden ermordet worden waren.[136] Dies wurde in der sowjetischen Öffentlichkeit nicht erwähnt; den

132 KOSTYRCHENKO Out of the red Shadows, S. 15–18; DERS. Tajnaja politika Stalina, S. 259ff.; WAKSBERG Die Verfolgten Stalins, S. 195–196; LUKS Zum Stalinschen Antisemitismus, S. 23–24.

133 VAKSBERG Stalin Against the Jews, S. 143.

134 Die wenigen Berichte über die Ermordung von Juden in der „Pravda" aufgelistet von LEV BESYMENSKI Was das Sowjetvolk vom Holocaust wußte, in: LUKS (Hrsg.), Der Spätstalinismus und die „Jüdische Frage", S. 69–87, hier S. 76.

135 REDLICH The Jews under Soviet rule, S. 120ff.

136 Unter anderem zu den Vorgängen von Babij Jar und zu deren Gedenken: WILLIAM KORREY A Monument Over Babi Yar?, in: The Holocaust in the Soviet Union, S. 61–74; MESSMER Sowjetischer und postkommunistischer Antisemitismus, S. 88–91; ERHARD ROY WIEHN (Hrsg.), Die Schoáh von Babij Jar – Das Massaker deutscher Sonderkommandos an der jüdischen Bevölkerung von Kiew 1941 fünfzig Jahre danach zum Gedenken. Konstanz 1991; ALEKSANDR ŠLAEN Babij Jar. Kyïv 1995; Photodokumente in: Kyïv 1941–1943, S. 144–150, S. 236–237; HARTMUT RÜß Babij Jar 1941, in: Orte des Grauens. Verbrechen im Zweiten Weltkrieg. Hrsg.

Juden wurde an dieser Stelle eine eigene Gedenkstätte versagt. Vielmehr wies ein ukrainischer Ministerratsbeschluss vom 13. März 1945[137] ein Monumentalstandbild für die „140.000 Bürger der Stadt Kiev, die hier von den faschistischen Barbaren animalisch umgebracht worden waren", an; die genannte Zahl ist zudem überhöht. Gleichzeitig wurde angeordnet, das gesamte Territorium von Babij Jar zu planieren und einen Park mit Wegen und Alleen darauf anzulegen. Erst Ende der fünfziger Jahre wurde die Thematik Babij Jar von russischen und ukrainischen Dissidenten unter dem Risiko der staatlichen Verfolgung in die öffentliche Diskussion gehoben.[138]

Auch die Veröffentlichung von Berichten über NS-Gräuel an Juden, wie es das JAFK in einem „Schwarzbuch" plante, wurde verhindert.[139] Die Hauptabteilung für Propaganda und Agitation nahm das Buch 1947 aus dem laufenden Druckverfahren. Während Teile des Textes in einer englischen und rumänischen Fassung erschienen, konnte das Werk in der Sowjetunion nicht veröffentlicht werden.[140] Ein ähnliches Schicksal erfuhr das „Rotbuch" über das Engagement jüdischer Soldaten in der Roten Armee. Vielmehr wurde ihnen publizistisch sowie von der nicht-jüdischen Bevölkerung vorgeworfen, sie hätten sich nicht genug militärisch gegen den Feind engagiert. Dem widerspricht, dass allein 70–90.000 jüdische Rotarmisten in deutschen

von Gerd R. Ueberschär. Darmstadt 2003, S. 102–113; WOLFRAM WETTE Babij Jar 1941. Das Verwischen der Spuren, in: Kriegsverbrechen im 20. Jahrhundert. Hrsg. von Wolfram Wette und Gerd R. Ueberschär. Darmstadt 2001, S. 152–164. Den Zusammenhang zwischen dem Massenmord in Babij Jar, den verheerenden Großbränden in Kiev und der von den Besatzungsbehörden angeordneten Unterversorgung der Kiever Bevölkerung erörtert KLAUS JOCHEN ARNOLD Die Eroberung und Behandlung der Stadt Kiew durch die Wehrmacht im September 1941: Zur Radikalisierung der Besatzungspolitik, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 58 (1999) S. 23–63.

137 RGASPI 17-45-1969, l. 208–209: Protokol No. 57 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy (1.–15. März 1945), 77-op.: O sooruženii monumental'nogo pamjatnika na territorii Bab'ego Jara (13. März 1945).

138 Babij Jar wurde ein Thema, als der Schriftsteller Viktor Nekrasov und der Dichter Evgenij Evtušenko 1959 erstmals wieder forderten, hier ein Denkmal für die ermordeten Juden zu errichten, und damit den offiziellen und allgemeinen Antisemitismus dieser Zeit anprangerten.

139 Zur Vorgeschichte und zum Schicksal dieses Buches vgl. REDLICH The Jews under Soviet Rule during World War II, S. 203–204; KOSTYRČENKO Tajnaja politika Stalina, S. 465–469; [ĖRENBURG] Die berühmten Ehrenburg-Memoiren, S. 172–181.

140 The Black Book: The Nazi Crime Against the Jewish People. New York 1946. 1993 erschien eine russischsprachige Ausgabe auf der Grundlage des vollständigen, 1947 zum Druck vorgelegten Textes (Černaja kniga. Vil'njus 1993), 1980 eine russische Teilfassung: Černaja kniga. Ierusalim 1980 (dieser Text wurde 1991 zweimal in der Ukraine herausgegeben); 1981 wurde dieser in der jiddischen Ausgabe (Jerusalem 1981) erweitert. Deutsche Ausgabe: Das Schwarzbuch. Der Genozid an den sowjetischen Juden. Hrsg. der deutschen Ausgabe: Arno Lustiger. Reinbek bei Hamburg 1994.

Kriegsgefangenenlagern ermordet worden waren;[141] 160.000 Juden wurden für ihre militärischen Verdienste mit Orden und Medaillen ausgezeichnet, 137 Juden mit der höchsten militärischen Auszeichnung als „Held der Sowjetunion". Unter den „Helden" nahmen sie damit den dritten Platz ein.[142]

Der Hintergrund der sowjetischen Verschleierungspolitik lag in der Absicht, dass die Juden in der öffentlichen Meinung keine besondere Bedeutung erhalten sollten. Auch war zu verhindern, dass die Juden im allgemeinen kollektiven Gedenken an die ungeheueren erlittenen Verbrechen ein neues Selbstwertgefühl entwickeln und dadurch die Sympathien der nicht-jüdischen Bevölkerung auf sich hätten ziehen können. Dabei wurde der Holocaust an sich nicht geleugnet, sondern in den Zusammenhang des Massenmordes an sowjetischen Zivilisten aller Nationalitäten gestellt. In der Retrospektive ist festzustellen, dass die antijüdischen Kampagnen ab 1948 auf Unverständnis oder gar Widerstand gestoßen wären, wenn den Juden zuvor die tragende Opferrolle während der NS-Herrschaft zugebilligt worden wäre. Die unter Stalin begonnene Verdrängung der Bedeutung des Holocaust blieb bis zum Ende der Sowjetunion bestehen.

Schwierigkeiten für Juden im Alltag

Viele Juden in der Sowjetunion hofften nach dem Ende des Krieges auf Entgegenkommen und Unterstützung des Staates, einerseits angesichts des nationalsozialistischen Genozids an ihrer Gemeinschaft, andererseits, weil sie sich am Kampf gegen die deutschen Besatzer als Soldaten der Roten Armee und in Partisanenabteilungen aktiv beteiligt hatten. Doch ihre Erwartungen stellten sich als Trugschluss heraus. Weder nahm die Bevölkerung Anteil an ihrem Schicksal, noch erhielten sie von der Regierung Hilfestellungen. Vielmehr waren sie weiteren Benachteiligungen ausgesetzt, und sowohl der offizielle Antisemitismus wie der endemische Antijudaismus griffen verstärkt um sich. Beides korrelierte miteinander, da antisemitische Erscheinungen mit der Gewissheit wuchsen, dass man dafür nicht bestraft werde.[143] Damit wurden Juden in besonderem Maß konfrontiert, als sie nach dem Sieg der Roten Armee aus der Evakuierung in den östlichen Gebieten der Sowjetunion allmählich zurückkehrten. Ihr Erscheinen in ihren früheren Wohngebieten stieß auf allerhand Widerstände. Hindernisse entstanden, wenn Juden ihre früheren beruflichen Tätigkeiten wieder aufnehmen wollten. Zwar konnten sie mancherorts in wirtschaftli-

141 Vgl. DIETER POHL Die Wehrmacht und der Mord an den Juden in den besetzten sowjetischen Gebieten, in: Täter im Vernichtungskrieg. Der Überfall auf die Sowjetunion und der Völkermord an den Juden. Hrsg. von Wolf Kaiser. Berlin, München 2002, S. 39–53, hier S. 41.

142 F. D. SVERDLOV, A. JA. VAJNER Voiny-evrei na frontach Velikoj Otečestvennoj. Moskva 1999, S. 14; KOSTYRCHENKO Out of the red Shadows, S. 23.

143 Dies beobachtet VLADIMIR BUKOVSKY To Build a Castle. My Life as a Dissenter. London 1978, S. 81–82.

chen, erzieherischen und künstlerischen Institutionen an ihre Arbeitsstellen zurückkehren, allerdings wurde ihnen die Besetzung von höherrangigen politischen Ämtern untersagt. Betriebsleiter lehnten es zudem oft ab, jüdische Arbeiter anzustellen. Behörden verweigerten Juden die Rückkehr in ihre früheren Wohnungen und Häuser, neue Bewohner hinderten sie am Zutritt. Es war zwar prinzipiell möglich, auf dem Gerichtsweg Eigentum zurückzuerhalten,[144] oft jedoch konnten Juden dieses wegen des Verlustes von Dokumenten nicht nachweisen.[145] Eine Jüdin, aus deren Familie elf Mitglieder von den Deutschen ermordet worden waren und der die Rückkehr in ihre Wohnung in Kiev nicht gestattet wurde, bekam vom Gebiets-Sekretär zu hören, der Massenmord an den Juden sei eine feindliche Desinformation, ihre Verwandten würden wahrscheinlich unter anderem Namen evakuiert irgendwo in Taškent leben. Sie selbst habe sich während des Krieges nicht an der Front sehen lassen und beanspruche nun ungerechtfertigt eine Wohnung. Er würde ihre Klage an NKVD weiterleiten, der sich dann schon um sie kümmern werde.[146] Die verbalen Ausfälligkeiten, die zum Teil aus den bedrängten Wohnverhältnissen in den zerstörten Städten, aber auch aus bestehenden antijüdischen Ressentiments sowjetischer Funktionäre herrührten, waren aber harmlos im Vergleich zu physischen Bedrohungen. Angesichts der Massenrückkehr von Kiever Juden aus Taškent und Samarkand bat Chruščev den Partei-Sekretär von Usbekistan, die Rückreise der Juden zu unterbinden, da er sie im zerstörten Kiev nicht unterbringen könne und er Pogrome befürchte.[147] Diese traten tatsächlich ein: 1944 kam es in Kiev zu pogromartigen Ausschreitungen mit Todesopfern auf jüdischer Seite. Im September 1945 wurden nach einem Begräbnis Juden geschlagen, einige kamen dabei zu Tode.[148] Konflikte traten insbesondere in Städten auf, auch in Vinnycja und Charkiv wurden Verbrechen mit Pogromcharakter beobachtet.[149] Bei Krawallen nach Ende des Krieges wurden ukraineweit „hunderte Juden" verletzt und einige getötet.[150] Endemischer Antisemitismus stieg auch, als die Bevölkerung besonders viele Juden in der verhassten Geheimpolizei vermutete.[151]

144 V. M. DANYLENKO «Jevrejs'ke pytannja», in: Polityčnyj teror i teroryzm v Ukraïni, S. 724–744, hier S. 725.

145 „Czernowitz is gewen an alte, jidische Schtot...", S. 110.

146 VAKSBERG Stalin Against the Jews, S. 144.

147 SUDOPLATOW, SUDOPLATOW Der Handlanger der Macht, S. 335.

148 KOSTYRCHENKO Out of the red Shadows, S. 52–53; DERS. Tajnaja politika Stalina, S. 354–355.

149 REDLICH The Jews under Soviet rule, S. 193.

150 ALTSHULER Antisemitism in Ukraine toward the End of the Second World War, S. 53–54, Anm. 32 listet Zeugenberichte darüber auf. Dennoch waren die in der Ukraine stattfindenden Pogrome nach dem Holocaust kein Einzelfall, auch in Polen (in Kielce) kamen noch 1946 Juden bei öffentlichen Ausschreitungen zu Tode.

151 So im Donbas; vgl. KUROMIYA Freedom and Terror in the Donbas, S. 302. Ebenda, S. 321–323 weitere Beispiele antisemitischen Verhaltens im Donbas.

In der Stadt Černivci rief das Verhalten von Juden, die sich der Einberufung in die Rote Armee und dem allgemeinen Arbeitseinsatz im Donbas entzogen, unter der nicht-jüdischen Bevölkerung Empörung hervor. Gerüchte, dass die Führungspositionen im ukrainischen Staatsapparat von Juden übernommen und die Ukrainer daraus verjagt würden, verschlechterten weiter die Atmosphäre. Die jüdische Bevölkerung wurde beschuldigt, das Ansteigen des Antisemitismus selbst zu provozieren, weil sie verbreite, dass die Staatsführung und Chruščev persönlich antisemitische Propaganda betreibe und dafür abgelöst werden solle. Die heftige Missbilligung der staatlichen Behörden fand, dass einige jüdische Vertreter ein „nationalistisches" Verhalten und eine zionistische Einstellung an den Tag legten, indem sie auf einem eigenen Staat für die Juden bestanden.[152]

Gleichzeitig versuchte man, die Juden noch stärker zur Assimilierung an das „Sowjetvolk" zu zwingen. Der Bestand an jüdischen Schulen war bereits in den dreißiger Jahren auf ein Minimum reduziert worden, nach dem Krieg verschwanden sie praktisch vollständig.[153] Dem Wiederaufbau des kulturellen Lebens wurden ebenfalls enge Grenzen gesetzt. Nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion 1941 waren bereits einige jüdische Theater geschlossen worden, andere, wie in Odessa, Kiev, Minsk und Moskau, wurden evakuiert. Nach ihrer Rückkehr gelang es ihnen aber erst nach Streitigkeiten mit den Behörden, ihre alten Gebäude und staatliche Unterstützung zu erhalten.[154]

Verzögert setzten die Behinderungen von Juden in der Bukowina ein. In Černivci wurden nach dem Krieg zwei jüdische Schulen wiedereröffnet, die jüdischen Angaben zufolge 1945 insgesamt 1.200 Schüler besuchten, die aber bald geschlossen wurden, so dass die Schüler erst in ukrainische, dann nur mehr in russische Schulen gehen konnten.[155] Auch das kulturelle Klima war hier offener als anderswo, denn jüdische Folklore und jüdische Literatur fanden noch Verbreitung, sogar gestützt durch die örtlichen Partei-Organe.[156] Dies war aber eine Ausnahme, zurückzuführen auf die Tatsache, dass hier die Sowjetisierung erst greifen musste.

Besonders prekär war die Situation in einer Reihe von Orten – unter anderen in Berdičev, Mohylev-Podil's'kyj, Balta, Žmerynka, Vinnycja und dem Gebiet Rivne – wo viele der vor dem Holocaust Geretteten weiterhin innerhalb der bestehenden Ghettos leben mussten, weil ihnen keine reguläre Wohnung zugestanden wurde. Die

152 CDAHOU 1-23-1363, ark. 1–14: CK KP/b/Ukrainy tovarišču Chruščevu N. S., g. Kiev. Special'noe soobščenie ob antisemitskich projavlenijach na Ukraine. [Gez.] Narodnyj komissar gosudarstvennoj bezopasnosti USSR Savčenko. 13. September 1944.

153 PINKUS, FRANKEL The Soviet Government and the Jews 1948–1967, S. 259–261.

154 Ebenda, S. 269. Einige jüdische Theater konnten sich halten, bis ihnen im Lauf des Jahres 1948 die finanzielle Unterstützung entzogen wurde und nur mehr vier jüdische Theater in der gesamten Sowjetunion (in Černivci, in Vilnius, in Dvinsk sowie in Baku) übrig blieben.

155 „Czernowitz is gewen an alte, jidische Schtot...", S. 27 (Bericht von Felicia Giniger).

156 REDLICH The Jews under Soviet rule, S. 199. Die beiden Schulen wurden aber bald geschlossen (PINKUS, FRANKEL The Soviet Government and the Jews 1948–1967, S. 260).

Identifizierung ihres früheren Eigentums wurde ebenfalls nicht gestattet. Sie fühlten sich auch deshalb unsicher, weil sich in ihrer Umgebung noch immer Helfershelfer aufhielten, die an der Ermordung der Juden teilgenommen hatten. Auch die von den Deutschen betriebene antisemitische Propaganda war noch in der Nachkriegszeit unter der Bevölkerung wirksam. Das JAFK richtete daher am 18. Mai 1944 eine Reihe von Bitten an Molotov als stellvertretenden Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare, darunter die Forderung nach Maßnahmen für die Normalisierung des Lebens der betroffenen Juden sowie die Regulierung der rechtlichen Lage, die den Juden die Rückgabe ihres Eigentums und die Rückkehr in ihre Heimat ermöglichen sollte.[157] Die Antwort Berijas fiel nicht negativ aus. Er schrieb, dass Chruščev als Vorsitzendem des ZK der Ukraine Anweisung zu geben sei, unverzüglich Hilfsmaßnahmen für die Juden in den befreiten Gebieten, die unter der deutschen Besatzung gelitten hatten, einzuleiten. In erster Linie sollten Kinderheime für Waisen und Kriegsopfer eingerichtet werden. Außerdem sollte ein Bevollmächtigter des ZK und des ukrainischen Ministerrates in die Westukraine entsandt werden, um dort die Lage zu prüfen und die Rückkehr der Juden zu unterstützen.[158] Diese Anweisungen wurden nicht umgesetzt, möglicherweise war Berija erst nach ihrer Formulierung klar, dass Hilfestellungen für Juden politisch nicht opportun waren.

Für das JAFK wurde die Unterstützung der jüdischen Bevölkerung immer schwieriger, da der Vorwurf, der Zionismus würde die kommunistische Lehre verletzen, immer entschiedener vorgebracht wurde. Der Nachfolger Berijas, Viktor Semenovič Abakumov, beschuldigte im Oktober 1946 in einem Brief an Stalin das JAKF der Verbreitung nationalistischer und antisowjetischer Propaganda, unter anderem deshalb, weil es sich für die Rückgabe von Häusern einsetzte. Im Lichte des nach dem Krieg wieder betonten Sowjetpatriotismus erschien die Unterstützung für die Juden immer verdächtiger. Es wurde dem JAFK sogar untersagt, eine Summe von 200.000 Dollar anzunehmen, die ein Komitee ukrainisch-jüdischer Verbindungen in den USA gesammelt hatte, um in der Ukraine Krankenhäuser zu errichten. Die Begründung war, dass die ausländischen Organisationen als Gegenleistung versuchen würden, zionistische Aktivitäten unter den Juden in der Ukraine einzuleiten.[159]

Schließlich führten diese antisemitischen Tendenzen dazu, dass sich mit der staatlichen Kampagne gegen die „vaterlandslosen Kosmopoliten" ab Anfang 1949 der

157 CDAHOU 1-23-3851, ark. 3–4: Predsedatel' Evrejskogo Antifašistskogo Komiteta v SSSR, Narodnyj artist SSSR S. Michoėls [Solomon Micho'els], Otvetstvennyj sekretar' Evrejskogo Antifašistskogo Komiteta v SSSR Š. Ėpštejn [Schachne Epstein], [an] V. M. Molotov, 18. Mai 1944. (Dieses Schriftstück wird auch erwähnt bei REDLICH War, Holocaust and Stalinism, Doc. 46, S. 243–244.)

158 CDAHOU 1-23-3851, ark. 5: Vypiska iz pis'ma tov. Berija (po povodu zapiski tt. Michoėlsa i Ėpštejna) [o. O., o. D.]. Auch in: REDLICH War, Holocaust and Stalinism, Doc. 49, S. 246.

159 REDLICH War, Holocaust and Stalinism, Doc. 63, S. 262–263.

jüdische Anteil in allen staatlichen Bereichen bis 1953 beträchtlich verringerte.[160] Danach hatten nur mehr hochqualifizierte jüdische Wissenschaftler die Möglichkeit zum Aufstieg im sowjetischen System.[161] Ob Stalin in Anschluss an die 1952 „entdeckte" „Ärzte-Verschwörung", die einigen hochrangigen jüdischen Ärzten die Freiheit kostete, tatsächlich einen Schlag gegen die sowjetischen Juden und ihre Deportierung nach Sibirien plante, ist bislang nicht ausreichend zu belegen.[162]

Emigration als letzter Ausweg: jüdische Fluchtorganisationen in Lemberg

Während viele Juden in der Ukraine versuchten, sich nach dem Krieg mit den Gegebenheiten zu arrangieren, schien dies anderen unmöglich. Manche sahen daher einen Ausweg im Umzug in die autonome jüdische Republik Birobidžan, die wegen ihrer Abgelegenheit im Osten nur wenige Einwohner beherbergte, in der Nachkriegszeit aber eine Steigerung ihrer Bevölkerung von rund 10.000 Juden auf 30.000 im Jahr 1948 erlebte.[163] Ein anderer Teil der Juden zog es vor, die Sowjetunion ganz zu verlassen. Dies war legal möglich, wenn sie vor 1939 die polnische oder vor 1940 die rumänische Staatsbürgerschaft besessen hatten, denn dann galten für sie die Bestimmungen für die Auswanderung nach Polen bzw. nach Rumänien.[164]

Die Gesamtzahl der Juden, die nach Polen auswanderten, belief sich bis Ende Juni 1946 auf 157.420, bis Ende der vierziger Jahre stieg ihre Zahl auf rund 230.700.[165] Viele Juden wurden in die neuen polnischen Westgebiete geschickt und in den Häusern vertriebener Deutscher angesiedelt wurden. Immerhin rund 87.000

160 Die „Kosmopoliten-Kampagne" begann mit einem „Pravda"-Artikel am 28. Januar 1949 gegen jüdische Theaterkritiker (KOSTYRČENKO Tajnaja politika Stalina, S. 333–334; hier auch über die Hintergründe der Kampagne). Im Rahmen der Kampagne fanden im ganzen Land Säuberungen öffentlicher Einrichtungen von jüdischen Mitarbeitern statt; vgl. L. LJUKS Evrejskij vopros v politike Stalina, in: Voprosy istorii (1999) Heft 7, S. 41–59, hier S. 50; DERS. Zum Stalinschen Antisemitismus, S. 38. Die Tabelle bei KOSTYRČENKO Tajnaja politika Stalina, S. 514, gibt eine Verringerung um mindestens die Hälfte der jüdischen Funktionäre auf Unions- und Republiksebene an.

161 SUDOPLATOW, SUDOPLATOW Der Handlanger der Macht, S. 354–355.

162 Diese Diskussion dargestellt bei: SAMSON MADIEVSKI 1953: La déportation des Juifs soviétiques était-elle programmée?, in: Cahiers du Monde russe 41 (2000) 4, S. 561–568.

163 REDLICH The Jews under Soviet rule, S. 194.

164 Vgl. die entsprechenden Abschnitte im Kapitel über den sowjetisch-polnischen und sowjetisch-rumänischen Bevölkerungsaustausch. Zur Organisation der Auswanderung sowjetischer Juden über Polen nach Palästina in Verbindung mit dem sowjetisch-polnischen Bevölkerungsaustausch vgl. HANNA SHLOMI The 'Jewish Organising Committee' in Moscow, and the 'Jewish Central Committee' in Warsaw, June 1945 – February 1946: Tackling Repatriation, in: Jews in Eastern Poland and the USSR, S. 240–254 (auch in: DIES. Studies on the History of the Jewish Remnant in Poland, 1944–1950. Jerusalem 2001, S. 7–21).

165 LITVAK Polish-Jewish Refugees, S. 233.

Juden aus der Sowjetunion wurden in der ersten Jahreshälfte 1946 in Unterschlesien in Polen angesiedelt.[166] Die Auswanderung nach Polen war aber oft nur eine Übergangsstation für die Weiterreise nach Palästina oder nach Amerika. Sowohl die innersowjetische Übersiedlung nach Birobidžan wie auch die Aussiedlung jüdischer Bevölkerung wurde von der Sowjetregierung gefördert. Letztere betraf wie die Abschiebung der Juden im Gebiet Černivci eine jüdische Bevölkerung, die erst 1939 bzw. 1940 an die Sowjetunion gekommen war; auch aus der Karpaten-Ukraine wanderten Juden zwischen Juli und September 1945 ungehindert in die Tschechoslowakei aus.[167] Die sowjetische Herrschaft erachtete es für wenig aussichtsreich, die Juden in den neuen Gebieten effektiv in die sowjetische Gesellschaft zu integrieren, so dass es leichter war, sich von ihr zu trennen.

Anders verhielt es sich bei den Juden, die seit jeher in der UdSSR lebten. Ihnen war die Abwanderung ins Ausland nicht gestattet. Sie konnten daher nur versuchen, illegal über die Staatsgrenze zu gelangen, und zwar mit der Hilfe eines Netzes jüdischer Verbindungen in der Westukraine, das Kontakte in das Ausland unterhielt. Gegen diese „zionistische Untergrundorganisation" gingen die sowjetischen Behörden rigoros vor.[168] Sie unterschied sich von den im selben Gebiet agierenden ukrainischen und polnischen Untergrundorganisationen in ihrer Mitgliederstärke, Zielsetzung und Struktur wesentlich. Die jüdische „Untergrundbewegung" konzentrierte sich, anders als die polnischen Partisanen und die ukrainische Untergrundarmee, welche die Bildung eines Nationalstaates bzw. die Verschiebung der Staatsgrenzen beabsichtigten, auf die Rettung von Einzelpersonen ohne militärischen Einsatz. Dementsprechend und gemäß der eigenen Struktur, die über keine breite Unterstützung der Bevölkerung verfügte, war der jüdische Untergrund auf Aktivisten angewiesen, die auf sich selbst gestellt und einem hohen persönlichen Risiko ausgesetzt waren. Allerdings operierten die jüdischen Organisationen nicht nur lokal, sondern weiteten ihre Aktivitäten auch auf die östlichen Gebiete der Sowjetunion aus.

Das Zentrum der jüdischen Fluchthilfe und die Koordinationsstelle für den illegalen Transit nach und aus Polen lagen in Lemberg. In Łódz (Polen), wo durch die Rückkehr von Juden mit früherer polnischer Staatsangehörigkeit nach dem Krieg ein jüdisches Zentrum entstand,[169] befand sich als Mittelpunkt aktiver zionistischer

166 HANA SHLOMI The Reception and Settlement of Jewish Repatriants from the Soviet Union in Lower Silesia, 1946, in: GAL-ED. On the History of the Jews in Poland. Band 17. Tel Aviv 2000, S. 85–104, hier S. 85 (auch in: DIES. Studies on the History of the Jewish Remnant in Poland, 1944–1950. Jerusalem 2001, S. 43–62); LITVAK Polish-Jewish Refugees, S. 236.

167 Die von IVAN POP Optatsiia, in: Encyclopedia of Rusyn History and Culture, S. 346–347, hier S. 346, angeführte Anzahl von zwischen 15.000 und 20.000 aus der Karpaten-Ukraine ausgewanderten Juden ist aber zu hoch angesichts der Gesamtdimension der Auswanderung von hier (vgl. dazu im Kapitel über Evakuierungen).

168 CDAHOU 1-23-5953, ark. 1–6: Sekretar' L'vovskogo obkoma KP/b/U Gruševckij tov. Chruščevu N. S. 28. März 1946. Kopie in DALO P3-1-445, ark. 9–14.

169 LITVAK Polish-Jewish Refugees, S. 236. Eine abenteuerliche Reise über Łódz nach Israel, die illegal über Bratislava, Wien, Bad Reichenhall nach Marseille führte, beschreiben KAGAN,

Organisationen die Verbindung „Ichut", die unmittelbare Kontakte mit zionistischen Zentren in Palästina, den USA, in Großbritannien und anderen Staaten unterhielt. „Ichut" vereinigte eine Anzahl zionistischer Organisationen und Formierungen wie „Hašomer Hazojr", „Gecholjutc", „Gordonija", „Die Revisionisten", „Mizrachi", „Chaljut"[170] und andere. Dazu kam eine Vielzahl weiterer wohltätiger, kultureller oder Bildungsorganisationen (jüdische Gemeinden, Theater oder ähnliche Einrichtungen) und „klerikal-synagogale Kreise" – damit waren die religiösen jüdischen Synagogengemeinden gemeint. Das Vorgehen von „Ichut" bestand darin, Juden unter dem Deckmantel der Evakuierung von polnischen Staatsangehörigen, als Angehörige der Roten Armee und der polnischen Armee, die sich auf Dienstreise befanden, oder als Demobilisierte aus der UdSSR nach Polen zu schleusen. Dafür wurden aus Lemberg systematisch Emissäre nach Moskau, Kiev, Gor'kij, Saratov, Penza, Vil'na, Kaunas, Taškent, Aktjubinsk und Samarkand geschickt mit dem Ziel, dort Mitarbeiter anzuwerben sowie den Freikauf und die Flucht inhaftierter und vor Gericht gestellter Zionisten zu organisieren. Dazu waren erhebliche Finanzmittel nötig. Ferner fälschte man Dokumente wie Ausreisegenehmigungen nach Polen, Bescheinigungen der polnischen Armee, Fahrkarten für Angehörige der Roten Armee, Formulare und Siegel; die Mitglieder der Organisation versorgten sich mit Orden und Medaillen der UdSSR und bestachen Angehörige der Roten Armee außerhalb der Sowjetunion, um von ihnen Dokumente zu erhalten. Der NKVD befürchtete sogar in seiner eigenen Organisation die Einschleusung von „Zionisten". 1945 gelang den sowjetischen Behörden ein größerer Schlag gegen die „zionistischen Kreise". Aufmerksam war man geworden, als die Zahlen der illegalen Grenzübertritte zwischen dem polnischen und dem neuen sowjetischen Gebiet anstiegen und in Lemberg vermehrt Juden aufgegriffen wurden, die gefälschte Papiere und Flugblätter sowie vorgefertigte Formulare bei sich hatten, die darauf schließen ließen, dass sie als Emissäre unterwegs waren. Ein Teil der Organisatoren wurde gefasst – insgesamt mehr als 50 Personen – und durchlief ein Filtrationsverfahren, 16 kamen in Haft, darunter die Leiter der Transitstation und der Organisation „Hašomer Hazojr" in Lemberg, eine Reihe von ausländischen Kurieren und Informanten, aus Łódz und Warschau illegal Eingereiste, Dokumentenfälscher und andere. Besonders abenteuerlich ist die Geschichte der 1922 in Częstochau geborenen Jüdin Genja-Chain Boruchovna Frenkel' alias Dratva bzw. Grinberg, die als Verbindungsfrau und Informantin von „Ichut" in Lemberg verhaftet wurde.[171] In der Uniform eines Soldaten

COHEN Surviving the Holocaust with the Russian Jewish Partisans (vgl. oben Anm. 114), S. 101ff. Kagan fuhr dabei mit dem Schiff „Exodus" nach Palästina über, das von den britischen Behörden zur Rückkehr nach Deutschland gezwungen wurde.

170 Die Schreibweise dieser Organisationen aus den sowjetischen Texten.

171 Details über die Verhafteten auch in: DALO P3-1-444, ark. 170–199: Sekretarju L'vovskogo oblastnogo komiteta KP/b/U tov. Gruševckomu. Dokladnaja Zapiska. O zakončennych i nachodjaščichsja v proizvodstve UMGB po L'vovskoj oblasti charakternych sledstvennych de-

der polnischen Armee kam sie mit gefälschten Dokumenten am 10. März 1946 aus Łódz. Das Ziel ihrer Mission war ein persönliches, kein politisches: Sie wollte ihren in Samarkand inhaftierten Mann befreien und nach Polen schleusen. Bei ihrer Festnahme wurden ihr Listen von „Zionisten" aus verschiedenen Städten der UdSSR sowie Direktiven der Organisationen, befestigt an den Wänden und am Boden eines Spezialkoffers sowie in den Einbänden von Büchern, abgenommen. Besonders prekär war der Fund einer großen Menge Geldes, nämlich von 106.000 Rubeln und – der Besitz von ausländischer Währung allein war bereits strafbar – von 200 Dollar, die „zionistischen" Organisationen in Samarkand übergeben hätten werden sollen.

Der Transfer hoher Geldbeträge war typisch für die Aktionen des jüdischen Untergrunds. Der ebenfalls inhaftierte Jude Gerš Mulevič Muravčik alias Skop, Bevollmächtigter des Zentrums von „Ichut" im Ausland, aus Polen nach Lemberg mit gefälschten Papieren der polnischen Armee und einem gefälschten Visum der sowjetischen Botschaft gelangt, wurde mit 340.000 polnischen Złoti und 40.000 Rubeln ergriffen, die für in der Sowjetunion lebende Juden bestimmt waren. Mit dem Geld mussten Bestechungssummen beglichen werden, wie der Einsatz von Gerš Mordkovič Šajnfarberg (alias Prudynskij und Pomeranc), Emissär des Zentrums „Ichut", zeigt. Geboren 1919 in Warschau und demobilisiert als Feldwebel der Roten Armee, reiste er illegal mit für einen Armeeangehörigen namens Prudynskij ausgestellten Dokumenten aus Lemberg nach Aktjubinsk, um den verhafteten und verurteilten „Zionisten" Glajberman zu befreien. Die Verbindung zu Glajberman stellte ein Angestellter des NKVD in Aktjubinsk mit dem Falschnamen Caller her. Er überließ Glajberman 80.000 Rubel für die Flucht und verschaffte ihm die Identität eines Rotarmisten.

Die Überführung von Angehörigen der jüdischen Untergrundbewegung gelang nur durch die Einschleusung sowjetischer Agenten und die Aussagen von Verhafteten beim Verhör. Die zufällige Ergreifung bei Kontrollen war eher die Ausnahme. So kam der NKVD erst durch die Befragung eines Inhaftierten auf die Person von Zejman Isaakovič Šejnerberg, der als Bevollmächtigter von „Ichut" in Lemberg galt und ebenfalls festgenommen wurde. Bei den inhaftierten „Zionisten" und der „Liquidierung der zionistischen Verstecke" in Lemberg wurden Dokumente und andere Beweise für die organisatorischen Verbindungen und konspirativen Kontakte des Zentrums von „Ichut" in Lemberg mit anderen peripheren zionistischen Stellen in der Sowjetunion und Aktivisten der Untergrundbewegung gefunden.

Gegen den jüdischen Untergrund ging die Sowjetregierung genauso repressiv wie gegen die anderen Widerstandsbewegungen vor, da es im sowjetischen Rechtsverständnis weder erlaubt war, Widerstand gegen den Staat zu leisten, noch nationale Interessen zu vertreten. Trotz staatlicher Eindämmungsversuche blieb Lemberg bis Ende der vierziger Jahre ein Dreh- und Angelpunkt der illegalen jüdischen Auswan-

lach. [Gez.] Načal'nik upravlenija MGB L'vovskoj oblasti General-Lejtenant Voronin. „..." Mai 1946. Hier ark. 185–187.

derung, als deren Deckmantel die staatlich organisierte Übersiedlung polnischer Staatsbürger nach Polen benutzt wurde. Dabei spielte die örtliche jüdische Gemeinde eine tragende Rolle, deren Vorsitzender L. I. Serebrjannyj 1947 wegen Beihilfe zur illegalen Auswanderung von Juden nach Polen verhaftet wurde.[172] Auch in Černivci ging das NKGB gegen zionistische Untergrundangehörige vor.[173]

Die Abschiebung der Juden aus der Nordbukowina nach Rumänien

Ein jüdischer Siedlungsschwerpunkt, der erst 1940 bzw. 1944 in die sowjetische Herrschaft einbezogen wurde, war die Nordbukowina. Ähnlich wie bei den unter den polnisch-sowjetischen Bevölkerungsaustausch fallenden Juden sollten die Bukowiner Juden das Land verlassen. Ihre Abschiebung kam eher zufällig ins Rollen, sie wurde nicht von staatlicher Seite in die Wege geleitet. Der Auslöser war eine Eingabe der Betroffenen selbst, die sich an Chruščev wandten und um Erlaubnis für die Aussiedlung nach Rumänien baten. Es handelte sich dabei um 5.000 Familien, 13.590 Personen, die mit der Annexion der rumänischen Nordbukowina durch die UdSSR am 28. Juni 1940 die sowjetische Staatsbürgerschaft erhalten hatten. Chruščev unterbreitete das Ansinnen dem NKVD.[174] Als Molotov und Berija Stalin den Vorschlag überbrachten, diesem Personenkreis die Ausreise nach Rumänien zu erlauben, fügten sie hinzu, es handele sich dabei in der Mehrheit um Händler, Handwerker und Leute ohne bestimmten Beruf, die verwandtschaftliche Beziehungen zu rumänischen Staatsangehörigen besäßen. Damit war klar, dass sie wegen ihrer Berufe für den insbesondere an Arbeitern interessierten Sowjetstaat wertlos waren und dass sie wegen der Nähe zu ihrer Verwandtschaft jenseits der Grenzen als instabiles Element galten. Die Entscheidung, sie aus dem sowjetischen Staatsverband ziehen zu lassen, fiel daher rasch.[175] Der Beschluss des sowjetischen Ministerrats vom August 1945 sah vor, den Angehörigen der jüdischen Nationalität des Gebiets Černivci, die bis zur Angliederung der Nordbukowina am 28. Juni 1940 die rumänische Staatsbürgerschaft besessen hatten, die Ausreise nach Rumänien zu gestatten, ohne dass aber ein offizieller Vertrag mit Rumänien geschlossen worden war. Bezüglich der Evakuierungsaktion bestanden von rumänischer Seite her aber keine Einschränkungen. Die Voraussetzung für die Auswanderung bildete der individuelle Nachweis des Antragstellers, bis zum Anschluss der Nordbukowina an die USSR rumänischer Staatsbürger gewesen zu sein.

172 Interne Berichte zum Fall Serebrjannyj bei MICHAIL MICEL' Obščiny iudejskogo veroispovedanija v Ukraine. /Kiev, L'vov: 1945–1981 gg./. Kiev 1998, S. 157–189.

173 KOSTYRČENKO Tajnaja politika Stalina, S. 359.

174 BUGAJ 20–50-e gody: Pereselenija i deportacii evrejskogo naselenija, S. 180.

175 GARF r-9401-2-98, l. 47: Tovarišču Stalinu I. V. [Gez.] (V. Molotov, L. Berija). 7. August 1945. Ebenda, l. 48: Postanovlenie Soveta Narodnych Komissarov Sojuza SSR. „Juli 1945".

Die Durchführung der Aussiedlung der Bukowiner Juden regelte ein Beschluss des ukrainischen Ministerrats und ZK vom 2. Februar 1946 über die „Evakuierung von Bürgern jüdischer Nationalität vom Territorium des Gebiets Černivci der USSR nach Rumänien, die Bewohner der Nordbukowina waren und bis zum 28. Juni 1940 nicht die sowjetische Staatsbürgerschaft besaßen".[176] Als Koordinationsorgan war eine Spezialkommission mit vier hochrangigen politischen Vertretern des Gebiets vorgesehen, darunter der stellvertretende Gebiets-Staatsanwalt und der stellvertretende Vorsitzende des NKVD sowie des NKGB. Die Kommission hatte die praktische Arbeit der Evakuierung zu leiten. Dazu gehörte die Registrierung der genauen Anzahl der „Personen jüdischer Nationalität", die unter den Beschluss fielen, die Begutachtung der Listen Ausreisewilliger, die der Miliz übergeben worden waren, die Ausfertigung der Evakuierungsdokumente und ihre Ausgabe über die Miliz. Dazu kam die rechtzeitige Benachrichtigung der zu Evakuierenden über die Fristen und die Ordnung der Abfahrt aus der Sowjetunion nach Rumänien, die Anforderung des für die Fahrt benötigten „rollenden Bestandes" und die Zusammenstellung eines Organisationsplanes für die Überführung. Ferner war die Verbringung der zu Evakuierenden an die Transportpunkte und die Abordnung von Führern der Transportzüge zur Begleitung an die rumänische Grenze festzulegen. Als letzte Frist für die Evakuierung wurde der 1. April 1946 bestimmt. Bis zum 1. März hatte der Vorsitzende des Exekutivkomitees des Gebietes von Černivci und der Sekretär des Gebietskomitees dem ukrainischen Ministerrat einen vorläufigen und bis zum 5. April einen endgültigen Bericht über die Zahl der Auswanderer und die Durchführung der Emigration vorzulegen.

Entsprechend diesem Beschluss erhielt das Exekutivkomitee und das Gebietskomitee von Černivci die Anordnung, eine Kommission einzuberufen.[177] Diese sollte aus den Mitgliedern bestehen, die bereits vorgeschlagen worden waren: Als Vorsitzender sollte der stellvertretende Vorsitzende des Gebietsexekutivkomitees, A. I. Klitčenko, fungieren. Weitere Mitglieder waren der stellvertretende Vorsitzende des NKVD, Telegin, der stellvertretende Vorsitzende des NKGB, Onišuk, und der Staatsanwalt des Gebiets, Šmatčenko. Der ursprüngliche Plan, die Übersiedler auch durch die NKVD-Zentrale in Moskau überprüfen zu lassen,[178] erwies sich als zu umständlich und zeitaufwändig. Die Aufgaben der Kommission bestanden darin, eine genaue Statistik über die Zahl der Juden der Nordbukowina, die bis zum 28. Juni

176 CDAHOU 1-16-50, ark. 18–20: Postanovlenie Soveta Narodnych Komissarov USSR i Central'nogo Komiteta KP /b/ U. Kiev, 2. Februar 1946.

177 CDAHOU 1-23-2619, ark. 1 : Kommunističeskaja Partija /bol'ševikov/ Ukrainy. Černovickij oblastnoj komitet. CK VKP/b/, CK KP/b/U, osobyj sektor obkoma KP/b/U. Osobaja papka ob evakuacii s territorii Černovickoj oblasti v Rumuniju lic evrejskoj nacional'nosti. [Gez.] Zam. predsedatelja oblispolkoma M. Markin, Sekretar' obkoma KP/b/U V. Vovk. 1. März 1946.

178 CDAHOU 1-23-2620, ark. 25–27: Sekretarju Central'nogo komiteta kommunističeskogo Partii /bol'ševikov/ Ukrainy tov. Chruščevu N. S. [Gez.] Zamestitel' narodnogo komissara Vnutrennich del USSR Loburenko. Kiev, 19. November 1945.

1940 nicht die sowjetische Staatsbürgerschaft besaßen, zu erstellen. Außerdem sollte sie die Meldungen der Ausreisewilligen prüfen und dafür die Bestätigung der Miliz-Organe einholen. Auch die „Evakuierungsdokumente" waren durch die Kommission gemäß den Vorschriften des NKVD der UdSSR auszufertigen, um sie durch die Miliz aushändigen zu lassen. Die Mitnahme von Eigentum und weitere Angelegenheiten bezüglich der Evakuierung wurden durch die Ministerrats-Beschlüsse in Moskau vom 8. August 1945 und vom 2. Februar 1946 geregelt und nicht anders gehandhabt als bei den Bevölkerungstransfers mit Polen und der Tschechoslowakei. Dem entsprechend[179] war es den Übersiedlern erlaubt, ihr gesamtes Eigentum, aber nicht mehr als zwei Tonnen bei einer auf dem Land lebenden Familie und nicht mehr als eine Tonne für eine in der Stadt wohnende Familie, nach Rumänien mitzunehmen. Die Auswanderungsabsichten der Juden von Černivci blieben in der Öffentlichkeit nicht unbemerkt, ihre privaten Vorkehrungen beeinflussten vielmehr sogar die örtliche Wirtschaft: Der Mehrheit der Auswanderungswilligen wurde nämlich schnell ihr Arbeitsplatz gekündigt. Sie erhielten dadurch weder Lebensmittelmarken noch Brennholz. Um sich zu versorgen, kauften sie auf Basaren größere Mengen von Industriewaren und Lebensmitteln auf, wodurch die Preise für diese Waren auf dem Markt stark stiegen.[180] Dies wiederum veranlasste die Behörden, die Abwanderung zu beschleunigen, was aber an bürokratischen Hindernissen scheiterte. Denn trotz der relativ kleinen Anzahl Betroffener verlief die Auswanderungsaktion nicht reibungslos, wofür die unzureichende gesetzliche Grundlage verantwortlich zeichnete, die von den Behörden vor Ort nicht ausgeglichen werden konnte. Als nämlich das Gebietskomitee von Černivci weisungsgemäß im November 1945 bereits rund 8.000 Akten für die Übersiedler ausgefertigt hatte, blieben davon rund 6.000 Akten in der Gebiets-Verwaltung des NKVD stecken, weil die rumänischen Dokumente erst ins Russische übersetzt werden mussten, was in keiner Anweisung vorgesehen gewesen war.[181] Dies ließ den Schluss zu, dass hier einheimische Kräfte arbeiteten, die rumänisch wenigstens passiv verstanden, während die NKVD-Angestellten in Černivci zentral entsandte Funktionäre ohne Ortsbezug waren und die lokalen Idiome nicht beherrschten.

Insgesamt meldeten sich 17.503 ausreisewillige Juden. Bis zum 22. April 1946, dem Stichtag, waren fast allen von ihnen – nämlich 17.461 – Ausreisepapiere ausgestellt worden, den anderen verweigerte man sie unter der Begründung, sie könnten die frühere rumänische Staatsangehörigkeit nicht ausreichend belegen. Schließlich reisten 16.261 aus. Zu den Juden kamen noch Angehörige weiterer Nationalitäten,

179 CDAHOU 1-16-20, ark. 18–20 sowie 1-23-2620, ark. 8–9: Proekt [des Sovet Narkom SSSR]. [Gez.] Zam. Predsedatel' soveta Narodnych Komissarov Sojusa SSR V. Molotov, upravljajuščij delam Soveta narodnych Komissarov Sojusa SSR Ja. Čadaev. Januar 1946.

180 CDAHOU, 1-23-2620, ark. 22–24: Predsedatel'ju Soveta Narodnych Komissarov USSR i Sekretarju CK KP/b/U, tov. Chruščevu. [Gez.] Sekretar' černovickogo obkoma KP/b/U Zelenok. 16. November 1945.

181 Vgl. oben Anm. 180.

und so wurden alles in allem 22.307 Personen „den rumänischen Behörden übergeben", in der Mehrheit Frauen (10.072), 7.133 waren Männer und 5.102 Kinder. 1.044 Ausreiseberechtigte sahen schließlich von einer Übersiedlung ab und nahmen die sowjetische Staatsbürgerschaft an.[182] Nach Polen siedelten insgesamt 10.776 Personen (Stand: 7. Mai 1946) polnischer und jüdischer Nationalität über, die unter den polnisch-sowjetischen Bevölkerungsaustausch fielen.[183] Dass die Sowjetregierung mittlerweile zur Auffassung gelangt war, die Nordbukowina sei von den Juden völlig zu räumen, belegt ihr weiteres Vorgehen, denn die im Land verbliebene jüdische Bevölkerung wurde nach Sibirien deportiert.[184]

Insgesamt nutzte das Regime in Moskau die Nachkriegszeit, um einen Teil der traditionell in der Nordbukowina siedelnden Juden, die wegen ihrer beruflichen Tätigkeit für die Sowjetwirtschaft ohnehin uninteressant waren, unter angeblicher Berücksichtigung der nationalen Zugehörigkeit ins nahe Ausland abzuschieben. Die endgültige Entscheidung über die Erteilung der Visa wurde der Gebietsleitung überlassen, wo neben dem Gebietskomitee der NKVD den Beschluss traf, so dass sich die politische und zahlenmäßige Bedeutung der Abwanderung innerhalb des gesamten Migrationskomplexes als geringfügig erwies, die Bukowina dadurch aber auf Dauer einen charakteristischen Teil ihrer Bevölkerung verlor.

Zusammengefasst verfolgte die Politik in der jüdischen Frage die Absicht, die Juden als nationale und religiöse Minderheit von der öffentlichen Bildfläche verschwinden zu lassen. Daher wurde die Auswanderung von Juden aus den neuen westukrainischen Grenzgebieten veranlasst und gefördert, während Juden, die bereits vor dem Zweiten Weltkrieg in der Sowjetunion gelebt hatten, den Bezug zu ihrer Volkszugehörigkeit aufgeben und sich assimilieren und akkulturieren sollten. Gerade aber in der unmittelbaren Zeit nach dem Holocaust besannen sich viele Juden wieder auf ihre Wurzeln und äußerten ein größeres Zusammengehörigkeitsgefühl als vorher. Von der nicht-jüdischen Mehrheit wurde dies abgelehnt, die Partei betrachtete dies als Versuch, sich unter den sowjetischen Völkern herauszuheben, und als Verstoß gegen den Sowjetpatriotismus. Sie nutzte daher die Stimmung der Bevölkerung, um Juden, die per se die Durchsetzung des großrussischen Chauvinismus behinderten, aus ihren Ämtern und Positionen in kulturellen und anderen Positionen zu drängen. Antisemitismus der Bevölkerung war damit in gewissen Grenzen der sowjetischen Regierung willkommen. Eine Vergrößerung der Anzahl der jüdischen Bewohner in der Sowjetunion war nicht erwünscht. Die Eliminierung „bourgeoiser Elemente" – gemeint war die traditionelle Dominanz von Juden in „bürgerlichen" Berufszweigen –, sowie die Sicherung der Grenzgebiete waren die Hintergründe für die Abschiebung der ansässigen jüdischen Bevölkerung.

182 CDAHOU 1-23-2620, ark. 17–18: Sekretarju CK KP/b/U tovarišču Korotčenko D. S. [Gez.] Sekretar' Černovickogo obkoma KP/b/U I. Zelenok. Černovic, 6. Mai 1946.

183 PU 2, Nr. 156.

184 Vgl. ILIJA MELAMED Geblieben ist der Antisemitismus. Jüdische Emigranten berichten über Erfahrungen in der Sowjetunion, in: Glaube in der 2. Welt (2002) Nr. 4, S. 26–27, hier S. 26.

4.2.2 Die Deutschen: Deportation und Arbeitsmobilisierung

Das Schicksal der Deutschen in der Sowjetunion der Zwischenkriegszeit bildet in Vielem jenes anderer nationaler Minderheiten ab.[185] Während der zwanziger und dreißiger Jahre konzedierte ihnen die Politik der *korenizacija* (Einwurzelung) politische Autonomierechte, und so entstanden neben der Autonomen Sozialistischen Republik der Wolgadeutschen elf deutsche nationale Rajons; acht davon in der Ukraine. Weil aber die Zugeständnisse an die sowjetischen Völker nicht wie erhofft einen Ausgleich zwischen den Völkern schufen, sondern deren nationale Egoismen nur mehr steigerten, fand die *korenizacija* ein Ende, die nationalen Rechte aller Minderheiten wurden wieder eingeschränkt. Mit der Forcierung des großrussischen Nationalismus unter dem Schlagwort des Sowjetpatriotismus wurden die deutschen Einrichtungen ab 1934 durch russische ersetzt. Weil sehr viele Deutsche als Bauern arbeiteten, waren sie von der Kollektivierung in besonderem Maß betroffen; zudem wurden von manchen Parteifunktionären deutsche (wie auch polnische) Dörfer grundsätzlich als „kulakisch" betrachtet, so dass deren Kollektivierung auch eine nationalitätenpolitische Komponente besaß.[186] Der Anteil der Deutschen an den Kulaken, die während der Kollektivierung enteignet und nach Sibirien deportiert wurden, wird bei einem Anteil von 0,8% Deutschen an der sowjetischen Gesamtbevölkerung auf 15% geschätzt.[187] Während des Großen Terrors der dreißiger Jahre wurden Deutsche massenweise verhaftet, Stalins Besessenheit vor Spionen brachte sie wie die übrigen Sowjetbürger zu Tausenden in Arbeitslager; am Terrorhöhepunkt im Jahr 1937 standen sie nach den Ukrainern und Polen an der dritten Stelle der repressierten Nationalitäten.[188] Die Volkszählung des Jahres 1939 erbrachte eine Ge-

185 Grundlegende historische Arbeiten über die deutsche Bevölkerung in der Sowjetunion gehen auf PINKUS, FLEISCHHAUER, BUCHSWEILER, NEUTATZ, DAHLMANN, BRANDES, EISFELD und weitere Autoren zurück. Vgl. als Einstieg in die Thematik: Die Deutschen im Russischen Reich und im Sowjetstaat. Hrsg. von Andreas Kappeler, Boris Meissner, Gerhard Simon. Köln 1987; siehe weiter die Bibliographie: DETLEF BRANDES, VICTOR DÖNNINGHAUS Bibliographie zur Geschichte und Kultur der Rußlanddeutschen. Band 2: Von den Revolutionen von 1917 bis zur Gegenwart. München 2000, sowie Nemcy Rossii. Ėnciklopedija. Band 1–5. Moskva 1999ff. Zur Situation der Ukraine-Deutschen vgl. V. B. JEVTUCH, B. V. ČIRKO Nimci v Ukraïni (1920-i–1990-i roky). Kyïv 1994; I. M. KULYNYČ, N. V., KRYVEC' Narysy z istoriï nimec'kych kolonij v Ukraïni. Kyïv 1995; M. V. KOVAL', P. V. MEDVEDOK Fol'skdojče v Ukraïni (1941–1944 rr.), in: UIŽ (1992) Nr. 5, S. 15–28. Über die Russland-Deutschen während des Zweiten Weltkrieges: RICHARD H. WALTH Strandgut der Weltgeschichte. Die Rußlanddeutschen zwischen Stalin und Hitler. Tübingen 1994.

186 MARTIN The Origins of Soviet Ethnic Cleansing, S. 837.

187 MEIR BUCHSWEILER Die Sowjetdeutschen – außerhalb der Wolgarepublik – im Vergleich mit anderen Minderheiten 1917 bis 1941/42, in: DERS. Rußlanddeutsche im Sowjetsystem, S. 13–41, hier S. 39.

188 Danach folgten Russen, Juden, Griechen und weitere Völker. Vgl. VOLODYMYR NIKOL'SKYJ Statystyka polityčnych represij 1937 r. v Ukraïns'kij RSR, in: Z archiviv VUČK-HPU-NKVD-KHB (2000) Nr. 2/4, S. 103–112, hier S. 105.

samtzahl von 1.427.232 Deutschen in der Sowjetunion. Sie lebten in folgenden Regionen (dazu kommen noch einige Tausend in weiteren Gebieten):

Tabelle 31. Anzahl der Deutschen in der Sowjetunion nach der Volkszählung 1939[189]

862.504	in Russland; davon:
34.287	im Gebiet Krasnodar
45.689	im Gebiet Ordžonikidse
51.299	auf der Krim
366.683	in der Wolga-Republik
392.458	in der Ukraine
23.133	in Aserbaidschan
20.527	in Georgien
11.947	in der Autonomen Moldauischen Sowjetrepublik
8.448	in Weißrussland
433	in Armenien
1.427.232	insgesamt

Deutsche waren in das Sowjetsystem bis zu dieser Zeit nicht anders als die übrigen Nationalitäten verankert. Sie konnten in die kommunistische Partei eintreten, wenn sie sich loyal verhielten, eine Behördenkarriere war für sie ebenfalls möglich. In der Wolgadeutschen Republik saßen in der höheren Republikverwaltung 32% deutsche Funktionäre, auf lokaler Ebene etwa 55%; der Anteil der Deutschen an der Parteiorganisation der Republik belief sich auf 55%.[190]

Eine gewaltsame Veränderung der deutschen Siedlungsgebiete und des Bestandes der deutschen Bevölkerung in der Sowjetunion insgesamt, die Folgen bis in die Gegenwart zeitigt, ergab sich mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges und der Verschleppung der Deutschen aus ihren angestammten Territorien. Waren Deutsche somit in den dreißiger Jahren aufgrund ihrer sozialen Stellung Opfer der staatlichen Willkürherrschaft, so wurden sie es in Verbindung mit den Kriegsereignissen allein wegen ihrer nationalen Zugehörigkeit. Dabei wurden die Deutschen aus Wolhynien und Galizien nach der Angliederung der Westukraine an die Sowjetunion einer deutsch-sowjetischen Übereinkunft zufolge bereits 1939 auf deutsches Reichsgebiet verbracht; 1940 folgten die Bukowina- und Bessarabien-Deutschen, die im Generalgouvernement angesiedelt wurden. Weitere deutsche Bevölkerungsteile wurden bis

189 Zahlen nach „Mobilizovat' nemcev v rabočie kolonny… I. Stalin", S. 16–18.
190 DAHLMANN „Operation erfolgreich durchgeführt", S. 207.

1944 aus dem deutsch und rumänisch besetzten Gebiet auf deutschen Befehl im Zuge der „Administrativumsiedlung" nach Westen geschickt.[191]

Die Deportationen

Die Deportationen des größten Teils der noch in der UdSSR verbliebenen Deutschen in den sowjetischen Osten setzten nach dem Angriff der Wehrmacht auf die Sowjetunion ein. Drei Phasen sind zu unterscheiden: Die Hauptphase 1941 erfasste die deutsche Bevölkerung in der europäischen Sowjetunion sowie im Kaukasus, in der zweiten Phase 1942–1944 wurden die Bewohner der Grenz- und Kampfzonen (Leningrad, Südkaukasus) deportiert, die dritte Phase 1945 zielte auf die Rückholung geflohener und evakuierter deutscher Sowjetbürger ab, ergänzt durch die Verschleppung Deutscher aus Ostmittel- und Südosteuropa.[192] Am 22. Juni 1941 beschloss der Oberste Sowjet der Sowjetunion mit der Unterschrift des sowjetischen Staatspräsidenten Kalinin die kollektive Deportation der Russlanddeutschen unter der Begründung, sie seien allesamt „Saboteure und Agenten Hitler-Deutschlands". Die Krim-Deutschen waren die ersten Deutschen, die der Verschleppung durch das NKVD am 20. August 1941 unterworfen waren.[193] Die Deportation der Wolgadeutschen, in einem Beschluss des Präsidiums des Obersten Sowjet der UdSSR vom 28. August 1941 festgelegt, stellte auf „Tausende und Abertausende Saboteure und Spione" ab, die von den Wolgadeutschen verborgen und den sowjetischen Behörden absichtlich nicht gemeldet würden. Um von Vornherein zu verhindern, dass im Falle von Diversionsaktionen das Kriegsrecht über die gesamte deutsche Bevölkerung des Wolgagebietes verhängt werden müsse, solle sie daher umgesiedelt werden und durch die Einrichtung von ihnen zuzuweisenden Siedlungsgebiete den sowjetischen Staat unterstützen.

Unlängst veröffentlichte NKVD-Berichte belegen, dass die sowjetischen Organe insgesamt lediglich neun Prozesse gegen Deutsche wegen Spionage, der Vorbereitung terroristischer Aktionen und Sabotage führten.[194] Damit wird deutlich, dass das eigentliche Motiv für die Deportationen der Deutschen wie anderer Völker in der Sowjetunion ein anderes war und eher in der Bereitstellung von Zwangsarbeitskräften lag, denn während in den ersten drei Kriegsjahren 2,9 Millionen Gefangene aus den sowjetischen Lagern und Kolonien für den Militärdienst entlassen wurden, kamen nur 1,8 Millionen Gefangene hinzu. Ein weiterer Grund für die Deportationen

191 Zu Flucht und Aussiedlung der Deutschen in den besetzten sowjetischen Gebieten einschließlich Transnistrien vgl. FLEISCHHAUER Das Dritte Reich und die Deutschen, S. 193–236.

192 Nach PINKUS, BENJAMIN Die Deportation der deutschen Minderheit in der Sowjetunion 1941–1945, in: Zwei Wege nach Moskau, S. 464–479. Zu ergänzen wäre mit der Verschleppung der Deutschen aus der Karpaten-Ukraine noch eine vierte Phase 1946.

193 Ebenda die Zahl der betroffenen Deutschen auf der Krim auf etwa 35.000 geschätzt (S. 305). Weitere Angaben zu den Deportationen hier S. 304–315, bei MARIE Les peuples déportés d'Union Soviétique, S. 35–57, und bei POHL Ethnic Cleansing in the USSR, S. 27–60.

194 TOLZ New Information about the Deportation of Ethnic Groups, S. 164–165.

war die Ruhigstellung einer möglichen politischen Opposition. Im Unterschied zu den Tschetschenen, Inguschen, Karatschaiern, Balkaren, Kalmücken und Krimtataren, die man 1943–1944 als Strafe für ihre „Kollaboration" verschleppte, wurden die Deutschen bereits zu einem Zeitpunkt deportiert, als diese noch gar nicht möglich war.

Die Aussiedlung der Deutschen zielte zwar auf ihren gesamten Bestand ab, jedoch gelang sie wegen der Schnelligkeit des Vormarsches der Wehrmacht nur teilweise. Die Wolgadeutsche Republik wurde im Herbst 1941 aufgelöst – sieben Rajons gingen in das Gebiet Stalingrad, die übrigen 14 in das Gebiet Saratov über.[195] Die hier sowie in den weiteren europäischen Gebieten der RSFSR lebende deutsche Bevölkerung wurde nach Novosibirsk, Omsk, in das Altaigebiet und nach Kasachstan verbracht. Aus der Ukraine deportierte das NKVD noch vor der deutschen Besetzung von 392.458 Deutschen im Jahr 1939 insgesamt 138.983;[196] die übrige deutsche Bevölkerung verblieb auf dem von Deutschland und Rumänien okkupierten Gebiet und kam von hier teilweise nach Westen. Von insgesamt 904.255 registrierten, der Deportation unterliegenden Deutschen in der Sowjetunion waren bis zum 25. Dezember 1941 NKVD-Angaben zufolge 856.168 verschleppt worden.[197] Verwirrung herrschte hinsichtlich der Zahlen der deutschen Bevölkerung; dem NKVD lagen keine aktuellen Angaben vor. So mussten bei den aus der Ukraine stammenden Deutschen die einzelnen Angaben nach oben wie nach unten korrigiert werden. Für die frühere autonome deutsche Wolga-Republik war man von deutlich weniger, von 374.225 zu Deportierenden, ausgegangen; schließlich wurden aber 446.480 erfasst. Im Gebiet Stalino waren hingegen mehr, 36.380, Deutsche gezählt, aber nur 35.477 deportiert worden.[198] Eine Sonderstellung nahmen die Deutschen in der Karpaten-Ukraine ein, die erst später von den Verschleppungen erfasst wurden. Auf der Grundlage eines NKVD-Erlasses vom 1. Januar 1946 wurden sie in Arbeitsbrigaden mobilisiert und in den Donbas sowie nach Sibirien deportiert.[199]

Die Deutschen wurden wie die übrigen deportierten Sondersiedler in „Spezialsiedlungen" (*specposelenija*)[200] eingewiesen, schwerpunktmäßig in Kasachstan,

195 Bei DAHLMANN „Operation erfolgreich durchgeführt", S. 211–214, Einzelheiten zur Durchführung.

196 POHL Ethnic Cleansing in the USSR, S. 43.

197 MILOVA (sost.), Deportacii narodov SSSR, S. 68 (nach NKVD-Angaben vom 25. Dezember 1941).

198 Ebenda, S. 63 und S. 66.

199 PAUL ROBERT MAGOCSI, IVAN POP Germans, in: Encyclopedia of Rusyn History and Culture, S. 130–132, hier S. 131. Vgl. zu den Deutschen in der Karpaten-Ukraine HRYHORIJ V. PAVLENKO Nimci na Zakarpatti. Užhorod 1995; PETER ŠVORC (Hrsg.), Spiš uv kontinuite času / Zips in der Kontinuität der Zeit. Prešov, Bratislava, Wien 1995; FEDIR KULIA/KULJA Nimec'-ki školy na Zakarpatti/Deutsche Schulen in Transkarpatien. Užhorod 1998.

200 Über den Terminus Sondersiedler (*specposelency*) bzw. Sonderübersiedler (*specpereselency*) herrscht keine Klarheit in der Literatur; zur Diskussion dazu vgl. STETTNER „Archipel GULag", S. 146–149.

wohin von 2,4 Million Sondersiedlern über 890.000 verbracht wurden,[201] sowie in Usbekistan, in Kirgisien, dem Gebiet Kemerovo, Molotov, Sverdlovsk, Krasnojarsk und anderen Regionen im Osten der Sowjetunion. Während des Krieges befanden sich 949.829 Deutsche als Sondersiedler (*specposelency*) in der Verbannung.[202]

Neben den indigenen deutschen Siedlern in der Sowjetunion und den deutschen Kriegsgefangenen wurden nach Kriegsende auch Deutsche aus den Ländern Ostmittel- und Südosteuropas in die Sowjetunion verschleppt. Außerdem verbrachte die Sowjetregierung nach dem Krieg die aus den sowjetischen Gebieten geflohenen und von deutschen Stellen „ausgesiedelten" Deutschen durch eine Rückholaktion wieder ins Land. Die Repatriierung sowjetischer Staatsangehöriger war auf der Konferenz von Jalta von der Sowjetunion gefordert und von den Westalliierten widerspruchslos im Abkommen von Jalta vom 11. Februar 1945 unterzeichnet worden.[203] Die darunter fallenden Deutschen wie auch die zusätzliche Deportation eines Teils der deutschen Bevölkerung aus den Ländern Ostmittel- und Südosteuropas, die dem sowjetischen Einfluss direkt ausgesetzt waren, gelang rasch und ohne Widerstand.

Bezüglich der Deutschen in Ostmittel- und Südosteuropa hatte Stalin im Dezember 1944 angewiesen, „alle arbeitsfähigen Deutschen im Alter bei Männern von 17 bis 45 Jahren und bei Frauen von 18 bis 30 Jahren, die sich in den von der Roten Armee befreiten Gebieten Rumäniens, Jugoslawiens, Ungarns, Bulgariens und der Tschechoslowakei befanden, zu mobilisieren und zur Beorderung zur Arbeit in der UdSSR zu internieren".[204] Ihre Mobilisierung sollte im Dezember 1944 bzw. Januar 1945 anlaufen; der Transport an die Arbeitsstellen bis zum 15. Februar 1945 beendet sein. Die Beförderung erfolgte über Züge in sowjetische Sammelpunkte. Es stand schon von vornherein fest, dass alle mobilisierten Deutschen insbesondere in der Ukraine einzusetzen waren, zum Wiederaufbau der Kohleindustrie im Donbas und in der Schwermetallindustrie im Süden des Landes. Als übergreifendes Prinzip beim Einsatz der deutschen Zwangsarbeiter ergab sich somit ihr heimatferner Einsatz: Die indigene deutsche Bevölkerung und die repatriierten Deutschen, also die Deutschen mit sowjetischer Staatsangehörigkeit, wurden nach Sibirien und Kasachstan verschickt, während die Deutschen aus Ostmittel- und Südosteuropa von

201 EISFELD, HERDT (Hrsg.), Deportation, Sondersiedlung, Trudarmee, Dok. 278.

202 Die Anzahl aller – auch nicht-deutscher – Spezialsiedler im Oktober 1945 betrug etwa 2.230.500 Personen (BACON The Gulag at War, S. 118).

203 FLEISCHHAUER Das Dritte Reich und die Deutschen, S. 237ff.; POLJAN Deutsche Häftlinge in der UdSSR, S. 341ff. Zur Aushebung von deutschen Zwangsarbeitern durch das NKVD: MANFRED ZEIDLER Kriegsende im Osten. Die Rote Armee und die Besetzung Deutschlands östlich von Oder und Neiße 1944/45. München 1996, S. 180–187.

204 SF Nr. 27, hier S. 116 und 117. Zu diesem Zeitpunkt bestanden bereits 15 Sammellager in Rumänien und 22 in Jugoslawien, in denen Deutsche konzentriert wurden; GARF r-9401-2-68, l. 144–147: GOKO – tovarišču Stalinu I. V. [,] SNK SSR – tovarišču Molotovu V. M. [Gez.] Narodnyj Komissar Vnutrennich Del Sojuza SSR (L. Berija). 15. Dezember 1944.

dort aus ebenfalls nach Osten deportiert wurden, aber auf europäischem respektive ukrainischem Gebiet verblieben.[205]

Die Zahl der vom 25. Dezember 1944 bis zum 31. Januar 1945 aus Ungarn, der Tschechoslowakei, Rumänien, Bulgarien und Jugoslawien in die Sowjetunion deportierten deutschen Zwangsarbeiter belief sich auf 112.480, 61.375 Männer und 51.105 Frauen.[206] Unter der Leitung des NKVD war der Aufwand an militärischem Personal beträchtlich: 10.443 NKVD-Angehörige sowie 664 Personen des „operativen Stabes" der NKVD- und NKGB-Organe wurden dafür eingesetzt, wie Berija in einem Bericht an Stalin aufzählte, in dem er gleichzeitig eine Auszeichnung für die „aktivsten NKVD-Mitarbeiter" vorschlug.[207]

Während des sowjetischen Vormarsches nach Westen war der Anteil der Deutschen an allen Nationalitäten, die im Hinterland der Armee als „feindliche Elemente" gesäubert wurden, am höchsten. Bis Februar 1945 waren hinter der baltischen, weißrussischen und ukrainischen Front 92.016 Personen festgenommen worden, darunter 45.345 Deutsche und Österreicher (den zweithöchsten Anteil stellten 30.194 Polen, dann kamen 5.208 Russen und 3.015 Ukrainer). Von diesen wurden über 200 Deutsche als „aktive deutsche Diversanten und Terroristen" gleich an Ort und Stelle erschossen. An der Ukrainischen Front wurden insgesamt 13.411 Menschen festgenommen, darunter 3.574 Deutsche.[208] Insgesamt waren im Februar 1945 an der ukrainischen und weißrussischen Front 35.988 Deutsche zur Zwangsarbeit mobilisiert worden.[209] Die Aktion kam im Frühjahr 1945 zu einem Ende. Im April 1945 unterzeichnete Berija einen Beschluss des GOKO, in dem Stalins Einverständnis erbeten wurde, die Mobilisierung von Deutschen im Bereich der weißrussischen und ukrainischen Front einzustellen.[210]

205 ANTON BOSCH, JOSEF LINGOR Entstehung, Entwicklung und Auflösung der deutschen Kolonien am Schwarzen Meer am Beispiel von Kandel von 1808 bis 1944. Stuttgart 1990, S. 202–203.

206 GARF r-9401-2-93, l. 26: Gosudarstvennyj Komitet Oborony tovarišču Stalinu I. V. [Gez.] Narodnyj Komissar Vnutrennich Del Sojuza SSR (L. Berija). 22. Februar 1945. Berija berichtete am 20. Februar 1945 Stalin von noch 67.930 Internierten. Speziell zu den Deutschen aus dem Szatmárer Gebiet, die in den Donbas verschleppt wurden, vgl. DORU RADOSAV Donbas – o istorie deportată. Ravensburg 1994. Zur Verschleppung der Deutschen aus Siebenbürgen vgl. Die Deportation von Siebenbürger Sachsen in die Sowjetunion 1945–1949. Band 1–3. Hrsg. von Georg Weber, Renate Weber-Schlenther, Armin Nassehi [u. a.]. Köln [usw.] 1995.

207 GARF r-9401-2-93, l. 26 [wie oben Anm. 206].

208 GARF r-9401-2-93, l. 184–188: GOKO – tovarišču Stalinu I. V. [,] SNK SSR – tovarišču Molotovu V. M. [,] CK VKP(b) – tovarišču Malenkovu. [Gez.] Narodnyj Komissar Vnutrennich Del Sojuza SSR (L. Berija). 24. Februar 1945.

209 GARF r-9401-2-93, l. 183: GOKO t. Stalinu I. V. [,] SNK SSSR t. Molotovu V. M. [,] CK VKP(b) t. Malenkovu G. M. [Gez.] Narodnyj Komissar Vnutrennich Del Sojuza SSR (L. Berija). 24. Februar 1945.

210 GARF r-9401-2-95, l. 36–38: Gosudarstvennyj Komitet Oborony tovarišču Stalinu. [Gez.] Narodnyj Komissar Vnutrennich Del Sojuza SSR (L. Berija). 16. April 1945.

Zwischen 1941 bis 1948 wurden 25.792 Deutsche in Sondersiedlungen geboren, 45.275 verstarben.[211] Anfang der fünfziger Jahre waren über 1,2 Millionen Deutsche als *specposelency* verbannt,[212] darunter eine hohe Zahl an Frauen und Kindern. 1953 lautete die Statistik über die deutschen Sondersiedler folgendermaßen:[213]

Tabelle 32. Die deutschen Sondersiedler im Jahr 1953

	insgesamt	Männer	Frauen	Kinder
Deutsche in den Spezialsiedlungen, davon:	1.209.4308	326.538	473.129	409.763
Deportierte	846.340	229.850	330.262	286.228
Repatriierte	203.796	45.241	88.763	69.7922
vor Ort lebende	110.332	28.037	41.151	41.144
„Arbeits-Mobilisierte"	48.001	23.250	12.305	12.446
andere	961	160	648	153
nicht in Gesamtzahl: „Volksdeutsche"[214] und „deutsche Helfershelfer"	4.834	878	2.715	1.081

Während also die übergroße Mehrheit der Deutschen in der Sowjetunion unter inhumanen Bedingungen in der Deportation lebte, wurde eine kleine Anzahl auch wegen ihrer Sprachkenntnisse zum Dienst im NKVD als Aufseher und für Verhöre ihrer inhaftierten Volksgenossen herangezogen. Zeugen berichten, dass sie sich in der skrupellosen Erfüllung dieser Aufgabe von ihren sowjetischen Kollegen keineswegs unterschieden.[215]

211 EISFELD, HERDT (Hrsg.), Deportation, Sondersiedlung, Trudarmee, Dok. 297.

212 ZEMSKOV Specposelency, S. 158. Allgemein über die Identität der Deutschen in Sibirien: ELVIRA BARBAŠINA Die Assimilation der Deutschen in Sibirien nach 1945, in: DIES., DETLEF BRANDES, DIETMAR NEUTATZ (Hrsg.), Die Rußlanddeutschen in Rußland und Deutschland. Selbstbilder, Fremdbilder, Aspekte der Wirklichkeit. Essen 1999, S. 155–175.

213 ZEMSKOV Specposelency, S. 166.

214 Als „volksdeutsch" wurden in sowjetischen Statistiken jene Deutschen bezeichnet, die in ihrer Heimat während der NS-Okkupation verblieben waren und von dieser als „Volksdeutsche" fremder Staatszugehörigkeit, die sich zur deutschen Kultur bekannten und kein „artfremdes Blut" besaßen, geführt wurden. Viele von ihnen wurden nach Kriegsende auf dem Treck Richtung Westen von der Roten Armee überrollt und von dieser in die Sowjetunion zurückgeschickt.

215 So wird in EVA DONGA-SYLVESTER, GÜNTER CZERNETZKY, HILDEGARD TOMA (Hrsg.), „Ihr verreckt hier bei ehrlicher Arbeit!". Deutsche im GULAG 1936–1956. Anthologie des Erinnerns. Graz, Stuttgart 2000, ein brutaler Wolgadeutscher als Vernehmungsbeamter einer inhaftierten Deutschen erwähnt (S. 46).

Sondersiedlung und Arbeitsarmee

Die Deportationen trafen alle Altersgruppen unter den Deutschen, von kleinen Kindern bis zu alten Leuten, alle sozialen Schichten, Parteimitglieder ebenso wie Regimekritische, Stadt- wie Landbewohner. Die in den Osten der Sowjetunion Verschleppten fanden sich, sofern sie den entbehrungsreichen Transport in Zügen überlebten, zu einem großen Teil in sogenannten Sondersiedlungen in Sibirien, Kasachstan und im Altaj wieder. Die Lebensbedingungen hier waren zwar nicht so hart wie in den Lagern und Gefängnissen, in einigen Punkten aber durch allgemeine Einschränkungen damit vergleichbar. Zwar besaßen alle Sondersiedler das aktive Wahlrecht, wenn es ihnen nicht individuell entzogen worden war,[216] sie durften aber ihren Siedlungsrajon nur mit Erlaubnis des örtlichen NKVD-Kommandanturen verlassen, denen sie unterstanden. Die Sondersiedler erhielten Deportiertenausweise und mussten sich erst zweimal monatlich, zwischen 1945 und 1954 dann einmal monatlich bei den Behörden melden.[217]

Zudem wurden Deutsche systematisch in der sogenannten „Trudarmija", der Arbeitsarmee, für schwere körperliche Arbeit herangezogen. Die Arbeitsarmee wurde nach einer GOKO-Anweisung während des Krieges durch den NKVD aufgestellt, um die Förderung von Öl und den Abbau von Kohle und Metallen durch Zwangsarbeiter sicherzustellen. Neben sowjetischen Soldaten, die aus deutscher Kriegsgefangenschaft gekommen waren, und Soldaten, die aus nationalen oder politischen Gründen aus der Roten Armee entlassen worden waren, umfasste die Arbeitsarmee Deutsche sowie Finnen, Rumänen, Ungarn und andere Angehörige der sowjetischen Kriegsgegner, insgesamt über 400.000 während des Krieges.[218] Ihre Einheiten bestanden wie in einer Armee aus Bataillonen mit jeweils rund 1.000 Zwangsarbeitern, die bei Waldarbeiten, im Trassenbau für Eisenbahnen und beim Abbau von Bodenschätzen eingesetzt wurden. Die Einberufung der Deutschen in Arbeitsbataillone regelten mehrere Beschlüsse des GOKO. Zuerst wurden nach einem Beschluss vom 8. September 1941 Deutsche und andere „verdächtige" Volksangehörige wie Juden aus der Roten Armee demobilisiert und als Hilfsbataillone unter NKVD-Aufsicht an der Front eingesetzt; am 11. September 1941 wurden aus diesen Arbeitskolonnen gebildet und damit die ersten Einheiten der Trudarmee gebildet, in die alle arbeitsfähigen deutschen Männer zwischen 17 und 50 Jahren eingezogen wurden.[219] Am

216 EISFELD, HERDT (Hrsg.), Deportation, Sondersiedlung, Trudarmee, Dok. 253 (über Wahlkampagnen unter Sondersiedlern anlässlich der ersten Nachkriegswahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR).

217 Ebenda, Dok. 232.

218 A. N. KIČICHIN Sovetskie nemcy: Otkuda, kuda i počemu? [Teil 2], in: Voenno-istoričeskij žurnal (1990) Nr. 9, S. 28–46, hier S. 37. Vgl. auch den Bericht über die Tätigkeit des GULag in den Jahren 1941–1944 an Berija in: GULAG. (Glavnoe upravlenie lagerej). 1917–1960. Sost. A. I. Kokurin, N. V. Petrov. Moskva 2000, S. 272–296, hier S. 281.

219 GERMAN, KUROČKIN Nemcy SSSR v „trudovoj armii", S. 49. In seinen Erinnerungen beschreibt TEMKIN My Just War, S. 40, wie ein sowjetischer Kaderoffizier deutscher Abkunft,

10. Januar 1942 wurden 120.000 männliche Deutsche zwischen 17 und 50 Jahren, die im Gebiet Novosibirsk und Omsk im Kreis (*kraj*) Krasnojarsk und Altaj sowie in Kasachstan angesiedelt worden waren, auf einen GOKO-Beschluss hin für die Dauer des Krieges arbeitsmobilisiert und verschiedenen Volkskommissariaten zugeordnet.[220] Diese Anzahl wurde am 14. Februar 1942 auf alle arbeitsfähigen deutschen Männer zwischen 17 und 50 Jahren ausgeweitet.[221] Am 7. Oktober 1942 wurde das Mindestalter für die zu mobilisierenden Männer auf 15 Jahre abgesenkt und das Maximalalter auf 55 Jahre angehoben sowie die arbeitsfähigen Frauen zwischen 16 und 45 Jahren, ausgenommen Schwangere und Mütter mit Kindern unter drei Jahren, in die Arbeitsmobilisierung einbezogen.[222] Damit wurden im Verlauf der Jahre 1942 und 1943 praktisch alle arbeitsfähigen Deutschen der Zwangsarbeit unterworfen.

Wenige Zwangsarbeiter wurden einzelnen Volkskommissariaten vor allem für den Kohleabbau und die Ölförderung zugeteilt, die meisten kamen in Kolonien und Lager des NKVD, wo sich ihre Lage praktisch nicht von jenen der Gefangenen unterschied. Das für die Arbeiter geltende *režim soderžanija* sah ihre Kasernierung in Baracken oder Gebäuden vor, für die eine den NKVD-Lagern für Kriegsgefangene entsprechende Ordnung galt. Disziplinarische Vergehen, Fluchtversuche und Arbeitsverweigerung wurden durch die Verschickung in entlegene NKVD-Sonderinternierungslager bestraft, ein Militärtribunal richtete über weitere Vergehen.[223] Die mobilisierten Deutschen waren isoliert von der übrigen „freien" Arbeiterschaft in eigenen, umzäunten Baracken untergebracht, deren Zugang nur durch ein Kontrolltor möglich war.[224] Das NKVD erhielt für den Wachdienst von den Betrieben, in denen Deutsche eingesetzt waren, Gebäude für den Offiziersstab und die Wachmannschaften. Somit wurden bei den Trudarmisten Elemente der sowjetischen betrieblichen Ordnung wie ein – wenn auch sehr niedriges – Gehalt (das für Lebensmittel ausgegeben werden musste) sowie Arbeitsnormen des Lagersystems (Bewachung der Arbeiter, massive Einschränkung der Mobilität, rigide Strafnormen) und

der kaum deutsch sprach, verärgert in „klarem, saftigen Russisch bitter zu fluchen" begann, als er in ein Arbeitsbataillon eingezogen wurde und nun nicht weiter gegen die Wehrmacht kämpfen durfte.

220 Istorija rossijskich nemcev v dokumentach, S. 168–169; „Mobilizovat' nemcev v rabočie kolonny … I. Stalin", S. 39–40; GERMAN, KUROČKIN Nemcy SSSR v „trudovoj armii", S. 159–160.

221 Ebenda, S. 161–162; EISFELD, HERDT (Hrsg.), Deportation, Sondersiedlung, Trudarmee, Dok. 153; Istorija rossijskich nemcev v dokumentach, S. 170; „Mobilizovat' nemcev v rabočie kolonny … I. Stalin", S. 41. Der GOKO-Beschluss wurde erst durch die Verordnung des Ministerkabinetts der UdSSR vom 6. Juni 1991 aufgehoben.

222 GERMAN, KUROČKIN Nemcy SSSR v „trudovoj armii", S. 163–164; Istorija rossijskich nemcev v dokumentach, S. 172–173; „Mobilizovat' nemcev v rabočie kolonny … I. Stalin", S. 43–44.

223 POLJAN Deutsche Häftlinge in der UdSSR, S. 360.

224 EISFELD, HERDT (Hrsg.), Deportation, Sondersiedlung, Trudarmee, Dok. 219.

des Militärdienstes – Einteilung in Bataillone, vorläufige Beschränkung auf die Zeit des Krieges – angewandt.

Die Sterblichkeit der Arbeiter bei unzureichender Nahrung, körperlicher Schwerstarbeit, hohen Arbeitsnormen sowie bei geringer medizinischer Versorgung war hoch. Die wiederholte „Mobilisierung" von Arbeitern ersetzte aber deren Ausfälle schnell. Obwohl das Volkskommissariat für Gesundheit der USSR die medizinische und sanitäre Versorgung der mobilisierten Deutschen zu regeln hatte, waren die Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Zwangsarbeiter so schlecht, dass ein großer Teil von ihnen umkam oder sie durch Krankheit derart geschwächt waren, dass sie nicht mehr eingesetzt werden konnten; damit unterschieden sie sich freilich nicht wesentlich von den anderen, den Kriegsalltag erlebenden Sowjetbürgern. Versuche der lokalen Verwaltungen und sogar von NKVD-Behörden, die Betriebe zu einer Besserung der Verhältnisse anzuhalten, brachten offenkundig kein Ergebnis.[225] Anstelle sich um die Genesung der Zwangsmobilisierten zu kümmern, entschloss sich die sowjetische Regierung dazu, sie in ihre Heimatländer zurückzuschicken und dort neue Arbeiter zu rekrutieren. Es war für die Sowjetunion billiger und einfacher, gesunde Arbeiter heranzuholen, statt die kranken zu behandeln.[226] Die sowjetische Politik der Mobilisierung von Deutschen zur Zwangsarbeit war in der Nachkriegszeit daher von einer Pendelbewegung in die Sowjetunion, aber auch zurück in die Heimat bestimmt. Denn schon ab 1945 wurden die ersten Deutschen aus der Sowjetunion entlassen, zugleich jedoch neue Arbeiter angefordert. Noch 1953 wurden 4.823 Deutsche aus sowjetischen Lagern nach Deutschland zurückgeschickt.[227]

Deutsche Zwangsmobilisierte in ukrainischen Betrieben

Die Zuweisung der arbeitsmobilisierten Deutschen erfolgte zentral durch das GOKO, das Arbeiter einzelnen Volkskommissariaten nach deren wirtschaftlichen Erfordernissen zuschrieb. So wurden im April 1945 insgesamt 97.487 Deutsche für bestimmte Arbeitsplätze „reserviert" (*zakrepit'*).[228] Die überwiegende Mehrheit war für das Volkskommissariat für Kohle vorgesehen (37.600), 28.000 für das Bauwesen, davon 20.000 für Demontagearbeiten an der Front sowie 13.000 für die Schwerindustrie. Vergleichsweise wenige, 5.700, waren für das Volkskommissariat für Verkehrswege bestimmt, 3.750 für die lokale Energieindustrie, 2.000 für die Le-

225 Aus Arbeitseinheiten in Kasachstan wurden immer wieder schlechte Arbeits- und Lebensbedingungen und steigende Zahlen von Desertionen gemeldet; vgl. Iz istorii nemcev Kyrgyzstana 1917–1999gg. Sbornik dokumentov i materialov. Pod. red. Al'freda Ajsfel'da. Biškek 2000 (S. 107ff. über die Kriegs- und Nachkriegsjahre). Auffällig ist hier noch, dass in den wenigen Fällen, in denen Nationalitätenverhältnisse aufgeführt werden, die Zahl an Juden besonders groß war, teilweise die höchste von allen darstellte (vgl. ebenda, No. 69, 79).

226 POLJAN Deutsche Häftlinge in der UdSSR, S. 361ff.

227 Ebenda, S. 367.

228 Angaben nach Anm. 210 oben.

bensmittelindustrie, 2.000 für die Panzerindustrie, 1.600 für den zivilen Wohnungsbau, 1.550 für Kraftwerke, 1.000 für die Baumaterialindustrie, 1.000 für den mittleren Maschinenbau sowie 250 für Pionierausrüstung. Diese Zuteilung entsprach den Erfordernissen des Vierten Fünfjahresplanes, der vor allem die Herstellung von Produktionsmitteln – daher die hohen Arbeiterzahlen für Kohle und Stahl – und den Wiederaufbau des Landes vorsah. Die deutschen und anderen Zwangsarbeiter hatten dabei die physisch schwerste Arbeit zu verrichten. Wie die arbeitsmobilisierten Deutschen wurden die deutschen Kriegsgefangenen einzelnen Volkskommissariaten zugewiesen.

Die Schwerindustrie in der Ukraine fand neben jener in Sibirien bei der Zuweisung von Arbeitskräften eine besondere Berücksichtigung. Alle ukrainischen Gebiete erhielten eine größere Menge von deutschen Zwangsmobilisierten, wenn sie auch von der Anzahl her nicht gleichmäßig verteilt wurden, sondern die meisten in die Industrieregionen der Ostukraine mit ihren Großbetrieben gelangten. Daneben bekam Kiev zur Behebung der Kriegsschäden eine hohe Zahl an Arbeitern. Ausgespart bei der Verteilung blieben wegen der Fluchtgefahr die neuen Regionen in der Westukraine, die Gebiete Lemberg und Stanislav wurden daher nicht berücksichtigt. Im Einzelnen sah ein ZK-Beschluss die Verteilung von 205.500 Arbeitern in ukrainischen Gebieten wie folgt vor:

Tabelle 33. Verteilung der arbeitsmobilisierten Deutschen in Betrieben der USSR nach Gebieten[229]

Gebiet	mobilisierte Deutsche
Stalino	58.500
Vorošylovhrad	35.700
Kiev	29.700
Char'kiv	16.800
Dnipropetrovs'k	15.500
Odessa	13.000
Zaporižžja	9.900
Černihiv	8.750
Mykolaïv	5.400
Poltava	3.750
Žytomyr	3.000
Vinnycja	2.000
Sumy	1.750
Kirovohrad	1.000
Cherson	750

229 Zahlen aus: CDAHOU 1-6-789, ark. 113–123: Priloženie k p.45-op. prot. PB No 55: Raspredelenie mobilozovannych nemcev, napravljaemych na predprijatija v oblasti USSR.

Der größte Anteil der Mobilisierten ging an die Schwerindustrie in Stalino, Vorošylovhrad, Charkiv und Dnipropetrovs'k. Im Gebiet Stalino wurden sie 37 Großunternehmen zugewiesen, die größte Zahl kam mit jeweils 4.000 Arbeitern an den Trust „Stalinskmetallurg-stroj" in der Stadt Stalino, an den Trust „Azovstal'stroj" in Mariupol' sowie an den Trust „Donmašstroj" in der Stadt Kramators'k. In Kiev wurde der Hauptteil der Arbeiter für den Stadtaufbau eingesetzt. Die größte Einzelmenge an Arbeitern, 8.000, erhielt das Exekutivkomitee der Stadt Kiev. Für den Wiederaufbau des stark zerstörten Chreščatyk, der Hauptstraße im Zentrum Kievs, gingen speziell an den Trust „Kreščatikstroj" 1.500 Personen. Daneben erhielten ortsansässige Werke wie Kriegs-, Elektroindustrie- und Flugzeugbetriebe, Eisenbahnwerke und Montagetrusts mehrere Tausend Arbeiter. In Odessa wurden 2.000 Arbeiter im Hafen eingesetzt, 1.000 in den Werken der Schwarzmeer-Schifffahrt, 2.500 in Eisenbahn-Betrieben. In den größeren Städten der Gebiete Žytomyr, Zaporižžja, Mykolaïv, Poltava und Vinnycja wurden mehrere Tausend Arbeiter in Montagetrusts untergebracht. Weitere häufiger genannte Einsatzgebiete für Deutsche waren die Torfgewinnung in Sumy, Černihiv und Kiev, Eisenbahn- und Schienenunternehmen, die Holzgewinnung, Ziegeleien und in Kirovohrad ein Zuckerkombinat. Im Ministerrats-Beschluss vom Januar 1945 wurde ein Zuteilungsplan über 113.500 Deutsche erstellt, der ebenfalls nachweist, dass in den östlichen Gebieten in erster Linie Betriebe für die Kohleförderung und die schwerindustrielle Produktion von den Arbeitskräften profitierten:[230]

Tabelle 34. Zahl der mobilisierten Deutschen in bestimmten Unternehmenszweigen (Januar 1945)

Gebiet	Volkskommissariat für:	Zahl der Deutschen
Stalino	Kohle	42.000
	Schwerindustrie	12.000
	Buntmetall	2.000
Vorošylovhrad	Kohle	26.000
	Schwerindustrie	2.000
Černihiv	Kohle	1.500
	Schwerindustrie	1.000
Sumy	Kohle	500
	Schwerindustrie	500
Charkiv	Kohle	1.500

230 RGASPI 17-45-1968, l. 11–12: Protokol No 53 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy (2.–25. Januar 1945), 7-op.: O trudovom ispol'zovanii internirovannych nemcev (10. Januar 1945).

Gebiet	Volkskommissariat für:	Zahl der Deutschen
Dnipropetrovs'k	Schwerindustrie	22.500
Zaporižžja	Schwerindustrie	1.000
	Buntmetall	1.000
Zahl der Deutschen insgesamt		113.500

Parallel zu den arbeitsmobilisierten wurden die kriegsgefangenen Deutschen dem Kohleabbau zugewiesen. Von 555.300 gefangenen deutschen Soldaten kam der größte Anteil, 105.300, an das Volkskommissariat für Kohle, Narkomugol', von denen wiederum die meisten, 82.600, in den Donbas geschickt wurden.[231]

Die mobilisierten Deutschen wurden den einzelnen Betrieben in sehr großen Kontingenten von mindestens 750 bis 4.000 Personen, in wenigen Fällen auch von 5.000 bzw. 8.000 Personen zugewiesen. Allein diese Größenordnungen stellten die Unternehmen vor immense Schwierigkeiten: Noch unter den Kriegszerstörungen leidend, sollten sie nicht nur für die Bereitstellung von Arbeitsplätzen, sondern auch für die Unterbringung, die Bewachung und die medizinische Versorgung der Ankommenden sorgen. Dass ein solcher Plan von Vornherein mit der bewussten Gefahr für Leib und Leben der Arbeiter verbunden war, wurde in Kauf genommen; allerdings bestanden auch für sowjetische Arbeiter schwierige und widrige Bedingungen. Bei den deutschen Arbeitern war dies ein Teil ihrer Kollektivbestrafung als Angehörige jenes Volkes, das die Sowjetunion angegriffen hatte.

Die Verteilung der Deutschen in kompakten Großgruppen erfolgte aus rein logistischen Überlegungen. So wurden die 9.899 von im Januar 1945 in fünf Zügen in der Sowjetunion ankommenden Deutschen zugweise weitergeschickt. Drei Züge wurden in den Trust „Stalinugol'" und zwei Züge mit 3.800 Personen zur Arbeit in den Schächten des Kombinats „Vorošilovgradugol'" verbracht.[232] Für die Beförderung der Deutschen war der NKVD zuständig, dem genau mitgeteilt werden musste, wann die Züge für die Internierten entladen werden sollten.[233]

Für den Empfang, die Verteilung der Deutschen, die Bereitstellung von Unterkünften und die Unterbringung waren die Gebiets-Verwaltungen verantwortlich. In Gebieten mit besonders vielen deutschen Zwangsarbeitern (Stalino, Vorošylovhrad, Dnipropetrovs'k) wurden für diese Kommissionen unter Vorsitz der Sekretäre der Gebietskomitees und unter Teilnahme der Sekretäre der Gebiets-Exekutivkomitees,

231 Angaben aus Voennoplennye v SSSR, Dok. No. 6.31, hier S. 604.

232 GARF r-9401-2-92, l. 44: GOKO – tov. Stalinu I. V. [,] SNK SSSR – tov. Molotovu V. M. [Gez.] Narodnyj Komissar Vnutrennich Del Sojuza SSR (L. Berija). 5. Januar 1945. Zum 1. September 1944 waren hier allein 53.441 Arbeiter eingesetzt, ein Teil davon deutsche Zwangsarbeiter (ZINČENKO Dejatel'nost' organov sovetskoj vlasti na osvoboždennoj territorii USSR, S. 26). Letzterer Aspekt wird in der sowjetischen Historiographie aber nicht erwähnt.

233 FLEISCHHAUER Das Dritte Reich und die Deutschen, S. 242.

der örtlichen NKVD-Leiter sowie von Vertretern der betreffenden Betriebe und Unternehmen eingesetzt. Für die Unterbringung der Arbeiter konnten sie nicht nur Gebäude der betroffenen Betriebe, sondern auch die freien Häuser anderer Organisationen in der Nähe beanspruchen. In Gebieten, in denen nur einige Hundert Deutsche eintrafen – wie Zaporižžja und Černihiv –, waren die Sekretäre der Gebietskomitees für die Unterbringung zuständig, in Sumy und Charkiv war keine Institution benannt worden. Im Gebiet Žytomyr wurde eine dreiköpfige Kommission nach einem Beschluss des Gebietskomitees vom 10. Februar 1945 eingerichtet, um die mobilisierten Deutschen zu empfangen und unterzubringen.[234]

In den Jahren unmittelbar nach Kriegsende war die Situation der Deutschen in der Sowjetunion weiter von eingeschränkter Bewegungs- und Ansiedlungsfreiheit, von zwangsweiser Arbeitsmobilisierung und von öffentlicher Zurücksetzung geprägt. Offiziell waren sie als Volk nicht vorhanden. Deutsche, die mit dem Orden „Held der Sowjetunion" für ihre Kriegsleistungen ausgezeichnet worden waren – schätzungsweise zwischen 12 und 21 in Russland geborene Deutsche[235] – wurden bis in die sechziger und siebziger Jahre hinein in offiziellen Publikationen nicht aufgeführt.

Nur allmählich lockerte sich der Druck auf die Deutschen. 1947 wurden die deutschen Einheiten der Arbeitsarmee aufgelöst. Allerdings durften die Deutschen die Sondersiedlungen nicht verlassen und mussten nach wie vor, wenn auch unter nicht mehr so schlimmen Bedingungen, Arbeiten für den Staat verrichten.[236] Weitere Restriktionen der Stalinzeit wurden lange nicht aufgehoben. Zwischen 1941 und 1955 erschienen keine deutschen Zeitungen und Bücher, deutsche Schulen blieben geschlossen. Die deutsche Sprache konnte nur im privaten Kreis weitergegeben werden; deutsche Kulturpflege war einzig in Form von geheimer Religionsausübung möglich. Erst in den Jahren 1954–1955 wurden die deutschen Sondersiedler aus der staatlichen Überwachung entlassen. Kompensationen für den Verlust ihrer Heimat erhielten sie wie die anderen deportierten Völker nicht, waren aber schlechter gestellt als einige andere Völker. Denn Ende der fünfziger Jahre wurden die aus dem Nordkaukasus verschleppten Völker und die Kalmücken offiziell rehabilitiert, sie erhielten die Erlaubnis, nach Hause zurückzukehren, und ihr Autonomiestatus wur-

234 CDAHOU 1-23-1829, ark. 1: Postanova bjuro žytomyrs'kogo obkomu KP/b/U vid 10 ljutnoho 1945 roku. [Gez.] Sekretar obkomu KP/b/U M. Spivak.

235 MEIR BUCHSWEILER Die Vergangenheit der Deutschen der UdSSR im Spiegel des jüngsten Schrifttums, in: DERS. Rußlanddeutsche im Sowjetsystem, S. 125–138, hier S. 137. Genaue Zahlen aus dem Jahr 1948 über die Angehörigen der Roten Armee, die als deutsche Sondersiedler deportiert wurden (insgesamt über 60.000 einschließlich der Offiziere), bei EISFELD, HERDT (Hrsg.), Deportation, Sondersiedlung, Trudarmee, Dok. 318. Nachgewiesene 46 Deutsche blieben in den kämpfenden sowjetischen Einheiten während des Krieges (PINKUS, FLEISCHHAUER Die Deutschen in der Sowjetunion, S. 325–326).

236 ANTON BOSCH, JOSEF LINGOR Entstehung, Entwicklung und Auflösung der deutschen Kolonien am Schwarzen Meer am Beispiel von Kandel von 1808 bis 1944. Stuttgart 1990, S. 205.

de erneuert.[237] Die Deutschen wurden erst 1964 – die Krimtataren 1967 und die Meschketen 1968 – formal rehabilitiert. Damit wurden ihnen die bürgerlichen Rechte zurückgegeben, die autonome Republik der Wolga-Deutschen wurde aber nicht wieder hergestellt.[238] Die Rückkehr in ihre Heimat blieb den Deutschen bis zu den siebziger Jahren grundsätzlich verwehrt.[239] Dann wurden die Restriktionen langsam zurückgenommen. Die Nachgeborenengeneration der Deportierten gelangte in dieser Zeit erstmals als Vertreter in die sowjetischen Gebietsorgane; in den achtziger Jahren kamen einige wenige Deutsche sogar in den Obersten Sowjet der UdSSR.[240] 1970 waren rund 29.900 Deutsche in die Ukraine zurückgekehrt, 1979 waren es 34.100. Bei der Volkszählung des Jahres 1989 gaben 37.849 Personen in der Ukraine die deutsche Volkszugehörigkeit an. Nach der Unabhängigkeitserklärung der Ukraine 1991 unterstrich die ukrainische Regierung unter Präsident Kravčuk ihre Bereitschaft, rückkehrwillige Deutsche wieder aufzunehmen, und unterstützte dies sogar finanziell.[241]

237 Die Kalmücken erhielten am 9. Januar 1957 ihre Staatlichkeit wieder; bis zum 29. Juli 1958 bestand eine *Kalmyckaja avtonomnaja oblast'*, dann wurde die Autonome Sowjetrepublik gebildet. Die Balkaren und Karatschaier wurden 1957/58 rehabilitiert, die Tschetschenen und Inguschen im Verlauf der Jahre 1957 bis 1960; dabei wurde die Kabardinische ASSR in eine Kabardino-Balkarische ASSR zurückgebildet, die ASSR der Tschetschenen und Inguschen innerhalb der RSFSR wiederhergestellt und der Autonome Bezirk der Tscherkessen in den Autonomen Bezirk der Karatschaier und Tscherkessen umgebildet. Vgl. zu den Umstrukturierungen der föderalen Einheiten auch ROBERT J. KAISER The Geography of Nationalism in Russia and the USSR. Princeton, New Jersey 1994, S. 409–413.

238 NEKRICH The Punished People, S. 172.

239 TOLZ New Information about the Deportation of Ethnic Groups, S. 169.

240 MARTIN MCCAULEY Deutsche in der kommunistischen Partei der Sowjetunion, in: INGEBORG FLEISCHHAUER, HUGO H. JEDIG (Hrsg.), Die Deutschen in der UdSSR in Geschichte und Gegenwart. Ein internationaler Beitrag zur deutsch-sowjetischen Verständigung. Baden-Baden 1990, S. 275–286.

241 V. T. ZINYČ Problemy deportovanych narodiv. Povernennja nimciv v Ukraïnu, in: Ukraïns'kyj heohrafičnyj žurnal (1998) Nr. 4, S. 14–19.

5. Integration und Verdrängung gesellschaftlicher Gruppierungen

Anders als in pluralistischen Staaten, wo eine handelnde Gesellschaft den Staat, in dem sie lebt, prägt und bestimmt, schuf sich der Bolschewismus die Gesellschaft, über die er herrschen wollte, selbst. Durch die Ausmerzung kultureller Elemente aus der Zarenzeit wurden der Bevölkerung des Russischen Reiches nach der bolschewistischen Machtübernahme ihre bis dahin gültigen Deutungsmuster, die den Alltag strukturiert hatten, entzogen. So raubte die sowjetische Herrschaft durch die Repression der orthodoxen Kirche und aller anderer Kirchengemeinschaften dem Volk eine Identitätsgrundlage, durch die Ermordung der Zarenfamilie die hierarchische Spitze, durch die Verfolgung des Adels wurde eine politisch interessierte und agierende Gruppierung an den Rand gedrängt und durch die Kollektivierung der Landwirtschaft wurden auf radikale Weise große Teile einer agrarisch geprägten Gesellschaft aus ihren traditionellen Strukturen gerissen. Ob diese beseitigten „rückständigen" Kräfte je in der Lage gewesen wären, das Russische Reich in einen modernen Staat auszubauen, ist fraglich. Gewiss ist aber, dass die Bolschewiken nach der Machtübernahme entgegen der offiziellen Propagierung der sozialen Revolution die Sowjetunion durch Bürgerkrieg, Hungersnöte, forcierte Industrialisierung, Kollektivierung, Umsiedlungen und Verfolgungen von Opponenten in chaotische Verhältnisse stürzten. Da das entstehende Durcheinander innerhalb der Bevölkerung Kräfte band, die sich gegen die Bolschewiken hätten wenden können, profitierten sie davon. Gleichzeitig gestalteten sie die Gesellschaft zielgerichtet um. Als neue Bestandteile sozialer Kohärenz wurden die marxistisch-leninistische Lehre, der Eintritt in die Partei und ein sowjetischer Patriotismus in verschiedenen Ausprägungen induziert. In der Ukraine wie in den anderen nicht-russischen Republiken kam hinzu, dass deren nationale Kulturen und Sprachen den zentralen Erfordernissen zufolge erst gefördert, dann zurückgedrängt wurden und dass ihre nationalen Eliten rigoros gesäubert wurden. Zurück blieb eine entwurzelte Bevölkerung, die zwischen Industrialisierung und Kollektivierung, zwischen neuer sowjetischer Macht und „bourgeoiser" Vergangenheit, ökonomischen Katastrophen und der Modernisierung des Landes ihren Weg und ihre Heimat suchte und dabei ständig Gefahr lief, diese nach dem Willen der Partei und mehr noch, nach dem Willen Stalins, wieder zu verlieren. Der Zweite Weltkrieg und seine Folgen leisteten der weiteren sozialen Zersplitterung und „Atomisierung"[1] Vorschub durch den gewaltsamen Tod von Millionen Menschen, durch die Zwangsmigrationen und dadurch, dass die Bevölkerung gezwungen war, sich in den besetzten Gebieten für die Anpassung, Ablehnung oder die Gleichgültigkeit gegenüber der „neuen Ordnung" der NS-Besatzung zu entscheiden.

Nach außen hin bot die stalinistische Gesellschaft ein einheitliches Bild, das durch eine starke Hierarchisierung sowie durch den allein herrschenden Staat und von einer an der politischen Partizipation realiter ferngehaltenen Bevölkerung ge-

1 So die Formulierung von FILTZER Wirtschaft und Gesellschaft in der Nachkriegszeit, S. 128.

prägt war. Der Eindruck der Starrheit und Unbeweglichkeit täuscht aber. Zwar handelte es sich in der Sowjetunion um eine „geschlossene" sozialistische Gesellschaft, diese zeigte aber gleichzeitig Möglichkeiten zur sozialen Differenzierung und zu gesellschaftlichen Mobilität.[2] Zudem entwickelte die Herrschaft spezielle Methoden, um nicht nur mit Terror, sondern auch gewaltlos einen gesellschaftlichen Zusammenhalt zu erzeugen und immer wieder soziale Gruppierungen und Schichten aufzunehmen. So hatte die expansionistische Politik Stalins nach dem Krieg eine soziale Entsprechung und Wege zur gesellschaftlichen Integration der neuen sowjetischen Gebiete zu finden. In diesen standen sich die Reste einer „bourgeoisen" und die stalinistische Gesellschaft gegenüber. Während oppositionelle Gruppen – polnische Grundbesitzer, ukrainische Untergrundkämpfer, die unierten Kirchen – ab 1939 und dann wieder ab 1944 gewaltsam entfernt wurden, wurden andere Gesellschaftssegmente, die sich noch indifferent der Sowjetherrschaft gegenüber verhielten, auf friedlichem Weg integriert und in das sowjetische Sozialgefüge eingepasst. Ein Beispiel dafür und eine besonders große Gruppe sind die Frauen der Westukraine, die wie alle anderen Sowjetbürgerinnen unter Stalin eine bestimmte Rolle im öffentlichen Leben einzunehmen hatten und sich in die staatlich vorgegebenen Organisationsformen der Arbeit, der Familie, der Freizeit sowie der Politik einfügen mussten.

Eine andere Gruppierung wurde nach dem Zweiten Weltkrieg ebenfalls in spezifischer Weise mit der stalinistischen Gesellschaft konfrontiert: die Hunderttausenden *besprizornye*, auf der Straße lebende Kinder, die aus ihrer gesellschaftlichen Randexistenz geführt werden mussten. Diese obdachlosen Kinder, die bereits während des Bürgerkrieges nach der bolschewikischen Revolution, noch lange Jahre danach und dann verstärkt wieder nach dem Zweiten Weltkrieg auf den Straßen lebten, sollten ebenfalls zu pflichtbewussten Bürgern der Sowjetunion herangezogen werden. Bei Westukrainerinnen wie bei *besprizornye* wurden ähnliche Mechanismen der Integration gewählt, die deren spezifischen Bedürfnissen entgegenkamen und zuvorderst in Anreizen bestanden. Gleichzeitig wurden sie durch speziell auf sie ausgerichtete Propaganda auf staatliche Linie gebracht. Stellte sich kein Erfolg ein oder verweigerten sich die Beteiligten, griffen die bereits vor dem Krieg angewandten Formen und Exklusionsmechanismen; jene, die sich nicht unterordnen wollten, wurden unter Zwang von der Gesellschaft separiert und isoliert.

An beiden Beispielen zeigt sich, dass der Stellenwert der Gesellschaftspolitik in der Stalinschen Sowjetunion ein niedriger war und in den großen Zusammenhang der Wirtschaftspolitik eingebettet wurde. Diese bestimmte die Richtung und die Methoden, die in sozialen Fragen angewandt wurden. Es kann daher von keiner ausgearbeiteten oder definierten Konzeption der stalinistischen Gesellschaftspolitik gesprochen werden, wie sie vor und nach dem Krieg gehandhabt wurde. Gesellschaft-

2 Vgl. dazu insbesondere die Arbeiten von SHEILA FITZPATRICK; vor allem Education and Social Mobility in the Soviet Union 1921–1934. Cambridge [usw.] 1979.

liche Gruppierungen wurden vielmehr für staatliche Ziele funktionalisiert und diesen untergeordnet; Formationen und Individuen, die verdächtigt wurden, staatsfeindliche Inhalte zu vertreten, wurden eliminiert. Keine Chance auf Bestand hatten daher die Kirchen und Religionsgemeinschaften, die nach dem Zweiten Weltkrieg in großer Zahl in der Ukraine wieder zu finden waren. Als traditionelle antisowjetische Kräfte standen sie bald wieder im Fadenkreuz der Verfolgung. Die Methoden, mit denen sie aus der Gesellschaft und dem öffentlichen Leben verdrängt wurde, waren in Abhängigkeit von der jeweiligen politischen Haltung der einzelnen Gemeinschaft und der Anzahl ihrer Gläubigen sehr unterschiedlich. Die Raffinesse und Wirksamkeit stalinistischer Exklusionsmethoden lässt sich nicht zuletzt an ihnen verdeutlichen.

5.1 Die Integration von Frauen und Kriegswaisen

5.1.1 Geschlechts-Genossinnen: sowjetische Frauenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg

Die Stalinsche Frauenpolitik verfolgte eine dichotomische Intention, die auf Frauen als gleichberechtigte und selbständige Bürger, aber auch als Träger traditioneller Weiblichkeitsvorstellungen abzielte. Gemäß der sowjetischen Ideologie wurde darauf abgestellt, zwischen Männern und Frauen in rechtlicher, politischer und – insbesondere – in beruflicher Hinsicht eine absolute Gleichberechtigung herzustellen.[3] Kinderkrippen und Kommunalküchen sollten Frauen von der Kindererziehung und vom Haushalt entlasten und sie gleichzeitig als Arbeitskräfte verfügbar machen. Bereits in den ersten Jahren der Sowjetunion wurden in allen Parteiorganisationen „Frauenräte" (ukr. *žinoči rady*, *žinrady*) als Werkzeug des Staates, nicht jedoch der Frauen, gebildet.[4] Sie sollten die Belange von Frauen organisieren, ihnen die sozialistischen Ideale näher bringen und sie gleichzeitig zum Einsatz für die Partei ausbilden. Dafür konnten sie Fortbildungskurse besuchen und Lesen und Schreiben

3 Über die Rolle der Frauen in der Sowjetunion und über die sowjetische Frauenpolitik existieren eine Reihe von Abhandlungen. Vgl. unter anderem RICHARD STITES Zhenotdel: Bolshevism and Russian Women, 1917–1930, in: Russian History 3 (1976) Nr. 2, S. 174–193; CAROL EUBANKS HAYDEN The Zhenotdel and the Bolshevik Party, in: Russian History 3 (1976) Nr. 2, S. 150–173; ANNA KÖBBERLING Das Klischee der Sowjetfrau. Stereotyp und Selbstverständnis Moskauer Frauen zwischen Stalinära und Perestroika. Frankfurt, New York 1997. BARBARA EVANS CLEMENTS Later Developments: Trends in Soviet Women's History, 1930 to the Present, in: Russia's Women. Accomodation, Resistance, Transformation. Ed. by Barbara Evans Clements, Barbara Alpern Engel, Christine D. Worobec. Berkeley, Los Angeles, Oxford 1991 fasst die Stalinsche Frauenpolitik zusammen. Die genannten Arbeiten beziehen sich auf die Situation in Sowjetrussland. Die grundlegende Untersuchung für die Ukraine, BOHACHEVSKY-CHOMIAK Feminists despite themselves, endet mit dem Jahr 1939.

4 BOHACHEVSKY-CHOMIAK Feminists despite themselves, S. 292ff. zu den ukrainischen *žinviddily* der zwanziger Jahre.

lernen, mussten aber auch soziale Aufgaben wie die Sorge um Kinder und Waisen sowie die Verteilung von Lebensmitteln übernehmen. Die Folge war jedoch nicht die „neue", völlig selbständige sowjetische Frau, die ihre *samodejatel'nost'* vorantrieb, wie es Aktivistinnen vorschwebte,[5] vielmehr gehörte es nun zur Selbstverständlichkeit, einer Lohnarbeit nachzugehen, sich in Frauenräten zu engagieren und gleichzeitig Haushalt und Familie zu versorgen. Welche Belastungen es für weibliche Delegierte und Frauenräte bedeutete, in dieser Eigenschaft unbezahlte Tätigkeiten, Beruf und Familienleben zu vereinen, ist in Tagebuchaufzeichnungen Betroffener nachzuvollziehen.[6] Mit der zeitgenössischen feministischen Bewegung in anderen europäischen Ländern, von der sich die sowjetischen Ideologinnen distanzierten, hatten die Frauenabteilungen nur gemein, dass sie für weibliche Belange eintraten; in der Sowjetunion geschah dies allerdings unter dem kommunistischen Vorzeichen und dem Diktat der Partei. Dies bedeutete, dass Frauen in jeder Branche, auch in der Schwerindustrie und im Straßenbau, eingesetzt wurden. Über dieser sinnvollen oder nicht sinnvollen, für den Staat jedenfalls aber bequemen Errungenschaft wurde jedoch nicht bedacht, dass die Änderung der Geschlechterrolle der Frau auch ein Umdenken bei den Männern erfordert hätte, die in der Regel nicht bereit dazu waren, Frauen bei ihren Pflichten zu unterstützen. Weil die Partei selbst stärker die Interessen von Frauen übernehmen sollte, wurden 1930 die Frauenabteilungen bis auf wenige Ausnahmen aufgelöst. Frauenabteilungen wurden nun als Hindernis für den Fortschritt betrachtet. Parallel dazu wurde offiziell erklärt, die sowjetischen Frauen seien nun den Männern gleichgestellt.

1934 wies Stalin eine programmatische Rückbesinnung auf die Frauenfrage und eine Rückkehr zu den traditionellen Werten an;[7] 1936 wurde die Gleichberechtigung in der neuen sowjetischen Verfassung in Artikel 122 verankert. Stalin erkannte den Nutzen gesicherter Familienverhältnissen für den Staat und wies der „neuen sowjetischen Frau" eine noch breitere Palette von Pflichten zu: Sie hatte neben ihrem Arbeitseinsatz ein gemütliches Heim zu schaffen, die Familie zusammenzuhalten und – die wichtigste Forderung – dem Staat Kinder zu gebären. Dies wurde nicht mehr als Privatangelegenheit betrachtet, sondern als eine geradezu verpflichtende Aufgabe jeder gebärfähigen Frau. In rechtlicher Hinsicht spiegelte sich dies in der Verlängerung der Scheidungsverfahren sowie im staatlichen Abtreibungsverbot wider. Ab 1938 geriet die Besinnung auf die Frauenpolitik wieder in Vergessenheit, Maßnahmen zur Förderung der „neuen sowjetischen Frau" verloren sich.

5 BARBARA EVANS CLEMENTS The Utopianism of the Zhenotdel, in: Slavic Review 3 (1992) S. 485–496, hier S. 496.

6 So die Auszüge aus dem Tagebuch von GALINA VLADIMIROVNA STANGE Mein Leben ist leer geworden, in: Das wahre Leben. Tagebücher aus der Stalinzeit. Hrsg. von Véronique Garros, Natalija Korenewskaja, Thomas Lahusen. Berlin 1998, S. 153–212.

7 Ausführlich dazu: ROBERT MAIER "Die Frauen stellen die Hälfte der Bevölkerung unseres Landes". Stalins Besinnung auf das weibliche Geschlecht, in: PLAGGENBORG (Hrsg.), Stalinismus, S. 243–265.

Eine neue Herausforderung für die Frauenpolitik stellte sich mit dem Zweiten Weltkrieg, der auf den ersten Blick die Geschlechterrollen erneut veränderte, denn die Bedeutung der weiblichen Arbeitskraft wuchs infolge der Abwesenheit der männlichen Bevölkerung. Frauen hatten nun, während ihre Männer an der Front standen, neben Kinderversorgung und betrieblicher Arbeit verstärkt die Aufgaben von Männern in der Arbeitswelt zu erledigen. Unter den Kriegseinwirkungen stieg der Anteil der Arbeiterinnen und der weiblichen Angestellten in der Sowjetunion drastisch. Waren sie 1940 noch mit 41% vertreten, erhöhte sich ihre Zahl zwei Jahre später auf 52% und 1943/44 auf 53%. 1945 ging ihr Anteil nur schwach auf 51% zurück. Auch in der Schwerindustrie wurden sie verstärkt eingesetzt: 1942 bildeten sie ein Viertel aller Arbeiter in den Kohleschächten, Ende 1944 umfassten sie 41,5% der Arbeiter in den wiederhergestellten Minen des Donbas.[8] 1940 waren nur 4% der Traktorfahrer weiblich, 1944 waren es 81%.[9] Diese Zahlen wurden verursacht durch das Ausscheiden der männlichen Arbeiter; sie bedeuteten aber nicht, dass die Gleichberechtigung wesentlich vorangekommen wäre.[10]

Nicht nur im zivilen, sondern auch im militärischen Bereich waren Frauen während des Krieges aktiv.[11] Ihr Anteil an den Kriegshandlungen wurde lange Zeit unterschätzt; dabei differieren die Zahlenangaben über ihre Beteiligung erheblich. Sie reichen von 490.235 (russischen Militärangaben zufolge[12]) bis zu 800.000 Frauen, die sich allein nach dem deutschen Angriff zum Kriegseinsatz meldeten. Über Komsomol-Abteilungen kamen 550.000 Mädchen unterschiedlichster Nationalitäten zur Armee.[13] Die Zahl der freiwilligen Soldatinnen in der Ukraine war beeindruckend: Von 10.175 Meldungen im Gebiet Dnipropetrovs'k waren 3.602 Frauen, im Gebiet Kirovohrad 1.113 von 2.398, im Gebiet Donec'k 5.314 von rund 20.000.[14] Neben den Freiwilligen wurde rund eine halbe Million kinderloser junger Frauen zwischen 18 und 25 Jahren eingezogen.[15] Ihre Einsatzbereiche waren breit gestreut und nicht nur auf die traditionellen weiblich besetzten Gebiete der medizinischen Versorgung der Truppe beschränkt. Vielmehr leisteten sie auch Dienst an der Waffe, im Hinterland wie an der Front. Abgesehen von Soldatinnen mit spezieller Ausbildung wie Pilotinnen nahmen sie aber nur untere militärische Ränge ein, eine Offiziersausbildung war für sie höchstens in Ausnahmen möglich. Frauen wurden sogar in

8 BARBER, HARRISON The Soviet Home Front, S. 98.
9 MOSKOFF The Bread of Affliction, S. 83.
10 SUSANNE CONZE Weder Emanzipation noch Tradition. Stalinistische Frauenpolitik in den vierziger Jahren, in: PLAGGENBORG (Hrsg.), Stalinismus, S. 293–320, hier S. 300–301.
11 Vgl. den *Review Essay* von DAVID M. GLANTZ Women in War. The Red Army's Experience, in: The Journal of Slavic Military Studies. Vol. 12 (March 1999) No. 1, S. 208–212.
12 Soviet Casualties and Combat Losses, S. 230.
13 V. S. MURMANCEVA Novejšaja literatura o ratnom i trudovom podvige ženščin v gody Velikoj Otečestvennoj vojny, in: Voprosy istorii (1983) Nr. 9, S. 119–124, hier S. 119.
14 ERICKSON Soviet Women at War, S. 60.
15 SUSANNE CONZE, BEATE FIESELER Soviet Women as Comrades-in-Arms: A Blind Spot in the History of the War, in: The People's War, S. 211–234, hier S. 213.

Kampfeinheiten unter NKVD-Kommando eingesetzt;[16] sie waren mit einem Anteil von 10% im Jahr 1944 in der sowjetischen Partisanenbewegung vertreten.[17] Eine andere Angabe geht von einem Frauenanteil von etwa 25% an den rund 280.000 sowjetischen Partisanen im Jahr 1944 aus, wobei Frauen in verschiedenen Funktionen eingesetzt waren. Allein in der Ukraine wurden 30.697 Frauen in der kommunistischen Partisanen- und Untergrundbewegung gemeldet.[18] Der Lohn des Vaterlandes für die Kämpferinnen war mäßig: Nach ihrer Heimkehr versuchten viele auch angesichts gesellschaftlicher Vorbehalte gegenüber den Soldatinnen, ihre „unweibliche" militärische Vergangenheit zu verschweigen und die traumatischen Ereignisse dieser Zeit zu verdrängen.[19] Nur 86 Frauen erhielten den Orden „Held der Sowjetunion", die höchste militärische Auszeichnung. Bis heute blieb vielen die Anerkennung ihres Einsatzes für die Heimat verwehrt, weil nach Kriegsende als weibliche Ideale wieder Mutterschaft sowie der Arbeitseinsatz propagiert wurden.

Nicht nur in der Roten Armee standen Frauen unter Waffen. Als sich der Widerstand der ukrainischen Untergrundkämpfer der OUN/UPA nach dem Rückzug der Deutschen gegen die sowjetischen Truppen in der Westukraine richtete, stieg der Anteil von Frauen in ihren Reihen ab Frühjahr 1945 stark. Dies hing damit zusammen, dass die sowjetischen Organe anfangs nur Männer verhafteten; Frauen waren kaum verdächtig. Ihre größere Bewegungsfreiheit wurde von der UPA ausgenutzt. In vielen Gebieten wurde sie abhängig von weiblichen Kurieren, Spionen und Verbindungsleuten.[20] So befanden sich unter den im ersten Halbjahr 1946 festgenommenen 2.449 UPA-Mitgliedern im Gebiet Lemberg immerhin 321 Frauen, von den im selben Zeitraum gefallenen 1.444 Untergrundkämpfern waren 27 weiblich.[21] Partisaninnen und Helferinnen der UPA-Einheiten teilten das Leben im Untergrund und in den Waldbunkern und brachten unter diesen extremen Bedingungen sogar Kinder auf die Welt.[22] In NKVD-Berichten ist die Rede von Partisaninnen wie Miroslava

16 ERICKSON Soviet Women at War, S. 59. Zu den NKVD-Truppen vgl. insgesamt weiter im Kapitel über Kontrolle und Überwachung.

17 SLEPYAN "The people's avengers", S. 251.

18 ERICKSON Soviet Women at War, S. 50, 52.

19 Vgl. die Beschreibungen von Frontkämpferinnen in: ALEXIJEWITSCH Der Krieg hat kein weibliches Gesicht, sowie die Nachkriegsschicksale der sowjetischen Kampfpilotinnen bei REINA PENNINGTON 'Do Not Speak of the Services You Rendered': Women Veterans of Aviation in the Soviet Union, in: The Journal of Slavic Military Studies 9 (1996) Nr. 1, S. 120–151.

20 BURDS Gender and policing in Soviet West Ukraine, S. 294. Insgesamt gibt es in der reichhaltigen Literatur zur ukrainischen Aufstandsbewegung nur sehr wenige verstreute Hinweise auf die Beteiligung von Frauen.

21 DALO P3-1-436, ark. 101–105: Sekretarju L'vovskogo obkoma KP/b/U; Tov. Grušeckomu. Spravka o rezul'tatach bor'by s OUNovskim banditizmom na territorii L'vovskoj oblasti. S I janvarja po I ijunja 1946 goda. [Gez.] Načal'nik upravlenija MVD L'vovskoj obl. Komissar milicii 2-go Ranga Gruško. Gor. L'vov, 5. Juni 1946. Hier ark. 103.

22 Die UPA-Angehörige und Ehefrau eines höheren UPA-Führers Maria Savchyn Pyskir musste sich während ihrer Zeit im Untergrund von ihren beiden Söhnen und schließlich von ihrem

Vasil'evna Bučko, die 1946 vom Lemberger MGB unter anderem wegen der Organisation von Ausbildungskursen für ukrainische Untergrundkämpferinnen inhaftiert wurde.[23] Zum gleichen Zeitpunkt wurde Miroslava Ivanovna Vovk wegen UPA-Tätigkeit festgenommen, die in der Auswahl von „nationalistischen Mädchen" für den Aufklärungsdienst bestand.[24] Die sowjetischen Behörden machten bei der Behandlung von gefangenen UPA-Kämpfern und -Kämpferinnen keinen Unterschied. Wegen UPA-Mitgliedschaft gefasste Frauen wussten, dass sie Verhöre und Folter erwartete, daher beendeten viele – wie auch ihre männlichen Kollegen – bei ihrer Verhaftung ihr Leben selbst aus Angst, Interna und Kameraden zu verraten; eine warf sich in einen Brunnen.[25] Bei den UPA-Angehörigen, die in die sowjetischen Sondersiedlungen verbannt worden waren, bildeten Frauen die Mehrheit: Unter den bis Oktober 1946 exilierten 29.351 UPA-Angehörigen befanden sich 5.526 Männer, 14.069 Frauen und 9.756 Kinder unter 16 Jahren.[26] Frauen und Kinder wurden in der Regel wegen ihrer Verwandtschaft mit ukrainischen Untergrundkämpfern verbannt, bei denen Sippenhaft angewandt wurde.[27]

Über das Schicksal von Frauen als Opfer des Terrors der Nachkriegszeit ist bisher wenig bekannt. Massenvergewaltigungen durch NKVD-Angehörige im Tross der vorrückenden Roten Armee auf sowjetischem Gebiet werden kaum in Memoiren von Militärangehörigen und in Kriegsdarstellungen erwähnt, sind aber durch Zeugenaussagen belegt.[28] Fälle, dass Frauen wegen einer Beziehung zu einem deutschen Soldaten während der Okkupation – zusammen mit daraus entstandenen Kindern – nach dem Krieg erschossen wurden, werden für Kramators'k und andere Orte berichtet.[29] Bekanntermaßen stellten Frauen außerdem während der deutschen Besatzung die Mehrheit der nach Westen deportierten Ostarbeiter. Vergewaltigungen von zurückkehrenden Ostarbeiterinnen durch Rotarmisten waren keine singulären Ereignisse.[30] Auch war der Anteil von Frauen an den unter Stalin verschleppten

Mann und ihrer Familie trennen, um vom KGB in den Westen freigelassen zu werden (vgl. ihre Erinnerungen: SAVCHYN PYSKIR Thousands of Roads).

23 DALO P3-1-444, ark. 170–199: Sekretarju L'vovskogo oblastnogo komiteta KP/b/U tov. Gruševckomu. Dokladnaja Zapiska. O zakončennych i nachodjaščichsja v proizvodstve UMGB po L'vovskoj oblasti charakternych sledstvennych delach. [Gez.] Načal'nik upravlenija MGB L'vovskoj oblasti General-Lejtenant Voronin. „..." Mai 1946. Hier ark. 178–179.

24 Ebenda, ark. 178.

25 BILAS Represyvno-karal'na systema v Ukraïni, Kn. 2, Nr. 50, hier S. 443.

26 BUGAJ «Pogruženy v ešelony i otpravleny k mestam poselenij... », Dok. 37, S. 157.

27 ROSSI Spravočnik po GULagu, S. 23, s.v. Banderovskie ženy.

28 Vgl. die Darstellung von MARKOVNA Nina's Journey, S. 219–223 (eine kurze Angabe dazu im Kapitel über Kontrolle und Überwachung). Bei BURDS AGENTURA, S. 129–130, die Gewalt der UPA an Frauen von Überläufern. Massenvergewaltigungen im sowjetischen Besatzungsgebiet nach dem Krieg insbesondere an deutschen Frauen durch die Rotarmisten belegt NORMAN NAIMARK Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949. Berlin 1997, S. 91–125, vor allem durch Unterlagen der deutschen Polizei.

29 KUROMIYA Freedom and Terror in the Donbas, S. 298.

30 FIESELER Innenpolitik der Nachkriegszeit, S. 46; POLIAN Deportiert nach Hause, S. 70–71.

„Sondersiedlern" wesentlich höher als derjenige der Männer. Von 2.694.197 „Sondersiedlern" im Januar 1953 überstieg die Zahl der Frauen eine Million, 769.484 waren Männer, 884.057 Kinder.[31]

Die Programmatik der sowjetischen Frauenpolitik nach 1944 in der Ukraine

Nach dem Ende des Krieges und der Rückkehr der demobilisierten Männer konnte die Sowjetregierung nicht auf die tatkräftige Mitarbeit von Frauen in Betrieben und in der Landwirtschaft verzichten. Daneben musste aber sichergestellt bleiben, dass weiterhin Kinder geboren wurden, um den Bevölkerungsverlust durch die Kriegsopfer auszugleichen. Daher beschloss der Oberste Sowjet der UdSSR am 8. Juli 1944 ein neues Familienrechtsgesetz, das Frauen mit vielen Kindern eine bessere finanzielle Absicherung garantierte.[32] Hilfen für Mütter mit mehr als zwei Kinder und die Erschwerung von Scheidungen wurden beschlossen. Ab zehn Kindern wurden Frauen als „Mutterheldinnen" mit Orden ausgezeichnet und propagandistisch gefeiert. Später kamen finanzielle Unterstützungen für Schwangere dazu, eine steuerliche Entlastung von Familien mit Kindern sowie die Belastung für Junggesellen über 25 Jahren. Das ab 1936 bestehende Abtreibungsverbot blieb in Kraft, aber nicht aus Rücksicht auf das ungeborene Leben, sondern weil es die sowjetische Peuplierungspolitik bediente.

Sowjetische Frauenpolitik wurde nach dem Krieg dort besonders wirksam, wo sie noch nicht die entsprechende Verbreitung gefunden hatte. Dies war der Fall in den neuen sowjetischen Gebieten im Westen der Ukraine, in denen die weibliche Bevölkerung ein spezielles Ziel sowjetischer Propagandapolitik wurde. Frauen mussten hier, nachdem sie bisher nur in den Monaten zwischen 1939 und 1941 direkt mit der sowjetischen Herrschaft konfrontiert gewesen waren, mit den Absichten staatlicher Frauenpolitik und der staatlichen Ideologie vertraut gemacht werden. So erschienen in der gesteuerten Presse regelmäßig Artikel über die Aufgaben von Frauen in der Sowjetgesellschaft, über das beispielhafte Verhalten und besondere Verdienste einzelner Frauen. Nach außen hin wurden die propagandistischen Anstrengungen von den sowjetischen Behörden damit begründet, dass während der deutschen Besatzung eine breite nationalistische Agitation unter den Frauen vor allem auf den Dörfern betrieben worden war über „Frauensektionen" und „Näh- und Strickzirkel"[33] (diese hatten tatsächlich bereits vor der Okkupation bestanden; so besaß eine Ge-

31 Zahlen nach ZEMSKOV Specposelency, S. 166–169. Auffälligerweise übertraf der Anteil der Frauen in jeder einzelnen Gruppe der *specposelency* jenen der Männer, beispielsweise bei den „Kulaken", bei deportierten religiösen Sekten wie den Zeugen Jehowas, bei ethnischen Verbänden wie Polen, Tataren, Deutschen, Kaukasusvölkern, Balten oder anderen sowie bei den OUN-Anhängern (deren ganze Familien deportiert wurden). Nur bei den Vlasov-Mitgliedern war die Zahl der Männer natürlich erheblich höher.

32 GAIL WARSHOFSKY LAPIDUS Women in Soviet Society: Equality, Development, and Social Change, in: Stalinism. The Essential Readings, S. 216–236, hier S. 232.

33 SPR Nr. 33, hier S. 83.

sellschaft ukrainischer Frauen im polnischen Galizien im Jahr 1936 rund 50.000 Mitglieder[34]). Insbesondere auf dem Land wurde daher verstärkt Agitationsarbeit betrieben. Bei der Sowjetführung herrschte zudem die Meinung vor, Frauen seien Multiplikatoren des ukrainischen Nationalismus, den sie nun durch die Liebe zur Sowjetunion zu ersetzen hatten. Außerdem trug die Aktivierung der sowjetischen Frauenpolitik dem Umstand Rechnung, dass durch den Krieg ein Großteil der Männer entweder umgekommen war oder sich in kämpfenden Einheiten befand, in welche alle westukrainischen Männer nach der sowjetischen Besetzung einberufen wurden, so dass die Mehrheit der Bevölkerung vor Ort aus Frauen bestand. Um Frauen an die aktive Bürgerarbeit heranzuführen, wurde auf das Instrument der Zwischenkriegszeit zurückgegriffen: die Frauenräte. Dabei war auch zu berücksichtigen, dass sich die Lebensbedingungen für die Frauen in der Westukraine mit dem Krieg wegen der Abwesenheit der Ehemänner, Väter, Brüder und Söhne geändert hatten. Nach dem Krieg betrug das Verhältnis zwischen Männern und Frauen auf dem Land 1:4; besonders groß war der Männermangel in den zentralen Gebieten Kiev, Dnipropetrovs'k und Poltava.[35] Der Frauenüberschuss hielt lange an: Im Jahr 1946 waren in der Landwirtschaft 145.900 Männer und 1.369.100 Frauen zwischen 20 und 29 Jahren sowie 629.900 Männer und 1.352.400 Frauen zwischen 30 und 39 Jahren beschäftigt. Vier Jahre später hatte sich die Relation kaum verändert: 1950 waren es 821.500 Männer und 1.637.800 Frauen zwischen 20 und 29 Jahren bzw. 677.900 Männer und 1.460.000 Frauen zwischen 30 und 39. Auch im Eigenverständnis der Frauen hinterließ der Krieg Spuren. Weil sie während der Kriegszeit Haus und Hof alleine hüten mussten und in der männerarmen Nachkriegszeit in Betrieben und in der Landwirtschaft höhere Positionen einnahmen, war das Selbstbewusstsein der Frauen erheblich gestiegen. Nach dem Krieg hatten aber heimkehrende Soldaten das Recht, auf ihre vormaligen Arbeitsplätze zurückzukehren, so dass Frauen wieder abgelöst wurden.

Die Gründe für das spezielle Interesse des Regimes an den Frauen liegen auf der Hand: Einerseits brauchte sie der Sowjetstaat als Lohnarbeiter in Industrie und Wirtschaft. Dies verbrämte man mit dem Schlagwort der beruflichen Gleichberechtigung. Zweitens übernahmen *žinrady* soziale Fürsorgepflichten, insbesondere die Sorge um kinderreiche Familien, die Unterstützung mittelloser Kinder und Mütter sowie die „Liquidierung" des Analphabetentums.[36] Andererseits mussten die Frauen

34 Polityčna istorija Ukraïny, S. 335.

35 Ukraïna: druha polovyna XX stolittja, S. 108.

36 Frauen wurden bereits in der Zwischenkriegszeit Alphabetisierungskampagnen unterworfen (vgl. CARMEN SCHEIDE Kinder, Küche, Kommunismus. Das Wechselverhältnis zwischen sowjetischem Frauenalltag und Frauenpolitik von 1921 bis 1930 am Beispiel Moskauer Arbeiterinnen. Zürich 2002, S. 211–212). Der Kampf gegen das Analphabetentum wurde als Modernisierungsmaßnahme, die den wirtschaftlichen Umbau über Kollektivierung und Industrialisierung begleitete, verstärkt – mit Erfolg: zwischen 1926 und 1939 stieg die Fähigkeit zu lesen und/oder zu schreiben annäherungsweise bei 51% aller Sowjetbürger über neun Jahren auf

unter dem neuen System ihr Recht auf die Erziehung ihrer Kinder dem Staat überantworten, der eine permanente Arbeitsfähigkeit verlangte und kein Verständnis dafür hatte, wenn Frauen auf Zeit oder überhaupt die Sorge für die Kinder einer Lohnbeschäftigung vorzogen. Diese sozialen Umwälzungen wurden begleitet von einer massiven Propaganda, welche die Errungenschaften und Vorteile des sowjetischen Systems für die Frauen betonte.[37] Gleichzeitig vermittelte die staatliche Propaganda den Eindruck, durch die Übernahme politischer Verantwortung in den *žinrady* könnten Frauen auf höherer Ebene Einfluss nehmen. Dies war aber nicht gegeben und war bei ihrer Einrichtung auch nicht intendiert gewesen. Dennoch lockte wohl die Aussicht auf politische Partizipation zum Eintritt in die Frauenräte. Zudem war den *žinrady* eine gesellschaftliche Funktion nicht abzusprechen. Für andere Frauen, die sich für die Mitarbeit in Frauenräten gewinnen ließen, mochte gerade die scheinbar unpolitische Zielrichtung ein Grund gewesen sein, sich zu engagieren. In diesem Sinn stellten die sowjetischen Frauenorganisationen ein Auffangbecken für soziale Betätigungen dar, die in anderem Rahmen nicht mehr möglich waren. Kirchliche und nationalukrainische Kulturverbindungen waren als „antisowjetisch" verboten worden, so blieben nur staatlich vorgeschriebene Organisationen. Möglicherweise spielte auch die Rückbesinnung auf die Tradition westukrainischer Frauenverbindungen eine Rolle, wenn sich Frauen zum Eintritt in *žinrady* entschlossen.[38]

Die Durchführung der politischen Arbeit unter den Frauen in der Westukraine wurde in einem ZK-Beschluss vom 5. April 1945 „O rabote sredi ženščin zapadnych oblastej USSR" (Über die Arbeit unter den Frauen der westlichen Gebiete der USSR) festgelegt.[39] Dessen Ziel bestand darin, dass Gebiets-, Rajon- und Stadtkomitees sowie Dorfsowjets, aber auch einzelne Betriebe aus der örtlichen Bevölkerung ein „weibliches Kollektiv" ins Leben riefen und Abteilungen zur speziellen Frauenarbeit (*žinrady*, *ženscovety*) einrichten sollten, um die weibliche Bevölkerung der Westukraine zur aktiven Teilnahme am wirtschaftlichen und politischen Leben zu gewinnen. Hintergrund dieser Kampagne war, das weibliche Potential sowohl zu stärken als auch in effektiver Weise für das Sowjetleben und im Kampf gegen die UPA einzusetzen. Betätigungsfelder waren traditionelle weibliche Aktivitäten: „die Frauenräte organisieren Sektionen (zur Kultur- und Bildungsarbeit, für Produkti-

etwa 81% (nach FITZPATRICK Education and Social Mobility in the Soviet Union [vgl. oben Anm. 2], S. 176).

37 YOSHIE MITSUYOSHI Public Representations of Women in Western Ukraine under Late Stalinism: Magazines, Literature, and Memoires, in: JBfGOE 54 (2006) H. 1, S. 20–36, über die propagandistische Darstellung der Rolle von sozialistischen Frauen.

38 Der 1917 in Lemberg gegründete „Ukrainische Frauenverband" hatte 1937 den „Weltkongress Ukrainischer Frauen" ins Leben gerufen; daneben bestanden nach dem Ersten Weltkrieg Frauenverbindungen in der Karpaten-Ukraine, in der Bukowina, in Wolhynien und in den anderen westukrainischen Territorien; vgl. BOHACHEVSKY-CHOMIAK Feminists despite themselves.

39 Abdruck in: Litopys UPA. Nova serija. Tom 2, S. 151–153 (Bezug auf den ZK-Beschluss vom 5. April 1945 nimmt auch der ZK-Beschluss vom November 1945, zitiert unten in Anm. 57).

ons-, Handels-, Schul-, medizinische und weitere Tätigkeit), die in Kontakt mit den Sektionen der Sowjets und der Gewerkschaften arbeiten, sie gründen Kreise zur Liquidierung des Analphabetentums und des Halb-Analphabetentums, zum Schneidern, Sticken und anderem; sie helfen den Sowjet-, Wirtschafts- und Gewerkschaftsorganisationen, [...] qualifizierte Arbeiterinnen für die Industrie, die Landwirtschaft, den Betrieb usw. auszubilden."[40]

Im Lauf des Jahres 1945 erhielten die westukrainischen Gebietskomitees Abteilungen zur Arbeit unter den Frauen („otdely po rabote sredi ženščin"), den Rajon- und Stadtkomitees wurden *ženorgany* zugeteilt, also „Frauen-Organisationen", die unbezahlte Freiwilligenarbeit leisten sollten, um Parteiaktivitäten zu erlernen. Auch Konferenzen wurden einberufen, für die Frauen als „Delegierte" von Parteiaktivisten ausgewählt wurden. Daneben bestand freilich weiterhin für Frauen die Möglichkeit, in die üblichen Parteiorganisationen einzutreten. Dabei blieben sie aber in der Minderheit. Von den im Juli 1946 verzeichneten 452.467 Mitgliedern der ukrainischen Parteiorganisation waren 80.439 Frauen (17,8%).[41]

Die erste größere politischer Veranstaltung, die sich nur der Tätigkeit von Frauen verschrieben hatte, wurde die Konferenz der weiblichen Aktivisten des Gebiets Lemberg von 28. bis 29. Mai 1945, auf der neben Ansprachen und einem allgemeinen Meinungs- und Erfahrungsaustausch Präsidiumswahlen für die Frauenvertretung auf Gebiets-Ebene durchgeführt wurden.[42] Weitere Höhepunkte waren ein Vortrag über „Die Aufgaben der Frauen beim Aufbau der Wirtschaft und der Kultur des Lemberger Gebiets" sowie die Formulierung von Briefen an Stalin und Chruščev. Am zweiten Tag der Veranstaltung stand ein Treffen der Teilnehmerinnen mit Arbeiterinnen auf dem Programm, das zwei Kinofilme („Die Krim-Konferenz" sowie – bezeichnenderweise wegen der traditionellen Verankerung gerade von Frauen in der Religion – „Die Weihe des Patriarchen von Ganz Russland") abschloss.[43] Das Ziel der Konferenz bestand einerseits darin, die Sowjetisierung der Westukraine ideologisch zu begründen, andererseits in einer reinen Demonstration dessen, was als frauenspezifische Problematik im Sowjetstaat definiert wurde – und zwar staatlicherseits, nicht etwa von Frauen selbst.

Die sowjetischen Vorstellungen über die Aufgaben von Frauen gingen dabei von einer Mischung aus Heldenmüttern und Arbeiterinnen aus. Einen Bezug zum trium-

40 Ebenda, S. 152.

41 In einer sowjetischen Veröffentlichung wird der Anteil von Frauen relativ hoch angesetzt: Im Oktober 1944 habe er in den Organen des Obersten Sowjet und des Ministerrats der Unionsrepubliken rund 55% betragen, 60,9% in den Gebiets- und Gebietsexekutiven, 59,8% in den Stadt- und Rajonsowjets, 76,5% in den Dorfsowjets und rund 62% in ständigen Kommissionen (ZINČENKO Sovety deputatov trudjaščichsja ukrainskoj SSR, S. 72). Über den Frauenanteil in der Partei auf Unionsebene vgl. weiter im Kapitel über den Aufbau der Parteiorganisation nach dem Krieg.

42 DALO P3-1-324 enthält die Protokolle der Veranstaltung.

43 Ebenda, ark. 4: Porjadok oblasnoï narady aktyvu žinok.

phalen Sieg über Hitler-Deutschland besaß bereits die Eröffnungsansprache des Sekretärs des Gebietskomitees T. Pinčuk.[44] Er erinnerte die „Genossen Frauen" schon in seinem ersten Satz daran, dass der Tag des Sieges erst einige Wochen vorher gefeiert worden sei und dass dies ein denkwürdiger Tag für seine Generation und ihre Kinder darstelle. In affektiven Ausdrücken rief er im Weiteren ins Gedächtnis zurück, dass die Deutschen das Volk verhöhnt und geschändet und das Blut der Landsleute vergossen hätten. Die Rettung bringe nun die Sowjetunion. Diese mache sich nun zusammen mit den freiheitsliebenden Völkern der ganzen Welt, mit den Vereinigten Staaten von Amerika und den anderen verbündeten Staaten daran, Bedingungen zu schaffen, um einen weiteren Überfall der Deutschen zu verhindern. Kinder und ihre Eltern könnten nun wieder spielen und müssten sich nicht vor Bomben fürchten, die auf „Kinderköpfchen" fielen. Dieses Bild der Rettung wiederholt sich in der Rede noch einmal: Die deutschen „Menschenfresser" hätten Fabriken, Kolchosen, Schulen, Wohnhäuser und – die religiösen Bezüge werden abermals in die Aufzählung aufgenommen – auch Kirchen zerstört; an den Fronten seien die Söhne und Töchter der Sowjetunion gefallen. Keiner – so die Emphase am Ende der Rede – habe diesen Krieg so mitempfunden wie eine sowjetische Frau. Mit seiner Wort- und Themenwahl zielte der Gebiets-Sekretär mithin bewusst auf die althergebrachten Interessen von Frauen ab, die traditionell durch die Sorge um die Kinder, das Wohl der Familie und durch die Verbindung zur Kirche gekennzeichnet waren. Von dieser Ausgangslage wird ein Bogen zur sowjetischen Frau gespannt, zu der sich die Westukrainerinnen weiterentwickeln sollten. Der Vorteil, den die neue Ära mit sich bringen würde, bestehe in der Gleichberechtigung mit den Männern bzw. den männlichen Arbeitern. So zählte auch zu den weiteren Themen der Veranstaltung die Diskussion einer Alphabetisierungskampagne unter Arbeiterinnen und ein Appell zur Vergrößerung der Anzahl der weiblichen *stachanovcy*. Es wurde erklärt, dass die Frauen in der Westukraine nun das Recht auf „freie Arbeit", auf Bildung und auf „kulturelle Erholung" erhalten hätten, denn nur dank der Leninschen und Stalinschen Nationalitätenpolitik habe sich die ukrainische Kultur und die sowjetische Kunst in der Westukraine entwickelt. Diese Behauptung kann nur als rhetorischer Kunstgriff gewertet werden.

Als im Stalinkult übliche Zeremonie wurde ein – vorbereiteter – Huldigungsbrief im Namen der Delegierten an Stalin verlesen.[45] Wiederum mit Blick auf das weibliche Bedürfnis nach religiöser Betätigung gerät der Brief zu einer Art Credo an die Sowjetunion und ihren obersten Führer, eingeleitet mit der Anrede „Vater unser [*ridnyj bat'ko naš*] und [unser] Lehrer Iosyf Vissarionovyč!". Der Inhalt läuft darauf hinaus, dass sich die Frauen des Lemberger Gebiets, die sich „in der alten ukrainischen Stadt Lemberg" zu ihrer ersten Gebiets-Konferenz versammelt hatten, ganz in

44 Ebenda, ark. 5–6: Stenohrama rankovoho zasidannja oblasnoï narady žinok-aktivistok L'vivs'koï oblasti. 28. Mai 1945.

45 Ebenda, ark. 38–41.

den Dienst der Sowjetunion stellen wollten. Dem „Marschall des Sieges" sowie der Roten Armee sandten sie ihren herzlichsten Dank für die Befreiung vom „deutsch-faschistischen Joch". Die Arbeiterinnen und Frauen, „in allen Rechten den Männern gleich", würden ihre ganzen Kräfte dafür einsetzen, dass in kürzester Zeit die von den Deutschen zerstörte Wirtschaft wieder aufgebaut werde, damit sich Lemberg zu einem bedeutenden Industriezentrum der Sowjetunion entwickele. Dies war und wurde eine oft wiederholte Formel, die auch im Gesetz zum Fünfjahresplan für 1946–1950 zu finden war („peretvoryty misto L'viv u velykyj industrial'nyj centr Ukraïny"[46]).

Auch die „russischen Brüder" kommen, wie zu erwarten war, zur Sprache. Man wisse, dass im Kampf gegen die Okkupanten auch den verwandten Brüdern des russischen Volkes viel zu verdanken sei, das sich als „führende Kraft der Sowjetunion" unter allen Völkern des Landes verdient gemacht habe. Man sende daher dem „großen russischen Volk" und den russischen Frauen herzliche Grüße. Kernstück der Widmung war der Passus, in dem es heißt, dass sich alle „wie eine [Frau]", zusammenschließen würden im eifrigen Kampf für die Wiederherstellung der Dörfer und Städte, für das Aufblühen der sowjetischen Industrie und der Volkswirtschaft: „Wir werden dem edlen Beispiel unserer Schwestern und der Frauen der ganzen Sowjetunion folgen." Dann versprach die „Frauenschaft" des Gebiets unter dem Applaus der Zuhörerinnen dem „großen Vater und Freund", die Sowjetunion wie ihren Augapfel zu hüten und den Reichtum der Sowjetheimat zu vergrößern. Täglich und beharrlich werde man außerdem die „Freundschaft der Völker der Sowjetunion" stärken, die eine Stütze der Hoffnung für die Unabhängigkeit des Sowjetstaates sei. Mit dem Wunsch, dem „genialen Marschall des Sieges, dem großen Stalin", möge Ruhm in alle Ewigkeit gebühren, enden der Brief und die Ovationen an Stalin.

Lässt man die rhetorischen Stilmittel, zu denen in erster Linie die Erinnerung an den Krieg und den Sieg zählen, beiseite, erscheint als Ziel der sowjetischen Propaganda unter den Westukrainerinnen die Vereinnahmung der Frauen für die wirtschaftliche Betätigung und den Wiederaufbau der Ukraine. Die nötige psychologische Hilfe sollte dabei die Konstruktion einer persönlichen Bindung an Stalin darstellen, die jede Delegierte in einem dem Glaubensbekenntnis ähnlichen Gelöbnis öffentlich erklärte. Das eigentliche programmatische Ziel der Veranstaltung bestand also darin, die Frauen unter dem Sowjetpatriotismus zu einen und ihnen ein sozialistisches Gemeinschaftserlebnis zu vermitteln, und nicht darin, ihre Wünsche innerhalb des Staates zu formulieren und öffentlich kundzutun. Mit keinem Wort wurde die Möglichkeit erwähnt, dass insbesondere Frauen im (für sie) „neuen" Staat politisch mitwirken und tatsächlich Verantwortung übernehmen sollten. Ferner wurde auch nicht davon gesprochen, dass der Sowjetstaat den Frauen gerade in der schwierigen Nachkriegszeit Hilfe zukommen lassen würde, vielmehr sollte ihre Arbeitskraft dem Staat zur Verfügung gestellt werden. Allerdings wurden gewisse Vorleis-

46 IL Nr. 240 (S. 245).

tungen erbracht, um Frauen effektiv einsetzen zu können. Dies nämlich setzte eine Bildung und Ausbildung voraus, die sie oftmals nicht besaßen. Die Regierung schickte sie somit auf Schulen und zu weiteren Ausbildungsmaßnahmen. Ein ZK-Beschluss vom Oktober 1944 wies noch einmal nachdrücklich darauf hin, dass die westukrainischen Gebiets- und Stadtkomitees insbesondere die Frauen auf den Dörfern fördern, den Analphabetismus unter ihnen bekämpfen sowie Vorträge über die Lage der Frauen und ihre in der Sowjetunion verfassungsmäßig garantierten Rechte organisieren sollten.[47] Die Hebung des Bildungsniveaus der Frauen in der Westukraine blieb ein Ziel der Sowjetregierung. Die Investition zahlte sich für die sowjetische Volkswirtschaft aus, denn Frauen konnten so zu qualifizierten beruflichen Aufgaben herangezogen werden.

Die Frauenorganisationen in der sowjetukrainischen Wirklichkeit

Über die „Arbeit unter den Frauen" in der Westukraine wurden regelmäßig Quartalsberichte über aus Lemberg an das ZK in Kiev gesandt. Diese sind für sich genommen kaum aussagekräftig, da sie vor allem Zahlen präsentieren, aber keinerlei Vergleichs- und Kontrollmöglichkeiten bieten. So liest sich eine Statistik des Gebiets Lemberg wie ein Erfolgsbericht, der jedoch nicht unbedingt die Wirklichkeit widerspiegeln muss:[48] Im zweiten Quartal 1946 waren in den Städten und Rajonkomitees die *žinorhany* auf eine Anzahl von 37 komplettiert worden. In den 706 Dorfsowjets des Gebiets waren 15.900 weibliche Delegierte (*žindelehaty*) vertreten. 952 Frauenräte besaßen 2.954 Sektionen. Es war ein „Frauenaktiv" mit insgesamt 14.902 Vertreterinnen geschaffen worden, darunter 970 Deputierte in Dorfsowjets, 4.584 Mitglieder von Frauenräten, 2.954 Führerinnen von Sektionen und 6.280 Agitatoren. Bei der propagandistischen Arbeit ist ein deutliches Übergewicht der Lektionen und Vorträge auf dem Dorf (mit 3.248) im Gegensatz zur Stadt (mit 1.765) festzustellen. In insgesamt 1.016 Zirkeln waren darüber hinaus 9.000 Hörer erfasst.

Wenn diese Zahlenangaben auch nur annähernd zutreffen, so ist doch das Bestreben der Behörden ersichtlich, möglichst vielen Frauen Ämter zu übertragen. Welche politischen Einflussmöglichkeiten diese Positionen, beispielsweise im genannten „Aktiv", mit sich gebracht hätten, ist nicht klar. Die Aufgaben der Frauenräte lagen vielmehr im sozialen Bereich, in dem sie zugleich die staatliche Zuständigkeit entlasteten, beispielsweise bei der „Liquidierung des Analphabetentums". Die Anzahl der Frauen in der Westukraine nach dem Krieg, die nicht lesen und schreiben konn-

47 RGASPI 17-44-1640, l. 31–39: Protokol No. 47 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy (1.–15. Oktober 1944), 36-op.: O merach po vypolneniju postanovlenija CK VKP/b/ ot 27.1X.1944 goda "O nedostatkach v političeskoj rabote sredi naselenija zapadnych oblastej USSR". (7. Oktober 1944). Hier l. 33–34.

48 DALO P3-1-490, ark. 163: Statistyčnyj zvit pro robotu sered žinok L'vivs'koï oblasti za II kv. [kvartal] 1946 rik. [Gez.] Viddil po roboti sered žinok L'vivs'koho obkomu KP/b/U. [Unterschrift nicht lesbar, Juli 1946]. Vgl. auch einen ähnlichen Bericht für das Gebiet Volyn' vom 14. Juli 1947 in: SPR Nr. 46.

ten, wurde mit 23.343 angegeben; 14.171 hatten den Unterricht beendet. Über die Frauenräte hinaus wurden Frauen auch in allgemeinen politischen Ämtern eingesetzt, insgesamt ist die Rede von 1.526 Frauen in „führender Arbeit". Unter diesen befanden sich aber nur einige Leiterinnen von Dorfsowjets und deren Parteisekretärinnen bzw. Funktionärinnen auf Rajonebene.

An einem Beispiel wurden die vermeintlichen Resultate der sowjetischen Frauenpolitik dargelegt: Bei einer Versammlung der Frauenabteilung am Lemberger Gebietskomitee brachte eine Bäuerin vor, sie habe acht Kinder und die Sowjetunion helfe ihr, sie zu erziehen.[49] Wo auf der Welt gebe es denn noch ein Land, das sich so um Mütter und Kinder kümmere? Der tatsächliche Verdienst bei der Sorge um Mütter mit vielen Kindern fiel in erster Linie den Frauenorganisationen zu. Vor allem kinderreiche und alleinstehende Mütter, Kinder von Soldaten und Waisen, die soziale Hilfe benötigten, wurden von ihnen unterstützt. Über 700 kinderreiche Mütter hatten im Gebiet eine Belohnung erhalten, ferner wurden 29 „Mutterheldinnen", also Frauen, die zehn Kinder geboren hatten, mit einem Orden geehrt.

Die Frauenvertretungen hatten auch für die Vereinbarkeit von Kindererziehung und beruflicher Tätigkeit zu sorgen. Sie eröffneten daher in Kolchosen Kinderkrippen; in einer Reihe von Rajons wurden außerdem Kindergärten für kranke Kinder eingerichtet; so war die Arbeitstätigkeit der Mütter auch für diesen Fall gewährleistet. Hervorgehoben wurde ferner der Einsatz von Frauen bei gärtnerischer Arbeit wie bei der Begrünung der Stadt Lemberg. Im April alleine hätten sie 5.400 Arbeitstage geopfert, um 6.326 Bäume und 13.000 Blumen zu pflanzen.

Während sich die Gebiets-Berichte eher wie in Worte gefasste Statistiken mit stark verallgemeinerndem Charakter lesen, sind aus Rajonberichten Einzelheiten zu erfahren, die auch auf die Schwierigkeiten der Organisation von Frauen schließen lassen. So meldete der *žinorg* des Ševčenkovskij rajkom für das zweite Quartal 1946,[50] dass dem Beschluss des ZK zufolge in allen Betrieben und Fabriken 48 *žinrady* mit insgesamt 224 Mitgliedern gewählt worden seien. Über die Nationalität der Leiterinnen von *žinrady* sind nur selten Angaben zu finden, allerdings liegen sie für das Ševčenkovskij rajkom vor: Auffällig ist das Übergewicht der Ukrainerinnen mit insgesamt 27, dann folgen 15 Russinnen, drei Jüdinnen, zwei Polinnen und eine Weißrussin. Dies untermauert die unpolitische Position der Frauenräte, da man hier, anders als bei wichtigen öffentlichen Ämtern in der Westukraine, das Übergewicht von Nicht-Russen tolerierte. Die schwache politische Vertretung der Frauen zeigen

49 DALO P3-1-490, ark. 164–169: Zastupniku sekretarju CK KP/b/U po zachidnych, Izmaïl's'kij ta Zakarpats'kij oblastjach. Zvit. Pro robotu sered žinočoho naselennja po L'vivs'kij oblasti z I. IV. po I. VII. 1946 roku. [Gez.] Zavidujuča viddilom po roboti sered žinok L'vivs'koho obkomu KP/b/U Vyšemirs'ka. 11. Juli 1946.

50 DALO P3-1-490, ark. 107–113: [An:] Obkom KP/b/U – otdel po rabote sredi ženščin, gorkom KP/b/U – otdel po rabote sredi ženščin. Doklad. O rabote sredi ženščin za II kvartal po Ševčenkovskomu RK KP/b/U. [Gez.] Ženorg Ševčenkovskogo RK KP b U g. L'vova Šel'menkova. [O. D.]

auch die Angaben der Parteizugehörigkeit, die bei Frauen nicht die Regel, sondern die Ausnahme ist: Nur vier der Leiterinnen waren Parteimitglieder, sechs waren Kandidatinnen und drei Komsomol-Mitglieder. Bei der Altersstruktur der in den *žinrady* erfassten Frauen fallen auch junge „Aktivistinnen" auf. 18 Mädchen waren in der Komsomol-Gruppe an der Parteischule des Rajons, 180 Mädchen gingen in die *škola molodeži*, als Agitatoren arbeiteten neben 47 Frauen auch 95 Mädchen.[51] In allen Berichten wird auf das soziale Engagement verwiesen. Für die 155 weiblichen Analphabeten im Rajon liefen sechs Kurse zur Behebung von Schreib- und Leseschwächen, 30 Personen lernten auf individueller Basis. Insgesamt wurden 89 Mütter mit vielen Kindern sowie 194 Familien von gefallenen Soldaten materiell unterstützt. 101 Person hatten in der ersten Jahreshälfte eine einmalige Zahlung von insgesamt 29.360 Rubel, dazu Waren und Kleidung erhalten.

Westukrainerinnen wurden einer speziellen „massen-politischen Agitation" unterworfen. Allerdings unterschied sich diese nicht wesentlich von der allgemeinen Propaganda unter der Bevölkerung, denn das Ziel war hier wie dort die Vereinnahmung der Arbeitskräfte für den Aufbau der Wirtschaft unter sozialistischen Vorzeichen. Die Themen der Veranstaltungen, die in einem Rajon im Gebiet Lemberg im Juli 1946 durchgeführt wurden, veranschaulichen dies:[52] Eine Rajonversammlung weiblicher Delegierter behandelte die „Aufgaben der Frauen bei der Erfüllung des Plans des vierten Stalinschen Fünfjahresplanes", bei der von 150 Teilnehmern zehn auftraten. In den Sektionen der *žinrady* in Betrieben, Eisenbahnstationen, Krankenhäusern, Kindergärten und anderen Institutionen waren Versammlungen mit insgesamt 92 Lektionen und Vorträgen durchgeführt worden. Die Themen lauteten teilweise nicht anders als auf allgemeinen Betriebsversammlungen: „Über die internationale Lage", „Über die Atomenergie", auch „Denkmäler der Kultur und der Geschichte in der Stadt Lemberg" und ähnliche politische sowie kulturelle Themen, dann aber finden sich speziell auf Frauen zugeschnittene soziale Aspekte, die sich auf die Familie und Gesundheit bezogen, wo der Sowjetstaat Frauen eine größere Kompetenz einräumte: „Sanitäre und hygienische Verhältnisse zu Hause und im Betrieb", „Über den Schaden von Abtreibungen" und „Über Geschlechtskrankheiten". Es wurde augenscheinlich nur den Frauen zugeschrieben, sich mit solcherlei Problemen auseinander zu setzen; die automatische Folge dieser Spezialvorträge für Frauen war, dass die männliche Bevölkerung nicht mehr damit konfrontiert wurde. Vorträge und Lektionen über politische Themen wurden ebenfalls in großer Zahl durchgeführt. Im Gebiet Černivci wurden innerhalb von fünf Monaten von den „Kräften des Parteiaktivs und der Intelligenz" über 1.000 Vorträge und Lektionen

51 Ebenda, ark. 112.

52 DALO P3-1-491, ark. 29–32: [An:] Zav. otdelom po rabote sredi ženščin obkoma KP/b/U tov. Višimirskoj, ženorgu GK KP/b/U t. Skakynovoj. Gor. L'vov. Informacija o provedennoj massovo-političeskoj rabote sredi ženščin po Železnodorožnomu Rajonu g. L'vova za Ijul' m. 1946 g. [Gez.] Sekretar Železnodorožnogo RK KP/b/U Levčenko, ženorg Železnodorožnogo RK KP/b/U Skorochodkina.

gehalten und 102 Zirkel für die Lektüre der Stalin-Verfassung und des Werkes von Stalin „Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion" organisiert. Ferner wurden über 5.000 Frauen in 163 Schulen für Analphabeten unterrichtet. Im Gebiet Stanislav waren 3.750 Vorträge und 58 Lektürekreise über das Stalinwerk zum Zweiten Weltkrieg abgehalten sowie 47 Näh- und Strickzirkel organisiert worden.[53]

Die soziale Kompetenz der Frauen des Rajons wurde bewiesen, weil sie, offenbar in Eigeninitiative, die Aufsicht und Erziehung von sieben Kindern mittelloser Mütter übernahmen.[54] Drei ausgesetzte Kinder wurden von Frauen aus der örtlichen Bevölkerung in Pflege genommen. Daneben hatten *žinorgy* staatsbürgerliche Pflichten zu erledigen: Auf einem „Trauer-Meeting", bei dem am Grab der (sowjetischen) „Verteidiger der Stadt Lemberg" Kränze niedergelegt wurden, waren angeblich immerhin 3.000 Frauen anwesend. An den „voskreseniki" – Arbeitseinsätze, die auf freiwilliger Basis am Sonntag durchgeführt wurden, um beispielsweise Parks, öffentliche Plätze und Schulen instand zu setzen und Heizmaterial zu sammeln – waren rund 6.000 Personen beteiligt.

Dass die Bemühungen um die Frauen nur vordergründige Aktionen waren, die nichts weiter verfolgten als diesen Teil der Bevölkerung dem Staat unterzuordnen, und dass die damit verbundene Rhetorik zu einem großen Teil eben nur Rhetorik blieb, belegen viele parteiinterne Berichte. So enthalten die Rapporte über angeblich speziell auf Frauen ausgerichtete Vorbereitungen zu den Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR im Februar 1946 eigentlich nichts anderes als die Aussage, dass diese Wahlen auch ein Thema für die Frauen des Gebiets darstellten, und dass ihnen dies mehr schlecht als recht klargemacht wurde. So meldete die Leiterin der Abteilung für die Arbeit unter den Frauen am Gebietskomitee Lemberg,[55] dass Ende des Jahres 1945 auf den Rajon-Versammlungen die Frage der Vorbereitungen der Frauen auf die Wahlen eben nicht diskutiert wurde, dass jedoch am 11. Dezember eine Gebiets-Versammlung der Frauenorganisationen der Rajonkomitees durchgeführt worden sei, auf der ein Vortrag über die „Teilnahme der Frauen an den Vorbereitungen zu den Wahlen des Obersten Sowjet" gehalten worden war. Auf Rajonebene wurden ebenfalls Versammlungen der *žinrady* unter derselben Fragestellung durchgeführt. Weiter wurden in „allen" Rajons eintägige Seminare zu den Themen „Die Situation der Wahlen zum Obersten Sowjet", „Die Stalin-Verfassung und die Rechte der Frauen", „Die Teilnahme der Frauen bei den Vorbereitungen zu den Wahlen

53 CDAHOU 1-6-840, ark. 31–36: Protokol No. 76 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy (1.–15. November 1945), 21-op.: O chode vypolnenija postanovlenija CK KP/b/U ot 5-go aprelja 1945 goda „O rabote sredi ženščin zapadnych oblastej USSR" Černoveckim i Stanislavskim obkomami KP/b/U.

54 Vgl. oben Anm. 52.

55 DALO P3-1-323, ark. 47–51: Sekretarju L'vovskogo obkoma KP/b/U tov. Gruševckomu. Spravka. Ob učastii ženščin v podgotovke k vyboram v Verchovnyj Sovet SSSR. [Gez.] Zav. Otdelom po rabote sredi ženščin obkoma KP/b/U Vyšemirskaja. 19. Dezember 1945.

zum Obersten Sowjet" abgehalten, wie auch in „allen" Betrieben die konkreten Aufgaben der Frauen bei den Wahlvorbereitungen diskutiert worden seien. Die angegebenen Zahlen über die von der Wahlpropaganda erfassten Frauen erscheinen allerdings sehr hoch: Die Zahl der weiblichen Agitatoren für die Vorbereitungen der Wahlen – wobei nicht gesagt wurde, welche Ausbildung und Aufgaben diese Agitatoren besitzen – wurde mit 6.275 angegeben. Von den Vorträgen zum Thema waren insgesamt 185.000 Frauen im Gebiet erfasst worden. Für die Wahlkommissionen wurden 2.214 Frauen ausgewählt, was 32% des Gesamtbestandes der Kommissionen ausmachte.

Versucht man, aus diesen Angaben ein greifbares Ergebnis herauszufiltern, so stellt sich heraus, dass keine konkreten frauenspezifischen Wahlanliegen geäußert wurden und dass Frauen auch keine Versuche unternahmen, Verbesserungen für ihre Geschlechtsgenossinnen durchzusetzen. Vielmehr hatten sie – genauso wie Männer – ein Ritual zu bedienen, das frauenspezifische Probleme nur dann zu lösen bereit war, wenn die staatlichen Ziele davon betroffen waren. Ein Resultat der Veranstaltung bestand aber darin, dass Frauen das Gefühl bekamen, der Staat kümmere sich um sie, was ihre Solidarität zur Partei und ihren Organisationen steigern konnte. In Verbindung mit einem gesellschaftlichen Ereignis unter Gleichgesinnten – Versammlungen jeder Art – mochten sich Teilnehmerinnen, insbesondere wenn sie weniger gebildet waren, leicht mit dem Fehlen konkreter Zusagen abgefunden haben.

Dass Frauen als Arbeitskräfte nicht entbehrlich waren, zeigte sich an ihrer Bedeutung beim Aufbau der Kolchosen in der Westukraine. In der Kolchose „imeni Stalina", Bibrs'kij rajon, und „imeni Stalina ta imeni Chruščova", Rajon Lemberg, Gebiet Lemberg, engagierte sich die Mehrheit der weiblichen Kolchosarbeiter am Aufbau der Kolchose.[56] In der Kolchose „imeni Stalina" arbeiteten 94 von 98 arbeitsfähigen Frauen, in der Kolchose „imeni Stalina ta imeni Chruščova" von 29 insgesamt 26. In der Kolchose „imeni Stalina" wurden „alle" Abteilungen von Frauen geführt. Diese Abteilungen erfüllten wiederum ihre Arbeitsnormen mit 150 bis 200%. Allerdings wurden auch negative Fälle bekannt. Nur in unbefriedigendem Maß wurden nämlich die Frauen der Kolchose „Červonyj Prykordonnyk", Rava-Rus'kyj rajon, zum Aufbau der Kolchose herangezogen. Nur sieben von 35 arbeitsfähigen Frauen beteiligten sich hier an der Kolchosarbeit. Ein Teil der Frauen in der Westukraine wurde von der sowjetischen Propaganda offenbar nicht erreicht.

Bei der Förderung der Frauenräte, wenngleich die vorgebrachten Zahlen und Leistungen ebenfalls beeindruckend klangen, stand es in den Gebieten Stanislav und

56 DALO P3-1-490, ark. 221–224: Postanova. Bjuro L'vivs'kogo obkomu KP/b/Ukraine vid 24 lypnja 1946 roky. Proekt. „Pro učast' žinok v kolhosrunomu vyrobnyctvi R. Rus'koho rajonu kolhosp „Červonyj Prykordonyk", L'vivskoho rajony im. Stalina ta im. Chruščova i Bibrs'koho rajonu kolhosp im. Stalina". [Gez.] Sekretar obkomu KP/b/U Hrušeckyj.

Černivci nicht zum Besten.[57] Dennoch waren die negativen Befunde in den Gebieten nicht wenig, denn die Komitees der Städte und der Rajons von Černivci und Stanislav schöpften nicht alle Möglichkeiten aus, die der ZK-Beschluss vom 5. April 1945 vorgeschrieben hatte. Es gab im November 1945 keine Frauenversammlungen, kaum politische Vorlesungen und kaum Hilfestellungen für Soldatenfamilien, Witwen und Waisen. Das Gebietskomitee Černivci setzte diesem Missstand aber nichts entgegen. Weiter gab es in zehn Rajons in Stanislav sowie in zwei Rajonkomitees in Černivci überhaupt keine Frauenorganisationen. In einigen Dörfern hatten bisher keine Wahlen zur Aufstellung von *žinrady* stattgefunden. Auch die Ausbildung von Frauen war verbesserungswürdig. Im Gebiet Stanislav waren über 30.000 und in Černivci 3.000 Frauen ohne Ausbildung. In besonderer Weise wurde darum angehalten, die Aufklärung über die „faschistische Ideologie ukrainisch-deutscher Nationalisten" besonders unter der weiblichen Jugend voranzutreiben. Im „Kampf gegen die Überreste der Banden ukrainisch-deutscher Nationalisten" half die Delegierte eines Dorfes im Gebiet Stanislav dem NKVD bei der Enttarnung eines Hospitals, in dem sich 18 verwundete „Banditen" befunden hatten. Wie es heißt, sei dies kein einzelner Vorfall dieser Art gewesen.

Während die Mehrheit der Frauen in Fabriken und in der Landwirtschaft in Lohnarbeit stand, hatte nur ein geringer Teil eine Beschäftigung im akademischen Bereich. Eine Bestandsaufnahme über die Frauen an der staatlichen Universität in Lemberg ergab 1946, also zwei Jahre nach der sowjetischen Rückbesetzung, dass hier keine für Frauen zufriedenstellenden Bedingungen herrschten, da Frauen kaum in höheren Positionen zu finden waren Es gab es keine Professorinnen, nur 14 arbeiteten als Dozentinnen, 39 als Lehrerinnen, 21 als Assistentinnen, 78 als Laborantinnen sowie 58 als Hilfs- und technisches Personal. Insgesamt waren nur 14 in führenden Positionen eingesetzt, darunter die Leiter des Lehrstuhls für deutsche, französische und englische Sprache. Die an der Universität tätige *žinrada* charakterisierte ihr eigenes Wirken freilich positiv: Sie habe innerhalb der kurzen Zeit ihrer Tätigkeit unter den Frauen an Autorität gewonnen. Dennoch sollten die Anstrengungen gerade unter den Frauen vor Ort verstärkt und auf „Ehe- und Hausfrauen" – die dem Staat durch ihre als Arbeitskraft nicht zur Verfügung standen – ausgeweitet werden. Auch wolle man aus dem Rahmen der Universität heraustreten und den Frauenräten in den Betrieben und Verwaltungen „kulturelle Hilfe" zukommen lassen. Ferner solle die „Autorität der weiblichen Agitatoren" gestärkt und das Analphabetentum bekämpft werden. Verglichen mit einer Aufstellung vom April 1945,[58] also von eineinhalb Jahren vorher, scheint diese in der Praxis tatsächlich Erfolge gezeitigt zu haben, denn das weibliche Personal der Universität war anfänglich noch geringer:

57 CDAHOU 1-6-840, ark. 31–36: Protokol No. 76 zasedanija Politbjuro CK KP(b) Ukrainy (1.–15. November 1945), 21-op.: O chode vypolnenija postanovlenija CK KP/b/U ot 5-go aprelja 1945 goda „O rabote sredi ženščin zapadnych oblastej USSR" Černoveckim i Stanislavskim obkomami KP/b/U.

58 KŽ 1, Nr. 112.

zwei weibliche standen 46 männlichen Lehrstuhlleitern gegenüber, es gab keine Professorin (aber 36 Professoren), sechs von 38 Dozenten waren weiblich, elf von 51 Lehrern, sieben von 20 Assistenten. Insgesamt betrug also die Zahl der an der Universität in verschiedenen Positionen angestellten Frauen nur 24, denen 121 Männer gegenüberstanden. Nur beim technischen Personal war das Verhältnis mit 53 Männern zu 60 Frauen umgekehrt.

Insgesamt waren Frauen nach dem Weltkrieg ein wichtiger Pool von Arbeitskräften, den der Staat mobilisieren und für sich nutzen wollte. Der Zugriff auf sie war am einfachsten über die staatlich gelenkten Frauenräte. Während diese in der Ukraine in den Grenzen vor 1939 bereits abgeschafft worden waren, weil die weibliche Bevölkerung schon weitgehend erfasst war, wurde dieses Instrument in der Westukraine nach 1945 erstmals eingesetzt. Ihren eigenen Angaben zufolge erfuhren die Frauenräte zwar großen Zuspruch unter der weiblichen Bevölkerung der Westukraine, dennoch erreichten sie nicht alle Frauen. So blieben trotz staatlicher Propaganda und dem Versuch, Frauen zur Mitarbeit zu gewinnen, die Erfolge der staatlichen Frauenpolitik in den mit dem Zweiten Weltkrieg errungenen Gebieten schwach. Von einer flächendeckenden Integration des weiblichen Bevölkerungsanteils in die stalinistische Gesellschaft kann hier nicht gesprochen werden. Denn trotz – oder vielleicht wegen – aller staatlichen Vereinnahmungsversuche entzogen sich Frauen dem Sowjetsystem, leisteten passiven und sogar aktiven Widerstand. Noch 1951 wurde in einer Ausgabe der Parteizeitung „Bol'ševik" bedauert, dass in den neu erworbenen sowjetischen Gebieten im Westen – im Baltikum und im Westen Weißrusslands und der Ukraine – sowie in Zentralasien der Anteil der Frauen an der Parteiarbeit gering sei und dass die Ausbildung von weiblichen Kadern dort hinterherhinke.[59]

5.1.2 Kriegswaisen und Straßenkinder: *besprizornye* nach dem Zweiten Weltkrieg

Von den Auswirkungen der langjährigen Kriegs- und Besatzungserfahrung waren alle sozialen Schichten und Altersstufen der ukrainischen Bevölkerung gleichermaßen betroffen; ein unverhältnismäßig hartes Los traf aber Kinder. Waren sie arbeitsfähig, wurden sie während des Krieges wie Erwachsene als Zwangsarbeiter eingesetzt und deportiert; sie waren auf sich selbst gestellt, wenn ihre Eltern in die Rote Armee eingezogen wurden oder wenn sie diese durch Kriegseinwirkungen verloren. Auch meldeten sich Kinder, ihr Lebensalter verbergend, freiwillig in Partisaneneinheiten oder für kämpfende Truppenteile; andere verdienten, auch weil die Lebensmittelrationen für Kinder ab zwölf Jahren drastisch gesenkt wurden, in Fabriken ihren Lebensunterhalt, obwohl die Anstellung von Kindern unter 14 Jahren offiziell

59 FAINSOD How Russia is Ruled, S. 271.

verboten war.[60] Für Kinder, die während des Krieges oder kurz vorher geboren waren und an die sie umgebende Gewalt gewohnt waren, wurde es besonders schwer, nach Kriegsende wieder in ein annähernd normales Leben zurückzufinden und sich nach einer Zeit der totalen Unordnung und des Chaos an ein Übermaß an Disziplinierung und Vorschriften zu gewöhnen, die ihnen neben den Eltern – wobei die Kindererziehung in der Regel die Angelegenheit der Mutter war – der Sowjetstaat nun abverlangte. Wohl ordnete sich ein großer Teil der Kinder unter und trat den Komsomolzen bei,[61] boten diese doch durch die gemeinsame Freizeitbeschäftigung mit Gleichaltrigen Abwechslung und ein Gemeinschaftsgefühl. Viele Kinder aber, die ihre Eltern verloren hatten – umschrieben als *besprizornye* (auch *besprizorniki;* streunende Kinder) – setzten ihr Leben nach dem Krieg auf der Straße fort. Eine andere Art von Streunertum, *beznadzornost'*, entstand, wenn sich Kinder, die noch Eltern oder ein Elternteil besaßen, aufsichtslos auf den Straßen herumtrieben. Eine besonders große Zahl dieser Straßenkinder bildete sich im Verlauf des Ersten und Zweiten Weltkrieges, die jeweils unter Einsatz eines großen menschlichen Potentials geführt wurden, während des Bürgerkrieges in den zwanziger Jahren, während der Kollektivierung und Industrialisierung in den dreißiger Jahren sowie während der Hungerkatastrophe in den dreißiger Jahren in der Ukraine bzw. jeweils in den Jahren danach.

Besprizornye konnten als Randerscheinung der sowjetischen Gesellschaft vom Regime nicht geduldet werden, weil sich die Kinder diesem entzogen und nicht kontrollierbar waren. Viele unter ihnen lebten lieber obdachlos als ihrer Freiheit beraubt unter Aufsicht in Kinderheimen. Dies mag auch als eine Form jugendlicher Ablehnung und Opposition zum staatlichen Erziehungssystem gewertet werden, das in seiner Betonung der sozialistischen Lehre und in seiner auf militärischen Drill ausgerichteten Unterweisung wenig anziehend war. Gleichzeitig waren *besprizornye* durch ihre Betteleien, Raubzüge und die von ihnen betriebene Kleinkriminalität eine reale Bedrohung für die Allgemeinheit.

Gegen die oftmals von streunenden Kindern begangene Jugendkriminalität gingen die staatlichen Organe in der stalinistischen Zeit rigoros vor. 1935 wurde das Strafrecht für jugendliche Gewalttäter erheblich verschärft, weil die Gewaltverbrechen mit minderjähriger Beteiligung stark angestiegen waren. Kinder ab dem zwölften Lebensjahr konnten demzufolge wegen Diebstahl, Gewaltanwendung, Körperverletzung, Mord oder versuchtem Mord auch zum Tod verurteilt werden.[62] Zunehmend übernahm das NKVD Kompetenzen des Ministeriums für Bildung, besonders

60 BARBER, HARRISON The Soviet Home Front, S. 97; KRAVCHENKO Ich wählte die Freiheit, S. 509.

61 Zur Wiedererrichtung der Komsomol-Organisation in der Ukraine nach dem Krieg siehe das Kapitel über den Aufbau der Partei.

62 FITZPATRICK Everyday Stalinism, S. 151; CHLEWNJUK Das Politbüro, S. 196.

bei der Kontrolle der Kinderheime.[63] Verurteilte Jugendliche über 17 Jahren wurden Besserungsarbeitskolonien und -lagern (ITK, ITL) unter NKVD-Verwaltung zugewiesen.[64] Während des Krieges verdoppelte sich die Anzahl der jugendlichen Gefangenen in den ITL von 3.112 im Jahr 1942 auf 6.433 im Jahr 1945; nach dem Krieg stieg die Anzahl der jugendlichen Insassen in den Straflagern von 14.630 (im Jahr 1947) auf 35.505 im Jahr 1953,[65] was auch auf die brutale Bestrafung für den Diebstahl von Lebensmittel und Weizen während der Hungerjahre nach dem Krieg zurückzuführen war.[66] Ab 1943 war eine spezielle Abteilung des NKVD der UdSSR (*Otdel po bor'be s detskoj beznadzornost'ju i besprizornost'ju NKVD SSSR*) zuständig für den „Kampf mit der Aufsichtslosigkeit und Verwahrlosung von Kindern".[67]

Was die wissenschaftliche Bearbeitung der *besprizornye*-Thematik angeht, so finden sich zwar Untersuchungen für die Zwischenkriegszeit,[68] die Zeit des Zweiten Weltkrieges und danach ist jedoch kaum aufgegriffen worden,[69] regionale Untersuchungen liegen nicht vor. Tiefergehende Analysen sind schon deshalb schwierig zu erstellen, weil die Straßenkinder kaum in historischen Quellen wie Zeitungen – gelegentlich noch in Memoiren – erwähnt werden und nur dann aktenkundig werden, wenn sie in Kontakt mit staatlichen Organen kommen, also zu einem Zeitpunkt, an dem ihre „Streunerkarriere" beendet ist oder beendet werden soll. Die folgenden Ausführungen stützen sich auf Akten der ukrainischen Gebietsverwaltungen, die im Frühjahr 1945 vom ZK in Kiev aufgefordert wurden, um über die Umsetzung eines ZK-Beschlusses vom Juni 1944 Rechenschaft abzulegen. Viele Berichte sprechen zwar in typisch sowjetischer Manier von allmählichen organisatorischen Verbesserungen, dennoch war die Versorgung der streunenden Kinder keinesfalls als ideal zu

63 CORINNA KUHR Kinder von „Volksfeinden" als Opfer des stalinistischen Terrors 1936–1938, in: PLAGGENBORG (Hrsg.), Stalinismus, S. 391–418, hier S. 395–396.

64 STETTNER »Archipel GULag«, S. 209–210, über Besserungsarbeitskolonien für Kinder und Minderjährige.

65 POHL The Stalinist Penal System, S. 33.

66 V. F. ZIMA Poslevoennoe obščestvo: golod i prestupnost' (1946–1947 gg.), in: Otečestvennaja istorija (1995) H. 5, S. 45–59, hier S. 54–56.

67 Lubjanka. VČK-OGNU-NKVD-NKGB-MGB-MVD-KGB, S. 139.

68 Die meisten Publikationen über *besprizornye* konzentrieren sich auf die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg bis in die dreißiger Jahre sowie auf Russland, Hinweise auf die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg finden sich hier kaum. Vgl. ALAN M. BALL And Now My Soul Is Hardened. Abandoned Children in Soviet Russia, 1918–1930. Berkeley, Los Angeles, London 1994; DERS. Survival in the Street World of Soviet Russia's *Besprizornye*, in: JBfGOE 39 (1991) S. 33–52; SIEGFRIED C. WEITZ (Hrsg.), Materialien zur Geschichte der Jugendverwahrlosung in der Sowjetunion. Band 1–2. 2., erw. Aufl. Marburg a.d. Lahn 1990; RENÉ BOSEWITZ Waifdom in the Soviet Union. Features of the Sub-Culture and Re-Education. Frankfurt a. M. [usw.] 1988. Zu den wenigen Darstellungen, die auf die Problematik der Kinder in den besetzten Ostgebieten während des Weltkrieges und auf die an ihnen verübten Verbrechen eingehen, gehören CHIARI Alltag hinter der Front, S. 195–230, sowie GERLACH Kalkulierte Morde, S. 1074–1092.

69 Vgl. lediglich ZEZINA Social'naja zaščita detej-sirot; VRONS'KA V umovach vijny, S. 71–76.

bezeichnen, was an der großen Zahl der erfassten *besprizornye*, an der Art ihrer Unterbringung und an der Situation in den Kinderheimen ersichtlich wird.

Die Wanderungen der besprizornye

Noch während der Kriegshandlungen begann die Bekämpfung der *besprizornost'* durch die sowjetischen Organe; im März 1943 wurde am ukrainischen Ministerrat eine Außerordentliche Kommission für Fragen der Unterstützung für Kinder gebildet.[70] Im Juli 1944 erging ein Beschluss des Kiever ZK und Ministerrats zur Einleitung von Maßnahmen gegen streunende Waisen.[71] Ihr Ziel bestand darin, die *besprizornye* von der Straße zu holen, um sie dann einer der Gesellschaft nützlichen Tätigkeit zuzuführen oder sie auf eine solche vorzubereiten. Die hier zu erkennende Absicht des stalinistischen Staates lag darin, jene Jugendliche, die den staatlichen Machtbereich verlassen hatten und die sozialistische Gesellschaft durch ihre Umtriebe störten, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln wieder seinem Zugriff zuzuführen. Sie verpflichtete die entsprechenden Volkskommissariate, Führungskräfte, Gewerkschaften und Komsomol-Organisationen, die materielle Situation der Waisen zu verbessern, für Arbeitsplätze zu sorgen und die volle Erfassung der *besprizornye* durch alle Arten und Formen der Unterbringung zu erreichen. Während des Krieges zerstörte oder ausgelagerte Kinderheime sollten renoviert, neue errichtet und die Unterbringung bei Vormündern verstärkt werden, wobei sowohl eine individuelle als auch eine kollektive Unterbringung (beispielsweise in Kolchosen) vorgesehen war. Die Gebiets-, Stadt- und Rajon-Exekutivkomitees hatten ständige Kommissionen gegen das kindliche Streunertum aus Vertretern der Exekutivkomitees, der Genossenschaften, des Komsomol, des NKVD, der Volksbildung und der Gesundheitsüberwachung aufzustellen. Dem NKVD kam eine entscheidende Aufgabe bei der Auffindung der *besprizornye* zu, ihm oblag die „Auswahl aller Kinder ohne Aufsicht". Dazu verfügten die NKVD-Gebäude über spezielle Aufnahme- und Verteilungsräume für Kinder (*detskie priemniki-raspredeliteli*, DPR) und Kinderzimmer (*detskie komnaty*).[72] In den ukrainischen Gebieten sollte die Zahl der Verteilungsräume von 37 auf 64 und der Kinderzimmer in den Milizstationen von 50 auf 100 im dritten Quartal 1944 sowie auf 150 bis Ende 1944 erhöht werden. In der gesamten UdSSR gab es im Januar 1947 insgesamt 336 DPR für 26.000 Plätze und 1.350 Kinderzimmer, von denen 156 DPR und 680 Zimmer erst im Laufe des Krieges und kurz danach eröffnet worden waren.

70 T. T. HRYCENKO Pikluvannja partiï ta urjadu pro ditej, in: UIŽ (1975) Nr. 3, S. 58–62, hier S. 58.

71 RGASPI 17-44-1636, l. 48–53: Protokol No 42 zasidannja Politbjuro CK KP(b) Ukraïny, 82-op.: Pro zachody do borot'bi z bezprytul'nistju ta bezdohljadnistju v Ukraïns'kij RSR (30. Juli 1944).

72 Vgl. zu den NKVD-Kinderzimmern weiter unten sowie die Instruktionen über die Aufgaben der „Kinderzimmer" der Miliz in: Deti GULAGa. 1918–1956. Sost. S. S. Vilenskij [u. a.]. Moskva 2002, S. 409–411.

Kinder bis 14 Jahre wurden aus den Verteilungsräumen direkt in die staatlichen Kinderheime geschickt oder einem Vormund übergeben, während ältere Kinder zwischen 14 und 16 Jahren in Betrieben, in der Landwirtschaft und an Fabrik- und Handwerksschulen „arbeitsorganisiert" wurden. In Kiev war ein Internat für 150 Kinder geplant, die ein besonders großes Talent für Musik, Gesang, zum Zeichnen und für andere künstlerische Fähigkeiten zeigten. Insgesamt versuchte der sehr ausführliche Ministerrats-Beschluss, das Problem der Waisen und Streuner durch ein Netz sozialer Institutionen aufzufangen, für das Freiwillige – wie Komsomolzen – und bezahlte Kräfte (Kindergärtner und Erzieher) herangezogen wurden. In einem weiteren Schritt wies das ukrainische Bildungsministerium eine Zählung der Waisen an.[73] Diese erbrachte, dass auf dem Gebiet der Ukraine zum 15. Dezember 1944 mehr als 125.000 Kinder verwaist waren, gegenüber 91.000 am 1. August 1944.[74] Die Mehrheit von ihnen war untergebracht worden – 33.000 in Kinderheimen, 52.000 bei Familien, 2.300 in Kolchosen bei Familien, 3.200 waren adoptiert worden, 18.000 lebten in Pflege unter der Patronage von Vormündern[75] und 6.400 in Institutionen des Bildungsministeriums –, rund 10.000 Kinder waren noch nicht versorgt. Sie lebten meist übergangsweise bei Verwandten, mit denen das Bildungsministerium noch keine Verträge über eine Vormundschaft geschlossen hatte. Genaue Angaben über die Anzahl der *besprizornye* und der Kinderheime liegen aus einzelnen Gebieten vor (Tabelle 35).

73 CDAHOU 1-23-2411, ark. 14–30: Spravka o chode vypolnenija postanovlenija SNK USSR i CK KP/b/U ot 30 ijulja 1944 g. No. 917 „O meroprijatijach po bor'be s besprizornost'ju i beznadzornost'ju detej v Ukrainskoj SSR". [Gez.] Zav. otdelom škol CK KP/b/U Pinčuk. 29. Januar 1945.

74 Ebenda ark. 15. Als Vergleichszahl: In der RSFSR waren in den ersten zehn Monaten des Jahres 1945 insgesamt 256.000 Waisen gemeldet (ZEZINA Social'naja zaščita detej-sirot, S. 127).

75 Patronage bedeutete, dass für die Erziehung eines Kindes ein Vertrag zwischen den staatlichen Organen und der Pflegefamilie geschlossen wurde und diese finanzielle Mittel erhielt (ebenda, S. 131).

Tabelle 35. Besprizornye in ukrainischen Gebieten im Frühjahr 1945[76]

Gebiet	Waisen	in Pflege	bei Vormündern	adoptiert	in Heimen	arbeitsorganisiert	sonstige Unterbringung
Poltava	8.663	1.267	3.063	293	2.037	231	1.587 Kinder in Kolchosen, 183 Jugendliche in Handwerksschulen
Vinnycja	8.986	5.822	360	343	2.462		
Kam-janec'-Podil's'kyj	6.060	4.664					291 Kinder in Kolchosen
Kirovohrad	5.849	3.408	187	99	1.214	739	204 in Handwerks- und Eisenbahnschulen
Odessa	5.592	1.663	1.591	440	196	470	

76 Die Quellen für die Statistik sowie für weitere Angaben über die Gebiete in: CDAHOU 1-23-2411, ark. 86–89: Komunistyčna Partija (bil'šovykiv) Ukraïny. Ternopil's'kyj oblasnyj komitet. Informacija. O vypolnenii postanovlenija CK KP/b/U i Sovnarkoma USSR ot 31/YI-44g. O meroprijatijach po bor'be s detskoj beznadzornost'ju i besprizornost'ju v Ukrainskoj SSR. [An:] CK KP/b/U. Zav. otdelom škol CK KP/b/U, tov. Pinčuku. [Gez.] Zav. škol'nym otdelom Ternopol'skogo Obkoma KP/b/U M. Bojko. 12. Mai 1945; ark. 78–80: Komunistyčna Partija (bil'šovykiv) Ukraïny. Zaporiz'kyj oblasnyj komitet. [An:] ZK KP/b/U, zav. otdelom škol, tov. Pinčuku. [Gez.] Instruktor otdela škol obkoma KP/b/U A. Kosjak. 3. April 1945; ark. 38–39: Komunistyčna Partija (bil'šovykiv) Ukraïny. Rovens'kyj oblasnyj komitet. [An:] ZK KP/b/U tov. Pinčuku. [Gez.] Volkovs'kij, zav. škil'nym viddilom obkomu KP/b/U. 6. April 1945; ark. 47–49: Komunistyčna Partija (bil'šovykiv) Ukraïny. Poltavs'kyj oblasnyj komitet. [An:] Zav. viddilom škil ZK KP/b/U tov. Pinčuku O.R. [Gez.] Zav. Viddilom škil Obkomu KP/b/U Krokosenko. [O. D.]; ark. 94–95: Komunistyčna Partija (bil'šovykiv) Ukraïny. Volyns'kyj oblasnyj komitet KP/b/U. Viddily škil ZK KP/b/U. [Gez.] Zav. viddilom škil Volyns'koho obkomu KP/b/U Rešeta. Luck, 5. Mai 1945; ark. 72–74ob.: Komunistyčna Partija (bil'šovykiv) Ukraïny - L'vivs'kyj oblasnyj komitet. [An:] ZK KP/b/U - Viddil škil tov. Pinčuk, G. P. [Gez.] Zav. škil'num viddilom l'vivs'koho obkomu KP/b/U Morgun. 26. April 1945. CDAHOU 1-23-2411, ark. 50–52: Komunistyčna Partija (bil'šovykiv) Ukraïny. Černivec'kyj oblasnyj komitet. [An:]

Gebiet	Waisen	in Pflege	bei Vormündern	adoptiert	in Heimen	arbeitsorganisiert	sonstige Unterbringung
Cherson	4.457	1.213			1.620		1.624 noch nicht untergebracht
Lemberg	3.125				178	254	63 in Handwerksschulen, 34 bei der Armee, 35 in Krankenhäusern
Rivne	2.952	2.021	422	31	315	27	124 noch unterzubringen
Ternopil'	2.186	980	1.124	82			
Wolhynien	2.100	601	1.399		346		

Viddilškil ZK KP/b/U. [Gez.] Zav. viddilom škil obkomu KP/b/U V. Pašuta. 5. Mai 1945; ark. 90–91: Komunistyčna Partija (bil'šovykiv) Ukraïny. Kirovohrads'kyj oblasnyj komitet. Viddil škil. [An:] ZK KP/b/U, zav. viddilom škil. [Gez.] Zav. viddilom škil Kirovohrads'koho obkomu KP/b/U Nikolaenko. 4. Mai 1945; ark. 96–99: Komunistyčna Partija (bil'šovykiv) Ukraïny. Vinnyc'kyj Oblasnyj Komitet. Dokladnaja Zapiska. O vypolnenii postanovlenija SNK USSR i CK KP/b/U ot 30 ijulja 1944 g. „O meroprijatijach po bor'be s detskoj besprizornost'ju i beznadzornost'ju v USSR. [Gez.] Zav. otdelom škol obkoma KP/b/U Komireva. Zavedujuščemu otdelom škol CK KP/b/U tov. Pinčuk. Vinnycja, 31. Mai 1945; ark. 41–43: Komunistyčna Partija (bil'šovykiv) Ukraïny. Kam-janec'-Podil's'kyj Oblasnyj Komitet. [Gez.] Sekretar' obkoma KP/b/U po propahande Tonkočeev. CK KP/b/U. Zavedujuščemu otdelom škol tov. Pinčuk. Proskuriv, 10. April 1945; ark. 106–114: Komunistyčna Partija (bil'šovykiv) Ukraïny. Chersons'kyj obkom. O sostojanii raboty po bor'be s detskoj besprizornost'ju i beznadzornost'ju v Chersonskoj oblasti. [An] Kiev, CK KP/b/Ukraine - Školnyj otdel. [Gez.] Zav. otdelom škol Chersonskoho obkoma KP/b/U. Cherson, 4. Juni 1945; DALO P-5001-6-191, ark. 19–21: Zavidujučomu viddilom škil CK KP/b/U tov. Pinčuku. Dopovidna zapyska. [Gez.] Zavidujučyj viddilu škil obkoma KP/b/U Kazakov. [Handschr.: 27. IV. 45.]; DAOO FP 11-11-409, ark. 34–35: Zabota o detjach-sirotach. [Unterschrift nicht lesbar, 1945]

Gebiet	Waisen	in Pflege	bei Vormündern	adoptiert	in Heimen	arbeitsorganisiert	sonstige Unterbringung
Zaporižžja	1.871						
Drohobyč	1.654	1.010			630		36 in Lehrstellen
Mykolaïv	1.410				149	92	52 in Kinderkolonie
Černivci	539	133			161	105	105 Kinder in speziellen Heimen, 31 in Handwerksschulen, vier in Armee

Odessa wurde in der Nachkriegszeit ein besonderer Anziehungspunkt für *besprizornye*.[77] Im April 1945 wurden hier 9.740 *besprizornye* gezählt, 586 von ihnen in Kinderheimen, 1.228 unter Patronage, 328 adoptiert, 1.289 unter Vormundschaft und die übrigen in Handwerks- oder anderen Schulen. Bis zum Krieg hatte es im Gebiet Odessa 19 Kinderheime mit 5.050 Kindern gegeben, während der Okkupation waren sie aber großenteils zerstört worden.

Für die Existenz der *besprizornye* sind in den Berichten mehrere Motive angegeben. Infolge des Krieges hatten oftmals Kinder die Verbindung zu ihren Eltern verloren und sie nicht mehr gefunden, in der Mehrheit freilich waren die Eltern umgekommen. In den ukrainischen Gebieten, die von den Kriegshandlungen stärker direkt betroffen waren, lag der Anteil höher als in der RSFSR. So waren von 2.952 Waisen des Gebiets Rivne 1.357 Kinder von Frontkämpfern und Partisanen, die Eltern von 1.595 Kindern waren getötet worden.[78] Die Eltern der meisten Waisen des Gebiets Kam-janec'-Podil's'kyj waren ebenfalls gefallen oder der Vater befand sich gerade an der Front, während die Mutter verstorben war. Für die *beznadzornost'* wurden ebenfalls Kriegsfolgen und die schwierigen familiären Verhältnisse, die eine ausreichende Beaufsichtigung der Kinder nicht zuließen, als Begründung angeführt. Vor allem jene Kinder fanden den Weg auf die Straße, deren Väter gefallen waren und deren Mütter für ihre Existenzsicherung arbeiten mussten. Als ein weiterer Grund für das Streunen der Kinder wurde auch die lange Arbeitszeit der Mütter genannt. Gerade für ledige Mütter mit geringem Einkommen war die Situation nach dem Krieg besonders schwierig, weil sie keine staatlichen Hilfen erhielten. Ein weiterer Grund für das Leben auf der Straße, der aber nicht offiziell genannt wurde, bestand für die Kinder darin, ein „freies" Leben ohne Aufsicht führen zu können. Diese Verlockung war insbesondere für Kinder groß, die sich in ihren Familien nicht wohl fühlten. Die Versuche des Staates, solche Kinder wieder in das normale Leben zu integrieren, dürften besonders wenig Erfolg gezeitigt haben, weil die Kinder ihr Los selbst entschieden hatten und anders als Waisen Familien besaßen.

Die Pflege und Adoption durch „Arbeiterfamilien" war die am häufigsten gewählte Unterbringung für Waisen, insbesondere auf dem Land. Als finanziellen Zuschuss erhielten die Ersatzeltern 1945 eine monatliche Summe von 50 Rubel. Dem Gebiet Kam-janec'-Podil's'kyj kosteten diese monatlichen Ausgaben sowie die Zahlungen für Kleidung im Jahr 1944 insgesamt 336.980 Rubel. Das Motiv für die

77 DAOO FP 11-11-405, ark. 13–19ob.: Dokladnaja zapiska o vypolnenii postanovlenija CK KP/b/U i Sovnarkoma USSR ot 30 YII [=Juli] 1944 g. „O merach bor'by s detskoj besprizornost'ju i beznadzornost'ju po Odesskoj oblasti.". [Gez.] Zav. otdelom škol obkoma KP/b/U Razumovskij. 16. April 1945. Aus diesem Bericht entstand das Schreiben in: CDAHOU 1-23-2411, ark. 54–66: Dokladnaja zapiska o vypolnenii postanovlenija CK KP/b/U i Sovnarkoma USSR ot 30 ijulja 1944 g. „O meroprijatijach po bor'be s beznadzornost'ju i besprizornost'ju v Ukrainskoj SSR." - Odesskoj oblasti. [Gez.] Zav. otdelom škol obkoma KP/b/U Razumovskij. 21. April 1945.

78 Vgl. oben Anm. 76 (Bericht über Rivne), ark. 38.

Übernahme von Waisen lag im Bedürfnis von einzelnen Personen, uneigennützig den Opfern des Krieges zu helfen. Auch das persönliche Schicksal konnte ausschlaggebend für die Annahme eines Kindes sein. Eine Funktionärin, die selbst in einem Waisenheim aufgewachsen war, ihren Mann während des Krieges verloren hatte und bereits zwei Kinder besaß, adoptierte ein drittes.[79] Kolchosarbeiterinnen zeigten Interesse daran, die Versorgung eines Kindes auch über einen längeren Zeitraum hinweg zu übernehmen wie die Kolchosbäuerin Zinaida Grigor'evna Kazačkova im Rajon Geničesk, die schon das zweite Jahr die siebenjährige Waise Lidija betreute. Lidija erhielt von ihr Schuhe und Kleidung und verfügte über ihr eigenes Bett. Über die am selben Ort untergebrachte 12-jährige Waise Valentina Božidaeva bei der 58-jährigen Kolchosarbeiterin Evdokija Lavrent'evna Michailova hieß es, sie sei sauber angezogen, erhalte Schuhe, besitze ein Bett und gehe in die Schule.[80] Die Tatsache, dass solche Umstände herausgehoben werden, deutet darauf hin, dass sie für die Nachkriegszeit und für *besprizornye* keinesfalls selbstverständlich waren. Allerdings gab es auch Fälle, in denen Behörden adoptierte Kinder ihrem Schicksal überließen. So lebte im Gebiet Cherson eine Familie unter schlimmen Umständen, obwohl sie Kriegswaisen aufgenommen hatte. Der älteste Sohn war 18 Jahre alt, daneben gab es noch sechs jüngere Geschwister. Die finanziellen Mittel waren völlig unzureichend. Außer eine Pension von 75 Rubel für den Familienvater erhielt die Familie keine Unterstützung; die Kinder besuchten keine Schule. Kein Angestellter der Rajonverwaltung bzw. -leitung hatte je diese Familie in ihrem Haus besucht. Analoge Fälle kamen auch in anderen Rajons vor.[81]

Waren die *besprizornye* zu alt, um in Heimen oder bei Pflegeeltern untergebracht zu werden, mussten sie eine staatlich vermittelte Arbeitsstelle antreten. Diesem unter dem Begriff der „Arbeitsorganisation" laufenden Vorgang ging aber, wie immer wieder geklagt wurde, eine lange Ausbildung voraus. Andererseits war die Ausbeute an Arbeitskräften unter den aufgegriffenen Kindern nicht gering: Allein im vierten Quartal 1944 wurden in Odessa 1.020 *besprizornye* „arbeitsorganisiert", im ersten Quartal 1945 waren es 1.314. Allerdings brachte die Arbeitsorganisierung nicht immer den erwünschten Erfolg. Dies lag an der unzureichenden Schulbildung von Jugendlichen insbesondere zwischen dem 14. und 16. Lebensjahr, die oftmals kaum Volksschulniveau besaßen, sowie an ihrer fehlenden körperlichen Entwicklung, die für schwere physische Arbeit noch nicht ausreichte. Im Gebiet Odessa kam es vor, dass die *besprizornye* aus den Kolchosen, in die sie geschickt worden waren, wieder ausrückten oder dass sie von Kolchosdirektoren fortgejagt wurden. Schlechte Behandlung drohte ebenfalls: Der Staatsanwaltschaft des Kaganovičskij rajon wurde im Oktober 1944 gemeldet, dass eine Gruppe von 17 *besprizornye*, die in einer Butterfabrik zur Arbeit geschickt worden war, in einer mit Stroh ausgelegten Scheune

79 ALTSHULER Antisemitism in Ukraine toward the End of the Second World War, S. 80.
80 Vgl. oben Anm. 76 (Bericht über Cherson), hier ark. 108.
81 Ebenda.

übernachten musste. Nach einigen Tagen waren sechs junge Leute krank, worauf sie sich beim Rajonkomitee beschwerten.[82] Ab Herbst 1946 häuften sich Fälle, dass *besprizornye* von Industrie- und Landwirtschaftsbetrieben nicht mehr als Arbeiter angenommen wurden, was auf die Knappheit von Lebensmittelkarten in dieser Zeit zurückzuführen und ein erstes Zeichen für die drohende Hungersnot im Land war. Während insgesamt in den ersten Nachkriegsjahren noch gezögert wurde, auf Jugendliche als Arbeiter zurückzugreifen, änderte sich dies ab 1949, als *besprizornye* eine bessere Ausbildung erhielten, um dann gezielt in den Arbeitsprozess übernommen zu werden.[83]

Besprizorniki waren keine sozial unauffällige Erscheinung. Zwar lebten sie in der Regel davon, dass sie auf Märkten und Straßen mit Zigaretten, Zündhölzern, Gebäck, Schokolade oder ähnlichem handelten, daneben hielten sie sich aber auch durch Kleinkriminalität über Wasser. Vom vierten Quartal 1944 bis zum ersten Quartal 1945 wurden im Gebiet Cherson 63 solcher Delikte registriert; davon waren 30 Fälle von Diebstahl, zehn von Rowdytum sowie 23 andere Vergehen. Um dem Einhalt zu gebieten, erließ das Gebietskomitee am 6. April 1945 eine Verordnung „Über den Zustand der erzieherischen und der außerschulischen Arbeit der Schulen der Stadt Cherson". Im Gebiet Odessa wurden innerhalb von drei Monaten vier Raubüberfälle, ein Mord, vier Fälle schweren Raubes, 20 leichten Raubes sowie sieben Taschendiebstähle aktenkundig, die auf das Konto von *besprizornye* gingen. Allerdings wurden auch die Kinder selbst Opfer von gegenseitigen Diebstählen, beispielsweise in Kinderheimen durch den Raub von persönlichen Gegenständen wie Kleidung. 151 Personen, die Kinder „auf den Weg des Verbrechens" gebracht hatten (so die Umschreibung von Kriminellen, die Kinder für sich oft in verbrecherischer Absicht „arbeiten" ließen), waren im ersten Quartal 1945 von der Miliz gefasst worden, 142 von ihnen wurden bestraft. Neun Personen wurden zu einer Gesamtsumme von 20.000 Rubel verurteilt und zur strafgesetzlichen Verantwortung gezogen, insgesamt 750 erhielten eine Abmahnung.

Charakteristisch für die *besprizornye* war, dass sie ein fluktuierendes Element darstellten, das nie lange an einem Ort anzutreffen war, sondern gewisse Migrationsbewegungen bewältigte. Auf der Suche nach neuen Erwerbsquellen und Unterkünften befanden sich viele ständig auf Wanderungen. Die Kinder traten also nicht unbedingt am Ort ihrer Herkunft als *besprizornye* in Erscheinung, sondern in der Regel sogar weit davon entfernt. Dass innerhalb der Sowjetunion keine Grenzkontrollen bestanden, begünstigte die Wanderungen. So wurde in der Ukraine ein Zustrom von Kindern aus benachbarten Republiken, besonders aus den östlichen und nördlichen Gebieten der RSFSR, verzeichnet. In der Zeit vom 1. August bis zum 15. Dezember 1944 wurden von der Miliz allein 20.700 solcher Kinder festgehalten.

82 Vgl. den in Anm. 77 genannten Bericht Dokladnaja zapiska o vypolnenii postanovlenija CK KP/b/U i Sovnarkoma USSR ot 30 YII 1944 g.

83 FILTZER Soviet Workers and Late Stalinism, S. 150.

Die Hauptreisewege der Kinder führten in die größeren ukrainischen Städte, nach Charkiv und nach Kiev, wo die Kinderheime überfüllt waren und das Bildungsministerium daher die Kinder in andere Gebiete weiterleitete und das Netz an Kinderheimen in Charkiv und Kiev weiter ausbaute. Eine weitere Folge der Kindermigrationen bestand darin, dass die Organe des NKVD ihre Institutionen danach ausrichten und die Zahl der Unterbringungszimmer für Kinder sowie die Verteilungsstellen vergrößern mussten. Allerdings war der Versuch, die hereinströmenden Kinder von der Straße zu holen, nachgerade aussichtslos. Insbesondere auf den Haltestellen der Eisenbahn Richtung Kiev und Charkiv wurden sie beständig in großer Zahl aufgesammelt.

Bei den Routen der *besprizornye* innerhalb der Ukraine lässt sich eine Nord-Süd-Wanderung feststellen.[84] So kam in Černivci die Mehrheit – 464 von 539 – aus den westlichen Gebieten, während die anderen schon unter der rumänischen Okkupation hier gelebt hatten. Das milde Klima war der Grund dafür, dass sich viele *besprizorniki* weiter auf den Weg in die Südukraine machten, wo sie das ausgeglichene Klima der Küste des Schwarzen Meeres anzog.[85] Kindergruppen in den Aufnahmestationen von Mykolaïv und Voznesensk gaben an, dass sie nur auf der Durchreise nach Odessa seien, das ein Knotenpunkt für *besprizornye* wurde. Im April 1945 wurden im Gebiet Mykolaïv insgesamt 983 Kinder auf der „Durchreise" von staatlichen Institutionen versorgt. Eine Überprüfung der Neuankömmlinge in Odessa ergab, dass rund 80% von ihnen aus den nördlichen und östlichen Gebieten gekommen waren – z.B. aus den Gebieten Moskau, Leningrad, Kirov, Saratov, Omsk und Molotov. Die Kinder erreichten Odessa auch in größeren Gruppen mit Zügen von Kujbyšev über Moskau und dann über Charkiv und Kiev. So waren mit einem einzigen Zug am 17. Dezember 1944 insgesamt 26 Streuner angekommen, davon 16 aus Moskau, die übrigen zehn aus Kujbyšev.

Die Kinder auf Wanderschaft hatten gelernt, wie sie das Verständnis staatlicher Organe erreichen konnten: Als Grund für die Anziehungskraft speziell Odessas nannten sie nämlich oft, dass hier die Rote Armee mit den „rumänisch-deutschen Usurpatoren" gekämpft hatte. So erklärte ein 1930 geborenes Kind aus dem Gebiet Molotov, es sei nach Odessa gekommen, um zu sehen, wo die Rote Armee die „Faschisten" geschlagen habe. Ein Bub aus Omsk, Jahrgang 1929, wollte in die Stadt gekommen sein, weil sein Vater für sie gefallen sei. Insbesondere eine große Zahl an männlichen Jugendlichen zog es nach Odessa. Sie gaben an, sie hätten den Wunsch, in Marineschulen einzutreten oder auf Schiffen zu arbeiten. Ob diese Gründe nun vorgeschoben waren oder nicht, sei dahingestellt; sie waren sowieso nicht überprüfbar. Sie wurden aber von den Beamten offenbar geglaubt und an hö-

84 Vgl. dazu auch die oben angeführte Tabelle mit den Zahlen der *besprizornye* in einzelnen ukrainischen Gebieten.

85 CDAHOU 1-23-2411, ark. 44–45ob.: Komunistyčna Partija (bil'šovykiv) Ukraïny. Mykolaïvs'kyj oblasnyj komitet. [An:] CK KP/b/U. Otdel škol. [Gez.] Sekretar' obkoma KP/b/U po propagande Badaev. 20. April 1945.

here Stellen weitergemeldet. Ähnliche Ansammlungen von Straßenkindern wie in Odessa gab es auch in Cherson, das aber, weil es über keinen so großen Hafen verfügte, weniger attraktiv war. Von den insgesamt 358 *besprizornye*, die im Zeitraum vom Juni 1944 bis Mai 1945 hier von den Straßen geholt wurden, stammten 125 aus der Ukraine und davon wiederum 69 aus dem Gebiet Cherson, während die übrigen aus anderen Regionen der Sowjetunion kamen.

Neben der Wanderungsbewegung nach Süden war eine Mobilität nach Westen zu beobachten. So stammte die Mehrheit der in den Aufnahmestationen des Gebiets Ternopil' angekommenen Kinder aus den östlichen Gebieten der Sowjetunion. Zu erklären ist die Migration Richtung Westukraine mit der hier noch nicht vollständig kollektivierten Landwirtschaft, die vergleichsweise bessere Arbeits- und Ernährungsmöglichkeiten bot. Hier korrespondierten die Migrationen der *besprizorniki* mit jenen von Ukrainern, die im Westen des Landes eine wirtschaftlich günstigere Basis sahen und dorthin entweder zur Brotbeschaffung oder zur Arbeitssuche aufbrachen. Auch wurden Reevakuierungen aus der Ost- in die Westukraine unternommen. In das Gebiet Drohobyč sollten 1945 noch 650 Waisen rückgeführt werden.[86]

Ein Teil der in der Ukraine zu versorgenden Kinder und Jugendlichen war über die Repatriierungen zurückgekehrt. Bis zum 1. Februar 1946 wurden allein aus Deutschland 206.414 und aus Österreich 65.080 Minderjährige repatriiert; zusammen mit Kindern aus weiteren Ländern waren es 681.372.[87] Bis Mai 1946 trafen rund 30.000 Kinder und Jugendliche ohne Eltern in der Ukraine ein.[88] In den Sammlungspunkten wurden sie nach Alter sowie nach ihren Herkunftsregionen in der Sowjetunion eingeteilt.[89] Die repatriierten Kinder waren gesundheitlich besonders angegriffen. Daher wurden sie in Sanatorien weitergeschickt und die Kinderheime finanziell und mit spezieller Nahrung unterstützt. Ansonsten wurde aber zwischen repatriierten Kindern und streunenden *besprizornye* kein Unterschied gemacht. Während die Jugendlichen wie die erwachsenen Repatriierten behandelt wurden, wurden für die Kinder dieselben Unterbringungsmöglichkeiten wie für die übrigen *besprizornye* genutzt. Offiziellen Angaben zufolge waren alle 4.208 elternlosen Kinder untergebracht worden: 1.477 waren Schulen und 383 Krankenhäusern zuge-

86 Vgl. DALO P-5001-6-191, ark. 19–21 (wie oben Anm. 76), hier ark. 19.

87 ŠEVJAKOV Repatriacija sovetskogo mirnogo naselenija, S. 211 (bei einer Gesamtzahl von 5.229.160 Repatriierten).

88 CDAHOU 1-23-2614, ark. 88–107: Ukrainskaja Sovetskaja Socialističeskaja Respublika. Sovet Ministrov. Sekretarju Central'nogo Komiteta KP/b/ Ukrainy tov. Korotčenko D. S. O prieme i trudostrojstve repatriirovannych Sovetskich graždan v Ukrainskoj SSR po sostojaniju na 1 maja 1946 goda. [Gez.] Zavedujuščij Otdelom po delam repatriacii pri Sovete Ministrov USSR Zozulenko. 23. Mai 1946. Hier ark. 89–90.

89 Belorusskie ostarbejtery, No. 14, hier S. 63 (zu den repatriierten Waisen vgl. ebenda, No. 102). Ein Beispiel eines Waisenkindes, das nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion weiter auf der Straße lebte, als „Ostarbeiter" deportiert, in die Sowjetukraine repatriiert, filtriert und wieder in ein Waisenhaus geschickt wurde, auch in: SIEGELBAUM, WALKOWITZ Workers of the Donbass Speak, S. 23.

führt worden. 850 sollten als mobile Reserve für den Arbeitseinsatz eingeteilt werden. 423 erhielten einen Vormund, 239 wurden adoptiert. Die Waisen waren in der Regel verstreut in den Kinderheimen untergebracht, lediglich im Kinderheim Nr. 13 in Kiev lebten 160 repatriierte Kinder zusammen. Eine relativ hohe Zahl, 836, konnte in die Obhut der Eltern, die sie in den Kriegswirren verloren hatten, oder von Verwandten zurückgegeben werden. Letzterer Punkt setzte eine intensive Suche voraus, die in den meisten Fällen von den Betroffenen selbst ausgeführt wurde; über staatliche Einrichtungen, die dies gezielt hätten erledigen können, ist nur im Gebiet Vinnycja zu lesen. Hier versuchte ein Büro, Kinder und Eltern, die sich gegenseitig aus den Augen verloren hatten, wieder zusammenzuführen. Die Suche von Angehörigen wurde aber auch durch die Mobilität der vagabundierenden Kinder beträchtlich erschwert.

Die Maßnahmen der lokalen Behörden

Aufgrund des Ministerrats- und ZK-Beschlusses vom 30. Juli 1944 wurden die Rajon- und Stadtkomitees verpflichtet, eine Registrierung aller *besprizornye* in den Städten und Dörfern durchzuführen und sicherzustellen, dass sie in Kinderheimen oder bei Familien zur Pflege unterkamen. Ferner waren speziell für *besprizornye* zuständige Kommissionen zu gründen, deren Aufgabe darin bestand, die Gebäude für die Unterbringung der Kinder instand zu setzen und Heizmaterial für den kommenden Winter bereitzustellen. Auf Rajonebene wurden ebenfalls spezielle permanente Kommissionen eingerichtet, die bei Angelegenheiten bezüglich der *besprizornye* Hilfe leisteten. Diese Kommissionen kamen ihrer Aufgabe in unterschiedlicher Weise nach. Im günstigsten Fall verfolgten sie wie in Cherson[90] die Lage der Waisen und Halbwaisen sowie der in Familien von Kolchosarbeitern und von Angestellten untergebrachten Kinder, verteilten Brot, Milch und Schuhe oder organisierten – wie im Rajon Geničesk – eine Kantine für eine Anzahl von 100 Kindern von Armeeangehörigen. In einer Kolchose war ein Kinderheim für 30 Kinder eingerichtet worden; die Kommission kümmerte sich hier zudem um den Arbeitseinsatz der Kinder. In anderen Fällen funktionierte die Kommission jedoch wiederum überhaupt nicht, so im Belozerskij rajon, wo der angebliche Vorsitzende der Kommission nicht einmal von seiner Funktion wusste. Im Gebiet Vinnycja wurde beklagt, dass die Gebiets- und Rajonkommissionen, die für *besprizornye* zuständig waren, nicht aktiv genug seien, und dass die Fürsorge-Räte, die als gesellschaftliche Kontrolle dienen sollten, nicht in allen Kinderheimen gebildet worden waren.[91] Außerdem habe die fehlende Kontrolle seitens Partei- und Sowjet-Organen dazu geführt, dass sich auch „rücksichtslose und ans Verbrecherische grenzende Elemente" in den Kinderheimen aufhielten. Für jedes Rajon wurden im Gebiet Kam-janec'-Podil's'kyj insgesamt 39 außeretatsmäßige Inspektoren speziell für die *besprizornye* einge-

90 Vgl. oben Anm. 76 (Bericht über Cherson), hier ark. 112.
91 Vgl. oben Anm. 76 (Bericht über Vinnycja), hier ark. 99.

setzt. In ihren Aufgabenbereich fiel die Aufsicht über die Unterbringung, die Auszahlung der monatlichen Unterhaltssumme und die Einweisung in Kinderhäuser. Kontrolle erwies sich als dringend nötig, denn in zahlreichen Fällen – insbesondere in den Gebieten Kiev, Sumy, Poltava, Lemberg und Dnipropetrovs'k – hielten örtliche Organisationen Lebensmittel zurück.

Je höher die Anzahl der *besprizornye* in den Gebieten war, desto mehr fielen sie in der Öffentlichkeit auf und desto häufiger fand sich diese Problematik auf der Tagesordnung der lokalen politischen Gremien. In Odessa waren die streunenden Kinder ein ständig wiederkehrendes Motiv in den politischen Diskussionen, denn die örtlichen Behörden verabschiedeten eine ganze Reihe von Bestimmungen, die sich mit ihnen befassten: am 5. Mai 1944 über die „Organisation der Kinder in Aufnahme- und Verteilungsstellen des NKVD", am 20. Juni 1944 über die „Organisation der Kinderarbeitskolonie des NKVD", am 26. Juni 1944 über den „Kampf mit Streunertum von Kindern und Waisen sowie den Zustand der Kinderaufnahmestellen und Kinderhäuser", am 5. Oktober 1944 über „Methoden des Kampfes gegen das kindliche Streunertum", am 15. Dezember 1944 über den „Zustand der Kinderaufnahmestelle des NKVD" sowie am 28. Februar 1945 über die „Verbesserung der Arbeit im Kampf mit dem kindlichen Streunertum auf der Eisenbahn von Odessa". Der Stadtsowjet von Odessa fasste ebenfalls eine Folge von Beschlüssen: am 8. August 1944 über „Die Organisation der Kinderräume an den Milizstationen", dann über die „Arbeit der örtlichen Kommission der Stadt über den Kampf mit dem kindlichen Streunertum", am 28. August 1944 über die „Verhaltensregeln der Kinder in vergesellschafteten [öffentlichen] Plätzen" und am 18. Januar 1945 über die „Arbeit der Kommission für das kindliche Streunertum".

Im Gebiet Odessa wurden Unterhaltungsmöglichkeiten für Kinder als prophylaktische Maßnahme gegen das Leben auf der Straße verordnet. Dies ging von „arbeitsmäßiger Unterbringung" in Betrieben über Schulausbildungen bis zu einem Freizeitangebot wie Spielgruppen, organisierten Museumsbesuchen und Kinovorstellungen. Kinder bei Vormündern wurden von Inspektoren und speziell abgeordneten Lehrern des Rajons regelmäßig besucht. Verschiedene Aktivitäten plante man auch im Gebiet Cherson, mit denen die Integration der *besprizornye* in das Leben der anderen Kinder erleichtert werden sollte. So war vorgesehen, ein Theater für den „jungen Zuschauer" zu eröffnen und spezielle Kinovorstellungen für Kinder zu organisieren. Vom 1. bis 10. Mai wurde ein Kinofestival für Schüler veranstaltet. Es war auch gelungen, die Arbeit des städtischen „Palastes der Pioniere" zu verbessern, den täglich über 100 Pioniere und Schüler besuchten. Hier bestanden eine Ballettgruppe, ein Chor, ein Theaterkreis, eine Künstlergruppe, ein Nähkurs, ein Handwerkskurs und ein „Militär-Meer-Kreis". Staatliche Finanzmittel für die Ausstattung und Versorgung der *besprizornye* waren in der Nachkriegszeit kaum vorhanden. Es gab oft nicht einmal Rücklagen, um in Notfällen Kleidung und Schuhe für die Kinder zu erwerben. Der Staat förderte daher die kostengünstigste Variante, um die Sorge für die Kinder abzugeben, nämlich die Unterbringung bei Privatpersonen. In vielen Fällen griff man aber dennoch auf die Kinderheime zurück, von denen nicht

nur die im Krieg zerstörten wieder aufgebaut, sondern zusätzlich weitere geöffnet werden mussten. Besser als in den Kinderheimen war die Situation in Heimen speziell für Kinder von Angehörigen der Roten Armee und der „Roten Partisanen".[92] Diese befanden sich in passenderen Räumlichkeiten und waren großzügiger ausgestattet.

Die Möglichkeit der Heimunterbringung bestand nur für *besprizornye* unter 14 Jahren, solange ihre schulische Ausbildung im Vordergrund stand. Die Zuweisung in Heime sollte zwar genau kontrolliert werden, die Verteilungsstellen des NKVD überprüften die Kinder jedoch meist nur oberflächlich, so dass manche Heime auch Kinder erhielten, die durch kriminelle Delikte aufgefallen waren. Solche Fälle belasteten die dortige Ordnung und pädagogische Arbeit. Wenn diese Kinder eine erste Versorgung bekommen hatten und eingekleidet worden waren, verließen sie oftmals das Heim und setzten ihr Leben auf der Straße fort.

In den meisten Heimen war die allgemeine Situation durch den drückenden Mangel an Gebrauchsgegenständen und Lebensmitteln charakterisiert; dies spiegelte die allgemeine Situation im Land wider. Dennoch sind genug Hinweise darauf zu finden, dass sich die Bevölkerung der betroffenen Minderjährigen annahm, da oftmals Betriebe und Kolchosen Sachhilfen leisteten und Patenschaften für Heime übernahmen. Durch Überbelegung war die räumliche Situation der Heime in einigen Gebieten (Poltava, Kiev, Sumy, Vinnycja) stark beengt. Dies war darauf zurückzuführen, dass die entsprechenden Exekutivkomitees den Heimen keine zusätzlichen Zimmer zugewiesen hatten. Oft waren den Kinderheimen bis zum Jahr 1945 auch lange nicht wieder alle Räume zur Verfügung gestellt worden, die sie bis vor dem Krieg zur Nutzung besessen hatten. Der Kiever Stadtsowjet hatte außerdem die Zuteilung von Räumen verzögert, die für die Einrichtung eines Internates für begabte Kinder verwendet werden sollten.[93]

Schlecht war es auch um die Möblierung der Kinderheime bestellt.[94] Für die 33.000 Kinder in Heimen in der ganzen Ukraine besaß man nur – teilweise unbrauchbare – 24.000 Betten, d.h. ein Großteil der Kinder musste sich ein Bett teilen. An Tischen waren nur 4.500 vorhanden, an Stühlen und Hockern nur 12.000. Die erforderlichen 15.000 Eisenbetten waren wegen fehlenden Eisens nicht hergestellt und die zu liefernde Küchenausstattungen für die Heime in unzureichender Qualität ausgeführt worden. Von den zu produzierenden 15.000 Kissen war nur etwas über die Hälfte hergestellt worden. Auch die Bereitstellung von Kleidung wurde verzögert. Die Versorgung einiger Kinderheime mit warmer Winterkleidung war so miserabel, dass ein Teil der Kinder die Häuser nicht verlassen konnte und dem Unterricht fernbleiben musste, wenn die Klassenzimmer nicht in die Heime integriert waren. Viele Kinder schliefen auf von ihnen selbst gefertigten Matten und deckten sich

92 Vgl. oben Anm. 73, hier ark. 23.
93 Ebenda, ark. 19.
94 Ebenda, ark. 20.

mit ihren Mänteln zu. Zur Ernährung standen nicht genug Milch, Eier, Gemüse und Zucker zur Verfügung. Anders als in den Städten versorgten sich die Kinderheime auf dem Land selbst, wo sie besser auskamen, wenn sie Kühe, Hühner und eine kleine Landwirtschaft unterhielten. Nicht-staatliche Unterstützung wurde eine wichtige Hilfe. Patenschaften über die Kinderheime wurden in besonderem Maß in den Gebieten Stalino, Dnipropetrovs'k und in Charkiv von Unternehmen, Kolchosen, Truppenteilen und ähnlichen Institutionen übernommen. Besonders viele landwirtschaftliche Güter wurden im Gebiet Mykolaïv zugunsten von Kinderheimen bestellt. Im April 1945 wurden im Gebiet 500 Hektar Land bearbeitet, 60 Hektar Weinberge, 35 Hektar Gemüsegärten; Mais, Gerste und Sonnenblumen wurden angebaut. Die Ernährung der Kinder kam aber hauptsächlich aus staatlichen Mitteln. Positive Erfahrungen hatte man mit Kinderheimen gemacht, die speziell in Kolchosen eröffnet worden waren. Es handelte sich dabei um Häuser in den Gebieten Stalino, Kamjanec'-Podil's'kyj und Kiev.[95]

Unterstützung für Waisen leisteten auch Komsomol-Organisationen, beispielsweise durch Kleider-, Möbel- und Geldsammlungen.[96] Auf diese Weise kamen bis zum Frühjahr 1945 über 8 Millionen Rubel zusammen. Im Gebiet Zaporižžja wurden rund 2,5 Millionen Rubel für *besprizorniki* gesammelt. Komsomolzen nahmen ferner teil an Unterricht, Unterbringung und Erziehung der Waisen und halfen bei der Instandsetzung von Gebäuden zur Unterbringung von *besprizornye*. Außerdem wurden in vielen Kinderheimen Pionier-Gruppen und -Organisationen ins Leben gerufen.

Die Kinder in den Heimen waren in der Regel einer strengen Kontrolle unterworfen und unter „režim i ochrana", also unter Bewachung und Verwahrung, gestellt. Ihr Tagesablauf sah am Beispiel eines Heimes im Gebiet Ternopil' folgendermaßen aus: Sie erhielten täglich drei Stunden Unterricht, und zwar Vorbereitungsstunden auf den Russisch-, Ukrainisch-, Arithmetik- und Geographieunterricht in der Schule, zwei Stunden Werkunterricht und drei Stunden „massenpolitische Arbeit" im Klub – Zeitungslektüre, Diskussionen, Erzählungen, Spiele und ähnliches. Bei der politischen Erziehung ging es um Vorträge über das Leben und Wirken Lenins, Stalins, die Helden des „Großen Vaterländischen Krieges", die Freundschaft der Völker der UdSSR und die „schädliche Rolle der ukrainisch-deutschen Nationalisten". Die Kinder wurden also von Anfang an einer umfassenden Ideologisierung unterworfen. Auch die militärische Ausrichtung wird in der sowjetischen Erziehung der Nachkriegszeit deutlich. Immer wieder wurden persönliche Kontakte zwischen den Kinderheimen und Armeeangehörigen hergestellt. So fanden Treffen von Kindern mit Soldaten und Kommandeuren der Roten Armee sowie mit Kriegsteilnehmern statt. Heldentum, Mut und Tapferkeit der Soldaten standen ebenso im Zentrum der politischen Unterweisung wie der Heldenkult um die junge Partisanin Zoja Kosmo-

95 Ebenda, ark. 18.
96 Ebenda, ark. 26.

dem'janskaja und Lieder über Stalin. Zum 27. Jahrestag des Bestehens der Roten Armee erhielten die Kinder Geschenke – so konnte man sie für das Militär am schnellsten interessieren.

Die Zustände in den Heimen differierten je nach Engagement der verantwortlichen Leiter. Ein Bericht über ein Kinderheim, das *detdom* Nr. 5 in Odessa, in dem Waisen und Halbwaisen eine Unterkunft gefunden hatten, beschreibt relativ zufriedenstellende Bedingungen dort.[97] Es war am 1. Juni 1944 für fünf Gruppen mit insgesamt 174 Kindern bis zu 14 Jahren eingerichtet worden: Die jüngere Gruppe umfasste 35 Kinder, zwei Gruppen für Kinder bis zum Schulalter betreuten 80 Kinder, die 59 Schulkinder waren ebenfalls auf zwei Gruppen aufgeteilt worden. Die Mehrheit der Kinder, insgesamt 96, waren Waisen, die übrigen 78 waren Halbweisen. 150 waren Kinder von Frontsoldaten. Insgesamt zehn Erzieherinnen waren hier tätig. Der Tagesablauf war streng geregelt: Um 7.00 Uhr morgens wurden die Kinder, sofern sie auswärtig schliefen, in Empfang genommen. Um 8.00 sowie um 10.30 Uhr gab es Frühstück; zwischen 10.00 und 12.00 Uhr waren Spaziergänge und Baden am Strand angesetzt. Das Mittagessen fand von 13.00 bis 14.00 Uhr statt. Danach mussten die Kinder zwei Stunden schlafen. Vier Stunden am Nachmittag wurden in kleineren Kreisen verbracht, bis es um 20.00 Uhr Abendessen gab und um 21.00 Zeit zum Schlafen war. Dringend wurde eine Renovierung des Gebäudes angemahnt. Zwar besaß das Kinderheim als Transportmittel ein Pferd und zwei Autos, es gab aber weder einen Pferdestall noch einen Parkplatz für die Autos. Die schulischen Erfolge konnten sich durchaus sehen lassen: Alle Schulkinder, die das Heim besuchten, schlossen das Schuljahr gut ab und wurden in die nächste Klasse versetzt. 16 *otličniki* erhielten sogar Urkunden. Besonders hervorgehoben wurde die Patronage, die von verschiedenen Institutionen übernommen worden war: Die Kolchose „Perekopskoj divizii" bestellte ein Feld für den Haushalt des Kinderheimes und stellte Saatgut zur Verfügung. Der für das Transportwesen zuständige Rajonrat hatte zugesagt, den Kindern an einem Feiertag Geschenke und Gegenstände aus amerikanischen Lend-Lease-Zuwendungen zu übergeben. Ferner hatte er ein Klavier reparieren lassen. Das Opern- und Balletttheater in Odessa stellte eine Vorstellung zugunsten des Kinderheimes in Aussicht und organisierte ein Treffen zwischen Opernkünstlern und den Kindern, bei dem sie ebenfalls Geschenke erhielten.

Neben normalen Kinderheimen gab es in einigen Gebieten Spezialeinrichtungen für behinderte Kinder, die auch *besprizornye* offen standen. So wurden neben den sieben Kinderheimen, die zwischen Juni 1944 und April 1945 im Gebiet Mykolaïv aufgebaut worden waren, drei spezielle Kinderheime und zwei Internate für Taubstumme und geistig Behinderte errichtet. Es wurde sogar die Bereitschaft bekundet, noch mehr Kinder unterzubringen, allerdings unter der Voraussetzung, mehr Ein-

97 DAOO r-1234-7-287, ark. 52–54: Rezultaty obsledovanija raboty detdoma No. 5 proizvedennogo 8/Y-46 goda ėkonomistom Gorplana t. Petraško i vračem detkonsul'tacii t. Čudnovskoj. [Gez.] Petraško, Ėkonomist Gorplana po soc. Kulture, Čudnovskaja, Grad. Detkonsul'tacii.

richtungsgegenstände und Kleidung für die Kinder zu bekommen. Platz sei noch vorhanden, dieser könne aber nicht genutzt werden, weil Dinge wie Kissen und Handtücher fehlten. Im Gebiet Zaporižžja waren ebenfalls Taubstummenschulen eingerichtet worden, in denen 115 der 1.871 *besprizornye* des Gebiets lebten.[98] Schwierig war die Lage einer Spezialschule für Taubstumme in Cherson. Plangemäß besaß sie eine Kapazität für 60 Kinder, registriert waren jedoch 80. Wenngleich die Pädagogen keine Spezialqualifikation besaßen, wurde nicht das Personal für Unzulänglichkeiten verantwortlich gemacht, sondern primär der schlechte bauliche Zustand. Über Spezialgeräte verfügte man genauso wenig wie über spezielle Schulbänke, Möbel und Lehrbücher. Zur Renovierung waren Glas und andere Baumaterialien dringend erforderlich.

Wenig ist über die in den Kinderheimen eingesetzten Erzieher bekannt, obwohl diese für die Verhältnisse in einem Heim eine entscheidende Rolle spielten und durch Persönlichkeit und Engagement materielle Unzulänglichkeiten ausgleichen konnten. Allerdings standen sie auch im Dienst des Sowjetstaates und mussten nicht nur über pädagogisches, sondern auch über ideologisches Wissen verfügen. 1944 wurden zentrale Kurse für 500 Erzieher organisiert, die dann auf die Gebiete verteilt wurden. Zur Weiterqualifizierung wurden in der Mehrheit der Gebiete monatliche Kurse durchgeführt. Aus der Kiever Perspektive waren die Kinderheime an Pädagogen komplett.[99] Die Erziehungsarbeit wurde aber dadurch erschwert, dass es keine Buchbestände, keine Zeitungen und Zeitschriften sowie kein Schreibpapier gab. Während außerdem das Personal in Kiev besser qualifiziert war, war die Einschätzung der Pädagogen in den Provinzen schlechter: Im Gebiet Drohobyč wurde die unzureichende Ausbildung der Kader für die Kinder im Vorschulalter beklagt. Auch im Gebiet Mykolaïv hielt man eine bessere Auswahl der Pädagogen für angebracht. Im Gebiet Cherson erklärte man die Anzahl der Pädagogen für die Kinderheime für grundsätzlich ausreichend, allerdings erfüllten die 67 Erzieher angesichts ihrer Schulbildung nicht alle Erwartungen. Neun von ihnen besaßen eine höhere Schulbildung, 47 eine mittlere und elf nur eine Grundschulausbildung. Als ein positives Beispiel wurde das Kinderheim Nr. 1 in Cherson herausgehoben, das sich auf Kinder im Vorschulalter spezialisierte. Es sei dem Kollektiv der Erzieher gelungen, den Kindern Grundlagen der Körperhygiene anzugewöhnen sowie ihre Sprachfähigkeit und sogar ihren ästhetischen Geschmack zu entwickeln. Eine harmonische Zusammenarbeit und Liebe zu ihrer Aufgabe zeichne die Erzieher aus. Das Kinderheim sei ein Beweis dafür, dass es auch aus eigener Kraft gelinge, ein von den Deutschen zerstörtes Kinderheim wieder aufzubauen. Im Kinderheim Nr. 2 in Cherson, ein gemischtes Heim für Vorschul- und Schulkinder, sorgte insbesondere die Schulleite-

98 Von den Kindern einer *defkolonija* (Kolonie für taubstumme Kinder) im Gebiet Zaporižžja wurden 1941 etwa 40 von der deutschen Besatzung ermordet (vgl. SANDERS Extraordinary Crimes in Ukraine, S. 194).

99 Vgl. oben Anm. 73, hier ark. 25.

rin, A. A. Golikova, für die Erziehung und Bildung der Zöglinge. An Kursen wurde ein Theaterkreis, ein Chor, ein Ballett-, Sport- und Literaturkreis angeboten. Bei anderen Kinderheimen zeigten sich gravierende Mängel. Für Unzulänglichkeiten der Arbeit der Erzieher und anderer Angestellter eines Kinderheims im Rajon Cherson wurde dessen Direktor Starodub verantwortlich gemacht. Die Kinder dort wirkten vernachlässigt und das Haus befand sich in einem so „anti-sanitärem" Zustand, dass die Zöglinge unter Krankheiten litten.

Die Fluktuation der Erzieher war in vielen Heimen hoch. Eine konstante Arbeit in festen Gruppen war aufgrund der permanenten Belegungsveränderungen der Lehrer, aber auch der Heimbewohner nicht gegeben. Über die Flucht von Kindern aus dem staatlichen Gewahrsam sowie über Zu- und Abgänge der Heime aus dem Gebiet Ternopil' liegen folgende Angaben vor:[100] Im Jahr 1944 verließen 39 Jugendliche die Kinderheime regulär, 15 Kinder wurden in Pflege gegeben, 18 in die industrielle Produktion geschickt, sechs in die Landwirtschaft, drei wurden in die Armee eingezogen, ein Kind flüchtete. Im folgenden Jahr 1945 waren bis zum Monat Mai 57 Zugänge und 56 Abgänge zu verzeichnen. 22 von letzteren verließen das Kinderheim, 13 wurden zur Arbeit entlassen, neun an Eltern gegeben, drei flohen. Neun wurden in Kolonien für Schwererziehbare (*trudno-vospitatel'nye kolonii*) gesteckt, das letzte staatliche Mittel für eine Erziehung renitenter Zöglinge.

Das NKVD und die Straßenkinder

Die Mehrheit der *besprizornye* begab sich nicht freiwillig in die Obhut der Kinderheime. Vielmehr lag die Ergreifung von Straßenkindern im Aufgabenbereich der NKVD/MVD-Abteilungen sowie der örtlichen Miliz, da *besprizornye* nicht nur auf öffentlichen Plätzen, sondern auch in Zügen in großer Zahl anzutreffen waren. Kinder, die sich an das Leben auf der Straße gewohnt hatten, waren nicht leicht wieder davon zu trennen. Durch Überredung oder den Anreiz eines gesicherten Daches über dem Kopf gelang dies nicht immer, zurückzuführen auf die geringe Attraktivität der staatlichen Einrichtungen und auf das Bedürfnis der Kinder, lieber ohne Aufsicht auf der Straße zu leben als unter Bevormundung. Um *besprizornye* von den Straßen zu holen, wurden daher nach dem Krieg spezielle Maßnahmen eingeleitet, die mit nicht geringem Druck verbunden waren. Neben Milizionären und NKVD-Angehörigen wurden auch Komsomolzen und Lehrer dazu herangezogen. Sie führten auf Straßen, auf Märkten und Veranstaltungen regelmäßig organisierte Streifzüge, sogenannte *rejdy*, durch und ergriffen streunende Kinder. So wurden bis zum April 1945 im Gebiet Zaporižžja 72 Streifzüge durchgeführt. Im Gebiet Ternopil', wo ab Februar 1945 regelmäßig *rejdy* stattfanden, ergriff man bei zehn *rejdy* 85 Kinder ohne Aufsicht und 30 *besprizornye*. In den Städten und Rajonzentren des Gebiets Kam-janec'-Podil's'kyj wurden sechsmal monatlich Streifzüge durchgeführt, um streunende Kinder aufzufinden. In manchen Orten wurden Komsomol-

100 Vgl. oben Anm. 76 (Bericht über Ternopil'), hier ark. 87.

Posten auf den Märkten aufgestellt, die *besprizornye* und deren unlautere Geschäfte entlarven sollten.

Im Gebiet Mykolaïv wurden ab September 1944 Straßenkontrollen durch die Miliz, unterstützt von Komsomolzen, durchgeführt. Insgesamt wurden hier bei 21 *rejdy* 495 Kinder erfasst, von denen sich nur 80 selbst stellten, die übergroße Mehrheit, 415, wurde von der Miliz und von anderen Gemeindeorganisationen in Kinderheime gebracht. Auf anderem Wege wurden 292 *besprizornye* und 623 *beznadzornye* aufgegriffen. Letztere wurden mit Verwarnungen den Eltern zurückgebracht. Im Verlauf von vier Monaten wurden so über Kontrollen von Märkten und Straßen durch Milizionäre in der Stadt Cherson 427 unbeaufsichtigte Kinder festgesetzt.[101] Im Gebiet Odessa hatten NKVD- und Milizorgane innerhalb von elf Monaten insgesamt 4.995 Kinder gefasst, davon 3.079 *besprizornye* und 1.916 *beznadzornye*. 20 von ihnen wurden strafrechtlich verfolgt, die anderen in Kinderheimen oder bei Pflegestellen untergebracht, „arbeitsorganisiert" sowie in Kinder-Arbeitskolonien des NKVD gesteckt.

Die Resultate der *rejdy* waren nicht immer einheitlich hoch. Im Gebiet Ternopil' wurden im Jahr 1944 von den insgesamt 101 aufgegriffenen *besprizornye* mehr als die Hälfte – 60 – über die Miliz eingeliefert und nur 13 über Gemeindeorgane, vier wurden von Privatpersonen abgegeben, zwei von Truppenangehörigen, während lediglich 22 Kinder von selbst kamen. Die *rejdy* wurden teils mit großem Personalaufwand durchgeführt, allerdings erbrachten auch konzertierte Aktionen nur eine magere Ausbeute. In den drei Tagen vom 8. bis 10. Februar 1945 wurden in Odessa insgesamt 26 Operationen mit 597 Mitarbeitern des NKVD, der Miliz sowie des Partei- und Komsomol-Aktives durchgeführt und dabei 20 Städte und Rajonzentren sowie 18 Bahnhöfe durchkämmt. Als Resultat wurden aber nur 43 Personen festgesetzt.[102]

Aufgegriffene Kinder blieben zuerst im Gewahrsam des NKVD, der über ihre weitere Zuweisung entschied. Während dieser Prozedur waren die *besprizornye* in den Aufnahme- und Verteilungsräumen (DPR) und den Kinderzimmern des NKVD untergebracht. Die unter Aufsicht des NKVD stehenden drei Sammelstellen im Gebiet Kam-janec'-Podil's'kyj verfügten über ein Bad, eine Quarantäne-Station, einen Unterrichtsraum, eine Kantine und einen Schlafraum. Bedarf bestand aber an Möbeln und Unterrichtsmaterialien. In den beiden Aufnahmestationen von Mykolaïv und Voznesensk waren Desinfektionsräume, Isolier- und Waschräume sowie Ambulanzen und Apotheken vorhanden, allerdings keine Heizung, was im Winter genauso unerträglich war wie das Fehlen von warmer Wäsche und von Schuhen.

In den Jahren 1943 bis 1946 wurden aus diesen NKVD-Aufnahmestellen für Kinder in der gesamten Sowjetunion 381.356 Kinder in Heime weitergeschickt, 189.955 kamen in Arbeitsstellen in Betriebe und in die Landwirtschaft, 127.964

101 Ebenda, ark. 4.
102 Ebenda, ark. 15.

wurden in Handwerks- und in Fabrik-Betriebsschulen (FZO) weitergeleitet, 71.864 kamen in Arbeitskolonien des NKVD/MVD und 250.711 wurden ihren Eltern zurückgegeben.[103] Viele von ihnen waren aus Kinderheimen entlaufene Zöglinge, Jugendliche, die ihre Arbeitsstellen verlassen hatten, oder Kinder von Pflege- oder Adoptiveltern, andere wiederum waren ihren leiblichen Eltern weggelaufen. Die in der Ukraine unterhaltenen NKVD-Aufnahmeräumen waren regional verteilt und unterschiedlich ausgestattet. So bestanden im Gebiet Kirovohrad zwei DPR sowie fünf Zimmer bei Miliz-Abteilungen. Über die Aufnahmestationen waren im Jahr 1944 insgesamt 2.120 Kinder und 347 Kinder im Zeitraum von Januar bis April 1945 aufgegriffen worden. In zwei Städten des Gebiets Ternopil' wurde eine Aufnahmestation für *besprizornye* eingerichtet, drei weitere wurden mit einer Kapazität von 150 Kindern geplant.[104]

Im Gebiet Odessa wurden drei DPR unterhalten; am Stichtag 1. April 1945 befanden sich darin 43 Kinder. Einige Unternehmen übernahmen freiwillig die Patronage für die DPR. Außerdem hatten sich die Verwaltung der „Militär-Konstruktionsarbeiten", das Hydro-Metereologische Institut und ein galvanisch-technischer Betrieb bereit erklärt, bei der Reparatur der Gebäude, bei der Durchführung von politischer Bildungsarbeit und bei der Ausstattung mit Geschirr behilflich zu sein.

Neben der Aufgabe, *besprizornye* von den Straßen aufzusammeln, oblag dem NKVD/MVD die Kontrolle von Kolonien für schwererziehbare Kinder. Diese waren nicht mehr als eine Maßnahme zur Resozialisierung, sondern zur Isolierung dieser Kinder von der sowjetischen Gesellschaft eingerichtet worden. Kinderkolonien existierten bereits seit dem Bürgerkrieg für kriminelle Kinder und die Kinder von „Volksfeinden".[105] Vor dem Zweiten Weltkrieg waren die Arbeitskolonien noch offene Anstalten ohne Bewachung gewesen. Im Beschluss des sowjetischen Ministerrats vom 15. Juni 1943, die Maßnahmen gegen das kindliche Streunertum, gegen die Aufsichtslosigkeit und gegen Rowdytum zu intensivieren, wurde festgelegt, zu den bestehenden Arbeitskolonien für verurteilte Kinder und Jugendliche weitere zu eröffnen, in denen minderjährige *besprizornye* und *beznadzornye* sowie Kinder und Jugendliche wegen leichter Fälle von Rowdytum, Kleindiebstahl und anderer Vergehen untergebracht werden sollten. In der gesamten UdSSR wurden im Januar 1947 insgesamt 58 MVD-Arbeitskolonien für 19.117 *besprizornye* und 60 Arbeitskolonien für rund 30.000 Insassen unterhalten; in den Kolonien standen zusammengezählt 52.500 Plätze zur Verfügung.[106]

103 GARF r-9401-2-168, l. 68–75: Tovarišču Stalinu I. V. [Gez.] Ministr Vnutrennych Del SSSR (S. Kruglov). 14. Januar 1947.

104 Vgl. oben Anm. 76 (Bericht für Ternopil'), hier ark. 86.

105 Vgl. den Bericht von Peter Jakir, dem Sohn des 1937 verhafteten und hingerichteten Armeekommandanten Jonas Jakir, der mit 14 Jahren ebenfalls verhaftet wurde und lange Jahre unter erbärmlichen Bedingungen in verschiedenen Lagern für Jugendliche und Erwachsene zubrachte: PETER JAKIR Kindheit in Gefangenschaft. Frankfurt am Main 1974.

106 Vgl. oben Anm. 103.

Die Kolonien besaßen kleinere landwirtschaftliche Betriebe und Lerneinrichtungen. In allen bestanden unvollständige Mittelschulen, die offiziellen Angaben zufolge 96% der Kinder besuchten, darüber hinaus wurden Jugendliche in Handwerksschulen unterrichtet. In drei Klassen erhielten die Schüler eine Ausbildung als Schlosser, Metalldrechsler, Tischler, Näher, Trikotagenhersteller und Schuster. Die Kinderarbeit erbrachte einen wirtschaftlichen Ertrag. Der Wert der Waren, die in den Kolonien hergestellt wurden, belief sich von 1943 bis 1947 auf 510,6 Millionen Rubel. Zu den produzierten Geräten gehörten Pumpen, Lautsprecher, Kleidung und Getreidesortiergeräte. An ideologischer Erziehung – regelmäßigen politischen Informationsveranstaltungen und Gesprächen – fehlte es in den Kolonien ebenfalls nicht. In insgesamt 49 Komsomol- und 38 Pionierorganisationen waren 1.760 Komsomolzen und 1.862 Pioniere in den Kolonien organisiert.

Die meisten Arbeitskolonien für Kinder lagen im Norden und Osten der Sowjetunion; in der Ukraine bestanden 1944/45 acht.[107] Das Regime hier war jenem der Lager für Erwachsene ähnlich: Die jugendlichen Häftlinge mussten Zwangsarbeit leisten (in Holz- und Metallverarbeitungsfabriken sowie in Nähereien), wurden nur dürftig verpflegt, litten unter Krankheiten und schlimmen hygienischen Zuständen, erhielten aber Schulunterricht: Kinder zwischen zwölf und 16 Jahren hatten täglich vier Stunden neben vier Stunden Arbeit, Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren je vier Stunden Arbeit und Unterricht.[108] Über die Kinderkolonie von Jakušincy im Gebiet Vinnycja (diese bestand bereits in der Zwischenkriegszeit als „Vinnickaja trudkolonija No. 8 NKVD USSR") sind weitere Einzelheiten bekannt. Sie wurde aktenkundig, als der Staatsanwalt der USSR dem Gebietskomitee Vinnycja im April 1945 mitteilte, dass einer Gruppe von sechs Erziehern „Rowdytum" vorgeworfen wurde.[109] Dem Leiter der Wachmannschaft der Kolonie wurde für seine „falschen Handlungen in Bezug auf die Schüler" gekündigt. Als weitere Unzulänglichkeiten wurden bekannt: Die Zöglinge bekamen nicht genug zu essen, in der Schule der Kolonie hatten schlecht qualifizierte Lehrer unterrichtet, die Lehrer gingen mit den

107 APPLEBAUM Der Gulag, S. 352. Eine bekannte Kolonie für verwahrloste Jugendliche, die Gor'kij-Arbeitskolonie, hatte der bekannteste sowjetische Pädagoge Anton Semenovič Makarenko (1888–1939) 1920 bei Poltava eröffnet und bis 1928 geleitet (vgl. I. RÜTTENAUER A. S. Makarenko. Ein Erzieher und Schriftsteller in der Sowjetgesellschaft. Freiburg 1965). Makarenko gründete sein außerfamiliäres Erziehungskonzept wesentlich auf das Kollektiv und die Gesellschaft, deren Wertesystem die Erziehung bestimmen sollte. Das Kollektiv war auch die Grundlage für die Erziehung in der Gor'kij-Kolonie. Makarenko selbst wies in seinen Äußerungen verständlicherweise stets eine korrekte und Stalin gegenüber loyale Haltung auf (GÖTZ HILLIG Makarenko and Stalinism. Comments and reflections on a controversial topic. Marburg 1995).

108 So eine NKVD-Anweisung des Jahres 1940. Die Voraussetzung war jedoch die Existenz einer Lagerschule, die nicht überall vorhanden war (APPLEBAUM Der Gulag, S. 355).

109 CDAHOU 1-23-2411, ark. 81–81ob.: Komunistyčna Partija (bil'šovykiv) Ukraïny. Vinnyc'kyj oblasnyj komitet. Sekretarju CK KP/b/U, tov. Korotčenko. [Gez.] Sekretar Vinnyckoho obkoma KP/b/U D. Burčenko. 12. Mai 1945.

Kindern grob um, und es gab keine militärischen Übungen. Im Dezember 1944 waren zwar neue Lehrer eingestellt worden, es gab aber keine materielle Hilfe für die Kolonie. Die Situation der Schule verbesserte sich nur vorübergehend, im Mai 1945 wurden weitere Maßnahmen eingeleitet.

Im November 1945 befand sich die Kolonie noch immer in einem denkbar schlechten Zustand, insbesondere was Lehrerschaft und Unterricht anging. Dies ergab eine offizielle Überprüfung der Schule der Kolonie durch Vertreter des Gebietskomitees und des NKVD sowie den Schulinspektor von Vinnycja.[110] Der Schulbesuch wurde als dürftig beschrieben. Die Kontrollkommission hatte bei ihrem Rundgang von den eingeschriebenen 231 Schülern nur 73 in den Klassen angetroffen. In acht Klassenstufen befanden sich insgesamt 174 Schüler; darüber hinaus gab es noch eine gemeinsame erste und zweite Klasse. Die Ausstattung der Klassenzimmer ließ die Erteilung von Unterricht nur in zwei Schichten zu. Besonders schlecht stand es um die Schulbücher, von denen nur rund ein Fünftel der erforderlichen Zahl vorhanden war. Eine Schulbibliothek existierte ebenfalls nicht. Die erste Klasse hatte einen Monat lang gar keinen Unterricht, weil es keinen Lehrer dafür gab; der später eingeteilte Lehrer erkrankte chronisch. Der Hauptgrund für das Fernbleiben vieler Schüler vom Unterricht war in den Augen der Kommission, dass kein ausreichend strenges Wachregime eingehalten werde. Auch die Zahl der Schüler änderte sich laufend. Im ersten Viertel des Schuljahres kamen 198 Zöglinge hinzu, 135 verließen die Schule wieder, so dass auch auf diese Weise Unruhe in den Klassen entstand. Für den Unterricht in der Kolonie waren einschließlich des kranken Lehrers der ersten Klasse zehn Lehrer verantwortlich, die aber nur eingeschränkt tätig waren: Die Lehrkraft der zweiten Klasse musste auch in den vierten bis sechsten Klassen Physik unterrichten. Von einem Mathematiklehrer hieß es, er arbeite mit besonderer Unlust und komme unvorbereitet in die Klasse. Einige Fächer wurden, obwohl im Lehrplan vorgesehen, nicht unterrichtet, darunter Deutsch und Sport sowie Ukrainisch, weil es hierfür keine Lehrer gab.

Der pädagogische Erfolg war unzureichend. Von 159 Schülern (die anderen blieben der Schule offensichtlich fern) erhielten nur 96 eine Bescheinigung für das erste Vierteljahr. Bedauert wurde auch, dass der Parteiarbeit in der Kolonie, für die vom NKVD des Gebiets unmittelbare Hilfe und Anweisungen kamen, keine Beachtung geschenkt wurde. Weitere Mängel bestanden darin, dass der Unterricht oftmals zu spät begann und dass die Kinder nicht rechtzeitig zu den Mahlzeiten kamen. Lernen konnte man ausschließlich in den Klassenzimmern, da es keine Studierzimmer gab. Lehrbücher und Hefte wurden nicht nach außerhalb mitgegeben aus Angst vor deren Verlust oder Verkauf. Eine weitere Erklärung für den unzulänglichen Unterricht in

110 CDA 1-23-2411, ark. 5–10: Akt proverki sostojanija učebno-vospitatel'noj raboty Jakušineckoj NSŠ detskoj trudkolonii NKVD na 14 nojabrja 1945 g. [Gez.] Komireva.

der Kolonie war die beständige Reduzierung des Personals; innerhalb eines Jahres zog man vier Leiter und drei Stellvertreter ab.[111]

Weniger alarmierend als in Jakušincy waren die Klagen aus dem Gebiet Mykolaïv. In einem Bericht wurde aber angemerkt, dass das System der Kinderkolonien im Gebiet nicht ausreichend streng sei. Manche Kinder wurden kurze Zeit nach ihrer Einlieferung auf den Straßen und Märkten der Stadt wieder aufgegriffen. Einige Jugendliche rissen dem Begleitpersonal zwei- bis dreimal auf dem Weg in die Kolonien aus. Die „Privol'njanskaja kolonija" im Rajon Dnipropetrovs'k war besonders berüchtigt; von hier gelang Kindern immer wieder die Flucht. Alle, die man im Herbst 1944 hierher brachte, waren nach kurzer Zeit wieder entwischt; ein Zögling namens Filatov sogar drei Mal.[112] Über eine in Odessa bestehende Kinder-Arbeitskolonie liegen kaum Informationen vor.

Insgesamt blieben die *besprizornye* in der Ukraine nach dem Zweiten Weltkrieg eine Randerscheinung der Gesellschaft. Anders aber als beispielsweise die Kriegsinvaliden, die ebenfalls das Straßenbild dieser Zeit bestimmten, waren die streunenden Jugendlichen arbeitsfähig. Für das Regime war dies ein Grund, sie einer Resozialisierung zu unterziehen. Die Erziehungsmethoden und die Schwächen bei der Unterbringung in Kinderheimen hatten sich seit der Zwischenkriegszeit kaum geändert, denn schon damals waren fehlende Kleidung, schwache erzieherische Leistungen und sogar kriminelle Heimdirektoren gang und gäbe.[113] Wenn sich die Betroffenen beharrlich verweigerten, wurde kein weiterer Integrationsversuch unternommen und sie wurden in speziellen Kinder-Arbeitskolonien segregiert.

Die *besprizornye* stellen auch ein Beispiel für die Methode dar, mit welcher der Stalinsche Staat den *homo soveticus*, den „neuen sowjetischen Menschen", prägen wollte. Dabei bestimmte die Erziehung, die nicht früh genug einsetzen konnte, die Formbarkeit des Menschen hin auf die staatlichen Interessen. Daher wurde auch in den sowjetischen Kinderheimen die ideologische und sowjetpatriotische Unterweisung sowie die Einführung in die militärische Verteidigung der Heimat nach dem Krieg zugrundegelegt.

5.2 Die „Regulierung" und „Liquidierung" der Religionsgemeinschaften

Kirchen und Religionen wurden seit Beginn der sowjetischen Herrschaft von dieser verfolgt, weil sie weder die Verbundenheit der orthodoxen Kirche mit der zarischen Regierung noch den geistigen Freiraum billigte, den Kirchen allgemein bieten. Be-

111 CDAHOU 1-23-2411, ark. 15: Komunistyčna Partija (bil'šovykiv) Ukraïny. Vinnyc'kyj oblasnyj komitet. V otdel škol CK KP/b/U. [Gez.] Zav. otdelom škol Vinnickogo obkoma KP/b/U Komireva. 15. November 1945.

112 Vgl. oben Anm. 85.

113 Vgl. die Berichte in: SIEGELBAUM, SOKOLOV Stalinism as a Way of Life, S. 391–396.

reits kurz nach ihrer Machtübernahme 1917 begannen die Bolschewiken mithilfe des „Verbandes der Gottlosen" einen offenen Kirchenkampf.[114] Bis zu den dreißiger Jahren verloren alle Glaubensgemeinschaften in der Sowjetunion fast ihre gesamte Lebensgrundlage und wurden aus dem öffentlichen Leben nahezu verdrängt. Gegen Ende der dreißiger Jahre schien sich der Staat dieser vermeintlichen Opposition entledigt zu haben.[115] Der Zweite Weltkrieg veränderte die Lage wesentlich. Unter der deutschen und rumänischen Okkupation erfuhr das kirchliche Leben nämlich in einem bestimmten Ausmaß eine Wiederbelebung. So entstanden in der besetzten Ukraine wieder Gemeinden, Kirchen wurden renoviert und Gottesdienste gehalten.[116]

114 Vgl. DANIEL PERIS Storming the Heavens. The Soviet League of the Militant Godless. Ithaca, London 1998; W. B. HUSBAND „Godless Communists". Atheism and Society in Soviet Russia, 1917–1932. DeKalb/Ill. 2000; SANDRA DAHLKE „An der antireligiösen Front". Der Verband der Gottlosen in der Sowjetunion der zwanziger Jahre. Hamburg 1998; DIES. Kampagnen für Gottlosigkeit: Zum Zusammenhang zwischen Legitimation, Mobilisierung und Partizipation in der Sowjetunion der zwanziger Jahre, in: JBfGOE 50 (2002) H. 2, S. 172–

115 [illegible]ndlegend für die Kirchen in der Sowjetunion ist immer noch das Werk von KOLARZ Die Religionen in der Sowjetunion. In der internationalen Stalinismus-Forschung hat die Religionsgeschichte bisher keinen besonderen Schwerpunkt gefunden. Die meisten Abhandlungen zur Stalinschen Religionspolitik konzentrieren sich auf die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg, vgl. exemplarisch GREGORY L. FREEZE The Stalinist Aussault on the Parish, 1929–1941, in: Hildermeier (Hrsg.), Stalinismus vor dem Zweiten Weltkrieg, S. 209–232; GULAG: ego stroiteli, obitateli i geroi. (Raskulačivanie i gonenie na Pravoslavnuju Cerkov' popolnjali lagerja GULAGa). Pod red. I. V. Dobrovol'skogo. Frankfurt/Majn, Moskva 1999; Politik und Religion in der Sowjetunion 1917–1941. Hrsg. von Christoph Gassenschmidt und Ralph Tuchtenhagen. Wiesbaden 2001. Vgl. jedoch: JOUKO TALONEN Church Under the Pressure of Stalinism. The Development of the Status and Activities of Soviet Latvian Evangelical Lutheran Church During 1944–1950. Jyväskylä 1997. Zur orthodoxen Kirche allgemein vgl. CHUMACHENKO Church and State in Soviet Russia; ŠKAROVSKIJ Russkaja Pravoslavnaja Cerkov' pri Staline i Chruščeve; EDWARD E. ROSLOF Red Priests. Renovationism, Russian Orthodoxy, and Revolution, 1905–1946. Bloomington, Indianapolis 2002; NATHANIEL DAVIS A Long Walk to Church. A Contemporary History of Russian Orthodoxy. Sec. ed. Boulder, Col., Cambridge 2003. Zu den Religionsgemeinschaften in der Sowjet-Ukraine wurden einige neue, meist zusammenfassende Darstellungen vorgelegt. Dabei widmet die zehnbändige Reihe Istorija relihiï v Ukraïni, Kyïv 1996–2002, jeden Band einer anderen Denomination; Istorija relihiï v Ukraïni. Navčal'nyj posibnyk. Kyïv 1999 stellt ein religionsübergreifendes Lehrbuch dar. Die ausführlichste Analyse der sowjetischen Kirchenpolitik gegenüber den unierten Kirchen in der Ukraine liefert BOCIURKIW The Ukrainian Greek Catholic Church and the Soviet State; eine kommentierte Quellenpublikation dazu von SERHIJČUK Neskorena Cerkva. Zur orthodoxen Kirche: V. PAŠČENKO Pravoslav'ja v novitnij čas v istoriï Ukraïni. Čast' 1. Poltava 1997; DERS. Pravoslav'ja v Ukraïni: Deržavno-cerkovni stosunky. 20–30-ti roky XX st. Poltava 1995; DERS. Svoboda sovisti v Ukraïni. Mify i fakty 20–30-ch rokiv. Kyïv 1994; sowie HEYER Kirchengeschichte der Ukraine im 20. Jahrhundert.

116 Zur NS-Kirchenpolitik in der Ukraine vgl. HARVEY FIRESIDE Icon and Swastika. The Russian Orthodox Church under Nazi and Soviet Control. Cambridge, Mass. 1971; WASSILIJ ALEXEEV, THEOFANIS G. STAVROU The Great Revival. The Russian Church Under German Occupation. Minneapolis 1976; LYSENKO Do pytannja pro stanovyšče cerkvy v Ukraïni; KAREL C. BERKHOFF Was There a Religious Revival in Soviet Ukraine under the Nazi Regime?, in:

Auch die ukrainischen orthodoxen Kirchen, die unter der sowjetischen Herrschaft fast völlig verdrängt worden waren, restrukturierten sich. Die Besatzungsmächte in der Ukraine hegten mit der vorgeblichen Liberalisierung die Absicht, ihre eigene Position zu stärken. Im deutsch besetzten RKU sollte damit die abschreckende Wirkung der Deportation von Arbeitskräften und der Abschöpfung wirtschaftlicher Ressourcen abgemildert werden; die Rumänen in Transnistrien bemühten sich, durch die Förderung der orthodoxen Kirche die rumänische Kultur zu importieren.[117] Die Religionspolitik in den besetzten Gebieten diente also als ein Propagandainstrument, mit dem die Bevölkerung an die Fremdherrschaft gebunden werden sollte.

Auch mit Blick auf diese Vorgänge unterbrach Stalin zu Beginn des „Großen Vaterländischen Krieges" seinen Konfrontationskurs gegenüber den Kirchen. Durch diesen taktischen Schritt sollten zum einen alle patriotischen Kräfte zur Verteidigung der Heimat gebündelt werden, zum anderen wollte sich Stalin durch die Demonstration der Religionsfreiheit in seinem Land die Unterstützung der Alliierten kurz vor der Konferenz von Teheran sichern,[118] zum dritten konnte sich das Regime der religiösen Hinwendung der sowjetischen Bevölkerung nicht offen entgegenstellen.[119] 1943 ließ Stalin eine Bischofssynode zusammentreten und den Metropoliten Sergij (der 1927 eine Loyalitätserklärung gegenüber dem Regime abgegeben hatte und 1944 mit 78 Jahren verstarb) zum Patriarchen von Moskau und ganz Russland wählen.[120] Kirchen durften wieder eröffnet werden, Kirchenglocken läuten; sie wurden in Kolchosen sogar über Radio-Lautsprecher übertragen.[121] Die Russische Orthodoxe Kirche, die zu einem wirkungsvollen Kontrollinstrument des Staates über die Gläubigen wurde, bezahlte ihre geduldete Existenz mit der Unterordnung unter das Regime.

The Slavonic and East European Review 78 (2000) S. 536–567; KATRIN BOECKH „Liberalisierung" und Repression. Zur Praxis der Religionspolitik in der Ukraine während NS-Besatzung und stalinistischer Herrschaft 1941–1953, in: Annua Nunta Lovaniensia. Leuven 2006 (im Druck).

117 BOECKH Rumänisierung und Repression.

118 DIMITRY POSPIELOVSKY The 'Best Years' of Stalin's Church Policy (1942–1948) in the Light of Archival Documents, in: Religion, State & Society Vol. 25 (1997) No. 2, S. 139–162, hier S. 143; WOLKOGONOW Stalin, S. 661.

119 Die Charakterisierung als „Massenprozess" (ZUBKOVA Mir mnenij sovetskogo čeloveka. 1945–1948 gody, S. 34; DIES. Poslevoennoe sovetskoe obščestvo, S. 103–104) ist aber sicherlich zu hoch gegriffen.

120 LUKS Geschichte Rußlands und der Sowjetunion, S. 373; SERHIY BILOKIN The Kiev Patriarchate and the State, in: The Politics of Religion in Russia and the New States of Eurasia. Ed. by Michael Bourdeaux. Armonk, New York, London, England 1995, S. 182–201, hier S. 187, führt ein „Izvestija"-Interview mit Sergij aus dem Jahr 1930 an, in dem er die Religionsverfolgung in der Sowjetunion kategorisch verneinte.

121 MARKOVNA Nina's Journey, S. 276.

Mit dem Vordringen der Roten Armee nach Westen ab 1943 sah sich die Sowjetregierung hier wieder mit jenen Kirchenstrukturen konfrontiert, die sie während der zwanziger und dreißiger Jahre bereits bekämpft hatte. Durch die endgültige Annexion Ostpolens erhielt sie außerdem das Stammgebiet der unierten Kirche. Diese galt als Förderer des ukrainischen Nationalismus, der zurückzudrängen war.[122] Dennoch bestand kurz nach dem Zweiten Weltkrieg ein Unterschied zum öffentlich-gewaltsamen Vorgehen gegen die Kirchen während der Zwischenkriegszeit: In der sensiblen Nachkriegszeit, in der die Bevölkerung für den Wiederaufbau des Landes gewonnen werden musste, wurden die Kirchen, um die Gläubigen nicht zu stark abzuschrecken, aber auch mit Blick auf das Ausland, eher verdeckt, langsamer und schleichender bekämpft;[123] dies gilt mit Einschränkungen auch für das entschlossene Vorgehen gegen die unierte Kirche. 1944 bzw. 1945 ordneten zwei ZK-Beschlüsse eine erneute antireligiöse und verstärkte atheistische Propaganda an. Die von der Parteipresse in diesen Jahren und danach veröffentlichten antireligiösen Artikel verwendeten oftmals eine verschleiernde Sprache,[124] ganz im Gegensatz zum offenen Spott der Gottlosen-Vereinigung in den zwanziger Jahren.

Auch das Instrumentarium für den Kirchenkampf war nun ein anderes: Die Kontrolle über die Kirchen sollten zwei Räte auf oberster staatlicher Ebene gewährleisten. Als Bindeglied zwischen den Einrichtungen der orthodoxen Kirche und den Parteiorganen wurde 1943 der „Rat für die Angelegenheiten der Russischen Orthodoxen Kirche beim Ministerrat der UdSSR" (*Sovet po delam russkoj pravoslavnoj cerkvi pri Sovete Ministrov SSSR*) in Moskau eingerichtet. Er hatte die Aufgabe, die „Verbindung zwischen der sowjetischen Regierung und dem Patriarchen von Moskau und Ganz Russland in Fragen, für welche die Erlaubnis der sowjetischen Regierung erforderlich war", herzustellen.[125] Sein erster Vorsitzender wurde Georgij Grigor'evič Karpov (1897–1967).[126] Am 19. Mai 1944 setzte der Rat der Volkskom-

122 Zur Liquidierung der unierten Kirche in der Ukraine vgl. das entsprechende Kapitel unten.

123 Allerdings wurde auch in der Zwischenkriegszeit auf die öffentlichen Reaktionen Rücksicht genommen, wenigstens nachdem das kirchliche Leben bereits stark reduziert worden war. Auf dem 16. Parteikongress 1930 wurde nämlich beschlossen, Kirchen nicht mehr unter dem Vorwand zu schließen, es geschehe mit Zustimmung der Bevölkerung, da das rücksichtslose Vorgehen von Sowjetvertretern vor Ort bei Kirchenschließungen großen Aufruhr unter der Bevölkerung auslöste. Kirchenschließungen waren nur erlaubt „in accord with the wishes of the predominant majority of the peasants and only with the confirmation by the provincial executive committees of the rulings of the village meetings" (FAINSOD Smolensk under Soviet Rule, S. 435).

124 So hieß es nicht, gegen Kirchen solle vorgegangen werden, sondern „Aberglaube und Vorurteile" seien zu überwinden (POSPIELOVSKY A History of Soviet Atheism, vol. 1, S. 60–70).

125 GARF 6991-2-1, l. 2: Sovet narodnych komissarov SSSR. Postanovlenie Nr. 993 ot 14 oktjabrja 1943. Ob organizacii Soveta po delam russkoj pravoslavnoj cerkvi. [Gez.] Stalin, Predsedatel' Soveta Narodnych Komissarov Sojuza SSR. Upravljajuščij Delami Soveta Narodnych Komissarov SSSR Ja. Čadaev.

126 Eine biographische Notiz zu Karpov bei ŠKAROVSKIJ Russkaja Pravoslavnaja Cerkov' pri Staline i Chruščeve, S. 204, Anm. 3.

missare in Moskau für die weiteren Glaubensrichtungen einschließlich der Sekten eine ähnliche Organisation mit gleicher Hierarchie, einen Rat für religiöse Kulte (*Sovet po delam religioznych kul'tov pri Sovete Ministrov SSSR*), ein. Seine Aufgabe bestand darin, „zwischen der Regierung der UdSSR und den Führern der religiösen Vereinigungen der armenisch-gregorianischen, der altgläubigen, der katholischen, der griechisch-katholischen, der lutheranischen Kirche, der muslimischen, jüdischen, buddhistischen Religion sowie auch den Sekten Kontakt herzustellen in Fragen, für die diese Konfessionen die Erlaubnis der sowjetischen Regierung benötigten".[127] Vorsitzender des Rats wurde Ivan Vasil'evič Poljanskij (1944–56). Die Aufgaben beider Räte bestanden in der genauen Beobachtung der Gläubigen und Gemeinden, in der Vorbereitung und Durchführung von repressiven Maßnahmen gegen sie sowie in der Zusammenarbeit mit anderen sowjetischen Behörden wie NKGB und NKVD. Die Verzahnung von Kirchenkontrolle und geheimdienstlicher Überwachung war dadurch gewährleistet, dass beide Bevollmächtigte NKVD-Mitarbeiter waren. Poljanskij war in dieser Eigenschaft bereits in den zwanziger Jahren mit religiösen Organisationen befasst; Karpov leitete bis 1955 eine Abteilung eines NKVD-Direktorats.[128] Nach Anweisung Molotovs sollte die doppelte Tätigkeit Karpovs aber nicht bekannt werden.[129] In den einzelnen sowjetischen Republiken und Gebieten verfügten beide Räte über Bevollmächtige und Unterstrukturen; Karpov gab an, sein Rat besitze über hundert Vertreter in der Sowjetunion;[130] in der Ukraine waren neben dem Vertreter des Rates für religiöse Kulte Chodčenko und seinem Stellvertreter in Kiev zehn weitere Angestellte tätig. Die Ernennung von Beauftragten für religiöse Kulte auf Gebiets-Ebene erfolgte auf Beschluss des Rats der Volkskommissare der UdSSR vom 18. Dezember 1943 und nach einem Brief des Rats für die Russische Orthodoxe Kirche an den Ministerrat vom 30. November 1944.[131] Die beiden Räte wurden im Dezember 1965 zu einem Rat für religiöse An-

127 CDAHOU 1-23-887, ark. 2: Sovet Narodnych Kommissarov SSSR. Postanovlenie No. 572 ot 19 maja 1944 g. Ob organizacii Soveta po Delam religioznych kul'tov. [Gez.] Predsedatel' Soveta Narodnych komissarov Sojuza SSR I. Stalin, Upravljajuščij Delami Soveta Narodnych Komissarov SSSR Ja. Čadaev. Moskva, Kreml'. Weiter zur Funktion des Rates bei TAT'JANA A. ČUMAČENKO Gosudarstvo, pravoslavnaja cerkov', verujuščie. 1941–1961 gg. Moskva *1999*, S. 25–26; ebenda, S. 26–45, zum Gesamtaufbau des Rats.

128 CHUMACHENKO Church and State in Soviet Russia, S. 16; ODINCOV Religioznye organizacii v SSSR, S. 44.

129 Ebenda, S. 48.

130 INKELES Social Change in Soviet Russia, S. 224.

131 So wurde 1945 am Exekutivkomitee des Gebiets Lemberg zwar ein Apparat für den Bevollmächtigen für religiöse Kulte und für den Bevollmächtigten des Rates für die Russische Orthodoxe Kirche eingerichtet (vgl. Vorwort von opys 1, fond R-1332 [= Upolnomočennyj soveta po delam religii pri SM SSR po L'vovskoj oblasti] in DALO). Vorläufig blieb aber die Stelle der Bevollmächtigten vakant; ihre Aufgaben nahm der Sekretär des Exekutivkomitees wahr. Auf Beschluss des Exekutivkomitees vom 13. Februar 1945 hin wurde A. A. Vyšnevskij zum Bevollmächtigten des Rates der Russischen Orthodoxen Kirche und durch einen weiteren Beschluss vom 4. September 1945 P. L. Kučerjavyj zum Bevollmächtigten des Rates für religiö-

gelegenheiten zusammengelegt, dessen Intention in der „Kontrolle der Kaderpolitik der Kirche" – dies bedeutete auch die Überprüfung von Bischofsernennungen –, in der „propagandistische[n] Anleitung, Zensur der Publikationen, Kontrolle der Auswahl und Ausbildung der Nachwuchskräfte ebenso wie des kirchlichen Bauwesens"[132] bestand und damit die staatliche Unterwanderung der kirchlichen Einrichtungen garantierte. In der Praxis wussten die Bevollmächtigten in den Gebieten teilweise aber schlecht Bescheid über religiös-kirchliche Vorgänge, auch fiel ihnen die Erfüllung ihrer Aufgaben angesichts unzureichender materieller Ausstattung nicht leicht;[133] dennoch waren sie wichtige Gehilfen von NKVD und NKGB bei der Überwachung der Religionsgemeinschaften. Nach dem Krieg wurden im internen Sprachgebrauch für die unterschiedlichen Vorgehensweisen immer wieder zwei Schlüsselbegriffe genannt: Die stille Disziplinierung der Kirchen in der Ukraine und den weiteren vorher besetzten Gebieten fiel unter das Stichwort „Regulierung" (*reguljacija*), während der direkte Zugriff auf die unierte Kirche in Galizien und der Karpaten-Ukraine treffend als „Liquidation" (*likvidacija*) bezeichnet wurde.

5.2.1 Die „Regulierung" von Religionsgemeinschaften

5.2.1.1 Die Registrierung der religiösen Gemeinden

Das wirkungsvollste Mittel in der Nachkriegszeit, die religiösen Gemeinden zurückzudrängen, bestand darin, die Geistlichen und religiösen Führer aus ihren Ämtern zu entfernen sowie die kirchlichen Gebäude zu enteignen. Daher wurden nach dem Krieg jene Kirchen eingezogen, die während der deutschen Okkupation von Kirchengemeinden übernommen worden waren. Dies war auch der Hintergrund für die „Registrierung" der Gemeinden durch die Räte. Zwar erhielt damit eine religiöse Gemeinschaft eine legale Grundlage, doch war dies gleichzeitig ein erster Schritt

se Kulte ernannt. 1966 wurden beide Ämter in den Apparat des Bevollmächtigten des Rates „po delam religii pri Sovete Ministrov USSR po L'vovskoj oblasti" überführt.

132 ASTRID VON BORCKE KGB. Die Macht im Untergrund. Neuhausen, Stuttgart 1987, S. 116.

133 In der dienstlichen Beurteilung des Bevollmächtigten des Rates für religiöse Kulte des Gebiets Vorošylovhrad, Lichovodov, vom 1. November 1945 werden Umfang und Grenzen seines Einsatzes deutlich. Trotz seiner zufriedenstellenden Arbeitsleistung wurde dem Bevollmächtigten vorgeworfen, er habe keinen ausreichenden Überblick über die Gemeinden seines Gebiets, da er die einzelnen Rajons nie besucht habe. Nachdem er auch keine religiösen Veranstaltungen aufsuche, könne er sich kein Bild von den inneren Vorgängen der Gemeinden machen. Zu den weiteren Unzulänglichkeiten gehörte, dass in seinem Dienstzimmer kein Bild der Parteiführung und der Regierung hing. Zu seiner Verteidigung gab der Bevollmächtigte glaubhaft an, er lebe in schwierigen materiellen Verhältnissen; weder er noch seine Familie besäßen ausreichend Mäntel, Wäsche und Schuhe (vgl. CDA 4648-2-3, ark. 1–3: Akt obsledovanija raboty upolnomočennogo Soveta po delam religioznych kul'tov pri SNK SSSR po Vorošilovgradskoj oblasti ot 2-go nojabrja 1945 goda. [Gez.] Upolnomočennyj Soveta po delam religioznych kul'tov pri SNK SSSR P. Kučerjavyj).

zur Kontrolle durch den Staat. Die Registrierungspflicht für die Kirchen und Gemeinden – nicht aber für Klöster – ging, 1929 in einer Verordnung des Allrussischen Zentralexekutivkomitee und des Ministerrats der RSFSR verankert,[134] auf einen Beschluss des Ministerrats der UdSSR vom 28. November 1943 zurück.[135] Dieser überantwortete die Öffnung von Kirchen zunächst den lokalen Exekutivkomitees, deren Entscheidung vom Rat in Moskau sowie vom sowjetischen Ministerrat bestätigt werden musste. Für die Registrierung stellten die Bevollmächtigten Listen über die Anzahl der Geistlichen, Kirchen, Kapellen, Gebetsräume und Kirchengemeinden zusammen, ermittelten die kirchlichen Besitztümer und Liegenschaften und verfassten Analysen über die allgemeine Religiosität sowie über die Beziehungen zwischen Kirchen und Gläubigen. Sie unternahmen Informationsreisen in die Gebiete, befragten Geistliche und Gläubige und prüften schriftliches Material, Vorträge und ähnliches. Als gesetzliche Handhabe gegen die Eröffnung von neuen Kirchen konnten verschiedene Hinderungsgründe vorgebracht werden, darunter das Fehlen eines Gebäudes für den Gottesdienst, die Unmöglichkeit, ein früher kirchliches Gebäude von neuen kulturellen oder militärischen Aufgaben zu entbinden, bautechnische Unzulänglichkeiten eines kirchlichen Gebäudes, das Unterschreiten der für eine Gemeinde nötigen Mindestzahl von 20 Gläubigen und unkorrekte Unterschriften (z.B. von Minderjährigen). Für die Registrierung wurde ferner die Existenz eines Gemeindeleiters verlangt.

Insgesamt erhielten die Bevollmächtigten durch ihre Tätigkeit einen groben Überblick über die Verbreitung und das Wachstum der einzelnen Kirchen sowie über innergemeindliche und theologische Standpunkte. In der Ukraine wurden von Mai bis Juni 1945 insgesamt 2.326 unierte Gemeinden (vor deren zwangsweisem Aufgehen in orthodoxen Gemeinden) registriert, die über 2.402 „Kultdiener" verschiedener Ränge verfügten, davon 1.694 Priester. Die registrierten 652 römisch-katholischen Gemeinden besaßen neben dem Bischof 428 Priester. Je ein Priester bzw. Pastor versorgte die registrierte armenisch-gregorianische bzw. lutheranische Gemeinde. Von 67 Gemeinden der Altgläubigen wurden 25 mit 54 „Kultdienern" anerkannt; von den zwölf Gemeinden der Bespopovcy („Priesterlose", eine Abspaltung der Altgläubigen, die Bischofs- und Priesteramt sowie Sakramente ablehnt) fünf. Die evangelisch-reformierte Kirche war in zwei Gemeinden mit drei „Kultdienern" organisiert. 60 jüdische Gemeinden waren mit 37 Rabbinern zugelassen worden.[136] Keine gesicherten Informationen lagen über die Gesamtzahlen der Gläubigen

134 Abdruck in: POSPIELOVSKY A History of Soviet Atheism, vol. 1, S. 138–146; in der Fassung vom 23. Juni 1975 in: Die Religionsfreiheit in Osteuropa, S. 188–199.

135 A. I. PERELYGIN Russkaja Pravoslavnaja Cerkov' na Orlovščine v Gody Velikoj Otečestvennoj Vojny, in: Otečestvennaja istorija (1995) H. 4, S. 126–136, hier S. 130; CHUMACHENKO Church and State in Soviet Russia, S. 57.

136 CDAHOU 1-23-1639, ark. 12–31: Tov. Chruščevu N. S. Informacionnyj otčet o rabote upolnomočennogo Soveta po delam religioznych kul'tov pri SNK SSSR po Ukrainskoj SSR za

vor. Aus der Anzahl der Gemeinden konnte sie nicht automatisch erschlossen werden, denn je nach Tradition, lokalen Verhältnissen und politischen Umständen waren die Gemeinden unterschiedlich groß – orthodoxe Gemeinden besaßen beispielsweise wesentlich mehr Mitglieder als Sekten. Die Gemeinden selbst zählten ihre Mitglieder nicht.

Die Registrierung von Gemeinden ließ sich durch mancherlei Schwierigkeiten absichtlich verhindern.[137] So kamen viele Gemeinden der Evangeliumschristen-Baptisten deshalb nicht auf die Liste, weil ihre *presvitery* gerade Militärdienst leisteten, die Registrierung jedoch geistliche Führer voraussetzte. Mancherorts wurden „Kultdiener" von örtlichen Behörden an einer Reise in die Gebiets-Zentren zur Registrierung gehindert. Den römisch-katholischen Gemeinden in der Westukraine – im Gebiet Kam-janec'-Podil's'kyj, Žytomyr, Vinnycja – und auch in Kiev wurde die Registrierung generell vorenthalten; sie wurden lediglich vorläufig auf eine Liste gesetzt.[138] Insgesamt waren die Zahlen der Kirchenschließungen mit Ausnahme der orthodoxen Kirche nicht unerheblich. Alleine für den Zeitraum Mai bis Juni 1945 wurde auf dem Territorium der Ukraine die Schließung von 782 kirchlichen Gebäuden registriert. Die Mehrheit davon waren römisch-katholische Kirchen – 391 –, dann folgten 262 Synagogen, 44 Gebetshäuser der Evangeliumschristen-Baptisten, 39 griechisch-katholische Kirchen, 38 lutheranische Kirchen, sechs Kirchen der Altgläubigen sowie ein Kirchengebäude der armenisch-gregorianischen Kirche und eine muslimische Moschee. Von diesen wurden 112 in Gebäude für kulturelle Zwecke umgebaut, 170 wirtschaftlichen Unternehmen zugeführt und 136 zerstört.[139] Dennoch waren nicht immer die staatlichen Maßnahmen schuld an der Auflösung kirchlicher Gemeinden; gerade kleine Religionsgemeinschaften, die keine Möglichkeit besaßen, fehlende Priester zu ersetzen, scheiterten an den Folgen der Kriegswirren. So spaltete sich die armenisch-gregorianische Gemeinde in Odessa Anfang 1946, weil ihr Priester Movsis'jan nicht in die Stadt zurückgekehrt und es zu Unstimmigkeiten unter den Gemeindemitgliedern gekommen war.[140]

5.2.1.2. Verdrängungsmechanismen bei einzelnen Glaubensgemeinschaften

Kirchen und Kultusgemeinden wurden nach dem Krieg mit möglichst geringem und wenig vernehmbarem Aufwand zurückgedrängt. Auf die Gläubigen wurde eher in-

maj–ijun' mesjacy 1945 goda. [Gez.] Upolnomočennyj Soveta po delam religioznych kul'tov pri SNK SSSR po Ukrainskoj SSR P. Vil'chovyj. Kiev, 24. Juli 1945.

137 Ebenda, ark. 16–17.

138 Ebenda, ark. 31.

139 Ebenda, ark. 16.

140 DAOO r-2000-3-261 [unpaginiert]: Vykonavčyj komitet Odes'koï oblasnoï rady deputativ trudjaščich. [An:] Svjaščenniku armjano-grigor'janskoj cerkvi. [Gez.] Blinov, upolnomočennij Soveta po delam religioznych kul'tov pri Sovete Ministrov SSSR po Odesskoj oblasti. [Handschr.: 15. Februar 1947.]

direkt Druck ausgeübt, unmittelbare Repressionen bekamen aber die Geistlichen zu spüren, viele wurden verhaftet und deportiert. Konfliktpotential entstand, wenn sich Personen in Ämtern wie Lehrer, die sich strikt staatsloyal zu verhalten hatten, öffentlich zur Religion bekannten. Prinzipiell galt das Ziel der maximalen Verdrängung für alle Kirchen in gleicher Weise, dennoch ergaben sich Abstufungen in der Behandlung der einzelnen Religionsgemeinschaften. Während die Unierten völlig von der Bildfläche verschwinden mussten,[141] wurde die Russische Orthodoxe Kirche eine Zeitlang geschont; außerdem sollte sie als „Auffangbecken" für die Unierten dienen. Bei Sekten und kleineren Religionsgemeinschaften, die ebenfalls in großer Zahl in der Ukraine zu finden waren, hingen die staatlichen Repressionen von ihrer Einstellung zum System ab. Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die wichtigsten Religionsgemeinschaften.[142]

Die Russische Orthodoxe Kirche

Bei der Vertretung ihrer Interessen vor Behörden besaß die Russische Orthodoxe Kirche einen besseren Stand als andere Religionsgemeinschaften. Ihre Staatsloyalität wurde von den Bevollmächtigten für die Russische Orthodoxe Kirche immer wieder anhand „der Liebe der Priester zur Heimat, zur heldenhaften Roten Armee und zum Obersten Hauptkommandeur der Sowjetunion Stalin" überprüft. Dieser Punkt fiel in den Berichten stets positiv aus, weil es die Repräsentanten der Russischen Orthodoxen Kirche an Loyalitätsbekundungen nicht fehlen ließen. In Predigten und Reden betonten sie wiederholt ihre Liebe zum Vaterland und mahnten die Gläubigen zum größeren Eifer im Einsatz für die Heimat; Stalin wurde als „Größter Freund aller Gläubigen" apostrophiert;[143] Angst vor einer Wiederkehr der Verfolgungen der Zwischenkriegszeit und persönlicher Ehrgeiz veranlassten die Geistlichen zu solchen Bezeugungen. Auch in der Ukraine suchte die Russische Orthodoxe Kirche den Kontakt zur Sowjetführung. Der Exarch der Ukraine, der Metropolit von Kiev und Galizien, Ioann, drückte in einem Brief an Chruščev seine „flammende und grenzenlose Dankbarkeit" für die Befreiung der Ukraine gegenüber dem „Großen Stalin" und gegenüber Chruščev als dessen „treuem Kampfgenossen" aus.[144] Im Februar 1944 empfing dieser eine Delegation hochrangiger kirchlicher Vertreter, die ihm für die Befreiung Kievs dankten und eine Spende von 150.000 Rubel für militärische Zwecke übergaben.[145] Die Geldsammlungen, die für patriotische Zwecke,

141 Zur „Liquidierung" der unierten Kirchen in Galizien und der Karpaten-Ukraine vgl. das Kapitel unten.

142 Als vergleichende Regionalstudie zur Kirchenverfolgung in Galizien vgl. BOECKH „Völlig normal, entsprechend den Prinzipien der Gewissensfreiheit, garantiert durch die Stalin-Verfassung".

143 CHUMACHENKO Church and State in Soviet Russia, S. 53.

144 LYSENKO Religija i cerkov' na Ukraine, S. 55.

145 DERS. Do pytannja pro stanovyšče cerkvy v Ukraïni, S. 76.

darunter auch die Unterstützung für die Rote Armee, unter kirchlicher Ägide durchgeführt wurden, finanzierten im Jahr 1944 eine Panzerkolonne mit dem Namen „Dmitrij Donskoj". Allein im ersten Quartal 1946 wurden von der Russischen Orthodoxen Kirche in der Ukraine 1.175.999 Rubel gesammelt.[146] Als staatliche Gegenleistung wurden orthodoxe Würdenträger mit Geschenken und hohen militärischen Orden ausgezeichnet, so Patriarch Aleksij mit dem Orden „Für die Verteidigung Leningrads".[147]

Während andere Religionsgemeinschaften bereits kurz nach Kriegsende Verfolgungen zu gewärtigen hatten, erreichte die Russische Orthodoxe Kirche in den ersten Nachkriegsjahren für sich eine Art Schonfrist. 1948 bestanden insgesamt über 14.000 orthodoxe Kirchen in der Sowjetunion – 8.815 davon in der Ukraine –, nur zu einem Bruchteil wurden die Bitten von Gläubigen um die Öffnung weiterer Gotteshäuser berücksichtigt.[148] Auch Kirchen der Russischen Orthodoxen Kirche wurden geschlossen, oft mittels indirekten Drucks wie der Entziehung der wirtschaftlichen Grundlagen, so geschehen dem Michajlover Frauenkloster der Eparchie Odessa. Dessen Enteignung und die Zuweisung seiner Gebäude an ein örtliches LKW- und Automobilunternehmen legte ein Beschluss des Moskauer Bevollmächtigten für die Russische Orthodoxe Kirche am 25. März 1947 fest.[149] Zwar tolerierte das Regime die steigenden Zahlen der orthodoxen Gemeinden durch den zwangswiesen Übertritt der unierten Gläubigen, dennoch bestand das langfristige Ziel in der völligen Verdrängung der orthodoxen Kirche.

Einer Erhebung 1943 zufolge betrug die Anzahl der orthodoxen Kirchen unionsweit 9.829, die Mehrheit lag in der Ukraine, im Baltikum, in Weißrussland und in der späteren Moldauischen Sowjetrepublik. 1946 hatte sich an dieser Relation nichts geändert:

Tabelle 36. Anzahl der russischen Orthodoxen Kirchen in der Sowjetunion 1946[150]

Ukraine	6.007
RSFSR	2.816

146 CDAHOU 1-23-2846, ark. 111–125: Informacionnyj otčet o rabote upolnomočennogo Soveta po delam russkoj pravoslavnoj cerkvi pri Sovete Ministrov SSSR po Ukrainskoj SSR za pervyj kvartal 1946 goda. [Gez.] Upolnomočennyj Soveta po USSR P. Chodčenko. Hier ark. 108.

147 CHUMACHENKO Church and State in Soviet Russia, S. 51.

148 Ebenda, S. 57–59, 67; ODINCOV Religioznye organizacii v SSSR, S. 43.

149 DAOO r-2000-3-170, ark. 19: Upolnomočennomu Soveta po delam russkoj pravoslavnoj cerkvi pri Odesskom oblispolkome tov. Blagovu, g. Odessa. [Gez.] Upolnomočennyj Soveta po USSR P. Chodčenko.

150 PERELYGIN Russkaja Pravoslavnaja Cerkov' na Orlovščine (wie oben Anm. 135), S. 130; ODINCOV Gosudarstvo i cerkov' v Rossii, S. 108. Die hier aufgeführte Zahl von 6.007 Kirchen dürfte sich auf den Anfang des Jahres 1946 beziehen. Für das Ende des ersten Quartals 1946 nennt der Bevollmächtigte des Rates für die Russische Orthodoxe Kirche in der Ukraine eine Anzahl von 6.233 Kirchen (vgl. die Statistik zu den Kirchengebäuden der Russischen Orthodoxen Kirche in den ukrainischen Gebieten im Jahr 1946 im Anhang unten).

Weißrussland	621
Moldawien	582
Baltikum	343
Sowjetunion	10.547

Durch die Übernahme der unierten Kirchengebäude verfügte die Russische Orthodoxe Kirche zur Jahresmitte 1946 über insgesamt 8.304 Kirchen.

Zulauf erhielten die russischen orthodoxen Gemeinden auch durch die Gläubigen der Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche und der Ukrainischen Autonomen Orthodoxen Kirche, die sich ebenfalls unter der deutschen Besatzung wieder regenerierten.[151] Nach dem Krieg flohen deren Bischöfe vor den sowjetischen Truppen aus der Ukraine. Die zurückbleibenden Priester und Gemeinden mussten sich dem Moskauer Patriarchat unterstellen, so dass die Russische Orthodoxe Kirche als einzige orthodoxe Kirche in der Ukraine nach dem Krieg bestand.

In der Westukraine ergab sich nach der sowjetischen Besetzung unmittelbar nach Kriegsende durch die scheinbar freie Betätigung der Orthodoxie eine besondere Situation. Mit dem Zuzug aus dem Osten des Landes wuchs hier nämlich die Zahl der orthodoxen Gläubigen, wie an der Enge in den Kirchen während der Gottesdienste feststellbar war.[152] Außerdem musste der Bevollmächtigte des Rates für die Russische Orthodoxe Kirche zunehmend Auskünfte darüber erteilen, wo sich orthodoxe Kirchen befänden; dabei konnte er aber nicht feststellen, ob die Suchenden schon immer einen Bezug zu religiösen Traditionen besessen hatten oder ob sie ihn nun erstmals suchten. Demnach gelangten also Zuziehende in der Westukraine auch zum ersten Mal in Kontakt mit der orthodoxen Kirche. Die Kirchenbesuche stiegen ebenfalls an, vor allem von Frauen und von demobilisierten Soldaten. Letztere kamen nach ihrer Entlassung sogar in Gruppen zur Beichte. Mit jedem Tag wuchs die Zahl der Getauften – ob neugeboren oder volljährig, ob aus der einfachen Bevölkerung oder aus der Intelligenz. An Feiertagen tauften Priester vor und nach dem Gottesdienst, „am Tag und am Abend", und dies nicht nur in den Kirchen, sondern auch in den Häusern. Die Zahl der kirchlichen Trauungen, vor allem von Demobilisierten, stieg ebenfalls. Als jedoch orthodoxe Priester in unierten Kirchen auf den Dörfern Gottesdienste abhielten, reagierten die Gläubigen nicht immer freundlich und lehnten sie als moskauhörig und russophil ab. Der Ratsbevollmächtigte ließ keinen Zweifel daran aufkommen, dass die orthodoxen Gläubigen in der Westukraine einer ständigen Bedrohung ausgesetzt seien. Sie würden in Galizien wie auf einer „Oase

151 Zur autokephalen orthodoxen Kirche vgl. FRANK GOLCZEWSKI Kirchenfreiheit und politische Abhängigkeit. Zur Autokephalie der ukrainischen orthodoxen Kirche, in: RAINER DIETERICH, CARSTEN PFEIFFER (Hrsg.), Freiheit und Kontingenz. Zur interdisziplinären Anthropologie menschlicher Freiheiten und Bindungen. Festschrift für Christian Walther. Heidelberg 1992, S. 247–266.

152 *DALO R-1332-1-2, ark. 25–28: Svedenija o žizni Pravoslavnoj cerkvi v L'vovskom Blagočinii za istekšij kvartal ijul-sentjabr'* [1944].

[gemeint ist Insel] im tosenden Meer" leben und permanent in Angst vor dem Terror der „Banderovci" leben.

Bei Entscheidungen über die theologische Ausbildung befand sich die Orthodoxie völlig in der Hand des Staates, der als einziger in der Lage war, materielle Hilfestellungen zu geben, da die Kirche selbst nicht über regelmäßigen Einkünfte wie Kirchensteuern verfügte. So gab der Bevollmächtigte in Kiev dem Bischof von Černivci keine Erlaubnis, dort theologische Kurse zur Ausbildung von Priestern abzuhalten, da der sowjetische Rat der Volkskommissare bereits mit Beschluss vom 2. März 1945 die Genehmigung erteilt hatte, zweimal jährlich Kurse in Kiev, Lemberg, Odessa und Luc'k durchzuführen.[153]

Die Eröffnung der theologischen Kurse des Geistlichen Seminars in Odessa am 15. Juli 1945 wurde in Anwesenheit des Bischofs von Odessa und Kirovohrad, Sergij, unter großer Anteilnahme der Bevölkerung demonstrativ zelebriert.[154] Als Kursort war der erste Stock des Pantelejmon-Klostergebäudes renoviert worden, wo man über immerhin 14 Räume verfügte. Zur personellen Ausstattung der Einrichtung gehörten ein Rektor, der Professor und *protoierej* Čemen, der Inspektor und *protoierej* D'jakonov sowie der Sekretär Monachov. Dass der Aufwand überhaupt möglich wurde, war auch der Ausrichtung der Kursinhalte zu verdanken, die einer staatlichen Genehmigung bedurften. Im Lehrplan war nämlich festgelegt worden, dass die Schüler nicht nur in den Regeln der Kirche und in der Liebe zu ihr, sondern auch zur Heimat erzogen werden sollten.[155] Nach Abschluss der Kurse würden die Teilnehmer neben grundlegendem religiösen Wissen auch „gesunde patriotische Ansichten und Überzeugungen gelernt haben, damit jeder Absolvent der Abschlusskurse nicht nur ein Seelenhirte", sondern auch „ein Bürger seines Großen Vaterlandes" in der besten Bedeutung dieses Wortes werde. Diesen Aussagen zufolge verstand sich die Russische Orthodoxe Kirche nicht nur als Vermittlerin religiöser Dimensionen, sondern auch politischer Bildung im nationalen und großrussischen Sinn. Allerdings waren Mitarbeiter, Schüler und Kleriker einer permanenten Kontrolle unterworfen. De Bevollmächtigte für die Russische Orthodoxe Kirche besaß genaue Angaben über Schüler und Lehrer des Geistlichen Seminars in Odessa. Eine Liste der 35 namentlich aufgeführten Schüler von vier Klassen vom 25. September

153 CDA 4648-1-18, ark. 69: Zaključenije upolnomočennogo Soveta po delam pravoslavnoj cerkvi pri Sovete Ministrov SSSR po Ukrainskoj SSR. Po voprosu o razrešenii otkrytija v g. Černovicach pastyrsko-bogoslovskich kursov. [Gez.] Upolnomočennyj Soveta po delam russkoj pravoslavnoj cerkvi po USSR P. Chodčenko. Kiev, 12. Juli 1946.

154 M. MONACHOV Otkrytie Odesskich pastyrsko-bogoslovskich kursov, in: Žurnal Moskovskoj Patriarchii (Oktober 1945) Nr. 10, S. 26–29. Die Beiträge dieser unter staatlicher Zensur stehenden Zeitschrift sind kaum informativ. Sie sind in der Regel stark patriotisch gefärbt, wenn sie nicht über administrative Vorgänge berichten. Oftmals werden Ereignisse aufgezählt, die politisch von geringer Bedeutung sind; dazu gehören auch Hetzartikel gegen den Vatikan.

155 Ebenda, S. 29.

1946[156] gibt explizit Auskunft über Herkunft, Ausbildung, politische Loyalität, militärische Stellung und Aufenthaltsort während des Krieges. Die politisch korrekte Ausrichtung des Seminars, das zu den drei bis zum Ende der Sowjetunion bestehenden Seminaren gehörte, wurde belohnt: Am 25. Juni 1946 wurde es durch Beschluss des Rates für die Russische Orthodoxe Kirche in Moskau einem Technikum gleichgestellt. Mit Hinweis auf diesen Umstand versuchte der Rektor des Seminars zwei Jahre später, den Antrag eines Interessenten auf Aufnahme durchzusetzen, dem von dem Direktor der Firma, in der er beschäftigt war, bescheinigt worden war, er dürfe in jede beliebige Lehreinrichtung eintreten außer in eine geistliche.[157]

Die Abhängigkeit der Russischen Orthodoxen Kirche vom Staat stieg mit den Jahren weiter; Ende der vierziger Jahre trat ein politischer Wendepunkt ein, der von der relativen Schonung der Orthodoxie hin zu ihrer Repression führte. Bei den vier Zusammenkünften des Bevollmächtigten Chodčenko mit Metropolit Ioann im Jahr 1949 wurde eine Reihe von Punkten erörtert, die unter normalen Umständen einzig in die Verantwortung der Kirchen gefallen wären, nun aber gänzlich vom Rat für die Russische Orthodoxe Kirche entschieden wurden.[158] Dabei ging es um die Versendung von Geistlichen in die Karpaten-Ukraine – vor dem Hintergrund der Liquidierung der dortigen unierten Kirche –, um die Übersiedlung von Ordensgeistlichen, um die Einrichtung des Geistlichen Seminars in Kiev, um die Renovierung einer Kathedrale, um die Ernennung von Bischöfen, um die Schließung von Devotionalien-Läden des Exarchats sowie um die Freigabe von kirchlichen Gebäuden in Kiev. Zum selben Zeitpunkt waren insgesamt 59 orthodoxe Kirchen in den ukrainischen Gebieten unter Ausnahme der westlichen Gebiete und der Karpaten-Ukraine aus der staatlichen Registrierung genommen worden, unter der Begründung, sie hätten ihren Dienst eingestellt. Ferner wurden den Gemeinden 27 Gebäude (darunter umfunktionierte Kirchen) entzogen, woraufhin die Gemeinden zum großen Teil entweder zerfielen oder mit einer Nachbargemeinde verschmolzen. Insgesamt bestanden zum 1. April 1949 noch 9.094 Kirchen der Russischen Orthodoxen Kirche. Allerdings konstatierte der Rat den Verfall des kirchlichen Einflusses nicht nur bei der Masse der Gläubigen, sondern auch bei einem Teil ihres Klerus. Der Rücktritt von kirchlichen Ämtern durch Priester sei angestiegen. „Viele" hätten ihr Amt von sich aus aufgegeben. Die Kirche könne durch die natürlichen Todesfälle von Geistlichen deren Bestandszahlen nicht halten. 1948 verstarben 524 Geistliche, während nur 206 hinzukamen. Die neuen Kräfte besaßen jedoch nur mehr eine schwache Bildung und

156 DAOO r-2000-3-171, ark. 6–7ob.: Spisok učaščichsja Odesskoj Duchovnoj Seminarii na 25 sentjabrja 1946 goda. [Gez.] Inspektor Duchovnoj Seminarii Ducyk, Sekretar' Zubkov.

157 DAOO r-2000-3-171, ark. 122: [Gez.] Rektor Odesskogo Duchovnoj Seminar Protoierej E. D'jakonov. Upolnomočennomu Soveta po delam russkoj pravoslavnoj cerkvi pri Sovete Ministrov SSSR po Odesskoj oblasti P. A. Blagovu. [Tag nicht lesbar] August 1948.

158 CDAHOU 1-23-5928, l. 2–22: [An:] CK KP/b/U. Upravlenie Propagandy i agitacii tovarišču Tapočka. [Gez.] Zam. Upolnomočennogo Soveta po delam pravoslavnoj cerkvi pri Sovete Ministrov SSSR po USSR G. Katunin. 6. Juni 1949.

stellten für die Gläubigen keine Autorität dar. Auch eine „moralische Dekadenz" von Priestern wurde durch den Bevollmächtigten ausgemacht und als Zeichen für den Verfall der Kirche gewertet: In der Ausübung ihres „Kults" seien die Geistlichen besonders fleißig, wenn es um materielle Belange gehe. Dafür sei ihnen jedes Mittel recht. Dass in dem Bericht kein gutes Haar an den Kirchendienern gelassen wird, ist nicht verwunderlich. Er endet mit einer langen Aufzählung von Verfehlungen, die Kirchenangehörigen angeblich nachgewiesen wurden, wie Diebstahl, „unmoralisches Verhalten" und Erpressung von Kirchenbesuchern. Für das ZK entstand somit der Eindruck, das religiöse Leben in der Ukraine sei am Absterben und werde von den staatlichen Behörden voll kontrolliert. Die Gefahr politischer Betätigung seitens der orthodoxen Kirche wurde somit ab 1949 nicht mehr erwartet.

Die römisch-katholische Kirche

Die römisch-katholische Kirche und der Papst gehörten seit der kommunistischen Machtübernahme 1917 zu den massiven Kritikern der Bolschewiken. Papst Pius XII. brachte in Enzykliken und anderen Schreiben immer wieder die Ablehnung des Kommunismus durch die katholische Kirche zum Ausdruck.[159] Für das Regime war dies ein weiterer Grund, gegen die katholische Kirche in der Sowjetunion – gegen die römisch-katholische wie die griechisch-katholische (unierte) Kirche gleichermaßen – hart vorzugehen. In der Ukraine lag der Schwerpunkt der Katholiken mit lateinischem Ritus in den westlichen Gebieten, also in den strategisch bedeutsamen Grenzregionen, wo der Anteil der polnischen Bevölkerung besonders hoch war. Die Politik dieser gegenüber war auf Zurückdrängung ausgerichtet, so dass es um die Katholiken in der Ukraine teilweise wesentlich schlechter bestellt war als um kleinere Sekten. Nach dem Krieg wurden die Geistlichen, ähnlich wie die unierten Priester, als Helfershelfer des „polnisch-nationalistischen Untergrunds", der Armia Krajowa, bezichtigt und unter dieser Pauschalverurteilung als „antisowjetische Elemente" verfolgt.[160] Römisch-katholische Geistliche in der übrigen Sowjetukraine – so der italienische Jesuit Leoni und der französische Asumptionist Nicholas im April 1945 in Odessa – wurden ebenfalls unter der Begründung der Kollaboration zu mehrjähriger Lagerhaft verurteilt.[161] Ein spezielles Motiv für die Verfolgung katholischer und polnischer Geistlicher bestand darin, dass diese besonders hartnäckig gegen die Ausreise nach Polen infolge des sowjetisch-polnischen Bevölkerungsaustausches nach 1944 agitierten und die polnische Bevölkerung zum Bleiben auf-

159 S. I. HORBAČ Dejaki aspekty vidnosyn miž Vatikanom ta SRSR pislja druhoï svitovoï vijny (1945–1953), in: UIŽ (1998) Nr. 6, S. 68–76, hier S. 73–76.

160 DALO P3-1-426, ark. 43–47: Sekretarju CK KP/b/U Tov. Chruščevu N. S. Dokladnaja zapiska. Ob antisovetskoj dejatel'nosti rukovoditelej rimo-katoličeskoj cerkvy na territorii L'vovskoj oblasti. [Gez.] Sekretar' L'vovskogo obkoma KP/b/U Gruševckij. [o. D., 1946?]

161 O. A. LICENBERGER Rimsko-katoličeskaja Cerkov' v Rossii. Istorija i pravovoe položenie. Saratov 2001, S. 310; KOLARZ Die Religionen in der Sowjetunion, S. 214.

riefen. Als Mittel dafür, ausreiseunwillige Polen umzustimmen, wurde den römisch-katholischen Gemeinden die Registrierung verweigert. So erhielten im Gebiet Drohobyč 14 römisch-katholische Gemeinden mit 95.592 Mitgliedern, in denen nur mehr sechs Pfarrer tätig waren, nach dem Krieg keine Registrierung.[162] Sie könne erst nach der Aussiedlung der polnischen Bevölkerung nach Polen durchgeführt werden. Dies wurde mit den örtlichen Organen des NKGB/MGB abgestimmt und durch den Bevollmächtigten für religiöse Kulte einem betroffenen Pfarrer mitgeteilt.

Auch in der Zentralukraine wurden römisch-katholische Gemeinschaften Behinderungen ausgesetzt. Die Registrierung der Gemeinde von Svjatošino, einer Vorstadt von Kiev, wurde ebenfalls durch den Kiever Bevollmächtigten hinausgezögert.[163] Nach der Enteignung der Kirche 1942 unter deutscher Besatzung trafen sich die Gemeindemitglieder weiter in einem gepachteten Privathaus. Einen Geistlichen besaß die Gemeinde nicht, Versammlungen zum Gebet führte sie allein durch; für den Empfang der Sakramente fuhr man in die Gebiete Žytomyr bzw. Vinnycja, wo es noch Priester gab. Wie der Leiter der Gruppe erklärte, kämen sogar aus Kiev Katholiken zu ihnen, so dass die Gemeinde zwischen 120 und 150 Gläubige zähle. Die polnischstämmigen Mitglieder wollten nicht nach Polen auswandern, da ihre Heimat die Ukraine sei, wo ihre Väter, Großväter, Urgroßväter und sie selbst geboren seien. Der Bevollmächtigte befolgte nun die Anweisung des Sowjets, sich einer Registrierung von römisch-katholischen Gemeinden zu enthalten, bis eine andere Anordnung komme, allerdings löste er die Gemeinde auch nicht auf. Im Gegensatz dazu war man in der Südukraine, wo die Konzentration der katholischen Bevölkerung geringer war, großzügiger. Daher blieb die römisch-katholische Kirche der polnischen Gläubigen in Odessa in der Karl-Marx-Straße geöffnet, während die meisten Synagogen und orthodoxen Kirchen sowie die lutheranische Kirche in der sowjetischen Zeit geschlossen wurden.[164]

Die drastische Reduzierung der römisch-katholischen Gemeinden in der Westukraine belegen Angaben aus dem Gebiet Rivne. Hier belief sich die Zahl der römisch-katholischen Priester bis zum 1. Januar 1944 auf 49.[165] Bis zum Juni 1946 waren 45

162 CDA 4648-2-18, ark. 1–8: Otčetnyj doklad Upolnomočennogo Soveta po delam religioznych kul'tov pri Sovete Ministrov SSSR po Drogobyčskoj oblasti. [O. D.], hier ark. 5.

163 CDA 4648-2-2, ark. 13: URSR. Vykonavčyj komitet Kyïvs'koï oblasnoï Rady deputativ trudjaščich. Predsedatelju Soveta po delam religioznych kul'tov pri SNK SSSR, tov. Poljanskomu I. V. [Gez.] Upolnomočennyj Soveta po delam religioznych kul'tov pri SNK SSR po Kievskoj oblasti Zareckij. 15. Dezember 1945. In Kiev waren zum 1. April 1942 insgesamt 8.898 römisch-katholische Gläubige verzeichnet gewesen; vgl. die Tabelle in: L. MALJUŽENKO Kyïv za 1942 rik, in: Naše mynule (1993) čyslo 1 (6), S. 151–182, hier S. 163–164.

164 MAURICE FRIEDBERG How Things Were Done in Odessa. Cultural and Intellectual Persuits in a Soviet City. Boulder, San Francisco, Oxford 1991, S. 17.

165 CDA 4648-2-20, ark. 30b: Upolnomočennomu Soveta po delam religioznych kul'tov pri Sovete ministrov SSSR po Ukrainskoj SSR, tov. P. O. Vil'chovomu. [Gez.] Vološkevič, upolnomočennyj Soveta po delam religioznych kul'tov pri Sovete Ministrov SSSR po Rovenskoj oblasti. Dies war die Antwort auf eine Anfrage vom 28. Juni 1946.

nach Polen ausgesiedelt, einer war ermordet worden (angeblich von „Banditen", wie es auch an anderer Stelle oft stereotyp hieß, gemeint sind damit im sowjetischen Sprachgebrauch die UPA-Kämpfer), einer saß in Haft; nur zwei waren im Gebiet verblieben. Von den bis 1944 bestehenden 47 Kirchen im Gebiet waren 12 von „Banditen" zerstört worden, 35 bestanden zwei Jahre darauf noch: sechs waren in Betrieb, 18 standen leer, drei dienten als Klubs, zwei als Lager und sechs waren halb zerstört.

Die Verwendung von frei werdenden Kirchengebäuden hatten die Räte zu entscheiden: Im Gebiet Drohobyč erhoben Betriebe Ansprüche darauf, ein Teil wurde von der orthodoxen Kirche übernommen, obgleich diese kein historisches Nutzungsrecht ableiten konnte.[166] Unklarheit bestand bei den in den verlassenen katholischen Kirchen aufgefundenen Orgeln, die Gefahr liefen, durch unsachgemäße Behandlung oder absichtlich zerstört zu werden. Allein im Jahr 1947 handelte es sich dabei in Lemberg um acht Orgeln, die, wie es hieß, dringend aus den Kirchen entfernt werden müssten. Nach einer Anordnung des Ministerrates der USSR wurden zwei der Instrumente aus Lemberg nach Kiev in das Operntheater im. Ševčenka verbracht. Für die Oper von Charkiv war bereits 1946 eine Orgel auseinandergenommen und verpackt worden. Eine wertvolle und besonders für Theater geeignete Orgel stand im Elisabeth-Kloster in Lemberg. Um den Verfall zu verhindern, erbat der für das Gebiet zuständige Bevollmächtigte für religiöse Kulte von höherer Stelle Anweisung.[167]

Insgesamt war die Situation der römisch-katholischen Kirche nach dem Krieg durch die Verhaftung von Priestern, die Abdrängung von Gläubigen nach Polen und die Verweigerung der Registrierung vieler Gemeinden gekennzeichnet, so dass in der gesamten Sowjetunion Hunderte von Gemeinden in der Illegalität verblieben.[168] Ein gewisser Zufluss kam nur über Unierte, die zum römisch-katholischen Ritus wechselten, um dem Zwangsübertritt zur Orthodoxie zu entgehen.[169]

Die jüdischen Gemeinden

Die Situation der jüdischen Gemeinden war eine besondere.[170] Im Unterschied zu anderen Nationalitäten in der Sowjetunion bestand nämlich für Juden die Möglichkeit, sich über die religiöse Gemeinschaft auch national zu konstituieren, während

166 CDA 4648-2-16, ark. 49: Upolnomočennomu Soveta po delam religioznych kul'tov pri Sovete Ministrov SSSR po Ukrainskoj SSR, tov. Vil'chovomu. [Gez.] A. Burik, Upolnomočennyj Soveta po delam religioznych kul'tov pri Sovete Ministrov SSSR po Drohobyčskoj oblasti. Drohobyč, 27. Mai 1946.

167 CDA 4648-2-28, ark. 73: Sovetu po delam religioznych kul'tov pri Sovete Ministrov SSSR, t. Sadovskomu Ju. M. [Gez.] Upolnomočennyj Soveta po delam religioznych kul'tov pri Sovete Ministrov SSSR po L'vovskoj oblasti P. Kučerjavyj. 3. Juni 1947.

168 LICENBERGER Rimsko-katoličeskaja Cerkov' v Rossii [vgl. oben Anm. 161], S. 311.

169 Istorija relihiï v Ukraïni. Tom 4. Katolycyzm. Red. P. Jaroc'kyj. Kyïv 2001, S. 154.

170 Zum Antisemitismus in der Sowjetukraine vgl. im Kapitel über die jüdische Minderheit.

sonst die Organisation als Volksgemeinschaft verboten war. Diese legalen jüdischen Vereinigungen wurden – und dies ist angesichts ihrer materiellen Lage, ihres Menschenverlustes und der allgemeinen antijüdischen Stimmung verständlich – auch als soziale Einrichtungen genutzt, was aber der sowjetischen Rechtslage zufolge untersagt war. Die jüdischen Einrichtungen wurden daher wiederum einer genauen staatlichen Kontrolle unterworfen und allmählich in ihrer Zahl reduziert, bis in jedem Gebiet nur mehr eine Gemeinde mit einer Synagoge übrigblieb.[171] Bei der Verweigerung der Registrierung von Synagogen funktionierte das Zusammenspiel der sowjetischen Behörden untereinander reibungslos. Es gelang den Gemeinden nur mehr, einen Bruchteil ihrer früheren Gebäude zurückzuerhalten. Die zynische Begründung lautete, dass bei einem so hohen Bedarf an öffentlichen Gebäuden keine Rücksicht auf kleine Gemeinschaften genommen werden könne; es gebe zu wenig Juden. Dadurch wurde den Gemeinden nach und nach ihre Existenzberechtigung entzogen.[172]

Die Bestätigung von Beschlüssen durch den Rat für religiöse Kulte am Ministerrat in Moskau war eine zügig durchgeführte Formsache; die Exekutivkomitees mussten nicht einmal Gründe für die Schließungen von Synagogen angeben. So lehnte das Exekutivkomitee des Gebiets Vinnycja am 28. Mai 1947 das Gesuch der Juden nach Wiedereröffnung der Synagoge in der Stadt Bara, ulica Lenina, ab. Einige Wochen darauf, am 3. Juli 1947, wurde dieser Beschluss vom Rat für religiöse Kulte in Moskau[173] bestätigt. Am 31. Oktober 1947 bestätigte der Rat einen gleichlautenden Beschluss des Gebiets-Exekutivkomitees Vinnycja vom 22. September 1947, die von Juden vorgebrachte Bitte nach Eröffnung der Synagoge in dem Ort Kazatin, Kazatinskij rajon, Gebiet Vinnycja, abzulehnen.[174] Als das Exekutivkomitee des Gebiets am 8. Juli 1946 die Überstellung des Gebäudes der früheren Choralsynagoge in der Stadt Belaja Cerkov', Gebiet Kiev, an das Kommando der Garnison der Roten Armee für die Errichtung und spätere Nutzung als Offiziersklub beschloss, wurde dies im Oktober 1946 vom Moskauer Rat für religiöse Kulte bestätigt.[175]

Beschwerden jüdischer Gemeinden an den Rat in Moskau finden sich in größerer Zahl; einen positiven Bescheid hatten sie aber nie zur Folge. Am 31. Oktober 1945 formulierte die jüdische Gemeinde von Lemberg unter dem Vorsitzenden Sobol' ei-

171 Eine Aufstellung der jüdischen Gemeinden in einzelnen ukrainischen Gebieten 1948–1952 bei BOECKH Jüdisches Leben in der Ukraine nach dem Zweiten Weltkrieg.

172 Exemplarisch wird dies dargestellt an der jüdischen Gemeinde von Lemberg bei: KATRIN BOECKH Fallstudie: Lemberg in Galizien. Jüdisches Gemeindeleben in der Ukraine zwischen 1945–1953, in: Glaube in der 2. Welt 30 (2002) Nr. 4, S. 20–25.

173 CDA 4648-2-25, ark. 1: Vypiski iz protokola No. 12 zasedanija Soveta po delam religioznych kul'tov pri Sovete Ministrov SSSR. [Tag der Sitzung: 3. Juli 1947].

174 CDA 4648-2-25, ark. 5: Vypiski iz protokola No. 18 zasedanija Soveta po delam religioznych kul'tov pri Sovete Ministrov SSSR. [Tag der Sitzung: 31. Oktober 1947].

175 CDA 4648-2-15, ark. 33: Sovet po delam religioznych kul'tov pri Sovete Ministrov SSSR, Moskva. Upolnomočennomu Soveta po delam religioznych kul'tov pri Sovete Ministrov SSSR po Kievskoj oblasti, tov. Zareckomu. Vypiska. 2. Oktober 1946.

ne Bitte an den Rat, den örtlichen Sowjetorganen zu verbieten, die Synagoge in der Vovča ulica 14 zu beschlagnahmen.[176] Insgesamt zwanzig Juden hatten mit ihren Adressen unterschrieben, darunter Invalide und Kriegsteilnehmer. Sie gaben an, dass ihre Gemeinschaft rund 5.000 Mitglieder umfasse. Fast alle Synagogen in Lemberg waren von den Deutschen zerstört worden. Das einzige von den Juden übernommene Gebäude konnte aber die Bedürfnisse der Gemeinde nicht decken.

Für die Rückerlangung von Gebäuden, die früher in jüdischem Besitz waren, schöpften die betroffenen Juden alle politischen Möglichkeiten aus. Dies wird deutlich bei dem Versuch einer „Initiativgruppe jüdischer Nationalität", so die Selbstbezeichnung, die sich im Rajon Novogo Bazara in der Stadt Odessa gebildet hatte, um die alte Synagoge in der ulica Ol'gievskaja Nr. 14 mittels eines Beschlusses des Gebietskomitees wiederzuerlangen.[177] Die Sprecher dieser Gruppe hatten bereits der Kultabteilung am Exekutivkomitee des Gebiets und dem Gebietskomitee geschrieben und die nötigen Dokumente dorthin geschickt. Obgleich das Exekutivkomitee Hilfe bei der Rückerstattung des Gebäudes versprochen hatte, war nach sechs Monaten kein Resultat erzielt worden. Die Gruppe beschloss daher, sich an Chruščev und Kaganovič persönlich zu wenden, die positiv auf die Anfrage reagiert und die Rückerstattung der Synagoge in Aussicht gestellt hätten.[178] Nun wandte man sich erneut an die Abteilung für Kult des Exekutivkomitees des Gebiets, der aber zog den Vorschlag nicht in Rechnung und auch nicht die Tatsache, dass sich die jüdische Bevölkerung seit 1944 um das Vier- bis Fünffache vergrößert hatte. Außerdem müsse bedacht werden, dass die Synagoge auch von Alten und Invaliden besucht würde, denen es schwerfalle, von einem Stadtteil in den anderen zu gelangen, was umso problematischer war, als es die religiösen Vorschriften den Juden nicht gestatteten, am Sabbat ein Transportmittel zu benutzen. Das Exekutivkomitee des Gebiets verfüge über eine Liste von 500 Alten und Invaliden, bestätigt vom Vorošilovskij rajon. Die Schlussformulierungen betonen die Verbundenheit der jüdischen Gemeinde mit dem System: Es heißt, man hoffe, es werde mit Blick auf die Stalinverfassung eine gerechte Antwort gefunden. Die „Alten" sollten einen Ort „für das Alter der Jahre" haben, an dem sie ihren Kummer über die umgekommenen Kinder und Enkel ausweinen und für ihre Kinder, die unvergesslichen Helden, die ihr Leben für die Befreiung vom verhassten Feind eingesetzt hätten, beten könnten. Der letzte Satz des Briefes dringt nochmals auf Hilfe in dem Wissen, „dass es nur in der Sowjetunion für die alten Leute ausschließlich Hochachtung und Respekt" gebe.

176 CDA 4648-2-2, ark. 11–11ob.: Evrejskaja obščina v gor. L'vove. [An:] g. Moskva, Sovet narodnych komissarov SSSR. 1. Oktober 1945. [Gez.] Sobol', David Gencionovič [Vatersname schlecht lesbar, Vorsitzender der Gemeinde].

177 DAOO r-2000-3-261 [unpaginiert]: V obkom Partii G. Odessy tov. Kiričenko. Ot predstavitelej iniciativnoj gruppy evrejskoj nacional'nosti, proživajuščich v rajone Novogo Bazara g. Odessy Ryvkinzon N. N. i Levi S. S. Zajavlenie. [Gez.] Ryvkinzon, Levi. [Handschr.: 10. Dezember 1947.]

178 Leider befand sich diese Zusage nicht in den Akten.

Die patriotischen Versicherungen brachten der jüdischen Gemeinschaft im Unterschied zur Russischen Orthodoxen Kirche jedoch keinen Erfolg.

Die Enteignung von religiösen Gebäuden lief nicht ohne den Widerstand der Betroffenen ab. Die Juden von Pervomajs'k hatten den Verlust von drei Synagogen zu verkraften, die seinerzeit mit den Mitteln gläubiger Juden errichtet worden waren. Zwei mussten staatlichen Unternehmen weichen, eine dritte wurde zu einem Klub für Taubstumme umfunktioniert. Da dieser jedoch den Angaben der jüdischen Gemeinde zufolge nicht genutzt wurde, forderte man das Gebäude von der Stadtregierung zurück.[179] Zur Begründung hieß es, dass in der Gegenwart – Oktober 1946 – die Zahl der Juden in der Stadt einige Tausend betrage. Die Mehrheit von ihnen sei gläubig und besuche die Gebetsstunden. Im laufenden Jahr seien aber die vorläufig belegten Gebäude zu klein geworden für die Gläubigen. Die Antwort fiel negativ aus, die jüdische Gemeinde wandte sich daher einige Monate später erneut an die Gebiets-Behörden.[180] Hier wird nachdrücklicher darauf verwiesen, dass die Synagoge von Pervomajs'k nur formal in einen Klub für Taubstumme umfunktioniert worden sei, als solcher jedoch rein keine Anwendung finde. In diesem Fall ist das letztinstanzliche Urteil aktenmäßig greifbar: Wie der Rat für religiöse Kulte am Ministerrat der UdSSR in Moskau dem Bevollmächtigten für das Gebiet Odessa mitteilte, hatte er den Präsidenten der jüdischen Gemeinde mitzuteilen, dass seiner Bitte nicht nachgekommen werden könne.[181] Das Gebäude der früheren Synagoge sei bereits umgestaltet und als Klub der Taubstummen belegt worden. Entschuldigungen, Erklärungen oder Alternativen werden in dem kargen Satz jedenfalls nicht ausgedrückt, waren angesichts der Rechtslage auch nicht nötig.

Die Einmischung des Staates ging wie bei den Kirchen auch bei den jüdischen Gemeinden sehr weit. So erhielt der Bevollmächtigte für religiöse Kulte des Gebiets Odessa im September 1947 eine Bitte, die ihm einiges Kopfzerbrechen abverlangte.[182] Die jüdische Gemeinde von Odessa bat ihn nämlich, ihr einen Kantor für den geistlichen Gesang zuzuweisen. Der Bevollmächtigte versuchte nun seinerseits bei seinem Vorgesetzten zu erfahren, ob er dazu berechtigt sei, eine solche Bescheini-

179 DAOO r-2000-3-261 [unpaginiert]: G. Pervomajsk. Pervomajskomu Gorispolkomu. Chodatajstvo verujuščich evreev goroda Pervomajska. [Tag nicht genannt] Oktober 1946.

180 DAOO r-2000-3-261 [unpaginiert]: V Odesskij oblispolkom. Upolnomočennyj po delam religioznych obščin nacmenov po Odesskoj oblasti, tov. Belovu. Zajavlenie Pravlenija religioznoj obščiny /evrejskoj/ g. Pervomajska. [Gez.] Pred. Pravlenija Vinarev, členy Pravlenija Rinberg, Rybak. 27. August 1947.

181 DAOO r-2000-3-261 [unpaginiert]: Sovet po delam religioznych kul'tov pri Sovete Ministrov SSSR. [An:] Tov. Astrovu, g. Odessa: Upolnomočennomu Soveta po delam religioznych kul'tov pri Sovete Ministrov SSSR po USSR. [Gez.] Člen Soveta po delam religioznych kul'tov pri Sovete Ministrov SSSR Tagiev. 13. Oktober 1947.

182 DAOO r-2000-3-261 [unpaginiert]: Upolnomočennomu Soveta po delam religioznych kul'tov pri Sovete Ministrov SSSR po USSR tov. Vil'chovomu. [Gez.] Upolnomočennij Soveta po delam religioznych kul'tov pri Sovete Ministrov SSSR po Odesskoj oblasti Astrov. [Handschr.: 5. Oktober 1947.]

gung auszustellen, und fragte ferner an, ob denn ein Kantor als eine „geistliche Person" zu betrachten sei.

Freikirchen und Sekten

Typisch für die Westukraine nach dem Zweiten Weltkrieg war das Auftreten einer großen Fülle der verschiedensten Freikirchen und Sekten, wie sie in dieser Massierung in der UdSSR sonst kaum festgestellt wurden. Ein Teil der Sekten war im 19. Jahrhundert entstanden und hatte unter der sowjetischen Herrschaft unter Verfolgung zu leiden, weil sie sich gegen die Erfordernisse des Systems wie die Arbeit in Kolchosen und den Armeedienst erbittert wehrten. Während der deutschen Besatzung hatten auch sie Kräfte gesammelt, so dass der Sowjetstaat nach dem Krieg auch gegen sie erneut vorging.[183] Dies fiel wie bei den anderen nicht-orthodoxen Kirchen in die Zuständigkeit des Bevollmächtigten des Rates für religiöse Kulte. Die Sprachregelung, wann eine religiöse Gemeinschaft als „Sekte" oder als Kirche zu bezeichnen war, übernahmen die politischen Organe aus der kirchlichen Terminologie. Die Zahl der einzelnen Gemeinden dieser Religionsgemeinschaften in der Ukraine schwankte stark. Im Frühjahr 1945[184] waren die Evangeliumschristen-Baptisten in insgesamt 1.036 Gemeinden mit 881 „Kultdienern" registriert. Die Adventisten des Siebten Tages waren in 106 Gemeinden mit 50 „Kultdienern" organisiert, die „Christen Evangelischen Glaubens" in 180 Gemeinden mit 178 „Kultdienern". Die „Evangelischen Christen im Apostolischen Glauben" besaßen drei Gemeinden und die Sekte der Molokanen – „Milchtrinker" nach ihrem Fastenritus; sie waren in erster Linie im Kaukasus zu finden – eine Gemeinde mit einem religiösen Führer. Manche Sekten fielen dem Staat zum ersten Mal auf. So fanden sich in einer Reihe von Dörfern der Gebiete Ternopil', Rivne und Volyn' Anhänger der illegalen Sekte der „Bogači" oder „Anhänger der Heiligen Schrift", die sich dem Dienst in der Roten Armee kategorisch entzogen und sich weigerten, Aufgaben in Gesellschaft und Staat zu übernehmen. Dies traf auch auf die Mitglieder der „Wahren orthodoxen Kirche" im Gebiet Charkiv zu, die sowjetische Dokumente als „Werke des Antichristen" zurückwiesen. Die Vereinigung hatte sich 1927 von der Russischen Orthodoxen Kirche abgespalten und sich geweigert, den sowjetischen Staat anzuerkennen. In aller Heimlichkeit trafen sich nachts die Anhänger der Innozentisten („Innokent'evcy"; die Sekte ging auf einen Mönch Innokentij Levisor aus Balta zurück), die sich im Gebiet Černivci befand und mit Gruppen in der Moldauischen ASSR Kontakt hielt. Im Gebiet Rivne waren die Anhänger der „Zionisten" bzw. „Muraškovcy" beheimatet. Die Taufe mit Wasser erkannten sie nicht an, sondern nur die Geisttaufe. Ihre Riten verrichteten sie unter der Leitung von zwölf „Apos-

183 Viele Hinweise auf diese Sekten allgemein bei KOLARZ Die Religionen in der Sowjetunion, S. 343–368. Zur Lage der religiösen Sekten in Galizien vgl. auch BOECKH „Völlig normal, entsprechend den Prinzipien der Gewissensfreiheit, garantiert durch die Stalin-Verfassung".

184 Vgl. oben Anm. 136.

teln". In völliger Geheimhaltung lebten im Kiever Gebiet die „Malevancy", die Joanniter („Ioanity"), die Chlysten (Reste der russischen orthodoxen Sekten des 18. und 19. Jahrhunderts mit einer dualistischen Lehre) sowie die Zeugen Jehowas.

Bei den Vorbereitungen auf die Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR 1946 fiel den Behörden im Gebiet Lemberg insbesondere die Agitation der Zeugen Jehowas auf, die keine weltliche Hierarchie anerkannten.[185] Sie betrieben in einigen Rajons offene Propaganda gegen die Wahlen und zwar nicht nur mündlich, sondern auch in schriftlicher Form. In bei ihnen aufgefundenen Instruktionen und anderem Druckmaterial prophezeiten sie das Ende des Kommunismus und lehnten eine Beteiligung an den Wahlen ab, da Gott ihr Minister und König sei und sie nur ihn, nicht aber den „Teufel" wählen würden. Im Gebiet zählte man rund 200 Anhänger. Ihre antisowjetische Agitation wurde als besonders gefährlich eingeschätzt, da sie sich auf ukrainischem Nationalismus gründe. Eine führende Persönlichkeit der Zeugen Jehowas habe erklärt, es sei besser, zu den UPA-Partisanen zu gehen, die nur darauf warteten, gegen den gottlosen Feind loszuschlagen. In einem Dorf weigerten sich unter dem Einfluss der Zeugen Jehowas rund 100 Personen, an den Wahlen teilzunehmen. Das Gebietskomitee „isolierte" die leitenden Personen und verhaftete eine „bedeutende Anzahl" der Anführer.

Den Dienst in der Roten Armee lehnten auch die Adventisten des Siebten Tages ab. Diese fielen wie die Baptisten durch spektakuläre Massentaufen auf. So kamen zu einer Taufe von etwa 40 Baptisten im Dnipro im Juli 1945 rund 2.000 Zuschauer. Unter der Jugend und unter Studenten war der Zulauf für beide Gemeinschaften besonders groß.[186]

Allgemein verfolgte der Rat für religiöse Kulte die Zentralisierung der Sekten; darunter war die Bildung religiös-adminstrativer Zentren zu verstehen, mit denen die Behörde unmittelbar in Kontakt treten konnte.[187] Dieser Versuch, die staatlichen Einflussmöglichkeiten über die Vereinigung mehrerer religiöser Gruppen zu einem größeren Verband zu steigern, ist an der 1944 durchgeführten Zusammenlegung der Bünde der Baptisten und Evangeliumschristen zum Allunionsrat der Evangeliumschristen-Baptisten zu beobachten. Jener konnte, vom Geheimdienst unterwandert, eine effektive Kontrolle über die Gläubigen ausüben.[188] 1946 hatten sich auf staatliches Geheiß hin auch die Pfingstgemeinden dem baptistischen Allunionsrat zu unterstellen; sie wurden somit ebenfalls für die Sowjetmacht leichter lenkbar.

Die Evangeliumschristen-Baptisten standen auch in der Ukraine unter staatlicher Beobachtung und Verfolgung. Der Hauptgrund lag in der relativ großen Ver-

185 DALO P3-1-439, ark. 1–3: Sekretarju CK KP/b7U tov. Chruščevu N. S. Informacija ob antisovetskoj dejatel'nosti sekty iegovistov. [Gez.] Sekretar' L'vovskogo Obkoma KP/b/U Grušeckij. 4. Februar [194]6.

186 Vgl. oben Anm. 136.

187 ODINCOV Religioznye organizacii v SSSR, S. 45.

188 ASTRID VON BORCKE KGB. Die Macht im Untergrund. Neuhausen, Stuttgart 1987, S. 117–120.

breitung der Religionsgemeinschaft. Dies zeigte sich, als 1945 mehrere ihrer Gemeinden in Kiev – hier waren 1.456 Gläubige in zehn Gemeinden registriert – aufgelöst wurden. Betroffen waren die Gemeinden mit der größten Mitgliederzahl; der offiziell geäußerte Vorwurf gegen sie lautete, sie neigten zu „Mystizismus und fanatischen Erscheinungen". Eine Gemeinde in der Krasnoarmejskaja ulica war erst während der deutschen Okkupation gegründet worden. In ihr befanden sich, dem Bericht eines Bevollmächtigten zufolge, „hoch fanatisierte Mitglieder", ihre Führung bestehe aus „bourgeois-nationalistischen Elementen". Die andere Gemeinde in der Žiljanska ulica 104 gehöre mit dem Gründungsjahr 1904 zu den ältesten Gemeinden in der Ukraine und umfasse besonders orthodoxe Baptisten, die mit den deutschen Besatzern zusammengearbeitet hätten; Beweise dafür wurden nicht vorgelegt. Der Bevollmächtige des Rates für religiöse Kulte charakterisierte die Schließung der Gemeinden mit den Worten, dass damit das Kiever Stadtzentrum von dem unerwünschten Einfluss der Sekte befreit und ihr weiteres Vordringen eingeschränkt worden sei.[189]

Die Vereinigung der Evangeliumschristen-Baptisten mit den Pfingstgemeinden wurde ebenfalls genau beobachtet. So wurde ein *presviter* der Baptisten, Lukenčuk, vom Bevollmächtigten des Gebiets Kam-janec'-Podil's'kyj in eine Reihe von Gemeinden geschickt, um sich dort umzuhören.[190] Insgesamt waren im Frühjahr 1946 im Gebiet 485 Gläubige in 15 Pfingstgemeinden und 306 weitere Gläubige in kleineren Gruppen registriert worden. Zu den weiteren Ergebnissen der Umfrage gehörte die Erkenntnis, dass sich ein Teil der Pfingstchristen gegen einen Zusammenschluss mit den Baptisten und gegen die neue Bezeichnung „Evangeliumschristen-Baptisten" sträubte, da man befürchtete, nun Dienst an der Waffe leisten zu müssen, und sich weigerte, baptistische Riten wie die Fußwaschung zu übernehmen. Bis zum März 1946 wurden nur vier Pfingstgemeinden registriert, die sich mit den Baptisten hatten fusionieren lassen. Einer der Leiter der Gemeinden war für seinen Einsatz in der Roten Armee während des Krieges sogar mit einigen Orden ausgezeichnet worden. Weiter war aufgefallen, dass die Sekte Bedürftige unterstützte; der Bevollmächtige interpretierte dies als Mittel zur Anlockung von Neumitgliedern. Außerdem beachteten die Gemeinschaften streng die religiösen Vorschriften; aus einer Gemeinde wurden innerhalb von kurzer Zeit drei Mitglieder ausgeschlossen, weil sie die evangelische Lehre verletzt hätten: In einem Fall hatte eine 44-Jährige ständig Streit mit ihren Nachbarn provoziert, in einem anderen hatte eine 35-jährige Frau aus Verbitterung über die Kriegsverletzung ihres Mannes den Glauben aufge-

189 CDA 4648-2-5, ark. 1–3: Spravka o dislocirovanii sekty Evangel'skich Christian-Baptistov v g. Kieve. [Gez.] Upolnomočennyj Soveta po delam religioznych kul'tov pri Sovete Ministrov SSSR po Ukrainskoj SSR P. Vil'chovyj. [O. D.]

190 CDA 4648-2-14, ark. 6–9: Upolnomočennomu Soveta po delam religioznych kul'tov pri SNK SSSR po Ukrainskoj SSR, tov. Vil'chovomu. [Gez.] Upolnomočennyj Soveta po delam religioznych kul'tov pri SNK SSSR po Kamenec-Podol'skoj oblasti Popov. 18. März 1946.

kündigt. An antisowjetischen Vergehen wurden Versuche von Evangeliumschristen-Baptisten angeführt, Gefangene unerlaubt mit Nahrungsmitteln zu versorgen.

Die Sekten wurden aufgrund ihres politischen Verhaltens insgesamt differenziert bewertet.[191] So betrug die Anzahl der im Gebiet Drohobyč registrierten Religionsgemeinden insgesamt zehn: acht der Evangeliumschristen-Baptisten, eine der Adventisten des Siebenten Tages sowie eine „judäische" Gemeinde („iudejskaja obščina") in der Stadt Drohobyč. Der lokale Bevollmächtigte des Rates für religiöse Kulte berichtete über die Adventisten äußerst positiv: 80% der Gemeindemitglieder, die in einer Salzfabrik arbeiteten, erfüllten ihren Arbeitsplan im Übermaß; sie seien „allesamt" Stoßarbeiter und *stachanovcy*. Ihr *presviter*, ebenfalls ein Arbeiter, wirke im Dorfsowjet mit und habe in seiner Predigt zur aktiven Mitarbeit an den Arbeitsstellen sowie zur Teilnahme der Gläubigen an der Wahl zum Obersten Sowjet aufgerufen. Diese Gemeinde konnte also ihr Gemeindeleben durch eine betonte Anpassung an die staatlichen Vorgaben sichern. Hingegen wurden drei Gemeinden des Gebiets – zwei baptistische und eine jüdische –, obwohl sie der Registrierungspflicht unterlagen, nicht registriert. Die Gründe dafür waren technischer Natur, nämlich dass keine formale Leitung vorhanden war: Die Mitglieder einer baptistischen sowie der jüdischen Gemeinde waren zugewandert, die Baptisten waren Rücksiedler aus Polen, die Juden kamen aus den östlichen Teilen der Ukraine und waren vornehmlich aus der Roten Armee entlassene Soldaten und Invalide. Die sich den staatlichen Behörden verweigernden Zeugen Jehowas hingegen wurden in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg Zug um Zug in den Osten der Sowjetunion deportiert.[192]

Zusammengefasst richtete sich die staatliche Behandlung der Sekten in der Ukraine nach ihrem Verhalten. Auffällig ist, dass manche von ihnen aus ihrer religiösen Lehre heraus dem Staat und dessen Hierarchie einen wesentlich entschiedeneren Widerstand entgegensetzten als die traditionellen Kirchen, die auf ihre große Mitgliederzahl und auf ihre religiösen Dogmen Rücksicht nehmen mussten und daher weniger flexibel waren. Ein Motiv für die Zurückdrängung der Evangeliumschristen-Baptisten war die hohe Gemeinde- und auch Mitgliederzahl der Gemeinschaft sowie ihre traditionelle Distanz zu allen staatlichen Autoritäten. Kleinere Sekten, die zwar auf lokaler Ebene ebenfalls sehr radikal gegen staatliche Erfordernisse wie den Militärdienst und die Teilnahme an den Wahlen auftraten, konnten wesentlich leichter eliminiert werden.

191 Vgl. den oben unter Anm. 162 zitierten Bericht.

192 Vgl. zum Los der Zeugen Jehowas in der Karpaten-Ukraine: MYCHAJLO DELEHAN Dokumenty Deržavnoho archivu Zakarpats'koï oblasti pro peresliduvannja Sektantiv-Jehovistiv u 1947–1953 rr., in: Z archiviv VUČK-HPU-NKVD-KHB (1999) Nr. 1/2, S. 419–427.

5.2.2 Die „Liquidierung" der Unionen von Galizien und der Karpaten-Ukraine

1946 wurde die Union von Galizien, die auf das Jahr 1596 zurückgeht, und 1949 die Union der Karpaten-Ukraine, die 1646 beschlossen worden war, für aufgelöst erklärt. Das nicht offiziell ausgesprochene Verbot der unierten Kirchen in der Westukraine ist nicht nur als folgenreiches religions-, sondern auch als bedeutsames gesellschaftsgeschichtliches Ereignis zu werten, zum einen, da es einen großen Teil der westukrainischen Bevölkerung betraf, zum anderen, weil die Folgen bis in die unmittelbare Gegenwart reichen, und zum dritten, weil es ein staatlich inszeniertes Unterfangen war, das sich einerseits bewusst an die Öffentlichkeit wandte (in einer Pseudosynode in Lemberg), andererseits diese aber ebenso ausschloss, um ihren Protest zu verhindern (der Prozess gegen Slipyj und die Verhaftungen kirchlicher Repräsentanten fanden im Geheimen statt). Schließlich hatte das Verbot der unierten Kirche eine Verhaltensveränderung vieler Bürger zur Folge, die sich zur Ausübung ihrer religiösen Praxis in den Untergrund zurückziehen mussten. Die bei der Liquidierung der Unionen angewande Methodik erhellt in besonderem Maß die sowjetische Taktik nach dem Zweiten Weltkrieg bei der Verdrängung der Kirchen, die sich vom plumpen Kirchenkampf während der zwanziger Jahre in der Sowjetunion erheblich unterschied.

5.2.2.1 Die „Liquidierung" der Union von Galizien

Die unierte Kirche war die größte religiöse Gemeinschaft in der Westukraine; 1939 verfügte sie über fünf Bistümer (Lemberg als Erzbistum, Stanislav, Peremyšl, Mukačevo und Prešov), zwei apostolische Administraturen (Lemkengebiet, Wolhynien/Pidlasien/Polesien), zehn Bischöfe, 2.950 Priester, 1.090 Nonnen, 520 Mönche, 3.040 Gemeinden, 4.440 Kirchen und 195 Klöster sowie eine Geistliche Akademie und ein Geistliches Seminar in Lemberg.[193] In den fünf Bistümern zählte man über 4,2 Millionen Gläubige.[194] Hingegen konnte die orthodoxe Kirche in der Westukraine vor dem Zweiten Weltkrieg nur auf fünf Gotteshäuser und acht orthodoxe Priester zurückgreifen.

Der sowjetische Plan, die unierte Kirche in der Westukraine auszuschalten und sie der Russischen Orthodoxen Kirche unterzuordnen, geht auf die sowjetische Besetzung Ostpolens 1939 zurück.[195] Zu seiner Umsetzung reichte aber die Zeit nicht aus, außerdem war es selbst für die Sowjetmacht schwierig, sich über die populäre Persönlichkeit des im Jahr 1900 berufenen Metropoliten von Lemberg Andrij Šeptyc'kyj hinwegzusetzen. Dieser war von Papst Pius X. mit außerordentlichen Voll-

193 Martyrolohija Ukraïns'kych cerkov u čotir'och tomach. Tom 2, S. 49–50. Ebenda, S. 55–57, detailliertere Statistiken zum Bestand von Kirchen und Klöstern in den einzelnen Bistümern.

194 LYSENKO Do pytannja pro stanovyšče cerkvy v Ukraïni, S. 73.

195 BOCIURKIW The Ukrainian Greek Catholic Church and the Soviet State, S. 57–61.

machten ausgestattet worden, bei der ukrainischen Bevölkerung genoss er großes Ansehen.[196] Nach der sowjetischen Rückeroberung der Westukraine 1944 begannen die Angriffe auf die unierte Kirche keineswegs sofort. Die erste Kontaktaufnahme zwischen Šeptyc'kyj und den lokalen Behörden nach der sowjetischen Okkupation Lembergs verlief vorsichtig: Auf Wunsch des Erzbischofs wurden zwar die Studenten des Geistlichen Seminars vorläufig vom Wehrdienst zurückgestellt, allerdings sollte eine Kapelle in einem bis 1939 kirchlichen Krankenhaus geschlossen werden und geistlicher Beistand auf Wunsch der Kranken nur von der Krankenhausadministration erlaubt werden. Gleichzeitig forderte das Gebietskomitee von Chruščev für eine permanente Arbeit in kirchlichen Angelegenheiten „hochqualifiziertes Personal" an,[197] um die unierte Kirche und den erzbischöflichen Sitz in Lemberg einer effektiven Kontrolle zu unterstellen.

Diese allerdings brachte nicht das erwünschte Ergebnis zustande, mit dem man Šeptyc'kyj öffentlich hätte diffamieren und ins Unrecht setzen können. Es stellte sich nämlich laut einem NKGB-Bericht[198] heraus, dass er während der deutschen Okkupation seine anfänglich deutschfreundliche Position bereits während des Jahres 1942 aufgegeben und offenen Protest gegen die Judenverfolgungen und die Terrorisierung der Bevölkerung Göring gegenüber geäußert hatte.[199] Den unierten Priestern habe er verboten, für die Deutschen zu beten. Dennoch seien Šeptyc'kyj und die gesamte unierte Geistlichkeit von einer antisowjetischen und nationalistisch-ukrainischen Grundhaltung geprägt. Er wurde daher von Spitzeln überwacht, einer von ihnen mit dem Decknamen „Galickij" war der Leiter des Lehrstuhls für Geschichte der Ukraine an der Lemberger Universität. Eine offene Auseinandersetzung schien sowohl die Sowjetmacht wie auch Šeptyc'kyj selbst zunächst zu scheuen. Die Union war aber, so verstand man in Moskau richtig, ohne die aktive Mitwirkung des Metropoliten nicht aufzulösen.

Ein günstiger Augenblick dafür schien gekommen, nachdem Šeptyc'kyj am 1. November 1944 verstorben und sein Nachfolger Slipyj gerade bestellt worden war.[200] Ein Archivbeleg weist auf den 2. März 1945 hin, an dem Stalin den Vorsit-

196 Neben den zahlreichen anderen Veröffentlichungen über Šeptyc'kyj vgl. PAUL ROBERT MAGOCSI (ed.), Morality and Reality. The Life and Times of Andrei Sheptyts'kyi. Edmonton 1989; ANDRII KRAWCHUK Christian Social Ethics in Ukraine. The Legacy of Andrei Sheptytsky. Edmonton, Ottawa, Toronto 1997.

197 KŽ 1, Nr. 103.

198 KŽ 1, Nr. 92.

199 Zu Šeptyc'kyjs aktiven Versuchen, Juden vor der deutschen Besatzung zu retten, vgl. SHIMON REDLICH Metropolitan Andrii Sheptyts'kyi and the Complexities of Ukrainian-Jewish Relations, in: GITELMAN (Hrsg.), Bitter Legacy, S. 61–76. Ähnliches war bei der Führung der ukrainischen autokephalen und der autonomen orthodoxen Kirche nicht zu bemerken; im Gegenteil manifestierte sich hier antisemitisches Gedankengut (WEINER Making Sense of War, S. 285).

200 Zur Person und Theologie Slipyjs vgl. JAROSLAV PELIKAN Confessor Between East and West. A Portrait of Ukrainian Cardinal Josyf Slipyj. Grand Rapids, Michigan 1990.

zenden des Rates für die Russische Orthodoxe Kirche, Karpov, anwies, den Angriff auf die unierte Kirche zu beginnen.[201] Das von jenem vorgelegte Konzept – darin war auch die Rede von einer „Initiativgruppe", wie sie später eingesetzt wurde – billigte Stalin am 15. März.[202] Während Stalin also das Ende der Union bereits ins Auge gefasst hatte, kamen von Chruščev aus Kiev nach Moskau noch immer beschwichtigende Töne. Denn zwei Wochen nach dem Tod des Metropoliten verfasste Chruščev einen Bericht an Stalin, in dem er die unierten Kirchenoberen in einem politisch einwandfreiem Licht beschrieb,[203] was verwundern mag angesichts des harten Vorgehens nur einige Monate später, das von Chruščev mitgetragen wurde. Der ukrainische Partei-Vorsitzende hatte aber offenbar zu diesem Zeitpunkt noch keine Ahnung von den sich konkretisierenden Plänen Stalins zu einem finalen Schlag gegen die Unierten. Den Zeilen Chruščevs zufolge habe Šeptyc'kyj vor seinem Tod eine ausdrücklich pro-sowjetische Linie verfolgt und eine Gesandtschaft nach Moskau und Kiev vorbereitet, um die sowjetische Regierung und Stalin persönlich zu grüßen.[204] Als Reaktion auf einen Brief Šeptyc'kyjs an Stalin sowie an die Sowjetregierung und die Übergabe von 100.000 Rubel an das Rote Kreuz im Dezember 1944[205] seien kirchlicherseits Gerüchte in Umlauf gebracht worden, der

201 BILAS Represyvno-karal'na systema v Ukraïni, Kn. 1, S. 310–311; CHUMACHENKO Church and State in Soviet Russia, S. 42, mit dem Hinweis, dass Molotov dem Rat für die Russische Orthodoxe Kirche diesbezügliche Anweisungen erteilt habe.

202 BILAS Represyvno-karal'na systema v Ukraïni, Kn. 1, S. S. 311–316; ŠKAROVSKIJ Russkaja pravoslavnaja cerkov', S. 44. Zur Rücksichtnahme Stalins insbesondere auf die Haltung der USA bei der Liquidierung der unierten Kirche in Galizien vgl. SERHII PLOKHY In the Shadow of Yalta: International Politics and the Soviet Liquidation of the Ukrainian Greek Catholic Church, in: SERHII PLOHKHY, FRANK E. SYSYN Religion and Nation in Modern Ukraine. Edmonton, Toronto 2003, S. 58–73.

203 CDAHOU 1-23-1060, ark. 1–3: [An:] CK VKP/b/ tovarišču Stalinu I. V. [Gez.] N. Chruščev. 15. November 1944. (Die hier vorgelegten Angaben hatte Chruščev vom Volkskommissar für Staatssicherheit Savčenko erhalten; vgl. dessen Bericht ebenda, ark. 4–5; übersetzt in BOCIURKIW The Ukrainian Greek Catholic Church, S. 82–83.)

204 Zur Absicht Šeptyc'kyjs, eine Delegation der unierten Geistlichkeit zu Stalin zu senden, vgl. seinen Brief an Chruščev vom 16. Oktober 1944 in: Hreko-katolyc'ka cerkva v 1944–1991 rr., in: UIŽ (1996) Nr. 4, S. 101–102 (auch in: SERHIJČUK Neskorena Cerkva, S. 41–42). Als Mitglied der Delegation war auch Havryïl Kostel'nyk vorgesehen, der (spätere) Vorsitzende der Initiativgruppe zur Angliederung der unierten an die Russische Orthodoxe Kirche. Die Delegation erschien im Dezember 1944 vor dem Bevollmächtigten für Religiöse Kulte in Moskau (ODINCOV Gosudarstvo i cerkov' v Rossii, S. 111–112). Als Ergebnis überbrachte sie dem Nachfolger Šeptyc'kyjs, Slipyj, die Nachricht, die unierte Kirche werde von der sowjetischen Regierung „anerkannt" (vgl. MYŠANYČ Mytropolyt Josyf Slipyj pered "sudom" KGB, S. 40).

205 Die Existenz eines solchen Briefes ist zweifelhaft, einen Archivbeleg dafür gibt es nicht. Šeptyc'kyj habe diesen Brief, so Chruščev, seinem Bruder, dem Abt Kliment Šeptyc'kyj, im Vertrauen übergeben, wohl aus Angst, er würde sonst vernichtet werden. Angeblich hatte Kliment vor, diesen Brief einer Delegation nach Moskau mitzugeben. LYSENKO Do pytannja pro stanovyšče cerkvy v Ukraïni, S. 78; DERS. Religija i cerkov' na Ukraine, S. 54, über die Briefe und die Geldspende von 100.000 Rubel, aber beide Angaben ohne Archivbeleg.

Metropolit sei sehr alt und krank und man könne daher seine Überlegungen in Bezug auf den Bolschewismus nicht mehr ernst nehmen. Auf das Begräbnis Šeptyc'kyjs am 5. November ging Chruščev ebenfalls ein; allerdings kommt in seinem Schreiben nicht zum Ausdruck, dass er, wie ein Gerücht besagt,[206] selbst daran teilgenommen habe. 5.000 Leute seien dem Trauerzug gefolgt, darunter viele Jugendliche und Studenten sowie 200 Priester. Die Ernennung Slipyjs schon zu Lebzeiten Šeptyc'kyjs erkläre sich mit dessen hohem Alter. Auch Slipyj habe in Ansprachen seine Sympathie gegenüber der Sowjetmacht und seinen Wunsch, diese möge die griechisch-katholische Kirche unterstützen, ausgedrückt. Allerdings genieße er, wie es weiter hieß, bisher nicht genug Autorität unter dem unierten Episkopat und den Priestern. Ein Teil der Kirchenvertreter sei mit seiner Ernennung nicht zufrieden, da er als wenig entschlussfreudig gelte. Daher habe in der griechisch-katholischen Kirche ein „offener Kampf um Einfluss" begonnen. Möglicherweise lieferte Chruščevs Darstellung Stalin den letzten Anstoß, gegen die Unierten loszuschlagen, weil die Situation der unierten Kirche angesichts der vermeintlichen Harmlosigkeit Slipyjs augenblicklich instabil schien.

Der Bericht über Šeptyc'kyjs Begräbnis aus der Hand des Leiters der Lemberger NKGB-Verwaltung gab ähnliche Eindrücke wider, die nicht darauf schließen lassen, dass die unierte Kirche als besondere Gefahr erachtet wurde.[207] Im Einzelnen beschreibt der NKGB-Leiter den Gottesdienst in der Sankt-Georgs-Kathedrale, bei dem 217 Priester, Bischöfe und sonstige Geistliche teilgenommen hatten. In seiner Predigt habe Slipyj als Nachfolger Šeptyc'kyjs dessen Verbundenheit mit dem ukrainischen Volk unterstrichen, für das er sich sein Leben lang eingesetzt habe. Im Begräbniszug wurden über 5.000 Menschen gezählt, vor allem Frauen und Studenten. Am Tag des Begräbnisses seien wegen des NKVD-Einsatzes keinerlei antisowjetische Erscheinungen und andere unerwünschte Exzesse aufgetreten. Diese Schilderung widerspricht aber geradewegs den Darstellungen von Zeitzeugen, die im Begräbnis eine Demonstration des ukrainischen Nationalbewusstseins sahen. Selbst wenn die Wahrheit in etwa in der Mitte beider Einschätzungen zu suchen ist und das Begräbnis eine große Zahl an Besuchern anzog, so wurde diese Tendenz im NKBG-Bericht offenkundig absichtlich heruntergespielt, um das Durchsetzungsvermögen der lokalen Behörden zu betonen.

Gewaltsame Mittel gegen die unierte Kirche wurden eingesetzt, als Slipyj den Vorschlag des Moskauer Patriarchen, die unierten Bischöfe sollten die Union selbst

206 So in KOLARZ Die Religionen in der Sowjetunion, S. 230, HANSJAKOB STEHLE Die Ostpolitik des Vatikans. Geheimpolitik der Päpste von 1917 bis heute. Bergisch Gladbach 1983, S. 279. Gegen die Version der Teilnahme Chruščevs am Begräbnis auch BOCIURKIW The Ukrainian Greek Catholic Church and the Soviet State, S. 81–82, Anm. 56.

207 DALO P3-1-71, ark. 112–114: Sekretarju L'vovskogo oblastnogo komiteta KP/b/U tov. Gruševckomu. Specsoobščenie o pochoronach mitropolita uniatskoj cerkvi Andreja Šeptickogo. [Gez.] Načal'nik upravlenija NKGB L'vovskoj oblasti Voronin. L'vov, 5. November 1944.

auflösen, ablehnte.[208] Der Zeitpunkt des staatlichen Zugriffs steht in Verbindung mit dem Erscheinen eines Artikels unter dem Titel „Z chrestom čy z nožem?" (*Mit Kreuz oder Messer?*) in der Gebiets-Zeitung „Vil'na Ukraïna" am 8. April 1945, in dem die unierte Kirche der Kriegsverbrechen und der Kollaboration mit der deutschen Besatzung beschuldigt und zur Vereinigung mit der Orthodoxie aufgefordert wurde. Die Reaktionen der Bevölkerung darauf wurden behördlicherseits genau registriert, so dass man die nächsten Schritte stets in Einklang mit der momentanen Stimmung der Bevölkerung koordinieren konnte.[209] Teile der orthodoxen Geistlichkeit unterstützten die Auflösung der Union nachdrücklich. Der orthodoxe Erzbischof von Lemberg und Ternopil', Makarij, erklärte in einem Hirtenbrief, die Führung über die unierten Gläubigen stehe der Orthodoxie zu.[210] Makarij, der erst Ende des Zweiten Weltkriegs zum Priester und Bischof geweiht worden war, arbeitete auch als Informant für die Behörden. Er gab im Mai 1946 an das Lemberger Gebiets-Exekutivkomitee die Namen unierter Priester weiter, die zum Übertritt zur Orthodoxie bereit seien. Ferner erklärte er, er betrachte es für seine Pflicht, die Behörde auch künftig über die Vereinigung in Kenntnis setzen.[211] Eine Liste vom 23. Februar 1946 beinhaltete weitere 83 Namen.[212] Hingegen kam von Patriarch Aleksij I. von Moskau keine öffentliche Zustimmung zu den Vorgängen in der Westukraine.[213]

Das System des Sowjetregimes bei der Zerschlagung von Kirchengemeinschaften bestand generell darin, sie von innen heraus zu spalten. Staatsloyale Kirchenangehörige sollten sich gegen regimefeindliche Kollegen stellen; letztere sollten dann über Rufmordkampagnen sowie physisch aus dem Verkehr gezogen werden. In der Westukraine wurde die Methode ebenso wie in Ostmittel- und Südosteuropa, das nach dem Krieg in die indirekte sowjetische Einflusssphäre fiel, angewendet.[214] Diese Prozesse verliefen nacheinander oder parallel zueinander ab und verstärkten sich

208 ŠKAROVSKIJ Russkaja pravoslavnaja cerkov', S. 44.

209 Vgl. die Berichte über die Reaktionen der Bevölkerung auf den Zeitungsartikel vom Volkskommissar für Staatssicherheit der USSR Savčenko an Chruščev in: KŽ 1, Nr. 115 und 116.

210 GALTER Rotbuch der verfolgten Kirche, S. 100f.

211 DALO R-1332-1-3, ark. 15: Upolnovaženomu v spravach Pravoslavnoï Cerkvy pry L'vivs'komu Oblvykonkomi Vyšnevs'komu A. A. [Gez.] Makarij, Archiepiskop L'vivs'kyj i Ternopil'skij. M. L'viv, 22. März 1946.

212 Ebenda, ark. 16–20.

213 Ein unter seinem Namen herausgegebenes Hirtenwort an die unierten Gläubigen war eine offensichtliche sowjetische Fälschung; vgl. ERNST CH. SUTTNER Die Unterdrückung der Ukrainischen Unierten Kirche unter Stalin und das Moskauer Patriarchat, in: Stimmen der Zeit 211 (1993) S. 560–572, hier S. 563.

214 Vgl. beispielsweise zu den Vorgängen in Polen: HANS-JÜRGEN KARP Die Kirchenführung im Dritten Reich und im stalinistischen Polen angesichts der totalitären Herausforderung, in: LEONID LUKS (Hrsg.), Das Christentum und die totalitären Herausforderungen des 20. Jahrhunderts. Rußland, Deutschland, Italien und Polen im Vergleich. Köln, Weimar, Wien 2002, S. 237–250; LEONID LUKS Der Kirchenkampf in der UdSSR und im kommunistischen Polen – ein Vergleich, ebenda, S. 251–267.

gegenseitig in ihrer Wirkung. Die Hauptzielgruppe der staatlichen Angriffe waren die Geistlichen. Sie wurden, generell als Feinde der Sowjetmacht diffamiert, unter Druck gesetzt. In dieser Situation zeichnete sich ab, welche Priester bereit waren, sich mit dem Regime zu arrangieren. Loyalität wurde dann durch das staatliche Wohlwollen belohnt, während resistente Priester weiter Terror zu gewärtigen hatten. Die unter den Gläubigen entstehende Verwirrung wurde abgeschwächt durch die Erklärung, es werde keine Verfolgung der Kirchen geben. Auf dieser Basis konnten nun die führenden Köpfe durch Verhaftung beseitigt und willfährige Priester in leitende Positionen eingeschleust werden. Damit wurde bei staatlichen Eingriffen wie der Enteignung von kirchlichen Gütern und dem Verbot von Religionsunterricht Protest von Vorneherein minimiert. Gewalt wurde eingesetzt, wenn wider Erwarten doch stärkerer Widerstand auftrat.[215]

Die unierte Kirche von Galizien sollte durch eine „Initiativgruppe" zu Fall gebracht werden, der ehemalige unierte Priester angehörten: der Lemberger Priester Dr. H. F. Kostel'nyk, der Generalvikar von Drohobyč (und Generalvikar der Eparchie Peremyšl) Dr. M. I. Mel'nyk und der aus Stanislav kommende Priester und Dekan A. A. Pel'vec'kyj. Kostel'nyk als Frontfigur gegen die unierte Kirche auszuwählen, war ein kluger Schachzug, denn seiner Überzeugung nach war er ein Anhänger der „östlichen Schule" innerhalb der unierten Kirche, die eine Annäherung an die Orthodoxie vertrat. Zu Šeptyc'kyj unterhielt er gute Beziehungen, von ihm hatte er noch zu seinem Namenstag am 7. April 1945, am Tag des Erzengels Gabriel, herzliche Glückwünsche erhalten.[216] Nach dem Tod des Metropoliten scheint, wenngleich er auch von Slipyj noch als offizieller Abgesandter für einen Besuch bei Stalin vorgesehen gewesen war,[217] eine Umorientierung stattgefunden zu haben, herbeigeführt durch die Inhaftierung eines Sohnes.[218]

Die Lemberger Behörden wurden vom örtlichen Bevollmächtigten des Rates der Russischen Orthodoxen Kirche über die geplanten Vorgänge zur Zurückdrängung der unierten Kirche in Kenntnis gesetzt. Als Grund für die Auflösung der Union von

215 Ähnlich bei KOMP Die kommunistische Religionspolitik gegenüber der unierten griechisch-katholischen Kirche, S. 9.

216 CDIAU 408-1-279, ark. 30: [An:] Vsesvitl. O. kann. Dr. H. Kostel'nyk L'viv. [Gez.] + Andryj [handschr. Unterschrift]. L'viv, 7. April 1945.

217 Vgl. oben Anm. 204.

218 Bereits während der sowjetischen Besetzung Galiziens 1939–1941 scheint auf Kostel'nyk Druck ausgeübt worden zu sein, der sich aber noch nicht beugte (vgl. ANDREW TURCHYN The Ukrainian Catholic Church during WW II, in: HUNCZAK, SHTOHRYN [eds.], Ukraine, S. 261–275, hier S. 270). Kostel'nyk ist noch in anderem Zusammenhang bedeutsam: wegen seiner sprachnormierenden Verdienste. Der aus der Vojvodina Stammende verfasste unter anderem das erste literarische Werk in der Sprache der Vojvodina-Rusynen sowie eine Grammatik. Seit 1992 findet in seinem Geburtsort Ruski Kerestur ein nach ihm benanntes Kulturfestival statt. Zu Kostel'nyk als „Vater der russinischen Literatursprache" vgl. MARC STEGHERR Das Russinische. Kulturhistorische und soziolinguistische Aspekte. München 2003, S. 147–154.

Galizien argumentierte man mit der geschichtlichen Notwendigkeit.[219] Die ukrainische und weißrussische Bevölkerung hätte sich bei der Entstehung der Union im 16. Jahrhundert heftig gegen diese gewehrt. Aber erst nach der Vereinigung dieser Gebiete mit der USSR und nach dem Tod Šeptyc'kyjs konnte die Frage nach dem Bruch mit dem Vatikan erneut gestellt werden. Die Initiativgruppe habe sich am 28. Mai 1945 mit einer Deklaration an den Ministerrat in Kiev gewandt, in der sie den Austritt aus der Jurisdiktion des Vatikan sowie den Wunsch nach Wiedervereinigung mit der Russischen Orthodoxen Kirche erklärte und die Bitte vorbrachte, diese Idee unter den unierten Gläubigen in der Westukraine verbreiten zu dürfen.

Die Gruppe wurde nur von einer sowjetischen Behörde legitimiert, nämlich vom Rat für die Russische Orthodoxe Kirche in Moskau und dessen Bevollmächtigten Chodčenko. In dem Bestätigungsschreiben vom 18. Juni 1945[220] heißt es, dass die Initiativgruppe zur Vereinigung der griechisch-katholischen mit der orthodoxen Kirche als einziges kirchlich-administratives Organ sanktioniert werde mit dem Recht, in vollem Umfang die unierten Gemeinden in der Westukraine zu leiten und ihre Vereinigung mit der Russischen Orthodoxen Kirche durchzuführen. In diesen Fragen würde sich die Gruppe mit dem Bevollmächtigten des Rates der Russischen Orthodoxen Kirche am ukrainischen Ministerrat und den lokalen Bevollmächtigten abstimmen. Sie solle ferner dem Bevollmächtigten in Kiev Listen aller Dekane, Pfarrer und Äbte zuschicken, die sich für die Einbeziehung in die Jurisdiktion der Orthodoxie ausgesprochen hätten. Damit war die Kompetenzverteilung klar: Während die Initiativgruppe an der „Front" in direktem Kontakt mit den Gläubigen stand, hatte sie über jede Veränderung den Behörden, denen sie de facto untergeordnet war, Bericht zu erstatten.

Im Sommer 1945 war die Initiativgruppe besonders rührig. Kostel'nyk reiste mit einem Vertreter der Abteilung für die Kulte am ukrainischen Ministerrat in die Dekanate und hielt dort mit den Priestern Rücksprache über den „unausweichlichen Bruch der unierten Kirche mit dem Vatikan und der Vereinigung mit der orthodoxen Kirche". Danach sollten die Priester ihren Beitritt zur Initiativgruppe unterschreiben; weigerten sie sich, wurde ihre Zustimmung in Haft erpresst. Bei den Zusammenkünften in den Dekanaten wurden von den Priestern immer wieder dieselben Fragen zur praktischen Durchführung gestellt, die ahnen lassen, dass manche Betroffene kaum von den NKVD-Verbindungen der Gruppe wussten, andernfalls hät-

219 DALO P3-1-439, ark. 32–35: Spravka. Iz istorii cerkovnoj unii i bor'by Ukrainskogo naroda s cerkovnoj uniej. [Gez.] Upolnomočennyj po delam pravoslavnoj cerkvi pri L'vovskom Oblispolkome Višnevskij. 15. April 1946.

220 DALO P3-1-212, ark. 14–15: Ukraïns'ka Radjans'ka Socialistyčna Respublika. Rada narodnych komisariv. M. Kyïv. Členam iniciatyvnoï hrupy po vozz'jednannju hrekokatolyc'koï cerkvy z rus'koju pravoslavnoju cerkvoju D-ru Kostel'nyku [,] D-ru Mel'nyku [,] D-ru Pel'vec'komu. [Gez.] Upovnovaženyj Rady v spravach rus'koï pravoslavnoï cerkvy pri RNK URSR, P. Chodčenko. 18. Juni 1945. [Kopie]. Abgedruckt in: KŽ 1, Nr. 120.

ten sie sich nicht naiv danach erkundigt, ob die sowjetische Macht nach der unierten nicht gleichfalls die orthodoxe Kirche liquidieren werde.[221] Auch von der nationalukrainischen Seite her befürchtete man Rache: Werde es Repressionen durch die UPA an den mit dem Übertritt einverstandenen Priestern geben? In theologischer Hinsicht schien bedeutsam, wie die Buße für die Priester während des Übertrittes aussehen werde und ob die äußere Erscheinungsform der übergetretenen Priester bestehen bleibe.[222] Von Interesse war auch, wer die Lösung von dem Eid übernehme, den die unierten Priester den Bischöfen und dem Vatikan geschworen hatten. Nach der Klärung der Fragen – mit welchen Antworten, wird nicht überliefert – mussten die Priester eine Willenserklärung für den Übertritt unterschreiben. Bis zum 25. August 1945 hatte man zwölf von 28 Dekanaten des Gebiets besucht; als Resultat erklärten sich den internen Angaben zufolge bis zu diesem Zeitpunkt 156 Priester mit einer Vereinigung einverstanden, darunter ein Generalvikar, alle zwölf Dekane, 125 Pfarrgeistliche, zwölf Diakone sowie sechs Mönche.

Dass die Aktionen der Initiativgruppe durch den NKVD unterstützt wurden, versuchte man, nach außen hin zu verbergen. Dies war aber keineswegs leicht, denn Kostel'nyk war mit einem Wagen des NKVD unterwegs. In einigen Rajons flog die Beteiligung des NKVD an der Vereinigung der Kirchen schnell auf.[223] Im Žovkivs'kyj rajon wurde die Registrierung aller unierten Priester vom Exekutivkomitee des Rajons unter Anwesenheit des Rajonleiters des NKGB durchgeführt. Im Horodoc'kyj rajon konnte keine Versammlung der Priester einberufen werden, weil sich der Sekretär des Rajonkomitees weigerte, dies ohne die schriftliche Erlaubnis des Gebietskomitees bzw. des Gebiets-Sowjets zu veranlassen. Erst nachdem ihm die „Konspirativität" dieser Angelegenheit erklärt worden war, kam das Treffen zustande. Im Kam-jans'ko-Buz'kyj rajon fanden sich wegen einer zu spät erfolgten Einladung nur drei von elf Priestern ein. Als Taktik bei der Auflösung der Union wird damit klar, dass Kostel'nyk die Arbeit vor Ort verrichten sollte, dabei aber durch das NKVD aktiv unterstützt wurde. Sollte das ganze Unternehmen scheitern – und dies hätte der Fall sein können, wenn der Widerstand zu stark geworden wäre –, hät-

221 DALO P3-1-230, ark. 10–20: Sekretarju L'vovskogo oblastnogo komiteta KP/b/Ukrainy tov. Gruševckomu. Dokladnaja zapiska o rabote po vossoedineniju greko-katoličeskoj cerkvi s pravoslavnoj na territorii L'vovskoj obl. [Gez.] Načal'nik Upravlenija NKGB L'vovskoj oblasti General-Lejtenant Voronin. L'vov. 30. August 1945. Dieser Bericht wurde vom Lemberger Gebietskomitee fast wörtlich an Chruščev weitergeschickt; vgl. KŽ 1, Nr. 124.

222 Makarij, der orthodoxe Bischof von Lemberg und Ternopil', verlangte bereits im November 1945 vom Lemberger Gebiets-Exekutivkomitee die Zuweisung von 1.000 Antiminsen für die übergetretenen unierten Priester (ein Antimension, ein für die Liturgie gebrauchtes Tuch, trägt die Unterschrift des Bischofs); ferner beantragte Makarij 500 Meter Atlasseide für die Ornate der Priester; DALO R-1332-1-3, ark. 8: Predsedatelju L'vovskogo oblastnogo ispolnitel'nogo komiteta trudjaščichsja Nikolaju Vladimirovicu Kozyrevu. [Gez.] Makarij, Episkop L'vovskij i Ternopol'skij, svjaščeno-archimandrit Sv. Uspenskoj Počaevskoj Lavry. 15. November 1945.

223 Vgl. oben Anm. 221, ark. 19–20.

ten sich sowjetische Organe auf die Frontfigur Kostel'nyk zurückziehen und ihm in der Öffentlichkeit die Verantwortung zuschieben können. Allerdings bestand bei der Geheimhaltung auch die Gefahr, dass sich die Behörden selbst blockierten, wie am Beispiel der nicht ergangenen Einladungen an die Priester ersichtlich war. Als Resultat ihrer Arbeit konstatierte die Gruppe, dass die „überwiegende Mehrheit der Geistlichen" den Übertritt wünschte und sich dem Wunsch der Initiativgruppe anschließe, dafür in Lemberg eine Synode abzuhalten.[224] Chruščev scheint anfangs in die Abläufe des Vorgehens nicht genau eingeweiht gewesen zu sein. Am 20. April 1945 erhielt er von Karpov, dem Vorsitzenden des Rates für die Russische Orthodoxe Kirche, aus Moskau eine Mitteilung darüber.[225] Die Ausgangsposition, die den „Kampf", wie es hieß, gegen die Unierten bestimmte, war auf das Vorsprechen des Rates für die Russische Orthodoxe Kirche in Moskau beim Ministerrat der UdSSR zurückzuführen. Ersterer, so Karpov, war zur Einsicht gelangt, dass die Russische Orthodoxe Kirche in der augenblicklichen Lage eine bedeutende Rolle gegen die unierte und gegen die römisch-katholische Kirche spielen könne. Am 15. März habe sich der Rat, so der Text weiter, mit einer Reihe von Vorschlägen an die Sowjetregierung gewandt, die Maßnahmen in der Ukraine, in Weißrussland, in Litauen, Lettland und auch im Ausland betrafen.[226] Am 17. März wurden sie „durch den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion, den Genossen Stalin, bewilligt". Der Ukraine kam eine besondere Stellung zu. Sie hatte das Beispiel abzugeben, nach dem sich die anderen Sowjetrepubliken richten sollten. Folgende Pläne waren vorgesehen: In Lemberg sollte eine orthodoxe Eparchie gegründet werden, an deren Spitze ein Bischof aus dem ukrainischen Volk stehen werde. Sein Titel solle „Bischof von Lemberg und Ternopil'" lauten, sein Bistum die orthodoxen Pfarreien von Lemberg, Stanislav, Drohobyč und Ternopil' umfassen. Zur Unterstützung der Initiativgruppe werde seitens des Patriarchen von Moskau und Ganz Russland und seitens des Synods der Russischen Orthodoxen Kirche ein Appell an die unierten Pfarreien verbreitet. Für die Vorbereitung von Priestern sollten in Kiev, Luc'k, Lemberg und Odessa Kurse nach Art und Programm der Moskauer theologischen Kurse eröffnet werden. In diesen Formulierungen ist als unmissverständliches Ziel die Auflösung der unierten Kirche mittels deren Unterordnung unter die Russische Orthodoxe Kirche erkennbar. In der Logik der Forderungen lag, dass neben der unierten Kirche in Galizien noch zwei weitere kirchliche Einheiten für überflüssig erklärt wurden: die unierte Kirche der Karpaten-Ukraine (d.h. die Eparchie Muka-

224 Vgl. oben Anm. 219.

225 CDAHOU 1-23-1638, ark. 97–100: Sovet po delam russkoj pravoslavnoj cerkvi pri Sovnarkome Sojuza SSR. [An:] C.K. V.K.P./b/. Tovarišču N. S. Chruščovu. [Gez.] Predsedatel' Soveta po delam russkoj pravoslavnoj cerkvi pri SNK SSSR Karpov. Moskau, 20. April 1945. (Abdruck auch in: KŽ 1, Nr. 114, sowie in: SERHIJČUK Neskorena Cerkva, Nr. 3, übersetzt in: BOCIURKIW The Ukrainian Greek Catholic Church, S. 104–106.)

226 Vgl. das Schreiben Karpovs an Stalin vom 15. März 1945 in: ODINCOV Gosudarstvo i cerkov' v Rossii, S. 168–169.

čevo-Prešov) und die autokephale polnische orthodoxe Kirche. Beide waren gleichermaßen dem Moskauer Patriarchat unterzuordnen. Die Angliederung der orthodoxen Eparchie Mukačevo-Prešov sollte formell hergestellt werden entsprechend deren „kollektivem Wunsch" und in Übereinstimmung mit dem Synod der Serbischen Orthodoxen Kirche, zu deren Jurisdiktion die Eparchie noch gehörte.[227] Der Exarch der Ukraine Ioann habe für die religiöse Formel der Aufnahme der unierten Geistlichen in der Orthodoxie entsprechende Anweisungen vom Moskauer Patriarchen erhalten und ihm sei vorgeschlagen worden, dies auch den Bischöfen von Žytomyr, Volodymyr-Volyns'kyj und Kam-janec'-Podil's'kyj mitzuteilen. Offenbar ging Karpov zu diesem Zeitpunkt von einem geringen Widerstand der unierten Kirche und deren Gläubigen aus, denn er formulierte, der (erwähnte) Appell des Moskauer Patriarchen an die unierte Geistlichkeit, ein Aufruf der Initiativgruppe und Propagandamaterial der Eparchialverwaltung des Lemberger Bistums werde den raschen Zerfall der unierten Kirche begünstigen. Chruščev solle Chodčenko, den Bevollmächtigten des Rates in der Ukraine, sowie den Bevollmächtigten des Gebiets Lemberg, Višnevskij, anweisen, auf die Mitarbeit des Exarchen der Ukraine, Ioann, und des Lemberger Bischofs Oksijuk hinzuwirken.

Gegen die unierte Kirche formierte sich also eine Front mit dem Rat für die Russische Orthodoxe Kirche an der Spitze, der seine Weisungen von Stalin entgegennahm und sich als Instrument zur Durchsetzung seiner Ziele der Russischen Orthodoxen Kirche und deren Repräsentanten bediente. Es lag auch schon 1945 die Absicht fest, die Union der Karpaten-Ukraine ebenfalls für beendet zu erklären. Die Russische Orthodoxe Kirche wurde bei der Liquidierung der Unionen in der Westukraine vor die Alternative gestellt, entweder auf das staatlich organisierte Spiel einzugehen und dadurch ihren Einflussbereich auf die Westukraine auszudehnen, oder aber die Mitarbeit zu verweigern und diese Chance zu verlieren. Die orthodoxe Kirche nahm sie wahr; ökumenische Hindernisse oder die Überlegung, dass Gläubige zur Annahme der Orthodoxie im kanonischen Sinn jedenfalls nicht gezwungen werden können, wurden nicht, jedenfalls nicht öffentlich, vorgetragen. Kritik an der staatlichen Politik den Unierten gegenüber äußerte die orthodoxe Kirche nicht.

Die Verhaftung führender Geistlicher

Nach der Weigerung Slipyjs, einem Aufruf des Moskauer Patriarchen Aleksij im Frühjahr 1945 nachzukommen und sich der russischen Orthodoxie anzuschließen, war klar, dass er seine Position nicht freiwillig räumen würde. Am 11. April 1945 umstellte eine Spezialtruppe des NKVD die Sankt-Georgs-Kathedrale in Lemberg

227 Als orthodoxer Bischof von Lemberg und Ternopil' war ein *protoierej* einer Kiever Kirche, ein Professor M. F. Oksijuk, vorgesehen, der sich am 19. April dem Moskauer Rat für die Russische Orthodoxe Kirche vorgestellt hatte. Am 20. April – dem Datum des Schreibens – sollte Oksijuk in den Mönchsstand treten, am 21. April sollte seine Ernennung, am 22. April seine Weihe und dann seine Abfahrt nach Lemberg folgen.

und verhaftete ihn, die Bischöfe N. Budka und N. Čarnec'kyj, 20 Priester, zwei Diakone, vier angebliche „Vertreter der OUN", drei Studenten der Akademie und des Priesterseminars sowie ein Mitglied des „Kirchenaktives".[228] Die Priester und der Bischof von Peremyšl waren bereits vorher durch die polnische Polizei verhaftet und der Sowjetunion übergeben worden.

Ursprünglich hatte der NKVD ein Schauprozess gegen Slipyj geplant, was aber in einen Geheimprozess umgeändert wurde. 1947 wussten ukrainische Emigranten nicht einmal, wo dieser Prozess stattgefunden hatte – man nahm an in Kiev.[229] Der Grund, auf einen Schauprozess zu verzichten, liegt wohl in außerukrainischen Vorgängen: 1945 war in Zagreb, ebenfalls unter Beteiligung sowjetischer Juristen und wegen des Vorwurfes der „Kollaboration" mit dem NS-Staat, ein Schauprozess gegen den Erzbischof von Zagreb, Alojzije Stepinac, geführt worden. Seine Verurteilung zu langjähriger Haft und Zwangsarbeit hatte heftigen internationalen Protest hervorgerufen[230] – ein Umstand, den man sich bei Slipyj offenbar ersparen wollte, um das Ansehen der Sowjetunion nicht noch mehr zu beschädigen.

Die Anklageschrift beschuldigte die Bischöfe der antisowjetischen Untergrundarbeit, der Kollaboration mit den Deutschen und ähnlicher Vergehen.[231] Slipyj, der als „Agent des Vatikan", als „Helfershelfer der Deutschen und der Bandera-Untergrundkämpfer" apostrophiert wurde, sowie Weihbischof Budka wurden 1946 zu acht Jahren, Bischof Čarnec'kyj zu fünf Jahren und der achtzigjährige Bischof Chomyšin von Stanislav zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Viele Bischöfe und Priester überlebten die Gefängnis- und Lagerhaft nicht: Bischof Chomyšin und Bischof Kocylovs'kyj von Peremyšl' starben 1946 in Kiev, Weihbischof Budka starb 1949 in Karaganda, Weihbischof Lakota von Przemyśl 1950 in Vorkuta, der Apostolische Visitator der Ukrainer in Deutschland, Prälat Verhun, verstarb 1957 in einem Lager in Krasnojarsk. Slipyj wurde 1953 ein zweites Mal, 1957 zum dritten Mal und 1962 ein viertes Mal verurteilt, bis er nach insgesamt 23 Jahren in der Verbannung 1963 in den Vatikan ausreisen durfte.[232]

Die im Juni 1945 geschilderte Situation in Lemberg war bedrückend: Der NKVD hatte am 11. April aus den erzbischöflichen Gebäuden für pastorale Zwecke bestimmtes Geld, Antiquitäten, die Druckerei, den Papiervorrat, Bücher, Liturgica sowie das Archiv mit allen Akten beschlagnahmt. Aus der Sankt-Georgs-Kathedrale

228 Angaben zu den Verhafteten durch das Lemberger Gebietskomitee abgedruckt in: Hrekokatolyc'ka cerkva v 1944–1991 rr., in: UIŽ (1996) Nr. 4, S. 102–106.

229 Metropolitan Slipy – The ukrainian Stepinac – in a labor battalion, in: The Ukrainian Quarterly Vol. 3 (1947) Nr. 2, S. 175.

230 Zu den internationalen Protesten gegen die Verurteilung von Stepinac vgl. ALEKSA BENIGAR O. Alojzije Stepinac. Hrvatski kardinal. Rim 1974, S. 639–641.

231 KOMP Die kommunistische Religionspolitik gegenüber der unierten griechisch-katholischen Kirche, S. 20. Vgl. die Auszüge aus den Verhörprotokollen Slipyjs bei MYŠANYČ Mytropolyt Josyf Slipyj pered "sudom" KGB. Andere Akten zu unierten Geistlichen in den KGB-Archiven wurden bisher nicht bearbeitet.

232 Slipyj starb dort 1984; im Jahr 1992 wurden seine Gebeine feierlich nach Lemberg überführt.

waren goldene Gegenstände entwendet und das Grabmal von Šeptyc'kyj war verwüstet worden. Aus dem Palast des Metropoliten wurden Möbel und Teppiche weggebracht. Im Geistlichen Seminar wurden ebenfalls das Archiv, die Bibliothek und alle Möbel konfisziert sowie Zöglinge festgenommen. Diese Vorgänge riefen in der Bevölkerung eine große Unruhe hervor, wie von der OUN festgestellt wurde.[233]

Die Verhaftung der gesamten Kirchenleitung in Lemberg war ein so bedeutsamer Schritt, dass ihn die Sowjetmacht nicht unkommentiert stehen lassen konnte. Die Bevölkerung wurde daher in den Zeitungen „Vil'na Ukraïna", „L'vovskaja Pravda" und „Červonij Štandar" vom 1. Mai 1945 darüber informiert, dass die „früheren Leiter der unierten Kirche" Galiziens inhaftiert worden waren. Ein Bericht des Gebietskomitees schildert, wie diese Nachricht von der Bevölkerung kommentiert wurde.[234] Wie es heißt, seien die Zeitungen mit dem kurzen Bericht sehr schnell ausverkauft gewesen. Die Erklärung über die „kriminelle Tätigkeit" der Kirche Slipyjs und anderer habe breite Diskussionen in der Bevölkerung hervorgerufen. Ein Schlosser habe sich dafür ausgesprochen, die Priester zu erschießen, eine Ukrainerin erklärte, sie sollten einen „Hundetod sterben". Nur wenige seien für die Verhafteten eingetreten: Ein Akademiemitglied habe gewarnt, dass eine Vernichtung Slipyjs und der Bischöfe „Geschrei über die Synode" hervorrufen würde. Als „interessant" wurde die Einschätzung eines – bemerkenswerterweise aus den östlichen Gebieten stammenden – Dozenten des Pädagogischen Instituts betrachtet, der erklärte, dies sei nun eine zweite Union, nicht mehr mit Rom, sondern mit Moskau. Die Galizier hätten ihre eigene Geschichte, ihr Territorium und ihre eigene Sprache und Religion.

Die Einwohner Lembergs wurden nach der Verhaftung der unierten Geistlichen von der Staatssicherheit besonders aufmerksam überwacht. In zusammenfassenden Berichten sammelte sie kurze Statements von Personen, die sich über die Auflösung der Union unterhielten und sie in der Regel willkommen hießen. Jedoch hatten diese Meinungen schon aufgrund ihrer niedrigen Anzahl her keinen repräsentativen Charakter. Sie sollten allerdings den höheren Stellen den Eindruck vermitteln, die Lage in Lemberg sei unter Kontrolle des NKVD. Beflissen und willfährig meldete man aus Lemberg an die übergeordnete Instanz, was diese hören wollte. Ein getreues Bild der Wirklichkeit wurde von Lemberger Behörden sicherlich nicht entworfen, dennoch sind solche Meldungen aufschlussreich. Den Zeilen des Sekretärs Lemberger Gebietskomitees zufolge habe die Bevölkerung geschlossen positiv auf die Verhaftungen reagiert.[235] Ein Professor der Theologie in Lemberg vertrat die Ansicht,

233 KŽ 1, Nr. 121.

234 DALO P3-1-426, ark. 48–57: Sekretarju CK KP/b/U tovarišču N. S. Chruščevu. Informacija. O reagirovanii trudjaščichsja L'vovskoj oblasti na soobščenie prokuratory USSR. O prestupnoj dejatel'nosti byvših rukovoditelej uniatskoj cerkvi. [Gez.] Sekretar' L'vovskogo obkoma KP/b/U Gruševckij.

235 CDAHOU 1-23-1641, ark. 3–5ob.: Kommunistyčna Partija (bil'šovykiv) Ukraïny. L'vivs'kyj oblasnyj komitet. Sekretarju CK KP/b/U tov. Chruščevu N. S. O reagirovanii naselenija na

die Vereinigung müsse vorsichtig, langsam und ohne unnötige Opfer und Exzesse vor sich gehen.[236] Ein Bibliothekar der Lemberger Universität sah nichts Nachteiliges im Übergang zur Orthodoxie. Dieser bringe sogar eine Annäherung an die ukrainischen Brüder jenseits des Dnipro. Ein Akademiemitglied äußerte Zweifel daran, dass man einen „römischen Papst" und das ukrainische Volk überhaupt eine Religion brauche.

Ein vom Volkskommissar für Staatssicherheit Savčenko unterzeichneter Bericht über die Reaktionen der unierten Geistlichkeit und Gläubigen auf die von der Initiativgruppe veröffentlichten Zirkulare zeichnete natürlich ein einseitiges Bild.[237] Im Juli 1945 führte er an, die meisten „progressiven Elemente" unter der unierten Geistlichkeit würden es für „unumgänglich" halten, die Union mit Rom zu verlassen und sich der Orthodoxie anzuschließen. Ein Dekan des Gebiets Drohobyč habe geäußert, die Priester seines Dekanats würden die Initiativgruppe unterstützen. Ein Priester ließ vermelden, er habe schon lange die Rückkehr zur Orthodoxie erwartet, sei aber darin bisher nicht unterstützt worden. Andere wiederum, genannt werden die Mitglieder des Basilianer-Ordens, die sich stark an Rom anlehnten, hätten negativ auf die Ankündigung reagiert: Kostel'nyk sei ein schädlicher und unbeständiger Mensch. Er sei ein Abtrünniger und Verräter des ukrainischen Volkes und seiner Kirche. Er sei nie ein richtiger Ukrainer gewesen und habe sich immer zur Orthodoxie hingezogen gefühlt.

Personen, die sich für die Union aussprachen, wurden als antisowjetisch eingestuft. Dazu gehörte eine aus ärmeren bäuerlichen Verhältnissen stammende „28-jährige Einwohnerin der Stadt Krakovec' ukrainischer Volkszugehörigkeit", die vernehmen ließ, dass es das ukrainische Volk nicht zulasse, wenn die sowjetischen Behörden weiter „Popen aufsammeln", d. h. verhaften, würden.[238] Dies hätten nicht einmal die Deutschen gemacht. Ähnlich argumentierte eine Bewohnerin der Stadt Rava Rus'ka.[239] Die Rote Armee habe in Lemberg und überall dort in Europa, wohin sie gekommen sei, alle Metropoliten verhaftet. Die Sowjetmacht wolle die Religion auslöschen und ein Blutvergießen unter den Völkern anrichten.

Druck und Terror auf die unierten Geistlichen hielten im Verlauf des gesamten Jahres 1945 an. Bis zum November 1945 hatte der NKGB allein im Gebiet Lemberg 104 Kleriker verhaftet, darunter – neben Slipyj und zwei Bischöfen – den Provinzial

arestu duchovenstva uniatskoj cerkvi. [Gez.] Sekretar' L'vovskogo obkoma KP/b/U Hrušeckyj. 7. Mai 1945 (Abdruck auch in: SERHIJČUK Neskorena Cerkva, Nr. 7).

236 Ebenda, ark. 5.

237 CDAHOU 1-23-1633, ark. 32–44: [An:] CK KP/b/U Ukrainy, tovarišču Chruščevu N. S. Special'noe soobščenie o reagirovanijach uniatskogo duchovenstva i verujuščich na vypuščennye obraščenija po voprosu vossoedinenija greko-katoličeskoj cerkvi s pravoslavnoj. [Gez.] Narodnyj komissar Gosudarstvennoj bezopasnosti USSR Savčenko. 11. Juli 1945.

238 CDA 1-23-1641, ark. 6–8: L'vivs'kyj oblasnyj komitet. Sekretarju CK KP/b/U tov. Chruščevu N. S. [Gez.] Sekretar' L'vovskogo obkoma KP/b/U Hrušeckyj. 3. Mai 1945, hier ark. 8.

239 Ebenda, ark. 7ob.

des Basilianerordens von Galizien, 54 Priester, neun Dekane und deren Stellvertreter, elf Mönche, sechs Klostervorsteher, sechs Theologiestudenten, acht UPA-Kämpfer, drei Laien, zwei Diakone sowie einen „leitenden Sekretär" eines Klosters.[240] Von diesen wurden „aus operativen Überlegungen" zwölf Geistliche wieder freigelassen und als Priester in verschiedene Rajons des Gebiets Lemberg entlassen. Durch die Bearbeitung von Geistlichen und die Anwerbung von Agenten unter den Priestern wuchs der „informative Apparat" allein im Gebiet Lemberg um 121 Personen. Während der Kampagne zur Angliederung der unierten Kirche wurden im Gebiet 187 Personen angeworben. Auch die Fahrten Kostel'nyk und des Vertreters des Rates für religiöse Kulte in die Pfarreien und die dortigen Treffen mit den Priestern wurden durch verdeckte Agenten-Tätigkeit unterstützt. Als direkter Erfolg dessen wurde gewertet, dass von den 296 Priestern des Gebiets 255 ihr Einverständnis für die Vereinigung bekundet hätten, dazu kamen noch 19 Dekane und deren Stellvertreter, 15 (von 22) Dekanen, 111 Diakone und drei Basilianermönche. Insgesamt verzeichnete man also 398 Unterschriften.[241] Die „Agentur-Tätigkeit" schien auch von Nöten zu sein, da sich bei einigen Treffen Widerstand gegen die Initiativgruppe regte. So hätten „reaktionäre Geistliche" im Rajon Rava Rus'ka ein Treffen gesprengt. Erst nach der Verhaftung des stellvertretenden Dekans und weiterer Priester habe man sich ohne die Initiativgruppe zusammengefunden und das schriftliche Einverständnis für den Übertritt zur Orthodoxie abgegeben. Im Rajon Zoločiv musste ebenfalls erst der Einfluss des Vorstehers des Basilianerklosters gebrochen werden, ehe die dortigen Priester „begannen, ihren Wunsch nach Anschluss an die Initiativgruppe zu äußern". Auf Versammlungen, die ohne Teilnahme der Initiativgruppe stattfanden, wurde auch versucht, die Diakone zu gewinnen. Bei ihnen wurde beobachtet, dass sie „gerne" ihr Einverständnis abgaben. Dies hing auch damit zusammen, dass auf die Diakone, die heiraten durften und in der Regel Familien besaßen, leicht Druck ausgeübt werden konnte. Von diesen wie von den Priestern, die ebenfalls heiraten durften, war also wenig Widerstand zu erwarten.

Mönche und Nonnen, die sich in vielen Fällen hartnäckig dem Übertritt verweigerten, gingen dazu über, Propaganda gegen die Initiativgruppe zu betreiben; sie fanden dabei innerhalb der Bevölkerung großen Anklang. Daher begann das Regime, Mönche und Nonnen innerhalb des Gebiets umzusiedeln, so dass jedem Orden nur ein Kloster blieb: fünf Basilianerklöster sollten zusammengelegt werden in ein Gebäude in einem Dorf Krechiv, Žovkivs'kyj rajon, weit entfernt von bewohnten Siedlungen. Die Studitenklöster sollten in ein Dorf Unev, Peremyšljanskij rajon, ziehen, wohin auch Archimandrit Kliment Šeptyc'kyj versetzt werden sollte, um auf diese Weise auch den Palast des Metropoliten der unierten Kirche zu räumen. Die

240 DALO P3-1-230, ark. 28–33: Tov. Gruševckomu. Kratkaja spravka o rezul'tatach agenturno-operativnoj raboty Upravlenija NKGB L'vovskoj oblasti v svjazi s vossoedineniem uniatskoj cerkvi s pravoslavnoj. [Gez.] Nacal'nik upravlenija NKGB L'vovskoj oblasti general-lejtenant Voronin. L'vov, „..." November 1945. (Abdruck auch in: KŽ 1, Nr. 128 und 129).

241 Ebenda, ark. 31.

Redemptoristen sollten an den Stadtrand Lembergs in das Dorf Goloski-Velikie umgesiedelt werden. Analog wollte man auch mit den Nonnenklöstern im Gebiet verfahren. Die Pläne, die elf Mönchs- und zehn Nonnenklöster der Unierten im Gebiet Lemberg zusammenzulegen, tauchen in einem an Chruščev gerichteten Brief des Sekretärs des Lemberger Gebiets, Grušeckij, in ausgearbeiteter Form wieder auf.[242] Bei den Ansiedlungsorten wird hinzugefügt, dass die weiblichen Angehörigen des Basilianerordens in den Ort Javoriv kommen sollten, die Studitinnen in das Dorf Jaktorov, Glinjanskij rajon. Verstreut im Gebiet lebende Nonnen, die meist in Krankenhäusern arbeiteten, sollten in Lemberg konzentriert und zu einer weltlichen Lebensführung gezwungen werden. Die freiwerdenden Gebäude sollten für kulturelle und Bildungszwecke zur Verfügung gestellt werden.

Dass schließlich von den unierten Geistlichen nach außen hin nur mehr Ordensmitglieder auftraten, war für viele Gegenden in der Westukraine typisch. So hatten im Gebiet Volyn' vor dem Krieg 23 unierte Pfarreien bestanden.[243] An Geistlichen waren ein Bischof, sechs Prälaten, fünf Kanoniker, zwölf Priester sowie 48 Mönche bekannt. Während der Krieg großen materiellen Schaden verursachte – 20 Kirchen waren teilzerstört, 38 Kirchen und zwei Kapellen waren komplett zerstört worden –, hatte das faktische Verbot der Unierten die Verdrängung der Geistlichen zur Folge, die Klostergemeinschaften bestanden am längsten. In Luc'k wurden im Sommer 1946 noch eine Gemeinschaft der Schwestern der Heiligen Theresa – fünf Nonnen –, die Dienenden Schwestern der Heiligen Jungfrau Maria (elf Nonnen) und die Schwestern des Heiligen Benedikt (26 Nonnen) registriert. In Volodymyr-Volyns'kyj wurden drei Nonnen im Orden der Töchter des Herzens der Heiligen Gottesmutter sowie in der Ortschaft Kivercy drei Schwestern des Heiligen Benedikt verzeichnet. Im Gebiet Volyn' bestanden am 1. Juli 1946 schließlich nur mehr drei unierte Kirchen, drei Gebäude waren von der Russischen Orthodoxen Kirche übernommen worden. Neun Kirchen waren enteignet worden, 15 Kirchen dienten nun als Getreidespeicher, sieben Klöster waren ebenso wie eine Friedhofskapelle halbzerstört verlassen worden.

Die Diffamierung des unierten Klerus in der Öffentlichkeit

Neben der physischen Verfolgung wurde auch eine Diffamierung der Geistlichen in der Öffentlichkeit betrieben, indem infame Gerüchte über sie verbreitet wurden, mit denen gleichzeitig das Vorgehen gegen sie plausibel erklärt werden konnte. Eine Anschuldigung besagte, dass die Kirchenvertreter allesamt Kollaborateure der deutschen Besatzung gewesen und Helfershelfer des ukrainischen Untergrundes seien.

242 KŽ 1, Nr. 130.

243 CDAHOU 4648-2-20, ark. 3–4: Upolnomočennomu Soveta po delam religioznych kul'tov pri Sovete ministrov SSSR po Ukrainskoj SSR, tov. P. A. Vil'chovomu. [Gez.] Prokopenko F. T., upolnomočennyj Soveta po delam religioznych kul'tov pri Sovete Ministrov SSSR po Volynskoj oblasti. [Handschr.: 15. VII 46.]

Dies traf bei einer Anzahl nationalbewusster ukrainischer Geistlicher durchaus zu,[244] die Art und Intensität der „Kollaboration" wurde aber in keinem Einzelfall geprüft. Es ist auch davon auszugehen, dass die staatlichen Organe mit gefälschten Beweismitteln operierten. Die Tendenz, Kirchenvertreter insgesamt zu kriminalisieren und sie in die Ecke der Bandera-Kämpfer und der Unterstützer der NS-Besatzung zu drängen, hat sich als sehr wirkungsvolles Verfahren erwiesen, die Vorwürfe konservierten sich jahrzehntelang.

In vielen NKVD-Berichten kommt immer wieder die Unterstützung der ukrainischen SS-Division Galizien durch Kirchenvertreter zur Sprache.[245] Unierte Geistliche seien an der Bildung der Division beteiligt gewesen und sie hätten die Jugend zum Eintritt und zum den Kampf gegen die vorrückende Rote Armee aufgerufen. Ferner hätten sie Gottesdienste für die Division gehalten und acht Priester als Kapläne in die Division abgestellt.[246] Diese Vorwürfe treffen freilich bei einem Teil der Geistlichen zu. Auf welche Weise die Sowjetregierung aber dabei zu Informationen kam, wer sie lieferte und wie stichhaltig sie ad personam waren, kommt nicht zur Sprache. Zeugen, die Pauschalverurteilungen dieser Art hätten stützen können, werden in Spitzelberichten nicht aufgeführt. Ein weiterer Vorwurf, der die Verhaftung vieler Geistlicher begründete, bezog sich auf aktive Propaganda für die OUN. Der Abt des Klosters Pelech habe Manifeste der OUN, Aufrufe der UPA und andere antisowjetische Literatur drucken lassen.[247] Auch das Studitenkloster im Dorf Univ (jetzt Mežyhir-ja), Peremyšljans'kij rajon, sei ein Zentrum antisowjetisch-nationalistischer Elemente. Einer der hier verhafteten Mönche sei Arzt in einem illegalen Hospital für die UPA gewesen. Außerdem hätten sich im Kloster UPA-Mitglieder und ihre Frauen versteckt. Die Äbtissin eines Klosters in Lemberg, Elena Vasil'evna Viter, habe ebenfalls OUN-Angehörige unterstützt und im Verhör die Pseudonyme von fünf OUN-Mitgliedern verraten.

Die Verhaftung von sechs Basilianern aus der Stadt Žolkev zusammen mit dem Provinzial von Galizien, V. Hradjuk, in der Zeit von Juni bis Oktober 1945 im Gebiet Lemberg, die sich vehement gegen die Zwangsvereinigung der Unierten mit den Orthodoxen wandten, wurde mit ihrer „antikommunistischen Tätigkeit" be-

244 Vgl. beispielsweise die Erinnerungen des in der Diaspora wirkenden *protopresviter* JURIJ KRASEVYČ Vid OUN, UPA do Svjatoho Prestolu. Dokumental'na povist'. Publicystyka. Lystuvannja. Ternopil' 2001.

245 DALO P3-1-230, ark. 110–120: Spravka. O metodach i formach bor'by učastnikov OUN i belopol'skogo podpol'ja na dannom ėtape. [Gez.] Načal'nik upravlenija NKGB L'vovskoj oblasti General-Lejtenant Voronin. Gor. L'vov. „..." September 1945. Hier ark. 114–115.

246 WOLFDIETER BIHL Ukrainer als Teil der Streitkräfte des Deutschen Reiches im Zweiten Weltkrieg, in: Österreichische Osthefte 29 (1987) S. 28–55, hier S. 42 zufolge verfügte die Division über neun unierte Feldgeistliche.

247 Vgl. oben Anm. 240.

gründet:[248] Die Verhafteten hätten der OUN Hilfestellungen geleistet; so seien in der Druckerei des Klosters Manifeste der OUN, der UPA und andere „nationalistische Literatur" aufgefunden worden. Diese Zeitungen – darunter die Zeitschrift „Misionar", in der zum Kampf für eine unabhängige Ukraine aufgerufen werde – seien während der Okkupation gedruckt und illegal unter den Geistlichen der Westukraine verteilt worden. In einem Kloster im Peremyšlanskij rajon werde sogar ein Lazarett für verletzte UPA-Kämpfer unterhalten.[249] Von einem unierten Diakon wird berichtet, er habe so großen Einfluss auf eine UPA-Gruppe seines Dorfes ausgeübt, dass er diese dazu gebracht habe, sich freiwillig zu stellen.

Die gezielt gestreuten Gerüchte zeigten ihre Wirkung, wie die Staatsorgane bemerkten. Ein 70-jähriger Bauer habe verlauten lassen, er glaube zwar an Gott, nicht aber an „Popen und Metropoliten wie Ščeptickij".[250] Diese seien Verräter und würden die „Banderovci" unterhalten. Das Volk habe ertragen müssen, von den Popen ausgeplündert zu werden. Bei diesem Gespräch seien insgesamt 17 Leute anwesend gewesen, fünf hätten ähnliche Ansichten geäußert. Ein anderer Dorfbewohner hielt die Verhaftung Slipyjs ebenfalls für richtig, da in der Sankt-Georgs-Kathedrale Gewehre und Untergrundkämpfer gefunden worden seien.

Die Rufmordkampagne wurde auch bei Slipyj angewandt. Im Verlauf der operativen Arbeit bei der Verhaftung von Geistlichen sei man an Material gelangt, das Metropolit Slipyj als wichtigsten Gestapo-Agenten entlarve. Ein anderer gefasster Priester sei von der Gestapo beauftragt worden, antisowjetische Propaganda unter der Bevölkerung Lembergs zu verbreiten. Um dies zu finanzieren, sei die unierte Kirche aus Berlin subventioniert worden. Dies war zwar richtig, durch finanzielle Zuwendungen sicherten sich die deutschen Besatzungsbehörden die kirchliche Haltung in Fragen wie dem Anti-Bolschewismus – beispielsweise betrug der monatliche Beitrag im Jahr 1942 für die unierte Kirche im Generalgouvernement 535.383 Złoti.[251] Doch stand auch die orthodoxe Kirche im Generalgouvernement auf der deutschen Bezügeliste (1942 monatlich mit 58.043 Złoti), und offene Loyalitätsbekundungen orthodoxer Geistlicher gegenüber der deutschen Okkupation lassen sich in größerer Zahl nachweisen.[252] Kritik an dieser Haltung der orthodoxen Seite wurde von den sowjetischen Behörden jedenfalls nicht geübt. Die sowjetische Historiographie behielt die Verurteilung der unierten Kirche und ihrer Vertreter – Šep-

248 DALO P3-1-230, ark. 22–27: Spravka. Ob antisovetskoj dejatel'nosti uniatskogo duchovenstva, svjazannogo s podpol'em OUN i bandformirovanijami UPA. [Gez.] Zam. načal'nika UNKGB L'vovskoj oblasti Polkovnik Kolomiec. Gor. L'vov. 22. Oktober [1945].

249 Vgl. dazu auch oben Anm. 240.

250 Vgl. oben Anm. 235.

251 CHRISTOPH KLEßMANN Nationalsozialistische Kirchenpolitik und Nationalitätenfrage im Generalgouvernement (1939–1945), in: JBfGOE 18 (1970) H. 4, S. 575–600, hier S. 596, Anm. 91.

252 Ebenda, S. 596; BERKHOFF Was There a Religious Revival in Soviet Ukraine under the Nazi Regime?, S. 563–564.

tyc'kyj, Slipyj sowie von anderen Geistlichen und Mönchen – bei. In den achtziger Jahren noch, als die unierte Kirche allmählich wieder aus dem Untergrund auftauchte, hieß es, sie habe sich genauso wie die Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche als reaktionär und nationalistisch erwiesen und sich der faschistischen Besatzung als Instrument angeboten.[253]

Widerstand unierter Geistlicher gegen die „Initiativgruppe"

Verweigerten unierte Priester den Übertritt zur Orthodoxie, drohten ihnen Verhaftung und Deportation. Ausgenommen davon waren nur jene, die nicht die sowjetische Staatsbürgerschaft besaßen, weil sie auf nicht-sowjetischem Gebiet geboren waren.[254] Den NKVD-Berichten zufolge war der Widerstand der unierten Weltpriester gegen die Erklärung des Übertritts zur Orthodoxie nicht sehr groß. Nachdem die Priester das Recht zu heiraten hatten und oftmals Familien besaßen, gab es auf sie Druckmittel genug. Offener Widerstand war von ihnen daher nicht zu erwarten und wurde auch von den sowjetischen Quellen nicht berichtet. Die Motivation der Weltpriester, sich zum Übertritt zu entschließen, war aber nicht bei allen dieselbe und ist in jedem einzelnen Fall zu klären. Für manche war es wohl tatsächlich ein Mitläufertum in der Hoffnung auf Vorteile, andere mögen sich in ihrer theologischen Ausrichtung und in ihrer Nähe zur Orthodoxie bestätigt gefühlt haben, für wieder andere war es alleine der staatliche Druck, der sie zur Unterschrift trieb. Die Formen des Widerstandes waren daher eher verdeckt. Die meisten dürften sich gegen ein Einverständnis gewehrt haben, konnten es aber nicht verhindern und zogen sich in die innere Emigration zurück. Sie blieben nach außen hin staatsloyal, innerlich und Vertrauten gegenüber hielten sie an der Union fest. Andere verließen die Ukraine im Zuge des polnisch-sowjetischen Bevölkerungsaustausches. Heftiger Widerstand gegen die Auflösung der Union leisteten Ordensgeistliche, was ihnen deshalb leichter fiel, weil sie wegen des Gelübdes der Ehelosigkeit weit weniger erpressbar waren.[255] Als besonders „reaktionär" wurde neben Archimandrit Kliment Šeptyc'kyj die Geistlichkeit um den Provinzial der Basilianer von Galizien, Hradjuk, genannt, unter dessen Leitung Mönche aktive Gegenpropaganda betrieben.

Offiziell vermeldete die Initiativgruppe dem Rat für religiöse Kulte namhafte Erfolge. In einer Reihe von westukrainischen Gebieten seien die Unierten bereit, sich der Orthodoxie anzuschließen. Der Bevollmächtigte des Rates für religiöse Kulte

253 KOVAL' Fašistskaja politika duchnovnogo, moral'no-političeskogo podavlenija naselenija Ukrainy, S. 177–183.

254 So ein unierter Priester, der 1909 in der „Tschechoslowakei" geboren war und daher nach 1946 in einem Dorf bei Žovkva bleiben konnte; vgl. DAM'JAN BOHUN Vidijšov po vičnu nahorodu o. Semen Posiko – Laureat virnosti bohovi i cerkvi, in: Misionar (kviten' 1999) Nr. 4 (78) S. 127. In vielen aktuellen Nachrufen auf Priester wird deren starre Haltung gegen die Auflösung der Union betont.

255 Vgl. oben Anm. 221.

der Ukraine urteilte aber kritischer.[256] Denn er berichtete von zurückhaltenden Reaktionen auf den Vorschlag der Initiativgruppe in unierten Gemeinden, auf Versammlungen den Übertritt zu diskutieren. Priester wandten ein, ein solcher Schritt sei nur allmählich zu vollziehen und müsse gut überlegt werden; ferner fehle Propagandamaterial, das die Rechtmäßigkeit des Übertrittes darlege. Außerdem mussten in einigen Rajons die Priester von NKGB-Vertretern erst unter massiven Druck gesetzt werden, ehe sie sich für den Anschluss aussprachen. Kirchlichen Angaben zufolge befanden sich 1946 in der Westukraine zwischen 500 und 800 Priester in sowjetischen Gefängnissen.[257]

Dennoch wurde auch eine konzertierte Gegenaktion durchgeführt. Am 16. Juli 1945 fand in Kiev ein Gespräch zwischen dem Bevollmächtigten des Rates für die orthodoxe Kirche und Vertretern des unierten Klerus aus Lemberg statt, unter ihnen auch der Sekretär des bereits verhafteten Metropoliten Slipyj. Die Priester drückten darin ihr Unverständnis über einen Anschluss an die Orthodoxie aus. Sie erklärten, sie würden als Reaktion auf die Presseerklärung der Initiativgruppe dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der UdSSR Molotov einen Brief mit der Unterschrift von 61 Lemberger Priestern und von allen unierten Äbten des Bistums Lemberg zukommen lassen. Darin baten sie, die unierte Kirche in ihrem derzeitigen Zustand zu belassen und Wahlen für das Oberhaupt der Kirche zu erlauben. Ihrerseits sagten sie zu, sich in keiner Weise in das politische Leben der Sowjet-Ukraine einzumischen. In theologischer Hinsicht wurde vorgebracht, dass die orthodoxe Kirche andere Dogmen als die unierte Kirche besitze. Die Position Kostel'nyks betrachtete man als schwach, da er nur vier Leute an seine Seite habe, die Lemberger Gruppe der Vereinigungsgegner aber 61 Mitglieder umfasse. Außerdem agiere Kostel'nyk nur aus Angst vor einer Verhaftung durch das NKGB. Die Delegierten wandten sich auch gegen die Forderung des Bevollmächtigten des Rates für die orthodoxe Kirche Chodčenko, der verlangte, man solle ihm die Namen jener Priester, Dekane und Äbte nennen, die sich der Zusammenarbeit verschlossen. Sie forderten interessanterweise, als Unierte mit genau denselben Rechten leben zu können, wie sie die römisch-katholische Kirche in Deutschland besitze. Der Brief wurde direkt aus Kiev nach Moskau abgeschickt.

Die Aktion der unierten Priester stieß bei Chodčenko verständlicherweise auf taube Ohren. Er erklärte den Besuchern, sie handelten unrechtmäßig und ungesetzlich – die Basis für diese Behauptungen fehlte –, sie würden daher keine Unterstützung erhalten. Eine Schilderung der Vorgänge sandte der Bevollmächtige des Rates für religiöse Kulte der Ukraine an Chruščev, der sie wiederum an Manuïl'skyj mit dem Vermerk weitersandte, er solle ihm Maßnahmen zur Verstärkung der sowjeti-

256 CDAHOU 1-23-1639, ark. 12–31: Tov. Chruščevu N. S. Informacionnyj otčet o rabote upolnomočennogo Soveta po delam religioznych kul'tov pri SNK SSSR po Ukrainskoj SSR za maj–ijun' mesjacy 1945 goda. [Gez.] Upolnomočennyj Soveta po delam religioznych kul'tov pri SNK SSSR po Ukrainskoj SSR P. Vil'chovyj. Kiev, 24. Juli 1945. Hier ark. 21–24.

257 GALTER Rotbuch der verfolgten Kirche, S. 102.

schen Aktivitäten anweisen.[258] Damit zeigte Chruščev, anders als noch bei der Schilderung des Begräbnisses von Šeptyc'kyj an Stalin, seine klare Absicht, interne Schritte gegen die unierte Kirche zu unterstützen.

Einige der widerständigen Priester wurden darauf wegen antisowjetischer Tätigkeit verhaftet, darunter der frühere Kanzler des Metropolie-Kapitels der unierten Kirche in Lemberg, Nikolaj Semenovič Galjant, der frühere Rektor der Geistlichen Akademie, Ivan Čornjak, dessen Stellvertreter, Stepan Michajlovič Sampara, sowie der Abt des Klosters der Basilianer in Lemberg. Einer der verhafteten Priester erklärte bei seiner Vernehmung durch den NKBG offen, er sei mit dem bolschewistischen System und der Politik der Bolschewiken nicht einverstanden. Von anderen Geistlichen wurde behauptet, gegen sie lägen Beweise für ihre OUN-Tätigkeit vor oder für ihre „aktive Teilnahme an der SS-Division Galizien", ohne diese explizit zu nennen. Insgesamt waren bis August 1945 bereits 78 Geistliche der unierten Kirche und „mit diesen verbundene OUN-Angehörige" verhaftet worden.

Die Pseudosynode von Lemberg 1946: Durchführung und Kommentierung durch den NKVD

Den freiwilligen Charakter der Auflösung der Union sollte nach außen hin eine sogenannte Synode („Sobor") demonstrieren.[259] Diese sollte erklären, die unierte Kirche werde sich vom Vatikan trennen und der Russischen Orthodoxen Kirche anschließen. Die Organisation lag in den Händen der Initiativgruppe und des Sekretärs der Gruppe, Chruckij. Allerdings war das Unterfangen auf staatliche Mithilfe angewiesen. Alle Einzelheiten waren vorher mit dem Gebietskomitee in Lemberg abzuklären. Dieses schlug im Januar 1945 Chruščev als Termin ein bis eineinhalb Monate vor den Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR vor, um die „zur Orthodoxie übergetretenen Priester für die patriotische Arbeit" heranziehen zu können. Die Charakteristiken potentieller Teilnehmer am Sobor wurden ebenfalls gesammelt und auf ihre Verlässlichkeit hin geprüft.[260]

Durch die Ernennung Mel'nyks und Pel'vec'kyjs zu Bischöfen der Russischen Orthodoxen Kirche im Februar 1946 – dem verheirateten Kostel'nyk war die Bischofsweihe nicht möglich – wurde wenigstens nach außen hin der Anspruch einer Synode als Versammlung von Bischöfen erhoben. Im Februar 1946 legte die Initiativgruppe dem Lemberger Gebiets-Exekutivkomitee ihre Vorstellungen über die

258 CDAHOU 1-23-1639, ark. 43–68. Tov. Chruščevu N. S. Informacionnyj otčet o rabote upolnomočennogo Soveta po delam religioznych kul'tov pri SNK SSSR po Ukrainskoj SSR za maj–ijun' mesjacy 1945 goda. [Gez.] Upolnomočennyj Soveta po delam religioznych kul'tov pri SNK SSSR po Ukrainskoj SSR P. Vil'chovyj. Kiev, 24. Juli 1945. Der Vermerk Chruščevs („Rezoljucija tov. Chruščeva N.S.") auf ark. 43.

259 Zur Pseudosynode von Lemberg vgl. BOCIURKIW The Ukrainian Greek Catholic Church and the Soviet State, S. 148–188. Als zeitgenössische staatliche Darstellung: Dijanja soboru hrekokatolyc'koï cerkvy u L'vovi, 8–10 bereznja 1946. L'viv 1946.

260 Namen und Herkunft der Teilnehmer abgedruckt in: SERHIJČUK Neskorena Cerkva, Nr. 17.

Durchführung vor.[261] Sie schlug die Zeit von 7. bis 10. März und als Ort die Sankt-Georgs-Kathedrale vor. Die Tagesordnung sah unter anderem vor, dass Pel'vec'kyj einen Vortag über die Tätigkeit der Gruppe, die Liquidierung der Union und ihre Vereinigung mit der Russischen Orthodoxen Kirche halten sollte. Kirchenfragen, die mit der Rückkehr zur Orthodoxie verbunden worden, sollte Kostel'nyk behandeln. Am Inhalt und der Durchführung hatte die Behörde wenig auszusetzen, verkürzte die Veranstaltung aber um zwei Tage, wohl weil das Lemberger Exekutiv-Komitee für die Unterbringung und die Verköstigung der Teilnehmer aufkommen musste.[262] Kurz nach der Vorlage des Programms machte die Initiativgruppe nähere Angaben zu den Besuchern der Synode. Kostel'nyk schlug 114 Priester als Delegierte des Lemberger Erzbistums vor, Mel'nyk legte eine Liste von 59 Priestern des Bistums Drohobyč und Pel'vec'kyj von 52 Priestern für das Bistum Stanislav vor.[263]

Die Namen, das Amt und der Wohnort jener Personen, die tatsächlich an der Synode teilnahmen, wurden schließlich den Behörden vorgelegt: Dabei war der Anteil der Delegierten aus dem Gebiet Lemberg auf 68 Geistliche reduziert worden,[264] aus dem Gebiet Ternopil' kamen dafür zusätzlich 46 Delegierte, aus dem Gebiet Drohobyč wie vorgesehen 59 und aus dem Gebiet Stanislav 52.[265] Dazu wurden zwölf „einfache" Gläubige aus Lemberg, elf aus Drohobyč, sechs aus Stanislav und einer aus Ternopil' um ihre Teilnahme gebeten.[266] Insgesamt waren also 255 Teilnehmer vorgesehen, 216 trafen tatsächlich ein.

Während der von 8.-10. März in der Sankt-Georgs-Kathedrale laufenden Synode war in der lokalen Presse nichts darüber zu lesen. „Vil'na Ukraïna", das Organ des Lemberger Gebiets-Komitees, berichtete in den Ausgaben von 8. und 10. März 1946 kein Wort darüber.[267] Aus sowjetischer Sicht stellte die Veranstaltung einen rein kirchlichen Akt dar. Obwohl die staatlichen Organe die Verantwortung dafür trugen, blieben sie im Hintergrund. Der interne Bericht eines Beobachters der „Synode" an das ZK in Kiev geht daher distanziert und keinesfalls unverzüglich, sondern

261 DALO R-1332-1-4, ark. 1: Do Holovy Vykonkomu Rady Deputativ Trudjaščich L'vivs'koï oblasti Tov. Kozyreva M. V. u L'vovi. [Gez.] Holova "Iniciatyvnoï hrupy". 16. Februar 1946.

262 Vgl. diverse Unterlagen in DALO R-1332-1-4.

263 DALO R-1332-1-3, ark. 34: Protokol [.] Zasidannja Centrali Iniciatyvnoï hrupy Hrekokatolyc'koï Cerkvy po voz-ednannju z Pravoslavnoju Cerkvoju v prysutnosti o. Dr. Havriïla Kostel'nyka, jak holovy, o. Dr. Mychaïla Mel'nyka i o. Antona Pel'vec'koho. L'viv. 18. Februar 1946. [Handschriftlich gezeichnet von Kostel'nyk, Mel'nyk und Pel'vec'kyj.]

264 DALO R-1332-1-4, ark. 2–5: Spisok delehativ na sobor hreko-katolic'koï Cerkvy /L'vivs'ka oblast'/. [O. D.]

265 DALO R-1332-1-4, ark. 6–8 (Liste für das Gebiet Ternopil'); ark. 9–12 (für Drohobyč); ark. 13–15 (für Stanislav).

266 DALO R-1332-1-4, ark. 16–19.

267 Am 8. März wurde ein dreiseitiger Bericht über die Resolution des Plenums des ZK der KP/b/U über Landwirtschaftsbilanzen 1945 und über die Vorbereitung der Frühjahrsaussaat 1946 gedruckt, am 10. März ein mehrseitiger Bericht über den staatlichen Plan zur Entwicklung der Landwirtschaft.

erst einige Tage später auf das Geschehen ein. Theologische Überlegungen spielten dabei nur eine untergeordnete Rolle. Die Formulierungen der staatlichen Propaganda schimmerten immer wieder durch, auch die gegen den Papst gerichtete Stoßrichtung wird wiederholt:[268] Nach einem einführenden Gottesdienst mit einem Vortrag über die Arbeit der Initiativgruppe erklärte Pel'vec'kyj, dass vor der unierten Kirche nach der Befreiung der ukrainischen Länder und ihrer Angliederung an die Sowjetukraine die Aufgabe der Vereinigung mit der Orthodoxie stehe. Metropolit Slipyj und die Bischöfe der unierte Kirche hätten den historischen Moment nicht verstanden, sondern sie hätten versucht, Unordnung in das vereinte ukrainische Volk zu bringen und die Kirche dafür zu benutzen. Als Resultat des Einsatzes der Initiativgruppe bekannten sich in Galizien angeblich 908 früher unierte Priester zur Orthodoxie, nur 251 unierte Priester seien ihrer Kirche treu geblieben. In dem anschließenden Vortrag stellte Kostel'nyk das Recht des Papstes auf die Leitung der unierten Kirche in Abrede. Die politische Beeinflussung der Vorgänge zeigte sich bei der Wortmeldung eines Priesters aus dem Gebiet Stanislav, der den Anschluss an die Orthodoxie befürwortete. Nachdem sich das ukrainische Volk mehrheitlich auf die Regierung der Arbeiter und Bauern stütze und von dieser Regierung seine Einheit und seine Macht erhalten habe, müsse auch die ukrainische Geistlichkeit mit dem Volk gehen. Ein Besucher aus Lemberg merkte an, dass die Union schon immer zur „Denationalisierung" geführt habe. Weitere Diskutanten dankten der Roten Armee und deren Generalissimus, Genossen Stalin, für die Befreiung des ukrainischen Volkes und die Vereinigung aller ukrainischen Länder. Die Sitzung vom 8. März schloss mit der Deklaration der Trennung vom Vatikan und des Anschlusses an die Orthodoxie.

Der zweite Sitzungstag des Sobor am 9. März wurde mit einem Gottesdienst in Anwesenheit des Exarchen, des Metropoliten von Kiev und Galizien, Ioann, und des Bischofs von Lemberg und Ternopil', Makarij, eröffnet. Danach verlasen Kostel'nyk und Makarij einen Text „Über die Wirrungen der römischen Kirche". Nach jedem einzelnen Punkt wiederholten die anwesenden Delegierten den Satz „ich widersage" (*otrekajus'*) wie im Taufgelöbnis. Weiter feierten alle anwesenden Priester das Abendmahl. Die vom Sobor schließlich verabschiedete Deklaration hob darauf ab, dass Rom im 11. Jahrhundert die ökumenische Kirche verlassen und seine „Diktatur" errichtet habe. 1596 sei den Ukrainern die Union durch Polen aufgedrängt worden. Der Sobor hebe die Union von Brest auf, beschließe die Lösung von Rom und den Anschluss an die Allrussische orthodoxe Kirche. Indem man das Wort Christi „dass alles eins werde" ernst nehme, hielte es der Sobor für unumgänglich, den Patriarchen Aleksij und den Ministerrat (!) um die Aufnahme in den Schoß der

268 CDAHOU 1-23-2840, ark. 28–35: [An:] Kiev – CK KP/b/U tov Zlenko. Informacija o reagirovanii naselenija L'vovskoj oblasti v svjazi s perechodom iz uniatskoj religii v pravoslavnuju i na soobščenie prokuratury USSR o vraždebnom dejatel'nosti uniatov. [Gez.] Zav. organizacionno-instruktorskim otdelom L'vovskogo obkoma KP/b/U I. Bogorodčenko. 14. März 1946. (Abdruck in: KŽ 1, Nr. 139).

Orthodoxie zu bitten. Der Sobor drückte seine Überzeugung aus, dass in der Zeit, als alle wahrheitsliebenden Völker gegen den schlimmsten Feind der Menschheit, den „Faschismus", kämpften, der Vatikan auf der Seite des letzteren stand. Neben Grußtelegrammen an den Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel, an den Patriarchen von Moskau und Ganz Russland, Aleksij, und an den Metropoliten und Exarchen der Ukraine, Ioann, wurden Telegramme an die Führer der bolschewistischen Partei und an die Regierung der UdSSR und USSR aufgesetzt. Der Sobor endete am 10. März mit einem Gottesdienst, an dem angeblich 3.000 Gläubige teilnahmen.

Von Priestern kamen allerdings auch kritische Kommentare. Als eine Alternative wurde die Autokephalie, also die Unabhängigkeit von Rom und Moskau, die von Bandera-Anhängern gefordert wurde, ins Spiel gebracht. Allerdings sei die gesamte Geistlichkeit der Westukraine entschlossen gegen die Autokephalie. Dass der Metropolit und Exarch der Ukraine, Ioann, nur russisch und kein einziges ukrainisches Wort sprach, sei, wie einer der Teilnehmer verlauten ließ, ein „richtiger Skandal". Ein anderer Teilnehmer merkte an, dass Kostel'nyk auf der Synode erklärt habe, eine Russifizierung der Messe und der Predigt finde nicht statt.

In der ersten freien Stellungnahme der sowjetischen Presse zur Lemberger „Synode" Ende der achtziger Jahre war zu lesen,[269] im Februar 1945 habe Chruščev General Savčenko, den Volkskommissar des NKVD der USSR, benachrichtigt, dass Stalin persönlich die unverzügliche Liquidierung der ukrainischen griechisch-katholischen Kirche beschlossen habe. Die Auswahl der Delegierten für die Synode, ihren Transport nach L'viv und ihre Registrierung beaufsichtigte der NKGB-Oberst Bogdanov. Sie wurden im noch heute existierenden Hotel George im Zentrum von Lemberg untergebracht. Die Sicherheitsmaßnahmen dort seien außerordentlich hoch gewesen. Während der Synode brachten die Delegierten ihre Reden nur mühsam hervor, sie stolperten über schwierig auszusprechende Formulierungen der damaligen politischen Lexik und sahen von ihren Manuskripten nicht auf. Um „entsprechende Erklärungen über die geschaffene Tatsache" – über die Liquidierung der unierten Kirche – zu verbreiten, wies das Gebietskomitee an, eine Versammlung der Bauern und der Intelligenz durchzuführen. Ferner wurde nach einem ZK-Beschluss in Lemberg eine Broschüre in 40.000 Exemplaren herausgegeben unter dem Titel „Zvernennja do duchovenstva i virnych hreko-katolyc'koï cerkvy v Zapadnochidnych oblastjach Ukraïny". Diese Broschüre in ukrainischer Sprache, bestehend aus zwei kleinen, eng bedruckten Seiten, enthielt keinerlei Hinweis darauf, dass sie auf staatliche Veranlassung hin publiziert wurde.[270] Vielmehr gab sie sich den Anschein einer rein theologischen Abhandlung: Unterschrieben von Kostel'nyk, Meln'nyk und Pel'vec'kyj unter Anführung ihrer geistlichen Ämter, inhaltlich bot sie eine politische und theologische Rechtfertigung der Synode. Der Tenor war, dass Rom

269 G. ROŽNOV Ėto my, Gospodi, in: Ogonek Nr. 38 (1989) S. 6–8.
270 Ein Exemplar der Schrift in: DALO P3-1-439, ark. 36–37.

schon immer versucht habe, die ganze Welt zu unterwerfen, und dass das ukrainische Volk in einem großen vereinigten ukrainischen Staat – gemeint ist, in einer Religion vereinigt – leben solle.

Die offizielle Anerkennung des „Sobor" erfolgte durch die persönliche Meldung der Initiativgruppe bei der Staatsführung. Am 1. Mai wurde die Gruppe in Kiev von Chruščev und Grečucha empfangen, in Moskau von Aleksij und dem Bevollmächtigten des Rates für die Russische Orthodoxe Kirche, Karpov. Im April hieß es von staatlicher Seite, es hätten sich von 355 griechisch-katholischen Priestern im Gebiet Lemberg 289 der Orthodoxie angeschlossen; die Gruppe setze ihre Arbeit fort.[271]

Im Mai 1946 meldete sie die Beendigung ihrer Aufgabe im Gebiet Drohobyč. Die Bilanz, die dem Bevollmächtigten des Rates für religiöse Kulte gemeldet wurde, zeugte jedenfalls nicht von einem hundertprozentigen Erfolg.[272] 27 Priester des Gebiets hatten sich dem Anschluss verweigert, darunter auch römisch-katholische Priester, die im Gebiet geblieben waren. Auch nach der Synode, die ja demonstrieren sollte, dass die unierte Kirche geschlossen übertreten wollte, war der Widerstand gegen diesen Schritt noch immer, oder vielleicht jetzt gerade, vorhanden. Dem Bevollmächtigten für religiöse Angelegenheiten des Gebiets Lemberg wurde eine Liste mit 97 Personen vorgelegt, die mit Namen und, nach Rajons unterteilt, mit ihren Dörfern aufgeführt wurden, die den Übertritt zur Russischen Orthodoxen Kirche verweigert hatten.[273]

5.2.2.2 Die „Liquidierung" der Union der Karpaten-Ukraine

In der unmittelbaren Nachkriegszeit stand schon wegen der größeren Zahl der Mitglieder die Auflösung der unierten Kirche in Lemberg stärker im Mittelpunkt als die parallel dazu einsetzenden Vorgänge in der Karpaten-Ukraine, die ebenfalls zum Verbot der dortigen unierten Kirche führten.[274] Die Verhältnisse waren hier aber auch deshalb anders gelagert, weil die unierte Kirche in der Karpaten-Ukraine neben der Orthodoxie und den Lutheranern nicht die einzige Kirche war und sie schon deshalb mit 461.000 Gläubigen keine so gewichtige gesellschaftliche Position wie in

271 Vgl. oben Anm. 219.

272 CDA 4648-2-16, ark. 48: Upolnomočennomu Soveta po delam religioznych kul'tov pri Sovete Ministrov SSSR po Ukrainskoj SSR, tov. Vil'chovomu. [Gez.] A. Burik, Upolnomočennyj Soveta po delam religioznych kul'tov pri Sovete Ministrov SSSR po Drogobyčskoj oblasti. Drohobyč, 28. Mai 1946.

273 DALO R-1332-1-3, ark. 35–38: Spisok svjaščennikov L'vovskoj obl., otkazavšichsja ot podači zajavlenij o prisoedinenii k iniciativnoj gruppe. [O. D., Akt datiert auf 22. Mai bis 23 Juli 1946.]

274 ATHANASIUS B. PEKAR OSBM The History of the Church in Carpathian Rus'. New York 1992, fasst die Geschichte der Union von Užhorod von ihren Anfängen bis zu ihrer gewaltsamen Liquidierung schlüssig zusammen, konnte jedoch noch nicht auf die in ukrainischen Archiven bis vor einiger Zeit unter Verschluss gehaltenen Akten zurückgreifen.

Galizien einnehmen konnte. Während die national-ukrainische Ausrichtung der Bevölkerung in Galizien diese besonders verdächtig erscheinen ließ, wurde das rusynische Volksbewusstsein in der Karpaten-Ukraine, das sich als eigenständig und als vom ukrainischen unabhängig betrachtete, vom Sowjetstaat als ungefährlich eingestuft. Eine Schwächung der unierten Kirche der Karpaten-Ukraine kam auch durch die Grenzziehungen nach dem Krieg zustande, weil dadurch die Diözese von Prešov auf tschechoslowakischem Gebiet und die Diözese von Hajdúdorog bei Ungarn blieben. Dem Auswärtigen Amt in Berlin 1938 vorliegende Angaben gehen davon aus, dass in der Karpaten-Ukraine (einschließlich der später an die Slowakei gefallenen Gebiete) insgesamt 110.000 orthodoxe Gläubige 360.00 Unierten gegenüberstanden.[275] Im Unterschied zu Galizien waren in der Karpaten-Ukraine bei der Auflösung der Union nicht unierte Geistliche in einer Initiativgruppe, sondern russische orthodoxe Priester aktiv, die gemeinsam mit den Staatsorganen generalstabsmäßig vorgingen.[276] Gleichzeitig stärkte ihnen die Präsenz der Roten Armee den Rücken. Ohne die Hilfe und Erlaubnis der Partei wäre die russische Orthodoxie freilich nicht in der Lage gewesen, die Unierten in der „Karpaten-Rus'" – so die wiederholt von den orthodoxen Geistlichen der Karpaten-Ukraine verwendete Bezeichnung – in die Knie zu zwingen und den Besitz der Kirchengebäude und des sonstigen Eigentums der unierten Gemeinden zu übernehmen. Der staatliche Machtapparat schlug brutal zu bei der Entfernung der unierten Führung: Der Bischof der dortigen unierten Kirche, Romža, wurde 1947 nach einem fingierten Unfall vom NKVD ermordet.[277] Bei ihm hatte man sich die Mühe erspart, einen Prozess wie gegen Slipyj in die Wege zu leiten. Romža war weniger bekannt als Slipyj und seine Haltung zur Auflösung der Union war kompromissloser und undiplomatischer als jene Šeptyc'kyjs und Slipyjs; den Befehl des NKVD, sein Bistum dem Moskauer Patriarchat zu unterstellen, lehnte er kategorisch ab.[278] Insbesondere Chruščev wirkte auf seine Beseitigung hin, obwohl Romža offenbar gute Kontakte zur Ehefrau von Turjanica, dem Ersten Sekretär des Gebiets, besaß.[279]

275 PAAA R 103416, S. 225–229: Kulturpolitische Lage in der Karpato-Ukraine. [Gez.] Der Reichsführer SS. Der Chef des Sicherheitshauptamtes [Unterschrift nicht lesbar]. An das Auswärtige Amt, Geheimrat Altenburg. [Eingangsdatum: 10. Dezember 1938]. Hier S. 227.

276 Vgl. den Aktionsplan des Bevollmächtigten des Rats für Religiöse Kulte Vil'chovyj in: JURIJ VOLOŠYN Likvidacija Užhorods'koj unii (1948 r.), in: Z archiviv VUČK-HPU-NKVD-KHB (1999) Nr. 1/2, S. 406–418, hier S. 415–418.

277 Dass Romža auf staatlichen Befehl ermordet wurde, bestätigt der daran beteiligte KGB-General Sudoplatov (siehe SUDOPLATOW, SUDOPLATOW Der Handlanger der Macht, S. 314, 322, Anm. 14, und S. 440). Vgl. auch die ausführliche Dokumentation von LASLO O. PUŠKAŠ Kir Teodor Romža. Žittja i smert' Episkopa. L'viv 2001 sowie CONSTANTIN SIMON The Life of Feodor (George Theodore) Romzha, 1911–1947, in: Diakonia 33 (2000) Nr. 2 und 3, S. 123–152 und 215–250. Romža wurde 2001 von Papst Johannes Paul II. als Märtyrer der katholischen Kirche selig gesprochen.

278 IVAN POP Romzha, Teodor Iurii, in: Encyclopedia of Rusyn History and Culture, S. 394.

279 ŠAPOVAL Chruščev i Zapadnaja Ukraina, S. 86.

Erstmalig wurde die Stoßrichtung der Russischen Orthodoxen Kirche offenkundig, als im November 1944 in Mukačevo ein Treffen von geistlichen Würdenträgern und Vorsitzenden der Eparchie Mukačevo-Prešov stattfand;[280] Teilnehmer waren Archimandrit Aleksej Kabaljuk, Abt Feofan als Stellvertreter des Bischofs der „Zakarpatskaja Rus'", der *protoierej* Dmitrij Beljakov (Mitglied des geistlichen Gerichtes der Eparchie „Karpaten-Rus'"), der Priester und Sekretär der Eparchie Ioann Kopylov sowie der Direktor eines Gymnasiums, Petr Vasil'evič Lintur. Sie verabschiedeten ein Manifest über die „Angliederung der orthodoxen Kirche der Karpaten-Rus' an die Russische Orthodoxe Kirche" und machten sich dann mit einem Militärflugzeug auf den Weg nach Kiev, um dort mit Chodčenko als ukrainischem Bevollmächtigten des Rates für die Russische Orthodoxe Kirche zusammenzutreffen. Mit dem Zug ging es nach Moskau zu einer Zusammenkunft mit dem dortigen Vertreter des Rates. Auch eine Delegation nicht-kirchlicher Repräsentanten der Karpaten-Ukraine sollte in Moskau ein Manifest zur Vereinigung der „Karpaten-Rus'" mit dem „großen brüderlichen russischen Volk", das auf verschiedenen Versammlungen örtlicher Komitees gefasst worden sei, übergeben.

Ein administratives Problem bestand darin, dass die Eparchie noch unter serbischer Jurisdiktion stand. Vorgebracht wurde dies von kirchlichen Abgesandten aus der Karpaten-Ukraine, die während ihres Moskauer Aufenthaltes von 7. bis zum 13. Dezember 1944[281] viermal vom Metropoliten Aleksij und von Mitgliedern des Heiligen Synods der Russischen Orthodoxen Kirche empfangen wurden. Ihre Bitten bezogen sich in erster Linie darauf, dass die russische Orthodoxie gegenüber dem Synod der Serbischen Orthodoxen Kirche, unter dessen Territorium die orthodoxe Eparchie Mukačevo-Prešov seit 20 Jahren stand, das Ansinnen unterstützen sollte, diese in die kanonische Befugnis des Moskauer Patriarchats zu übergeben. Diese Rahmenforderung sollte weitere Aktionen zur Ausstattung der Orthodoxie der Karpaten-Ukraine nach sich ziehen. Dafür wollte die Russische Orthodoxe Kirche in Verbindung mit zivilen und militärischen sowjetischen Organen bei der Aufteilung des Eigentums der Kirchen – Kirchengebäude, Klöster, Ländereien, Pfarrhäuser – zwischen den orthodoxen und unierten Gemeinden ihre Interessen entschlossen vertreten. Zur Untermauerung wurde darauf hingewiesen, dass sich auch die tschechoslowakische Regierung „aufmunternd in Bezug auf die [Auflösung der] unierten Kirche" geäußert habe. Diese Äußerung ist deshalb von Belang, weil ein Teil der Unierten des Bistums Mukačevo-Prešov auf dem Staatsgebiet der Tschechoslowakei wohnte. Weiter hoffte man auf die Versorgung mit liturgischen Büchern durch das Patriarchat und die Aufnahme von Schülern aus der Karpaten-Ukraine am orthodoxen theologischen Institut des Patriarchats. Der Synod erklärte seine Zustimmung

280 CDAHOU 1-23-887, ark. 3–4: Spravka. [Gez.] Starčenko, Chodčenko. Peredano iz Kieva 6/12–1944 g.

281 CDAHOU 1-23-887, ark. 23–25: Sovnarkom Ukrainskoj SSR, tovarišču Chruščevu N. S. [Gez.] Karpov /Predsedatel' Soveta po delam russkoj pravoslavnoj cerkvi pri SNK SSSR/. Moskva, 13. Dezember 1944. (Abdruck in: KŽ 1, Nr. 191).

zur kanonischen Übernahme des Bistums in die Kompetenz des Moskauer Patriarchats und bekundete seinerseits Bereitschaft, sich beim Synod der Serbischen Orthodoxen Kirche dafür einzusetzen. Liturgica für die Karpaten-Ukrainer wurden ebenfalls übergeben. Kein Versprechen gab der Synod jedoch in der Frage des Kircheneigentums, da es zu früh für eine Lösung der Angelegenheit sei.

Die Delegation forderte über die kirchlichen Anliegen hinaus auch politische Änderungen in der Karpaten-Ukraine, allerdings nicht an der zuständigen Stelle. Bei ihrem Empfang am 11. Dezember beim Rat für die Russische Orthodoxe Kirche brachte sie neben dem Genannten die Sprache auf die Beschleunigung des Beitrittes der Karpaten-Ukraine an die Sowjetunion, und zwar im Rahmen einer autonomen Republik. Sie sei entschieden gegen die Angliederung der Karpaten-Ukraine an die Ukrainische SSR. Die Bewohner hatten vor dem Krieg keine Tschechen sein wollen, noch wollten sie jetzt Ukrainer sein, sondern Russen. Ihr Land wollten sie jetzt als „autonom sehen, aber im Gebiet Sowjetrusslands" – ein Brief dieses Inhalts war bereits im November an Stalin gesandt worden.[282] Darauf konnte der Vorsitzende des Rates nur erklären, dies sei jetzt nicht Gegenstand der Diskussion, es wurde auch nie von der Politik geplant oder in weitere Erörterungen miteinbezogen. Nachdem die Delegierten ihre Dankbarkeit gegenüber der Sowjetregierung und dem Genossen Stalin für die Befreiung der Karpaten-Ukraine ausgedrückt hatten, flogen sie am 13. Dezember nach Kiev zu einem Empfang des Exarchen der Ukraine, dem Metropoliten von Kiev und Galizien Ioann, um dann nach Mukačevo zurückzukehren. Der Bericht über die Geistlichen aus der Karpaten-Ukraine in der offiziellen Zeitschrift des Moskauer Patriarchats gab als Ziel der Reise nur die Bitte der Priester an, die Übergabe der Eparchie vor dem Synod der Serbischen Orthodoxen Kirche zu unterstützen.[283] Im Weiteren beschreibt er ausführlich die von den Besuchern aufgesuchten Pilgerstätten. Interna wie der Wunsch nach Autonomie für die Karpaten-Ukraine innerhalb der Sowjetunion wurden aber mit keinem Wort erwähnt. Besonders wird hervorgehoben, dass die Orthodoxie der Karpaten-Ukraine immer wieder großen Bedrohungen durch den Katholizismus ausgesetzt war und dass die Delegation in euphorischen Worten dem russischen Volk und Stalin für ihre Befreiung von der Okkupation dankte.

Die Verstaatlichung von Kircheneigentum

Um die unierte Kirche der Karpaten-Ukraine nachhaltig zu schädigen und so ihre Auflösung zu betreiben, wurde sie zuerst ihrer wirtschaftlichen Grundlage beraubt. Der Staat sorgte für die Durchsetzung der dafür nötigen Maßnahmen: Ein Dekret vom 1. Mai 1945 des neuen Volkssowjets der Karpaten-Ukraine entzog der unierten

282 Der Brief der karpatenukrainischen Geistlichen an Stalin in: KŽ 1, Nr. 98.

283 Prebyvanie v Moskve delegacii pravoslavnoj cerkvi Zakarpatskoj Ukrainy, in: Žurnal Moskovskoj Patriarchii (Januar 1945) Nr. 1, S. 5–10.

Kirche weitgehend die Verfügungsgewalt über ihren Besitz.[284] Es bestimmte im einzelnen, dass alles bewegliche und unbewegliche Eigentum, das bisher verschiedenen Kirchen als juristischen Personen gehörte, in die Verfügung der Gläubigen der Gemeinden der jeweiligen Kirchen überging, unabhängig davon, wer es bisher genutzt hatte. Die Versammlung der volljährigen Gläubigen solle über das kirchliche Eigentum mit einfacher Mehrheit entscheiden, nur für die Enteignung von Immobilien der Kirche war eine Zweidrittel-Mehrheit nötig. Der Manipulation waren Tür und Tor geöffnet, denn bei Beschlüssen zu Bestimmungen über kirchliches Eigentum erhielten auch diejenigen Stimmrecht, welche die Gemeinde verlassen hatten, in eine andere übergetreten oder aus der Kirche ausgetreten waren. Damit konnten jederzeit die nötigen Mehrheiten hergestellt werden. Ein weiteres Dekret[285] bestimmte, dass alle Kirchen- und religiösen Dinge einer staatlichen Behörde, der „Verwaltung der Kultangelegenheiten", gehörten, bis die Eigentumsverhältnisse der kirchlichen Gemeinden auf dem Territorium der Karpaten-Ukraine entschieden seien.

Nach der Landreform, die in der Karpaten-Ukraine auf der Grundlage des Beschlusses des Volkskomitees der Karpaten-Ukraine vom 26. Oktober 1944 durchgeführt wurde, verblieb noch ein Teil des Landes im kirchlichen Besitz. Unter dem Vorwand, das Land werde verpachtet oder mit gemieteten Arbeitern bearbeitet, was den sowjetischen Gesetzen widersprach, beschloss das Gebietskomitee der Karpaten-Ukraine im August 1946, den noch in Kirchenbesitz befindlichen Boden zu enteignen.[286] Dies war ein weiterer Schritt, um der Kirche die Existenzgrundlage zu entziehen. In dem Beschluss hieß es, die Übergabe in den staatlichen Landfond solle bis zum 15. September 1946 durchgeführt werden. Das Land werde dann unter Landlosen und Bauern mit nur geringem Bodenbesitz aufgeteilt. Den Kirchen blieb nur soviel Land, wie es der Durchschnittsgröße eines Hofes im entsprechenden Kreis entsprach. Im Gegenzug sollten aber Klöstern, die kein Land besaßen, durch den staatlichen Landfond ein Landstück zugeteilt werden, das nicht mehr als 0,15 Hektar pro Mönch des betroffenen Klosters entspreche. Damit war gleichsam deren Grundversorgung gesichert. Bodenbesitz durfte nur dann behalten werden, wenn er religiösen Würdenträgern gehörte, die ihn nicht zum Nutzen einer religiösen Gemeinschaft oder einer Kirche gebrauchten und wenn er eine durchschnittliche Hofgröße nicht überstieg. Priester, die kein Land oder Nutzungsrecht besaßen, sollten für die Eigenbearbeitung ebenfalls mit 0,15 Hektar großen Flächen durch den Landfonds versorgt werden.

284 CDAHOU 1-23-2846, ark. 156: Dekret No 54/45 ot 1 maja 1945 goda Narodnogo Soveta Zakarpatskoj Ukrainy o pol'zovanii cerkovnym imuščestvom.

285 Ebenda.

286 CDA 4648-2-15, ark. 16–17: Postanova No. 662 zakarpats'koho oblasnoho vykonavčoho komitetu. Pro cerkovni ta monastirski zemli zakarpats'koï oblasti. [Gez.] Holova Zakarpats'koho oblvykonkomu I. Turjanycja, Sekretar Zakarpats'koho oblvykonkomu M. Popovyč. Užhorod, 19. August 1946.

Orthodoxe Repräsentanten forderten unverhohlen die Umverteilung von kirchlichen Gebäuden; insbesondere das traditionsreiche Kloster auf der Černečna Hora mit über 1.500 Hektar Grund sollte alsbald den Unierten abgenommen werden; der Rat für die orthodoxe Kirche in Moskau wurde dabei von Vertretern der Russischen Orthodoxen Kirche ungeniert benutzt, um sich Ansprüche darauf zu sichern. Im Juni 1946 bat der Bischof der orthodoxen Kirche des Bistums Mukačevo-Užhorod, Nestor, den Leiter der Kulturabteilung des Gebiets-Exekutivkomitees der Karpaten-Ukraine darum, das unierte Kloster und die Kirche „Uspenie Presvjatoj Bogorodicy" auf der Černečna Hora der orthodoxen Kirche zu übergeben.[287] Motiviert wurde das mit dem Argument, dadurch werde die historische Gerechtigkeit wieder hergestellt. Wie weit das Gedächtnis der Orthodoxie reicht, wird an den anschließenden Ausführungen deutlich: Das Kloster sei im 13. Jahrhundert vom orthodoxen Fürst Fedor Kiriatovič gegründet worden und bis 1664 ein Zentrum der Orthodoxie in der Karpaten-Ukraine geblieben. 1664 sei es jedoch der orthodoxen Kirche von den „Agenten Roms" entzogen worden und befinde sich seither in deren Nutzung. Die Folgen der Herrschaft der unierten Kirche in der Karpaten-Ukraine für die orthodoxe Kirche hätten, so hieß es, darin bestanden, dass erstere der letzteren in allen größeren Städten die Gemeinden entzogen. Die orthodoxen Gläubigen konnten vielerorts ihren religiösen Bedürfnissen nicht mehr nachgehen. Die Rückgabe der geforderten beiden Gebäudekomplexe würde diesen Missstand beheben. Nestor erhielt schließlich die Hilfestellung des ukrainischen Bevollmächtigten des Rates für die Russische Orthodoxe Kirche, Vil'chovyj. Unterstützung hatte sich Nestor zugleich vom Moskauer Patriarchen von Ganz Russland, Aleksij, geholt, der sich wiederum an Karpov als Vorsitzenden des Rates für die Russische Orthodoxe Kirche wandte. Karpov selbst hatte in einem Brief vom 19. August 1946 mitgeteilt, dass die Bitte erfüllt werden solle. Bereits im Frühjahr 1946 hatte sich das orthodoxe Besitztum erheblich vergrößert: Waren während des Krieges noch 88 orthodoxe Gemeinden vor allem in Bergdörfern und 463 unierte Gemeinden verzeichnet, so bestanden im Mai 1946 bereits 152 orthodoxe Gemeinden mit 141 Geistlichen.[288]

287 CDA 4648-1-18, ark. 70–71: Zaključenje upolnomočennogo Soveta po delam pravoslavnoj cerkvi pri Sovete Ministrov SSSR po USSR „O peredače pravoslavnoj cerkvi monastyrja i pri nem chrama Uspenija Presvjatoj Bogorodicy na Černečnoj gore v Zakarpatskoj oblasti". [Gez.] Katunin, Zam. Upolnomočennogo Soveta po delam pravoslavnoj cerkvi pri Sovete Ministrov SSSR po USSR. [O. O, o. D.]

288 Im Mai 1946 betrug ferner die Zahl unierter Gotteshäuser 399 mit 320 Geistlichen neben acht unierten Klöstern; es bestanden außerdem 42 römisch-katholische Gemeinden mit 42 Geistlichen sowie 80 reformierte Gemeinden mit 82 Geistlichen; vgl. CDAHOU 1-23-2846, ark. 147–154: Dokladnaja zapiska. Upolnomočennomu Soveta po delam pravoslavnoj cerkvi pri Sovete ministrov USSR tov. Chodčenko. [Gez.] Zam. Upolnomočennogo Soveta po delam pravosl. cerkvi pri sovete ministrov USSR G. Katunin. 5. Juni 1946.

Widerstand gegen die Kirchenenteignung

Die staatliche Überwachung stellt im November 1946 zwar fest, dass die Mehrheit der Bevölkerung der Karpaten-Ukraine positiv auf die „Nationalisierung der Kirchen- und Klosterländereien" und ihre Übergabe an die Kleinbauern reagiert habe,[289] aber auch, dass sich namhafter Widerstand gegen die „Nationalisierungen" erhob. Wegen „antisowjetischer Tätigkeit" wurde ein Priester, Andre Djurke, wegen angeblichen Missbrauches eines öffentlichen Amtes in Arrest gesetzt. Der Priester der reformierten Kirche aus dem Dorf Agovo bei Užhorod war in Anwesenheit des Dorfsowjets zum Vorsitzenden der Landkommission gewählt worden. Er habe, so der Tenor der Anklage, den Kirchenbesitz an sich reißen können. Außerdem mussten die Behörden registrieren, dass „in einer Reihe anderer Dörfer alle Methoden ausgenutzt" würden, um das Land der Kirchengemeinden nicht abgeben zu müssen. Einzelne Arbeiter seien auf verschiedene Art und Weise darum bemüht, den Kirchen ihr Land zu bewahren. Gläubige ließen sich mobilisieren, um für ihre Gemeinde einzutreten. Ein Priester aus dem Dorf Rukosovo bei Chust sammelte sogar rund 20 Bauern und „Kulaken", um in einer Demonstration vor dem Dorfsowjet gegen die „Nationalisierung" zu protestieren.

Die Religiosität in der Karpaten-Ukraine einzudämmen, war nicht so einfach, weil die Mehrheit der Lehrer in den beiden geistlichen Lehrerseminaren der unierten Kirche ausgebildet worden war und ihre katholischen Überzeugungen nach wie vor an die Schüler weitergab.[290] An den Ostertagen 1946, die von leitenden Angestellten als kirchliche Feiertage begangen wurden, waren sogar Schulen geschlossen. Mancherorts traten Pädagogen als Initiatoren von Petitionen für die Wiedereinführung des Faches Religion in den Schulen auf. Eine Lehrerin konnte nur in „großer individueller, geduldiger Arbeit" von den Behörden dazu gebracht werden, auch an religiösen Feiertagen Unterricht zu halten.[291] Dies war aber nur einer aus einer Menge ähnlicher Vorfälle. Der „große Widerstand" sowohl der Priester als auch „vieler tief religiöser Eltern" erschwerten sowjetische Pädagogen die Vermittlung der „materialistischen Wissenschaft".[292] Besonders ärgerlich für die Behörden war, wenn sich Priester hartnäckig an ihren Erziehungsauftrag hielten und von verschiedenen Seiten dabei unterstützt wurden. Um sie zu diffamieren, wurde ihnen, ob dies nun zutraf oder nicht, wiederholt der Vorwurf der „Reaktion" und der „Magyarophilie" gemacht. Einige Beispiele belegen das Engagement der Priester: In einem Dorf eröff-

289 CDAHOU 1-23-2839, ark. 24–26: O reagirovanii duchovenstva i naselenija Zakarpatskoj oblasti na nacionalizaciju cerkovych i monastyrskich zemel'. [Handschr.: 18. XI. 1946, Unterschrift nicht lesbar].

290 CDAHOU 1-23-2865, ark. 17–102: Komunistyčna partija (bilšovykiv) Ukraïny. Zakarpats'kyj oblasnyj komitet. Otdel škol. Otčet o rabote škol Zakarpatskoj oblasti za 1945–46 god. [Gez.] Zavedujuščij otdelom škol Zakarpatskogo obkoma KP/b/U Gončarenko. Užhorod, 26. Juli 1946. Hier insbesondere ark. 16–17 und ark. 30–34.

291 Ebenda, ark. 17.

292 Ebenda, ark. 30.

nete ein Priester eine „Religionsschule", die bis zum März 1946 insgesamt 100 Kinder besuchten. Der örtliche Schuldirektor war nicht dagegen eingeschritten. Erst auf den Druck der Parteiorganisation hin wurde die Schule geschlossen. In einem anderen Dorf leitete ein Priester eine Delegation in den Gebietssowjet mit der Petition, den Religionsunterricht wieder einzuführen und die Schulen an religiösen Feiertagen zu schließen. Seine wöchentlichen Religionsstunden für Kinder wurden erst dann nicht mehr besucht, als die Parteiorganisationen Gegenangebote wie Kulturkreise und einen Chor, die von örtlichen Lehrern geleitet wurden, anboten. In einem Dorf nahe Mukačevo hielt der ungarische Priester zur Zeit der offiziellen Unterrichtsstunden Religionsunterweisungen ab, so dass sich die Kinder in die Schule verspäteten. Die Behörden sorgten schließlich für eine Einstellung der religiösen Kurse. In diesem Fall wird auch deutlich, dass es bei dem Einschreiten gegen die unierte Kirche der Karpaten-Ukraine zwar einerseits um die Verdrängung des religiösen Elements ging, andererseits aber auch die ungarische Minderheit getroffen werden sollte.

Das offizielle Ende der Union in der Karpaten-Ukraine kam erst 1949, ohne den Paukenschlag einer Pseudosynode wie in Galizien. Viel schlichter wurde dieses bei einer kirchlichen Feier im August 1949 in Užhorod verkündet. Dieser Zeitpunkt steht auch in Zusammenhang mit der Kollektivierungskampagne 1948/49 in der Karpaten-Ukraine sowie mit dem sich verschärfenden Kalten Krieg, der Verbindungen jeder Art zum Westen – auch und gerade kirchlicherseits – nicht zuließ. Administrativ wurde die Karpaten-Ukraine im Juni 1948 Makarij als „Erzbischof von Lemberg, Tarnopol', Užhorod und Mukačevo" übergeben. Der Nachfolger des 1947 ermordeten unierten Bischofs Romža, Chira, wurde nach Kasachstan deportiert; 1948 saßen von 345 unierten Priestern der Karpaten-Ukraine 210 in Haft.[293]

Über den Erfolg der Liquidierung der unierten Kirche der Karpaten-Ukraine hieß es, es hätten sich bis Juni 1949 insgesamt 93 unierte Priester sowie 139 Pfarreien mit 223 Kirchen der Orthodoxie angeschlossen, und dies bei einer Gesamtzahl von 307 unierten Kirchen zum 1. Januar 1949. Nachdem nun also über 70% der unierten Kirchen der Russischen Orthodoxen Kirche übergeben worden waren, war die endgültige Zerstörung der unierten Kirche kein größeres Problem mehr. Im Januar 1949 waren von den 2.290 Kirchen des Jahres 1946 nur mehr 327 im Besitz unierter Gemeinden, bis Mitte 1950 waren auch sie enteignet.[294]

5.2.3 Schlussfolgerungen aus den Pseudo-Liquidierungen der Unionen

Die „Liquidierung" der unierten Kirchen der Westukraine stellte ein Teilprogramm Stalins zur Unterwerfung der Westukraine dar. Mit einem Schlag gegen die unierten

293 GEZA GROSS-SCHMID The Kremlin and the Eastern Catholic Church, in: The Ukrainian Quarterly Vol. 9 (1953) S. 324–334, hier S. 328.

294 RO'I Islam in the Soviet Union, S. 64, Anm. 34 nach offiziellen Angaben.

Kirchen sollte der ukrainische Nationalismus an Rückhalt verlieren, wie es bereits in der Zwischenkriegszeit durch das Verbot der Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche geschehen war. Nach dem Zweiten Weltkrieg bot sich als Hilfsinstrumentarium die Russische Orthodoxe Kirche an. Als Prinzip des Handelns ist eine flexible Vorgehensweise zu erkennen, die in öffentliche Aktionen und interne Weisungen aufzugliedern war, wobei die Kompetenzen absichtlich unklar verteilt waren. Als Verantwortliche wurden demonstrativ lokale Kräfte – eine Initiativgruppe aus ehemals unierten Geistlichen – vorgeschickt, die darüber hinwegtäuschen sollten, dass der Drahtzieher im Hintergrund die Partei war, die ihre Beteiligung nach außen hin unter Verschluss halten wollte. Die Gebiets-Verwaltung war das letzte Glied der Befehlskette. Sie hatte logistische Hilfe zu leisten und die Kosten zu tragen.

Faktisch wurde das Verbot der Union nicht ausgesprochen; die Behörden konnten somit auch nicht wegen einer offenen antikirchlichen Politik kritisiert werden. Das staatliche Vorgehen wurde daher hier wie bei anderen gewaltsamen Umwälzungen verschleiert. Während interner Druck ausgeübt wurde, sollte der Übertritt zur Orthodoxie nach außen hin als ein juristisch einwandfreier, sogar vom Volk gewünschter Akt erscheinen. Die Initiativgruppe hatte dabei das Vorgehen so zu koordinieren, dass nicht der Anschein entstünde, die Unionen seien von der Regierung einfach verboten worden. Der Öffentlichkeit sollte auf der inszenierten Pseudosynode vorgeführt werden, wie viele Geistliche sich gegen die Union von Galizien gewandt hätten. Waren sie nicht bereit zu einem Übertritt zur Orthodoxie, wurde Zwang und Terror angewandt. Parallel wurde eine Anklage- und Verhaftungswelle gegen sie durchgeführt unter der Begründung, sie würden antisowjetische Agitation betreiben und hätten sich während des Krieges der Kollaboration schuldig gemacht. Dieser Vorwurf wurde nicht individuell überprüft, sondern kollektiv für alle angenommen.

Terror als Überzeugungsmittel konnte bei verheirateten unierten Geistlichen relativ einfach angewendet werden, die sie durch die Rücksicht auf Familie und Kinder leicht auf Linie zu bringen waren, anders als Mönche und Nonnen sowie der höhere Klerus. Ihre ungleich höhere Gegenwehr gegen die Zwangsvereinigung mussten daher physisch unterbunden werden. Viele Ordensgeistliche wurden verhaftet, in die Verbannung geschickt und umgebracht. Schließlich machte der staatliche Terror auch vor den Erfüllungsgehilfen der Zwangsvereinigung nicht Halt, denn nachdem sie ihre Aufgabe erfüllt hatten, wurden die Mitglieder der Initiativgruppe ermordet, zuerst Kostel'nyk am 21. September 1948, 1955 starb Mel'nyk unter ungeklärten Umständen, schließlich sein Sekretär, was dem NKVD zugeschrieben wird.[295]

295 Die Drahtzieher der Ermordung Kostel'nyks sind nicht bekannt. Auf den NKVD weisen unter anderem hin: GALTER Rotbuch der verfolgten Kirche, S. 104, Anm. 80a; S. I. HORBAČ Dejaki aspekty vidnosyn miž Vatikanom ta SRSR pislja druhoï svitovoï vijny (1945–1953), in: UIŽ (1998) Nr. 6, S. 68–76, hier S. 73. Polityčna istorija Ukraïny, S. 373 (kein Beleg), vermutet die Ermordung Kostel'nyks durch die OUN, ebenso VEDENEEV, LYSENKO Projavy teroru i te-

Die Gläubigen, die in der Regel nicht so unmittelbar wie die Geistlichkeit betroffen waren, reagierten in zweifacher Hinsicht. Einerseits bestand kaum die Möglichkeit, sich dem staatlichen Zwang zu widersetzen, so dass sie diesem nach außen hin nachgaben. Das unierte, auf lange Sicht hin das ganze kirchliche Leben nahm in der Öffentlichkeit sein Ende. Allerdings wichen viele in den passiven Widerstand aus. Der staatliche Druck konnte nicht verhindern, dass unierte Gläubige in den Untergrund gingen. Sie machten ihre Religionsausübung nicht nur zur Privat-, sondern sogar zur Geheimsache. Dies konnte auch bedeuten, dass man über religiöse Themen selbst unter Freunden nicht diskutierte, Messen, Taufen und Eheschließungen fanden nur mehr im Geheimen statt. Eine Alternative bestand in der Konversion oder im formalen Anschluss an andere kirchliche Gemeinschaften. Für Unierte war naheliegend, den römisch-katholischen Gottesdienst zu besuchen, aber auch Sekten wie die Evangeliumschristen-Baptisten verzeichneten steigende Mitgliederzahlen.[296] Eine Reihe von Priestern wich in den Untergrund aus. Die Folge der „Liquidierung" war die Verhaftung und Deportation etwa der Hälfte der katholischen Geistlichen in der Westukraine, die Verurteilung der gesamten unierten Hierarchie sowie von über 2.000 Geistlichen und Ordensangehörigen zu langjährigem Freiheitsentzug, der Gang in das Exil von etwa 10% der Priester. Etwa 30% der unierten Geistlichen schlossen sich formell der Orthodoxie an, von denen aber innerlich ein unbestimmter Teil bei ihrer unierten Überzeugung blieb. 10% der übrigen Priester begannen mit dem Aufbau der Katakombenkirche.[297] Von den Gläubigen wurden ebenfalls Hunderttausende in den Osten der Sowjetunion deportiert.

Dass die unierte Kirche trotz der Verfolgungen nicht verschwand, zeigte sich, nachdem sie Ende der achtziger Jahre wieder erlaubt wurde und das religiöse Leben mit großer Energie wieder einsetzte. Die Verankerung der orthodoxen Kirche in der Westukraine misslang hingegen, auch wenn die Gemeindezahlen der Russischen Orthodoxen Kirche in der Ukraine wesentlich anstiegen und sich schließlich bis zum Ende der achtziger Jahre mehr russische orthodoxe Gemeinden in der Ukraine als in Russland befanden. Letztlich hatte das Verbot der Unionen – neben der physischen Vernichtung von Gläubigen und Geistlichen – zwar das Verschwinden des öffentlichen Bekenntnisses zur Folge, nicht aber das Ende der unierten Kirchen, wie es eigentlich angestrebt war. Stalin verfehlte dieses Ziel.

Ausgehend von der regionalen Konzentration der unierten Kirche lag der räumliche Schwerpunkt der Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirchen im Westen der Ukraine, die von den sowjetischen Verfolgungen seit der Russischen Revolution

roryzmu v protystojanni radjans'koï vlady, S. 755, mit Verweis auf eine andere Publikation. Eine Diskussion über die für beide Seiten sprechenden Gründe bei: JURIJ VOLOŠYN Havryïl Kostel'nyk: try lysty do Moskovs'koho patriarcha, in: Z archiviv VUČK-HPU-NKVD-KHB (2001) Nr. 2, S. 416–428, hier S. 416–418.

296 KŽ 1, Nr. 182.

297 Schätzungen nach: KOMP Die kommunistische Religionspolitik gegenüber der unierten griechisch-katholischen Kirche, S. 24.

nicht berührt worden war. Den zeitlichen Höhepunkt der antikirchlichen Maßnahmen bildete die unmittelbare Nachkriegszeit, die folgenden Jahre bis zum Tod Stalins 1953 verarbeiteten nur mehr die Konsequenzen der begonnenen Auseinandersetzungen. Von den Verfolgungen blieb keine Denomination ausgenommen; unterschiedlich waren aber die bei ihnen angewendeten Methoden. Dies belegt einmal mehr die flexible Vorgehensweise der Stalinschen Herrschaft. Den größten Ansehensverlust erlitt die Russische Orthodoxe Kirche, indem sie sich vom Staat instrumentalisieren ließ und sich dem Zwangsübertritt der unierten Katholiken nicht verweigerte. Dafür erhielt sie in gewissem Rahmen Kultfreiheit. Die bei ihr und den anderen religiösen Gemeinschaften angewandte Methode der Verdrängung bestand in der „Regulierung", also in der Verkleinerung der Anzahl religiöser Gemeinden. Im Unterschied zur „Liquidierung" wie bei den unierten Kirchen ging es dabei nicht um die völlige Destruktion kirchlicher Gemeinschaften, sondern um ihre Reduzierung auf ein Minimalmaß, um auf die Religionsfreiheit im Stalinschen System verweisen zu können.

Letzten Endes unterlagen die Kirchen in der Ukraine im Machtkampf gegen den Staat nur vordergründig, denn auf lange Sicht hin haben die Kirchen einen Weg gefunden, mit der auch nach Stalin nicht endenden Verfolgung umzugehen. Ihre Katakomben-Kirchen erlaubten ein eingeschränktes religiöses Leben. Im Untergrund spielten sie nicht nur durch ihren theologische Inhalt eine Rolle, sondern auch deshalb, weil sie oppositionellen politischen Kräften einen Entfaltungsraum boten. Die unierte Kirche als größte Untergrundkirche konnte erst Ende der achtziger Jahre ihre geheime Existenz aufgeben.

Dritter Teil.
Zur Kontinuität und Ausformung des Stalinismus in der Ukraine nach dem Zweiten Weltkrieg

Der Stalinsche Staat gewann trotz aller Opfer und Schäden im Zweiten Weltkrieg durch den triumphalen Sieg Beharrungsvermögen und Stabilität für Jahrzehnte. Eine Begründung dafür war die Flexibilität, die Wandlungs- und Anpassungsfähigkeit des politischen Systems, das zu keiner Zeit eine monolithische Erscheinung darstellte. Die katalysatorische Wirkung des Krieges zeigte sich in der Erhärtung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen nach dem Krieg, die gleichzeitig die Stärkung des Regimes bewirkte. Den Anspruch der totalitären Herrschaft, also der permanenten, ubiquitären und völligen Durchdringung von Staat und Gesellschaft, erfüllte das Stalinsche Regime aber weder vor dem Zweiten Weltkrieg noch danach.

Stalins größte politische Machtfülle verband sich mit dem Ende der dreißiger Jahre. In dieser Zeit wagte Stalin erstmalig mit der Besetzung Ostpolens, Bessarabiens und der Nordbukowina eine außenpolitische Expansion. Durch den Angriff Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion nach dem Ende der kurzen sowjetisch-deutschen Kooperation trat eine echte Bedrohung ein. Der Sowjetunion wurden in ihrer Folge breite Gebiete im Westen vom Baltikum bis zum Schwarzen Meer entzogen; das Regime sah sich in seiner Sicherheitslage gefährdet wie nie zuvor. Der ideologische Feind hatte sich wichtige Territorien im Westen angeeignet, bedrohte Moskau, entführte Menschen als Zwangsarbeitskräfte, beutete Bodenschätze aus und propagierte eine „neue Ordnung". Mit dem Ende der Okkupation hielt das sowjetische System in den früheren und den ab 1939 erworbenen Gebieten erneut Einzug, während die Rote Armee nach Westen vordrang und die Sowjetisierung Ostmittel- und Südosteuropas vorbereitete.

Innenpolitisch war diese Restauration für die nächsten Jahre richtungsweisend. Dem stalinistischen System gelang es unter den Extrembedingungen der Nachkriegszeit, sich zu regenerieren und seine Alleinherrschaft in den vorher okkupierten Gebieten – hier im Fall der Ukraine – zu erneuern. Entscheidend hierfür waren die Herrschaftsmethoden und ihre Wirkung auf die kriegserschütterte Gesellschaft. Als Stellschrauben für die Resowjetisierung erwiesen sich die Partei und die Gesellschaft mit den in der Ukraine traditionellen Elementen und Strömungen, die nach dem Krieg in charakteristischer Weise funktionalisiert und repressiert wurden. Eine wesentliche Veränderung erfuhr dadurch zuerst die Stellung der Ukraine im sowjetischen Staatsverband.

1. Staat und Partei als Herrschaftsträger

Die USSR innerhalb der sowjetischen Föderation

Wegen ihrer geographischen Lage im Westen der Sowjetunion besaß die Ukraine die spezielle Aufmerksamkeit des Moskauer Regimes. Die in der Ukraine eingesetzten Republiksführungen waren wie in den anderen Republiken der Zentrale untergeordnet und hatte sich durch blinden Gehorsam gegenüber dem Diktator auszuweisen, der sie nach eigenem Gutdünken ablöste und ersetzte. Dieses Schicksal traf in

den dreißiger Jahren eine Reihe von hohen Parteifunktionären und nahezu das gesamte ZK der Ukraine. Ein hohes politisches Amt in der Ukraine erwies sich während der „Großen Säuberungen" fast zwangsläufig als Schleudersitz. Nach dem Zweiten Weltkrieg änderte sich dies, die Führungsposition in Kiev wurde nun zukunftsweisend für die Karriere in das höchste politische Amt in der Sowjetunion. Der erste Politiker unter Stalin, der die Ukraine verließ, nicht um repressiert, sondern um befördert zu werden, war Nikita Chruščev. Dieser, ab 1938 Erster Sekretär der ukrainischen Parteiorganisation und auch nach dem Krieg der Erste Mann in der Ukraine, wurde nicht völlig abgelöst, als er 1946 Stalins Misstrauen auf sich zog, sondern erhielt mit Kaganovič nur zeitweise einen politischen Ausputzer an die Seite gestellt. Während seiner weiteren Amtszeit in der Ukraine sicherte sich Chruščev wichtige politische Verbindungen, bis er 1949 nach Moskau gerufen wurde und nach Stalins Tod schließlich selbst an die Staatsspitze trat. Der Aufstieg Chruščevs in der Ukraine und später jener Brežnevs zeigt, dass die Zügel, die Stalin der Kiever Führung anlegte, berechtigt gewesen waren.

Die Ukraine war somit, und dies ist kein Zufall, nach dem Zweiten Weltkrieg eine politische Kaderschmiede für die sowjetischen Führungsämter und ein Pool für künftige sowjetische Staatsführer. Ein wichtiger Grund dafür lag darin, dass die Funktionäre in Kiev zwar nicht direkt am Ort der politischen Entscheidung für die Union saßen, dass sie aber hier gleichsam in Deckung die Machtkämpfe um Stalin herum überstanden. Nach dem Tod Stalins konnte sich Chruščev somit leichter als die ehemaligen Günstlinge Stalins, die sich in Nachfolgekämpfen aufrieben, an die Staatsspitze befördern.

Der Parteiaufbau in der Nachkriegszeit

Neben der Führungsmannschaft in der Ukraine blieb für Stalin nach dem Krieg die Partei ein wichtiger Herrschaftsfaktor, den er nach eigenen Vorstellungen manipulierte. Dies war insofern erstaunlich, als Stalin deren politisches Mitspracherecht vor dem Krieg immer stärker untergraben hatte. In der Ukraine hingegen musste und konnte er sich nach dem Krieg wieder auf sie verlassen. Dabei bildete die Nachkriegszeit eine echte Bewährungsprobe für die Partei. Noch nie vorher befand sie sich in einer ähnlichen Situation, in der sie sich nach einem völligen Rückzug aus einem Territorium wieder etablieren musste. Hinzu kam, dass sie in den besetzten Gebieten durch die Gefallenen, durch Evakuierungen, Flucht und durch die Ermordung ihrer Mitglieder unter den Deutschen und ihren Verbündeten einen immensen Mitgliederverlust erlitten hatte. Die Partei in der Ukraine wies daher während des Krieges und danach eine andere Struktur als die Gesamtpartei auf Unionsebene auf, in ihrer Zusammensetzung nahm sie voraus, was auf Unionsebene erst nach dem Krieg zum Tragen kam.

Die erste grundlegende Aufgabe der Parteiorganisation in der Ukraine bestand nach dem deutschen Rückzug darin, ihre Reihen wieder zu füllen. Dies war freilich nicht ohne weiteres möglich. Denn einerseits verweigerten Ukrainer in der Westuk-

raine den Eintritt, weil sie ihre politischen Ziele nicht teilten, andererseits zögerten auch Mitglieder, sich zurück zu melden, weil sie sich noch in der Evakuierung befanden oder eine Überprüfung ihrer Personalakte befürchten mussten. Wie alle anderen Bürger nämlich, die während des Krieges auf okkupiertem Territorium geblieben waren, wurden auch und besonders Bolschewiken verdächtigt, von der Ideologie des Feindes beeinflusst worden zu sein, daher wurden sie ebenfalls einer Filtration unterworfen.

Die in der Nachkriegszeit durchgeführten Parteisäuberungen besaßen jedoch einen anderen Charakter als in der Zwischenkriegszeit. Hinter ihnen stand nicht die Partei selbst, deren Position durch die Steigerung der Systemkonformität stabilisiert werden sollte, sondern vielmehr das von Stalin beherrschte Zentralkomitee. Parteisäuberungen sind somit als ein Zeichen seiner uneingeschränkten Machtfülle zu interpretieren. Großenteils waren nach dem Krieg die Begründungen für den Ausschluss aus der Partei dieselben geblieben, jedoch waren die Auswirkungen längst nicht so gravierend wie vor dem Krieg. Die oberste Ebene der Parteifunktionäre war nicht betroffen; Schauprozesse wie in den dreißiger Jahren fanden nicht statt, auch mit Rücksicht auf die internationale Lage hätten sie sich negativ ausgewirkt. Der Massenterror wurde von einer selektiven Opferauswahl bestimmt, Massensäuberungen hätten zudem das System in einer schwierigen Zeit selbst beeinträchtigt. Die Säuberungskampagnen sollten insgesamt die Kadereliten in den Regionen an die Zentrale binden, durch die Durchforstung der einfachen Parteimitglieder die innere Disziplin stärken und der zentralen Macht zu einer verlässlichen Stellung verhelfen.

Neben dem Ausschluss von Parteimitgliedern, die der Illoyalität verdächtigt worden waren, änderte sich die Zusammensetzung der ukrainischen Parteiorganisation vor allem auch deshalb, weil in der Westukraine durch das Fehlen zuverlässiger örtlicher Kader bewährte Führungspersonen importiert wurden. Die aus der russifizierten Ostukraine stammenden Parteifunktionäre wurden eingesetzt, um die Leitung ganzer Rajons in der Westukraine zu übernehmen. Mit ihnen stiegen auch die Mitgliederzahlen der Partei in der Ukraine, die sich schließlich zwischen dem 18. Parteikongress 1939 und dem 19. Parteikongress 1952 fast verdoppelten. Dieser Wiederaufbau der Partei in der Ukraine war die Voraussetzung für die administrative Restrukturierung des Landes.

Der Aufbau der Verwaltung

In der Ukraine bestand wie in der übrigen Sowjetunion auch nach dem Zweiten Weltkrieg das Prinzip, dass der Staat gleichzusetzen war mit der Partei. Beide Institutionen durchdrangen einander; ihre Organisation beruhte auf dem Prinzip der Zentralisierung und der Kontrolle der unter- durch die übergeordneten Organe. Der Aufbau der Partei in der Ukraine erfolgte daher parallel zu jenem der Verwaltung. Die Anordnungen dafür kamen aus dem Kiever ZK, dem das Politbüro die Rahmenbedingungen vorschrieb. Über den Fortgang des Landesaufbaus forderte Kiev von allen unteren Behörden Rechenschaft und maßregelte bei Bedarf selbst die Lei-

tungen einzelner Kolchosen, wenn sie beispielsweise zu niedrige Produktionsergebnisse vorwiesen.

Die größte Last bei der Gestaltung des Wiederaufbaus trugen die Gebietsverwaltungen (*obkomy*). Deren Besetzung erfolgte zwar durch die Zentrale in Kiev, aber auch durch das Politbüro in Moskau und damit durch Stalin persönlich. *Obkomy* wurden jedoch übergangen bei der Besetzung von Rajonbehörden, die zentral vom ZK in Kiev bestätigt wurden. Die den Gebieten untergeordneten Rajons standen in vielen Fragen gleichsam an der Front, verfügten aber bei einem Höchstmaß an Verpflichtungen nur über ein Mindestmaß an Entscheidungsfreiheit.

Die Kommunikation zwischen den über- und untergeordneten Behörden belegt die Vorzüge und Nachteile der sowjetischen Kommandowirtschaft. Diese hatte selbst während der laufenden Kampfhandlungen so gut funktioniert, dass die Gebietsorgane auch gegen besseres Wissen der Erfüllung von ZK-Anweisungen nachkamen, beispielsweise als das ZK anordnete, Untergrundorganisationen in den besetzten Gebieten zu bilden, obwohl sie kaum mehr ihren Bestimmungen nachkommen konnten. Planwirtschaftliche Systematik war der Grund dafür, weshalb die in ZK-Beschlüssen formulierten Forderungen die Empfänger – Gebietskomitees, Ministerien oder andere – häufig vor immense Schwierigkeiten stellten. Dafür sorgte die Kurzfristigkeit der Anordnungen, ob nun Repatriierte oder Übersiedler unterzubringen, Sportwettkämpfe für Feierlichkeiten zu organisieren waren oder die Produktion gesteigert werden sollte. Das Prinzip bestand darin, mehr zu fordern als realistischerweise im Bereich des Möglichen war, und Vorgaben absichtlich nach oben zu schrauben. Dahinter stand die Annahme, der so entstehende Druck führe zu einer größtmöglichen Konzentration aller Kräfte und damit zum günstigsten Ergebnis. Tatsächlich wurde auf der hierarchischen Leiter die Pression nach unten immer größer; die Gebietskomitees gaben den Druck, dem sie selbst ausgesetzt waren, nach unten weiter. Diejenigen, die am Schluss der Befehlskette standen, hatten die bestehenden Probleme wirklich zu bewältigen, was in manchen Fällen schlicht nicht möglich war. Dies führte dazu, dass die unteren Organe Statistiken fälschten und ihre Lage beschönigten. Wenn ein solcher Fall aufgedeckt wurde, schrieb man es den entsprechenden Parteivertretern zu, nicht aber den übertriebenen Anforderungen. Eine Möglichkeit, sich wenigstens formal abzusichern, bestand darin, in der administrativen Berichterstattung bei der Wortwahl streng die Parteiphrasen zu zitieren: Es würden die „Prinzipien der kommunistischen Moral" beachtet, die Arbeitsproduktivität werde erhöht, die sozialistische Wachsamkeit aufrechterhalten und Kritik und Selbstkritik geübt. Mit diesen Formulierungen und mit bestätigenden Beispielen hofften sich die Verfasser auf der richtigen Seite und sicher vor möglichen Maßregelungen.

Um die Erfüllung eines ZK-Beschlusses zu garantieren, wurden die Sekretäre der Gebietskomitees und weitere leitende Funktionäre persönlich dafür haftbar gemacht. ZK-Anordnungen aus Kiev wurden oftmals, auch wenn sie nur ein einziges Gebiet betrafen, an alle ukrainischen Gebiete verteilt. Dadurch wurden alle anderen über

die Vorgänge informiert und gleichzeitig vorgewarnt, ähnliche Missstände a priori zu verhindern oder sie zu beseitigen.

In personeller Hinsicht erwies sich die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg für die nächsten Dezennien als zukunftsweisend, denn die Elite der Partei und der Ministerien, die sich während des Krieges bewährt hatte, konnte sich auf Jahre und Jahrzehnte hin in ihren Positionen festsetzen. Die nächsten vierzig Jahre lang wurde die Sowjetunion von ein und derselben Gruppe, der „Brežnev-Generation", dominiert, die das Land unter Stalin zum Sieg geführt hatte. Geboren nach der Jahrhundertwende, hatten sie in den zwanziger und dreißiger Jahren in der Partei Karriere gemacht. Sie hatten die Säuberungen vor dem Krieg und den Krieg selbst überstanden und waren auch nach dem Tod Stalins in ihren Ämtern vor allem im militärisch-industriellen Komplex verblieben, manche bis in die achtziger Jahre. Die Herrschaft und Machtausübung Stalins hatte sie so geprägt, dass es ihnen später schwer fiel, Systemreformen in die Wege zu leiten oder sie zu unterstützen. Ihr Einfluss, ihr Konservativismus und ihr Beharrungsvermögen begründeten die nachstalinschen Erstarrungen und Verkrustungen wesentlich.

2. Zur Lenkung der Gesellschaft im Stalinismus: Methoden der Herrschaftssicherung

Die sowjetische bzw. stalinistische Herrschaft beruhte keinesfalls nur auf der Dichotomie von Staat und (sowjetischer) Gesellschaft. Vielmehr bestanden zwischen beiden höchst komplexe Verbindungen und Abhängigkeiten. Die Gesellschaft war zudem nicht nur das Objekt der staatlichen Politik, sondern partizipierte, wenn auch in engem Rahmen, an letzterer. Gerade das Verhältnis, das der einzelne dem Staat gegenüber einnahm, bewirkte nach der Machtergreifung der Bolschewiken eine Aufspaltung und „Atomisierung" der Gesellschaft. Dies war durchaus im Sinn des Regimes. Dass sich soziale Identitäten und traditionelle Bindungen verloren, lähmte die Gesellschaft und machte sie anfälliger für die Manipulation durch Repressionen.

Der Zweite Weltkrieg förderte die soziale Zersplitterung weiter. Auf dem okkupierten Territorium scharte sich die sowjetische Gesellschaft nicht geschlossen hinter dem Stalinschen Staat, vielmehr spaltete sie sich in einen Teil, welcher der Besatzung positiv gegenüberstand, ein anderer Teil bekämpfte sie, und ein dritter Teil lavierte zwischen beiden Positionen und versuchte, aus der schwierigen Situation das beste für sich zu machen und zu überleben. Auch dies hatte zur Folge, dass die sowjetische Gesellschaft nach dem Krieg eine andere war als vorher. Sie hatte sich durch den millionenfachen Tod und die Flucht hunderttausender Menschen in ihrer Zahl reduziert und Zusammensetzung geändert, außerdem bewirkte die Kriegserfahrung eine Sensibilisierung im persönlichen wie im politischen Bereich und die Hoffnung auf Verbesserung der Lebensumstände bei einer gleichzeitigen Erschöpfung aller möglicherweise vorhandenen Widerstandskräfte gegen das System. Dazu kam, dass massive politische und ökonomische Anstrengungen zu unternehmen wa-

ren, um die demobilisierten Soldaten und die Repatriierten, Evakuierten sowie die Zuwanderer zu integrieren. Neue Eliten entstanden, da ehemalige Rotarmisten und Partisanen in Betrieben und in der Verwaltung an wichtigen Stellen eingesetzt wurden.

In der Ukraine als besetztem Gebiet wirkte die unmittelbare Vergangenheit weiter spezifisch. Durch den Krieg ergaben sich neue innergesellschaftliche antagonistische Konstellationen, so zwischen den Teilen, welche die NS-Herrschaft ablehnten und sowjetisch gesinnt blieben, und jenen, die sich – egal ob freiwillig und unfreiwillig – in den Dienst der Deutschen stellten, sowie jenen, welche die Gunst der Stunde nutzen wollten, um eine ukrainische Staatlichkeit zu erringen. Zwischen diesen Positionen stand die breite Masse, die im Kampf allein um das Überleben keine dezidierte politische Zielrichtung verfolgte.

Der Fraktionierung der Gesellschaft, zurückzuführen auf die äußeren Umstände, stand jedoch nach dem Krieg der Rückgriff auf traditionelle soziale Werte entgegen, was nicht staatlich gelenkt war. Sichtbar war dies beispielsweise am hohen Maß an Solidarität gegenüber Kriegswaisen, die freiwillig von Pflegeeltern übernommen wurden. Seine Grenzen erreichte der gesellschaftliche Zusammenhalt, wenn Xenophobien und Egoismen in Erscheinung traten bzw. sich verstärkten wie gegenüber der jüdischen Bevölkerung und den aus dem feindlichen Ausland zurückkehrenden Repatriierten. Beide erfuhren Zurücksetzungen, weil sie offen materielle Ansprüche stellten und weil die staatliche Propaganda sie diffamierte. Letztlich wurde die sowjetische Gesellschaft durch die Kriegseinwirkungen noch weiter ihrer gemeinsamen Wurzeln beraubt, als dies bereits bis zu den dreißiger Jahren geschehen war.

Die Sowjetherrschaft traf zudem in der Ukraine nach dem Krieg auf eine Gesellschaft, die – wenn auch regional unterschiedlich ausgeprägt – traditionelle vorrevolutionäre Werte erneuert und eine nationale Belebung erfahren hatte sowie ideologisch „feindlich" infiltriert worden war. Ihre Antwort auf die Resowjetisierung bestand in zwei Reaktionen: Die Bevölkerung der vor dem Krieg bereits sowjetischen Zentral-, Ost- und Südukraine erwies sich als konditioniert genug, um die Resowjetisierung über sich ergehen zu lassen. Hingegen leistete die Westukraine und die dortige nationale Untergrundbewegung heftigen Widerstand, dem Moskau militärisch begegnen musste. Insgesamt wirkten nach dem Krieg verschiedene Kräfte, die eine Restitution des Staates regional und zeitlich behinderten. Dieser musste daher auf bewährte, aber den veränderten Umständen entsprechende neue Methoden zurückgreifen, um sich durchzusetzen. In den spezifischen Umständen der Nachkriegsukraine wurden folgende Maßnahmen gleichzeitig und angepasst an die jeweiligen Erfordernisse angewandt:

Herrschaftssicherung durch Terror und Gewaltmaßnahmen

Stalin betrachtete Säuberungen, bei denen in Kauf genommen wurde, dass auch Unschuldige zu Schaden kamen, als eine wichtige Garantie für die Stabilität seines Systems. Terror und Gewalt – Terror als abstrakte Möglichkeit zur Repression, die

durch die Anwendung von Gewalt umgesetzt wurde – blieben daher zu allen Zeiten Teil und unterstützendes Element des sowjetischen Staates. Abgesehen von der Individualverfolgung politischer Opponenten wurde Gewalt gegen Massen ein Charakteristikum stalinistischer Verfolgung. In den dreißiger Jahren wurde sie vornehmlich gegen soziale Gruppen (im marxistischen Sinn „Klassen") wie die Kulaken angewandt, ab 1936 begann die Verfolgung und Deportation ethnischer Gruppen wie der Polen, Koreaner und Balten. Nach dem deutschen Angriff auf die UdSSR ging die Sowjetregierung erstmalig nicht nur gegen Minderheiten, sondern auch gegen ganze Völker vor und verschleppte Kalmücken, Karatschaier, Inguschen, Tschetschenen, Krimtataren und andere. Diese wurden kollektiv zu „Klassenfeinden" erklärt; eine individuelle Schuld war nicht vorhanden und brauchte auch nicht nachgewiesen zu werden. Die Ausführenden der Repressivmaßnahmen waren die Organe des NKVD, die bereits bei der Kollektivierung und bei der „Großen Säuberung" der dreißiger Jahre die tragende Rolle gespielt hatten. Auch an der großflächigen Überwachung der Sowjetbürger hatte sich nichts geändert. Spitzelberichte waren nach wie vor ein wichtiges Element der Information für die Partei, allerdings weniger ein Medium für Individualanklagen als eine Kontrolle für die Außenwirkung bestimmter Kampagnen.

Während des Krieges wurden die staatlichen Repressionen verdeckter durchgeführt. Zwar war die zivile Bevölkerung der nicht-besetzten Gebiete weniger als sonst der staatlichen Überwachung unterworfen, so dass sie ihrerseits selbstbewusster als zuvor auch in einem relativ öffentlichen Raum systemkritische und „antisowjetische" Äußerungen wagte. Dafür wurden aber Truppen des NKVD an die Front verlagert, wo sie die Gespräche der Soldaten überwachten und wo NKVD-Sperreinheiten flüchtende Soldaten erschossen und Strafbataillone befehligten. Bevölkerungsdeportationen, die Erschießung von Gefängnisinsassen vor dem sowjetischen Abzug und die durch Katyn' symbolisierten Morde an polnischen Soldaten waren weitere Repressivmaßnahmen, die auf das Konto des NKVD während des Krieges gingen.

Nach dem Krieg verstärkte das Regime bald wieder offen die Förderung der Denunziation und die Verfolgung von „Spionen" und „Volksfeinden". Diese wurden insbesondere in den vorher okkupierten sowjetischen Territorien verfolgt. Entsprechend rigoros wurden hier Terror- und Gewaltmaßnahmen unternommen, wiederum, wie vor dem Krieg, als Massenerscheinung, allerdings mit einer Modifizierung: Zwar wurden weiter Gruppen verfolgt – repatriierte „Ostarbeiter" und aus deutscher Gefangenschaft entlassene Rotarmisten –, doch wurden diese einem individuellen Screening unterworfen. Wenn ihnen dabei kein „Vaterlandsverrat" nachgewiesen wurde, konnten sie in ihre frühere Heimat zurückkehren, wurden aber auch hier von der „Schande" verfolgt, den Krieg auf feindlichem Territorium verbracht zu haben. Der staatlichen Propaganda gelang die öffentliche Ächtung und gesellschaftliche Verfemung dieser Personen. Dafür, dass ihnen Kontakt zum Landesfeind unterstellt wurde, erhielten sie nach dem Krieg in beruflicher und sonstiger Hinsicht in der Heimat ihre vermeintlich verdiente Strafe und erfuhren oft auch im familiären Um-

feld Anfeindungen. Der „administrative" Terror zwang die Repatriierten, ihre Kriegsvergangenheit in ihren Lebensläufen zu verbergen und sie überhaupt zu verschweigen, sofern dies machbar war. Wem bei der Filtration eine individuelle Schuld nachgewiesen wurde, der büßte mit Lagerhaft. Während des Krieges und danach wurden daher auch die Transporte in die Straflager nicht eingestellt, und zurückkehrende Angehörige der Roten Armee, „Ostarbeiter", „Kollaborateure" und kriegsgefangene Japaner, Deutsche, Rumänen und Ungarn füllten die Lager.

Weitere Spielarten des Terrors sind charakteristisch für die Nachkriegs-Ukraine. Dazu gehörte jener, der die Zivilbevölkerung traf, nachdem die Rote Armee ein Gebiet wiederbesetzt hatte und in dessen Gefolge das NKVD die Suche nach Verrätern und Kollaborateuren aufnahm. Die gleichsam unkontrollierte Machtposition des NKVD erlaubte es diesem, Zivilisten nach Belieben zu verhaften, Geständnisse und Denunziationen zu erzwingen und Überführte zu Aussiedlung oder zum Tod verurteilen zu lassen. Die Verfolgung der Kollaborateure hielt Jahrzehnte an. Der Hintergrund dieser Repressionen war die Eliminierung „antisowjetischer" Elemente aus der Gesellschaft. Dies traf auch bei der ethnisch bedingten Gewalt zu, die aber regional begrenzt blieb. Deren Opfer wurden Minderheiten an den neuen Landesgrenzen im Westen der Sowjetukraine: Tschechen, Polen, Juden und Rumänen wurden zur Übersiedlung auf das Staatsgebiet ihrer Konnationalen gezwungen. Diese Maßnahme zielte präventiv darauf ab, die Westgrenze von ethnischen Konflikten freizuhalten, um die militärische Sicherheit dieses Territoriums zu erhöhen. Der Einsatz von massiver militärischer Gewalt als Reaktion auf eine interne Guerilla war ein neuer Faktor stalinistischer Militanz, welche die national-ukrainische Bewegung in harten und aufreibenden Kämpfen zurückdrängte. Parallel dazu wurden unter Kaganovič und noch nach ihm „nationalukrainische Abweichler" aus den Reihen der Künstler und Wissenschaftler entfernt.

Insgesamt ließen staatliche Gewalt und Terror in der Sowjetukraine nach dem Krieg nicht nach. Im Gegenteil beschleunigte die sofortige Anwendung von Massen-Repressionen die Sowjetisierung und Resowjetisierung des Landes. Damit lässt sich auch an den Vorgängen in der Ukraine verifizieren, dass unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg eine neue Welle des Stalinschen Terrors begann. Diese zeichnete sich, bei einer anhaltenden Disziplinierung der Bevölkerung und den nach wie vor durchgeführten Deportationen missliebiger Völker, durch eine gesteigerte Differenzierung aus. Die Opfergruppen hatten in den Augen des Regimes Anlass zur Verfolgung gegeben, ein Ausgreifen über diese hinaus aber fand nicht statt. Der Terror der unmittelbaren Nachkriegszeit besaß gleichsam eine domestizierte und kanalisierte Form und hatte nicht mehr die selbstzerstörerische Folgewirkung wie vor dem Krieg. Die Vorgänge in der Ukraine nahmen somit die Entwicklung in der gesamten Union vorweg, die bald wieder geprägt war vom Terror gegen Andersdenkende und von Repressionen in einer Reihe von „Affären" (gegen die Leningrader und die mingrelische Parteiorganisation) und kurz vor Stalins Tod gegen die sogenannte „Ärzteverschwörung".

Propaganda

Trotz des flächendeckenden Einsatzes von Terror und Gewalt versuchte der Stalinsche Staat betont und permanent auch auf friedlichem Weg durch Propaganda die Bevölkerung hinter sich zu versammeln. Propaganda war die mündliche und schriftliche, auch künstlerisch gestaltete Methode, der Bevölkerung Inhalte und Ziele der staatlichen Politik argumentativ nahe zu bringen. Sie sollte informieren, erklären, überreden und sogar überzeugen und wurde auf ein möglichst breites Massenpublikum, aber auch auf spezifische Empfängergruppen ausgerichtet. Zugleich musste Propaganda in der Nachkriegszeit mehr noch als früher auf die Reaktionen des Auslandes achten und dort entstehende Einwände von Vornherein ausschließen. Auch aus diesem Grund finden sich beschönigende Umschreibungen für gewaltsam durchgeführte Staatsaktionen: „Repatriierung" für die auch zwangsweise Rückverbringung sowjetischer Staatsbürger nach dem Krieg in die Sowjetunion, „Evakuierung" für die Abschiebung von Minderheiten aus den Grenzgebieten, „Regulierung" für die Zurückdrängung der wieder aktiven Kirchen und ähnliches.

Für das Stalinsche System lag nach dem Krieg die besondere Gefahr darin, dass das politische Wissen der Bevölkerung gewachsen war, da Sowjetbürger, die in den Westen verschleppt oder als Rotarmisten dorthin gelangt waren, nun einen Vergleich zwischen den dortigen und den sowjetischen Lebensumständen anstellen konnten. Damit konnte der Mythos der Überlegenheit des sowjetischen Systems an Überzeugungskraft verlieren und ins Wanken geraten. Neue Begründungen waren daher nötig, um ihn zu erklären und weiterzuentwickeln. Propaganda wurde daher als wichtiges Element der Politik nach dem Krieg verstärkt eingesetzt und in ZK-Beschlüssen immer wieder eingefordert. Das Fehlschlagen bestimmter, staatlich angeordneter Maßnahmen wurde sogar fast gebetsmühlenartig auf eine zu schwache begleitende Massenpropaganda geschoben.

Die ukrainischen und sowjetischen Bürger waren mit einer beständigen Propaganda konfrontiert. Die große Menge der staatlichen Werbung wurde von einer beträchtlichen Anzahl von Werbern getragen. Unzählige Agitatoren, Propagandisten, Parteimitglieder und Komsomolzen wurden konstant sowie speziell zu bestimmten Anlässen eingesetzt, nach dem Krieg in einer wesentlich höheren Zahl als zuvor. Die Stalinsche Propaganda arbeitete zielgruppenorientiert und fand eigene Formen für Frauen, Jugendliche, Lehrer, Analphabeten und weitere soziale Gruppen. Propaganda wurde in erster Linie durch die Presse und durch die vielen Zeitungen, die teilweise erst ins Leben gerufen wurden, betrieben. Die Presse war das wichtigste Medium in der Nachkriegszeit, die Verbreitung des Radios wurde aber vorangetrieben, und auch das Kino als Propagandamittel wurde verstärkt eingesetzt. Plakate, Spruchbänder, Schaukästen und Häuserinschriften mit staatlichen Losungen waren hingegen traditionelle Propagandamittel, ebenso wie die von der Partei organisierten Lesungen, Vorträge und Diskussionszirkel.

Für die neuen Gebiete in der Westukraine wurden spezielle Ausdrucksmöglichkeiten, Themen und sogar eine spezifische Sprache sowie ein besonderer Sprachstil

angewandt. Das Besondere hier war, dass entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung das Ukrainische in den Medien eingesetzt wurde, dessen öffentliche Verwendung bereits mit der Eindämmung der *korenizacija* verfemt und als Ausdruck „nationalukrainischer nationalistischer Tendenzen" geächtet war. Gegen den Trend in der übrigen Sowjetunion wurden in der Westukraine sogar Zeitungen in ukrainischer Sprache gedruckt und Ansprachen Chruščevs und der Republiksführung ukrainisch veröffentlicht. Diese nachgezogene *korenizacija* und „kleine Ukrainisierung", denn sie war auf die Westukraine beschränkt, sollte die Ukrainer hier indirekt davon überzeugen, dass die Sowjetherrschaft auf die nationalen Wünsche ihrer Bewohner Rücksicht nehme. Parallel zur „Ukrainisierung" wurde aber der Sowjetpatriotismus und Russland als der „Große Bruder" aller Unionsrepubliken propagiert, so dass die sowjetische Propaganda zwei entgegengesetzte Tendenzen verbreitete und in der Westukraine einen pragmatischen Zug an den Tag legte, der angesichts der sonst vermittelten Inhalte überrascht.

Die Themen der unmittelbaren Nachkriegs-Propaganda waren geprägt vom Geschehen des Krieges und der Glorifizierung des Sieges, von den sowjetischen Erfolgen der Außenpolitik, von Aufrufen zum Wiederaufbau des Landes, von den Wahlen zum Obersten Sowjet 1946 sowie von der Kampagne für die Kollektivierung in der Westukraine, gegen die unierten Kirchen und gegen die OUN/UPA. Außerdem ließ Stalin ein erneuertes, noch idealisierteres Bild seiner Person und seiner politischen Funktion verbreiten. Seiner Rolle als Vater des Vaterlandes und als Vater der Völker fügte er nun jene des großen Triumphators über den ideologischen Gegner, des Generalissimus und des militärischen Genius hinzu. Der Stalinkult erlebte nach dem Zweiten Weltkrieg eine Neuauflage. Er sollte eine emotionale, automatische und direkte Bindung der Bevölkerung an Stalin bewirken, stärkte die Verbindung zwischen „vožd'" und Volk sowie die Identifikation der Bürger mit dem System. Der Erfolg der staatlichen Propaganda ist nicht eindeutig nachvollziehbar. Im Ausland wirkte sie durchaus überzeugend. Repatriierte und Emigranten der Bürgerkriegszeit ließen sich von ihr freiwillig in die Sowjetunion zurücklocken, öffentliche Kreise im Westen lobten kritiklos die wirtschaftlichen Errungenschaften der Sowjetunion. Innerhalb der Sowjetunion ist hingegen kaum zu klären, wie breit die permanente staatliche Propaganda tatsächlich aufgenommen wurde und inwieweit das öffentliche Bewusstsein durch sie manipuliert wurde. Tatsache ist aber, dass sich die Sowjetbürger den Anschein gaben und geben mussten, die politischen Parolen zu glauben, da sie sich sonst verdächtig machten, nicht staatsloyal zu sein. Dabei war es für sie kaum möglich, sich objektive Informationen über das Landes- und Weltgeschehen zu beschaffen, denn die gleichgeschalteten Medien waren die einzigen Vermittler politischer und sonstiger Neuigkeiten. Da die Informationshoheit beim Staat lag, konnte dieser allein bestimmen, was nach außen drang und was nicht. Dabei blieb vieles hinter den politischen Kulissen und für die Allgemeinheit nicht einsichtig. Der vordergründige Effekt der sowjetischen Propaganda bestand jedenfalls auch darin, dass oppositionelle Kräfte in den traditionellen sowjetischen Gebieten nicht in Erscheinung traten. In der Westukraine hingegen war (und blieb) die Idee

eines ukrainischen Nationalstaates und die Ideologie der OUN wirksam, so dass der Sowjetstaat mit seinen Parolen hier nur wenig Unterstützung fand. Propaganda, gefüllt mit den alten Inhalten, angereichert mit neuen Schlagworten und präsentiert in den verschiedensten Formen, war somit in der Nachkriegs-Ukraine eine vielseitig einsetzbare Möglichkeit, die Massen gezielt zu beeinflussen. Die aufscheinende Pragmatik ist zugleich ein neuer Zug politischer Meinungsverbreitung, der in der Zwischenkriegszeit in dieser Form noch nicht vorhanden war. Weiter nutzte Stalin die Herrschaftspersonifizierung und seinen Persönlichkeitskult ausgiebig als politisches Instrument auch in der Ukraine, um sein Regime abzustützen. Insgesamt war die Bedeutung von Propaganda nach dem Zweiten Weltkrieg gestiegen; sie wurde als Herrschaftsinstrument nachdrücklicher und differenzierter eingesetzt, sie fand damit eine ähnlich zielgenauere Anwendung wie Gewalt und Terror nach dem Krieg.

Die Mobilisierung der Gesellschaft

Die Verwirklichung der Ideen und die Umsetzung der Befehle Stalins erforderten eine gewaltige Zahl an Ausführenden, die von oben „mobilisiert" wurden. Anders als die Propaganda, die zum passiven Verständnis des politischen Geschehens aufrief, bedeutete die Mobilisierung der Bevölkerung deren aktive Heranführung an die Ausführung staatlich angeordneter Maßnahmen, auch unter Anwendung von direkter und indirekter Gewalt. In erster Linie zielten Mobilisierungen im sowjetischen Sinn auf die Bereitstellung großer Mengen von Arbeitern ab, daneben ging es jedoch auch um die Heranziehung von Arbeitskräften zu freiwilliger Sonntagsarbeit (*subbotniki*), um die Motivierung von Frauen für die Mutterschaft, die Aushebung von Kriegsanleihen und den Aufruf zur Übererfüllung der Norm. Die Militärisierung von Mobilisierungskampagnen war keinesfalls unbeabsichtigt, sichtbar beispielsweise an den „Mütterheldinnen" mit mehr als zehn Kindern. In den ebenfalls kriegszerstörten Staaten Westeuropas war ein vergleichbarer Vorgang, der in der Regel große Massen betraf, in dieser Dimension nicht zu finden. Mobilisierungen waren bereits in den dreißiger Jahren ein gängiges Mittel, um die erforderlichen Arbeitskräfte für die Industrialisierung auszuheben. Die Nachkriegszeit wurde abermals geprägt vom Verschieben einer Großzahl von Menschen, die den Wiederaufbau des Landes und der zerstörten Großbetriebe zu betreiben hatten. Neben ungeschulten und geschulten Arbeitern waren Spezialisten wie Ärzte für „Epidemie-Brigaden", Lehrer, Techniker, Ingenieure und anderes Fachpersonal, aber auch Parteifunktionäre aus ostukrainischen Gebieten für den Landesaufbau in der Westukraine gefragt. Die „Arbeitsmobilisierung" war ein flächenübergreifender Vorgang. Nicht nur die „freie" Gesellschaft unterlag ihr, sondern auch die Häftlinge in den Zwangsarbeitslagern zeit ihres Bestehens, um schwere physische Arbeiten wie Holzschlag, Trassenbau und Tagebau zu verrichten.

Arbeitsmobilisierungen waren zwar damit verbunden, dass die Betroffenen an Ort und Stelle Unterkünfte zugewiesen bekamen, nicht aber einen Ausgleich für ih-

ren Umzug und den Antritt einer Arbeitsstelle fern ihrer Heimat. Allein der Staat und die obersten Behörden trafen die Entscheidung über das Schicksal hunderttausender Personen, über ihren Arbeitseinsatz und die Umgebung, in der sie zu leben hatten. Dabei wies der ukrainische Ministerrat die Zahl der für bestimmte Betriebe zu mobilisierenden Personen an; die Gebiete, aus denen die Menschen stammten, hatten dem nachzukommen. Als Beförderungsmittel wurden stets Züge eingesetzt, die Zahl der Waggons wurde meist ebenfalls gleich vom Ministerrat festgelegt. Menschen wurden damit wie Baumaterial oft an entfernte Orte geschickt, ohne ihr Eigeninteresse in irgendeiner Weise zu berücksichtigen. Dahinter lag das Verständnis der politischen Führung, das Humankapital des Landes stehe ihr unbegrenzt zur Verfügung und sie brauche sich dessen nur zu bedienen. Als Anreizfaktor wurde wie in den dreißiger Jahren wieder der Stachanovismus eingeführt, diesmal aber weniger unter dem Schlagwort des Aufbaus des Sozialismus, sondern verbunden mit dem Aufruf, die von den „Faschisten" zerstörte, aber siegreiche Heimat wieder aufzubauen und durch den Einsatz an der „Heimatfront" der militärischen Front zur endgültigen Niederringung des Feindes zu verhelfen. Damit wurde die Kriegspropaganda mit anderem Ziel fortgesetzt.

Für den raschen Wiederaufbau des zerstörten Landes war die Mobilisierung von Arbeitskräften in großer Zahl eine nachgerade zwingende Voraussetzung. Die Mobilisierung ist als Teil der Entwurzelung und völligen Unterwerfung der Sowjetbürger im Stalinismus zu sehen, die Züge von Versklavung trägt. Die Bevölkerung wurde an einen Arbeitsplatz gezwungen, den sie ohne staatliches Einverständnis nicht wieder verlassen durfte. Dazu gehörte auch, dass ihr wie den Bauern in der Zwischenkriegszeit die Inlands-Pässe verweigert und dass Verstöße gegen die Arbeitsdisziplin unverhältnismäßig streng bestraft wurden. Die stalinistische Gesellschaft, die durch eine militärische Disziplinierung ihrer Arbeitskraft geprägt war, wurde damit nach dem Krieg sofort wieder aufgegriffen und unter neuen Bedingungen propagiert.

Die Mobilisierung der Massen funktionierte deshalb, weil sie auf dem kommandobürokratischen System basierte, das nach der Kriegswirtschaft noch stärker ausgeprägt war als vor dem Krieg. Der schon in den dreißiger Jahren zu beobachtende „Anachronismus des Primats der Politik gegenüber der Ökonomie, des Staats gegenüber der Gesellschaft"[1] hatte nach dem Krieg weitreichende Folgen für die nächsten Jahre und Jahrzehnte der Sowjetunion, denn hier lag eine der Begründungen dafür, weshalb eine breite Bürokratie entstand, die sich immer weiter entfaltete und als „Nomenklatur" ein Eigenleben führte, das jedweden politischen und ökonomischen Fortschritt eindämmte und von vornherein erstickte.

Mit Hilfe der Mobilisierung der Gesellschaft wurden in der Sowjetunion die wichtigsten politischen Aufgaben wie die Erfüllung der Staatsziele, die forcierte Industrialisierung und die Alleinherrschaft Stalins wieder aufgenommen. Reformen

1 Wolkogonow, Stalin, S. 738.

wie in den alliierten und anderen Staaten nach dem Krieg blieben in der Sowjetunion aus. Der Krieg hatte somit soziale Prozesse katalysiert, welche die Durchdringung der Gesellschaft durch das staatliche System weiter forcierten, diese noch angreifbarer, zersetzbarer und manipulierbarer machten.

Die Unifizierung der Gesellschaft

Die absolute Gleichheit aller Menschen war das im Zustand des Kommunismus zu erreichende Ideal. Unter Stalin wurde die sowjetische Gesellschaft auf dieses Erscheinungsbild hin formiert. Sie war nach außen hin als eine unifizierte Masse zu charakterisieren, ein „Kollektiv" und „Aktiv" im Parteijargon, das im Idealfall kaum Formen der Individualität und des Pluralismus zuließ. Der von der Partei vorgeschriebene Gleichschritt bestimmte ihr kollektives Auftreten. Um eine flächendeckende Kontrolle über sie zu erhalten, wurden die Sowjetbürger aller Altersstufen gleichgeschalteten Organisationen zugeordnet. Angefangen von den jungen Pionieren und Komsomolzen bis zu Sport-, Kunst- und Kulturvereinen waren alle gesellschaftlichen Vereinigungen staatlich. Gleichgeschaltet wurde im Stalinismus die Kultur, die Medien, die Architektur, die Wirtschaft und alle Bereiche des öffentlichen Lebens. Inszeniert wurde diese Kollektivität, der alles Individuelle untergeordnet war, in den Medien, vor allem in der Presse. Die Gleichberechtigung aller Bürger wurde zwar als ein Positivum propagiert, realiter verfolgte das Regime jedoch damit seine eigenen Absichten, denn das Ziel dieser Unifizierung bestand darin, alle Bürger auf die Ziele des Staates und unter Stalin auf dessen Vorstellungen auszurichten. Die spezielle Unifizierung der Ukraine – wie auch der anderen sowjetischen „Nationen" – bestand nach der bolschewistischen Machtübernahme darin, sie in den Bestand der Sowjetunion aufzunehmen, ihre nationale Identität zu verdrängen und durch den Sowjetpatriotismus zu ersetzen. Die nationale Unifizierung der Ukraine war auch ein Grund, weshalb während der „Großen Säuberung" fast der gesamte Führungsapparat der Republik aus dem Verkehr gezogen wurde. Nach dem Krieg wurde die Entnationalisierung wieder aufgenommen, als die „nationalen Abweichler" während der *Ždanovščina* von ihren Posten entfernt wurden.

Auch die Aufarbeitung der Kriegsvergangenheit lief für die Ukrainer unter dem Motto der Unifizierung. Es fand keinerlei Differenzierung aller daran beteiligten Gruppierungen statt. Es wurde der Anschein erweckt, dass auf der Seite der Sowjetunion alle Nationen hinter Stalin standen, Ukrainer wie Russen, Juden und Weißrussen. Bei der Darstellung der Anzahl der Heldenorden, die an Angehörige der verschiedenen Nationen ging, durfte keine Nation herausragen bzw. die russische Nation überragen, die als prima inter pares geführt wurde. Verschwiegen wurde dabei der bewaffnete Widerstand gegen die Okkupation seitens der antisowjetischen UPA-Partisanen und seitens anderer nicht-sowjetischer Untergrundverbindungen. Genauso wie kein Volk als militärisch besonders aktiv hervortreten durfte, blieb auch in der Statistik der Kriegsopfer unerwähnt, dass Juden dem Holocaust zum Opfer fielen und dass Ukrainer in übergroßer Anzahl als „Ostarbeiter" verschleppt

wurden. Alle Untergruppen sollten zugunsten der nationalen Großgruppe der „Sowjetbürger" verdrängt werden. Zum Verschweigen der Volkszugehörigkeit der Kriegsopfer kam noch die bewusste Untertreibung bei der Anzahl der sowjetischen Kriegstoten, die von Stalin auf sieben Millionen beziffert wurde.

Über einen Kamm geschoren wurden vor wie nach dem Krieg die Regimegegner in der Ukraine und jene, die zu solchen erklärt wurden. In der Nachkriegszeit waren dies repatriierte „Ostarbeiter" und kriegsgefangene Rotarmisten, die OUN/UPA in der Westukraine sowie die wiedererstarkten Kirchen. Indem sie gleichermaßen als „antisowjetisch" und als „Volksfeinde" eingestuft wurden, war es leicht, sie unter dem Vorwurf der Kollektivkollaboration wegen Zusammenarbeit mit dem NS-Regime anzuklagen. Lange Erklärungen nach außen hin darüber, warum die unierte Kirche liquidiert werden müsse oder weshalb Zivilisten wegen ihrer Kriegsvergangenheit in den Osten der Sowjetunion deportiert wurden, waren damit nicht mehr nötig.

Die Unifizierung der sowjetischen Gesellschaft und der sie bestimmenden Faktoren hatten für das stalinistische Regime einen kaum zu überbietenden Vorteil: die gewaltlose Lenkung der Bevölkerung. Da Kollektivität die Manipulierbarkeit der Massen steigert, weil keine Opposition oder Widermeinung sichtbar wird, erhöht sich dadurch wiederum die Kontrollierbarkeit der Massen. Das stalinistische Regime legte es daher mehr noch als die folgenden sowjetischen Regierungen darauf an, den Gegensatz zwischen „wir" und „sie" zu fördern und ein undifferenziertes Freund-Feind-Schema zu pflegen, das nach dem Motto handelte: „Wer nicht zu uns gehört, ist gegen uns." Dieses Vorgehen wurde bereits in der Zwischenkriegszeit betrieben, nach dem Krieg war es noch einfacher, weil unliebsamen Personen oder Gruppen der Vorwurf gemacht wurde, sie hätten während der Besatzung kollaboriert. Die Ausgrenzung von Gegnern und potentiellen Feinden gelang damit wesentlich leichter, und dies war bereits der erste Schritt, um sie von der politischen Bildfläche verschwinden zu lassen. Der Unifizierung entkam man nur, wenn man sich in private Nischen zurückzog, sofern dies zugelassen wurde.

Modernisierung

Die Modernisierung der Sowjetunion war für die Bolschewiken eine Notwendigkeit, um Wirtschaft und Gesellschaft aus ihrer ökonomischen Rückständigkeit zu führen. Dabei bildete die Modernisierung im Gegensatz zur Ausübung von Repressionen, zur Mobilisierung und zur Unifizierung der Einwohner der Sowjetunion ebenso wie die Propaganda einen gewaltlosen Versuch, auf die Bevölkerung einzuwirken. Die größten Modernisierungsanstrengungen der sowjetischen Geschichte waren die unter Stalin angeordnete Kollektivierung der Landwirtschaft und die Industrialisierung, die mit immensen Menschenverlusten und Verbrechen einhergingen. Dazu kam die Hebung der Breitenbildung durch die Gründung von Schulen und Universitäten, die Einführung der sechsjährigen Schulpflicht sowie die Fortführung der Kampagne für die Gleichstellung der Frauen. Modernisierung im Sinn der Partizipa-

tion an der politischen Macht eröffnete sich nur über die Parteimitgliedschaft und lediglich in begrenztem Rahmen; außerdem wurden Kandidaten erst nach vorheriger Auslese in die Partei aufgenommen.

Die Modernisierung erhielt in der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg eine neue Note. In seiner Folge wurde eine Steigerung des militärischen Bereiches innerhalb der Volkswirtschaft zementiert, mit der die Verteidigungsbereitschaft des Landes vor dem Hintergrund des beginnenden Kalten Krieges auf hohem Niveau gehalten werden sollte. Die Kriegserkenntnis, die Rüstungswirtschaft entfernt von den Landesgrenzen anzusiedeln und die neuen Standorte auszubauen, führte dazu, dass die Rüstungsindustrie nach dem Krieg dort verblieb, wohin sie evakuiert worden war, nämlich im Osten der Sowjetunion, auf russischem Boden. Damit bestand für die anderen sowjetischen Republiken kein Zugriff mehr darauf. Nach dem Ende der Sowjetunion erhielt dies eine große Bedeutung.

Die sowjetische Modernisierung traf die Westukraine nach dem Zweiten Weltkrieg voll, nachdem sie erstmalig 1939 eingeleitet worden war. In ihrer Folge wurden die Landwirtschaft kollektiviert, die Wirtschaftsregion Lemberg gefördert, Strukturmaßnahmen eingeführt und technisches Know-how durch die Ansiedlung von Spezialarbeitern aus anderen Gebieten der Sowjetunion importiert. Neben dem ökonomischen Fortschritt sollte die Förderung der Bildung die Westukrainer für die sowjetische Herrschaft gewinnen, daher wurde der Kampf gegen das Analphabetentum aufgenommen; wissenschaftliche und kulturelle Institutionen wurden angesiedelt. Trotz dieser positiven Unternehmungen, die der westukrainischen Region tatsächlich einen Fortschritt bescherten, gelang es jedoch nicht, die Bevölkerung hier von den Zielen des Stalinschen Staates zu überzeugen. Damit erwies sich Modernisierung wie Unifizierung der Gesellschaft nur als begrenzt taugliches, bestenfalls begleitendes Mittel, um die Sowjetisierung unter Stalin durchzusetzen.

Nationalisierung und Denationalisierung: Die ukrainische Frage

Von ukrainischer Seite wird immer wieder der Vorwurf erhoben, Stalin habe das ukrainische Volk völlig vernichten wollen, begründet durch die Millionen von Ukrainer, die unter Stalin an Hunger, Terror und Strapazen zugrunde gingen und getötet wurden. Auch Chruščev behauptete, Stalin habe die Ukrainer nur aus Platzgründen nicht deportiert. Diese Aussage ist jedoch im Zusammenhang mit der Verteufelung Stalins als allein Verantwortlichen für die Verbrechen seiner Zeit zu sehen, mit der Chruščev seine eigene Herrschaft legitimieren wollte. Gerade anhand der Nachkriegsvorgänge ist daher der unterstellte tödliche Hass Stalins auf die Ukrainer differenziert zu betrachten. Einerseits ging die marxistisch-leninistische Lehre noch davon aus, dass die Nation als gesellschaftliche Kategorie beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft automatisch verschwinden werde. Darüber setzte sich Stalin hinweg und beschleunigte den Prozess des „Absterbens der Nation", indem er ihre Ausprägungen untersagte und die Propagandisten national-patriotischen Gedanken-

guts inhaftieren ließ. Dies geschah während der dreißiger Jahre in der Ukraine wie in den anderen Unionsrepubliken mit Ausnahme Russlands. An die Stelle der nationalen Idee setzte er den Sowjetpatriotismus, dem alle Bürger anhängen sollten, de facto propagierte er jedoch das Primat des Großrussismus und einen nationalrussischen Chauvinismus, dem sich die übrigen Völker der Sowjetunion zu beugen hatten. Andererseits besaßen die Ukrainer dabei gar keinen so schlechten Stand, denn sie wurden immerhin als der „kleine Bruder" der russischen Nation betrachtet, während die übrigen sowjetischen Völker keine vergleichbare Sonderstellung erhielten. Aus deren Perspektive waren die Ukrainer privilegierter als sie. Dennoch bedeutete diese Politik in der Ukraine die Verfolgung aller national-ukrainischen Tendenzen, die von der durch Stalin vorgegebenen Parteilinie abwichen. Durch diese wurden das Entfaltungsgebiet, aber auch die Grenzen der ukrainischen Idee abgesteckt, die zwar zum Vorschein kommen durfte, aber streng kontrolliert und reglementiert wurde.

Nach dem Ersten Weltkrieg bildeten die ukrainischsprachigen Bewohner die Mehrheitsbevölkerung in der Ukraine. Neben den übrigen nationalen Minderheiten wie Juden, Deutschen, Polen, Weißrussen, Tschechen und anderen bestand eine starke russische Minderheit. Die Haltung der Ukrainer zum Sowjetsystem ist insgesamt in keiner einheitlichen Befürwortung oder Ablehnung zu fassen, sondern mehrheitlich als eine Zwischenposition anzusetzen, die auf Pragmatismus und Anpassung an die bestehenden Verhältnisse gründete, was die vor dem Zweiten Weltkrieg bereits sowjetischen Gebiete der Ukraine betraf. Hier traten Ukrainer in die Partei ein – geblendet durch die Versprechen der *korenizacija,* aber auch aus Opportunismus – und übernahmen Ämter im Staatsapparat. Bereits im Jahr 1929 waren auf Republiksebene immerhin 36%, auf Rajons-Ebene sogar 76% Ukrainer tätig.[2] Freilich wurden für höhere politische Posten nicht beliebige Personen herangezogen, sondern erprobte Genossen, aber dies war auch bei anderen sowjetischen Völkern wie den Russen der Fall. Damit kann nicht behauptet werden, Ukrainer wären systematisch und grundsätzlich von politischen Ämtern ferngehalten worden, nur weil sie Ukrainer waren und bei ihnen die Gefahr bestand, sie könnten aus nationalistischen Gründen eine antisowjetische Haltung verfolgen. Dies gilt auch für die Zeit nach 1944/45 und sogar für die Westukraine, in der bekanntermaßen eine offene Opposition zum Stalinstaat bestand. Auch hier schrieb die Regierung ihren lokalen Vertretern vor, einheimische Kräfte als Sowjetkader heranzuziehen. Indes bestand die Schwierigkeit darin, dass sich kaum Westukrainer meldeten, um Arbeitsplätze in Staat und Verwaltung anzunehmen. Notgedrungen mussten daher loyale ostukrainische Parteifunktionäre importiert werden, um die Verwaltung vor Ort zu etablieren. Auch daran ist offensichtlich, dass die zur Besetzung höherer lokaler Ämter angelegten Maßstäbe bei Ukrainern nicht strenger waren als bei anderen Nationalitäten. Schließlich besetzten in der übrigen Ukraine nach dem Krieg Ukrainer

2 Suny, The Revenge of the Past, S. 104.

auch Parteiposten und besuchten Parteischulen. Dass Ukrainer nach dem Zweiten Weltkrieg unter hohem Aufwand aus dem Westen repatriiert und aus Polen „evakuiert" wurden – ethnische Ukrainer bildeten in den verantwortlichen sowjetischen Kadern dabei die Mehrheit –, hängt damit zusammen, dass durch sie die fehlenden Arbeitskräfte für den Wiederaufbau der Wirtschaft ergänzt werden sollten. Das ukrainische Volk wurde damit nicht a priori als staatsfeindlich abgelehnt, sondern sogar als ein wichtiger ökonomischer Faktor betrachtet.

Der Wunsch nach einem unabhängigen ukrainischen Nationalstaat wurde unter Stalin nur in der Westukraine laut erhoben. Dass sich darum ein militärischer Untergrundkampf entspann, war ein Erbe aus der Zwischenkriegszeit und der Ideologie der OUN. Dennoch war Stalin bereit und einsichtig genug, nach dem Zweiten Weltkrieg wenigstens äußerlich Attribute dafür zuzulassen, obwohl die ukrainische Eigenstaatlichkeit innerhalb der sowjetischen Föderation eine Fiktion blieb. So gab es zwar eine eigene ukrainische Regierung, diese unterstand aber voll dem Diktat Moskaus, wo die wichtigen politischen Entscheidungen fielen. Die Ukraine erhielt ferner nach dem Krieg ein Außenministerium, eine neue Hymne und ein Staatswappen. Dass die Ukraine als politisch handelndes Subjekt auftrat, war insbesondere erwünscht als Gründungsmitglied der Vereinten Nationen. Für die Sowjetregierung hatte dies den Vorteil, dass neben Russland und Weißrussland auch die Ukraine mit Stimmrecht auftrat.

Insgesamt revidierte Stalin nach dem Weltkrieg somit die sowjetische Haltung in der ukrainischen Frage graduell. Hatte sie in sprachlicher Hinsicht während der zwanziger Jahre unter dem Stichwort der *korenizacija* eine Förderung erfahren, so wurde diese mit der Stalinschen Revolution „von oben" in den dreißiger Jahren eingestellt, um nach dem Weltkrieg im Sinne der stalinistischen Interessen erneut Berücksichtigung zu finden. „Nationalstaatliche Abweichungen" wurden dennoch wie in den dreißiger Jahren nicht geduldet; deren Verfolgung im Rahmen der *Ždanovščina* wurde von Kaganovič und Chruščev vorangetrieben. Die Funktionalisierung der nationalen Frage in der Ukraine durch Stalin sicherte diesem jedenfalls die Unterstützung von Teilen der Bevölkerung und war zugleich ein Propagandamittel, um dem Ausland die vorgebliche nationale Förderung der Sowjetvölker zu demonstrieren.

Nationale Minderheiten

Ähnlich dem ukrainischen Problem ging der Stalinsche Staat nach dem Krieg in der Behandlung der traditionell in der Ukraine lebenden nationalen Minderheiten vor. Bei diesen wurde a priori angenommen, sie würden zur Systemopposition neigen. Sie wurden daher ausnahmslos zurückgedrängt und nach Möglichkeit aus dem Land entfernt. Dies geschah unter Berücksichtigung ihrer individuellen Lebensumstände, so dass sich auch hier die Flexibilität des Stalinschen Systems erkennen ließ.

Das gleiche Los traf Minderheiten, die in den neuen Grenzgebieten im Westen der Sowjetukraine siedelten. Polen und Tschechen wurden nach Abschluss eines

Vertrages mit der polnischen und der tschechischen Regierung größtenteils „evakuiert" und auch unter Anwendung von Gewalt gegen ukrainische Bevölkerung ausgetauscht. Dadurch sollten die neuralgischen Territorien ethnisch homogenisiert und Konfliktpotential beseitigt werden, außerdem wurde dadurch Polen und der Tschechoslowakei die Handhabe auf irredentistische Aspirationen entzogen. An der jüdischen Minderheit lassen sich Methoden nationaler und religiöser Verfolgung beobachten: Die Juden in der Nord-Bukowina wurden nach dem Krieg zur Auswanderung nach Rumänien veranlasst, die verbleibenden nach Sibirien deportiert. In Galizien unterlagen sie dem Bevölkerungsaustausch mit Polen, in den übrigen Gebieten wurden viele im Zuge der *Ždanovščina* von ihren Berufen ausgeschlossen. An jüdischen Funktionären wie Kaganovič lässt sich aber auch erkennen, dass das System bereit war, die jüdische Volkszugehörigkeit zu übersehen, wenn die Betreffenden bewusst auf ein nationales bzw. zionistisches Bekenntnis verzichteten und Partei und Stalin gegenüber Gehorsam demonstrierten. Außerdem fanden sich auch Juden, Polen und andere Minderheitenvertreter in sowjetischen Ämtern und Posten wieder. Hier galt die allgemeine Devise des politischen Konformismus, der bei einer geringen Anzahl über ihre Nationalität gestellt wurde. Die deutsche Bevölkerung in der Ukraine wie in der gesamten Sowjetunion wurde, wenn sie nicht rechtzeitig nach Deutschland verbracht worden war wie 1944 die Schwarzmeer-Deutschen, zu großen Teilen in Verbindung mit dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion nach Sibirien und Kasachstan deportiert. Ihnen wurde präventiv die Absicht zur Kollaboration zugeschrieben. Eine ganz andere Einstellung wurde einzelnen Angehörigen von Minderheiten wie Kaukasiern entgegengebracht, die traditionell nicht in der Ukraine angesiedelt waren. Sie wurden daher gezielt in NKVD-Einheiten in der Ukraine eingesetzt.

Mit den genannten Minderheiten hatte die sowjetische Herrschaft seit Jahren Umgang und sie wusste von ihren Besonderheiten. Dies war jedoch nicht der Fall mit den Rusynen in der Karpaten-Ukraine, die nach dem Zweiten Weltkrieg sowjetisches Territorium wurde. Der Zentrale war zwar die Existenz der dort ansässigen Minderheiten – Ungarn, Tschechen, Juden, Slowaken und andere – bekannt, bei den Rusynen bestanden aber Unklarheiten: Sie wurden zwar in offiziellen Papieren genannt, oft in Anführungszeichen, und ihr eigenes ethnisches Bewusstsein wurde anerkannt, dennoch verstanden die Parteifunktionäre nicht, dass die Ukrainisierung dieser Volksgruppe sie stärker gegen die Sowjetisierung aufbrachte als sie dafür einnahm, denn die Rusynen wollten sich gerade von den Ukrainern abheben und sich nicht an sie assimilieren.

Insgesamt wurden die Ethnien in der Ukraine entweder in den staatlichen Dienst gestellt oder aber von diesem bewusst ausgeschlossen, diskriminiert und deportiert. Die stalinistische Minderheitenpolitik zeichnete sich insgesamt also nach dem Krieg wie vorher durch ihren Repressionscharakter aus, der jedoch dann nicht mehr zum Tragen kam, wenn Minderheiten gegeneinander oder gegen die Mehrheitsbevölkerung ausgespielt werden konnten.

Am ukrainischen Befund ist für die sowjetische Nachkriegszeit festzustellen:

1. Der Stalinismus in der Ukraine nach dem Zweiten Weltkrieg war zwar in seiner Zielsetzung und in seinen Erscheinungsformen zu großen Teilen derselbe wie vorher, hatte sich aber dennoch in seinen Methoden verändert. Zwar überwog noch immer das restaurative Element, und das Regime basierte noch immer auf Terror und Repressionen, es konzentrierte sich aber nun stärker auf individuelle Vergehen. In seinem Versuch, die Bevölkerung zu konditionieren, wurden außerdem neben Gewaltmaßnahmen stärker integrierende Anreize geschaffen. Dennoch stieß das Regime in der Nachkriegs-Ukraine auf eine Reihe von Widerständen und Schwierigkeiten, die seinen totalitären Anspruch, wenn auch unter den besonderen Bedingungen der Kriegsfolgen, wenigstens zeitweise in Frage stellten. Außerdem zeigte sich, dass der Stalinismus kein von Vornherein feststehendes Konzept für die Wiedergewinnung der vorher besetzten Gebiete verfolgte, sondern sich dieses zum großen Teil erst aus der konkreten Lage ergab. Eine fixe Schablone für die Stalinisierung ist somit in der Nachkriegsukraine nicht festzustellen.

Bei der Bekämpfung der politischen Opposition hatte die Sowjetunion gelernt, nicht sofort radikal vorzugehen, sondern diese kontrolliert und stückweise erst allmählich zurückzudrängen, wie dies an der dosierten Repression der während des Krieges neu erstandenen Kirchen in der Ukraine (mit Ausnahme der unierten Kirchen) sichtbar war. Bei der Sowjetisierung der Westukraine entstanden besondere Schwierigkeiten, denn hier traf die stalinistische Herrschaft auf die ukrainische Aufstandsbewegung. Den Krieg gegen diese gewann die übermächtige Sowjetherrschaft, ungeübt im Partisanenkampf und nicht gewohnt an internen militärischen Widerstand, erst nach langen und harten Monaten. Mit der Opposition in der Westukraine musste das stalinistische System bis zum Schluss leben. Diese hätte zwar nicht vermocht, die sowjetische Herrschaft abzulösen, destabilisierte sie aber im Grenzgebiet.

2. Die politische Bedeutung der Ukraine innerhalb der Sowjetunion hatte sich nach dem Zweiten Weltkrieg verändert. Sie verfügte nun durch die Ausweitung ihrer Grenzen im Westen über ein wesentlich größeres Terrain und umfasste alle Gebiete, in denen mehrheitlich Ukrainer siedelten. Auch wurde dem ukrainischen Nationalismus innerhalb der Sowjetunion eine neue Existenzberechtigung zugestanden, obgleich in sehr engem Rahmen. Zwar wurde er in seiner militanten Form bekämpft und nationale Abweichungen in der Kultur gebrandmarkt, jedoch erhielt die Ukraine über ihr Außenministerium, die UN-Mitgliedschaft, die neue Hymne und das Wappen neue Repräsentationsformen. Ukrainischer Separatismus wurde zwar abermals nicht zugelassen, ukrainischer Nationalkommunismus wie kurzzeitig in den zwanziger Jahren war aber in sehr engen Grenzen möglich.
Entscheidend für die Kontinuität des Stalinschen Regimes waren die Vorgänge der ersten Nachkriegsjahre, in denen sich gesellschaftliche Phänomene zeigten und verhärteten, die sogar bis zum Ende der Sowjetunion und darüber hinaus wirksam waren. Dazu gehörte die Haltung gegenüber der jüdischen Bevölkerung, die nach dem

Krieg sowohl auf der gesellschaftlichen wie auf der Parteiebene Ablehnung erfuhr. Antisemitismus blieb ein Instrument politischer Agitation; der Holocaust fand bis zum Schluss keine offizielle Erwähnung in sowjetischen Publikationen. Eine moralische Diskriminierung erfuhren ab dem Zweiten Weltkrieg jene Zivilisten und Veteranen, die während der Okkupation Kontakt mit Deutschen gehabt hatten. In die Zwangsarbeit verschleppte und repatriierte „Ostarbeiter", auf okkupiertem Gebiet verbliebene Parteimitglieder und kriegsgefangene Rotarmisten wurden unabhängig von ihrer Situation als „Verräter" und Träger individueller Schuld verunglimpft. Von größter gesellschaftlicher und politischer Bedeutung wurde die in der Westukraine verankerte nationale ukrainische Bewegung, die mit der Sowjetisierung ab 1944 in den Untergrund gezwungen wurde. Sie nährte sich über die Strukturen der verbotenen und ihrer Hierarchie beraubten unierten Kirchen, die erst während der Endzeit der Sowjetunion wieder erlaubt wurden. Dieser Untergrund wurde Jahrzehnte später zu einer Stellschraube des Umbruchs, als die hier engagierten Personen zu treibenden Kräften bei der Ablösung des sozialistischen Systems und bei der Proklamierung des unabhängigen Staates Ukraine 1991 wurden.

3. Auf Unionsebene erwiesen sich die unmittelbaren Jahre nach dem Krieg als Schlüsseljahre des stalinistischen Regimes. Während dieser wurden die Weichen für die weitere Entwicklung gestellt. Der Krieg zeigte sich dabei als Katalysator sozialer Prozesse, sichtbar an den gesellschaftlichen Veränderungen, an der Industrialisierung und am Wiederaufbau des kriegszerstörten Landes. Mit der Sowjetisierung Ostmittel- und Südosteuropas wurde nun nicht mehr der „Sozialismus in einem Land" aufgebaut. Durch die Berücksichtigung des neuen außenpolitischen Ansehens der UdSSR sowie der gestiegenen weltpolitischen Bedeutung des Landes erhielt die staatliche Propaganda ein stärkeres Gewicht, in deren Dienst bedeutende Kräfte gestellt wurden. Terror als Herrschaftsmethode wurde nach dem Krieg mehr regional und hier differenzierter ausgeübt. Er verlagerte sich in die Republiken und war in den ersten Nachkriegsjahren im russischen Zentralgebiet weniger ausgeprägt. Traditionelle Herrschaftsmethoden wie die Ausübung von Repressionen und die Verbreitung von Propaganda liefen parallel zu Modernisierungstendenzen, sichtbar an der Militarisierung des öffentlichen Lebens und an der Steigerung des Militärhaushaltes. Das System verankerte sich in gesicherten, althergebrachten Bahnen, während es gleichzeitig die Anpassung an die neuen Erfordernisse schaffte. In dieser konstruktiven Spannung, innerhalb der Stalin agierte und agieren ließ, blieben ihm alle Chancen für die Sicherung und Bestandswahrung seines Regimes. Die Kontinuität seiner Herrschaftsführung, katalysiert durch die Kriegserfolge, verhalf seiner Führung zu jener Kohärenz, die sie bis zu seinem Tod aufrecht erhielt und die es ihm erlaubte, sich nach dem Krieg von der öffentlichen Bühne zurückzuziehen und politische Entscheidungen im Hintergrund zu treffen.

Anhang

1. Tabellen

Tabelle 37. Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion am 2. April 1946[1]

In den Lagern des MVD SSSR	1.363.059
In speziellen Hospitälern	80.070
In Arbeitsbataillonen des MVS SSSR (*Ministerstvo vooružennych sil SSSR*)	135.858
Insgesamt	1.578.987

Tabelle 38. Chronologie der Deportationen von Völkern und Volksteilen[2]

Mai 1936	Deportation von 36.000 Polen nach Kasachstan
September–Oktober 1937	Deportation von 172.000 Koreanern nach Usbekistan und Kasachstan
September–November 1939	Deportation von 110.000 Polen nach Sibirien
Juni 1941	Deportation von 10.000 Litauern, 9.500 Letten und 6.000 Esten
September–Oktober 1941	Deportation von 1.200.000 Rußlanddeutschen nach Kasachstan und Sibirien
November 1943	Deportation von 69.000 Karatschaiern nach Kirgisien und Kasachstan
Januar 1944	Deportation von 80.000 Kalmücken nach Sibirien
Februar 1944	Deportation von 310.000 Tschetschenen und von 81.000 Inguschen nach Kasachstan und Kirgisien
März 1944	Deportation von 37.000 Balkaren nach Kasachstan und Kirgisien
Mai 1944	Deportation von 200.000 Krimtataren nach Usbekistan
Juni 1944	Deportation von 36.000 Bulgaren, Armeniern und Griechen aus der Krim
Juli 1944	Deportation von 86.000 Mescheten-Türken, Kurden und Chemschilen nach Kasachstan, Usbekistan und Kirgisien

1 Angaben aus: Voennoplennye v SSSR, Dok. No. 3.48.
2 MARIE Les peuples déportés d'Union Soviétique, S. 197–198.

1948	Deportation von 40.000 Litauern nach Sibirien
März 1949	Deportation von 32.000 Litauern, 42.000 Letten und 20.000 Esten nach Sibirien
Juni 1949	Deportation von 15.000 Armeniern in den Altai
1949	Deportation von 95.000 Moldauern nach Sibirien
1950	Deportation von 18.000 Litauern als „Kulaken"

Tabelle 39. Die sowjetische Parteiführung im Januar und März 1946[3]

Januar 1946		März 1946	
Politbüro	*Sekretariat*	*Politbüro*	*Sekretariat*
Stalin	Stalin	Stalin	Stalin
Ždanov	Ždanov	Ždanov	Ždanov
Andreev	Andreev	Andreev	Kuznecov
Molotov	Malenkov	Molotov	Malenkov
Kaganovič		Kaganovič	Popov
Vorošilov		Vorošilov	
Mikojan		Mikojan	
Chruščev		Chruščev	
Kalinin		Kalinin[4]	
		Malenkov	
		Berija	

Tabelle 40. Die sowjetische Regierung im Januar und März 1946[5]

	Januar 1946	März 1946
Premierminister	Stalin	Stalin
Stellvertreter	Molotov	Molotov
	Mikojan	Mikojan
	Kaganovič	Kaganovič
	Berija	Berija
	Voznesenskij	Voznesenskij
	Kosygin	Kosygin
		Vorošilov

3 Nach HAHN Postwar Soviet Politics, S. 41.
4 Stirbt im Juni 1946.
5 Nach HAHN Postwar Soviet Politics, S. 41.

	Januar 1946	März 1946
		Andreev
Verteidigungsminister	Stalin	Stalin
MVD	Berija[6]	Kruglov
MGB	Merkulov	Merkulov
Außenminister	Molotov	Molotov
Außenhandelsminister	Mikojan	Mikojan
Vorsitzender von Gosplan	Voznesenskij	Voznesenskij

Tabelle 41. Bestand der Kirchen und Klöster der Russischen Orthodoxen Kirche 1946 in der Ukraine

Gebiet	1. Quartal 1946[7]	2. Quartal 1946[8]	
Cherson	113	114	
Černihiv	392	393	
Černivci	356	356	
Charkiv	193	193	
Dnipropetrovs'k	224	224	
Drohobyč	4	662	(Zuwachs durch früher unierte Kirchen)
Izmaïl	79	122	
Kam-janec'-Podil's'kyj	531	531	
Kirovohrad	138	138	
Kyïv	604	605	
L'viv	11	199	(Zuwachs durch früher unierte Kirchen)
Mykolaïv	77	77	
Odesa	316	315	
Poltava	360	359	
Rivne	438	442	
Stanislav	6	613	(Zuwachs durch früher unierte Kirchen)
Stalino	215	215	

6 Bis 14. Januar 1946.

7 CDAHOU 1-23-2896, ark. 62–110: Informacionnyj otčet Upolnomočennogo Soveta po delam Russkoj Pravoslavnoj cerkvi pri Sovete Ministrov SSSR po Ukrainskoj SSR za pervyj kvartal 1946 goda. [Gez.] P. Chodčenko. Hier ark. 104.

8 CDAHOU 1-23-2896, ark. 157–182: Informacionnyj otčet Upolnomočennogo Soveta po delam Russkoj Pravoslavnoj cerkvi pri Sovete Ministrov SSSR po Ukrainskoj SSR za vtoroj kvartal 1946 goda. [Gez.] P. Chodčenko. Hier ark. 179.

Gebiet	1. Quartal 1946[7]	2. Quartal 1946[8]	
Sumy	349	257	
Ternopil'	154	691	(Zuwachs durch früher unierte Kirchen)
Vinnycja	819	817	
Volyn'	374	375	
Vorošylovhrad	126	126	
Karpaten-Ukraine	(keine Angabe)		
Zaporižžja	134	134	
Žytomyr	320	346	
Insgesamt	6.233	8.304	

2. Quellen- und Literaturverzeichnis

Archivquellen

Central'nyj Deržavnyj Archiv, Kiev (CDA)
Fond 3538-1-1
Fond 3538-1-3
Fond 3538-1-5
Fond 3538-1-8
Fond 3538-1-27
Fond 3538-1-28
Fond 3538-1-32
Fond 3538-1-48
Fond 3538-1-50
Fond 3538-1-55
Fond 3538-1-57
Fond 3538-1-58
Fond 4648-1-1
Fond 4648-1-3
Fond 4648-1-15
Fond 4648-1-18
Fond 4648-2-2
Fond 4648-2-3
Fond 4648-2-5
Fond 4648-2-14
Fond 4648-2-15
Fond 4648-2-16
Fond 4648-2-17

Fond 4648-2-18
Fond 4648-2-20
Fond 4648-2-25
Fond 4648-2-28
Fond 4620-3-260
Fond 4620-3-267
Fond 4620-3-268
Fond 4620-3-270
Fond 4620-3-290
Fond 4620-3-292
Fond 4620-3-325

Central'nyj Deržavnyj Archiv Hromads'kych Ob'jednan' Ukraïny (CDAHOU), Kiev
Fond 1-6-737
Fond 1-6-745
Fond 1-6-789
Fond 1-6-814
Fond 1-6-829
Fond 1-6-836
Fond 1-6-840
Fond 1-6-908
Fond 1-6-927
Fond 1-16-20
Fond 1-16-29
Fond 1-16-30
Fond 1-16-31
Fond 1-16-32
Fond 1-16-48
Fond 1-16-50
Fond 1-22-228
Fond 1-22-251
Fond 1-23-887
Fond 1-23-1060
Fond 1-23-1062
Fond 1-23-1363
Fond 1-23-1394
Fond 1-23-1633
Fond 1-23-1638
Fond 1-23-1639
Fond 1-23-1639
Fond 1-23-1641
Fond 1-23-1829

Fond 1-23-1902
Fond 1-23-2410
Fond 1-23-2411
Fond 1-23-2517
Fond 1-23-2534
Fond 1-23-2607
Fond 1-23-2613
Fond 1-23-2614
Fond 1-23-2615
Fond 1-23-2616
Fond 1-23-2617
Fond 1-23-2618
Fond 1-23-2619
Fond 1-23-2620
Fond 1-23-2839
Fond 1-23-2840
Fond 1-23-2846
Fond 1-23-2865
Fond 1-23-2896
Fond 1-23-3016
Fond 1-23-3110
Fond 1-23-3111
Fond 1-23-3112
Fond 1-23-3113
Fond 1-23-3114
Fond 1-23-3645
Fond 1-23-3851
Fond 1-23-3872
Fond 1-23-3880
Fond 1-23-3905
Fond 1-23-3937
Fond 1-23-3940
Fond 1-23-3941
Fond 1-23-3942
Fond 1-23-3952
Fond 1-23-3957
Fond 1-23-3970
Fond 1-23-3971
Fond 1-23-3972
Fond 1-23-5928
Fond 1-23-5953

Deržavnyj Archiv Odes'koï Oblasti (Gosudarstvennyj Archiv Odesskoj oblasti) (DAOO), Odessa
Fond r-1234-7-287
Fond r-2000-3-87
Fond r-2000-3-84
Fond r-2000-3-261
Fond r-2000-3-171
Fond r-2000-3-170
Fond r-2000-3-164

Fond FP 9-3-88
Fond FP 11-11-339
Fond FP 11-11-389
Fond FP 11-11-390
Fond FP 11-11-402
Fond FP 11-11-405
Fond FP 11-11-409
Fond FP 11-11-125
Fond FP 11-11-156
Fond FP 11-12-129
Fond FP 11-12-137
Fond FP 11-12-218
Fond FP 11-12-711
Fond FP 12-12-133

Deržavnyj Archiv L'vivs'koï Oblasti (DALO), Lemberg
Fond P3-1-71
Fond P3-1-103
Fond P3-1-212
Fond P3-1-230
Fond P3-1-301
Fond P3-1-309
Fond P3-1-323
Fond P3-1-324
Fond P3-1-426
Fond P3-1-436
Fond P3-1-439
Fond P3-1-444
Fond P3-1-445
Fond P3-1-490
Fond P3-1-491
Fond P3-1-499
Fond P3-1-517

Fond P5001-2-100
Fond P5001-6-130
Fond P5001-6-191
Fond P5001-7-49
Fond P5001-7-63
Fond P5001-7-90
Fond P5001-7-94
Fond R-221-2-20
Fond R-221-2-24
Fond R-221-2-25
Fond R-221-2-159
Fond R-221-2-908v
Fond R-221-2-912
Fond R-221-2-913
Fond R-221-2-914
Fond R-221-2-915
Fond R-221-2-916
Fond R-221-2-917
Fond R-1332-1-1
Fond R-1332-1-2
Fond R-1332-1-3
Fond R-1332-1-4

Central'nyj Deržavnyj Istoryčnyj Archiv Ukraïny (CDIAU), Lemberg
Fond 408-1-279

Deržavnyj Archiv Charkivs'koï oblasti (DAChO), Charkiv
Fond 2-2-250
Fond 2-2-705
Fond 69-1-583
Fond p2-2-10/7

Rossijskij gosudarstvennyj archiv social'no-političeskoj istorii (RGASPI), Moskau
Fond 17-8-364
Fond 17-44-1629
Fond 17-44-1630
Fond 17-44-1631
Fond 17-44-1632
Fond 17-44-1633
Fond 17-44-1636
Fond 17-44-1637
Fond 17-44-1640
Fond 17-44-1641

Fond 17-44-1642
Fond 17-45-1968
Fond 17-45-1969
Fond 17-45-1975
Fond 17-45-1977
Fond 17-45-1979
Fond 17-45-1979
Fond 82-2-897

Gosudarstvennyj Archiv Rossijskoj Federacii (GARF), Moskau
Fond 6991-2-1
Fond r-9401-2-64
Fond r-9401-2-68
Fond r-9401-2-92
Fond r-9401-2-93
Fond r-9401-2-94
Fond r-9401-2-95
Fond r-9401-2-96
Fond r-9401-2-98
Fond r-9401-2-100
Fond r-9401-2-137
Fond r-9401-2-138
Fond r-9401-2-139
Fond r-9401-2-168
Fond r-9401-2-170

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PAAA), Berlin
R 103416

Augenzeugensammlungen

Stadtarchiv Regensburg, Zwangsarbeiter
StAR, ZWA/Bericht Ukr 3 (Slipčenko)
StAR, ZWA/Bericht Ukr 4 (Melochina)
StAR, ZWA/Bericht Ukr 5 (Vlaščenko)
StAR, ZWA/Bericht Ukr 6 (Didyk)
StAR, ZWA/Bericht Ukr 8 (Danilevskaja)
StAR, ZWA/Bericht Ukr 10 (Sobko)

Gedruckte Quellen

Zeitungen

Bol'ševickoe znamja, Odessa
Bil'šovycska zborja, Sumy
Pravda Ukrainy, Kyïv
Prikarpats'ka Ukraïna, Stanislav
Radjans'ka Bukovyna, Černivci
Radjans'ka Volyn', Luc'k
Rivnjans'ka komuna, Rivne
Socialističeskij Donbass, Stalino
Sovetskaja Ukraina, Kiev
Stalin'ska peremoha, Rava Rus'ka
Vil'na Ukraïna, L'viv
Vil'ne žyttja, Ternopil'
Zakarpatskaja Ukraina, Užhorod
Žurnal Moskovskoj Patriarchii, Moskva

Quellenpublikationen

Belorusskie ostarbejtery. Repatriacija. Dokumenty i materialy. Teil 1–2. Minsk 1998.

BUGAJ, N. F., „Pogruženy v ėšelony i otpravleny k mestam poselenij... „. L. Berija – I Stalinu, in: Istorija SSSR (1991) Heft 1, S. 143–160.

Deportacïï. Zachidni zemli Ukraïny kincja 30-ch – počatku 50-ch rr. Dokumenty, materialy, spohady. U tr'och tomach. T. 1. 1939–1945 rr.; T. 2. 1946–1947 rr. L'viv 1996, 1998.

Deportation, Sondersiedlung, Arbeitsarmee. Deutsche in der Sowjetunion 1941 bis 1956. Hrsg. von Alfred Eisfeld und Victor Herdt. Verlag Wissenschaft und Politik Köln 1996. 555 S. = Der Göttinger Arbeitskreis: Veröffentlichung Nr. 453

Desjat' buremnych lit. Zachidnoukraïns'ki zemli u 1944–1953 rr. Novi dokumenty i materialy. Hrsg. von Volovymyr Serhijčuk. Kyïv 1998.

Der Fall Berija. Protokoll einer Abrechnung. Das Plenum des ZK der KPdSU Juli 1953. Stenographischer Bericht. Hrsg. und aus dem Russ. übers. von Viktor Knoll und Lothar Kölm. Berlin 1993.

Hreko-katolyc'ka cerkva v 1944–1991 rr., in: UIŽ (1996) Nr. 4, S. 101–114.

Istorija L'vova v dokumentach i materialach. Zbirnyk dokumentiv i materialiv. Kyïv 1986.

Istorija rosijskich nemcev v dokumentach (1763–1992 gg.). Hrsg. von V. A. Aumann, V. G. Čebotareva. Moskva 1993.

Kul'turne žyttja v Ukraïni. Zachidni zemli. Dokumenty i materialy. Tom 1. 1939–1953. Kyïv 1995.

Lavrentij Berija. 1953. Stenogramma ijul'skogo plenuma CK KPSS i drugie dokumenty. Sost. V. Naumov, Ju. Sigačev. Moskva 1999.

Litopys UPA. T. 1–37. Toronto 1978–2002.

Litopys UPA. Nova serija. Tom 1–3. Kyïv, Toronto 1995–2001.

LIEBER, HANS-JOACHIM, RUFFMANN, KARL-HEINZ (Hrsg.), Der Sowjetkommunismus. Dokumente. Band 1. Die politisch-ideologischen Konzeptionen. Band 2. Die Ideologie in Aktion. Köln, Berlin 1963–1964.

Lubjanka. VČK-OGNU-NKVD-NKGB-MGB-MVD-KGB. 1917–1960. Spravočnik. Sost. A. I. Kokurin, N. V. Petrov. Moskva 1997.

Martyrolohija Ukraïns'kych cerkov u čotir'och tomach. Tom 2. Ukraïns'ka katolic'ka cerkva. Dokumenty, materijaly, chrystyjans'kyj samvydav Ukraïny. Toronto, Baltimore 1985.

MILOVA, O. L. (sost.), Deportacii narodov SSSR (1930-e – 1950-e gody). Čast' 2. Deportacija nemcev (sentjabr' 1941 – fevral' 1942 gg.). Moskva 1995.

„Mobilizovat' nemcev v rabočie kolonny… I. Stalin". Sbornik dokumentov (1940-e gody). Sost. Bugaj, N. F. Moskva 1998.

Nacional'ni procesy v Ukraïni. Istorija i sučasnist'. Dokumenty i materialy. Dovidnyk. U dvoch častynach. Kyïv 1997.

ODINCOV, M. I. Religioznye organizacii v SSSR v gody Velikoj Otečestvennoj vojny (1943–1945 gg.), in: Otečestvennye archivy (1995) Nr. 3, S. 41–70.

Political Thought of the Ukrainian Underground: 1943–1951. Ed. by Peter J. Potichnyj, Yevhen Shtendera. Edmonton 1986.

Pol'ša ta Ukraïna u trydcjatych-sorokovych rokach XX stolittja. Nevidomi dokumenty z archiviv special'nych služb. Tom 2. Pereselennja poljakiv ta ukraïnciv, 1944–1946. Varšava, Kyïv 2000.

Przesiedlenie ludności Polskiej z Kresów Wschodnich do Polski 1944–1947. Wybór, opracowanie i redakcja dokumentów Stanisław Ciesielski. Warszawa 1999.

Protystojannja. Zvernennja, zajavy, lysty hromads'kych orhanizacij, polityčnych partij, hromadjan Ukraïny do Komisij z vyvčennja dijal'nosti OUN-UPA. 1996–1998rr. Upor. L. Hrynevyč. Kyïv 1999.

Repatriacja czy deportacja. Przesiedlenie Ukraińców z Polski do ZSRR 1944–1946. Red. E. Misiło. Tom 1. Dokumenty 1944–1945. Warszawa 1996. Tom 2. Dokumenty 1946. Warszawa 1999.

ŠAPOVAL, JU. OUN i UPA na tereni Pol'šči (1944–1947 rr.). Kyïv 2000.

Sbornik dejstvujuščich dogovorov, soglašenij i konvencij, zaključënnych SSSR s inostrannymi gosudarstvami. Vypusk 12. Dejstvujuščie dovorory, soglašenija i

konvencii, vstupivšie v silu meždu 3 sentjabrja 1945 goda i 31 dekabrja 1946 goda. Moskva 1956.

SERHIJČUK, VOLODYMYR [izd.], Neskorena Cerkva. Podvyžnyctvo hreko-katolikiv Ukraïny v borot'bi za viru i deržavu. Kyïv 2001.

SERHIJČUK, VOLODYMYR [izd.], OUN-UPA v roky vijny. Novi dokumenty i materialy. Kyïv 1996.

Sovetskij faktor v vostočnoj Evrope 1944–1953. T. 1. 1944–1948. Dokumenty. Moskva 1999.

STALIN, J. Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion. 3. Ausgabe. Moskau 1946.

J. W. Stalin. Reden, Ansprachen, Tagesbefehle aus den Jahren 1939–1943. Mit einer kurzen Biographie J. W. Stalins. Celerina 1943.

Suspil'no-polityčnyj rozvytok zachidnych oblastej URSR. 1939–1989. Zbirnyk dokumentiv i materialiv. Kyïv 1989.

Voennoplennye v SSSR 1939–1956. Dokumenty i materialy. Pod. red. M. M. Zagorul'ko. Moskva 2000.

Memoiren und veröffentlichte Zeitzeugenberichte

BERIJA, SERGO Moj otec – Lavrentij Berija. Moskva 1994.

„Czernowitz is gewen an alte, jidische Schtot...". Jüdische Überlebende berichten. 2. überarb. Aufl. Berlin 1999.

CHRUŠČEV, N. S. Vremja. Ljudi. Vlast'. Tom 1–4. Moskva 1999.

DJILAS, MILOVAN Gespräche mit Stalin. Frankfurt am Main 1962.

[ĖRENBURG, IL'JA] Die berühmten Ehrenburg-Memoiren. Menschen, Jahre, Leben III. 1942–1965. München 1965.

KAGANOVIČ, LAZAR' MOISEEVIČ Pamjatnye zapiski rabočego, kommunista-bol'ševika, profsojuznogo, partijnogo i sovetsko-gosudarstvennogo rabotnika. Moskva 1996.

KHRUSHCHEV, SERGEI N. Nikita Khrushchev and the Creation of a Superpower. Pennsylvania 2000.

KRAVCHENKO, VICTOR A. Ich wählte die Freiheit. Das private und politische Leben eines Sowjetbeamten. Zürich 1947.

KRAVTSCHIK, GRIGORIJ Dornenwege. Ein Leben unter Stalin. Bremen 1989.

LOTNIK, WALDEMAR, PREECE, JULIAN Nine Lives. Ethnic Conflict in the Polish-Ukrainian Borderland. London 1999.

Molotov remembers. Inside Kremlin Politics. Conversations with Felix Chuev. Chicago 1993.

Priester in Uniform. Seelsorger, Ordensleute und Theologen als Soldaten im Zweiten Weltkrieg. Hrsg. vom Katholischen Militärbischofsamt und Hans Jürgen Brandt. Augsburg 1994.

SAVCHYN PYSKIR, MARIA Thousands of Roads. A Memoir of a Young Woman's Life in the Ukrainian Underground During and After World War II. Jefferson/North Carolina, London 2001.

SUDOPLATOW, PAWEL ANATOLJEWITSCH, SUDOPLATOW, ANATOLIJ Der Handlanger der Macht. Enthüllungen eines KGB-Generals. Düsseldorf [u.s.w.] 1994.

TEMKIN, GABRIEL My Just War. The Memoir of a Jewish Red Army Soldier in World War II. Navato, CA 1998.

Vertreibung aus dem Osten. Deutsche und Polen erinnern sich. Hrsg. von Hans-Jürgen Bömelburg, Renate Stößinger, Robert Traba. Olsztyn 2000.

„Wach auf, mein Herz, und denke". Zur Geschichte der Beziehungen zwischen Schlesien und Berlin-Brandenburg von 1740 bis heute. Berlin, Oppeln 1995.

Sekundärliteratur

Nachschlagewerke

Encyclopedia of Rusyn History and Culture. Ed. by Paul Robert Magocsi, Ivan Pop. Toronto, Buffalo, London 2002.

Encyclopedia of Ukraine. Vol. 1–5. Ed. by Danylo Husar Struk. Toronto, Buffalo, London 1984–1993.

Historisches Lexikon der Sowjetunion 1917/22 bis 1991. Hrsg. von Hans-Joachim Torke. München 1993.

Istorija mist i sil Ukraïns'koï RSR v 26 tomach. Kiev 1974–1983.

The Modern Encyclopedia of Russian and Soviet History. Hrsg. von Joseph L. Wieczynski. Band 1–58. Gulf Breeze, Fl. 1976–1994.

ROSSI, ŽAK Spravočnik po GULagu. Istoričeskij slovar' sovetskich penitenciarnych institucij i terminov, svjazannych s prinuditel'nym trudom. London 1987 (2. dopoln. izd., tom 1–2. Moskva 1991).

Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie. Band 1–6. Freiburg, Basel, Wien 1966–1972.

Ukraïns'ka Radjans'ka Encyklopedija. Vyd. druhe. Tom 1–12. Kyïv 1981.

Velikaja Otečestvennaja Vojna. 1941–1945. Ėnciklopedija. Moskva 1985.

Darstellungen

Accusatory Practices. Denunciation in Modern European History. 1789–1989. Ed. by Sheila Fitzpatrick and Robert Gellately. Chicago, London 1997.

AFANAS'EV, JU. N. Drugaja vojna 1939–1945. Moskva 1996.

ALEXIJEWITSCH, SWETLANA Der Krieg hat kein weibliches Gesicht. Hamburg 1989.

ALTSHULER, MORDECHAI Soviet Jewry since the Second World War. Population and Social Structure. New York, Westport/Connecticut, London 1987.

ALIEVA, SVETLANA (Hrsg.), Tak ėto bylo. Nacional'nye repressii v SSSR, 1919–1952 gody. V 3-ch tomach. Moskva 1993.

ALTRICHTER, HELMUT Kleine Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. 2. erweiterte Aufl. München 2001.

ALTSHULER, MORDECHAI Antisemitism in Ukraine toward the End of the Second World War, in: Jews in Eastern Europe 22 (1993) 3, S. 40–81.

APPLEBAUM, ANNE Der Gulag. Berlin 2003 [gekürzte Fassung der englischen Originalausgabe: Gulag. A History. New York 2003].

ARCH GETTY, J. Origins of the Great Purges. The Soviet Communist Party Reconsidered, 1933–1938. Cambridge [usw.] 1985.

ARCH GETTY, J., MANNING, ROBERTA Introduction, in: Arch Getty, Manning (Hrsg.), Stalinist Terror, S. 1–18.

ARCH GETTY, J., RITTERSPORN, GÁBOR T., ZEMSKOV, VIKTOR N. Victims of the Soviet Penal System in the Pre-war Years: A First Approach on the Basis of Archival Evidence, in: The American Historical Review vol. 98 (1993) S. 1017–1049.

ARCH GETTY, J., MANNING, ROBERTA T. (Hrsg.), Stalinist Terror: New Perspectives. New York 1993.

ARMSTRONG, JOHN A. The Soviet Bureaucratic Elite: A Case Study of the Ukrainian Apparatus. Second printing New York, Washington 1966.

ARMSTRONG, JOHN Ukrainian nationalism. 3rd ed. Englewood, Col. 1989.

ARZAMASKIN, JU. Založniki vtoroj mirovoj vojny. Repatriacija sovetskich graždan v 1944–1953 gg. Moskva 2001.

The Axis and the Allies. Ed. John Erickson, David Dilks. Edinburgh 1994.

BABEROWSKI, JÖRG Der Feind ist überall. Stalinismus im Kaukasus. München 2003.

BABEROWSKI, JÖRG Wandel und Terror: Die Sowjetunion unter Stalin 1928–1941. Ein Literaturbericht, in: JBfGOE 43 (1995) S. 97–129.

BACON, EDWIN The Gulag at War. Stalin's Forced Labour System in the Light of the Archives. London 1994.

BARAN, VOLODYMYR Ukraïna 1950–1960-ch rr.: evoljucija totalitarnoï systemy. L'viv 1996.

BARAN, V. K., DANILENKO, V. M. Ukraïna v umovach systemnoï krysy (1946–1980 rr.). Kyïv 1999.

BARBER, JOHN The Image of Stalin in Soviet Propaganda and Public Opinion during World War 2, in: GARRARD, GARRARD (Hrsg.), World War 2 and the Soviet People, S. 38–49.

BARBER, JOHN, HARRISON, MARK The Soviet Home Front, 1941–1945: A Social and Economic History of the USSR in World War II. London, New York 1991.

BERKHOFF, KAREL C. Harvest of Despair. Life and Death in Ukraine under Nazi Rule. Cambridge/Massachusetts, London 2004.

BERKHOFF, KAREL C., CARYNNYK, MARCO The Organization of Ukrainian Nationalists and Its Attitude toward Germans and Jews: Iaroslav Stets'ko's 1941 *Zhyttiepys*, in: Harvard Ukrainian Studies 23 (1999) Nr. 3/4, S. 149–184.

BETHELL, NICHOLAS Das letzte Geheimnis. Die Auslieferung russischer Flüchtlinge an die Sowjets durch die Alliierten 1944–47. Frankfurt a.M. 1975 [Orig.: The Last Secret. Forcible Repatriation to Russia 1944–1947. London 1974].

BEYRAU, DIETRICH Intelligenz und Dissens. Die russischen Bildungsschichten in der Sowjetunion 1917–1985. Göttingen 1993.

BILAS, IVAN Represyvno-karal'na systema v Ukraïni 1917–1953. Suspil'no-polityčnyj ta istoryko-pravovyj analiz. Kn. 1–2. Kyïv 1994.

BILOKIN', SERHIJ Masovyj teror jak zasib deržavnogo upravlinnja v SRSR (1917–1941 rr.). Džereloznavče doslidžennja. Kyïv 1999.

BOCIURKIW, BOHDAN ROSTYSLAV The Ukrainian Greek Catholic Church and the Soviet State (1939–1950). Edmonton, Toronto 1996.

BOECKH, KATRIN Kontinuität und Ende der sowjetischen Herrschaft – die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik 1945–1991, in: Ukraine, S. 363–388.

BOECKH, KATRIN Rumänisierung und Repression. Zur Kirchenpolitik im Raum Odessa/Transnistrien 1941–1944, in: JBfGOE (1997) Heft 1, S. 64–84.

BOECKH, KATRIN „Völlig normal, entsprechend den Prinzipien der Gewissensfreiheit, garantiert durch die Stalin-Verfassung". Die Verfolgung der Kirchen in Galizien unter Stalin im Vergleich (1944–1953), in: Historische Zeitschrift. Band 278 (Februar 2004) Heft 1, S. 55–100.

BOECKH, KATRIN Jüdisches Leben in der Ukraine nach dem Zweiten Weltkrieg. Zur Verfolgung einer Religionsgemeinschaft im Spätstalinismus (1945–1953), in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte (2005) Heft 3, S. 421–448.

BOHACHEVSKY-CHOMIAK, MARTHA Feminists despite themselves: Women in Ukrainian Community Life, 1884–1939. Edmonton, Alberta 1988.

BONNELL, VICTORIA E. Iconography of Power. Soviet Political Posters under Lenin and Stalin. Berkeley, Los Angeles, London 1997.

BONWETSCH, BERND Der „Große Vaterländische Krieg“ und seine Geschichte, in: GEYER (Hrsg.), Die Umwertung der sowjetischen Geschichte, S. 167–187.

BONWETSCH, BERND „Ich habe an einem völlig anderen Krieg teilgenommen“. Die Erinnerung an den „Großen Vaterländischen Krieg“ in der Sowjetunion., in: Krieg und Erinnerung, S. 145–168.

BONWETSCH, BERND Die sowjetischen Kriegsgefangenen zwischen Stalin und Hitler, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 41 (1993) S. 135–142.

BONWETSCH, BERND Sowjetische Zwangsarbeiter vor und nach 1945. Ein doppelter Leidensweg, in: JBfGOE (1993) Heft 4, S. 532–546.

BONWETSCH, BERND Stalin, the Red Army and the ´Great Patriotic War´, in: Stalinism and Nazism, S. 185–207.

BONWETSCH, BERND War as a "Breathing Space": Soviet Intellectuals and the "Great Patriotic War", in: The People's War, S. 137–153.

BONWETSCH, BERND (Hrsg.), Zeitgeschichte Osteuropas als Methoden- und Forschungsproblem. Berlin 1985.

BORDIUGOV, GENNADI The Popular Mood in the Unoccupied Soviet Union: Continuity and Change during the War, in: The People's War, S. 54–70.

BORSCHTSCHAGOWSKI, ALEXANDER Orden für einen Mord. Die Judenverfolgung unter Stalin. Wien 1997 [russisch: ALEKSANDR M. BORŠČAGOVSKIJ Obvinjaetsja krov'. Dokumental'naja povest'. Moskva 1994].

BOTERBLOEM, KEES Life and Death under Stalin. Kalinin Province, 1945–1953. Montreal [usw.] 1999.

BROOKS, JEFFREY Thank you, comrade Stalin! Soviet public culture from revolution to Cold War. Princeton, New Jersey 2001.

BUCHSWEILER, MEIR Rußlanddeutsche im Sowjetsystem bis zum Zweiten Weltkrieg. Minderheitenpolitik, nationale Identität, Publizistik. Essen 1995.

BUGAJ, N. F. 20–50-e gody: Pereselenija i deportacii evrejskogo naselenija v SSSR, in: Otečestvennaja istorija (1993) Nr. 2, S. 175–185.

BUGAJ, N. F. K voprosu o deportacii narodov SSSR v 30–40-ch godach, in: Istorija SSSR (1989) Nr. 6, S. 135–144.

BUHAJ, M. F. Deportaciï naselennja z Ukraïny (30–50-ti roky), in: UIŽ (1990) Nr. 10, S. 32–38.

BURDS, JEFFREY AGENTURA: Soviet Informants' Networks & the Ukrainian Underground in Galicia, 1944–1948, in: East European Politics and Societies 11 (Winter 1997) Nr. 1, S. 89–130.

BURDS, JEFFREY Gender and policing in Soviet West Ukraine, 1944–1948, in: Cahiers du Monde russe 42 (2001) Nr. 2–4, S. 279–319.

BILINSKY, YAROSLAV The Second Soviet Republic: The Ukraine after World War II. New Brunswick, New Jersey 1964.

CARRÈRE D'ENCAUSSE, HÉLÈNE A History of the Soviet Union 1917–1953. Vol. 2. Stalin. Order through terror. London, New York 1981.

Černaja kniga o zlodejskom povsemestnom ubijstve evreev nemecko-fašistkimi zachvatčikami vo vremenno okkupirovannych rajonach Sovetskogo Sojuza i v lagerjach Pol'ši vo vremja vojny 1941–1955 gg. Sostavlena pod redakciej Vasilija Grossmana, Il'i Ėrenburga. Vil'njus 1993.

CHIARI, BERNHARD Alltag hinter der Front. Besatzung, Kollaboration und Widerstand in Weißrußland 1941–1944. Düsseldorf 1998.

CHLEWNJUK, OLEG W. Das Politbüro. Mechanismen der politischen Macht in der Sowjetunion der dreißiger Jahre. Hamburg 1998.

CHUMACHENKO, TATIANA A. Church and State in Soviet Russia. Russian Orthodoxy from World War II to the Khrushchev Years. Armonk, New York; London 2002.

CIESIELSKI, STANISŁAW, HRYCIUK, GRZEGORZ, SREBRAKOWSKI, ALEKSANDER Masowe deportacje radzieckie w okresie II wojny światowej. Wrocław 1993 [2., erg. Aufl. Wrocław 1994].

Contending with Stalinism. Soviet Power & Popular Resistance in the 1930s. Ed. by Lynne Viola. Ithaca, London 2002.

CONQUEST, ROBERT Der Große Terror. Sowjetunion 1934–1938. München 1992 [Orig.: The Great Terror: A Reassessment. New York, Oxford 1990].

COOPER, MATTHEW The Phantom War. The German struggle against Soviet partisans 1941–1944. London 1979.

Culture and Entertainment in Wartime Russia. Ed. by Richard Stites. Bloomington, Indianapolis 1995.

DAHLMANN, DITTMAR „Operation erfolgreich durchgeführt". Die Deportation der Wolgadeutschen 1941, in: Flucht und Vertreibung. Zwischen Aufrechnung und Verdrängung. Hrsg. von Robert Streibl. Wien 1994, S. 201–226.

DALLIN, ALEXANDER German Rule in Russia 1941–1945. A Study of Occupation Policies. London 1957.

DANILOV, A. A. Izmenenija vysšich organov vlasti v SSSR v 1945–1952 gg., in: Stalin. Stalinizm. Sovetskoe obščestvo. Sbornik statej k 70-letiju doktora istoričeskich nauk, professora V. S. Lel'čuka. Moskva 2000, S. 212–230.

DEAN, MARTIN Collaboration in the Holocaust. Crimes of the Local Police in Belorussia and Ukraine, 1941–44. New York 2000.

Deportacii ukraïnciv ta poljakiv. Kinec' 1939–početok 50-ch rokiv. (Do 50-riččja operacii „Visla"). L'viv 1998.

DNISTRJANS'KYJ, M. S. Kordony Ukraïny. Terytorial'no-administratyvnyj ustryj. L'viv 1992.

Do 50-riččja peremohy. Ukraïna v roky Velykoï Vitčyznjanoï Vijny. Charkiv 1995.

DUSKIN, J. ERIC Stalinist Reconstruction and the Confirmation of a New Elite, 1945–1953. Houndmills, Basingstoke, Hampshire 2001.

EICHWEDE, WOLFGANG, HARTUNG, ULRIKE (Hrsg.), „Betr.: Sicherstellung". NS-Kunstraub in der Sowjetunion. Bremen 1998.

ELLIOTT, MARK R. Pawns of Yalta. Soviet Refugees and Amerika's Role in Their Repatriation. Urbana, Chicago, London 1982.

ENNKER, BENNO Politische Herrschaft und Stalinkult 1929–1939, in: PLAGGENBORG (Hrsg.), Stalinismus, S. 151–182.

EPSTEIN, JULIUS Operation Keelhaul. The Story of Forced Repatriation from 1944 to the Present. Old Greenwich 1973.

ERICKSON, JOHN Soviet War Losses. Calculations and Controversies, in: Barbarossa. The Axis and the Allies, S. 255–277.

ERICKSON, JOHN Soviet Women at War, in: GARRARD, GARRARD (Hrsg.), World War 2 and the Soviet People, S.50–76.

Europa und der „Reichseinsatz". Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945. Hrsg. von Ulrich Herbert. Essen 1991.

FAINSOD, MERLE How Russia is Ruled. (Cambridge, MA 1955). Revised Edition Cambridge, Massachusetts 1963.

FAINSOD, MERLE Smolensk under Soviet Rule. London, Sydney, Wellington 1989. (First published 1958).

FIESELER, BEATE Innenpolitik der Nachkriegszeit 1945–1953, in: Handbuch der Geschichte Rußlands. Band 5, S. 36–77.

FILTZER, DONALD Wirtschaft und Gesellschaft in der Nachkriegszeit, in: Handbuch der Geschichte Rußlands. Band 5, S. 78–130.

FILTZER, DONALD Soviet Workers and Late Stalinism. Labour and the Restoration of the Stalinist System after World War II. Cambridge 2002.

FJODOROW, ALEXEJ Das illegale Gebietskomitee arbeitet. Erlebnisbericht. Literarisch bearbeitet von J. Bosnjazki. Berlin [Ost] 1959 [FEDOROV, ALEKSEJ FEDOROVIČ Podpol'nyj obkom dejstvuet. Moskva 1954; The Underground Committee Carries on. Moskva 1952].

FITZPATRICK, SHEILA Everyday Stalinism. Ordinary Life in Extraordinary Times: Soviet Russia in the 1930s. New York, Oxford 1999.

FITZPATRICK, SHEILA Signals from Below: Soviet Letters of Denunciation of the 1930s, in: Accusatory Practices, S. 85–120.

FITZPATRICK, SHEILA Stalin and the Making of a New Elite, 1928–1939, in: Slavic Review 38 (1979) S. 377–402.

FITZPATRICK, SHEILA (ed.), Stalinism. New Directions. London, New York 2000.

FLEISCHHAUER, INGEBORG Das Dritte Reich und die Deutschen in der Sowjetunion. Stutttgart 1983.

GALTER, ALBERTO Rotbuch der verfolgten Kirche. Recklinghausen 1957.

GARRARD, JOHN, GARRARD, CAROL (Hrsg.), World War 2 and the Soviet People. Selected Papers from the Fourth World Congress for Soviet and East European Studies, Harrogate, 1990. Houndmills [usw.] 1993.

GERLACH, CHRISTIAN Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944. Hamburg 1999.

GERMAN, A. A., KUROČKIN, A. N. Nemcy SSSR v „trudovoj armii" (1941–1945). Moskva 1998.

GESTWA, KLAUS „Es lebe Stalin" – Sowjetische Zwangsarbeiter nach Ende des Zweiten Weltkrieges. Das Beispiel der Stadt Hamm in Westfalen, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 44 (1993) S. 71–86.

GEYER, DIETRICH (Hrsg.), Die Umwertung der sowjetischen Geschichte. Göttingen 1991.

GITELMAN, ZVI Soviet Reactions to the Holocaust, 1945–1991, in: The Holocaust in the Soviet Union, S. 3–27.

GITELMAN, ZVI (Hrsg.), Bitter Legacy. Confronting the Holocaust in the USSR. Bloomington, Indianapolis 1997.

GOEKEN, ULRIKE Von der Kooperation zur Konfrontation. Die sowjetischen Repatriierungsoffiziere in den westlichen Besatzungszonen, in: Die Tragödie der Gefangenschaft, S. 315–334.

GOLCZEWSKI, FRANK Die Kollaboration in der Ukraine, in: Kooperation und Verbrechen. Formen der „Kollaboration" im östlichen Europa 1939–1945. Göttingen 2003.

GOLCZEWSKI, FRANK Ukraine – Bürgerkrieg und Resowjetisierung, in: Kriegsende in Europa. Vom Beginn des deutschen Machtzerfalls bis zur Stabilisierung der Nachkriegsordnung 1944–1948. Hrsg. von Ulrich Herbert, Axel Schildt. Essen 1998, S. 85–99.

GOLCZEWSKI, FRANK Die Ukraine im Zweiten Weltkrieg, in: DERS. (Hrsg.), Geschichte der Ukraine, S. 241–260.

GOLCZEWSKI, FRANK (Hrsg.), Geschichte der Ukraine. Göttingen 1993.

GRIGORIEV, A. Investigative Methods of the Secret Police, in: WOLIN, SLUSSER (eds.), The Soviet secret police, S. 180–238.

GROSS, JAN T. Revolution from Abroad. The Soviet Conquest of Poland's Western Ukraine and Western Belorussia. Expanded Edition. Princeton, Oxford 2002.

VON HAGEN, MARK Does Ukraine Have a History, in: Slavic Review (1995) Nr. 3, S. 658–673.

HAHN, WERNER G. Postwar Soviet Politics. The Fall of Zhdanov and the Defeat of Moderation, 1946–53. Ithaca, London 1982.

Handbuch der Geschichte Russlands. Band 5: 19945–1991. Vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion. Hrsg. von Stefan Plaggenborg. Stuttgart 2001–2003.

HARRISON, MARK The Soviet Union: the defeated victor, in: The economics of World War II. Six great powers in international comparison. Ed. by Mark Harrison. Cambridge 1998, S. 268–301.

HAUSMANN, GUIDO, KAPPELER, ANDREAS (Hrsg.), Ukraine: Gegenwart und Geschichte eines neuen Staates. Baden-Baden 1993.

HERBERT, ULRICH Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes" in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Berlin, Bonn 1985.

HESSE, ERICH Der sowjetische Partisanenkrieg 1941 bis 1944 im Spiegel deutscher Kampfanweisungen und Befehle. Göttingen, Zürich, Frankfurt 1969.

HEUSLER, ANDREAS Zwangsarbeit in der Münchner Kriegswirtschaft 1939–1945. München 1991.

HEYER, FRIEDRICH Kirchengeschichte der Ukraine im 20. Jahrhundert. Von der Epochenwende des ersten Weltkrieges bis zu den Anfängen in einem unabhängigen ukrainischen Staat. Göttingen 2003.

HILDERMEIER, MANFRED Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates. München 1998.

HILDERMEIER, MANFRED Interpretationen des Stalinismus, in: Historische Zeitschrift. Band 264 (1997) Heft 3, S. 655–674.

HILDERMEIER, MANFRED Die Sowjetunion 1917–1991. München 2001.

HILDERMEIER, MANFRED (Hrsg.), Stalinismus vor dem Zweiten Weltkrieg. Neue Wege der Forschung. München 1998.

HOFMANN, ANDREAS R. Die Nachkriegszeit in Schlesien. Gesellschafts- und Bevölkerungspolitik in den polnischen Siedlungsgebieten 1945–1948. Köln, Weimar, Wien 2000.

HÖSCH, EDGAR Geschichte Rußlands. Vom Kiever Reich bis zum Zerfall des Sowjetimperiums. Stuttgart, Berlin, Köln 1996.

HÖSLER, JOACHIM Sowjetische und russische Interpretationen des Stalinismus, in: PLAGGENBORG (Hrsg.), Stalinismus, S. 35–68.

HOFFMANN, MARTIN Der Zweite Weltkrieg in der offiziellen sowjetischen Erinnerungskultur, in: Krieg und Erinnerung, S. 129–143.

The Holocaust in the Soviet Union. Studies and Sources on the Destruction of the Jews in the Nazi-Occupied Territories of the USSR, 1941–1945. Ed. by Lucjan Dobroszycki and Jeffrey S. Gurock. Armonk, New York, London, England 1993.

HRYCAK, JAROSLAV Narys istorij Ukraïny. Formuvannja modernoï ukraïns'koï naciï XIX–XX stolittja. Kyïv 1996.

HULICKA, KAREL, HULICKA, IRENE M. Soviet Institutions, the Individual and Society. Boston, Massachusetts 1967.

HUNCZAK, TARAS, SHTOHRYN, DMYTRO (eds.), Ukraine. The Challenges of World War II. Lanham [usw.] 2003.

The Impact of World War II on the Soviet Union. Ed. by Susan J. Linz. Totowa, New Jersey 1985.

Istorija Evreev na Ukraine i v Belorussii. Ėkspedicii. Pamjatniki. Nachodki. Sbornik naučnych trudov. Sost. V. M. Lukin, B. N. Chajmovič, V. A. Dymšic. Sankt-Peterburg 1994.

Istorija Odesy. Odesa 2002.

Istorija ukraïns'koï RSR. Tom vos'myj. Knyha perša. Ukraïns'ka RSR v period zmicnennja socializmu (1945 – 50-i roky). Kyïv 1979.

Istorija Ukraïny v osobach. XIX–XX st. Kyïv 1995.

JACOBMEYER, WOLFGANG Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945–1951. Göttingen 1985.

Jews in Eastern Poland and the USSR, 1939–46. Ed. by Norman Davies, Antony Polonsky. Houndmills [usw.] 1991.

KALNINS, BRUNO Der sowjetische Propagandastaat. Das System und die Mittel der Massenbeeinflussung in der Sowjetunion. Stockholm 1956.

KAPLAN, CYNTHIA S. The Impact of World War II on the Party, in: The Impact of World War II on the Soviet Union, S. 157–187.

KAPPELER, ANDREAS Kleine Geschichte der Ukraine. 2. aktualisierte Aufl. München 2000.

KAPPELER, ANDREAS Rußland als Vielvölkerreich. Entstehung. Geschichte. Zerfall. München 1993.

KENEZ, PETER Cinema and Soviet Society from the Revolution to the Death of Stalin. London, New York 2001.

KENTIJ, A. V. Narys borot'by OUN-UPA v Ukraïni (1946–1956 rr.). Kyïv 1999.

KLOKOV, V. I. O strategii i taktike sovetskich partizan v bor'be protiv fašistskich okkupantov na Ukraine (1941–1944). Kiev 1994.

KLOKOV, V. I. Vsenarodnaja bor'ba v tylu nemecko-fašistskich okkupantov na Ukraine 1941–1944. Istoriografičeskij očerk. Kiev 1978.

KNIGHT, AMY Berija. Stalin's First Lieutenant. Princeton, New Jersey 1993.

KOLARZ, WALTER Die Religionen in der Sowjetunion. Überleben in Anpassung und Widerstand. Freiburg, Basel, Wien 1963.

KOMP, HANS-DIETER Die kommunistische Religionspolitik gegenüber der unierten griechisch-katholischen Kirche in der Ukraine seit 1944. München 1979.

KOROVIN, V. V. Istorija otečestvennych organov bezopasnosti. Učebnoe posobie. Moskva 1998.

KOSLOW, GRIGORIJ Wie und mit welchem Ziel Stalin seine Kulturverluste im Krieg zählte, in: EICHWEDE, HARTUNG (Hrsg.), „Betr.: Sicherstellung", S. 141–168.

KOSTJUK, HRYHORIJ Stalinizm v Ukraïni (Heneza i naslidky). Doslidžennja i sposterežennja sučasnyka. Kyïv 1995 [Überarbeitung der Ausgabe: HRYHORY KOSTIUK Stalinist Rule in the Ukraine. A Study in the Decade of Mass Terror (1929–1939). New York 1960].

KOSTYRČENKO, G. V. Tajnaja politika Stalina. Vlast' i antisemitizm. Moskva 2001.

KOSTYRCHENKO, GENNADI Out of the Red Shadows. Anti-Semitism in Stalin's Russia. Amherst, New York 1995 [russisch: Gennadij Kostyrčenko, V plenu u krasnogo faraona. Političeskie presledovanija evreev v SSSR v poslednee Stalinskoe desjatiletie. Moskva 1994].

KOVAL', V. S. Podvyh narodnyj. Ukraïna u velykij vitčyznjanij vijni. Kyïv 1970.

KOVAL', M. V. Fašistskaja politika duchnovnogo, moral'no-političeskogo podavlenija naselenija Ukrainy i ee krach (1941–1944), in: Obščestvenno-političeskaja žizn' trudjaščichsja Ukrainy S. 146–202.

KOVAL', M. V. Ukraïna v druhij svitovij i velykij vitčyznjanij vijnach (1939–1945 rr.). Kyïv 1999.

KOVAL', M. V. Ukraïns'ka RSR u period vidbudovy i rozvytku narodnoho hosudarstva (1945–1955 rr.), in: UIŽ (1990) Nr. 4, S. 80–87.

KOZLOV, VLADIMIR A. Denunciation and its Functions in Soviet Governance. From the Archive of the Soviet Ministry of Internal Affairs, 1944–53, in: FITZPATRICK (ed.), Stalinism. New Directions, S. 117–141.

KOZLOV, VLADIMIR A. Denunciation and Its Functions in Soviet Governance: A Study of Denunciations and Their Bureaucratic Handling from Soviet Police Archives, 1944–1953, in: Accusatory Practices, S. 121–152.

KRAWCHENKO, BOHDAN Changes in the National and Social Composition of the Communist Party of Ukraine From the Revolution to 1976, in: Journal of Ukrainian Studies 9 (1984) no. 1, S. 33–54.

KRAWCHENKO, BOHDAN Social Change and National Consciousness in Twentieth-Century Ukraine. New York 1985.

Krieg und Erinnerung. Fallstudien zum 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Helmut Berding, Klaus Heller, Winfried Speitkamp. Göttingen 2000.

KUDRYASHOV, SERGEI The Hidden Dimension. Wartime Collaboration in the Soviet Union, in: Barbarossa. The Axis and the Allies, S. 238–254.

Kultur im Stalinismus. Sowjetische Kultur und Kunst der 1930er bis 50er Jahre. Hrsg. von Gabriele Gorzka. Bremen 1994.

KUPOVECKY, MARK Estimation of Jewish losses in the USSR during World War II, in: Jews in Eastern Europe 2(24) (1994) S. 25–37.

KUROMIYA, HIROAKI Freedom and Terror in the Donbas. A Ukrainian-Russian Borderland, 1870s–1990s. Cambridge, New York, 1998.

KUROMIYA, HIROAKI Workers under Stalin: The Case of the Donbas, in: HILDERMEIER (Hrsg.), Stalinismus vor dem Zweiten Weltkrieg, S. 79–97.

Kyïv 1941–1943. Fotoal'bom. Kyïv 2000.

Lager, Zwangsarbeit, Vertreibung und Deportation. Dimensionen der Massenverbrechen in der Sowjetunion und in Deutschland 1933 bis 1945. Hrsg. von Dittmar Dahlmann, Gerhard Hirschfeld. Essen 1999 = Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte – Neue Folge. Band 10.

LAZAREV, LAZAR Russian Literature on the War and Historical Truth, in: GARRARD, GARRARD (Hrsg.), World War 2 and the Soviet People, S. 28–37.

Lemberg, Lwów, Lviv [recte: L'viv]. Eine Stadt im Schnittpunkt europäischer Kulturen. Hrsg. von Peter Fäßler, Thomas Held, Dirk Sawitzki. 2. unveränd. Aufl. Köln, Weimar, Wien 1995.

LENS'KA, V. V. Fašists'ka škil'na politika na okupovanij teritorii Ukraïny, in: UIŽ (1990) Nr. 10, S. 81–86.

LEWYTZKYJ, BORYS Die Sowjetukraine 1944–1963. Köln, Berlin 1964.

LITVAK, YOSEF Polish-Jewish Refugees Repatriated from the Soviet Union at the End of the Second World War and Afterwards, in: Jews in Eastern Poland and the USSR, S. 227–239.

LÖWE, HEINZ-DIETRICH Stalin. Der entfesselte Revolutionär. Band 1–2. Göttingen, Zürich 2002.

LUKS, LEONID Geschichte Russlands und der Sowjetunion. Von Lenin bis Jelzin. Regensburg 2000.

LUKS, LEONID Zum Stalinschen Antisemitismus – Brüche und Widersprüche, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (1997) S. 9–50.

LUKS, LEONID (Hrsg.), Der Spätstalinismus und die „Jüdische Frage". Zur antisemitischen Wendung des Kommunismus. Köln, Weimar, Wien 1998.

LYSENKO, A. E. Religija i cerkov' na Ukraine nakanune i v gody vtoroj mirovoj vojny, in: Voprosy istorii (1998) Heft 4, S. 42–57.

LYSENKO, O. JE. Do pytannja pro stanovyšče cerkvy v Ukraïni u period druhoï svitovoï vijny, in: UIŽ (1995) Nr. 3 (402), S. 73–81.

LYSENKO, O. JE., VRONS'KA, T. V. Druha svitova vijna jak novyj vymir teroru ta teroryzmu, in: Polityčnyj teror i teroryzm v Ukraïni, S. 596–706.

MAGOCSI, ROBERT PAUL A History of Ukraine. Third printing Seattle 1998.

MAGOCSI, ROBERT PAUL The Shaping of a National Identity. Subcarpathian Rus'. 1848–1948. Sec. Printing Cambridge, Mass., London 1979.

MAJSTRENKO, IVAN Istorija Komunistyčnoï partiï Ukraïny. München 1979.

MARIE, JEAN-JACQUES Les peuples déportés d'Union Soviétique. Paris 1995.

Mariupol-Herford und zurück. Zwangsarbeit und ihre Bewältigung nach 1945. Ein Lesebuch der Geschichtswerkstatt Arbeit und Leben DGB/VHS. Hrsg. von Helga Kohne und Christoph Laue. Bielefeld 1995.

MARKOVNA, NINA Nina's Journey: A Memoir of Stalin's Russia and the Second World War. Washington 1989.

MARPLES, DAVID ROGER Collectivization of Agriculture in Western Ukraine 1944–1951. [Thesis] Sheffield 1985.

MARPLES, DAVID R. Stalinism in Ukraine in the 1940s. Houndmills [usw.] 1992.

MARPLES, DAVID R. The Ukrainians in Eastern Poland under Soviet Occupation, 1939–41: A Study in Soviet Rural Policy, in: The Soviet Takeover of the Polish Eastern Provinces, S. 236–252.

MARTIN, TERRY The Affirmative Action Empire. Nations and Nationalism in the Soviet Union, 1923–1939. Ithaca, London 2001.

MARTIN, TERRY The Origins of Soviet Ethnic Cleansing, in: The Journal of Modern History Vol. 70 (December 1998) Nr. 4, S. 813–861.

MCCAGG, WILLIAM Stalin Embattled, 1943–1948. Detroit 1978.

MEDVEDEV, ROY All Stalin's Men. Garden City, New York 1984.

MEDVEDEV, ROY Khrushchev. Garden City, New York 1983.

MEDVEDEV, ROY Let History Judge. The Origins and Consequences of Stalinism. Revised and Expanded Edition. Ed. and transl. by George Shriver. Oxford [usw.] 1989.

MERCALOV, A., MERCALOVA, L. Stalinizm i vojna. Moskva 1998.

MERL, STEPHAN Bauern unter Stalin. Die Formierung des sowjetischen Kolchossystems 1930–1941. Berlin 1990.

MERL, STEPHAN Probleme des Umgangs mit den sowjetischen Statistiken der 20er und 30er Jahre, in: BONWETSCH (Hrsg.), Zeitgeschichte Osteuropas als Methoden- und Forschungsproblem, S. 77–94.

A Mosaic of Victims. Non-Jews Persecuted and Murdered by the Nazis. Ed. by Michael Berenbaum. New York, London 1990.

MOSKOFF, WILLIAM The Bread of Affliction. The Food Supply in the USSR During World War II. Cambridge [usw.] 1990.

MOTYL, ALEXANDER J. The Turn to the Right: The ideological Origins and the Development of Ukrainian Nationalism, 1919–1929. New York 1980.

MYŠANYČ, OLEKSA Mytropolyt Josyf Slipyj pered "sudom" KGB. (Za archivnymy džerelamy). Kyïv 1993.

Naselenie Rossii v 1920–1950-e gody: čislennost', poteri, migracii. Sbornik naučnych trudov. Moskva 1994.

NAUMOV, VLADIMIR Repression and Rehabilitation, in: Nikita Khrushchev, S. 85–112.

Nazi Crimes in Ukraine. 1941–1944. Documents and Materials. Kiev 1987.

NEKRASOV, VLADIMIR Trinadcat' „železnych" narkomov. Istorija NKVD – MVD ot A. I. Rykova do N. A. Ščelokova 1917–1982. Moskva 1995.

NEKRICH, ALEKSANDR M. The Punished People. The Deportation and Fate of Soviet Minorities at the End of the Second World War. New York 1978.

Nikita Khrushchev. Ed. by William Taubman, Sergei Khrushchev, Abbot Gleason. New Haven, London 2000.

NOLTE, HANS-HEINRICH (Hrsg.), Häftlinge aus der UdSSR in Bergen-Belsen. Dokumentation der Erinnerung. „Ostarbeiterinnen" und „Ostarbeiter", Kriegsgefangene, Partisanen, Kinder und zwei Minsker Jüdinnen in einem deutschen KZ. Frankfurt am Main [usw.] 2001.

Obščestvenno-političeskaja žizn' trudjaščichsja Ukrainy v gody Velikoj Otečestvennoj vojny. Sbornik naučnych trudov. Kiev 1988.

ODINCOV, M. I. Gosudarstvo i cerkov' v Rossii. XX vek. Moskva 1994.

OVERY, RICHARD Russlands Krieg 1941–1945. Reinbek bei Hamburg 2003.

PARRISH, MICHAEL The Lesser Terror. Soviet State Security, 1939–1953. Westport, Connecticut, London 1996.

PENTER, TANJA Die lokale Gesellschaft im Donbass unter deutscher Okkupation 1941–1943, in: Kooperation und Verbrechen. Formen der „Kollaboration" im östlichen Europa 1939–1945. Göttingen 2003. = Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus. Band 19, S. 183–123.

The People's War. Responses to World War II in the Soviet Union. Ed. by Robert W. Thurston, Bernd Bonwetsch. Urbana, Ill., Chicago 2000.

PETRONE, KAREN Life has Become More Joyous, Comrades. Celebrations in the Time of Stalin. Bloomington 2000.

PETROV, NIKITA Les transformations du personnel des organes de sécurité soviétiques, 1922–1953, in: Cahiers du Monde russe 42 (2001) Heft 2–4, S. 375–396.

PINKUS, BENJAMIN, FLEISCHHAUER, INGEBORG Die Deutschen in der Sowjetunion. Geschichte einer nationalen Minderheit im 20. Jahrhundert. Baden-Baden 1987.

PINKUS, BENJAMIN, FRANKEL, JONATHAN The Soviet Government and the Jews 1948–1967. A documented study. Cambridge [usw.] 1984.

PLAGGENBORG, STEFAN Gewalt im Stalinismus. Skizzen zu einer Tätergeschichte, in: HILDERMEIER (Hrsg.), Stalinismus vor dem Zweiten Weltkrieg, S. 193–208.

PLAGGENBORG, STEFAN Stalinismus als Gewaltgeschichte, in: PLAGGENBORG (Hrsg.), Stalinismus, S. 71–112.

PLAGGENBORG, STEFAN Die wichtigsten Herangehensweisen an den Stalinismus in der westlichen Forschung, in: PLAGGENBORG (Hrsg.), Stalinismus, S. 13–33.

PLAGGENBORG, STEFAN (Hrsg.), Stalinismus. Neue Forschungen und Konzepte. Berlin 1998.

POHL, DIETER Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941–1944, 2. Aufl. München 1997.

POHL, DIETER Schauplatz Ukraine: Der Massenmord an den Juden im Militärverwaltungsgebiet und im Reichskommissariat 1941–1943, in: FREI, NORBERT, STEINBACHER, SYBILLE, WAGNER, BERND C. (Hrsg.), Ausbeutung, Vernichtung, Öffentlichkeit. Neue Studien zur nationalsozialistischen Lagerpolitik. München 2000, S. 135–173.

POHL, DIETER Schlachtfeld zweier totalitärer Diktaturen – die Ukraine im Zweiten Weltkrieg, in: Ukraine, S. 339–362.

POHL, DIETER Stalinistische Massenverbrechen in der Ukraine 1936–1953. Ein Überblick, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung (1997) S. 325–337.

POHL, DIETER Ukrainische Hilfskräfte beim Mord an den Juden, in: Die Täter der Shoah. Fanatische Nationalsozialisten oder ganz normale Deutsche? Hrsg. von Gerhard Paul. Göttingen 2002, S. 205–234.

POHL, OTTO J. Ethnic Cleansing in the USSR, 1937–1949. Westport/Connecticut, London 1999.

POHL, OTTO J. The Stalinist Penal System: A Statistical History of Soviet Repression and Terror, 1930–1953. North Carolina, London 1997.

POLIAN, PAVEL Deportiert nach Hause. Sowjetische Kriegsgefangene im „Dritten Reich" und ihre Repatriierung. München, Wien 2001.

Polityčna istorija Ukraïny. Posibnyk. Za redakcijeju V. I . Tancjury. Kyïv 2001.

Polityčnyj teror i teroryzm v Ukraïni. XIX–XX st. Istoryčni narysy. Kyïv 2002.

POLJAN, PAVEL M. Deutsche Häftlinge in der UdSSR, in: DAHLMANN, DITTMAR, HIRSCHFELD, GERHARD (Hrsg.), Lager, Zwangsarbeit, Vertreibung und Deportation. Dimensionen der Massenverbrechen in der Sowjetunion und in Deutschland 1933 bis 1945. Essen 1999, S. 337–367.

POLJAN, PAVEL Ostarbejtery i voennoplennye v tret'em Rejche i ich repatriacija. Moskva 1996.

POLJAN, P. M. Repatriacija sovetskich graždan iz Francii i francuzskich okkupacionnych zon v Germanii i Avstrii, in: Tragedija vojny – tragedija plena, S. 174–197.

POLJAN, PAVEL Žertvy dvuch diktatur. Žizn', trud, uniženie i smert' sovetskich voennoplennych i ostarbajterov na čužbine i na rodine. 2-e izd., pererab. i dop. Moskva 2002.

POLJAN, PAVEL MARKOVIČ, ZAJONČKOVSKAJA, ŽANNA ANTONOVNA Ostarbeiter in Deutschland und daheim. Ergebnisse einer Fragebogenanalyse, in: JBfGOE (1993) Heft 4, S. 547–561.

Die polnische Heimatarmee. Geschichte und Mythos der Armia Krajowa seit dem Zweiten Weltkrieg. Hrsg. von Bernhard Chiari unter Mitarbeit von Jerzy Kochanowski. München 2003.

Polska i Ukraina po II wojnie światowej. Pod red. Włodzimierza Bonusiaka. Rzeszów 1998.

POPOV, V. P. Gosudarstvennyj terror v sovetskoj Rossii. 1923–1953 gg. (istočniki i ich interpretacija), in: Otečestvennye archivy (1992) Nr. 2, S. 20–31.

POSPIELOVSKY, DIMITRY V. A History of Soviet Atheism in Theory and Practice, and the Believer. Vol. 1–3. Houndmills, Basingstoke, Hampshire, London 1987–1988.

POTICHNYJ, PETER J. Die Pazifikation der Ukraine: Bekämpfung von Widerstandsbewegungen durch die Sowjets 1944–1956, in: Jahrbuch der Ukrainekunde (1990) S. 173–193.

PRAXENTHALER, BENEDIKT Die Sowjetukraine zwischen den Weltkriegen, in: Ukraine, S. 293–318.

Reabilitacija. Političeskie processy 30–50-ch godov. Moskva 1991.

REDLICH, SHIMON The Jews under Soviet rule during World War II. Ph.D., Ann Arbor/Michigan 1968.

REDLICH, SHIMON War, Holocaust and Stalinism. A Documented Study of the Jewish Anti-Fascist Committee in the USSR. Luxembourg 1995.

Die Religionsfreiheit in Osteuropa. Texte zum kirchlichen Verständnis der Religionsfreiheit und zum Religionsrecht. Hrsg. von Eugen Voss. Zollikon 1984.

RIGBY, T. H. Communist Party Membership in the U.S.S.R. 1917–1967. Princeton, New Jersey 1968.

RITTERSPORN, GÁBOR TAMÁS Stalinist Simplifications and Soviet Complications. Social Tensions and Political Conflicts in the USSR, 1933–1953. Chur 1991.

ROBEL, GERT Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Antifa. München 1974.

ROBEL, GERT Osteuropa unter der Herrschaft Stalins, in: Europa nach dem Zweiten Weltkrieg 1945–1982. Das Zwanzigste Jahrhundert II. Hrsg. von Wolfgang Benz,

Hermann Graml. Frankfurt am Main 1983 = Fischer Weltgeschichte Band 35, S. 225–291.

ROBEL, GERT Sowjetunion, in: Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus. Hrsg. von Wolfgang Benz. München 1991, S. 499–560.

RO'I, YAACOV Islam in the Soviet Union. From the Second World War to Gorbachev. New York 2000.

RUTYČ, N. KPSS u vlasti. Očerki po istorii kommunističeskoj partii 1917–1957. Posev 1960.

SANDERS, MARIAN R. Extraordinary Crimes in Ukraine: An examination of evidence collection by the Extraordinary State Commission of the U.S.S.R., 1942–1946. Diss. Ohio University 1995.

SANDKÜHLER, THOMAS „Endlösung" in Galizien. Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsaktionen von Berthold Beitz. Bonn 1996.

ŠAPOVAL, JURIJ Die bolschewistische politische Polizei in der Ukraine der Zwischenkriegszeit. Unbekannte Dokumente und Tatsachen, in: Ukraine, S. 319–338.

ŠAPOVAL, JURIJ Chruščev i Zapadnaja Ukraina, in: Svobodnaja mysl' (1996) Nr. 6, S. 76–88.

ŠAPOVAL, JU. I. Moros pered „vidlyhoju", in: Istorija Ukraïny: nove bačennja. Tom 1–2. Kyïv 1996, hier t. 2, S. 329–362.

ŠAPOVAL, JU. I. U ti trahični roky. Stalinizm na Ukraïni. Kyïv 1990.

SCHAPIRO, LEONARD Partei und Staat in der Sowjetunion. Köln, Berlin 1965.

SCHAPIRO, LEONARD The Communist Party of the Soviet Union. Sec. ed., revised and enlarged. London 1970.

SCHRÖDER, HANS-HENNING Die Lehren von 1941. Die Diskussion um die Neubewertung des „Großen Vaterländischen Krieges" in der Sowjetunion, in: Die Sowjetunion im Zeichen des Stalinismus, S. 103–120.

SCHRÖDER, HANS-HENNING Stalinismus „von unten"? Zur Diskussion um die gesellschaftlichen Voraussetzungen politischer Herrschaft in der Phase der Vorkriegsfünfjahrpläne, in: GEYER (Hrsg.), Die Umwertung der sowjetischen Geschichte, S. 133–166.

ŠEVJAKOV, ALEKSEJ ALEKSEEVIČ Repatriacija sovetskogo mirnogo naselenija i voennoplennych, okazavšichsja v okkupacionnych zonach gosudarstv antigitlerovskoj koalicii, in: Naselenie Rossii, S. 195–222.

ŠEVJAKOV, ALEKSEJ ALEKSEEVIČ Žertvy sredi mirnogo naselenija v gody Otečestvennoj Vojny, in: Sociologičeskie issledovanija (1992) Nr. 11, S. 3–17.

SHAPOVAL, IURII The Ukrainian Years, 1894–1949, in: Nikita Khrushchev, S. 8–43.

SHAPOVAL, IURII The war after the war, in: Litopys UPA. Nova serija. Tom 2, S. 43–75.

SIEGELBAUM, LEWIS, SOKOLOV, ANDREI Stalinism as a Way of Life. A Narrative in Documents. New Haven, London 2000.

SIEGELBAUM, LEWIS H., WALKOWITZ, DANIEL J., Workers of the Donbass Speak. Survival and Identity in the New Ukraine, 1989–1992. New York 1995.

SIMON, GERHARD Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion. Von der totalitären Diktatur zur nachstalinistischen Gesellschaft. Baden-Baden 1986.

SIMON, GERHARD Zeitgeschichtliche Phänomene, die es gar nicht gibt, in: BONWETSCH (Hrsg.), Zeitgeschichte Osteuropas als Methoden- und Forschungsproblem, S. 95–104.

SIMONOV, K. M. Glazami čeloveka moego pokolenija. Razmyšlenija o I. V. Staline. Moskva 1988 [Übers.: SIMONOW, KONSTANTIN Aus der Sicht meiner Generation. Gedanken über Stalin. Berlin 1990].

ŠKAROVSKIJ, M. V. Russkaja pravoslavnaja cerkov' v 1943—1957 godach, in: Voprosy istorii (1995) Nr. 8, S. 36–56.

ŠKAROVSKIJ, M. V. Russkaja Pravoslavnaja Cerkov' pri Staline i Chruščeve. (Gosudarstvenno-cerkovnye otnošenija v SSSR v 1939–1964 godach). Moskva 1999.

SLEPYAN, KENNETH D. "The people's avengers": Soviet partisans, Stalinist society and the politics of resistance, 1941–1944. Ph.D.Diss. Michigan 1994.

SLUTSCH, SERGEJ Macht und Terror in der Sowjetunion, in: FREI, NORBERT; KNIGGE, VOLKHARD (Hrsg.), Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord. München 2002, S. 111–123.

SNYDER, TIMOTHY The Reconstruction of Nations. Poland, Ukraine, Lithuania, Belarus, 1569–1999. New Haven, London 2002.

Soviet Casualties and Combat Losses in the Twentieth Century. General ed. G. F. Krivosheev. London, Pennsylvania 1997 (russ. Orig.: Grif sekretnosti snjat. Poteri vooružennych sil SSSR v vojnach, boevych deistvijach i voennych konfliktach. Statističeskoe issledovanie. Izd. G. V. Krivošeev. Moskva 1993).

Soviet Partisans in World War II. Ed. by John A. Armstrong. With a Foreword by Philip E. Mosely. Madison 1964.

The Soviet Takeover of the Polish Eastern Provinces, 1939–41. Ed. by Keith Sword. Houndmills, Basingstoke, Hampshire 1991.

Die Sowjetunion im Zeichen des Stalinismus. Hrsg. von Antonio Peter und Robert Maier. Köln 1991.

SPOERER, MARK Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939–1945. Stuttgart, München 2001.

Stalinism. The Essential Readings. Ed. by David L. Hoffmann. Malden, MA 2003.

Stalinism and Nazism: Dictatorships in Comparison. Ed. by Ian Kershaw, Moshe Lewin. Cambridge 1997.

STECOVSKIJ, JURIJ Istorija sovetskich repressij. Tom 1–2. Moskva 1997.

STETTNER, RALF „Archipel GULag": Stalins Zwangslager – Terrorinstrument und Wirtschaftsgigant. Entstehung, Organisation und Funktion des sowjetischen Lagersystems 1928–1956. Paderborn [usw.] 1996.

STITES, RICHARD Soviet Wartime Culture: Freedom and Control, Spontaneity and Consciousness, in: The People's War, S. 171–184.

STREIM, ALFRED Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im „Fall Barbarossa". Eine Dokumentation. Unter Berücksichtigung deutscher Strafverfolgungsbehörden und der Materialien der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen. Heidelberg, Karlsruhe 1981.

STREIM, ALFRED Sowjetische Gefangene in Hitlers Vernichtungskrieg. Berichte und Dokumente. Heidelberg 1982.

STREIM, ALFRED Das Völkerrecht und die sowjetischen Kriegsgefangenen, in: Zwei Wege nach Moskau, S. 291–308.

STREIT, CHRISTIAN Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945. Neuausgabe Bonn 1997.

STUDER, BRIGITTE, UNFRIED, BERTHOLD Der stalinistische Parteikader. Identätsstiftende Praktiken und Diskurse in der Sowjetunion der dreißiger Jahre. Köln 2001.

SUBKOWA, JELENA [siehe auch: ZUBKOVA, ELENA] Kaderpolitik und Säuberungen in der KPdSU (1945–1953), in: WEBER, HERMANN, MÄHLERT, ULRICH (Hrsg.), Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953. Paderborn [usw.] 1998, S. 187–236.

SUBTELNY, OREST Ukraine. A History. Toronto 1988, 2. Aufl. 1994.

SUBTELNY, OREST Ukrainian Political Refugees: An Historical Overview, in: The Refugee Experience. Ukrainian Displaced Persons after World War II. Ed. by Wsevolod W. Isajiw, Yury Boshyk, Roman Senkus. Alberta, Edmonton 1992, S. 3–20.

SUNY, RONALD G. The Revenge of the Past. Nationalism, Revolution, and the Collapse of the Soviet Union. Stanford, California 1993.

SUNY, RONALD GRIGOR, MARTIN, TERRY (Hrsg.), A State of Nations. Empire and Nation-Making in the Age of Lenin and Stalin. Oxford 2001.

TAUBMAN, WILLIAM Khrushchev. The Man and his Era. New York, London 2003.

THOMAS, HUGH Armed Truce. The Beginnings of the Cold War 1945–46. New York 1987.

TKAČOV, SERHIJ Pol's'ko-ukraïns'kyj transfer naselennja 1944–1946 rr. Vyselennja poljakiv z Ternopillja. Ternopil' 1997.

TOLSTOY, NIKOLAI Die Verratenen on Jalta. Englands Schuld vor der Geschichte. München 1978 (Orig.: The Victims of Yalta. London 1977).

TOLZ, VERA New Information about the Deportation of Ethnic Groups in the USSR during World War 2, in: GARRARD, GARRARD (Hrsg.), World War 2 and the Soviet People, S. 160–179.

Tragedija vojny – tragedija plena. Sbornik materialov meždunarodnoj naučno-praktičeskoj konferencii, posvjaščennoj 55-letiju obrazovanija antifašistskich organizacij voennoplennych v SSSR i problemam i perspektivam razvitija muzeja „Tragedija plena". Moskva – Krasnogorsk 1–2 oktjabrja 1998 goda. Serija C-III. Moskva 1999.

Die Tragödie der Gefangenschaft in Deutschland und der Sowjetunion 1941–1956. Hrsg. von Klaus-Dieter Müller, Konstantin Nikischkin, Günther Wagenlehner. Köln, Weimar 1998.

TRAKTUEV, M. I. Vosstanovlenie partijnych i sovetskich organov na osvoboždennoj territorii SSSR v gody Velikoj Otečestvennoj Vojny, in: Voprosy istorii KPSS (1965) Nr. 2, S. 72–80.

TUCKER, ROBERT C. Political Culture and Leadership in Soviet Russia. From Lenin to Gorbachev. Kent 1987.

TUMARKIN, NINA The Living & The Dead. The Rise and Fall of the Cult of World War II in Russia. New York 1994.

Ukraïna: druha polovyna XX stolittja. Narysy istoriï. Kyïv 1997.

Ukraine. Geographie – Ethnische Struktur – Geschichte – Sprache und Literatur – Kultur – Politik – Bildung – Wirtschaft – Recht. Hrsg. von Peter Jordan (u.a.) = Österreichische Osthefte. Sonderband 15. Wien 2000.

Ukraine during World War II. History and its Aftermath. A Symposium. Ed. by Yury Boshyk with the assistance of Roman Waschuk and Andriy Wynnyckyj. Edmonton 1986.

VACULÍK, JAROSLAV Poválečná reemigrace a usídlování zahraničních krajanů. Brno 2002.

VAKSBERG [siehe auch WAKSBERG], ARKADY Stalin Against the Jews. New York 1994.

VANAT, IVAN Volyns'ka akcija. Obmin naselennjam miž Čechoslovaččynoju i Radjans'kym Sojuzom navesni 1947 roku. Prjašiv 2001.

VEDENEEV, D. V., LYSENKO, O. JE. Projavy teroru i teroryzmu v protystojanni radjans'koï vlady ta OUN i UPA v zachidnoukraïns'komu rehioni pisljavojennoï doby, in: Polityčnyj teror i teroryzm v Ukraïni, S. 744–775.

VÖLKL, EKKEHARD Transnistrien und Odessa (1941–1944). Regensburg 1996.

VON HAGEN, MARK Stalinism and the politics of post-Soviet history, in: Stalinism and Nazism: Dictatorships in Comparison, S. 285–310.

VRONS'KA, T. V. V umovach vijny: žyttja ta pobut naselennja mist Ukraïny (1943–1945 rr.). Kyïv 1995. = Istoryčni zošyty.

VYNNYČENKO, IHOR Ukraïna 1920–1980-ch: deportaciï, zaslannja, vyslannja. Kyïv 1994.

WEINER, AMIR Making sense of war. The Second World War and the fate of the Bolshevik Revolution. Princeton, Oxford 2001.

WAKSBERG [siehe auch VAKSBERG], ARKADI Die Verfolgten Stalins. Aus den Verliesen des KGB. Reinbek bei Hamburg 1993.

WEHNER, MARKUS Stalinistischer Terror. Genese und Praxis der kommunistischen Gewaltherrschaft in der Sowjetunion 1917–1953, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (6. September 1996) Nr. 37–38, S. 15–28.

WENDLAND, VERONIKA Die ukrainischen Länder von 1945 bis 1993, in: GOLCZEWSKI (Hrsg.), Geschichte der Ukraine, S. 269–311.

WERTH, ALEXANDER Rußland im Krieg 1941–1945. München, Zürich 1965.

WERNER, CONSTANZE Kiew-München-Kiew. Schicksale ukrainischer Zwangsarbeiter. München 2000.

WILSON, ANDREW The Ukrainians. Unexpected Nation. New Haven, London 2000.

WOLIN, SIMON, SLUSSER, ROBERT M. (eds.), The Soviet secret police. New York 1957.

WOLKOGONOW, DIMITRI Stalin. Triumph und Tragödie. 2. Aufl. Düsseldorf 1990.

WOŹNICZKA, ZYGMUNT Die Deportation von Polen in die UdSSR in den Jahren 1939–1945, in: Lager, Zwangsarbeit, Vertreibung und Deportation, S. 535–552.

YEKELCHYK, SERHY Stalin's Empire of Memory. Russian-Ukrainian Relations in the Soviet Historical Imagination. Toronto, Buffalo, London 2004.

ZARUBINSKY, OLEG Collaboration of the Population in Occupied Ukrainian Territory: Some Aspects of the Overall Picture, in: The Journal of Slavic Military Studies 10 (1997) Nr. 2, S. 138–152.

ZEMSKOV, VIKTOR NIKOLAEVIČ K voprosu o repatriacii sovetskich graždan 1944–1951, in: Istorija SSSR (1990) Heft 4, S. 26–41.

ZEMSKOV, V. N. Repatriacija sovetskich graždan i ich dal'nejšaja sud'ba (1944–1956 gg.), in: Sociologičeskie issledovanija (1995) Nr. 5, S. 3–13.

ZEMSKOV, V. N. Specposelency (1930–1959 gg.), in: Naselenie Rossii, S. 145–194.

ZEZINA, M. R. Social'naja zaščita detej-sirot v poslevoennye gody (1945–1955), in: Voprosy istorii (1999) Heft 1, S. 127–136.

ZINČENKO, JU. I. Dejatel'nost' organov sovetskoj vlasti na osvoboždennoj territorii USSR, in: Obščestvenno-političeskaja žizn' trudjaščichsja Ukrainy, S. 11–53.

ZINČENKO, JU. I. Sovety deputatov trudjaščichsja ukrainskoj SSR v gody Velikoj Otečestvennoj Vojny 1941–1945. Kiev 1989.

ZUBKOVA, ELENA JUR'EVNA [siehe auch SUBKOWA, JELENA] Die sowjetische Gesellschaft nach dem Krieg. Lage und Stimmung der Bevölkerung 1945/46, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 47 (1999) S. 363–383.

ZUBKOVA, ELENA Mir mnenij sovetskogo čeloveka. 1945–1948 gody. Po materialam CK VKP(b), in: Otečestvennaja istorija (1998) Heft 3, S. 25–39.

ZUBKOVA, E. JU. Obščestvo i reformy 1945–1964. Moskva 1993.

ZUBKOVA, ELENA JUR'EVNA Obščestvo iz vojny: russkie i nemcy v 1945 godu, in: Otečestvennaja istorija (1995) Heft 3, S. 90–100.

ZUBKOVA, ELENA Poslevoennoe sovetskoe obščestvo: politika i povsednevnost' 1945–1953. Moskva 2000.

ZUBKOVA, ELENA Russia After the War. Hopes, Illusions, and Disappointments, 1945–1957. Transl. and ed. by Hugh Ragsdale. Armonk, N.Y., London, England 1998.

ZUBKOVA, E. JU. Stalin i obščestvennoe mnenie v SSSR, in: Stalin i cholodnaja vojna. Ed. I. V. Gajduk, N. I. Egorova, A. O. Čubar'jan. Moskva 1998, S. 274–290.

Zwei Wege nach Moskau. Vom Hitler-Stalin-Pakt zum „Unternehmen Barbarossa". Hrsg. von Bernd Wegner. München 1991.

3. Ortsnamenkonkordanz

(es werden nur die am häufigsten genannten Orte aufgeführt)

Akkerman *siehe* Bilhorod Dnistrovs'kyj
Bilhorod Dnistrovs'kyj (ukr.), Cetatea Albă (rum.), Belgorod-Dnestrovskij (russ.), Akkerman (türk.)
Černihiv (ukr.), Černigov (russ.)
Černivci (ukr.), Cernăuți (rum.), Černovcy (russ.), Czernowitz
Charkiv (ukr.), Char'kov (russ.)
Cherson (ukr., russ.)
Chotyn (ukr.), Hoțin (rum.)
Dnipropetrovs'k (ukr.), Dnepropetrovsk (russ.)
Donec'k (ukr.), Doneck (russ.), 1924–1961 Stalino
Drohobyč (ukr.), Drogobič (russ.)
Ivano-Frankivs'k (ukr.), Stanisławów (poln.), Ivano-Frankovsk (russ.)
Izmaïl (ukr.), Izmail (russ.)
Kam-janec'-Podil's'kyj (ukr.), Kamenec-Podol'skij (russ.)
Kirovohrad (ukr.), Kirovograd (russ.)
Kišinev (russ.), Chișinău (rum.)
Kovel' (ukr., russ.)
Kyïv (ukr.), Kiev (russ.)

Luc'k (ukr.), Łuck (poln.), Luck (russ.)
Luhans'k (1935–1958, 1970–1990: Vorošilovgrad [russ.])
L'viv (ukr.), Lwów (poln.), L'vov (russ.), Lemberg
Melitopol' (ukr., russ.)
Mukačevo (ukr., russ.)
Mykolaïv (ukr.), Nikolaev (russ.)
Odesa (ukr.), Odessa (russ.)
Polissja (ukr.), Polesie (poln.), Poles'e (russ.)
Poltava (ukr., russ.)
Przemyśl (poln.), Peremyšl' (ukr.)
Rava-Rus'ka (ukr.), Rava-Russkaja (russ.)
Rivne (ukr.), Równe (poln.)
Stalino (1924–1961, jetzt: Donec'k, bis 1924 Juzovka)
Stanislav (ab 1962: Ivano-Frankivs'k, russ. Ivano-Frankovsk)
Stryj (ukr., russ.)
Ternopil' (ukr.), Tarnopol (poln.)
Užhorod (ukr.), Užgorod (russ.), Ungvár (ungar.)
Vinnycja (ukr.), Vinnica (russ.)
Volgograd (bis 1925 Caricyn, bis 1961 Stalingrad)
Volodymyr-Volyns'kyj (ukr.), Vladimir-Volynskij (russ.)
Vorošylovhrad (ukr.) siehe Luhans'k
Zaporižžja (ukr.), Zaporož'e (russ.)
Žytomyr (ukr.), Žitomir (russ.)

4. Glossar

Besprizornye	Infolge von Hungersnöten oder Kriegen obdach- und elternlose Kinder, die vagabundierend durch die Sowjetunion zogen.
Curzon-Linie	Nach dem britischen Außenminister Lord Curzon benannte Demarkationslinie zwischen Polen einerseits und Litauen, Weißrussland und der Ukraine andererseits, die während des russisch-polnischen Krieges 1919–1920 erstmals von den Alliierten vorgeschlagen wurde. Auf der Konferenz von Teheran (28.11.–1.12.1943) als sowjetische Westgrenze anerkannt und auf der Potsdamer Konferenz (17.7.–2.8.1945) unter geringfügigen Änderungen bestätigt.

Donbas	Doneckij bassejn, Donec'k-Becken, bestehend aus Teilen der Gebiete Luhans'k, Rostov und Donec'k. Bedeutendstes Kohlegebiet im Westen der Sowjetunion bzw. im Osten der Ukraine.
GKO/GOKO	Gosudarstvennyj Komitet Oborony. Staatliches Komitee der Verteidigung, während des Zweiten Weltkrieges gegründet. Höchstes Staatsorgan während des Krieges in der UdSSR unter Vorsitz Stalins; GKO-Beschlüsse brachen alle anderen Regierungsbeschlüsse.
FZU	fabrično-zavodskoj učeničestvo. Lehrlingsausbildung im Betrieb.
FZO	fabrično-zavodskoj obučenie. Lehrlingsausbildung im Betrieb.
gorispolkom	Exekutivkomitee eines Stadtsowjet
Gorkom	Stadtkomitee der Partei
GPU	Staatliche politische Verwaltung; nach Gründung der Sowjetunion umgewandelt in OGPU –Vereinte staatliche Verwaltung (bis Juli 1934).
Grundorganisation (der Partei)	unterste Ebene des Parteiaufbaus, gebildet als Betriebsorganisation in Arbeitsstätten wie Kolchosen, Sovchosen, Fabriken, Ämtern, MTS usw. mit drei bis etwa 300 Mitgliedern.
GULag	Glavnoe upravlenie ispravitel'no-trudovych lagerej; Lagersystem des NKVD SSSR zwischen 1920 und 1950. Es existierten Lager für Zwangsarbeiter, Besserungs-Arbeitslager, Lager mit besonderer Bestimmung, Speziallager, Lager in der Verbannung, Kinderkolonien und andere.
GUPVI	Glavnoe upravlenie po delam voennoplennych i internirovannych
ispolkom (russ.), vykonkom (ukr.)	Exekutivkomitee
ITK	Ispravitel'no-trudovye kolonii (Besserungs-Arbeitskolonien für nichtpolitische Gefangene und Verbrecher mit leichterer Strafe)
ITL	Ispravitel'no-trudovye lagerja (Besserungs-Arbeitslager für politische Gefangene und Schwerverbrecher)
Komsomol	sowjetische Jugendorganisation für Jugendliche zwischen 14 und 28 Jahren

Lemken	Volksstamm in Polen, teilweise der unierten Kirche zugehörig, zum großen Teil als Ukrainer nach dem Zweiten Weltkrieg in die Sowjetukraine vertrieben bzw. in die neuen polnischen West- und Nordgebiete deportiert.
MTS	Maschinen-Traktor-Station
MVD	Ministerstvo Vnutrennych Del, Innenministerium
Narkomat	Narodnyj komissariat, Volkskommissariat
Narkompros	Volkskommissariat für Bildungswesen
Narkomzdrav	Volkskommissariat für Gesundheitswesen
NKVD	Narodnyj komissariat Vnutrennich Del, Volkskommissariat für Inneres bis 1946, darin die Hauptverwaltung für Staatssicherheit, die sich zum
NKGB	Narodnyj komissariat Gosudarstvennoj Bezopasnosti, Volkskommissariat für Staatssicherheit, verselbständigte.
obkom (russ., ukr.)	Gebietskomitee der Partei
oblispolkom (russ.), oblvykonkom (ukr.)	Exekutivkomitee eines Gebietsowjets
Okrug	Bezirk
OSSO	osoboe soveščanie, „Besondere Konferenz", 1934 nach Beschluss des Zentralen Exekutivkomitees und des Rats der Volkskommissare eingerichtete, aus drei Mitgliedern bestehende Kommission mit dem Recht, als sozialgefährlich betrachtete Personen für bis zu fünf Jahren in Besserungsarbeitslager einzuweisen.
rajispolkom	Exekutivkomitee eines Rajonsowjet
Rajkom	Rajonskomitee der Partei
ROA	Russkaja Osvoboditel'naja Armija (von der SS gebildete Russische Befreiungsarmee unter General Andrej Vlasov)
Selsovet	Dorfsowjet
Semi-letnaja škola	siebenjährige Schule, Minimalbildung in der Sowjetunion (später abgelöst durch zehnklassige Schulen)
SNK = Sovnarkom	Sovet Narodnych Komissarov, Rat der Volkskommissare

specposelency	Spezialansiedler. Ansiedlungsform für Deportierte, die in bestimmten Orten unter NKVD-Aufsicht ihre Arbeit gegen ein Auskommen verrichten. Ihre Bewegungsfreiheit ist relativ eingeschränkt, es besteht ein Verbot, den Ort zu verlassen. Im Unterschied zur mit Zwangsarbeit verbundenen Lagerhaft werden die Betroffenen nicht völlig ihrer Rechte beraubt.
Srednjaja škola	Mittelschule, unvollständig über sieben Jahre, ansonsten über zehn Jahre. Letztere berechtigt zum Übertritt auf Universitäten und Hochschulen.
technikum	Mittlere, berufsbildende Fachschule, die sich an die siebenjährige, unvollständige Mittelschule anschließt und den Besuch von Hochschulen und Universitäten ermöglicht.
Unierte (griechisch-katholische) Kirche	das Primat des Papstes anerkennende Kirche mit byzantinischem Ritus in Galizien und der Karpaten-Ukraine; kleinere Gemeinden in Weißrussland, der Slowakei, Ungarn, Kroatien und Siebenbürgen
UNKVD	Upravlenie Narodnogo komissariata vnutrennich del (Verwaltung des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten)
VCIK	Vsesojuznyj Central'nyj Ispolnitel'nyj Komitet, Allrussisches Zentrales Exekutivkomitee, höchstes gesetzgebendes, exekutives und ausführendes Organ, mit der Verfassung von 1936 abgeschafft und durch den Obersten Sowjet ersetzt.
VKP(b)	Vsesojuznaja Kommunističeskaja Partija (bol'ševikov). Bezeichnung der kommunistischen Partei zwischen 1918 und 1952, dann: KPSS (Kommunističeskaja Partija Sovetskogo Sojuza, Kommunistische Partei der Sowjetunion)
VLKSM	Vsesojuznyj Leninskij Kommunističeskij Sojuz Molodeži, Komsomol. Sowjetische Jugendorganisation zur der ideologischen Indoktrinierung und Massenmobilisierung
VUZ (pl. VUZy)	Vyssie učebnye zavedenija, sowjetische Hochschulen
ženotdel	Frauenabteilungen der VKP(b), 1930 aufgelöst
ZK	Central'nyj Komitet, Zentralkomitee

5. Abkürzungen

Anm.	Anmerkung
ark.	arkuš, Blatt
CDA	Centralnyj Deržavnyj Archiv, Kiev
CDAHOU	Central'nyj Deržavnyj Archiv Hromads'kych Ob'jednan' Ukraïny
CDIAU	Central'nyj Deržavnyj Istoryčnyj Archiv Ukraïny
d.	delo, Akte
ders.	Derselbe
dies.	Dieselbe
DALO	Deržavnyj Archiv L'vivs'koï Oblasti
DAOO	Deržavnyj Archiv Odes'koï Oblasti
DBL	Desjat' buremnych lit. Zachidnoukraïns'ki zemli u 1944–1953 rr.
f.	Fond
GARF	Gosudarstvennyj Archiv Rossijskoj Federacii
H.	Heft
Hrsg.	Herausgegeben, Herausgeber
IL	Istorija L'vova v dokumentach i materialach. Zbirnyk dokumentiv i materialiv
JBfGOE	Jahrbücher für Geschichte Osteuropas
KŽ 1	Kul'turne žyttja v Ukraïni. Zachidni zemli. Dokumenty i materialy. Tom 1
l.	list', Blatt
o.	opis' (russ.), opys (ukr.), Findbuch
o. O.	ohne Ort
o. D.	ohne Datum
OUN	Orhanizacija Ukraïns'kych Nacionalistiv (Organisation Ukrainischer Nationalisten)
PAAA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes
PU 2	Pol'šča ta Ukraïna u trydcjatych-sorokovych rokach XX stolittja. Nevidomi dokumenty z archiviv special'nych služb. Tom 2. Pereselennja poljakiv ta ukraïnciv, 1944–1946
red.	redakcija, Redaktion
RGASPI	Rossijskij gosudarstvennyj archiv social'no-političeskoj istorii
RKU	Reichskommissariat Ukraine

SDD	Sbornik dejstvujuščich dogovorov, soglašenij i konvencij, zaključënnych SSSR s inostrannymi gosudarstvami. Vypusk 12. Dejstvujuščie dovorory, soglašenija i konvencii, vstupivšie v silu meždu 3 sentjabrja 1945 goda i 31 dekabrja 1946 goda.
SF	Sovetskij faktor v vostočnoj Evrope 1944–1953. T. 1. 1944–1948. Dokumenty. Moskva 1999.
SPR	Suspil'no-polityčnyj rozvytok zachidnych oblastej URSR
s.v.	sub voce
spr.	sprava, Angelegenheit
t.	tom, Band
UIŽ	Ukraïns'kyj istoryčnyj žurnal
UPA	Ukraïns'ka Povstans'ka Armija („Ukrainische Aufstandsarmee")
vol.	Volume

6. Personenverzeichnis

(aufgeführt werden die wichtigsten politischen Akteure sowie ihre Positionen während des Zweiten Weltkrieges und kurz danach)

Abakumov, Viktor Semenovič (1908–1954, erschossen), 1943–1946 Leiter von Smerš, 1946–1951 sowjetischer Minister für Staatssicherheit.

Aleksij (1877–1970), Patriarch der Russischen Orthodoxen Kirche, Amtszeit 1945–1970.

Andreev, Andrej Andeevič (1895–1971), 1938–1945 Vorsitzender des Unionssowjets, 1946–1953 stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats.

Bagramjan, Ivan Christoforovič (1897–1982), Militärführer, ab 1955 Marschall der Sowjetunion.

Bandera, Stepan (1909–1959, ermordet), ab 1941 Führer der Bandera-Fraktion der UPA, 1945 in OUN-Führung gewählt.

Berija, Lavrentij Pavlovič, (1899–1953, erschossen), 1941–1945 Mitglied des Staatskomitees für Verteidigung, Oberbefehlshaber über die NKVD-Truppen, 1945 Marschall der Sowjetunion, ab 1946 Stellvertretender Ministerpräsident und Mitglied des Politbüros.

Chruščev, Nikita Sergeevič (1894–1971), 1938–1949 Parteivorsitzender in der Ukraine, 1944–1949 zusätzlich dort Regierungschef. 1953–1964 Erster Sekretär der KPdSU, 1958–1964 sowjetischer Ministerpräsident.

Ehrenburg [Ėrenburg], Ilja Grigorevič (1891–1967), sowjetischer Publizist.

Ežov, Nikolaj Ivanovič (1895–1940 erschossen), ab 1936 Leiter des NKVD, 1938 abgesetzt.

Golikov, Filipp Ivanovič (1909–1980), Bevollmächtigter des sowjetischen Ministerrates für die Repatriierung.

Grečucha, M. S., Mitglied des Politbüros des ZK der Ukraine.

Hrušec'kyj (russ. Gruševskij), Ivan S. (1904–1982), 1944–1951 Erster Sekretär des Lemberger Gebietskomitees.

Kaganovič, Lazar Moiseevič (1893–1991), 1935–1953 Volkskommissar in verschiedenen Ämtern, widersetzte sich der Entstalinisierung unter Chruščev und wurde dafür aus sämtlichen Positionen entfernt.

Kalinin, Michail Ivanovič (1875–1946), 1936 ernannt zum Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet.

Kiričenko, Aleksej Ilarionovič (1908–1975), 1944–1945 Sekretär am ZK der Ukraine für Kaderangelegenheiten, 1945–1949 Erster Sekretär des Gebiets- und Stadtkomitees Odessa.

Konovalec', Jevhen (1891–1938, ermordet), führender OUN-Aktivist.

Korniec', Leonid Romanovič (1901–1969), 1946–1953 stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der Ukraine.

Korotčenko, Dem'jan S. (1894–1969), 1938–1939 Vorsitzender des Rates der Volkskommissare der Ukraine, 1939–1947 Sekretär des ZK der Ukraine, 1947–1954 Vorsitzender des Ministerrates der USSR.

Kosior, Stanislav Vikentevič (1889–1939, erschossen), 1938 Sekretär der ukrainischen KP, 1938 verhaftet, 1939 verurteilt.

Kostel'nyk, Havryïl (1886–1948) *protopresvyter*, Leiter der „Initiativgruppe" 1945 für die Liquidierung der Union in Galizien, ermordet.

Kovpak, Sidor Artem'evič (1887–1967), sowjetischer Partisanenführer in Weißrussland und der Ukraine, 1947–1967 stellvertretender Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet der Ukraine.

Kruglov, Sergej Nikiforovič (1907–1977), Leiter des MVD 1945–1956.

Kutuzov, Michail Illarionovič (1745–1813), 1812 Anführer der russischen Truppen gegen Napoleon.

Litvinov, Maksim Maksimovič (1876–1951), 1930–1939 Volkskommissar der UdSSR für Äußeres.

Makarij (Oksijuk) (1884–1963), ab 1945 (russischer) orthodoxer Erzbischof von Lemberg und Ternopil', ab 1948 auch des Bistums Mukačevo-Užhorod.

Malenkov, Georgij Maksimilianovič (1902–1988), 1939 Mitglied des Politbüros, Stellvertretender Ministerpräsident.

Manuïl'skyj, Dimitrij Zacharovič (1883–1959), Mitglied des Politbüros des ZK der Ukraine, Leiter des RNK URSR.

Mel'nyk, Andrij (1890–1964), OUN-Führer nach der Ermordung von Konovalec'.

Merkulov, Vsevolod Nikolaevič (1895–1953, erschossen), 1941–1943 erster Stellvertreter des Volkskommissars für Inneres, 1943–1946 Volkskommissar/Minister für Staatssicherheit.

Mikojan, Anastas Ivanovič (1895–1978), 1935–1966 Mitglied des Politbüros.

Molotov, Vjačeslav Michajlovič (1890–1986), 1939–1959 sowjetischer Außenminister.

Nikolaj, Metropolit der Russischen Orthodoxen Kirche von Kiev und Galizien (1941–1944).

Pidhornyj, Mykola (1903–1983), 1944–1946 Hauptverantwortlicher der ukrainischen Regierung für die Übersiedlung der ukrainischen Bevölkerung aus Polen in die UdSSR, 1946–1950 ständiger Vorsitzender des Ministerrates der USSR bei der sowjetischen Regierung.

Poljanskij, Ivan Vasil'evič (1866–1956), Vorsitzender des Rats für Religiöse Kulte 1944–1956.

Postyšev, Pavel Petrovič (1887–1939) ab 1933 zweiter Parteisekretär der Ukraine.

Rjasnoj, Vasilij Stepanovič (1904–1995), 1943–1946 Volkskommissar für Inneres der Ukrainischen SSR, 1946–1967 erster Stellvertreter des Volkskommissars/Ministers für Inneres der UdSSR.

Rokossovskij, Konstantin Konstantinovič (1896–1968), 1942–1945 militärischer Befehlshaber, 1944 Marschall der Sowjetunion.

Romža, Teodor Jurij (1911–1947), ab 1944 Bischof der unierten Eparchie von Mukačevo, ermordet, Seligsprechung 2001 durch Papst Johannes Paul II.

Šapošnikov, Boris Michajlovič (1882–1945), Militärführer im Zweiten Weltkrieg

Savčenko, Serhij (1904–1966), 1943–1949 Volkskommissar bzw. seit 1946 Minister für Staatssicherheit in der USSR.

Šeptyc'kyj, Andrij (1865–1944), Metropolit der unierten Kirche von Galizien.

Sergij (1867–1944) Patriarch von Moskau und ganz Russland.

Slipyj, Iosyf (1892–1984), Metropolit der unierten Kirche von Galizien.

Stalin (eigentlich Džugašvili), Iosif Vissarionovič (1879?–1953); diktatorischer Führer der UdSSR ab 1928. Generalsekretär des ZK VKP(b) seit 1922, Vorsitzender des Rats der Volkskommissare bzw. der Minister seit 1941.

Strokač, Timofej Amvrosievič (1903–1963), 1941–1946 Stellvertretender Volkskommissar für Inneres der UdSSR, 1942–1945 Leiter des ukrainischen Partisanenstabes, 1946–1956 Volkskommissar/Minister für Inneres der Ukrainischen USSR.

Šuchevyč, Roman (OUN-B) Pseudonym Taras Čuprynka (1907–1950), UPA-Führer.

Suvorov, Aleksandar Vassilevič (1730–1800), russischer Heerführer.

Švernik, Nikolaj Michajlovič (1888–1970), 1941–1945 verantwortlich für die sowjetische Kriegswirtschaft, 1946–1953 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets.

Vlasov, Andrej Andreevič (1900–1946, hingerichtet), Kommandant der Roten Armee, errichtete in deutscher Kriegsgefangenschaft eine national-russische, antisowjetische Armee („Russische Befreiungsarmee", ROK); Vorsitzender eines „Komitees zur Befreiung der Völker Russlands"; Mai 1945 sowjetische Gefangenschaft.

Voznesenskij, Nikolaj Andreevič (1903–1950), 1941 Berufung in das Politbüro, seit 1942 Mitglied des GOKO, 1943 im Komitee für die Wiederherstellung der Wirtschaft in den befreiten Gebieten.

Vorošilov, Kliment Evremovič (1881–1969), stellvertretender Vorsitzender im sowjetischen Rat der Volkskommissare, sowjetischer Oberbefehlshaber im Zweiten Weltkrieg unter anderem über die Partisanenbewegung.

Ždanov, Andrej Aleksandrovič (1896–1948), Sekretär der Leningrader Parteiorganisation ab 1934, Politbüromitglied seit 1939, Mitorganisator des stalinistischen Massenterrors.

Žukov, Georgij Konstantinovič (1896–1974), Militärführer im Zweiten Weltkrieg, 1943 Marschall.

Personen- und Ortsregister

[nicht aufgenommen wurde: Sowjetunion, UdSSR, Stalin, Ukraine]

Abakumov, V. 185, 186, 255, 408, 593
Achmatova, A. 94, 221
Agovo 527
Akarži 384
Akkerman 65, 67, 587
Aktjubinsk 229, 230, 411, 412
Aleksandrov, G. 284
Aleksij 484, 502, 507, 519, 520, 521, 523, 526, 593
Alexanderdorf 380
Alexianu, G. 81
Allenstein 389
Allilueva, N. 99
Alma Ata 230
Altajgebiet 369, 420
Altaj 310, 424, 425
Andreev, A. 73, 92, 403, 556, 557, 593
Andropov, Ju. 17, 189
Archangel'sk 68, 348
Armenien 187, 368
Aserbaidschan 26, 52, 187, 368
ASSR Komi 349
Augsburg 299, 567
Auschwitz 361

Babij Jar 277, 284, 287, 403, 404
Bad Reichenhall 410
Bagramjan, I. 255, 593
Baku 407
Balta 385, 407, 494
Baltikum 21, 62, 70, 78, 90, 451, 484, 485
Balyc'kyj, V. 101
Bandera, S 64, 75, 76, 299, 332, 333, 338, 351, 508, 513, 520, 593
Bara 491
Baschkirien 178
Beethoven, L. v. 239
Belaja Cerkov' 491
Belgien 319
Belhorod 305
Bender 310
Beneš, E. 126
Berdičev 131, 305, 407
Beregi 244
Berehovo 124
Bergen-Belsen 303, 318, 579
Berggol'c, O. 221
Berija, L. 40, 43, 58, 62, 66, 69, 73, 91, 92, 164, 184, 303, 344, 376, 421, 422, 424, 429, 556, 557, 564, 565, 566, 161, 164, 184, 186, 187, 188, 192, 207, 255, 265, 293, 303, 329, 337, 339, 340, 341, 344, 345, 348, 349, 366, 367, 371, 374, 375, 377, 386, 393, 397, 408, 413, 422, 575, 593
Berlin 18, 75, 77, 79, 241, 283, 435, 514, 522, 564, 565, 566, 567
Bessarabien 20, 62, 63, 65, 71, 81, 82, 90, 123, 124, 125, 299, 418
Biłgoraj 372, 373
Bilhorod Dnistrovs'kyj 71, 124, 587
Birobidžan 395, 409, 410
Böhmen 79
Bolgrad 302
Borodino 247
Boryslav 70, 164, 169, 170, 285, 286
Bratislava 410
Breslau 389
Brest 302, 519
Brežnev, L. 17, 60, 107, 536, 539
Brjansk 86
Brody 373
Bucharin, N. 57, 105
Buděnnyj, S. 72
Budka, N. 508
Budžak 124
Bukarest 81
Bukowina 71, 81, 82, 90, 413
Bul'ba-Borovec', T. 334
Bulganin, N. 23, 73, 92
Bulgarien 89, 123, 319, 320, 325, 326, 391, 421, 422
Burdenko, N. 268

Čajkovskij, P. I. 239
Čarnec'kyj, N. 508

Čechov, A. 235
Čekanjuk, A. 222
Čeljabinsk 178, 229
Černenko, K. U. 17
Černihiv 74, 86, 111, 117, 118, 131, 143, 149, 151, 162, 278, 281, 305, 374, 427, 428, 430, 557, 587
Černivci 67, 71, 75, 87, 111, 117, 118, 121, 124, 143, 149, 150, 151, 158, 160, 161, 162, 205, 223, 236, 238, 240, 302, 313, 337, 339, 340, 341, 342, 348, 353, 354, 380, 407, 410, 413, 414, 415, 448, 450, 458, 462, 486, 494, 557, 587
Cetatea Albă 71, 124, 127, 587
Charkiv 38, 56, 70, 74, 75, 81, 88, 99, 101, 103, 107, 112, 115, 117, 118, 121, 130, 133, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 150, 151, 154, 159, 162, 166, 179, 195, 199, 200, 201, 205, 209, 223, 229, 230, 239, 254, 255, 271, 272, 276, 278, 281, 301, 305, 311, 312, 315, 333, 374, 406, 427, 428, 430, 462, 467, 490, 494, 557, 587
Chełm 103, 334, 360, 372, 373, 383, 384, 389
Cherson 111, 133, 143, 149, 151, 162, 228, 239, 281, 305, 326, 380, 382, 385, 427, 457, 460, 461, 463, 464, 465, 469, 471, 557, 587
Chira, O. 528
Chişinău 127, 587
Chmel'nyc'kyj *Stadt* 260
Chmel'nyc'kyj, B. 97, 257, 260, 292
Chodčenko, P. 479, 484, 487, 504, 507, 516, 523, 526
Chodoriv 373
Chomyšin, H. 508
Chotyn 65, 71, 124, 587
Chruščev, Nikita Sergeevič 12, 17, 19, 20, 30, 33, 40, 42, 60, 73, 92, 95, 96, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 105, 106, 107, 108, 129, 140, 143, 149, 150, 168, 198, 200, 204, 205, 206, 214, 253, 255, 264, 265, 284, 272, 293, 300, 335, 339, 340, 342, 343, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 354, 355, 359, 373, 400, 406, 407, 408, 413, 442, 483, 492, 499, 500, 501, 502, 505, 506, 507, 509, 510, 517, 520, 522, 536, 544, 549, 551, 556, 582, 593, 594
Churchill, W. 90, 108, 211, 289, 353
Chust 124, 125, 527
Chvyl'ovyj, M. 56, 105
Chyriv 302, 305, 374, 375
Čornjak, I. 517
Čortkiv 373
Čubar, V. 59, 60
Čuraev, V. 199, 200
Częstochau 411

Dagestan 310
Dänemark 109
Danylo 257
Danzig 389
Darnic'ja 277
Deljatin 305
Deražjansk 207
Deutschland 12, 22, 23, 25, 37, 46, 68, 75, 77, 80, 89, 97, 107, 109, 129, 132, 175, 210, 211, 216, 233, 246, 247, 248, 250, 256, 264, 267, 268, 270, 271, 273, 276, 277, 278, 279, 284, 285, 293, 294, 295, 298, 299, 300, 303, 307, 309, 311, 312, 313, 315, 318, 319, 332, 338, 361, 367, 397, 411, 420, 423, 426, 438, 443, 463, 502, 508, 516, 552, 572, 577, 580, 581, 585
Djilas, M. 19, 84, 400
Dnipropetrovs'k 62, 70, 74, 85, 107, 111, 117, 118, 121, 129, 131, 133, 143, 147, 148, 150, 151, 162, 169, 179. 229, 230, 272, 277, 281, 304, 305, 316, 317, 333, 374, 382, 385, 427, 428, 429, 436, 440, 465, 467, 475, 557, 587
Donbas 22, 44, 53, 62, 70, 74, 88, 93, 101, 128, 129, 217, 264, 381, 386, 387, 406, 407, 420, 421, 422, 429, 436, 438, 577, 589
Doncov, D. 331, 367
Donec'k 74, 278, 436, 587, 588, 589
Donskoj, D. 257, 292, 484
Dovženko, O. 95, 102
Drohobyč 38, 67, 70, 74, 87, 123, 130, 143, 149, 150, 155, 156, 157, 158, 161, 162, 163, 164, 169, 170, 205, 206, 236, 240, 286, 305, 308, 309, 337, 340, 341,

345, 348, 353, 354, 356, 373, 380, 381, 388, 390, 463, 469, 489, 490, 497, 503, 506, 510, 518, 521, 557, 587
Druženy 302
Dubno 373
Dvinsk 407

Eger 392
Ehrenburg [Ėrenburg], I. 45, 404, 566, 593
Engels, F. 242
Epišev, O. O. 107
Erëmenko, A. 83
Estland 20, 79, 132
Estnische SSR 273, 304
Evtušenko, E. 404
Ežov, N. 58, 62, 100, 177, 189, 593

Fadeev, A. 264
Fedor Kiriatovič 526
Fedorov, A. F. 86, 263, 572
Feffer, I. 401
Feodosija 192, 275
Feuchtwanger, L. 219
Filippova, A. 321
Finnland 20, 89, 90, 123, 319
Frankreich 23, 79, 115, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 326, 327
Fulton 24, 90 108, 353

Galizien 25, 49, 50, 65, 66, 67, 70, 71, 74, 75, 81, 88, 102, 103, 123, 124, 164, 212, 241, 268, 286, 329, 332, 334, 366, 375, 396, 397, 418, 440, 480, 483, 485, 491, 494, 498, 500, 503, 504, 506, 511, 513, 515, 517, 519, 522, 524, 528, 529, 552, 569, 582, 591, 594, 595
Galjant, N. 517
Gebauer, F. 286
Geničesk 228
Georgien 43, 187, 369
Golikov, F. 295, 296, 299, 300, 594
Goloski-Velikie 512
Gor'kij, M. 198, 411
Gorbačev, M. 17, 66, 108, 585
Graf, O. 219
Grečucha, M. S. 200, 342, 343, 594
Griechenland 90
Grizodubova, V. 268
Grodno 302, 313
Großbritannien 93, 123, 294, 297, 330, 349, 386, 411
Gruševskij, I. 143, 213, 385, 488, 495, 509, 512

Hajdúdorog 522
Halle 297
Hitler, A. 20, 63, 65, 68, 71, 74, 76, 79, 89, 90, 101, 123, 175, 210, 211, 246, 247, 248, 249, 250, 252, 258, 276, 289, 294, 307, 417, 419, 443, 535, 570, 587
Holyns'kyj, M. 68
Horlivka 131
Hradjuk, V. 513, 515
Hrubieszów 372, 373
Hrušec'kyj, I. 594
Hruševs'kyj, M. 104

Ioann 483, 487, 507, 519, 520, 524
Irkutsk 349
Israel 79, 398, 410
Italien 89, 123, 502
Ivano-Frankivs'k 67, 587, 588
Izjum 145
Izmaïl 67, 71, 75, 111, 117, 124, 127, 143, 149, 151, 158, 160, 161, 162, 205, 239, 240, 261, 262, 305, 349, 380, 557, 587

Jagoda, G. 58
Jakir, J. 472
Jaktorov 512
Jakušincy 473, 475
Jalta 25, 123, 294, 296, 297, 314, 319, 372, 387, 421, 584
Japan 90, 97, 109, 210, 227, 241, 303, 319
Jarosław 372, 373
Jasynuvataja 305
Javoriv 159, 202, 302, 305, 374, 512
Jugoslawien 204, 226, 310, 319, 391, 421, 422

Kabardinische ASSR 431
Kabardino-Balkarische ASSR 70, 431
Kadievka 131

Kaganovič, L. 45, 50, 58, 65, 73, 92, 99, 100, 102, 103, 105, 214, 260, 262, 359, 400, 401, 492, 536, 542, 551, 552, 556, 566, 594
Kalinin, M. 73, 348, 384, 419, 556, 570, 594
Kaliningrad 90, 309
Kalinovka 99
Kamenev, L. 99, 400
Kam-janec'-Podil's'kyj 111, 115, 117, 143, 149, 150, 162, 193, 196, 228, 279, 287, 288, 305, 355, 390, 393, 456, 459, 464, 467, 470, 471, 482, 496, 507, 557, 587
Kamjanka-Buz'ka 373
Kanada 29, 367
Karaganda 508
Karelien 20, 21, 62, 90, 123, 273, 302
Karlsbad 392
Karpaten 22, 65, 71, 112, 122, 126, 150, 156, 160, 161, 204, 341, 410, 497, 523
Karpaten-Ukraine 22, 25, 65, 71, 88, 90, 110, 112, 118, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 141, 144, 149, 150, 156, 160, 161, 162, 174, 204, 205, 228, 238, 241, 242, 243, 244, 245, 279, 287, 299, 337, 391, 394, 410, 419, 420, 441, 480, 483, 487, 497, 498, 506, 507, 521, 522, 523, 524, 525, 527, 528, 552, 558, 591
Karpov, G. 478, 479, 500, 506, 507, 521, 523, 526
Kasachstan 68, 178, 309, 368, 369, 386, 420, 421, 424, 425, 426, 528, 552, 555
Katharinendorf 380
Katyn' 66, 268, 273, 541
Katzmann, F. 286
Kaukasus 26, 54, 370, 430
Kaunas 411
Kazatin 491
Kazatinskij rajon 491
Kemerovo 421
Kerč 259
Kiev 20, 28, 29, 38, 39, 41, 46, 51, 52, 60, 70, 74, 79, 80, 81, 83, 86, 88, 97, 98, 99, 100, 103, 105, 107, 111, 112, 114, 115, 117, 118, 121, 123, 129, 130, 131, 132, 142, 143, 146, 147, 148, 150, 151, 153, 154, 156, 162, 179, 192, 198, 200, 201, 202, 204, 205, 206, 212, 214, 225, 229, 230, 238, 242, 245, 246, 254, 258, 259, 261, 263, 268, 272, 276, 277, 278, 280, 282, 283, 288, 303, 304, 305, 308, 310, 326, 333, 350, 352, 353, 354, 355, 357, 358, 372, 379, 385, 390, 402, 403, 404, 406, 407, 411, 417, 427, 428, 440, 445, 453, 455, 462, 464, 465, 466, 467, 469, 477, 479, 482, 483, 486, 487, 489, 490, 491, 496, 500, 504, 506, 508, 516, 518, 519, 521, 523, 524, 536, 537, 538, 557, 564, 567, 587, 592, 595
Kiever Rus' 49, 95
Kirgisien 421, 555
Kiričenko, A. 107, 143, 164, 195, 342, 594
Kirov *Gebiet* 349, 462
Kirov, S. 56, 98
Kirovohrad 111, 143, 149, 150, 162, 194, 195, 196, 197, 200, 201, 305, 333, 427, 428, 436, 456, 472, 486, 557, 587
Kišinev 28, 302, 310, 587
Kivercy 512
Koch, E. 76, 79, 246, 275
Kocylovs'kyj, I. 508
Kolomyja 304, 308
Kolyma 303
Konovalec', Je. 339, 594
Korea 93
Korniec, L. 107, 182
Korosten' 131, 285
Korotčenko, D. 107, 117, 118, 200, 342, 343, 373, 594
Korsun' 88
Kosior, S. 59, 60, 101, 594
Kosmodem'janskaja, Z. 253, 468
Kostel'nyk, H. 212, 500, 503, 504, 505, 506, 510, 511, 516, 517, 518, 519, 520, 529, 594
Kostenko, V. 149
Kovel' 68, 304, 305, 308, 322, 326, 373, 587
Kovpak, S. 85, 86, 263, 341, 594
Krakovec 510
Kramators'k 131, 428, 438
Krasnodon 264
Krasnojarsk 229, 349, 369, 421, 425, 508
Krasnyj Liman 305

Krasnyj Luč 131
Krasnystaw 372, 373
Kravčuk, L. 431
Kremenčuk 129
Kremjanec' 373
Krim 74, 103, 110, 123, 295, 368, 369, 395, 401, 419, 442, 555
Krivoj Rog 85
Kroatien 591
Kruglov, S. 132, 184, 186, 305, 353, 359, 377, 393, 472, 557, 594
Krupskaja, N. 100
Krylov 123, 235
Kuban-Gebiet 54
Kubijovyč, V. 75
Kujbyšev 178, 230, 462
Kuk, V. 361
Kun, B. 144
Künsberg, E. Frh. von 282
Kurilen 90
Kursk 99, 309
Kutuzov, M. 257, 292, 594
Kuznecov, A. A. 198
Kuznecov, N. G. 72, 255

Lakota, H. 508
Lekart 394
Lemberg 38, 46, 49, 67, 68, 70, 74, 75, 77, 87, 88, 112, 117, 122, 127, 128, 143, 149, 150, 151, 153, 155, 158, 159, 160, 161, 162, 171, 200, 201, 202, 205, 207, 212, 228, 236, 239, 245, 249, 259, 280, 281, 286, 304, 305, 308, 309, 314, 322, 327, 333, 337, 338, 340, 341, 342, 344, 348, 351, 353, 354, 355, 357, 358, 361, 365, 373, 377, 380, 381, 385, 387, 388, 389, 390, 409, 410, 412, 427, 437, 441, 442, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 457, 465, 479, 486, 490, 491, 495, 498, 502, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 512, 513, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 528, 549, 557, 577, 588, 594
Lenin, V. 17, 18, 21, 30, 34, 35, 50, 98, 99, 125, 139, 145, 183, 187, 196, 199, 218, 223, 226, 227, 236, 242, 251, 252, 257, 258, 259, 291, 400, 443, 584, 585, 569, 577
Leningrad 29, 95, 140, 182, 211, 273, 281, 302, 396, 419, 462, 467
Lesko 372, 373
Lettische SSR 273, 304
Lettland 20, 79, 132, 245, 310, 329, 506
Levyc'kyj, K. 75
Liaotung 90
Litauen 20, 68, 79, 132, 329, 377, 378, 506, 588
Litauische SSR 273, 302, 304, 372, 378
Litvin, K. 222
Litvinov, M. 212, 400, 594
Ljuboml' 374
Łódz 410, 411
Lubaczów 372, 373
Lublin 373, 375, 376, 383
Lubny 305
Luc'k 70, 239, 373, 391, 486, 506, 588
Luhans'k 588, 589
Lustdorf 305, 323
Lysenko, T. 106, 233, 268
Lysyčans'k 131

Mähren 79
Majakovskij, V. 235
Makarenko, A. 473
Makarij (Oksijuk) 212, 502, 505, 519, 528, 594
Makeevka 321
Malenkov, G. 17, 43, 73, 92, 91, 185, 339, 366, 402, 556, 594
Mandschurei 90
Manuïl'skij, D. 200, 342, 516, 594
Marienbad 392
Mariupol' 277, 428
Marr, N. 18
Marseille 410
Marx, K. 242, 323, 402
Mazepa, I. 212
Mechlis, L. 178
Mel'nyk, A. 64, 75, 331, 332
Mel'nyk, M. I. 503, 504, 517, 518
Melitopol' 74, 284, 588
Merkulov, V. 68, 185, 340, 359, 557, 595
Mežyhir-ja 513
Mikojan, A. 66, 73, 92, 184, 255, 556, 557, 595

Minin, K. 257, 292
Minsk 34, 70, 225, 407, 564
Missouri 90
Mohylev-Podil's'kyj 407
Moldauische SSR 107, 273, 302, 304, 310, 484, 494
Moldawien 309, 485
Molotov *Gebiet* 349, 421
Molotov, V. 32, 40, 41, 58, 59, 66, 72, 73, 92, 100, 217, 223, 258, 284, 323, 339, 401, 408, 413, 415, 462, 500, 516, 556, 557, 595, 566
Mongolei 90
Moskau 12, 20, 22, 26, 27, 28, 29, 34, 38, 39, 43, 51, 54, 56, 60, 72, 85, 90, 96, 99, 101, 102, 103, 105, 106, 123, 126, 129, 133, 140, 142, 148, 157, 161, 165, 181, 182, 196, 198, 200, 202, 203, 204, 213, 214, 219, 221, 245, 250, 253, 255, 257, 258, 263, 268, 269, 270, 272, 284, 296, 304, 331, 336, 337, 348, 350, 352, 359, 367, 372, 375, 391, 396, 407, 411, 414, 416, 419, 462, 477, 478, 481, 485, 487, 491, 493, 499, 500, 502, 504, 506, 509, 516, 520, 521, 523, 526, 535, 536, 538, 540, 566, 584, 587, 595
Mostys'ka 302, 305, 374
Mozart, W. 239
Mukačevo 124, 125, 244, 498, 507, 523, 524, 526, 528, 588, 594
München 139, 277, 295, 298, 318, 421, 566, 567, 576, 586
Murmansk 297
Mušketevo 116
Mykolaïv 74, 111, 131, 143, 149, 151, 162, 271, 305, 325, 380, 382, 427, 428, 458, 462, 467, 468, 471, 475, 557, 588
Myronivka 305

Nagyvárad 287
Napoleon 247
Naumov, M. 85, 263, 565
Nazarenko, I. 222
Nekrasov, V. 404
Nevskij, A. 226, 257, 292
Nežin 305
Nikolaj 268, 595
Nikopol 85, 271, 277, 316
Nižnyj Ustryk 123
Nordbukowina 66, 122, 123, 124
Nord-Ural' 329
Noril'sk 329
Norwegen 109
Novo-Mykolaev 116
Novosibirsk 68, 178, 369, 420, 425

Odessa 38, 46, 67, 74, 81, 82, 107, 110, 111, 112, 117, 118, 120, 121, 124, 131, 143, 148, 150, 151, 152, 155, 160, 162, 168, 169, 172, 173, 205, 224, 226, 229, 230, 231, 232, 234, 235, 255, 259, 263, 280, 297, 304, 305, 308, 316, 320, 322, 323, 324, 325, 326, 333, 337, 380, 383, 385, 407, 427, 428, 456, 459, 460, 461, 462, 465, 468, 471, 472, 475, 482, 484, 486, 488, 489, 492, 493, 506, 557, 564, 569, 585, 588, 594
Oksijuk, M. 507
Omsk 178, 329, 369, 420, 425, 462
Orenburg 178, 229
Österreich 79, 109, 294, 300, 310, 361, 391, 463
Ovidiopol' 383

Palästina 395, 409, 410, 411
Paris 322
Pel'vec'kyj, A. 503, 504, 517, 518, 519, 520
Penza 411
Peremyšl 498, 588
Pervomajs'k 230, 493
Petropavlovs'k 281
Petrovsk-Marinsk 99
Pidhornyj, M. 595
Pidlasien 334, 360, 498
Pinčuk, T. 443
Planá 392
Plechanov, G. 223
Podkarpatská Rus 65
Polen 20, 23, 26, 30, 31, 45, 63, 64, 65, 66, 67, 69, 81, 83, 90, 101, 122, 123, 124, 128, 207, 246, 247, 267, 280, 281, 286, 287, 291, 295, 297, 299, 304, 319, 331, 333, 336, 360, 361, 368, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388,

389, 390, 391, 392, 393, 397, 406, 409, 410, 412, 413, 415, 416, 417, 439, 488, 489, 490, 497, 502, 519, 567, 588, 590, 595
Polesien 66, 82, 334, 498
Poljakov, A. 245
Poljanskij, I. 479, 595
Poltava 85, 86, 111, 117, 129, 131, 134, 143, 148, 151, 162, 228, 229, 230, 239, 272, 277, 278, 285, 305, 333, 374, 427, 428, 440, 456, 465, 466, 473, 557, 588
Ponomarenko, P. 85
Popov, N. 101
Posen 389
Postyšev, P. 56, 59, 60, 595
Požarskij, D. 257, 292
Prag 125, 126, 391
Prešov 126, 498, 507, 522, 523
Przemyśl 372, 373, 508, 588

Rava Rus'ka 302, 304, 305, 308, 373, 374, 510, 511, 588
Reichskommissariat Ukraine 49, 74
Repin 235
Riga 28, 310
Rivne 30, 67, 86, 87, 112, 116, 117, 143, 149, 150, 158, 159, 161, 162, 205, 206, 207, 236, 239, 240, 248, 274, 275, 278, 305, 308, 335, 336, 337, 339, 340, 341, 342, 345, 348, 350, 351, 353, 373, 379, 380, 388, 393, 407, 457, 459, 489, 494, 557, 564, 588
Rjasnoj, V. 107, 204, 340, 344, 345, 376, 595
Rokossovskij, K. 595
Romža, T. 522, 528, 595
Rosenberg, A. 282
Rostov am Don 273, 589
RSFSR 50, 120, 132, 182, 198, 209, 303, 369, 398, 399, 420, 431, 455, 459, 461, 481, 484
[siehe auch Russland]
Ruban, M. 351
Rudnickij 269
Rukosovo 527
Rumänien 12, 65, 71, 75, 81, 82, 89, 122, 123, 124, 247, 256, 291, 313, 391, 409, 413, 414, 415, 420, 421, 422, 552
Russland 11, 18, 30, 34, 35, 38, 85, 95, 97, 99, 131, 236, 292, 312, 325, 369, 396, 430, 442, 453, 477, 478, 502, 506, 520, 526, 530, 544, 551, 595
[siehe auch RSFSR]
Rykov, A. 57
Ryls'kyj, M. 95

Saburov, O. 86, 263
Sachalin 90
Sachsenhausen 75
Samarkand 406, 411
Sambir 70, 304, 305, 308, 373
Sampara, S. 517
Sanok 376
Šapošnikov, B. 73, 595
Saratov 156, 229, 411, 420, 462, 488
Sarny 123
Savčenko, S. 107, 187, 340, 354, 500, 502, 510, 520, 595
Savinsk 147
Ščerbakov, A. 284, 402
Ščerbyc'kyj, V. 110
Schlesien 360, 361, 375, 567, 574
Šepetivka 305
Šeptyc'kyj, A. 75, 498, 499, 500, 501, 503, 504, 509, 514, 515,517, 522, 595
Šeptyc'kyj, K. 500, 511, 515
Serebrjannyj, L. 413
Sergij 477, 595
Serov, I. 68, 107
Sevastopol' 88, 229, 259, 281
Ševčenko, T. 64, 226
Sibirien 53, 68, 74, 129, 130, 157, 309, 368, 369, 386, 387, 409, 416, 417, 420, 421, 423, 424, 427, 552, 555, 556
Siebenbürgen 287, 422, 591
Skoropads'kyj, P. 49
Skovoroda, H. 235
Skrypnyk, M. 56, 105
Slavjansk 147
Slipyj, J. 498, 499, 500, 501, 503, 508, 509, 510, 514, 515, 516, 519, 522, 579, 595
Slowakei 75, 282, 361, 591
Smolensk 32, 66, 70, 478, 572
Solikamsk 59
Sortavala 302

Sosenka 275
Sosjura, V. 106
Šost 316
Stachanov, A. 132, 133, 228, 315, 546
Stalingrad 83, 88, 101, 109, 129, 244, 310, 402, 420, 588
Stalino 70, 99, 103, 112, 116, 117, 121, 129, 131, 142, 143, 144, 146, 147, 148, 150, 151, 162, 166, 179, 195, 272, 277, 278, 305, 315, 316, 317, 320, 326, 420, 427, 428, 429, 467, 557, 564, 587, 588
Stanislav 67, 70, 74, 87, 112, 117, 143, 144, 149, 150, 155, 158, 159, 161, 162, 195, 205, 206, 223, 236, 239, 245, 305, 308, 337, 340, 341, 342, 345, 346, 348, 352, 353, 354, 355, 356, 358, 373, 379, 380, 388, 427, 448, 450, 498, 503, 506, 508, 518, 519, 557, 564, 588
Starčenko, V. 373, 523
Staro-Samborskij rajon 157
Stec'ko, J. 75
Stec'ko, S. 75
Stepinac, A. 508
Stettin 90, 389
Stojancev, O. 212
Strokač, T. 86, 340, 365, 595
Stryj 158, 341, 373, 588
Šuchevyč, R. 334, 351, 361, 595
Šums'kyj, O. 56, 65, 105
Sumy 74, 85, 86, 111, 115, 116, 117, 131, 143, 144, 149, 151, 162, 194, 195, 196, 197, 304, 305, 316, 333, 341, 374, 427, 428, 430, 465, 466, 558, 564
Suvorov, A. 187, 257, 292, 595
Sverdlov, J. 400
Sverdlovsk 68, 178, 229, 421
Švernik, N. 268, 270, 596
Svjatošino 489
Svjatoslav 282
Świerczewski, K. 360
Szatmár 422

Tachov 392
Tagil 329
Tannu-Tuwa 90
Tarlė, E. 268
Tarnopol' 528
Taškent 34, 406, 411
Teheran 246, 477, 588
Tereščenko, S. 373
Ternopil' 67, 74, 87, 112, 144, 149, 150, 155, 158, 159, 161, 162, 200, 201, 206, 236, 239, 240, 336, 337, 339, 340, 341, 348, 354, 373, 380, 388, 467, 470, 505, 506, 507, 518, 519, 558, 588, 594,
Tiflis 34
Tighina 81
Timošenko, S. 72
Tiraspol 81
Tiso, J. 282
Tito, J. 19
Tjumen' 229, 349
Tolstoj, A. 268
Tomaszów Lubelski 372, 373
Tomsk 229, 310
Tomskij, M. 57
Tousk 314
Trajnin, I. 268
Transkaukasische Sowjetrepublik 50
Transnistrien 75, 81, 82, 88, 419, 477, 569, 585
Triest 90
Trockij, L. 19, 57, 58, 61, 65, 90, 99, 100, 101, 105, 400
Tschechoslowakei 109, 115, 122, 125, 126, 247, 287, 291, 297, 310, 319, 391, 392, 393, 410, 415, 421, 422, 515, 522, 523
Turjanica, I. 144, 522
Türkei 90
Tustanovič 286

Ufa 104, 229, 230
Ukraïnka, L. 226
Ul'janivka 131
Uman' 131
Ungarn 65, 89, 122, 123, 124, 126, 279, 287, 391, 421, 422, 522, 591
Univ 511, 513
Ural 74, 93, 182, 255, 314
USA 14, 24, 29, 90, 93, 123, 294, 330, 367, 386, 398, 401, 408, 500
Usbekistan 178, 309, 406, 421, 555
Užhorod 65, 124, 125, 127, 243, 521, 527, 528, 588, 594
Vasilevskij, A. M. 73

Vatikan 508
Vedeneev, B. 268
Venova 305
Verhun, P. 508
Veršigora, P. 263
Vil'chovyj, P. 482, 526
Vil'na 411
Vilnius 407
Vinnycja 111, 117, 131, 144, 149, 151, 162, 169, 193, 197, 202, 239, 288, 308, 374, 406, 407, 427, 428, 456, 464, 466, 473, 474, 482, 489, 491, 558, 588
Višnevskij, A. 504, 507
Viter, E. 513
Vlasov, A. 76, 83, 108, 191, 298, 302, 303, 439, 590, 596
Volgograd 249, 259, 588
Volkovysk 302, 305, 308
Volnovacha 305
Volobujev, M. 56
Volodymyr-Volyns'kyj 302, 304, 305, 308, 354, 373, 374, 507, 512, 588
Vološyn, A. 65
Volyn' 67, 87, 5, 143, 144, 149, 150, 158, 161, 162, 195, 200, 201, 205, 223, 236, 240, 270, 336, 337, 339, 340, 342, 346, 348, 350, 379, 380, 384, 388, 393, 512, 558
Vorkuta 329, 508
Voronež 255
Vorošilov, K. 58, 66, 70, 72, 73, 88, 92, 401, 596, 556
Vorošylovhrad 112, 117, 121, 131, 142, 144, 148, 151, 162, 195, 271, 272, 277, 305, 315, 316, 317, 385, 427, 428, 429, 558, 588
Voznesensk 462, 471
Voznesenskij, N. 73, 556, 557, 596
Vyborg 20, 302
Vyšinskij, A. 284, 479
Vysoko-Litovsk 302

Wächter, O. 286
Warschau 411, 412
Webb, S. und B. 219
Weißrussische SSR 50, 273, 302, 303, 372
Weißrussland 21, 66, 68, 76, 78, 84, 85, 97, 109, 132, 178, 292, 295, 320, 329, 330, 374, 377, 378, 386, 451, 484, 485, 506, 551, 588, 591, 594
Wien 410
Włodawa 373
Wolgadeutsche Republik 418, 420
Wolhynien 49, 66, 74, 82, 83, 122, 332, 335, 391, 392, 418, 441, 457, 498

Zamość 372, 373
Zaporižžja 70, 85, 107, 111, 115, 117, 118, 131, 144, 148, 151, 162, 194, 196, 271, 278, 284, 288, 305, 316, 317, 333, 380, 381, 382, 385, 427, 428, 429, 430, 458, 467, 469, 470, 558, 588
Zavadka Moročivs'ka 376
Ždanov, A. 24, 58, 73, 91, 92, 94, 268, 292, 547, 552, 556, 596
Zdolbuniv 305
Zentralasien 451
Zinov'ev, G. 57, 99, 400
Žlutice 392
Žmerynka 407
Znam-janka 305
Zoločiv 373, 511
Zoščenko, M. 94
Zozulenko 308, 310, 313
Žukov, G. K. 72, 73, 254, 255, 596
Žytomyr 74, 112, 131, 143, 144, 149, 150, 162, 193, 260, 261, 285, 304, 305, 333, 336, 374, 390, 393, 427, 428, 430, 482, 489, 507, 558, 588

Veröffentlichungen des Osteuropa-Institutes München

Reihe: Geschichte

Hrsg. von Martin Schulze Wessel und Hermann Beyer-Thoma

Band 54: Erik Amburger

Deutsche in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Rußlands

Die Familie Amburger in St. Petersburg 1770–1920

1986. 307 Seiten, 15 Tafeln, br
ISBN 978-3-447-02571-3
€ 68,– (D) / sFr 116,–

Band 55: Toivo J. Paloposki

Quellenkunde zur Geschichte Finnlands

Deutsche Übersetzung von Pirkko und Edgar Hösch

1988. 145 Seiten, br
ISBN 978-3-447-02768-7
€ 39,– (D) / sFr 68,–

Band 56: Wolfgang Heller

Die Moskauer „Eiferer für die Frömmigkeit" zwischen Staat und Kirche (1642–1652)

1988. 149 Seiten, br
ISBN 978-3-447-02785-4
€ 39,– (D) / sFr 68,–

Band 57: Hermann Beyer-Thoma

Kommunisten und Sozialdemokraten in Finnland 1944–1948

1990. 562 Seiten, br
ISBN 978-3-447-02980-3
€ 79,– (D) / sFr 134,–

Band 59: Edgar Hösch (Hg.)

Finnland Studien

1990. VI, 328 Seiten, 24 Abb., br
ISBN 978-3-447-03052-6
€ 49,– (D) / sFr 84,–
Teil II: Band 63.
Teil III: siehe Reihe: Forschungen Band 7.

Band 61: Abba Strazhas

Deutsche Ostpolitik im Ersten Weltkrieg

Der Fall Ober Ost 1915–1917

1993. 289 Seiten, br
ISBN 978-3-447-03293-3
€ 64,– (D) / sFr 109,–

Band 62: Christoph Schmidt

Ständerecht und Ständewechsel in Rußland 1851–1897

1993. 244 Seiten, 1 Karte, br
ISBN 978-3-447-03299-5
€ 48,– (D) / sFr 83,–

Band 63: Edgar Hösch, Hermann Beyer-Thoma (Hg.)

Finnland-Studien II

1993. 189 Seiten, br
ISBN 978-3-447-03408-1
€ 49,– (D) / sFr 84,–
Teil I: Band 59.
Teil III: siehe Reihe: Forschungen Band 7.

HARRASSOWITZ VERLAG · WIESBADEN
www.harrassowitz-verlag.de · verlag@harrassowitz.de

Veröffentlichungen des Osteuropa-Institutes München

Reihe: Geschichte

Hrsg. von Hermann Beyer-Thoma und Martin Schulze Wessel

Band 64: Maria Köhler-Baur

Die Geistlichen Akademien in Rußland im 19. Jahrhundert

1997. 159 Seiten, br
ISBN 978-3-447-03930-7
€ 39,– (D) / sFr 68,–

Band 65: Johannes Baur

Die russische Kolonie in München 1900–1945

Deutsch-russische Beziehungen im 20. Jahrhundert
1998. 367 Seiten, br
ISBN 978-3-447-04023-5
€ 64,– (D) / sFr 109,–

Band 66: Hermann Beyer-Thoma (Hg.)

Bayern und Osteuropa

Aus der Geschichte der Beziehungen Bayerns, Frankens und Schwabens mit Rußland, der Ukraine und Weißrußland
2000. 568 Seiten, 48 Abb., gb
ISBN 978-3-447-04254-3
€ 74,– (D) / sFr 125,–

Volume 67: Jukka Korpela

Prince, Saint and Apostle

Prince Vladimir Svjatoslavič of Kiev, his Posthumous Life, and the Religious Legitimization of the Russian Great Power
2001. 267 pages, pb
ISBN 978-3-447-04457-8
€ 49,– (D) / sFr 84,–

Band 68: Caroline Milow

Die Ukrainische Frage 1917–1923 im Spannungsfeld der europäischen Diplomatie

2002. 570 Seiten, 5 Karten, br
ISBN 978-3-447-04482-0
€ 92,– (D) / sFr 155,–

Band 69: Julia Mahnke-Devlin

Britische Migration nach Russland im 19. Jahrhundert

Integration – Kultur – Alltagsleben
2005. 297 Seiten, 17 Abb., br
ISBN 978-3-447-05222-1
€ 68,– (D) / sFr 116,–

Band 70: Cornelia Skodock

Barock in Russland

Zum Œuvre des Hofarchitekten Francesco Bartolomeo Rastrelli
Mit Werkkatalog auf CD-ROM
2006. 298 Seiten, 37 Abb., br
ISBN 978-3-447-05304-4
€ 48,– (D) / sFr 83,–

HARRASSOWITZ VERLAG · WIESBADEN
www.harrassowitz-verlag.de · verlag@harrassowitz.de